

DAS ARBEITSGEBIET DER BUNDESSTATISTIK

Stand Mitte 1966



HERAUSGEBER: STATISTISCHES BUNDESAMT, WIESBADEN
VERLAG: W. KOHLHAMMER GMBH, STUTTGART UND MAINZ

Erschienen im November 1966
Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe gestattet
Preis 15 DM

Vorwort

Die vorliegende Neuauflage des Bandes über »Das Arbeitsgebiet der Bundesstatistik« schließt sich in der äußeren Form weitgehend an die Vorläufer an. Wegen der Weiterentwicklung des statistischen Arbeitsprogramms war jedoch eine gründliche Überarbeitung und Ergänzung der letzten, im Jahre 1962 erschienenen Auflage notwendig.

Der »Allgemeine Teil« enthält außer den Beiträgen über die organisatorischen, rechtlichen und methodischen Grundlagen nunmehr auch Ausführungen über die Aufgaben der Bundesstatistik. Das Kernstück des Bandes, der »Katalog der Statistiken«, ist nicht nur um Angaben über neue Erhebungen ergänzt, sondern auch durch die Zusammenfassung verwandter Sachgebiete gestrafft worden. Über den bisherigen Umfang hinausgehende Informationen bringen auch der Teil »Rechtsgrundlagen« sowie zusätzliche Übersichten im Anhang des Nachschlagewerkes. Der Inhalt ist auf den Bearbeitungsstand von Mitte 1966 abgestellt. Es werden jedoch, soweit wie möglich, bereits Hinweise auf kommende Vorhaben gegeben. Die Neuauflage ist in sich geschlossen. Lediglich bei Statistiken, die eingestellt oder durch neue Erhebungen ersetzt worden sind, wird auf die entsprechenden Katalogabschnitte zurückliegender Bände verwiesen.

Die obersten Bundesbehörden und andere Dienststellen haben wiederum durch Materiallieferung an diesem Band mitgewirkt. Ihnen sei an dieser Stelle für ihre Mitarbeit gedankt.

Die Veröffentlichung wurde in der Abteilung »Allgemeine Organisation der Statistik, Allgemeine Auslandsstatistik« des Ltd. Regierungsdirektors Dr. Szameitat vom Referenten Noering im Hauptreferat des Oberregierungsrates Gerhardt zusammengestellt.

Wiesbaden, im November 1966

Der Präsident des Statistischen Bundesamtes

Dipl.-Kfm. Patrick Schmidt

Inhaltsübersicht

Einleitung	11
Allgemeiner Teil	
I. Organisation der Bundesstatistik	15
II. Rechtsgrundlagen	20
III. Aufgaben und Ziele der Bundesstatistik	23
IV. Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen	26
V. Aufgaben der Auslandsstatistik	28
VI. Systematiken	29
VII. Anwendung von Stichprobenverfahren	33
VIII. Anwendung maschineller Verfahren	37
IX. Veröffentlichungen	41
Katalog der Statistiken	
Erläuterungen	45
Verzeichnis der Abkürzungen	46
I. Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Kultur	47
II. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	63
III. Unternehmen und Arbeitsstätten (ohne Landwirtschaft)	75
IV. Industrie und Handwerk	77
V. Bauhauptgewerbe, Bautätigkeit, Wohnungen	85
VI. Handel	91
VII. Verkehr	95
VIII. Geld und Kredit	107
IX. Versicherungen	113
X. Öffentliche Sozialleistungen	115
XI. Finanzen und Steuern	119
XII. Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen	127
XIII. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	135
XIV. Auslandsstatistik	139
Nachweis über einmalige oder inzwischen eingestellte Statistiken in früheren Ausgaben	141
Rechtsgrundlagen	145
Anhang	287
Alphabetisches Sachregister zum Katalog der Statistiken	335
Faltbeilagen: Schematische Übersicht über die Gremien des Statistischen Beirats und Organisationsplan des Statistischen Bundesamtes	

Inhaltsverzeichnis

(Aufgliederung der Inhaltsübersicht)

Einleitung	11
Allgemeiner Teil	
I. Organisation der Bundesstatistik	15
II. Rechtsgrundlagen	20
III. Aufgaben und Ziele der Bundesstatistik	23
IV. Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen	26
V. Aufgaben der Auslandsstatistik	28
VI. Systematiken	29
VII. Anwendung von Stichprobenverfahren	33
VIII. Anwendung maschineller Verfahren	37
IX. Veröffentlichungen	41
Katalog der Statistiken	
Erläuterungen	45
Verzeichnis der Abkürzungen	46
I. Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Kultur	
A. Bevölkerungsstand und -bewegung	
1. Volkszählung	47
2. Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus)	47
3. Statistik des Bevölkerungsstandes und der Bevölkerungsbewegung	48
4. Statistik der Vertriebenen, Flüchtlinge und der Deutschen aus der SBZ	50
5. Staatsangehörigkeitsstatistik	51
B. Erwerbstätigkeit	
1. Berufszählung	51
2. Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus)	51
3. Arbeitsmarktstatistiken	52
4. Statistik der Streiks und Aussperrungen	53
C. Gesundheitswesen	
1. Statistik der meldepflichtigen Krankheiten	53
2. Tuberkulosestatistik	53
3. Todesursachenstatistik	53
4. Statistik der Berufe des Gesundheitswesens ...	54
5. Krankenhausstatistik	54
6. Zusatzerhebungen des Mikrozensus (gesundheitstatistische Tatbestände)	54
7. Sonderstatistiken	55
D. Bildungswesen	
1. Erhebung an den allgemeinbildenden Schulen	55
2. Erhebung an den berufsbildenden Schulen	56
3. Erhebung an den Ingenieurschulen, Technikerschulen und Technikerlehrgängen	56
4. Erhebung an den Pädagogischen Hochschulen und lehrerbildenden Einrichtungen	57
5. Statistik der Studienseminare für das Lehramt an Gymnasien, Realschulen und berufsbildenden Schulen	57
6. Erhebungen an den Hochschulen	57
7. Bestandserhebung über Turn- und Sportstätten	58
E. Rechtspflege	
1. Statistiken über Organisation, Personal und Geschäftsanfall der Gerichte	59
2. Polizeiliche Kriminalstatistik	59
3. Strafverfolgungsstatistik	60
4. Strafvollzugsstatistik	60
5. Bewährungshilfestatistik	60
6. Auslieferungsstatistik	60
F. Wahlen	
1. Bundestagswahlstatistik	60
II. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
A. Betriebe und Arbeitskräfte	
1. Betriebszählungen	63
2. EWG-Strukturerhebung in der Landwirtschaft	64
3. Weinbaukataster	64
4. Arbeitskräfteerhebungen	65
5. Sonderstatistiken	66
B. Bodennutzung und Ernte	
1. Bodennutzungserhebung	66
2. Obstbaumzählung	68
3. Ernteberichterstattung	68
4. Sonderstatistiken	69
C. Ernährungswirtschaft	
1. Statistiken der Ernährungswirtschaft	70
2. Weinerzeugungs- und Weinbestandsstatistik ..	70
D. Viehwirtschaft und Fischerei	
1. Viehzählungen	70
2. Geflügelstatistik	71
3. Statistik der Schlachtungen	71
4. Milcherzeugungs- und -verwendungsstatistik ..	72
5. Sonderstatistiken	72
6. Fischereistatistik	73
E. Holzwirtschaft	
1. Berichterstattung über Holzeinschlag und Holzverkauf	73
III. Unternehmen und Arbeitsstätten (ohne Landwirtschaft)	
1. Arbeitsstättenzählung	75
2. Kostenstrukturstatistik	75
3. Statistik der Kapitalgesellschaften	76
4. Bilanzstatistik der Aktiengesellschaften	76
5. Statistik der Finanzen der öffentlichen Wirtschaftsunternehmen	76
6. Statistik der Gewerbeaufsicht	76
IV. Industrie und Handwerk	
A. Produzierendes Gewerbe	
1. Zensus	77
2. Jährliche Investitionserhebung	78

B. Industrie (ohne Bauindustrie)		B. Eisenbahnverkehr	
1. Industrieberichterstattung	79	1. Eisenbahnstatistik	96
2. Produktionsstatistik	80		
3. Sonderstatistiken für einzelne Industriezweige	80	C. Straßenverkehr	
4. Unternehmenserhebung	82	1. Straßenstatistik	97
		2. Statistik des Kraftfahrzeug- und -anhängerbestandes	97
C. Handwerk (einschließlich Bauhandwerk)		3. Statistik der Fahr- und Fahrlehrerlaubnisse und der Tätigkeit der Technischen Prüfstellen	98
1. Handwerkszählung	82	4. Statistik der Führerscheininhaber und der Ausnutzung der Fahrerlaubnisse	98
2. Handwerksberichterstattung	82	5. Statistik der Beförderung von Personen mit öffentlichen Straßenverkehrsmitteln	98
D. Bauhauptgewerbe		6. Statistik des Güterverkehrs mit Kraftfahrzeugen	99
(siehe Ziffer V A)		7. Statistik des grenzüberschreitenden Verkehrs mit Kraftfahrzeugen	100
E. Energie- und Wasserwirtschaft		8. Statistik des interzonalen Straßenverkehrs mit Berlin und der sowjetischen Besatzungszone ..	100
1. Statistik der Elektrizitätsversorgung	83	9. Statistik der Kraftfahrzeugfahrleistungen	101
2. Statistik der Gasversorgung	83	10. Statistik der Straßenverkehrsunfälle	101
3. Statistik der Wasserwirtschaft	84		
		D. Binnen- und Seeschifffahrt	
V. Bauhauptgewerbe, Bautätigkeit, Wohnungen		1. Binnenschiffahrtsstatistik	101
A. Bauhauptgewerbe		2. Seeschiffahrtsstatistik	102
1. Bauberichterstattung	85		
2. Unternehmenserhebung im Bauhauptgewerbe ..	85	E. Luftverkehr	
		1. Luftfahrtstatistik	103
B. Bautätigkeit		2. Statistik der Luftverkehrsunfälle	104
1. Bautätigkeitsstatistik	85		
2. Statistik über die Finanzierung des Wohnungsbaues	86	F. Post- und Fernmeldewesen	
		1. Statistik der Deutschen Bundespost	104
C. Wohnungen			
1. Statistische Feststellungen über die bewohnten Gebäude (Gebäudezählung 1961)	87	G. Wetterdienst	
2. Statistik der Wohn- und Mietverhältnisse und des Wohnungsbedarfs (Wohnungsstatistik 1956/1957)	87	1. Statistik des Deutschen Wetterdienstes	104
3. 1%-Wohnungserhebungen	87		
4. Statistik des Wohnungsbestandes (Fortschreibung) und Wohnungsdefizitberechnungen	88		
5. Wohngeldstatistik	89		
		VIII. Geld und Kredit	
VI. Handel		A. Bankstatistische Gesamtrechnungen	
A. Groß- und Einzelhandel, Gastgewerbe, Fremdenverkehr		1. Zusammengefaßte statistische Bilanz der Kreditinstitute einschließlich der Deutschen Bundesbank	107
1. Handels- und Gaststättenzählung	91	2. Statistik des Bargeldumlaufs und der Bankeinzulagen (Geldvolumen)	107
2. Großhandelsstatistik	91	3. Statistische Daten zur Entwicklung der Geldversorgung	107
3. Einzelhandelsstatistik	92	4. Statistische Daten zur Entwicklung der Bankliquidität	107
4. Gastgewerbestatistik	92		
5. Statistik des Fremdenverkehrs in Beherbergungsstätten	92	B. Zentralbank	
6. Statistik der Urlaubs- und Erholungsreisen	92	1. Zentralbankstatistik	107
7. Berlin- und Interzonenhandelsstatistik	93	2. Mindestreservenstatistik	107
B. Außenhandel		C. Kreditinstitute	
1. Außenhandelsstatistik	93	1. Zwischenbilanzstatistik	108
2. Statistik der Lieferungen und der Bestände eingeführter fester Brennstoffe	94	2. Kreditstatistik	108
		3. Statistik der Wertpapierbestände	108
		4. Einlagenstatistik	108
		5. Statistik der Wertpapier-Kundendepots	108
		6. Statistik der Auslandsforderungen und -verpflichtungen	109
		7. Statistik der Boden- und Kommunalkreditinstitute	109
VII. Verkehr			
A. Zusammenfassende Verkehrsstatistiken		D. Bausparkassen	
1. Verkehrszensus	95	1. Statistik der privaten Bausparkassen	109
2. Statistik der Kosten und Leistungen im Güterverkehr	95		
3. Statistik des grenzüberschreitenden Reiseverkehrs	95	E. Wertpapiermärkte	
4. Statistik der von Wochenendpendlern benutzten Verkehrsmittel	96	1. Emissionsstatistik	109
		2. Investmentstatistik	109
		3. Statistik der Effektenkurse	110
		4. Renditenstatistik festverzinslicher Wertpapiere	110
		5. Börsenumsatzstatistik	110

F. Sonstiges Geldwesen; Zahlungsschwierigkeiten

1. Die Währungen der Welt	110
2. Statistik der Devisenkurse	110
3. Statistik der Geld- und Zinssätze	110
4. Statistik der Ausgleichsforderungen	111
5. Statistik der Hypothekenbewegung	111
6. Statistik der Konkurse und Vergleichsverfahren	111

IX. Versicherungen

1. Statistik über die Vermögensanlagen der Versicherungsunternehmen	113
2. Statistik der Lebensversicherung	113
3. Statistik der Pensions- und Sterbekassen	113
4. Statistik der privaten Krankenversicherung	113
5. Statistik der Schaden- und Unfallversicherung	114
6. Statistik über die Rückversicherung	114
7. Statistik der unter Landesaufsicht stehenden kleineren Versicherungsvereine	114

X. Öffentliche Sozialleistungen

A. Sozialversicherung

1. Statistik der gesetzlichen Rentenversicherungen	115
2. Statistik der gesetzlichen Krankenversicherung	115
3. Statistik der gesetzlichen Unfallversicherung	115
4. Statistik der Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe	115

B. Kriegsoffopferversorgung, Lastenausgleich

1. Statistik der Kriegsoffopferversorgung	116
2. Statistik der Darlehen und Beihilfen für ehemalige Kriegsgefangene und ehemalige politische Häftlinge	116
3. Statistik über den Lastenausgleich und sonstige Entschädigungsleistungen	116

C. Sozialhilfe, Kriegsoffopferfürsorge und Jugendhilfe

1. Statistik der Sozialhilfe	117
2. Statistik der Kriegsoffopferfürsorge	118
3. Statistik der öffentlichen Jugendhilfe	118

D. Sonstige öffentliche Zuwendungen

1. Statistik über Kindergeld und Ausbildungszulage	118
--	-----

XI. Finanzen und Steuern

A. Öffentliche Finanzen

1. Statistik der Haushaltswirtschaft von Bund, Ländern und Gemeinden	119
2. Statistik der Ausgaben für Landstraßen I. Ordnung und Landstraßen II. Ordnung	120
3. Statistik über den Steuerhaushalt von Bund, Ländern und Gemeinden	120
4. Statistik über Schulden	121
5. Statistik über das Personal von Bund, Ländern und Gemeinden (Gemeindeverbänden)	121

B. Steuern

1. Einkommensteuerstatistik	122
2. Körperschaftsteuerstatistik	122
3. Lohnsteuerstatistik	123
4. Vermögensteuerstatistik	123
5. Einheitswertstatistik	123
6. Erbschaftsteuerstatistik	124
7. Umsatzsteuerstatistik	124
8. Verbrauchsteuerstatistiken	125
9. Realsteuervergleich	125
10. Gewerbesteuerstatistik	126

XII. Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen

A. Preise

1. Statistik der Erzeuger- und Großhandelsverkaufspreise	127
2. Statistik der Einkaufspreise der Landwirtschaft	127
3. Statistik der Ein- und Ausfuhrpreise	127
4. Statistik der Baulandpreise	128
5. Statistik der Baupreise	128
6. Statistik der Verbraucherpreise	128
7. Statistik der Preise für Leistungen im Beherbergungs- und Gaststättengewerbe	129
8. Statistik der Verkehrspreise	129

B. Löhne und Gehälter

1. Laufende Verdienststatistiken	129
2. Erhebungen über die Aufwendungen der Arbeitgeber für Löhne und Lohnnebenkosten	130
3. Gehalts- und Lohnstrukturserhebungen	131
4. Statistik der Tarifföhne und -gehälter	132
5. Statistik der Vermögensbildung der Arbeitnehmer	132

C. Wirtschaftsrechnungen

1. Laufende Wirtschaftsrechnungen in ausgewählten Haushalten	133
2. Einkommens- und Verbrauchsstichproben	133
3. Statistik über die Einkommenslage der Wohnbevölkerung	133

XIII. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

1. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	135
2. Finanzierungsrechnung	136
3. Zahlungsbilanzstatistik	136

XIV. Auslandsstatistik

A. Allgemeine Auslandsstatistik

1. Internationale Übersichten	139
2. Länderberichte	139

B. Auslandsstatistische Fachgebiete

1. Industriestatistik	139
2. Außenhandelsstatistik	139
3. Statistik der Straßenverkehrsunfälle	139
4. Preisstatistik	140
5. Lohnstatistik	140
6. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	140
7. Zahlungsbilanzen	140

Nachweis über einmalige oder inzwischen eingestellte Statistiken in früheren Ausgaben

141

Rechtsgrundlagen

Allgemeine Bestimmungen	145	Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke	153
Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes)	147	Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Kultur	
Änderungen des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes)	152	Gesetz über eine Zählung der Bevölkerung und der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen im Jahre 1961 sowie über einen Verkehrszensus im Jahre 1962 (Volkszählungsgesetz 1961)	155
Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke	152		

Gesetz über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) — 1957 —	159	Gesetz über Statistiken der Rohstoff- und Produktionswirtschaft einzelner Wirtschaftszweige	209
Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus)	160	Bekanntmachung zum Gesetz über Statistiken der Rohstoff- und Produktionswirtschaft einzelner Wirtschaftszweige	211
Gesetz über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) — 1962 —	161	Verordnung über eine Düngemittelstatistik	212
Erste Verordnung über das Zusatzprogramm zum Mikrozensus	163	Gesetz über die Handwerkszählung 1963 (Handwerkszählungsgesetz 1963)	212
Zweite Verordnung über das Zusatzprogramm zum Mikrozensus	164	Gesetz über die Durchführung laufender Statistiken im Handwerk sowie im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe (HwGaStatG)	213
Gesetz über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes ..	165	Verordnung über die Statistik in der öffentlichen Wasserversorgung und im öffentlichen Abwasserwesen	215
		(Gesetzliche Grundlage für die Holzstatistik siehe S. 194.)	
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei			
Gesetz über eine Betriebszählung in der Land- und Forstwirtschaft (Landwirtschaftszählung 1960)	169	Bauhauptgewerbe, Bautätigkeit, Wohnungen	
Verordnung über die Forsterhebung der Landwirtschaftszählung 1960	171	Gesetz über die Durchführung von Statistiken der Bautätigkeit (BauStatG)	217
Verordnung über betriebs- und marktwirtschaftliche Meldungen in der Landwirtschaft	172	Gesetz über eine Statistik der Wohn- und Mietverhältnisse und des Wohnungsbedarfs (Wohnungstatistik 1956/57)	219
Verordnung über eine Weinbaubetriebserhebung im Jahre 1958	173	Verordnung über eine Zusatzerhebung zur Wohnungstatistik 1956/57	221
(EWG-)Verordnung Nr. 70/66 über die Durchführung einer Grunderhebung im Rahmen eines Erhebungsprogramms zur Untersuchung der Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe	174	Gesetz über die Durchführung einer Repräsentativstatistik auf dem Gebiete des Wohnungswesens (Wohnungstichprobengesetz 1965)	222
Rechtsvorschriften über das Weinbaukataster und über die Weinerzeugungs- und -bestandsstatistik ..	177	Gesetz zur Änderung von Fristen des Gesetzes über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Miet- und Wohnrecht (Auszug)	225
Gesetz über eine Statistik der Arbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft	181	Wohngeldgesetz in der Fassung vom 1. April 1965 (Auszug)	226
Gesetz über Bodennutzungs- und Ernteerhebung	182	(Gesetzliche Grundlage für die allgemeine Statistik im Bauhauptgewerbe siehe S. 199 ff., für die Gebäudezählung 1961 siehe S. 155.)	
Viehzählungsgesetz	187	Handel	
Gesetz zur Änderung des Viehzählungsgesetzes	188	Gesetz über eine Zählung im Handel sowie im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe (Handelszählungsgesetz 1960)	227
Verordnung über eine Geflügelstatistik	189	Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über eine Zählung im Handel sowie im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe (Handelszählungsgesetz) im Saarland	229
Gesetz über eine Schlachtgewichtstatistik	190	Gesetz über die Durchführung laufender Statistiken im Handel sowie über die Statistik des Fremdenverkehrs in Beherbergungsstätten (HFVStatG)	229
Verordnung über eine Milchstatistik	192	Verordnung über die statistische Erfassung der in den Geltungsbereich dieser Verordnung verbrachten festen Brennstoffe	231
Gesetz über eine Fischereistatistik	193	Gesetz über die Statistik des grenzüberschreitenden Warenverkehrs (Außenhandelsstatistik-AHStatGes)	232
Verordnung über eine Holzstatistik	194	(Gesetzliche Grundlage für die Statistik im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe siehe S. 213.)	
(Gesetzliche Grundlage für die Kleinflächenerhebung 1961 siehe S. 155 [Volkszählungsgesetz].)		Verkehr	
Unternehmen und Arbeitsstätten (ohne Landwirtschaft)		Gesetz über die Statistik der Kosten und Leistungen im Güterverkehr mit Kraftfahrzeugen, mit Binnenschiffen und mit Eisenbahnen im Jahre 1959 (GüVerkStatG 1959)	237
Gesetz über Kostenstrukturstatistik (KoStrukStatG)	197	Verordnung über eine Eisenbahnstatistik	240
(Gesetzliche Grundlage für die Arbeitsstättenzählung 1961 siehe S. 155 [Volkszählungsgesetz], für die Statistik der Finanzen der öffentlichen Wirtschaftsunternehmen siehe S. 265 [Gesetz über die Finanzstatistik].)		Verordnung über die Durchführung einer Statistik der Gemeindestraßen nach dem Stande vom 1. Januar 1961	242
Industrie und Handwerk		Gesetz über die Statistik der Straßen in den Gemeinden 1966	243
Gesetz über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe	199	Verordnung zur Durchführung einer Statistik der Beförderung von Personen zu Lande	244
Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe	201	Verordnung über eine Statistik des Güterverkehrs mit Kraftfahrzeugen	246
Zweites Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe	202	Verordnung über eine Statistik der Kraftfahrzeugfahrleistungen des Jahres 1959	247
Gesetz über die Allgemeine Statistik in der Elektrizitäts- und Gaswirtschaft und die Durchführung des Europäischen Industriezensus in der Versorgungswirtschaft	203	Gesetz zur Durchführung einer Straßenverkehrsunfallstatistik (StVUnfG)	249
Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Allgemeine Statistik in der Elektrizitäts- und Gaswirtschaft und die Durchführung des Europäischen Industriezensus in der Versorgungswirtschaft	205	Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Durchführung einer Straßenverkehrsunfallstatistik	250
Verordnung über die Durchführung einer Statistik über die Investitionen in der Industrie und im Bergbau	206		
Verordnung über die Durchführung einer Statistik über die Investitionen im Bauhauptgewerbe und im produzierenden Handwerk	207		
Verordnung über die Durchführung einer Statistik über den Auftragseingang in der Industrie	208		

Gesetz über die Statistik des Schiffs- und Güterverkehrs auf den Binnenwasserstraßen und die Fortschreibung des Schiffsbestandes der Binnenflotte ..	251	Gesetz zur Änderung des Bewertungsgesetzes (ÄndG-BewG 1963) vom 10. August 1963 (Auszug)	269
Gesetz über die Statistik der Seeschifffahrt	253	Gesetz zur Änderung des Bewertungsgesetzes vom 13. August 1965	269
Verordnung zur Durchführung einer Luftfahrtstatistik (Gesetzliche Grundlage für den Verkehrszensus siehe S. 155 [Volkszählungsgesetz].)	256	Gesetz über die Umsatzsteuerstatistik für das Kalenderjahr 1964	270
		Gesetz über eine Gewerbesteuerstatistik für das Kalenderjahr 1958	271
Geld und Kredit		Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen	
Hypothekenbankgesetz (Auszug)	259	Gesetz über die Preisstatistik	273
Gesetz über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich rechtlicher Kreditanstalten (Auszug)	259	Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Preisstatistik	275
Gesetz über Schiffspfandbriefbanken (Auszug)	259	Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Preisstatistik	276
Öffentliche Sozialleistungen		Vierte Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Preisstatistik	276
Gesetz über die Durchführung von Statistiken auf dem Gebiet der Sozialhilfe, der Kriegsofferfürsorge und der Jugendhilfe	261	Gesetz über die Lohnstatistik	276
Verordnung zur Durchführung einer Zusatzstatistik auf dem Gebiet der Sozialhilfe über die Eingliederungshilfe für Behinderte	263	Zweite Verordnung über die Durchführung einer Sondererhebung zur Lohnstatistik	279
Berichtigung der Verordnung zur Durchführung einer Zusatzstatistik auf dem Gebiet der Sozialhilfe über die Eingliederungshilfe für Behinderte	264	Dritte Verordnung über die Durchführung einer Sondererhebung zur Lohnstatistik	280
		(EWG-)Verordnung Nr. 151 zur Durchführung von drei Lohnerhebungen im verarbeitenden Gewerbe	281
Finanzen und Steuern		(EWG-)Verordnung Nr. 188/64 zur Durchführung einer Erhebung über Struktur und Verteilung der Löhne in Industrie und Handwerk	283
Gesetz über die Finanzstatistik	265	Verordnung zur Durchführung einer Erhebung über die Anwendung des Gesetzes zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer	284
Verordnung über die Statistik der Ausgaben für Landstraßen I. Ordnung und Landstraßen II. Ordnung im Jahre 1966	268	Gesetz über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte	285
		Anhang	
Statistische Ämter in der Bundesrepublik Deutschland Übersichtskarte	289	Systematik der Einnahmen und Ausgaben der Privaten Haushalte (Ausgabe 1963)	302
Anschriften	290	Systematisches Warenverzeichnis für die Industriestatistik (Ausgabe 1963)	303
Schematische Darstellung der Durchführung von Bundesstatistiken	291	Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (Ausgabe 1966)	304
Übersicht über die wichtigsten Systematiken	292	Internationales Warenverzeichnis für den Außenhandel (CST) (Ausgabe 1961)	306
Auszüge aus wichtigen Systematiken:		Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik (Ausgabe 1962)	307
Systematik der Wirtschaftszweige (Ausgabe 1961)	294	Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch (Ausgabe 1963)	308
Systematisches Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht (Ausgabe 1966)	297	Systematisches Verzeichnis der Berufsbenennungen (Ausgabe 1961)	309
Bereichsgliederung des Sozialprodukts (Ausgabe 1964)	298	Übersicht über die methodischen Grundzüge der Stichprobenstatistiken	310
Internationale Systematik der Wirtschaftszweige (ISIC) (Ausgabe 1958)	299	Übersicht über die vom Statistischen Bundesamt berechneten Indices bzw. Meßzahlen	326
Systematik der Zweige des Produzierenden Gewerbes in den Europäischen Gemeinschaften (NICE) (Ausgabe 1963)	300	Übersicht über die vom Statistischen Bundesamt herausgegebenen Veröffentlichungen	329
Nomenklatur des Handels in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (NCE) (Ausgabe 1965)	300		
Aufbereitungsschlüssel für die Zusammenfassung der Staats- und Gemeindefinanzstatistik	301		
Alphabetisches Sachregister zum Katalog der Statistiken			335



Statistisches Bundesamt

Einleitung

Der vorliegende Band gliedert sich in vier Teile: einen »Allgemeinen Teil«, einen »Katalog der Statistiken«, eine Sammlung von »Rechtsgrundlagen« und einen »Anhang«.

Der »Allgemeine Teil« gibt eine textliche Darstellung über Organisation und Aufgaben der Bundesstatistik. Ein erster Abschnitt befaßt sich mit den Trägern der statistischen Arbeit und den einzelnen Stadien des Arbeitsablaufs. Es schließen sich Ausführungen über die rechtliche Fundierung der amtlichen Statistik im nationalen und internationalen Rahmen an. Ein Überblick über die Bemühungen des Statistischen Bundesamtes, durch systematischen Ausbau und gegenseitige Abstimmung der einzelnen Statistiken zu einem möglichst geschlossenen und überschneidungsfreien Gesamtbild zu gelangen, wurde neu in den Band aufgenommen. Erweitert wurden die Darlegungen über die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen, und zwar insbesondere im Hinblick auf die ständig enger werdenden Kontakte zu den Europäischen Gemeinschaften. Über ein besonderes Aufgabengebiet des Statistischen Bundesamtes, die Sammlung und Veröffentlichung auslandsstatistischer Ergebnisse, berichtet ein weiterer, ebenfalls erstmals erscheinender Beitrag. Die Abschnitte über die Anwendung der Systematiken und des Stichprobenverfahrens sowie die maschinellen Verfahren wurden, ebenso wie der Überblick über das Veröffentlichungssystem des Statistischen Bundesamtes, auf den neuesten Stand gebracht.

Im »Katalog der Statistiken« werden — wie bisher — in einheitlicher Form die vom Statistischen Bundesamt und die im Geschäftsbereich der obersten Bundesbehörden bearbeiteten Statistiken nachgewiesen. Die Gliederung des Katalogs nach Hauptabschnitten schließt sich weitgehend der Gliederung des »Statistischen Jahrbuches für die Bundesrepublik Deutschland« an. Für jede Statistik werden Angaben über die Rechtsgrundlage und Periodizität der

Erhebung, den Kreis der Befragten, den Berichtsweg, die dargestellten Tatbestände sowie die einschlägigen Veröffentlichungen gemacht. Statistiken, deren Anordnung in nächster Zeit zu erwarten ist, sind im Katalog bereits erwähnt. Das alphabetische Sachregister zum Katalog der Statistiken am Ende des Bandes soll das Auffinden der einzelnen Statistiken und ihrer wichtigsten Tatbestände erleichtern.

Die Sammlung der »Rechtsgrundlagen« enthält außer dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke auch die zur Durchführung einzelner Statistiken erlassenen Gesetze und Verordnungen in der gleichen sachlichen Gliederung wie im »Katalog der Statistiken«. Es wurden die amtlichen Begründungen zu den Gesetz- und zu den Verordnungsentwürfen mit abgedruckt, weil sie dem Benutzer zusätzliche Auskünfte über die einzelnen Bestimmungen, insbesondere über Zweck, Umfang und Art der Durchführung der Statistiken, vermitteln. Die Rechtsgrundlagen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft auf dem Gebiete der Statistik sind in den jeweiligen Sachzusammenhang eingeordnet.

Der »Anhang« bringt als Ergänzung der Textbeiträge und der Angaben im Katalog einige schematische Darstellungen und synoptische Übersichten. Die Synopsen über die Anwendungsgebiete der verschiedenen Systematiken und des Stichprobenverfahrens sind ergänzt worden. Erstmals erscheint eine zusammenfassende Darstellung über die vom Statistischen Bundesamt berechneten Indices und Meßzahlen. Aus der Übersicht über die Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes sind Einzelheiten über die Gliederung der vom Amt herausgegebenen Publikationen zu entnehmen. Neu aufgenommen wurde ein Schema der Gremien des Statistischen Beirats.

Allgemeiner Teil

I. Organisation der Bundesstatistik

Aufgabe der Bundesstatistik ist es, Zahlenmaterial für Zwecke der Bundesregierung und -verwaltung zu erstellen. Statistische Unterlagen werden sowohl für die Durchführung spezieller Verwaltungsaufgaben als auch für die allgemeine Wirtschaftsbeobachtung und Wirtschaftsanalyse benötigt. Aber nicht nur der Bund hat ein Interesse an einem möglichst lückenlosen Bild der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in der Bundesrepublik, sondern darüber hinaus auch weite Bereiche der Wirtschaft und Wissenschaft sowie der gesamten Öffentlichkeit.

Charakteristisch für die amtliche Statistik in der Bundesrepublik ist ihre fachliche Zentralisierung in eigens hierfür eingerichteten statistischen Fachbehörden. Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern, in denen die Statistiken von den jeweils fachlich zuständigen Ministerien bearbeitet werden, ist in Deutschland die statistische Arbeit grundsätzlich den Statistischen Ämtern zugewiesen. Dies erleichtert die methodische Vereinheitlichung des gesamten Arbeitsprogramms und ermöglicht eine weitgehende Rationalisierung durch den Einsatz von Fachpersonal und maschinellen Einrichtungen.

Dem föderalistischen Staats- und Verwaltungsaufbau entsprechend, teilen sich Bund und Länder in die Erfüllung der statistischen Aufgaben. Während die Vorbereitung der einzelnen Statistiken und die Zusammenstellung ihrer Ergebnisse beim Statistischen Bundesamt als der hierfür zuständigen fachlichen Bundesoberbehörde liegen, erfolgt die Erhebung und Aufbereitung der Bundesstatistiken, von bestimmten Ausnahmen abgesehen, durch die Statistischen Landesämter. Die amtliche Statistik in der Bundesrepublik ist also regional weitgehend dezentral aufgebaut und organisiert.

Eine weitere, in anderen Ländern in dieser Form nicht so stark ausgeprägte Besonderheit ist die Legalisierung der amtlichen Statistik in der Bundesrepublik. Dies bedeutet, daß keine statistische Erhebung für Bundeszwecke durchgeführt werden kann, bevor nicht von den Recht setzenden Instanzen eine Rechtsgrundlage, und zwar entweder ein Gesetz oder eine Rechtsverordnung, geschaffen worden ist.

Nachstehend wird zunächst ein Überblick über die Träger der statistischen Arbeit und ihre Aufgaben gegeben. Daran schließt sich eine Darstellung über den Ablauf der Arbeiten bei Vorbereitung und Durchführung einer Erhebung an. Über die rechtlichen Grundlagen der Bundesstatistik unterrichtet der Abschnitt II.

A. Institutionen und ihre Aufgaben

1. Bundesministerien

Die jeweils fachlich zuständigen Bundesministerien sind die »Auftraggeber« der Bundesstatistik. Sie stellen fest, welches Zahlenmaterial sie für ihre Aufgaben benötigen, und umreißen somit den Inhalt der einzelnen Statistiken. In letzter Zeit ist das statistische Arbeitsprogramm auch stark von den Anforderungen internationaler bzw. supranationaler Stellen beeinflusst worden, und zwar vor allem von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, die für den Aufbau eines gemeinsamen Marktes in besonderem Maße auf eine für alle Mitgliedsländer vergleichbare Statistik angewiesen ist (siehe Abschnitt IV).

Die für Bundeszwecke benötigten statistischen Unterlagen werden, wie bereits eingangs erwähnt, in der Regel nicht von den Ressorts selbst bearbeitet, sondern von den Statistischen Ämtern. In eigener Zuständigkeit führen die Bundesministerien im allgemeinen solche Statistiken durch, deren Unterlagen ausschließlich im Geschäftsgang anfallen oder deren Bearbeitung sich vom Geschäftsgang nicht trennen läßt (§ 9 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke). Sie können diese Aufgabe ganz oder teilweise dem Statistischen Bundesamt übertragen, andererseits in Ausnahmefällen aber auch ermächtigt werden, für bestimmte Bundesstatistiken die Aufgaben des Statistischen Bundesamtes ganz oder zum Teil wahrzunehmen, auch wenn es sich nicht um Geschäftsstatistiken handelt.

Wenn auch die Bundesministerien für den Inhalt des statistischen Arbeitsprogramms verantwortlich sind, so wird dieser doch stark vom Statistischen Bundesamt und seinem Beirat, denen die methodische und technische Vorbereitung der Bundesstatistiken obliegt, mitgeformt. Aus dem Überblick über das bereits vorhandene Material und die noch zu schließenden Lücken ergeben sich vielfältige Anregungen über die zweckmäßigste Anlage einer statistischen Erhebung. Diese Anregungen, denen das Prinzip zugrunde liegt, ein geordnetes und in sich geschlossenes Gesamtsystem der Statistik aufzubauen, finden zumeist ihren Niederschlag in dem Programm der einzelnen Statistiken, für welche die Ressorts dann die Verantwortung übernehmen. In der Praxis hat sich bei dieser gegenseitigen Abstimmung eine gute Zusammenarbeit entwickelt, ohne daß vom Gesetz Art und Umfang der Beteiligung und Einflußnahme im einzelnen festgelegt worden wären.

2. Statistische Ämter

Der Gesamtbereich der Bundesstatistik wird institutionell im wesentlichen von den Statistischen Ämtern getragen. Ihnen obliegt es in erster Linie, die Statistiken für Bundeszwecke vorzubereiten, zu koordinieren, durchzuführen und ihre Ergebnisse zu veröffentlichen.

Die Zusammenfassung statistischer Aufgaben in Statistischen Ämtern begann schon am Anfang des 19. Jahrhunderts, als Preußen im Jahre 1805 eine statistische Zentralstelle gründete, die das Vorbild für entsprechende Einrichtungen anderer Länder in späteren Jahren war. Aus diesen Behörden entwickelten sich die heutigen Statistischen Landesämter mit ihrer teilweise bereits 100jährigen Tradition. Über das Gebiet der Länder hinausgehende statistische Aufgaben wurden bereits vom Statistischen Büro des Deutschen Zollvereins wahrgenommen, das nach der Reichsgründung, und zwar im Jahre 1872, in das Kaiserliche Statistische Amt umgewandelt und mit einem ständig zunehmenden statistischen Arbeitsprogramm betraut wurde. Die Weiterentwicklung der amtlichen Statistik setzte sich nach dem ersten Weltkrieg bei der nunmehr in Statistisches Reichsamt umbenannten Zentralbehörde fort. Sie wurde durch das Ende des zweiten Weltkrieges unterbrochen, nach dem die gesamte statistische Organisation neu aufgebaut werden mußte. In der britischen Besatzungszone wurde schon 1946 ein Zonenamt gegründet, in der amerikanischen Besatzungszone begann der Wiederaufbau der Statistik von den erhalten gebliebenen Landesämtern her. Nach Zusammenschluß der beiden Zonen wurde 1948 das Statistische Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes in Wiesbaden errichtet, aus dem nach Gründung der Bundesrepublik und Einbeziehung der französischen Besatzungszone das heutige Statistische Bundesamt entstand.

Die Aufgabenverteilung zwischen den Statistischen Ämtern auf den verschiedenen Ebenen der öffentlichen Verwaltung hat sich mit dem Übergang vom zentralen zum föderativen Staats- und Verwaltungsaufbau wesentlich geändert. Nach dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland hat der Bund nur die Gesetzgebungszuständigkeit für die Bundesstatistik (Art. 73, Ziff. 11), nicht jedoch die Verwaltungskompetenz. Diese liegt bei den Ländern (Art. 83), so daß die Erhebung und Aufbereitung der statistischen Ergebnisse, wie bereits erwähnt, im allgemeinen Angelegenheit der Statistischen Landesämter ist. Dem Statistischen Bundesamt, als selbständiger Bundesoberbehörde (Art. 87, Abs. 3), sind demgegenüber Aufgaben zugewiesen worden, die ihrem Wesen nach nur von einer Zentralbehörde übernommen werden können. Hierzu gehört insbesondere die methodische und technische Vorbereitung aller Bundesstatistiken, die notwendig ist, um einheitliche Bundesergebnisse zu erzielen (siehe im folgenden).

Die Statistischen Landesämter bedienen sich bei der Durchführung eines Teils der Bundesstatistik der Mitwirkung der städtischen Statistischen Ämter und der Gemeindeverwaltungen.

Die Koordinierungsfunktion des Statistischen Bundesamtes und die Tätigkeit der verschiedenen statistischen Ausschüsse, über die anschließend berichtet wird, gewährleisten, daß das statistische Arbeitsprogramm nach einheitlichen Grundsätzen und ohne Überschneidung durchgeführt wird.

Statistisches Bundesamt

Der Aufbau des Statistischen Bundesamtes, einer selbständigen Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, kann dem im Anhang beigegebenen Organisationsplan entnommen werden. Die Aufgaben des Amtes sind in § 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953, das in den Ausführungen über die Rechtsgrundlagen¹⁾ behandelt wird, festgelegt. Sie bestehen im einzelnen darin,

Statistiken für Bundeszwecke (Bundesstatistiken) technisch und methodisch vorzubereiten, auf ihre Einheitlichkeit und Vergleichbarkeit hinzuwirken, ihre Ergebnisse für den Bund zu sammeln, zusammenzustellen und für allgemeine Zwecke darzustellen,

Bundesstatistiken zu erheben und aufzubereiten, wenn es in einem Bundesgesetz bestimmt ist oder soweit die beteiligten Länder zustimmen,

nach Maßgabe von § 9 Satz 2 Geschäftsstatistiken zu bearbeiten,

Statistiken des Auslandes und internationaler Organisationen zu sammeln und darzustellen,

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen aufzustellen,

an der Vorbereitung der Bundesgesetze, Rechtsverordnungen und allgemeinen Verwaltungsvorschriften auf dem Gebiete der Bundesstatistik mitzuwirken und

auf Anfordern der obersten Bundesbehörden sonstige Arbeiten statistischer und ähnlicher Art durchzuführen sowie Gutachten über statistische Fragen zu erstatten.

Das Schwergewicht der Tätigkeit des Statistischen Bundesamtes liegt bei der methodischen und technischen Vorbereitung der einzelnen Bundesstatistiken. Es handelt sich, wie später noch näher ausgeführt wird, um die Ausarbeitung der Erhebungs- und Aufbereitungsunterlagen, die für eine einheitliche Durchführung der Bundesstatistiken in den Ländern und somit für die Erzielung einheitlicher Bundesergebnisse benötigt werden. Außerdem werden die verschiedenen Bundesstatistiken hinsichtlich ihres Inhalts und ihrer Methoden aufeinander abgestimmt. Grundlage für diese Arbeiten sind eingehende Überlegungen über den Aufbau bzw. weiteren Ausbau eines in sich geschlossenen und den volkswirtschaftlichen Erfordernissen entsprechenden Gesamtsystems der Statistiken. Den Rahmen für diese Überlegungen geben die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ab, deren Erstellung dem Amt ausdrücklich vom Gesetzgeber übertragen worden ist.

Die zwischen der Vorbereitung einer Bundesstatistik und der abschließenden Zusammenstellung und Veröffentlichung ihrer Ergebnisse liegende Erhebungs- und Aufbereitungsarbeit gehört in der Regel zu den Aufgaben der Statistischen Landesämter. Es gibt jedoch auch Fälle, in denen diese Aufgaben vom Statistischen Bundesamt wahrgenommen werden. So wird wegen der Bedeutung und der Eigenart des Erhebungsverfahrens die Außenhandelsstatistik, bei der die zu erhebenden Tatbestände im Zusammenhang mit der Tätigkeit der zum Bund gehörenden Zollverwaltung festgestellt werden, zentral beim Statistischen Bundesamt bearbeitet. Auch in einigen anderen Fällen erfolgt die Aufbereitung des statistischen Materials aus sachlichen, methodischen oder technischen Gründen ganz oder teilweise zentral (z. B. Eisen- und Stahlstatistik, Kostenstrukturstatistik, Berlin- und Interzonenhandelsstatistik, Statistik der Wirtschaftsrechnungen, Großhandelsstatistik, Statistik der Fischereifangergebnisse). Die Abgrenzung ist also keineswegs starr, sondern läßt bestimmte Sonderregelungen mit den Statistischen Landesämtern über eine zweckmäßige Arbeitsverteilung zu²⁾.

Im Interesse der völligen Objektivität und Neutralität der Amtsarbeiten ist in der amtlichen Begründung des Gesetzes erwähnt, daß der Präsident des Statistischen Bundesamtes in methodischen und wissenschaftlichen Fragen nicht an fachliche Weisungen gebunden sein soll.

Zur Durchführung besonderer Aufgaben hat das Statistische Bundesamt Außenstellen in Berlin und Düsseldorf eingerichtet.

Die Zweigstelle Berlin dient der Förderung der besonderen Belange Berlins. Sie führt als ständige Aufgabe die Aufbereitung der Berlin- und Interzonenhandelsstatistik, erstere in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Landesamt Berlin, sowie der Luftfahrtstatistik durch. Hinzu kommen Aufbereitungs- und Konzentrationsarbeiten für eine Reihe von Statistiken, die Zusammenstellung von Länderkurzberichten mit auslandsstatistischen Ergebnissen sowie verschiedene andere abtrennbare Aufgaben. Ein Teil dieser Arbeiten wird im Notstandsprogramm von Notstandsangeordneten erledigt (siehe auch S. 40 oben).

Bei der Außenstelle Düsseldorf liegt die Bearbeitung der sachlich besonders tief gegliederten industriellen Produktionsstatistik für den Bereich Eisen und Stahl. Die Konzentrierung der eisenschaffenden Industrie in diesem Raum ließ es zweckmäßig erscheinen, auch die statistischen Aufgaben möglichst nahe den befragten Betrieben und in ständiger enger Fühlungnahme mit den interessierten Verbänden durchzuführen.

Einschließlich der Zweigstelle Berlin und der Außenstelle in Düsseldorf beschäftigte das Statistische Bundesamt Mitte 1966 2 503 Personen (darunter in der Zweigstelle Berlin 402 und in der Außenstelle Düsseldorf 51). Auf die einzelnen Abteilungen gliederte sich dieser Personalstand wie folgt auf:

Abteilung	Personal	
	insgesamt	darunter Zeitangestellte
Z Verwaltung	403	3
<i>darunter Kanzlei</i>	150	
I Allgemeine Organisation der Statistik, Allgemeine Auslandsstatistik	681	89
<i>darunter Maschinelle Aufbereitung ..</i>	182	
<i>Zweigstelle Berlin</i>	402	84
II Allgemeine fachliche Fragen der Statistik, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	128	
III Ernährungs- und Landwirtschaftsstatistik	70	5
IV Industrie- und Handwerksstatistik	195	22
<i>darunter Außenstelle Düsseldorf</i>	51	
V Handels- und Verkehrsstatistik	581	6
VI Statistik der Preise, Löhne und Wirtschaftsrechnungen, des Wohnungs- und Sozialwesens	189	26
VII Finanz- und Steuerstatistik	117	
VIII Bevölkerungs- und Kulturstatistik ...	139	42
Insgesamt ³⁾	2 503	193

Nach § 9 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963⁴⁾ nimmt das Statistische Bundesamt die Aufgaben einer Geschäftsstelle des Sachverständigenrates wahr. Die Tätigkeit der Geschäftsstelle besteht in erster Linie in der Vermittlung und Zusammenstellung von Quellenmaterial, ferner in der technischen Vorbereitung der Sitzungen, der Veröffentlichung der Gutachten und der damit verbundenen Arbeiten.

Im Zusammenhang mit den Bundestagswahlen hat sich eine besondere Aufgabe dadurch ergeben, daß der Präsident des Statistischen Bundesamtes — in Fortführung der Tradition bei den Reichstagswahlen — zugleich Bundeswahlleiter ist.

¹⁾ Vgl. hierzu S. 145 ff. — ²⁾ Die Abweichungen vom Regelfall können den Angaben zu den einzelnen Statistiken im Katalog entnommen werden.

³⁾ Einschließlich Amtsleitung. — ⁴⁾ BGBl. I S. 685.



Zweigstelle Berlin des Statistischen Bundesamtes

Statistische Landesämter

Entsprechend der föderativen Struktur der Bundesrepublik werden die Bundesstatistiken in den meisten Fällen von den Ländern erhoben und zumeist auch bis zur Erstellung von Landesergebnissen aufbereitet. Damit liegt das Schwergewicht der technischen Arbeit bei den Statistischen Landesämtern, die organisatorisch selbständige Landesbehörden¹⁾, in ihrer Funktion jedoch in großem Umfang Erhebungs- und Aufbereitungsstellen der Bundesstatistik sind. Hierbei ist zu bedenken, daß die Ergebnisse der Bundesstatistiken in vielen Fällen auch für Landeszwecke benötigt werden.

Daneben sind die Statistischen Landesämter auch Träger der Landesstatistiken, die jedoch einen wesentlich kleineren Teil des gesamten Arbeitsprogramms umfassen. Bei Landesstatistiken, die von mehreren oder von allen Ländern durchgeführt werden (z. B. Schul- und Hochschulstatistik), wirkt das Statistische Bundesamt als Koordinierungsstelle, da Bund und Länder an vergleichbaren Ergebnissen interessiert sind.

Dienstsitz und Anschriften der Statistischen Landesämter sowie ihr regionaler Wirkungsbereich, der durch die Landesgrenzen bestimmt wird, sind der kartographischen Darstellung und dem Verzeichnis im Anhang²⁾ zu entnehmen.

In den Stadtstaaten Hamburg und Bremen nehmen die Statistischen Landesämter auch die kommunalstatistischen Aufgaben wahr.

Das gleiche gilt für Berlin, das noch insofern eine Sonderstellung einnimmt, als Bundesgesetze hier nicht ohne besonderes Berliner Gesetz angewendet werden können. Das Statistische Landesamt Berlin wirkt aber praktisch in gleicher Aufgabenstellung wie die übrigen Landesämter an den statistischen Arbeiten mit.

¹⁾ In Niedersachsen werden die statistischen Aufgaben vom Landesverwaltungsamt - Statistik - wahrgenommen. — ²⁾ Vgl. hierzu S. 289 und S. 290.

Kommunalstatistische Ämter und Dienststellen

Bei vielen der Bundesstatistiken werden die Erhebungspapiere direkt von den Statistischen Landesämtern an die Befragten verteilt und auch wieder bei ihnen gesammelt. In anderen Fällen hat es sich als zweckmäßig erwiesen, für die unmittelbare Verteilung und Einsammlung der Fragebogen wie auch für gewisse Prüfungsaufgaben die Verwaltung der Gemeinden und Kreise in Anspruch zu nehmen. Das ist vor allem bei den Großzählungen (z. B. Volks- und Berufszählung), aber auch bei laufenden Erhebungen, insbesondere auf dem Gebiet der Bevölkerungs- und Landwirtschaftsstatistik, der Fall.

Die Großstädte und größeren Mittelstädte verfügen über eigene Statistische Ämter³⁾, während die kleineren Städte statistische Stellen haben, die als Abteilungen anderer Dienststellen fungieren.

Ähnlich wie die Statistischen Landesämter üben auch die Statistischen Ämter der Städte eine Doppelfunktion aus. Neben der Mitwirkung an Bundes- und Landesstatistiken führen sie die Erhebungen durch, die von der kommunalen Selbstverwaltung für eigene Zwecke benötigt werden.

Die Statistische Abteilung des Deutschen Städtetages vertritt die gemeinsamen Interessen der Städtestatistischen Ämter und ist vor allem um die Vergleichbarkeit und Auswertung der statistischen Ergebnisse bemüht.

In einigen Ländern wurden bei den Landkreisverwaltungen besondere statistische Stellen eingerichtet, die für die Durchführung der Erhebungen in ihrem Zuständigkeitsbereich verantwortlich sind.

³⁾ Vgl. hierzu Karte auf S. 289.

3. Statistische Ausschüsse

Die Vielfalt der Aufgaben, ihre Verteilung auf mehrere Institutionen und die Notwendigkeit einer Koordinierung der getrennten Zuständigkeiten für die Anordnung, Vorbereitung und Durchführung der Bundesstatistiken haben zur Bildung einiger Ausschüsse geführt, denen jeweils ein bestimmter Aufgabenkomplex zugewiesen worden ist. Da in den verschiedenen Ausschüssen teilweise die gleichen Institutionen und Personen vertreten sind, ist die Voraussetzung für eine weitgehende Verzahnung und Abstimmung der Arbeit in den einzelnen Gremien gegeben.

Statistischer Beirat

Im Statistischen Beirat, der durch § 4 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke als beratendes Organ des Statistischen Bundesamtes geschaffen worden ist, sind die ministeriellen Auftraggeber, die durchführenden Statistischen Ämter und die Benutzer der Bundesstatistiken wie auch die Befragten vertreten¹⁾. In diesem großen Kreis, der als einziger alle an der Bundesstatistik beteiligten Gruppen umfaßt, werden vornehmlich wichtige methodisch-technische Probleme beraten, aber auch sämtliche die Statistik betreffenden sachlichen Fragen erörtert. Der Beirat tritt im allgemeinen einmal jährlich zusammen und behandelt in großen Zügen das gesamte statistische Arbeitsprogramm sowie aktuelle Einzelfragen von besonderem Gewicht. Den Vorsitz führt der Präsident des Statistischen Bundesamtes.

Die detaillierte Beratung einzelner Statistiken und die Erörterung der speziellen methodisch-technischen Fragen findet in den Fachausschüssen statt, die für folgende Gebiete gebildet worden sind:

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen,
Systematiken,

Kostenstrukturstatistik,
Landwirtschaftsstatistik,
Industrie- und Handwerksstatistik,
Handels- und Verkehrsstatistik,
Preis- und Lohnstatistik,
Wohnungs- und Baustatistik,
Sozialstatistik,
Finanz- und Steuerstatistik,
Bevölkerungsstatistik,
Flüchtlingsstatistik.

Den Vorsitz in den Fachausschüssen, die für bestimmte Teilgebiete oder Einzelfragen ständige oder nur vorübergehend bestehende Arbeitskreise und Arbeitsgruppen eingerichtet haben, führen die für die betreffenden Gebiete zuständigen Abteilungsleiter des Statistischen Bundesamtes. In ihrer Funktion den Fachausschüssen gleichzusetzen sind die Ausschüsse für

Statistik des Gesundheitswesens,
Rechtspflegestatistik,
Statistik des Bildungswesens,

in denen, ebenfalls unter Vorsitz des Statistischen Bundesamtes, im Auftrag der Länder nicht oder nicht ausschließlich in die Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes fallende Statistiken koordiniert werden, um auch hier einheitliche Bundesergebnisse zu erzielen.

Keinem der vorstehend erwähnten Fachausschüsse zuzuordnen sind die unmittelbar vom Statistischen Beirat eingesetzten Arbeitskreise für

Rationalisierung der Statistik,
Rechtsfragen der Statistik,
Fragen der mathematischen Statistik,
deren Aufgaben sich auf alle Fachbereiche erstrecken.

¹⁾ Die Zusammensetzung des Beirats ist dem § 4 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (S. 147) zu entnehmen.



Teilnehmer der 14. Tagung des Statistischen Beirats am 24. und 25. Mai 1966

Zur Beratung von Fragen, die vor allem für die Statistischen Ämter von Belang sind, wozu insbesondere das Arbeitsprogramm und seine organisatorische und methodisch-technische Durchführung gehören, treten von Zeit zu Zeit die Amtsleiter zu besonderen Konferenzen zusammen. Allgemeine organisatorische, methodische und technische Fragen werden in den von der Amtsleiterkonferenz eingesetzten Arbeitskreisen für

Maschinelle Aufbereitung,

Öffentlichkeitsarbeit,

Einheitliche Zuordnung der Unternehmen und Betriebe behandelt¹⁾.

Interministerieller Ausschuß für Koordinierung und Rationalisierung der Statistik

Seine Aufgabe ist es, die Durchführbarkeit des erforderlichen statistischen Programms unter möglichster Sparsamkeit zu sichern und Notwendigkeit und Dringlichkeit im einzelnen zu beraten. In ihm sind bestimmte Bundesministerien und der Bundesrechnungshof als ständige, andere beteiligte Bundesministerien als nichtständige stimmberechtigte Mitglieder und das Statistische Bundesamt als ständiges beratendes Mitglied vertreten. Während der Interministerielle Ausschuß in früheren Jahren in besonderen Sitzungen und nur unter dem Vorsitz des Bundesministeriums des Innern tagte, tritt er auf Grund einer Vereinbarung unter den Bundesressorts seit Frühjahr 1958 in der Form von Ressortbesprechungen zusammen, zu denen das für die zu behandelnden statistischen Vorhaben federführende Bundesministerium einlädt. Beim Bundesministerium des Innern finden Tagungen des Interministeriellen Ausschusses statt, wenn statistische Fragen von grundsätzlicher Bedeutung zu behandeln sind. Hierzu rechnen vor allem auch die statistischen Anforderungen der Europäischen Gemeinschaften und ihre haushaltsmäßigen Auswirkungen.

Grundsätzlich befaßt sich der Interministerielle Ausschuß mit dem gesamten Arbeitsprogramm der amtlichen Statistik; er prüft in erster Linie die geplanten neuen Vorhaben, daneben auch das laufende Arbeitsprogramm. Die Beratungsergebnisse werden bei der Entscheidung über die Vorhaben in der vorparlamentarischen und parlamentarischen Prozedur berücksichtigt.

Die Rationalisierungsbestrebungen des Interministeriellen Ausschusses werden durch die Bundesländer unterstützt, indem vor der Behandlung der Bundesstatistiken in diesem Ausschuß die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der einzelnen Vorhaben in besonderen Koordinierungsausschüssen der Länder geprüft werden. Die abschließende Beratung durch die Länder erfolgt in den Ausschüssen des Bundesrates.

Erwähnt sei schließlich, daß einige Bundesministerien besondere statistische Ausschüsse gebildet haben, in denen zur Beratung der sie interessierenden Erhebungen die jeweiligen Fachministerien der Länder vertreten sind.

B. Ablauf der Bundesstatistiken

Im folgenden wird dargestellt, wie innerhalb des vorstehend geschilderten organisatorischen Rahmens die einzelnen Phasen der Erhebung — von ihrer Anregung bis zur Veröffentlichung der Ergebnisse — ablaufen. Eine stark vereinfachte schematische Darstellung der Durchführung von Bundesstatistiken befindet sich auf S. 291.

1. Vorbereitung

Aufnahme der methodisch-technischen Vorarbeiten

Nachdem vom fachlich zuständigen Bundesministerium der Auftrag zur Durchführung einer bestimmten Statistik erteilt und hierfür in großen Zügen die zu klärenden Probleme und die zu erfassenden Tatbestände umrissen worden sind,

beginnen die Vorbereitungsarbeiten im Statistischen Bundesamt. Sie sind von vornherein darauf gerichtet, Ergebnisse zu liefern, die in ein statistisches Gesamtbild eingeordnet werden können. Es wird angestrebt, für alle Bundesstatistiken einheitliche methodische Grundlagen zu schaffen, um mit Hilfe korrespondierender Fragestellungen und Begriffsbestimmungen sowie durch Verwendung vergleichbarer Systematiken die einzelnen Bausteine zu einem geschlossenen Gebäude zusammenfügen zu können. Ausgangspunkt für die Überlegungen zur Durchführung dieser Aufgabe bilden die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die im Katalog besonders nachgewiesen sind²⁾. Mit ihrer Hilfe ist es möglich, im Gesamtbild etwa noch vorhandene Lücken zu erkennen und durch die Einbeziehung bisher vernachlässigter Bereiche oder bisher nicht erhobener Tatbestände zu schließen. Andererseits werden auch Überschneidungen und vermeidbare Doppelbefragungen sichtbar, die im Interesse einer kostensparenden Durchführung des gesamten statistischen Programms verhindert bzw. beseitigt werden.

Im einzelnen handelt es sich um folgende Teilprobleme, die bei den ersten Vorbereitungsarbeiten einer Klärung zugeführt werden:

Abgrenzung der Erhebungsbereiche, Erhebungseinheiten und der zu erfassenden Tatbestände und Merkmale,

Gruppierungen für den Nachweis der Ergebnisse in quantitativer, qualitativer und regionaler Hinsicht (Systematiken, Größenklassengliederungen, regionale Darstellungseinheiten usw.)³⁾,

Entwurf eines Fragebogens (Fragestellung),

Abgrenzung des Kreises der Befragten (Prüfung der Anwendbarkeit des Stichprobenverfahrens)⁴⁾,

Erhebungsverfahren (z. B. postalische Befragung, Verwendung von Zählern, Interviewereinsatz),

Aufbereitungsplan (manuelle oder maschinelle, totale oder repräsentative Aufbereitung),

Tabellenprogramm,

Veröffentlichungsprogramm,

Terminplan,

Schätzung der Kosten.

Beratung des Entwurfs eines Planes für Erhebung und Aufbereitung

Diese in Stichworten skizzierten organisatorisch-methodischen Einzelüberlegungen führen zu einem ersten Entwurf eines Planes für Erhebung und Aufbereitung, der dann vom zuständigen Fachausschuß des Statistischen Beirats beraten wird. Hier findet eine eingehende Diskussion zwischen allen interessierten amtlichen und nichtamtlichen Stellen statt. Dabei wird auch überlegt, ob es zur Entlastung der Befragten oder aus sonstigen Gründen der Rationalisierung geboten ist, das Frageprogramm und das Tabellenprogramm zu verkürzen. Etwaige Anregungen für zusätzliche Fragen oder Erweiterung des Tabellenprogramms im Interesse einer Erhöhung des Erkenntniswertes der Erhebung werden sorgfältig geprüft. Zur Vorbereitung größerer Erhebungen tritt der Fachausschuß wiederholt zusammen. Der Statistische Beirat wird wegen der großen Zahl und der zum Teil recht unterschiedlichen Interessen seiner Mitglieder nicht zur Behandlung eines jeden statistischen Vorhabens zusammengerufen; er wird durch die Protokolle der Fachausschüsse unterrichtet und diskutiert besonders wichtige Punkte bei seinen jährlichen Tagungen.

Dem Fachausschuß wird auch eine erste Schätzung der Erhebungs- und Aufbereitungskosten vorgelegt. Eine Abstimmung über die vermutlich entstehenden Kosten findet vor allem zwischen den durchführenden Statistischen Ämtern statt. Die endgültige Kostenkalkulation wird schließlich in die Haushaltsvoranschläge des Bundes und der Länder übernommen.

¹⁾ Eine schematische Übersicht über die Gremien des Statistischen Beirats befindet sich am Ende des Bandes als Faltbeilage.

²⁾ Vgl. hierzu S. 135. — ³⁾ Vgl. hierzu S. 29. — ⁴⁾ Vgl. hierzu S. 33.

Entwurf der Rechtsgrundlage

Der Entwurf einer Rechtsgrundlage — Gesetz oder Rechtsverordnung — wird unter Mitwirkung des Statistischen Bundesamtes erarbeitet, sobald die grundsätzlichen methodisch-technischen Probleme geklärt sind. Er wird mit einer Begründung versehen, in welcher Art und Umfang der Statistik sowie Sinn und Zweck der einzelnen Vorschriften erläutert, ferner entstehende zusätzliche Kosten genannt werden. Die Federführung hierfür liegt beim zuständigen Ressort, das auch die Vorlage beim Kabinett veranlaßt.

Abschließende Begutachtung der Notwendigkeit einer neuen Erhebung

In einer Ressortbesprechung, die zugleich als Sitzung des Interministeriellen Ausschusses gilt, wird der Entwurf sodann beraten, ehe er der Bundesregierung vorgelegt wird.

Erlaß der Rechtsgrundlage

Erst die im Zusammenwirken von Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat (bei Gesetzen) bzw. von Bundesregierung und Bundesrat (bei Rechtsverordnungen) erlassene Rechtsgrundlage verpflichtet die Statistischen Ämter zur Durchführung der Erhebung.

Bereitstellung der Mittel durch die Finanzministerien

Sie erfolgt nach Verabschiedung der Rechtsgrundlage und richtet sich nach den Anmeldungen der Statistischen Ämter zu den Haushaltsplänen für die einzelnen Rechnungsjahre.

Hiermit können die technisch-methodischen Vorbereitungen als abgeschlossen und die formalen Erfordernisse als erfüllt angesehen werden.

2. Erhebung und Aufbereitung einer Bundesstatistik

Der endgültige Erhebungsplan, der das Muster des Fragebogens, die Termine, den Erhebungsweg, Art und Umfang der Aufbereitung sowie die methodischen Richtlinien umfaßt,

wird an alle mitwirkenden statistischen Stellen verteilt und sichert die einheitliche Durchführung der Erhebung. Die dann folgenden Aufgaben werden in den meisten Fällen von den Statistischen Landesämtern übernommen:

- Feststellung der Befragten,
- Ausdruck der Zählpapiere,
- Schulung von Zählern und Interviewern (soweit sie für die Erhebung erforderlich sind),
- Versand der Zählpapiere an die Befragten (bzw. an die Gemeinden oder an die Zähler zur weiteren Verteilung) bzw. Einsatz von Interviewern,
- Entgegennahme der rücklaufenden Zählpapiere,
- Prüfung auf Vollständigkeit sowie auf vollständige und richtige Beantwortung,
- Mahnverfahren bei säumigen Befragten,
- Vorbereitung und Durchführung der Aufbereitung (manuell oder maschinell): Zusammenstellung des Landesergebnisses nach der vorgesehenen regionalen und sachlichen Gliederung,
- Mitteilung der Ergebnisse an das Statistische Bundesamt und an das fachlich zuständige Ressort im Lande.

Bei zentraler Durchführung von Bundesstatistiken übernimmt diese Aufgaben das Statistische Bundesamt. Bei dezentraler Aufbereitung stellen die Statistischen Landesämter die Länderergebnisse dem Bundesamt zur Verfügung, das daraus die Bundesergebnisse zusammenfügt.

3. Veröffentlichung und Auswertung der Ergebnisse

Die Erhebung wird mit der Veröffentlichung der Ergebnisse — für die besonderen regionalen Zwecke der Länder in den Statistischen Landesämtern, sonst im Statistischen Bundesamt — abgeschlossen. Neben dieser Darstellung für allgemeine Zwecke durch die Statistischen Ämter werden von den jeweils fachlich interessierten Bundes- und Länderministerien noch spezielle Veröffentlichungen herausgegeben und Auswertungen für ihren Geschäftsbereich vorgenommen.

II. Rechtsgrundlagen

A. Statistik für Bundeszwecke

Nach Art. 73 Nr. 11 des Grundgesetzes hat der Bund die ausschließliche Gesetzgebung über die Statistik für Bundeszwecke. Dementsprechend hat der Bundesgesetzgeber das gesamte Organisations- und Verfahrensrecht sowie das materielle Recht der Bundesstatistik im Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314), im folgenden »Statistisches Gesetz« genannt, festgelegt.

Der Wortlaut des Statistischen Gesetzes wurde 1955, soweit er die Kostenverteilung zwischen Bund und Ländern betrifft (§ 8), neu gefaßt. Außerdem wurde der in den Übergangsbestimmungen (§ 16) festgesetzte Zeitraum, in dem für die laufenden Statistiken neue Rechtsgrundlagen geschaffen werden sollten, zweimal — letztmalig bis 1959 — verlängert. Eine Novellierung des Gesetzes ist geplant. Auf die hierbei zur Diskussion stehenden Ergänzungen bzw. Änderungen wird kurz im Abschnitt C eingegangen.

Das Statistische Gesetz mit seinen umfassenden organisatorischen und materiellen Regelungen unterscheidet sich wesentlich vom Recht der ausländischen Statistik, das meist nur Rahmenvorschriften enthält, in denen die Aufgaben der Statistischen Ämter festgelegt werden.

Von den acht Abschnitten des Statistischen Gesetzes sind in den vorstehenden Ausführungen die Abschnitte I »Das Statistische Bundesamt«, II »Der Statistische Beirat« und IV »Besondere Verfahrensbestimmungen« bereits behandelt worden. Im folgenden soll auf die übrigen Abschnitte, und zwar insbesondere auf Abschnitt III »Anordnung von Bundesstatistiken«, V »Auskunftspflicht«, VI »Geheimhaltungspflicht« und VII »Strafen und Geldbußen« eingegangen werden.

1. Anordnung von Bundesstatistiken

Das statistische Auskunftsverlangen bedeutet unter Umständen einen starken Eingriff in die private Rechtssphäre des einzelnen Staatsbürgers und damit in das verfassungsmäßig nach Art. 2 GG garantierte persönliche Freiheitsrecht.

Unter Berücksichtigung rechtsstaatlicher Grundsätze ist daher in § 6 des Statistischen Gesetzes bestimmt worden, daß Bundesstatistiken durch Gesetze oder unter gewissen Voraussetzungen durch Rechtsverordnungen anzuordnen sind.

Im Interesse des Schutzes der Befragten muß in der Rechtsgrundlage festgelegt sein, auf welche Tatbestände sich die Befragung erstrecken und wer als auskunftspflichtig herangezogen werden darf (§ 7). Werden bei einer Statistik nicht Private, sondern Behörden oder Einrichtungen des öffentlichen Bereichs befragt, so genügt eine allgemeine Verwaltungsvorschrift oder eine Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern, je nachdem ob Behörden und Einrichtungen des Bundes oder auch solche der Länder Auskunft erteilen sollen. Meist wird jedoch auch in diesen Fällen ein Gesetz oder eine Rechtsverordnung erlassen, um die Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel durch die Finanzministerien des Bundes und der Länder sicherzustellen.

Die Besonderheit der Rechtsgrundlagen für die einzelnen Statistiken besteht in der Bestimmung der zu erfassenden Tatbestände. Hier stehen sich der Anspruch des Befragten auf rechtsstaatlichen Schutz gegen Eingriffe in seine persönliche Freiheit und das berechtigte Anliegen von Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft nach einer den wechselnden Bedürfnissen angepaßten Elastizität des Frageprogramms gegenüber. Das statistische Programm muß daher klar und zugleich elastisch formuliert werden. Es ist deshalb in besonderem Maße Wert darauf zu legen, für die zu erfassenden Tatbestände Begriffe zu finden, mit denen sich möglichst viele Einzelfragen abdecken lassen. Diese Übung folgt der Begründung des Statistischen Gesetzes, in der ausdrücklich erwähnt ist, daß die Begriffe »Kreis der Befragten« sowie »die zu erfassenden Tatbestände« dahin zu verstehen sind, daß nicht jede Einzelheit festgelegt, sondern nur der grobe Rahmen umschrieben werden soll¹⁾. Der dadurch gegebene Spielraum ist nicht zuletzt auch wegen der methodischen Weiterentwicklung der Statistik notwendig. Ferner ist damit

¹⁾ Vgl. amtliche Begründung zu § 7 Abs. 1 StatGes.

eine Entlastung des Gesetzgebers verbunden, der sonst schon wegen kleiner Änderungen in der Fragestellung der einzelnen Statistik bemüht werden müßte. Die Praxis der Gesetzestechnik, die sich entsprechend den vorstehend angegebenen Richtlinien herausgebildet hat, wirkte sich bei den einzelnen Rechtsgrundlagen dahin aus, daß keine umfangreichen Fragenkataloge oder gar Fragebogen zum Bestandteil der Rechtsgrundlage gemacht zu werden brauchten.

Bei der Legalisierung des laufenden statistischen Programms in Form von Gesetzen sind sachlich zusammengehörige Materien nach Möglichkeit in »Sammelgesetzen« zusammengefaßt worden. Das gilt z. B. für die verschiedenen Erhebungen auf den Gebieten der Finanz-, Steuer-, Preis- und Lohnstatistik¹⁾. Eine ähnliche Zusammenfassung erfolgt, wenn die gleichen Tatbestände in verschiedenen Bereichen (z. B. Industrie und Bauhauptgewerbe, in Handel und Fremdenverkehr, in Handwerk und Gastgewerbe) erhoben²⁾ oder Großzählungen aus organisatorischen Gründen miteinander verbunden wurden³⁾.

Der Vorteil einer gesetzlichen Regelung liegt vor allem darin, daß damit die Materie bis auf weiteres normiert wird und nicht — wie bei Rechtsverordnungen — spätestens alle drei Jahre eine neue Regelung erforderlich ist.

Wenn jedoch wegen des endgültigen Programms einer Statistik noch Erfahrungen gesammelt werden müssen, so daß eine Festlegung auf längere Dauer sich nicht empfiehlt, oder wenn die geplante Erhebung nur einmal durchgeführt werden soll, kommt für die Regelung eine Rechtsverordnung in Frage, sofern die voraussichtlichen Kosten 500 000 DM jährlich nicht übersteigen. Diese Verordnungen entlasten die Gesetzgebungsorgane und erlauben eine beschleunigte Schaffung von Rechtsgrundlagen für die einzelnen Statistiken.

Auf die Dauer gesehen, würde es jedoch zu keiner Entlastung der gesetzgebenden Körperschaften führen, wenn Rechtsverordnungen nach Ablauf einer dreijährigen Geltungsdauer ohne Änderungen zwangsläufig erneuert werden müßten. Aus diesem Grunde und zur Gewinnung einer größeren Übersichtlichkeit sollen die zur Zeit noch durch Einzelrechtsverordnungen normierten Statistiken, soweit sie sachlich zusammengehören, in einem Gesetz zusammengefaßt werden, wenn das Programm für die Zukunft im wesentlichen festliegt.

Der Mindestinhalt der statistischen Rechtsgrundlage besteht gemäß § 7 Abs. 1 in der Bestimmung der zu erfassenden Tatbestände und des Kreises der Befragten. Auch ohne ausdrückliche Erwähnung im Statistischen Gesetz gehören auch Angaben über die Berichtszeit und bei laufenden Erhebungen über die Periodizität zum notwendigen Inhalt jeder Rechtsgrundlage. Darüber hinaus müssen im Bedarfsfalle noch Vorschriften aufgenommen werden über die Freiwilligkeit der Auskunftserteilung, die Art und Weise der Durchführung der Statistik (total oder repräsentativ) und über die Geheimhaltung, z. B. über die Verwendung von Einzelangaben noch für andere als statistische Zwecke oder die Zulassung von Dienstberichterstattungen. Einzelbestimmungen über die Durchführung erübrigen sich im Regelfall im Hinblick auf Artikel 83 GG, wonach die Länder Bundesgesetze als eigene Angelegenheit durchführen. Soll eine Statistik zentral vom Statistischen Bundesamt erhoben und aufbereitet werden, so muß dies in einem Bundesgesetz ausdrücklich angeordnet sein (vgl. z. B. § 10 des Gesetzes über die Statistik des grenzüberschreitenden Warenverkehrs vom 1. Mai 1957), sofern nicht die beteiligten Länder ihre Zustimmung zu einer zentralen Erhebung und Aufbereitung erklären.

Nach allgemeiner Auffassung bedürfen auch Bundesstatistiken, die auf freiwilligen Auskünften beruhen, einer Rechtsgrundlage. Von diesem Grundsatz ausgenommen sind

¹⁾ Vgl. Gesetz über die Finanzstatistik vom 8. Juni 1960, Steuerstatistisches Gesetz (in Vorbereitung), Gesetz über die Preisstatistik vom 9. August 1958, Gesetz über die Lohnstatistik vom 18. Mai 1956. — ²⁾ Vgl. Gesetz über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe vom 15. Juli 1957 nebst Ergänzungsgesetzen vom 26. April 1961 bzw. 24. April 1963, Gesetz über die Durchführung laufender Statistiken im Handel sowie über die Statistik des Fremdenverkehrs in Beherbergungsbetrieben vom 12. Januar 1960, Gesetz über die Durchführung laufender Statistiken im Handwerk sowie im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe vom 12. August 1960. — ³⁾ Vgl. Gesetz über die Zählung der Bevölkerung und der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen im Jahre 1961 sowie über einen Verkehrszensus im Jahre 1962 vom 13. April 1961.

die auf freiwilliger Grundlage erfolgenden Untersuchungen über die Brauchbarkeit der Fragebogen und des Erhebungsverfahrens, die zur Vorbereitung einer Statistik gemäß § 2 Ziffer 1 StatGes gehören. Eine solche Erprobung kann insbesondere bei der Vorbereitung schwieriger neuer Statistiken notwendig sein und auch zu einer Kosteneinsparung bei der eigentlichen Erhebung beitragen.

2. Auskunfts- und Geheimhaltungspflicht

Das Statistische Gesetz legt die Auskunftspflicht für alle bei einer Bundesstatistik Befragten fest und sichert dafür die grundsätzliche Geheimhaltung der statistischen Einzelangaben durch die mit der Durchführung der Statistik amtlich betrauten Stellen und Personen zu. Ohne Zusicherung der Geheimhaltung kann billigerweise die vorschriftsmäßige Auskunftserteilung nicht erwartet werden.

§ 10 Abs. 1 des Statistischen Gesetzes legt im allgemeinen fest, daß alle natürlichen und juristischen Personen, Behörden und Einrichtungen zur Beantwortung der ordnungsmäßig angeordneten Fragen verpflichtet sind. Wer auskunftspflichtig ist, wird in der Einzelrechtsgrundlage bestimmt. Die Auskunftspflichtigen haben die Auskünfte wahrheitsgemäß, vollständig, fristgemäß und grundsätzlich unentgeltlich, d. h. bei Auskunftserteilung auf dem Postwege unter Übernahme des Portos, zu geben. Weiter ist aus der Tatsache, der Unentgeltlichkeit der Angaben zu folgern, daß der Befragte den auskunftsberechtigten Stellen nicht die Kosten, die ihm durch die Bearbeitung der Erhebungsvordrucke — etwa die Kosten für das Personal, das hierfür beschäftigt wird — in Rechnung stellen kann. Es ist in der Rechtsprechung⁴⁾ anerkannt, daß die mit der amtlichen Statistik betrauten Stellen angemessene Fristen für die Auskunftserteilung setzen dürfen.

Da eine allzu strenge Geheimhaltung der Einzelangaben unter Umständen dazu führen könnte, finanziell kaum vertretbare Doppelbefragungen durchzuführen, sind in § 12 des Statistischen Gesetzes rechtliche Möglichkeiten vorgesehen worden, dies zu vermeiden. Es kann in gewissen Fällen naheliegend und zweckmäßig sein, die mit einem erheblichen Aufwand gewonnenen Zahlen nicht nur für die amtliche Statistik, sondern auch für andere Zwecke zu benutzen. Falls in besonders begründeten Fällen die Verwendung der Einzelangaben für weitere Zwecke zulässig sein soll, kann dies in der Rechtsgrundlage unter Bezeichnung des weiteren Verwendungszweckes vorgesehen werden. So wurde z. B. in § 6 des Viehzählungsgesetzes vom 18. Juni 1956 bestimmt, daß Einzelangaben auch für behördliche Maßnahmen zur Durchführung des Tierzuchtgesetzes und des Viehseuchengesetzes sowie für andere dort näher bezeichnete Zwecke durch die zuständigen Behörden oder die von ihnen beauftragten Stellen verwendet werden dürfen. Ferner sind insbesondere die mit hohen Kosten erstellten Ergebnisse der Volkszählung 1961 auch für nichtstatistische Stellen von großem Interesse. Gemäß § 9 Abs. 2 des Volkszählungsgesetzes vom 13. April 1961 wurde daher die Weiterleitung von bestimmten Einzelangaben für wissenschaftliche Zwecke zugelassen, jedoch ohne Nennung des Namens und der Anschrift des Auskunftspflichtigen. Auch konnten auf Grund von § 9 Abs. 3 die Gebäude- und Haushaltslisten den Gemeinden zum Vergleich und zur Berichtigung ihrer Unterlagen zur Verfügung gestellt werden.

Um Doppelbefragungen zu vermeiden, ist außerdem die Möglichkeit der Weiterleitung von Einzelangaben auf dem Dienstwege (Dienstberichterstattung) vorgesehen. Nach § 12 Abs. 2 StatGes sind das Statistische Bundesamt, die Statistischen Landesämter und die sonstigen erhebenden Behörden und Stellen berechtigt und verpflichtet, den fachlich zuständigen obersten Bundes- und Landesbehörden oder den von ihnen bestimmten Stellen auf Verlangen Einzelangaben auf dem Dienstwege weiterzuleiten, wenn und soweit dies in der die Statistik anordnenden Rechtsvorschrift zugelassen und in den Erhebungsdrucksachen bekanntgegeben worden ist. Diese Möglichkeit ist in verschiedenen Rechtsgrundlagen vorgesehen worden (vgl. z. B. § 7 des Gesetzes über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe vom 15. Juli 1957 mit Ergänzungsgesetzen vom 26. April 1961 und 24. April 1963).

Da lediglich die Angaben eines Auskunftspflichtigen den Geheimhaltungsschutz genießen, würde es schon genügen, wenn bei der Veröffentlichung statistischer Ergebnisse die

⁴⁾ OLG Celle, NJW 61, 185.

Angaben zweier Auskunftspflichtiger zusammengezogen werden. Weil es in diesem Fall jedoch beiden Auskunftspflichtigen möglich wäre, durch Differenzbildung die Angaben des anderen zu erkennen, wird in der Praxis der Statistischen Ämter eine Zusammenfassung der Angaben von mindestens drei Auskunftspflichtigen vorgenommen. Wenn in der Zusammenfassung von drei Einheiten die Angabe eines Befragten jedoch so stark überwiegt, daß die zu veröffentlichende Zahl praktisch die Verhältnisse eines Befragten offenbart, müssen weitere (vier oder mehr) Angaben zusammengefaßt werden.

Der Auskunftspflichtige kann auf den Geheimhaltungsschutz verzichten. In der Praxis wird hierfür eine schriftliche Erklärung des Befragten verlangt. Offenkundige Tatsachen, d. h. solche, die der Öffentlichkeit bereits durch die Presse oder andere Publikationsorgane mitgeteilt wurden, sowie die für jedermann wahrnehmbare Existenz von Unternehmen, Betrieben, Gebäuden, Wohnungen, Haushalte u. ä. fallen nicht unter die Geheimhaltungspflicht.

Die Angabe der Adresse allein stellt noch keine Einzelangabe im Sinne des Statistischen Gesetzes dar, soweit mit ihr nicht gleichzeitig eine Kennzeichnung vorgenommen wird (z. B. Anschriften von Betrieben mit einem Jahresumsatz über 500 000 DM). Die Herausgabe von Anschriften wird jedoch meistens nicht im Rahmen des Aufgabengebietes des Statistischen Bundesamtes liegen und ist daher nur in Ausnahmefällen zulässig.

3. Strafen und Geldbußen

Für die Verletzung der Geheimhaltungspflicht ist in das Statistische Gesetz eine besondere Strafvorschrift aufgenommen worden, um außer der Zusicherung der Geheimhaltung der Einzelangaben noch eine weitere Sicherung gegen unzulässige Verwendung dieser Angaben zu schaffen. Es war jedoch bisher nicht erforderlich, eine Strafe wegen Verletzung der Geheimhaltungspflicht zu verhängen, ein Zeichen dafür, daß die Statistischen Ämter die ihnen obliegende Geheimhaltung wahren.

Im Gegensatz zur Verletzung der Geheimhaltungspflicht ist die Verletzung der Auskunftspflicht nicht als Straftat, sondern lediglich als Ordnungswidrigkeit festgelegt worden, weil in ihr nicht eine kriminelle Handlung, vielmehr nur ein mit Bußgeld zu ahndender Verstoß gegen eine Ordnungsvorschrift zu erblicken ist.

Die Verhängung der Geldbußen erfolgt nach den Vorschriften des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OwiG) vom 25. März 1952 (BGBl. I S. 177). Nach § 73 dieses Gesetzes wird die fachlich zuständige oberste Landesbehörde zur Durchführung der Bußgeldverfahren bestimmt, die ihrerseits wieder bestimmte Verwaltungsbehörden mit der Durchführung beauftragen kann. In einigen Ländern sind die Statistischen Landesämter, in anderen der Innenminister bzw. -senator, in weiteren die Regierungspräsidenten oder die Landräte als zuständige Verwaltungsbehörden bestimmt worden.

Die Verhängung von Bußgeldern konnte jedoch in sehr vielen Fällen vermieden werden, nachdem die auskunftsberechtigten Stellen säumige Auskunftspflichtige gemahnt oder ihnen in geeigneter Form den Zweck und die Notwendigkeit der Erhebungen erläutert hatten, so daß daraufhin die angeforderten Meldungen eingegangen waren.

B. Statistik

für Zwecke der Europäischen Gemeinschaften

Nach den Verträgen sind die Organe der Europäischen Gemeinschaften (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, Europäische Atomgemeinschaft) berechtigt, von den Mitgliedstaaten Auskünfte einzuholen und sich damit Kenntnis über die für ihre Maßnahmen wesentlichen Tatsachen zu verschaffen¹⁾. Hierzu gehört auch die Erstellung statistischer Unterlagen, die dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften als

¹⁾ Vgl. Art. 213 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vom 25. März 1957 (BGBl. II S. 753, 766); Art. 47 Abs. 1 des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vom 18. April 1951 (BGBl. 1952, II S. 445) und Art. 187 des Vertrags über die Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft vom 25. März 1957 (BGBl. II S. 753, 1018).

gemeinsamer Dienststelle für die drei Gemeinschaften obliegt.

Die Bereitstellung statistischer Unterlagen durch die Mitgliedstaaten erfolgt zum großen Teil aus dem bereits für nationale Zwecke vorhandenen Material, das für Zwecke der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vielfach auf andere Begriffe, Gruppierungen usw. umzustellen ist. Die »Harmonisierung« bereits vorhandener nationaler Statistiken reicht jedoch nicht immer aus, um die Bedürfnisse der Gemeinschaften zu befriedigen. Aus diesem Grunde ist in letzter Zeit in wachsendem Umfang von der Möglichkeit supranationaler Rechtssetzung Gebrauch gemacht worden. Der EWG-Vertrag sieht die Möglichkeit zum Erlaß von Verordnungen, Richtlinien oder Entscheidungen vor.

Richtlinien setzen kein im nationalen Bereich unmittelbar geltendes Recht, sondern verpflichten die Mitgliedstaaten, zweckdienliche Maßnahmen zur Erreichung des in der Richtlinie festgelegten Ziels zu treffen. Für die Durchführung von Statistiken bedeutet das, den innerstaatlichen Vorschriften entsprechend, die Schaffung einer Rechtsgrundlage. Auf eine Richtlinie der EWG sind z. B. die jährlichen Investitions-erhebungen im produzierenden Gewerbe zurückzuführen, die in der Bundesrepublik durch Rechtsverordnung angeordnet wurden und damit zum Bestandteil des nationalen statistischen Programms geworden sind²⁾.

Die Entscheidungen können sich sowohl an die Mitgliedstaaten als auch an einzelne natürliche oder juristische Personen richten. Eine an die Mitgliedstaaten gerichtete Entscheidung ist z. B. auf dem Gebiete des Verkehrs erlassen worden, auf dem eine Enquête über die Wegekosten des Eisenbahn-, Straßen- und Binnenschiffsverkehrs durchgeführt werden soll, zu der auch statistische Unterlagen notwendig sind. Für diese sind entsprechende deutsche Rechtsgrundlagen zu schaffen³⁾.

Während die Durchführung der in Richtlinien und an die Mitgliedstaaten gerichteten Entscheidungen festgelegten Maßnahmen nach innerstaatlichem Recht erfolgt, setzen die Verordnungen unmittelbar in den Mitgliedstaaten geltendes Recht und sind somit den nationalen Rechtsnormen gleichzusetzen. Von der Möglichkeit zum Erlaß von Verordnungen hat die EWG bisher nur auf wenigen Gebieten Gebrauch gemacht, und zwar bei der Lohnstatistik⁴⁾, der Landwirtschaftsstatistik⁵⁾ und der Statistik der Weinwirtschaft⁶⁾.

Die Verordnungen der EWG haben einige bisher noch nicht endgültig geklärte Rechtsfragen aufgeworfen. So ist es z. B. nach herrschender Auffassung nicht möglich, in den Verordnungen der EWG Strafen wegen der Verletzung der Geheimhaltung und Geldbußen wegen Verstößen gegen die Auskunftspflicht auszusprechen. Eine solche Regelung bleibt der nationalen Gesetzgebung überlassen.

Problematisch ist auch die in Einzelfällen — wie bei der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1966 und der EWG-Strukturerhebung in der Landwirtschaft 1966/67 — vorgesehene Weiterleitung statistischer Einzelangaben an das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften zum Zwecke der zentralen Tabellierung bei dieser Stelle. Die Aufbereitung der Erhebungsergebnisse gehörte bisher grundsätzlich in die Zuständigkeit der Mitgliedsländer. Außerdem besteht bei der EWG bisher noch keine Rechtsvorschrift, die eine evtl. Verletzung der Geheimhaltung von Einzelangaben durch eigene Bedienstete unter Strafe stellt.

Die Klärung dieser Fragen ist im Gange und dürfte wohl im Zusammenhang mit der Schaffung eines Organisationsstatuts für das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften erfolgen (über die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen siehe Abschnitt IV).

²⁾ Richtlinie des Rates der EWG vom 30. Juli 1964 (Amtsblatt der EG S. 2193/64) — Verordnungen über die Durchführung einer Statistik über Investitionen in der Industrie und im Bergbau sowie im Bauhauptgewerbe und im produzierenden Handwerk vom 11. Mai 1965 (Bundesanzeiger Nr. 90). — ³⁾ Entscheidung des Rates der EWG vom 22. Juni 1964 (Amtsblatt der EG S. 1598/64). — ⁴⁾ Verordnungen des Rates der EWG Nr. 10 vom 25. August 1960 (Amtsblatt der EG S. 1199/60), Nr. 14 vom 24. Juli 1961 (Amtsblatt der EG S. 1054/61), Nr. 28 vom 14. Mai 1962 (Amtsblatt der EG S. 1277/62), Nr. 151 vom 3. Dezember 1962 (Amtsblatt der EG S. 2841/62) zur Durchführung von Lohnerhebungen und Verordnung Nr. 188/64 vom 12. Dezember 1964 (Amtsblatt der EG S. 3634/64) zur Durchführung einer Erhebung über Struktur und Verteilung der Löhne in Industrie und Handwerk. — ⁵⁾ Verordnung Nr. 70/66 vom 14. Juni 1966 des Rates der EWG über die Durchführung einer Grunderhebung im Rahmen eines Erhebungsprogramms zur Untersuchung der Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe (Amtsblatt der EG S. 2065/66). — ⁶⁾ Vgl. hierzu die im Abschnitt »Rechtsgrundlagen« abgedruckten Bestimmungen (S. 177).

C. Novellierung des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke

Ein Bedürfnis zu einer Ergänzung bzw. Änderung des Statistischen Gesetzes ergibt sich aus zwei Gründen. Einerseits sind die bei der über 12jährigen Anwendung dieses Gesetzes gesammelten Erfahrungen im nationalen Bereich, andererseits aber auch die sich aus der internationalen Zusammenarbeit ergebenden Aufgaben und Verpflichtungen zu berücksichtigen, die beim Erlass des Gesetzes noch nicht voraussehen waren. Im folgenden werden die für eine Novellierung des Statistischen Gesetzes wichtigsten Punkte erwähnt, wobei jedoch ausdrücklich darauf hinzuweisen ist, daß sich die Pläne noch im Stadium der Vorbereitung befinden und deshalb durchaus noch Änderungen unterliegen können.

1. Bundesstatistiken

In dem Aufgabenkatalog des Statistischen Bundesamtes (§ 2) soll einer seit langem eingeführten und bewährten Praxis entsprechend, die Befugnis des Statistischen Bundesamtes aufgenommen werden, mit Zustimmung der Länder die Koordinierung von Landesstatistiken vorzunehmen.

In den Statistischen Beirat (§ 4) sollen drei Vertreter der Hochschulen aufgenommen werden. Die Kostengrenze für Verordnungen (§ 6 Abs. 2) wäre der Preisentwicklung anzupassen und auf 800 000 DM zu erhöhen. Es soll ferner vorgeschrieben werden, in die Rechtsgrundlage neben den zu erfassenden Tatbeständen und dem Kreis der Befragten auch aufzunehmen, ob die Erhebung unter Auskunftspflicht steht oder auf freiwilliger Grundlage erfolgt, ob sie total oder repräsentativ durchzuführen ist und welche Berichtszeit bzw. Periodizität zugrunde gelegt wird (§ 7 Abs. 1). Auch soll die Möglichkeit geschaffen werden, die Durchführung einer Bundesstatistik durch Rechtsverordnung zeitweise auszusetzen, ihre Periodizität zu verlängern oder einzelne Tatbestände zu kürzen, wenn die Ergebnisse nicht oder nicht mehr in der gleichen Ausführlichkeit benötigt werden oder die tatsächlichen Voraussetzungen für eine Erfassung weggefallen sind (§ 7 Abs. 3).

Die Auskunftspflicht (§ 10) soll ausdrücklich auf die Personengesellschaften des Handelsrechts und nichtrechtsfähigen Personenvereinigungen ausgedehnt werden. Ferner soll klar gestellt werden, daß die statistischen Behörden befugt sind, Angaben zur Feststellung der Auskunftspflicht zu ermitteln sowie Fragebogen und Erhebungsverfahren auf ihre Zweckmäßigkeit zu erproben.

III. Aufgaben und Ziele der Bundesstatistik

In den vorangegangenen Abschnitten sind die organisatorischen und rechtlichen Voraussetzungen, unter denen die amtliche Statistik arbeitet, aufgezeigt worden. Nachstehend sollen einige wichtige Gesichtspunkte, die für den Aufbau und Inhalt der Bundesstatistik und die Weiterentwicklung des statistischen Instrumentariums maßgebend waren bzw. sind, dargelegt werden. Im wesentlichen handelt es sich dabei um das Ergebnis von Überlegungen, die unmittelbar mit dem Aufbau der Bundesstatistik nach dem Kriege verbunden sind und die im Laufe der Jahre noch erheblich vertieft werden konnten¹⁾.

1. Entwicklung eines statistischen Gesamtbildes

Von jeher war es eine wichtige Aufgabe der amtlichen Statistik, das für bestimmte Verwaltungszwecke erforderliche Zahlenmaterial bereitzustellen. Mit der zunehmenden Differenzierung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens und den sich daraus ergebenden neuen Problemen ist das Informationsbedürfnis der Verwaltung, der Forschung und der Öffentlichkeit in starkem Maße gewachsen. Dies führte im Laufe der Zeit zwangsläufig zu einer ganzen Anzahl neuer statistischer Erhebungen, darüber hinaus aber auch zu entscheidenden Änderungen in der

Die Neufassung des § 12 soll die bereits oben dargelegten durch Auslegung gewonnenen Grundsätze über die statistische Geheimhaltung ausdrücklich in den Gesetzestext aufnehmen. Schließlich ist im Interesse eines gleichmäßigen Geheimhaltungsschutzes bei Bundes- und Landesstatistiken beabsichtigt, den Schutz des statistischen Geheimnisses gegenüber den Steuerbehörden in die Reichsabgabenordnung selbst aufzunehmen.

2. Statistiken für Zwecke der Europäischen Gemeinschaften und der Internationalen Organisationen

Der Aufgabenkatalog des § 2 StatGes soll ferner um die Aufgaben erweitert werden, die sich aus der internationalen Zusammenarbeit ergeben. Nur so kann § 2 seinem Sinn gerecht werden, die Aufgaben des Statistischen Bundesamtes vollständig und abschließend aufzuzählen.

Im einzelnen sollen in § 2 Ergänzungen aufgenommen werden, aus denen sich u. a. die Befugnisse des Bundesamtes bei der methodischen und technischen Vorbereitung der Statistiken für Zwecke der Europäischen Gemeinschaften und der internationalen Organisationen, ihrer Zusammenstellung und Auswertung für den nationalen Bereich, der Mitwirkung bei der Abstimmung verschiedener Statistiken aufeinander sowie bei der Angleichung statistischer Begriffe und Systematiken ergeben.

Weiterhin soll klargestellt werden, daß europäische Statistiken, die nicht durch eine unmittelbar im nationalen Bereich wirksame supranationale Vorschrift (wie z. B. eine EWG-Verordnung) angeordnet werden, nach § 6 StatGes ebenfalls einer gesetzlichen Grundlage bedürfen. Ähnliche Verweisungen auf die entsprechenden Vorschriften für Bundesstatistiken sind auch hinsichtlich der Kostenregelung, des Geheimhaltungsschutzes und der Strafbestimmungen vorgesehen. Allerdings können sich diese Vorschriften nur dann sinnvoll auswirken, wenn sie sich harmonisch in das Gefüge des europäischen Rechts einordnen. Es ist jedoch zu hoffen, daß bei Abschluß der Novellierung die entsprechenden Lücken des europäischen Rechts geschlossen sein werden. Sollte dies nicht der Fall sein, müßten die vorgesehenen Vorschriften nochmals überprüft werden.

Über den Fortgang der Arbeiten an der Novelle zum »StatGes« wird in den jährlichen Berichten über die »Arbeiten des Statistischen Bundesamtes« für den Statistischen Beirat berichtet.

Zielsetzung der statistischen Arbeit. Vor allem die Weltwirtschaftskrise hat gezeigt, daß mit isolierter Betrachtungsweise und entsprechenden Maßnahmen kritische Situationen nicht zu vermeiden und zu meistern sind; sie hat den Blick für die Gesamtzusammenhänge geschärft und damit auch der Wirtschaftsbeobachtung und der Statistik eine neue Richtung gegeben. Statistiken werden heute im allgemeinen nicht mehr allein auf die speziellen Bedürfnisse einzelner Verwaltungen abgestellt; man bemüht sich vielmehr, sie so auszugestalten, daß sie zugleich für eine Gesamtanalyse des wirtschaftlichen und sozialen Lebens und für sonstige Untersuchungen gebraucht werden können. Dazu müssen die verschiedenen Statistiken sowohl untereinander als auch auf die allgemeinen volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfordernisse abgestimmt und in systematischer Weise ergänzt werden.

Unter diesen Gesichtspunkten wurde und wird ständig an der allgemeinen Koordinierung, Verbesserung und Vervollständigung der Bundesstatistik gearbeitet. Es wurde eine Reihe von Grundsätzen entwickelt, die — im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten — das statistische Arbeitsprogramm und die Gestalt des statistischen Gesamtbildes des Wirtschaftsablaufs, der Wirtschaftsstruktur und der sozialen Situation entscheidend beeinflussen haben und auch weiterhin beeinflussen. Diese Grundsätze finden ihren Ausdruck in den Anstrengungen um eine gegenseitige Abstimmung der in den verschiedenen Erhebungen und Indices

¹⁾ Vgl. hierzu und zu den folgenden Ausführungen: Fürst, G.: »Wandlungen in der Aufgabenstellung der amtlichen Statistik«. In: Allg. Stat. Archiv, 47. Band, 1963, Heft 3, S. 209.

erfaßten, angewandten und nachgewiesenen Erhebungsbereiche, Darstellungseinheiten, Tatbestände und Merkmale, Definitionen, Systematiken und sonstigen Gruppierungen qualitativer, quantitativer und regionaler Art, Zuordnungsprinzipien, Periodizität usw. Ferner gehören hierzu die Bemühungen um die Präzisierung der zu untersuchenden Sachverhalte und die bessere Abstimmung der Frage- und Tabellenprogramme auf die Bedürfnisse aller Konsumenten, auf die Beantwortungsmöglichkeiten der Befragten und auf neue wissenschaftliche Erkenntnisse sowie die Überlegungen über die Möglichkeiten der Ausfüllung von Lücken im wirtschafts- und sozialstatistischen Gesamtbild. Die Anregungen hierzu kommen u. a. aus dem Vergleich der verschiedenen Statistiken, aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, von Seiten der Wissenschaft und der angewandten Wirtschafts- und Sozialforschung in der öffentlichen Verwaltung und in Instituten, aus der Zusammenarbeit mit den verschiedenen Benutzern und Lieferanten der statistischen Angaben und nicht zuletzt aus der internationalen Diskussion.

Gerade die immer enger werdende internationale Zusammenarbeit — vor allem im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften — zwingt in zunehmendem Maße zu einer möglichst weitgehenden Koordinierung (»Harmonisierung«) der Statistik auch auf internationaler Ebene und zur Berücksichtigung neuer Probleme und Aufgaben.

Die Verwirklichung des angestrebten statistischen Gesamtbildes ist nach dem voranstehend Gesagten also ganz entscheidend auch davon abhängig, inwieweit es gelingt, die Belange der verschiedenen an der amtlichen Statistik beteiligten und interessierten Gruppen (Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft einschließlich der mit der allgemeinen Wirtschaftsbeobachtung befaßten Stellen usw.) aufeinander abzustimmen. Die organisatorischen Voraussetzungen für eine Abstimmung auf nationaler Ebene sind bereits im Abschnitt über »Organisation der Bundesstatistik« dargelegt. Es sei hier nur kurz erwähnt, daß die verschiedenen »Konsumenten«, »Produzenten« und »Lieferanten« der Statistik im Statistischen Beirat und seinen einzelnen Gremien (Fachausschüssen, Arbeitskreisen, Referentenbesprechungen mit den Statistischen Landesämtern) sowie in Ressortbesprechungen bzw. Tagungen des Interministeriellen Ausschusses für Koordinierung und Rationalisierung der Statistik in unmittelbarer Zusammenarbeit über das Programm sowie über die methodischen und erhebungstechnischen Fragen der amtlichen Statistik beraten. Darüber hinaus gibt es noch zahlreiche Kontakte mit anderen nationalen Gremien. Im Statistischen Bundesamt selbst bestehen besondere Referate für allgemeine Fragen der fachlichen Koordinierung und Weiterentwicklung der Statistik. Über die Art der internationalen Zusammenarbeit wird im Abschnitt »Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen« berichtet.

2. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen als Orientierungsmaßstab

Von der fachlichen Arbeit her gesehen hat vor allem der Aufbau der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, zu dem das Amt durch Gesetz verpflichtet ist, entscheidend zur Weiterentwicklung des wirtschaftsstatistischen Gesamtbildes beigetragen. Für diese Arbeiten mußte notwendigerweise eine Vielzahl von Statistiken herangezogen und auf die erwünschten volkswirtschaftlichen Begriffsbestimmungen und Abgrenzungen untersucht werden. Gerade die enge Berührung des Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen mit der Theorie des Wirtschaftsablaufs (Kreislaufanalyse) und ihren Erkenntnissen über die gegenseitige Abhängigkeit von Produktion, Einkommensentstehung, -verteilung und -verwendung (letzter Verbrauch und Vermögensbildung) sowie von Finanzierungsvorgängen ließ die noch bestehenden Informationslücken auf vielen Gebieten der amtlichen Statistik besonders deutlich werden und übte gleichzeitig einen ständigen Zwang aus, die einzelnen Erhebungstatbestände und -merkmale zahlreicher Statistiken zweckentsprechend und genau zu definieren und sie möglichst einheitlich abzugrenzen. Als Beispiel hierfür sei auf einige Probleme und Einzelfragen verwiesen, die bei den Einkommensstatistiken zu behandeln waren: Unterscheidung zwischen wirtschaftlichem Einkommensbegriff und steuerlichen Einkünften; Abgrenzung des Einkommens aus unselbständiger Arbeit von den Personalkosten der Unter-

nehmen; Abgrenzung der Bruttolöhne und -gehälter im Hinblick auf bestimmte soziale Leistungen; Definition der Brutto- und Nettoeinkommen, der Geld- und Natureinkommen, der Haushalts- und Individualeinkommen; Klärung der Unterschiede zwischen Gewinnen im funktionalen Sinne, Betriebsgewinnen, Unternehmensgewinnen und Unternehmereinkommen, Abgrenzung zwischen Einkommens- und Vermögensübertragungen u. a. m. Zu den zentralen Problemen der Koordinierung gehört auch die Aufgabe, eine möglichst saubere — d. h. lückenlose und überschneidungsfreie — Abgrenzung der Erhebungsbereiche verschiedener Statistiken sicherzustellen; damit eng verknüpft ist die Frage, welche Darstellungseinheiten (Unternehmen, fachliche Unternehmensteile, örtliche Einheiten, Familien, Haushalte, Personen usw.) den einzelnen Statistiken jeweils zugrunde zu legen sind. Nicht minder wichtig dürfte das Bemühen sein, eine möglichst einheitliche Zuordnung der in den verschiedenen Statistiken erfaßten Institutionen zu den Erhebungsbereichen und zu den durch die Systematiken gegebenen Unterteilungen (siehe auch Abschnitt »Systematiken«) zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang spielen die Probleme der Schwerpunktbestimmung bei Unternehmen, Betrieben usw. eine entscheidende Rolle. Obwohl sich bei der Zuordnung Differenzen wohl nie ganz vermeiden lassen, hat man doch gerade bei der Durchführung der Großzählungen 1960/62 durch weitgehende Kontrollen und gegenseitige Abstimmungsaktionen erhebliche Erfolge in dieser Hinsicht erzielt. Durch Einrichtung von zentralen Unternehmens- und Betriebskarteien in den Statistischen Landesämtern könnten solche Abstimmungen unter Umständen erleichtert werden; es sind jedoch auch andere Möglichkeiten — etwa die Durchführung von Arbeitsstättenzählungen in kürzeren Zeitabständen als bisher — denkbar.

3. Ausbau des statistischen Arbeitsprogramms

In den jährlich für den Statistischen Beirat zu erstellenden Berichten über die Arbeiten des Amtes werden regelmäßig Übersichten über die weitere Vervollständigung des statistischen Instrumentariums gegeben. Der Ausbau des statistischen Programms ist einmal gekennzeichnet durch die Einführung verschiedener großer Bereichszählungen, die in mehrjährigen Abständen ein umfassendes Bild vor allem der Struktur einzelner Wirtschaftsbereiche vermitteln sollen (z. B. Landwirtschaftszählung, Industriezensus, Handwerkszählung, Handelszensus, Verkehrszensus). Daneben wurde aber auch ein aussagefähiges System kurzfristiger Indikatoren für die allgemeine Wirtschaftsbeobachtung geschaffen, das in zunehmendem Maße durch Jahresstatistiken für die Beobachtung mittelfristiger Entwicklungen ergänzt wird. Nachstehend sollen — allerdings nur bezogen auf die Arbeiten des Statistischen Bundesamtes — einige in dieser Hinsicht wesentliche Fortschritte besonders herausgestellt werden¹⁾. Auf die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird dabei nicht mehr besonders eingegangen, da ihre Sonderstellung und ihr Einfluß auf die Weiterentwicklung des statistischen Instrumentariums bereits behandelt wurden.

Die Statistiken der Produktionsgrundlagen, -vorgänge und -ergebnisse für den warenproduzierenden Bereich wurden in den Nachkriegsjahren ausgebaut (Beispiele: Handwerkszählungen in den Jahren 1949, 1956 und 1963, Nettoleistungserhebung in der Industrie für 1954, Industriezensus und Bauzensus 1963, vierteljährliche Handwerksberichterstattung seit 1961, Jahresunternehmenserhebungen über Umsätze und Beschäftigte in der Industrie seit 1963 usw.). Kennzeichnend für die neuere Entwicklung ist weiterhin, daß entsprechende Zahlen auch für die Bereiche Handel, Gastgewerbe und Verkehr bereitgestellt werden konnten, und zwar sowohl durch Strukturuntersuchungen (Handels- und Gaststättenzählung 1960, Verkehrszensus 1962) als auch durch die Einrichtung von Monats- und Jahresstatistiken. Die regelmäßige Durchführung von Kostenstrukturuntersuchungen, deren Ergebnisse auch für die Sozialproduktberechnung benötigt werden, gestatten darüber hinaus eine genauere Analyse der Aufwands- und Ertragsseite der Unternehmen fast aller Wirtschaftsbereiche.

¹⁾ Vgl. hierzu auch: »Gedanken zur Entwicklung der Bundesstatistik in den letzten 16 Jahren« in »Die Arbeiten des Statistischen Bundesamtes 1963/1964«, S. 15.

Die Statistiken der Erwerbstätigkeit und Beschäftigung wurden ebenfalls erweitert. Als eine wesentliche Bereicherung ist der 1957 eingeführte Mikrozensus herauszustellen, der auf Stichprobenbasis vierteljährlich Aussagen über die Beteiligung der Bevölkerung am Erwerbsleben macht. Methodisch konnte auf Grund der Mikrozensusergebnisse eine genauere Trennung zwischen der »Erwerbstätigkeit« und der »überwiegenden Unterhaltsquelle« der Bevölkerung erreicht werden, so daß es möglich war, in der Berufszählung 1961 diese beiden Aspekte durch entsprechende Fragen besser zu berücksichtigen.

Zu erwähnen ist hier auch der weitere Ausbau der kurzfristig vom Betrieb her ermittelten Beschäftigtenzahlen, die lange Zeit lediglich für die Industrie und das Bauhauptgewerbe laufend zur Verfügung standen (Beispiele: monatliche Berichterstattung im Groß- und Einzelhandel sowie im Gastgewerbe, Arbeitskräftestatistik in der Land- und Forstwirtschaft). In den bereits mehrfach erwähnten Strukturhebungen wurden Beschäftigtenzahlen vor allem in der Gliederung nach der Stellung im Betrieb ermittelt. Darüber hinaus war es u. a. auch möglich, Unterlagen über den Umfang der Teilzeitbeschäftigung bereitzustellen.

An der Verbesserung der Statistiken über die Einkommen und ihre Verwendung wurde in den letzten Jahren intensiv gearbeitet. Im Vergleich zu den vorstehend geschilderten Informationen über Produktionsgrundlagen und -vorgänge sowie über Erwerbstätigkeit und Beschäftigung bestehen auf diesem Gebiet jedoch immer noch erhebliche Lücken. Während über die Einkommen aus unselbständiger Arbeit und die übertragenen Einkommen relativ reichhaltiges und gut gegliedertes Material zur Verfügung steht, sind die vorhandenen Angaben über die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen noch sehr unvollständig. Die Durchführung von Haushaltsbefragungen auf repräsentativer Grundlage (Wohnungstichproben, Mikrozensus, Einkommens- und Verbrauchstichproben) hat insgesamt zu wesentlich besseren Angaben — vor allem über Haushaltseinkommen — geführt, hinsichtlich der immer etwas problematischen Einkommensfeststellungen für Selbständige aber noch Wünsche offengelassen.

Für die Berechnung von Einkommensschichtungen, die zur Beurteilung der Einkommens- und Nachfragesituation der verschiedenen Bevölkerungsgruppen von großer Bedeutung sind und in der Öffentlichkeit seit langem gefordert werden, zeichnen sich für die Zukunft einige Möglichkeiten ab, Bausteine für eine solche Schichtung aus dem Material verschiedener Statistiken — z. B. aus Haushaltsbefragungen und auch aus der Steuerstatistik — heranzuziehen.

Das zum Stand der Einkommensstatistiken Gesagte gilt in verstärkter Form für die Statistiken der Vermögensbildung und -verteilung. In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (einschließlich der Finanzierungskonten der Deutschen Bundesbank) werden zwar für die drei großen Sektoren (Unternehmen, Staat, private Haushalte) Vermögensveränderungskonten geführt; die dort ausgewiesenen Werte gestatten jedoch noch keine Rückschlüsse auf die Vermögensbildung bei einzelnen sozialen Gruppen. Die Ergebnisse der Vermögensteuerstatistik können, u. a. wegen der geltenden Freigrenzen, keine Informationen über die Vermögensbildung der wirtschafts- und sozialpolitisch interessanten Arbeitnehmergruppen erbringen. Einige Daten über die Vermögensveränderung bestimmter Gruppen von Haushalten werden voraussichtlich jedoch noch aus der Aufbereitung der Einkommens- und Verbrauchstichprobe 1962/63 anfallen. Über Vermögensbestände haben in den letzten Jahren neben der Bilanzstatistik u. a. verschiedene Steuerstatistiken zusätzliche Teilangaben geliefert.

Die Statistiken der letzten Nachfrage wurden vor allem im Hinblick auf die Nachfrage der Investoren und der privaten Haushalte nach Waren und Dienstleistungen ergänzt. Um die Nachfrage der privaten Haushalte darstellen zu können, wurden zwei Wege beschritten. Der erste bestand darin, im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen mit Hilfe verschiedener Statistiken über die Umsätze des Einzelhandels, des Handwerks und anderer Lieferanten der privaten Haushalte, ergänzt durch Produk-

tionsstatistiken usw. zunächst den Umfang des privaten Verbrauchs darzustellen und ihn nach verschiedenen Gesichtspunkten grob zu gliedern. Der zweite Weg führte unmittelbar über die Befragung privater Haushalte. Durch verschiedene Erhebungen (laufende Wirtschaftsrechnungen, Wohnungstichproben, Einkommens- und Verbrauchstichprobe u. a.) konnten die vorhandenen Informationen — insbesondere über die Struktur der privaten Verbrauchsausgaben nach verschiedenen Verwendungszwecken und die Zusammenhänge zwischen Einkommen und Einkommensverwendung — wesentlich erweitert werden.

Der in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen eingeschlagene Weg, die Investitionen mit Hilfe der Produktions- und Außenhandelsstatistik zu schätzen, erlaubte es bisher nicht, die Investitionen nach den investierenden Bereichen aufzuteilen. Erst seit der Erfassung der Investitionen in verschiedenen Bereichszählungen (Industriezensus und Bauzensus 1963, Handelszensus 1960, Verkehrszensus 1962 usw.) und der Einführung jährlicher Investitionserhebungen im Produzierenden Gewerbe (erstmalig für 1964) ist es möglich, diese für das allgemeine Wirtschaftswachstum entscheidenden Größen jährlich für einen großen Ausschnitt aus dem Unternehmenssektor zu ermitteln und sie insgesamt in der Gliederung nach Investoren zu berechnen.

Die Statistik der öffentlichen Finanzen bietet u. a. Aufschlüsse über die Nachfrage des Staates. Durch die Unterscheidung zwischen den »vermögenswirksamen« und anderen Ausgaben lassen sich die staatlichen Anlageinvestitionen verhältnismäßig gut ermitteln. Die Bemühungen, die Statistik der öffentlichen Finanzen für die Zwecke der ökonomischen Analyse noch aussagefähiger zu gestalten, stoßen jedoch auf erhebliche institutionelle Schwierigkeiten, die hauptsächlich durch das geltende Haushaltsrecht begründet sind. Einen besonders interessanten Beitrag zur Aktualisierung der Statistik hat die Finanzstatistik durch die statistische Erfassung der Haushaltspläne geliefert.

Das System der deutschen Preisstatistik ist in der Nachkriegszeit — vor allem auch im Vergleich zu anderen Ländern — relativ vollständig und systematisch ausgebaut worden.

Für die Bevölkerungsstatistik kam es nach dem Krieg zunächst darauf an, durch die Volks- und Berufszählungen in den Jahren 1946 und 1950 neue Ausgangspositionen zu schaffen. Die Einführung der Wanderungsstatistik im Jahre 1950 ermöglichte die Beobachtung der Fluktuation der Bevölkerung (Aufnahme und Umsiedlung der Vertriebenen) sowie eine laufende Fortschreibung des Bevölkerungsstandes und lieferte damit die Grundlage für zahlreiche verwaltungspolitische Maßnahmen. Der Mikrozensus, der seit 1957 durchgeführt wird und vierteljährlich wichtige demographische Merkmale erfaßt (Wohnbevölkerung nach Altersgruppen und Geschlecht, Haushalte nach Typ, Zahl der Haushaltsmitglieder, Familien u. a.) trug wesentlich dazu bei, daß heute ein geschlossenes System bevölkerungsstatistischer Daten zur Verfügung steht.

Die in den letzten Jahren in den Brennpunkt des öffentlichen Interesses gerückten Bildungsstatistiken, zu denen u. a. die Statistiken über Schulen und Hochschulen gehören, werden auf Grund von Vereinbarungen mit den Kultusministerien der Länder im Statistischen Bundesamt koordiniert. Da für die Durchführung dieser Statistiken keine Rechtsgrundlage im üblichen Sinne gegeben ist und außerdem in den einzelnen Bundesländern zum Teil unterschiedliche Schulformen bestehen, sind mit der einheitlichen Durchführung dieser Statistik seit jeher große Schwierigkeiten verbunden gewesen. Das verstärkte Interesse an den Ergebnissen, insbesondere unter dem Gesichtspunkt einer besseren Verwendbarkeit für die Zwecke der Bildungsplanung, führte zunächst dazu, eine grundsätzliche Reform der Hochschulstatistiken einzuleiten. Ein wichtiges Ziel dieser Reform ist es, statistisches Material für die Beurteilung von Studienverläufen bereitzustellen (Verlaufsstatistik).

Zusammenhänge zwischen Ausbildung und Berufstätigkeit werden in zunehmendem Maße im Mikrozensus und in den Berufszählungen untersucht.

IV. Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen

Zahlreiche internationale Organisationen benötigen international vergleichbares statistisches Material für ihre politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Tätigkeiten und befassen sich daher auch mehr oder minder intensiv mit der Zahlensammlung und der methodischen Vereinheitlichung und Weiterentwicklung der erforderlichen Statistiken. Durch Förderung des Gedanken- und Erfahrungsaustausches zwischen den Statistikern aller Erdteile oder bestimmter Regionen und durch Empfehlungen oder auch verbindliche Abkommen über einheitlich anzuwendende statistische Begriffe, Gruppierungen und Methoden haben sie, besonders in den Nachkriegsjahren, wesentlich zur Entwicklung der internationalen Statistik beigetragen. Der durch die internationalen Organisationen ermöglichte Erfahrungsaustausch wirkt auch auf die nationalen Arbeiten anregend und fördert die rationelle Weiterentwicklung der Statistiken der Mitgliedstaaten; im Ausland bereits erprobte statistische Methoden können übernommen und auf diese Weise manche Umwege und Kosten erspart werden. Darüber hinaus entlasten die Zahlenveröffentlichungen der internationalen Organisationen die statistischen Zentralämter in den Ländern zu einem nicht unbeträchtlichen Teil von der mühseligen und zeitraubenden Arbeit, die ihnen erwachsen würde, wenn sie sich selbst das erforderliche Vergleichsmaterial unmittelbar aus dem Ausland beschaffen müßten.

Das Statistische Bundesamt ist an den statistischen Arbeiten vieler internationaler Organisationen in mehr oder minder starkem Maße beteiligt. Von besonderer Bedeutung ist die Verbindung zum Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften und zur Konferenz Europäischer Statistiker bei der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa.

1. Europäische Gemeinschaften

Für die drei supranationalen Organisationen, nämlich die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) und die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM), ist im Jahre 1958 eine gemeinsame statistische Dienststelle, das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (SAEG), eingerichtet worden. Dieses Amt ist auf Grund der in den Verträgen festgelegten Vollmachten in der Lage, die Statistik in den sechs Mitgliedsländern sehr viel nachhaltiger zu beeinflussen, als dies den herkömmlichen internationalen Organisationen möglich ist, die im wesentlichen keine rechtlich bindenden Anordnungen, sondern nur Empfehlungen geben. Die Zusammenarbeit mit dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften, das auf der Grundlage der von anderen internationalen Organisationen bereits geleisteten Arbeiten mit der Vereinheitlichung und Weiterentwicklung der Statistik auf vielen Gebieten zugleich begonnen hat, hat erheblich an Bedeutung gewonnen und nimmt einen breiten Raum ein.

Für die Zusammenarbeit sind entsprechende Gremien geschaffen worden, so z. B. die Konferenz der Leiter der Statistischen Zentralämter der Mitgliedstaaten beim SAEG, die das gesamte Arbeitsprogramm erörtert, sowie Ausschüsse, Arbeitsgruppen u. ä. auf dem Gebiete der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, der Systematiken, der Landwirtschafts-, Industrie- und Handwerks-, Handels-, Verkehrs-, Energie-, Arbeitskräfte-, Lohn-, Preis- und Konjunkturstatistiken, der Wirtschaftsrechnungen usw. Auf deutscher Seite befaßt sich jeweils auch der Interministerielle Ausschuß für Koordinierung und Rationalisierung der Statistik mit dem Arbeitsprogramm des SAEG.

Bei den Arbeiten des SAEG kann unterschieden werden zwischen der »Harmonisierung« der in den Mitgliedstaaten bereits vorhandenen Statistiken und dem Aufbau einheitlicher, nach gemeinsamen Beratungen von den Europäischen Gemeinschaften angeordneter Statistiken. Im Vordergrund stand bisher die »Harmonisierung«, d. h. die sich ohne verbindliche Anordnungen vollziehende Vereinheitlichung der Statistiken der Mitgliedstaaten. Eine Reihe von Statistiken, über die die sechs Mitgliedsländer verfügen, sind auf Grund der Empfehlungen maßgebender internationaler Organisationen in den Grundzügen bereits ähnlich aufgebaut. Die intensiven Integrationsbemühungen der Europäischen Gemeinschaften auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet er-

fordern aber vielfach eine tiefer in die Einzelheiten vordringende Überprüfung der nationalen Statistiken und eine weitergehende gegenseitige Anpassung der Methoden, Begriffe und Gruppierungen. Mit der Harmonisierung ist teilweise auch ein weiterer Ausbau der Statistik verbunden.

In verschiedenen Fällen, in denen statistische Angaben, die zur Erfüllung der sich aus den Verträgen ergebenden Aufgaben benötigt werden, ganz oder teilweise fehlen oder in denen vorhandene Statistiken nicht ausreichend vereinheitlicht werden können, sind Statistiken von den Europäischen Gemeinschaften verbindlich angeordnet worden.

Das ist durch Verordnungen des Ministerrates der EWG, die in den Mitgliedstaaten unmittelbar geltendes Recht sind, oder durch Richtlinien der EWG, die für die betreffenden Staaten hinsichtlich des zu erreichenden Zieles verbindlich sind, in der Wahl der Mittel aber Freiheiten lassen, oder durch Entscheidungen der EWG, die für diejenigen verbindlich sind, die sie bezeichnen, oder auch durch Entscheidungen der EGKS und Verordnungen von EURATOM geschehen.

Gegenstand verbindlicher Anordnungen waren bzw. sind z. B. die Lohnkosten- und Lohnstrukturhebungen, neuerdings vor allem die Agrarstrukturhebung, ferner die Weinwirtschaftsstatistiken, die jährlichen Investitionsstatistiken im Produzierenden Gewerbe, bestimmte Statistiken im Rahmen der Wegkosten-Enquête auf dem Gebiete des Verkehrs usw. In den Anordnungen werden die Konzepte, Begriffe, Gruppierungen, Erhebungs- und Aufbereitungsmethoden usw. teilweise sehr eingehend und präzise festgelegt. In diesem und anderem Zusammenhang sind neben sachlichen, rechtlichen und finanziellen Problemen auch grundsätzliche Fragen der Arbeitsverteilung zwischen dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften und den nationalen statistischen Zentralämtern sowie sonstige Organisationsfragen aufgekomen und eingehend erörtert worden (siehe hierzu auch die Ausführungen im Abschnitt II B auf S. 22).

Von den zahlreichen Aufgaben, die sich in den letzten Jahren aus der Zusammenarbeit des Statistischen Bundesamtes mit dem SAEG ergeben haben, bzw. von den Arbeiten, die geleistet worden sind, seien außer den erwähnten als weitere Beispiele genannt: Ausarbeitung eines gemeinsamen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen und gemeinsamer Finanzierungskonten, Wirtschaftszweigsystematiken für Industrie und Handel, Warensystematiken für Außenhandel, Güterverkehr und industrielle Produktion, Versorgungsbilanzen für bestimmte landwirtschaftliche Produkte, Durchführung eines einheitlichen Industriezensus, Außenhandelsstatistik (u. a. Überlegungen über die Konsequenzen, die sich aus dem Wegfall der Zollgrenzen innerhalb der EWG ergeben), Vorbereitung eines Handelszensus, Einzelhandelsumsatzstatistik, Fremdenverkehrsstatistik, Stichprobenerhebung über den Straßengüterverkehr, Statistiken der Baugenehmigungen und Baufertigstellungen, Preisstatistiken bzw. -indizes für Landwirtschaft, Einzelhandel, Lebenshaltung der privaten Haushalte, Statistik der Wirtschaftsrechnungen, Statistik der Sozialausgaben und ihrer Finanzierung, Erwerbstätigenstatistiken, Ausarbeitung eines Systems kurzfristiger Statistiken für die Konjunkturbeobachtung, Zahlenlieferungen für zahlreiche Sachgebiete usw.

2. Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa und andere europäische Organisationen

Von großer Bedeutung für die Entwicklung der amtlichen Statistik in den verschiedenen Regionen der Welt sind die ständigen Statistikerkonferenzen, die der Wirtschafts- und Sozialrat — dem europäischen Beispiel folgend — innerhalb seiner regionalen Wirtschaftskommissionen eingerichtet hat.

Sie haben die Aufgabe, die nationalen Statistiken und deren internationale Vergleichbarkeit zu verbessern und die statistischen Arbeiten internationaler Organisationen innerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs zu koordinieren. Der Konferenz Europäischer Statistiker bei der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE) gehören die Leiter der statistischen Zentralämter aller Mitgliedsländer der ECE an, das sind praktisch alle west- und osteuropäischen Länder und die Vereinigten Staaten. Die Konferenz mit ihren zahlreichen Arbeitsgruppen usw. wid-

met sich der amtlichen Statistik auf allen Gebieten, vor allem den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, den großen Zählungen, den laufenden Statistiken, die zur kurzfristigen Beobachtung der Wirtschaftsentwicklung besonders geeignet sind, und anderen statistisch-methodischen oder praktischen Fragen, z. B. Fragen der Bildungsstatistik, dem Problem der statistischen Einheit in Wirtschaftsstatistiken, der Ausbildung von Statistikern, dem Einsatz von elektronischen Rechenanlagen für statistische Zwecke. Auf der Grundlage bereits bestehender Empfehlungen der Vereinten Nationen hat sie europäische Normen für Statistiken der Sachkapitalbildung, des privaten Verbrauchs, für Volks- und Wohnungszählungen, für die Industriestatistik und für Wirtschaftsrechnungen in der Form europäischer statistischer Programme aufgestellt. Da die meisten der statistisch am besten entwickelten Länder Mitglieder der Konferenz sind, kommt solchen Normen oder »Standards« für die Statistik eine erhebliche Bedeutung zu, manchmal eine größere als den von der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen entwickelten, die weltweit anwendbar sein sollen und daher notwendigerweise allgemeiner abgefaßt sein müssen. Die Standardisierung von Statistiken ist aber nicht das einzige Ziel der Konferenzarbeit. Allein der Austausch von Gedanken und Erfahrungen über vielfältige, oftmals neue und schwierige Probleme, der nicht oder noch nicht zu endgültigen Ergebnissen führt, ist von großem Wert. In diesem Zusammenhang spielt die Konferenz Europäischer Statistiker auch als Forum für gesamteuropäische Gespräche, für Diskussionen der Vertreter unterschiedlicher wirtschaftlicher und statistischer Systeme aus Ost und West eine bedeutende Rolle. Die Bemühungen um die Vereinheitlichung der beiden verschiedenen Systeme Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen sind dafür ein Beispiel.

Neben der Konferenz Europäischer Statistiker bestehen bei der ECE Fachausschüsse für Landwirtschaft, Holz, Kohle, Stahl, Gas, Elektrizität, Wohnungswesen und Binnenverkehr, die sich mit praktischen Fragen der europäischen Wirtschaft befassen. Diese Ausschüsse haben zum großen Teil statistische Arbeitsgruppen gebildet, die das für die Untersuchungen benötigte statistische Material in vergleichbarer Form für alle europäischen Länder und die Vereinigten Staaten bereitzustellen haben. Zu den statistischen Arbeiten von größerer Bedeutung gehören die Entwicklung des neuen einheitlichen europäischen Güterverzeichnis für die gesamte Verkehrsstatistik, die Ausarbeitung von Programmen für Verkehrszählungen und die Standardisierung laufender, an große Zählungen anschließender Statistiken, z. B. die Standardisierung laufender Landwirtschaftsstatistiken oder laufender Wohnungs- und Baustatistiken.

Auch der Europäische Wirtschaftsrat (OEEC), dem nach der Umwandlung in die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) die Vereinigten Staaten und Kanada als Vollmitglieder angehören, ist im Hinblick auf die Statistik hervorzuheben. Mit der Entwicklung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen hat sich diese Organisation besonders verdient gemacht. Wertvoll sind auch die gegebenen Anregungen zum Ausbau der Arbeitskräftestatistik und der Vorausschätzungen des Angebots und Bedarfs an Arbeitskräften, die grundlegenden Arbeiten zur internationalen Produktivitätsstatistik sowie die gründlichen Untersuchungen über neue und vergleichbare Bildungsstatistiken und über eine internationale Statistik der Forschungsausgaben; zu erwähnen sind ferner die Fremdenverkehrsstatistiken.

Schließlich sei noch eine der ältesten europäischen Organisationen, die Zentralkommission für die Rheinschifffahrt (ZKR) genannt, zu deren Zuständigkeit die Rheinschifffahrtsstatistik gehört. Die Organisation hat sich darüber hinaus bei der Ausarbeitung des neuen Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik große Verdienste erworben.

3. Weltorganisationen

Die Förderung und Vereinheitlichung der Statistik über engere regionale Bereiche hinaus ist eine Angelegenheit der Weltorganisationen, in erster Linie der größten und umfassendsten Organisation, der Vereinten Nationen (UN). Das Statistische Amt der Vereinten Nationen hat auf Veranlassung der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen enge Verbindungen mit den statistischen Zentralämtern aller Länder und mit den statistischen Büros internationaler Organisationen hergestellt. Diese liefern dem Amt das für die laufenden, weltumfassenden statistischen Veröffentlichungen benötigte Zahlenmate-

rial nach bestimmten Richtlinien und beteiligen sich an der Diskussion statistisch-methodischer Fragen, mit der das Ziel verfolgt wird, international einheitliche Statistiken zu erreichen, soweit das unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Voraussetzungen und Gegebenheiten in den einzelnen Ländern möglich ist. Die auf diese Weise vorbereiteten Empfehlungen der Vereinten Nationen bilden den Rahmen für die Gestaltung der internationalen Statistik und dienen gleichzeitig — insbesondere den Entwicklungsländern — als Richtlinie für den Auf- und Ausbau der Statistiken in den Ländern. Die vorliegenden Empfehlungen der Statistischen Kommission bei den Vereinten Nationen zur Statistik, die teilweise überarbeitete Empfehlungen des früheren Völkerbundes darstellen, betreffen u. a. die Volks-, Berufs- und Wohnungszählungen 1960, die Industriestatistik und speziell die weltumfassenden industriestatistischen Erhebungen im Jahre 1963, die Statistiken der Bevölkerungsbewegung und der internationalen Wanderungen, die Außenhandelsstatistik und das ihr zugrunde liegende einheitliche Warenverzeichnis (SITC), den Handelszensus und laufende Binnenhandelsstatistiken, die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Statistik der Kapitalbildung.

Wichtige Glieder im Rahmen der weltweiten Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Statistik bilden auch die autonomen Sonderorganisationen der Vereinten Nationen, denen die Organisation der Vereinten Nationen die Zusammenstellung, Auswertung, Veröffentlichung und Verbesserung der Statistiken ihres Fachbereichs überläßt. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO), die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der Internationale Währungsfonds (IMF) entfalten eine besonders lebhaft statistische Tätigkeit; sie legen der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen regelmäßig Berichte über ihre statistischen Arbeiten vor. Die Bundesrepublik ist Mitglied dieser sowie auch der übrigen Sonderorganisationen der Vereinten Nationen. Das Statistische Bundesamt unterhält deshalb auch Verbindungen zu diesen Organisationen und beteiligt sich an den statistischen Arbeiten. Dabei handelt es sich nicht nur um die Bereitstellung von Zahlenmaterial für die statistischen Veröffentlichungen der Sonderorganisationen, sondern auch um die Beteiligung an den statistisch-methodischen Diskussionen, die der Vereinheitlichung und Verbesserung der Statistik dienen und bereits zur Standardisierung einer Reihe von Statistiken geführt haben. Nur beispielhaft kann hier hingewiesen werden auf Arbeiten der ILO (Internationale Berufssystematik, Wirtschaftsrechnungen, Statistiken der Beschäftigung und der sozialen Sicherheit), der FAO (Weltprogramm für Landwirtschaftszählungen, Ausbau der Fischereistatistik), der WHO (Internationales Verzeichnis der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen, Verbesserung der Gesundheitsstatistiken und ihre Anwendung für die Untersuchung moderner Fragen der Genetik und Strahlenschäden), der UNESCO (Standardisierung der Statistiken über das Erziehungswesen), des IMF (Zahlungsbilanzen) oder der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation — ICAO (Vereinheitlichung der Luftfahrtstatistiken).

Neben den amtlichen Organisationen spielen auch wissenschaftliche Vereinigungen, Fachvereinigungen usw. für die internationale Zusammenarbeit auf statistischem Gebiet eine Rolle. Zu diesen gehört vor allem das Internationale Statistische Institut (ISI), die älteste internationale Einrichtung für die Zusammenarbeit der Statistiker. Die ursprünglichen Aufgaben dieses Instituts sind zum Teil von den Regierungsorganisationen, zunächst vom Völkerbund, später von den Vereinten Nationen übernommen worden; als eine wissenschaftliche Einrichtung für die Aussprache der Statistiker aller Fachrichtungen hat das Institut noch heute seine Bedeutung.

Von anderen Weltorganisationen, bei denen die Statistik einen mehr oder weniger bedeutenden Platz einnimmt, seien hier noch genannt: Internationaler Verein für wissenschaftliche Bevölkerungskunde, Internationale Gesellschaft zur Untersuchung des Volkseinkommens und Volksvermögens (IARIW), Internationale Handelskammer (IHK).

Über Aufgaben und Ziele der Weltorganisationen sowie der regionalen internationalen Organisationen und über die Arbeiten der Konferenz Europäischer Statistiker unterrichten drei vom Statistischen Bundesamt herausgegebene Veröffentlichungen (siehe Veröffentlichungsübersicht S. 329).

V. Aufgaben der Auslandsstatistik

Dem Statistischen Bundesamt ist durch das Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 neben der Hauptaufgabe, Statistiken für Bundeszwecke zu bearbeiten, als besondere Aufgabe gemäß § 2 Ziffer 4 zugewiesen worden, »Statistiken des Auslandes und der internationalen Organisationen zu sammeln und darzustellen«.

Im Statistischen Bundesamt sind daher, unter Abstimmung auf entsprechende Arbeiten in einigen Ressorts, auslandsstatistische Referate und Sachgebiete aufgebaut und Veröffentlichungen herausgegeben worden.

Unter »Auslandsstatistik« wird im Sinne der gesetzlichen Abgrenzung hier nur diejenige Arbeit verstanden, die sich mit den für deutsche Benutzer wichtigen Ergebnissen der Statistik des Auslandes beschäftigt und im allgemeinen auf die Herausgabe von Veröffentlichungen mit auslandsstatistischem Zahlenmaterial oder auf die Erteilung von Auskünften auf Grund dieses Materials abgestellt ist. Die in allen Fachbereichen des Statistischen Bundesamtes nötige Beschäftigung mit der Entwicklung der Methodik in der ausländischen Statistik und die weiteren fachlichen und methodischen Probleme in internationalem Umfange sind hier ausgeklammert worden, obwohl sich beide Aufgabengebiete bei manchen Arbeiten in gewissem Umfang überschneiden.

1. Aufgabenstellungen und Arbeiten

Die Arbeiten der Auslandsstatistik umfassen

- a) Sammlung und Sichtung des von anderen Ländern und internationalen Organisationen veröffentlichten Zahlenmaterials; Veröffentlichung der für die Bundesressorts und die übrigen Interessenten wichtigsten Teile dieser statistischen Ergebnisse (in einer für den deutschen Benutzer zweckmäßigen Form); Erteilung von Auskünften aus dem gesammelten Material.
- b) Beschäftigung mit der Technik und Methodik der ausländischen Statistik, soweit dies zum Verständnis und zur Kommentierung des ausländischen Zahlenmaterials im Rahmen der Veröffentlichungen erforderlich ist.

Im Vordergrund der Arbeiten stehen das Verfolgen der auslandsstatistischen Zahlenveröffentlichungen und die Veröffentlichung wichtiger Teile dieses Materials für deutsche Benutzer. In Ausführung dieser Aufgabe ist eine große Zahl von speziellen Amtsveröffentlichungen entstanden. Zu den Veröffentlichungen, in denen jeweils über verschiedene Länder und Fachgebiete berichtet wird, zählen die »Internationalen Monatszahlen«, die für zahlreiche Länder monatlich »Short term indicators« liefern, sowie der Auslandsteil des Statistischen Jahrbuches. Daneben werden Veröffentlichungen über einzelne Fachgebiete, wie z. B. über die Industrie, den Außenhandel, die Groß- und Einzelhandelspreise sowie die Verdienste, Löhne und Arbeitszeiten des Auslandes herausgegeben. Eine dritte Gruppe bilden die »Länderberichte«, in denen die demographischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse einzelner Länder ausführlich dargestellt werden und die ab 1967 durch sogenannte »Länderkurzberichte« ergänzt bzw. aktualisiert werden sollen (siehe Veröffentlichungsübersicht auf S. 330).

Es ist nicht leicht zu konkretisieren, für welche speziellen Aufgaben und für welche Interessenten die Auslandsstatistik in ihrer bisherigen Ausrichtung betrieben worden ist. Grundsätzlich war es zweifellos zunächst die Aufgabe, für die Bundesressorts und darüber hinaus für eine Vielzahl interessierter Stellen (Organisationen, Firmen, Verbände usw.) die für alle Gebiete der Beschäftigung mit dem Ausland notwendigen statistischen Unterlagen bereitzustellen und zu veröffentlichen. Als einige konkrete Beispiele seien genannt die Zusammenstellung von Zahlenmaterial über den Außenhandel mit bestimmten Ländern als Material für Handelsvertragsverhandlungen, die Ausarbeitung eines Länderberichtes zur Beurteilung der Struktur eines Entwicklungslandes und die Ermittlung von Verbrauchergeldparitäten für Verhandlungen mit anderen Ländern über die Berechnung von Zahlungen und Überweisungen.

2. Neuere Entwicklung

In den letzten Jahren haben sich in immer größerem Umfang neue Aufgabenstellungen — oder Erweiterungen bisheriger Aufgaben — ergeben, von denen einige im folgenden kurz dargestellt werden sollen.

Entwicklungshilfe

Umfang und Bedeutung der von deutscher Seite an viele Länder geleisteten »Entwicklungshilfe« haben es notwendig gemacht, schneller und umfassender als bisher aktuelles Zahlenmaterial zur Verfügung zu haben, das als Unterlage für Überlegungen und Entscheidungen zum Einsatz der Entwicklungshilfe in bestimmten Ländern benötigt wird. Diesem Bedarf wurde dadurch Rechnung getragen, daß die Zahl der ausführlichen Länderberichte über wichtige Entwicklungsländer in den letzten Jahren erheblich vergrößert wurde. Außerdem soll künftig das vorhandene Material für über 80 Entwicklungsländer in den »Länderkurzberichten« jeweils nach dem neuesten Stand dargestellt werden. Bei der Auswertung des Zahlenmaterials der Entwicklungsländer wirkt sich erschwerend aus, daß in den wenigen vorhandenen Veröffentlichungen dieser Länder methodische Hinweise kaum enthalten sind. Vollständige und mit den erforderlichen kritischen Hinweisen versehene Darstellungen sind daher nur schwer ohne Besuch der betreffenden Länder möglich. In einer Reihe von Fällen, in denen wegen vorgesehener Entwicklungshilfe besonders gründliche Unterlagen benötigt wurden, sind daher von Angehörigen des Statistischen Bundesamtes auch bereits entsprechende Feldstudien an Ort und Stelle ausgeführt und die vorliegenden statistischen Ergebnisse unmittelbar bei den zuständigen Stellen auf Zuverlässigkeit und Aussagekraft geprüft worden. Hierbei handelte es sich in erster Linie darum, in das Erhebungsverfahren und die Bearbeitung des statistischen Ausgangsmaterials einen ausreichenden Einblick zu gewinnen.

Als weitere Aufgabe ergibt sich, ein statistisch möglichst vollständiges Bild über die Entwicklungshilfe — und zwar sowohl die deutsche als auch die von anderen Staaten gewährte Hilfe — zu gewinnen. Im einzelnen geht es besonders darum, die Hilfe des Auslandes nach ihrem möglichst aktuellen Stand festzustellen und zusammen mit der deutschen Entwicklungshilfe in den Gesamtrahmen des statistischen Materials für ein Land einzuordnen.

Zahlenmaterial aus einzelnen auslandsstatistischen Fachbereichen

Daneben hat sich mit der ständig zunehmenden internationalen Zusammenarbeit und mit der immer enger werdenden wirtschaftlichen Verflechtung die Nachfrage nach aktuellem fachstatistischem Material von Jahr zu Jahr vermehrt. Einige Beispiele aus der letzten Zeit seien im folgenden zusammengestellt:

Für mehrere Institutionen wurden umfangreiche Ausarbeitungen über die Entwicklung der Bevölkerung in verschiedenen Ländern, u. a. über die allgemeinen Bevölkerungsvorausberechnungen und -schätzungen gefertigt. Auch über Ostblockländer waren größere Arbeiten zu leisten.

Daneben wurden Zusammenstellungen von Produktions- und Beschäftigtenzahlen für eine Vielzahl von Industriezweigen und Ländern geliefert. Das gilt besonders für den Bereich Chemie, wo u. a. bei Kunststoffen infolge der dynamischen internationalen Entwicklung verbreitetes Interesse an solchen Angaben besteht. Vielfach müssen auch detaillierte statistische Daten über die Industrie der EWG-Länder geliefert werden.

Das wachsende Interesse an Ergebnissen über den Außenhandel fremder Länder führte in letzter Zeit zu vermehrten Anforderungen durch die Behörden, Wirtschaftsverbände und Firmen. Unter den Firmen sind besonders solche hervorgetreten, die auf Grund ihrer vielseitigen wirtschaftlichen Verflechtungen mit dem Ausland an detaillierten Außenhandelszahlen in der Gliederung nach Waren und Ländern interessiert sind.

Im Rahmen der Vergleiche der Preis- und Lohnentwicklung von europäischen und außereuropäischen Län-

dern sind besonders die Kaufkraftberechnungen für Zwecke des Entschädigungsrechts, die Arbeiten für Zwecke der deutschen Auslandsbesoldung als Grundlage für die Festsetzung des Kaufkraftausgleiches bei den deutschen Auslandsdienstbezügen und die Berechnung der Verbrauchergeldparitäten hervorzuheben. Grundlage der umfangreichen und schwierigen Arbeiten sind Angaben über Preise deutscher und ausländischer verbrauchsrelevanter Waren und Dienstleistungen. Sie werden an Hand inländischer und ausländischer Ausgabenstrukturen privater Haushalte zusammengefaßt und unter Berücksichtigung der Devisenkurse miteinander verglichen. Ergänzend zu diesem räumlichen Vergleich für einen Zeitpunkt sind mit Hilfe der Preisindices der Lebenshaltung der betreffenden Länder die Ergebnisse fortzuschreiben und die Veränderungen der Relationen zu verfolgen (zeitlicher Vergleich). Lohnstatistische Angaben hierzu werden regelmäßig zusammengestellt. Darüber hinaus sind Arbeiten über Fragen der Normalarbeitszeit im öffentlichen Dienst des Auslandes geleistet sowie Zusammenstellungen über Lohn- und Lohnnebenkosten für zahlreiche Stellen gefertigt worden.

Außer vorstehend genannten Arbeiten auf einzelnen Sachgebieten war es anlässlich von Reisen des Herrn Bundespräsidenten in Entwicklungsländer sowie für den Bedarf einzelner Ressorts erforderlich, auch allgemeines Zahlenmaterial zusammenzustellen, und zwar über südamerikanische, afrikanische und asiatische Entwicklungsländer sowie über kommunistische Länder.

Diese Beispiele, die beliebig ergänzt werden könnten, zeigen, daß sich das Fortschreiten der internationalen Zusammenarbeit und Verzahnung auch in der Entwicklung des statistischen Arbeitsprogramms und seiner aktuellen Bedeutung niederschlägt.

3. Abgrenzung gegenüber anderen Stellen

Je mehr die Auslandsstatistik in neue aktuelle Aufgaben hineinwächst, desto mehr muß, zur Klärung der Aufgabenverteilung und zur Vermeidung von Doppelarbeit, auf sinnvolle Abgrenzung gegenüber den Arbeiten anderer Stellen geachtet werden.

So haben z.B. die Internationalen Organisationen mit dem Ausbau ihrer gesamten Tätigkeit auch die Zusammenstellung und Veröffentlichung von Zahlenmaterial für ihren regionalen Bereich weiter entwickelt. Das gilt besonders für die Vereinten Nationen und die Europäischen Gemeinschaften. Die Zusammenstellungen der internationalen Organisationen sind jedoch aus mancherlei Gründen für deutsche Zwecke nicht immer oder nur begrenzt brauchbar.

Sie erscheinen zum Teil sehr spät, da die Zulieferung von allen beteiligten Ländern abgewartet werden muß. Außerdem entsprechen sie in ihren systematischen und regionalen Gliederungen nur teilweise den auf deutscher Seite vorliegenden Anforderungen. Schließlich sind der Benutzung auch aus sprachlichen Gründen gewisse Grenzen gesetzt. In vielen Fällen sind daher bei speziellen Aufgaben und Anforderungen eigene auslandsstatistische Arbeiten trotz allem weiterhin erforderlich.

Auch von den wirtschaftswissenschaftlichen Instituten und anderen Stellen werden seit Jahren zum Teil sehr intensive und umfangreiche Untersuchungen über Auslandsprobleme geleistet. So hat z. B. das Ifo-Institut eine eigene Afrika-Forschungsstelle eingerichtet, die zur Untersuchung spezieller Probleme über eine Reihe von Mitarbeitern in afrikanischen Ländern verfügt. Das Institut für Weltwirtschaft in Kiel gibt seit langem sehr fundierte Arbeiten über die wirtschaftlichen Verhältnisse in ausländischen Staaten heraus. Es verfügt zudem über eine der vollständigsten Büchereien über das Ausland.

Diesen Arbeiten gegenüber ist die Abgrenzung der amtlichen Auslandsstatistik relativ klar. Während die amtliche Auslandsstatistik das in verschiedenen Quellen verfügbare Zahlenmaterial in Form von Länderberichten oder in statistischen Berichten über bestimmte Teilgebiete zusammenzustellen und soweit möglich mit methodischen Erläuterungen zur allgemeinen Information zu veröffentlichen hat, werden sich die Arbeiten der Institute in erster Linie auf Spezialuntersuchungen zu bestimmten Problemen mit sehr weitgehenden Analysen unter Heranziehung der von der Auslandsstatistik dargebotenen Materialsammlung und unter Benutzung anderer Quellen und Unterlagen beziehen. Immerhin ist auch hier angesichts der Intensivierung und Aktualisierung der Arbeiten eine möglichst weitgehende Abstimmung zweckmäßig. Diese ist bereits auf verschiedenen Wegen im Gange. Sie wird künftig noch verstärkt werden, damit jede Doppelarbeit vermieden und die Programme aneinander angepaßt werden können.

Zur Abstimmung des Arbeitsprogramms der Auslandsstatistik, insbesondere mit den einschlägig interessierten Ressorts und den wissenschaftlichen Instituten, die an der Berichterstattung über das Ausland beteiligt sind, werden mehrere Wege beschritten. Um die zahlreichen einzelnen Kontakte in festerer Form zusammenzufassen, hat der Statistische Beirat 1965 eine Arbeitsgruppe gebildet, der neben Angehörigen des Statistischen Bundesamtes Vertreter der genannten Interessenkreise angehören.

VI. Systematiken

Bei den in der Bundesstatistik verwendeten verschiedenartigen, in ihrer Gliederungstiefe stark voneinander abweichenden Systematiken¹⁾ lassen sich die folgenden Gruppen unterscheiden:

- A. Unternehmens- und Betriebssystematiken
- B. Systematiken der öffentlichen Finanzwirtschaft und der Privaten Haushalte
- C. Warensystematiken
- D. Personensystematiken
- E. Regionalsystematiken
- F. Sonstige Systematiken.

Die Anwendung gleicher oder aufeinander abgestimmter Systematiken in den verschiedenen Statistiken ist eine wesentliche Voraussetzung für die Vergleichbarkeit der Ergebnisse. Darüber hinaus muß noch dafür gesorgt werden, daß die gleiche statistische Einheit auch wirklich in allen Statistiken der gleichen systematischen Position zugeordnet wird. Das bereitet vor allem dort Schwierigkeiten, wo Kombinationen vorkommen, die betreffende Einheit aber nach dem Schwerpunkt eingeordnet werden soll (Unternehmen mit mehreren wirtschaftlichen Tätigkeiten, Waren mit mehrfachem Verwendungszweck u. ä.). Abgesehen davon, daß das

Kriterium für die Schwerpunktbestimmung nicht immer einfach zu finden ist, kann der Schwerpunkt möglicherweise auch nicht in allen Erhebungen nach der gleichen Art und mit der gleichen Gründlichkeit festgestellt werden.

A. Unternehmens- und Betriebssystematiken

Folgende wichtige auf das Unternehmen bzw. den Betrieb abgestellte Systematiken werden gegenwärtig in der amtlichen Statistik verwendet:

1. Systematik der Wirtschaftszweige
daraus abgeleitet:
 - a) Systematik der Wirtschaftszweige für die Arbeitsstättenzählung 1961
 - b) Systematik der Wirtschaftszweige für die Berufszählung 1961
 - c) Systematik der Wirtschaftszweige für die Umsatzsteuerstatistik
 - d) Systematik der Wirtschaftszweige für die Statistik der Kraftfahrzeughalter
2. Systematisches Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht
3. Verzeichnis der handwerklichen Tätigkeiten
4. Verzeichnis der Bodennutzungssysteme
5. Bereichsgliederung des Sozialprodukts

¹⁾ Für einen Teil dieser Systematiken werden in einer besonderen Übersicht (Anhang S. 292) in Umrissen Aufbau und Gliederungstiefe wiedergegeben. Auszüge aus wichtigen Systematiken siehe S. 294 ff.

6. Internationale Systematik der Wirtschaftszweige (International Standard Industrial Classification of All Economic Activities revised edition — ISIC rev., Classification Internationale Type, par Industrie, de toutes les branches d'activité économique — CITI rev.)
7. Systematik der Zweige des Produzierenden Gewerbes in den Europäischen Gemeinschaften (Nomenclature des Industries établies dans les Communautés Européennes — NICE)
8. Nomenklatur des Handels in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (Nomenclature du Commerce dans la Communauté Européenne — NCE)
9. Verzeichnis der Wirtschaftszweige für die Arbeitsstatistik.

Systematik der Wirtschaftszweige

Die Systematik der Wirtschaftszweige dient zur Einordnung aller wirtschaftlichen Institutionen nach der Art ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit. Sie hat das für diesen Zweck aufgestellte Systematische Verzeichnis der Arbeitsstätten, Ausgabe 1950, abgelöst und wurde erstmals bei der Aufbereitung der Großzählungen 1960/62 verwendet; vom 1. Januar 1962 an liegt sie grundsätzlich allen auf Wirtschaftszweige abgestellten Statistiken zugrunde.

Auf der ersten Gliederungsstufe — den »Wirtschaftsabteilungen« 0 bis 9 — berücksichtigt diese Systematik als oberstes Einteilungsprinzip die großen Sektoren der Volkswirtschaft, die durch unterschiedliche wirtschaftliche Funktionen (Produktion, letzter Verbrauch, Einkommensumverteilung usw.) bzw. unterschiedliche Kombination dieser Funktionen sowie durch eine verschiedene Stellung zum Markt und — damit verbunden — verschiedene Finanzierungsmöglichkeiten (Verkäufe gegen kostendeckendes Entgelt, Steuern usw.) gekennzeichnet sind¹⁾. Es handelt sich um folgende Sektoren:

Unternehmen und Freie Berufe (Abteilung 0 bis 7),
Organisationen ohne Erwerbscharakter und Private Haushalte (Abteilung 8),
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung (Abteilung 9).

Die Abteilungen 0 bis 7, d. h. die Abteilungen des Sektors »Unternehmen und Freie Berufe«, dienen der Klassifizierung von Unternehmen (und der entsprechenden Institutionen der Freien Berufe) und/oder von deren örtlichen bzw. fachlich abgegrenzten Teilen. Die Gliederung dieses Sektors nach Abteilungen unterscheidet nach Warenproduktion, Warenverteilung (Handel und Verkehr) sowie Dienstleistungen. Innerhalb der Warenproduktion sind in gewissem Umfang die Stufen des Produktionsablaufs berücksichtigt; unter den Dienstleistungen bilden Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe zusammen eine eigene Abteilung.

Da für viele Zwecke die Darstellung nach (einstelligen) »Abteilungen« noch zu grob sein kann, wurde zusätzlich die Stufe der (zweistelligen) »Unterabteilungen« gebildet. Die nächsten Stufen der Systematik, die »Gruppen«, die (vierstelligen) »Untergruppen« und die (fünfstelligen) »Klassen«, dienen dann der weiteren Verfeinerung. Sie wurden soweit wie möglich den Positionen in vorhandenen bzw. für künftige Zählungen geplanten Spezialsystematiken angepaßt. Hierbei stand der produktionswirtschaftliche Zusammenhang im Vordergrund, d. h., es wurden Institutionen zusammengefaßt, die in erster Linie nach dem Produktionsverfahren, aber auch nach dem Verwendungszweck oder dem Fertigstellungsfaktor in der Regel ein verwandtes Produktionsprogramm, Warensortiment usw. aufweisen. Beim Aufbau der Systematik der Wirtschaftszweige ist ferner die verbandsmäßige Gliederung der Wirtschaft beachtet worden, soweit sie im Prinzip den berücksichtigten Gliederungsmerkmalen entspricht. Im großen und ganzen wurde dabei davon ausgegangen, daß der Zusammenschluß in den Verbänden auch einen produktionswirtschaftlichen Zusammenhang widerspiegelt, so daß auch die Verbandsorganisation weitgehend für die systematische Gliederung benutzt werden konnte. Nicht berücksichtigt wurden Einteilungen nach Rechtsformen, nach der Eintragung in bestimmte Register, wie z. B. die Eintragung in die Handwerksrolle, nach ver-

traglichen Bindungen, nach soziologischen Gesichtspunkten, z. B. beim Nachweis der Freien Berufe. Außerdem schieden Gesichtspunkte aus, die nur für einzelne Wirtschaftsbereiche gelten oder nur bei sehr detaillierter Befragung zu erfassen wären, darunter z. B. der Nachweis der Warenhäuser und die Unterscheidung des Großhandels nach Außenhandel und Binnengroßhandel. Die Berücksichtigung solcher oft ebenfalls sehr wichtigen Merkmale muß Ergänzungsschlüsseln vorbehalten bleiben.

Die Unterscheidung nach Unternehmen und Freien Berufen einerseits, Organisationen ohne Erwerbscharakter, Privaten Haushalten, Gebietskörperschaften und Sozialversicherung andererseits brachte die Notwendigkeit mit sich, die von den verschiedenen Sektoren betriebenen Anstalten und Einrichtungen ebenfalls hiernach zu unterscheiden. Zu diesem Zwecke wurde dem Verzeichnis ein Sonderschlüssel angefügt, der es ermöglicht, die in Betracht kommenden Anstalten und Einrichtungen so nachzuweisen, daß diese bedarfsweise entweder nach der Art ihrer Tätigkeit oder nach der Art ihrer Träger zusammengefaßt werden können.

Kombinierte wirtschaftliche Institutionen, d. h. solche, deren wirtschaftliche Tätigkeit sich über mehrere Positionen der Systematik erstreckt, werden grundsätzlich der Position zugewiesen, der sie schwerpunktmäßig zugehören. Nur in wenigen Fällen sind Kombinationspositionen vorgesehen, und zwar dann, wenn verschiedene Tätigkeiten üblicherweise ohne ausgeprägten Schwerpunkt ausgeübt werden und damit eine Zuordnung nach einer dieser Tätigkeiten a priori unmöglich ist oder zumindest ziemlich sinnlos erscheint.

Die Systematik der Wirtschaftszweige ist für die Anwendung in der Arbeitsstättenzählung 1961 teilweise und für die Anwendung in der Berufszählung 1961 stark gekürzt worden. Auch für andere Statistiken, z. B. für Steuerstatistiken, liegen abgeleitete Fassungen vor bzw. werden sie vorbereitet. In allen Fällen aber, in denen die Systematik der Wirtschaftszweige in gekürzter Form angewandt wird, stellt die gleiche Nummerierung der einander entsprechenden Positionen die Verbindung zur Grundschematik her.

Neben dieser allgemeinen Systematik werden Wirtschaftszweigsystematiken für spezielle Zwecke benutzt. Der Industriestatistik liegt das »Systematische Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht« zugrunde, das in seiner Gliederung auf das »Warenverzeichnis für die Industriestatistik« abgestimmt ist, dessen Positionen aber auch mit entsprechenden Positionen der Systematik der Wirtschaftszweige vergleichbar sind. Es wird nicht nur in der laufenden Industrieberichterstattung, sondern auch bei anderen Erhebungen in der Industriestatistik verwendet. Die Handwerksbetriebe werden in vielen Darstellungen primär nach dem »Verzeichnis der handwerklichen Tätigkeiten« gegliedert, das den besonderen Verhältnissen des Handwerks entspricht, aber z. B. unberücksichtigt läßt, daß der wirtschaftliche Schwerpunkt eines Handwerksbetriebes unter Umständen außerhalb der Be- und Verarbeitung bzw. der Dienstleistung liegen kann. Es ist mit der Systematik der Wirtschaftszweige deshalb auch nur bedingt vergleichbar. Die landwirtschaftlichen Betriebe können zusätzlich nach Bodennutzungssystemen gegliedert werden, d. h. nach der Art, in der die verschiedenen Anbau- und Kulturarten im einzelnen Betrieb kombiniert sind.

Ein Vergleich mit der »Internationalen Systematik der Wirtschaftszweige (ISIC)« läßt sich auch für die jetzt vorliegende revidierte Fassung dieser Systematik global durchführen. Das gleiche gilt für die »Systematik der Zweige des Produzierenden Gewerbes in den Europäischen Gemeinschaften (NICE)« und die »Nomenklatur des Handels in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (NCE)«. Das ist von besonderer Bedeutung für die »Bereichsgliederung des Sozialprodukts«, die sowohl auf die Systematik der Wirtschaftszweige als auch auf die internationalen Systematiken Bezug nimmt.

B. Systematiken der öffentlichen Finanzwirtschaft und der Privaten Haushalte

Für die öffentliche Finanzwirtschaft und die Privaten Haushalte, die sich in ihrem wirtschaftlichen Charakter weitgehend von den Unternehmen und Freien Berufen unterscheiden, wurden — insbesondere für die Darstellung der

¹⁾ Vgl. hierzu Bartels, H., Spilker, H.: »Die Systematik der Wirtschaftszweige«. In: Wirtschaft und Statistik, 11. Jahrgang N. F., H. 2, Februar 1959, S. 58.

Finanzvorfälle — besondere Systematiken geschaffen. Im Rahmen der amtlichen Statistik sind hier folgende Systematiken aufzuführen:

1. Eingliederungs- und Funktionenplan für die Staatsfinanzstatistik
2. Finanzstatistischer Kennziffernplan für die Gemeindefinanzstatistik
3. Aufbereitungsschlüssel für die Zusammenfassung der Staats- und Gemeindefinanzstatistik (Zusammenfassung von 1 und 2)
4. Systematik der Einnahmen und Ausgaben der Privaten Haushalte.

Systematiken der öffentlichen Finanzwirtschaft

Bund, Länder und Gemeinden verwenden für ihre Finanzwirtschaft verschiedene Systematiken, die zu einem nicht unwesentlichen Teil von der Finanzstatistik her weiterentwickelt und vereinheitlicht worden sind. Sie bilden daher die Grundlage und den Zusammenfassungsschlüssel für die gesamte finanzstatistische Berichterstattung: Erfassung der Haushaltsansätze (Haushaltsplanstatistik), Zusammenstellung der Jahresabschlüsse (Jahresrechnungstatistik), Übersichten über die monatliche und vierteljährliche Haushalts- und Kassenentwicklung (Monats- und Vierteljahresstatistiken), Erfassung des Schuldenstandes und dessen Veränderung (Schuldenstatistik) und Feststellung des Personalstandes und dessen Veränderung (Personalstatistik).

Im staatlichen Bereich (Bund und Länder) besteht ein Eingliederungsplan, der — entsprechend den Vorschriften der Reichshaushaltsordnung, die heute noch in modifizierter Form bei Bund und Ländern gilt — die Einteilung in den Haushaltsplänen, Vierteljahresabschlüssen und Jahresrechnungen regelt. Neben der Einteilung in Einzelpläne und Kapitel legt der Eingliederungsplan auch die einzelnen Haushaltsstellen (Titel) fest. Die Teileinteilung wird mit Hilfe eines Umsteigeschlüssels unmittelbar in die Gruppierung der Staatsfinanzstatistik nach Einnahme- und Ausgabearten übersetzt. Da Einzelpläne und Kapitel entsprechend der (im staatlichen Bereich unterschiedlichen) Ressortgliederung eingerichtet sind, tritt für die finanzstatistische Berichterstattung an die Stelle dieses Teils des Eingliederungsplans der Funktionenplan. Dieser ordnet die Behörden, Einrichtungen und bestimmte Maßnahmen des Bundes und der Länder einheitlich abgegrenzten Aufgabenbereichen zu.

Für die Gemeinden und Gemeindeverbände besteht in allen Bundesländern ein einheitlicher Haushaltsgliederungs- und -gruppierungsplan. Grundlage hierfür ist der »Finanzstatistische Kennziffernplan«, der als »Rahmen« die Mindesttiefe der Haushaltsgliederung und -gruppierung vorschreibt. Unter Gliederung wird dabei die Einteilung in Einzelpläne, Abschnitte und Unterabschnitte des Haushaltsplans verstanden, die im kommunalen Bereich identisch ist mit der Funktionalgliederung (Verwaltungszweige der Gemeindefinanzstatistik). Der Gruppierungsplan regelt die Einteilung der kommunalen Einnahmen und Ausgaben nach Arten (entsprechend den Titeln im staatlichen Haushalt).

Für die Zusammenfassung der Staats- und Gemeindefinanzstatistik wird ein besonderer Aufbereitungsschlüssel verwendet, der sich inhaltlich mit den vorgenannten Gliederungen und Gruppierungen deckt.

Der Funktionenplan des Bundes und der Länder und der Gliederungsplan (Funktionalgliederung) der Gemeinden und Gemeindeverbände sind gleichzeitig die einheitliche Systematik für alle Nachweisungen der öffentlichen Finanzwirtschaft außerhalb der Einnahme- und Ausgabewirtschaft, also für die Erfassung des Schuldenstandes und dessen Veränderung sowie für den Personalstand. Auch die in Teilbereichen geführten Vermögensnachweisungen und Vermögenstatistiken sind nach diesen funktionalen Gliederungsprinzipien eingeteilt.

Aus verschiedenen Gründen, die meist rein praktischer Natur sind (Gewöhnung an ein bestimmtes Buchungssystem u. dgl.), ist bisher ein einheitliches Nummerungssystem für die Systematiken der Öffentlichen Finanzwirtschaft noch nicht eingeführt worden. Nur im kommunalen Bereich, also für sämtliche 25 000 Gemeinden und Gemeindeverbände, ist

der erwähnte Finanzstatistische Kennziffernplan (und damit der Haushaltsgliederungs- und -gruppierungsplan) auch mit einheitlichen Ziffern nach dem Dezimalsystem verbindlich.

Bei den z. Z. in Gang befindlichen Beratungen über eine Haushaltsreform wird auch eine Umgestaltung der finanzwirtschaftlichen Systematiken überlegt. Es soll versucht werden, neben den Belangen der Haushaltsplanaufstellung, der Rechnungs- und Kassenführung auch den allgemeinen statistischen Belangen stärker Rechnung zu tragen, d. h. die Finanzstatistik in den Stand zu setzen, Zahlen aus der Finanzwirtschaft des Bundes, der Länder und Gemeinden stärker nach ökonomischen Gesichtspunkten zusammenzufassen und darzustellen.

Systematik

der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte

Für die laufenden Wirtschaftsrechnungen, die Einkommens- und Verbrauchsstichproben und ähnliche Erhebungen, die sich an private Haushalte, aber auch an Einzelpersonen richten, wurde die »Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte« entwickelt. Im Aufbau und in der Abgrenzung der einzelnen Positionen lehnt sich diese Systematik eng an die in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen angewandten Gliederungskriterien an. Einnahmen werden nach Quellen und Arten gegliedert; für das Einkommen aus unselbständiger Arbeit ist zusätzlich der Nachweis von Einkommensempfängern vorgesehen (Haushaltsvorstand, Ehefrau, Kinder und sonstige Haushaltsmitglieder).

Die Ausgaben werden nach Verwendungszwecken und Arten gruppiert. Auf eine Unterteilung der Käufe für den Privaten Verbrauch kann in diesem Zusammenhang verzichtet werden, da ein besonderes Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch besteht.

Sowohl auf der Einnahmen- wie auf der Ausgabenseite ist eine zusätzliche Position geschaffen, die dem Nachweis von Differenzen zwischen erfaßten Einnahmen und Ausgaben dient.

C. Warensystematiken

Für die amtliche Statistik sind folgende wichtige Warensystematiken zu nennen:

1. Systematisches Warenverzeichnis für die Industriestatistik mit der abgeleiteten Fassung:
Nomenklatur zum Produktions-Eilbericht
2. Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik
3. Deutscher Zolltarif
4. Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik
5. Allgemeine Erzeugnisgliederung der Land-, Forst- und Jagdwirtschaft, Fischerei
6. Systematisches Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch
7. Systematik der Bauwerke
8. Waren-Nomenklatur für die Import- und Exportstatistik der Europäischen Gemeinschaften (Nomenclature harmonisée pour les Statistiques du Commerce Extérieur des pays de la CEE — NIMEXE)
9. Internationales Warenverzeichnis für den Außenhandel, revidierte Ausgabe (Standard International Trade Classification, revised edition — SITC rev., Classification Type pour le Commerce International, édition révisée — CTIC rev.) und hiermit übereinstimmend:
10. Internationales Warenverzeichnis für den Außenhandel in den Europäischen Gemeinschaften (Classification Statistique et Tarifaire pour le Commerce International — CST)
11. Brüsseler Zolltarifschema — BZT (Brussels Tariff Nomenclature — BTN, Nomenclature Douanière de Bruxelles — NDB)
12. Zolltarif der Europäischen Gemeinschaften

13. Einheitliches Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik der Europäischen Gemeinschaften (Nomenclature uniforme de Marchandises pour les Statistiques de Transport — NST)
14. Güterverzeichnis für die europäische Verkehrsstatistik (Classification de Marchandises pour les Statistiques de Transport en Europe — CSTE).

Wie die Aufzählung zeigt, gibt es kein allgemeines Warenverzeichnis, sondern nur solche für spezielle Zwecke. Unter ihnen sind das Warenverzeichnis für die Industriestatistik, das Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik und das Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik von besonderer Bedeutung.

Warenverzeichnis für die Industriestatistik

Das z. Z. gültige Warenverzeichnis für die Industriestatistik ist im Jahre 1963 neu herausgegeben worden; die nächste Ausgabe ist für Januar 1967 vorgesehen. Die ständige Anpassung an die technische und wirtschaftliche Entwicklung führt zu — meist jährlich erscheinenden — Berichtigungen, die wiederum in mehrjährigen Abständen Neuauflagen notwendig machen.

Das Verzeichnis umfaßt die industriell gewonnenen und durch Be- oder Verarbeitung hergestellten Produkte sowie einige Dienstleistungen, z. B. Montagen und Reparaturen. Die oberste Gruppierung nach sog. »Warengruppen« folgt produktionswirtschaftlichen Zusammenhängen und ist daher eng mit der institutionellen Gliederung verbunden.

Diese Anlehnung an die institutionelle Gliederung hat Schwierigkeiten zur Folge, wenn eine Ware zu den Produkten verschiedener Wirtschaftszweige gehört, weil nach den Grundsätzen des Verzeichnisses gleiche Waren nur an einer Stelle aufgeführt werden sollten. Solche Waren werden nach Möglichkeit der Warengruppe zugeordnet, die der Industriebranche entspricht, in der die jeweilige Ware überwiegend produziert wird. So sind z. B. Elektro-Vollherde, auch wenn sie zum Teil von der Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie hergestellt werden, sämtlich unter den elektrotechnischen Erzeugnissen nachgewiesen.

Für die feinere Gliederung nach Warenzweigen, -klassen und -arten stand zwar der produktionswirtschaftliche Zusammenhang im Vordergrund; sie konnte aber nicht nur diesem einzigen Gesichtspunkt folgen. Hierbei ließ sich eine unterschiedliche Gliederungstiefe in den einzelnen Warengruppen nicht vermeiden.

Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik

Das Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik lehnt sich in seiner Gliederung eng an den Deutschen Zolltarif an, aus dem Abschnitte, Kapitel und Tarifnummern als Rahmen vollständig übernommen sind, so daß es in dieser Form mit dem Brüsseler Zolltarifschema 1955 (BZT) übereinstimmt. Darüber hinaus werden ab 1. Januar 1966 in der Gliederung des Warenzeichnisses die Positionen der harmonisierten Außenhandelsnomenklatur der Europäischen Gemeinschaften berücksichtigt.

Diese enge Bindung an den Zolltarif erschwert die Vergleichbarkeit mit dem Warenverzeichnis für die Industriestatistik; an einer weiteren Angleichung der beiden Verzeichnisse wird jedoch ständig gearbeitet.

Die Warennummern als kleinste Bausteine des Warenzeichnisses für die Außenhandelsstatistik ermöglichen eine Zusammenfassung der Ergebnisse zu Warengruppen und -untergruppen der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft. Innerhalb der Gewerblichen Wirtschaft werden nach dem Verarbeitungsgrad Rohstoffe, Halbwaren sowie Fertigwaren-Vorzeugnisse und -Enderzeugnisse unterschieden. Die Gliederung ist aber seit 1936 praktisch kaum geändert worden und entspricht deshalb nicht mehr voll den heutigen Anforderungen.

Eine Zusammenfassung der Ergebnisse der Außenhandelsstatistik zu den Positionen des Internationalen Warenzeichnisses für den Außenhandel (CST bzw. rev. SITC) dient vorwiegend dem internationalen Vergleich und der Berichterstattung an die internationalen Organisationen.

Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in der Gliederung nach Warengruppen und -zweigen des Warenzeichnisses für die Industriestatistik ermöglichen einen bedingten Vergleich mit entsprechenden Ergebnissen der Produktionsstatistik.

Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik

Das ab 1962 gültige Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik ist so aufgebaut, daß es von allen Verkehrsträgern verwandt werden kann. Außerdem ist es mit dem Einheitlichen Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik der Europäischen Gemeinschaften (NST) und damit auch mit dem Güterverzeichnis für die europäische Verkehrsstatistik (CSTE) und den anderen, bereits genannten internationalen Warenverzeichnissen (SITC und CST), abgestimmt. Die Vergleichbarkeit mit dem früheren deutschen Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik ist eingeschränkt, dagegen ist das neue Güterverzeichnis mit dem Warenverzeichnis für den Außenhandel und auch mit dem Warenverzeichnis für die Industriestatistik vergleichbar. Diese vielseitige Verwendbarkeit und die Abstimmung auf bereits vorliegende internationale Systematiken erlaubten kaum die Berücksichtigung rein transporttechnischer Gesichtspunkte.

Systematisches Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch

Das Systematische Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch gliedert Waren und Dienstleistungen, soweit sie Käufe von Privaten Haushalten darstellen. Es sind zwei Gliederungsgesichtspunkte zugrunde gelegt, nach Verwendungszwecken und gruppenspezifischen Merkmalen einerseits, nach Dauerhaftigkeit und Wert andererseits. Die Gliederung nach dem Verwendungszweck war deshalb besonders problematisch, weil Käufe — also eine Vorstufe des tatsächlichen Verbrauchs — zu ordnen sind und verschiedene Gruppen von gekauften Gütern, die einen mehrfachen Verwendungszweck haben, nicht aufgeteilt werden können. Die Einteilung selbst lehnt sich an traditionelle Gruppierungen an. Dem zusammengefaßten allgemeinen Zweck »Haushaltsführung« folgen die Zwecke »Verkehr und Nachrichtenübermittlung« sowie »Körper- und Gesundheitspflege«, »Bildung und Unterhaltung«; den Abschluß bilden »Persönliche Ausstattung, Sonstiges«. Aus der »Haushaltsführung« sind bestimmte Gütergruppen, wie »Nahrungs- und Genußmittel«, »Kleidung, Schuhe«, »Elektrizität, Gas, Brennstoffe u. ä.« sowie »Wohnungsmieten u. ä.« getrennt als Hauptgruppen herausgenommen worden. Diese sind dann weiter nach spezifischen Merkmalen untergliedert worden.

Außerdem sind die Waren und Dienstleistungen nach ihrer Dauerhaftigkeit und ihrem Wert geordnet, wobei unterschieden wird zwischen

- Verbrauchsgütern und Reparaturen,
- Gebrauchsgütern von mittlerer Lebensdauer und/oder begrenztem Wert,
- langlebigen, hochwertigen Gebrauchsgütern und Dienstleistungen.

Neben der Verwendung dieser Gliederung für die Nachweisung des Privaten Verbrauchs in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wurde die Systematik auch der Aufbereitung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63 zugrunde gelegt. Ferner werden der Preisindex für die Lebenshaltung nach der Neuberechnung auf Basis 1962 sowie die laufenden Wirtschaftsrechnungen ab 1965 auf der Grundlage dieses Güterzeichnisses gegliedert.

D. Personensystematiken

Für die Gruppierung von Personen nach wichtigen Merkmalen und Tatbeständen — vor allem in den Statistiken der Bevölkerung und des Erwerbslebens — sind folgende spezielle Systematiken für die amtliche Statistik von Bedeutung:

1. Klassifizierung der Berufe
 - a) Systematisches und alphabetisches Verzeichnis der Berufsbenennungen, Ausgabe 1961 und Nachtrag 1964
 - b) Berufstätigkeiten in der Bundesrepublik Deutschland, beschrieben in der Zusammenfassung nach berufssystematischen Einheiten, Ausgabe 1966

2. Systematik der Berufe (Berufszählung 1950)
3. Systematik der Berufe (Berufsverzeichnis für die Arbeitsstatistik, Ausgabe 1949)
4. Systematik der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen
5. Verzeichnis der Religionsbenennungen
6. Internationale Standardklassifikation der Berufe (International Standard Classification of Occupations — ISCO, Ausgabe 1958).

Systematisches Verzeichnis der Berufsbenennungen

Die Klassifizierung der Berufe ist das Ergebnis einer Gemeinschaftsarbeit des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, des Statistischen Bundesamtes und der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Diese Klassifizierung ersetzt als einheitliches System die bisher getrennt geltenden Berufssystematiken 1949 und 1950 für die Statistik und für die Arbeitsverwaltung.

Ähnlich wie in diesen bisherigen Systematiken werden in der Berufsklassifizierung als »Beruf« die auf Erwerb gerichteten, charakteristische Kenntnisse und Fertigkeiten sowie Erfahrungen erfordernden und in einer typischen Kombination zusammenfließenden Arbeitsverrichtungen verstanden. Es ist zur Begriffsbestimmung nicht mehr erforderlich — wie noch bei den Systematiken der Berufe von 1949 und 1950 —, daß der Beruf die Lebensgrundlage für den Berufstätigen und seine nicht berufstätigen Angehörigen bildet.

Die erste Stufe der Gliederung umfaßt 8 Berufsabteilungen. Den Anfang bilden — entsprechend der großen Linie der Wirtschaftssystematiken — die Berufe des Pflanzenbaues und der Tierwirtschaft, denen die industriellen und handwerklichen sowie die technischen Berufe folgen. Diesen schließen sich die Handels- und Verkehrsberufe sowie die des Gaststättenwesens und der privaten Dienstleistungen an, denen die Berufe der Verwaltung, des Rechtswesens und der Sozialpflege sowie die Berufe des Gesundheitswesens, Geistes- und Kunstlebens nachgeordnet sind. Eine besondere Abteilung umfaßt die Arbeitskräfte mit unbestimmtem Beruf.

Die Berufsabteilungen werden zunächst in Berufsgruppen, diese wieder in Berufsordnungen und zuletzt in Berufsklassen untergliedert. In dieser feinsten Gliederung werden die nach Aufgabenstellung und Arbeitsverrichtung gleichartigen Berufe zusammengefaßt.

Begriffe der Ausbildungsstufe (z. B. Lehrling, Geselle, Meister), der Stellung im Beruf (z. B. Selbständiger, Angestellter, Arbeiter) oder der Stellung im Betrieb (z. B. Vorarbeiter, leitender Angestellter) werden nicht als Merkmal für die Berufsklassifizierung herangezogen.

Doppelberufe sind bei dem Beruf eingeordnet worden, der den Schwerpunkt dieser Kombination bildet.

Das Klassifizierungsverzeichnis gliedert sich in das »Systematische und Alphabetische Verzeichnis der Berufsbenennungen« einerseits und in die »Berufstätigkeiten in der Bundesrepublik Deutschland, beschrieben in der Zusammenfassung nach berufssystematischen Einheiten« andererseits. Der Verzeichnisband, Ausgabe 1961, ist durch einen Nachtrag 1964 ergänzt worden. Der Beschreibungsband ist 1966 erschienen und berücksichtigt den Inhalt des Verzeichnisses einschließlich des Nachtrages.

Die deutsche Berufsklassifizierung ist auf die Internationale Standardklassifikation der Berufe (International Standard Classification of Occupations — ISCO) 1958 abgestimmt. Der Vergleich läßt sich weitgehend auf der Ebene der Berufsgattungen (Unit Groups der ISCO) — also auf deren letzter, für statistische Zwecke vorgesehenen Gliederungs-

stufe — durchführen. Die ISCO wird gegenwärtig im Internationalen Arbeitsamt überarbeitet. Ihre Neuherausgabe wird für 1967 erwartet.

Systematik der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen

Die Todesursachen werden nach der Systematik der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen klassifiziert. Das deutsche Verzeichnis, welches sich von der internationalen Systematik ableitet, ist in beschränktem Umfange auch geeignet für die Morbiditätsstatistik und findet in abgeänderter, aber statistisch vergleichbarer Fassung Anwendung in der Krankheitsartenstatistik der Sozialversicherung.

Die Systematik der Todesursachen wird entsprechend internationalen Vereinbarungen in allen Mitgliedstaaten der Weltgesundheitsorganisation (WHO) benutzt und ist veröffentlicht im Handbuch der internationalen statistischen Klassifikation der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen (Manual of the International Statistical Classification of Diseases, Injuries and Causes of Death). Eine Revision der Systematik wird in Abständen von etwa 10 Jahren vorgenommen; sie wird zur Zeit überarbeitet, die Neufassung ist für 1968 zu erwarten. Das Einteilungsprinzip und Richtlinien für die Anwendung der Systematik ergeben sich aus der Einleitung zum Verzeichnis. Für die Zuordnung der Todesursache ist stets das Grundleiden maßgebend. Besteht zwischen zwei tödlichen Krankheiten kein Zusammenhang, wird das Leiden statistisch erfaßt, das zeitlich schneller zum Tode führt. Grundsätzlich wird derzeit nur eine Todesursache für jeden einzelnen Sterbefall statistisch erfaßt.

Von den bedeutenderen Systematiken im Bereich der Personensystematiken sei noch auf das Verzeichnis der Religionsbenennungen hingewiesen, das bei den Volkszählungen zur Gruppierung der Bevölkerung nach der Zugehörigkeit zu Religionsgemeinschaften benutzt wird.

E. Regionalsystematiken

Zur Darstellung der Ergebnisse in regionaler Gliederung wird in der amtlichen Statistik eine Reihe von Verzeichnissen verwendet.

Eine besonders wichtige regionale Systematik ist das Amtliche Gemeindeverzeichnis für die Bundesrepublik Deutschland mit den — auch gesondert veröffentlichten — Statistischen Kennziffern der Gemeinden und Verwaltungsbezirke, dessen letzte Ausgabe nach dem Stand vom 6. Juni 1961 veröffentlicht wurde. Es enthält alle Gemeinden des Bundesgebietes mit ihrer Bevölkerung und Fläche in der Zuordnung nach administrativen Einheiten. Dort werden die Gemeinden nicht nur nach den Bezirken der inneren Verwaltung, sondern auch nach der Einteilung der Arbeitsverwaltung, der Finanzverwaltung u. dgl. nachgewiesen.

Als Beispiele für Verzeichnisse räumlicher Gliederungen außerhalb der Grenzen der Bundesrepublik Deutschland seien das Länderverzeichnis für die Außenhandelsstatistik sowie das nach Küstenstrecken, Verkehrsbezirken und Erdteilen gegliederte Verzeichnis der Häfen des Auslandes erwähnt.

F. Sonstige Systematiken

Außer den in den vorhergehenden Abschnitten genannten Systematiken werden in der amtlichen Statistik noch andere Systematiken und Verzeichnisse verwandt. Sie dienen meist einem speziellen Erhebungszweck und unterteilen daher nur eng begrenzte Tatbestände. Als Beispiel hierfür sei das Verzeichnis der Höheren Schulen, Mittelschulen und Sonderschulen genannt, das Schulträger und Schultyp angibt.

VII. Anwendung von Stichprobenverfahren

1. Teilstatistiken

Während bei einer Totalstatistik alle Einheiten der zu untersuchenden Gesamtheit vollständig erfaßt und aufbereitet werden müssen, ermöglicht es die Durchführung einer entsprechenden Teilstatistik, den Umfang der zu bearbeitenden Masse herabzusetzen. Für das Ziehen der Teilmasse aus der jeweils untersuchten Gesamtheit können verschiedene Auswahlverfahren angewandt werden¹⁾. Grundsätzlich sind

zwei Gruppen zu unterscheiden: Die auf dem Zufallsprinzip beruhenden Auswahlverfahren und die Verfahren, die nicht — oder nicht ausschließlich — auf dem Zufallsprinzip aufgebaut sind. Diese Verfahren erfordern stets an irgend-

¹⁾ Vgl. hierzu »Stichproben in der amtlichen Statistik«, Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart und Mainz, 1960, sowie Schäffer, K.-A.: Stand der Anwendung des Stichprobenverfahrens in der amtlichen Statistik. In: Wirtschaft und Statistik, 12. Jahrgang N. F. H. 11, November 1960, S. 635 ff.

einer Stelle der Auswahl subjektive Entscheidungen. Das Ziehen von Zufallsstichproben ist dagegen frei von subjektiven Einflüssen. Das hat den entscheidenden Vorteil, daß die gesamte Auswahl den Gesetzen der Wahrscheinlichkeitsrechnung unterworfen und die Güte der Ergebnisse abschätzbar ist.

Unter den nicht auf dem Zufallsprinzip beruhenden Auswahlverfahren sind neben der willkürlichen Auswahl verschiedene Arten der bewußten Auswahl zu unterscheiden. Bei der typischen Auswahl werden solche Einheiten der Gesamtheit in die Auswahl genommen, die subjektiv für »typisch« gehalten werden, z. B. näherungsweise dem Durchschnitt entsprechen. Die Auswahl »typischer« Fälle hat besondere Bedeutung beim Preisindex, der auf Grund der Preisnotierungen »typischer« Waren ermittelt wird. An diesem Beispiel wird aber auch deutlich, daß »typische« Einheiten wechseln können und nicht immer »typisch« bleiben.

Verhältnismäßig häufig wird in der amtlichen Statistik das sogenannte Abschneideverfahren angewandt. Diesem Verfahren liegt eine Auswahl nach dem Konzentrationsprinzip zugrunde. Es beruht darauf, nur die »großen« Einheiten der Gesamtheit, d. h. diejenigen in die Erhebung zu nehmen, die den größten Beitrag zu den Aufbereitungsmerkmalen liefern, die »kleinen« Einheiten aber wegzulassen. Bei der Industrieberichterstattung werden z. B. nur Industriebetriebe mit einer Mindestzahl von Beschäftigten in die monatliche Erhebung und Aufbereitung einbezogen. Das Abschneideverfahren ist einfach anwendbar, hat aber den Nachteil, daß es Sonderentwicklungen bei den kleinen Einheiten nicht erfaßt.

Bei der Quotenauswahl wird die Zusammensetzung der Stichprobe dadurch gesteuert, daß für bestimmte Merkmalsgliederungen Quoten, d. h. Anteilswerte, vorgeschrieben werden, die bei der Auswahl zu berücksichtigen sind. Dieses Auswahlverfahren, das im übrigen weitgehend subjektive Momente enthält, wird in der amtlichen Statistik praktisch kaum benutzt.

Im folgenden werden nur die auf einer Zufallsauswahl aufgebauten Teilstatistiken behandelt, die als »Stichprobenstatistiken« bezeichnet werden und in ihrer Verallgemeinerungsfähigkeit nicht wie die übrigen Teilstatistiken beschränkt sind.

2. Vorzüge und Grenzen des Stichprobenverfahrens

Das Stichprobenverfahren wird in ständig steigendem Maße und mit gutem Erfolg bei der Erhebung und Aufbereitung amtlicher Statistiken angewandt. Sein vielseitiger Einsatz beruht auf einer Reihe von Vorzügen: Die Beschränkung auf eine Teilmasse (Stichprobe), die ein verkleinertes, aber sonst wirklichkeitsgetreues Abbild der Gesamtheit darstellt, ermöglicht es, den Umfang der zu bearbeitenden Masse herabzusetzen. Das bedeutet: weniger Befragungen, geringere Kosten bei Erhebung und Aufbereitung sowie schnellere Fertigstellung der Ergebnisse. Das Stichprobenverfahren ermöglicht also eine erhebliche Rationalisierung der statistischen Arbeit. Außerdem kann bei einer Stichprobenstatistik mehr Sorgfalt auf jeden einzelnen Fall verwandt werden, als dies im allgemeinen bei einer Totalstatistik möglich ist. Infolgedessen können Fehler, die auf mangelhaften Angaben in den Erhebungsbogen beruhen oder durch die Aufbereitung hervorgerufen werden, bei Stichprobenstatistiken oft in engeren Grenzen gehalten werden als bei Totalstatistiken. Bei manchen Aufgabenstellungen ist es von vornherein notwendig, ein Stichprobenverfahren anzuwenden, weil eine vollständige Erfassung der statistischen Masse technisch ausgeschlossen ist, oder weil die Fragen aus sachlichen Gründen so schwierig sind, daß richtige Antworten nur durch den Einsatz besonders geschulter Zähler oder Interviewer gesichert werden können.

Selbstverständlich sind der Anwendung des Stichprobenverfahrens gewisse Grenzen gesetzt. Für viele statistische Aufgaben sind Totalstatistiken unentbehrlich. Das gilt für alle Vorhaben, bei denen eine sehr tiefe sachliche und regionale Gliederung der statistischen Masse erforderlich ist, z. B. bei vielen Merkmalen in Volkszählungen. Darüber hinaus werden Vollerhebungen in vielen Fällen als Auswahlgrundlage für das Ziehen der Stichproben sowie als Basis für die Durchführung einer gebundenen Hochrechnung gebraucht. Die Nachteile einer Stichprobenstatistik, die man in Kauf nehmen muß, um ihre Vorteile nutzen zu können, sind die

sogenannten »Stichprobenfehler«. Die Ergebnisse von Stichprobenstatistiken stimmen fast nie genau mit den Ergebnissen einer entsprechenden idealen Totalstatistik überein, sondern weichen davon zufällig mehr oder weniger stark ab. Bei der praktischen Verwendung von Stichprobenergebnissen muß deshalb stets ihr »Fehlerbereich« berücksichtigt werden.

Die Breite des Fehlerbereiches läßt sich bei Stichproben, die nach dem Zufallsprinzip gezogen worden sind, mathematisch berechnen. Aus diesem Grunde wird in der amtlichen Statistik grundsätzlich das Verfahren der Zufallsauswahl oder ein gleichwertiges Ersatzverfahren¹⁾ angewandt.

3. Einsatzstellen des Stichprobenverfahrens

Nach den bisherigen Erfahrungen und der Planung für die nächsten Jahre steht das Stichprobenverfahren bei folgenden Aufgaben im Vordergrund:

I. Einsatz des Stichprobenverfahrens bei der Erhebung

- a) Beschränkung der Erhebung aus sachlichen Gründen
Von den bisher durchgeführten Stichprobenerhebungen sind als Beispiele die Besondere Erntermittlung, der Mikrozensus und die 1%-Wohnungsstichproben zu nennen. Bei der Erntermittlung ist eine vollständige Erfassung von vornherein ausgeschlossen. Die beiden übrigen Statistiken enthalten komplizierte Fragestellungen, die den Einsatz von Interviewern erfordern.

- b) Beschränkung der Erhebung aus technischen und methodischen Gründen

Zwischenschaltung von Stichprobenstatistiken zwischen Totalerhebungen

Hier werden die Statistiken in größeren Zeitabständen weiterhin als Totalstatistiken durchgeführt, damit regional und sachlich tief gegliederte Ergebnisse verfügbar sind. Die zwischen diesen Totalerhebungen liegenden Stichprobenstatistiken beschränken sich auf ein reduziertes Tabellenprogramm, liefern aber Ergebnisse nach dem letzten Stand schneller und mit geringerem Aufwand. Als Beispiele seien die Bodennutzungserhebung und die Handwerksberichterstattung genannt.

Aufstocken von Stichprobenstatistiken auf Totalstatistiken

Die Entwicklung geht dahin, bei Großzählungen von vornherein die Erhebungsmerkmale, von denen die Haupterhebungen entlastet werden können, abzutrennen und sie mit Stichprobenerhebungen zu erfassen. Dieses Verfahren eines »mehrgeschossigen« Erhebungsaufbaus ist z. B. bei der Handwerkszählung 1963 angewandt worden und wird u. a. auch für die Volkszählung um 1970 vorgesehen.

Umstellung von Teilerhebungen auf Stichprobenerhebungen für den Gesamtbereich

Es wird angestrebt, Teilerhebungen auf Stichprobenerhebungen umzustellen, die dann Aussagen für die ganze statistische Masse zulassen. Ein Beispiel sind die Wirtschaftsrechnungen, die bisher nur bei bestimmten Kategorien von Arbeitnehmerhaushalten laufend durchgeführt werden konnten, nunmehr aber mit der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63 auf die Gesamtbevölkerung ausgedehnt worden sind.

II. Einsatz des Stichprobenverfahrens bei der Aufbereitung

- a) Vorwegaufbereitung auf Stichprobenbasis

Die wichtigsten Ergebnisse einer Totalstatistik können vorweg erstellt werden, indem zunächst eine aus dem Material dieser Statistik gezogene Stichprobe aufbereitet wird. Als Beispiel sei die repräsentative Vorwegaufbereitung der Volkszählung 1950 genannt.

¹⁾ Die praktisch wichtigste Technik ist die sogenannte »systematische Auswahl«, bei der aus einer geordneten Gesamtheit Einheiten in regelmäßigen Abständen gezogen werden; die erste Einheit muß nach dem Zufallsprinzip bestimmt werden.

- b) Repräsentative Aufbereitung einiger Tabellengruppen von Totalerhebungen

Bei Großzählungen können meist bestimmte Teile des Tabellenprogramms auf Grund einer Stichprobe aus dem vorhandenen Gesamtmateriale erstellt werden. So sind z. B. bei der Volkszählung 1961 die Tabellen zur Haushalts- und Familienstatistik sowie über den Weg zur Arbeitsstätte durch eine Stichprobenaufbereitung aufgestellt worden.

- c) Repräsentative Aufbereitung von sekundärstatistischem Material

Bei sehr umfangreichem sekundärstatistischem Material kann durch Einsatz des Stichprobenverfahrens vielfach eine erhebliche Senkung der Kosten und Beschleunigung der Aufbereitung erreicht werden; das gilt z. B. für die Statistik des Fernverkehrs mit Kraftfahrzeugen. Darüber hinaus ist das Stichprobenverfahren auch dann zweckmäßig, wenn die Ergebnisse der Statistik infolge der Unvollständigkeit des Materials ohnehin erhebliche systematische Fehler enthalten. Ein Beispiel sind die Lohnsteuerstatistiken.

III. Einsatz des Stichprobenverfahrens zur Nachprüfung

- a) Kontrolle der Erhebung auf Stichprobenbasis

Die Landwirtschaftsstatistik hat mit der repräsentativen Nachprüfung von Totalstatistiken begonnen, und zwar bei den Bodennutzungserhebungen und den Viehzählungen. Die Ergebnisse der Nachprüfung werden im ersten Beispiel operativ zur Ausschaltung von Fehlern angewandt; im zweiten Beispiel dienen sie deskriptiv zur Bewertung der Viehzählungsergebnisse.

- b) Kontrolle der Aufbereitung auf Stichprobenbasis

Das Sortieren und Signieren statistischer Unterlagen sowie das Übernehmen der Angaben auf Lochkarten können bei umfangreichen Statistiken — ähnlich wie eine industrielle Massenfertigung — mit Hilfe des Stichprobenverfahrens auf Güte geprüft werden. Das Verfahren der statistischen Qualitätskontrolle wurde erstmals bei den manuellen Sortierarbeiten zur Lohnsteuerstatistik 1955 erprobt. Ein Prüfverfahren für das Ablochen von Belegen wird seit einiger Zeit mit Erfolg angewandt.

Einen allgemeinen Überblick über die wichtigsten Stichprobenstatistiken der letzten Jahre sowie über die für die nächste Zeit geplanten Stichprobenstatistiken gibt die synoptische Übersicht auf S. 310 ff. Eine ausführliche Darstellung von 38 wichtigen Stichprobenstatistiken enthält der umfangreiche Band über »Stichproben in der amtlichen Statistik«. Im ersten Teil dieser Veröffentlichung werden nach einer allgemeinverständlichen Einführung in das Stichprobenverfahren eingehend die methodischen Einzelheiten dargestellt und die praktischen Erfahrungen behandelt, die bei der Planung und Durchführung von Stichprobenstatistiken gesammelt worden sind.

4. Aufbau eines Stichprobenplans

Eine Stichprobenstatistik erfordert stets eine sehr gründliche Planung. Dabei müssen jeweils die einzelnen Schritte von der Auswahl der Stichprobenfälle bis zur Errechnung der Ergebnisse aufeinander abgestimmt und mit dem Ziel der Statistik in Einklang gebracht werden. Für die gesamte Planung gilt der Grundsatz, daß unter den gegebenen Voraussetzungen die Ergebnisse der Stichprobenstatistik möglichst rationell und möglichst genau erstellt werden sollen.

Der Stichprobenplan für eine Statistik hängt vor allem von folgenden Einflußgrößen ab:

- vom Tabellenprogramm der Statistik;
- von der Eigenart der Fragestellung und von der Erhebungstechnik;
- von den verfügbaren Unterlagen für die Planung und die Auswahl;

- von der Variabilität der zu erfassenden Merkmale;
- vom Stichprobenumfang bzw. Auswahlatz;
- von den Genauigkeitsforderungen oder -vorstellungen;
- von den zumutbaren Kosten der Statistik;
- von der verfügbaren Zeit.

Diese Einflußgrößen sind zwar grundsätzlich als Plandaten vorgegeben. Sie können jedoch zum Teil durch Stichprobenmethodische Erfordernisse modifiziert werden. Vor allem ist zu beachten, daß sich diese Größen bis zu einem gewissen Grade auch gegenseitig beeinflussen und deshalb nicht isoliert betrachtet werden dürfen.

Ein Stichprobenplan besteht aus folgenden drei Hauptteilen:

- Auswahlverfahren;
- Verfahren zur Hochrechnung oder Umrechnung der Stichprobenwerte;
- Verfahren zur Beurteilung der Genauigkeit der Ergebnisse.

Bei der Auswahl der Stichprobe soll ein Miniaturbild der Gesamtheit entstehen. Diese Aufgabe kann auf sehr unterschiedliche Weise gelöst werden. Von besonderer Bedeutung für den Stichprobenplan ist die Festlegung der »Auswahleinheiten«, d. h. der Einheiten, die einem Auswahlvorgang zugrunde liegen. Im Gegensatz zu den Erhebungseinheiten, die sich nach Gesichtspunkten der Erhebungsorganisation ergeben, und den Aufbereitungseinheiten, die durch das Tabellenprogramm bestimmt werden, können die Auswahleinheiten nach methodischen Gesichtspunkten festgelegt werden. Bei »mehrstufigen Auswahlverfahren« werden mehrere Arten von Auswahleinheiten festgelegt; beim Mikrozensus waren z. B. vor der Oktobererhebung 1962 Gemeinden und Wohnungen die Auswahleinheiten, dagegen Haushalte die Erhebungs- und Personen die Aufbereitungseinheiten. Vielfach sind Erhebungseinheiten gleichzeitig auch Auswahleinheiten. Oft werden die Auswahleinheiten so bestimmt, daß sie mehrere Aufbereitungseinheiten einschließen. Eine solche »Klumpenauswahl« liegt z. B. beim Mikrozensus vor, bei dem seit der Oktobererhebung 1962 alle Personen in ausgewählten Zählbezirken erfaßt werden. Der entgegengesetzte Fall wird nur ausnahmsweise angewandt.

Durch eine »Schichtung« oder »Anordnung« der Einheiten vor der Auswahl ist es möglich, die Genauigkeit der Ergebnisse zu verbessern, ohne das Zufallsprinzip zu verletzen. Bei einer Schichtung wird die Gesamtheit in Teile zerlegt und aus jeder so gebildeten »Schicht« gesondert eine Stichprobe gezogen; die Auswahlätze können dabei von Schicht zu Schicht verschieden sein. Häufig kann die Genauigkeit auch durch eine günstige Anordnung der Auswahleinheiten in Verbindung mit dem systematischen Auswahlverfahren erheblich gesteigert werden. Großen praktischen Wert hat auch die Kombination von Schichtung und Anordnung; sie wurde bei der Planung des Mikrozensus entwickelt und ist seitdem für viele andere Stichprobenstatistiken nutzbar gemacht worden.

Die Genauigkeit der Stichprobenergebnisse und die Kosten der Statistik werden wesentlich durch den »Stichprobenumfang« bestimmt, d. h. durch die Anzahl der in die Stichprobe einbezogenen Einheiten: Kleinere Stichproben liefern bei sonst gleichem Stichprobenplan weniger genaue Ergebnisse als größere Stichproben. Für die Genauigkeit ist der Umfang der Stichprobe im allgemeinen von größerer Bedeutung¹⁾ als der »Auswahlatz«, d. h. der Anteil der erfaßten Auswahleinheiten.

Das bei der Auswahl verkleinerte Bild der untersuchten Gesamtheit muß im allgemeinen bei der Aufbereitung wieder auf die ursprüngliche Größe gebracht werden. Dieser Vorgang wird Hochrechnung der Stichprobenwerte genannt. Bei der »freien Hochrechnung« werden die Stichproben-

¹⁾ Vgl. Szameitat, K., Koller, S.: »Über die Genauigkeit und den Umfang von Stichproben«. In: Wirtschaft und Statistik, 10. Jahrgang N. F., H. 1, Januar 1958, S. 10 ff.

werte mit dem reziproken Wert des Auswahlssatzes bzw. des Auswahlssatzes der betreffenden Schicht multipliziert. Unter gewissen Voraussetzungen kann die Genauigkeit der Stichprobenergebnisse mit Hilfe der »gebundenen Hochrechnung« ganz beträchtlich gesteigert werden. Bei diesen Verfahren (Verhältnis-, Differenzen-, Regressions-Schätzung) werden — im Gegensatz zur freien Hochrechnung — zusätzliche Informationen über die Grundgesamtheit zur Verbesserung der Genauigkeit ausgenutzt. Bei Strukturhebungen tritt an die Stelle der Hochrechnung meist eine Umrechnung der Stichprobenwerte zu Anteilswerten und Verhältniszahlen.

Eine wichtige Komponente des Stichprobenplans ist das Verfahren zur Beurteilung der Genauigkeit der Ergebnisse. Bei jeder Statistik — also auch bei einer Totalstatistik — unterscheiden sich die Ergebnisse von den »wahren Werten« um gewisse Fehler. Bei Stichprobenstatistiken werden zwei Arten von Fehlern unterschieden: »Zufallsfehler« sind Abweichungen, die darauf zurückzuführen sind, daß nicht alle Einheiten der Gesamtheit, sondern nur die nach dem Zufallsprinzip ausgewählten Einheiten für die Statistik herangezogen werden. »Systematische Fehler« heißen alle Abweichungen, die nicht auf die Auswahl, sondern auf andere Einflüsse zurückzuführen sind, z. B. auf eine unzutreffende Abgrenzung der Grundgesamtheit, unklare Fragestellung, falsche Angaben der Befragten, Antwortverweigerungen, Prestige Gesichtspunkte, Fehler bei der Aufbereitung usw.

Entscheidend für die Beurteilung der Genauigkeit der Ergebnisse ist in jeder Statistik jedoch der Gesamtfehler. Zufallsfehler und systematische Fehler je für sich haben keine volle Aussagekraft über die Zuverlässigkeit der statistischen Ergebnisse, sie sind nur die Komponenten des allein maßgebenden Gesamtfehlers. Wenn in einer Statistik mit ziemlich großen systematischen Fehlern gerechnet werden muß, die durch Kontrollen oder eine intensivere Bearbeitung des Erhebungsmaterials praktisch nicht entscheidend vermindert werden können, dann wäre es im Hinblick auf den Gesamtfehler z. B. ohne nennenswerten Nutzen, durch einen hohen Stichprobenumfang oder durch besondere Auswahl- und Hochrechnungsverfahren den Zufallsfehler so weit zu verringern, daß er kleiner als etwa die Hälfte des systematischen Fehlers wird. Eine ähnliche Überlegung gilt auch für das Verhältnis von Total- zu Repräsentativstatistiken: Sind die zu erwartenden systematischen Fehler einer Totalstatistik hoch, dann ist es — abgesehen von besonderen Anforderungen an die Gliederungstiefe der Ergebnisse — oft zweckmäßiger, nur einen zufällig ausgewählten Teil der Erhebungsgesamtheit zu erfassen. Die leichte Vergrößerung des Gesamtfehlers, die durch das Hinzukommen von Zufallsfehlern entsteht, kann möglicherweise sogar wieder aufgehoben werden durch eine entsprechende Verminderung des systematischen Fehlers, die sich mit Hilfe von gründlicheren Feststellungen für den repräsentativen Teil der Gesamtheit erreichen läßt.

Während für die Abschätzung von systematischen Fehlern zusätzliche Unterlagen notwendig sind (zur Nachprüfung der systematischen Fehler bei der totalen Viehzählung werden z. B. besondere Kontrollerhebungen durchgeführt), können die Zufallsfehler mit Hilfe einer »Fehlerrechnung« der Größenordnung nach abgeschätzt werden, ohne daß zusätzliches Material benötigt wird.

Diese Tatsache verleitet dazu, an die Stelle der Ermittlung des Gesamtfehlers lediglich eine Abschätzung des Zufallsfehlers zu setzen. Deshalb sollte stets darauf geachtet werden, daß eine ergänzende Betrachtung über die Größenordnung der systematischen Fehler erforderlich ist.

Die Bedeutung der Fehlerrechnung liegt nicht allein darin, daß sie einen objektiven Maßstab zur Beurteilung der Ergebnisse liefert; sie ermöglicht darüber hinaus auch Verbesserungen des Stichprobenplans und läßt erkennen, in welchen Fällen das Stichprobenverfahren nicht mehr rationell ist. So hat z. B. die Fehlerrechnung zur repräsentativen Baumschulerhebung 1959 gezeigt, daß bei dieser Statistik das Stichprobenverfahren keine Vorteile bringt, weil die Masse der Baumschulbetriebe verhältnismäßig klein und sehr inhomogen ist.

5. Künftige Weiterentwicklung des Stichprobenverfahrens

Die im letzten Jahrzehnt gesammelten vielfältigen Erfahrungen aus der Stichprobenpraxis werden zur weiteren Verbesserung der Planung genutzt. Für die Weiterentwicklung des Stichprobenverfahrens dürften vor allem drei Grundsätze¹⁾ besondere Bedeutung erlangen: Das planmäßige Auswechseln von Stichprobeneinheiten, die Quantifizierung der systematischen Fehler sowie die Verbesserung der Planung und Aufbereitung von Stichprobenstatistiken mit Hilfe elektronischer Rechenanlagen.

Bei laufenden Stichprobenerhebungen muß ein planmäßiges Auswechseln von Stichprobeneinheiten (»Rotation der Stichprobe«) angestrebt werden. Das dauernde Einbeziehen der gleichen Auskunftspflichtigen ist rechtlich als ungleiche Behandlung anzusehen, falls für das Beibehalten kein sachlicher Grund vorliegt. Die Art und das Ausmaß des Auswechselns hängt von erhebungs- und aufbereitungstechnischen Gesichtspunkten sowie von stichprobenmethodischen Überlegungen ab. In der Regel müssen die Einheiten mit den größten Merkmalswerten ständig erfaßt werden, weil sonst die Zuverlässigkeit der Ergebnisse auf das stärkste gefährdet wird. Diese Gruppe soll jedoch so klein wie irgend möglich gehalten werden. Bei allen übrigen Gruppen müssen bereits bei der Planung die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß die Befragten nach einem angemessenen Zeitraum ausgewechselt werden können. In der Regel ist es zweckmäßig, jeweils nur einen Teil der Stichprobe gegen neue Einheiten auszutauschen. Ein solches Verfahren der »partiellen Rotation« wird z. B. beim Mikrozensus seit 1960 praktisch angewandt.

Eine wesentliche Verbesserung der Aussagekraft statistischer Ergebnisse läßt sich durch eine Quantifizierung der systematischen Fehler erreichen, soweit sie nicht durch geeignete Maßnahmen vermieden bzw. durch operative Kontrollen ausgeschaltet werden können. So ist es z. B. bei Lohnsteuerstatistiken nicht möglich, alle zu Recht ausgegebenen Lohnsteuerkarten zu berücksichtigen, weil nur ein Teil dieser Gesamtheit in die statistischen Ämter gelangt. Die durch die Unvollständigkeit des Materials bedingten systematischen Fehler sind bislang in Größe und Richtung unbekannt. Für die künftigen Lohnsteuerstatistiken ist deshalb eine repräsentative Rücklaufkontrolle vorgesehen, die Unterlagen zur Abschätzung der systematischen Fehler liefern soll.

Durch den Einsatz elektronischer Rechenanlagen kann die Planung von Stichprobenstatistiken sowohl verbessert als auch beschleunigt werden. Dieses Hilfsmittel läßt es u. a. zu, mehrere Stichprobenpläne parallel zueinander durchzurechnen und so den günstigsten Plan zu bestimmen. Von diesen Möglichkeiten ist in letzter Zeit zunehmend Gebrauch gemacht worden. Für die Ermittlung optimaler Auswahlssätze bei geschichteten Stichprobenerhebungen wurde ein Programm entwickelt, das es gestattet, nach Eingabe gewisser Grunddaten für die einzelnen Schichten — Besetzungszahl, Varianz u. a. — verschiedene Ansätze über die Abstufung der Stichprobengenauigkeit in den Schichten miteinander zu vergleichen und den günstigsten Ansatz für die praktische Anwendung auszuwählen.

Nach diesem Programm wurden u. a. die Auswahlpläne für die Statistik der Arbeitskräfte in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben 1966/67, die neue Handwerksberichterstattung, die Statistik der Kraftfahrzeugfahrleistungen 1966, für die Verdiensterhebung im Handwerk und die Gehalts- und Lohnstrukturerhebung aufgestellt. Ferner ist es mit Hilfe einer Rechenanlage möglich, besonders leistungsfähige Aufbereitungstechniken anzuwenden, die bislang wegen ihres Rechenaufwandes nicht genutzt werden konnten, z. B. die Regressions-schätzung. Schließlich lassen sich auch die zur Beurteilung von Stichprobenergebnissen benötigten Fehlerrechnungen schneller und in größerem Umfang als bisher verwirklichen. So wurde eine ausführliche Fehlerrechnung an 350 Merkmalen zum Mikrozensus 1964 jeweils für die Länder und das Bundesgebiet durchgeführt.

¹⁾ Vgl. auch Schäfer, K.-A.: Stand der Anwendung des Stichprobenverfahrens in der amtlichen Statistik. In: Wirtschaft und Statistik, 12. Jahrgang N. F., H. 11, November 1960, S. 635 ff.

VIII. Anwendung maschineller Verfahren

Die technische Entwicklung hat in den letzten Jahren für die statistischen Aufbereitungsarbeiten eine Reihe neuer Möglichkeiten geschaffen. Die bisher eingesetzten Hilfsmittel sind jedoch dadurch nicht überflüssig geworden. Auf Grund der Erfahrungen muß versucht werden, für jede einzelne Aufgabe eine möglichst gute Lösung zu finden, wobei sich auch die kombinierte Anwendung verschiedener Verfahren als zweckmäßige Lösung ergeben kann. Die Entscheidung, welches Aufbereitungsverfahren zu wählen ist, hängt natürlich auch von der voraussichtlichen Belastung der einzelnen Maschinen und dem verfügbaren Personal ab.

1. Aufbereitungsverfahren

Bei einfachen und wenig umfangreichen Aufbereitungen wird das manuelle Verfahren nach wie vor angewendet. Hierfür stehen als Hilfsmittel Additionsmaschinen sowie Vierspezies-Rechenmaschinen zur Verfügung. Neuerdings gibt es Geräte, in denen der Rechenprozeß elektronisch abläuft. Diese Maschinen ermöglichen es, bei statistischen Auswertungen geringeren Umfangs Summen und Verhältniszahlen ohne Einsatz maschineller Aufbereitungsverfahren zu errechnen.

Bei manchen statistischen Arbeiten ist der Einsatz von Buchungsautomaten mit einer Vielzahl von Speichern zweckmäßig, insbesondere dann, wenn die Verwendung von Lochkarten zu teuer wäre. Allerdings kann die Arbeitsgeschwindigkeit der Buchungsautomaten wegen der überwiegend manuellen Eingabe nicht über eine bestimmte Grenze hinaus gesteigert werden. In den letzten Jahren sind Buchungsmaschinen mit elektronischem Rechenwerk, umfangreichen internen Speichern sowie interner Programmsteuerung entwickelt worden. Eingebaute Leitwerke ermöglichen den Ablauf komplexer Arbeitsvorgänge mit automatischer Steuerung. Diese Geräte sind in der Lage, alle Rechenoperationen programmgesteuert durchzuführen, so daß bei manchen Tabellen in einem Arbeitsgang Verhältnis- und Maßzahlen zugleich mit den absoluten Werten erstellt wer-

den können. Als Datenträger und Steuermedien stehen hierbei Magnetkontokarten, Lochstreifen und Lochkarten zur Verfügung.

Für Massendarbeiten sind früher konventionelle Lochkartenmaschinen eingesetzt worden, und für bestimmte Arbeiten werden sie auch heute noch eingesetzt. In großen Zügen läuft die Arbeit wie folgt ab: Mit Lochern und Prüfern werden zunächst die Lochkarten erstellt. Sortiermaschinen stellen dann die für die Aufbereitung erforderliche Ordnung der Einzellochkarten nach unterschiedlichen Merkmalen her. Die Auswertungen (Anfertigen von Tabellen) werden auf Tabelliermaschinen vorgenommen. Oft ist noch eine Sonderbehandlung der Lochkarten auf Zusatzmaschinen erforderlich. Mit Rechenlochern werden die tabellierten Auswertungen durch Vorwegnahme einzelner Rechenprozesse vorbereitet. Mit Kartenmischern als Ergänzung der Sortiermaschinen können in bestimmten Fällen durch Einmischen oder Aussondern besonderer Kartenmengen die sonst notwendigen umständlichen Sortierprozesse vereinfacht werden. Lochschriftübersetzer drucken auf den Lochkarten an Hand der Lochungen den entsprechenden Klartext, so daß diese Lochkarten auch im Rahmen einer manuellen Karteiführung verwendet werden können. Mit Kartenstanzern können gleichbleibende Merkmale in größere Kartenpakete gestanzt werden, um die eigentlichen Locharbeiten zu vereinfachen. Summenstanzer werden an die Tabelliermaschine angeschlossen, um im Zusammenhang mit der Tabellenfertigung oder aber in einem Vorlauf verdichtete Summenkarten auszustanzen. Bei der Summenkartenherstellung werden oft die Merkmale mehrerer Tabellen miteinander kombiniert, so daß die Fertigung der einzelnen Tabellen wesentlich rationeller mit den stark verdichteten Summenkarten anstatt mit dem meist sehr umfangreichen Einzelkartenmaterial erfolgen kann.

Mit dem zunehmenden Einsatz elektronischer Datenverarbeitungsanlagen wird das konventionelle Lochkartenverfahren jedoch nur noch für Arbeiten kleineren Um-



Lochsaal des Statistischen Bundesamtes

fangs eingesetzt, bei denen sich die Anfertigung von Programmen für eine elektronische Datenverarbeitung nicht lohnen würde. Außerdem ist es oft zweckmäßig, die relativ schnellen und billigen Lochkarten-Sortiermaschinen im Zusammenhang mit einer späteren Magnetband-Verarbeitung bis zu einem gewissen Grade für eine Vorsortierung des Lochkartenmaterials einzusetzen.

2. Elektronische Datenverarbeitung

Die elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, die zum Teil bereits seit 1961 in den Statistischen Ämtern für praktische Arbeiten eingesetzt wurden, haben eine wesentliche Änderung des gesamten Aufbereitungsverfahrens ergeben. Im konventionellen Verfahren wurde eine Aufgliederung des gesamten, oft sehr komplexen Arbeitsablaufs in einzelne Arbeitsschritte vorgenommen. Die Durchführung jedes Schrittes erfolgte auf Spezialmaschinen wie Kartenmischern, Kartendopplern, Rechenstanzern u. a. m. Die modernen elektronischen Anlagen ermöglichen eine Zusammenfassung verschiedener Arbeitsschritte zu weitgehend geschlossenen Arbeitsabläufen. Abweichend von der bisherigen Aufspaltung auf Spezialgeräte steht jetzt ein »Datenverarbeitungssystem« zur Verfügung, das entweder für komplexe Arbeitsgänge oder auch für differenzierte Arbeitsschritte verwendet werden kann.

Anlagen und Arbeiten im Statistischen Bundesamt

Im Statistischen Bundesamt sind zur Zeit drei kleine Elektronenanlagen und eine Großrechenanlage eingesetzt. Eine der drei Kleinanlagen ist nur für reine Kartenarbeiten ausgerüstet. Sie wird u. a. für Indexberechnungen eingesetzt. Die beiden anderen Maschinen verfügen über Bänderinheiten und dienen als »Satellitenmaschinen« der Großrechenanlage (Off-Line-Betrieb), sie übernehmen die Karte/Bandarbeiten und das Ausdrucken der Ergebnisse, welche die Großrechenanlage geliefert hat, vom Band.

Mitte Juli 1962 ist im Statistischen Bundesamt eine Großrechenanlage installiert worden. Sie hat einen erheblichen Teil der bisherigen Lochkarten-Großmaschinen ersetzt¹⁾. Es handelt sich um eine Datenverarbeitungsanlage mit einem großen Kernspeicher (100 000 Ziffern oder 50 000 alphanumerische Zeichen); die Arbeitsgeschwindigkeit dieser Maschine ist beträchtlich. Als Beispiel sei erwähnt, daß für rund 14 000 Additionen zehnstelliger Zahlen etwa eine Sekunde benötigt wird. Die Anlage ist mit 11 Magnetbandeinheiten ausgerüstet, die wahlweise als Ein- bzw. Ausgabegerät dienen und mit einer Geschwindigkeit von 64 130 Zeichen je Sekunde lesen bzw. schreiben können. Die Anlage arbeitet simultan, das heißt es kann gelesen und/oder geschrieben werden, während gleichzeitig gerechnet wird. Die Eingabe und Ausgabe erfolgt ausschließlich über Magnetband. Daher ist es erforderlich, neben der Großrechenanlage noch zwei Kleinanlagen zu verwenden, die die Karte-Band-Operation und das Ausdrucken der Ergebnisse bzw. das gelegentliche Stanzen von Karten übernehmen. Alle Arbeiten auf der Großrechenanlage setzen also ein Zusammenspiel mit diesen beiden Kleinanlagen voraus, die ebenfalls Elektronenrechner sind. Jede Kleinanlage verfügt über einen schnellen Kartenabfühler (48 000 Karten je Stunde), einen Schnelldrucker mit einer Leistung von 36 000 Zeilen je Stunde (Schreibwerksbreite 132 Zeichen je Zeile). Außerdem können 15 000 Karten in der Stunde gestanzt werden; die Speicherkapazität beträgt 4000 Zeichen. Die Anlagen sind mit einer bzw. zwei Magnetbandeinheiten ausgerüstet.

Charakteristisch für die Großrechenanlage ist nicht nur die hohe Geschwindigkeit, welche die der Lochkartenmaschinen um ein Vielfaches übertrifft, sondern auch die fast vollständige Sicherheit der Arbeit durch ein System automatischer interner Kontrollen. Technisch bedingte Fehler werden von der Maschine angezeigt.

Die Anlage arbeitet nach dem eingegebenen Programm vollautomatisch. Die Sicherheit und Zuverlässigkeit der

¹⁾ Vgl. hierzu Szameitat, Klaus/Zindler, H.-J.: Zum Beginn des Einsatzes einer Großrechenanlage im Statistischen Bundesamt. In: Wirtschaft und Statistik, Jahrgang 1962, Heft 7, S. 377 ff.



Elektronische Großrechenanlage im Statistischen Bundesamt



Elektronische Kleinanlage im Statistischen Bundesamt

Rechenarbeiten ist von besonderer Bedeutung, da hier ein maschineller Ablauf für einen größeren Arbeitsbereich in einem Zuge ohne manuelle Eingriffe erfolgt. Damit werden sonst unvermeidliche menschliche Fehlleistungen ausgeschlossen.

Der große Speicher, die hohe Rechengeschwindigkeit, die Vielzahl der Ein- und Ausgabemöglichkeiten und die Tatsache der Programmsteuerung ergeben für den Einsatz eine außerordentliche Flexibilität. Es ist daher möglich und in aller Regel auch sinnvoll, Arbeitsabläufe, für die bisher verschiedene Lochkartenmaschinen nacheinander eingesetzt werden mußten, in einem Arbeitsgang zusammenzufassen.

Naturngemäß werden die umfangreichsten und kompliziertesten Aufbereitungsarbeiten auf die Großrechenanlage verlagert. So wird die Außenhandelsstatistik als die größte Amtsarbeit mit ihrer Hilfe aufbereitet, ebenso Verkehrstatistiken (Luftfahrt, Binnenschifffahrt, Seeschifffahrt, Eisenbahn, Güterverkehr auf Straßen), der Mikrozensus, die Bundeskonzentration zur Volks- und Berufszählung 1961 nebst Haushalts- und Familienstatistik, Wirtschaftsrechnungen, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, wissenschaftliche Untersuchungen u. a. m. Bei diesen Arbeiten werden nicht nur die Tabellen wesentlich schneller als mit konventionellen Lochkartenmaschinen angefertigt, sondern es werden gleichzeitig auch zusätzliche Tabellen in tieferer Gliederung oder mit zusätzlichen Details geliefert. Darüber hinaus gestattet es aber die Leistungsfähigkeit der Maschinen, Arbeiten in Angriff zu nehmen, an deren Durchführung bei konventionellem Verfahren nicht gedacht werden konnte. So sind z. B. verfeinerte Methoden der Hochrechnung und der Streuungsberechnung für Stichproben durchgeführt worden, ferner auch Saisonbereinigungen bei Zeitreihen und komplizierte Vorausschätzungen der Bevölkerung unter verschiedenen Annahmen. Die Wahrscheinlichkeitskontrollen, die mit der Großrechenanlage durchgeführt werden können, sind außerordentlich umfangreich und führen zu wesentlicher Verbesserung der statistischen Ergebnisse. Weitere Arbeitsvereinfachungen ergeben sich durch automatische Korrek-

turen. Die Herstellung von gedruckten Graphiken zur Ergänzung von Tabellen ist ebenfalls eine interessante neue Anwendung.

Die folgende Tabelle zeigt den Aufwand an Maschinenstunden bei den konventionellen und den elektronischen Datenverarbeitungsanlagen im Statistischen Bundesamt.

Maschine	Geleistete Maschinenstunden			
	1962	1963	1964	1965
Großrechenanlage ..	1 197 ¹⁾	2 422	3 431	3 715
Elektronische Kleinanlagen	3 987 ¹⁾	8 802	9 274	9 621
Tabelliermaschinen (einschl. Statistikmaschine)	23 054	12 609	8 974	10 060
Sortier- und Ergänzungsmaschinen ...	56 366	49 710	30 652	39 050

¹⁾ Nur 2. Halbjahr 1962.

Auf Grund des steigenden Maschinenzeitbedarfs mußte ab September 1964 die zweite Arbeitsschicht für die Großrechenanlage eingeführt werden.

In besonderem Maße ist in den letzten Jahren die Fertigung druckreifer Maschinentabellen vorangetrieben worden. Die Auswirkungen dieser technischen Verbesserungen auf die Kosten der Statistik sind erheblich, da langwierige Schreib-, Verlese- und Korrekturarbeiten entfallen. Durch die Verwendung von Groß- und Kleintypen werden künftig noch Verbesserungen des Schriftbildes erreicht werden können.

Eine besondere maschinelle Aufbereitungsstelle besteht in der Zweigstelle Berlin des Statistischen Bundesamtes. Dort werden bestimmte laufende Arbeiten, wie z. B. Berlin- und Interzonenhandelsstatistik, Fischereistatistik u. a. m. durchgeführt. Darüber hinaus werden einmalige zentrale Sonderarbeiten größeren Umfangs nach Berlin verlagert, die dort durch Einsatz von Zeitangestellten und kurzfristig angemieteten Maschinen bewältigt werden können. So wurden z. B. die Locharbeiten für die Wohnungsstichprobe 1965, die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63, die Güternahverkehrsstichprobe 1965 u. a. m. übernommen; auch für die nächsten Jahre ist wieder die Durchführung verschiedener Sonderarbeiten in der Zweigstelle Berlin geplant. Die dortige Arbeitsmarktlage gestattet es immer noch, jüngere Arbeitskräfte insbesondere für Loch- und Prüfarbeiten kurzfristig einzustellen. Dadurch war es in letzter Zeit möglich, Hilfestellung bei Arbeitsengpässen auch für die Statistischen Landesämter zu geben. Für verschiedene Landesämter wurde z. B. ein Teil der Loch- und Prüfarbeiten des Zählungswerkes 1960/62 in der Zweigstelle Berlin durchgeführt.

Die Umstellung bei den Statistischen Landesämtern

Auch die Statistischen Landesämter haben ihre Arbeiten auf elektronische Rechenanlagen umgestellt. In der Zeit von Ende 1961 bis Herbst 1962 wurden in allen Landesämtern derartige Anlagen (meist Kleinanlagen mit Kartenein- und -ausgabe und 4000 Speicherstellen) installiert, die zunächst für die Aufbereitung des Zählungswerkes 1960/62 und der umfangreichen Programme der Steuerstatistiken (ab 1962) eingesetzt worden sind. Von einigen Landesämtern wurden daneben schon sehr frühzeitig Aufbereitungsarbeiten aus dem laufenden Arbeitsprogramm auf die Elektronenanlage verlagert, weil die Tabelliermaschinen den ständig gestiegenen Anforderungen nicht mehr gewachsen waren. Vor allem konnte bei den Steuerstatistiken eine Materialkontrolle entwickelt werden, durch welche die Qualität der Ergebnisse verbessert wurde. Zwar sind schon auf der bisher verwendeten Elektronen-Statistik-Maschine Plausibilitätskontrollen entwickelt und mit der Tabelliermaschine Rechenkontrollen vorgenommen worden, doch waren diese Lösungen nicht ganz befriedigend, da die geringe Speicherkapazität der Maschinen die Kontrollen nur in eingeschränktem Umfang gestattete und da vor allem die Maschinenlaufzeiten erheblich waren. Mit Beendigung der Sonderarbeiten im zweiten Halbjahr 1963 sind Zug um Zug weitere laufende Arbeiten von konventionellen Tabelliermaschinen auf die elektronischen Anlagen umgestellt worden.

Einheitliche Programmierung

Die Einheitlichkeit der Maschinenausrüstung, auf die besonders hingewirkt worden ist, erlaubt es, die Programmierung für die in allen Landesämtern anfallenden Arbeiten gemeinsam mit diesen Ämtern einheitlich durchzuführen. Dabei können Programmabweichungen einzelner Länder durch Änderungen der Einheits-Maschinenprogramme berücksichtigt werden. Bei der Programmierung der Aufbereitungsarbeiten für das Zählungswerk 1960/62 wurde bereits in dieser Weise gearbeitet. Die gesamten Programmierarbeiten wurden in Gemeinschaft mit den Statistischen Landesämtern im Arbeitskreis für maschinelle Aufbereitung vorbereitet und von den Arbeitsgruppen der einzelnen Statistischen Ämter übernommen. Nach Fertigstellung wurde ein zentraler Test mit allen Programmen durchgeführt, um die Einheitlichkeit der Programme sicherzustellen. In gleicher Weise wurden anschließend die Maschinenprogramme für die gemeinsam vorbereiteten Sonderarbeiten und zum Teil auch für die laufenden Statistiken ausgearbeitet. Umfangreiche Vorarbeiten sind für ein solches Vorgehen notwendig, da in den meisten Fällen die Programme einer Statistik auf mehrere Landesämter verteilt werden und ohne vorher erarbeitete Richtlinien eine Einheitlichkeit der Maschinenprogramme nicht möglich ist. Eingehende Analysen der aufzustellenden Tabellen sind auch notwendig, um das Aufbereitungsverfahren zu rationalisieren. Aus technischen Erwägungen sind manchmal formale Änderungen angebracht, um Maschinenlaufzeiten einzusparen. Auch die weitere Ausstattung der Tabellen z. B. mit Verhältnis- und Maßzahlen kann sich dabei ergeben.

3. Übergang auf leistungsfähigere Anlagen

Die bisherigen Elektronenanlagen sind inzwischen technisch überholt und entsprechen bezüglich der Speicher- und Rechenkapazität sowie der Ein- und Ausgabegeschwindigkeit nicht mehr den gestiegenen Anforderungen. Es wird daher der Einsatz besser ausgerüsteter elektronischer Rechenanlagen mit Bandgeräten vorbereitet. Die größere Kapazität dieser Maschinen erlaubt eine stärkere Integration des bisher teilweise noch stark aufgegliederten Arbeitsprozesses. Die Verwendung von Magnetbandgeräten ergibt eine wesentliche Verkürzung der Eingabezeit und ermöglicht ebenfalls die stärkere Zusammenfassung von Arbeitsgängen. Ferner können maschinelle Signier-, Plausibilitäts- und Rechenkontrollen in weit größerem Umfang als bisher durchgeführt werden. Als konsequente Fortsetzung sollen automatische Korrekturen des Materials aufgenommen werden, um die Fachabteilungen von Korrekturarbeiten zu entlasten, die Aufbereitungszeiten zu verkürzen und damit auch Kosten einzusparen.

Die bei den bisherigen Elektronenanlagen vorhandene Einheitlichkeit der Ausstattung wird bei den neuen Anlagen nicht mehr gegeben sein. Während einige Landesämter sich für Anlagen mit einer Kapazität von rund 16 000 Kernspeicherstellen entschieden haben, werden die meisten Landesämter die Anlage jedoch mit rund 32 000 Kernspeicherstellen ausrüsten. In ein oder zwei Ämtern ist insbesondere für statistikfremde Arbeiten eine noch größere Speicherkapazität geplant. Auch bei den Lochkarteneingabegeräten und bezüglich der Zahl und Art der Magnetbandeinheiten sind unterschiedliche Entscheidungen getroffen worden. Damit wird der bisher sehr ausführliche Erfahrungsaustausch durch die Unterschiedlichkeit der Ausstattung etwas eingeschränkt. Auch für die gemeinsame Programmierung ergeben sich hier einige Probleme. Andererseits wird dafür der Materialaustausch wesentlich erleichtert, da an Stelle des meist umfangreichen Lochkartenmaterials nunmehr Magnetbänder mit Summenangaben u. a. m. versandt werden können.

Die Umstellung auf die neuen Elektronenanlagen soll in der Zeit vom April 1966 bis Januar 1968 erfolgen. Die unterschiedlichen Termine ergeben sich aus der Notwendigkeit, bestimmte Arbeiten, die zum Teil nicht im Bereich der Statistik liegen, zu einem früheren Zeitpunkt umstellen zu müssen. Im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit den Statistischen Landesämtern beabsichtigt auch das Statistische Bundesamt, eine entsprechende Anlage im Austausch gegen die installierte Karten-Anlage aufzustellen.

4. Neue Formen der Datenerfassung

Bei der Aufbereitung von statistischem Material werden für die Verschlüsselung der Daten (Signierung) und die Lochkartenerstellung sehr viel Zeit und viele Arbeitskräfte benötigt. Diese Arbeitsphasen bilden einen Engpaß, der die oft lange Zeitspanne zwischen Erhebung und Ergebnisveröffentlichung mit verursacht. Aus diesem Grund wird laufend beobachtet, ob neue technische Entwicklungen arbeitskräfte- und zeitsparende Möglichkeiten eröffnen. In neuerer Zeit sind erfolgversprechende Ansätze zu erkennen¹⁾:

- Eine verhältnismäßig kleine, aber trotzdem sehr beachtliche Entwicklung stellen Geräte dar, die eine unmittelbare Übernahme der Daten vom Originalbeleg auf Magnetband (ohne vorherige Lochkarten- oder Lochstreifenherstellung) gestatten. Zur Zeit laufen Probearbeiten mit diesen Geräten.
- Während die erstgenannten Maschinen eine vereinfachte Arbeitsweise bei der Übernahme der Daten auf einen den Rechenanlagen adäquaten Datenträger gestatten und somit die bisherige Phase der Locharbeit durch eine flexiblere und materialsparende Arbeitsweise ersetzen, kann man sich vom Einsatz optischer Lesegeräte einen wesentlich größeren Rationalisierungseffekt versprechen. Hierüber laufen seit längerem Untersuchungen, die auch schon erste praktische Ergebnisse gezeigt haben. Auf diesem Gebiet ist zu unterscheiden zwischen

Markierungslesern,
Lesern für maschinengeschriebene Zeichen,
Handschriftenlesern.

¹⁾ Vgl. hierzu: Deininger, Rolf: Neue Formen der Datenerfassung — Anwendungsmöglichkeiten in der amtlichen Statistik. In: Allg. Stat. Archiv 49. Band 1965, Heft 2, S. 164 bis 189.

Markierungsleser können z. B. Bleistiftstriche in einem Beleg auf optischem Wege erfassen und in Zeichen auf einem Datenträger übersetzen. Diese Ausfüllungstechnik auf statistischen Belegen wurde in mehreren Versuchen erprobt und wird heute im Rahmen des Mikrozensus und der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung teilweise angewandt. Ein derartiger Leser, der die Markierungen in Lochkarten überträgt, wird seit Ende 1965 im Statistischen Bundesamt verwendet. Zur Zeit laufen Untersuchungen über die Anwendbarkeit der Technik bei anderen Statistiken. Insbesondere wird durch Probeerhebungen geklärt, ob das Verfahren auch bei der nächsten Volkszählung angewandt werden kann. In diesen Fällen, in denen der Befragte oder Interviewer die Ausfüllung vornehmen wird, entfallen ein erheblicher Teil der Signierarbeit und die gesamte Lochung, Arbeitsgänge, für die bisher mehrere tausend Kräfte benötigt wurden.

Die Markierungstechnik eignet sich wenig für zentral durchzuführende Massenarbeit und ist infolgedessen kaum brauchbar, wenn große Datenmengen zentral verschlüsselt werden müssen. Hier aber kann durch Einsatz von Lesegeräten für maschinengeschriebene Zei-

chen und den Einsatz von entsprechenden Schreibgeräten wenigstens die Locharbeit gespart werden. Versuche in dieser Richtung haben ebenfalls schon sehr befriedigende Resultate gebracht. Die Untersuchungen über Handschriftenleser stehen dagegen noch im Anfangsstadium.

- c) Auch dem Gebiet der Datenfernübertragung bzw. der dezentralen direkten Dateneingabe wird besondere Beachtung geschenkt. Diese Technik dürfte ebenfalls in näherer Zukunft Möglichkeiten für eine rationellere Arbeitsweise bieten und somit erlauben, daß sowohl Arbeitskräfte eingespart als auch der Zeitaufwand für die Aufbereitung der statistischen Daten reduziert werden können. Erste Erfahrungen mit der Datenfernübertragung konnten bei der erfolgreichen Aufbereitung der Bundestagswahlergebnisse 1965 gesammelt werden.

Die Untersuchungen auf den genannten Gebieten werden fortgesetzt. Endziel ist eine integrierte Verarbeitung, die alle Phasen der Arbeit — von der Datenerfassung bis zur Veröffentlichung der Ergebnisse — einschließt und ein lückenloses System darstellt, das eine schnelle, sichere und billige Lieferung statistischer Unterlagen garantiert.

IX. Veröffentlichungen

Das Statistische Bundesamt gibt zur Unterrichtung der Öffentlichkeit über die wichtigsten Ergebnisse seiner Arbeit jährlich mehr als 300 periodisch oder einmalig erscheinende Veröffentlichungen in einer Gesamtauflage von etwa 750 000 Exemplaren heraus.

A. Zweck, Umfang und Inhalt der Veröffentlichungen

Nach § 2 Ziff. 1 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 hat das Statistische Bundesamt die Ergebnisse der Bundesstatistik »für allgemeine Zwecke« darzustellen. Diese Bestimmung, die in der Begründung des Gesetzes nicht näher erläutert wird, ist in der Praxis so interpretiert worden, daß die Veröffentlichungen nicht für die speziellen Zwecke bestimmter Stellen (Behörden, Verbände, Firmen oder einzelner Organisationen) und nicht im Hinblick auf bestimmte Probleme oder geplante Maßnahmen zusammengestellt werden, sondern vielmehr als Grundlage für einen möglichst großen Kreis verschiedener Benutzer zur Verfügung stehen, die das Material jeweils nach ihren besonderen Bedürfnissen und Interessen weiter verarbeiten können.

Der Umfang des zur Veröffentlichung gelangenden Zahlenmaterials unterliegt schon aus Kostengründen gewissen Beschränkungen. Im Regelfall können nur die wichtigsten Ergebnisse publiziert werden. Das führt zwangsläufig zu Zusammenfassungen, bei denen manche interessanten Einzelheiten nicht in Erscheinung treten. Bei einer geschickten Auswahl des Materials braucht allerdings der Erkenntniswert einer Veröffentlichung durch die Beschränkung auf das Wesentliche nicht zu leiden. Benutzer, die sich für weiter aufgegliederte Zahlen interessieren, haben die Möglichkeit, diese zusätzlich beim Amt anzufordern, soweit die Vorschriften des »Statistischen Gesetzes« über die Geheimhaltung von Einzelangaben dem nicht entgegenstehen.

Eine weitere Begrenzung im Umfang der Veröffentlichungen ergibt sich aus einer Vereinbarung mit den Statistischen Landesämtern über die regionale Tiefe bei Veröffentlichungen. Als Richtlinie für die praktische Arbeit wurde festgelegt, daß das Statistische Bundesamt die Ergebnisse der Bundesstatistik in möglichst großer sachlicher und systematischer Ausführlichkeit, dafür aber nur in begrenzter regionaler Differenzierung veröffentlicht. Demgegenüber weisen die Statistischen Landesämter das Zahlenmaterial in weitgehender regionaler Gliederung nach. Vom Statistischen Bundesamt werden die Ergebnisse daher im allgemeinen nur in der Gliederung nach Ländern, in bestimmten Fällen aber auch nach Regierungsbezirken und entsprechenden anderen regionalen Einheiten nachgewiesen. Eine Ausnahme bilden die großen Zählungen und Strukturerhebungen, bei denen vom Statistischen Bundesamt auch ausgewählte Daten für Kreise oder ähnliche Einheiten gleicher Ebene dargestellt werden. Die Publizierung von Gemeindeergebnissen be-

schränkt sich auf das Gemeindeverzeichnis und auf Gemeindekarten.

Um die noch bestehenden formalen und auch sachlichen Unterschiede der Darstellung, die den Konsumenten den Zugang zu vergleichbaren Zahlen erschweren, zu beseitigen und außerdem die technischen Fortschritte der elektronischen Datenverarbeitungsanlagen hinsichtlich der Veröffentlichung der Ergebnisse zu nutzen, haben sich die Statistischen Landesämter auf Richtlinien über ein nach Inhalt und Form einheitliches und untereinander vergleichbares Veröffentlichungsprogramm geeinigt. Danach soll grundsätzlich für jede Statistik ein gemeinsames Mindestveröffentlichungsprogramm für die Tabellenteile in Form von verbindlichen Tabellenrahmen (Titel, einheitliche Kopf- und Vorspaltengliederung) aufgestellt und hinsichtlich der systematischen und regionalen Gliederung mit den entsprechenden Programmen des Statistischen Bundesamtes abgestimmt werden.

Ein großer Teil der Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes besteht nur aus Tabellen, denen lediglich eine knappe Erläuterung der Erhebungs- und Darstellungsmethoden vorangestellt wird. Neben den Statistischen Jahrbüchern und Taschenbüchern sind dies vor allem Veröffentlichungen mit kurzfristigen Ergebnissen laufender Statistiken oder Vor- bzw. Eilberichte zu später erscheinenden ausführlichen Publikationen. Der Verzicht auf textliche Kommentierung ist u. a. dadurch begründet, daß das Amt sich zum Ziel gesetzt hat, jede fertiggestellte Statistik so schnell wie möglich den Benutzern zur Verfügung zu stellen. Textliche Beschreibungen sind regelmäßig in der Monatszeitschrift »Wirtschaft und Statistik« enthalten. Auch in den Jahres-, Zählungs- und Sonderveröffentlichungen wird in den meisten Fällen ein Textteil gebracht. Aus Kostengründen erscheinen bei jährlich wiederkehrenden Veröffentlichungen textliche Darstellungen allerdings im allgemeinen nur im Abstand von zwei bis drei Jahren. Methodische, technische und organisatorische Fragen, die sich nicht nur auf eine bestimmte Statistik beziehen, sondern von allgemeiner Bedeutung sind, werden außer in »Wirtschaft und Statistik« in Sonderveröffentlichungen (z. B. Stichprobenband) abgehandelt.

Bei der textlichen Darstellung seiner Ergebnisse beschränkt sich das Amt darauf, die wichtigsten Daten mit Hilfe von Vergleichsmaterial und Verhältniszahlen (Prozent- und Beziehungszahlen, Maßzahlen, Indices) zu beschreiben und mit den für das Verständnis nötigen methodischen Erläuterungen zu versehen. In gewissem Umfange geht damit eine sachliche Analyse der sich in Struktur- und Entwicklungszahlen widerspiegelnden Ursachen Hand in Hand. Das Amt betrachtet es dagegen im allgemeinen nicht als seine Aufgabe, bis zu einer zusammenhängenden Wirtschaftsdiagnose oder zu Berichten über die Wirtschaftslage vorzuschreiten, da eine solche Diagnose sich nicht allein auf quantitatives statistisches Material stützen kann. Diese Aufgabe

wird von den Ressorts, der Bundesbank, Instituten, Verbänden und anderen Stellen wahrgenommen.

Für die inhaltliche Abgrenzung der einzelnen Veröffentlichungen gibt es grundsätzlich zwei Möglichkeiten.

Es können

entweder Ergebnisse einzelner Statistiken

oder Zahlenmaterial für bestimmte Tatbestände aus verschiedenen Statistiken

dargestellt werden.

Bei den Benutzern wird Interesse an beiden Arten der Veröffentlichung vorausgesetzt werden können. Da eine Zusammenstellung des Materials nach beiden Gesichtspunkten jedoch zu einer Verdoppelung des Veröffentlichungsprogramms führen würde, muß für die Masse der Veröffentlichungen ein Prinzip gewählt werden.

Aus praktischen Gründen ist der Gliederung nach Statistiken der Vorzug zu geben, da die zu einem bestimmten Zeitpunkt anfallenden Ergebnisse einer Statistik möglichst schnell veröffentlicht werden sollen. Außerdem ergeben sich für die Zusammenstellung von Zahlenmaterial aus verschiedenen Statistiken gewisse Schwierigkeiten wegen der sachlichen Unterschiede (Begriffsabgrenzungen, Erhebungsmethoden, Gruppierungen) und der zeitlichen Unterschiede (Berichtszeiträume, Stichtage), die in der Natur und dem Verwendungszweck der einzelnen Statistiken liegen und auch durch die erfolgreichen Bemühungen des Amtes um die fachliche Koordinierung des gesamten statistischen Instrumentariums nicht völlig beseitigt werden können.

Da die einzelnen Statistiken verschiedenartig abgegrenzt sind, enthalten die Veröffentlichungen des Amtes zum Teil Ergebnisse über bestimmte Tatbestände in einzelnen Bereichen (z. B. Beschäftigte in der Industrie, Arbeitskräfte in der Landwirtschaft, Umsätze im Einzel- oder Großhandel), zum Teil aber auch Material über bestimmte Tatbestände für verschiedene oder alle in Betracht kommenden Bereiche (z. B. Preise oder Löhne in den verschiedenen Wirtschaftszweigen, Umsätze in allen von der Umsatzsteuerstatistik erfaßten Zweigen, Kostenstruktur in allen Bereichen).

Sowohl in den Zusammenfassenden Veröffentlichungen, wie z. B. im Statistischen Jahrbuch, im Statistischen Taschenbuch oder in Wirtschaft und Statistik, als auch in den Fachveröffentlichungen werden die Ergebnisse der einzelnen Statistiken nach großen Sachgebieten (z. B. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei — Industrie und Handwerk — Außenhandel — Verkehr) zusammengestellt, wobei zur besseren sachlichen Orientierung in manchen Fällen benachbarte Fachgebiete in einem Abschnitt zusammengefaßt werden (z. B. Bauwirtschaft, Bautätigkeit, Wohnungen). Ergänzend zu den nach Statistiken gegliederten Veröffentlichungen gibt das Amt auch einige Sonderveröffentlichungen heraus, in denen die Ergebnisse für bestimmte Personengruppen (z. B. Frauen, Jugendliche, Vertriebene) aus verschiedenen Statistiken zusammengestellt sind. Die Herausgabe solcher Sonderveröffentlichungen wird jedoch auf relativ wenige Fälle beschränkt bleiben müssen, da sowohl die verfügbare Arbeitskapazität als auch die vorhandenen Mittel enge Grenzen setzen.

Um das Auffinden von Zahlen über bestimmte Tatbestände in verschiedenen Statistiken zu erleichtern, sind in das Statistische Jahrbuch »Hinweiseiten« aufgenommen worden, die am Ende jedes Abschnittes auf Ergebnisse für gleichartige oder ähnliche Tatbestände in anderen Abschnitten aufmerksam machen. Daneben unterrichtet der Band über die »Statistische Erfassung der Produktionsgrundlagen, -vorgänge und -ergebnisse in den Bereichen der Wirtschaft« mit Hilfe eines ausführlichen Katalogs darüber, welche statistischen Daten innerhalb der einzelnen Wirtschaftsbereiche für gewisse Tatbestände vorliegen. Über alle wichtigen Statistiken informiert der vorliegende, in mehrjährigen Abständen erscheinende Band »Das Arbeitsgebiet der Bundesstatistik«, der nach den gleichen großen Sachgebieten wie das Statistische Jahrbuch gegliedert ist. Eine Ergänzung hierzu stellt der in Zusammenarbeit mit den Statistischen Landesämtern herausgegebene »Quellennachweis regionalstatistischer Ergebnisse« dar, der den Zugang zu dem recht verstreut vorliegenden regionalstatistischen Material erleichtern soll. In diesem Quellennachweis werden Art und Erscheinungsfolge sowie die Fundstellen der von Bund und Ländern veröffentlichten Regionaldaten aufgezeigt.

B. Gliederung der Veröffentlichungen

Die Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes werden in drei große Gruppen gegliedert:

Zusammenfassende Veröffentlichungen,

Fachveröffentlichungen (Fachserien),

Systematische Verzeichnisse.

Die Zusammenfassenden Veröffentlichungen enthalten Ergebnisse aus mehreren oder allen Arbeitsgebieten des Amtes. Da sie in Umfang und Format recht unterschiedlich sind, wird auf die Herausgabe unter einem Sammeltitle und in einheitlicher äußerer Ausgestaltung verzichtet. Zu den Zusammenfassenden Veröffentlichungen gehören in erster Linie die der allgemeinen Information dienenden Standardveröffentlichungen:

Statistisches Jahrbuch,

Statistisches Taschenbuch,

Wirtschaft und Statistik,

Statistischer Wochendienst.

Weiterhin fallen in diese Gruppe die Veröffentlichungen über organisatorische, methodische und technische Fragen, Untersuchungen zur Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsbeobachtung sowie die Berichte zur allgemeinen Statistik des Auslandes.

Die Fachveröffentlichungen mit Ergebnissen aus den einzelnen Fachgebieten erscheinen im einheitlichen Format DIN A 4 im Rahmen von »Fachserien«, die sich durch Kennbuchstaben, Titel und Farbe des Randstreifens auf dem festen Umschlag wie folgt voneinander unterscheiden:

Kennbuchstabe	Titel	Farbe des Randstreifens
A	Bevölkerung und Kultur	violett
B	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	hellgrün
C	Unternehmen und Arbeitsstätten ..	mittelbraun
D	Industrie und Handwerk	dunkelblau
E	Bauwirtschaft, Bautätigkeit, Wohnungen	hellbraun
F	Groß- und Einzelhandel, Gastgewerbe, Fremdenverkehr	rosa
G	Außenhandel	dunkelgrün
H	Verkehr	grau
I	Geld und Kredit	gelb
K	Öffentliche Sozialleistungen	orange
L	Finanzen und Steuern	blau
M	Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen	dunkelrot

Jede Fachserie ist in eine bestimmte Zahl von Veröffentlichungsreihen mit laufend oder unregelmäßig erscheinenden Ergebnissen untergliedert. Ergebnisse einmaliger oder in größeren Zeitabständen durchgeführter Großzählungen erscheinen im Rahmen einer Fachserie als Einzelveröffentlichungen. Die innerhalb der jeweiligen Fachserien erscheinenden Veröffentlichungen sind einheitlich mit einer Ordnungs- bzw. Bestellnummer (Kennziffer) versehen, die das Einordnen in Bibliotheken, die Bestellung beim Verlag und auch das Zitieren erleichtern.

Die Systematischen Verzeichnisse werden als Hilfsmittel für die Erstellung bestimmter Statistiken in einer besonderen Veröffentlichungsgruppe herausgegeben. Entsprechend der Art der klassifizierten Tatbestände wird zwischen Unternehmens- und Betriebssystematiken, Waren-, Personen-, Regional- und sonstigen Systematiken unterschieden (vgl. auch Abschnitt »Systematiken«, S. 29).

Einen Überblick über die Veröffentlichungen der einzelnen Berichtserien vermittelt die im Anhang auf S. 329 abgedruckte Übersicht.

Zusätzlich zu den Veröffentlichungen gibt das Statistische Bundesamt auch noch jährlich ca. 400 Pressemitteilungen heraus, in denen die wichtigsten Ergebnisse aus allen Bereichen der Statistik bekanntgegeben werden.

Katalog der Statistiken

Erläuterungen

A. Inhalt

Der Katalog gibt einen Überblick über den Gesamtbereich der amtlichen Bundesstatistik. Aufgenommen wurden die vom Statistischen Bundesamt und die von den obersten Bundesbehörden (einschließlich der von nachgeordneten Dienststellen) bearbeiteten Statistiken, deren Ergebnisse ganz oder teilweise veröffentlicht werden oder zur Veröffentlichung vorgesehen sind. In zeitlicher Hinsicht weist der Katalog alle nach dem Stand von Mitte 1966 in regel-

mäßigen Abständen sowie die jeweils letzten einmalig oder in unregelmäßiger Zeitfolge durchgeführten Statistiken nach. Daneben wird — meist in gekürzter Form und entsprechend dem derzeitigen Stand der Planung — über in Vorbereitung befindliche Statistiken berichtet. Bei eingestellten oder durch neue Erhebungen ersetzten Statistiken wird auf die Darstellung in früheren Auflagen verwiesen.

B. Aufbau und Gliederung

Es werden grundsätzlich die »Statistiken« als Ganzes nachgewiesen. Das Auffinden gleicher »Tatbestände« in verschiedenen Statistiken erleichtert das »Alphabetische Sachregister zum Katalog der Statistiken« am Ende des Bandes.

Die Zusammenfassung der einzelnen Statistiken in Abschnitte richtet sich weitgehend nach der Gliederung des Statistischen Jahrbuchs für die Bundesrepublik Deutschland.

Der Katalog enthält bei den einzelnen Statistiken Angaben über:

1. Rechtsgrundlage

Grundsätzlich werden die zur Zeit geltenden Rechtsgrundlagen angegeben. Auf die im Teil »Rechtsgrundlagen« abgedruckten Gesetze und Verordnungen wird im einzelnen besonders hingewiesen.

2. Periodizität

Es werden nachgewiesen

- a) bei einmalig oder in unregelmäßigen Zeitabständen durchgeführten Statistiken: der Zeitpunkt (Stichtag) oder Zeitraum der Erhebung bzw. Erfassung,
 - b) bei laufenden Statistiken: der Wiederholungsturnus.
- Unterschiede zwischen Erhebungs- und Berichtszeit sind jeweils vermerkt.

3. Kreis der Befragten

Als Befragte werden Personen und Institutionen aufgeführt, an die sich die statistische Befragung unmittelbar wendet. Bei Sekundärstatistiken wird die Stelle angegeben, die sich als erste mit der statistischen Bearbeitung des entsprechenden Materials befaßt. Besonderheiten des Erhebungsverfahrens werden kurz erläutert. Außerdem werden hier oder unter »Bemerkungen« einige Erläuterungen zu Art und Umfang von Teil- oder Stichprobenerhebungen sowie Hinweise auf die synoptische Übersicht über Stichprobenstatistik im Anhang gegeben.

4. Berichtsweg

Aus dem »Berichtsweg« ist der Ablauf der Statistik vom Befragten bis zur letzten (veröffentlichenden) Stelle zu ersehen. Soweit in besonderen Fällen Statistiken durch das Statistische Bundesamt aufbereitet werden, ist darauf hingewiesen worden, z. B.: StBA (zentrale Aufbereitung).

5. Dargestellte Tatbestände

Die Angaben vermitteln einen Überblick über die wichtigsten Tatbestände und Merkmale, soweit hierüber Ergebnisse veröffentlicht werden oder für die Veröffentlichung vorgesehen sind. Sie geben den letzten Stand des Veröffentlichungs- bzw. Erhebungsprogramms wieder. Soweit im Zusammenhang mit den »Tatbeständen« auch die angewendeten Systematiken oder Berechnungen von Indices bzw. Maßzahlen genannt werden, wird zusätzlich auf die entsprechenden Übersichten im Anhang verwiesen.

6. Veröffentlichungen

Die Angaben korrespondieren im allgemeinen mit den »Dargestellten Tatbeständen« (siehe vorstehend unter Ziffer 5). In einigen Fällen sind bestimmte Tatbestände in den angegebenen Veröffentlichungen noch nicht enthalten, da die Ergebnisse erst in später erscheinenden Veröffentlichungen aufgenommen werden können.

a) Veröffentlichungsquellen

Nachgewiesen werden die Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes sowie die im Geschäftsbereich der obersten Bundesbehörden herausgegebenen amtlichen Publikationen, in denen Ergebnisse der im Katalog aufgeführten Statistiken veröffentlicht werden.

Diese Veröffentlichungen enthalten im allgemeinen außer Zahlen für den Bund auch Ergebnisse für die einzelnen Bundesländer, in Ausnahmefällen (wie z. B. bei Zählungsbänden) auch Strukturdaten für kleinere administrative Einheiten.

In größerer sachlicher Tiefe werden Regionalergebnisse in den Veröffentlichungen der Statistischen Landesämter nachgewiesen. Die Suche nach Angaben für Regierungsbezirke, Kreise, Gemeinden und anderen regionalen Einheiten, wird durch den vom Statistischen Bundesamt herausgegebenen »Quellennachweis regionalstatistischer Ergebnisse« erleichtert, der Hinweise auf die verschiedenen Fundstellen enthält.

Über Titel und Gliederung der vom Statistischen Bundesamt herausgegebenen Veröffentlichungen unterrichtet die Übersicht im Anhang auf S. 329. Die im Rahmen von Fachserien erscheinenden Veröffentlichungen werden mit ihren »Kennziffern« zitiert. Die Fachserien werden durch einen großen lateinischen Buchstaben, die Veröffentlichungsreihen durch eine arabische Ziffer angegeben. Soweit Reihen noch weiter untergliedert sind, wird dies durch Anfügen einer römischen Ziffer angezeigt.

Das Statistische Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, in dem regelmäßig ein besonders ausführlicher Quellennachweis enthalten ist, wurde nur dann aufgenommen, wenn es allgemein oder für bestimmte Tatbestände die einzige Veröffentlichungsquelle darstellt. Das gleiche gilt für den Statistischen Wochendienst. Das Statistische Taschenbuch wurde nicht aufgenommen.

b) Zeitraum, für den die Veröffentlichungen nachgewiesen werden

Der Katalog weist im allgemeinen bei laufenden Erhebungen die Veröffentlichungen nach, die von 1962 bis Mitte 1966 erschienen sind und schließt somit an die entsprechenden Angaben der Ausgabe 1962 an.

Unter »In Vorbereitung« oder »Vorgesehen« werden Veröffentlichungen angekündigt, mit deren Erscheinen in Kürze gerechnet werden kann bzw. in denen zu einem späteren Zeitpunkt Ergebnisse der betreffenden Statistik mitgeteilt werden sollen.

c) Periodizität der Veröffentlichungen

Die bei den einzelnen Veröffentlichungsreihen in Klammern () angegebene Periodizität gibt Aufschluß über die Folge, in der über die Statistik in der betreffenden Reihe berichtet wird.

d) Besondere Hinweise

Veröffentlichungen, die eine ausführliche Darstellung der Erhebungsmethoden enthalten, sind durch ein (M) hinter der Heft- bzw. Bandnummer gekennzeichnet.

Verzeichnis der Abkürzungen

Maßeinheiten

BRT	=	Bruttoregistertonne
ha	=	Hektar
kg	=	Kilogramm
km	=	Kilometer
kVA	=	Kilovoltampere
PS	=	Pferdestärke
qm	=	Quadratmeter
RM	=	Reichsmark
t	=	Tonne
tkm	=	Tonnenkilometer

Veröffentlichungen

(Aufbau und Gliederung der Veröffentlichungen
des Statistischen Bundesamtes siehe Anhang S. 329 ff.)

IntMon	=	Internationale Monatszahlen in der Reihe »Allgemeine Statistik des Auslandes«
(M)	=	Veröffentlichungen mit vorwiegend methodischen Erläuterungen
StB	=	Statistische Berichte
StBRD	=	Statistik der Bundesrepublik Deutschland
StJb	=	Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland
WiSta	=	Wirtschaft und Statistik — Textteil —
WiSta *	=	Wirtschaft und Statistik — Tabellenteil »Statistische Monatszahlen« — (Der Stern kennzeichnet den Tabellenteil; z. B. WiSta 64/3 *, d. h. Tabellenteil in Heft 3 des Erscheinungsjahres 64)

Sonstige Abkürzungen

AB	=	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
Abs.	=	Absatz
Art.	=	Artikel
AStA	=	Allgemeines Statistisches Archiv
BGBL	=	Bundesgesetzblatt
BRD	=	Bundesrepublik Deutschland
BZBL	=	Bundeszollblatt
cif	=	cost insurance freight
CST	=	Classification Statistique et Tarifaire
ECE	=	Economic Commission for Europe (Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa)
EG	=	Europäische Gemeinschaften
EGKS	=	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EUR-ATOM	=	Europäische Atomgemeinschaft

ERP	=	European Recovery Program
EWG	=	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
fob	=	free on board
Fwj.	=	Forstwirtschaftsjahr
GATT	=	General Agreement on Tariffs and Trade (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen)
GG	=	Grundgesetz
GMBL	=	Gemeinsames Ministerialblatt
GVBl.	=	Gesetz- und Verordnungsblatt
ISIC	=	International Standard Industrial Classification of All Economic Activities
LAG	=	Lastenausgleichsgesetz
MBliV	=	Ministerialblatt des Reichs- und Preußischen Ministeriums des Innern
N. F.	=	Neue Folge
NICE	=	Nomenclature des Industries établies dans les Communautés Européennes
NJW	=	Neue Juristische Wochenschrift
OECD	=	Organization for Economic Cooperation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
OEEC	=	Organization for European Economic Cooperation (Europäischer Wirtschaftsrat)
OLG	=	Oberlandesgericht
OwiG	=	Ordnungswidrigkeitengesetz
RGBL	=	Reichsgesetzblatt
RMBL	=	Reichsministerialblatt
SBZ	=	Sowjetische Besatzungszone
SITC	=	Standard International Trade Classification
StatGes	=	Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke
StBA	=	Statistisches Bundesamt
StLÄ	=	Statistische Landesämter
UN	=	United Nations (Vereinte Nationen)
WA	=	Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik
WI	=	Warenverzeichnis für die Industriestatistik
WiGBL	=	Gesetzblatt der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes
Wj.	=	Wirtschaftsjahr

I. Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Kultur

A. Bevölkerungsstand und -bewegung

1. Volkszählung

Für die Zählung 1961:

Rechtsgrundlage:

Gesetz über eine Zählung der Bevölkerung und der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen im Jahre 1961 sowie über einen Verkehrszensus im Jahre 1962 (Volkszählungsgesetz 1961) vom 13. April 1961 (BGBl. I S. 437). Abdruck S. 155.

Periodizität:

In etwa zehnjährigen Abständen, meist im Rahmen internationaler Weltzählungen, zuletzt am 6. Juni 1961 durchgeführt; die nächste Wiederholung ist für 1970 vorgesehen.

(In Verbindung mit der Volkszählung 1961 wurde eine Berufszählung [siehe S. 51, lfd. Nr. I B 1], eine Zählung der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen [siehe S. 75, lfd. Nr. III 1] sowie eine Gebäudezählung [siehe S. 87, lfd. Nr. V C 1] durchgeführt).

Kreis der Befragten:

Gesamtbevölkerung.

Nicht erfaßt wurden Angehörige der im Bundesgebiet stationierten ausländischen Streitkräfte sowie die Mitglieder der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen und die Familienangehörigen dieser Personenkreise.

Berichtsweg:

Befragte — Gemeinden (Durchführung der Zählung unter Mitwirkung ehrenamtlicher Zähler) — Kreise — StLA — StBA (zentrale Aufbereitung der Haushalts- und Familienstatistik).

Dargestellte Tatbestände:

I. Allgemeine Aufbereitung:

Wohnbevölkerung nach Geschlecht, Alters- sowie Geburtsjahren, Familienstand, Religionszugehörigkeit (gliedert nach dem »Verzeichnis der Religionsbenennungen«, siehe auch Übersicht im Anhang S. 292); Vertriebenen- bzw. Flüchtlingseigenschaft.

Schüler und Studierende nach Geschlecht und Altersgruppen.

Vertriebene, Deutsche aus der SBZ und Sowjetzonenflüchtlinge nach Geschlecht, Alters- und Geburtsjahren, Familienstand, Religionszugehörigkeit, Jahr des Zuzugs in das Bundesgebiet.

Privathaushalte nach Größe, Miet- bzw. Eigentumsverhältnis und Geschlecht des Haushaltsvorstandes; Personen in Privathaushalten.

Anstalten nach der Art.

Wohnbevölkerung im Anstaltsbereich bzw. Anstaltsbevölkerung (ohne kasernierte Soldaten) nach der Art der Anstalt, nach Geschlecht, Altersgruppen, Familienstand; Personal, Insassen, Vertriebenen- und Flüchtlingseigenschaft.

Ausländer nach Geschlecht, Altersjahren, Familienstand, Staatsangehörigkeit, Religionszugehörigkeit, Schüler und Studierende; Privathaushalte von Ausländern.

II. Haushalts- und Familienstatistik:

Aus den Haushaltslisten von 10% der Zählbezirke wurden im Rahmen der repräsentativen Haushalts- und Familienstatistik (siehe auch Übersicht im Anhang S. 310) unter Verwendung von Volks- und Berufszählungsmerkmalen im einzelnen nachgewiesen:

Haushalte:

Einpersonenhaushalte: Personen nach Geschlecht, Altersgruppen, Familienstand, Stellung zum Erwerbsleben, Wirtschaftsbereich und Stellung im Beruf.

Mehrpersonenhaushalte: Gliederung nach Haushaltstyp, Zahl der Haushaltsmitglieder und Anzahl der Generationen; Geschlecht, Altersgruppe und Familienstand des Haushaltsvorstandes und der Haushaltsmitglieder sowie Stellung zum Erwerbsleben, Wirtschaftsbereich und Stellung im Beruf des Haushaltsvorstandes; Zahl und Altersgruppe der Kinder; Zahl der Einkommensbezieher, Unterhaltsquellen.

Nachweis auch für Vertriebene, Deutsche aus der SBZ und Sowjetzonenflüchtlinge.

Familien:

Gliederung der Familien nach Familien- und Haushaltstyp; Alter und Stellung zum Erwerbsleben, Wirtschaftsbereich und Stellung im Beruf des Familienvorstandes bzw. seiner Ehefrau; Zahl und Alter der Kinder sowie Stellung zum Erwerbsleben der Kinder, Religionszugehörigkeit der Ehepartner sowie der Kinder, Heiratsalter der Ehepartner; erwerbstätige Mütter nach wöchentlicher Arbeitszeit, täglichem Zeitaufwand für den Hinweg zur Arbeitsstätte und Berufsordnungen.

Abgeschlossene Ausbildung der Ehepartner an einer Berufsfach- oder Fachschule bzw. Universität oder anderen Hochschule und soziale Stellung des Ehemannes in Verbindung mit der Zahl der Kinder und der Religionszugehörigkeit der Ehepartner. Durchschnittliches Berufsalter der Hochschulabsolventen in Verbindung mit Fachrichtung der Ausbildung und verschiedenen Personen- und Erwerbsmerkmalen. Zum Teil auch Nachweis für Vertriebene, Deutsche aus der SBZ und Sowjetzonenflüchtlinge.

Ehemalige Kriegsgefangene, Zivilinternierte und Zivilverschleppte nach Gewahrsamsmacht und Zeitpunkt der Rückkehr.

Veröffentlichungen:

WiSta 56/12; 60/7; 61/4 (M); 62/5, 5*, 6, 6*, 9, 9*; 63/9, 9*, 10, 10*, 11, 12, 12*; 64/1, 1*, 3, 3*, 4, 6, 6*, 7, 9, 9*, 10, 10*, 11, 11*, 12; 65/3, 3*, 4, 4*, 5, 6, 7, 7*, 9, 9*, 10, 10*, 11, 11*, 12, 12*; 66/1, 1*, 3, 3*. Fachserie A, »Volks- und Berufszählung vom 6. Juni 1961«, Heft Nr. 1 bis 21 sowie 19 Vorberichte (Hefte 1 und 2 enthalten eine Einführung in die methodischen Grundlagen sowie Untersuchungen über die Genauigkeit der Volks- und Berufszählung 1961).

Atlaswerk: »Die Bundesrepublik Deutschland in Karten« (Einführung und allgemeine Übersicht: WiSta 64/12).

Außerdem in Vorbereitung: »Organisation und Technik des Zählwerkes 1961/62«.

Bemerkungen:

Die durch die Volkszählung ermittelten Bevölkerungszahlen werden durch die »Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung« (siehe lfd. Nr. I A 3b) und die »Wanderungsstatistik« (siehe lfd. Nr. I A 3e) fortgeschrieben; siehe hierzu auch »Fortschreibung des Bevölkerungsstandes« (siehe lfd. Nr. I A 3a).

2. Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus)

a) Grunderhebung (bevölkerungstatistische Tatbestände)

(Erwerbsstatistische Tatbestände des Mikrozensus siehe S. 51, lfd. Nr. I B 2)

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) vom 21. Dezember 1962 (BGBl. I S. 767). Abdruck S. 161.

Periodizität:

Vierteljährliche und jährliche Erhebung sowie Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Haushalte und deren Mitglieder in ausgewählten Zählbezirken.

Ab Oktober 1962 wird nach einem Auswahlplan gearbeitet, der auf den Zählbezirken basiert, welche für die 10%-Aufbereitung der Volks- und Berufszählung 1961 ausgewählt worden sind. Als Auswahlseinheiten werden ganze Zählbezirke verwendet.

Die Auswahlsätze sind 1% (rund 190 000 Haushalte) im April und 0,1% (rund 19 000 Haushalte) im Juli, Oktober und Januar (siehe auch Übersicht im Anhang S. 310).

Berichtsweg:

Befragte (Befragung durch Interviewer) — StLA — StBA.

(Ab April 1964 wird ein Fragebogen in Signierlistenformat verwendet, in den von den Interviewern die Angaben bereits verschlüsselt eingetragen werden.)

Dargestellte Tatbestände:

Wohnbevölkerung nach Altersgruppen, Geschlecht und Krankenversicherungsschutz; Wohnbevölkerung im Alter von 13 Jahren und darüber nach Mitgliedschaft in der sozialen Rentenversicherung sowie nach Altersgruppen, Geschlecht und Familienstand. Außerdem Vertriebene, Deutsche aus der SBZ und Sowjetzonenflüchtlinge nach Altersgruppen, Geschlecht und Familienstand.

Haushalte nach Typ, Zahl der Haushaltsmitglieder und nach der Zahl der im Haushalt lebenden Kinder unter 18 Jahren.

Frauen und Mütter nach Zahl und Alter der Kinder, Familienstand, Alter, Eheschließungsjahr.

Veröffentlichungen:

WiSta 57/4 (M); 59/4 (M), 7 (M), 8 (M), 9 (M), 11 (M), 12 (M); 60/1 (M), 3 (M); 62/9, 9*; 63/5, 5*, 7; 64/2, 4, 4*; 65/3, 3*, 7, 7*.

Fachserie A, Reihe 4 (unregelmäßig),
Reihe 5 (unregelmäßig),
Reihe 6/III (unregelmäßig).

b) Zusatzerhebungen (bevölkerungsstatistische Tatbestände)

Im einzelnen werden nachgewiesen:

- I. Herkunftsgebiete der Vertriebenen
- II. Religionszugehörigkeit der Bevölkerung

Rechtsgrundlage:

Zu I.: Siehe lfd. Nr. 2a. Außerdem: Erste Verordnung über das Zusatzprogramm zum Mikrozensus vom 16. Dezember 1963 (BGBl. I S. 883). Abdruck S. 163.

Zu II.: Siehe lfd. Nr. 2a. Außerdem: Zweite Verordnung über das Zusatzprogramm zum Mikrozensus vom 19. April 1966 (Bundesanzeiger Nr. 77 S. 1). Abdruck S. 164.

Periodizität:

Einmalige und zum Teil in mehrjährigen Abständen zu wiederholende Erhebungen (zusammen mit dem Grundprogramm) sowie Aufbereitungen.

Zu I.: Im April 1964 durchgeführt.

Zu II.: Im April 1966 durchgeführt.

Kreis der Befragten:

Siehe lfd. Nr. 2a.

Zu I.: Auswahlatz 1%.

Zu II.: Auswahlatz 0,5% bis 1%.

(Siehe auch Übersicht im Anhang S. 310.)

Berichtsweg:

Siehe lfd. Nr. 2a (zum Teil zentrale Aufbereitung im StBA).

Dargestellte Tatbestände:

Zu I. vorgesehen: Herkunftgebiete der Vertriebenen nach Bundesländern. Vertriebene nach Art des Ausweises und nach Geschlecht.

Zu II. vorgesehen: Personen nach Alter, Geschlecht, Stellung zum Erwerbsleben und Stellung im Beruf (nach Wirtschaftsbereichen); Vertriebenen- und Flüchtlingeigenschaft.

Veröffentlichungen:

Zu I. vorgesehen: WiSta 66/9 oder 10.

Zu II. vorgesehen: WiSta.

Bemerkungen:

Das Mikrozensus-Gesetz von 1962 sieht neben einem festen Grundprogramm ein variables, auf aktuelle Bedürfnisse abgestelltes Zusatzprogramm vor. Außer den vorstehend aufgezählten bevölkerungsstatistischen Tatbeständen wurden bisher (zum Teil auch in Vorbereitung) durch Zusatzerhebungen auch Ergebnisse über eine Reihe von Tatbeständen aus den Bereichen der Erwerbstätigkeit (siehe S. 52, lfd. Nr. I B 2 b), des Gesundheitswesens (siehe S. 54, lfd. Nr. I C 6), des Fremdenverkehrs (siehe S. 92, lfd. Nr. VI A 6), des Verkehrs (siehe S. 96, lfd. Nr. VII A 4) und des Einkommens (siehe S. 133, lfd. Nr. XII C 3) ermittelt.

Zum Teil wurden bei einzelnen bereits durchgeführten Erhebungen erstmals Strichmarkierungsbogen, die von einem Lesegerät weiterbearbeitet werden können, praktisch erprobt.

3. Statistik des Bevölkerungsstandes und der Bevölkerungsbewegung

a) Fortschreibung des Bevölkerungsstandes und Bevölkerungsvorausschätzungen sowie Feststellung des Gebietsstandes

Im einzelnen werden nachgewiesen:

- I. Fortschreibung des Bevölkerungsstandes
- II. Vorausschätzungen der Bevölkerung
- III. Feststellung des Gebietsstandes

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes vom 4. Juli 1957 (BGBl. I S. 694). Abdruck S. 165.

Periodizität:

Zu I.: Monatliche, vierteljährliche, halbjährliche und jährliche Fortschreibung.

Zu II.: In unregelmäßigen Abständen.

Zu III.: Laufende Feststellung der Änderungen; jährliche Feststellung des Gebietsstandes.

Kreis der Befragten:

Zu I.: Die Fortschreibung wird in den StLA auf Grund der Ergebnisse der Wanderungstatistik (siehe lfd. Nr. 3e) und der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung (siehe lfd. Nr. 3b) durchgeführt.

Zu II.: Vorausschätzungen auf Grund von Unterlagen der StLA.

Zu III.: Laufende Feststellungen in den amtlichen Publikationen der für die Feststellung des Gebietsstandes zuständigen Organe.

Berichtsweg:

Zu I.: StLA — StBA.

Zu II.: StLA — StBA (endgültige Vorausschätzungen).

Zu III.: Katasterämter, Landesvermessungsämter, Institut für Landeskunde in der Bundesanstalt für Landeskunde — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Zu I.: Stand der Wohnbevölkerung.

Monatlich (für Bundesgebiet): insgesamt nach dem Geschlecht.

Vierteljährlich (für Bundesgebiet und Länder): insgesamt nach dem Geschlecht.

Halbjährlich mit Stichtag 30. Juni und 31. Dezember (für Bundesgebiet, Länder, Regierungsbezirke und Kreise); insgesamt nach dem Geschlecht.

Jährlich mit Stichtag 30. Juni (für Bundesgebiet und Länder): insgesamt nach 15 Gemeindegrößenklassen, Gemeinden mit 20 000 und mehr Einwohnern. Anteil der land- und forstwirtschaftlichen Bevölkerung in der Gemeindegrößenklasse »Gemeinden unter 2 000 Einwohnern« nach 5 Größenklassen.

Jährlich mit Stichtag 31. Dezember (für Bundesgebiet und Länder): Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern nach 7 Gemeindegrößenklassen; (für Bundesgebiet): nach Geburtsjahren, Altersjahren und Geschlecht sowie nach Altersgruppen, Geschlecht und Familienstand; (für Länder): nach Altersgruppen und Geschlecht.

In mehrjährigen Abständen (für Bundesgebiet, Länder, Regierungsbezirke, Kreise, Ämter und Gemeinden): insgesamt und nach Geschlecht.

Zu II.: Vorausschätzungen der Bevölkerung, zuletzt Vorausschätzung bis zum Jahre 2000 (nach Geschlecht und Alter ohne Berücksichtigung der Wanderungen).

Zu III.: Fläche, Namens- und Grenzänderungen, Regionalschlüssel. Hinweise auf Ortsklassen, zuständige Amtsgerichte, Arbeits- und Finanzämter sowie zusammenfassende Angaben über Bundestagswahlkreise, Amtsgerichtsbezirke, Arbeits-, Finanz- und Zollamtsbezirke, Handwerks-, Industrie- und Handelskammerbezirke; außerdem über Einteilung der Postleitbereiche.

Veröffentlichungen:

Zu I.:

WiSta 62/5, 6, 8, 9; 63/5, 9, 10, 11; 64/1, 4, 9; 65/4, 5; 66/4, 6.

WiSta * (monatlich).

Fachserie A, Reihe 1 (jährlich),

I. Bevölkerungsentwicklung (vierteljährlich),

II. Alter und Familienstand der Bevölkerung (jährlich),

III. Bevölkerung der kreisfreien Städte und Landkreise (halbjährlich),

IV. Bevölkerung der Gemeinden:

Gemeinden nach Größenklassen sowie Gemeinden

mit 20 000 und mehr Einwohnern (jährlich),

mit 10 000 und mehr Einwohnern (jährlich),

mit 2 000 und mehr Einwohnern (unregelmäßig).

Zu II.:

WiSta 63/12; 64/4.

Fachserie A, Reihe 1/S (Vorausschätzung für die Jahre 1964 bis 2000).

Zu III.:

Fachserie A, Reihe 1 (jährlich),

Reihe 1/III (halbjährlich).

Verzeichnis »Statistische Kennziffern der Gemeinden und Verwaltungsbezirke in der Bundesrepublik Deutschland«.

Außerdem zu I. und III.:

Amtliches Gemeindeverzeichnis für die Bundesrepublik Deutschland, Ausgabe 1961 (enthält u. a. Angaben über die Bevölkerungsergebnisse der Jahre 1939, 1950 und 1961 sowie Zusammenfassungen nach Gemeindegrößenklassen, Anteil der land- und forstwirtschaftlichen Bevölkerung).

Bemerkungen:

Ausgangsbasis für die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes sind die Ergebnisse der Volkszählung vom 6. Juni 1961.

Für den Personenkreis der Vertriebenen und Zugewanderten wurde die gesonderte Fortschreibung nach dem Berichtsjahr 1960 eingestellt.

Im StBA steht außerdem eine Gemeindeglockenkartei zur schnellen Ermittlung bevölkerungsstatistischer Daten sowie für den Auskunftsdienst zur Verfügung.

b) Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 3a.

Periodizität:

Laufende Erfassung; monatliche, vierteljährliche und jährliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Standesämter.

Berichtsweg:

Befragte — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Monatlich (nach dem Registrierort):

Eheschließungen, Lebendgeborene, Totgeborene, Gestorbene.

Vierteljährlich mit Monatsergebnissen (Geburten und Sterbefälle nach dem Wohnort):

Eheschließungen; Lebendgeborene insgesamt (darunter unehelich) und nach dem Geschlecht; Totgeborene; Gestorbene nach dem Geschlecht; im ersten Lebensjahr und in den ersten 28 Lebenstagen Gestorbene.

Jährlich (Geburten und Sterbefälle nach dem Wohnort): Eheschließende nach Alters- und Geburtsjahren und bisherigem Familienstand.

Eheschließungen nach Religionszugehörigkeit; Staatsangehörigkeit und bisheriger Familienstand der Ehegatten; Erst-Ehen, Wiederverheiratungen.

Eheliche und uneheliche Lebend- und Totgeborene nach dem Geschlecht (jeweils nach Kalendermonaten); Anstalts- und Hausgeburten nach der Geburtenfolge und Gemeindegrößenklassen (ehelich Lebendgeborene nach der Lebendgeburtenfolge). Ehelich Geborene nach Alter und Ehedauer der Mütter sowie nach Lebend- bzw. Gesamtgeburtenfolge. Ehelich Lebendgeborene nach Geburtsjahren, Staatsangehörigkeit und Religionszugehörigkeit der Eltern. Ehelich geborene zweite und weitere Kinder nach Geburtenabstand und Gesamtgeburtenfolge. Mehrlingsgeburten nach Geschlechtskombination.

Gestorbene nach Geschlecht, Kalendermonaten, Alter, Familienstand, Gemeindegrößenklassen, Staatsangehörigkeit, Ehedauer, Religionszugehörigkeit. Im ersten Lebensjahr Gestorbene nach Alter, Geschlecht, Legitimität, Gemeindegrößenklassen, Geburts- und Sterbemonat.

Außerdem Tafelberechnungen: Heiratstafeln, Fruchtbarkeits- und Sterbetafeln.

Veröffentlichungen:

WiSta 62/1, 3, 4, 8, 10; 63/1, 3, 5; 64/2, 5, 8; 65/2, 3, 4; 66/4, 5.

WiSta * (monatlich).

Fachserie A, Reihe 2 (jährlich),

Reihe 2/I (vierteljährlich).

Außerdem:

Heiratstafeln für Ledige, Verwitwete und Geschiedene 1960/62: WiSta 65/11.

Allgemeine Sterbetafel: WiSta 64/7, 7*; 65/2, 2*; Fachserie A, Reihe 2 (Sonderbeitrag).

Sterbetafeln nach dem Familienstand: WiSta 65/10.

Kinderzahl der Ehen im Oktober 1962: Fachserie A, Reihe 2 (Sonderbeitrag) — Ergebnisse des Mikrozensus —.

Vorgesehen:

Heiratstafeln 1960/62 und Sterbetafeln 1960/62 nach dem Familienstand und nach Gemeindegrößenklassen: Fachserie A, Reihe 2 (Sonderbeitrag).

Die Sterblichkeit in Deutschland seit 1750: Fachserie A, Reihe 2 (Sonderbeitrag).

Abgekürzte Sterbetafeln: WiSta (unregelmäßig); Fachserie A, Reihe 2 (jährlich).

Säuglingssterblichkeit: Fachserie A, Reihe 2 (Sonderbeiträge).

Beruf und Todesursachen: Fachserie A, Reihe 7 (Sonderbeiträge).

Bemerkungen:

Auf Grund der Ergebnisse der Wanderungsstatistik (siehe lfd. Nr. 3e) und der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung erfolgt die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes (siehe lfd. Nr. 3a).

c) Statistik der Kriegssterbefälle

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 3a.

Periodizität:

Laufende Erfassung, jährliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

I. Standesamtlich beurkundete Kriegssterbefälle: Standesämter.

II. Gerichtliche Todeserklärungen: Amtsgerichte.

Berichtsweg:

Zu I.: Befragte — StLA — StBA.

Zu II.: Befragte — Standesamt I (Berlin) — StBA (zentrale Aufbereitung).

Dargestellte Tatbestände:

Zu I.: Standesamtlich beurkundete Kriegssterbefälle von Angehörigen der deutschen Wehrmacht und von Zivilpersonen nach Staatsangehörigkeit und Todesjahr; außerdem nach Altersgruppen und Familienstand.

Zu II.: Gerichtliche Todeserklärungen von Angehörigen der deutschen Wehrmacht und von Zivilpersonen nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Todesjahr; außerdem nach Altersgruppen und Familienstand.

Veröffentlichungen:

Fachserie A, Reihe 2 (jährlich).

d) Statistik der rechtskräftigen Urteile in Ehesachen

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 3a.

Periodizität:

Siehe lfd. Nr. 3c.

Kreis der Befragten:

Landgerichte.

Berichtsweg:

Befragte — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Gerichtliche Ehelösungen nach der Art des Urteils (Nichtigkeit der Ehe, Aufhebung der Ehe, Ehescheidung), dem Kläger und nach Gründen; Ehescheidungen nach der Schuld, nach Eheschließungsjahren und Kinderzahl, nach Geburtsjahren, Religionszugehörigkeit der Geschiedenen. Geschiedene Männer und Frauen nach Alter und Ehedauer.

Veröffentlichungen:

WiSta 64/4; 66/6.

Fachserie A, Reihe 2 (jährlich),
Reihe 2/II (jährlich).

e) Wanderungsstatistik

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 3a.

Periodizität:

Siehe lfd. Nr. 3b.

Kreis der Befragten:

Einwohnermeldeämter.

Berichtsweg:

Befragte — Kreise — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Zu- und fortgezogene Personen.

I. Wanderungen innerhalb des Bundesgebietes (Binnenwanderung):

1. Von Bundesland zu Bundesland.

Vierteljährlich und jährlich (für Bund und Länder): Herkunfts- und Zielländer, Geschlecht, Personen insgesamt, Erwerbspersonen.

Jährlich außerdem: Altersgruppen, Gemeindegrößenklassen (kombiniert mit Lage in Stadtregionen); (für Regierungsbezirke und Kreise): Personen insgesamt; (für Bund): Geburtsjahr.

2. Innerhalb der Bundesländer.

Vierteljährlich und jährlich (für Bund, Länder und Regierungsbezirke): Personen insgesamt; (für Bund und Länder): Geschlecht.

Jährlich außerdem: Gemeindegrößenklassen (kombiniert mit Lage in Stadtregionen); (für Regierungsbezirke und Kreise): Personen insgesamt. Anteil der land- und forstwirtschaftlichen Bevölkerung in der Gemeindegrößenklasse »Gemeinden unter 2 000 Einwohnern«; Wanderungsströme zwischen den Kreisen im gleichen Bundesland und zwischen den Kreisen verschiedener Bundesländer nach Herkunfts- und Zielkreisen.

II. Wanderungen über die Grenzen des Bundesgebietes (Außenwanderung):

1. Außenwanderung insgesamt.

Vierteljährlich und jährlich (für Bund und Länder): Herkunfts- und Zielgebiete, Geschlecht, Erwerbspersonen, Personen insgesamt.

Jährlich außerdem: Altersgruppen, Familienstand, Erwerbspersonen nach Alters- und Geburtsjahren; Gemeindegrößenklassen (kombiniert mit Lage in Stadtregionen); (für Bund): Geburtsjahre; (für Kreise): Personen insgesamt.

2. Wanderungen über die Auslandsgrenzen des Bundesgebietes.

Vierteljährlich und jährlich (für Bund und Länder): Personen insgesamt, Erwerbspersonen; (für Bund): Herkunfts- und Zielländer, Geschlecht, Personen insgesamt, Deutsche, Ausländer und Staatenlose, deutsche Rückwanderer, Erwerbspersonen.

Jährlich außerdem: Staatsangehörigkeit, Geburtsjahre, Altersgruppen, Familienstand, Religionszugehörigkeit; (für Bund und Länder): Herkunfts- und Zielländer, Personen insgesamt, Erwerbspersonen, Deutsche, Ausländer und Staatenlose.

3. Wanderungen zwischen dem Bundesgebiet einerseits und der SBZ sowie dem Sowjetsektor von Berlin andererseits.

Vierteljährlich und jährlich (für Bund und Länder): Herkunfts- und Zielgebiete, Geschlecht, Personen insgesamt, Erwerbspersonen.

Jährlich außerdem: Altersgruppen und Geschlecht; (für Bund): Alters- und Geburtsjahre, Geschlecht, Personen insgesamt.

4. Wanderungen zwischen dem Bundesgebiet und den zur Zeit unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten (Stand 31. Dezember 1937).

Vierteljährlich und jährlich (für Bund und Länder): Personen insgesamt, Erwerbspersonen, Geschlecht.

Außerdem Verhältniszahlen für einige ausgewählte Merkmale.

Veröffentlichungen:

WiSta 62/2, 10; 63/4, 6, 11; 64/4, 5, 6, 10, 12; 65/7; 66/7.

WiSta * (monatlich).

Fachserie A, Reihe 3 (jährlich),

Reihe 3/I (vierteljährlich, jährlich),

Reihe 3/II (vierteljährlich, jährlich).

Bemerkungen:

Die seit 1953 geführte besondere Ein- und Auswanderungsstatistik wurde ab Berichtsjahr 1960 eingestellt. Dafür wurde ab Berichtsjahr 1962 der Nachweis der »Wanderungen über die Auslandsgrenzen des Bundesgebietes« in der Wanderungsstatistik erweitert.

Auf Grund der Ergebnisse der Wanderungsstatistik und der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung (siehe lfd. Nr. 3b) erfolgt die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes (siehe lfd. Nr. 3a).

4. Statistik der Vertriebenen, Flüchtlinge und der Deutschen aus der SBZ

Über diese Personenkreise werden im Rahmen der amtlichen Statistik zahlreiche Ermittlungen getroffen. Einen Überblick hierüber vermittelt das alphabetische Sachregister; Einzelheiten sind aus den »Dargestellten Tatbeständen« bei den einzelnen Statistiken zu entnehmen.

Zusammenfassende Veröffentlichungen über die genannten Personenkreise werden in der Fachserie A, Reihe 4 in unregelmäßigen Abständen veröffentlicht. Außerdem wird auf die früher erschienenen Bände 114 und 211 StBRD und den in Kürze erscheinenden Fortsetzungsband zu Band 114 sowie auf die Sonderveröffentlichung »Die deutschen Vertreibungsverluste, Bevölkerungsbilanzen 1939/50 für die deutschen Vertreibungsgebiete« hingewiesen.

Ergebnisse über den Stand der Vertriebenen- und Flüchtlingsbevölkerung vermittelt die Volks- und Berufszählung 1961 (siehe lfd. Nr. I A 1 bzw. lfd. Nr. I B 1). Im Rahmen des Zusatzprogramms 1964 des Mikrozensus wurden ferner die Herkunftsgebiete der Vertriebenen ermittelt und in WiSta 66/9 veröffentlicht.

5. Staatsangehörigkeitsstatistik

Rechtsgrundlage:

Vereinbarungen mit den Ländern und Anordnungen der Länder.

Periodizität:

Jährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

Zuständige Behörden der Länder und Bundesverwaltungsamt.

Berichtsweg:

Befragte — Innenministerien bzw. Senatoren der Länder und Bundesverwaltungsamt — StBA (Zusammenstellung und Veröffentlichung).

Dargestellte Tatbestände:

Erwerb und Fortbestand der deutschen Staatsangehörigkeit durch Einbürgerungen und Erklärungen, Staatsangehörigkeitsurkunden für Deutsche. Eingebürgerte Personen nach dem Rechtsgrund. Erwerb und Fortbestand der deutschen Staatsangehörigkeit auf Grund des Zweiten und Dritten Gesetzes zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit von 1956 bzw. 1957. Aus der deutschen Staatsangehörigkeit entlassene Personen nach neuen Heimatstaaten.

Veröffentlichungen:

Fachserie A, Reihe 1/V (jährlich).

B. Erwerbstätigkeit

Auf Grund der Ergebnisse der Berufszählung, des Mikrozensus und der Statistiken des Bildungswesens werden für den Bereich »Erwerbstätigkeit« Berechnungen und Vorausschätzungen auf demographischer Grundlage durchgeführt, insbesondere im Rahmen einer Berufsnachwuchsstatistik.

Veröffentlichungen hierüber zum Teil in WiSta 59/3; 60/1, 10; 61/1, 2, 9, 9*; 62/2, 9; 63/4; 64/1, 1*, 4, 4*, 9; 65/1, 3, 5, 9; 66/4, 4*, 7 sowie im StJb und vorgesehen in Fachserie A, Reihe 6.

1. Berufszählung

Für die Zählung 1961:

Rechtsgrundlage:

Gesetz über eine Zählung der Bevölkerung und der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen im Jahre 1961 sowie über einen Verkehrszensus im Jahre 1962 (Volkszählungsgesetz 1961) vom 13. April 1961 (BGBl. I S. 437). Abdruck S. 155.

Periodizität:

In etwa zehnjährigen Abständen, zuletzt in Verbindung mit der Volkszählung am 6. Juni 1961 durchgeführt; die nächste Wiederholung ist für 1970 vorgesehen.

Kreis der Befragten:

Gesamtbevölkerung.

Nicht erfaßt wurden Angehörige der im Bundesgebiet stationierten ausländischen Streitkräfte sowie die Mitglieder der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen und die Familienangehörigen dieser Personenkreise.

Berichtsweg:

Befragte — Gemeinden (Durchführung der Zählung unter Mitwirkung ehrenamtlicher Zähler) — Kreise — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

(Sämtliche Ergebnisse sind nach dem Geschlecht gegliedert.)

Wohnbevölkerung nach Beteiligung am Erwerbsleben, überwiegend Lebensunterhalt; Personen mit überwiegend Lebensunterhalt durch Angehörige außerdem nach Beteiligung am Erwerbsleben, überwiegend Lebensunterhalt und sozialer Stellung des Ernährers.

Erwerbspersonen nach Geschlecht, Altersjahren und Altersgruppen, Familienstand, Vertriebenen- bzw. Flüchtlingseigenschaft, Beteiligung am Erwerbsleben,

überwiegend Lebensunterhalt, Wirtschaftsgruppen, Berufsklassen, sozialer Stellung, Stellung im Beruf; Erwerbstätige außerdem nach Wochenarbeitszeit und mit weiterer Tätigkeit; Erwerbslose nach Merkmalen der zuletzt ausgeübten Tätigkeit.

Nichterwerbspersonen nach Geschlecht, Altersjahren, Altersgruppen, Familienstand, Vertriebenen- bzw. Flüchtlingseigenschaft, überwiegend Lebensunterhalt.

Anstaltsbevölkerung (Personal und Insassen) nach Anstaltsarten, Beteiligung am Erwerbsleben, überwiegend Lebensunterhalt; Erwerbspersonen unter der Anstaltsbevölkerung außerdem nach Wirtschaftsbereichen.

Auspendler (ohne Soldaten) — Berufspendler sowie Schüler und Studierende — am Wohnort nach Zielgemeinden, benutztem Verkehrsmittel; Berufspendler außerdem nach Altersgruppen, Vertriebenen- bzw. Flüchtlingseigenschaft und Wirtschaftsabteilungen.

Einpendler (ohne Soldaten) — Berufspendler sowie Schüler und Studierende — am Arbeitsort bzw. am Schul- oder Studienort nach Wohnsitzgemeinden; Berufspendler außerdem nach Altersgruppen, Vertriebenen- bzw. Flüchtlingseigenschaft und Wirtschaftsabteilungen.

Personen mit abgeschlossener Ausbildung an einer Fach- bzw. Berufsfachschule oder Hochschule nach Altersgruppen (für Frauen auch nach dem Familienstand »verheiratet«), Religionszugehörigkeit, Vertriebenen- bzw. Flüchtlingseigenschaft, Beteiligung am Erwerbsleben, überwiegend Lebensunterhalt, Fachrichtung der Ausbildung; Erwerbspersonen mit abgeschlossener Ausbildung außerdem nach Wirtschaftsunterabteilungen, Berufsklassen, Stellung im Beruf.

Schüler und Studierende nach Beteiligung am Erwerbsleben und überwiegend Lebensunterhalt.

Für Vertriebene und Deutsche aus der SBZ unter den vorgenannten Personenkreisen liegen Ergebnisse nach den meisten dort erwähnten Merkmalen vor.

Ausländer nach Staatsangehörigkeit, Beteiligung am Erwerbsleben, überwiegend Lebensunterhalt; Ausländer unter den Erwerbspersonen außerdem nach Wirtschaftsabteilungen, Berufsklassen, Stellung im Beruf, Wochenarbeitszeit, mit weiterer Tätigkeit, abgeschlossener Ausbildung, Fachrichtungsgruppen; Ausländer mit überwiegend Lebensunterhalt durch Angehörige nach Merkmalen des Ernährers.

(Fachliche Gliederung nach der »Klassifizierung der Berufe, systematisches und alphabetisches Verzeichnis der Berufsbenennungen — Ausgabe 1961« bzw. nach der »Systematik der Wirtschaftszweige für die Berufszählung 1961«, siehe auch Übersicht im Anhang S. 292 und Auszüge aus den Systematiken S. 294 ff.)

Veröffentlichungen:

WiSta 59/3 (M); 61/4, 7 (M); 63/9, 9*, 11, 11*, 12, 12*; 64/3, 3*, 4, 4*, 9, 9*, 10, 10*, 11, 11*; 65/3, 3*, 6, 9, 9*, 10, 10*, 11, 11*, 12, 12*; 66/3, 3*, 7.

Fachserie A, »Volks- und Berufszählung vom 6. Juni 1961«, Heft Nr. 1, 2, 7, 8 sowie 9 bis 19 und 21, außerdem Vorberichte.

Im übrigen siehe auch unter Volkszählung 1961, S. 47, lfd. Nr. I A 1.

2. Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus)

a) Grunderhebung (erwerbsstatistische Tatbestände)

(Bevölkerungsstatistische Tatbestände des Mikrozensus siehe S. 47, lfd. Nr. I A 2)

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) vom 21. Dezember 1962 (BGBl. I S. 767). Abdruck S. 161.

Periodizität:

Vierteljährliche und jährliche Erhebung sowie Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Haushalte und deren Mitglieder in ausgewählten Zählbezirken (siehe auch Übersicht im Anhang S. 310).

Nähere Angaben: Vgl. auch hierzu Ausführungen unter »bevölkerungsstatistische Tatbestände des Mikrozensus« (siehe S. 47, lfd. Nr. I A 2).

Berichtsweg:

Befragte (Befragung durch Interviewer) — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Erwerbstätige nach Geschlecht, Stellung im Beruf, geleisteten Arbeitsstunden, Berufsgruppen, ausgewählten Berufen, nach Art des Krankenversicherungsschutzes und Art der Krankenkassen (teilweise gesonderter Nachweis der Vertriebenen, Deutschen aus der SBZ und Sowjetzonenflüchtlinge).

Tätigkeitsfälle nach Geschlecht, Stellung im Beruf, Arbeitsdauer; in allen Tätigkeitsfällen geleistete Arbeitsstunden nach Stellung im Beruf.

Abhängige Erwerbstätige nach Geschlecht, Stellung im Beruf, Arbeitstagen je Woche, Grund der Arbeitsausfälle, Schichtarbeit, Altersgruppen; Arbeitszeit unter 42 Stunden mit Angabe der Gründe; pflichtversicherte Erwerbstätige in der sozialen Rentenversicherung nach Altersgruppen, Geschlecht und Stellung im Beruf.

Erwerbspersonen nach Geschlecht, Stellung im Beruf, Altersgruppen, Frauen auch nach Familienstand.

Außerdem erwerbstätige Frauen und Mütter nach Zahl und Alter der Kinder, Familienstand, Alter, Eheschließungsjahr, Stellung im Beruf, Wirtschaftsbereich, Arbeitsstunden, Arbeitszeit unter 42 Stunden mit Angabe der Gründe sowie nach ihrem Einkommen und dem Einkommen des Ehemannes.

Veränderung in der Beteiligung am Erwerbsleben (nach Altersgruppen und Familienstand) und in der Stellung im Beruf; in der vorwiegenden Erwerbstätigkeit durchschnittlich geleistete Arbeitsstunden; Fluktuation in den einzelnen Wirtschaftsbereichen und in den einzelnen Gruppen der Stellung im Beruf.

(Fachliche Gliederung nach der »Systematik der Wirtschaftszweige für die Berufszählung 1961«, siehe auch Übersicht im Anhang S. 292 und Auszug aus der Grundsystematik S. 294.)

Veröffentlichungen:

WiSta 57/4 (M); 59/4 (M), 7 (M), 8 (M), 9 (M), 11 (M), 12 (M); 60/1 (M), 3 (M); 62/3, 3*, 5, 5*, 9, 9*, 10, 10*; 63/3, 3*, 9, 9*, 10, 10*; 64/4, 4*, 8, 8*, 10; 65/1, 1*, 3, 3*, 7, 7*.

Fachserie A, Reihe 4 (unregelmäßig),
Reihe 5 (unregelmäßig),
Reihe 6/I (vierteljährlich, jährlich),
Reihe 6/III (unregelmäßig).

b) Zusatzerhebungen (erwerbsstatistische Tatbestände)

Im einzelnen werden nachgewiesen:

- I. Betreuung von Kindern (unter 14 Jahren) erwerbstätiger Mütter
- II. Berufliche Ausbildung
- III. Umfang der von Arbeitnehmern geleisteten Sonntagsarbeit und Arbeit in Nachtschichten
- IV. Erwerbstätigkeit der 40- bis 65jährigen Frauen für die Zeit zwischen ihrem 15. und 65. Lebensjahr

Rechtsgrundlage:

Zu I.: Gesetz über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) vom 16. März 1957 (BGBl. I S. 213). Abdruck S. 159. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) vom 5. Dezember 1960 (BGBl. I S. 873). Abdruck S. 160.

Zu II. und III.: Siehe lfd. Nr. 2a. Außerdem: Erste Verordnung über das Zusatzprogramm zum Mikrozensus vom 16. Dezember 1963 (BGBl. I S. 883). Abdruck S. 163.

Zu IV.: Siehe lfd. Nr. 2a. Außerdem: Zweite Verordnung über das Zusatzprogramm zum Mikrozensus vom 19. April 1966 (Bundesanzeiger Nr. 77 S. 1). Abdruck S. 164.

Periodizität:

Einmalige und zum Teil in mehrjährigen Abständen zu wiederholende Erhebungen (zusammen mit dem Grundprogramm) sowie Aufbereitungen.

Zu I.: Im Oktober 1962 durchgeführt.

Zu II.: Im April 1964 durchgeführt.

Zu III.: Im April 1965 durchgeführt.

Zu IV.: Im April 1966 durchgeführt.

Kreis der Befragten:

Siehe lfd. Nr. 2a.

Zu I. bis III.: Auswahlatz 1 %.

Zu IV.: Auswahlatz 0,5 % bis 1 %.

(Siehe auch Übersicht im Anhang S. 310.)

Berichtsweg:

Siehe lfd. Nr. 2a (zum Teil zentrale Aufbereitung im StBA).

Dargestellte Tatbestände:

Zu I.: Erwerbstätige Mütter (außerhalb der Land- und Forstwirtschaft) nach Stellung im Beruf, Einkommen, Arbeitsstunden, Art der Beschäftigung (Dauerbeschäftigung, Saisonbeschäftigung, Gelegenheitsarbeit) und Zahl der Wochenarbeitstage. Ferner Zahl und Alter der Kinder sowie Art, Umfang und Zeitpunkt der Betreuung.

Zu II.: Erwerbstätige im Alter von 14 bis 65 Jahren nach Art der ursprünglichen Ausbildung (berufsbildende Schulen, praktische Ausbildung, formlose Einarbeitung nach der Dauer), zur Zeit in praktischer Ausbildung.

Zu III.: Erwerbstätige nach Stellung im Beruf, Altersgruppen und Familienstand; regelmäßig und gelegentlich geleistete Sonntagsarbeit bzw. Nachtarbeit, Art der Tätigkeit (Überstunden, Schichtarbeit, Bereitschaftsdienst).

Zu IV.: Merkmalskatalog in Vorbereitung.

(Zu I. bis IV.: Fachliche Gliederung nach der Systematik der Wirtschaftszweige — Ausgabe 1961, siehe Übersicht im Anhang S. 292 und Auszug aus der Systematik S. 294.)

Veröffentlichungen:

Zu I.: WiSta 64/8, 8*.

Zu II.: WiSta 66/3, 3*.

Zu III. und IV.: WiSta vorgesehen.

Außerdem: Zum Teil Fachserie A, Reihe 6/Sonderbeiträge.

Bemerkungen:

Über weitere bisher durchgeführte bzw. vorbereitete Zusatzerhebungen des Mikrozensus auch für andere Bereiche siehe die Bemerkungen bei »Zusatzerhebungen (bevölkerungsstatistische Tatbestände)« (siehe S. 48, lfd. Nr. I A 2 b).

3. Arbeitsmarktstatistiken

Im einzelnen werden nachgewiesen:

- I. Statistik der Arbeitsvermittlung
- II. Statistik der Berufsberatung
- III. Statistik der nichtdeutschen Arbeitnehmer
- IV. Statistik der Grenzarbeitnehmer
- V. Statistik über Kurzarbeit
- VI. Statistik über Heimarbeiter

Rechtsgrundlage:

Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (AVAVG) in der Fassung vom 3. April 1957 (BGBl. I S. 321), § 202.

Periodizität:

Zu I.: Monatliche, vierteljährliche und jährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Zu II.: Jährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Zu III.: Vierteljährliche, halbjährliche und jährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Zu IV. und VI.: Halbjährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Zu V.: Monatliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

Arbeitsämter.

Berichtsweg:

Befragte — Landesarbeitsämter — Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

Dargestellte Tatbestände:

Zu I.: Arbeitssuchende, Arbeitslose, offene Stellen, Arbeitsvermittlungen, jeweils nach Berufsgruppen. Offene Stellen nach Berufsklassen.

Zu II.: Ratsuchende, Berufswünsche und Berufseinmündungen nach Berufsklassen. Verbleib der Ratsuchenden. Ausbildungsstellen; Schulentlassene.

Zu III.: Erstmals erteilte Arbeitserlaubnisse und ausgestellte Legitimationskarten für nichtdeutsche Arbeitnehmer nach Berufsgruppen und Staatsangehörigkeit. Beschäftigte nichtdeutsche Arbeitnehmer nach Staatsangehörigkeit; Art der erteilten Arbeitserlaubnis.

Zu IV.: Über die Auslandsgrenzen aus- und einpendelnde Arbeitnehmer (Grenzarbeitnehmer).

Zu V.: Betriebe und Kurzarbeiter.

Zu VI.: Beschäftigte Heimarbeiter einschließlich Hausgewerbetreibende. Zwischenmeister und Gleichgestellte.

(Fachliche Gliederung der Arbeitsmarktstatistiken nach der Systematik »Klassifizierung der Berufe«, siehe auch Übersicht im Anhang S. 292.)

Veröffentlichungen:

Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung: Amtliche Nachrichten (monatlich).

Jährliche Sonderhefte als Beilage zu den Amtlichen Nachrichten (Jahreszahlen zur Arbeitsstatistik, Ergebnisse der Berufsberatungsstatistik, Erfahrungsbericht über ausländische Arbeitnehmer).

Statistisches Bundesamt:

WiSta* (monatlich).

4. Statistik der Streiks und Aussperrungen

Rechtsgrundlage:

Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (AVAVG) in der Fassung vom 3. April 1957 (BGBl. I S. 321), § 41. Sechste Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (Anzeigen bei Arbeitskämpfen) vom 22. April 1959 (BGBl. I S. 233).

Periodizität:

Laufende Erfassung, vierteljährliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Von Streik bzw. Aussperrung betroffene Betriebe.

Berichtsweg:

Befragte — Arbeitsverwaltungen der Länder — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Von Streik oder Aussperrung betroffene Betriebe mit beteiligten Arbeitnehmern und ausgefallenen Tagewerken nach Wirtschaftsgruppen.

Veröffentlichungen:

WiSta 62/2, 2*; 63/2, 2*; 64/2; 65/2; 66/2.

Fachserie A, Reihe 6/IV (vierteljährlich, jährlich).

C. Gesundheitswesen

Angaben aus dem gesamten Bereich des Gesundheitswesens enthalten die Bände 1 und 2 der Veröffentlichung »Das Gesundheitswesen der Bundesrepublik Deutschland«.

(Zu Krankheitsarten in der gesetzlichen Krankenversicherung siehe S. 115, lfd. Nr. X A 2.)

1. Statistik der meldepflichtigen Krankheiten

Rechtsgrundlage:

Dritte Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens vom 30. März 1935 (RMBl. I S. 327), § 39, Abs. 1; außerdem Vereinbarungen mit den Ländern. Für Berlin: Gesetz zur Ergänzung von Vorschriften über Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten (Seuchenbekämpfungsergänzungsgesetz) vom 8. November 1951 (GVBl. für Berlin S. 1105) und Durchführungsverordnung vom 26. März 1952 (GVBl. für Berlin S. 208).

Periodizität:

Laufende Berichterstattung; wöchentliche, vierteljährliche und jährliche Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

Gesundheitsämter. (Auf Grund der Mitteilungen der Meldepflichtigen: Ärzte, Pflegepersonen, Hebammen, Familienhaupt, Leichenschauer; Ärzte in Krankenhäusern, Schiffsführer; Leiter von Pflege- und Gefangenenanstalten, Lagern, Sammelunterkünften und ähnlichen Einrichtungen.)

Berichtsweg:

Befragte — Gesundheitsämter — Medizinalverwaltungen der Länder bzw. StLÄ — StBA (— Bundesgesundheitsamt). Ferner auf Grund von Sondervereinbarungen: Medizinalverwaltungen — Bundesgesundheitsamt.

Dargestellte Tatbestände:

Erkrankungs- und Todesfälle sowie Fälle von Verdacht einer Erkrankung oder eines Todes an übertragbaren Krankheiten entsprechend dem Katalog der in § 3, Abs. 1, 2 und 3 des Bundes-Seuchengesetzes aufgeführten Krankheiten.

Veröffentlichungen:

Bundesgesundheitsamt: Bundesgesundheitsblatt.

Statistisches Bundesamt:

WiSta 62/4, 4*; 63/4, 4*; 64/5, 5*; 65/4, 4*; 66/4, 4*.

Fachserie A, Reihe 7 (jährlich),

Reihe 7/I (wöchentlich, vierteljährlich, jährlich).

2. Tuberkulosestatistik

Rechtsgrundlage:

Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten beim Menschen (Bundes-Seuchengesetz) vom 18. Juli 1961 (BGBl. I S. 1012), § 5, Abs. 1 und 2 in Verbindung mit: Dritte Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens vom 30. März 1935 (RMBl. I S. 327), § 31, Abs. 1; außerdem Vereinbarungen mit den Ländern. Für Berlin: Gesetz zur Ergänzung von Vorschriften über Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten (Seuchenbekämpfungsergänzungsgesetz) vom 8. November 1951 (GVBl. für Berlin S. 1105) und Durchführungsverordnung vom 26. März 1952 (GVBl. für Berlin S. 208).

Periodizität:

Laufende Berichterstattung; vierteljährliche und jährliche Meldung über Neuerkrankungen (Stichtag für Bestandsermittlung: letzter Tag des Quartals bzw. des Jahres).

Kreis der Befragten:

Tuberkulose-Fürsorgestellen der Gesundheitsämter bzw. Meldepflichtige, wie unter »Kreis der Befragten« zu lfd. Nr. I C 1 aufgeführt.

Berichtsweg:

Befragte — Medizinalverwaltungen der Länder bzw. StLÄ — StBA (— Bundesgesundheitsamt).

Dargestellte Tatbestände:

Neuzugänge (erstmalig Erkrankte, Wiedererkrankte, Zuzüge aus anderen Kreisen) und Bestand an Personen mit ansteckungsfähiger und nichtansteckungsfähiger Tuberkulose der Atmungsorgane sowie aktiver Tuberkulose anderer Organe nach Alter und Geschlecht.

Veröffentlichungen:

Bundesgesundheitsamt: Bundesgesundheitsblatt (wöchentliche Meldungen über Neuerkrankte).

Statistisches Bundesamt:

WiSta 62/12, 12*; 63/12, 12*; 64/12, 12*; 65/11, 11*.

Fachserie A, Reihe 7 (jährlich),

Reihe 7/II (vierteljährlich, jährlich).

3. Todesursachenstatistik

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes vom 4. Juli 1957 (BGBl. I S. 694). Abdruck S. 165. In Verbin-

derung mit § 32 des Personenstandsgesetzes in der Fassung vom 8. August 1957 (BGBl. I S. 1125) und der Ersten Verordnung zur Durchführung des Personenstandsgesetzes vom 19. Mai 1938 (RGBl. I S. 533).

Periodizität:

Laufende Erfassung; monatliche, vierteljährliche und jährliche Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

Ärzte, die den Leichenschau- bzw. Totenschein, und Standesämter, die die Sterbefallzählkarten ausstellen.

Berichtsweg:

Befragte — Gesundheitsämter (nur für Leichenschau- bzw. Totenscheine) — StLA — StBA.

(Die Zusammenführung der Sterbefallzählkarten und der Leichenschau- bzw. Totenscheine erfolgt in den StLA.)

Dargestellte Tatbestände:

Monatlich und vierteljährlich: Sterbefälle an ausgewählten Todesursachen nach Geschlecht.

Jährlich: Sterbefälle nach Todesursachen, Geschlecht und Altersgruppen; gestorbene Säuglinge nach Lebensdauer und Todesursachen; Müttersterblichkeit nach Todesursachen und Alter der Mütter.

(Die Todesursachen werden nach dem »Deutschen Verzeichnis der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen — Ausgabe 1958« [monatlich auszugsweise] und nach dem kurzen »Internationalen Verzeichnis 1958«, Liste B, nachgewiesen, siehe auch Übersicht im Anhang S. 292.)

Für das Volkszählungsjahr 1961 erfolgten zusätzliche Gliederungen nach Gemeindegrößenklassen sowie nach Familienstand.

Veröffentlichungen:

WiSta 62/2, 2*; 63/6, 6*; 64/7, 7*; 65/6, 6*; 66/4, 4*.

Fachserie A, Reihe 7 (jährlich),
Reihe 7/IV (vierteljährlich, jährlich).

Bemerkungen:

Es ist vorgesehen, ab 1968 auch in der Bundesrepublik Deutschland die auf der 8. Internationalen Konferenz der Weltgesundheitsorganisation revidierte Internationale Klassifikation der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen (ICD) neu einzuführen.

4. Statistik der Berufe des Gesundheitswesens

Rechtsgrundlage:

Dritte Durchführungsverordnung vom 30. März 1935 (RMBl. I S. 327) zum Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens vom 3. Juli 1934 (RGBl. I S. 531), §§ 1, 2 und 20 sowie zusätzliche Anordnungen der Länder und Vereinbarungen mit den Ländern.

Periodizität:

Jährliche Erhebung (Stichtag: 31. Dezember) und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Gesundheitsämter.

Berichtsweg:

Befragte — Medizinalverwaltungen der Länder bzw. StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Heil- und Heilhilfspersonen nach Geschlecht und Berufsgruppen; Ärzte und Zahnärzte außerdem nach Art der Berufsausübung und Facharztstätigkeit; an Ärzte, Zahnärzte und Apotheker erteilte Approbationen. Personal der Gesundheitsämter nach Berufsgruppen.

Personal der Apotheken nach Geschlecht und Berufsgruppen; Zahl und Art der Apotheken.

Veröffentlichungen:

WiSta 62/2, 2*; 63/2, 2*; 64/1, 1*; 65/2, 2*, 12, 12*.

Fachserie A, Reihe 7 (jährlich),
Reihe 7/III (jährlich).

5. Krankenhausstatistik

Rechtsgrundlage:

Beschluß des Reichsrats vom 17. September 1931 (Reichsgesundheitsblatt 6. Jahrgang Nr. 47 vom 25. November 1931, S. 741/742) sowie Dritte Durchführungsverordnung vom 30. März 1935 (RMBl. I S. 327) zum Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens vom 3. Juli 1934 (RGBl. I S. 531), §§ 49 und 79; außerdem Vereinbarungen mit den Ländern.

Periodizität:

Jährliche Erhebung (Stichtag: 31. Dezember) und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Krankenhäuser.

Berichtsweg:

Befragte — Gesundheitsämter — Medizinalverwaltungen der Länder bzw. StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Krankenhäuser und planmäßige Betten nach Art des Krankenhauses (öffentliche, freie gemeinnützige, private) und Zweckbestimmung (Krankenhäuser für akut Kranke und Sonderkrankenhäuser); Fachabteilungen in allgemeinen Krankenhäusern; Ärzte nach ihrer Stellung und Facharztanerkennung; Pflegepersonen, Apotheker, medizinisch-technische Hilfskräfte, Verwaltungs- und Wirtschaftskräfte; Krankenbewegung, Anstaltsgeburten, Sektionen.

Veröffentlichungen:

WiSta 62/3, 3*; 63/4, 4*; 64/3, 3*; 65/3, 3*; 66/2, 2*.

Fachserie A, Reihe 7 (jährlich),
Reihe 7/III (jährlich).

6. Zusatzerhebungen des Mikrozensus (gesundheitsstatistische Tatbestände)

(siehe auch S. 48, lfd. Nr. I A 2 b)

Im einzelnen werden nachgewiesen:

- I. Ausbildung in Erster Hilfe
- II. Unfälle von Kindern und von Jugendlichen unter 15 Jahren
- III. Art, Ursache und Umfang körperlicher und geistiger Behinderung einschließlich Frühinvalidität sowie schulische und berufliche Ausbildung oder Umschulung der Behinderten
- IV. Erkrankungen und Unfälle

Rechtsgrundlage:

Zu I. und II.: Gesetz über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) vom 21. Dezember 1962 (BGBl. I S. 767). Abdruck S. 161. Erste Verordnung über das Zusatzprogramm zum Mikrozensus vom 16. Dezember 1963 (BGBl. I S. 883). Abdruck S. 163.

Zu III. und IV.: Gesetz wie unter I. und II.; außerdem: Zweite Verordnung über das Zusatzprogramm zum Mikrozensus vom 19. April 1966 (Bundesanzeiger Nr. 77 S. 1). Abdruck S. 164.

Periodizität:

Einmalige und zum Teil in mehrjährigen Abständen zu wiederholende Erhebungen (zusammen mit dem Grundprogramm) und Aufbereitungen.

Zu I.: Im Oktober 1964 durchgeführt.

Zu II.: Im April 1965 durchgeführt.

Zu III. und IV.: Im April 1966 durchgeführt.

Kreis der Befragten:

Haushalte und deren Mitglieder in ausgewählten Zählbezirken.

Zu I.: Auswahlatz 0,1%.

Zu II.: Auswahlatz 1%.

Zu III. und IV.: Auswahlatz 0,5% bis 1%.

(Siehe auch Übersicht im Anhang S. 310.)

Berichtsweg:

Befragte (Befragung durch Interviewer) — StLA — StBA (zum Teil zentrale Aufbereitung im StBA).

Dargestellte Tatbestände:

Zu I.: In Erster Hilfe ausgebildete Personen nach Altersgruppen und Gemeindegroßenklassen sowie nach Geschlecht. Gegenwärtig im Gesundheitswesen ausgeübter Beruf. An einem Lehrgang in Erster Hilfe teilgenommene Personen nach Stellung im Erwerbsleben, Art des Lehrganges (durchführende Institution). Im besonderen Rettungsdienst ausgebildete Personen (Art und Zeitraum der Ausbildung).

Zu II. bis IV.: Merkmalskatalog in Vorbereitung.

Veröffentlichungen:

Zu I.: WiSta 65/7, 7*.

Zu II. bis IV.: WiSta vorgesehen.

Außerdem: Zum Teil Fachserie A, Reihe 7/Sonderbeiträge.

7. Sonderstatistiken

Im einzelnen werden nachgewiesen:

I. Erhebung über die Ursachen von Milzbrandkrankungen beim Menschen

II. Statistik über Pockenschutzimpfungen

Rechtsgrundlage:

Zu I.: Vereinbarungen mit den Ländern und Anordnungen der Länder.

Zu II.: Impfgesetz vom 8. April 1874 (RGBl. S. 31).

Periodizität:

Jährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

Gesundheitsämter.

Zu I. außerdem: beamtete Tierärzte, Gewerbeaufsichtsbeamte.

Berichtsweg:

Befragte (gegebenenfalls über Gesundheitsämter) — Medizinalverwaltungen der Länder — Bundesgesundheitsamt.

Dargestellte Tatbestände:

Zu I.: Krankheitsverlauf, Übertragungsweg, gewerbehygienische Ermittlungen.

Zu II.: Impfpflichtige, Impfungen, Impferfolg.

Veröffentlichungen:

Bundesgesundheitsamt: Bundesgesundheitsblatt.

D. Bildungswesen

Auf Grund eines Auftrages der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder der Bundesrepublik Deutschland vom 3. Mai 1950, wiederholt am 7. Juli 1961, wirkt das StBA bei der Vorbereitung der Schul- und Hochschul-Statistiken koordinierend mit und stellt Bundesergebnisse zusammen (zum Teil an Hand von Duplikaten der Erhebungsbogen, die die StLA dem StBA überlassen).

1. Erhebung an den allgemeinbildenden Schulen

Rechtsgrundlage:

Vereinbarungen mit den Ländern und Anordnungen der Länder.

Periodizität:

Jährliche Erhebung (Stichtag: 15. Mai) und Aufbereitung. In Bayern wird die Erhebung im Oktober durchgeführt.

Außerdem in dreijährlichem Turnus, erstmalig 1965, Individualbefragung der Lehrer.

Auf Grund der Umstellung des Schuljahresbeginns ist ab 1967 ein einheitlicher Erhebungstermin im Oktober vorgesehen.

Kreis der Befragten:

Öffentliche und private Volksschulen, Sonderschulen, Realschulen, Gymnasien, Frauenoberschulen, Schulen mit neu organisiertem Schulaufbau, Freie Waldorfschulen; außerdem Abendrealschulen, Abendgymnasien

und Kollegs (zur Zeit insgesamt rund 35 000 Schulleiter).

Für die Individualbefragung: Zur Zeit rund 82 000 Lehrer (außer Lehrer an Volks- und Sonderschulen).

Berichtsweg:

Befragte — teilweise Kultusministerien der Länder — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

I. Gemeinsame Angaben für Volks-, Sonder- und Realschulen, Gymnasien, Frauenoberschulen, Schulen mit neu organisiertem Schulaufbau und Freie Waldorfschulen:

Schulen (öffentliche, private, darunter staatlich anerkannte), Schulträger, Tagesheimschulen, Schulverbände. Zahl der Schülerklassen und nach Klassenfrequenzgruppen.

Schüler nach Schulträger, Geschlecht, Geburtsjahr, Religionszugehörigkeit (1965), Schuljahrgang bzw. Schulbesuchsjahr. Schüler, deren Eltern ausländische Arbeitnehmer sind (ab 1965). Teilnahme am Fremdsprachenunterricht nach Sprache und Schuljahrgang (ohne Sonderschulen). Schülerbewegung; Schulanfänger bzw. Zugänge nach Art; Ab- und Übergänge nach Schuljahrgang bzw. Schulbesuchsjahren sowie nach Verbleib der Schüler (ohne Sonderschulen).

Hauptamtliche und hauptberufliche Lehrer (einschließlich Lehramtsanwärter) nach Schulträger, Geschlecht, Alter, Lehrbefähigung.

Nebenamtliche und nebenberufliche sowie teilbeschäftigte Lehrer nach Geschlecht. Lehrer nach Zahl der wöchentlich erteilten Unterrichtsstunden (ab 1965).

Nichtlehrendes Personal nach Wochenstundenzahl (ab 1965).

Außerdem Angaben nur für

II. Volksschulen:

Schulen, Klassen, Schüler und (1963) hauptamtliche Lehrer nach Klassigkeit der Schulen, geführte Schuljahrgänge (ab 1965); konfessioneller Charakter der Schulen, Schulen mit Aufbauzügen (Realschulzügen).

Art der Klassen (Volks-, Sonderschul-, Aufbauklassen); Schulkindergärten und betreute Kinder.

Schulentlassungen mit Abschluß- oder Abgangszeugnis sowie mit Abschlußzeugnis des Aufbauzuges.

Voraussichtliche Schulentlassungen am Ende des jeweiligen Schuljahres, Zurückstellungen und Befreiungen zu Beginn des Schuljahres.

III. Sonderschulen:

Schulen, Schüler, hauptamtliche und hauptberufliche Lehrer. Verbindung der Schule mit Heim oder Anstalt nach Schulart. Konfessioneller Charakter der Schulen. Art der Klassen; Schulkindergärten und betreute Kinder.

Voraussichtliche Abgänge nach vollendeter Volksschulpflicht (ab 1964).

Lehrer nach Zahl der wöchentlich erteilten Unterrichtsstunden (ab 1965).

IV. Realschulen:

Schulen mit Internat bzw. Heim verbunden.

Abgänge mit Abschlußzeugnis, Absolventen nach Geburtsjahrgängen (ab 1965).

Durch Individualbefragung der Lehrer: Lehrer nach Unterrichtsfächern, erteilten Wochenstunden; Familienstand, Religionszugehörigkeit; hauptamtliche Lehrer mit nebenamtlicher Tätigkeit.

V. Gymnasien (einschließlich Frauenoberschulen):

Schulen mit Internat bzw. Heim verbunden; Nichtvollanstalten (Schulen, Klassen, Schüler, Lehrer).

Schüler der 9. bis 13. Schuljahrgänge nach Schultyp; Schüler der Oberstufe nach Kern- und Wahlpflichtfach (ab 1963) sowie nach Teilnahme an freiwilligen Arbeitsgemeinschaften und Wahlfächern (ab 1964). Abiturienten nach Geburtsjahrgang, nichtbestandener

Reifeprüfung und Religionszugehörigkeit (1964). Schüler des 10. und des 13. Schuljahrganges nach ständigem Wohnsitz und Berufstätigkeit der Eltern (1965). Angaben für Lehrer im einzelnen wie bei Realschulen. Außerdem: Assessoren im 1. Dienstjahr (ab 1965).

VI. Schulen mit neuorganisiertem Schulaufbau: Angaben für Schulen, Schüler und Lehrer wie bei Volksschulen bzw. Realschulen und Gymnasien.

VII. Freie Waldorf-Schulen (Rudolf-Steiner-Schulen): Angaben für Schulen wie bei Volksschulen und für Lehrer wie bei Gymnasien.

Angaben für Schüler der Grundschulen wie bei Volksschulen. Angaben für Schüler der Oberschulen wie bei Gymnasien (ohne Nachweis über Kern- und Wahlpflichtfächer).

VIII. Einrichtungen des Zweiten Bildungsweges (Abend-realschulen, Abendgymnasien und Kollegs):

Schulen; mit einer anderen Schule verbunden (1965); Schulträger; wöchentliche Unterrichtsstunden im Halbjahr.

Teilnehmer nach Geschlecht, Ausbildungsjahr (ab 1965 Ausbildungshalbjahr), Geburtsjahr; Teilnahme am Fremdsprachenunterricht; bestandene Abschlußprüfungen nach Geburtsjahren (ohne Abendrealschule). Ab 1965 außerdem: Teilnehmer nach Vorbildung (ohne Abendrealschule), Berufsgruppen, Beschäftigungsbetrieb, Beschäftigungsverhältnis (ab 1966). Teilnahme am römisch-katholischen oder evangelischen Religionsunterricht.

Lehrer (weniger bzw. mehr als 10 Wochenstunden).

Durch Individualbefragung der Lehrer: Lehrer nach Unterrichtsfächern, erteilten Wochenstunden, Familienstand.

Veröffentlichungen:

WiSta 63/5, 5*; 65/6; 66/7.

Fachserie A, Reihe 10/1 mit Vorbericht (jährlich).

Verzeichnis der Höheren Schulen, Mittelschulen und Sonderschulen in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West), Stand 1960.

Außerdem in Vorbereitung: Schulverzeichnis über Sonderschulen, Realschulen, Gymnasien und sonstige Höhere Schulen (Stand 1966).

2. Erhebung an den berufsbildenden Schulen

Rechtsgrundlage:

Vereinbarungen mit den Ländern und Anordnungen der Länder.

Periodizität:

Jährliche Erhebung (im November) und Aufbereitung. In Nordrhein-Westfalen wurde die Erhebung bis 1966 am 15. Mai und in Rheinland-Pfalz für Berufs- und Berufsfachschulen am 1. Juni durchgeführt.

Außerdem in dreijährlichem Turnus, erstmals 1965, Individualbefragung der Lehrer.

Auf Grund der Umstellung des Schuljahrbeginns ist ab 1967 ein einheitlicher Erhebungstermin im November vorgesehen.

Kreis der Befragten:

Öffentliche und private Berufsschulen, Berufsaufbauschulen, Berufsfachschulen und Fachschulen (zur Zeit insgesamt rund 7 000 Schulleiter).

Für die Individualbefragung: Zur Zeit rund 40 000 Lehrer an berufsbildenden Schulen.

Berichtsweg:

Befragte — Kultusministerien der Länder — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

I. Gemeinsame Angaben für Berufsschulen, Berufsaufbauschulen, Berufsfachschulen und Fachschulen:

Schulen (öffentliche, private, darunter staatlich anerkannte), Schulträger, Klassen.

Schüler nach Schulträger, Geschlecht, Geburtsjahr, Beruf bzw. Fachrichtung.

Hauptamtliche und hauptberufliche Lehrer nach Schulträger, Geschlecht, Alter, Lehrbefähigung.

Nebenamtliche und nebenberufliche sowie teilbeschäftigte Lehrer nach Geschlecht und nach Zahl der erteilten wöchentlichen Unterrichtsstunden (ab 1965).

Durch Individualbefragung der Lehrer: Lehrer nach Unterrichtsfächern, erteilten Wochenstunden, Familienstand, Religionszugehörigkeit.

Nichtlehrendes Personal nach Wochenstundenzahl (ab 1965).

Außerdem Angaben nur für

II. Berufsschulen:

Nach fachlichem Ausbau, Werkberufsschulen, Sonderberufsschulen.

Schülerklassen nach Zahl der Wochenstunden. Klassen und Schüler nach Art der Klassen. Pflichtmäßiger Kursunterricht nach Schultyp sowie Teilnehmer nach Geschlecht (1964).

Schüler nach Schuljahrgang, Beschäftigungsverhältnis (Lehrling, Anlernling u. ä.). Teilnehmer am römisch-katholischen oder evangelischen Religionsunterricht (1965).

III. Berufsaufbauschulen bzw. -lehrgänge:

Tagesschulen, Abendlehrgänge, Fachrichtung, Dauer des Lehrganges, wöchentliche Unterrichtsstunden; Schülerklassen.

Schüler nach Schulhalbjahren, Geburtsjahren; nach der allgemeinen Schulbildung, Beschäftigungsverhältnis, Berufen, Beschäftigungsbetrieb.

Ausgestellte Fachschulreifezeugnisse (ab 1965 nach Fachrichtung).

Lehrer (bis 14 Wochenstunden, 14 Wochenstunden und mehr).

IV. Berufsfachschulen:

Schulen mit Lehrabschlußprüfung (ab 1965). Ausgestellte Abschlußzeugnisse (ab 1965).

Schüler nach schulischer Vorbildung; Schüler im ersten Ausbildungsjahr, voraussichtliche Beendigung der Ausbildung. Teilnehmer am römisch-katholischen oder evangelischen Religionsunterricht (1965). Schüler mit Lehrabschlußprüfung; Teilnehmer am Fremdsprachenunterricht (Pflicht-, Wahlfach). Ableistung des 9. Volksschulpflichtjahres (ab 1965).

V. Fachschulen:

Im einzelnen wie unter Berufsfachschulen.

Außerdem ausländische Fachschüler nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit. Schulen, deren Abschlußzeugnisse zum Hochschulstudium berechtigen (ab 1965). Ausgestellte Abschlußzeugnisse (ab 1965).

Veröffentlichungen:

WiSta 65/6.

Fachserie A, Reihe 10 II mit Vorbericht (jährlich).

In Vorbereitung: Schulverzeichnis über Berufsfach- und Fachschulen (Stand 1966).

3. Erhebung an den Ingenieurschulen, Technikerschulen und Technikerlehrgängen

Rechtsgrundlage:

Vereinbarungen mit den Ländern und Anordnungen der Länder.

Periodizität:

Jährliche Erhebung (im Oktober/November) und Aufbereitung.

Außerdem in dreijährigem Turnus Individualbefragung der Studierenden und der Lehrer an Ingenieurschulen (Studierende letztmals 1965; Lehrer erstmals 1965).

Kreis der Befragten:

Ingenieurschulen, Technikerschulen und Technikerlehrgänge (zur Zeit insgesamt 127 Ingenieurschulleiter und 108 Leiter von Technikerschulen).

Für die Individualbefragung: Zur Zeit rund 60 000 Studierende und rund 6 000 Lehrer an Ingenieurschulen.

Berichtsweg:

Befragte — Kultusministerien bzw. zuständige Ministerien der Länder — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

I. Ingenieurschulen:

Schulen (öffentliche, private, staatlich anerkannte), Schulträger, Fachrichtung bzw. Fachabteilung, Semesterzahl, Zahl der Wochenstunden. Tages-, Abendschule, einer anderen Schule angegliedert.

Studierende nach Geschlecht (darunter ausländische Studierende). Ausleseverfahren, wegen Platzmangel nicht aufgenommene Bewerber. Nach dem 1. Semester ausgeschiedene Studierende (ab 1964). Teilnahme am fremdsprachlichen Unterricht nach Sprache (ab 1964), pflichtmäßige und freiwillige Teilnehmer. Studierende nach schulischer Vorbildung, beruflicher Ausbildung, Geburtsjahr, Fachrichtung bzw. Fachabteilung. Ausländische Studierende nach Staatsangehörigkeit. Studierende nach ständigem Wohnsitz (1965), Religionszugehörigkeit (1965), Familienstand (1965). Finanzierung des Studiums sowie Beruf und berufliche Stellung des Vaters (1965). In den letzten beiden Semestern abgelegte Ingenieurprüfungen nach Fachrichtung und Geschlecht der Teilnehmer (bestanden, nicht bestanden); Erteilung der Fakultätsreife.

Hauptamtliche und hauptberufliche Lehrpersonen nach Geschlecht, Alter, Ausbildung.

Nebenamtliche und nebenberufliche Lehrpersonen (einschließlich Assistenten und Hochschulingenieure) nach Geschlecht. Weitere Angaben über Lehrpersonen und nichtlehrendes Personal im einzelnen wie unter berufsbildenden Schulen.

II. Technikerschulen und Technikerlehrgänge:

Schulen (öffentliche, private, darunter staatlich anerkannte), Schulträger, Fachabteilung, Halbjahren, Wochenstunden, Tages-Abendschulen (ab 1965 Vollzeit-, Teilzeitschule); Lehrgänge. Selbständige sowie mit Ingenieurschulen verbundene und berufsbildenden Schulen angegliederte Technikerschulen.

Teilnehmer nach Geschlecht, deutsche Teilnehmer nach schulischer Vorbildung und beruflicher Ausbildung. Teilnehmer an Vollzeitlehrgängen nach Geburtsjahr (1965), Fachrichtungshalbjahren. Mit Erfolg abgelegte Technikerprüfungen nach Fachrichtung und Geschlecht der Teilnehmer.

Hauptamtliche und hauptberufliche Lehrer nach Alter und Geschlecht. Außerdem an selbständigen Technikerschulen nebenamtliche und nebenberufliche Lehrer nach Geschlecht. Weitere Angaben über Lehrer und nichtlehrendes Personal im einzelnen wie unter berufsbildenden Schulen.

Veröffentlichungen:

WiSta 64/11.

Fachserie A, Reihe 10/III mit Vorbericht (jährlich).

4. Erhebung an den Pädagogischen Hochschulen und lehrerbildenden Einrichtungen

Rechtsgrundlage:

Vereinbarungen mit den Ländern und Anordnungen der Länder.

Periodizität:

Jährliche Erhebung (im November für das Wintersemester) und Aufbereitung.

Außerdem in fünfjährigem Turnus, erstmals 1966, Individualbefragung der Lehrpersonen vorgesehen.

Kreis der Befragten:

Pädagogische Hochschulen und entsprechende Einrichtungen sowie lehrerbildende Einrichtungen (zur Zeit insgesamt 86 Leiter dieser Institutionen);

Studierende (zur Zeit rund 50 000).

Berichtsweg:

Befragte — teilweise Kultusministerien der Länder — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Art der Institution; Dauer der Ausbildung.

Studierende an Pädagogischen Hochschulen und entsprechenden Einrichtungen nach Geschlecht, Lehramt (Ausbildungsziel), Art der Institution. Mit Erfolg abgelegte Lehramtsprüfungen nach Lehramt. Studierende nach ständigem Wohnsitz, Art und Zeitpunkt des Erwerbs der Studienberechtigung, Geburtsjahr, Familienstand, Semester, Religionszugehörigkeit, Finanzierung des Studiums. Ausländische Studierende nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit. Studierende für das Lehramt an berufsbildenden Schulen nach Fachrichtung und abgeschlossener Berufsausbildung.

Studierende an lehrerbildenden Einrichtungen nach Geburtsjahre, Religionszugehörigkeit; im 1. und 2. Semester; voraussichtliche Ablegung der Prüfung, abgelegte Prüfungen nach Ausbildungsziel.

Hauptamtliche und hauptberufliche Lehrpersonen nach Geschlecht, Ausbildung und Alter.

Nebenamtliche und nebenberufliche Lehrpersonen nach Geschlecht.

Veröffentlichungen:

Fachserie A, Reihe 10/IV mit Vorbericht (jährlich).

Bemerkungen:

Soweit die Studierenden Vollmatrikulierte einzelner Hochschulen sind, werden sie auch in der Hochschulstatistik nachgewiesen.

5. Statistik der Studienseminare für das Lehramt an Gymnasien, Realschulen und berufsbildenden Schulen

Rechtsgrundlage:

Vereinbarungen mit den Ländern und Anordnungen der Länder.

Periodizität:

Jährliche Erhebung (im Januar; in Nordrhein-Westfalen im November) und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Studien-, Bezirks- und Anstaltseminare (zur Zeit rund 700 Seminarleiter).

Berichtsweg:

Befragte — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Zahl der Studien-, Bezirks- und Anstaltseminare (öffentliche, private); Ausbildungsdauer.

Teilnehmer nach Geschlecht, Ausbildungssemester, Geburtsjahr, Religionszugehörigkeit, Fachgruppen, voraussichtlichem Abschlußjahr der pädagogischen Prüfung, Lehrbefähigungen; mit Erfolg abgelegte pädagogische Prüfungen nach Fachgruppe bzw. Lehramt.

Lehrpersonen, die an der Ausbildung der Studienreferendare beteiligt sind, nach Geschlecht, Entlastung und Wochenstundenzahl.

Veröffentlichungen:

Fachserie A, Reihe 10/V (jährlich).

6. Erhebungen an den Hochschulen

a) Große Hochschulstatistik (Studierende an den Hochschulen)

Rechtsgrundlage:

Vereinbarungen mit den Ländern und Anordnungen der Länder.

Periodizität:

Jährliche Erhebung (für das Wintersemester) und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Studierende an den Universitäten, Technischen und Wissenschaftlichen Hochschulen mit Universitätsrang, Philosophisch-Theologischen und Kirchlichen Hochschulen, Kunst-, Musikhochschulen, der Sporthochschule Köln (zur Zeit insgesamt rund 280 000 Studierende).

Berichtsweg:
Befragte — Hochschulen — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Für sämtliche Hochschulen: Deutsche Studierende (darunter Studienanfänger) nach Geschlecht, Geburtsjahr, Familienstand, ständigem Wohnsitz; Studienbereich, Hochschulart; Art und Zeitpunkt des Erwerbs der Hochschulberechtigung, Grundstudienfach; Finanzierung des Studiums. Ausländische Studierende nach Staatsangehörigkeit, Geburtsjahr, Studiengebiet, Finanzierung des Studiums.

Außerdem Angaben nur für Wissenschaftliche Hochschulen: Deutsche Studierende nach Studienfach, Fachsemester, Hochschulse semester, Berufsziel, Zahl der besuchten Hochschulen, Beruf des Vaters (1964/65).

Veröffentlichungen:

WiSta 65/6.
Fachserie A, Reihe 10/V mit Vorbericht (jährlich).

Bemerkungen:

Im Rahmen einer Reform der Hochschulstatistik ist ab Wintersemester 1966/67 der Übergang auf ein neues Verfahren (»Verlaufsstatistik«) vorgesehen. Damit sollen Angaben über den Studienverlauf der Studierenden gewonnen werden, d. h. darüber, wie viele Studierende ihr Studium tatsächlich beenden, welches Ausmaß die sogenannte Sickerquote in den einzelnen Fachrichtungen hat, über den Wechsel der Hochschule, den Wechsel der Fachrichtung u. a. m.

b) Kleine Hochschulstatistik (Hochschulbesuch)

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 6a.

Periodizität:

Halbjährliche Erhebung (für das Sommer- und Wintersemester) und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Universitäten, Technische und Wissenschaftliche Hochschulen mit Universitätsrang, Philosophisch-Theologische und Kirchliche Hochschulen, Kunst- und Musikhochschulen, Sporthochschule Köln (zur Zeit insgesamt 77 Hochschulen).

Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Deutsche und ausländische Studierende sowie Studienanfänger an den einzelnen Hochschulen nach Geschlecht und Fachrichtung; beurlaubte Studierende, Gasthörer nach Hochschulart; ausländische Studierende im Vorsemester bzw. Studienkolleg.

Veröffentlichungen:

Fachserie A, Reihe 10/V (halbjährlich).

c) Statistik der Hochschullehrer und des wissenschaftlichen Personals an den Wissenschaftlichen Hochschulen

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 6a.

Periodizität:

In mehrjährigen Abständen, zuletzt mit Stichtag 15. November 1960 durchgeführt; nächste Erhebung im November 1966 vorgesehen.

Kreis der Befragten:

Hochschullehrer, wissenschaftliches Personal (für 1960 rund 18 400 erfaßte Personen).

Berichtsweg:

Befragte — Hochschulen — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Für die Erhebung 1960:

Akademische und dienstliche Stellung; Geburtsjahr; Vertriebenen- und Flüchtlingseigenschaft; Jahr der

Promotion, Habilitation und ersten Berufung; Familienstand, Kinderzahl; Beruf und berufliche Stellung des Vaters.

Veröffentlichungen:

WiSta 62/7, 7*.

Fachserie A, Reihe 10/V (unregelmäßig).

d) Statistik der Habilitationen

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 6a.

Periodizität:

Halbjährliche Erhebung und Aufbereitung (ab Wintersemester 1966 vorgesehen).

Kreis der Befragten:

Kultusministerien der Länder.

Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Vorgesehen:

Habilitierte nach Fachrichtung, Geburtsjahr, Staatsangehörigkeit, Jahr der Promotion und Habilitation.

Veröffentlichungen:

Vorgesehen:

Fachserie A, Reihe 10/V (jährlich).

e) Statistik der Hochschulprüfungen

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 6a.

Periodizität:

Jährliche Erhebung (im Oktober für die jeweils zurückliegenden 2 Semester) und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Prüfungsämter bzw. Fakultäten der Wissenschaftlichen Hochschulen.

Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Deutsche und ausländische Kandidaten nach abgelegten akademischen Prüfungen und Hochschulart; bestandene und nichtbestandene Vorprüfungen, Staats-, Diplom- und Magisterprüfungen sowie Doktorprüfungen (mit und ohne vorherige Staats- oder Diplomprüfung); Geschlecht der Kandidaten; Fachrichtung; Zahl der bis zur Abschlußprüfung absolvierten Fachsemester.

Veröffentlichungen:

Fachserie A, Reihe 10/V (jährlich).

7. Bestandserhebung über Turn- und Sportstätten

Für die Erhebung 1965:

Rechtsgrundlage:

Beschluß der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder vom 21. August 1953 und Zustimmung der Ministerpräsidenten der Länder 1963. Anordnungen der Länder.

Periodizität:

In etwa zehnjährigen Abständen, zuletzt nach dem Stand vom 31. Dezember 1965 durchgeführt.

Kreis der Befragten:

Gemeinden (rund 24 500).

Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Vorgesehen:

Mitglieder der Turn- und Sportvereine nach Geschlecht und Alter. Zahl der Turn-, Spiel-, Sport- und Gymnastikhallen, der Schwimmhallen und Freibäder, jeweils nach Eigentumsverhältnissen (kommunale, Vereins-,

sonstige Anlagen) und Größe. Sport-, Tummel- und Kinderspielflächen nach der Art; Tennisplätze, Rollschuhbahnen, Wintersportanlagen u. ä. nach Eigentumsverhältnissen. Ferner die am Erhebungstichtag im Bau befindlichen Turn- und Sportstätten.

Zahl der Gemeinden mit Einrichtungen, die bei der Erhebung erfaßt wurden.

Veröffentlichungen:

Vorgesehen:
Fachserie A, Reihe 10/VI.

E. Rechtspflege

1. Statistiken über Organisation, Personal und Geschäftsanfall der Gerichte

a) Justizstatistik

Rechtsgrundlage:

Beschluß der Justizminister-Konferenz der Länder vom 8. und 9. November 1955 und Anordnungen der Länder.

Periodizität:

Jährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

Oberlandesgerichte (Zusammenstellung der Ergebnisse an Hand der Geschäftsübersichten der ordentlichen Gerichte und der Staatsanwaltschaften), Bundesgerichtshof.

Berichtsweg:

Befragte — Justizministerien der Länder — StLÄ bzw. Bundesministerium der Justiz — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Zahl und Personal der Gerichte und Staats-(Amts-)anwaltschaften, Einwohnerzahlen der Gerichtsbezirke, Einteilung der Kollegialgerichte. Geschäftsanfall bei den ordentlichen Gerichten in erster Instanz und in den Rechtsmittelinstanzen.

Vorgesehen:

Art der Erledigung des Geschäftsanfalls.

Veröffentlichungen:

Fachserie A, Reihe 9/I (jährlich).

b) Statistik der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit

Rechtsgrundlage:

Verwaltungsanordnungen des Bundes und der Länder.

Periodizität:

Siehe lfd. Nr. 1a.

Kreis der Befragten:

Verwaltungsgerichte, Oberverwaltungsgerichte bzw. Verwaltungsgerichtshöfe, Bundesverwaltungsgericht.

Berichtsweg:

Befragte (gegebenenfalls über zuständige Ministerien der Länder) — Bundesministerium des Innern.

Dargestellte Tatbestände:

Bei den Gerichten der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit I. bis III. Instanz anhängig gewesene, zugegangene und erledigte Verwaltungsrechtssachen. Personalbesetzung (hauptamtliche Richter) bei den Gerichten der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit I. bis III. Instanz.

Veröffentlichungen:

Fachserie A, Reihe 9 (jährlich).

c) Statistik der Arbeitsgerichtsbarkeit

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 1b.

Periodizität:

Monatliche Berichterstattung, vierteljährliche Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

I. Arbeits- und Landesarbeitsgerichte.

II. Bundesarbeitsgericht.

Berichtsweg:

Zu I.: Befragte — Arbeitsministerien der Länder — Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

Zu II.: Bundesarbeitsgericht — Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

Dargestellte Tatbestände:

Zahl und Art der Erledigung von Verfahren vor den Gerichten für Arbeitssachen.

Veröffentlichungen:

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung:
Arbeits- und Sozialstatistische Mitteilungen (vierteljährlich, jährlich).
Statistisches Bundesamt:
Fachserie A, Reihe 9 (jährlich).

d) Statistik der Sozialgerichtsbarkeit

Im einzelnen werden nachgewiesen:

I. Vorverfahren der Sozialgerichtsbarkeit

II. Geschäftsanfall bei den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 1b.

Für den Bereich der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung: Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (AVAVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. April 1957 (BGBl. I S. 321), zuletzt geändert durch das Sechste Änderungsgesetz zum AVAVG vom 28. Juli 1965 (BGBl. I S. 641), § 202.

Periodizität:

Zu I.: Jährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Zu II.: Halbjährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

Zu I.: Versicherungsträger, Versorgungsämter, Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Kindergeldkasse.

Zu II.: Sozialgerichte, Landessozialgerichte, Bundessozialgericht.

Berichtsweg:

Zu I.: Befragte — Arbeitsministerien der Länder — Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung bzw. Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sowie Kindergeldkasse — Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

Zu II.: Befragte — Arbeitsministerien der Länder — Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung bzw. Bundessozialgericht — Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

Dargestellte Tatbestände:

Zu I.: Vorliegende, eingegangene und erledigte Widersprüche nach Sachgebieten; Art der Erledigung.

Zu II.: Vorliegende, eingegangene und erledigte Klagen, Beschwerden, Berufungen und Revisionen; Art der Erledigung.

Veröffentlichungen:

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung:
Arbeits- und Sozialstatistische Mitteilungen (halbjährlich).
Statistisches Bundesamt:
Fachserie A, Reihe 9 (jährlich).

2. Polizeiliche Kriminalstatistik

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Einrichtung eines Bundeskriminalpolizeiamtes (Bundeskriminalamtes) vom 8. März 1951 (BGBl. I S. 165), §§ 2 und 3 sowie Vereinbarungen mit den Ländern und Anordnungen der Länder.

Periodizität:
Monatliche Berichterstattung und Zusammenstellung.
Kreis der Befragten:
Örtliche (Kriminal-) Polizeibehörden.

Berichtsweg:
Befragte — Landeskriminalämter (zum Teil über nachgeordnete Kriminalpolizeistellen) — Bundeskriminalamt.

Dargestellte Tatbestände:
Jeweils für einzelne Straftatengruppen: bekanntgewordene Fälle, Tatort nach vier Gemeindegrößenklassen, aufgeklärte Fälle, ermittelte Täter nach strafrechtlich bedeutsamen Altersgruppen (Erwachsene, Heranwachsende, Jugendliche, Kinder) und Geschlecht. Überörtliche Täter, nichtdeutsche Täter.

Veröffentlichungen:
Bundeskriminalamt: Polizeiliche Kriminalstatistik Bundesrepublik Deutschland (jährlich).

3. Strafverfolgungsstatistik

Rechtsgrundlage:
Vereinbarungen mit den Ländern und Anordnungen der Länder.

Periodizität:
Laufende Erfassung, jährliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten:
Strafvollstreckungsbehörden.

Berichtsweg:
Befragte — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:
Abgeurteilte und verurteilte Personen (Erwachsene, Heranwachsende, Jugendliche) als Täter, Anstifter oder Gehilfen nach Geschlecht, strafbaren Handlungen (jeweils getrennt nach Vollendung und Versuch) und Art der Entscheidung; die Verurteilten ferner nach dem Alter zur Zeit der Tat (Altersgruppen) sowie nach Art und Höhe der erkannten Strafen und der Art der angeordneten Maßnahmen und Maßregeln.
Die verurteilten Jugendlichen und die nach Jugendstrafrecht verurteilten Heranwachsenden ferner nach Schulbildung und gewisser beruflicher Tätigkeit.

Veröffentlichungen:
WiSta 62/6, 6*; 63/6, 6*, 12, 12*; 64/10, 11, 11*; 66/4, 4*.
Fachserie A, Reihe 9 (jährlich),
Reihe 9/II (jährlich).

4. Strafvollzugsstatistik

Rechtsgrundlage:
Beschluß der Justizministerkonferenz der Länder und Anordnungen der Länder.

Periodizität:
Jährliche Erhebung (Stichtag: 31. März) und Aufbereitung. Für die Zu- und Abgänge: monatliche Berichterstattung und jährliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten:
Strafvollzugsanstalten.

Berichtsweg:
Befragte — Justizministerien der Länder — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:
Zahl und Art der Straf- und Verwahranstalten, ihre Belegungsfähigkeit und ihre tatsächliche Belegung.
Gefangene und Verwahrte am 31. März des Berichtsjahres nach Alter, Geschlecht, Familienstand, Staatsangehörigkeit, Religionszugehörigkeit, Wohnsitz, strafbarer Handlung, Art und Zeitdauer der Strafen und Maßnahmen, Art des Vollzugs, Art und Häufigkeit der Vorstrafen sowie Wiedereinlieferungsabstände.

Gefangenenbewegung nach Art der Strafe oder Freiheitsentziehenden Maßregel.

Veröffentlichungen:
WiSta 62/7, 7*; 63/6, 6*; 64/3.
Fachserie A, Reihe 9 (jährlich),
Reihe 9/III (jährlich).

5. Bewährungshilfestatistik

Rechtsgrundlage:
Vereinbarungen mit den Ländern und Anordnungen der Länder.

Periodizität:
Laufende Berichterstattung, jährliche Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:
Bewährungshelfer.

Berichtsweg:
Befragte — Landesjustizverwaltungen — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:
Bestand, Zugänge und Abgänge unterstellter Personen nach dem angewandten Strafrecht und der Art der Unterstellung. Personen, bei denen die Unterstellung durch Widerruf oder infolge Bewährung beendet worden ist, nach persönlichen, sozialen und kriminologischen Merkmalen.

Veröffentlichungen:
WiSta 65/2, 2*.
Fachserie A, Reihe 9 (jährlich),
Reihe 9/IV (jährlich).

6. Auslieferungsstatistik

Rechtsgrundlage:
Vereinbarungen mit den Justizministerien der Länder.

Periodizität:
Jährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:
Oberlandesgerichte, Generalstaatsanwälte bei den Oberlandesgerichten.

Berichtsweg:
Befragte — Justizministerien der Länder — Bundesministerium der Justiz.

Dargestellte Tatbestände:
Ein-, Aus- und Durchlieferung, gegliedert nach ersuchten und ersuchenden Ländern und der zugrunde liegenden Straftat. Zahl und Staatsangehörigkeit der Verfolgten. Zahl der Nachtragsersuchen.

Veröffentlichungen:
Bundesanzeiger (jährlich).
Statistisches Bundesamt:
Fachserie A, Reihe 9 (jährlich) — nur auszugsweise —.

F. Wahlen

1. Bundestagswahlstatistik

Für die Bundestagswahl 1965:

Rechtsgrundlage:
Bundeswahlgesetz vom 7. Mai 1956 (BGBl. I S. 383), § 52. Bundeswahlordnung in der Fassung vom 8. April 1965 (BGBl. I S. 239).

Periodizität:
Alle vier Jahre, zuletzt anlässlich der Bundestagswahl am 19. September 1965 durchgeführt.

Kreis der Befragten:
I.: Für erste Ergebnisse: 60 000 Wahlbezirke.
II.: Für repräsentative Wahlstatistik: 1 163 ausgewählte Wahlbezirke mit einem Anteil von etwa 2% der Wahlberechtigten (siehe auch Übersicht im Anhang S. 311).

Berichtsweg:

Zu I.: Befragte — Gemeinden — Kreise (nur bei kreisangehörigen Gemeinden) — Kreiswahlleiter (Kreiswahlausschuß) — Landeswahlleiter (Landeswahlausschuß) — Bundeswahlleiter (Bundeswahlausschuß) — StBA.

Zu II.: Befragte — Gemeinden — Kreiswahlleiter — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Zu I.: Wahlberechtigte, Wähler, Wahlbeteiligung, abgegebene ungültige und gültige Erst- und Zweitstimmen; Verteilung der gültigen Erststimmen auf die Wahlkreisbewerber und der gültigen Zweitstimmen auf die Landeslisten. Kandidaten und Gewählte nach

Parteizugehörigkeit, Altersgruppen, Wohnsitz und Beruf; bei Gewählten Angabe, ob in Persönlichkeits- oder Listenwahl gewählt.

Sonderauswertung der Ergebnisse der Briefwahl.

Zu II.: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Geschlecht und Alter der Wahlberechtigten und Wähler sowie nach Art der Kombination der Erst- und Zweitstimmen.

Veröffentlichungen:

WiSta 65/9, 10, 10*, 12; 66/1, 1*, 2, 2*, 3.

Fachserie A, Reihe 8, Heft Nr. 1 bis 9 (vierjährlich).

Außerdem: Sonderveröffentlichung »Die Wahlbewerber für die Wahl zum 5. Deutschen Bundestag«.

II. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

A. Betriebe und Arbeitskräfte

1. Betriebszählungen

a) Landwirtschaftszählung (Haupterhebung)

Für die Erhebung 1960:

Rechtsgrundlage:

Gesetz über eine Betriebszählung in der Land- und Forstwirtschaft (Landwirtschaftszählung 1960) vom 13. April 1960 (BGBl. I S. 217). Abdruck S. 169.

Für die Kleinflächenerhebung:

Volkszählungsgesetz 1961 vom 13. April 1961 (BGBl. I S. 437), § 3 Nr. 2 b. Abdruck S. 155.

Periodizität:

In etwa zehnjährigen Abständen, letzte Haupterhebung mit Stichtag 31. Mai 1960 durchgeführt (Nacherhebungen vgl. lfd. Nr. 1 b, 1 c, 1 d und 4 a).

Kreis der Befragten:

Rund 1 779 000 Inhaber bzw. Bewirtschafter von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben sowie von Bodenflächen ab 0,5 ha Gesamtfläche; von Erwerbsgarten- und Weinbaubetrieben; von Erwerbsbetrieben der Binnenfischerei.

Die landwirtschaftlichen Kleinbetriebe und Kleingärten, rund 5 500 000 Bewirtschafter einer Bodenfläche unter 0,5 ha Gesamtfläche, wurden im Rahmen der Volks- und Berufszählung 1961 erfaßt.

Die Haupterhebung wurde mit zwei verschiedenen Fragebogen durchgeführt, dem Betriebsbogen A mit größerem Fragenprogramm für die Betriebe mit 2 und mehr ha Betriebsfläche und dem Betriebsbogen B mit gekürztem Fragenprogramm für Betriebe mit 0,5 bis unter 2 ha Betriebsfläche; dementsprechend sind für die Betriebe mit 2 und mehr ha Betriebsfläche einzelne Tatbestände ausführlicher oder tiefer gegliedert dargestellt.

Berichtsweg:

Befragte — Gemeinden (örtliche Durchführung der Zählung unter Mitwirkung ehrenamtlicher Zähler) — Kreise — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Für land- und forstwirtschaftliche Betriebe mit 0,5 und mehr ha Betriebsfläche:

Hauptbetriebsarten, Betriebsgrößen und Besitzverhältnisse: Betriebe nach Größenklassen der Betriebsfläche, der landwirtschaftlichen Nutzfläche, der Waldfläche sowie sonstiger Flächen. Besitzverhältnisse nach Eigen- und Pachtland, Betriebsinhaber nach natürlichen und juristischen Personen sowie Vertriebenen- und Flüchtlingseigenschaft; Dauer der Pacht, Höhe der Pachtvergütung, Zahl der Teilstücke nach Größenklassen der landwirtschaftlichen Nutzfläche.

Bodennutzung: Betriebe (Zahl und Fläche) nach Hauptkulturararten, Fruchtarten auf dem Ackerland, Sonderkulturen (Reben, Tabak, Hopfen), jeweils gegliedert nach Größenklassen der landwirtschaftlichen Nutzfläche.

Personal: Betriebsinhaber und im gemeinsamen Haushalt lebende Familienangehörige und Verwandte nach Geschlecht, Altersgruppen und Arbeitszeitleistung, Stellung zum Erwerbsleben sowie der überwiegenden Unterhaltsquelle. Familienarbeitskräfte (ständige und nichtständige) und ständige familienfremde Arbeitskräfte nach Geschlecht, Altersgruppen, Stellung im Betrieb, Sozialversicherung. Fachliche Vorbildung der Betriebsleiter und Hausfrauen von Betrieben mit Hauptproduktionsrichtung landwirtschaftliche Erzeugnisse. Größtenteils aufgegliedert nach Größenklassen der landwirtschaftlichen Nutzfläche bzw. Waldfläche.

Nebenbetriebe, Gewerbebetriebe, Gebäude: Verarbeitende Nebenbetriebe der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe, Gewerbebetriebe der Betriebsinhaber, Wohn- und Wirtschaftsgebäude, Werkwohnungen nach Hauptbetriebsarten und Größenklassen der landwirtschaftlichen Nutzfläche bzw. Waldfläche.

Viehhaltung: Betriebe mit Viehhaltung nach Arten der Tiere, Viehbesatz gegliedert nach Pferden, Rindern, Schweinen, Schafen, Hühnern; jeweils nach Zahl der gehaltenen Tiere sowie nach Größenklassen der landwirtschaftlichen Nutzfläche.

Maschinenverwendung: Betriebe mit Zug- und Antriebsmaschinen nach Art, Leistungsstärke, Besitzverhältnissen sowie nach Hauptbetriebsarten und Größenklassen der landwirtschaftlichen Nutzfläche (die Bestände an Schleppern werden außerdem vom Kraftfahr-Bundesamt im Rahmen der Statistik des Kraftfahrzeug- und -anhängerbestandes (siehe S. 97, lfd. Nr. VII C 2) laufend nachgewiesen). Betriebe mit Arbeitsmaschinen und Geräten zur Bodenbearbeitung, Saat, Pflanzenpflege, Düngung, Erntebergung und -verarbeitung, Futtermittelbereitung sowie mit Verwendung von Fördereinrichtungen, Transportmitteln und sonstigen technischen Einrichtungen, jeweils nach Art und Besitzverhältnis sowie Größenklassen der landwirtschaftlichen Nutzfläche.

Betriebswirtschaftliche Angaben: Betriebe nach Bodennutzungssystem, landwirtschaftliche Betriebe nach dem Zuerwerb der Besitzerfamilien, betriebswirtschaftliche Struktur, Mechanisierungsstufen und -grad, Arbeitskräfte-, Vieh- und Zugkräftebesatz.

Für bewirtschaftete Bodenflächen unter 0,5 ha (Kleinflächenerhebung 1961): Haushalte nach Zahl und Größenklasse der Gesamtfläche, gegliedert nach Nutzung als Garten-, Acker-, Rebland und sonstigen landwirtschaftlichen Nutzflächen sowie Wald. Ferner gesonderte Ergebnisse für Vertriebene und Zugewanderte.

Veröffentlichungen:

WiSta 60/5 (M), 9 (M); 61/2, 2*, 5, 5*, 62/2, 2*, 5, 5*, 6, 6*, 7, 7*, 10, 10*, 11, 11*, 12, 12*, 63/2, 2*, 3, 3*, 6, 6*, 7, 7*, 11, 11*, 64/9, 9*.

Fachserie B, Landwirtschaftszählung vom 31. Mai 1960, Heft 1 bis 13 sowie 48 Vorberichte; Erhebung der bewirtschafteten Kleinflächen unter 0,5 Hektar Gesamtfläche, Heft 1 sowie 2 Vorberichte.

b) Gartenbauerhebung

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 1 a.

Periodizität:

Zuletzt im Juli 1961 als Nacherhebung zur Landwirtschaftszählung 1960 durchgeführt.

Kreis der Befragten:

Rund 210 000 Betriebe, die Obst, Gemüse, Blumen und Zierpflanzen oder Baumschulerzeugnisse zu Erwerbszwecken anbauen.

Berichtsweg:

Siehe lfd. Nr. 1 a.

Dargestellte Tatbestände:

Betriebsart, Produktionssparte, Absatzverhältnis, Besitzverhältnis; Verbindung mit gewerblichen Betriebszweigen, Flächenangaben über Gemüse- und Zierpflanzenanbau, Baumschulkulturen und Obstbau; Obstbaumbestände (ertragfähige und noch nicht ertragfähige) nach Art und Zahl (teilweise auch nach Baumformen, für Apfel auch nach Sorten); Unterglasanlagen nach Art, Umfang und ihrer Nutzung; Maschinen, Geräte, Transportmittel, Wasserversorgung, Lagerräume; Arbeitskräfte nach Familienzugehörigkeit, Umfang ihrer Tätigkeit im Obst-, Gemüse- und sonstigen Gartenbau sowie nach Art der Tätigkeit.

Veröffentlichungen:

WiSta 60/5 (M); 62/10, 10*, 12, 12*; 63/4, 4*, 5, 5*, 7, 7*, 9, 9*, 10, 10*; 64/6; 65/5, 5*.
Fachserie B, Gartenbauerhebung 1961, Heft 1 bis 3 sowie 23 Vorberichte.

c) Forsterhebung

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 1a und Verordnung über die Forsterhebung der Landwirtschaftszählung 1960 vom 3. März 1961 (Bundesanzeiger Nr. 46 S. 1). Abdruck S. 171.

Periodizität:

Zuletzt von April 1961 bis März 1962 mit Stichtag vom 1. Oktober 1960 als Nacherhebung zur Landwirtschaftszählung 1960 durchgeführt.

Kreis der Befragten:

Rund 500 000 Bewirtschafter von Forstbetrieben und Waldflächen ab 0,5 ha.

Berichtsweg:

Siehe lfd. Nr. 1a.

Dargestellte Tatbestände:

Forstbetriebe nach Größe, Kultur- und Betriebsart (Hoch-, Plenter-, Mittel-, Niederwald), Besitzart (Bundes-, Landes-, Gemeinde-, Körperschafts-, Privatforsten); Baumarten, Alters- und Ertragsklassen sowie Bestockungsgrad der Bestände; Arbeitskräfte nach Familienarbeitskräften und familienfremden Arbeitskräften sowie nach ständig, nicht ständig und vorübergehend Beschäftigten.

Veröffentlichungen:

WiSta 60/5 (M).
Fachserie B, Forsterhebung 1961, Heft 1 und 2 sowie Vorbericht.

d) Binnenfischereierhebung

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 1a.

Periodizität:

Zuletzt im Juni 1962 als Nacherhebung zur Landwirtschaftszählung 1960 durchgeführt.

Kreis der Befragten:

Rund 5300 Betriebe der Fluß- und Seenfischerei, Teichwirtschaft und Fischzucht.

Berichtsweg:

Siehe lfd. Nr. 1a.

Dargestellte Tatbestände:

Haupt- und nebenberufliche Betriebsinhaber nach Geschlecht; Familienarbeitskräfte nach Geschlecht und Berufsgruppen; familienfremde Arbeitskräfte nach Geschlecht, Beschäftigungsgruppen und Stellung im Beruf.

Fluß- und Seenfischereibetriebe: Größenklassen der befischten Fläche, Fangergebnisse im Jahre 1961 nach Speise- und Futterfischen, Fischbesatz; Fischereiinventar, Fischereifahrzeuge, Halter- und Kühlanlagen, Kraftfahrzeuge.

Betriebe der Teichwirtschaft und Fischzucht: Art und Größe der Teiche, Erzeugung im Jahre 1961 nach Art, Alter und Menge der Fische; Wirtschaftsinventar, Futtermittelverbrauch 1961, Verluste durch Abwässer und Fischkrankheiten.

Veröffentlichungen:

WiSta 60/5 (M).
Fachserie B, Binnenfischereierhebung 1962, Heft 1.

e) Weinbaubetriebserhebung

Rechtsgrundlage:

Verordnung über eine Weinbaubetriebserhebung im Jahre 1958 vom 12. März 1958 (Bundesanzeiger Nr. 50 S. 1). Abdruck S. 173.

Periodizität:

Von März bis Mai 1958 durchgeführt.

Kreis der Befragten:

Rund 91 000 Betriebe mit Rebflächen von 20 und mehr Ar sowie Winzergenossenschaften; bei Anbau zu Erwerbszwecken, auch Betriebe mit Rebflächen unter 20 Ar.

Berichtsweg:

Siehe lfd. Nr. 1a.

Dargestellte Tatbestände:

Weinbaubetriebe nach Art und Größenklasse; Betriebsfläche, landwirtschaftliche Nutzfläche und Rebfläche; Weinmosternte, ihre Verwertung und Absatzwege; Arbeitskräfte und technische Einrichtungen; im Weinbau eingesetzte Zugtiere; Düngerkauf.

Veröffentlichungen:

WiSta 59/2, 2*, 9, 9*.
StBRD Band 224.

Bemerkungen:

Die Erhebung wurde nur in den Ländern mit Weinbau (Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Bayern und Saarland) durchgeführt.

2. EWG-Strukturerhebung in der Landwirtschaft

(in Vorbereitung)

Rechtsgrundlage:

Verordnung Nr. 70/66/EWG des Rates vom 14. Juni 1966 über die Durchführung einer Grunderhebung im Rahmen eines Erhebungsprogramms zur Untersuchung der Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften S. 2065). Abdruck S. 174.

In Vorbereitung: Gesetz zur Durchführung der Verordnung Nr. 70/66/EWG.

Periodizität:

Vorgesehen:

Im Winter 1966/67 Grunderhebung über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe; 1967 bis 1969 repräsentative Sondererhebungen zur Untersuchung bestimmter Spezialfragen.

Kreis der Befragten:

Grunderhebung:

Etwa 20% (= rund 300 000) der Inhaber bzw. Bewirtschafter von landwirtschaftlichen Betrieben mit 1 und mehr ha landwirtschaftlich genutzter Fläche, bei Marktbeflieferung auch Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche unter 1 ha (siehe auch Übersicht im Anhang S. 311).

Berichtsweg:

Befragte (Befragung durch Interviewer) — Gemeinden — Kreise — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Im Rahmen der Grunderhebung vorgesehen: Besitzverhältnisse, Bodennutzung, Viehhaltung, Arbeitskräfte; Ausbildung des Betriebsleiters, Buchführung und Beratung; Verwendung von Schleppern und landwirtschaftlichen Maschinen; Mitgliedschaft bei landwirtschaftlichen Genossenschaften, vertragliche Bindungen bei der Erzeugung und dem Verkauf; Selbstbe- und Verarbeitung der Erzeugnisse des Betriebes; Darstellung der landwirtschaftlichen Betriebe nach Betriebstypen und Betriebsgrößenklassen.

Veröffentlichungen:

Vorgesehen: Fachserie B.

Bemerkungen:

Die Bestimmungen zur Durchführung der Sondererhebungen sind noch vom Rat der EWG zu erlassen.

3. Weinbaukataster

Rechtsgrundlage:

Siehe besondere Ausführungen auf S. 177.

Periodizität:

Ende 1964 Einrichtung des Weinbaukatasters; 1965/66 erste statistische Aufbereitung. Ab 1967 jährliche Vervollständigung (stichprobenweise). In zehnjährigen Abständen, erstmalig 1976, vollständige Überholung des Weinbaukatasters vorgesehen.

Kreis der Befragten:

Weinbaubetriebe mit einer Rebfläche von 10 und mehr Ar, bei Marktbeflieferung auch Betriebe mit einer Rebfläche unter 10 Ar.

Berichtsweg:

Befragte — Gemeinden — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Weinbaubetriebe sowie deren Rebflächen und Rebgrundstücke nach Besitzverhältnissen; Art der Erzeugung, Zahl der Rebgrundstücke, Anteil der bestockten Rebfläche an der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Art der Lage, Zahl der Rebstöcke je Ar; Rebsorten nach dem Jahr der Pflanzung.

Veröffentlichungen:

Vorgesehen: Fachserie B, Reihe 2/III (jährlich).

Bemerkungen:

Angaben über Weinerzeugung und Weinbestand siehe S. 70, lfd. Nr. C2; Angaben über Rebflächen siehe auch S. 66, lfd. Nr. B1 (Bodennutzungserhebung); Angaben über Wachstumstand der Reben und über Weinmosterträge siehe S. 69, lfd. Nr. B3d.

4. Arbeitskräfteerhebungen

a) Arbeitskräfteerhebung 1960/61

Rechtsgrundlage:

Gesetz über eine Betriebszählung in der Land- und Forstwirtschaft (Landwirtschaftszählung 1960) vom 13. April 1960 (BGBl. I S. 217). Abdruck S. 169.

Periodizität:

Monatliche Erhebungen als Nacherhebung zur Landwirtschaftszählung 1960 für November 1960 bis Oktober 1961.

Kreis der Befragten:

Ausgewählte Betriebe der Landwirtschaft und des Gartenbaus mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche ab 0,5 ha sowie ausgewählte Forstbetriebe ab 50 ha Waldfläche.

Die Erhebungen wurden nach einem einstufigen, tiefgeschichteten Auswahlverfahren durchgeführt. Die ausgewählten zwei Gruppen von Betrieben wurden alternierend jeden zweiten Monat befragt. Jede der beiden Gruppen umfaßte 50 000 (3%) der bei der Landwirtschaftszählung 1960 befragten Betriebe. Die Schichtung erfolgte nach den drei Hauptbetriebsarten Landwirtschaft, Gartenbau und Forstwirtschaft nach Größenklassen der landwirtschaftlichen Nutzfläche bzw. Waldfläche, bei der Landwirtschaft außerdem in den Größenklassen von 5 bis unter 30 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche nach Betrieben mit und ohne ständige familienfremde Arbeitskräfte, in den Größenklassen von 30 und mehr ha landwirtschaftlicher Nutzfläche nach Bodennutzungssystemen. Siehe auch Übersicht im Anhang S. 311.

Berichtsweg:

Befragte — Gemeinden — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Familienangehörige und familienfremde Arbeitskräfte nach Geschlecht, Alter, Arbeitseinsatz im Betrieb im jeweiligen Erhebungsmonat, aufgegliedert nach den Hauptbetriebsgruppen Landwirtschaft, Gartenbau und Forstwirtschaft sowie nach Größenklassen der landwirtschaftlichen Nutzfläche bzw. der Waldfläche.

Veröffentlichungen:

WiSta 61/5 (M); 63/2, 2*.

Fachserie B, Arbeitskräfteerhebung 1960/61 in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben.

Bemerkungen:

In den Stadtstaaten wurde die Erhebung nicht durchgeführt.

b) Statistik der Arbeitskräfte

Rechtsgrundlage:

Gesetz über eine Statistik der Arbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft vom 24. Juni 1964 (BGBl. I S. 409). Abdruck S. 181.

Periodizität:

I. Landwirtschaft (einschließlich Gartenbau):

Erstmals 1964/65, dann in jedem 2. Wirtschaftsjahr (bis 1970/71) vierteljährliche Erhebung (für jeweils einen Monat) und Aufbereitung (ab 1970/71 nur in jedem 3. Wirtschaftsjahr).

II. Forstwirtschaft:

Erstmals 1963/64, dann in jedem 2. Wirtschaftsjahr (bis 1969/70) jährliche Erhebung und Aufbereitung (ab 1969/70 nur in jedem 3. Wirtschaftsjahr). Die Erhebungen finden jeweils in den ersten 3 Monaten nach Ablauf des Forstwirtschaftsjahres statt.

In den Stadtstaaten finden die Erhebungen für die Forstwirtschaft jeweils nur in jedem 2. Erhebungsjahr und für die Landwirtschaft jeweils nur in einem Quartal statt.

Kreis der Befragten:

Zu I.: Betriebe mit 2 und mehr ha landwirtschaftlicher Nutzfläche und für den Markt erzeugende Betriebe (mit Verkaufserlösen von 1000 DM und mehr) mit 0,5 bis unter 2 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche. Insgesamt rund 65 000 Betriebe, das entspricht einem Auswahlatz von etwa 5,5% (siehe auch Übersicht im Anhang S. 311).

Zu II.: Rund 3000 private Forstbetriebe und Betriebe von Körperschafts- und Gemeinschaftsforsten mit 50 und mehr ha Waldfläche (Auswahlatz etwa 30% — siehe auch Übersicht im Anhang S. 311). Für die Staatsforsten und Forstämter der Landwirtschaftskammern erfolgen die Meldungen durch die obersten Aufsichtsbehörden.

Berichtsweg:

Befragte — Gemeinden (nur in einzelnen Ländern) — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Zu I.: Betriebsinhaber und ihre Familienangehörigen nach Geschlecht, Alter, Arbeitseinsatz im Betrieb, Beschäftigung außerhalb des Betriebes; familienfremde Arbeitskräfte nach Geschlecht, Alter, Arbeitseinsatz und Stellung im Betrieb. Außerdem gegliedert nach Größenklassen der landwirtschaftlichen Nutzfläche in der Unterscheidung nach hauptberuflich und nebenberuflich bewirtschafteten Betrieben.

Zu II.: Betriebseigene Arbeitskräfte, gegliedert nach Familienarbeitskräften, Beamten und Angestellten sowie Lohnarbeitskräften; betriebsfremde Arbeitskräfte; ferner verschiedene Nachweisungen über den Arbeitseinsatz. Gliederung der Ergebnisse nach Größenklassen der Waldfläche (Staatsforsten ohne Größenklassengliederung), getrennt nach Privatforsten und Körperschaftsforsten.

Veröffentlichungen:

WiSta 66/3, 3*, 6, 6*.

Vorgesehen: Fachserie B, Reihe 5/II.

Bemerkungen:

Das Wirtschaftsjahr in der Landwirtschaft rechnet von Juli bis Juni. Als Forstwirtschaftsjahr rechnet in der Mehrzahl der Länder die Zeit von Oktober bis September; in Rheinland-Pfalz und Bayern wurde es auf das Rechnungsjahr (Kalenderjahr) abgestellt.

5. Sonderstatistiken

a) Buchführungsstatistik landwirtschaftlicher, weinbaulicher und gartenbaulicher Betriebe

Rechtsgrundlage:

Landwirtschaftsgesetz vom 5. September 1955 (BGBl. I S. 565).

Periodizität:

Jährliche Zusammenstellung (jeweils für das Wirtschaftsjahr vom 1. Juli bis 30. Juni).

Kreis der Befragten:

Landwirtschaftliche Buchstellen (auf Grund der Abschlüsse, die für ausgewählte Betriebe der Landwirtschaft, des Garten- und Weinbaues vorgenommen werden).

Berichtsweg:

Befragte — Landwirtschaftskammern bzw. Landwirtschaftsministerien der Länder — Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Dargestellte Tatbestände:

Feststellung der Einnahmen und Ausgaben, der Rentabilitäts- und Einkommensverhältnisse und des Schuldenstandes der Landwirtschaft, des Garten- und Weinbaues.

Veröffentlichungen:

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Verwendung der Angaben u. a. in dem jährlichen Bericht über die Lage der Landwirtschaft gemäß § 4 des Landwirtschaftsgesetzes (Grüner Bericht).

Sonderveröffentlichungen (in zweijährigen Abständen) als Broschüren »Landwirtschaftliche Buchführungsergebnisse«, »Buchführungsergebnisse von Gartenbaubetrieben« und »Buchführungsergebnisse von Weinbaubetrieben«.

b) Berichterstattung über ländliche Siedlung

Rechtsgrundlage:

Vereinbarungen mit den Ländern.

Periodizität:

Jährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

Untere Siedlungsbehörden.

Berichtsweg:

Befragte — Landwirtschaftsministerien der Länder — Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Dargestellte Tatbestände:

Beschaffung und Verteilung von Siedlungsland nach dem Reichssiedlungsgesetz vom 11. August 1919 und den Bodenreformgesetzen der Länder. Anfall und Verwendung von Siedlungsland; Landvorrat. Verteilung von Siedlungsland (errichtete Siedlerstellen); Herkunft der Neusiedlerfamilien und der sonstigen auf den Siedlerstellen wohnenden Familien.

Eingliederung von Heimatvertriebenen und Flüchtlingen aus der SBZ in landwirtschaftliche Betriebe auf Grund des Flüchtlingssiedlungsgesetzes vom 10. August 1949 und des Bundesvertriebenengesetzes vom 19. Mai 1953 in der Fassung vom 13. Oktober 1961. Anzahl und Größe der übernommenen Betriebe, Finanzierung der Eingliederungsmaßnahmen. Gesamtergebnis der ländlichen Siedlung.

Veröffentlichungen:

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Statistischer Monatsbericht (jährlich).

Statistisches Jahrbuch.

Agrarstrukturbericht.

c) Berichterstattung über Flurbereinigung

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 5b.

Periodizität:

Siehe lfd. Nr. 5b.

Kreis der Befragten:

Untere Flurbereinigungsbehörden.

Berichtsweg:

Siehe lfd. Nr. 5b.

Dargestellte Tatbestände:

Anhängige und abgeschlossene Flurbereinigungsverfahren und Flächen der Grundstücke. Bearbeitete und bereinigte Flächen. Beteiligte Grundeigentümer und ihre alten und neuen Flurstücke, beteiligte Betriebe und ihr Zusammenlegungsverhältnis, gegliedert nach Betriebsgrößenklassen. Sonstige Gesamtergebnisse der Flurbereinigungsverfahren, bei denen im Berichtsjahr neue Grundstücke zugeteilt wurden.

Veröffentlichungen:

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Statistischer Monatsbericht (jährlich).

Statistisches Jahrbuch.

Agrarstrukturbericht.

d) Berichterstattung über landwirtschaftliche Ausbildung und Wirtschaftsberatung

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 5b.

Periodizität:

Siehe lfd. Nr. 5b.

Kreis der Befragten:

Landwirtschaftskammern bzw. zuständige Behörden der Länder.

Berichtsweg:

Siehe lfd. Nr. 5b.

Dargestellte Tatbestände:

Angaben über praktische Berufsausbildung in Lehrbetrieben, Fach- und Spezialschulen; Landwirtschaftsstudium und Vorbereitungsdienst der Landwirtschaftsreferendare. Zahl der Wirtschaftsberater und der Beratungsringe.

Veröffentlichungen:

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Statistischer Monatsbericht (jährlich).

Statistisches Jahrbuch.

B. Bodennutzung und Ernte

1. Bodennutzungserhebung

a) Bodennutzungsvorerhebung

Rechtsgrundlage:

Gesetz über Bodennutzungs- und Ernteerhebung vom 23. Juni 1964 (BGBl. I S. 405). Abdruck S. 182.

Periodizität:

Jährliche Erhebungen in der Zeit von Januar bis Mai und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Rund 1,5 Millionen Inhaber und Eigentümer von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben und von Gesamtflächen ab 0,5 ha, die ganz oder teilweise land- oder forstwirtschaftlich genutzt werden; die Gemeinden für alle sonstigen Flächen.

Berichtsweg:

Befragte — Gemeinden (örtliche Durchführung der Erhebung unter Mitwirkung ehrenamtlicher Zähler) — Kreise — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Wirtschaftsfläche, gegliedert nach Hauptnutzungsarten (landwirtschaftliche Nutzfläche, Waldfläche usw.). Landwirtschaftliche Nutzfläche nach Kulturarten (Acker-, Dauergrün- und Rebland usw.).

Veröffentlichungen:

WiSta 62/8, 10, 10*; 63/8, 10, 10*; 64/8, 10, 10*; 65/8, 11, 11*.

Fachserie B, Reihe 1 (jährlich).

Reihe 1/1 (jährlich).

Bemerkungen:

Alle 6 Jahre, beginnend 1965, Neufeststellung der Bodenflächen und Rechtsgrund ihres Besitzes an Hand der Katasterunterlagen; in den übrigen Jahren (in den Stadtstaaten und in Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern nur in jedem 3. Jahr) Ermittlung der Veränderungen. Ferner wird jährlich nach der Markterzeugung gefragt, alle 3 Jahre außerdem wird die Hauptproduktionsrichtung der Betriebe und die Flüchtlings- bzw. Vertriebeneneigenschaft der Inhaber neu ermittelt.

Über die Nachprüfung der Erhebung siehe unter lfd. Nr. 1 g.

b) Bodennutzungshaupterhebung

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 1 a.

Periodizität:

Jährliche Erhebung im Mai und Aufbereitung. Alle 3 Jahre (in den Stadtstaaten und in Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern nur alle 6 Jahre), beginnend 1965, Totalerhebung; übrige Jahre Repräsentativerhebung.

Kreis der Befragten:

Totalerhebung: Rund 1,5 Millionen Inhaber von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben und von Gesamtflächen ab 0,5 ha, die ganz oder teilweise land- oder forstwirtschaftlich genutzt werden.

Repräsentativerhebung: Höchstens 10% der Befragten aus der Totalerhebung (siehe auch Übersicht im Anhang S. 311).

Berichtsweg:

Siehe lfd. Nr. 1 a.

Dargestellte Tatbestände:

Nutzung des Ackerlandes nach Fruchtarten (Getreide, Hackfrüchte, Gartengewächse, Futterpflanzen, Ölfrüchte usw.). Ferner die gegenüber der Vorerhebung eingetretenen Veränderungen.

Veröffentlichungen:

WiSta 62/8, 10, 10*; 63/8, 10, 10*; 64/8, 10, 10*; 65/11, 11*.

Fachserie B, Reihe 1 (jährlich),
Reihe 1/I (jährlich).

Bemerkungen:

Über die Nachprüfung der Erhebung siehe unter lfd. Nr. 1 g.

In Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern wird der Hopfenanbau jährlich total erfaßt.

c) Bodennutzungsnacherhebung

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 1 a.

Periodizität:

Jährliche Erhebung im Oktober und Aufbereitung. Alle 3 Jahre (in den Stadtstaaten und in Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern nur alle 6 Jahre), beginnend 1965, Totalerhebung; übrige Jahre Repräsentativerhebung.

Kreis der Befragten:

Siehe lfd. Nr. 1 b.

Berichtsweg:

Siehe lfd. Nr. 1 a.

Dargestellte Tatbestände:

Anbauflächen von Sommer- und Winterzwischenfrüchten (Untersaat, Stoppelsaat) sowie von Futterpflanzen zur Saatguterzeugung.

Veröffentlichungen:

WiSta 62/1; 63/2; 64/1; 65/1; 66/1.

Fachserie B, Reihe 1 (jährlich),
Reihe 1/II (jährlich).

d) Gemüse-Vorerhebung

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 1 a.

Periodizität:

Jährliche repräsentative Erhebung im Februar und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Alle Personen, die Gemüse oder Erdbeeren zu Erwerbszwecken anbauen (in nicht mehr als 20% der Gemeinden — siehe auch Übersicht im Anhang S. 312).

Berichtsweg:

Siehe lfd. Nr. 1 a.

Dargestellte Tatbestände:

Erwerbsmäßiger Anbau von Gemüse und Erdbeeren: Beabsichtigter Anbau von wichtigen Gemüsearten auf dem Freiland. Tatsächliche Anbauflächen der überwinternden Gemüsearten. Erdbeeraanbau.

Veröffentlichungen:

WiSta 65/4.

Fachserie B, Reihe 2 (jährlich),
Reihe 2/I (jährlich).

e) Gemüse-Haupterhebung

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 1 a.

Periodizität:

Jährliche Erhebung im Juli und Aufbereitung. Alle 3 Jahre, beginnend 1966, Totalerhebung; übrige Jahre Repräsentativerhebung.

Kreis der Befragten:

Totalerhebung: Alle Personen, die Gemüse, Erdbeeren und Zierpflanzen zu Erwerbszwecken anbauen.

Repräsentativerhebung: Befragte der Totalerhebung bei höchstens 20% der Gemeinden (siehe auch Übersicht im Anhang S. 312).

Berichtsweg:

Siehe lfd. Nr. 1 a.

Dargestellte Tatbestände:

Flächen des erwerbsmäßigen Anbaues von Gemüse auf dem Freiland und in Unterglasanlagen sowie von Erdbeeren. Beabsichtigter Anbau von überwinternden Gemüsearten. Ferner jedes 3. Jahr der Anbau von Zierpflanzen (jeweils Flächen nach Pflanzenarten und -gruppen).

Veröffentlichungen:

WiSta 62/11; 63/11; 64/11; 65/11.

Fachserie B, Reihe 2 (jährlich),
Reihe 2/I (jährlich).

Bemerkungen:

Die Heil- und Gewürzpflanzenenerhebung fällt ab 1966 als Einzelerhebung weg, da die Anbauflächen auch im Rahmen der Gemüse-Haupterhebung festgestellt werden können.

f) Baumschulerhebung

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 1 a.

Periodizität:

Jährliche Erhebungen in der Zeit von Juli bis August und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Alle Personen, die sich mit der Anzucht von Baumschulerzeugnissen befassen (rund 6300 Betriebe).

Berichtsweg:

Siehe lfd. Nr. 1 a.

Dargestellte Tatbestände:

Baumschulfläche; Bestand an Obst- und Ziergehölzen sowie an Forstpflanzen nach Arten und Anzuchtmerkmalen.

Veröffentlichungen:

WiSta 62/2; 64/11; 66/1.
Fachserie B, Reihe 2 (jährlich),
Reihe 2/V (jährlich).

g) Erhebung zur Nachprüfung der Bodennutzungsvor- und Bodennutzungshaupterhebung

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 1a.

Periodizität:

Ab 1965 alle 3 Jahre im Anschluß an die Bodennutzungshaupterhebung (vor 1965 fand die letzte Nachprüfung 1960 statt).

Kreis der Befragten:

Kreiskommissionen, Eigentümer und Inhaber von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben und von Gesamtflächen ab 0,5 ha, die ganz oder teilweise landwirtschaftlich genutzt werden.

Die Nachprüfungen erstrecken sich auf höchstens 0,2% der Auskunftspflichtigen (zur Zeit rund 2600 Betriebe), die durch Zufallsauswahl bestimmt werden. Die Flächen werden nach amtlichen Unterlagen und die Nutzungsarten durch Feldbegehung festgestellt (siehe auch Übersicht im Anhang S. 313).

Berichtsweg:

Befragte — Landesarbeitsgemeinschaften — StLA (Zusammenstellung) — StBA — Zentraler Sachverständigenausschuß beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Dargestellte Tatbestände:

Berichtete Ergebnisse der Bodennutzungsvor- und Bodennutzungshaupterhebung (die Ergebnisse der Nachprüfung dienen als Grundlage von Flächenzu- und Flächenabschlägen zur Berichtigung genannter Ergebnisse).

Veröffentlichungen:

Fachserie B, Reihe 1 (dreijährlich).

Bemerkungen:

In den Stadtstaaten und in den Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern findet die Nachprüfung nicht statt.

2. Obstbaumzählung

Rechtsgrundlage:

Gesetz über Bodennutzungs- und Ernteerhebung vom 23. Juni 1964 (BGBl. I S. 405). Abdruck S. 182.

Periodizität:

Unregelmäßig, zuletzt als Totalerhebung im Herbst 1965 durchgeführt (letzte Repräsentativerhebung 1958, letzte Totalerhebung 1951).

Kreis der Befragten:

Gemeinden (gewinnweise Ermittlungen durch ehrenamtliche Zähler, in Einzelfällen auch durch Nutzungsberechtigte der Obstbäume).

Berichtsweg:

Befragte — Kreise — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Obstbaumbestände, gegliedert nach Obstarten, Baumformen (nur für Kernobst), Ertragsfähigkeit und Standorten.

Veröffentlichungen:

Fachserie B, Reihe 2.

3. Ernteberichterstattung

a) Berichterstattung über Wachstumstand und Erträge der landwirtschaftlichen Feldfrüchte und des Grünlandes

Rechtsgrundlage:

Gesetz über Bodennutzungs- und Ernteerhebung vom 23. Juni 1964 (BGBl. I S. 405). Abdruck S. 182.

Periodizität:

Von März bis November monatliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Rund 7500 ehrenamtliche Berichtersteller.

Berichtsweg:

Befragte — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Wachstumstand bestimmter Feldfrüchte (Roggen, Weizen, Hafer, Kartoffeln, Zuckerrüben usw.) sowie Vorschätzungen und endgültige Schätzungen der Ernterträge von Ackerfrüchten und des Grünlandes. Infolge Auswinterung umgepflügte oder umzupflügende Flächen.

Veröffentlichungen:

WiSta 62/1, 8, 10, 10*, 11, 11*, 12, 12*; 63/2, 2*, 8, 10, 10*, 11, 11*, 12, 12*; 64/1, 1*, 8, 10, 10*, 11, 11*, 12, 12*; 65/1, 1*, 8, 11, 11*, 12, 12*; 66/1, 1*.

Fachserie B, Reihe 1 (jährlich),
Reihe 1/II (unregelmäßig).

Bemerkungen:

Zur Sicherung der Ertragsschätzungen werden außerdem repräsentative Ertragsfeststellungen vorgenommen. Dabei dürfen jährlich nicht mehr als je drei landwirtschaftliche Fruchtarten, Gemüse- und Obstarten, insgesamt jedoch nicht mehr als sechs dieser Arten sowie Weinmost einbezogen werden. Für jede dieser Arten dürfen nicht mehr als 0,5% der Betriebe, Bodenflächen oder Obstbäume herangezogen werden.

b) Berichterstattung über Wachstumstand und Erträge von Gemüse und Erdbeeren

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 3a.

Periodizität:

Von März bis Oktober monatliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Rund 2400 ehrenamtliche Berichtersteller.

Berichtsweg:

Siehe lfd. Nr. 3a.

Dargestellte Tatbestände:

Wachstumstand, Erntevorschätzungen und Ernteschätzungen für Gemüsearten und -sortengruppen, Erdbeeren (jeweils aus dem Erwerbsanbau).

Veröffentlichungen:

WiSta 62/11; 63/11; 64/11.
Fachserie B, Reihe 2 (jährlich),
Reihe 2/I (unregelmäßig).

Bemerkungen:

Siehe lfd. Nr. 3a.

c) Berichterstattung über Wachstumstand und Erträge des Obstes

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 3a.

Periodizität:

Von Mai bis Oktober monatliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:
Rund 5800 ehrenamtliche Berichtersteller.

Berichtsweg:
Siehe lfd. Nr. 3a.

Dargestellte Tatbestände:
Wachstumstand, Erntevorschätzungen und Ernteschätzungen der wichtigsten Obstarten.

Veröffentlichungen:
WiSta 62/11; 63/11; 64/11; 65/11.
Fachserie B, Reihe 2 (jährlich),
Reihe 2/II (jährlich).

Bemerkungen:
Siehe lfd. Nr. 3a.

d) Berichterstattung über Wachstumstand der Reben und Weinmosterträge

Rechtsgrundlage:
Siehe lfd. Nr. 3a.

Periodizität:
Von Mai bis November monatliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:
Rund 1400 ehrenamtliche Berichtersteller.

Berichtsweg:
Siehe lfd. Nr. 3a.

Dargestellte Tatbestände:
Stand der Reben und Güte der Trauben; Vorschätzung und Schätzung der Weinmosternte, der Güte des Mostes, des Mostgewichts und Säuregehalts.

Veröffentlichungen:
WiSta 62/1, 1*; 63/2; 64/2; 65/2, 2*; 66/2, 2*.
Fachserie B, Reihe 2 (jährlich),
Reihe 2/III (unregelmäßig).

Bemerkungen:
Siehe lfd. Nr. 3a.

e) Besondere Erntermittlung

Rechtsgrundlage:
Siehe lfd. Nr. 3a.

Periodizität:
Jährliche Ermittlung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:
Kreiskommissionen für besondere Erntermittlungen sowie ausgewählte Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe.

Berichtsweg:
Befragte — Landesarbeitsgemeinschaften (Landwirtschaftsministerien der Länder, StLA, Sachverständige; verantwortlich für die Durchführung) — Zentraler Sachverständigenausschuß (Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, StBA, Landwirtschaftsministerien der Länder, StLA, Sachverständige; zuständig für Vorbereitung und Auswertung).

Dargestellte Tatbestände:
Hektarerträge für bestimmte Getreidearten und Kartoffelsorten (Reifestufen).

Veröffentlichungen:
WiSta 62/10, 11, 11*; 63/10, 10*, 11, 11*; 64/10, 10*, 11, 11*; 65/11, 11*.
Fachserie B, Reihe 1 (jährlich),
Reihe 1/II (jährlich).

Bemerkungen:
Die Ergebnisse werden mittels Schnittproben und Proberodungen auf höchstens 12 000 Feldern gewonnen. Bei etwa 15% dieser Felder werden Volldrusche bzw. Vollrodungen durchgeführt (siehe auch Übersicht im Anhang S. 313).

Auf Grund der besonderen Erntermittlung werden die Schätzungen der Ernterträge der übrigen Getreidearten und Kartoffelsorten (siehe lfd. Nr. 3a) überprüft und gegebenenfalls berichtigt.

In den Stadtstaaten und in den Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern werden diese Ermittlungen nicht durchgeführt.

4. Sonderstatistiken

a) Betriebs- und marktwirtschaftliche Meldungen in der Landwirtschaft

Rechtsgrundlage:

Verordnung über betriebs- und marktwirtschaftliche Meldungen in der Landwirtschaft vom 19. November 1963 (BGBl. I S. 842). Abdruck S. 172. Neuer Gesetzentwurf in Vorbereitung.

Periodizität:

Monatliche, halbjährliche und jährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Etwa 0,6% der Betriebe mit mehr als 0,5 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche (rund 9000 Betriebe).

Berichtsweg:

Befragte — Landwirtschaftskammern bzw. StLA — Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Zusammenstellung des Bundesergebnisses im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und im StBA).

Dargestellte Tatbestände:

Monatlich: Eierzeugung und -verwertung; Erzeugerpreise wichtiger landwirtschaftlicher Produkte (Erlöspreise); Preise wichtiger Zukauffuttermittel (Verbraucherpreise); Vorräte an Getreide und Kartoffeln in der Landwirtschaft (jeweils September oder Oktober bis Juni).

Zweimal im Jahr: Vorräte an Kartoffel- und Grünfuttersilage sowie Heu; Kartoffelverkäufe; beabsichtigte und endgültige Herbstsaaten; beabsichtigter und endgültiger Anbau von Sommerfrüchten.

Jährlich: Betriebsmerkmale; Futterverbrauch nach Tierarten; Verwertung der Kartoffelernte und Pflanzgutverbrauch; Ernteaussichten von Hauptfeldfrüchten.

Veröffentlichungen:

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:
Statistischer Monatsbericht (monatlich bzw. halbjährlich und jährlich).
Statistisches Jahrbuch.

Bemerkungen:

Die Erhebungen können je nach Bedarf auch in größeren Abständen durchgeführt werden; die Auskunftserteilung durch die Befragten ist freiwillig. In den Stadtstaaten und im Saarland wird die Erhebung nicht durchgeführt.

b) Berichterstattung über Saatgutvermehrungsflächen

Rechtsgrundlage:

Vereinbarungen mit den Ländern.

Periodizität:

Jährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

Saatgutankennungsbehörden.

Berichtsweg:

Befragte — Landwirtschaftskammern bzw. Landwirtschaftsministerien der Länder — Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Dargestellte Tatbestände:

Zur Feldbesichtigung angemeldete sowie mit Erfolg feldbesichtigte Vermehrungsflächen von landwirtschaftlichem Saatgut nach Fruchtarten (in ha); untergliedert nach Sorten, Elite, Vorstufen, Hochzucht, Nachbau (bei Kartoffeln), Stecklinge (bei Hackfrüchten — außer Kar-

toffeln —), Landsorte (bei Luzerne, Klee und sonstigen Futterpflanzen).

Zur Prüfung bzw. Anerkennung angemeldete sowie feldbesichtigte Anbauflächen von Gemüsesaatgut mit positivem Eignungsbefund; Erträge an geprüfem bzw. anerkanntem Gemüsesaatgut.

Veröffentlichungen:

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:
Statistischer Monatsbericht (jährlich).
Statistisches Jahrbuch.

C. Ernährungswirtschaft

(siehe auch unter II D Viehwirtschaft und Fischerei)

1. Statistiken der Ernährungswirtschaft

a) Berichterstattung über Getreidewirtschaft

Rechtsgrundlage:

Gesetz über den Verkehr mit Getreide und Futtermitteln (Getreidegesetz) vom 4. November 1950 (BGBl. S. 721) und 19. Durchführungsverordnung zum Getreidegesetz vom 25. Juni 1963 (BGBl. I S. 434).

Periodizität:

Monatliche (Kleinmühlen: vierteljährliche) Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Getreidehandel, landwirtschaftliche Genossenschaften, Verarbeitungsbetriebe (Betriebe, die Getreide verarbeiten sowie Teigwarenbetriebe), Mehlfachhandel, Importeure.

Berichtsweg:

Befragte — Landwirtschaftsministerien bzw. zuständige Behörden der Länder — Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Dargestellte Tatbestände:

Monatlich: Bestände an Getreide und Getreideerzeugnissen in zweiter Hand, Getreideverkäufe der Landwirtschaft nach Getreidearten, Verarbeitung von Getreide und Herstellung von Getreideerzeugnissen.
Vierteljährlich: Getreide- und Mehlbilanzen.

Veröffentlichungen:

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:
Statistischer Monatsbericht.
Statistisches Jahrbuch.

b) Berichterstattung über Zuckerwirtschaft

Rechtsgrundlage:

Gesetz über den Verkehr mit Zucker (Zuckergesetz) vom 5. Januar 1951 (BGBl. I S. 47) und Zweite Durchführungsverordnung zum Zuckergesetz vom 7. Juli 1951 (Bundesanzeiger Nr. 132 S. 1).

Periodizität:

Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Zuckerfabriken, Sortimentsgroßhandel, Importeure.

Berichtsweg:

Zuckerfabriken und Importeure — Wirtschaftliche Vereinigung Zucker — Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Großhandel — Landwirtschaftsministerien der Länder — Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Dargestellte Tatbestände:

Verarbeitung von Zuckerrüben und Rohzucker, Herstellung und Absatz von Zucker; Zuckerbestände.

Veröffentlichungen:

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:
Statistischer Monatsbericht.
Statistisches Jahrbuch.

c) Berichterstattung über Fettwirtschaft (Nahrungsfette)

Rechtsgrundlage:

Gesetz über den Verkehr mit Milch, Milcherzeugnissen und Fetten (Milch- und Fettgesetz) in der Fassung vom 10. Dezember 1952 (BGBl. I S. 811) und Dritte Durchführungsverordnung zum Milch- und Fettgesetz vom 23. November 1951 (Bundesanzeiger Nr. 230 S. 2).

Periodizität:

Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Olmühlen, Margarinefabriken, Fettschmelzen, Schmalzsiedereien und Importeure.

Berichtsweg:

Befragte — Einfuhr- und Vorratsstelle für Fette — Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Dargestellte Tatbestände:

Vorräte an Ölfrüchten, Ölen und Fetten; Verkauf von Ölfrüchten in der Landwirtschaft, Verarbeitung von Ölfrüchten, Ölen und Fetten; Herstellung und Absatz von Ölen, Fetten und Margarine.

Veröffentlichungen:

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:
Statistischer Monatsbericht.
Statistisches Jahrbuch.

2. Weinerzeugungs- und Weinbestandsstatistik

Rechtsgrundlage:

Siehe besondere Ausführungen auf S. 177.

Periodizität:

Jährliche Erhebung (Stichtag: 31. Dezember) und Aufbereitung (Weinerzeugung erstmalig für 1965; Weinbestand erstmalig für 1962).

Kreis der Befragten:

I. Weinerzeugung: Weinbaubetriebe mit einer Rebfläche von 10 und mehr Ar, bei Marktbeflieferung auch Betriebe mit einer Rebfläche unter 10 Ar.

II. Weinbestand: Natürliche und juristische Personen; ausgenommen: Privatverbraucher, Einzelhändler und Weinbaubetriebe (ohne Marktbeflieferung) mit einer Rebfläche unter 10 Ar.

Berichtsweg:

Befragte — Gemeinden (teilweise) — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Zu I.: Hergestellte Weinmenge; nicht schon zu Wein verarbeiteter Traubenmost; zur Weinherstellung bestimmte frische Trauben.

Zu II.: Lagernde Mengen an Wein und Most sowie die für die Weinherstellung bestimmten Trauben.

Veröffentlichungen:

WiSta 63/6; 64/6; 65/6; 66/6.
Fachserie B, Reihe 2 (jährlich),
Reihe 2/III (jährlich mit Vorbericht).

D. Viehwirtschaft und Fischerei

1. Viehzählungen

a) Allgemeine Viehzählung

Rechtsgrundlage:

Viehzählungsgesetz vom 18. Juni 1956 (BGBl. I S. 522).
Abdruck S. 187. Gesetz zur Änderung des Viehzählungsgesetzes vom 3. Dezember 1958 (BGBl. I S. 897).
Abdruck S. 188.

Periodizität:

Jährliche Erhebung (Stichtag: 3. Dezember) und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Viehhalter.

Berichtsweg:

Befragte — Gemeinden (örtliche Durchführung der Zählung unter Mitwirkung ehrenamtlicher Zähler) — Kreise — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Halter einzelner Tierarten (Haushalte und Betriebe). Viehbestand nach Hauptnutztierarten (Pferde, Rindvieh, Schweine, Schafe, Ziegen, Federvieh; Bienenstöcke).

Alle 2 Jahre: Verhältnis der Viehbestände zur landwirtschaftlichen Nutzfläche (1963 und 1965 nur Schweine-, Milchkuh- und Hühnerbestände).

Veröffentlichungen:

WiSta 62/1, 2*; 63/1, 2*; 64/1, 2*, 3*; 65/1, 2*; 66/1, 1*.
Fachserie B, Reihe 3 (jährlich),
Reihe 3/I (vierteljährlich, zweijährlich).

Bemerkungen:

In den Stadtstaaten sowie in kreisfreien Städten und in Städten mit mehr als 50 000 Einwohnern findet die Zählung nur alle 2 Jahre (ab 1957) statt.

Die durch die Zählungen ermittelten Bestände an Schweinen und Rindvieh werden (außer in den Stadtstaaten) alle 2 Jahre repräsentativ nachgeprüft (siehe auch Übersicht im Anhang S. 315).

b) Viehzwischenzählungen

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 1 a.

Periodizität:

Jährlich drei Erhebungen (Stichtage: 3. März, 3. Juni, 3. September) und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Schweinehalter, im Juni auch Rindvieh- und Schafhalter.

Berichtsweg:

Siehe lfd. Nr. 1 a.

Dargestellte Tatbestände:

März und September: Schweinehalter; Schweinebestand.

Juni: Schweine-, Rindvieh- und Schafhalter; Schweine-, Rindvieh- und Schafbestand.

Veröffentlichungen:

WiSta (für März): 62/4, 4*; 63/4, 5*; 64/4, 6*; 65/4, 5*; 66/4, 5*.
(für Juni): 62/7, 7*; 63/7, 7*; 64/7, 8*; 65/7, 8*; 66/7, 7*.
(für September): 62/10, 11*; 63/10, 11*; 64/10, 11*; 65/10, 12*.
Fachserie B, Reihe 3 (jährlich),
Reihe 3/I (vierteljährlich).

Bemerkungen:

Die Zählungen werden in den Stadtstaaten sowie in kreisfreien Städten und in Städten mit mehr als 50 000 Einwohnern nicht durchgeführt.

Die Zwischenzählungen werden repräsentativ mit der Zählfläche als Stichprobeneinheit durchgeführt (siehe auch Übersicht im Anhang S. 314).

Die durch die Zwischenzählung im Juni ermittelten Bestände an Schweinen werden alle 2 Jahre repräsentativ nachgeprüft. Für Rindviehbestände fand zuletzt im Juni 1958 eine repräsentative Nachprüfung statt.

2. Geflügelstatistik

Rechtsgrundlage:

Verordnung über eine Geflügelstatistik vom 31. März 1964 (Bundesanzeiger Nr. 61 S. 1). Abdruck S. 189.

Periodizität:

Monatliche und jährliche Erhebung sowie Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

I. Monatlich: Brütereien ab einem Fassungsvermögen der Brutanlage von 1000 Eiern und Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität ab 2000 Tieren im Monat.

II. Jährlich: Brütereien ab einem Fassungsvermögen der Brutanlage von 500 Eiern und Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität ab 500 Tieren im Monat.

Berichtsweg:

Befragte — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Zu I.: Zahl der in die Brutschränke eingelagerten Hühnereier, Zahl der geschlüpften Küken, jeweils getrennt nach Lege- und Masthühnerrassen; Zahl der Gänse-, Enten- und Truthühnerküken. Menge des geschlachteten Geflügels inländischer Herkunft in kg, Anteil der gewonnenen Schlachtmenge an einzelnen handelsüblichen Zubereitungsformen.

Zu II.: Fassungsvermögen der Brutanlagen; monatliche Schlachtkapazität.

Veröffentlichungen:

WiSta 66/5*.
Fachserie B, Reihe 3 (jährlich),
Reihe 3/V (monatlich, jährlich).

3. Statistik der Schlachtungen

a) Schlachtungsstatistik

Rechtsgrundlage:

Bekanntmachung über die Schlachtungs- und Fleischbeschaustatistik vom 2. November 1940 (RMBl. 1940 S. 433).

Periodizität:

Laufende Erfassung, monatliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Schlachtier- und Fleischbeschauer, beschauende Tierärzte und Beschauämter.

Berichtsweg:

Befragte — Kreise (Kreistierärzte) — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Beschaute gewerbliche Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft, Hausschlachtungen, jeweils gegliedert nach Tierarten (Rinder, Kälber, Schweine, Schafe usw.).

Veröffentlichungen:

WiSta 62/2, 8; 63/2, 8; 64/2, 8; 65/2; 66/2.
WiSta* (monatlich).
Fachserie B, Reihe 3 (jährlich),
Reihe 3/III (monatlich, jährlich).

b) Schlachtgewichtsstatistik

Rechtsgrundlage:

Gesetz über eine Schlachtgewichtsstatistik vom 21. Juli 1960 (BGBl. I S. 588). Abdruck S. 190.

Neue Verordnung in Vorbereitung.

Periodizität:

Laufende Erfassung, monatliche Aufbereitung der Lebendgewichte.

Außerdem jeweils im September Erfassung der Schlacht- und Lebendgewichte zur Überprüfung der Ausbeutesätze (bisher vorgesehen alle 6 Jahre, und zwar im 1. Jahr [zuletzt 1960] bei Rindern, im 2. Jahr [zuletzt 1961] bei Schweinen, im 3. Jahr [zuletzt 1962] bei Kälbern und Schafen; ein Gesetz zur Verlängerung des Erhebungsturnus von 6 auf 10 Jahre ist in Vorbereitung).

Kreis der Befragten:

Eigentümer der Schlachttiere, ausgewählte Schlachthöfe, Schlachtvieh- und Schlachtviehgroßmärkte.

Berichtsweg:

Befragte — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Durchschnittliche Schlachtgewichte und Gesamtschlachtmenge aus gewerblichen und Hausschlachtungen von Tieren inländischer Herkunft (mit Ausnahme der Schweine-Hausschlachtungen) und aus Schlachtungen von Auslandstieren, jeweils gegliedert nach Tierarten (siehe lfd. Nr. 3a).

Veröffentlichungen:

WiSta 62/2, 8; 63/2, 8; 64/2, 8; 65/2; 66/2.

WiSta* (monatlich).

Fachserie B, Reihe 3 (jährlich),
Reihe 3/III (monatlich, jährlich).

Bemerkungen:

Die Feststellungen über Schlachtgewichte beschränken sich je Land auf jeweils nur einen Schlachthof, dem ein Schlachtviehgroßmarkt angeschlossen ist.

c) Schlachtier- und Fleischbeschaustatistik

(Statistik der Genußtauglichkeit des Fleisches)

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 3a.

Periodizität:

Laufende Erfassung, jährliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Siehe lfd. Nr. 3a.

Berichtsweg:

Siehe lfd. Nr. 3a.

Dargestellte Tatbestände:

Beschaute Schlachttiere inländischer Herkunft (davon ordnungsgemäße Schlachtungen sowie Notschlachtungen) nach Tierarten (Rinder, Kälber, Schweine, Schafe usw.). Beanstandete ganze Tierkörper und Teile, gegliedert nach Bewertungsgruppen, Tierarten und Beanstandungsgründen.

Veröffentlichungen:

Fachserie B, Reihe 3 (jährlich),
Reihe 3/IV (jährlich).

4. Milcherzeugungs- und -verwendungsstatistik

Rechtsgrundlage:

Verordnung über eine Milchstatistik vom 5. Januar 1966 (Bundesanzeiger Nr. 5 S. 1). Abdruck S. 192.

Periodizität:

Monatliche Erhebung und Schätzung sowie Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Leiter der Milchsammelstellen und Molkereien; Geschäftsführer der Kontrollverbände für Milchleistungsprüfungen, Milchschätzungskommissionen (je eine in jedem kleineren Verwaltungsbezirk).

Berichtsweg:

Befragte — SLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Erzeugung von Kuhmilch insgesamt sowie Milchertrag je Kuh, Verwendung der Kuhmilch.

Veröffentlichungen:

WiSta 62/2, 8; 63/2, 8; 64/2, 8; 65/2; 66/2.

WiSta* (monatlich).

Fachserie B, Reihe 3 (jährlich),
Reihe 3/II (monatlich, jährlich).

Bemerkungen:

Angaben über die Erzeugung von Kuhmilch in Betrieben, die den Kontrollverbänden für Milchleistungsprüfungen angeschlossen sind sowie Angaben über die Anlieferung von Kuhmilch bei den Milchsammelstellen und Molkereien werden erhoben; die Angaben über die Erzeugung von Kuhmilch und ihre Verwendung durch die Erzeuger werden geschätzt.

5. Sonderstatistiken

a) Berichterstattung über Vieh- und Fleischwirtschaft

Rechtsgrundlage:

Gesetz über den Verkehr mit Vieh und Fleisch (Vieh- und Fleischgesetz) vom 25. April 1951 (BGBl. I S. 272) und Zweite Durchführungsverordnung zum Vieh- und Fleischgesetz vom 2. Mai 1951 (Bundesanzeiger Nr. 90 S. 1).

Periodizität:

Wöchentliche und monatliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Für Auftriebe, Zufuhren und Preise: Großmärkte.

Für Fleischversand: Betriebe der Fleischwarenindustrie, Großschlächter und große Schlachtereien sowie Versandschlachtereien.

Berichtsweg:

Befragte — Landwirtschaftsministerien der Länder — Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Dargestellte Tatbestände:

Auftriebe, Fleischzufuhren sowie Lebendviehpreise an den Großmärkten. Versand von Fleisch und Fleischwaren über die Grenzen der Bundesländer.

Veröffentlichungen:

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:
Statistischer Monatsbericht (monatlich, teilweise jährlich).
Statistisches Jahrbuch.

b) Berichterstattung über Molkereiwirtschaft

Rechtsgrundlage:

Gesetz über den Verkehr mit Milch, Milcherzeugnissen und Fetten (Milch- und Fettgesetz) in der Fassung vom 10. Dezember 1952 (BGBl. I S. 811) und Dritte Durchführungsverordnung zum Milch- und Fettgesetz vom 23. November 1951 (Bundesanzeiger Nr. 230 S. 2).

Periodizität:

I. Monatliche (teilweise wöchentliche) Erhebung und Aufbereitung.

II. Alle 5 Jahre Erhebung über die Struktur der Molkereien.

Kreis der Befragten:

Molkereien, Käsereien, Dauermilchbetriebe.

Berichtsweg:

Siehe lfd. Nr. 5a.

Dargestellte Tatbestände:

Zu I.: Milchanlieferung, Milchverarbeitung, Herstellung und Absatz von Milch und Milcherzeugnissen, Erzeugerpreise für Milch.

Zu II.: Rechtsformen, Mengenumsatz in den einzelnen Molkereien.

Veröffentlichungen:

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:
Statistischer Monatsbericht.
Statistischer Bericht über die Milch- und Molkereiwirtschaft im Bundesgebiet (jährlich).
Statistisches Jahrbuch.

c) Tierseuchenstatistik

Rechtsgrundlage:

Runderlaß des Reichsministers des Innern vom 7. Januar 1942 (MBliV. S. 95).

Periodizität:

Halbmonatliche Berichterstattung, halbmonatliche und monatliche Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

Kreistierärzte.

Berichtsweg:

Befragte — Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Dargestellte Tatbestände:

Stand der anzeigepflichtigen Tierseuchen.

Veröffentlichungen:

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Statistischer Monatsbericht (zusammenfassende Ergebnisse).

Tierseuchenbericht (halbmonatlich, ausführliche Ergebnisse).

Statistisches Jahrbuch (Vierteljahres-Ergebnisse).

Statistisches Bundesamt:

WiSta 62/7*, 9; 63/1*, 3*, 4*, 7*, 9*, 11, 12*; 64/4*, 7*, 12*; 65/12*; 66/1.

6. Fischereistatistik

Rechtsgrundlage:

Gesetz über eine Fischereistatistik vom 21. Juli 1960 (BGBl. I S. 589). Abdruck S. 193.

Periodizität:

Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

I. See- und Küstenfischerei: Schiffsführer, Reedereien, Fischereigesellschaften, Seefischmarktverwaltungen, Fischverwertungsgenossenschaften, Fischgroßhandlungen, Fischverarbeiter.

II. Bodenseefischerei: Schiffer bzw. Abnahmestellen (Genossenschaften) oder Fischhandlungen.

(Insgesamt rund 3500 Befragte.)

Berichtsweg:

Zu I.: Befragte — Erhebungsstellen (Seefischmarktverwaltungen, Fischereiämter) — StBA.

Zu II.: Erhebungsstellen (Fischmeister, Wasserschutzpolizei, Hauptzollämter) — StBA.
(Jeweils zentrale Aufbereitung.)

Dargestellte Tatbestände:

Zu I.: Fangergebnisse (Menge und Erzeugererlös) nach Fisch- bzw. Tierarten, Fanggebieten und -plätzen, nach Reisen, Reise- und Fangtagen, Anlandeplätzen und Verwendungszweck sowie nach Fischereibetriebs- und Fahrzeugarten. Zahl und BRT der Fischereifahrzeuge nach Fischereibetriebsarten und Heimathäfen. Im Einsatz befindliche Fahrzeuge. Bordpersonal in der Dampfer- und Loggerfischerei.

Zu II.: Fangergebnisse (Menge und Erzeugererlös) nach Fischarten.

Veröffentlichungen:

WiSta 62/4; 63/3; 64/4; 65/4; 66/4.

WiSta* (monatlich).

Zu I. und II.: Fachserie B, Reihe 4 (jährlich).

Zu I.: Fachserie B, Reihe 4/I (monatlich mit Vorbericht, jährlich).

Zu II.: Fachserie B, Reihe 4/II (zweimonatlich).

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:
Jahresbericht über die Deutsche Fischwirtschaft.

E. Holzwirtschaft

1. Berichterstattung über Holzeinschlag und Holzverkauf

Rechtsgrundlage:

Verordnung über eine Holzstatistik vom 15. Dezember 1964 (Bundesanzeiger Nr. 235 S. 1). Abdruck S. 194.

Periodizität:

Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Betriebe, die Rohholz erzeugen (Erhebung bei höchstens 10 000 Betrieben; für die übrigen Betriebe wird geschätzt).

Berichtsweg:

Befragte — zuständige Ministerien der Länder — Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Dargestellte Tatbestände:

Holzeinschlag und Veräußerung von Rohholz in Erzeugerbetrieben.

Veröffentlichungen:

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Statistischer Monatsbericht.

Statistisches Jahrbuch.

Bemerkungen:

Vierteljährliche Ergebnisse über Bestände und Bestandsveränderungen an Rohholz und an Erzeugnissen der Holzbearbeitung in Bearbeitungsbetrieben siehe S. 81, lfd. Nr. IV B 3f.

III. Unternehmen und Arbeitsstätten (ohne Landwirtschaft)

1. Arbeitsstättenzählung

Für die Erhebung 1961:

Rechtsgrundlage:

Gesetz über eine Zählung der Bevölkerung und der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen im Jahre 1961 sowie über einen Verkehrszensus im Jahre 1962 (Volkszählungsgesetz 1961) vom 13. April 1961 (BGBl. I S. 437). Abdruck S. 155.

Periodizität:

In etwa zehnjährigen Abständen, zuletzt am 6. Juni 1961 durchgeführt.

Kreis der Befragten:

Inhaber und Leiter nichtlandwirtschaftlicher Arbeitsstätten und Unternehmen einschließlich der öffentlichen und öffentlich-rechtlichen Verwaltungen, der selbständigen Angehörigen der freien Berufe; Heimarbeiter; Büros jeglicher Art; Betriebe der gewerblichen Gärtnerei und der Tierzucht; Betriebe der Hochsee- und Küstenfischerei. Bundesbahn und Bundespost führten die Erhebung in ihren Geschäftsbereichen selbständig durch.

Berichtsweg:

Befragte — Gemeinden (örtliche Durchführung der Zählung unter Mitwirkung ehrenamtlicher Zähler) — Kreise — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Arbeitsstätten:

Arbeitsstätten (darunter in die Handwerksrolle eingetragen sowie einzige Niederlassungen und Niederlassungen von Unternehmen anderer Wirtschaftsgruppen) und deren Beschäftigte insgesamt; Arbeitsstätten und Beschäftigte nach Größenklassen; Beschäftigte der Arbeitsstätten (darunter Teilbeschäftigte) nach Geschlecht und Stellung im Betrieb; Arbeitsstätten der Hausgewerbetreibenden, Heimarbeiter und Zwischenmeister und deren Beschäftigte nach der Zahl ihrer fremden Hilfskräfte und nach Größenklassen.

Unternehmen:

Unternehmen und Beschäftigte nach der Rechtsform und nach Größenklassen; in die Handwerksrolle eingetragene Unternehmen und deren Beschäftigte sowie Unternehmen von Vertriebenen und Sowjetzonenflüchtlingen und deren Beschäftigte. Strukturelle und regionale Zusammenhänge zwischen den Unternehmen und ihren Niederlassungen.

(Fachliche Gliederung nach der »Systematik der Wirtschaftszweige für die Arbeitsstättenzählung — Ausgabe 1961«, siehe auch Übersicht im Anhang S. 292 und Auszug aus der Grundsystematik S. 294.)

Veröffentlichungen:

WiSta 61/4 (M); 63/7, 7*, 9, 9*, 11; 64/3, 3*, 9; 65/4, 4*. Fachserie C, Arbeitsstättenzählung 1961, Heft 1 bis 7 sowie 5 Vorberichte.

2. Kostenstrukturstatistik

Rechtsgrundlage:

Gesetz über Kostenstrukturstatistik (KoStrukStatG) vom 12. Mai 1959 (BGBl. I S. 245). Abdruck S. 197.

Periodizität:

Erhebungen in der gewerblichen Wirtschaft sowie bei sonstigen Arbeitsstätten (mit Ausnahme der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitsstätten) nacheinander in vierjährigem Turnus, beginnend 1959 für das Berichtsjahr 1958:

1. im ersten Erhebungsjahr:

in der Industrie (einschließlich Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung) und im Handwerk;

2. im zweiten Erhebungsjahr:

im Verkehrsgewerbe, bei freien Berufen und den übrigen unter 1., 3., 4. nicht genannten Arbeitsstätten;

3. im dritten Erhebungsjahr:

im Großhandel (einschließlich Verlagswesen) und im Handelsvertreter- sowie Handelsmaklergewerbe;

4. im vierten Erhebungsjahr:

im Einzelhandel sowie im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe.

Kreis der Befragten:

Ausgewählte Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft; ferner ausgewählte freie Berufe (z. B. Ärzte, Zahnärzte, Rechtsanwälte und Notare, prüfende sowie wirtschafts- und steuerberatende Berufe). Die Erhebungen werden mit dem Ziel durchgeführt, von der Gesamtzahl der Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und der sonstigen Arbeitsstätten bis zu 5% zur Erstellung repräsentativer Ergebnisse zu erfassen. Der Repräsentationsgrad variiert je nach den sachlichen Erfordernissen in den einzelnen Wirtschaftszweigen und in den Größenklassen. Die Auskunfterteilung ist freiwillig.

Berichtsweg:

Befragte — StLA bzw. Wirtschaftsorganisationen (auch Buchstellen) — StBA; teilweise auch: Befragte — StBA (in beiden Fällen zentrale Aufbereitung).

Die Erhebung (Auswahl der Unternehmen, Versand und Wiedereinziehen der Fragebogen usw.) wird teilweise von den StLA, teilweise unter Mitwirkung der Wirtschaftsorganisationen durchgeführt.

Dargestellte Tatbestände:

Gesamtleistung (Gesamtproduktion) bzw. Einnahmen (bei freien Berufen); steuerlicher Umsatz für das Kalenderjahr; wirtschaftlicher Umsatz für das Geschäftsjahr, gegliedert nach den fachlichen Besonderheiten; Bestandsveränderungen im Geschäftsjahr an halbfertigen und fertigen Erzeugnissen eigener Produktion.

Wert der selbstgestellten Anlagen bzw. der innerbetrieblichen Leistungen (bei Industrie, Handwerk und Verkehrsgewerbe); Nettoproduktionswert (bei Industrie und Handwerk); Rohertrag (im Handel); Material- und Warenbezüge (im Handel und im Gastgewerbe).

Kosten in Prozent der Gesamtleistung (Gesamtproduktion) bzw. Einnahmen (teilweise bei freien Berufen): Stoffverbrauch (teilweise aufgegliedert) und Einstandswert der umgesetzten Handelsware; Verbrauch von Brenn- und Treibstoffen, Energie und dergleichen; Löhne, Gehälter, Sozialkosten (gesetzliche, übrige). Instandhaltungskosten, Steuern (teilweise aufgegliedert). Mieten und Pachten, steuerliche Abschreibungen und Fremdkapitalzinsen (mit Ausnahme der Industrie); übrige Kosten (bei der Industrie ohne kalkulatorische Kosten), teilweise noch weiter aufgegliedert.

Je Unternehmen, je Praxis bzw. je Büro:

Tätige Personen und Personalkosten wie Löhne, Gehälter, Sozialkosten; ausgewählte Posten des Jahresabschlusses (z. B. Sachanlagen, Bestände, Forderungen und Verbindlichkeiten auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen).

(Fachliche Gliederung nach der »Systematik der Wirtschaftszweige — Ausgabe 1961«, siehe auch Übersicht im Anhang S. 292 und Auszug aus der Systematik S. 294.)

Veröffentlichungen:

WiSta 62/4, 63/2, 64/2, 5, 65/9.
Fachserie C, Reihe 1 (einschl. Vorberichte):
I. Industrie und Energiewirtschaft
II. Handwerk
III. Verkehrsgewerbe
IV. Freie Berufe
V. Großhandel, Handelsvertreter und -makler, Verlagswesen
VI. Gastgewerbe
VII. Einzelhandel

Bemerkungen:

Im ersten 4-Jahres-Turnus wurden Teile des Verkehrsgewerbes im Rahmen der einmalig durchgeführten Statistik der Kosten und Leistungen im Güterverkehr 1959 (siehe S. 95, lfd. Nr. VII A 2) befragt, so daß im Rahmen der Kostenstrukturstatistik 1959 nur der öffentliche Straßenverkehr und die Seeschifffahrt erfaßt zu werden brauchten.

3. Statistik der Kapitalgesellschaften

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314), § 2 Ziff. 7. Abdruck S. 147.

Periodizität:

Monatliche Meldung, jährliche Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

Zusammenstellung bei den StLA auf Grund von Meldungen der Registergerichte und durch Auswertung von Bekanntmachungen im Bundesanzeiger.

Berichtsweg:

(Z. T. Registergerichte) — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Bestand und Veränderung von Zahl und Nominalkapital der rund 57 000 Kapitalgesellschaften (Ende 1965) nach Wirtschaftsgruppen, Zu- und Abgänge nach Art der Veränderung; Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung nach Größenklassen des Nominalkapitals (in dreijährigen Abständen, zuletzt für 1965).

(Fachliche Gliederung nach der »Systematik der Wirtschaftszweige — Ausgabe 1961«, siehe auch Übersicht im Anhang S. 292 und Auszug aus der Systematik S. 294.)

Veröffentlichungen:

WiSta 62/3, 3*; 63/3, 3*; 64/3, 3*; 65/3, 3*; 66/3, 3*.
Fachserie C, Reihe 2/I (jährlich).

4. Bilanzstatistik der Aktiengesellschaften

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314), § 2 Ziff. 7. Abdruck S. 147.

Periodizität:

Jährliche Zusammenstellung.

Dargestellte Tatbestände:

Wichtige Bilanzposten der Aktiengesellschaften nach Wirtschaftsgruppen, ergänzt durch Angaben über die Posten der Erfolgsrechnungen, Bilanzstruktur, Finanzierungsquellen, Dividenden; Entwicklung der Sachanlagen; Eigentum am Kapital der Aktiengesellschaften.

(Fachliche Gliederung nach der »Systematik der Wirtschaftszweige — Ausgabe 1961«, siehe auch Übersicht im Anhang S. 292 und Auszug aus der Systematik S. 294.)

Veröffentlichungen:

WiSta 62/4, 4*, 8, 8*, 11, 11*; 63/4, 4*, 8, 8*, 12, 12*; 64/4, 4*, 8, 8*, 11, 11*; 65/4, 4*, 9, 9*, 11, 11*; 66/2, 2*, 4, 4*.
Fachserie C, Reihe 2/I (jährlich),
Reihe 2/S Sonderbeiträge (unregelmäßig).

Bemerkungen:

Die Statistik wird im StBA an Hand der Veröffentlichungen im Bundesanzeiger und der Geschäftsberichte der Aktiengesellschaften durchgeführt. Einbezogen wurden 1963 und 1964 rund 2 000 Aktiengesellschaften (ohne Banken und Versicherungen).

5. Statistik der Finanzen der öffentlichen Wirtschaftsunternehmen

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Finanzstatistik vom 8. Juni 1960 (BGBl. I S. 322). Abdruck S. 265.

Periodizität:

Jährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Rund 900 kommunale Versorgungs- und Verkehrsunternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit (Eigenbetriebe) oder in rechtlich selbständiger Form (AG, GmbH), und zwar überwiegend in Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern und in Landkreisen (siehe auch Bemerkungen).

Berichtsweg:

Befragte — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Jahresabschlüsse der Unternehmen in Anlehnung an das Veröffentlichungsschema der Aktiengesellschaften (Bilanz, Anlagenachweis, Erfolgsrechnung).

Veröffentlichungen:

Fachserie C, Reihe 3 I (jährlich).

Bemerkungen:

Es ist vorgesehen (entsprechend der gesetzlichen Regelung), in den Kreis der Befragten künftig einzubeziehen:

Öffentliche Unternehmen außerhalb des Versorgungs- und Verkehrsbereiches; öffentliche Wirtschaftsunternehmen in Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern; staatliche Wirtschaftsunternehmen, die gemäß § 15 Reichshaushaltsordnung geführt werden; kommunale Einrichtungen, die nach der Eigenbetriebsverordnung geführt werden.

6. Statistik der Gewerbeaufsicht

Rechtsgrundlage:

§ 139b der Gewerbeordnung.

Periodizität:

Jährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

Gewerbeaufsichtsämter.

Berichtsweg:

Befragte — Arbeitsministerien der Länder — Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

Dargestellte Tatbestände:

Ermittelte Zuwiderhandlungen gegen die Arbeitsschutzvorschriften, Bestrafungen, Nachweis der untersuchten Unfälle (sachliche und persönliche Mängel), unfalltechnische und gewerbehygienische Beanstandungen. Außerdem alle zwei Jahre: Betriebe, Arbeitnehmer, durchgeführte Besichtigungen.

Veröffentlichungen:

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung:
Jahresberichte der Gewerbeaufsicht,
Arbeits- und Sozialstatistische Mitteilungen (jährlich auszugsweise).

IV. Industrie und Handwerk

A. Produzierendes Gewerbe

1. Zensus

Ausgehend von den Empfehlungen der Vereinten Nationen und den Bedürfnissen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sind für den »Industriezensus 1963« einheitliche Feststellungen im gesamten Produzierenden Gewerbe für das Berichtsjahr 1962 getroffen worden. Hierbei wurden in den einzelnen Bereichen (Industrie einschließlich Bergbau, Handwerk, Baugewerbe, öffentliche Energie- und Wasserversorgung) auf Grund besonderer Rechtsgrundlagen getrennte, aber in sich koordinierte Erhebungen durchgeführt. Schwerpunkte des Programms sind die Beschäftigtenstruktur, die Merkmale zur Berechnung des Nettoproduktionswertes und die Investitionen. Die Ergebnisse sollen nicht nur für die einzelnen Bereiche, sondern als deren Zusammenfassung auch für das Produzierende Gewerbe dargestellt werden.

a) Industrie (ohne Bauindustrie)

(siehe auch S. 78, lfd. Nr. 2 a und S. 79 ff., lfd. Nr. IV B)

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe vom 15. Juli 1957 (BGBl. I S. 720). Abdruck S. 199. Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe vom 26. April 1961 (BGBl. I S. 477). Abdruck S. 201. Zweites Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe vom 24. April 1963 (BGBl. I S. 202). Abdruck S. 202.

Periodizität:

In mehrjährigen Abständen, erstmalig 1963 für 1962 durchgeführt; Wiederholungen in drei- bis fünfjährigen Abständen vorgesehen.

Kreis der Befragten:

Unternehmen der Industrie (einschließlich Bergbau, jedoch ohne Bauindustrie) und Industriebetriebe von nichtindustriellen Unternehmen (insgesamt rund 48 000 Befragte mit jeweils 10 und mehr Beschäftigten).

Berichtsweg:

Befragte — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Unternehmen, Betriebe, Beschäftigte nach Geschlecht und nach Stellung im Betrieb; Bruttosumme der Löhne und Gehälter, Wert der Bruttozugänge an Sachanlagen nach Arten, Verkaufserlöse aus Abgang von Sachanlagen; Wert der Material- und Wareneingänge, Wert der Material- und Warenbestände (am Anfang und Ende des Berichtsjahres), Umsatz nach Umsatzarten; Bruttoproduktions- und Nettoproduktionswert. (Der Verkauf von Sachanlagen sowie die Materialbestände werden nur in der Gruppierung nach Unternehmen dargestellt.)

Aufgliederung wichtiger Tatbestände nach Rechtsform der Unternehmen sowie nach Größenklassen nach der Zahl der Beschäftigten, des Umsatzes und des Nettoproduktionswertes.

(Fachliche Gliederung nach der abgewandelten »Systematik der Wirtschaftszweige — Ausgabe 1961«, siehe auch Übersicht im Anhang S. 292 und Auszug aus der Systematik S. 294.)

Veröffentlichungen:

WiSta 63/5; 65/6 (M).

Fachserie D »Zensus im Produzierenden Gewerbe 1962«, Hefte 1 bis 5, 8 und 9.

b) Produzierendes Handwerk (ohne Bauhandwerk)

Die Angaben für den Zensus wurden einer Sonderaufbereitung der Handwerkszählung 1963 entnommen (siehe hierzu S. 82, lfd. Nr. IV C 1, außerdem auch S. 78, lfd. Nr. 2 b).

c) Baugewerbe

(siehe auch S. 78, lfd. Nr. 2 c und S. 85, lfd. Nr. V A)

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe vom 15. Juli 1957 (BGBl. I S. 720). Abdruck S. 199. Zweites Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe vom 24. April 1963 (BGBl. I S. 202). Abdruck S. 202. Gesetz über die Handwerkszählung 1963 (Handwerkszählungsgesetz 1963) vom 30. März 1963 (BGBl. I S. 177). Abdruck S. 212.

Periodizität:

Siehe lfd. Nr. 1 a.

Kreis der Befragten:

Die industriellen und handwerklichen Unternehmen des Baugewerbes (rund 64 000 Befragte).

Berichtsweg:

Siehe lfd. Nr. 1 a.

Dargestellte Tatbestände:

Unternehmen, Beschäftigte nach Geschlecht und nach Stellung im Betrieb; Bruttosumme der Löhne und Gehälter, Wert der Bruttozugänge an Sachanlagen nach Arten, Verkaufserlöse aus Abgang von Sachanlagen; Materialeingang, Umsatz nach Umsatzarten (für Bauhauptgewerbe außerdem Wert der Jahresbauleistung und Wert der sonstigen eigenen Erzeugnisse und Leistungen); Bruttoproduktions- und Nettoproduktionswert.

Aufgliederung wichtiger Tatbestände nach Rechtsform der Unternehmen sowie nach Größenklassen nach der Zahl der Beschäftigten, des Umsatzes und des Nettoproduktionswertes.

(Fachliche Gliederung nach der »Systematik der Wirtschaftszweige — Ausgabe 1961«, siehe auch Übersicht im Anhang S. 292 und Auszug aus der Systematik S. 294.)

Veröffentlichungen:

WiSta 63/5; 65/6 (M).

Fachserie D »Zensus im Produzierenden Gewerbe 1962«, Hefte 6, 8 und 9.

d) Öffentliche Energie- und Wasserversorgung

(siehe auch S. 78, lfd. Nr. 2 d und S. 83 ff., lfd. Nr. IV E)

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Allgemeine Statistik in der Elektrizitäts- und Gaswirtschaft und die Durchführung des Europäischen Industriezensus in der Versorgungswirtschaft vom 24. April 1963 (BGBl. I S. 204). Abdruck S. 203.

Periodizität:

Siehe lfd. Nr. 1 a.

Kreis der Befragten:

Unternehmen der öffentlichen Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung (rund 2 300 Befragte).

Berichtsweg:

Befragte — StLA — StBA (zentrale Aufbereitung).

Dargestellte Tatbestände:

Unternehmen und fachliche Unternehmensteile, Beschäftigte nach Geschlecht und nach Stellung im Betrieb; Bruttosumme der Löhne und Gehälter, Wert der Bruttozugänge an Sachanlagen nach Arten, Verkaufserlöse aus Abgang von Sachanlagen; Wert des Materialverbrauchs und der zur Weiterverteilung fremdbezogenen Energie (einschließlich Wasser); Wert der Material- und Warenbestände (am Anfang und am Ende des Berichtsjahres), Umsatz nach Umsatzarten; Bruttoproduktions- und Nettoproduktionswerte.

Aufgliederung wichtiger Tatbestände nach Rechtsform der Unternehmen sowie nach Größenklassen nach der Zahl der Beschäftigten, des Umsatzes und des Nettoproduktionswertes. Gliederung der Ergebnisse außerdem nach Unternehmen, die nur in einem Versorgungsbereich tätig sind, nach kombinierten Unternehmen und deren fachlichen Unternehmensteilen (Elektrizität, Gas, Wasser, Fernwärme, Sonstiges).

Veröffentlichungen:

Fachserie D »Zensus im Produzierenden Gewerbe 1962«, Hefte 7 bis 9.

2. Jährliche Investitionserhebung

a) Industrie (ohne Bauindustrie)

(siehe auch S. 77, lfd. Nr. 1 a und S. 79 ff., lfd. Nr. IV B)

Rechtsgrundlage:

Verordnung über die Durchführung einer Statistik über die Investitionen in der Industrie und im Bergbau vom 11. Mai 1965 (Bundesanzeiger Nr. 90 S. 1). Abdruck S. 206.

Periodizität:

Jährliche Erhebung und Aufbereitung, erstmalig 1965 für 1964 durchgeführt.

Kreis der Befragten:

Unternehmen der Industrie (einschließlich Bergbau, jedoch ohne Bauindustrie) und Industriebetriebe von nichtindustriellen Unternehmen (insgesamt rund 32 000 Befragte mit 50 und mehr Beschäftigten).

Berichtsweg:

Befragte — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Unternehmen, Betriebe; Wert der Bruttozugänge an Sachanlagen nach Arten, Verkaufserlöse aus Abgang von Sachanlagen, Wert der Material- und Warenbestände (am Anfang und Ende des Berichtsjahres). (Die Verkaufserlöse aus Abgang von Sachanlagen werden nur in der Gruppierung nach Unternehmen dargestellt.)

Aufgliederung der Unternehmen und deren Bruttozugänge an Sachanlagen nach Größenklassen nach der Zahl der Beschäftigten und des Umsatzes.

(Fachliche Gliederung nach der abgewandelten »Systematik der Wirtschaftszweige — Ausgabe 1961«, siehe auch Übersicht im Anhang S. 292 und Auszug aus der Systematik S. 294.)

Veröffentlichungen:

WiSta 65/7.

Fachserie D, Reihe 1/I (jährlich).

Betriebsergebnisse:

Unternehmensergebnisse: Fachserie D, Reihe 1/II (jährlich).

b) Produzierendes Handwerk (ohne Bauhauptgewerbe)

(siehe auch S. 77, lfd. Nr. 1 b)

Rechtsgrundlage:

Verordnung über die Durchführung einer Statistik über die Investitionen im Bauhauptgewerbe und im produzierenden Handwerk vom 11. Mai 1965 (Bundesanzeiger Nr. 90 S. 1). Abdruck S. 207.

Periodizität:

Siehe lfd. Nr. 2 a.

Kreis der Befragten:

In die Handwerksrolle eingetragene Unternehmen selbstständiger Handwerker (rund 18 000 Befragte mit 20 und mehr Beschäftigten).

Berichtsweg:

Siehe lfd. Nr. 2 a.

Dargestellte Tatbestände:

Unternehmen, Wert der Bruttozugänge an Sachanlagen nach Arten, Verkaufserlöse aus Abgang von Sachanlagen.

(Fachliche Gliederung nach dem »Verzeichnis der handwerklichen Tätigkeiten«, siehe auch Übersicht im Anhang S. 292.)

Veröffentlichungen:

Fachserie D, Reihe 7/II (jährlich).

c) Bauhauptgewerbe

(siehe auch S. 77, lfd. Nr. 1 c und S. 85, lfd. Nr. V A)

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 2 b.

Periodizität:

Siehe lfd. Nr. 2 a.

Kreis der Befragten:

Industrielle und handwerkliche Unternehmen des Bauhauptgewerbes (rund 18 000 Befragte mit 20 und mehr Beschäftigten).

Berichtsweg:

Siehe lfd. Nr. 2 a.

Dargestellte Tatbestände:

Unternehmen, Wert der Bruttozugänge an Sachanlagen nach Arten, Verkaufserlöse aus Abgang von Sachanlagen, jeweils gegliedert nach Unternehmen mit bzw. ohne Beteiligung an Arbeitsgemeinschaften.

Aufgliederung der Unternehmen und deren Bruttozugänge an Sachanlagen nach Größenklassen nach der Zahl der Beschäftigten und des Umsatzes.

(Fachliche Gliederung nach der »Systematik der Wirtschaftszweige — Ausgabe 1961«, siehe auch Übersicht im Anhang S. 292 und Auszug aus der Systematik S. 294.)

Veröffentlichungen:

WiSta 65/7.

Fachserie E, Reihe 2/II (jährlich).

d) Öffentliche Energie- und Wasserversorgung

(siehe auch S. 77, lfd. Nr. 1 d und S. 83 ff., lfd. Nr. IV E)

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Allgemeine Statistik in der Elektrizitäts- und Gaswirtschaft und die Durchführung des Europäischen Industriezensus in der Versorgungswirtschaft vom 24. April 1963 (BGBl. I S. 204). Abdruck S. 203.

Periodizität:

Jährliche Erhebung und Aufbereitung, erstmalig 1966 für 1965 durchgeführt.

Kreis der Befragten:

Unternehmen der öffentlichen Elektrizitäts- und Gasversorgung (rund 2 000 Befragte).

Berichtsweg:

Befragte — StLA — StBA (zentrale Aufbereitung).

Dargestellte Tatbestände:

Vorgesehen:

Unternehmen, Wert der Bruttozugänge an Sachanlagen nach Arten.

Aufgliederung bei kombinierten Unternehmen nach den fachlichen Unternehmensteilen (Elektrizität, Fernwärme, Gas, Wasser, Sonstiges).

Veröffentlichungen:

Vorgesehen:

Fachserie D, Reihe 5 (jährlich).

B. Industrie (ohne Bauindustrie)

1. Industrieberichterstattung

(siehe auch S. 77, lfd. Nr. IV A 1 a und S. 78, lfd. Nr. IV A 2 a sowie S. 82, lfd. Nr. 4)

a) Monatlicher Industriebericht

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe vom 15. Juli 1957 (BGBl. I S. 720). Abdruck S. 199. Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe vom 26. April 1961 (BGBl. I S. 477). Abdruck S. 201. Zweites Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe vom 24. April 1963 (BGBl. I S. 202). Abdruck S. 202.

Periodizität:

Monatliche Erhebung sowie monatliche und jährliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten.

Erfaßt werden zur Zeit rund 59 000 örtlich und produktionsmäßig zusammenhängende Betriebe, das sind 58% aller Industriebetriebe mit einem Anteil von 98% der Beschäftigten und des Umsatzes der gesamten Industrie; nicht erfaßt werden Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke für die öffentliche Versorgung sowie die Betriebe der Bauindustrie. Für den Kohlenbergbau in den Ländern Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Saarland werden die Angaben der »Statistik der Kohlenwirtschaft e. V.« verwendet.

Eine Umstellung des Berichtskreises auf Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten ist ab Januar 1967 vorgesehen.

Berichtsweg:

Befragte — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Monatlich: Betriebe, Beschäftigte nach Stellung im Betrieb, geleistete Arbeiterstunden, Bruttosumme der Löhne und Gehälter; Inland- und Auslandumsatz (Gesamtwert der in Rechnung gestellten Lieferungen und Leistungen); Kohleverbrauch und -bestand nach Arten, Heizölverbrauch und -bestand nach Arten; Fremdbezug, Eigenerzeugung, Abgabe und Verbrauch von Strom; Gasverbrauch.

Jährlich: Betriebe, Beschäftigte und Umsatz (unter Einbeziehung der Kleinbetriebe mit weniger als 10 Beschäftigten — vgl. lfd. Nr. 1 c —) nach Betriebsgrößenklassen auf Grund der Beschäftigtenzahlen.

(Fachliche Gliederung im allgemeinen nach örtlichen Betriebseinheiten, zum Teil auch nach Betriebsteilen nach dem »Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht«, siehe auch Übersicht im Anhang S. 292 und Auszug aus dem Verzeichnis S. 297.)

Veröffentlichungen:

WiSta: 62/2, 5, 8, 11; 63/2, 2*, 5, 8, 11; 64/2, 2*, 5, 8, 11; 65/2, 2*, 8.
WiSta* (monatlich).
Fachserie D, Reihe 1 mit Vorbericht (monatlich, jährlich),
Reihe 4 (jährlich).

b) Zusatzerhebung zum Industriebericht

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 1 a.

Periodizität:

In ein- bis zweijährigen Abständen, zuletzt im September 1964 durchgeführt.

Kreis der Befragten:

Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (entsprechend dem monatlichen Industriebericht, siehe lfd. Nr. 1 a).

Berichtsweg:

Siehe lfd. Nr. 1 a.

Dargestellte Tatbestände:

Für 1964:

Beschäftigte nach der Stellung im Betrieb und nach dem Geschlecht. Wasserversorgung für das Jahr 1963 (Wasseraufkommen aus Eigenförderung und Fremdbezug, Wassernutzung einschließlich Kreislaufwasser, Wasserableitung).

(Fachliche Gliederung nach dem »Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht«, siehe auch Übersicht im Anhang S. 292 und Auszug aus dem Verzeichnis S. 297.)

Veröffentlichungen:

WiSta 62/10 (für Erhebung 1962).
Fachserie D, Reihe 4 (jährlich),
Reihe 5/II (zweijährlich).

c) Industriebericht für Kleinbetriebe

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 1 a.

Periodizität:

Jährliche Erhebung (im September) und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Alle nicht monatlich erfaßten Industriebetriebe, d. h. im allgemeinen Betriebe mit weniger als 10 Beschäftigten. Eine Umstellung des Berichtskreises auf Betriebe mit im allgemeinen weniger als 20 Beschäftigten ist ab Januar 1967 vorgesehen.

Erfaßt werden zur Zeit rund 43 400 örtlich und produktionsmäßig zusammenhängende Betriebe, das sind 42% aller Industriebetriebe mit 2% der Beschäftigten und des Umsatzes der gesamten Industrie; nicht erfaßt werden Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke für die öffentliche Versorgung sowie die Betriebe der Bauindustrie.

Berichtsweg:

Siehe lfd. Nr. 1 a.

Dargestellte Tatbestände:

Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im September, Gesamtumsatz im Vorjahr, Vertriebenen- oder Zugewanderteneigenschaft der Betriebe.

(Fachliche Gliederung nach dem »Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht«, siehe auch Übersicht im Anhang S. 292 und Auszug aus dem Verzeichnis S. 297.)

Veröffentlichungen:

Fachserie D, Reihe 4 (jährlich).

Bemerkungen:

Die Ergebnisse dieser Erhebung werden u. a. mit den Ergebnissen der monatlichen Industrieberichterstattung einmal jährlich insgesamt aufbereitet (siehe auch lfd. Nr. 1 a).

d) Statistik über den Auftragseingang

Rechtsgrundlage:

Verordnung über die Durchführung einer Statistik über den Auftragseingang in der Industrie vom 9. Dezember 1963 (Bundesanzeiger Nr. 231 S. 1). Abdruck S. 208.

Neue Rechtsgrundlage in Vorbereitung.

Periodizität:

Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Industriebetriebe in etwa 70 ausgewählten Industriezweigen (rund 16 000 Befragte mit im allgemeinen 25 und mehr Beschäftigten).

Berichtsweg:

Siehe lfd. Nr. 1 a.

Dargestellte Tatbestände:

Index des Auftragseingangs in der Industrie

Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 326.

Veröffentlichungen:

WiSta * (monatlich ab Juli 1964).
Fachserie D, Reihe 6 (monatlich).
Bundesministerium für Wirtschaft:
Monatsbericht »Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland« (bis Juli 1964).

Bemerkungen:

Bei einigen Industriezweigen wird der Auftragseingang im Rahmen von amtlichen Sonderstatistiken (vgl. lfd. Nr. IV B3) bzw. durch Wirtschaftsorganisationen ermittelt.

2. Produktionsstatistik

a) Vierteljährliche Produktionserhebung

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe vom 15. Juli 1957 (BGBl. I S. 720). Abdruck S. 199.

Periodizität:

Vierteljährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (im wesentlichen wie beim monatlichen Industriebericht, S. 79, lfd. Nr. 1 a).

Berichtsweg:

Befragte — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Zum Absatz bestimmte Produktion nach Menge und Wert (für Erzeugnisse, bei denen die Weiterverarbeitung im gleichen Unternehmen besonders erfragt wird, werden für die Gesamtproduktion nur die Menge und für die zum Absatz bestimmte Produktion Menge und Wert ausgewiesen).

(Fachliche Gliederung nach dem »Systematischen Warenverzeichnis für die Industriestatistik«, siehe auch Übersicht im Anhang S. 292 und Auszug aus dem Verzeichnis S. 303.)

Veröffentlichungen:

WiSta 62/1; 63/1; 64/1; 65/1; 66/2.
Fachserie D, Reihe 3 (vierteljährlich, jährlich).

Bemerkungen:

Von insgesamt rund 5 500 erfaßten Erzeugnissen werden Angaben für etwa 2 300 veröffentlicht. Ein Teil dieser Angaben stammt aus anderen Erhebungen (z. B. Eisen- und Stahlstatistik — siehe lfd. Nr. 3 a —, Kohlestatistik der »Statistik der Kohlenwirtschaft e. V.«, Statistiken des Bundesamtes für gewerbliche Wirtschaft).

b) Produktions-Eilbericht

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 2 a.

Periodizität:

Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Siehe lfd. Nr. 2 a.

Berichtsweg:

Siehe lfd. Nr. 2 a.

Dargestellte Tatbestände:

Produktion (nur Menge) für etwa 500 ausgewählte Erzeugnisse bzw. Erzeugnisgruppen.

(Fachliche Gliederung nach der vom »Systematischen Warenverzeichnis für die Industrie« abgeleiteten »Nomenklatur zum Produktions-Eilbericht«, siehe auch Übersicht im Anhang S. 292.)

Veröffentlichungen:

WiSta * (monatlich).
Fachserie D, Reihe 2 mit Vorbericht (monatlich).

Bemerkungen:

Diese Erhebung dient mit ihrer repräsentativen Auswahl wichtiger Industrieerzeugnisse der kurzfristigen globalen Unterrichtung über die Entwicklung der industriellen Produktion und zur Berechnung der Produktionsindices.

Index der industriellen Nettoproduktion

Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 326.

Veröffentlichungen:

WiSta 65/3 (M).
WiSta (monatlich, außer Heft 12).
WiSta * (monatlich).
Fachserie D, Reihe 2 mit Vorbericht (monatlich),
Reihe 4 Sonderbeiträge.

Index der industriellen Bruttonproduktion für Investitionsgüter und für Verbrauchsgüter

Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 326.

Veröffentlichungen:

WiSta 65/4 (M).
WiSta * (monatlich).
Fachserie D, Reihe 2 mit Vorbericht (monatlich).

Index des Produktionsergebnisses je Beschäftigten, je Beschäftigtenstunde, je Arbeiter und je Arbeiterstunde in der Industrie

Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 326.

Veröffentlichungen:

WiSta 65/5 (M).
WiSta * (jährlich).
Fachserie D, Reihe 2 (monatlich).

3. Sonderstatistiken für einzelne Industriezweige

a) Eisen- und Stahlstatistik

Rechtsgrundlage:

Gesetz über Statistiken der Rohstoff- und Produktionswirtschaft einzelner Wirtschaftszweige vom 11. November 1960 (BGBl. I S. 842). Abdruck S. 209.

Periodizität:

Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Gruben des Eisenerzbergbaues; Werke der eisenschaffenden Industrie; Eisen-, Stahl- und Tempergießereien; Erzeuger von Legierungsmitteln; Schrott-, Eisen- und Stahlhändler.

Berichtsweg:

Befragte — StBA Außenstelle Düsseldorf (zentrale Erhebung und Aufbereitung).

Dargestellte Tatbestände:

I. Eisenerzbergbau

Eisenerze: Förderung, Aufbereitung, Röstung; Versand, Bestände.

Ferner Angaben über Brennstoff- und Energieverbrauch; Beschäftigte, Arbeiterstunden, Bruttosumme der Löhne und Gehälter.

II. Eisenschaffende Industrie

Hochofenwerke

Einsatzstoffe: Bezug, Verbrauch, Bestände. Koks: Erzeugung, Bezug, Verbrauch, Bestände. Roheisen nach Sorten: Erzeugung, Versand, Bestände.

Stahlwerke

Einsatzstoffe: Bezug, Verbrauch, Bestände. Rohstahl nach Herstellungsverfahren: Erzeugung, Versand, Bestände. Thomasschlacke: Erzeugung, Versand, Bestände.

Walzwerke

Stahlhalbzeug, Walzstahlfertigerzeugnisse, weiterverarbeitete Walzstahlfertigerzeugnisse (jeweils nach Sorten): Erzeugung, Versand, Bestände.

Schmiede-, Preß- und Hammerwerke

Freiformschmiedestücke, rollendes Eisenbahnzeug: Erzeugung, Versand, Bestände.

Ferner Angaben über Brennstoff- und Energiewirtschaft; Beschäftigte (gegliedert nach Betriebsteilen), Arbeiterstunden, verfallene und ausgefallene Stunden, Bruttosumme der Löhne und Gehälter.

III. Eisen-, Stahl- und Tempergießereien
Rohstoffverbrauch, Erzeugung, Auftragseingänge und -bestände, Lieferungen, Brennstoff- und Energiewirtschaft; Beschäftigte, Arbeiterstunden (verfallene und ausgefallene Stunden).

IV. Schrottwirtschaft
Verbraucher: Eigenentfall, Bezug, Verbrauch, Bestände.
Handel: Zugang, Versand, Bestände; Beschäftigte.

Veröffentlichungen:

Fachserie D, Reihe 9/I zum Teil mit Vorbericht (monatlich, vierteljährlich). (Weitere Veröffentlichungen erfolgen für Angaben, die im Rahmen der Vierteljährlichen Produktionserhebung und des Produktions-Eilberichtes — siehe S. 80, lfd. Nr. 2 a und b — nachgewiesen werden.)

b) Nichteisen- und Edelmetallstatistik

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 3 a. Außerdem: Bekanntmachung zum Gesetz über Statistiken der Rohstoff- und Produktionswirtschaft einzelner Wirtschaftszweige vom 7. Dezember 1960 (Bundesanzeiger Nr. 240 S. 2). Abdruck S. 211.

Periodizität:

Monatliche, vierteljährliche bzw. jährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Betriebe des Metallergbergbaues, der Metallgewinnung, der ersten Verarbeitungsstufe und des Metallhandels.

Berichtsweg:

Befragte — Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft (zentrale Erhebung und Aufbereitung).

Dargestellte Tatbestände:

Monatlich: Erzeugung an Erzen, Konzentraten, Rohmaterial und Halbmaterial; Abgabe von Edelmetallen; Auftragseingang und Lieferungen bei Betrieben der ersten Verarbeitungsstufe; Bestand an Rohmaterial bei Betrieben der Metallgewinnung.

Vierteljährlich: Verbrauch an Vor-, Roh- und Abfallmaterial. Bestand an Vor- und Abfallmaterial bei den Betrieben der Metallgewinnung sowie an Vor-, Roh- und Abfallmaterial bei den Betrieben der ersten Verarbeitungsstufe und des Metallhandels.

Jährlich: Abgabe von Roh- und Halbmaterial an Abnehmer im Inland.

Veröffentlichungen:

Veröffentlichungen erfolgen für Angaben, die im Rahmen der Vierteljährlichen Produktionserhebung und des Produktions-Eilberichtes (siehe S. 80, lfd. Nr. 2 a und b) nachgewiesen werden.

c) Mineralölstatistik

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 3 b.

Periodizität:

Siehe lfd. Nr. 3 a.

Kreis der Befragten:

Betriebe, die Mineralölprodukte herstellen oder im Außenhandel bzw. Interzonenhandel beziehen oder liefern.

Berichtsweg:

Siehe lfd. Nr. 3 b.

Dargestellte Tatbestände:

Zugang, Lieferung, Bestand an Mineralölprodukten.

Veröffentlichungen:

Siehe lfd. Nr. 3 b.

Weitere Ergebnisse sind Interessenten auf Anforderung zugänglich.

d) Lederstatistik

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 3 a.

Periodizität:

Siehe lfd. Nr. 3 a.

Kreis der Befragten:

Betriebe der ledererzeugenden Industrie.

Berichtsweg:

Befragte — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Zugang und Einarbeitung an Häuten und Fellen nach Arten. Erzeugung, Versand und Bestand an Leder nach Arten.

Veröffentlichungen:

Fachserie D, Reihe 9/IV (monatlich).

e) Textilstatistik

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 3 a.

Periodizität:

Siehe lfd. Nr. 3 b.

Kreis der Befragten:

Betriebe der Chemiefasererzeugung, Spinnstoffaufbereitung und -verarbeitung, Gespinnstverarbeitung, Textilveredelung, des Woll- und Baumwollhandels.

Berichtsweg:

Siehe lfd. Nr. 3 d.

Dargestellte Tatbestände:

Monatlich: Zugang, Abgang, Bestand an Textilrohstoffen nach Arten; Erzeugung, Versand, Bestand an Textilerzeugnissen nach Arten sowie Spindel- und Webstuhlstunden.

Vierteljährlich: Abgang und Bestand an Textilrohstoffen nach Arten beim Woll- und Baumwollhandel. Jährlich: Beschäftigte und Bestand an Textilmaschinen. (Fachliche Gliederung nach der »Erzeugnisgliederung für die Land-, Forst-, Jagdwirtschaft und Fischerei«, siehe auch Übersicht im Anhang S. 292.)

Veröffentlichungen:

Siehe lfd. Nr. 3 b.

f) Holzstatistik

Rechtsgrundlage:

Verordnung über eine Holzstatistik vom 15. Dezember 1964 (Bundesanzeiger Nr. 235 S. 1). Abdruck S. 194.

Periodizität:

Vierteljährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Holzbearbeitungsbetriebe mit 10 und mehr Beschäftigten, darunter Sägewerke mit einem jährlichen Einschnitt von mindestens 1 000 Festmeter Rundholz.

Berichtsweg:

Siehe lfd. Nr. 3 d.

Dargestellte Tatbestände:

Zugang, Abgang und Bestand an Rohholz und Holzhalbwaren nach Arten.

Veröffentlichungen:

Fachserie D, Reihe 9/III (vierteljährlich).

Bemerkungen:

Monatliche Ergebnisse über Holzeinschlag und Holzverkauf in Erzeugerbetrieben siehe S. 73, lfd. Nr. II E 1.

g) Düngemittelstatistik

Rechtsgrundlage:

Verordnung über eine Düngemittelstatistik vom 24. März 1964 (Bundesanzeiger Nr. 60 S. 1). Abdruck S. 212.

Periodizität:

Siehe lfd. Nr. 3a.

Kreis der Befragten:

Unternehmen, die Düngemittel erstmalig in den Verkehr bringen.

Berichtsweg:

Befragte — StBA (zentrale Erhebung und Aufbereitung).

Dargestellte Tatbestände:

Erzeugung, Einfuhr, Ausfuhr (Lieferungen ab Werk) und Bestände an Düngemitteln nach Nährstoffgehalt (Stickstoff, Phosphat, Kali) sowie Rohstoffe für die Herstellung von Düngemitteln und Lieferung von Düngemitteln zum Verbrauch in der Landwirtschaft.

Veröffentlichungen:

Über Produktion:
Fachserie D, Reihe 2 (monatlich),
Reihe 3 (vierteljährlich, jährlich).

Über Versorgung:
Fachserie D, Reihe 9/II (monatlich, jährlich).

4. Unternehmenserhebung

Rechtsgrundlage:

Zweites Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe vom 24. April 1963 (BGBl. I S. 202). Abdruck S. 202.

Periodizität:

Jährliche Erhebung und Aufbereitung, erstmalig im Herbst 1964 für 1963 durchgeführt.

Kreis der Befragten:

Unternehmen der Industrie einschließlich Bergbau, jedoch ohne Bauindustrie (rund 48 000 Befragte mit 10 und mehr Beschäftigten).

Berichtsweg:

Befragte — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Unternehmen, Beschäftigte (Jahresdurchschnitt aus 5 Stichtagen) und Umsatz nach Umsatzarten, gegliedert nach Größenklassen nach der Zahl der Beschäftigten sowie des Umsatzes.

(Fachliche Gliederung nach der abgewandelten »Systematik der Wirtschaftszweige — Ausgabe 1961«, siehe auch Übersicht im Anhang S. 292 und Auszug aus der Systematik S. 294.)

Veröffentlichungen:

WiSta 65/6; 66/1.
Fachserie D, Reihe 1/II (jährlich).

C. Handwerk (einschließlich Bauhandwerk)

1. Handwerkszählung

Für die Zählung 1963:

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Handwerkszählung 1963 (Handwerkszählungsgesetz 1963) vom 30. März 1963 (BGBl. I S. 177). Abdruck S. 212.

Periodizität:

In mehrjährigen Abständen, zuletzt im Jahre 1963 durchgeführt.

Kreis der Befragten:

I. Allgemeine Erhebung: Rund 690 000 in die Handwerksrolle eingetragene Unternehmen.

II. Stichprobenerhebung: Rund 150 000 ausgewählte Unternehmen aus der Allgemeinen Erhebung (siehe auch Übersicht im Anhang S. 315).

Berichtsweg:

Befragte — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Unternehmen, Eintragung im Handelsregister, Berechtigung zur Anleitung von Lehrlingen, Vorhandensein von Ladengeschäften und von Zweigniederlassungen. Für Berichtsjahr 1962: Beschäftigte nach Geschlecht und nach Stellung im Betrieb (Durchschnitt aus 5 Stichtagen), Bruttosumme der Löhne und Gehälter, Wert der Bruttouzüge an Sachanlagen nach Arten, Wert der Material- und Wareneingänge, Wert der Material- und Warenbestände (am Anfang und am Ende des Berichtsjahres), Umsatz nach Umsatzarten, Bruttoproduktions- und Nettoproduktionswert.

Aufgliederung wichtiger Tatbestände nach der Rechtsform der Unternehmen sowie nach Größenklassen nach der Zahl der Beschäftigten, des Umsatzes und des Nettoproduktionswertes.

(Fachliche Gliederung nach dem »Verzeichnis der handwerklichen Tätigkeiten«, siehe auch Übersicht im Anhang S. 292.)

Veröffentlichungen:

WiSta 65/6; 66/5, 7.
Vorgesehen: Fachserie D, Handwerkszählung 1963.

Bemerkungen:

Für Zwecke des Zensus (vgl. S. 77, lfd. Nr. IV A 1 b) werden durch gesonderte Aufbereitung der Handwerkszählung — nach Aussonderung u. a. der Dienstleistungshandwerke sowie der Handwerksunternehmen mit Schwerpunkt im Handel — Ergebnisse für die verschiedenen Zweige des produzierenden Handwerks erstellt. Diese lassen sich dann mit den entsprechenden Daten für die Industrie bzw. für das Baugewerbe zu Ergebnissen für das Produzierende Gewerbe zusammenfassen.

2. Handwerksberichterstattung

a) Vierteljährliche Handwerksberichterstattung

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Durchführung laufender Statistiken im Handwerk sowie im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe (HwGaStatG) vom 12. August 1960 (BGBl. I S. 689). Abdruck S. 213.

Periodizität:

Vierteljährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Rund 34 000 in die Handwerksrolle eingetragene Unternehmen selbständiger Handwerker in ausgewählten Zweigen.

Die Erhebungen werden als Stichprobenerhebung durchgeführt. Einzubeziehende Unternehmen und die Hochrechnungsfaktoren werden an Hand der Ergebnisse der jeweils letzten Handwerkszählung festgelegt (vgl. lfd. Nr. IVC 1). Der durchschnittliche Auswahlatz der Stichprobe beträgt etwa 6 % (siehe auch Übersicht im Anhang S. 315).

Berichtsweg:

Befragte — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Beschäftigte, Gesamtumsatz, Handwerksumsatz.

(Fachliche Gliederung nach ausgewählten Zweigen nach dem »Verzeichnis der Handwerkszweige«, siehe auch Übersicht im Anhang S. 292.)

Veröffentlichungen:

WiSta 62/8 (M); 63/6; 64/4; 65/5; 66/4.
WiSta* (vierteljährlich).
Fachserie D, Reihe 7/I (vierteljährlich, jährlich).

b) Jahreserhebung der Wareneingänge und Warenvorräte

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 2a.

Periodizität:

In mehrjährigen Abständen, bisher 1962 und 1965 für 1961 bzw. 1964 durchgeführt; Wiederholungen in etwa vierjährigen Abständen vorgesehen.

Kreis der Befragten:

Siehe lfd. Nr. 2a.

Berichtsweg:

Siehe lfd. Nr. 2a.

Dargestellte Tatbestände:

Wareneingänge und -vorräte.

(Fachliche Gliederung nach ausgewählten Zweigen nach dem »Verzeichnis der Handwerkszweige«, siehe auch Übersicht im Anhang S. 292.)

Veröffentlichungen:

Vorgesehen: Fachserie D, Reihe 7.

D. Bauhauptgewerbe

Die Statistiken des Bauhauptgewerbes sind wegen ihres sachlichen Zusammenhangs mit den Bautätigkeits- und Wohnungstatistiken im Abschnitt V dargestellt (siehe hierzu S. 85, lfd. Nr. V A 1 und 2).

E. Energie- und Wasserwirtschaft

(siehe auch S. 77, lfd. Nr. IV A 1 d und S. 78, lfd. Nr. IV A 2 d)

1. Statistik der Elektrizitätsversorgung

a) Erhebungen bei den öffentlichen Elektrizitätsversorgungsunternehmen

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Allgemeine Statistik in der Elektrizitäts- und Gaswirtschaft und die Durchführung des Europäischen Industriezensus in der Versorgungswirtschaft vom 24. April 1963 (BGBl. I S. 204). Abdruck S. 205.

Periodizität:

Monatliche bzw. jährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Unternehmen der öffentlichen Elektrizitätsversorgung.

Berichtsweg:

Befragte — zuständige Ministerien der Länder bzw. StLA — Bundesministerium für Wirtschaft bzw. StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Monatlich: Erzeugung, Bezug und Abgabe von Elektrizität; Ein- und Ausfuhr von Elektrizität; Leistung und Belastung der Anlagen zur Erzeugung, zum Bezug und zur Abgabe von Elektrizität und von Wärme; Bezug und Verbrauch von Brennstoffen und deren Bestand; Vorräte an Speicherwasser für die Erzeugung von Elektrizität.

Jährlich: Umsatz; Abgabe von Elektrizität; Wert der ein- und ausgeführten Elektrizität; Abgabe von Wärme; Beschäftigte, Arbeiterstunden, Bruttosumme der Löhne und Gehälter.

Veröffentlichungen:

Bundesministerium für Wirtschaft:
Öffentliche Elektrizitätsversorgung der Bundesrepublik Deutschland (monatlich).
Die Elektrizitätswirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland (vierteljährlich).
Die Elektrizitätsversorgung in der Bundesrepublik Deutschland (jährlich).

Statistisches Bundesamt:
WiSta * (monatlich).
Fachserie D, Reihe 2 (monatlich),
Reihe 3 (vierteljährlich).

b) Erhebung über Stromerzeugungsanlagen in der Industrie

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 1a.

Periodizität:

Jährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Jährlich: Industriebetriebe mit Stromerzeugungsanlagen über 1000 kVA Nennleistung der Stromerzeuger (rund 800 Befragte).

In mehrjährigen Abständen: Industriebetriebe mit Stromerzeugungsanlagen bis 1000 kVA Nennleistung der Stromerzeuger (rund 2 300 Befragte).

Berichtsweg:

Befragte — StLA — StBA (zentrale Aufbereitung).

Dargestellte Tatbestände:

Betriebe mit Stromerzeugungsanlagen, Zahl und Leistung der Dampfkessel, Nennleistung der Antriebsmaschinen (nach Maschinenarten) und der Stromerzeuger (nach Größenklassen), Jahreshöchstleistung der Anlagen; Elektrizitätsbezug, -abgabe und -verbrauch.

Ferner Gliederung nach Kraftquellen: Engpaßleistung und verfügbare Leistung der Anlagen; Elektrizitätserzeugung und Brennstoffverbrauch.

(Fachliche Gliederung nach dem »Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht«, siehe auch Übersicht im Anhang S. 292 und Auszug aus dem Verzeichnis S. 297.)

Veröffentlichungen:

Fachserie D, Reihe 5/I (jährlich).

2. Statistik der Gasversorgung

a) Erhebungen bei den öffentlichen Gasversorgungsunternehmen

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Allgemeine Statistik in der Elektrizitäts- und Gaswirtschaft und die Durchführung des Europäischen Industriezensus in der Versorgungswirtschaft vom 24. April 1963 (BGBl. I S. 204). Abdruck S. 203.
Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Allgemeine Statistik in der Elektrizitäts- und Gaswirtschaft und die Durchführung des Europäischen Industriezensus in der Versorgungswirtschaft vom 30. April 1964 (Bundesanzeiger Nr. 85 S. 1). Abdruck S. 205.

Periodizität:

Monatliche bzw. jährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Unternehmen der öffentlichen Gasversorgung.

Berichtsweg:

Befragte — zuständige Ministerien der Länder bzw. StLA — Bundesministerium für Wirtschaft bzw. StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Monatlich: Gaserzeugung, -umwandlung, -speicherung; Gasein- und -ausfuhr; Eigenverbrauch, Gasabgabe, Kokserzeugung.

Jährlich: Gasabgabe nach Verbrauchergruppen; Beschäftigte am Jahresende, Arbeiterstunden, Bruttosumme der Löhne und Gehälter; Erlöse aus Gasabgabe.

Veröffentlichungen:

Bundesministerium für Wirtschaft:
Bericht über die öffentliche Gaswirtschaft (monatlich, jährlich).
Statistisches Bundesamt:
WiSta * (monatlich).
Fachserie D, Reihe 2 (monatlich),
Reihe 3 (vierteljährlich).

b) Erhebung über Anlagen zur Erzeugung und Umwandlung brennbarer Gase in der Industrie

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 2 a.

Periodizität:

Jährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Industriebetriebe mit Anlagen zur Erzeugung von Generatorgas bzw. Spaltgas (rund 300 Befragte).

Berichtsweg:

Befragte — StLA — StBA (zentrale Aufbereitung).

Dargestellte Tatbestände:

Betriebe mit Gasgeneratoren und Spaltanlagen, Brennstoffverbrauch nach Brennstoffarten, Gaserzeugung und -verwendung.

Veröffentlichungen:

StJb (nur über Aufkommen und Verwendung).

3. Statistik der Wasserwirtschaft

a) Erhebung über die öffentliche Wasserversorgung und über das öffentliche Abwasserwesen

Rechtsgrundlage:

Verordnung über die Statistik in der öffentlichen Wasserversorgung und im öffentlichen Abwasserwesen vom 12. März 1964 (Bundesanzeiger Nr. 56 S. 1). Abdruck S. 215.

Periodizität:

In unregelmäßigen Abständen, zuletzt 1964 für 1963 durchgeführt.

Kreis der Befragten:

I. Wasserversorgung: Gemeinden, Wasserversorgungsverbände, Unternehmen der öffentlichen Wasserversorgung.

II. Abwasserwesen: Gemeinden mit Anlagen des öffentlichen Abwasserwesens bzw. Abwasserverbände.

Berichtsweg:

Befragte — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Zu I.: Gewinnung aus Grund-, Quell- und Oberflächenwasser; Fremdbezug und Wasserabgabe an Letztverbraucher und an Weiterverteiler; Wasseraufkommen und -abgabe der Wasserversorgungsunternehmen, gegliedert nach Größenklassen des Wasseraufkommens; Wasseraufkommen gegliedert nach Rechtsformen der Unternehmen.

Zu II.: Länge und Art des Kanalnetzes für die Sammlung des Abwassers; Kanalisationsverhältnisse, Abwasserabgabe und Abwasserübernahme der Gemeinden ohne und mit Kläranlagen sowie der Abwasserverbände; Reinigung des Abwassers nach Art der Kläranlage. Gliederung nach Gemeindegrößenklassen und nach Wassereinzugsgebieten.

Veröffentlichungen:

Fachserie D, Reihe 5/III (unregelmäßig).

b) Erhebung über die Wasserversorgung in der Industrie

Die Darstellung dieser Erhebung erfolgt im Rahmen der Zusatzerhebung zum Industriebericht (siehe hierzu S. 79, lfd. Nr. IV B 1 b).

V. Bauhauptgewerbe, Bautätigkeit, Wohnungen

A. Bauhauptgewerbe

(siehe auch S. 77, lfd. Nr. IV A 1 c und S. 78, lfd. Nr. IV A 2 c)

1. Bauberichterstattung

a) Monatsberichterstattung für das Bauhauptgewerbe

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe vom 15. Juli 1957 (BGBl. I S. 720). Abdruck S. 199. Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe vom 26. April 1961 (BGBl. I S. 477). Abdruck S. 201. Zweites Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe vom 24. April 1963 (BGBl. I S. 202). Abdruck S. 202.

Periodizität:

Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

Für den Monat Juni werden die entsprechenden Angaben aus den Ergebnissen der Totalerhebung (siehe lfd. Nr. 1 b) ermittelt.

Kreis der Befragten:

Betriebe des Bauhauptgewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten.

Von insgesamt zur Zeit rund 67 000 Betrieben laut Totalerhebung im Juni (siehe lfd. Nr. 1 b) werden zur Zeit monatlich rund 20 000 Betriebe mit einem Anteil von etwa 80 % der Beschäftigten und des Umsatzes aller Betriebe des Bauhauptgewerbes erfaßt. Die Ergebnisse werden auf alle Betriebe hochgeschätzt.

Berichtsweg:

Befragte — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Betriebe; Beschäftigte nach 5 Beschäftigtengruppen; Bruttosumme der Löhne und Gehälter, Baugewerblicher Umsatz und geleistete Arbeitsstunden, jeweils gegliedert nach der Art der Bauten (Wohnbauten, landwirtschaftliche Bauten, gewerbliche und industrielle Bauten, öffentliche und Verkehrsbauten; bei öffentlichen und Verkehrsbauten gesonderte Angaben für Hoch-, Straßen- und sonstigen Tiefbau).

Veröffentlichungen:

WiSta (vierteljährlich).
WiSta* (monatlich).
Fachserie E, Reihe I (monatlich).

b) Totalerhebung im Bauhauptgewerbe

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 1 a.

Periodizität:

Jährliche Erhebung (Stichtag: Ende Juni) und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Sämtliche Betriebe des Bauhauptgewerbes (zur Zeit rund 67 000).

Berichtsweg:

Siehe lfd. Nr. 1 a.

Dargestellte Tatbestände:

Betriebe; Beschäftigte nach Stellung im Betrieb; Bruttosumme der im Juni gezahlten Löhne und Gehälter; baugewerblicher Umsatz im vorhergehenden Kalenderjahr. Umsatz und geleistete Arbeitsstunden im Juni des laufenden Jahres, gegliedert nach Art der Bauten (siehe lfd. Nr. 1 a); Bestand an wichtigen Geräten.

Sämtliche Ergebnisse gegliedert nach Größenklassen nach der Zahl der Beschäftigten sowie gesonderter Nachweis für Handwerk und Industrie.

(Fachliche Gliederung nach der »Systematik der Wirtschaftszweige — Ausgabe 1961«, siehe auch Übersicht im Anhang S. 292 und Auszug aus der Systematik S. 294.)

Veröffentlichungen:

WiSta 63/2; 64/2; 65/2; 66/1.
Fachserie E, Reihe 2/I (jährlich).

2. Unternehmenserhebung im Bauhauptgewerbe

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe vom 15. Juli 1957 (BGBl. I S. 720). Abdruck S. 199. Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe vom 26. April 1961 (BGBl. I S. 477). Abdruck S. 201. Zweites Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe vom 24. April 1963 (BGBl. I S. 202). Abdruck S. 202.

Periodizität:

Jährliche Erhebung und Aufbereitung, erstmalig 1964 für das Berichtsjahr 1963.

Kreis der Befragten:

Rund 18 000 Unternehmen und Arbeitsgemeinschaften des Bauhauptgewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten.

Berichtsweg:

Befragte — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Unternehmen und Arbeitsgemeinschaften, Beschäftigte, baugewerblicher und sonstiger Umsatz, jeweils gegliedert nach Unternehmen (mit bzw. ohne Beteiligung an Arbeitsgemeinschaften) und Arbeitsgemeinschaften, ferner nach Größenklassen nach der Zahl der Beschäftigten und Umsatzgrößenklassen.

(Fachliche Gliederung nach der »Systematik der Wirtschaftszweige — Ausgabe 1961«, siehe auch Übersicht im Anhang S. 292 und Auszug aus der Systematik S. 294.)

Veröffentlichungen:

WiSta 66/2.
Fachserie E, Reihe 2/II (jährlich).

B. Bautätigkeit

1. Bautätigkeitsstatistik

Die nachstehend unter a) bis c) aufgeführten Statistiken erfassen nur genehmigungs-, zustimmungs- oder anzeigepflichtige Bauvorhaben, durch die Wohn- oder Nutzraum zu- oder abgeht bzw. baulich oder in der Zweckbestimmung verändert wird.

a) Statistik der erteilten Baugenehmigungen

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Durchführung von Statistiken der Bautätigkeit (BauStatG) vom 20. August 1960 (BGBl. I S. 704). Abdruck S. 217. Ein Änderungsgesetz ist vorgesehen.

Periodizität:

Laufende Erfassung, monatliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Bauherren bzw. Bauaufsichtsbehörden.

Ausfüllen der Zählkarten (zur Zeit jährlich rund 500 000) durch Bauherren bzw. Architekten mit anschließender Überprüfung durch Bauaufsichtsbehörden.

Berichtsweg:
Befragte — Bauaufsichtsbehörden — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Erteilte Baugenehmigungen.

Gebäude, Wohnungen, umbauter Raum, Bruttowohn- bzw. Nutzfläche, veranschlagte reine Baukosten, jeweils nach Arten der Baumaßnahmen (Neubau, Wiederaufbau, sonstige Baumaßnahmen), Gebäudearten (Wohngebäude; für Nichtwohngebäude: Anstaltsgebäude, Bürogebäude usw.) und Bauherrengruppen. Außerdem Fertigteilbauten.

Veröffentlichungen:

WiSta 62/3; 63/3; 64/3, 9; 65/3; 66/3.

WiSta* (monatlich).

Fachserie E, Reihe 1 (monatlich),

Reihe 3 (jährlich).

b) Statistik der Baufertigstellungen

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 1 a.

Periodizität:

Laufende Erfassung, monatliche eingeschränkte Aufbereitung zu Zwischenergebnissen, jährliche ausführliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Bauherren bzw. Bauaufsichtsbehörden.

Meldung der Fertigstellungen (Durchdrucke der Baugenehmigungszählkarten) durch Bauherren bzw. Architekten, Meldung der Abgänge infolge Abbruch, Brand usw. durch Eigentümer, jeweils mit anschließender Überprüfung der Meldungen durch Bauaufsichtsbehörden (zur Zeit rund 400 000 Fälle).

Berichtsweg:

Siehe lfd. Nr. 1 a.

Dargestellte Tatbestände:

Fertiggestellte Bauvorhaben.

Gebäude, Wohnungen, umbauter Raum, Bruttowohn- bzw. Nutzfläche, veranschlagte reine Baukosten, jeweils nach Arten der Baumaßnahmen (Neubau, Wiederaufbau, sonstige Baumaßnahmen), außerdem jährlich nach Gebäudearten (für Wohngebäude: Ein- und Zwei- bzw. Mehrfamilienhäuser; für Nichtwohngebäude: Anstaltsgebäude, Bürogebäude usw.) und Bauherrengruppen. Gebäude, Wohnungen und Räume nach der Größe, darunter die mit öffentlichen Mitteln geförderten Gebäude, Wohnungen und Räume.

Zeitraum zwischen Genehmigung und Fertigstellung. Außerdem jährlich Feststellung des Abganges an Wohngebäuden, Wohnungen und Wohnräumen infolge Abbruch, Brand usw.

Veröffentlichungen:

WiSta 62/3, 10; 63/3, 6; 64/3, 9; 65/3; 66/3.

WiSta* (monatlich).

Fachserie E, Reihe 1 (monatlich),

Reihe 3 (jährlich).

c) Statistik des Bauüberhanges

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 1 a.

Periodizität:

Jährliche Erfassung (Stichtag: 31. Dezember) und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Gemeinden bzw. Bauaufsichtsbehörden.

Vorbereitung der Erhebungspapiere durch StLA. Feststellung und Eintragung des Bauzustandes durch Beauftragte der Gemeinden bzw. Bauaufsichtsbehörden (zur Zeit rund 500 000 bis 600 000 Fälle).

Berichtsweg:

Siehe lfd. Nr. 1 a.

Dargestellte Tatbestände:

Genehmigte Baumaßnahmen, die am Jahresende noch nicht als fertiggestellt gemeldet sind.

Gebäude, Wohnungen und umbauter Raum nach dem Bauzustand und Bauherrengruppen. Erloschene Baugenehmigungen.

Veröffentlichungen:

WiSta 62/5, 5*; 63/3, 5, 5*; 64/3; 65/3; 66/3.

Fachserie E, Reihe 1 (jährlich),

Reihe 3 (jährlich).

d) Tiefbaustatistik

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 1 a.

Periodizität:

Laufende Erfassung, monatliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Auftragvergebende Stellen des Bundes, der Länder, der Gemeinden mit 5000 und mehr Einwohnern, Gemeindeverbände, juristische Personen des öffentlichen und des privaten Rechts, an denen die öffentliche Hand maßgeblich beteiligt ist.

Berichtsweg:

Befragte — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Tiefbaumaßnahmen mit einem Auftragswert ab 25 000 DM nach Bauherren, Art der Baumaßnahme und voraussichtlicher Abwicklungsdauer.

Veröffentlichungen:

WiSta 62/8; 63/3; 64/4; 65/3, 3*; 66/4, 4*.

Fachserie E, Reihe 1 (monatlich).

2. Statistik über die Finanzierung des Wohnungsbaues

a) Berichterstattung über die Finanzierung durch Kapitalsammelstellen

Rechtsgrundlage:

Vereinbarungen mit den Spitzenverbänden der Kapitalsammelstellen.

Periodizität:

Monatliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

Verbände der Kapitalsammelstellen.

Berichtsweg:

Befragte — Bundesministerium für Wohnungswesen und Städtebau.

Dargestellte Tatbestände:

Umfang der Zusagen und Auszahlungen von Wohnungsbaukrediten der Kapitalsammelstellen unter Ausgliederung der Anteile des sozialen Wohnungsbaues.

Veröffentlichungen:

Bundesministerium für Wohnungswesen und Städtebau:

Bundes-Baublatt (monatlich).

b) Berichterstattung über die öffentliche Förderung

Rechtsgrundlage:

Vereinbarungen mit den Ländern.

Periodizität:

Siehe lfd. Nr. 2 a.

Kreis der Befragten:

Zuständige oberste Landesbehörden.

Berichtsweg:

Siehe lfd. Nr. 2 a.

Dargestellte Tatbestände:

Umfang der Bewilligungen und Auszahlungen öffentlicher Mittel durch die Bewilligungsstellen der Länder sowie Anzahl der mit öffentlichen Mitteln geförderten Wohnungen nach Förderungstypen.

Veröffentlichungen:

Bundesministerium für Wohnungswesen und Städtebau:

Bundes-Baublatt (monatlich).

c) Statistik der Bewilligungen im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Durchführung von Statistiken der Bau-tätigkeit (BauStatG) vom 20. August 1960 (BGBl. I S. 704), Abdruck S. 217.

Periodizität:

Laufende Erfassung, vierteljährliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Bewilligungsstellen für öffentliche Mittel bzw. oberste Baubehörden der Länder (zur Zeit jährlich rund 60 000 bis 80 000 Einzelbewilligungsbescheide).

Berichtsweg:

Befragte — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Ausgesprochene Bewilligungen für öffentlich geförderte Wohnungsbauvorhaben.

Veranschlagte Finanzierungsmittel für öffentlich geförderte Wohnungsbauvorhaben nach Finanzierungsquellen und Förderungsform.

Die vorgesehenen Gebäude und Wohnungen nach Größe, Arten der Baumaßnahmen (Neubau, Wiederaufbau, sonstige Baumaßnahmen) und Gebäudearten (Ein- und Zwei- bzw. Mehrfamilienhäuser, sonstige Gebäude); Wohnungen nach Eigentumsformen und Zweckbindung. Durchschnittliche Miete je qm und Monat.

Außerdem für voll geförderte Wohnbauten: Gebäude, Wohnungen, umbauter Raum, Wohnfläche und veranschlagte reine Baukosten nach Größe, Gebäudearten (Ein- und Zwei- bzw. Mehrfamilienhäuser) und Bauherrengruppen. Gesamtherstellungskosten außerdem nach Kostenbestandteilen.

Veröffentlichungen:

WiSta 62/5, 5*, 10; 63/3, 5, 5*; 64/3, 6, 6*; 65/3, 5, 5*; 66/5, 5*.
Fachserie E, Reihe 4 (vierteljährlich),
Fachserie A, Reihe 4 (unregelmäßig).

C. Wohnungen

1. Statistische Feststellungen über die bewohnten Gebäude (Gebäudezählung 1961)

Rechtsgrundlage:

Gesetz über eine Zählung der Bevölkerung und der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen im Jahre 1961 sowie über einen Verkehrszensus im Jahre 1962 (Volkszählungsgesetz 1961) vom 13. April 1961 (BGBl. I S. 437), Abdruck S. 155.

Periodizität:

Mit Stichtag 6. Juni 1961, zusammen mit der Volks- und Berufszählung durchgeführt.

Kreis der Befragten:

Grundstücks- bzw. Gebäudeeigentümer.

Berichtsweg:

Befragte — Gemeinden (örtliche Durchführung der Erhebung unter Mitwirkung ehrenamtlicher Zähler) — Kreise — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Gebäude: Art, Zahl der Wohnungen und Wohngelegenheiten, Zahl der Wohnparteien und Personen.

Wohngebäude: Art (Ein-, Zwei-, Mehrfamilien-, Bauernhaus, Kleinsiedler- und Nebenerwerbsstelle), Typ (an Hand des Baualters, Zustand des Daches, der Bauart sowie Art der Wasserversorgung und Fäkalienbeseitigung ermittelt), Baualter, Zahl der Wohnungen und Wohngelegenheiten, Ausstattung mit WC und Bad, Zahl der Wohnparteien und Personen, Eigentumsverhältnis. Mehrfamilienhäuser nach Geschößzahl, Art der Wasserversorgung sowie der Abwasser- und Fäkalienbeseitigung.

Veröffentlichungen:

WiSta 61/4; 62/11; 63/3, 3*, 6, 6*, 7.
Fachserie E, »Gebäudezählung vom 6. Juni 1961«, Heft 1 bis 3 sowie 3 Vorberichte.

Bemerkungen:

In zahlreichen, meist größeren Gemeinden fanden in der Zeit von Januar bis Mai 1961 außerdem fakultativ totale bzw. partielle Gebäudevorerhebungen statt.

2. Statistik der Wohn- und Mietverhältnisse und des Wohnungsbedarfs (Wohnungsstatistik 1956/57)

Die nachstehenden Angaben beziehen sich lediglich auf die allgemeine und repräsentative (10 %) Erhebung 1956. Über die repräsentativen (1 %) Zusatzerhebungen 1957 und 1960 wird unter lfd. Nr. V C 3 (1 %-Wohnungserhebungen) berichtet.

Rechtsgrundlage:

Gesetz über eine Statistik der Wohn- und Mietverhältnisse und des Wohnungsbedarfs (Wohnungsstatistik 1956/57) vom 17. Mai 1956 (BGBl. I S. 427), Abdruck S. 219.

Periodizität:

Mit Stichtag 25. September 1956 durchgeführt.

Kreis der Befragten:

Alle Haushalte.

Die über die allgemeine Erhebung hinausgehenden Feststellungen der repräsentativen Erhebung 1956 wurden bei 10 % der Befragten (rund 1 400 000) getroffen (siehe auch Übersicht im Anhang S. 315).

Berichtsweg:

Befragte — Gemeinden (örtliche Durchführung der Erhebung unter Mitwirkung ehrenamtlicher Zähler) — Kreise — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

I. Wohn- und Mietverhältnisse:

Wohnungen nach der Wohnwürdigkeit und nach der Größe der Normalwohnungen. Wohnparteien in Normalwohnungen nach dem Wohnverhältnis, der Personenzahl und nach Geschädigtengruppen. Wohnparteien außerhalb von Normalwohnungen nach Unterkunftsart, Geschädigtengruppen und nach der Größe der Wohnparteien.

Ferner mittels Repräsentativerhebung: Soziale Stellung des Haushaltsvorstandes, vorwiegende Einkommensquellen des Haushaltes, Zahl der von dem Haushalt bewohnten Räume.

Außerdem: Mieten und Mietpreisstufen für normale reine Mietwohnungen nach Baualtersgruppen, Miete je Wohnung.

II. Bevölkerungsergebnisse:

Bevölkerung nach dem Geschlecht und nach Personengruppen (Vertriebene usw.), jeweils nach Gemeindegrößenklassen; Haushalte (ohne Anstalts Haushalte), Auspendler.

Veröffentlichungen:

Zu I.:
WiSta 56/11 (M); 57/7, 8, 9, 9*; 58/12.
StB VI/35/8, 9.
StBRD Band 201, Heft 1, 2.

Zu II.:
WiSta 57/9, 9*.
StB VIII/8/29 bis 32.
Amtliches Gemeindeverzeichnis für die Bundesrepublik Deutschland, Ausgabe 1957.
StBRD Band 198.

3. 1 %-Wohnungserhebungen

a) Repräsentative Zusatzerhebung 1957

Rechtsgrundlage:

Gesetz über eine Statistik der Wohn- und Mietverhältnisse und des Wohnungsbedarfs (Wohnungsstatistik 1956/57) vom 17. Mai 1956. (BGBl. I S. 427), Abdruck S. 219.

Periodizität:

In den Monaten März bis Mai 1957 als Zusatzserhebung zu der Wohnungsstatistik 1956/57 (siehe lfd. Nr. V C 2) durchgeführt.

Kreis der Befragten:

Sämtliche Haushalte (rund 168 000 Wohnungsinhaber [Eigentümer, Hauptmieter] und Untermieter) in rund 140 000 ausgewählten Wohnungen nach zweistufigem Auswahlverfahren (siehe auch Übersicht im Anhang S. 316).

Berichtsweg:

Befragte (Befragung durch Interviewer) — StLÄ — StBA (zentrale Aufbereitung).

Dargestellte Tatbestände:

Ausstattung der Wohnungen, Wohnfläche; Einkommen der Wohnparteien, ihre Wohnwünsche nach Größe, Lage und Ausstattung der Wohnungen und nach der Wohnform; Finanzierungsmöglichkeiten, Mietzahlungsbereitschaft und Untermiete.

Veröffentlichungen:

WiSta 59/2, 8, 10.
StB VI/35/10, 11, 12, 13, 14, 17, 18.
StBRD Band 201, Heft 3.

b) Repräsentative Zusatzserhebung 1960

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 4a, ferner Verordnung über eine Zusatzserhebung zur Wohnungsstatistik 1956/57 vom 23. Dezember 1959 (Bundesanzeiger Nr. 1 S. 1). Abdruck S. 221.

Periodizität:

In den Monaten April/Mai 1960 als Zusatzserhebung zu der Wohnungsstatistik 1956/57 (siehe lfd. Nr. V C 2) durchgeführt.

Kreis der Befragten:

Sämtliche Haushalte (rund 180 000 Wohnungsinhaber [Eigentümer, Hauptmieter] und Untermieter) in rund 160 000 ausgewählten Wohnungen nach zweistufigem Auswahlverfahren (siehe auch Übersicht im Anhang S. 317).

Berichtsweg:

Siehe lfd. Nr. 4a.

Dargestellte Tatbestände:

Wohnungen.

Gebäude- und Wohnungsart, Baualter, Besitzverhältnis, Raumzahl, Fläche, Ausstattungstyp, Beheizungsart, Belegung mit Haushalten.

Haushalte.

Größe; soziale Stellung sowie Altersstufe des Haushaltsvorstandes, Zahl der Pendler, Zeitaufwand sowie Art der Zurücklegung des Weges zur Arbeitsstätte des Haushaltsvorstandes, Wohnverhältnis, Art der Unterbringung, Art der angestrebten Wohnungsnutzung, Haushaltsvorstände nach Besitz und Art des Vertriebenen- bzw. Flüchtlingsausweises, Miete, Mietbelastung, Einkommen.

Die Ergebnisse sind nach Gemeindegrößenklassen und zum Teil auch nach Strukturzonen (Kern- bzw. Randgebiet, Industrie-, Misch- bzw. Agrarzone) gegliedert.

Veröffentlichungen:

WiSta 60/10; 61/5, 6, 7, 7*, 11; 62/1, 1*, 7, 7*, 9*, 10, 11; 63/1, 1*, 4*, 6*, 11.
StB VI/35/20 (M), 21, 23, 24, 25, 26, 27, 28
fortgesetzt in:
Fachserie E, »1 %-Wohnungserhebung 1960«, Heft 1 (M) bis 3 sowie 13 Vorberichte.

c) Wohnungsstichprobe 1965

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Durchführung einer Repräsentativstatistik auf dem Gebiete des Wohnungswesens (Wohnungsstichprobengesetz 1965) vom 18. August 1965 (BGBl. I S. 893). Abdruck S. 222.

Periodizität:

In den Monaten Oktober/November 1965 durchgeführt.

Kreis der Befragten:

Sämtliche Haushalte (rund 200 000 Wohnungsinhaber [Eigentümer, Hauptmieter] und Untermieter) in rund 180 000 Wohnungen und Wohngelegenheiten in rund 90 000 ausgewählten bewohnten Gebäuden und Unterkünften (siehe auch Übersicht im Anhang S. 317).

Berichtsweg:

Befragte (Befragung durch Interviewer) — StLÄ — StBA (teilweise zentrale Aufbereitung).

Dargestellte Tatbestände:

Vorgesehen:

Gebäude und Unterkünfte.

Art, Baualter, Eigentumsverhältnis, Zahl der Wohnungen bzw. Wohngelegenheiten, Belegung mit Haushalten und Personen; Wohngebäude nach derzeitiger Beheizung, Wasserversorgung, Abwasser- und Fäkalienbeseitigung.

Wohnungen.

Gebäude- und Wohnungsart, Baualter, Besitzverhältnis, Raumzahl, Fläche, Ausstattungstyp, Beheizungsart, Förderung mit öffentlichen Mitteln; Belegung mit Haushalten; außerdem bei Mietwohnungen: Wohnungsmiete sowie nach geplanter Heizungsumstellung und Einbau sanitärer Einrichtungen. Vertragsänderungen und -auflösungen.

Haushalte.

Größe; soziale Stellung sowie Alter und Geschlecht des Haushaltsvorstandes; Wohnverhältnis, Art der Unterbringung und Art der angestrebten Unterbringung; Haushaltstyp, Einkommen; Hauptmieterhaushalte nach Mietbelastung. Haushaltsvorstände nach dem Besitz und der Art des Vertriebenen- bzw. Flüchtlingsausweises bzw. Deutsche aus der SBZ.

Veröffentlichungen:

WiSta 66/6 (M).
Fachserie E, »Wohnungsstichprobe 1965« (vorgesehen).

4. Statistik des Wohnungsbestandes (Fortschreibung) und Wohnungsdefizitberechnungen

Rechtsgrundlage:

Gesetz zur Änderung von Fristen des Gesetzes über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Miet- und Wohnrecht vom 29. Juli 1963, Art. II (BGBl. I S. 524). Auszugsweiser Abdruck S. 225.

Periodizität:

Jährliche Zusammenstellungen.

Kreis der Befragten:

I. Wohnungsbestand und -fortschreibung:

Die im Rahmen der Gebäudezählung 1961 (siehe lfd. Nr. V C 1) ermittelten Wohnungsbestandszahlen werden von den StLÄ jährlich fortgeschrieben an Hand der Ergebnisse der Bautätigkeitsstatistik (siehe lfd. Nr. V B 1) und der Veränderungen aus Freigaben und Inanspruchnahmen von Wohnungen für die im Bundesgebiet stationierten ausländischen Streitkräfte.

II. Wohnungsdefizitberechnungen:

Die zum Jahresende ermittelten Bestände an Wohnungen bilden in Verbindung mit der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes (siehe S. 48, lfd. Nr. I A 3a) die Grundlage zur Feststellung des rechnerischen Wohnungsdefizits in den Kreisen (Berechnung im StBA).

Berichtsweg:

StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Zu I.: Bestand an Wohngebäuden; Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden.

Zu II.: Wohnungsanwärter; Bestand an Wohnungen; rechnerisches Wohnungsdefizit in den Kreisen.

Veröffentlichungen:

Zu I.: WiSta 63/4, 7; 64/6; 65/6; 66/6.
Fachserie E, Reihe 6 (jährlich).
Zu II.: WiSta 63/7; 64/6; 65/6; 66/6.
Fachserie E, Reihe 5 (jährlich).

5. Wohngeldstatistik

Rechtsgrundlage:

Wohngeldgesetz in der Fassung vom 1. April 1965, § 45, Abs. 1 bis 3 (BGBl. I S. 178). Auszugsweiser Abdruck S. 226.

Periodizität:

Halbjährliche Erfassung und Aufbereitung (1965 ganzjährig).

Kreis der Befragten:

Zuständige Stellen in den Ländern für die Gewährung von Wohngeld.

Berichtsweg:

Befragte — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Zahl der Bearbeitungsfälle; bewilligte Erstanträge und weitere Gewährungen. Einstellungen, Ablehnungen und Versagungen. Gezahlte Wohngeldbeträge; benutzte Wohnfläche, qm-Miete bzw. Belastung; monatliches Familieneinkommen. Bezieherkreis nach Haushaltsgröße und sozialer Stellung.

Veröffentlichungen:

WiSta 65/3, 8.
Fachserie E, Reihe 7 (halbjährlich).

VI. Handel

A. Groß- und Einzelhandel, Gastgewerbe, Fremdenverkehr

1. Handels- und Gaststättenzählung

Für die Zählung 1960/61:

Rechtsgrundlage:

Gesetz über eine Zählung im Handel sowie im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe (Handelszählungsgesetz 1960) vom 27. Mai 1960 (BGBl. I S. 313). Abdruck S. 227. Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über eine Zählung im Handel sowie im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe (Handelszählungsgesetz) im Saarland vom 13. Juli 1961 (Bundesanzeiger Nr. 134 S. 1). Abdruck S. 229.

Ein Handelszählungsgesetz für 1967 ist in Vorbereitung.

Periodizität:

In mehrjährigen Abständen durchzuführen, erstmalig 1960/61, und zwar

I. Grunderhebung: Im Handel mit Stichtag 30. September 1960, im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe mit Stichtag 31. August 1960.

II. Repräsentative Ergänzungserhebung: Im Jahre 1961.

III. Zusatzerhebung für den Außenhandel: Im Jahre 1961.

Im Saarland wurde die Zählung ein Jahr nach den für das übrige Bundesgebiet geltenden Terminen durchgeführt.

Eine Wiederholung der Zählung ist für 1967 (Grunderhebung) vorgesehen. Danach schließt sich eine Ergänzungserhebung für 1967 an.

Kreis der Befragten:

Zu I.: Unternehmen des Einzel-, Groß- sowie Außenhandels, des Handelsvertreter- und -maklergewerbes, des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes, des Verlagsbuchhandels, rechtlich unselbständige offene Verkaufsstellen der Industrie.

Zu II.: Höchstens 15% der bei der Grunderhebung erfaßten Unternehmen des Einzelhandels, Großhandels, Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes (rund 105 000 Unternehmen). (Die Auswahl erfolgte länderspezifisch auf Grund einer kombinierten Schichtung nach Wirtschaftsklassen und Umsatzgrößenklassen — siehe auch Übersicht im Anhang S. 318.)

Zu III.: Alle Unternehmen des Außenhandels und alle Unternehmen des Binnengroßhandels mit Ein- und/oder Ausfuhr von mindestens 1 Million DM im Jahre 1959.

Berichtsweg:

Befragte — StLA — StBA (für Verlagsbuchhandel zentrale Aufbereitung im StBA; für Ergänzungserhebung sowie offene Verkaufsstellen der Industrie teilweise zentrale Aufbereitung im StBA).

Dargestellte Tatbestände:

Zu I.: Unternehmen: Rechtsform, gewerbliche Tätigkeit; Eintragung im Handelsregister, in Handwerksrolle; Vertriebenen-, Flüchtlingseigenschaft; Umsatz 1959, dessen Zusammensetzung; Wareneingang, Warenbestand, Rohertrag, Löhne und Gehälter, Außenstände; Beschäftigte nach Stellung im Betrieb, Voll- und Teilbeschäftigte nach Geschlecht und Altersklassen.

Niederlassungen (nicht für Handelsvertreter- und Handelsmaklergewerbe sowie Verlagsbuchhandel): Hauptfunktion; Umsatz 1959; Voll- und Teilbeschäftigte nach Stellung im Betrieb und Geschlecht. Ferner für Einzelhandel die Vertriebenen- bzw. Flüchtlingseigenschaft des Unternehmens sowie Betriebs- und Bedienungsform. Für Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe ferner Betriebsart, Saison und Beherbergungskapazität.

Eigene offene Verkaufsstellen der Industrie: Eröffnungsjahr; Umsatz 1959, dessen Zusammensetzung; Bedienungsform, Voll- und Teilbeschäftigte nach Stellung im Betrieb und Geschlecht.

Gliederung im allgemeinen nach Umsatzgrößenklassen, zum Teil auch nach Größenklassen nach der Zahl der Beschäftigten, Gemeindegrößenklassen und Zahl der Zweigniederlassungen.

Zu II.: Unternehmen: Umsatz nach Abnehmerkreisen (Einzel-, Großhandel), nach Absatzgebieten (Großhandel), nach dem Zahlungsmodus (Einzelhandel); Aktiva und Schulden am Anfang und Ende des Geschäftsjahres 1959 (für Vertriebenen- und Flüchtlingsunternehmen auch unter Nachweis von Beschäftigten und Umsatz); Anschaffung und Verkauf von Anlagevermögen; Wareneingang nach Warenarten und Beschaffungswegen, nach Bezugsgebieten (Großhandel); Beschäftigte. Gliederung nach Umsatzgrößenklassen. (Für den Verlagsbuchhandel wurden vorstehend genannte Tatbestände bereits bei der Grunderhebung ermittelt.)

(Zu I. und II.: Fachliche Gliederung nach der »Systematik der Wirtschaftszweige — Ausgabe 1961«, siehe auch Übersicht im Anhang S. 292 und Auszug aus der Systematik S. 294.)

Zu III.: Unternehmen nach Art und Grad der Spezialisierung (fachlich, länderspezifisch, nicht spezialisiert); Umsatz 1959; Wareneingang; Beschäftigte, Importlager, Niederlassungen und Beteiligungen im Ausland.

Veröffentlichungen:

WiSta 56/12; 60/7; 62/7, 12; 63/5, 7, 12.

Fachserie F, »Handels- und Gaststättenzählung 1960«:

- I. Einzelhandel (Heft 1 bis 8),
 - II. Großhandel (Heft 1 bis 7),
 - III. Handelsvermittlung (Heft 1 bis 3),
 - IV. Gastgewerbe (Heft 1 und 2),
 - V. Verlagsbuchhandel (Heft 1),
 - VI. Eigene offene Verkaufsstellen der Industrie (Heft 1),
 - VII. Methodische und systematische Grundlagen (Heft 1).
- Außerdem Vorberichte für die einzelnen Bereiche.

2. Großhandelsstatistik

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Durchführung laufender Statistiken im Handel sowie über die Statistik des Fremdenverkehrs in Beherbergungsstätten (HFV StatG) vom 12. Januar 1960 (BGBl. I S. 6). Abdruck S. 229.

Periodizität:

Monatliche und jährliche repräsentative Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Bis zu 10 000 ausgewählte Unternehmen aus 59 Wirtschaftsklassen. Die Auswahl erfolgt nach dem Stichprobenverfahren aus den Unterlagen der Handels- und Gaststättenzählung 1960 unter Berücksichtigung der Neugründungen (siehe auch Übersicht im Anhang S. 318).

Berichtsweg:

Befragte — StBA (zentrale Aufbereitung).

Dargestellte Tatbestände:

I. Monatlich:

Meßzahlen des Umsatzes und der Beschäftigten

II. Jährlich:

Meßzahlen des Wareneingangs und der Lagerbestände

Berechnungsgrundlage zu I. und II. siehe Übersicht S. 326.

Zu II. außerdem: Nachweis der Anteile des Rohertrags am wirtschaftlichen Umsatz.

(Fachliche Gliederung nach der »Systematik der Wirtschaftszweige — Ausgabe 1961«, siehe auch Übersicht im Anhang S. 292 und Auszug aus der Systematik S. 294.)

Veröffentlichungen:

WiSta 62/1, 11; 63/1, 11; 64/1, 12; 65/1; 66/4 (M).
WiSta* (monatlich).
Zu I.: Fachserie F, Reihe 1/I (monatlich, jährlich).
Zu II.: Fachserie F, Reihe 1/II (jährlich).

3. Einzelhandelsstatistik

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Durchführung laufender Statistiken im Handel sowie über die Statistik des Fremdenverkehrs in Beherbergungsstätten (HFVStatG) vom 12. Januar 1960 (BGBl. I S. 6). Abdruck S. 229.

Periodizität:

Monatliche und jährliche repräsentative Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Bis zu 40 000 ausgewählte Unternehmen aus 61 Wirtschaftsklassen. Die Auswahl erfolgt nach dem Stichprobenverfahren aus den Unterlagen der Handels- und Gaststättenzählung 1960 unter Berücksichtigung der Neugründungen (siehe auch Übersicht im Anhang S. 319).

Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

I. Monatlich:

Meßzahlen des Umsatzes

II. Jährlich:

Meßzahlen der Beschäftigten, des Wareneingangs und der Lagerbestände

Berechnungsgrundlage zu I. und II. siehe Übersicht S. 326.

Zu II. außerdem: Nachweis der Anteile des Rohertrags am wirtschaftlichen Umsatz.

(Fachliche Gliederung nach der »Systematik der Wirtschaftszweige — Ausgabe 1961«, siehe auch Übersicht im Anhang S. 292 und Auszug aus der Systematik S. 294.)

Veröffentlichungen:

WiSta 62/1, 7, 12; 63/1, 12; 64/1, 7, 12; 65/1.
WiSta* (monatlich).
Zu I.: Fachserie F, Reihe 3/I (monatlich, jährlich).
Zu II.: Fachserie F, Reihe 3/II (jährlich).

Bemerkungen:

Für Beschäftigte ist die Darstellung ab 1967 vorgesehen.

4. Gastgewerbestatistik

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Durchführung laufender Statistiken im Handwerk sowie im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe (HwGaStatG) vom 12. August 1960 (BGBl. I S. 689). Abdruck S. 213.

Periodizität:

Monatliche repräsentative Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Bis zu 15 000 ausgewählte Unternehmen des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes. Die Auswahl erfolgt nach dem Stichprobenverfahren aus den Unterlagen der Handels- und Gaststättenzählung 1960 unter Berücksichtigung der Neugründungen (siehe auch Übersicht im Anhang S. 319).

Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Meßzahlen des Umsatzes und der Beschäftigten

Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 326.

Veröffentlichungen:

WiSta* (jährlich).
Fachserie F, Reihe 7/I (monatlich, jährlich).

5. Statistik des Fremdenverkehrs in Beherbergungsstätten

Im einzelnen werden nachgewiesen:

- I. Fremdenmeldungen und -übernachtungen
- II. Beherbergungskapazität

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Durchführung laufender Statistiken im Handel sowie über die Statistik des Fremdenverkehrs in Beherbergungsstätten (HFVStatG) vom 12. Januar 1960 (BGBl. I S. 6). Abdruck S. 229.

Periodizität:

Zu I.: Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

Zu II.: Jährliche Erhebung (Stichtag: 1. April) und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Betriebe des Beherbergungsgewerbes (Hotels, Gasthöfe, Fremdenheime, Pensionen), Sanatorien, Heilstätten, Kuranstalten, Erholungs-, Ferien- und Kinderheime, Jugendherbergen und Campingplätze sowie sonstige Unterkunftsstätten, in denen zum vorübergehenden Aufenthalt gegen Entgelt Personen Unterkunft gewährt wird (u. a. Privatquartiere) bei rund 2800 Berichtsgemeinden mit jährlich 3000 und mehr Fremdenübernachtungen. Nach 5 Jahren Überprüfung des Berichtskreises.

Berichtsweg:

Befragte — Berichtsgemeinden — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Zu I.: Fremdenmeldungen und -übernachtungen (Auslandsgäste nach Herkunftsländern) sowie Ausnutzung der Fremdenbetten nach Gemeindegruppen (Großstädte, Heilbäder, Luftkurorte, Seebäder, sonstige Berichtsgemeinden) und nach Betriebsarten. Aufenthaltsdauer der In- und Ausländer.

Fremdenmeldungen und -übernachtungen insgesamt (darunter Auslandsgäste) in Kinderheimen, Jugendherbergen und auf Campingplätzen; die Meldungen und Übernachtungen der Auslandsgäste auf Campingplätzen insgesamt und nach dem Land des ständigen Wohnsitzes.

Zu II.: Betriebe, Fremdenzimmer, Fremdenbetten jeweils nach Gemeindegruppen (siehe unter I.) und Betriebsarten (für Privatquartiere nur Fremdenbetten). Betriebe und Fremdenbetten in Kinderheimen und Jugendherbergen; Zahl der Campingplätze.

Veröffentlichungen:

Zu I.: WiSta 62/2, 7; 63/2, 7; 64/2, 7; 65/2, 9.
WiSta* (monatlich).
Fachserie F, Reihe 8 (unregelmäßig).
Reihe 8/I (monatlich, halbjährlich, jährlich).
Zu II.: WiSta* 62/4, 11; 63/10; 64/2; 65/2, 10.
Fachserie F, Reihe 8 (unregelmäßig).
Reihe 8/II (jährlich).

6. Statistik der Urlaubs- und Erholungsreisen

(Zusatzerhebung zum Mikrozensus, siehe auch S. 48, lfd. Nr. I A 2 b.)

Rechtsgrundlage:

Für die Erhebung 1962:

Gesetz zur Änderung des Gesetzes (Mikrozensusgesetz vom 16. März 1957 — BGBl. I S. 213) über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) vom 5. Dezember 1960 (BGBl. I S. 873). Abdruck S. 160.

Für die Erhebung 1966:

Gesetz über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) vom 21. Dezember 1962 (BGBl. I S. 767). Abdruck S. 161. Zweite Verordnung über das Zusatzprogramm zum Mikrozensus vom 19. April 1966 (Bundesanzeiger Nr. 77 S. 1). Abdruck S. 164.

Periodizität:

Erste Erhebung, zusammen mit dem Grundprogramm zum Mikrozensus im Oktober 1962 für den Berichtszeitraum 1. Oktober 1961 bis 30. September 1962 durchgeführt. Wiederholung im Oktober 1966 vorgesehen; künftig sind jährliche Befragungen beabsichtigt.

Kreis der Befragten:

Haushalte und deren Mitglieder in ausgewählten Zählbezirken. Auswahlatz 1%, vorgesehen für 1966 0,1% (siehe auch Übersicht im Anhang S. 310).

Berichtsweg:

Befragte (Befragung durch Interviewer) — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Reisende nach Alter, Stellung zum Erwerbsleben und im Beruf, nach Gemeindegrößenklassen. Inlands- und Auslandsreisen nach Herkunfts- und Zielländern (Reisegebiet im Inland bzw. Staat im Ausland). Reiseart, überwiegender Reisemonat, Reisedauer. Art der Unterkunft, benutztes Verkehrsmittel, Reiseausgaben nach Ausgabengruppen.

Veröffentlichungen:

WiSta 65/1.
Fachserie F, Reihe 8 »Urlaubs- und Erholungsreisen 1962«.

7. Berlin- und Interzonenhandelsstatistik

a) Statistik des Warenverkehrs zwischen Berlin (West) und dem übrigen Bundesgebiet

Rechtsgrundlage:

Interzonenhandelsverordnung vom 18. Juli 1951 (BGBl. I S. 463) und Anlage 9 zu Artikel XIII des Berliner Abkommens in der Fassung der Vereinbarung vom 16. August 1960 (Beilage zum Bundesanzeiger Nr. 32 vom 15. Februar 1961).

Periodizität:

Laufende Erfassung und Zusammenstellung zu Monats- und Jahresergebnissen.

Kreis der Befragten:

Lieferer und Bezieher von Waren.

Berichtsweg:

Zolldienststellen — StBA (zentrale Aufbereitung im StBA).

Als Unterlagen für die Statistik dienen die bei den Zolldienststellen an der Zonengrenze und auf Flughäfen anfallenden Blätter 2 bzw. 3 der Warenbegleitscheine (jährlich zur Zeit rund 3,5 Millionen Warenbegleitscheine).

Dargestellte Tatbestände:

Waresendungen nach Warenart, Gewicht und Wert; außerdem Gliederung nach Verkehrswegen und Verkehrszweigen sowie nach Bundesländern.

(Fachliche Gliederung nach dem »Systematischen Warenverzeichnis für die Industriestatistik« und der ergänzenden »Erzeugnisgliederung für die Land-, Forst-, Jagdwirtschaft und Fischerei«, siehe auch Übersicht im Anhang S. 292 und Auszug aus dem Warenverzeichnis S. 303.)

Veröffentlichungen:

WiSta 62/9; 63/3; 64/2; 65/2, 7; 66/3.
WiSta* (monatlich).
Fachserie F, Reihe 5 (monatlich, jährlich).

b) Statistik des Warenverkehrs zwischen den Wahlungsgebieten der DM-West und der DM-Ost

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 7a.

Periodizität:

Siehe lfd. Nr. 7a.

Kreis der Befragten:

Siehe lfd. Nr. 7a.

Berichtsweg:

Zolldienststellen — StBA (zentrale Aufbereitung im StBA); für den Warenverkehr von Berlin (West): Berliner Zolldienststellen — Statistisches Landesamt Berlin — StBA.

Als Unterlagen für die Statistik dienen die bei den Zolldienststellen des Bundesgebietes einschließlich Berlin (West) anfallenden Blätter 2 bzw. 3 der Warenbegleitscheine und Bezugsgenehmigungen sowie die für bestimmte Waren (Bezug und Lieferungen) vorgeschriebenen Firmenmeldungen.

Dargestellte Tatbestände:

Waresendungen nach Warenart und Wert.

(Fachliche Gliederung nach dem »Systematischen Warenverzeichnis für die Industriestatistik« und der ergänzenden »Erzeugnisgliederung für die Land-, Forst-, Jagdwirtschaft und Fischerei«, siehe auch Übersicht im Anhang S. 292 und Auszug aus dem Warenverzeichnis S. 303.)

Veröffentlichungen:

WiSta* (monatlich).
Fachserie F, Reihe 6 (monatlich, jährlich).

B. Außenhandel

1. Außenhandelsstatistik

Im einzelnen werden nachgewiesen:

- I. Generalhandel
- II. Spezialhandel
- III. Durchfuhr
- IV. Zollsollerträge

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Statistik des grenzüberschreitenden Warenverkehrs (Außenhandelsstatistik — AHStatGes) vom 1. Mai 1957 (BGBl. I S. 413). Abdruck S. 232. Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Statistik des grenzüberschreitenden Warenverkehrs (Außenhandelsstatistik — AHStatDV) in der Fassung vom 13. Januar 1964 (BGBl. I S. 10). Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Statistik des grenzüberschreitenden Warenverkehrs vom 20. Juli 1966 (BGBl. I S. 445).

Periodizität:

Laufende Erhebung (im allgemeinen Erfassung jeder Waresendung, die die Grenze überschreitet) und Aufbereitung zu Monats-, Jahresteil- und Jahresergebnissen.

Kreis der Befragten:

Zu I. und II.: Einführer und Ausführer von Waren.
Zu III.: Besitzer der Waren (Frachtführer) beim Grenzgang.
Zu IV.: Zolldienststellen.

Berichtsweg:

Zu I., II. und III.: Befragte — Anmeldestellen (Zolldienststellen und andere Dienststellen) — StBA.
Zu IV.: Befragte — StBA.

Zentrale Aufbereitung im StBA.

Als Unterlagen für die Statistik dienen die von den Ein- bzw. Ausfuhrern auszufüllenden und von den Zolldienststellen zu bestätigenden Anmeldepapiere (insgesamt monatlich zur Zeit rund 1,6 Millionen Anmeldepapiere).

Keine Aufbereitung der Ein- und Ausfuhranmeldungen mit Werten unter 300 DM, statt dessen maschinelle Dopplung der Fälle zwischen 300 und 499 DM (siehe auch Übersicht im Anhang S. 319).

Dargestellte Tatbestände:

Grenzüberschreitender Warenverkehr des Erhebungsgebietes mit dem Ausland (Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr).

Das Erhebungsgebiet umfaßt das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland (ohne die Badischen Zollausschlüsse), Berlin (West) und die österreichischen Ge-

meinden Jungholz und Mittelberg (als Zollanschlüsse). Ausland im Sinne der Außenhandelsstatistik ist das Gebiet außerhalb des Erhebungsgebietes und außerhalb der Währungsgebiete der DM-Ost. Der Warenverkehr mit den Währungsgebieten der DM-Ost wird nicht in der Außenhandelsstatistik, sondern in der Statistik des Warenverkehrs im Interzonenhandel mit den Währungsgebieten der DM-Ost (siehe lfd. Nr. VI A 7 b) dargestellt.

Zu I.: Alle ein- und ausgehenden Waren (mit Ausnahme der Waren der Durchfuhr und des Zwischenauslandsverkehrs) nach Menge und Wert.

Zu II.: Im wesentlichen die Waren, die zum Gebrauch, Verbrauch, zur Be- oder Verarbeitung in das Erhebungsgebiet eingehen und die Waren, die im Erhebungsgebiet erzeugt, be- oder verarbeitet und ausgeführt werden (siehe auch unter Bemerkungen).

Menge und Wert der Waren nach Einfuhr- und Ausfuhrarten (freier Verkehr, Veredelungsverkehr, Lagerverkehr); ferner Nachweis des Außenhandelsvolumens.

Zu III.: Mengen der durch das Erhebungsgebiet durchgeführten Waren (einschließlich des See- und Luftumschlags) nach Versendungs- und Empfangsländern sowie nach Eingangs- und Ausgangs-Grenzbezirken.

Zu IV.: Zollsollerträge nach Abschnitten und Kapiteln des Zolltarifs sowie Einfuhrergebnisse in der Gliederung des Zolltarifs, unterteilt nach Ländern.

Fachliche Gliederung (zu I., II., III.): nach »Warengruppen und -untergruppen der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft«; (zu II. außerdem): nach einzelnen und zusammengefaßten Positionen des »Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik«, des »Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik« sowie nach dem »Internationalen Warenverzeichnis für den Außenhandel (CST)«.

Gliederung nach Ländern (Einfuhr nach Herstellungs- und Einkaufsländern, Ausfuhr nach Verbrauchs- und Käuferländern), Ländergruppen (OECD, GATT, EWG, EGKS) und Erdteilen (zu I. und II.): nach dem »Länderverzeichnis für die Außenhandelsstatistik«; (zu II. außerdem): Ausfuhr nach Bundesländern.

Siehe zur fachlichen Gliederung und Gliederung nach Ländern zum Teil die Übersicht im Anhang S. 292 und zum Teil Auszüge aus den Systematiken S. 303 ff.

Veröffentlichungen:

WiSta 61/12 (M) — Erläuterung des Dopplungsverfahrens —.

Zu I.:

Fachliche Gliederung:
Fachserie G, Reihe 1 (monatlich),
Reihe 4 (monatlich).

Regionale Gliederung:
Fachserie G, Reihe 1 (jährlich).

Zu II.:

WiSta (monatlich).

WiSta* (monatlich).

Fachserie G, Reihe 1 (monatlich, jährlich),
Reihe 2 (monatlich; Jahresergebnisse im Dezemberheft),
Ergänzungsheft (jährlich).

Fachserie G, Reihe 3 (vierteljährlich; Jahresergebnisse im 4. Vierteljahresheft),
Ergänzungsheft 1 und 2 (jährlich).

Englische Ausgabe:

Fachserie G, Reihe 5 (monatlich; Jahresergebnisse im Dezemberheft).
Sonderbeiträge: Fachserie G, Reihe 7 (unregelmäßig).

Zu III.:

Fachserie G, Reihe 6 (vierteljährlich; Jahresergebnisse im 4. Vierteljahresheft).

Zu IV.:

Fachserie G, Reihe 2, Ergänzungsheft (jährlich).

Bemerkungen:

Die Statistik des Spezialhandels unterscheidet sich von der Statistik des Generalhandels durch die unterschiedliche Behandlung der Angaben über den Lagerverkehr. Der Generalhandel umfaßt vom Lagerverkehr die Einfuhr von Waren auf Lager und die Ausfuhr von Waren aus Lager, während der Spezialhandel nur die Einfuhr von Waren aus Lager enthält.

Indices der Ein- und Ausfuhr

Berechnungsgrundlagen siehe Übersicht S. 326.

Veröffentlichungen:

WiSta 58/2 (M); 63/10.

WiSta* (monatlich).

Fachserie G, Reihe 1 (monatlich, jährlich).

Englische Ausgabe:

Fachserie G, Reihe 5 (monatlich).

2. Statistik der Lieferungen und der Bestände eingeführter fester Brennstoffe

Rechtsgrundlage:

Verordnung über die statistische Erfassung der in den Geltungsbereich dieser Verordnung verbrachten festen Brennstoffe vom 28. Juni 1965 (Bundesanzeiger Nr. 128 S. 1). Abdruck S. 231.

Periodizität:

Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Unternehmen des einschlägigen Einfuhr-, Interzonen- und Zwischenhandels.

Berichtsweg:

Befragte — Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft.

Dargestellte Tatbestände:

Lieferungen und Bestände eingeführter fester Brennstoffe nach Arten, Abnehmergruppen und empfangende Bundesländer.

Veröffentlichungen:

Gesamtergebnisse: Im Rahmen der Kohlestatistik der »Statistik der Kohlenwirtschaft e. V.« (monatlich).

VII. Verkehr

A. Zusammenfassende Verkehrsstatistiken

1. Verkehrszensus

Für die Zählung 1962:

Rechtsgrundlage:

Gesetz über eine Zählung der Bevölkerung und der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen im Jahre 1961 sowie über einen Verkehrszensus im Jahre 1962 (Volkszählungsgesetz 1961) vom 13. April 1961 (BGBl. I S. 437). Abdruck S. 155.

Periodizität:

In etwa zehnjährigen Abständen, zuletzt mit Stichtag 28. September 1962 durchgeführt.

Kreis der Befragten:

Alle Arbeitsstätten und Unternehmen, die gewerblichen Verkehr mit wirtschaftlichem Schwerpunkt oder nebenbei betreiben sowie in den übrigen Wirtschaftsbereichen durch repräsentative Erhebung bis zu 15% der Arbeitsstätten und Unternehmen mit Werkverkehr (siehe auch Übersicht im Anhang S. 320).

Berichtsweg:

Befragte — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Arbeitsstätten und Unternehmen nach der Art der Wirtschaftstätigkeit, nach Beschäftigten und Ausstattung mit Verkehrsmitteln und -einrichtungen. Bei Arbeitsstätten und Unternehmen des gewerblichen Verkehrs außerdem Angaben über die Umsatzstruktur.

(Fachliche Gliederung nach der »Systematik der Wirtschaftszweige — Ausgabe 1961«, siehe auch Übersicht im Anhang S. 292 und Auszug aus der Systematik S. 294.)

Veröffentlichungen:

WiSta 62/8 (M); 64/11 (M), 11*; 65/3, 3*.
Fachserie H, »Verkehrszensus 1962«, Heft 1 und 2.

2. Statistik der Kosten und Leistungen im Güterverkehr

Im einzelnen werden nachgewiesen:

I. Unternehmenserhebung

II. Fahrzeugerhebung

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Statistik der Kosten und Leistungen im Güterverkehr mit Kraftfahrzeugen, mit Binnenschiffen und mit Eisenbahnen im Jahre 1959 (GüVerStatG 1959) vom 21. Dezember 1958 (BGBl. I S. 988). Abdruck S. 237.

Periodizität:

Zu I.: Einmalig im Jahre 1960 für das Berichtsjahr 1959 durchgeführt. Weitere Befragungen in vierjährigem Turnus im Rahmen der Kostenstrukturstatistik (siehe S. 75, lfd. Nr. III 2).

Zu II.: Einmalig im Jahre 1959 durchgeführt.

Die ausgewählten Kraftfahrzeughalter wurden ab Anfang 1959 in zweiwöchigem Abstand der Reihe nach befragt; für die Binnenschiffe erfolgte die Befragung quartalsweise.

Kreis der Befragten:

Zu I.: Ausgewählte Unternehmen des Verkehrsgewerbes, und zwar 3180 Unternehmen des Güterkraftverkehrs, 1132 Binnenschiffahrtsunternehmen, die Deutsche Bundesbahn und 84 nichtbundeseigene Eisenbahnen.

Zu II.: Halter von rund 85 000 ausgewählten Kraftfahrzeugen, Zugmaschinen und Kraftfahrzeuganhängern (bei den zweiwöchentlichen Befragungen jeweils nur 3,9% der Halter); Eigentümer, Charterer oder Ausrüster von rund 1 700 ausgewählten Binnenschiffen (bei den quartalsweisen Befragungen jeweils nur 25% der Befragten), die Bundesbahn und 84 ausgewählte nichtbundeseigene Eisenbahnen.

Berichtsweg:

Befragte — StBA (zentrale Erhebung und Aufbereitung).

Dargestellte Tatbestände:

Zu I.: Umsatz sowie Gesamtleistung 1959 insgesamt je Unternehmen und je Beschäftigten.

Kosten in Prozent der Gesamtleistung: Personalkosten, Brennstoff-, Treibstoff- und sonstiger Stoffverbrauch; umgesetzte Handelsware, Reparatur- und Instandhaltungskosten, Steuern, Abgaben, Mieten, Abschreibungen, sonstige Kosten.

Beschäftigte, Personalkosten, Posten des Jahresabschlusses am Anfang und am Ende des Geschäftsjahres 1959 je Unternehmen.

(Fachliche Gliederung der Erhebung 1959 nach dem »Systematischen Verzeichnis der Arbeitsstätten — Ausgabe 1950«; zum Teil darüber hinausgehend nach Größenklassen nach der Gesamtleistung (in DM) der Unternehmen.)

Zu II.: Erfragte Angaben, deren Ergebnisse nach Auswertung durch das Bundesministerium für Verkehr bestimmten Stellen zum Teil zugänglich gemacht wurden (siehe auch § 8 der Rechtsgrundlage):

Für Kraftfahrzeuge: Art der Genehmigung, des Gewerbes des Fahrzeughalters, Gesamtzahl der im Betrieb vorhandenen Fahrzeuge; für jede Fahrt der ausgewählten Motorfahrzeuge in der Berichtswoche: Dauer, Strecke, Kilometerzahl, Art und Gewicht der Ladung, Verkehrsart (gewerblicher Güternah- bzw. -fernverkehr, Werknah- bzw. -fernverkehr, Möbelfernverkehr), Abfertigungsart; unmittelbar zurechenbare Kosten für die Berichtswoche.

(Fachliche Gliederung nach einer Systematik in Anlehnung an das Schlüsselverzeichnis des Kraftfahrt-Bundesamtes zur Auszeichnung der Berufe von Kraftfahrzeughaltern.)

Für Binnenschiffe und Schlepper: Angaben über den Schiffseigner, seinen Schiffspark; für das ausgewählte Schiff: Name, Gattung, Größe, Maschinenleistung, Baujahr, Schiffspersonal; für jede Reise des Schiffes: Leistungsbericht über Dauer, Ladung, Treibstoffverbrauch, Reiseauslagen, Reiseunterbrechungen nach Art und Dauer; über Schlepper ferner Angaben über den Anhang mit und ohne Ladung.

Für Eisenbahnen wurden betriebsstatistische Angaben herangezogen.

Veröffentlichungen:

WiSta 64/3 (Güternahverkehr mit Lastkraftfahrzeugen).

3. Statistik des grenzüberschreitenden Reiseverkehrs

Rechtsgrundlage:

Vom Bundesminister des Innern erlassene Dienstanweisung für die Paßkontrolle, Absatz I, Nr. 24 vom 6. Dezember 1954 (GMBL. Ausgabe A S. 575) und Erlaß des Bundesministers des Innern vom 12. Mai 1956, Az: 62 497 — A — 90 I/56.

Periodizität:

Laufende Erfassung, monatliche Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:
Grenzschutzämter.

Berichtsweg:

Befragte — Grenzschutzdirektion Koblenz — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Im Reiseverkehr (einschließlich Durchreiseverkehr) und im Grenzverkehr aus dem Ausland einreisende (im Verkehr mit der Tschechoslowakei auch ausreisende) Personen nach Grenzabschnitten und Grenzübergangsstellen bzw. Flughäfen sowie (im Reiseverkehr einschließlich Durchreiseverkehr) nach der Staatsangehörigkeit der Reisenden. Über die Seehäfen ein- und ausreisende Personen nach Häfen, Herkunfts- und Bestimmungsländern sowie nach der Staatsangehörigkeit. Im Verkehr über die Zonengrenze zur sowjetischen Besatzungszone ein- und ausreisende Personen nach Grenzabschnitten und Grenzübergangsstellen bzw. nach Flughäfen sowie nach der Staatsangehörigkeit der Reisenden.

Veröffentlichungen:

Fachserie H, Reihe 7 (monatlich, jährlich).

4. Statistik der von Wochenendpendlern benutzten Verkehrsmittel

(Zusatzerhebung zum Mikrozensus, siehe auch S. 48, lfd. Nr. I A 2 b.)

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) vom 21. Dezember 1962 (BGBl. I S. 767). Abdruck S. 161. Erste Verordnung über das Zusatzprogramm zum Mikrozensus vom 16. Dezember 1963 (BGBl. I S. 883). Abdruck S. 163.

Periodizität:

Einmalige Erhebung, zusammen mit dem Grundprogramm zum Mikrozensus im April 1964 durchgeführt.

Kreis der Befragten:

Haushalte und deren Mitglieder in ausgewählten Wahlbezirken. Auswahlssatz 1 % (siehe auch Übersicht im Anhang S. 310).

Berichtsweg:

Befragte (Befragung durch Interviewer) — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Wochenendpendler nach Stellung im Beruf, Wirtschaftsabteilung, Nettoeinkommensgruppen; vorwiegend benutzte Verkehrsmittel, Periodizität der Fahrten und Entfernungsstufen, Gemeindegrößenklassen.

Veröffentlichungen:

WiSta 66/7.

Hinweis zum Abschnitt VII A:

Zusammenfassende Berichte über die gesamte Verkehrswirtschaft enthalten die Veröffentlichungen in WiSta 62/2; 63/2; 64/2; 65/2; 66/2.

Der Güterverkehr der Verkehrszweige Eisenbahn, Straßenverkehr, Binnenschifffahrt, Seeschifffahrt, Luftfahrt und Rohrleitungen¹⁾ wird in der Veröffentlichung »Güterverkehr der Verkehrszweige« in der Fachserie H, Reihe 9 (vierteljährlich und jährlich), außerdem in WiSta (vierteljährlich) dargestellt. Das Verkehrsaufkommen bei den einzelnen Verkehrszweigen wird getrennt nach Gütern und Hauptverkehrsbeziehungen (Binnenverkehr, Interzonenverkehr, grenzüberschreitender Verkehr — dieser ferner nach Ländern gegliedert — sowie Durchgangsverkehr) nachgewiesen. Wegen der internationalen Vergleichbarkeit im Rahmen der EWG ist der gesamte Güterverkehr nach den Kapiteln der Internationalen Warensystematik für den Güterverkehr (NST) gegliedert.

¹⁾ Die Angaben über Rohrleitungen werden zum Teil vom Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft, Außenstelle Hamburg, zusammengestellt; weitere Zusammenstellungen und Berechnungen (z. B. nach tkm) erfolgen im StBA.

Eine zusammenfassende Darstellung über die Statistiken der Verkehrsunfälle bei den jeweiligen Verkehrszweigen ist im Statistischen Jahrbuch ab 1966 enthalten.

Meßzahlen des Personen- und Güterverkehrs

Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 326.

Veröffentlichungen:

WiSta • (monatlich).

B. Eisenbahnverkehr

1. Eisenbahnstatistik

Im einzelnen werden nachgewiesen:

I. Bestandsstatistik

II. Betriebsstatistik

III. Verkehrsstatistik

IV. Unfallstatistik

Rechtsgrundlage:

Verordnung über eine Eisenbahnstatistik vom 8. August 1965 (BGBl. I S. 749). Abdruck S. 240.

Periodizität:

Zu I.: Jährliche Erhebung und Aufbereitung.

Zu II. und III.: Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

Zu IV.: Monatliche Erhebung, jährliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Unternehmen, die dem öffentlichen Verkehr dienende Eisenbahnen betreiben (Deutsche Bundesbahn, nichtbundeseigene Eisenbahnen).

(Für den Güterverkehr werden die Angaben in Form von Sammelmeldungen, Lochkarten bzw. Magnetbändern geliefert.)

Berichtsweg:

Befragte (Unternehmen der nichtbundeseigenen Eisenbahnen über zuständige Landesbehörden, die den Güterverkehr betreffenden Angaben zum Teil über die Deutsche Bundesbahn) — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Zu I.: Strecken- und Gleislängen nach Art und Einrichtung; Fahrzeug- und Behälterbestände nach ihrer Art, Bahnhöfe, Haltepunkte und -stellen, Gleisanschlüsse und Bahnübergänge. Personalbestand nach Beschäftigungsverhältnis und betrieblichem Einsatz.

Zu II.: Triebfahrzeug-, Zug- und Tonnenkilometer nach Zuggattung und Antriebsart sowie Wagenachskilometer. Güterwagen- und Behälterstellung nach Wagen- bzw. Behälterart. Von Eisenbahnverwaltungen außerhalb des Bundesgebietes beladen eingegangene Güterwagen. Treibstoff- bzw. Energieverbrauch der Triebfahrzeuge.

Zu III.: Personen- und Gepäckverkehr: Beförderte Personen und Personenkilometer nach Art der Fahrausweise. Beförderungsmenge im Gepäckverkehr.

Güterverkehr: Menge und Tonnenkilometer des frachtpflichtigen Wagenladungsverkehrs in der Verflechtung nach Ein- und Ausladeverkehrsbezirken und Gütergruppen. Menge des frachtpflichtigen Stückgutverkehrs nach Versandverkehrsbezirken sowie Tariftonnenkilometern. Menge und Tariftonnenkilometer des Expresgutverkehrs. Be- und Entladung auf Gleisanschlüssen nach Wagen und Tonnen.

Menge und Tariftonnenkilometer des Dienstgutverkehrs. Menge und Tariftonnenkilometer des frachtpflichtigen Wagenladungsverkehrs nach Entfernungsstufen und wichtigen Gütergruppen.

(Fachliche Gliederung nach dem »Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik — Ausgabe 1962«, siehe auch Übersicht im Anhang S. 292 und Auszug aus der Systematik S. 307.)

Einnahmen: Einnahmen aus dem Personen-, Gepäck- und Güterverkehr.

Zu IV.: Zahl und Art der Bahnbetriebsunfälle sowie Zahl der Verletzten und getöteten Personen.

Veröffentlichungen:

Zu I. und IV.: Fachserie H, Reihe 4 (jährlich).
Zu II.: WiSta * (monatlich).
Fachserie H, Reihe 4 (monatlich, jährlich).
Zu III.: WiSta (vierteljährlich — nur Güterverkehr —).
WiSta * (monatlich).
Fachserie H, Reihe 4 (monatlich, jährlich),
Reihe 9 (vierteljährlich, jährlich — nur Güterverkehr —).

C. Straßenverkehr

1. Straßenstatistik

(Siehe auch Statistik der Ausgaben für Landstraßen I. Ordnung und Landstraßen II. Ordnung S. 120, lfd. Nr. XI A 2.)

a) Statistik der klassifizierten Straßen

Im einzelnen werden nachgewiesen:

- I. Straßenbestandsaufnahme
- II. Straßenlängenstatistik
- III. Verkehrszählungen

Rechtsgrundlage:

Vereinbarungen des Bundesministers für Verkehr mit den zuständigen Ministerien der Länder.

Periodizität:

Zu I.: In fünfjährigen Abständen, zuletzt mit Stichtag 1. Januar 1966 durchgeführt.

Zu II.: Jährliche Erhebung (Stichtag: 1. Januar) und Aufbereitung.

(In den Jahren, in denen eine Straßenbestandsaufnahme stattfindet, wird die Straßenlängenstatistik zusammen mit der Straßenbestandsaufnahme durchgeführt.)

Zu III.: Im allgemeinen in fünfjährigen Abständen, zuletzt 1965 durchgeführt (bei Bedarf zwischendurch weitere Zählungen, letztmals 1963).

Kreis der Befragten:

Landesstraßenbauämter.

Berichtsweg:

Befragte — oberste Straßenbaubehörden der Länder — Bundesministerium für Verkehr.

Dargestellte Tatbestände:

Zu I.: Gesamte Straßenlänge, Art der Straßendecke, Breite der Fahrbahn, Angabe der freien Strecken, der Ortsdurchfahrten, der befestigten Rand- und Seitenstreifen; Art des Unterbaues und der Befestigung (jeweils gegliedert nach Baulastträgern).

Außerdem vorgesehen: Brücken im Zuge von klassifizierten Straßen nach Lage, Bauweise, Spannweiten, Tragfähigkeit und Art des überbrückten Objekts.

Zu II.: Gesamte Straßenlänge, Angabe der freien Strecken und Ortsdurchfahrten der klassifizierten Straßen nach Baulastträgern (Bund, Länder, Kreise, Gemeinden) und der Abschnitte in der Baulast Dritter (jeweils gegliedert nach Straßenklassen).

Zu III.: Menge des durchschnittlich täglichen Verkehrs, und zwar Anzahl der Fahrzeuge (getrennt nach Arten) je 24 Stunden im Jahresmittel (Querschnittszählung) an ausgewählten Punkten der Bundesautobahnen und der Bundesstraßen, teilweise — jedoch mit unterschiedlichem Erfassungsgrad in den einzelnen Ländern — auch auf Land-, Landes- und Staatsstraßen sowie auf Kreisstraßen.

Veröffentlichungen:

Zu I. und II.: WiSta 63/7.
Fachserie H, Reihe 5/Sonderbeiträge (zusammen mit den Ergebnissen über die Statistik der Gemeindestraßen).
Zu III.: Bundesministerium für Verkehr: Verkehrsmengenkarten; Berichte in der Zeitschrift »Straße und Autobahn« sowie Schriftenreihe »Straßenbau und Straßenverkehrstechnik«.

b) Statistik der Gemeindestraßen

Rechtsgrundlage:

Für die Erhebung 1961: Verordnung über die Durchführung einer Statistik der Gemeindestraßen nach dem Stande vom 1. Januar 1961 vom 16. Dezember 1960 (Bundesanzeiger Nr. 247 S. 1). Abdruck S. 242.

Für die Erhebung 1966: Gesetz über die Statistik der Straßen in den Gemeinden 1966 vom 24. August 1965 (BGBl. I S. 975). Abdruck S. 243.

Periodizität:

In etwa fünfjährigen Abständen, zuletzt nach dem Stand vom 1. Januar 1966 durchgeführt.

Kreis der Befragten:

Träger der Straßenbaulast bzw. die sonstigen Unterhaltungspflichtigen und die Gemeinden.

Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Für 1961 und (vorgesehen) für 1966: Straßen in der Baulast der Gemeinden nach Länge, Breite, Straßen- und Deckenarten. Freie Strecken und Ortsdurchfahrten klassifizierter Straßen nach Längen, Straßenarten und Baulastträgern. Privatstraßen nach Länge und Lage (innerorts — außerorts).

Ferner für Gemeinden mit 20 000 und mehr Einwohnern: Fläche und Zahl der Stellplätze der Parkplätze, Parkstreifen, Parkspuren, der zeitweilig zum Parken verfügbaren Plätze, markierten Aufstellflächen auf Gehwegen (gegliedert nach Flächen mit und ohne Parkzeitbeschränkungen).

Für 1966 außerdem vorgesehen: Brücken im Zuge von Gemeindestraßen nach Lage, Spannweite, Tragfähigkeit und Bau- bzw. Konstruktionsart.

Öffentliche Parkbauten.

Veröffentlichungen:

WiSta 63/7, 12, 12*.
Fachserie H, Reihe 5 Gemeindestraßen (unregelmäßig).

2. Statistik des Kraftfahrzeug- und -anhängerbestandes

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Errichtung eines Kraftfahrt-Bundesamtes vom 4. August 1951, § 2 Abs. 5 (BGBl. I S. 488).

Periodizität:

Jährliche Bestandsermittlung durch Auszählung bzw. im Wege der Fortschreibung (Stichtage: 1. Januar für Krafträder, 1. Juli für Kraftwagen und Anhänger). Monatliche, vierteljährliche, halbjährliche und jährliche Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

Der Kraftfahrzeug- und -anhängerbestand und seine Veränderungen werden im Kraftfahrt-Bundesamt auf Grund der Meldungen der Zulassungsstellen, die zu Magnetbandaufzeichnungen zusammengefaßt werden, ermittelt (siehe auch unter »Bemerkungen«).

Dargestellte Tatbestände:

I. Kraftfahrzeug- und -anhängerbestand.

Halbjährlich nach Fahrzeugart, Größenklasse und Zulassungsbezirk; jährlich außerdem nach Antriebsart, Baujahr, Hersteller, Typ, Aufbauart, Wirtschaftszweig des Halters.

II. Zulassungen von fabrikneuen Kraftfahrzeugen und Anhängern.

Monatlich nach Fahrzeugart, Größenklasse, außerdem Personen- und Kombinationskraftwagen nach Hersteller und Typ; halbjährlich ferner nach Hersteller, Typ, Wirtschaftszweig des Käufers; jährlich außerdem nach Antriebsart, Zulassungsbezirk.

III. Löschungen der Zulassungen von Kraftfahrzeugen und Anhängern.

Jährlich nach Fahrzeugart, Größenklasse, Zulassungsbezirk, Baujahr, Wirtschaftszweig des bisherigen Halters.

IV. Besitzumschreibungen von gebrauchten Kraftfahrzeugen und Anhängern.

Monatlich nach Fahrzeugart und Größenklasse; halbjährlich außerdem nach Wirtschaftszweig des Käufers; jährlich ferner nach Baujahr, Zulassungsbezirk; in mehrjährigen Abständen teilweise auch nach Wirtschaftszweig des Verkäufers.

Veröffentlichungen:

Kraftfahrt-Bundesamt:
Statistische Mitteilungen (Bestand: halbjährlich, jährlich; Neuzulassungen: monatlich, halbjährlich, jährlich; Löschungen: jährlich; Besitzumschreibungen: monatlich, halbjährlich, jährlich).
»Der Bestand an Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern« (jährlich).
»Neuzulassungen — Besitzumschreibungen — Löschungen von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern« (jährlich).
Statistisches Bundesamt: WiSta * (monatlich).

Bemerkungen:

In den Magnetbandaufzeichnungen des Kraftfahrt-Bundesamtes ist jedes nach der Straßenverkehrszulassungsordnung zugelassene und mit einem Kraftfahrzeug- bzw. Anhängerbrief ausgestattete Fahrzeug erfasst.

3. Statistik der Fahr- und Fahrlehrerlaubnisse und der Tätigkeit der Technischen Prüfstellen

Im einzelnen werden nachgewiesen:

- I. Erteilung von Fahr- und Fahrlehrerlaubnissen
- II. Versagungen und Entziehungen von Fahrerlaubnissen sowie Fahrverbote zum Führen von Fahrzeugen
- III. Tätigkeit der Technischen Prüfstellen für den Kraftfahrzeugverkehr

Rechtsgrundlage:

Zu I. und III.: Vereinbarung des Bundesministers für Verkehr mit den zuständigen obersten Landesbehörden (Rundschreiben Bundesminister für Verkehr vom 20. Juli 1956 — StV 1 — 102 — K/56 und vom 25. Oktober 1957 — StV 8 — 1301 — 17 — 134 K/57) und entsprechende Durchführungserlasse der Länder.

Zu II.: Gesetz über die Errichtung eines Kraftfahrt-Bundesamtes vom 4. August 1951, § 2 Abs. 5 (BGBl. I S. 488).

Periodizität:

Zu I.: Jährliche Berichterstattung und Aufbereitung.

Zu II.: Laufende Berichterstattung, halbjährliche und jährliche Aufbereitung.

Zu III.: Halbjährliche Berichterstattung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Zu I.: Zulassungsstellen für Kraftfahrzeuge und Technische Prüfstellen für den Kraftfahrzeugverkehr.

Zu II.: Die Angaben werden im Kraftfahrt-Bundesamt an Hand der Meldungen der Gerichte, Staatsanwaltschaften und Zulassungsstellen für Kraftfahrzeuge zum Verkehrszentralregister zusammengestellt.

Zu III.: Technische Prüfstellen für den Kraftfahrzeugverkehr.

Berichtsweg:

Zu I.: Befragte — oberste Verkehrsbehörden der Länder — Kraftfahrt-Bundesamt.

Zu II.: Siehe »Kreis der Befragten«.

Zu III.: Befragte — Kraftfahrt-Bundesamt.

Dargestellte Tatbestände:

Zu I.: Erteilte Erlaubnisse nach Art der Fahrerlaubnisklasse und dem Geschlecht der Erwerber, ferner nach Ersterteilungen, Erweiterungen, Wiedererteilungen, Umschreibungen, Erteilungen an Inhaber einer ausländischen Fahrerlaubnis und Ausstellung von internationalen Führerscheinen.

Zu II.: Versagte und entzogene Fahrerlaubnisse sowie Fahrverbote zum Führen von Fahrzeugen nach Altersgruppe des Fahrerlaubnisinhabers, Versagungs- und Entziehungsgrund sowie Sperrfristen.

Zu III.: Prüfungen zur Erlangung der Fahr- und Fahrlehrerlaubnis sowie einer zusätzlichen Fahrerlaubnis zur Fahrgastbeförderung nach §§ 15 dff. der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung, gegliedert nach Art und Ergebnis der Prüfung, Fahrerlaubnisklasse und Geschlecht der Prüflinge.

Prüfungen von Kraftfahrzeugen und Anhängern nach Fahrzeugart, Art der Prüfung sowie Prüfungsergebnis nach Schwere, Art und Sitz der Mängel.

Veröffentlichungen:

Kraftfahrt-Bundesamt:
Statistische Mitteilungen (Erteilungen: jährlich; Versagungen und Entziehungen sowie Tätigkeit der Technischen Prüfstellen: halbjährlich).

Statistisches Bundesamt: StJb (auszugsweise).

4. Statistik der Führerscheininhaber und der Ausnutzung der Fahrerlaubnisse

(Zusatzerhebung zum Mikrozensus, siehe auch S. 48, lfd. Nr. I A 2 b.)

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) vom 21. Dezember 1962 (BGBl. I S. 767). Abdruck S. 161. Erste Verordnung über das Zusatzprogramm zum Mikrozensus vom 16. Dezember 1963 (BGBl. I S. 883). Abdruck S. 163.

Periodizität:

Einmalige Erhebung, zusammen mit dem Grundprogramm zum Mikrozensus im April 1965 durchgeführt.

Kreis der Befragten:

Haushalte und deren Mitglieder in ausgewählten Zählbezirken. Auswahlssatz 1% (siehe auch Übersicht im Anhang S. 310).

Berichtsweg:

Befragte (Befragung durch Interviewer) — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Vorgesehen:

Führerscheininhaber nach Fahrerlaubnisklassen, Geschlecht, Altersklassen, Beteiligung am Erwerbsleben, Wirtschaftsabteilungen und Stellung im Beruf. Häufigkeit und Zweck der Ausnutzung der Fahrerlaubnis, ausschließlich bzw. häufigst und zweithäufigst geführte Fahrzeugart; erstmalige Erteilung der Fahrerlaubnis. Außerdem Gliederung nach Gemeindegrößenklassen.

Veröffentlichungen:

Vorgesehen: Fachserie H, Reihe 5/Sonderbeiträge.

5. Statistik der Beförderung von Personen mit öffentlichen Straßenverkehrsmitteln

Rechtsgrundlage:

Verordnung zur Durchführung einer Statistik der Beförderung von Personen zu Lande vom 30. Dezember 1965 (Bundesanzeiger Nr. 246 S. 1). Abdruck S. 244.

Periodizität:

Monatliche und jährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Unternehmen des genehmigungspflichtigen Straßen-Personenverkehrs.

Berichtsweg:

Befragte — oberste Verkehrsbehörden der Länder bzw. StLA — Kraftfahrt-Bundesamt.

Dargestellte Tatbestände:

I. Im Verkehr mit Straßenbahnen und Obussen.

Monatlich: Zahl der Unternehmen, beförderte Personen und Einnahmen, Wagenkilometer (getrennt nach Triebwagen und Anhängern), Personenkilometer.

Jährlich: Zahl der Unternehmen, Zahl und Länge der betriebenen Linien und Strecken, verfügbarer Bestand sowie Art und Fassungsvermögen der Fahrzeuge; Einnahmen nach Art der Fahrausweise, außerdem mittlere Reiseweite.

II. Im Linienverkehr mit Kraftomnibussen und Personenkraftwagen.

Monatlich: Zahl der Unternehmen, Verkehrsart und -form, beförderte Personen und Einnahmen; Motorwagenkilometer, Personenkilometer.

Jährlich: Zahl der Unternehmen, Verkehrsart und -form, Zahl und Länge der betriebenen Linien, verfügbarer Bestand sowie Art und Fassungsvermögen der Fahrzeuge; Einnahmen nach Art der Fahrausweise, außerdem mittlere Reiseweite.

III. Im Gelegenheitsverkehr mit Kraftomnibussen sowie mit Personenkraftwagen, soweit diese 8 Fahrgastplätze haben.

Monatlich: Zahl der Unternehmen, Verkehrsform, beförderte Personen, Einnahmen, Motorwagenkilometer, Personenkilometer.

Jährlich: Zahl der Unternehmen, verfügbarer Bestand sowie Art und Fassungsvermögen der Fahrzeuge; außerdem mittlere Reiseweite.

Veröffentlichungen:

Kraftfahrt-Bundesamt:

Statistische Mitteilungen (monatlich).

Statistisches Bundesamt: WiSta * (monatlich).

6. Statistik des Güterverkehrs mit Kraftfahrzeugen

a) Fahrzeugstatistik

Rechtsgrundlage:

Güterkraftverkehrsgesetz (GüKG) vom 17. Oktober 1952 (BGBl. I S. 697), § 60.

Periodizität:

In unregelmäßigen Abständen durchgeführt; für den Güter- und Möbelfernverkehr zuletzt nach dem Stand vom Juli 1959, außerdem zwischenzeitliche Fortschreibung; für den Werkfernverkehr zuletzt nach dem Stand vom Oktober 1958, außerdem zwischenzeitliche Fortschreibung.

Wiederholungen sind vorgesehen.

Kreis der Befragten:

Die Statistik wird bei der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr an Hand der dort geführten Karteien bearbeitet.

Dargestellte Tatbestände:

Bei der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr meldepflichtige Fahrzeuge:

I. des gewerblichen Güter- und Möbelfernverkehrs nach Genehmigungsarten, Nutzlastklassen, Ladekapazität, Fahrzeugart, Baujahr, Aufbauten und Herstellern;

II. des Werkfernverkehrs (Lastkraftwagen über 4 t Nutzlast und Zugmaschinen über 55 PS sowie deren Anhänger) nach Gewerbebereichen, Nutzlastklassen, Lade- und Einsatzkapazität. (Die im Werkfernverkehr insgesamt eingesetzten Fahrzeuge werden in der Statistik des Werkfernverkehrs — lfd. Nr. 6c — nachgewiesen.)

Veröffentlichungen:

Bundesanstalt für den Güterfernverkehr:

»Die Verwendung von Lastkraftwagen, Zugmaschinen und Anhängern im gewerblichen Güterfernverkehr und Möbelfernverkehr«, zuletzt herausgegeben im März 1964 (Stand: Juli 1962); desgleichen im Werkfernverkehr, zuletzt herausgegeben im Oktober 1960 (Stand: Oktober 1958).

Bemerkungen:

Die Bundesanstalt für den Güterfernverkehr hat nach dem Stand vom Oktober 1956 außerdem Untersuchungen zur Ermittlung eines Schlüssels für die Aufteilung des Kontingents an Genehmigungen im gewerblichen Güterfernverkehr und im Möbelfernverkehr auf die Länder der Bundesrepublik Deutschland durchgeführt. Für Strukturuntersuchungen über das Güterfernverkehrsgewerbe wurden zuletzt nach dem Stand vom April 1964 Sonderauszählungen des Karteimaterials vorgenommen; Wiederholungen sind vorgesehen.

b) Statistik des gewerblichen Güterfernverkehrs

Rechtsgrundlage:

Güterkraftverkehrsgesetz (GüKG) vom 17. Oktober 1952 (BGBl. I S. 697), § 57 Abs. 1 und Verordnung über die Durchführung einer Statistik der Beförderungsleistungen im Güterfernverkehr vom 20. April 1956 (Bundesanzeiger Nr. 83 S. 1).

Periodizität:

Monatliche Erhebung, monatliche, vierteljährliche und jährliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Von der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr beauftragte Frachtenprüfstellen und die Schlüsselungsstelle der Bundesanstalt (Erfassung der Frachtbriefe bzw. — beim Möbelfernverkehr — der Frachtbriefe oder der Monatszusammenstellungen).

Berichtsweg:

Befragte — Kraftfahrt-Bundesamt (technische Aufbereitung) — Bundesanstalt für den Güterfernverkehr.

Dargestellte Tatbestände:

Beförderte Gütermenge, geleistete Tonnenkilometer, Frachteinnahmen.

I. Gewerblicher Güterfernverkehr mit deutschen Lastkraftfahrzeugen: Monatlich nach Entfernungsstufen, Güterhauptgruppen, Tarifklassen; vierteljährlich außerdem nach Heimatländern der Fahrzeuge; jährlich außerdem nach Gütergruppen, Gewichtsklassen, Versand und Empfang der Verkehrsbezirke sowie zusammengefaßter Verkehrsgebiete (Güterbewegung).

II. Gewerblicher Möbelfernverkehr mit deutschen Lastkraftfahrzeugen: Monatlich nach Entfernungsstufen, Gütergruppen; vierteljährlich außerdem nach Heimatländern der Fahrzeuge; jährlich außerdem nach Gütergruppen, Versand und Empfang der Verkehrsbezirke sowie zusammengefaßter Verkehrsgebiete (Güterbewegung).

III. Grenzüberschreitender Güterfernverkehr ausländischer Lastkraftfahrzeuge: Monatlich nach Entfernungsstufen, Güterhauptgruppen; vierteljährlich außerdem nach Versand, Empfang und Durchgangverkehr sowie Heimatstaaten der Fahrzeuge; jährlich außerdem nach Tarifklassen, Versand und Empfang der Verkehrsbezirke sowie zusammengefaßter Verkehrsgebiete (Güterbewegung).

(Fachliche Gliederung nach dem »Güterverzeichnis für die Verkehrsstatisik — Ausgabe 1962«, siehe auch Übersicht im Anhang S. 292 und Auszug aus der Systematik S. 307.)

Veröffentlichungen:

Bundesanstalt für den Güterfernverkehr/Kraftfahrt-Bundesamt: Statistische Mitteilungen des Kraftfahrt-Bundesamtes und der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr (monatlich).

Gemeinsame Jahresberichte der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr und des Kraftfahrt-Bundesamtes.

Statistisches Bundesamt: WiSta * (monatlich).

Bemerkungen:

Die Aufbereitung zu I. erfolgt nach dem Stichprobenverfahren durch Auswahl jedes dritten Frachtbriefes (siehe auch Übersicht im Anhang S. 320). Die Statistik zu II. und III. wird total aufbereitet.

c) Statistik des Werkfernverkehrs

Rechtsgrundlage:

Güterkraftverkehrsgesetz (GüKG) vom 17. Oktober 1952, § 52 Abs. 3 (BGBl. I S. 697) und Verordnung über Beförderungs- und Begleitpapiere, Fahrtennachweisbücher und die statistische Erfassung der Beförderungsleistungen im Werkfernverkehr vom 29. September 1953 (BGBl. I S. 1464).

Periodizität:

Siehe lfd. Nr. 6b.

Kreis der Befragten:

Unternehmen mit Werkfernverkehr.

Berichtsweg:

Befragte — Beförderungsteuerstellen (Weiterleitung der Zeitschriften der von den Unternehmen einzureichenden Nachweise über die Beförderungsleistungen im Werkfernverkehr) — Kraftfahrt-Bundesamt.

Dargestellte Tatbestände:

Beförderte Gütermenge, geleistete Tonnenkilometer.

I. Werkfernverkehr mit deutschen Lastkraftfahrzeugen: Monatlich nach Entfernungsstufen und Güterhauptgruppen; vierteljährlich außerdem nach Wirtschafts-

zweigen, Tarifklassen, Heimatländern der Fahrzeuge; jährlich außerdem nach Gütergruppen, Versand und Empfang der Verkehrsbezirke sowie zusammengefaßter Verkehrsgebiete (Güterbewegung).

II. Grenzüberschreitender Werkfernverkehr ausländischer Lastkraftfahrzeuge: Monatlich nach Entfernungstufen, Güterhauptgruppen; vierteljährlich außerdem nach Versand, Empfang und Durchgangsverkehr sowie Heimatstaaten der Fahrzeuge; jährlich außerdem nach Gütergruppen, Tarifklassen, Versand und Empfang der Verkehrsbezirke sowie zusammengefaßter Verkehrsgebiete (Güterbewegung).

(Fachliche Gliederung nach dem »Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik — Ausgabe 1962« sowie nach der »Systematik der Wirtschaftszweige — Ausgabe 1961«, siehe auch Übersicht im Anhang S. 292 und Auszüge aus den Systematiken S. 294 ff.)

Veröffentlichungen:

Kraftfahrt-Bundesamt/Bundesanstalt für den Güterfernverkehr: Statistische Mitteilungen des Kraftfahrt-Bundesamtes und der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr (monatlich). Gemeinsame Jahresberichte der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr und des Kraftfahrt-Bundesamtes. Statistisches Bundesamt: WiSta * (monatlich).

Bemerkungen:

Die Aufbereitung zu I. erfolgt nach dem Stichprobenverfahren durch Auswahl jedes fünften Beförderungsfalles (siehe auch Übersicht im Anhang S. 320). Die Statistik zu II. wird total aufbereitet.

d) Statistik des Güterverkehrs mit Kraftfahrzeugen

Rechtsgrundlage:

Verordnung über eine Statistik des Güterverkehrs mit Kraftfahrzeugen vom 8. Januar 1964 (Bundesanzeiger Nr. 7). Abdruck S. 246.

Periodizität:

In mehrjährigen Abständen zu wiederholende Erhebungen, zuletzt 1965 durchgeführt. Über jedes ausgewählte Fahrzeug wird nur für eine Woche im Jahr berichtet.

Kreis der Befragten:

Halter ausgewählter Lastkraftfahrzeuge (ab einer Tonne und mehr Nutzlast einschließlich mitgeführter Anhänger sowie von nicht in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben eingesetzten Zugmaschinen). Die Erhebung wurde nach dem Stichprobenverfahren für rund 60 000 Fahrzeuge durchgeführt (siehe auch Übersicht im Anhang S. 321).

Berichtsweg:

Befragte — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Beförderte Gütermenge und Tonnenkilometer nach Gütergruppen, Entfernungstufen, Verkehrsart und Größenklasse des Fahrzeugs, Wirtschaftszweig des Fahrzeughalters, Verkehrsrechtliche Genehmigung, Verbindung zu anderen Transportvorgängen, Verkehrsbeziehungen; Verkehrsbezirk und Land des Standortes der Fahrzeuge; Empfangs- und Versand-Verkehrsbezirke; Art der Abrechnung.

Veröffentlichungen:

WiSta 64/3 (Ergebnisse der Probeerhebung). Fachserie H, Reihe 5/Sonderbeiträge.

Bemerkungen:

Zur Vorbereitung der Erhebung für 1965 fand in den Monaten Januar bis August 1962 bei rund 6 000 Haltern von Lastkraftfahrzeugen eine Probeerhebung auf freiwilliger Basis statt.

7. Statistik des grenzüberschreitenden Verkehrs mit Kraftfahrzeugen

a) Statistik des Personenverkehrs

Rechtsgrundlage:

Vereinbarungen zwischen dem Bundesminister für Verkehr und dem Bundesminister der Finanzen sowie Zusatz-Erlaß des Bundesministers der Finanzen an die Grenzzollstellen vom 6. Dezember 1965 — III A/1 — 03045 — 102/65 (BZBl. 1965 S. 1041).

Periodizität:

Laufende Erfassung, monatliche Aufbereitung mit Jahrestelergebnissen.

Kreis der Befragten:

Fahrzeugführer bzw. Grenzzollstellen (Anmeldestellen).

Berichtsweg:

Befragte — (soweit Fahrzeugführer befragt: über Grenzzollstellen) — Kraftfahrt-Bundesamt.

Dargestellte Tatbestände:

In die Bundesrepublik eingefahrene Kraftomnibusse, Krafträder und Personenkraftwagen (bei Kraftomnibussen nach Fahrzeugen mit deutschem und ausländischem Nationalitätszeichen und Zahl der Fahrgäste) nach Grenzzollstellen.

Veröffentlichungen:

Kraftfahrt-Bundesamt: Statistische Mitteilungen (monatlich).

b) Statistik des Güterverkehrs

Rechtsgrundlage:

Vereinbarungen zwischen dem Bundesminister für Verkehr und dem Bundesminister der Finanzen sowie Erlaß des Bundesministers der Finanzen an die Grenzzollstellen vom 12. Juni 1963 — III A/1 — 03045 — 76/63 (BZBl. 1963 S. 406).

Periodizität:

Siehe lfd. Nr. 7a.

Kreis der Befragten:

Fahrzeugführer.

Berichtsweg:

Befragte — Grenzzollstellen (Anmeldestellen) — Kraftfahrt-Bundesamt.

Dargestellte Tatbestände:

Ein-, aus- und durchgefahrene Lastkraftfahrzeuge.

Monatlich nach Heimatstaaten der Fahrzeuge, Ein- und Ausladeländern, Grenzzollstellen, Menge der beförderten Güter nach Güterhauptgruppen und Verkehrsarten. Jährlich außerdem nach Gütergruppen, Versand und Empfang der Verkehrsbezirke des Bundesgebietes sowie Durchgangsverkehr durch das Bundesgebiet nach Versand- und Empfangsgebieten.

(Fachliche Gliederung nach dem »Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik — Ausgabe 1962«, siehe auch Übersicht im Anhang S. 292 und Auszug aus der Systematik S. 307.)

Veröffentlichungen:

Kraftfahrt-Bundesamt: Statistische Mitteilungen (monatlich). Statistisches Bundesamt: Fachserie H, Reihe 5 (jährlich).

8. Statistik des interzonalen Straßenverkehrs mit Berlin und der sowjetischen Besatzungszone

Rechtsgrundlage:

Vereinbarungen zwischen dem Bundesminister für Verkehr und dem Bundesminister der Finanzen sowie Erlaß des Bundesministers der Finanzen an die Grenzkontrollstellen vom 15. April 1965 — III A/1 — 03045 — 94/64 (BZBl. 1965 S. 312).

Periodizität:

Laufende Erfassung, monatliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Grenzkontrollstellen.

Berichtsweg:

Befragte — Kraftfahrt-Bundesamt (für Berlinverkehr über Senator für Verkehr und Betriebe).

Dargestellte Tatbestände:

Über die Zonengrenze ein- und ausgefahrene Fahrzeuge nach Fahrzeugart, Fahrtrichtung und Übergangsstellen; bei Kraftomnibussen außerdem nach Heimatstandort

und Einsatz im Linien- oder Gelegenheitsverkehr, ferner Zahl der Fahrgäste; bei Lastkraftfahrzeugen außerdem Unterscheidung nach dem Heimatstandort, nach beladen oder leer sowie beförderte Gütermenge.

Veröffentlichungen:

Kraftfahrt-Bundesamt: Statistische Mitteilungen (monatlich).

9. Statistik der Kraftfahrzeugfahrleistungen

Rechtsgrundlage:

Für die Erhebung 1959: Verordnung über eine Statistik der Kraftfahrzeugfahrleistungen des Jahres 1959 vom 11. April 1959 (Bundesanzeiger Nr. 78 S. 1). Abdruck S. 247.

Für die Erhebungen 1966/67: Gesetz über eine Statistik der Kraftfahrzeugfahrleistungen 1966/67 vom 12. August 1966 (BGBl. I S. 500).

Periodizität:

In mehrjährigen Abständen durchgeführt, erstmals 1960 für das Jahr 1959. Wiederholungen sind 1967 vorgesehen, und zwar Grunderhebung für das Jahr 1966, Ergänzungserhebung für die Zeit vom 1. Juli 1966 bis 30. Juni 1967 (Berichtszeitraum je Fahrzeug auf eine Woche begrenzt).

Kreis der Befragten:

Für die Erhebung 1959: Fahrzeughalter von rund 225 000 ausgewählten zugelassenen Kraftfahrzeugen, Kraftfahrzeuganhängern sowie Fahrrädern mit Hilfsmotor, ausgenommen Kraftomnibusse und deren Anhänger sowie Zugmaschinen und Anhänger in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben (siehe auch Übersicht im Anhang S. 321).

Für die Grunderhebung 1966: Fahrzeughalter von höchstens 100 000 zugelassenen Kraftfahrzeugen sowie von Fahrrädern mit Hilfsmotor, ausgenommen Obusse sowie Zugmaschinen in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben (siehe auch Übersicht im Anhang S. 321).

Für die Ergänzungserhebung 1966/67: Fahrzeughalter von höchstens 38 000 Lastkraftfahrzeugen zur Beförderung von 1,5 und mehr Tonnen Nutzlast, Zugmaschinen, ausgenommen Zugmaschinen in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben.

Berichtsweg:

Befragte — Kraftfahrt-Bundesamt — StBA. (Für die Ergänzungserhebung 1966/67: Befragte — StBA.)

Dargestellte Tatbestände:

Für 1959 veröffentlicht, für Grunderhebung 1966 vorgesehen: Die durchschnittlichen und Gesamtfahrleistungen der Fahrzeuge im Kalenderjahr 1959 bzw. 1966 nach Fahrzeugart, Größenklasse, Antriebsart, Baujahr und Wirtschaftszweig der Fahrzeughalter. Für 1959 außerdem nach überwiegender Benutzung für private und berufliche Zwecke.

Für Ergänzungserhebung 1966/67 vorgesehen: Gefahrene Kilometer, Achskilometer, angebotene und geleistete Tonnenkilometer nach Beladezustand der Fahrzeuge, Fahrzeugart, Größenklasse, Verkehrsart, Zahl der Achsen und Wirtschaftszweig des Fahrzeughalters.

Veröffentlichungen:

WiSta 61/5, 5*, 9*, 10; 62/11; 63/9.
Fachserie H, Reihe 5, Sonderbeiträge.

Bemerkungen:

Die Beantwortung der Fragen zur Erhebung 1959 und zur Grunderhebung 1966 ist freiwillig.

Auf Grund der Ergebnisse der 1959 durchgeführten Erhebung wurden außerdem die Fahrleistungen der Kraftfahrzeuge für 1960, 1961 und 1962 schätzungsweise ermittelt.

10. Statistik der Straßenverkehrsunfälle

Rechtsgrundlage:

Gesetz zur Durchführung einer Straßenverkehrsunfallstatistik (StVUnfG) vom 18. Mai 1961 (BGBl. I S. 606). Abdruck S. 249. Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Durchführung einer Straßenverkehrsunfallstatistik vom 20. September 1965 (BGBl. I S. 1437). Abdruck S. 250.

Periodizität:

Laufende Erfassung, monatliche und jährliche Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

Polizeibehörden.

(Als Erhebungsunterlagen dienen Durchschläge der Meldungen und Übertretungsanzeigen zum Verkehrsunfall sowie Durchschläge der Verkehrsunfallanzeigen.)

Berichtsweg:

Befragte — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Monatlich: Straßenverkehrsunfälle nach Art des Schadens (Personenschaden, nur Sachschaden), getötete und verletzte Personen (Schnellbericht).

Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden nach Unfallfolgen, Straßenarten und Ortslage. Verunglückte nach Straßenarten und Ortslage. Art der beteiligten Verkehrsteilnehmer (z. B. Kraftfahrzeugarten, Straßenbahnen, Eisenbahnen, Fußgänger). Getötete und Verletzte nach Art der Verkehrsbeteiligung; Unfallursachen. Unfälle und Verunglückte in den Großstädten.

Straßenverkehrsunfälle mit nur Sachschaden nach der Schadenshöhe. Bei Sachschäden von 1000 DM und mehr bei einem der Beteiligten nach Straßenarten und Ortslage sowie nach der Art der Verkehrsbeteiligung.

Jährlich außerdem: Unfälle nach Tagen. Art des Unfalls nach Straßenklassen. Unfälle mit nur einem bzw. nur mit je zwei Verkehrsteilnehmern nach Art der Unfallbeteiligung. Fahrzeugführer und Fußgänger sowie Verunglückte nach Alter und Geschlecht. Unfallursachen der Fahrzeugführer nach Art der Verkehrsbeteiligung.

Außerdem Sonderuntersuchungen im Rahmen eines Zusatzprogramms für 1965: Unfallbeteiligung der Kraftfahrer und Fußgänger, gegliedert nach Geschlecht und Alter; für 1966 vorgesehen: spezielle Untersuchungen der Fußgängerunfälle.

Veröffentlichungen:

WiSta 62/3, 5, 8; 63/3, 5; 64/3, 5; 65/3, 5; 66/3.
WiSta* (monatlich).
Fachserie H, Reihe 6 (monatlich; jährlich mit Vorbericht).

D. Binnen- und Seeschifffahrt

1. Binnenschifffahrtsstatistik

a) Statistik des Bestandes an Binnenschiffen

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Statistik des Schiffs- und Güterverkehrs auf den Binnenwasserstraßen und die Fortschreibung des Schiffsbestandes der Binnenflotte vom 26. Juli 1957 (BGBl. II S. 742). Abdruck S. 251.

Periodizität:

Laufende Fortschreibung der Zählungsergebnisse vom 1. Januar 1950; jährliche Aufbereitung der Fortschreibungsergebnisse (Stichtag: 31. Dezember).

Kreis der Befragten:

Schiffseigner, Registergerichte.

Berichtsweg:

Befragte — Bundesministerium für Verkehr (Fortschreibung und Vorauswertung) — StBA (Aufbereitung und Veröffentlichung).

Dargestellte Tatbestände:

Bestand an Binnenschiffen. Zahl und Tragfähigkeit der Schiffe nach Schiffsgattungen und Wasserstraßengebieten; Tragfähigkeit, Antriebsart, Maschinenleistung und Alter der Schiffe nach Schiffsgattungen und -größenklassen; Güterschiffe und Schlepper außerdem nach Breite und Länge der Schiffe.

Veröffentlichungen:

WiSta 63/12.
Fachserie H, Reihe 1 (jährlich).

b) Statistik des Schiffs- und Güterverkehrs auf den Binnenwasserstraßen

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 1 a.

Periodizität:

Laufende Erfassung, monatliche und jährliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Schiffs- oder Floßführer, Frachtführer, Verfrachter.

Berichtsweg:

Befragte — Statistische Meldestellen (Hafenverwaltungen, Besitzer privater Lösch- und Ladestellen, Gemeindebehörden, Zolldienststellen, Wasserstraßenbehörden) — StLÄ — StBA.

(Aufbereitung: StLÄ, Statistisches Amt der Stadt Köln, Abteilung Wirtschaftsstatistik der Duisburg-Ruhrorter-Häfen AG und zum Teil StBA; Zusammenstellung von Bundesergebnissen sowie Angaben zur Güterbewegungsstatistik und tonnenkilometrischen Leistungen: StBA.)

Dargestellte Tatbestände:

Schiffs- und Güterverkehr deutscher und ausländischer Schiffe auf Binnenwasserstraßen des Bundesgebietes. Monatlich: Güterverkehr auf den Binnenwasserstraßen nach Güterhauptgruppen und Hauptverkehrsbeziehungen; tonnenkilometrische Leistungen nach Flaggen. Güterumschlag in den Binnenhäfen nach Wasserstraßengebieten und Güterhauptgruppen; Güterumschlag in den wichtigeren Binnenhäfen. Güterverkehr an den Auslands- und Zonengrenzstellen sowie an wichtigeren Schleusen.

Jährlich: Schiffs- und Güterverkehr in den Binnenhäfen insgesamt nach Wasserstraßengebieten und Flaggen; in den wichtigeren Binnenhäfen, an wichtigen Schleusen und an den Grenzdurchgangsstellen jeweils nach Fahrtrichtungen und Flaggen. Außerdem besondere Nachweisung des Güterverkehrs nach Verkehrsbezirken (Güterbewegungsstatistik). Seeverkehr der Häfen des Binnenlandes; Umladungen nach Wasserstraßengebieten und nach Güterhauptgruppen; Güterumschlag in den Binnenhäfen sowie Güterverkehr an den Grenzdurchgangsstellen und an wichtigeren Schleusen; tonnenkilometrische Leistungen nach Wasserstraßenabschnitten. (Fachliche Gliederung des Güterverkehrs nach dem »Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik — Ausgabe 1962«, siehe auch Übersicht im Anhang S. 292 und Auszug aus der Systematik S. 307.)

Veröffentlichungen:

WiSta 62/4; 63/4; 65/4.

WiSta* (monatlich).

Fachserie H, Reihe 1 (monatlich, jährlich).

c) Statistik der Unfälle auf den Binnenwasserstraßen

Rechtsgrundlage:

Erlaß des Bundesministers für Verkehr vom 24. Januar 1958 — B 588/4276 Vmb/57 II —.

Periodizität:

Laufende Erfassung, jährliche Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

Wasserschutzpolizei.

Berichtsweg:

Befragte — Bundesministerium für Verkehr (Vorauswertung) — StBA (Zusammenstellung und Veröffentlichung der Ergebnisse).

Dargestellte Tatbestände:

Verkehrs- und Betriebsunfälle deutscher und ausländischer Schiffe, Zahl und Größe der beteiligten Schiffe, Ort und Zeit der Unfälle, Unfallursachen und Unfallfolgen.

Veröffentlichungen:

Fachserie H, Reihe 1 (jährlich).

2. Seeschiffsstatistik

a) Statistik des Bestandes an Seeschiffen

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Statistik der Seeschifffahrt vom 26. Juli 1957 (BGBl. II S. 739). Abdruck S. 253.

Periodizität:

Laufende Fortschreibung der Zählungsergebnisse vom 31. Dezember 1948; monatliche und jährliche Zusammenstellung der Fortschreibungsergebnisse.

Kreis der Befragten:

Schiffeigner, Registergerichte, Bundesamt für Schiffsvermessung.

Berichtsweg:

Befragte — Bundesministerium für Verkehr, Abteilung Seeverkehr (Fortschreibung und Zusammenstellung der Ergebnisse) — StBA (Veröffentlichung).

Dargestellte Tatbestände:

Monatlich: Fortgeschriebener Bestand an Seeschiffen (Zahl, Bruttoreaumgehalt) nach Verwendungsart.

Jährlich außerdem: Handelsschiffe und Seefischereifahrzeuge nach Verwendungs- und Antriebsart sowie nach Größenklassen, Altersklassen und Heimatgebieten. Nicht eigentlichen Handelszwecken dienende Fahrzeuge (Spezialfahrzeuge) nach Zahl, Bruttoreumgehalt und Antriebsart.

Veröffentlichungen:

WiSta 63/12.

Fachserie H, Reihe 2 (monatlich, jährlich).

b) Seemannsstatistik

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 2 a.

Periodizität:

Laufende Erfassung, halbjährliche Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

Besatzungsmitglieder der Seeschiffe unter der Bundesflagge sowie die sonstigen an Bord tätigen Personen.

Berichtsweg:

Befragte — See-Berufsgenossenschaft Hamburg (Zusammenstellung von Meldungen der Reeder) — Bundesministerium für Verkehr/Abteilung Seeverkehr.

Dargestellte Tatbestände:

Besatzungsmitglieder der Seeschiffe unter der Bundesflagge sowie die sonstigen an Bord tätigen Personen nach Geschlecht, Berufs- und Tätigkeitsmerkmalen.

Veröffentlichungen:

WiSta 64/9.

Vorgesehen: Fachserie A, Reihe 6.

c) Seeverkehrsstatistik

Im einzelnen werden nachgewiesen:

I. Schiffs- und Güterverkehr über See

II. Schiffs- und Güterverkehr auf dem Nord-Ostsee-Kanal

III. Personenverkehr über See mit dem Ausland

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 2 a. Ferner Verordnung über die Meldestellen für die Seeverkehrsstatistik vom 24. April 1958 (Bundesanzeiger Nr. 80 S. 1), nebst Änderungsverordnung vom 18. März 1960 (Bundesanzeiger Nr. 57 S. 1).

Periodizität:

Zu I. und II.: Laufende Erfassung, monatliche und jährliche Aufbereitung.

Zu III.: Laufende Erfassung, jährliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Zu I. und III.: Schiffsführer, Verfrachter oder deren Vertreter.

Zu II.: Meldestellen der Kanalverwaltung.

(Als Erhebungspapiere bei den Seehäfen, Lade- und Löschplätzen dienen die »Zählkarten für den Seeverkehr«.)

Berichtsweg:

Zu I.: Befragte — Meldestellen (Zolldienststellen, Wasser- und Schifffahrtsbehörden, Hafenverwaltungen, Besitzer privater Lös- und Ladestellen, Gemeindebehörden) — StBA. (Die Aufbereitung wird für Hamburg, Bremen und Lübeck von den dortigen Statistischen Ämtern, für die übrigen Küstenhäfen direkt vom StBA durchgeführt; die zusammenfassende Aufbereitung und Veröffentlichung der Bundesergebnisse erfolgt im StBA.)

Zu II.: Befragte — Wasser- und Schifffahrtsdirektion Kiel (Zusammenstellung und Aufbereitung) — Bundesministerium für Verkehr/Abteilung Seeverkehr — StBA (Veröffentlichung).

Zu III.: Befragte — Paßkontrollstellen — zuständige StLÄ (Aufbereitung) — StBA (Zusammenstellung der Bundesergebnisse und Veröffentlichung).

Dargestellte Tatbestände:

Zu I.:

Monatlich: Schiffsverkehr (Ankunft und Abgang) insgesamt nach Flaggen; in den einzelnen Seehäfen insgesamt. Güterverkehr (Empfang und Versand) insgesamt nach Güterhauptgruppen; in den einzelnen Seehäfen nach Hauptverkehrsbeziehungen.

Jährlich: Schiffsverkehr insgesamt nach Flaggen und Hauptverkehrsbeziehungen; in den wichtigeren Seehäfen nach Verkehrsbereichen, Flaggen; in den einzelnen Seehäfen nach Hauptverkehrsbeziehungen, Schiffs- und Einsatzarten. Güterverkehr insgesamt nach Hauptverkehrsbeziehungen, Verkehrsbezirken, Flaggen, Gütergruppen bzw. -hauptgruppen; in den wichtigeren Häfen nach Monaten; in den einzelnen deutschen Seeverkehrsbezirken nach Einlade- und Auslade-Verkehrsbezirken und Güterhauptgruppen (Güterbewegungsstatistik).

(Fachliche Gliederung des Güterverkehrs nach dem »Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik — Ausgabe 1962«, siehe auch Übersicht im Anhang S. 292 und Auszug aus der Systematik S. 307.)

Zu II.:

Monatlich: Schiffsverkehr nach der Verwendungsart der Fahrzeuge. Güterverkehr insgesamt nach Güterhauptgruppen, Schiffs- und Güterverkehr nach Flaggen.

Jährlich: Schiffsverkehr insgesamt nach der Verwendungsart der Fahrzeuge; Verkehr der Handelsschiffe nach Flaggen, Herkunfts- und Bestimmungsgebieten, Güterverkehr auf deutschen und auf fremden Schiffen nach Monaten und Güterhauptgruppen.

(Fachliche Gliederung wie bei I.)

Zu III.:

Für die Häfen Hamburg und Cuxhaven sowie die Bremischen Häfen: Reiseart, Ziel- und Herkunftsland der Fahrgäste.

Veröffentlichungen:

Zu I. und II.:
WiSta 62/4; 63/4; 64/4; 65/4.
WiSta* (monatlich).
Fachserie H, Reihe 2 (monatlich, jährlich).

Zu III.:
Fachserie H, Reihe 2 (jährlich).

d) Statistik der Seeunfälle

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 2 a.

Periodizität:

Erfassung anlässlich der seeamtlichen Untersuchungen von Seeunfällen; jährliche Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

Seeämter.

Berichtsweg:

Befragte — Bundesministerium für Verkehr/Abteilung Seeverkehr (Zusammenstellung) — StBA (Veröffentlichung).

Dargestellte Tatbestände:

Seeamtlich untersuchte Seeunfälle.

Zahl und Bruttoreumgehalt der von Unfällen betroffenen deutschen Schiffe an der Küste des Bundesgebietes und in ausländischen Gewässern, gegliedert nach Ort, Zeit, Ursache und Folge des Unfalls sowie Zahl der getöteten, verletzten und vermißten Personen.

Unfälle fremder Schiffe an der Küste des Bundesgebietes nach Unfallart und -folge.

Veröffentlichungen:

Fachserie H, Reihe 2 (jährlich).

E. Luftverkehr

1. Luftfahrtstatistik

Rechtsgrundlage:

Verordnung zur Durchführung einer Luftfahrtstatistik vom 30. Oktober 1964 (Bundesanzeiger Nr. 206 S. 1).
Abdruck S. 256. Neuer Gesetzentwurf in Vorbereitung.

Periodizität:

Laufende Erhebung, monatliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

I. Gewerblicher Luftverkehr: Luftfahrtunternehmen (bzw. Führer der Luftfahrzeuge, wenn keine Luftfahrtunternehmen bestehen oder diese keine ständige Vertretung auf Flugplätzen unterhalten);

für Ausfälle im Fluglinienverkehr: Flughafenunternehmer.

(Als Erhebungsunterlagen dienen Flugberichte und statistische Anmeldescheine zur Erfassung der Luftgütertransporte.)

II. Nichtgewerblicher Luftverkehr einschließlich Werkverkehr: Flughafenunternehmer bzw. auf sonstigen Flugplätzen die Flugleiter und die Führer der Luftfahrzeuge.

(Als Erhebungsunterlagen dienen Sammelflugberichte.)

Berichtsweg:

Zu I.: Befragte — Flughafenunternehmer bzw. Flugleiter der sonstigen Flugplätze — StBA (zentrale Aufbereitung).

Zu II.: Befragte — StBA (zentrale Aufbereitung).

Dargestellte Tatbestände:

Gesamter ziviler In- und Auslandsluftverkehr der Flugplätze der Bundesrepublik.

Zu I.: Luftfahrzeugbewegungen: Zahl der Luftfahrzeugbewegungen nach Flughäfen, Flugarten und Startgewichtsklassen.

Flugplatzumschlag: Ein- und Aussteiger sowie Durchgang. Menge der ein- und ausgeladenen sowie durchgegangenen Fracht und Post auf den Flugplätzen nach Flugarten und Hauptverkehrsbeziehungen.

Beförderungsleistung: Zahl der Flüge, Flugkilometer; angebotene Sitzplatz- und Tonnenkilometer; geleistete Personenkilometer, Fracht- und Posttonnenkilometer; Ausnutzungsgrad der Flugzeuge. Beförderte Personen nach Verkehrsbeziehungen sowie Mengen der beförderten Fracht nach Verkehrsbeziehungen und Gütergruppen.

(Fachliche Gliederung nach dem »Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik — Ausgabe 1962«, siehe auch Übersicht im Anhang S. 292 und Auszug aus der Systematik S. 307.)

Zu II.: Zahl der Luftfahrzeugbewegungen nach Flugarten.

Veröffentlichungen:

WiSta 62/7; 65/4.
WiSta* (monatlich).
Fachserie H, Reihe 3 (monatlich, jährlich).

Bemerkungen:

Außerdem werden jährlich zum 31. Dezember vom Luftfahrt-Bundesamt die Bestände an Luftfahrzeugen nach Startgewichtsklassen ermittelt und vom StBA in der Fachserie H, Reihe 3 veröffentlicht.

2. Statistik der Luftverkehrsunfälle

Rechtsgrundlage:

Verwaltungsanordnungen.

Periodizität:

Laufende Erfassung, jährliche Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

Luftfahrt-Bundesamt.

Berichtsweg:

Befragte — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Flugbetriebsunfälle und Verunglückte in der Bundesrepublik Deutschland (ohne Berlin) nach der Betriebsart.

Veröffentlichungen:

Fachserie H, Reihe 3 (jährlich).

F. Post- und Fernmeldewesen

1. Statistik der Deutschen Bundespost

Über folgende betriebsstatistische Ermittlungen der Deutschen Bundespost werden Ergebnisse veröffentlicht:

I. Betriebseinrichtungen

Postwesen.

Jährlich: Ämter, Amtsstellen und Hilfseinrichtungen des Postdienstes (amtliche Abgabestellen für Postwertzeichen, Postbriefkasten, Postfächer, Hausbriefkasten); Werkstätten für Postkraftwagen; Kraftfahrzeuge; Zahl und Streckenlänge der Linien des Postreisedienstes; Grundstücke, Gebäude und Wohnungen der Deutschen Bundespost.

Fernmeldewesen.

Monatlich: Telexanschlüsse und Sprechstellen (Hauptanschlüsse, Nebenanschlüsse, öffentliche Sprechstellen).

Jährlich: Ämter des Fernmeldewesens, Fernsprechortsnetze, Fernsprechvermittlungsstellen, Nebenstellenanlagen.

II. Verkehrsleistungen

Postdienst.

Monatlich, vierteljährlich und jährlich: Beförderte Brief- und Paketsendungen. Zahl der Zahlkarten, Zahlungs- und Postanweisungen. Zahl der Ton- und Fernseh-Rundfunkgenehmigungen.

Monatlich und jährlich: Wertsendungen, Postaufträge, Nachnahmesendungen, Betrag der Zahlkarten, Zahlungs- und Postanweisungen.

Jährlich: Versorgungs- und Versicherungsrenten, Zeitungsnummernstücke, Erlös von Post- und Sonderpostwertzeichen, Marken der Sozialversicherung und Wechselsteuermarken, Fahrleistungen der Kraftfahrzeuge zur Postbeförderung.

Postreisedienst.

Monatlich, vierteljährlich und jährlich: Wagenkilometer und Beförderungsfälle.

Postscheckdienst.

Monatlich, vierteljährlich und jährlich: Postscheckkonten, Guthaben und Buchungen.

Monatlich und jährlich: Gut- und Lastschriften (Stück und Betrag).

Postsparkassendienst.

Monatlich, vierteljährlich und jährlich: Postspargbücher, Guthaben und Buchungen.

Monatlich und jährlich: Einlagen und Rückzahlungen (Stück und Betrag).

Telegraphie.

Monatlich, vierteljährlich und jährlich: Telegramme.

Telex-Verkehr: Inland in Gebühreneinheiten, mit dem Ausland in Telexminuten (= Zeitminuten).

Fernsprechdienst.

Monatlich, vierteljährlich und jährlich: Orts- und Ferngespräche.

III. Personal

Vierteljährlich und jährlich: Personalbestand im Durchschnitt des Berichtsabschnittes (Teilkkräfte auf volle Kräfte umgerechnet).

Jährlich: Personalbestand nach der Kopfzahl am Ende des Berichtsjahres unterteilt nach Beamten, Angestellten, Arbeitern, Posthaltern und Nachwuchskräften (Teilkkräfte auf volle Kräfte umgerechnet); Personalbestand im Durchschnitt des Berichtsjahres nach der Verwendung und nach Dienstzweigen.

IV. Finanzwesen

Vierteljährlich und jährlich: Betriebsrechnung, Gewinn- und Verlustrechnung, Kapitalrechnung, Übersicht über den Ablauf der Investitionen bei den Sachwerten.

Jährlich: Bilanzen, betriebswirtschaftliche Ergebnisrechnung der Dienstzweige und Teildienstzweige.

Veröffentlichungen:

Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen:
Monatliche Pressemitteilungen.
Vierteljahresbericht.
Geschäftsbericht.

Statistisches Bundesamt: WiSta * (monatlich).

Fachserie H, Reihe 8 (unregelmäßig — auszugsweise --).

G. Wetterdienst

1. Statistik des Deutschen Wetterdienstes

Rechtsgrundlage:

Gesetz über den Deutschen Wetterdienst vom 11. November 1952, § 3 (BGBl. I S. 738).

Periodizität:

Laufende Erfassung, tägliche, dekadische, monatliche und jährliche Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

Haupt- und nebenamtliche Beobachtungsstation — Deutscher Wetterdienst.

Die Beobachtungen atmosphärischer Erscheinungen der meisten Kulturstaaten werden im Wege internationalen Austausches übernommen und für die Aufgaben des Dienstes verwertet.

Dargestellte Tatbestände:

Luftdruck, -temperatur, -feuchtigkeit; Windrichtung, -stärke; Sichtweite in den unteren Schichten; Bewölkungsmenge, -art; Niederschlagsmenge, -zeiten, -form; Sonnenscheindauer; luftelektrische und optische Erscheinungen; Schneehöhe, -dichte; Erdbodenzustand; Temperatur und Wassergehalt der oberen Bodenschichten; charakteristische Phasen der Entwicklung von Wild- und Kulturpflanzen.

Darstellungen:

In Tabellen: Originalwerte; abgeleitete Werte (Tages-, Dekaden-, Monats-, Jahres-, langjährige Mittel); Summen über entsprechende Zeitabschnitte; Zahl der Tage mit bestimmten Stufenwerten von Temperatur und Niederschlag.

Als Diagramme: Monatlich: Lufttemperatur, Niederschlagsmenge; Niederschlags- und Temperaturabweichung für die Bundesrepublik.

Als Karten: Täglich: Luftdruck- und Luftmassenverteilung mit Einzelwerten von Temperatur, Wind und Niederschlag für Europa und den größten Teil der

nördlichen Hemisphäre; Strömungsverteilung mit Einzelwerten der Temperatur für einzelne Schichten der Troposphäre und unteren Stratosphäre für Ostatlantik-Europa.

Monatlich: Niederschlagsverteilung für die Bundesrepublik; Einzelphasen der Großwetterentwicklung in Europa; Monatsmittel des Luftdruckes und der Temperaturabweichung vom Normalwert für den größten Teil der nördlichen Hemisphäre; Monatsmittel des Luftdruckes, der Lufttemperatur und des Niederschlags für den größten Teil der Erde.

Veröffentlichungen:

Deutscher Wetterdienst:

Täglicher Wetterbericht, Klima-Schnellmeldedienst; Medizin-Meteorologischer Bericht; Klimatologische Werte (einmal monatlich im Täglichen Wetterbericht); Monatlicher Witterungsbericht; Großwetterlagen Mitteleuropas; die Witterung in Übersee; Meteorologisches Jahrbuch — Bundesrepublik; Jahresbericht.

Statistisches Bundesamt: Fachserie B, Reihe 1 (auszugsweise).

Bemerkungen:

Der Beratungsdienst umfaßt Wirtschafts-, Flug- und Seewetterdienst.

VIII. Geld und Kredit

A. Bankstatistische Gesamtrechnungen

1. Zusammengefaßte statistische Bilanz der Kreditinstitute einschließlich der Deutschen Bundesbank

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Deutsche Bundesbank vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 745), § 18.

Periodizität:

Monatliche Zusammenstellung.

Dargestellte Tatbestände:

Zusammenfassung der Ergebnisse der bilanzstatistischen Erhebungen bei den Kreditinstituten mit der Zentralbankstatistik zu einer Gesamtübersicht über die inländische monetäre Entwicklung.

(Die Zusammenstellung erfolgt an Hand vorliegenden Materials in der Deutschen Bundesbank.)

Veröffentlichungen:

Deutsche Bundesbank: Monatsberichte.

2. Statistik des Bargeldumlaufs und der Bankeinlagen (Geldvolumen)

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Deutsche Bundesbank vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 745), § 18.

Periodizität:

Monatliche Zusammenstellung.

Dargestellte Tatbestände:

Bargeldumlauf und Sichteinlagen (Geldvolumen) sowie sonstige Bankeinlagen nach Einlegergruppen.

(Die Zusammenstellung erfolgt an Hand vorliegenden Materials in der Deutschen Bundesbank.)

Veröffentlichungen:

Deutsche Bundesbank: Monatsberichte.

Statistisches Bundesamt: WiSta* (monatlich).

3. Statistische Daten zur Entwicklung der Geldversorgung

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Deutsche Bundesbank vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 745), § 18.

Periodizität:

Vierteljährliche, halbjährliche und jährliche Zusammenstellung.

Dargestellte Tatbestände:

Entwicklung der inländischen Geldversorgung und der hierfür relevanten Positionen der zusammengefaßten statistischen Bilanz der Kreditinstitute einschließlich der Deutschen Bundesbank.

(Die Zusammenstellung erfolgt an Hand vorliegenden Materials in der Deutschen Bundesbank.)

Veröffentlichungen:

Deutsche Bundesbank: Monatsberichte (vierteljährlich/halbjährlich im Textteil).

Statistisches Bundesamt: StJb (nur auszugsweise).

4. Statistische Daten zur Entwicklung der Bankenliquidität

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Deutsche Bundesbank vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 745), § 18.

Periodizität:

Monatliche, vierteljährliche und jährliche Zusammenstellung.

Dargestellte Tatbestände:

Entwicklung der Bankenliquidität und ihrer Bestimmungsfaktoren sowie der Liquiditätsdispositionen der Kreditinstitute.

(Die Zusammenstellung erfolgt an Hand vorliegenden Materials in der Deutschen Bundesbank.)

Veröffentlichungen:

Deutsche Bundesbank: Monatsberichte.

B. Zentralbank

1. Zentralbankstatistik

Periodizität:

Ausweis der Deutschen Bundesbank sowie Noten- und Münzumlauf: bankwöchentliche Zusammenstellung; übrige Zentralbankstatistiken: monatliche Zusammenstellung.

Dargestellte Tatbestände:

Ausweis der Deutschen Bundesbank, Noten- und Münzumlauf, Zentralbankkredite, Zentralbankeinlagen, Währungsreserven der Deutschen Bundesbank.

(Die Zusammenstellung erfolgt an Hand vorliegenden Materials in der Deutschen Bundesbank.)

Veröffentlichungen:

Deutsche Bundesbank: Monatsberichte.

Statistisches Bundesamt: StJb (nur auszugsweise).

2. Mindestreservenstatistik

Periodizität:

Monatliche Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

Für Reservehaltung: mindestreservepflichtige Kreditinstitute.

Berichtsweg:

Befragte — Deutsche Bundesbank.

Dargestellte Tatbestände:

Reservehaltung der Kreditinstitute bei der Deutschen Bundesbank nach Bankengruppen und Reserveklassen. Reservesätze.

(Die Zusammenstellung erfolgt an Hand vorliegenden Materials in der Deutschen Bundesbank.)

Veröffentlichungen:

Deutsche Bundesbank: Monatsberichte.

Statistisches Bundesamt: StJb (nur auszugsweise).

C. Kreditinstitute

Die Zahl aller Kreditinstitute und ihrer Zweigstellen sowie eine Übersicht über die Zahl der zu den monatlichen bankstatistischen Erhebungen berichtenden Kreditinstitute in der Verteilung auf Größenklassen nach dem Geschäftsvolumen (jeweils nach dem Stand am Jahresende) werden in den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank veröffentlicht.

1. Zwischenbilanzstatistik

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Deutsche Bundesbank vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 745), § 18.

Periodizität:

Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Kreditinstitute mit Ausnahme der Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. Dezember 1961 unter 2 Millionen DM lag.

Berichtsweg:

Befragte — Deutsche Bundesbank.

Dargestellte Tatbestände:

Zwischenbilanzen der Kreditinstitute nach Bankengruppen.

Veröffentlichungen:

Deutsche Bundesbank: Monatsberichte.

2. Kreditstatistik

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Deutsche Bundesbank vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 745), § 18.

Periodizität:

Monatliche und vierteljährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Kreditinstitute mit Ausnahme der Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. Dezember 1961 unter 2 Millionen DM lag.

Für kurzfristige Kredite: Teilerhebung bei rund 730 ausgewählten Kreditinstituten.

Berichtsweg:

Befragte — Deutsche Bundesbank.

Dargestellte Tatbestände:

Monatlich: Kurz-, mittel- und langfristige Bankkredite (einschließlich Hypothekarkredite) an Wirtschaftsunternehmen und Private, öffentliche Stellen und Kreditinstitute nach Kreditarten und Bankengruppen. Kurz- und mittelfristige Ratenkredite nach Kreditarten und Bankengruppen.

Vierteljährlich (zum Teil ohne Kreditinstitute des Saarlandes): Kurz-, mittel- und langfristige Bankkredite (einschließlich Hypothekarkredite) an Wirtschaftsunternehmen und Private sowie an öffentliche Stellen nach Verwendungszwecken/Kreditnehmern (Aufgliederung der kurzfristigen Kredite für das Bundesgebiet ohne Berlin (West) auf Grund der Ergebnisse der Teilerhebung geschätzt).

Verwendung der neu beanspruchten Teilzahlungskredite der Teilzahlungsinstitute.

Kurz- und mittelfristige Konsumentenkredite nach Kreditarten und Bankengruppen.

Veröffentlichungen:

Deutsche Bundesbank: Monatsberichte.

Statistisches Bundesamt: WiSta* (monatlich).

3. Statistik der Wertpapierbestände

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Deutsche Bundesbank vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 745), § 18.

Periodizität:

Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Kreditinstitute mit Ausnahme der Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. Dezember 1961 unter 2 Millionen DM lag.

Berichtsweg:

Befragte — Deutsche Bundesbank.

Dargestellte Tatbestände:

Bestände der Kreditinstitute an Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen, Kassenobligationen, Wertpapieren und Konsortialbeteiligungen nach Bankengruppen; Bestände der Kreditinstitute an Emissionen inländischer öffentlicher Stellen nach Emittenten und Bankengruppen.

Veröffentlichungen:

Deutsche Bundesbank: Monatsberichte.

Statistisches Bundesamt: StJb (nur auszugsweise).

4. Einlagenstatistik

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Deutsche Bundesbank vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 745), § 18.

Periodizität:

Monatliche und vierteljährliche Erhebung sowie Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Kreditinstitute mit Ausnahme der Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. Dezember 1961 unter 2 Millionen DM lag.

Berichtsweg:

Befragte — Deutsche Bundesbank.

Dargestellte Tatbestände:

Sicht-, Termin- und Spareinlagen von Wirtschaftsunternehmen und Privaten sowie öffentlichen Stellen nach Bankengruppen; Termin- und Spareinlagen nach Fristigkeit und Bankengruppen. Außerdem nach dem Sparprämiengesetz festgelegte Spareinlagen, Wertpapiere und Sparprämien-Gutschriften sowie Umsätze (Gutschriften, Lastschriften, Zinsgutschriften) im Sparverkehr jeweils nach Bankengruppen.

Veröffentlichungen:

Deutsche Bundesbank: Monatsberichte.

Statistisches Bundesamt: WiSta* (monatlich).

5. Statistik der Wertpapier-Kundendepots

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Deutsche Bundesbank vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 745), § 18.

Periodizität:

Jährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Kreditinstitute mit Ausnahme der Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. Dezember 1961 unter 2 Millionen DM lag.

Berichtsweg:

Befragte — Deutsche Bundesbank.

Dargestellte Tatbestände:

Zahl der Wertpapier-Kundendepots und Höhe der in diesen Depots liegenden, auf DM lautenden festverzinslichen Wertpapiere und Aktien inländischer Emittenden (Nominalwert) und Zertifikate inländischer Investmentgesellschaften (Stückzahl) nach Depotinhabern und Bankengruppen.

Veröffentlichungen:

Deutsche Bundesbank: Monatsbericht (einmal jährlich im Textteil).

6. Statistik der Auslandsforderungen und -verpflichtungen

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Deutsche Bundesbank vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 745), § 18.

Periodizität:

Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Sämtliche Kreditinstitute, die Auslandsforderungen und -verpflichtungen haben.

Berichtsweg:

Befragte — Deutsche Bundesbank.

Dargestellte Tatbestände:

Kurzfristige Forderungen und kurzfristige Verpflichtungen der Kreditinstitute gegenüber dem Ausland nach Arten, Einlagen nach Einlegergruppen.

Veröffentlichungen:

Deutsche Bundesbank: Monatsberichte.

7. Statistik der Boden- und Kommunalkreditinstitute

Rechtsgrundlage:

Hypothekendarlehenbankgesetz in der Fassung vom 5. Februar 1963 (BGBl. I S. 81). Auszugsweiser Abdruck S. 259. Gesetz über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich rechtlicher Kreditanstalten in der Fassung vom 8. Mai 1963 (BGBl. I S. 312). Auszugsweiser Abdruck S. 259. Gesetz über Schiffspfandbriefbanken (Schiffsbankgesetz) in der Fassung vom 8. Mai 1963 (BGBl. I S. 302). Auszugsweiser Abdruck S. 259. Vereinbarungen mit den Ländern.

Periodizität:

Monatliche und vierteljährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

72 Boden- und Kommunalkreditinstitute.

Berichtsweg:

Befragte — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Monatlich: Aktiv- und Passivgeschäft (Neugeschäft) der Boden- und Kommunalkreditinstitute. Umlauf an Schuldverschreibungen, gegliedert nach Art der Schuldverschreibungen und Art sowie Sitz der Institute, nach Zinssätzen und Art der Besteuerung. Verpflichtungen aus aufgenommenen langfristigen Darlehen. Gesamtbestand der Ausleihungen nach Darlehensart, -form und -quelle sowie nach dem Sitz der Institute. Ferner Erstabsatz und Tilgung von Schuldverschreibungen, Bruttoausleihungen.

Vierteljährlich: Umlauf und Deckung von Schuldverschreibungen aus dem Gesamtgeschäft (Neu- und Altgeschäft).

In mehrjährigen Abständen: Bestand an langfristigen Darlehen in regionaler Gliederung nach dem Sitz der Kreditnehmer (Neugeschäft).

Veröffentlichungen:

WiSta 62/3; 63/4; 64/4; 65/4; 66/4.

WiSta* (monatlich).

Fachserie I, Reihe 1 (monatlich, jährlich).

D. Bausparkassen

1. Statistik der privaten Bausparkassen

Im einzelnen werden nachgewiesen:

I. Geschäftsergebnisse

II. Vermögensanlagen

III. Gesamt- und Einzelergebnisse

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmen und Bausparkassen vom 6. Juni 1931 (RGBl. I S. 315), § 150.

Periodizität:

Vierteljährliche und jährliche Erhebung sowie Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Private Bausparkassen.

Berichtsweg:

Befragte — Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen.

Dargestellte Tatbestände:

Zu I.: Verlauf des Bauspargeschäftes: Angaben über eingegangene Bauspareinlagen und Tilgungsbeiträge, Auszahlungen von Bauspareinlagen, Baudarlehen, gekündigte Bauspareinlagen, Geldmittel, Verwaltungskosten, Zinsen auf Bauspareinlagen und aus Baudarlehen sowie die Bestandsbewegung.

Zu II.: Stand und Entwicklung der Vermögensanlagen im Berichtsjahr: vorläufige Angaben über Anfangs- und Endbestände an Grundstücken, Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen, Wertpapieren, Beteiligungen und Ausgleichsforderungen.

Zu III.: Gesamtergebnisse nach Rechtsformen gegliedert und Einzelergebnisse aus dem Rechnungsabschluß der Bausparkassen (Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung).

Veröffentlichungen:

Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen:

Veröffentlichungen (vierteljährlich).

Geschäftsbericht (jährlich).

Statistisches Bundesamt: StJb (nur auszugsweise).

E. Wertpapiermärkte

1. Emissionsstatistik

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Deutsche Bundesbank vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 745), § 18.

Periodizität:

Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Emissionshäuser.

Berichtsweg:

Befragte — Deutsche Bundesbank.

Dargestellte Tatbestände:

Auflegung, Absatz und Umlauf von festverzinslichen Wertpapieren (insgesamt und getrennt nach Wertpapierarten) und Aktien in Nominalwerten, Absatz auch in Kurswerten. Für festverzinsliche Wertpapiere ferner Tilgung und Nettoabsatz, Emissionsbedingungen (Zinssätze, Emissionskurse, Laufzeiten usw.).

Veröffentlichungen:

Deutsche Bundesbank: Monatsberichte.

Statistisches Bundesamt: WiSta* (monatlich).

2. Investmentstatistik

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Deutsche Bundesbank vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 745), § 18.

Periodizität:
Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:
Investmentgesellschaften mit Sitz im Bundesgebiet.

Berichtsweg:
Befragte — Deutsche Bundesbank.

Dargestellte Tatbestände:
Inventarwert der Investmentfonds, Anzahl der aus-
gegebenen Anteile, Ausgabepreise, Mittelaufkommen.

Veröffentlichungen:
Deutsche Bundesbank: Monatsberichte.

3. Statistik der Effektenkurse

Rechtsgrundlage:
Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes)
vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314), § 2 Ziff. 7. Ab-
druck S. 147.

Periodizität:
Wöchentliche und monatliche Zusammenstellung.

Dargestellte Tatbestände:
Wöchentlich: Kursdurchschnitt der festverzinslichen
Wertpapiere nach Wertpapierarten und Zinstypen.
Monatlich: Durchschnittswerte der Kurse, Dividenden
und Renditen aller börsennotierten Aktien von Gesell-
schaften mit Sitz im Bundesgebiet ohne Berlin nach
Wirtschaftsgruppen.

(Fachliche Gliederung nach dem »Systematischen Ver-
zeichnis der Unternehmen für die Steuerstatistiken«
— mit erheblichen Modifikationen —, siehe auch Über-
sicht im Anhang S. 292.)

(Die Zusammenstellung erfolgt im StBA an Hand der
Kursnotierungen an den Börsen des Bundesgebietes.)

Veröffentlichungen:
WiSta 62/1; 63/1; 64/1, 8; 65/1; 66/1.
WiSta* (monatlich).
Fachserie I, Reihe 2/II (monatlich).

Index der Aktienkurse

Berechnungsgrundlagen siehe Übersicht S. 326.

Veröffentlichungen:
WiSta 62/1; 63/1; 65/1; 66/1.
WiSta* (monatlich).
Fachserie I, Reihe 2/I (wöchentlich).
Deutsche Bundesbank: Monatsberichte (nur auszugsweise).

4. Renditenstatistik festverzinslicher Wertpapiere

Periodizität:
Monatliche Zusammenstellung.

Dargestellte Tatbestände:
Durchschnittsrenditen der tarifbesteuerten festverzins-
lichen Wertpapiere (ohne Kassenobligationen und son-
stige mittelfristige Papiere) insgesamt und nach Wert-
papierarten.

(Berechnet in der Deutschen Bundesbank auf Grund der
täglichen Kursnotierungen in den amtlichen Kursblät-
tern in Verbindung mit den bei der Emissionsstatistik
anfallenden Angaben wie Nominalverzinsung, Laufzeit
und Umlaufbetrag.)

Veröffentlichungen:
Deutsche Bundesbank: Monatsberichte.

5. Börsenumsatzstatistik

Rechtsgrundlage:
Vereinbarungen mit den Börsen.

Periodizität:
Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:
Börsen.

Berichtsweg:
Befragte — Deutsche Bundesbank.

Dargestellte Tatbestände:
Meßziffer der Nominalwerte und Durchschnittskurs der
im offiziellen Börsenverkehr umgesetzten Wertpapiere.

Veröffentlichungen:
Deutsche Bundesbank: Monatsberichte.

F. Sonstiges Geldwesen; Zahlungsschwierigkeiten

1. Die Währungen der Welt

Periodizität:
Vierteljährliche Zusammenstellung (nach dem Stand
von Ende März, Juni, September und Dezember).

Dargestellte Tatbestände:
Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse (Stich-
tagskurse und Kursdurchschnitte).
Devisenkurse an europäischen Handelsplätzen (Stich-
tagskurse).

An- und Verkaufskurse der europäischen Zentralbanken
für den US-Dollar (gemäß Artikel 9 des Europäischen
Währungsabkommens).

Errechnete Paritäten, Niedrigst- und Höchstkurse der
multilateral gehandelten europäischen Währungen;
Währungsparitäten (Goldparitäten).

Im Ausland festgestellte Devisenkurse für US-Dollar
(Pfund Sterling und Deutsche Mark) und errechnete
DM-Vergleichswerte.

(Die Zusammenstellung erfolgt an Hand vorliegenden
Materials in der Deutschen Bundesbank.)

Veröffentlichungen:
Deutsche Bundesbank: Die Währungen der Welt (vierteljährlich).
Statistisches Bundesamt: StJb (nur auszugsweise).

2. Statistik der Devisenkurse

Periodizität:
Börsentägliche Zusammenstellung.

Dargestellte Tatbestände:
Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse.
(Die Zusammenstellung erfolgt an Hand vorliegenden
Materials in der Deutschen Bundesbank.)

Veröffentlichungen:
Deutsche Bundesbank: Monatsberichte.
Statistisches Bundesamt: StJb.

3. Statistik der Geld- und Zinssätze

Periodizität:
Für Tagesgeldsätze: tägliche Zusammenstellung; für
Geldmarktsätze: wöchentliche Zusammenstellung; son-
stige Zinssätze: bei Veränderung.

Dargestellte Tatbestände:
Diskont- und Lombardsatz; Sätze der Deutschen Bun-
desbank für den Verkauf von Geldmarktpapieren am
offenen Markt (Abgabesätze) und für US-\$-Swaps mit
inländischen Kreditinstituten, Privatlombardsätze, Geld-
sätze am Frankfurter Geldmarkt; Höchstsätze für Soll-
und Habenzinsen.

(Die Zusammenstellung erfolgt an Hand vorliegenden
Materials in der Deutschen Bundesbank.)

Veröffentlichungen:
Deutsche Bundesbank: Monatsberichte.

4. Statistik der Ausgleichsforderungen

Periodizität:

Monatliche Zusammenstellung.

Dargestellte Tatbestände:

Ausgleichsforderungen für Deutsche Bundesbank, für Kreditinstitute; Versicherungsunternehmen und Bausparkassen nach Gläubigern, Schuldnern und Zins-typen der Ausgleichsforderungen.

(Die Zusammenstellung erfolgt an Hand vorliegenden Materials in der Deutschen Bundesbank.)

Veröffentlichungen:

Deutsche Bundesbank: Monatsberichte.

5. Statistik der Hypothekenbewegung

Ab 1963 wird im StBA an Hand einschlägiger Veröffentlichungen nur noch die Entwicklung des sogenannten organisierten Hypothekarkredits (Hypothe-ken von Kreditinstituten, Bausparkassen und Versiche-rungen) ermittelt und jährlich in WiSta (meist Heft Nr. 12) veröffentlicht.

6. Statistik der Konkurse und Vergleichsverfahren

Rechtsgrundlage:

Vereinbarungen mit den Ländern und Anordnungen der Länder.

Periodizität:

Vierteljährliche (für finanzielle Ergebnisse jährliche) Erfassung; vierteljährliche, halbjährliche und jährliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Amtsgerichte.

Berichtsweg:

Befragte — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Zahl der Konkurse und Vergleichsverfahren nach Wirt-schaftszweigen, Rechtsform der Unternehmen und Höhe der voraussichtlichen Forderungen.

Ferner nur jährlich: Voraussichtliche finanzielle Ergeb-nisse der Konkurse und Vergleichsverfahren nach Wirt-schaftszweigen und Rechtsform der Unternehmen, Zahl der Konkurse und Vergleichsverfahren von Vertriebe-nen und Zugewanderten.

(Fachliche Gliederung nach der »Systematik der Wirt-schaftszweige — Ausgabe 1961«, siehe Übersicht im Anhang S. 292 und Auszug aus der Systematik S. 294.)

Veröffentlichungen:

WiSta 62/2; 63/2; 64/3; 65/3; 66/3;

über finanzielle Ergebnisse: 62/5; 63/5; 64/5; 66/5.

WiSta* (vierteljährlich).

Fachserie I, Reihe 3 (halbjährlich).

Bemerkungen:

Außerdem werden im StBA vierteljährlich Anzahl und Betrag der Wechsel- und Scheckproteste zusammen-gestellt und in WiSta* sowie in Fachserie I, Reihe 3 veröffentlicht.

Sonstige Formen der Zahlungsschwierigkeiten (Zwangs-versteigerungen, Zwangsverwaltungen usw.) werden im Rahmen der Justizstatistik (siehe S. 59, lfd. Nr. I E 1 a) erfaßt.

IX. Versicherungen

1. Statistik über die Vermögensanlagen der Versicherungsunternehmen

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmen und Bausparkassen vom 6. Juni 1931 (RGBl. I S. 315), §§ 150 und 151.

Periodizität:

I. Größere Versicherungsunternehmen: Vierteljährliche Erhebung und Aufbereitung mit jährlichen Ergänzungen.

II. Ubrige Versicherungsunternehmen: Jährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Zu I.: Lebensversicherungsunternehmen, Pensionskassen, Krankenversicherungsunternehmen, Rückversicherungsunternehmen sowie Schaden- und Unfallversicherungsunternehmen.

Zu II.: Ubrige, nicht vierteljährlich berichtende Versicherungsunternehmen.

Berichtsweg:

Befragte — Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen (bei den unter Landesaufsicht stehenden Unternehmen über die Landesaufsichtsbehörden).

Dargestellte Tatbestände:

Zu I.: Stand und Entwicklung der Vermögensanlagen: vorläufige Angaben über Anfangs- und Endbestände in Grundstücken, Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen, Wertpapieren, Beteiligungen und Schuldbuchforderungen sowie über Zu- und Abgänge bei ausführlicher Gliederung des Zuganges nach Anlagearten; Neuausleihungen von Schuldscheinforderungen und Darlehen, gegliedert nach Wirtschaftszweigen.

Ferner nur jährlich (endgültige Angaben): Endbestände in Grundstücken usw. sowie Aufteilung solcher Bestände, die in den vierteljährlichen Erhebungen zusammengefaßt ausgewiesen werden. Außerdem: regionale Gliederung von Darlehensbeständen und Darlehensbestände nach Laufzeiten.

Zu II.: Vermögensbestände nach Anlagearten, bei den Pensionskassen außerdem Bruttozugänge und Abgänge an Vermögensanlagen während des Geschäftsjahres.

Veröffentlichungen:

Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen:
Veröffentlichungen (monatlich).
Geschäftsbericht (jährlich).

Deutsche Bundesbank: Monatsberichte.

Statistisches Bundesamt: WiSta 62/6; 63/7; 64/7.

2. Statistik der Lebensversicherung

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmen und Bausparkassen vom 6. Juni 1931 (RGBl. I S. 315), §§ 150 und 151.

Periodizität:

Vierteljährliche und jährliche Erhebung sowie Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Lebensversicherungsunternehmen.

Berichtsweg:

Befragte — Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen (bei den unter Landesaufsicht stehenden Unternehmen über die Landesaufsichtsbehörden).

Dargestellte Tatbestände:

Vierteljährlich (Geschäftsverlauf): vorläufige Angaben über Beiträge, Nebenleistungen der Versicherungsnehmer, Zahlungen für Versicherungsfälle und Rückkäufe, Geldmittel, Bruttozugang und Abgang an Vermögensanlagen, Zu- und Abgang an selbstabgeschlossenen Kapital-Lebensversicherungen und Bestand an selbstabgeschlossenen sonstigen Lebensversicherungen; Verlauf des in Berlin (West) selbstabgeschlossenen Geschäftes — brutto —.

Jährlich: Bestandsentwicklung in den einzelnen Zweigen; außerdem Bestand an Lebensversicherungen in fremder Währung am Ende und Beitragseinnahmen in fremder Währung während des Geschäftsjahres.

Außerdem für größere Lebensversicherungsunternehmen jährlich Einzelergebnisse aus dem Rechnungsabschluß: Bilanzen, Vermögensanlagen (aufgegliedert), Beiträge, Leistungen für Versicherungsfälle, Rückkäufe, Versicherungsbestände (selbstabgeschlossen und in Rückdeckung übernommene Lebensversicherungen).

Veröffentlichungen:

Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen:
Veröffentlichungen (monatlich).
Geschäftsbericht (jährlich).

Statistisches Bundesamt: WiSta 62/6; 63/7; 64/7.

3. Statistik der Pensions- und Sterbekassen

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmen und Bausparkassen vom 6. Juni 1931 (RGBl. I S. 315), §§ 150 und 151.

Periodizität:

Jährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Pensions- und Sterbekassen.

Berichtsweg:

Befragte — Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen (bei den unter Landesaufsicht stehenden Kassen über die Landesaufsichtsbehörden).

Dargestellte Tatbestände:

Mitgliederbestand, Beitragseinnahmen, Zahlungen für Versicherungsfälle, Verwaltungskosten, Vermögenserträge, Gliederung des Vermögens.

Veröffentlichungen:

Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen:
Geschäftsbericht (jährlich).
Veröffentlichungen (monatlich).

Statistisches Bundesamt: StJb (nur auszugsweise).

4. Statistik der privaten Krankenversicherung

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmen und Bausparkassen vom 6. Juni 1931 (RGBl. I S. 315), §§ 150 und 151.

Periodizität:

Vierteljährliche und jährliche Erhebung sowie Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Krankenversicherungsunternehmen.

Berichtsweg:

Befragte — Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen (bei den unter Landesaufsicht stehenden Unternehmen über die Landesaufsichtsbehörden).

Dargestellte Tatbestände:

Vierteljährlich und jährlich (Geschäftsverlauf): u. a. Angaben über Beiträge und Zahlungen für Versicherungsfälle nach Versicherungsarten, über Vermögenserträge, Schadenbearbeitungs-, Abschluß- und laufende Verwaltungskosten sowie über Geldmittel und Zahl der versicherten Personen am Ende der Berichtszeit.

Ferner nur jährlich: Aufteilung der Versicherungsleistungen auf Männer, Frauen und Kinder sowie nach der Art der Leistungen.

Für größere Krankenversicherungsunternehmen jährlich außerdem Einzelergebnisse aus dem Rechnungsabschluß; Bilanzen, Vermögensanlagen (aufgegliedert), Beiträge, Leistungen für Versicherungsfälle.

Veröffentlichungen:

Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen:
Geschäftsbericht (jährlich).
Veröffentlichungen (monatlich).
Statistisches Bundesamt: StJb (nur auszugsweise).

5. Statistik der Schaden- und Unfallversicherung

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmen und Bausparkassen vom 6. Juni 1931 (RGBl. I S. 315), §§ 150 und 151.

Periodizität:

Jährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

I. Größere Schaden- und Unfallversicherungsunternehmen einschließlich der Lebensversicherungsunternehmen, die Zweige der Schaden- und Unfallversicherung als Nebenzweige (z. B. Haftpflicht-, Unfall-, Kraftfahrversicherung) betreiben.

II. Unter Bundesaufsicht stehende kleinere Schaden- und Unfallversicherungsvereine (im Sinne von § 53 des vorstehend genannten Gesetzes).

Berichtsweg:

Befragte — Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen (bei den unter Landesaufsicht stehenden Unternehmen über die Landesaufsichtsbehörden).

Dargestellte Tatbestände:

Zu I.: Schadenverlauf des selbstabgeschlossenen Geschäfts — brutto — (Beiträge, Versicherungsleistungen und Schadenquoten) nach Versicherungszweigen und Sparten; im Geschäftsjahr gezahlte und zurückgestellte Versicherungsleistungen für Versicherungsfälle aus Vorjahren; Bestand an Tierversicherungen nach Art der Versicherungen und der versicherten Tiere. Außerdem (nur für größere Tierversicherungsunternehmen) Schadenursachen in der Tierlebensversicherung: Zahl der Tiere, für die eine Entschädigung gezahlt wurde, nach Schadenursachen (Krankheitsbezeichnungen).

Zu II.: Bestände an Vermögensanlagen am Ende des Geschäftsjahres nach Anlagearten. Versicherungsbeiträge, Zahlungen und Rückstellungen für Versicherungsfälle; Bestand an Tierversicherungen nach Art der Versicherungen und der versicherten Tiere.

Für größere Schaden- und Unfallversicherungsunternehmen außerdem jährlich Einzelergebnisse aus dem Rechnungsabschluß; Bilanzen, Vermögensanlagen (aufgegliedert), Beiträge, Leistungen für Versicherungsfälle (jeweils Aufgliederung nach 19 Versicherungszweigen).

Veröffentlichungen:

Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen:
Geschäftsbericht (jährlich).
Veröffentlichungen (monatlich).
Statistisches Bundesamt: StJb (nur auszugsweise).

6. Statistik über die Rückversicherung

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmen und Bausparkassen vom 6. Juni 1931 (RGBl. I S. 315), § 150, in Verbindung mit der Verordnung über die Beaufsichtigung der inländischen privaten Rückversicherungsunternehmen vom 2. Dezember 1931 (RGBl. I S. 696).

Periodizität:

Jährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Rückversicherungsunternehmen sowie Erstversicherungsunternehmen, die im laufenden Geschäftsjahr mehr als 1 Million DM Beitragseinnahmen (brutto) in der Rückversicherung erzielten.

Berichtsweg:

Befragte — Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen.

Dargestellte Tatbestände:

Beiträge, Versicherungsleistungen, Deckungsrückstellungen und Schadenrückstellungen.

Außerdem für größere Versicherungsunternehmen jährlich Einzelergebnisse aus dem Rechnungsabschluß: Bilanzen, Vermögensanlagen (aufgegliedert), Beiträge (brutto, netto), Leistungen für Versicherungsfälle; Versicherungsleistungen für eigene Rechnung (Aufgliederung nach 7 Versicherungszweigen) sowie Schadenrückstellungen.

Veröffentlichungen:

Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen:
Geschäftsbericht (jährlich).
Statistisches Bundesamt: StJb (nur auszugsweise).

7. Statistik der unter Landesaufsicht stehenden kleineren Versicherungsvereine

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmen und Bausparkassen vom 6. Juni 1931 (RGBl. I S. 315), § 150.

Periodizität:

Dreijährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Unter Aufsicht der Landesaufsichtsbehörden stehende kleinere Versicherungsvereine nach § 53 des vorstehend genannten Gesetzes, und zwar: Pensions- und Sterbekassen sowie Kranken-, Schaden- und Unfallversicherungsvereine.

Berichtsweg:

Befragte — Landesaufsichtsbehörden — Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen.

Dargestellte Tatbestände:

Mitgliederbestand, Versicherungsbeiträge, Zahlungen für Versicherungsfälle, Vermögenswerte, Vermögenserträge sowie Anzahl der versicherten Tiere bei den Tierversicherungsvereinen.

Veröffentlichungen:

Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen:
Geschäftsbericht (jährlich).

X. Öffentliche Sozialleistungen

A. Sozialversicherung

(siehe hierzu auch Angaben bei Mikrozensus, S. 51, lfd. Nr. I B 2)

1. Statistik der gesetzlichen Rentenversicherungen (Rentenversicherungen der Arbeiter und der Angestellten, knappschaftliche Rentenversicherung, Altershilfe für Landwirte)

Rechtsgrundlage:

§ 1358 der Reichsversicherungsordnung in Verbindung mit § 2 des Bundesversicherungsamtgesetzes (BVAG) vom 9. Mai 1956 (BGBl. I S. 415). Gesetz über die Einrichtung der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte vom 7. August 1953 (BGBl. I S. 857), § 2 Abs. 2. § 32 des Gesetzes über eine Altershilfe für Landwirte vom 14. September 1965 in Verbindung mit §§ 800 und 707 Abs. 2 RVO. Außerdem Verwaltungsvorschriften des Bundes und der Länder.

Periodizität:

Vierteljährliche, halbjährliche und jährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

- I. Träger der gesetzlichen Rentenversicherungen.
- II. Rentenrechnungsstellen der Deutschen Bundespost.

Berichtsweg:

Zu I.: Befragte — Arbeitsministerien der Länder — Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung; bundesunmittelbare Versicherungsträger berichten direkt oder über das Bundesversicherungsamt an das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Knappschaften über die Arbeitsgemeinschaft der Knappschaften.
Zu II.: Befragte — Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

Dargestellte Tatbestände:

Vierteljährlich: Rentenanträge und ihre Erledigung, Rentenbestand, Einnahmen und Ausgaben. In der knappschaftlichen Rentenversicherung ferner die Versicherten.

Halbjährlich: Bestand und Zugang an Vermögensanlagen.

Jährlich: Personal, Selbstverwaltungsorgane; Einnahmen und Ausgaben, Vermögen.

Veröffentlichungen:

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung: Arbeits- und Sozialstatistische Mitteilungen (vierteljährlich, halbjährlich, jährlich).
Jahresberichte als Sonderhefte.
Statistisches Bundesamt: WiSta* (vorwiegend zweimonatlich).

2. Statistik der gesetzlichen Krankenversicherung

Im einzelnen werden nachgewiesen:

- I. Rechnungs- und Geschäftsergebnisse der gesetzlichen Krankenversicherung
- II. Krankheitsartenstatistik

Rechtsgrundlage:

Zu I.: Verwaltungsvorschriften über das Rechnungswesen bei den Trägern der sozialen Krankenversicherung vom 31. August 1956 (Bundsanzeiger Nr. 174 — Beilage), §§ 41, 42 und 43.

Zu II.: Freiwillig geführte Statistik auf Grund von Vereinbarungen zwischen dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung und den Bundesverbänden der Krankenkassen.

Periodizität:

Zu I.: Monatliche, halbjährliche und jährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Zu II.: Jährliche Erfassung und Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

Zu I.: Träger der gesetzlichen Krankenversicherung.

Zu II.: Gesetzliche Krankenkassen (ohne Ersatzkassen).

Berichtsweg:

Zu I.: Befragte — aufbereitende Stellen — Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

Zu II.: Befragte — Krankenkassenverbände — Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

Dargestellte Tatbestände:

Zu I.: Monatlich: Mitglieder, Kranke, Krankenstand, Krankenhausstand.

Für erstes Halbjahr jedes Geschäftsjahres: Einnahmen und Ausgaben, Vermögen.

Jährlich: Personal, Eigenbetriebe, Satzungsbestimmungen, Mitglieder, Leistungsfälle; Einnahmen und Ausgaben, Vermögen.

Zu II.: Arbeitsunfähigkeitsfälle nach Krankheitsarten.

Veröffentlichungen:

Zu I.: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung: Arbeits- und Sozialstatistische Mitteilungen (monatlich, halbjährlich, jährlich).

Jahresberichte als Sonderhefte.

Statistisches Bundesamt: WiSta* (monatlich).

Zu II.: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung:

Jahresberichte als Sonderhefte.

3. Statistik der gesetzlichen Unfallversicherung

Rechtsgrundlage:

§ 707 der Reichsversicherungsordnung. Außerdem Verwaltungsvorschriften des Bundes und der Länder.

Periodizität:

Halbjährliche und jährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

Träger der gesetzlichen Unfallversicherung.

Berichtsweg:

Befragte — Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung; landesunmittelbare Versicherungsträger berichten über die Arbeitsministerien der Länder.

Dargestellte Tatbestände:

Halbjährlich: Versicherte, gemeldete und erstmals entschädigte Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten; Rentenempfänger sowie Ausgaben.

Jährlich: Personal, Selbstverwaltungsorgane; Unternehmen, Versicherte, Vollarbeiter, Entgelte; angezeigte und erstmals entschädigte Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten; Leistungsempfänger, Ausgaben und Einnahmen, Vermögen.

Veröffentlichungen:

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung: Arbeits- und Sozialstatistische Mitteilungen (halbjährlich, jährlich).
Jahresberichte als Sonderhefte.

Statistisches Bundesamt: WiSta 62/7*, 12*; 63/9*; 64/8*; 65/2*, 7*.

4. Statistik der Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe

Rechtsgrundlage:

Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (AVAVG) in der Fassung vom 3. April 1957 (BGBl. I S. 321), § 202.

Periodizität:

Monatliche, vierteljährliche, halbjährliche und jährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

Arbeitsämter; für Ergebnisse über Beitragszahlen zur Arbeitslosenversicherung: Krankenkassen, die für die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung die Beiträge erheben.

Berichtsweg:

Befragte — Landesarbeitsämter — Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

Dargestellte Tatbestände:

Bestand an Hauptbetragsempfängern, Anträge auf Arbeitslosengeld und auf Unterstützung aus der Arbeitslosenhilfe, Maßnahmen gegen mißbräuchliche Inanspruchnahme von Leistungen.

Notstandsarbeiter und Notstandsmaßnahmen nach der Art der Maßnahmen.

Hauptbetragsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe nach dem Wochenverdienst. Ausgaben an Arbeitslosengeld nach Wirtschaftsabteilungen. Angezeigter witterungsbedingter Arbeitsausfall im Baugewerbe und Anträge auf Schlechtwettergeld.

Beitragszahler zur Arbeitslosenversicherung und Beitragsbefreite.

Veröffentlichungen:

Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung: Amtliche Nachrichten (monatlich). Jahreszahlen zur Arbeitsstatistik (jährliche Beilage zu den Amtlichen Nachrichten).

Statistisches Bundesamt: WiSta* (monatlich), nur auszugsweise.

B. Kriegsoferversorgung, Lastenausgleich

1. Statistik der Kriegsoferversorgung

Rechtsgrundlage:

Verwaltungsvorschriften des Bundes und der Länder.

Periodizität:

Vierteljährliche und jährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

Versorgungsämter, orthopädische Versorgungsstellen.

Berichtsweg:

Befragte — Landesversorgungsämter — Arbeitsministerien der Länder — Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

Dargestellte Tatbestände:

Vierteljährlich: Versorgungsanträge und ihre Erledigung, anerkannte Versorgungsberechtigte (Bestand und Veränderungen). Ausgaben für die Kriegsoferversorgung.

Jährlich: Art und Höhe der Versorgungsbezüge, sonstige Rentenmerkmale (in größeren Zeitabständen).

Tätigkeit der orthopädischen Versorgungsstellen, Anträge, Bewilligungen. Orthopädisch Versorgte nach Art der Beschädigung und nach den wichtigsten benutzten Hilfsmitteln.

Veröffentlichungen:

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung: Arbeits- und Sozialstatistische Mitteilungen (vierteljährlich, jährlich). Bundesversorgungsblatt (vierteljährlich, jährlich). Statistisches Bundesamt: StJb (nur auszugsweise).

Bemerkungen:

Ergebnisse über Kriegsoferversorgung siehe unter lfd. Nr. X C 2.

2. Statistik der Darlehen und Beihilfen für ehemalige Kriegsgefangene und ehemalige politische Häftlinge

Rechtsgrundlage:

Verwaltungsvorschriften auf Grund des Kriegsfolgenrechts.

Periodizität:

Jährliche, teilweise halbjährliche bzw. vierteljährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

Ausgleichsämter.

Berichtsweg:

Befragte — Landesausgleichsämter — Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte — Bundesausgleichsamt.

Dargestellte Tatbestände:

Zahl und Betrag der Darlehen zum Aufbau oder zur Sicherung der wirtschaftlichen Existenz oder zur Beschaffung von Wohnraum, Zahl und Betrag der Beihilfen zur Beschaffung von Hausrat. Empfänger, gegliedert nach ehemaligen Kriegsgefangenen und ehemaligen politischen Häftlingen.

Veröffentlichungen:

Bundesausgleichsamt: Statistische Informationen (jährlich). Amtliches Mitteilungsblatt (jährlich).

3. Statistik über den Lastenausgleich und sonstige Entschädigungsleistungen

a) Lastenausgleichstatistik

Im einzelnen werden nachgewiesen:

- I. Schadensfeststellung und Hauptentschädigung
- II. Kriegsschadenrente und laufende Beihilfen
- III. Hausratentschädigung und Beihilfen zur Hausratbeschaffung
- IV. Aufbaudarlehen
- V. Ausbildungsbeihilfe
- VI. Währungsausgleich
- VII. Tätigkeit der Heimatauskunftstellen
- VIII. Entschädigung nach dem Altspargengesetz
- IX. Beschwerden und Beschwerdeausschüsse

Rechtsgrundlage:

Verwaltungsvorschriften auf Grund des Lastenausgleichsrechts.

Periodizität:

Vierteljährliche, halbjährliche und jährliche Berichterstattung und Zusammenstellung, und zwar zu I., II., VII.: vierteljährlich (zu I. teilweise auch monatlich); zu III., V., IX.: halbjährlich; zu IV., VI., VIII.: jährlich (zu IV. teilweise auch vierteljährlich).

Kreis der Befragten:

Ausgleichsämter bzw. Landesausgleichsämter; für die Ziffern VII und IX: Heimatauskunftstellen bzw. Beschwerdeausschüsse.

Berichtsweg:

Befragte — Landesausgleichsämter — Bundesausgleichsamt (teilweise Aufbereitung über die Schadensfeststellung halbjährlich im StBA).

Dargestellte Tatbestände:

Zu I.: Eingang und Bearbeitungsstand der Anträge auf Schadensfeststellung nach Schadensgruppen (Vertreibungsschäden nach Heimatgebieten, Kriegssachschäden, Ostschäden), Anzahl und Betrag der Schadensfeststellungen nach Schadensgruppen und Vermögensarten (land- und forstwirtschaftliches Vermögen usw.) sowie der zuerkannten und erfüllten Ansprüche auf Hauptentschädigung nach Geschädigtengruppen. Erfüllung der Ansprüche, gegliedert nach Barerfüllung, nach Erfüllung durch Begründung von Spareinlagen und Schuldbuchforderungen sowie durch Verrechnung, nach Erfüllung durch Umwandlung von Darlehen und durch Anrechnung von Kriegsschadenrente.

Zu II.: Stand der Antragsbearbeitung. Empfänger (Berechtigte) von Unterhaltshilfe, Entschädigungsrente, Beihilfe zum Lebensunterhalt und besonderer laufender Beihilfe nach Geschädigtengruppen.

Zu III.: Bewilligte Anträge und Beträge nach 3 Schadensstufen, Leistungsempfänger nach Geschädigtengruppen.

Zu IV.: Aufbaudarlehen (gewerbliche Wirtschaft und freie Berufe; Landwirtschaft; Wohnungsbau) nach Bestimmungszweck und Berufsgruppen der Empfänger, nach Größenklassen der übernommenen landwirtschaftlichen Betriebe, nach Zahl und Art der geförderten Wohnungen.

Zu V.: Anzahl und Betrag der bewilligten Ausbildungsbeihilfen für Schüler an Mittelschulen und Höheren Schulen, Fach- und Berufsschulen, für Studierende an Hochschulen, für Akademiker im Vorbereitungsdienst, für Lehrlinge und Anlernlinge.

Zu VI.: Eingang und Bearbeitungsstand der Entschädigungsanträge, Reichsmarkennennbeträge der Sparguthaben; Anzahl und Kapital der Ausgleichsgutschriften.

Zu VII.: Angemeldete Vertreibungs- und Ostschäden an land- und forstwirtschaftlichem Vermögen, Grundvermögen und Betriebsvermögen. Erstellte Gutachten.

Zu VIII.: Bearbeitung von Anträgen, die von den Geldinstituten den Ausgleichsämtern zur Entscheidung zugeleitet wurden. Bearbeitung der in den Ausgleichsämtern unmittelbar eingereichten Anträge und der Fälle, in denen gegen die Entscheidung der Geldinstitute die Ausgleichsämter angerufen worden sind.

Zu IX.: Eingang und Erledigungsstand von Beschwerden gegen Bescheide der Ausgleichsämter. Anzahl und Besetzung der Beschwerdeausschüsse.

Veröffentlichungen:

Bundesausgleichsamt:
Statistische Informationen (vierteljährlich, halbjährlich, jährlich).
Amtliches Mitteilungsblatt (vierteljährlich, halbjährlich, jährlich).

b) Statistik über sonstige Entschädigungsleistungen

Im einzelnen werden nachgewiesen:

- I. Leistungen an Reparations-, Restitutions- und Rückerstattungsgeschädigte sowie an Geschädigte durch Nichterfüllung von Ansprüchen gegen das Deutsche Reich und das Land Preußen.
- II. Leistungen an Vertriebene im Ausland.
- III. Leistungen an Deutsche aus der SBZ und dem Sowjetsektor von Berlin (ohne Leistungen aus dem Härtefonds nach LAG).
- IV. Feststellung und Beweissicherung von Vermögensschäden.

Rechtsgrundlage:

Zu I.: Verwaltungsvorschriften auf Grund des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes und der »Überbrückungsrichtlinien« der Bundesregierung vom 4. Juni 1960.

Zu II.: Verwaltungsvorschriften auf Grund des § 10 des 14. Gesetzes zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes.

Zu III.: Verwaltungsvereinbarungen auf Grund des Flüchtlingshilfegesetzes.

Zu IV.: Verwaltungsvorschriften auf Grund des Beweissicherungs- und Feststellungsgesetzes.

Periodizität:

Vierteljährliche und halbjährliche Berichterstattung und Zusammenstellung, und zwar

zu I. und II.: halbjährlich (zu II. teilweise auch vierteljährlich);

zu III. und IV.: vierteljährlich.

Kreis der Befragten:

Ausgleichsämter.

Berichtsweg:

Befragte — Landesausgleichsämter — Bundesausgleichsamt (Auswertung zugleich für beteiligte Bundesministerien).

Dargestellte Tatbestände:

Zu I.: Unterhalts-, Hausrat- und Ausbildungsbeihilfen, Existenzaufbaudarlehen sowie für andere Zwecke gewährte, bedingt rückzahlbare Darlehen.

Zu II.: Unterhalts-, Hausrat- und Ausbildungsbeihilfen sowie Existenzaufbaudarlehen.

Zu III.: Laufende Beihilfen, Einrichtungshilfe, Aufbaudarlehen (gewerbliche Wirtschaft und freie Berufe; Landwirtschaft; Wohnungsbau).

Zu IV.: Eingang und Bearbeitungsstand der Anträge natürlicher und juristischer Personen sowie von Kirchen und Religionsgemeinschaften in der SBZ und dem Sowjetsektor von Berlin nach Vermögensarten.

Veröffentlichungen:

Bundesausgleichsamt: (Zum Teil vorgesehen).
Statistische Informationen (vierteljährlich, halbjährlich, jährlich).
Amtliches Mitteilungsblatt (vierteljährlich, halbjährlich, jährlich).

C. Sozialhilfe, Kriegsofferfürsorge und Jugendhilfe

1. Statistik der Sozialhilfe

Im einzelnen werden nachgewiesen:

I. Jahresstatistik

II. Repräsentative Zusatzstatistiken

Rechtsgrundlage:

Zu I.: Gesetz über die Durchführung von Statistiken auf dem Gebiet der Sozialhilfe, der Kriegsofferfürsorge und der Jugendhilfe vom 15. Januar 1963 (BGBl. I S. 49). Abdruck S. 261.

Zu II. (für die Erhebung 1966): Verordnung zur Durchführung einer Zusatzstatistik auf dem Gebiet der Sozialhilfe über die Eingliederungshilfe für Behinderte vom 18. Februar 1966 (Bundesanzeiger Nr. 38 S. 1). Abdruck S. 263. Berichtigung der Verordnung zur Durchführung einer Zusatzstatistik auf dem Gebiet der Sozialhilfe über die Eingliederungshilfe für Behinderte vom 25. Februar 1966 (Bundesanzeiger Nr. 44 S. 1). Abdruck S. 264.

Periodizität:

Zu I.: Jährliche Erhebung und Aufbereitung.

Zu II.: Höchstens einmal im Jahr Erhebung über Sonderfragen der Sozialhilfe und Aufbereitung (nach der o. a. Rechtsgrundlage erstmalig für 1966 vorgesehen).

Kreis der Befragten:

Zu I.: Örtliche und überörtliche Träger der Sozialhilfe.

Zu II.: Siehe unter I., jedoch für die Zusatzstatistik 1966 mit einem Auswahlatz von 50% der Empfänger von Eingliederungshilfe für Behinderte (siehe auch Übersicht im Anhang S. 322).

Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Zu I.: Empfänger der Sozialhilfe und Aufwendungen, gegliedert nach Empfängergruppen und Hilfearten sowie getrennt nach Hilfe außerhalb von Anstalten, Heimen oder gleichartigen Einrichtungen und Hilfe in Anstalten u. dgl.

Einnahmen der Sozialhilfeträger.

Ferner weitere Leistungen der Sozialhilfeträger: Krankenversorgung gemäß LAG, Geschlechtskrankenfürsorge; Sozialhilfe sowie lagermäßige Unterbringung für Flüchtlinge aus Ungarn.

Zu II. (für die repräsentative Erhebung 1966 vorgesehen): Empfänger von Eingliederungshilfe für Behinderte, gegliedert nach Empfängergruppen und nach Maßnahmen der Eingliederungshilfe. Sonstige Hilfeleistungen für Empfänger von Eingliederungshilfe Kostenträger der Eingliederungsmaßnahmen.

Veröffentlichungen:

WiSta 62/8; 63/8; 64/8; 65/3, 5, 5*, 8, 9; 66/4, 4*, 7.
Fachserie K, Reihe 1 (jährlich).

Außerdem über hilfsbedürftige Deutsche im Ausland:
WiSta 64/6,
Fachserie K, Reihe 1 (einmaliger Sonderbeitrag).

2. Statistik der Kriegsofopferfürsorge

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Durchführung von Statistiken auf dem Gebiet der Sozialhilfe, der Kriegsofopferfürsorge und der Jugendhilfe vom 15. Januar 1963 (BGBl. I S. 49). Abdruck S. 261.

Periodizität:

Jährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Örtliche und überörtliche Träger der Kriegsofopferfürsorge.

Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Empfänger der Kriegsofopferfürsorge und Aufwendungen, gegliedert nach Empfängergruppen und Hilfearten. Einnahmen der Träger der Kriegsofopferfürsorge.

Veröffentlichungen:

WiSta 62/8; 63/8; 64/9; 65/10; 66/8.
Fachserie K, Reihe 1 (jährlich).

Bemerkungen:

Jeweils durch gesonderte Rechtsverordnungen dürfen höchstens einmal in zwei Jahren repräsentative Zusatzstatistiken über Sonderfragen und Einzelgebiete der Kriegsofopferfürsorge durchgeführt werden.

Ergebnisse über Kriegsofopferversorgung siehe unter lfd. Nr. X B 1.

3. Statistik der öffentlichen Jugendhilfe

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Durchführung von Statistiken auf dem Gebiet der Sozialhilfe, der Kriegsofopferfürsorge und der Jugendhilfe vom 15. Januar 1963 (BGBl. I S. 49). Abdruck S. 261.

Periodizität:

Jährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Örtliche und überörtliche Organe der öffentlichen Jugendhilfe.

Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Empfänger von erzieherischen Einzelhilfen nach Hilfearten, Aufwendungen für Einzel-, Gruppen- und Pauschalhilfen nach Trägergruppen und Hilfearten. Einrichtungen der Jugendhilfe und darin verfügbare Plätze nach Trägergruppen und Arten.

Einnahmen der Organe der Jugendhilfe.

Veröffentlichungen:

WiSta 62/11; 63/6; 64/11, 11*; 65/11, 11*.
Fachserie K, Reihe 2 (jährlich).

Bemerkungen:

Jeweils durch gesonderte Rechtsverordnungen dürfen höchstens einmal in vier Jahren repräsentative Zusatzstatistiken über Sonderfragen und Einzelgebiete der öffentlichen Jugendhilfe durchgeführt werden.

D. Sonstige öffentliche Zuwendungen

1. Statistik über Kindergeld und Ausbildungszulage

Rechtsgrundlage:

Bundeskindergeldgesetz (BKGG) vom 14. April 1964 (BGBl. I S. 265). Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Bundeskindergeldgesetzes vom 5. April 1965 (BGBl. I S. 222).

Periodizität:

Monatliche und zweimonatliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

Arbeitsämter; Kindergeldkasse (für Berechtigte).

Berichtsweg:

Befragte — Landesarbeitsämter — Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

Dargestellte Tatbestände:

Anträge auf Kindergeld und Ausbildungszulage; Empfänger von Kindergeld und Ausbildungszulage sowie Zahl der Kinder.

Veröffentlichungen:

Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung:
Amtliche Nachrichten (monatlich).
Jahreszahlen zur Arbeitsstatistik (jährliche Beilage zu den Amtlichen Nachrichten).

XI. Finanzen und Steuern

A. Öffentliche Finanzen

Vorbemerkung:

Fachliche Gliederung für alle hier nachgewiesenen Statistiken nach dem »Aufbereitungsschlüssel für die Zusammenfassung der Staats- und Gemeindefinanzstatistik« (siehe auch Übersicht im Anhang S. 292 und Auszug aus der Systematik S. 301).

1. Statistik der Haushaltswirtschaft von Bund, Ländern und Gemeinden

a) Haushaltsansatzstatistik

Im einzelnen werden nachgewiesen:

- I. Haushaltspläne des Bundes und der Länder
- II. Haushaltspläne der Gemeinden (Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern) und Gemeindeverbände (Landkreise, Bezirksverbände)

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Finanzstatistik vom 8. Juni 1960 (BGBl. I S. 322), Abdruck S. 265.

Periodizität:

Jährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Zu I.: (für Bund) Bundesministerium der Finanzen, Bundesausgleichsamt; (für Länder) Finanzministerien der Länder.

Zu II.: Gemeinden (Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern), Gemeindeverbände (Landkreise, Bezirksverbände).

Berichtsweg:

Zu I.: Befragte — StBA.

Zu II.: Befragte — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Nettoausgaben, Bauausgaben, Gewährung von Darlehen an Dritte, jeweils nach Gebietskörperschaften (Ländern/Ebenen) und Aufgabenbereichen. Zahlungsverkehr zwischen Gebietskörperschaften. Steuern nach einzelnen Arten, sonstige Einnahmen sowie die Ausgaben nach Arten und jeweils nach Gebietskörperschaften. Einnahmen und Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Arten, getrennt nach ordentlichem und außerordentlichem Haushalt sowie nach Ländern.

Veröffentlichungen:

Fachserie L, Reihe 1/I (jährlich).

b) Jahresrechnungsstatistik

Im einzelnen werden nachgewiesen:

- I. Finanzen des Bundes und der Länder
- II. Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände
- III. Zusammenfassung der Finanzen von Bund, Ländern und Gemeinden

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 1 a.

Periodizität:

Nach Rechnungsabschluß jährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Zu I.: Siehe lfd. Nr. 1 a I.

Zu II.: Gemeinden und Gemeindeverbände (rund 26 000 Gebietskörperschaften).

Zu III.: Zusammenfassung der Angaben von I. und II.

Berichtsweg:

Zu I.: Befragte — StBA.

Zu II.: Befragte — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Zu I.: Gesamtausgaben, Gesamteinnahmen nach Ebenen und Aufgabenbereichen. Nettoausgaben nach einzelnen Gebietskörperschaften und Aufgabenbereichen. Verwaltungs- und Zweckausgaben (Personalausgaben, Unterhaltung von unbeweglichem Vermögen, Zinsen usw.), Ausgaben der Vermögensbewegung (Bauten, Neuanschaffung von beweglichem Vermögen, Darlehensgewährung, Tilgung usw.). Zahlungen an Gebietskörperschaften, Verwaltungs- und Betriebseinnahmen; Einnahmen der Vermögensbewegung (Schuldenaufnahmen usw.), Zahlungen von Gebietskörperschaften je Gebietskörperschaft und Gruppen der Gebietskörperschaften (Ebenen), gegliedert nach Arten und Aufgabenbereichen. Steuern nach Gebietskörperschaften und Arten.

Zu II.: Ausgaben und Einnahmen der Kämmererverwaltungen. Ausgaben nach Arten, Einnahmen (spezielle Deckungsmittel) nach Arten, Zuschußbedarf, jeweils gegliedert nach Verwaltungszweigen und zusammengefaßt nach Art der Gebietskörperschaften (kreisfreie Städte, kreisangehörige Gemeinden, Ämter, Landkreise, Bezirksverbände) oder Gemeindegrößenklassen und Ländern. Zahlungsverkehr mit Gebietskörperschaften. Allgemeine Deckungsmittel und Gesamtabschluß.

Zu III.: Gesamtausgaben, Gesamteinnahmen und Nettoausgaben nach Gebietskörperschaften und Aufgabenbereichen. Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte insgesamt nach Arten und Aufgabenbereichen. Ausgewählte Ausgabe-/Einnahmearten nach Ebenen und Ländern (einschließlich ihrer Gemeinden und Gemeindeverbände je Aufgabenbereich nach staatlichen und kommunalen Rechnungsposten. Steuern nach Arten und Gebietskörperschaften, Zahlungsverkehr zwischen Gebietskörperschaften.

Veröffentlichungen:

Zu I. Fachserie L, Reihe 1/II (jährlich).

Staatliche Ausgaben bzw. Einnahmen für ausgewählte Bereiche:

Rechtspflege: WiSta 62/4;

Kirche und andere Religionsgemeinschaften: WiSta 62/11.

Spiel- und Wettunternehmen: WiSta 63/6.

Land- und Forstwirtschaft: WiSta 64/1, 12; 65/4.

Kapitaldienst: WiSta 66/3.

Zu II.: Fachserie L, Reihe 1/II (jährlich).

Ausgaben und Einnahmen der Gemeinden 1962: WiSta 64/5.

Zu III.: Fachserie L, Reihe 1/II (jährlich).

Ausgaben bzw. Einnahmen für ausgewählte Bereiche:

Investitionen: WiSta 63/8.

Finanzwirtschaft: WiSta 65/4, 9.

Straßenwesen: Fachserie L, Reihe 5 (jährlich); WiSta 62/3; 63/3.

Hochschulen und wissenschaftliche Aufgaben: Fachserie L, Reihe 5 (unregelmäßig); WiSta 62/7; 64/8; 66/6.

Schulen: Fachserie L, Reihe 5 (unregelmäßig); WiSta 63/7; 64/4; 66/6.

Kulturelle Aufgaben: WiSta 62/10; 64/11.

Sozialaufwand: Fachserie L, Reihe 5 (unregelmäßig); WiSta 62/5.

Krankenanstalten: Fachserie L, Reihe 5 (unregelmäßig); WiSta 63/10.

Jugendpflege und Sport: WiSta 64/1.

Wohnungsbau: Fachserie L, Reihe 5 (unregelmäßig).

Bemerkungen:

In der zusammenfassenden Darstellung werden die Kommunalfinanzen nach der Systematik der Staatsfinanzen einbezogen, d. h. Ausgaben für Versorgung, Schuldendienst, Zuführungen an Rücklagen sowie Einnahmen aus Schuldenaufnahmen; Entnahmen aus Rücklagen werden zentral beim Aufgabenbereich »Allgemeine Finanzen« nachgewiesen.

c) Vierteljahresstatistik der Finanzwirtschaft

Im einzelnen werden nachgewiesen:

- I. Finanzen des Bundes und der Länder,
- II. Finanzen der Gemeinden (Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern) und Gemeindeverbände (Landkreise, Bezirksverbände).

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 1 a.

Periodizität:

Vierteljährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

Zu I.: Siehe lfd. Nr. 1 a I.

Zu II.: Siehe lfd. Nr. 1 a II.

Berichtsweg:

Zu I.: Befragte — Bundesministerium der Finanzen bzw. StBA.

Zu II.: Befragte — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Zu I.: Einnahmen und Ausgaben des Bundes, des Lastenausgleichsfonds und der Länder nach Arten, darunter einige nach ausgewählten Aufgabenbereichen.

Unmittelbare Einnahmen und Ausgaben nach Gruppen, Zahlungen zwischen Gebietskörperschaften, Nettoausgaben für die Summe Bund, Lastenausgleichsfonds und Länder.

Zu II.: Bauinvestitionen nach Aufgabenbereichen, Stand und Bewegung der Neuschulden (seit dem 21. Juni 1948 aufgenommen) nach Art der Schulden.

Veröffentlichungen:

Fachserie L, Reihe 1/III (vierteljährlich).

Bundesanzeiger.

Bundesministerium der Finanzen: Ministerialblatt.

d) Monatsstatistik der Finanzwirtschaft

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 1 a.

Periodizität:

Monatliche Berichterstattung, vierteljährliche Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

Bundesministerium der Finanzen bzw. Finanzministerien der Länder.

Berichtsweg:

Befragte — Bundesministerium der Finanzen.

Dargestellte Tatbestände:

Gesamteinnahmen, -ausgaben und Kassenlage des Bundes und der Länder: Gesamteinnahmen und -ausgaben; Verwahrungen, Vorschüsse und Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen. Kassenbestand, schwebende Schulden.

Haushaltseinnahmen und -ausgaben des Bundes nach Sachgebieten: Einnahmen aus Steuern, Wirtschaftsunternehmen, Münzwesen, Anleihen; Verwaltungs- und andere Einnahmen, vorverfügte (durchlaufende) Mittel. Ausgaben für Verteidigung, Sozialleistungen, Bundeshilfe für Berlin, Subventionen, Vorratshaltung, Wohnungsbau und Siedlung, Verkehr, Grüner Plan. Kassenmäßige Steuereinnahmen: Siehe lfd. Nr. XI A 3.

Veröffentlichungen:

Bulletin der Bundesregierung (Veröffentlichung vorgesehen).

Bundesanzeiger (vierteljährlich).

Bundesministerium der Finanzen: Ministerialblatt (vierteljährlich).

e) Statistik über den Finanzausgleich

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 1 a.

Periodizität:

Jährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

Gemeinden und Gemeindeverbände (für allgemeine Finanzausweisungen und allgemeine Umlagen); Kreisangehörige Gemeinden und Landkreise (für allgemeine Umlage der Landkreise).

Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Jeweils nach Ländern und Gebietskörperschaften:

Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände aus allgemeinen Finanzausweisungen nach Arten; Einnahmen der Bezirksverbände, Landkreise und Ämter aus allgemeinen Umlagen; gemeindliche Ausgaben für Landesumlagen.

2. Statistik der Ausgaben für Landstraßen I. Ordnung und Landstraßen II. Ordnung

Rechtsgrundlage:

Verordnung über die Statistik der Ausgaben für Landstraßen I. Ordnung und Landstraßen II. Ordnung im Jahre 1966 vom 20. Mai 1966 (Bundesanzeiger Nr. 99 S. 1). Abdruck S. 268.

Periodizität:

Einmalig im Rechnungsjahr 1966 durchzuführen.

Kreis der Befragten:

Träger der Straßenbaulast bzw. die für die Verwaltung der Straßen zuständigen Behörden.

Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Vorgesehen:

Ausgaben für Grundstücke, Erd- und Felsarbeiten, Fahrbahnen und Nebenanlagen, Kunstbauten, Bahnübergänge, Verkehrssicherungsanlagen, Fernmeldeanlagen, Beleuchtungsanlagen, Dienstgebäude und -wohnungen, gegliedert nach Neu- und Ausbau, Wiederherstellung und Erneuerung, Unterhaltung sowie Betrieb und Verwaltung.

Veröffentlichungen:

Vorgesehen: Fachserie L, Reihe 5.

Bemerkungen:

Laufende Ergebnisse über Ausgaben für Straßenwesen (kommunale Finanzen und Länderfinanzen) siehe auch lfd. Nr. XI A 1.

Berechnungsgrundlagen der allgemeinen Umlage der Landkreise:

Umlagebedarf, Umlagekraft und Umlageanspannung je Landkreis, Regierungs- bzw. Verwaltungsbezirk und Land.

Veröffentlichungen:

Fachserie L, Reihe 1/IV (jährlich).

3. Statistik über den Steuerhaushalt von Bund, Ländern und Gemeinden

(Kassenmäßige Einnahmen aus Steuern)

Im einzelnen werden nachgewiesen:

I. Steuern des Bundes und der Länder

II. Steuern der Gemeinden und Gemeindeverbände

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Finanzstatistik vom 8. Juni 1960 (BGBl. I S. 322). Abdruck S. 265.

Periodizität:

Zu I.: Monatliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Zu II.: Vierteljährliche Erhebung und Aufbereitung (Gemeinden mit weniger als 1000 Einwohnern halbjährlich und für die dazwischenliegenden Vierteljahre geschätzt).

Kreis der Befragten:

Zu I.: Oberfinanzdirektionen (»reine« Bundessteuern), Finanzministerien der Länder (Ländersteuern einschließlich Bundesanteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer).

Zu II.: Gemeinden und Gemeindeverbände (rund 26 000 Gebietskörperschaften).

Berichtsweg:

Zu I.: Befragte — Bundesministerium der Finanzen.

Zu II.: Befragte — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Zu I.: Kassenmäßige Steuereinnahmen nach dem Aufkommen in den Ländern, gegliedert nach gemeinschaftlichen Steuern vom Einkommen, Bundessteuern, Landessteuern, aufgeteilt nach Steuerarten; Darstellung der Steuereinnahmen des Bundes und der Länder.

Zu II.: Kassenmäßige Steuereinnahmen nach Arten.

Veröffentlichungen:

Zu I.: WiSta* (monatlich).
Fachserie L, Reihe 2 (vierteljährlich).
Bundesanzeiger.
Bulletin der Bundesregierung.

Außerdem Sonderbeiträge:
Kraftfahrzeugsteuer: WiSta 63/7.
Grunderwerbsteuer: WiSta 63/12.
Beförderungsteuer: WiSta 64/11.

Zu II.: WiSta* (vierteljährlich).
Fachserie L, Reihe 2 (vierteljährlich).

Außerdem Sonderbeiträge:
Kommunale Steuereinnahmen 1962: WiSta 63/5.
Grunderwerbsteuer: WiSta 63/12.
Grundsteuern: WiSta 64/5.
Vergnügungssteuer: WiSta 65/6.

4. Statistik über Schulden

a) Jährliche Schuldenstatistik

Im einzelnen werden nachgewiesen:

- I. Schulden des Bundes und der Länder
- II. Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Finanzstatistik vom 8. Juni 1960 (BGBl. I S. 322). Abdruck S. 265.

Periodizität:

Jährliche Erhebung (Stichtag: 31. Dezember) und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Zu I.: (für Bund) Bundesministerium der Finanzen, Bundesausgleichsamt; (für Länder) Finanzministerien der Länder.

Zu II.: Gemeinden und Gemeindeverbände (rund 26 000 Gebietskörperschaften).

Berichtsweg:

Zu I.: Befragte — StBA; in Hamburg und Bremen: Finanzsenatoren — StLA — StBA.

Zu II.: Befragte — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Zu I.: Schulden von Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen und Ländern. Inländische Alt- und Neuschulden, gegliedert nach Art der Schulden; Auslandsschulden, Bürgschaften.

Zu II.: Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände. Inländische Alt- und Neuschulden, Auslandsschulden, gegliedert nach Art der Schulden; Zusatzangaben über Laufzeit, Verwendungszweck (wichtigste Verwaltungszweige), innere Verschuldung, Bürgschaften; jeweils zusammengefaßt nach Art der Gebietskörperschaften.

Veröffentlichungen:

Zu I.: WiSta 62/5, 5*, 63/5, 5*, 64/6, 6*, 65/5, 5*, 66/5, 5*.
Fachserie L, Reihe 3/I (jährlich).

Zu II.: WiSta 62/5, 5*, 9, 9*, 63/5, 5*, 64/6, 6*, 65/2, 5, 5*, 66/5, 5*.
Fachserie L, Reihe 3/I (jährlich).

b) Vierteljährliche Schuldenstatistik

Im einzelnen werden nachgewiesen:

- I. Schulden des Bundes
- II. Schulden der Länder
- III. Schulden der Gemeinden (Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern) und Gemeindeverbände (Landkreise, Bezirksverbände)

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 4 a.

Periodizität:

Vierteljährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Zu I.: Bundesministerium der Finanzen.

Zu II.: Finanzministerien der Länder.

Zu III.: Gemeinden (Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern) und Gemeindeverbände (Landkreise, Bezirksverbände).

Berichtsweg:

Zu II.: Befragte — Bundesministerium der Finanzen.

Zu III.: Befragte — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Zu I.: Fundierte und schwebende Schulden nach Arten.

Zu II.: Fundierte Schulden (Neu- und Altschulden) nach Arten, schwebende Schulden.

Zu III.: Neuschulden nach Arten, Schuldenaufnahmen, Tilgungen.

Veröffentlichungen:

Zu I. und II.: Bundesanzeiger (vierteljährlich).
Bundesministerium der Finanzen: Ministerialblatt (vierteljährlich).
StBA: Fachserie L, Reihe 1/III (vierteljährlich).

Zu III.: WiSta 63/9; 64/9; 65/9.
Fachserie L, Reihe 1/III (vierteljährlich).

5. Statistik über das Personal von Bund, Ländern und Gemeinden (Gemeindeverbänden)

a) Jährliche Personalstandsstatistik

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Finanzstatistik vom 8. Juni 1960 (BGBl. I S. 322). Abdruck S. 265.

Periodizität:

Jährliche Erhebung (Stichtag: 2. Oktober) und Aufbereitung; in jedem 3. Jahr mit erweiterter Fragestellung.

Kreis der Befragten:

Gebietskörperschaften einschließlich deren Wirtschaftsunternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit; Bundesbahn und Bundespost; außerdem juristische Personen des öffentlichen Rechts, die der unmittelbaren Aufsicht eines Bundesministeriums unterstehen.

Berichtsweg:

Bund: Befragte — StBA.

Länder und Gemeinden: Befragte — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

In jedem dritten Jahr: Personalstand der Hoheits- und Kammereiverwaltungen, Wirtschaftsunternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, der Bundesbahn und Bundespost nach Aufgabenbereichen, Geschlecht, Dienstverhältnis, Laufbahngruppe, Vertriebenen-(Flüchtlings-)eigenschaft, gegliedert nach Art der Körperschaften bzw. Unternehmen.

Sonderzusammenfassungen für einzelne Personalgruppen wie Ärzte, Lehrpersonen, im Ausbildungsverhältnis Stehende.

In den dazwischenliegenden Jahren: Personalstand im gleichen Erhebungsbereich nach dem Dienstverhältnis in der Gliederung für den staatlichen Bereich nach Aufgabenbereichen, für den kommunalen Bereich nach Art der Körperschaften und Gemeindegrößenklassen.

Veröffentlichungen:

WiSta 62/1, 1*, 4, 4*, 5, 5*; 63/1, 1*, 4, 4*, 7, 8, 8*; 64/2, 2*, 5, 5*;
65/1, 1*, 6, 6*, 9, 10, 10*; 66/1, 1*, 5, 5*.
Fachserie L, Reihe 4 (jährlich).

b) Personalstrukturerhebung

Auf Grund von Vereinbarungen mit den Ländern und Anordnungen der Länder wurde zuletzt mit Stichtag 2. September 1950 eine Erhebung über das Personal der Hoheits- und Kammereiverwaltungen von Bund (einschließlich Bundesbahn und Bundespost), Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden sowie von Wirtschaftsunternehmen der Gebietskörperschaften und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts durchgeführt.

Eine neue Erhebung ist vorgesehen; die Rechtsgrundlage ist in Vorbereitung.

B. Steuern

1. Einkommensteuerstatistik

Rechtsgrundlage:

Für 1961: Koordinierungsvereinbarung des Bundes und der Länder.

Für 1965: In Vorbereitung (Steuerstatistisches Gesetz).

Periodizität:

Bisher in unregelmäßigen Abständen, zuletzt für 1961 durchgeführt. Gemäß dem in Vorbereitung befindlichen »Steuerstatistisches Gesetz« ist die nächste Statistik für 1965 vorgesehen; Wiederholungen sollen im dreijährlichen Turnus erfolgen.

Kreis der Befragten:

Die Statistik wird an Hand von Durchschriften der Einkommensteuerbescheide und Angaben aus den Steuerakten (bei maschineller Veranlagung: Magnetbänder) durchgeführt, die den StLA von den Finanzämtern zur Verfügung gestellt werden.

Bei der Einkommensteuerstatistik 1961 wurden die Belege total aufbereitet. Für 1965 ist ebenfalls eine totale Aufbereitung vorgesehen.

Berichtsweg:

Finanzämter — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Für 1961:

Unbeschränkt Einkommensteuerpflichtige (teilweise gegliedert nach Steuerbelasteten und Nichtsteuerbelasteten):

Nach Größenklassen des Einkommens: Einkünfte, Einkommen, Steuerschuld.

Nach Größenklassen des Gesamtbetrags der Einkünfte: Einkünfte, Einkommen und Steuerschuld der Steuerpflichtigen, gegliedert nach der überwiegenden Einkunftsart und der Zahl der Kinder, für die Kinderfreibeträge gewährt wurden; ausgeglichene Verluste; Sonderausgaben; Sondervergünstigungen und Aufwendungen besonderer Art; Entwicklung des zu versteuernden Einkommensbetrags aus dem Einkommen; Kirchen- und Kirchenlohnsteuer nach der Religionszugehörigkeit der Steuerpflichtigen; veranlagte Lohnsteuerpflichtige, gegliedert nach der Zahl der Kinder, für die Kinderfreibeträge gewährt wurden.

Nach Größenklassen des zu versteuernden Einkommensbetrags: Einkommen und Steuerschuld, gegliedert nach der Zahl der Kinder, für die Kinderfreibeträge gewährt wurden. Sonderausgliederung der Steuerpflichtigen mit Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft, der Steuerpflichtigen mit Einkünften und Verlusten aus Gewerbebetrieb und einiger freier Berufe.

Veranlagte unbeschränkt Lohnsteuerpflichtige nach Bruttolohngruppen: Bruttolohn, Einkünfte, Einkommen und Einkommensteuerschuld.

Absetzungen für Abnutzung und Substanzverringerung sowie Spesenabzug; Verlustfälle.

(Fachliche Gliederung nach dem »Systematischen Verzeichnis der Unternehmen für die Steuerstatistiken«, siehe auch Übersicht im Anhang S. 292.)

Für 1965 vorgesehen:

Unbeschränkt Steuerpflichtige nach Größenklassen des Einkommens: Einkünfte, Einkommen und Steuerschuld. Nach Größenklassen des Gesamtbetrags der Einkünfte: Wie 1961, jedoch ohne Kirchen- und Kirchenlohnsteuer nach der Religionszugehörigkeit der Steuerpflichtigen.

Sonderausgliederung der Steuerpflichtigen mit Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft, der Steuerpflichtigen mit Einkünften überwiegend aus Gewerbebetrieb und einiger freier Berufe.

Veranlagte unbeschränkt Lohnsteuerpflichtige nach Bruttolohngruppen: Bruttolohn, Werbungskosten, Einkünfte, Einkommen und Einkommensteuerschuld.

Absetzungen für Abnutzung und Substanzverringerung sowie Spesenabzug der unbeschränkt Steuerpflichtigen; Verlustfälle.

Gesellschaften (Gemeinschaften) nach Größenklassen des Gesamtbetrags der Einkünfte: Einkünfte, Gesamtbetrag der Einkünfte, Sondervergünstigungen, Aufwendungen besonderer Art. Absetzungen für Abnutzung und Substanzverringerung, Spesenabzug.

(Fachliche Gliederung nach der »Systematik der Wirtschaftszweige für die Umsatzsteuerstatistik«, siehe auch Übersicht im Anhang S. 292 und Auszug aus der Grundsystematik S. 294.)

Veröffentlichungen:

WiSta 65/5, 9, 10.
Fachserie L, Reihe 6/1 (unregelmäßig).

2. Körperschaftsteuerstatistik

Rechtsgrundlage:

Für 1961: Koordinierungsvereinbarung des Bundes und der Länder.

Für 1965: In Vorbereitung (Steuerstatistisches Gesetz).

Periodizität:

Bisher in unregelmäßigen Abständen, zuletzt für 1961 durchgeführt. Gemäß dem in Vorbereitung befindlichen »Steuerstatistisches Gesetz« ist die nächste Statistik für 1965 vorgesehen; Wiederholungen sollen im dreijährlichen Turnus erfolgen.

Kreis der Befragten:

Die Statistik wird an Hand von Durchschriften der Körperschaftssteuerbescheide und Angaben aus den Steuerakten durchgeführt, die den StLA von den Finanzämtern zur Verfügung gestellt werden.

Berichtsweg:

Finanzämter — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Für 1961:

Unbeschränkt Körperschaftsteuerpflichtige:

Einkünfte, Einkommen und Steuerschuld nach Körperschaftsarten, gegliedert nach Größenklassen des Einkommens und des Gesamtbetrags der Einkünfte; Einkünfte aus Gewerbebetrieb nach Körperschaftsarten und Wirtschaftsbereichen, gegliedert nach Größenklassen des Gesamtbetrags der Einkünfte. Entwicklung des zu versteuernden Einkommens aus dem Bilanzgewinn. Zu versteuerndes Einkommen, Steuersätze und Steuerschuld. Bilanzgewinn(-verlust), Zu- und Abschläge der Verlustfälle. Einkünfte und Verluste der Verlustfälle.

Sondervergünstigungen; Aufwendungen besonderer Art; Absetzungen für Abnutzung und Substanzverringerung sowie Spesenabzug. Einkünfte, Einkommen und Steuerschuld der Organgesellschaften nach Körperschaftsarten, gegliedert nach Größenklassen des Gesamtbetrags der Einkünfte.

Einkünfte, Inlandseinkommen und Steuerschuld der beschränkt Körperschaftsteuerpflichtigen nach Größenklassen des Gesamtbetrags der Einkünfte.

(Fachliche Gliederung nach dem »Systematischen Verzeichnis der Unternehmen für die Steuerstatistiken«, siehe auch Übersicht im Anhang S. 292.)

Für 1965 vorgesehen:

Unbeschränkt Körperschaftsteuerpflichtige:

Einkünfte, Einkommen und Steuerschuld nach Körperschaftsarten, gegliedert nach Größenklassen des Einkommens und des Gesamtbetrags der Einkünfte. Einkünfte aus Gewerbebetrieb nach Körperschaftsarten, gegliedert nach Größenklassen des Gesamtbetrags der Einkünfte.

Entwicklung des zu versteuernden Einkommens aus dem Bilanzgewinn. Zu versteuerndes Einkommen, Steuersätze und Steuerschuld. Bilanzgewinn(-verlust), Zu- und Abschläge der Verlustfälle.

Sondervergünstigungen; Aufwendungen besonderer Art; Absetzungen für Abnutzung und Substanzverringerung sowie Spesenabzug. Einkünfte, Einkommen und Steuerschuld der Organgesellschaften nach Körperschaftsarten, gegliedert nach Größenklassen des Gesamtbetrags der Einkünfte.

Einkünfte, Inlandseinkommen und Steuerschuld der beschränkt Körperschaftsteuerpflichtigen nach Größenklassen des Gesamtbetrags der Einkünfte.

(Fachliche Gliederung nach der »Systematik der Wirtschaftszweige für die Umsatzsteuerstatistik«, siehe auch Übersicht im Anhang S. 292 und Auszug aus der Grundsystematik S. 294.)

Veröffentlichungen:

WiSta 64/10.
Fachserie L, Reihe 6/I (unregelmäßig).

3. Lohnsteuerstatistik

Rechtsgrundlage:

Für 1961: Koordinierungsvereinbarung des Bundes und der Länder.

Für 1965: In Vorbereitung (Steuerstatistisches Gesetz).

Periodizität:

Bisher in unregelmäßigen Abständen, zuletzt für 1961, durchgeführt. Gemäß dem in Vorbereitung befindlichen »Steuerstatistisches Gesetz« ist die nächste Statistik für 1965 vorgesehen; Wiederholungen sollen im dreijährlichen Turnus erfolgen.

Kreis der Befragten:

Die Statistik wird an Hand der Lohnsteuerbelege (Lohnsteuerkarten und Lohnsteuerüberweisungsblätter) durchgeführt, die den StLA von den Finanzämtern zur Verfügung gestellt werden.

Für 1961 wurden die Lohnsteuerbelege der Lohnsteuerpflichtigen mit einem Bruttolohn von weniger als 20 000 DM mit einem durchschnittlichen Auswahlatz von 1,5% aufbereitet. Die Belege der übrigen Lohnsteuerpflichtigen wurden total aufbereitet; für 1965 ist ebenfalls teilweise repräsentative Aufbereitung vorgesehen, wobei die Grenze für eine Totalaufbereitung auf 36 000 DM heraufgesetzt wird (siehe auch Übersicht im Anhang S. 322).

Berichtsweg:

Finanzämter — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Für 1961:

Lohnsteuerpflichtige, Bruttolohn und Lohnsteuer nach Bruttolohngruppen, Steuerklassen, Geschlecht und Beschäftigungsdauer. Weibliche Lohnsteuerpflichtige aus den Steuerklassen II, III und IV nach Bruttolohngruppen. Lohnsteuerpflichtige mit Lohnsteuerjahresausgleich; zusätzliche steuerfreie Abzugsbeträge. Lohnsteuerpflichtige nach Religionszugehörigkeit.

Für 1965 vorgesehen:

Lohnsteuerpflichtige, Bruttolohn und Lohnsteuer nach Bruttolohngruppen, Steuerklassen, Geschlecht und Beschäftigungsdauer. Lohnsteuerpflichtige ohne steuerfreie Abzugsbeträge und Lohnsteuerjahresausgleich; zusätzliche steuerfreie Abzugsbeträge und Lohnsteuerjahresausgleich.

Lohnsteuerpflichtige, Bruttolohn, Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit nach Größenklassen der Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit.

Veröffentlichungen:

WiSta 64/3.
Fachserie L, Reihe 6/II (unregelmäßig).
Nicht ganzjährig beschäftigte Lohnsteuerpflichtige in Hessen und Hamburg: WiSta 63/2.

4. Vermögensteuerstatistik

Rechtsgrundlage:

Für 1963: Gesetz zur Änderung des Bewertungsgesetzes (ÄndG-BewG 1963) vom 10. August 1963, Art. 8 (BGBl. I S. 676). Auszugsweiser Abdruck S. 269.

Für 1966: In Vorbereitung (Steuerstatistisches Gesetz).

Periodizität:

Ab 1953 in Verbindung mit jeder Hauptveranlagung durchgeführt, zuletzt zum 1. Januar 1963. Die Beibehaltung dieser dreijährigen Periodizität ist auch gemäß dem in Vorbereitung befindlichen »Steuerstatistisches Gesetz« vorgesehen.

Kreis der Befragten:

Die Statistik wird an Hand von Durchschriften der Vermögensteuerbescheide (bei maschineller Veranlagung an Hand von Magnetbändern) durchgeführt, die den StLA von den Finanzämtern zur Verfügung gestellt werden (rund 500 000 Steuerpflichtige).

Berichtsweg:

Finanzämter — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Für 1963 und (vorgesehen) für 1966:

Unbeschränkt vermögensteuerpflichtige natürliche Personen (Steuerbelastete und Steuerbefreite): Vermögensarten, Rohvermögen, Schulden und sonstige Abzüge, Gesamtvermögen, Freibeträge — nur bei Steuerbelasteten: steuerpflichtiges Vermögen und Steuerschuld — nach Vermögensgruppen und überwiegender Vermögensart. Außerdem: Sonderaufgliederung des Sonstigen Vermögens nach Vermögensgruppen; Rohvermögen und Vermögensarten, Gesamtvermögen, steuerpflichtiges Vermögen und Steuerschuld in den kreisfreien Städten und Landkreisen.

Unbeschränkt vermögensteuerpflichtige nichtnatürliche Personen: Einheitswert, Abzüge, Gesamtvermögen, steuerpflichtiges Vermögen und Steuerschuld nach Vermögensgruppen und Rechtsformen. Bei Mindestbesteuerungsfällen: Einheitswert (oder Überschuldungsbetrag), Abzüge, Gesamtvermögen (oder Minusbetrag), Mindestvermögen und Steuerschuld nach Vermögensgruppen und Rechtsformen.

Beschränkt vermögensteuerpflichtige natürliche und nichtnatürliche Personen: Vermögensarten, Rohvermögen, Schulden und sonstige Abzüge, Inlandsvermögen, steuerpflichtiges Vermögen und Steuerschuld nach Vermögensgruppen.

Veröffentlichungen:

WiSta 63/6; 65/12.
Fachserie L, Reihe 6/III (unregelmäßig).

5. Einheitswertstatistik

a) Einheitswerte der gewerblichen Betriebe

Rechtsgrundlage:

Für 1963: Gesetz zur Änderung des Bewertungsgesetzes (ÄndG-BewG 1963) vom 10. August 1963, Art. 8 (BGBl. I S. 676). Auszugsweiser Abdruck S. 269.

Für 1966: In Vorbereitung (Steuerstatistisches Gesetz).

Periodizität:

Ab 1953 in Verbindung mit jeder Hauptfeststellung durchgeführt, zuletzt zum 1. Januar 1963. Die Beibehaltung dieser dreijährigen Periodizität ist auch gemäß dem in Vorbereitung befindlichen »Steuerstatistisches Gesetz« vorgesehen.

Kreis der Befragten:

Die Statistik wird an Hand von Durchschriften der Einheitswertbescheide durchgeführt, die den StLA von den Finanzämtern zur Verfügung gestellt werden (über 1 Million gewerbliche Betriebe).

Berichtsweg:

Finanzämter — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Für 1963 und (vorgesehen) für 1966:

Anlagevermögen (Sachanlagen und Finanzanlagen); Umlaufvermögen (Betriebskapital und Vorratsvermögen); Rohvermögen; Schulden und sonstige Abzüge (darunter Rückstellungen für Pensionsanwartschaften, Abzüge auf Grund von Schachtelbeteiligungen); Einheitswert der gewerblichen Betriebe natürlicher und nichtnatürlicher Personen. Besitz- und Schuldposten sowie Einheitswert nach Einheitswertgruppen und Rechtsformen. Rohvermögen und Einheitswert der gewerblichen Betriebe natürlicher und nichtnatürlicher Personen in den kreisfreien Städten und Landkreisen. Zahl der Betriebe natürlicher und nichtnatürlicher Personen sowie Einheitswert und Einheitswertgruppen dieser Betriebe.

(Fachliche Gliederung nach der »Systematik der Wirtschaftszweige für die Umsatzsteuerstatistik«, siehe auch Übersicht im Anhang S. 292 und Auszug aus der Grundsystematik S. 294.)

Veröffentlichungen:

WiSta 64/5, 11; 66/3.

Fachserie L, Reihe 6/IV (unregelmäßig).

b) Statistik der Einheitswerte des Grundbesitzes

Rechtsgrundlage:

Gesetz zur Änderung des Bewertungsgesetzes vom 13. August 1965, Art. 7 (BGBl. I S. 851). Auszugsweiser Abdruck S. 269.

Periodizität:

Erstmalig für Stichtag 1. Januar 1964 vorgesehen; weitere Erhebungen sollen gemäß dem in Vorbereitung befindlichen »Steuerstatistisches Gesetz« in Verbindung mit jeder Hauptfeststellung erfolgen.

Kreis der Befragten:

Die Statistik wird an Hand von Durchschriften der Einheitswertbescheide (bei maschineller Feststellung an Hand von Magnetbändern) durchgeführt, die den StLA von den Finanzämtern zur Verfügung gestellt werden (rund über 10 Millionen wirtschaftliche Einheiten des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens und des Grundvermögens).

Im Stichprobenverfahren ist vorweg eine Aufbereitung von etwa 10 % vorab bewerteter bebauter Grundstücke vorgesehen (siehe auch Übersicht im Anhang S. 322).

Berichtsweg:

Finanzämter — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Vorgesehen:

Land- und forstwirtschaftliches Vermögen:

Flächen und Ertragswerte des Wirtschaftsteils (der Nutzungen und Nutzungsteile) sowie Wohnungswert und Einheitswert (alt und neu) der Betriebe der Land- und Forstwirtschaft nach Größenklassen und Wertgruppen.

Grundvermögen:

Fläche und Einheitswert (alt und neu) der unbebauten Grundstücke nach Größenklassen und Wertgruppen sowie Einheitswert (alt und neu) der bebauten Grundstücke je Grundstücksart nach Baualtersgruppen in Gemeindegrößenklassen und Wertgruppen.

Veröffentlichungen:

Vorgesehen:

Fachserie L, Reihe 6/IV (unregelmäßig).

6. Erbschaftsteuerstatistik

Rechtsgrundlage:

Bis 1962: Koordinierungsvereinbarung des Bundes und der Länder.

Für weitere Erhebungen: In Vorbereitung (Steuerstatistisches Gesetz).

Periodizität:

Bis einschließlich 1962 jährlich. Gemäß dem in Vorbereitung befindlichen »Steuerstatistisches Gesetz« jährliche Erfassung, jedoch Zusammenstellung nur in 6jährigen Abständen — erstmals 1971 — vorgesehen.

Kreis der Befragten:

Die Statistik wird an Hand von Erbschaftsteuernachweisungen durchgeführt, die den StLA von den Finanzämtern zur Verfügung gestellt werden (jährlich rund 45 000 steuerbelastete Erwerbe).

Berichtsweg:

Finanzämter — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Unbeschränkt Erbschaftsteuerpflichtige.

Reinerwerb, steuerpflichtiger Erwerb und festgesetzte Steuer nach Erwerbsarten, Steuerklassen und Wertstufen.

Nachlasse und Zuwendungen (vor Abzug der Lastenausgleichs-Abgaben); Reinnachlaß bzw. -zuwendung, versteuerter Nachlaß bzw. Zuwendung und Steuerschuld nach Wertstufen.

Steuerpflichtiger Erwerb und festgesetzte Steuer der beschränkt Steuerpflichtigen sowie Pauschalversteuerungsfälle. Unbeschränkt steuerpflichtige Erwerbe nach dem Kalenderjahr, in dem die Steuerschuld entstanden ist.

Veröffentlichungen:

Fachserie L, Reihe 6 V (bis 1962 jährlich).

7. Umsatzsteuerstatistik

Rechtsgrundlage:

Für 1964: Gesetz über die Umsatzsteuerstatistik für das Kalenderjahr 1964 vom 25. Mai 1965 (BGBl. I S. 441). Abdruck S. 270.

Für 1966: In Vorbereitung (Steuerstatistisches Gesetz).

Periodizität:

Von 1954 bis 1962 jährlich, zuletzt für 1964 durchgeführt. Gemäß dem in Vorbereitung befindlichen »Steuerstatistisches Gesetz« ist die nächste Statistik für 1966 vorgesehen; Wiederholungen sollen im zweijährlichen Turnus erfolgen.

Kreis der Befragten:

Die Statistik wird an Hand von Zählblättern durchgeführt, in die von den Finanzämtern Angaben aus den Umsatzsteuerüberwachungsbogen übertragen und die den StLA von den Finanzämtern zur Verfügung gestellt werden.

Berichtsweg:

Finanzämter — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Steuerpflichtige sowie Gesamtumsatz des Berichtsjahres und des Vorjahres; Umsatz des Berichtsjahres nach Umsatzgrößenklassen (ab Berichtsjahr 1960 32, jedoch veröffentlicht nur Angaben für 15 Größenklassen); die mit 1 % besteuerten Umsätze (steuerpflichtige Großhandelslieferungen); Vorauszahlungsbetrag der Umsatzsteuer.

Zahl, Gesamtumsatz und Steuer der Organkreise.

(Fachliche Gliederung nach der »Systematik der Wirtschaftszweige für die Umsatzsteuerstatistik«, siehe auch Übersicht im Anhang S. 292 und Auszug aus der Grundsystematik S. 294 [unter besonderer Ausgliederung der in die Handwerksrolle eingetragenen Unternehmen].)

Für das Berichtsjahr 1962 außerdem:

Steuerpflichtige Umsätze zu den Steuersätzen; steuerfreie Umsätze nach Befreiungsvorschriften; nicht steuerbare Umsätze in den Ländern Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen. Unternehmen nach Rechtsformen; Arbeitsgemeinschaften, Unternehmer-einheiten und Fusionen. Absetzbare Beträge nach § 7 a UStG. Berlinhilfe-Vergünstigung. Zusatzsteuer nach § 59 UStDB und Besteuerung nach vereinbarten Entgelten.

Veröffentlichungen:

WiSta 62/2, 2*, 7, 10, 10*, 11, 11*, 12, 12*; 63/9, 11, 11*, 12, 12*; 64/1, 1*, 3, 3*; 65/11, 11*, 12, 12*; 66/1, 1*.
Fachserie L, Reihe 7 (zweijährlich).

8. Verbrauchsteuerstatistiken

Rechtsgrundlage:

Mineralölgesetz 1964 vom 20. Dezember 1963 (BGBl. I S. 1003) —, Essigsäureordnung und Branntweinzählordnung (Anlagen 3 und 4 der Grundbestimmungen zum Gesetz über das Branntweinmonopol vom 8. April 1922 [RGBl. I S. 405]) —, im übrigen: Erlaß des Bundesministers der Finanzen.

Periodizität:

Bei den einzelnen Steuern verschiedene Periodizität (im einzelnen siehe unter »Dargestellte Tatbestände«).

Kreis der Befragten:

Zollämter (auf Grund von Aufzeichnungen der Steuerpflichtigen).

Berichtsweg:

Im allgemeinen: Zollämter — Hauptzollämter — Oberfinanzdirektionen — StBA.

Branntwein: Zollämter — Hauptzollämter — Oberfinanzdirektionen — Bundesmonopolverwaltung für Branntwein, Monopolverwaltung für Branntwein beim Landesfinanzamt Berlin.

Bei der Biersteuerstatistik werden die Nachweisungen von den Oberfinanzdirektionen München und Nürnberg auch dem Bayerischen StLA zugestellt.

Dargestellte Tatbestände:

I. Tabaksteuer

Monatlich: Absatz versteuerter Tabakwaren (Menge, Kleinverkaufswert und Steuerwert) nach Preisklassen und -gruppen, Steuereinnahmen.

Jährlich: Herstellungsbetriebe; verarbeiteter inländischer und ausländischer Rohtabak nach Art der Betriebe; Absatz der Erzeugnisse nach Absatzgrößenklassen; Einfuhr von Tabakwaren; Rohtabakhändler und Tabakwarenhändler; Zigarrensteuerlager nach Größenklassen und Inhabern; gewerblicher Tabakanbau: Tabakpflanze; Fläche der mit Tabak bepflanzten Grundstücke; geerntete Tabakmenge; Gesamtwert der Tabakernte und Durchschnittspreise.

II. Biersteuer

Monatlich: Bierausstoß nach Biergattungen und Bierarten, Bier in Flaschen usw., versteuerte und steuerfrei abgelassene Biermengen.

Jährlich: Brauereien, gewerbliche Braustätten, Hausbrauer, verwendete Braustoffe, Bierausstoß nach Größenklassen und Biergattungen, versteuerte Biermengen nach Staffelsätzen und Biergattungen, steuerfrei abgegebene Biermengen, versteuerte Biereinfuhr.

III. Mineralölsteuer

Monatlich und jährlich: Versteuertes Mineralöl nach Arten und Steuersätzen sowie Steuersollbeträge.

Jährlich: Steuerbegünstigte Verwendung von Mineralöl nach Arten und Verwendungszweck.

IV. Branntweinmonopol

Vierteljährlich: Erzeugung von Branntwein, Absatz von Branntwein zu Trinkzwecken und gewerblichen Zwecken.

Jährlich: Brennereien, Brennrechte, verwendete Stoffe, Erzeugung und Absatz von Branntwein, Ein- und Ausfuhr von Branntwein und Branntweinerzeugnissen, Ausfuhr von Branntwein und Branntweinerzeugnissen gegen Ausfuhrvergütung, Einnahmen aus dem Branntweinmonopol, Branntweinabsatz der Monopolverwaltungen an Trinkbranntweinhersteller nach Größenklassen.

V. Schaumweinsteuer

Vierteljährlich: Herstellungsbetriebe; versteuerter und steuerfreier Absatz nach Flaschengrößen; Steuersollbeträge (jeweils für Schaumwein und schaumweinähnliche Getränke).

Jährlich: Absatz von Schaumwein nach Absatzgrößenklassen.

VI. Zuckersteuer

Vierteljährlich: Versteuerter und steuerfrei ausgeführter Zucker, Steuersollbeträge.

Jährlich: Steuerfrei abgegebener Zucker; Steuervergütung für ausgeführte oder in ein Zollgutlager aufgenommene zuckerhaltige Waren, Betrag der Vergütung.

VII. Salzsteuer (jährlich)

Herstellungsbetriebe; Versteuerung, steuerfreie Ausfuhr nach Salzarten; Steuersollbeträge. Steuerfrei abgelassene Salzmenen nach Salzarten, Vergällungsmitteln und Verwendungszwecken. Zahl der Zwischenlager und Erlaubnisscheine.

VIII. Leuchtmittelsteuer (jährlich)

Herstellungsbetriebe nach Leuchtmittelarten; Bestände an Leuchtmitteln, Versteuerung von steuerpflichtigen Leuchtmitteln sowie steuerfreie Ausfuhr und Lieferung an ausländische Streitkräfte nach Erzeugnisarten; Steuersollbeträge und Pauschalerstattungen.

IX. Zündwarensteuer (jährlich)

Herstellungsbetriebe; versteuerte Inlandserzeugung sowie Einfuhr, unversteuertes Absatz von Zündwaren nach Arten; Bestände; Steuersollbeträge.

X. Spielkartensteuer (jährlich)

Herstellungsbetriebe; hergestellte Spiele, versteuertes Inlandsabsatz und versteuerte Einfuhr, unversteuerte Ausfuhr nach Art der Spiele; Steuersollbeträge.

XI. Essigsäuresteuer (jährlich)

Herstellungsbetriebe nach Art der bei der Erzeugung von Essigsäure verwendeten Rohstoffe; Absatz von versteuertes sowie von vergällter und nichtvergällter steuerfreier Essigsäure; steuerfreie Ausfuhr; Steuersollbeträge.

Veröffentlichungen:

Über alle Verbrauchsteuern:

WiSta 63/8; 64/6.

Fachserie L, Reihe 8 (unregelmäßig).

Außerdem:

WiSta 63/8, 8*; 64/6, 6* (Tabakgewerbe);

WiSta 63/8; 64/7 (Brauergewerbe);

WiSta 63/5; 64/4, 4*; 66/5 (Schaumweinwirtschaft);

WiSta* (monatlich bzw. vierteljährlich): Versteuerung von Tabakwaren, Schaumwein, Zucker, Mineralöl; Bierausstoß, Erzeugung und Absatz von Branntwein.

Tabaksteuer: Fachserie L, Reihe 8/I (monatlich, jährlich).

Biersteuer: Fachserie L, Reihe 8/II (monatlich, jährlich).

Mineralölsteuer: Fachserie L, Reihe 8/III (vierteljährlich nach Monaten, jährlich).

Branntweinmonopol: Fachserie L, Reihe 8/IV (jährlich).

Schaumweinsteuer: Fachserie L, Reihe 8/V (vierteljährlich).

Kleinere Verbrauchsteuern (Zucker, Salz, Leuchtmittel, Zündwaren, Spielkarten, Essigsäure): Fachserie L, Reihe 8/VI (jährlich).

9. Realsteuervergleich

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Finanzstatistik vom 8. Juni 1960 (BGBl. I S. 322). Abdruck S. 265.

Periodizität:

Jährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Gemeinden (rund 25 000 Gebietskörperschaften).

Berichtsweg:
Befragte — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:
Ist-Aufkommen an Realsteuern, Grundbeträge und gewogene Durchschnittshebesätze der Gemeinden sowie Streuung der effektiven Realsteuerhebesätze nach Ländern und Gemeindegrößenklassen.

Veröffentlichungen:
Fachserie L, Reihe 9/I (jährlich).

Bemerkungen:
Angaben über die Realsteuerkraft der einzelnen kreisfreien Städte und der nach einzelnen Landkreisen zusammengefaßten kreisangehörigen Gemeinden werden im StBA zur Auskunftserteilung bereitgehalten.

10. Gewerbesteuerstatistik

Rechtsgrundlage:
Für 1958: Gesetz über eine Gewerbesteuerstatistik für das Kalenderjahr 1958 vom 23. Dezember 1960 (BGBl. I S. 1071). Abdruck S. 271.
Für 1966: In Vorbereitung (Steuerstatistisches Gesetz).

Periodizität:
Zuletzt für 1958 durchgeführt. Gemäß dem in Vorbereitung befindlichen »Steuerstatistisches Gesetz« ist die nächste Statistik für 1966 vorgesehen; Wiederholungen sollen im vierjährlichen Turnus erfolgen.

Kreis der Befragten:
I. Gewerbesteuerhauptstatistik
Die Statistik wird an Hand von Durchschriften der Gewerbesteuermeßbescheide durchgeführt, die den StLÄ von den Finanzämtern zur Verfügung gestellt werden.

II. Gewerbesteuermeßbetragstatistik
Die Statistik wird an Hand von Durchschriften der Zerlegungsbescheide durchgeführt, die den StLÄ von den Finanzämtern zur Verfügung gestellt werden.

III. Lohnsummensteuerstatistik
Die Statistik wird an Hand von Lohnsummensteuernachweisungen durchgeführt, die den StLÄ von den Gemeinden übersandt werden.

Berichtsweg:
Zu I.: Finanzämter — StLÄ — StBA.
Zu II.: Finanzämter — StLÄ — StBA.
Zu III.: Gemeinden — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:
Für 1958:
Zu I.: Steuerpflichtige, Besteuerungsgrundlagen (Berechnung des Gewerbeertrags sowie des Gewerkekapitals unter Aufführung der gewerbesteuerlichen

Hinzurechnungen und Kürzungen), Steuermeßbeträge nach dem Ertrag und nach dem Kapital und einheitlicher Steuermeßbetrag. Jeweils für natürliche Personen und Personengesellschaften sowie für juristische Personen, nichtrechtsfähige Vereine und ähnliche Steuerpflichtige, gegliedert nach Gewerbeertrags- und Gewerkekapitalgruppen.

Zu II.: Steuerpflichtige Unternehmen (ohne Berücksichtigung der Zerlegung) insgesamt, Steuermeßbetrag nach dem Gewerbeertrag und dem Gewerkekapital, einheitlicher Steuermeßbetrag; zu berücksichtigende Zerlegungsanteile; einheitlicher Steuermeßbetrag nach Zerlegung; Hebesatz; Steuersoll.
Jeweils gesondert für natürliche Personen und Personengesellschaften sowie für juristische Personen, nichtrechtsfähige Vereine und ähnliche Steuerpflichtige.

Zu III.: Steuerfälle, Lohnsumme, steuerpflichtige Lohnsumme, Steuermeßbetrag, Lohnsummensteuer für natürliche Personen und Personengesellschaften sowie für juristische Personen, nichtrechtsfähige Vereine und ähnliche Steuerpflichtige, gegliedert nach Lohnsummengruppen.

(Fachliche Gliederung nach dem »Systematischen Verzeichnis der Unternehmen für die Steuerstatistiken«, siehe auch Übersicht im Anhang S. 292.)

Für 1966 vorgesehen:
Zu I.: Steuerpflichtige, Besteuerungsgrundlagen, Steuermeßbeträge (wie 1958). Gliederung jeweils für Einzelgewerbetreibende, Personengesellschaften, Aktiengesellschaften sowie für alle übrigen juristischen Personen und ähnliche Steuerpflichtige nach Gewerbeertrags- und Gewerkekapitalgruppen.

Zu II.: Steuerpflichtige Unternehmen (ohne Berücksichtigung der Zerlegung), einheitlicher Steuermeßbetrag, zu berücksichtigende Zerlegungsanteile, einheitlicher Steuermeßbetrag nach Zerlegung, Hebesatz und Steuersoll.

Zu III.: Steuerfälle, Lohnsumme, steuerpflichtige Lohnsumme, Steuermeßbetrag, Hebesatz, Lohnsummensteuer für natürliche Personen und Personengesellschaften sowie für juristische Personen, nichtrechtsfähige Vereine und ähnliche Steuerpflichtige, gegliedert nach Lohnsummengruppen.

(Fachliche Gliederung nach der »Systematik der Wirtschaftszweige — Ausgabe 1961«, siehe auch Übersicht im Anhang S. 292 und Auszug aus der Systematik S. 294.)

Veröffentlichungen:
WiSta 62/9, 9*; 63/5.
Fachserie L, Reihe 9/II (unregelmäßig).

Bemerkungen:
Im Saarland wurde die Statistik für 1958 nicht durchgeführt.

XII. Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen

A. Preise

1. Statistik der Erzeuger- und Großhandelsverkaufspreise

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Preisstatistik vom 9. August 1958 (BGBl. I S. 605). Abdruck S. 273. Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Preisstatistik vom 29. Mai 1959 (Bundesanzeiger Nr. 104 S. 1). Abdruck S. 275. Vierte Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Preisstatistik vom 9. März 1964 (Bundesanzeiger Nr. 51 S. 1). Abdruck S. 276.

Periodizität:

Erhebung und Aufbereitung grundsätzlich monatlich, bei saisonempfindlichen Waren in kürzeren Zeitabständen.

Kreis der Befragten:

Ausgewählte Betriebe, Genossenschaften, Preisnotierungskommissionen, Marktverwaltungen (rund 4 800 Auskunftspflichtige für das Gebiet der Erzeugerpreisstatistik und rund 650 Firmen zur Meldung von Großhandelsverkaufspreisen).

Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Erzeugerabsatz- bzw. Großhandelseinkaufspreise für 102 land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse sowie für rund 1900 industrielle Rohstoffe, Halb- und Fertigwaren.

Verkaufspreise des Großhandels für rund 800 Waren.

Veröffentlichungen:

WiSta * (monatlich).
Fachserie M, Reihe 3 (monatlich, jährlich),
Reihe 4 (monatlich).

Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte

Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 327.

Veröffentlichungen:

WiSta 65/2 (M).
WiSta (monatlich).
WiSta* (monatlich).
Fachserie M, Reihe 3 (monatlich, jährlich).

Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte

Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 327.

Veröffentlichungen:

WiSta 65/5 (M).
WiSta (monatlich).
WiSta* (monatlich).
Fachserie M, Reihe 4 (monatlich, jährlich).

Index der Erzeugerpreise für Schnittblumen und Topfpflanzen

Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 327.

Veröffentlichungen:

WiSta 66/2 (M).
WiSta (jährlich).
Fachserie M, Reihe 4 (monatlich, jährlich).

Index der Erzeugerpreise forstwirtschaftlicher Produkte

Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 327.

Veröffentlichungen:

WiSta 66/5 (M).
WiSta (monatlich).
WiSta * (monatlich).
Fachserie M, Reihe 4 (monatlich, jährlich).

Preisindex ausgewählter Grundstoffe

Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 327.

Veröffentlichungen:

WiSta 62/12 (M).
WiSta (monatlich).
WiSta* (monatlich).
Fachserie M, Reihe 2 (monatlich, jährlich).

Index der Verkaufspreise des Großhandels

Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 327.

Veröffentlichungen:

WiSta 62/10 (M).
WiSta (monatlich).
WiSta* (monatlich).
Fachserie M, Reihe 8 (monatlich, jährlich).

Bemerkungen:

Indexberechnungen sind vorgesehen (bisher nur Meßzahlen).

2. Statistik der Einkaufspreise der Landwirtschaft

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Preisstatistik vom 9. August 1958 (BGBl. I S. 605). Abdruck S. 273. Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Preisstatistik vom 29. Mai 1959 (Bundesanzeiger Nr. 104 S. 1). Abdruck S. 275.

Periodizität:

Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Genossenschaften, Einzelhandelsgeschäfte, Handwerksbetriebe und Innungen (zur Zeit rund 1800 Befragte).

Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Einkaufspreise für 102 landwirtschaftliche Betriebsmittel und Dienstleistungen.

Veröffentlichungen:

Fachserie M, Reihe 4 (monatlich).

Bemerkungen:

Die Erhebung wird in Hamburg, Bremen und Berlin nicht durchgeführt.

Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel

Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 327.

Veröffentlichungen:

WiSta 65/5 (M).
WiSta (monatlich).
WiSta* (monatlich).
Fachserie M, Reihe 4 (monatlich, jährlich).

3. Statistik der Ein- und Ausfuhrpreise

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Preisstatistik vom 9. August 1958 (BGBl. I S. 605). Abdruck S. 327.

Periodizität:

Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:
Zur Zeit rund 2850 importierende bzw. exportierende Firmen.

Berichtsweg:
Befragte — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:
4300 Einfuhrpreisreihen und 4800 Ausfuhrpreisreihen für Ernährungsgüter und gewerbliche Rohstoffe, Halb- und Fertigwaren.

Veröffentlichungen:
WiSta* (monatlich).
Fachserie M, Reihe 1 (monatlich, jährlich).

Index der Einkaufspreise für Auslandsgüter
Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 327.

Veröffentlichungen:
WiSta 62/10 (M).
WiSta (monatlich).
WiSta* (monatlich).
Fachserie M, Reihe 1 (monatlich, jährlich).

Index der Verkaufspreise für Ausfuhr Güter
Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 327.

Veröffentlichungen:
WiSta 62/10 (M).
WiSta (monatlich).
WiSta* (monatlich).
Fachserie M, Reihe 1 (monatlich, jährlich).

4. Statistik der Baulandpreise

Rechtsgrundlage:
Gesetz über die Preisstatistik vom 9. August 1958 (BGBl. I S. 605). Abdruck S. 273.

Periodizität:
Monatliche Erhebung, vierteljährliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten:
482 berichtende Finanzämter.

Berichtsweg:
Befragte — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:
Durchschnittspreise nach Art, Lage und Größe des Grundstücks sowie nach Art des Baugebietes, nach der Person des Veräußerers und Erwerbers sowie des Verwandtschaftsverhältnisses.

Veröffentlichungen:
WiSta 62/8 (M), 11; 64/12.
WiSta* (vierteljährlich).
Fachserie M, Reihe 5/II (vierteljährlich, jährlich).

5. Statistik der Baupreise

Rechtsgrundlage:
Gesetz über die Preisstatistik vom 9. August 1958 (BGBl. I S. 605). Abdruck S. 273. Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Preisstatistik vom 29. Mai 1959 (Bundesanzeiger Nr. 104 S. 1). Abdruck S. 275.

Periodizität:
Vierteljährliche Erhebung (Mitte Februar, Mai, August, November) und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:
Zur Zeit rund 4000 ausgewählte Betriebe der Bauindustrie, des Baugewerbes und des Bauhandwerks.

Berichtsweg:
Befragte — StLÄ — StBA (zentrale Aufbereitung).

Dargestellte Tatbestände:

Meßziffern für Bauleistungspreise
Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 327.

Veröffentlichungen:
WiSta 61/6 (M).
WiSta* (vierteljährlich).
Fachserie M, Reihe 5/T mit Vorberichten (vierteljährlich).

Preisindices für Bauwerke (Wohngebäude, Nichtwohngebäude, Straßenbau)

Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 327.

Veröffentlichungen:
WiSta 59/11 (M); 62/7 (M).
WiSta (monatlich).
WiSta* (vierteljährlich).
Fachserie M, Reihe 5/T mit Vorberichten (vierteljährlich).

6. Statistik der Verbraucherpreise

Rechtsgrundlage:
Gesetz über die Preisstatistik vom 9. August 1958 (BGBl. I S. 605). Abdruck S. 273. Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Preisstatistik vom 29. Mai 1959 (Bundesanzeiger Nr. 104 S. 1). Abdruck S. 275. Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Preisstatistik vom 19. August 1960 (Bundesanzeiger Nr. 160 S. 1). Abdruck S. 276.

Periodizität:
Monatliche Erhebung und Aufbereitung (für einige ausgewählte Waren wöchentlich).

Kreis der Befragten:
Ausgewählte Betriebe des Einzelhandels, des Handwerks, des Beherbergungs- und Gaststättengewerbes, der öffentlichen Versorgung; Inhaber von Mietwohnungen, zum Teil auch Vermieter, in 116 Gemeinden (insgesamt rund 25 000 Befragte).

Berichtsweg:
Befragte — Gemeinden — StLÄ — StBA.
Feststellung der Preise in den Berichtsstellen durch Ermittler. Für Markenartikel und dergleichen auch direkte Preiserhebung durch StBA.

Dargestellte Tatbestände:
Verbraucherpreise für rund 700 Waren und Leistungen (von denen rund 520 veröffentlicht werden).

Veröffentlichungen:
WiSta* (monatlich).
Fachserie M, Reihe 6 (wöchentlich, monatlich, jährlich).

Index der Einzelhandelspreise
Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 327.

Veröffentlichungen:
WiSta 52/9 (M).
WiSta (monatlich).
WiSta* (monatlich).
Fachserie M, Reihe 6 (monatlich, jährlich).

Preisindices für die Lebenshaltung

(Fachliche Gliederung nach dem »Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch«, siehe auch Übersicht im Anhang S. 292 und Auszug aus der Systematik S. 308.)

a) Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes (4-Personen-Haushalte)

Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 327.

Veröffentlichungen:
WiSta 64/8 (M).
WiSta (monatlich).
WiSta* (monatlich).
Fachserie M, Reihe 6 (monatlich, jährlich).

b) Haushalte von Renten- und Sozialhilfempfangern (2-Personen-Haushalte)

Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 327.

Veröffentlichungen:
WiSta 65/3 (M).
WiSta (monatlich).
WiSta* (monatlich).
Fachserie M, Reihe 6 (monatlich, jährlich).

c) Einfache Lebenshaltung eines Kindes
Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 327.

Veröffentlichungen:

WiSta 62/3 (M).
WiSta (monatlich).
WiSta* (monatlich).
Fachserie M, Reihe 6 (monatlich, jährlich).

7. Statistik der Preise für Leistungen im Beherbergungs- und Gaststättengewerbe

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Preisstatistik vom 9. August 1958
(BGBl. I S. 605). Abdruck S. 273.

Periodizität:

Monatliche und jeweils für August jährliche Erhebung
und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Monatlich: Rund 210 Betriebe in 11 ausgewählten Groß-
städten.

Jährlich: Rund 2500 Betriebe in 108 ausgewählten Ge-
meinden (Großstädte, Seebäder, sonstige Badeorte,
Luftkurorte, andere Fremdenverkehrsgemeinden, Ge-
meinden ohne besondere Bedeutung für den Fremden-
verkehr).

Berichtsweg:

Befragte — (teilweise auch Gemeinden) — StLA —
StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Monatlich: Preise für 18 Leistungen (Übernachtung,
Speisen, Getränke).

Jährlich: Preise für 20 Leistungen (Übernachtung, Spei-
sen, Getränke).

Veröffentlichungen:

WiSta 59/12 (M); 60/4 (M); 62/4, 6; 63/7; 64/6; 65/11.
Fachserie M, Reihe 6 (monatlich, jährlich).

8. Statistik der Verkehrspreise

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Preisstatistik vom 9. August 1958
(BGBl. I S. 605). Abdruck S. 273.

Periodizität:

Die Erfassung erfolgt je nach Verkehrsart täglich,
monatlich oder vierteljährlich.

Kreis der Befragten:

Siehe unter »Berichtsweg«.

Berichtsweg:

Die Zusammenstellung der Ergebnisse erfolgt im Sta-
tistischen Bundesamt unter Verwendung von Unter-
lagen der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn,
der Bundesministerien für Verkehr sowie für Post- und
Fernmeldewesen, von Reedereien und Luftverkehrs-
gesellschaften bzw. durch unmittelbare Auswertung von
Fachzeitschriften.

Dargestellte Tatbestände:

Eisenbahntarife im Personenverkehr für In- und Aus-
land, im Güterverkehr für Inland; Frachtraten der
deutschen Binnenschifffahrt und der Trampschifffahrt im
Seeverkehr; Luftverkehrspreise im Personen- und
Güterverkehr (insgesamt etwa 1600 Preisreihen). Ferner
Post- und Fernmeldegebühren (für Briefe, Pakete,
Zeitungen, Ferngespräche, Telegramme, Fernschreib-
gebühren, Postgebühren im Zahlungsverkehr sowie
Gebühren für Personenbeförderungen im Kraftpost-
dienst).

Veröffentlichungen:

(Veröffentlicht wird nur eine Auswahl von Verkehrspreisen).
Fachserie M, Reihe 7 (vierteljährlich).

Indices der Seefrachtraten

Monatliche Berechnung deutscher Seefrachtenindices im
Bundesministerium für Verkehr/Abteilung Seeverkehr,
und zwar

I. Linienfahrt:

Basis: 2. Halbjahr 1954 = 100

Gliederung: Art der Verladung (Stückgut, Massengut)
Einbezogene Erzeugnisse und Preisreihen: Rund 990
Reihen für rund 150 Erzeugnisse

Gewichtung: Frachtwerte des Jahres 1954, verkettet mit
Frachtwerten des Jahres 1958.

II. Trampfahrt:

Basis: 2. Halbjahr 1954 = 100

Gliederung: Warenart (8 ausgewählte Massengüter)

Einbezogene Erzeugnisse und Preisreihen: 34 Reihen
für 8 Erzeugnisse

Gewichtung: Frachtwerte des Jahres 1954, verkettet mit
Frachtwerten des Jahres 1960.

III. Tankerfahrt:

Basis: Scale-Ratensystem = 100

Gliederung: Tankerraten (Reisen) für Rohölimporte

Einbezogene Erzeugnisse und Preisreihen: rund 20 Rei-
hen für 1 Erzeugnis

Gewichtung: ungewogenes Mittel.

Veröffentlichungen:

WiSta (monatlich).
Fachserie M, Reihe 7 (vierteljährlich).
IntMon.

Preisindices der Inlandspostgebühren

Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 327.

Veröffentlichungen:

Fachserie M, Reihe 7 (vierteljährlich).

B. Löhne und Gehälter

(Angaben über Streiks und Aussperrungen
siehe unter Erwerbstätigkeit, S. 53, lfd. Nr. I B 4.)

1. Laufende Verdienststatistiken

a) Verdiensterhebung in der Landwirtschaft

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Lohnstatistik vom 18. Mai 1956 (BGBl. I
S. 429). Abdruck S. 276.

Periodizität:

Jährliche Erhebung für September und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Etwa 6% (rund 8100) der landwirtschaftlichen Betriebe
mit 20 und mehr ha landwirtschaftlicher Nutzfläche.
Die Betriebe sind so ausgewählt, daß die Erhebung
etwa 10% aller landwirtschaftlichen Arbeiter der er-
faßten Arbeitergruppen einbezieht (siehe auch Über-
sicht im Anhang S. 323).

Berichtsweg:

Befragte — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Brutto-Barverdienste der in die Hausgemeinschaft auf-
genommenen familienfremden Arbeitskräfte im Monats-
lohn, gegliedert nach Geschlecht und 2 Betriebsgrößen-
klassen sowie 2 Arbeitergruppen.

Brutto-Barverdienste und bezahlte Stunden der nicht
in die Hausgemeinschaft aufgenommenen männlichen
Arbeitskräfte im Stundenlohn (nur für Betriebe der
Betriebsgrößenklasse von 50 und mehr ha landwirt-
schaftlicher Nutzfläche), gegliedert nach 3 Arbeiter-
gruppen.

(Fachliche Gliederung nach der »Systematik der Wirt-
schaftszweige — Ausgabe 1961«, siehe auch Übersicht
im Anhang S. 292 und Auszug aus der Systematik
S. 294.)

Veröffentlichungen:

WiSta 63/1; 64/1; 65/2 (M); 66/1.
Fachserie M, Reihe 14 (jährlich).

Bemerkungen:

Die Erhebung wird in Hamburg, Bremen, im Saarland und in Berlin nicht durchgeführt.

b) Verdiensterhebung in Industrie und Handel

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 1 a.

Periodizität:

Vierteljährliche Erhebung und Aufbereitung, jeweils für den ersten Monat des Quartals.

Kreis der Befragten:

Ausgewählte Betriebe der Industrie und des Handels sowie des Geld- und Versicherungswesens mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (im Baugewerbe, Handel, Geld- und Versicherungswesen mit 5 und mehr Beschäftigten, im Bergbau sämtliche Betriebe).

Erfaßt werden Arbeiter und Angestellte in den Abteilungen 1 bis 3 sowie die Angestellten in den Abteilungen 4 und 6 (entsprechend der »Systematik der Wirtschaftszweige — Ausgabe 1961«, siehe auch Übersicht im Anhang S. 292 und Auszug aus der Systematik S. 294). Die Auswahlquote beträgt im allgemeinen in allen Wirtschaftsabteilungen etwa 11 %, das sind rund 27 200 Betriebe dieser Größenklasse, für den Bergbau jedoch 100 % (siehe auch Übersicht im Anhang S. 323).

Berichtsweg:

Siehe lfd. Nr. 1 a.

Dargestellte Tatbestände:

Durchschnittliche Bruttowochen- und Bruttostundenverdienste, durchschnittlich bezahlte Wochenstunden und durchschnittlich geleistete Wochenarbeitszeit (darunter Mehrarbeitsstunden) der Arbeiter nach Wirtschaftszweigen, Leistungsgruppen und Geschlecht.

Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der Angestellten nach Wirtschaftszweigen, Beschäftigungsarten, Leistungsgruppen und Geschlecht.

Veröffentlichungen:

WiSta 64/12 (M).
WiSta (vierteljährlich).
WiSta* (vierteljährlich).
Fachserie M, Reihe 15/I (vierteljährlich) mit Eilbericht,
Reihe 15/II (vierteljährlich) mit Eilbericht.

Index der durchschnittlich bezahlten Wochenstunden und der durchschnittlichen Bruttostunden- und -wochenverdienste der Arbeiter in der Industrie

Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 327.

Veröffentlichungen:

WiSta 59/4 (M); 61/12 (M); 66/1 (M).
WiSta* (vierteljährlich).
Fachserie M, Reihe 15/I (vierteljährlich).

Index der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Industrie und Handel

Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 327.

Veröffentlichungen:

WiSta 62/2 (M); 66/1 (M).
WiSta* (vierteljährlich).
Fachserie M, Reihe 15/II (vierteljährlich).

c) Verdiensterhebung im Handwerk

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 1 a.

Periodizität:

Halbjährliche Erhebung (Mai und November) und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Etwa 13,5 % (rund 23 800) der Handwerksbetriebe mit 3 und mehr Beschäftigten in ausgewählten Handwerkszweigen (siehe auch Übersicht im Anhang S. 323).

Berichtsweg:

Siehe lfd. Nr. 1 a.

Dargestellte Tatbestände:

Durchschnittliche Bruttostunden- und Bruttowochenverdienste der männlichen Gesellen und der übrigen männlichen Arbeiter (bei der Herrenschneiderei der männlichen und weiblichen, bei der Damenschneiderei nur der weiblichen Arbeiter), durchschnittlich bezahlte Wochenstunden und durchschnittlich geleistete Wochenarbeitszeit (darunter Mehrarbeitsstunden).

Gliederung jeweils nach Vollgesellen, Junggesellen und übrigen Arbeitern, bei der Herrenschneiderei auch nach dem Geschlecht.

(Fachliche Gliederung nach dem »Verzeichnis der handwerklichen Tätigkeiten«, siehe auch Übersicht im Anhang S. 292.)

Veröffentlichungen:

WiSta 58/10 (M); 62/4, 10; 63/4, 4*, 10, 10*; 64/4, 4*, 10, 10*; 65/4, 4*, 9, 9*; 66/3, 3*.
Fachserie M, Reihe 16 (halbjährlich).

2. Erhebungen über die Aufwendungen der Arbeitgeber für Löhne und Lohnnebenkosten

Rechtsgrundlage:

EWG-Verordnung Nr. 151 zur Durchführung von drei Lohnerhebungen im verarbeitenden Gewerbe vom 13. Dezember 1962 (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. 133 S. 2841). Abdruck S. 281.

Periodizität:

Bisher zwei Erhebungszyklen in jeweils dreijährigen Abständen, zuletzt für die Jahre 1962 bis 1964 durchgeführt.

Die in dreijährigen Abständen beabsichtigten Wiederholungen sollen künftig für alle ausgewählten Wirtschaftszweige gleichzeitig durchgeführt werden.

Kreis der Befragten:

Unternehmen mit mindestens 50 Beschäftigten, und zwar

für 1962: in 15 ausgewählten Industriezweigen (rund 3900 Unternehmen);

für 1963: in 8 weiteren ausgewählten Industriezweigen (rund 2000 Unternehmen);

für 1964: in 13 weiteren ausgewählten Industriezweigen (rund 4300 Unternehmen).

Die Auswahl der Industriezweige erfolgt nach der »Systematik der Zweige des Produzierenden Gewerbes in den Europäischen Gemeinschaften [NICE]« (siehe auch Auszug aus der Systematik S. 300).

Berichtsweg:

Befragte — StLA — StBA (Zusammenstellung des Bundesergebnisses) — Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften.

Dargestellte Tatbestände:

Arbeiter und Angestellte nach Geschlecht; Personalkosten; Personalnebenkosten insgesamt und nach Art der Aufwendungen (gesetzliche, tarifliche, zusätzliche); geleistete Arbeitsstunden der Arbeiter in der Gliederung nach Industriezweigen sowie Betriebs- bzw. Unternehmensgrößenklassen nach der Zahl der Beschäftigten.

Veröffentlichungen:

WiSta 62/4, 6; 63/2, 8, 11, 11*; 64/6, 6*, 9, 9*; 65/6, 6*, 7, 7*.
Fachserie M, Reihe 15/Sonderbeiträge.

Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften:
Sozialstatistik — 1961 — Nr. 3; 1963 — Nr. 1; 1964 — Nr. 2; 1964 — Nr. 5.

Bemerkungen:

Im Jahre 1967 wird für das Jahr 1966 eine Lohnerhebung als Ergänzung der vorstehend dargestellten Erhebungen bei den Unternehmen aller Industriezweige mit mindestens 50 Beschäftigten im Stichprobenverfahren durchgeführt. Hierzu wurde die EWG-Verordnung Nr. 101/66 vom 14. Juli 1966 erlassen.

Ferner wird im Jahre 1968 für das Jahr 1967 eine Lohn-erhebung bei Unternehmen des gewerblichen Güter- und Personenkraftverkehrs mit mindestens 5 Beschäftigten im Stichprobenverfahren durchgeführt. Hierzu wurde die EWG-Verordnung Nr. 100/66 vom 14. Juli 1966 erlassen.

3. Gehalts- und Lohnstrukturhebungen

a) Gehalts- und Lohnstrukturhebung in der Landwirtschaft

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Lohnstatistik vom 18. Mai 1956 (BGBl. I S. 429). Abdruck S. 276. Für die Erhebung 1962: Zweite Verordnung über die Durchführung einer Sondererhebung zur Lohnstatistik vom 8. August 1961 (Bundesanzeiger Nr. 153 S. 1). Abdruck S. 279.

Periodizität:

In unregelmäßigen Abständen, zuletzt für 1962 durchgeführt, und zwar
(für Betriebe mit 50 und mehr ha landwirtschaftlicher Nutzfläche): für Februar 1962 bis Januar 1963 monatliche Angaben über Stundenlöhner; für einen Monat des Erhebungsjahres (August oder September, alternierend) Angaben über Monatslöhner und Angestellte.
(für Betriebe mit 20 bis unter 50 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche): für einen Monat des Erhebungsjahres (August oder September, alternierend) Angaben über Land- und Hilfsarbeiter im Monatslohn.

Kreis der Befragten:

Etwa 30% der landwirtschaftlichen Betriebe mit 50 und mehr ha landwirtschaftlicher Nutzfläche und etwa 15% der Betriebe mit 20 bis unter 50 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche (siehe auch Übersicht im Anhang S. 323).

Erfaßt wurden alle vollbeschäftigten, über 14 Jahre alten familienfremden Arbeitskräfte mit rein landwirtschaftlicher Tätigkeit.

Berichtsweg:

Befragte — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Arbeitergruppen und Angestellte (Inspektoren und Verwalter) nach Geschlecht, Familienstand, Kinderzahl, Altersgruppen.

Monatslöhner und Angestellte: Gesamtbruttomonatsverdienste in ihrer Zusammensetzung sowie nach Familienstand und Kinderzahl; Verteilung auf Gesamtbruttomonatsverdienstsklassen.

Stundenlöhner: Im Jahr bezahlte Stunden und Gesamtbruttoverdienste in ihrer Zusammensetzung sowie nach Familienstand und Kinderzahl; Verteilung auf Jahresarbeitszeitklassen, Gesamtbruttोजahres- und -stundenverdienstsklassen.

Veröffentlichungen:

WiSta 63/11 (M), 12.
Fachserie M, Reihe 17/II (unregelmäßig).

Bemerkungen:

Die Erhebung wurde in Hamburg, Bremen und Berlin nicht durchgeführt.

b) Lohnstrukturhebung in der Forstwirtschaft

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 3a.

Periodizität:

In unregelmäßigen Abständen, zuletzt für das Forstwirtschaftsjahr 1962 (1. Oktober 1961 bis 30. September 1962) durchgeführt.

Kreis der Befragten:

Staatliche und kommunale Forstbetriebe mit 100 und mehr ha Waldfläche.

Erfaßt wurden etwa 25% der über 20 Jahre alten ständig beschäftigten Arbeiter; einbezogen waren alle Arbeiter, deren Familiennamen mit einem der folgenden Buchstaben beginnen: D, G, L, R, T, W (siehe auch Übersicht im Anhang S. 323).

Berichtsweg:

Siehe lfd. Nr. 3a.

Dargestellte Tatbestände:

Arbeitergruppen (Haumeister, Waldfacharbeiter, sonstige Waldarbeiter) in staatlichen und kommunalen Forstbetrieben nach Altersgruppen, Familienstand, Kinderzahl. Im Jahr bezahlte Stunden, Bruttोजahres- und -stundenverdienste in ihrer Zusammensetzung sowie nach Familienstand und Kinderzahl; Verteilung auf Jahresarbeitszeitklassen, Bruttोजahres- und -stundenverdienstsklassen.

Veröffentlichungen:

WiSta 63/8 (M).
Fachserie M, Reihe 17/III (unregelmäßig).

Bemerkungen:

Siehe lfd. Nr. 3a.

c) Lohnstrukturhebung im Erwerbsgartenbau

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 3a.

Periodizität:

Erstmalig für Mai 1962 durchgeführt.

Kreis der Befragten:

Etwa 50% der Gartenbaubetriebe mit Schwergewicht in der Erzeugung von Gemüse, Obst und anderen Gartenbauerzeugnissen.

Erfaßt wurden die im Erhebungsmonat vollbeschäftigten, über 14 Jahre alten familienfremden Arbeitskräfte ohne die nichtgärtnerischen Fachkräfte (siehe auch Übersicht im Anhang S. 323).

Berichtsweg:

Siehe lfd. Nr. 3a.

Dargestellte Tatbestände:

Beschäftigtengruppen (Gärtnermeister, Obergärtner, Gehilfen, angelernte und ungelernte Arbeiter) nach Entlohnungsform (Stundenlöhner, Monatslöhner, Angestellte), Geschlecht, Familienstand, Kinderzahl, Altersgruppen.

Gesamtbruttomonatsverdienste in ihrer Zusammensetzung sowie nach Familienstand und Kinderzahl, für Stundenlöhner auch Gesamtbruttostundenverdienste und bezahlte Stunden. Verteilung auf Gesamtbruttostunden- und -monatsverdienstsklassen. Teilweise Gliederung nach Hauptproduktionssparten.

Veröffentlichungen:

WiSta 63/4 (M).
Fachserie M, Reihe 17/IV (unregelmäßig).

d) Gehalts- und Lohnstrukturhebung in der gewerblichen Wirtschaft und im Dienstleistungsbereich

Rechtsgrundlage:

Für die Erhebung 1962: Siehe lfd. Nr. 3a. Für die Erhebung 1966: Dritte Verordnung über die Durchführung einer Sondererhebung zur Lohnstatistik vom 20. Mai 1966 (Bundesanzeiger Nr. 98 S. 1). Abdruck S. 280. Für eine vom Rat der EWG in allen Mitgliedstaaten angeordnete Lohnstrukturhebung 1966, deren Anforderungen durch die genannte Bundesstatistik erfüllt werden: EWG-Verordnung Nr. 188/64 zur Durchführung einer Erhebung über Struktur und Verteilung der Löhne in Industrie und Handwerk vom 12. Dezember 1964 (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. 214 S. 3634). Abdruck S. 283.

Periodizität:

In etwa drei- bis fünfjährigen Abständen, zuletzt für Oktober 1962 durchgeführt.

Neue Erhebung für Oktober 1966 vorgesehen (das Programm dieser Erhebung ist überwiegend identisch mit dem durch die oben genannte EWG-Rechtsgrundlage festgelegten Programm für eine EWG-Lohnstrukturhebung 1966, so daß mit der Durchführung der nationalen Erhebung gleichzeitig auch den internationalen Bedürfnissen entsprochen wird).

Kreis der Befragten:

Erhebung 1962: Sämtliche Betriebe der gewerblichen Wirtschaft mit 100 und mehr Beschäftigten. Von den Betrieben mit 20 bis 99 Beschäftigten jeder zweite Betrieb. Von den Betrieben mit 10 bis 19 Beschäftigten (in den Wirtschaftsabteilungen 4, 5 und 7 in ausgewählten Gruppen, Untergruppen und Klassen von 5 bzw. 2 Beschäftigten an) jeder siebte Betrieb (ausgewählte Bereiche entsprechend der »Systematik der Wirtschaftszweige — Ausgabe 1961«, siehe auch Übersicht im Anhang S. 292 und Auszug aus der Systematik S. 294).

Erfaßt wurden Arbeiter bzw. Angestellte nur in den Wirtschaftszweigen, in denen sie zahlenmäßig bedeutungsvoll sind. Die Auswahlquote betrug im allgemeinen 15% der Arbeitnehmer, und zwar wurden in den ausgewählten Betrieben bis zu 19 Beschäftigten Angaben für alle Arbeitnehmer erhoben. In den ausgewählten Betrieben von 20 bis 99 Beschäftigten wurden für 30% und in den Betrieben mit 100 und mehr Beschäftigten für 15% der Beschäftigten Angaben erfragt (siehe auch Übersicht im Anhang S. 324).

Erhebung 1966: Die Erhebung soll nach dem Stichprobenverfahren zweistufig durchgeführt werden, und zwar sollen nach der 1. Stufe sämtliche Betriebe der gewerblichen Wirtschaft mit 100 und mehr Beschäftigten erfaßt werden; für Betriebe unter 100 Beschäftigten soll eine systematische Auswahl (entsprechend der »Systematik der Wirtschaftszweige — Ausgabe 1961«, siehe auch Übersicht im Anhang S. 292 und Auszug aus der Systematik S. 294) vorgenommen werden. In der 2. Stufe ist vorgesehen, die Arbeitnehmer (Auswahlquote im allgemeinen etwa 15%) nach dem Namensanfang (bestimmter Anfangsbuchstabe) auszuwählen (siehe auch Übersicht im Anhang S. 324).

Berichtsweg:

Siehe lfd. Nr. 3a.

Dargestellte Tatbestände:

Für 1962 und vorgesehen für 1966:

Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste bei Angestellten (durchschnittliche Wochenarbeitszeiten, Bruttostunden- und Bruttowochenverdienste bei Arbeitern), gesetzliche Abzüge vom Bruttoverdienst nach Wirtschaftsbereichen, Betriebsgrößenklassen, Leistungsgruppen, Geschlecht, bei Angestellten außerdem nach Beschäftigungsarten und Altersgruppen, bei Arbeitern nach Lohnformen.

Bruttomonatsverdienste nach Verdienstklassen, Geschlecht und Altersgruppen. Außerdem für Arbeiter: Bruttostundenverdienste nach Verdienstklassen, monatliche Arbeitszeit nach Arbeitszeitklassen.

Ferner für 1962: Effektiver und tariflicher Verdienst der unter eine Tarifregelung fallenden Arbeiter und Angestellten nach Wirtschaftsbereichen und Leistungsgruppen. Betriebe und darin beschäftigte Arbeitnehmer nach 5- bzw. 6-Tage-Woche bzw. abwechselnder 5- und 6-Tage-Woche.

Veröffentlichungen:

WiSta 64/12, 12*, 65/2, 2*, 5, 5*, 6, 6*, 8, 8*.
Fachserie M, Reihe 17/I (unregelmäßig).

4. Statistik der Tariflöhne und -gehälter

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314), § 2 Ziff. 7. Abdruck S. 147.

Periodizität:

Laufende Erfassung der tariflichen Lohn- und Gehaltsätze und halbjährliche Aufbereitung, jeweils nach dem Stand April und Oktober.

Kreis der Befragten:

Siehe unter »Berichtsweg«.

Berichtsweg:

Zusammenstellung im StBA an Hand der vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Tarifregister) und von den Sozialpartnern zur Verfügung gestellten Tarifverträge.

Dargestellte Tatbestände:

Ausgewählte Tarifverträge, Tarifliche Lohnsätze der höchsten und niedrigsten Lohngruppe und ausgewählter dazwischenliegender Lohngruppen in der höchsten tarifmäßigen Altersstufe. Tarifliche Anfangs- und Endgehälter der höchsten und niedrigsten Gehaltsgruppe und ausgewählter dazwischenliegender Gehaltsgruppen. (Jeweils in der höchsten tarifmäßigen Ortsklasse; in den übrigen Ortsklassen nur die am stärksten besetzte Lohn- bzw. Gehaltsgruppe.)

Für Arbeiter und Angestellte: wichtige tarifliche Regelungen (Arbeitszeit, Urlaub, Bezahlung bei Krankheit, Zuschläge für Überstunden u. ä.) nur jährlich, jeweils nach dem Stand April.

Veröffentlichungen:

Fachserie M, Reihe 11/I und II (halbjährlich).

Index der tariflichen Wochenarbeitszeiten und der Tariflöhne und -gehälter in der gewerblichen Wirtschaft sowie bei Gebietskörperschaften

a) Tarifliche Wochenarbeitszeiten der Arbeiter und Angestellten

Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 328.

Veröffentlichungen:

WiSta 60/8 (M); 62/3; 64/12; 65/4.

WiSta * (vierteljährlich).

Fachserie M, Reihe 11/III (vierteljährlich).

b) Tarifliche Stundenlöhne und Wochenlöhne der Arbeiter

Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 328.

Veröffentlichungen:

WiSta (monatlich).

WiSta * (vierteljährlich).

Fachserie M, Reihe 11/III (vierteljährlich).

c) Tarifliche Monatsgehälter der Angestellten

Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 328.

Veröffentlichungen:

WiSta (monatlich).

WiSta * (vierteljährlich).

Fachserie M, Reihe 11/III (vierteljährlich).

Index der Tariflöhne in der Landwirtschaft

Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 328.

Veröffentlichungen:

WiSta (monatlich).

Fachserie M, Reihe 11/III (jährlich).

Gesamtwirtschaftliches Tariflohn- und Gehaltsniveau

Monatliche Berechnung und Zusammenstellungen in der Deutschen Bundesbank.

Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Tariflohn- und Gehaltsniveaus auf Stunden- und Wochenbasis (1958 = 100). Außerdem Zahl der Beschäftigten, für die Tarifierhöhungen in Kraft getreten sind sowie das Ausmaß der jeweiligen Erhöhungen.

Veröffentlichungen:

Deutsche Bundesbank: Monatsberichte (vierteljährlich im Rahmen des Abschnittes »Produktion und Märkte«).

5. Statistik der Vermögensbildung der Arbeitnehmer

Rechtsgrundlage:

Verordnung zur Durchführung einer Erhebung über die Anwendung des Gesetzes zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer vom 22. April 1964 (Bundesanzeiger Nr. 80 S. 1). Abdruck S. 284.

Periodizität:

Einmalig im Jahre 1964 für das Kalenderjahr 1963 und zum Teil für die Kalenderjahre 1961 und 1962 durchgeführt.

Kreis der Befragten:

Höchstens 74 500 ausgewählte Unternehmen nach dem Stichprobenverfahren (siehe auch Übersicht im Anhang S. 325). Erfaßt wurden: Unternehmen ausgewählter Zweige entsprechend der »Systematik der Wirtschaftszweige — Ausgabe 1961«, siehe auch Übersicht im Anhang S. 292 und Auszug aus der Systematik S. 294, mit im allgemeinen 2 und mehr Beschäftigten (von den Unternehmen mit 2 bis 9 Beschäftigten jedes zehnte, von den Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten im allgemeinen jedes dritte Unternehmen).

Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA

Dargestellte Tatbestände:

Zahl der Unternehmen und Beschäftigten; Art des Angebots der vermögenswirksamen Leistungen. Form und Höhe der aufgetragenen vermögenswirksamen Leistungen.

Veröffentlichungen:

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung;
Bundesarbeitsblatt 1965/5.

Bemerkungen:

Angaben über vermögenswirksame Leistungen werden auch im Rahmen der Erhebungen über die Aufwendungen der Arbeitgeber für Löhne und Lohnnebenkosten (siehe lfd. Nr. XII B 2) nachgewiesen, und zwar in WiSta 65/6, 6*.

C. Wirtschaftsrechnungen

1. Laufende Wirtschaftsrechnungen in ausgewählten Haushalten

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte vom 11. Januar 1961 (BGBl. I S. 18). Abdruck S. 285.

Periodizität:

Monatliche Erhebung an Hand laufender Anschreibungen in Haushaltungsbüchern und monatliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Haushaltstyp 1: 150 Zwei-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen (1966 nicht über 450 DM im Monat).

Haushaltstyp 2: 400 städtische Vier-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen (1966 zwischen 750 und 1150 DM im Monat).

Haushaltstyp 3: 450 städtische Vier-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen (1966 zwischen 1750 und 2150 DM im Monat).

Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Vollständiges, monatliches Haushaltsbudget (Einkommen bzw. Einnahmen nach Quellen); Ausgaben der Haushalte nach dem Verwendungszweck (Privater Verbrauch, Übertragungen, Sparen). Ausgaben für den Privaten Verbrauch außerdem nach der Dauerhaftigkeit und dem Wert der Güter. Eingekaufte Mengen ausgewählter Waren je Haushalt und Haushaltsmitglied, durchschnittlich je Mengeneinheit aufgewendete Beträge. Ferner allgemeine Angaben über Wohnverhältnisse, Ausstattung mit langlebigen Gebrauchsgütern und dergleichen.

(Fachliche Gliederung nach dem »Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch — Ausgabe 1963« sowie nach der »Systematik der Einnahmen und Ausgaben der Privaten Haushalte«, siehe auch Übersicht im Anhang S. 292 und Auszüge aus den Systematiken S. 302 ff.)

Veröffentlichungen:

WiSta 62/1, 4, 6, 7, 10; 63/2, 4, 5, 6, 10, 12; 64/4, 5, 9, 10; 65/1, 5, 7, 8 (M); 66/5, 6, 6*, 7, 8, 8*.
WiSta* (monatlich).

Fachserie M, Reihe 13/I (vierteljährlich, jährlich),
Reihe 13/II (jährlich),
Reihe 13/III (vierteljährlich, jährlich),
Reihe 13 Sonderbeiträge (unregelmäßig).

2. Einkommens- und Verbrauchsstichproben

Für die Erhebung 1962/63:

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte vom 11. Januar 1961 (BGBl. I S. 18). Abdruck S. 285.

Periodizität:

In etwa drei- bis fünfjährigen Abständen, erstmalig in Form monatlicher Erhebungen von Mitte 1962 bis Mitte 1963 durchgeführt; Aufbereitung für ein ganzes Jahr.

Kreis der Befragten:

Rund 50 000 Haushalte (etwa 0,3% aller Haushalte), davon etwa 35 000 Haushalte Unselbständiger, gegliedert nach 7 sozialen Gruppen (Beamte, Angestellte, Arbeiter, Rentner, Pensionäre, Unterstützungsempfänger, sonstige Nichterwerbstätige) sowie 15 000 Haushalte Selbständiger, unterteilt in selbständige Landwirte und übrige Selbständige. Die Schichtung erfolgte zusätzlich — soweit möglich — nach 5 Einkommensgruppen (bei Landwirten nach Betriebsgrößenklassen der landwirtschaftlichen Nutzfläche) sowie nach der Zahl der Haushaltsmitglieder (siehe auch Übersicht im Anhang S. 325).

Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA (zentrale Aufbereitung).

Dargestellte Tatbestände:

Einkommen der Haushalte nach Quellen (Erwerbstätigkeit, Rente, Pension, eigenes Vermögen, Vermögensminderung oder -auflösung, Verschuldung u. ä.). Ausgaben der Haushalte nach dem Verwendungszweck sowie nach Dauerhaftigkeit und Wert der erworbenen Güter. Außerdem Ausstattung der Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern, Vermögensformen, Nutzung der Bildungs- und Ausbildungsstätten durch Haushaltsmitglieder; Einkaufsgewohnheiten der Haushalte.

Haushalte nach Größe, Familientyp, Einkommenshöhe sowie sozialer Stellung des Haushaltsvorstandes.

(Fachliche Gliederung nach dem »Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch — Ausgabe 1963« sowie nach der »Systematik der Einnahmen- und Ausgaben der Privaten Haushalte«, siehe auch Übersicht im Anhang S. 292 und Auszüge aus den Systematiken S. 302 ff.)

Veröffentlichungen:

WiSta 61/10 (M); 63/4, 11; 64/3, 4, 4*, 65/8, 8*, 9, 10; 66/2, 4, 6, 7.
Fachserie M, Reihe 18 (unregelmäßig).

3. Statistik über die Einkommenslage der Wohnbevölkerung

(Zusatzerhebung zum Mikrozensus, siehe auch S. 48 lfd. Nr. I A 2b).

Rechtsgrundlage:

Gesetz zur Änderung des Gesetzes (Mikrozensusgesetz vom 16. März 1957 — BGBl. I S. 213) über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) vom 5. Dezember 1960 (BGBl. I S. 873). Abdruck S. 169.

Periodizität:

Einmalige Erhebung, zusammen mit dem Grundprogramm zum Mikrozensus im Oktober 1962 durchgeführt.

Kreis der Befragten:

Haushalte und deren Mitglieder in ausgewählten Wahlbezirken.

Auswahlsatz 1% (siehe auch Übersicht im Anhang S. 310).

Berichtsweg:

Befragte (Befragung durch Interviewer) — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Nettoeinkommen der Haushaltsmitglieder nach Einkommensgruppen, Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen, Geschlecht, Stellung im Beruf, Altersgruppen.

Veröffentlichungen:

WiSta 64/4.
Fachserie A, Reihe 6 (für laufende Ergebnisse aus der Grunderhebung des Mikrozensus).

XIII. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

1. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314), § 2 Ziff. 5. Abdruck S. 147.

Periodizität:

Jährlich: erste vorläufige Ergebnisse für vorangegangenes Jahr, jeweils zum Jahresbeginn; an Hand weiter ergänzter Unterlagen berechnete Ergebnisse (darunter Konten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen), jeweils zum Herbst.

Halbjährlich: auf wichtige Größen der Sozialproduktberechnung beschränkt.

Dargestellte Tatbestände:

I. Kontensystem

Darstellung des wirtschaftlichen Geschehens in einem abgelaufenen Zeitraum in Form eines geschlossenen Kontensystems (mit doppelter Verbuchung aller aufgezeigten Vorgänge). Im gegenwärtig vorliegenden Kontensystem werden die wirtschaftlichen Institutionen zu drei Sektoren zusammengefaßt: Unternehmen, Staat (einschließlich Sozialversicherung) sowie private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbscharakter. Eine tiefergehende Sektorengliederung ist vorgesehen. Zur Darstellung der wirtschaftlichen Tätigkeiten und der damit verbundenen Vorgänge werden für jeden Sektor sieben Konten geführt, die im einzelnen folgende Ausschnitte des wirtschaftlichen Geschehens zeigen:

Konto 1: Die Produktion und ihre Verwendung

Verkäufe (einschließlich unterstellter Verkäufe) aus der laufenden Produktion, Vorratsveränderungen; Käufe für laufende Produktionszwecke; Saldo: Beitrag des Sektors zum Bruttoinlandsprodukt.

Konto 2: Die Entstehung von Erwerbs- und Vermögenseinkommen

Abschreibungen, gezahlte indirekte Steuern, empfangene Subventionen; Saldo: Beitrag des Sektors zum Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten.

Konto 3: Die Verteilung von Erwerbs- und Vermögenseinkommen

Empfangene und verteilte Einkommen aus unselbständiger Arbeit, empfangene und verteilte Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen; Saldo: Anteil des Sektors am Volkseinkommen.

Konto 4: Die Umverteilung der Einkommen

Empfangene laufende Übertragungen (indirekte Steuern, direkte Steuern und Sozialversicherungsbeiträge, sonstige); geleistete laufende Übertragungen (direkte Steuern und Sozialversicherungsbeiträge, Subventionen, sonstige); Saldo: Verfügbares Einkommen des Sektors nach der Umverteilung.

Konto 5: Der letzte Verbrauch und die Ersparnis

Käufe (einschließlich unterstellter Käufe) für den letzten Verbrauch (des Staates sowie der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter); Saldo: Ersparnis des Sektors.

Konto 6: Die Veränderungen des Reinvermögens

Veränderungen des Sachvermögens: Käufe (einschließlich unterstellter Käufe) für Anlageinvestitionen aus der Produktion, Käufe (minus Verkäufe) von Land und gebrauchten Anlagen, Vorratsveränderungen, Abschreibungen, Verkäufe von Schrott.

Nicht-entnommene Gewinne u. ä. der Einzelunternehmen u. dgl., empfangene sowie geleistete Vermögensübertragungen; Saldo: Finanzierungssaldo des Sektors.

Konto 7: Die Veränderungen der Forderungen und Verbindlichkeiten

Veränderung der Forderungen und der Verbindlichkeiten des Sektors.

Für die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den inländischen Sektoren und der übrigen Welt ist ein zusammengefaßtes Konto der übrigen Welt eingerichtet.

Die auf den Konten 1 bis 6 des Staatssektors nachgewiesenen Positionen werden auch getrennt für Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherung dargestellt.

(Berechnung im StBA unter Verwendung zahlreicher Statistiken. Die Angaben über die Veränderungen der Forderungen und Verbindlichkeiten sind der Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank entnommen.)

II. Tabellen zum Sozialprodukt und andere Standardtabellen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

1. Entstehung des Sozialprodukts:

in jeweiligen Preisen:

Produktionswert bzw. Ertrag und Vorleistungen für 11 zusammengefaßte Bereiche (gegliedert nach der »Systematik der Wirtschaftszweige — Ausgabe 1961«, siehe auch Übersicht im Anhang S. 292 und Auszug aus der Systematik S. 294), Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen (gegliedert nach 30 Bereichen), Abschreibungen, Nettoinlandsprodukt zu Marktpreisen, indirekte Steuern abzüglich Subventionen, Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten (gegliedert nach 11 Bereichen); Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt, Brutto- und Nettosozialprodukt zu Marktpreisen, Nettosozialprodukt zu Faktorkosten (Volkseinkommen).

in konstanten Preisen:

Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen (gegliedert nach 30 Bereichen), Abschreibungen, Nettoinlandsprodukt zu Marktpreisen, Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt, Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen, Nettosozialprodukt zu Marktpreisen.

Meßzahlen des Bruttoinlandsprodukts in konstanten Preisen je durchschnittlich Erwerbstätigen (Maßstab der Produktivitätsentwicklung).

2. Verteilung des Volkseinkommens:

Einkommen aus unselbständiger Arbeit (im Inland entstandene Einkommen aus unselbständiger Arbeit nach 10 Wirtschaftsbereichen; Einkommen aus unselbständiger Arbeit der Inländer, gegliedert in Bruttoeinkommen, Arbeitgeberbeiträge, Bruttolohn- und -gehaltsumme, Arbeitnehmerbeiträge und Lohnsteuer sowie Nettoeinkommen; alle Größen auch je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer).

Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, davon Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen der privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter), unverteilte Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit, Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen des Staates sowie Zinsen auf öffentliche Schulden.

3. Verwendung des Sozialprodukts:

in jeweiligen Preisen:

Privater Verbrauch (gegliedert nach Verwendungszwecken und Lieferbereichen), Staatsverbrauch (gegliedert nach Verbrauch für zivile Zwecke und Verteidigungsaufwand), Anlageinvestitionen (unterteilt in Ausrüstungen und Bauten; Käufe von neuen Ausrüstungen und Bauten, gegliedert nach Herkunft und Verwendung), Vorratsveränderung, Außenbeitrag (Ausfuhr minus Einfuhr von Waren und Dienstleistungen).

in konstanten Preisen:

Privater Verbrauch (nach Verwendungszwecken), Staatsverbrauch, Anlageinvestitionen (nach Ausrüstungen und Bauten), Vorratsveränderung, Außenbeitrag (Ausfuhr minus Einfuhr von Waren und Dienstleistungen).

Preisentwicklung (Preisindices) des Sozialprodukts:

Bruttosozialprodukt, Einfuhr, Letzte Verwendung von Gütern, Letzte inländische Verwendung von Gütern (darunter: Privater Verbrauch, Anlageinvestitionen), Ausfuhr.

4. Einkommen der privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter) und seine Verwendung:

Erwerbs- und Vermögenseinkommen, empfangene laufende Übertragungen (gegliedert nach Arten), Gesamteinkommen, geleistete laufende Übertragungen (gegliedert nach Arten), verfügbares Einkommen, Privater Verbrauch (gegliedert nach dem »Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch«, siehe auch Übersicht im Anhang S. 292 und Auszug aus der Systematik S. 308), Ersparnis, nichtentnommene Gewinne der Einzelunternehmen u. ä. sowie Privateinlagen u. dgl., geleistete minus empfangene Vermögensübertragungen, Finanzierungssaldo.

5. Der Staat als Teil der Volkswirtschaft:

Der Staat als Produzent, Verbraucher und Investor (Aufwendungen für Verwaltungsleistungen und ihre Verwendung, Anlageinvestitionen des Staates); Umverteilung von Einkommen und Vermögen über den Staat (empfangene und geleistete Übertragungen, gegliedert nach ihrem wirtschaftlichen Charakter sowie nach leistenden bzw. empfangenden Sektoren); Gesamtüberblick über die wirtschaftlichen Beziehungen des Staates zu den anderen Sektoren und der übrigen Welt (Ausgaben: Käufe von Waren und Dienstleistungen, verteilte Erwerbs- und Vermögenseinkommen, geleistete Übertragungen, Veränderung der Forderungen; Einnahmen: Verkäufe von Verwaltungsleistungen, empfangene Erwerbs- und Vermögenseinkommen, empfangene Übertragungen, Veränderung der Verbindlichkeiten).

Indices in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 328.

Veröffentlichungen:

Zu I.: Kontensystem:

WiSta 60/6 (M), 10 (M); 62/9, 9*; 63/12, 12*; 64/9, 9*; 65/9, 9*.

Fachserie N (vorgesehen).

Zu II.: Tabellen zum Sozialprodukt und andere Standardtabellen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen:

Sozialprodukt und Volkseinkommen:

WiSta 57/3 (M), 11 (M); 58/3 (M), 9 (M); 62/1, 1*, 9, 9*; 63/1, 1*, 10, 10*; 64/1, 1*, 8 (M), 8*, 9, 9*; 65/1, 1*, 2*, 9, 9*; 66/1, 1*, darunter Halbjahresergebnisse: WiSta 65/12 (M), 12*; 66/3, 3*.

Der Private Verbrauch:

WiSta 63/12 (M).

Die Anlageinvestitionen:

WiSta 62/6 (M).

Einkommen der privaten Haushalte und seine Verwendung:

WiSta 60/12 (M); 63/10, 10*; 64/9, 9*; 65/10, 10*.

Der Staat als Teil der Volkswirtschaft:

WiSta 61/3 (M); 64/11, 11*; 65/10, 10*.

Möglichkeiten und Grenzen der Berechnung von Input-Output-

Tabellen: WiSta 65/2 (M).

Fachserie N (vorgesehen).

2. Finanzierungsrechnung

Periodizität:

Jährliche Zusammenstellung.

Dargestellte Tatbestände:

Veränderung der Forderungen und Verpflichtungen der inländischen Sektoren, d.h. der Unternehmen unter besonderer Berücksichtigung der Banken, Bausparkassen und Versicherungsunternehmen, des Staates, untergliedert nach Gebietskörperschaften und Sozialversicherung sowie der privaten Haushalte (einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter), nach wichtigen Formen der Geldvermögensbildung bzw. der Kreditaufnahme; Veränderung der Forderungen und Verpflichtungen der inländischen Sektoren gegenüber der übrigen Welt nach wichtigen Formen der Geldvermögensbildung bzw. der Kreditaufnahme.

Die Summe der Veränderungen der Forderungen bzw. der Verpflichtungen der Sektoren erscheint, von einigen Umstellungen abgesehen, in der Kontengruppe 7 in dem vom StBA aufgestellten Kontensystem Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland. Die Summe der Veränderung der Forderungen bzw. der Verpflichtungen gegenüber der übrigen Welt wird im Kontensystem im Zusammengefaßten Konto der übrigen Welt dargestellt.

(Zusammenstellung in der Deutschen Bundesbank.)

Veröffentlichungen:

Deutsche Bundesbank: Monatsberichte.

3. Zahlungsbilanzstatistik

a) Zahlungsbilanzen

Rechtsgrundlage:

Außenwirtschaftsgesetz vom 28. April 1961 (BGBl. I S. 481), § 26.

Periodizität:

Laufende Ermittlung, monatliche und jährliche Zusammenstellung.

Dargestellte Tatbestände:

Sämtliche statistisch erfaßbaren wirtschaftlichen Transaktionen der Bundesrepublik einschließlich Berlin (West) mit dem Ausland, unterteilt in Warenhandel, Dienstleistungen, Übertragungen, Kapitalleistungen und Devisenbewegungen.

Monatlich: Wichtige Posten für Monate, Vierteljahre und Jahre, ohne regionale Gliederung, Darstellung der Einfuhr auf cif-Basis.

Jährlich: Zusammenstellung der Zahlungsbilanz in ausführlicher fachlicher und regionaler Gliederung; Darstellung der Einfuhr auf fob-Basis.

(Ermittlung und Zusammenstellung in der Deutschen Bundesbank unter Verwendung zahlreicher Statistiken.)

Veröffentlichungen:

Deutsche Bundesbank: Monatsberichte, Geschäftsberichte.

b) Statistik des Transithandels, der Dienstleistungen und der Übertragungen mit dem Ausland

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 3a und Außenwirtschaftsverordnung vom 22. August 1961 (BGBl. I S. 1381), §§ 59 ff.

Periodizität:

Laufende Erhebung, monatliche und jährliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Gebietsansässige, wenn sie im Einzelfall Zahlungen von mehr als 500 DM oder Gegenwert als Entgelt für Käufe und Verkäufe im Transithandel, für Dienstleistungen oder unentgeltlich an Gebietsfremde leisten oder von Gebietsfremden entgegennehmen.

Berichtsweg:

Befragte — Deutsche Bundesbank.

Dargestellte Tatbestände:

Geleistete und empfangene Zahlungen für Käufe und Verkäufe im Transithandel nach Ländergruppen; Einnahmen und Ausgaben für Dienstleistungen im Außenwirtschaftsverkehr, monatlich nach Arten, jährlich nach Arten und Ländergruppen; fremde und eigene Übertragungen im Außenwirtschaftsverkehr, monatlich saldiert, jährlich nach Arten und Ländergruppen getrennt für die Sektoren »Privat« und »Öffentlich«.

Veröffentlichungen:

Deutsche Bundesbank: Monatsberichte.

c) Statistik des langfristigen Kapitalverkehrs mit dem Ausland

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 3b.

Periodizität:

Siehe lfd. Nr. 3b.

Kreis der Befragten:

Gebietsansässige, wenn sie im Einzelfall Zahlungen im Kapitalverkehr von mehr als 500 DM oder Gegenwert an Gebietsfremde leisten oder von Gebietsfremden entgegennehmen.

Berichtsweg:

Befragte — Deutsche Bundesbank.

Dargestellte Tatbestände:

Langfristige deutsche Kapitalanlagen im Ausland und langfristige ausländische Kapitalanlagen im Inland, monatlich und vierteljährlich in gekürzter Form, jährliche Entwicklung nach Anlagearten und Ländergruppen, getrennt für die Sektoren »Privat« und »Öffentlich«.

Veröffentlichungen:

Deutsche Bundesbank: Monatsberichte.

d) Statistik des kurzfristigen Kapitalverkehrs mit dem Ausland

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 3b und Gesetz über die Deutsche Bundesbank, § 18.

Periodizität:

Siehe lfd. Nr. 3b.

Kreis der Befragten:

- I. Gebietsansässige Kreditinstitute.
- II. Gebietsansässige Wirtschaftsunternehmen (ohne Kreditinstitute).

Berichtsweg:

Befragte — Deutsche Bundesbank.

Dargestellte Tatbestände:

Zu I.: Stand der Forderungen und Verpflichtungen gegenüber Ausländern am Monatsende (Auslandsstatus).

Zu II.: Stand der kurzfristigen Forderungen und Verpflichtungen gegenüber Gebietsfremden (ohne Forderungen und Verpflichtungen aus Warenlieferungen und Dienstleistungen), soweit sie zusammengerechnet mehr als 100 000 DM betragen.

Zu I. und II.: Kurzfristige deutsche Kapitalanlagen im Ausland und kurzfristige ausländische Kapitalanlagen im Inland, monatlich und vierteljährlich in gekürzter Form, jährliche Entwicklung nach Anlagearten und Ländergruppen, getrennt für die Sektoren »Kreditinstitute« und »Nichtbanken«.

Veröffentlichungen:

Deutsche Bundesbank: Monatsberichte.

XIV. Auslandsstatistik

Vorbemerkung:

Ergebnisse aus der Statistik des Auslandes werden im StBA zusammengestellt und in regelmäßigen bzw. unregelmäßigen Abständen veröffentlicht (näheres siehe unter »Veröffentlichungen«). Als Quellen dienen im allgemeinen Dokumente, Mitteilungen und Veröffentlichungen von amtlichen Stellen der entsprechenden Länder, deutscher Auslandsvertretungen bzw. internationaler Organisationen, vereinzelt auch ausländische Zeitschriften u. a. m. Die Ergebnisse werden — soweit möglich — nach den vorliegenden Originalquellen der betreffenden Länder zum Teil durch eigene Feststellungen ergänzt.

Die Sammlung und Darstellung erfolgt gemäß dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314), § 2 Ziff. 4. Abdruck S. 147.

A. Allgemeine Auslandsstatistik

1. Internationale Übersichten

Dargestellte Tatbestände:

Ländervergleiche für ausgewählte Tatbestände, die für die außenwirtschaftlichen Beziehungen der Bundesrepublik von besonderer Bedeutung sind.

Veröffentlichungen:

IntMon: Monatlicher Berichtsteil mit Konjunkturdaten für zahlreiche Länder; Sondertabellenteil für wichtige Fachbereiche.
Internationale Übersicht im StJb.

2. Länderberichte

Dargestellte Tatbestände:

Zusammenfassende textliche Darstellungen und statistische Angaben für einzelne Länder und Ländergruppen: Staats- und Verwaltungsaufbau, Gebiet und Bevölkerung, Gesundheitswesen, Unterricht und Bildung, Erwerbstätigkeit, Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Produzierendes Gewerbe (Bergbau, Energiewirtschaft, Verarbeitendes Gewerbe, Bauwirtschaft), Binnenhandel, Außenhandel, Verkehr, Fremdenverkehr, Geld und Kredit, Öffentliche Finanzen (gegebenenfalls Entwicklungspläne und Entwicklungshilfe), Preise, Löhne, Versorgung und Verbrauch, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Zahlungsbilanzen.

Veröffentlichungen:

Athiopien (1965); Äthiopien, Libyen, Sudan (1961); Algerien (1963); Argentinien (1964); Australien (1957); Belgien-Luxemburg (1959); Brasilien (1959); Chile (1964); Volksrepublik China (1961); Dominikanische Republik (1965); Ecuador (1965); Elfenbeinküste, Obervolta, Sierra Leone (1962); El Salvador (1965); Frankreich (1961); Ghana, Guinea, Kamerun, Liberia, Togo (1961); Griechenland (1961); Großbritannien und Nordirland (1964); Haiti (1965); Indien (1960); Indonesien (1958); Irak (1959); Iran (1959); Israel (1958); Italien (1959); Japan (1957); Jordanien (1959); Jugoslawien (1962); Kanada (1958); Kenia (1964); Kolumbien (1965); Kongo (Leopoldville), Ruanda-Urundi (1962); Libanon (1959); Madagaskar (1962); Mali (1966); Marokko (1963); Mongolische Volksrepublik (1962); Niederlande (1959); Nigeria (1961); Nord-Korea, Nord-Vietnam (1963); Paraguay (1965); Polen (1961); Saudisch-Arabien (1959); Schweden (1958); Sowjetunion (1960), (Ergänzungsheft: Der Siebenjahrplan 1959—1965 (1961)); Spanien (1960); Südafrikanische Union (1959); Tansania (1965); Tschad (1964); Tschechoslowakei (1963); Türkei (1959); Tunesien (1963); Uganda (1963); Uruguay (1966); Vereinigte Arabische Republik und Jemen (1961).

(Erscheinungsjahr des letzten Berichts in Klammern.)

In Vorbereitung: Afghanistan, Argentinien, Bolivien, Brasilien, Burundi, Chile, Costa Rica, Ghana, Guatemala, Guinea, Honduras, Irak, Iran, Kamerun, Kongo (Leop.), Malawi, Malaysia, Mexiko, Nicaragua, Niger, Nigeria, Pakistan, Panama, Peru, Rumänien, Senegal, Somalia, Sudan, Südkorea, Thailand.

Bemerkungen:

Außerdem ist vorgesehen, ab 1967 in zwei- bis dreijährigen Abständen für rund 120 Staaten sogenannte Länderkurzberichte zu veröffentlichen, mit knappen zu-

sammenfassenden Darstellungen über die wirtschaftliche und gesellschaftliche Struktur und Entwicklung einzelner Länder: Staats- und Verwaltungsaufbau, Gebiet und Bevölkerung, Gesundheitswesen, Bildungswesen, Erwerbstätigkeit, Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Produzierendes Gewerbe, Außenhandel, Verkehr, Fremdenverkehr, Geld und Kredit, Öffentliche Finanzen, Preise und Löhne, Sozialprodukt, Zahlungsbilanz und gegebenenfalls Entwicklungsplanung.

B. Auslandsstatistische Fachgebiete

Besondere Zusammenstellungen für die Bereiche Bevölkerung, Kultur, Gesundheitswesen und Landwirtschaft sind vorgesehen; zur Zeit gehen die für diese Gebiete zusammengestellten Angaben nur in die Veröffentlichungen über die Allgemeine Auslandsstatistik (vgl. lfd. Nr. XIV A 1 und 2) ein.

1. Industriestatistik

Dargestellte Tatbestände:

I. Bergbau und Energiewirtschaft:

Beschäftigte, Produktionswerte, Investitionen, Produktionsindex, jeweils gegliedert nach Zweigen (rund 60 Erzeugnisse mengenmäßig).

Installierte Leistung der Elektrizitätswerke, Verbrauch von Energie und Energieträgern insgesamt sowie industrieller Verbrauch.

II. Verarbeitende Industrie:

Rund 500 industrielle Erzeugnisse (mengenmäßig), Kapazitäten für eine Anzahl Grundstoffe, Produktionsindizes nach Industriegruppen, Verbrauch ausgewählter Grundstoffe.

Veröffentlichungen:

Zu I.: Fachserie D, Reihe 8/I (zweijährlich).

Zu II.: Fachserie D, Reihe 8/II (jährlich bzw. zweijährlich).

Zu I. und II.: IntMon.

Länderberichte für ausgewählte Länder (unregelmäßig).
Fachserie D, Reihe 8/S (vorgesehen).

Bemerkungen:

Bisher nur für europäische Länder.

Zusammenstellungen über die Industrie in den außereuropäischen Ländern sind in Vorbereitung.

2. Außenhandelsstatistik

Dargestellte Tatbestände:

Darstellung des Welthandels, des Außenhandels von Ländern, Ländergruppen und Wirtschaftsräumen in regionaler und fachlicher Gliederung mit Nachweis des Anteils der Bundesrepublik Deutschland; Darstellung des Außenhandels der Partnerländer mit der Bundesrepublik Deutschland nach den ausländischen Statistiken und Gegenüberstellung mit den Ergebnissen der deutschen Außenhandelsstatistik.

Veröffentlichungen:

Fachserie G, Reihe 8 (Berichte für einzelne Länder — unregelmäßig).
Außerdem: Fachserie G, Reihe 1 (monatlich), Reihe 7 — Sonderbeiträge (unregelmäßig).

3. Statistik der Straßenverkehrsunfälle

Dargestellte Tatbestände:

Unfälle mit Personenschaden und Verunglückte (jeweils für ausgewählte europäische Länder und für die Vereinigten Staaten).

Veröffentlichungen:

Fachserie H, Reihe 6 (monatlich, jährlich).

4. Preisstatistik

a) Statistik der Erzeuger- und Großhandelspreise

Dargestellte Tatbestände:

Erzeuger- und Großhandelspreise wichtiger landwirtschaftlicher und industrieller Grundstoffe (besonders auch »Weltmarktpreise«) sowie Preisindices (etwa 3000 Preisreihen, etwa 60 Indices).

Veröffentlichungen:

WiSta* (monatlich).

Fachserie M, Reihe 9/I, Teil 1 bis 3 (Grundstoffe vierteljährlich; Weltmarktpreise monatlich).

b) Statistik der Verbraucherpreise

Dargestellte Tatbestände:

Verbraucherpreise für Waren und Leistungen der Lebenshaltung sowie Preisindices der Lebenshaltung und des Einzelhandels im Ausland (etwa 2500 Preisreihen und 100 Indices).

Veröffentlichungen:

Fachserie M, Reihe 9/II (vierteljährlich).

c) Statistik über den Internationalen Vergleich der Preise für die Lebenshaltung

Dargestellte Tatbestände:

Verbrauchergeldparitäten der ausländischen Währungen zur RM/DM, berechnet aus Preisvergleichen der Lebenshaltungsgüter für Arbeitnehmerfamilien mittlerer Verbraucherschichten. Bisher wurden Vergleiche mit 65 Ländern berechnet.

Veröffentlichungen:

WiSta 61/8 (M).

Fachserie M, Reihe 10 (monatlich, jährlich).

d) Statistik der Verkehrspreise

Dargestellte Tatbestände:

Eisenbahntarife im Personenverkehr, Frachtraten der Trampschiffahrt im Seeverkehr; Luftverkehrspreise im Personen- und Güterverkehr (etwa 950 Preisreihen). Außerdem monatlich bzw. vierteljährlich Zusammenstellung von Indices der Seefrachtraten für 5 Länder.

Veröffentlichungen:

Fachserie M, Reihe 7 (vierteljährlich).

5. Lohnstatistik

a) Statistik der tatsächlichen Arbeitsverdienste

Dargestellte Tatbestände:

Durchschnittliche Bruttoverdienste und Arbeitszeiten der Arbeiter und Angestellten nach Wirtschaftsgruppen, Berufen und Leistungsgruppen in ausgewählten europäischen und Überseeländern.

Veröffentlichungen:

Fachserie M, Reihe 12/I (jährlich).

b) Statistik der Tariflöhne und -gehälter

Dargestellte Tatbestände:

Durchschnittliche tarifliche Stunden-, Tage-, Wochen-, Monats- oder Jahreslöhne sowie Monatsgehälter — soweit jeweils möglich — nach Geschlecht, Berufen, Arbeitergruppen, Wirtschaftszweigen, Lohnzonen in ausgewählten europäischen und Überseeländern.

Außerdem Lohnindices in ausgewählten europäischen und Überseeländern (Indices der tariflichen Stunden-, Tage- oder Wochenlöhne — soweit möglich gegliedert — nach Geschlecht, Berufen, Arbeitergruppen und Wirtschaftszweigen). Einheitliche Umbasierung auf das Jahr 1962.

Veröffentlichungen:

Fachserie M, Reihe 12/II.

c) Statistik der Streiks und Aussperrungen

Dargestellte Tatbestände:

Anzahl der Fälle, beteiligte Arbeitnehmer sowie verlorene Arbeitstage, jeweils nach ausgewählten europäischen und Überseeländern und — soweit möglich — nach Wirtschaftsabteilungen.

Veröffentlichungen:

Fachserie M, Reihe 12/I (jährlich).

6. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Dargestellte Tatbestände:

Entstehung und Verwendung des Sozialprodukts sowie Verteilung des Volkseinkommens.

Veröffentlichungen:

IntMon 62/1, 4, 7; 63/4, 6, 10; 64/10; 65/3, 4, 7, 11, 12; 66/1.

Fachserie N (vorgesehen).

7. Zahlungsbilanzen

Dargestellte Tatbestände:

Zahlungsbilanzen ausgewählter Länder, Auslandshilfe und private Kapitalanlagen im Ausland der Vereinigten Staaten, Entwicklungshilfe der OECD- und Ostblockländer.

Gold- und Devisenbestände ausgewählter Länder, Tätigkeit des internationalen Währungsfonds und der Weltbank.

Veröffentlichungen:

StJb.

IntMon.

Fachserie N (vorgesehen).

Nachweis über einmalige oder inzwischen eingestellte Statistiken in früheren Ausgaben

Bezeichnung	letzte Fundstelle		Bezeichnung	letzte Fundstelle	
	Ausgabe	Seite		Ausgabe	Seite
Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Kultur			Unternehmen und Arbeitsstätten (ohne Landwirtschaft)		
1. Volkszählung 1946	1950	19	1. Arbeitsstättenzählung 1950	1962	64
2. Volkszählung 1950	1962	35	2. Kostenstrukturerhebungen		
3. Sonderauszählungsprogramm der Wanderungsstatistik	1962	40	a) Erhebung über die Kostenstruktur der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten 1950	1962	64
4. Statistische Auswertung der Antragsformulare zum Bundesvertriebenenausweis	1962	40	b) Einzeluntersuchungen	1962	65
5. Aus- und Einwanderungsstatistik	1962	38	Industrie und Handwerk		
6. Erhebung über die nicht eingegliederten nichtdeutschen Flüchtlinge in Lagern, Heimen, Anstalten und ähnlichen Einrichtungen	1962	40	1. Handwerkszählung 1949	1956	12
7. Umsiedlungsstatistik	1955	22	2. Handwerkszählung 1956	1962	72
8. Erfassung der durch die Notaufnahmelager Uelzen, Gießen und Berlin aus der SBZ und Ost-Berlin zugewanderten Personen	1955	22	Bauhauptgewerbe, Bautätigkeit, Wohnungen		
9. Statistik der Umsiedlungstransporte	1953	26	1. Kostenstrukturerhebung in der Wohnungswirtschaft für das Jahr 1953	1962	76
10. Kriegsgefangenenstatistik	1950	17	2. Statistik der Wohnraumvergaben	1962	78
11. Registrierung der Kriegsgefangenen, Vermißten, Straf- und Untersuchungsgefangenen im Ausland	1950	19	3. Erhebung über die Wohnverhältnisse der Arbeiter in den Industrien der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl 1958	1962	79
12. Statistik der Zuzugsgenehmigungen	1953	26	4. Statistik der Baubeginne	1962	76
13. Ausländerstatistik ¹⁾	1962	41	5. Gebäude- und Wohnungszählung 1950	1958	56
14. Berufszählung 1946	1950	19	6. Statistik der Gebäude und Wohnungen der ausländischen Streitkräfte	1956	13
15. Berufszählung 1950	1962	41	Verkehr		
16. Beschäftigtenstatistik	1962	42	1. Statistik der Güterbewegung im internationalen Verkehr	1962	93
17. Statistik der geförderten beruflichen Bildungsmaßnahmen	1958	32	2. Zusatzerhebung bei den gewerblichen Straßenverkehrsbetrieben 1951	1962	88
18. Statistik über die Arbeitslage im Kohlebergbau	1956	27	3. Repräsentativerhebung über den Güterverkehr mit Kraftfahrzeugen 1952	1962	88
19. Erhebung über die unterstützten arbeitslosen Ausländer	1956	28	Geld und Kredit		
20. Übersicht über die Erfüllung der Pflichtanteile nach dem Gesetz zum Art. 131 GG ..	1955	19	1. Halbmonatliche Bankenstatistik	1962	96
21. Schnellmeldungen über Kinderlähmungsfälle	1962	44	2. Kredite und Bürgschaften an vertriebene Unternehmen und freie Berufe	1953	69
22. Amnestiestatistik	1962	51	3. Erhebung der Einlagen der öffentlichen Hand	1953	70
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei			4. Statistik zur Durchführung der Währungsreform	1953	70
1. Landwirtschaftliche Betriebszählung 1949 ..	1962	52	Öffentliche Sozialleistungen		
2. Zählung der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe unter 0,5 ha (im Rahmen der Volks- und Berufszählung 1950)	1962	53	1. Statistik der Unterhaltsbeihilfen für Angehörige von Kriegsgefangenen	1962	104
3. Gartenbauerhebung 1950	1962	53	2. Statistik über die sozialen Verhältnisse der Renten- und Unterstützungsempfänger 1953/55	1962	106
4. Erhebung über die Benutzung von Schleppern und Bodenfräsen in der Land- und Forstwirtschaft 1953 (Schleppererhebung) ..	1962	54	3. Statistik der Lager und Lagerinsassen 1955	1962	107
5. Erhebung über die Benutzung von Schleppern und Bodenfräsen in landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und gärtnerischen Betrieben 1950	1950	19	4. Repräsentative Zusatzstatistiken auf dem Gebiet der öffentlichen Fürsorge und der öffentlichen Jugendhilfe	1962	106
6. Statistik der Arbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben 1956/58	1962	54	5. Statistik der 1951 gezahlten Weihnachtsbeihilfen	1953	50
7. Statistik der familieneigenen Arbeitskräfte in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben	1953	33	6. Sondererhebungen auf dem Gebiet der Fürsorgestatistik	1953	50
8. Erhebung über Anbau und Erträge von Heil- und Gewürzpflanzen	1962	57	Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen		
9. Obstbaumzählung 1951	1953	31	1. Gehalts- und Lohnstrukturerhebung in der gewerblichen Wirtschaft 1957	1962	124
10. Obstbaumzählung 1958	1962	57	2. Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1953 in der Landwirtschaft	1962	125
11. Berichterstattung über Aufforstung	1962	62	3. Lohnstrukturerhebung 1952/53 in der Forstwirtschaft	1962	126
12. Berichterstattung über Be- und Verarbeitung von Fischen	1958	47	4. Erhebung über die Gehälter und Löhne im öffentlichen Dienst	1953	61
13. Edelpelztierzählung	1950	9	5. Erhebung von Wirtschaftsrechnungen in Arbeiterhaushalten der Montan-Industrien 1956/1957	1962	123

¹⁾ Ergebnisse über Ausländer sind auch im Rahmen der Volkszählung 1961 angefallen und in Heft 7 »Volks- und Berufszählung vom 6. Juni 1961« sowie in WiSta 64/11, 11* veröffentlicht.

Rechtsgrundlagen

Rechtsgrundlagen

Vorbemerkung: Es wird darauf hingewiesen, daß die Begründungen zu den Gesetzen nicht auf den endgültigen Wortlaut der Gesetze, sondern auf die inhaltlich oder in der Bezeichnung der Paragraphen bisweilen abweichenden Gesetzesentwürfe abgestellt sind.

Allgemeine Bestimmungen

Die für die Bundesstatistik geltenden speziellen Rechtsgrundlagen sind das Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (StatGes)¹⁾ mit seinen Rahmenvorschriften und die Gesetze und Rechtsverordnungen für die einzelnen statistischen Erhebungen. Die Texte dieser Rechtsgrundlagen und ihrer Begründungen sind, nach Sachgebieten geordnet, nachstehend im vollen Wortlaut abgedruckt.

Zum Verständnis des verfassungsrechtlichen Rahmens und der supranationalen Rechtsetzung wird im folgenden auf einige für die amtliche Statistik wichtigen Vorschriften des Grundgesetzes und des europäischen Rechts hingewiesen.

A. Bestimmungen des Grundgesetzes²⁾

1. Das Prinzip der Bindung der Exekutive an Gesetz und Recht, dem auch die statistische Verwaltung unterliegt, ist in Artikel 20 Absatz 3 GG enthalten:

Artikel 20 Abs. 3

»(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.«

2. Die Gesetzgebungszuständigkeit für Bundesstatistiken ist dem Bund übertragen worden. Dies bestimmt Artikel 73 Nr. 11 GG:

Artikel 73

»Der Bund hat die ausschließliche Gesetzgebung über ...

11. die Statistik für Bundeszwecke.«

Für die Frage, ob auf einem bestimmten Gebiet »Bundeszwecke« verfolgt werden können, ist der gesamte Katalog der Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes von Bedeutung, also die Artikel 73 ff. und für das Finanzwesen die Artikel 105 ff. Nach diesen Vorschriften über die ausschließliche und die konkurrierende Gesetzgebung bemißt sich auch die Abgrenzung der Zuständigkeit zwischen Bund und Ländern (Artikel 70 Abs. 2 GG).

3. Die Ermächtigung zum Erlass von Rechtsverordnungen und die Voraussetzung für den Erlass³⁾ sind in Artikel 80 Absatz 1 GG ausgesprochen:

Artikel 80 Abs. 1

»(1) Durch Gesetz können die Bundesregierung, ein Bundesminister oder die Landesregierungen ermächtigt werden, Rechtsverordnungen zu erlassen. Dabei müssen Inhalt, Zweck und Ausmaß der erteilten Ermächtigung im Gesetz bestimmt werden. Die Rechtsgrundlage ist in der Verordnung anzugeben. Ist durch Gesetz vorgesehen, daß eine Ermächtigung weiter übertragen werden kann, so bedarf es zur Übertragung der Ermächtigung einer Rechtsverordnung.«

4. Die Ausführung der Bundesgesetze obliegt grundsätzlich den Ländern. Das ergibt sich aus Artikel 83, der in Übereinstimmung mit Artikel 30 GG besagt:

Artikel 83

»Die Länder führen die Bundesgesetze als eigene Angelegenheit aus, soweit dieses Grundgesetz nichts anderes bestimmt oder zuläßt.«

Da die Bundesstatistik nicht zu den Verwaltungsgebieten gehört, für die gemäß Artikel 87 Absatz 1 eine bundeseigene Verwaltung eingerichtet ist, wird sie — soweit keine besonderen Regelungen getroffen sind — von den Ländern durchgeführt, d. h. den Ländern obliegt es, die Bundesstatistiken zu erheben und aufzubereiten.

Eine für die Bundesstatistik wichtige Ausnahme von diesem Grundsatz enthält Artikel 87 Absatz 3 Satz 1. Diese Vorschrift lautet:

Artikel 87 Abs. 3 Satz 1

»(3) Außerdem können für Angelegenheiten, für die dem Bund die Gesetzgebung zusteht, selbständige Bundesoberbehörden und neue bundesunmittelbare Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechtes durch Bundesgesetz errichtet werden. ...«

Auf Grund dieser Vorschrift ist durch das Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 das Statistische Bundesamt errichtet worden, dem die in § 2 im einzelnen genannten Aufgaben übertragen wurden (siehe Abdruck S. 147).

Näheres über den Gesetzesvollzug durch die Länder ergibt sich aus Artikel 84 GG:

Artikel 84

»(1) Führen die Länder die Bundesgesetze als eigene Angelegenheit aus, so regeln sie die Einrichtung der Behörden und das Verwaltungsverfahren, soweit nicht Bundesgesetze mit Zustimmung des Bundesrats etwas anderes bestimmen.

(2) Die Bundesregierung kann mit Zustimmung des Bundesrates allgemeine Verwaltungsvorschriften erlassen.

(3) Die Bundesregierung übt die Aufsicht darüber aus, daß die Länder die Bundesgesetze dem geltenden Rechte gemäß ausführen. Die Bundesregierung kann zu diesem Zweck Beauftragte zu den obersten Landesbehörden entsenden, mit deren Zustimmung und, falls diese Zustimmung versagt wird, mit Zustimmung des Bundesrates auch zu den nachgeordneten Behörden.

(4) Werden Mängel, die die Bundesregierung bei der Ausführung der Bundesgesetze in den Ländern festgestellt hat, nicht beseitigt, so beschließt auf Antrag der Bundesregierung oder des Landes der Bundesrat, ob das Land das Recht verletzt hat. Gegen den Beschluß des Bundesrates kann das Bundesverfassungsgericht angerufen werden.

¹⁾ BGBl. I S. 1314 (Abdruck auf S. 147). — ²⁾ Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 (BGBl. S. 1). — ³⁾ Zu der Ermächtigung der Bundesregierung, statistische Erhebungen durch Rechtsverordnungen anzuordnen, vgl. § 6 Abs. 2 StatGes.

(5) Der Bundesregierung kann durch Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, zur Ausführung von Bundesgesetzen die Befugnis verliehen werden, für besondere Fälle Einzelweisungen zu erteilen. Sie sind, außer wenn die Bundesregierung den Fall für dringlich erachtet, an die obersten Landesbehörden zu richten.«

B. Bestimmungen des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft

1. Die Ziele der Gemeinschaft sind in Artikel 2 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957¹⁾ umschrieben:

Artikel 2

»Aufgabe der Gemeinschaft ist es, durch die Errichtung eines Gemeinsamen Marktes und die schrittweise Annäherung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten eine harmonische Entwicklung des Wirtschaftslebens innerhalb der Gemeinschaft, eine beständige und ausgewogene Wirtschaftsausweitung, eine größere Stabilität, eine beschleunigte Hebung der Lebenshaltung und engere Beziehungen zwischen den Staaten zu fördern, die in dieser Gemeinschaft zusammengeschlossen sind.«

2. Die Gemeinschaft hat die in Artikel 4 Absatz 1 des EWG-Vertrages genannten Organe:

Artikel 4 Abs. 1

»(1) Die der Gemeinschaft zugewiesenen Aufgaben werden durch folgende Organe wahrgenommen:

- eine Versammlung,
- einen Rat,
- eine Kommission,
- einen Gerichtshof.

Jedes Organ handelt nach Maßgabe der ihm in diesem Vertrag zugewiesenen Befugnisse.«

Während der Rat für die meisten grundsätzlichen, insbesondere rechtsetzenden Entscheidungen zuständig ist, hat die Kommission im wesentlichen Verwaltungsbefugnisse. Sie wirkt bei den vom Rat zu fassenden Beschlüssen dadurch mit, daß sie auf den meisten Gebieten ein Vorschlagsrecht besitzt, ohne dessen Wahrnehmung der Rat keinen Beschluß fassen kann. Auch hat die Kommission die allgemeine Aufgabe, für die Einhaltung des Vertrages zu sor-

gen. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben bedient sich die Kommission u. a. des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften.

3. Das Amtsgeheimnis ist in Artikel 214 geregelt:

Artikel 214

»Die Mitglieder der Organe der Gemeinschaft, die Mitglieder der Ausschüsse sowie die Beamten und sonstigen Bediensteten der Gemeinschaft sind verpflichtet, auch nach Beendigung ihrer Amtstätigkeit Auskünfte, die ihrem Wesen nach unter das Berufsgeheimnis fallen, nicht preiszugeben; dies gilt insbesondere für Auskünfte über Unternehmen sowie deren Geschäftsbeziehungen oder Kostenelemente.«

4. Zur Erreichung der Vertragsziele sind die Organe der Gemeinschaft auf den Einblick in die wirtschaftlichen Verhältnisse der Mitgliedstaaten angewiesen. Sie brauchen dazu auch statistisches Material. Artikel 213 begründet daher ein allgemeines Auskunftsrecht der Kommission:

Artikel 213²⁾

»Zur Erfüllung der ihr übertragenen Aufgaben kann die Kommission alle erforderlichen Auskünfte einholen und alle erforderlichen Nachprüfungen vornehmen; der Rahmen und die nähere Maßgabe hierfür werden vom Rat gemäß den Bestimmungen dieses Vertrags festgelegt.«

5. Grundlage für das Auskunftsverlangen können Rechtsakte der Gemeinschaft sein. Näheres über die Arten der Rechtsakte bestimmt Artikel 189 des Vertrages:

Artikel 189

»Zur Erfüllung ihrer Aufgaben und nach Maßgabe dieses Vertrags erlassen der Rat und die Kommission Verordnungen, Richtlinien und Entscheidungen, sprechen Empfehlungen aus oder geben Stellungnahmen ab. Die Verordnung hat allgemeine Geltung. Sie ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Die Richtlinie ist für jeden Mitgliedstaat, an den sie gerichtet wird, hinsichtlich des zu erreichenden Ziels verbindlich, überläßt jedoch den innerstaatlichen Stellen die Wahl der Form und der Mittel. Die Entscheidung ist in allen ihren Teilen für diejenigen verbindlich, die sie bezeichnet.

Die Empfehlungen und Stellungnahmen sind nicht verbindlich.«

¹⁾ BGBl. II, 1957 S. 766. — ²⁾ Wörtlich übereinstimmend Art. 187 des Vertrages über die Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) vom 25. März 1957 (BGBl. II S. 753, 1018), ähnlich auch Art. 47 Abs. 1 des Vertrages über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vom 18. April 1951 (BGBl. II S. 447).

Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes)

Vom 3. September 1953¹⁾

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Abschnitt I

Das Statistische Bundesamt

§ 1

(1) Das Statistische Bundesamt ist eine selbständige Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern.

(2) Der Präsident des Statistischen Bundesamtes wird vom Bundespräsidenten auf Vorschlag der Bundesregierung ernannt.

§ 2

Aufgabe des Statistischen Bundesamtes ist es

1. Statistiken für Bundeszwecke (Bundesstatistiken) technisch und methodisch vorzubereiten, auf ihre Einheitlichkeit und Vergleichbarkeit hinzuwirken, ihre Ergebnisse für den Bund zu sammeln, zusammenzustellen und für allgemeine Zwecke darzustellen,
2. Bundesstatistiken zu erheben und aufzubereiten, wenn es in einem Bundesgesetz bestimmt ist oder soweit die beteiligten Länder zustimmen,
3. nach Maßgabe des § 9 Satz 2 Geschäftsstatistiken zu bearbeiten,
4. Statistiken des Auslandes und der internationalen Organisationen zu sammeln und darzustellen,
5. volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen aufzustellen,
6. an der Vorbereitung der Bundesgesetze, Rechtsverordnungen und allgemeinen Verwaltungsvorschriften auf dem Gebiet der Bundesstatistik mitzuwirken,
7. auf Anfordern der obersten Bundesbehörden sonstige Arbeiten statistischer und ähnlicher Art durchzuführen und Gutachten über statistische Fragen zu erstatten.

§ 3

Das Statistische Bundesamt führt seine Arbeiten nach den Anforderungen des fachlich zuständigen Bundesministers im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel durch.

Abschnitt II

Der Statistische Beirat

§ 4

- (1) Das Statistische Bundesamt erhält einen Beirat.
- (2) Der Beirat setzt sich zusammen aus
 1. dem Präsidenten des Statistischen Bundesamtes oder seinem Vertreter im Amt als Vorsitzenden,
 2. je einem Vertreter der Bundesministerien, des Bundesrechnungshofes, der Bank deutscher Länder und der Deutschen Bundesbahn,
 3. den Leitern der Statistischen Landesämter oder ihren Vertretern im Amt,
 4. je einem Vertreter der kommunalen Spitzenverbände,
 5. sieben Vertretern der gewerblichen Wirtschaft und einem Vertreter der Arbeitgeberverbände,

6. drei Vertretern der Gewerkschaften,
7. zwei Vertretern der Landwirtschaft,
8. zwei Vertretern der wirtschaftswissenschaftlichen Institute.

Im Falle der Beschlußfassung haben die Vertreter gemäß Nummern 1 bis 3 nur beratende Stimmen.

(3) Die Landesregierungen sind zu den Sitzungen des Beirats zu laden. Ihre Vertreter müssen jederzeit gehört werden.

(4) Die Vertreter zu Absatz 2 Nummern 4 bis 8 sind durch den Präsidenten des Statistischen Bundesamtes auf Vorschlag der in Frage kommenden Verbände und Einrichtungen zu berufen; der zuständige Bundesminister bestimmt die vorschlagsberechtigten Verbände und Einrichtungen.

(5) Der Beirat kann für bestimmte Sachgebiete ständige Fachausschüsse und für einzelne Fragen Arbeitskreise einsetzen. Zu den Sitzungen des Beirats, der Fachausschüsse und der Arbeitskreise können Sachverständige hinzugezogen werden. Zu den Sitzungen der Fachausschüsse und Arbeitskreise sind die Bundesministerien zu laden und jederzeit zu hören.

(6) Die Tätigkeit im Beirat, in den Fachausschüssen und in den Arbeitskreisen ist ehrenamtlich.

§ 5

(1) Das Statistische Bundesamt hört bei der Durchführung seiner Aufgaben in methodischen und technischen Fragen den Beirat oder seine Fachausschüsse und Arbeitskreise. In Fällen, die der Beschleunigung bedürfen oder einfach liegen, kann dies auch schriftlich geschehen.

(2) Das Statistische Bundesamt hat die Anregungen und Vorschläge des Beirats zu prüfen und im Rahmen der verhältnismäßigen Notwendigkeiten und finanziellen Möglichkeiten zu verwerten.

Abschnitt III

Anordnung von Bundesstatistiken

§ 6

(1) Die Bundesstatistiken werden, soweit nicht im Absatz 2 oder in anderen Rechtsvorschriften Ausnahmen zugelassen sind, durch Gesetz angeordnet.

(2) Die Bundesregierung wird ermächtigt, statistische Erhebungen durch Rechtsverordnungen mit einer Geltungsdauer bis zu drei Jahren anzuordnen, wenn folgende Voraussetzungen gegeben sind:

1. die Ergebnisse der Erhebung müssen zur Erfüllung bestimmter, im Zeitpunkt der Erhebung schon festliegender Bundeszwecke erforderlich sein,
2. die Erhebung darf nicht einen unbeschränkten Personenkreis erfassen,
3. die voraussichtlichen Kosten der Erhebung ohne die Kosten für die Veröffentlichung dürfen beim Bund und bei den Ländern zusammen 500 000 Deutsche Mark jährlich nicht übersteigen.

§ 7

(1) Die Anordnung muß die zu erfassenden Tatbestände und den Kreis der Befragten bestimmen. Sie ist auf den Erhebungsvordruck anzugeben.

(2) Bei der Einleitung von Bundesstatistiken, die auf freiwilligen Auskünften beruhen, ist die Freiwilligkeit der Beantwortung den Befragten bekanntzugeben.

¹⁾ BGBl. I vom 11. September 1953 S. 1314.

§ 8

Die Kosten der Bundesstatistiken tragen der Bund und die Länder nach den bei ihnen entstehenden Arbeiten, soweit nicht durch Gesetz oder Rechtsverordnung etwas anderes bestimmt wird¹⁾).

Abschnitt IV

Besondere Verfahrensbestimmungen

§ 9

(1) Die Bundesminister nehmen die Aufgaben des § 2 bei Statistiken wahr, deren Unterlagen ausschließlich im Geschäftsgang der Bundesbehörden anfallen oder deren Bearbeitung sich vom Geschäftsgang nicht trennen läßt (Geschäftsstatistiken). Sie können diese Aufgaben ganz oder teilweise dem Statistischen Bundesamt übertragen.

(2) Die Bundesregierung kann in besonderen Fällen einen Bundesminister oder die von ihm zu bestimmende Stelle ermächtigen, für bestimmte Bundesstatistiken, auch wenn sie keine Geschäftsstatistiken sind, die Aufgaben des § 2 ganz oder zum Teil wahrnehmen.

Abschnitt V

Auskunftspflicht

§ 10

(1) Alle natürlichen und juristischen Personen, Behörden und Einrichtungen sind zur Beantwortung der ordnungsmäßig angeordneten Fragen verpflichtet. Sondergesetzliche Bestimmungen über Berufsgeheimnisse und Amtsverschwiegenheit bleiben unberührt.

(2) Die Antwort ist wahrheitsgemäß, vollständig, fristgemäß und, soweit nichts anderes bestimmt ist, unentgeltlich zu geben.

(3) Sind amtliche Erhebungsvordrucke zur Ausfüllung durch die Befragten vorgesehen, so sind die Antworten auf diesen Erhebungsvordrucken zu erteilen. Die Richtigkeit der Angaben ist durch Unterschrift zu bestätigen, soweit es im Erhebungsvordruck vorgesehen ist.

§ 11

Die Verpflichtung der Befragten, Auskunft zu erteilen, besteht gegenüber den mit der Durchführung der Bundesstatistik amtlich betrauten Stellen und Personen.

Abschnitt VI

Geheimhaltungspflicht

§ 12

(1) Einzelangaben über persönliche oder sachliche Verhältnisse, die für eine Bundesstatistik gemacht werden, sind, soweit durch Rechtsvorschrift (§ 6) nichts anderes bestimmt ist, von den Auskunftsberechtigten geheimzuhalten. Die Vorschriften der §§ 175, 179, 188 Abs. 1 und des § 189 der Reichsabgabenordnung vom 22. Mai 1931 (RGBl. I S. 187) über Beistands- und Anzeigepflichten gegenüber den Finanzämtern gelten insoweit nicht für die Auskunftsberechtigten.

(2) Das Statistische Bundesamt, die Statistischen Landesämter und die sonstigen erhebenden Behörden und Stellen sind berechtigt und verpflichtet, den fachlich zuständigen obersten Bundes- und Landesbehörden oder den von ihnen bestimmten Stellen auf Verlangen Einzelangaben auf dem Dienstweg weiterzuleiten, wenn und soweit dies in der die Statistik anordnenden Rechtsvorschrift zugelassen und in den Erhebungsdrucksachen bekanntgegeben worden ist.

(3) Eine Zusammenfassung von Angaben mehrerer Auskunftspflichtiger ist keine Einzelangabe im Sinne dieses Gesetzes.

¹⁾ Am 4. Mai 1955 ist eine neue Fassung des § 8 in Kraft getreten (siehe S. 152).

(4) Veröffentlichungen dürfen keine Einzelangaben im Sinne dieses Gesetzes enthalten.

Abschnitt VII

Strafen und Geldbußen

§ 13

(1) Wer ein Geschäfts- oder Betriebsgeheimnis, das ihm bei seiner Tätigkeit auf Grund dieses Gesetzes anvertraut worden oder sonst bekanntgeworden ist, unbefugt offenbart oder verwertet, oder wer eine nach den Vorschriften dieses Gesetzes geheimzuhaltende Tatsache unbefugt offenbart, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft.

(2) Handelt der Täter gegen Entgelt oder in der Absicht, sich oder einem Dritten einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen oder jemandem einen Nachteil zuzufügen, so ist die Strafe Gefängnis bis zu zwei Jahren. Daneben kann auf Geldstrafe erkannt werden.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nur, soweit nicht in anderen Vorschriften eine schwerere Strafe angedroht ist.

(4) Die Strafverfolgung tritt auf Antrag des Verletzten ein.

(5) Die Offenbarung von geheimzuhaltenden Tatsachen an die zuständige Verwaltungsbehörde zum Zwecke der Verfolgung einer Ordnungswidrigkeit wegen unrichtiger oder unvollständiger Angaben nach § 14 ist nicht unbefugt.

§ 14

(1) Eine Ordnungswidrigkeit begeht, wer vorsätzlich oder fahrlässig Auskünfte, zu denen er nach § 10 verpflichtet ist, ganz oder teilweise verweigert oder nicht rechtzeitig erteilt oder unrichtige oder unvollständige Angaben macht.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 10 000 Deutsche Mark geahndet werden.

§ 15

Wird eine Ordnungswidrigkeit im Sinne des § 14 in einem Betrieb begangen, so kann gegen den Inhaber oder Leiter und, falls der Inhaber des Betriebes eine juristische Person oder eine Personengesellschaft des Handelsrechts ist, gegen diese eine Geldbuße bis zu 10 000 Deutsche Mark festgesetzt werden, wenn der Inhaber oder Leiter oder der zur gesetzlichen Vertretung Berechtigte vorsätzlich oder fahrlässig seine Aufsichtspflicht verletzt hat und der Verstoß hierauf beruht.

Abschnitt VIII

Übergangs- und Schlußbestimmungen

§ 16

(1) Laufende Statistiken des Bundes und der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, für die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes die Voraussetzungen des Abschnittes III nicht vorliegen, können zwei Jahre²⁾ nach Inkrafttreten dieses Gesetzes nicht mehr als Bundesstatistiken durchgeführt werden, wenn die Voraussetzungen nicht bis zu diesem Zeitpunkt geschaffen werden. Bis zum Erlaß dieser Rechtsvorschriften gelten sie in ihrem derzeitigen Umfange als Statistiken für Bundeszwecke.

(2) Für die Statistiken nach Absatz 1 gilt bis zum Erlaß der Rechtsvorschriften für die Geheimhaltungspflicht die bisherige Regelung.

(3) Für Statistiken, bei denen zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes ein Bundesminister die Aufgaben des § 2 wahrnimmt, gilt die besondere Ermächtigung der Bundesregierung nach § 9 Abs. 2 als erteilt.

²⁾ Diese Frist wurde später um vier Jahre, d. h. bis einschließlich 24. September 1959, verlängert (siehe Änderungsgesetze auf S. 152/153).

§ 17

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin. Rechtsverordnungen, die auf Grund der in diesem Gesetz enthaltenen Ermächtigung erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

§ 18

Dieses Gesetz tritt am vierzehnten Tage nach seiner Verkündung in Kraft. Das Gesetz über die Errichtung eines Statistischen Amtes des Vereinigten Wirtschaftsgebietes vom 21. Januar 1948 (WiGBl. S. 19) in der Fassung des § 4 des Gesetzes vom 19. Januar 1949 (WiGBl. S. 9) und die Verordnung über die Erstreckung von Recht der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes auf dem Gebiet der Statistik

auf die Länder Baden, Rheinland-Pfalz, Württemberg-Hohenzollern und den bayerischen Kreis Lindau vom 31. März 1950 (Bundesgesetzbl. S. 81) treten zum gleichen Zeitpunkt außer Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 3. September 1953

Der Bundespräsident
Theodor Heuss

Der Bundeskanzler
Adenauer

Der Bundesminister des Innern
Dr. Lehr

Begründung¹⁾

A. Allgemeiner Teil

I. Geschichtliches

Im Jahre 1872 wurde das »Kaiserliche Statistische Amt« (seit 1919 »Statistisches Reichsamt«) als zentrale statistische Reichsbehörde errichtet. Nach der Geschäftsinstruktion des Reichskanzlers vom 23. Juni 1872 hatte es folgende Aufgaben:

- a) alle Unterlagen zu sammeln, zu prüfen und zu bearbeiten, die auf Grund von Gesetzen oder auf Anordnung des Reichskanzlers für die Reichsstatistik zu liefern waren,
- b) die Ergebnisse dieser Arbeiten zu veröffentlichen und
- c) sonstige statistische Nachweise zu fertigen und Gutachten über statistische Fragen zu erstatten.

Für einzelne Zweige der Reichsstatistik wurden später besondere Gesetze oder Verordnungen geschaffen, so z. B. für die Außenhandelsstatistik, die Produktionsstatistik der bergbaulichen Betriebe, die Finanzstatistik und die Volkszählungen. Ein Gesetz aber, das das materielle Recht der Statistik umfassend regelte, gab es zunächst nicht.

Erst mit dem Gesetz über die Errichtung eines Statistischen Amtes des Vereinigten Wirtschaftsgebietes vom 21. Januar 1948 (WiGBl. S. 19) wurde der Versuch unternommen, für die Statistik die bisher fehlende allgemeine und umfassende gesetzliche Grundlage zu schaffen.

Das Gesetz grenzte die Zuständigkeit des Statistischen Amtes gegenüber den Verwaltungen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes und gegenüber den Ländern ab. Es brachte den Statistischen Ausschuß, der das Statistische Amt in wichtigen Fragen der Koordinierung, der Aufgabenverteilung und auf methodisch-technischem Gebiet zu beraten hatte. Es bestimmte auch allgemein die Rechtsform, in der Statistiken angeordnet werden sollten. Die Regelung war aber unvollständig. Wesentliche Teile des materiellen Rechts der Statistik, wie z. B. die Auskunftspflicht und die Geheimhaltungspflicht, wurden durch sie nicht erfaßt.

Das Gesetz, das zunächst nur für die amerikanische und britische Besatzungszone galt, wurde durch die VO vom 31. März 1950 auch für die französische Besatzungszone für anwendbar erklärt (VO über die Erstreckung von Recht der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes auf dem Gebiete der Statistik auf die Länder Baden, Rheinland-Pfalz, Württemberg-Hohenzollern und den bayerischen Kreis Lindau — Bundesgesetzbl. 1950 S. 81). Die Ausdehnung auch auf Westberlin ist vorgesehen (vgl. Drittes Überleitungsgesetz vom 4. Januar 1952 — Bundesgesetzbl. I S. 1). Es gab trotz der erwähnten Mängel eine brauchbare Übergangslösung. Die Zuständigkeitsabgrenzungen und Organisationsformen des Gesetzes wurden zum Vorbild des vorliegenden Entwurfs. Sie bedurften aber in Einzelheiten noch einer sorgfältigen Anpassung an die Bestimmungen und Grundgedan-

ken des Grundgesetzes in Anlehnung an die in den letzten Jahren entwickelte Verwaltungspraxis.

Der Entwurf regelt zum ersten Male in der Geschichte der Statistik Deutschlands umfassend das gesamte Organisations- und Verfahrensrecht sowie das materielle Recht der Statistik. Er beschränkt sich allerdings gemäß den Abgrenzungen der Zuständigkeiten nach dem Grundgesetz auf die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistik) (Artikel 73 Ziff. 11 GG).

II. Allgemeine Vorbemerkungen

Die umfassende Regelung des gesamten Rechts der Bundesstatistik entspricht einem schon in der Vergangenheit aufgetauchten Bedürfnis. Nach dem Erlaß des Grundgesetzes wurde aber die Anpassung an die veränderten staatsrechtlichen Verhältnisse vor allem aus folgenden Gesichtspunkten notwendig:

1. Die Grundsätze des Rechtsstaats und die Gewährleistung der persönlichen Freiheit des Staatsbürgers durch das Grundgesetz verlangen, daß Eingriffe in diese Freiheit durch Gesetz allgemein festgelegt und umrissen werden. Jede statistische Befragung, die sich an Einzelpersonen wendet, enthält aber einen solchen Eingriff.
2. Bund, Länder und auch andere Einrichtungen haben vielfach Interesse an der gleichen Statistik. Dabei decken sich die Anforderungen nicht immer, sondern schneiden und überlagern sich. Es muß daher im Rahmen der Bestimmungen des Grundgesetzes Vorsorge getroffen werden, daß auch bei Bundesstatistiken eine Angleichung vorgenommen wird, die den Erfordernissen der Praxis entspricht, die Verwaltung vereinfacht und Kosten erspart.

III. Die einzelnen Abschnitte des Entwurfs

1. Das Statistische Bundesamt (Abschnitt I).

Das Statistische Bundesamt wird als selbständige Bundesoberbehörde auf Grund des Artikels 87 Abs. 3 Satz 1 GG in Verbindung mit Artikel 73 Ziff. 11 GG errichtet. Es ist aus dem Statistischen Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes hervorgegangen, das Ende 1949 »mit der Führung der Statistik für Bundeszwecke beauftragt« wurde. Durch die Verordnung zur Auflösung und Überführung von Einrichtungen der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes vom 8. September 1950 (Bundesgesetzbl. S. 678) wurde es dann als »Statistisches Bundesamt« in die Verwaltung des Bundes überführt.

Die Verteilung der Aufgaben zwischen dem Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern und die Berücksichtigung der Länderinteressen entsprechen dem Grundgesetz und den Grundgedanken des föderalistischen Staatsaufbaues. In der Verwaltungspraxis hat sich diese Aufgabenverteilung seit dem Inkrafttreten des Grundgesetzes bereits eingebürgert.

Durch Abschnitt I findet also ein tatsächlich und rechtlich schon bestehender Zustand seine gesetzliche Regelung.

¹⁾ Bundestagsdrucksache Nr. 4168 vom 9. März 1953 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben).

2. Der Statistische Beirat (Abschnitt II).

Die vielfach widerstreitenden Belange der statistischen Auftraggeber und der sonst an den statistischen Ergebnissen interessierten Stellen auf der einen Seite, der Träger der statistischen Arbeit und der Geldgeber auf der anderen zwingen schon das Statistische Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes zu einer sorgfältigen Abstimmung auf methodisch-technischem Gebiet. Hierfür stand ihm ein Statistischer Ausschuß zur Seite, in dem alle vorzugsweise an der Statistik des Vereinigten Wirtschaftsgebietes beteiligten Stellen vertreten waren. Der Statistische Ausschuß setzte seine Tätigkeit auch beim »Statistischen Bundesamt« fort. Wegen der besonders wertvollen Facharbeit, die der Ausschuß in seiner beratenden Tätigkeit bisher geleistet hat, soll er als »Statistischer Beirat« in entsprechender Zusammensetzung beibehalten werden.

3. Verfahren (Abschnitt III—IV).

- a) Der Abschnitt III hält an der bestehenden Übung fest, daß die großen umfassenden statistischen Erhebungen durch Gesetz angeordnet werden, schafft aber gleichzeitig die grundgesetzlichen Voraussetzungen für eine Anordnung von Bundesstatistiken durch Rechtsverordnung in bestimmten Fällen, die nach Zweck, Inhalt und Ausmaß abgegrenzt werden.

Durch diese Bestimmungen wird erstmalig für alle Bundesstatistiken festgelegt, in welcher Form sie anzuordnen sind.

Für die Anordnung von Erhebungen, bei denen nur Behörden und Einrichtungen des Bundes befragt werden, genügt entsprechend den Grundsätzen des Organisationsrechts eine Verwaltungsvorschrift. Einer ausdrücklichen Vorschrift hierüber im Gesetz bedarf es nicht.

- b) Nach den Vorschriften über die Anordnung von Bundesstatistiken müßten an sich Vorschriften über ihre Durchführung folgen. Da aber nach Artikel 83 GG die Durchführung der Bundesgesetze eigene Angelegenheit der Länder ist, gehört auch ihre gesetzliche Regelung zur Zuständigkeit der Länder. In der Praxis werden die Bundesstatistiken fast ausnahmslos von den Statistischen Landesämtern durchgeführt.

4. Auskunfts- und Geheimhaltungspflicht (Abschnitt V—VI).

Jede Statistik ist entscheidend davon abhängig, daß einerseits der Befragte zur Auskunftserteilung verpflichtet und andererseits die Geheimhaltung der geforderten Einzelangaben verbürgt ist.

Bisher fehlte eine allgemeine Vorschrift dieser Art. Als Ersatz wurden entsprechende Bestimmungen in die Sondergesetze aufgenommen, die Statistiken anordneten. Es ist notwendig, in den vorliegenden Entwurf nunmehr eine allgemein verbindliche Regelung einzubauen, da es sich um stets gleichbleibende Vorschriften von grundsätzlicher Art handelt, die nicht nur bei Statistiken erforderlich sind, die durch Gesetz, sondern auch bei solchen, die durch Rechtsverordnung oder Verwaltungsvorschrift angeordnet werden.

5. Strafen und Geldbußen (Abschnitt VII).

Der Staat ist bei der Durchführung zahlreicher Aufgaben darauf angewiesen, daß die von ihm gestellten statistischen Fragen rechtzeitig, wahrheitsgemäß und vollständig beantwortet werden.

Damit dieser Forderung der notwendige Nachdruck verliehen werden kann, ist das Verweigern der Auskunft oder das Erteilen einer unrichtigen Auskunft als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße bedroht worden.

Der Befragte muß sich andererseits darauf verlassen können, daß die von ihm gegebenen Auskünfte geheimgehalten werden. Die Geheimhaltungspflicht ist im Abschnitt VI geregelt. Eine Verletzung dieser Geheimhaltungspflicht ist nach § 13 strafbar.

B. Die einzelnen Bestimmungen

Zu § 1

Das Statistische Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, das unter der Bezeichnung »Statistisches Bundesamt« gemäß Artikel 130 GG auf den Bund überführt worden ist, hat seinen derzeitigen Sitz in Wiesbaden-Biebrich.

Zu § 2

Die Zuständigkeiten des Statistischen Bundesamtes sind erschöpfend aufgezählt. Es sind im wesentlichen die gleichen, wie die des Statistischen Amtes des Vereinigten Wirtschaftsgebietes. Neu hinzugekommen ist die Bearbeitung von Geschäftsstatistiken, die ihm von den Bundesministerien ganz oder teilweise übertragen werden kann (vgl. Ziffer 3), das Sammeln und Darstellen der Statistiken des Auslandes und der internationalen Organisationen (vgl. Ziffer 4) sowie das Aufstellen volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (vgl. Ziffer 5). Aber auch die Aufgaben auf dem Gebiete der Auslandsstatistik und der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind nicht neu. Sie werden vom Statistischen Bundesamt zur Befriedigung dringender Bedürfnisse der Bundesregierung seit langer Zeit durchgeführt. Insbesondere die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gehören mit zu den dringendsten und wichtigsten Aufgaben des Statistischen Bundesamtes. Sie geben eine für die Bundesministerien unentbehrliche Gesamtschau, die aus fast allen Arbeitsgebieten des Amtes zusammengesetzt ist. Neu ist also nur die ausdrückliche Zuweisung dieser Zuständigkeiten durch das Gesetz.

Ziffer 1

Zum »Vorbereiten« einer Bundesstatistik gehört insbesondere das Ausarbeiten der Fragebogen und der sonstigen Erhebungspapiere, des Erhebungsverfahrens, des Tabellenprogramms, des Verlaufs der Aufbereitung und des Veröffentlichungsprogramms.

Ziffer 2

Hier ist absichtlich von der Zustimmung der Länder, nicht von der des Bundesrates, zur Erhebung und Aufbereitung von Bundesstatistiken die Rede. Dadurch wird ausgeschlossen, daß die Länder, die ihre Zustimmung nicht erteilen wollen, im Bundesrat überstimmt werden können. Andererseits wird sichergestellt, daß auch dann, wenn ein Teil der Länder die Zustimmung nicht erteilen will, für diejenigen Länder, die sie dennoch erteilt haben, Bundesstatistiken zentral erhoben und aufbereitet werden können.

Zu § 3

In § 1 Abs. 1 wird nur die Dienstaufsicht geregelt. Es ist daher eine Vorschrift erforderlich, die klarstellt,

1. daß das Statistische Bundesamt entsprechend seiner Aufgabenstellung als ein den Bedürfnissen aller Ministerien dienendes Verwaltungsorgan den fachlichen Anforderungen des jeweils federführenden Bundesministers zu entsprechen hat und
2. daß das Bundesministerium des Innern insoweit aus seinem Dienstaufsichtsrecht keine Befugnisse zur Erteilung von Weisungen herleitet.

Der Präsident des Statistischen Bundesamtes ist für die ordnungsmäßige Durchführung der Arbeiten dem federführenden Bundesminister verantwortlich. In methodischen und wissenschaftlichen Fragen der Statistik soll er nicht an fachliche Weisungen gebunden sein.

Zu § 4

Absatz 2

Die Zusammensetzung des Statistischen Beirats entspricht im wesentlichen der des bisherigen Statistischen Ausschusses beim Statistischen Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes. Als grundsätzlich neue Mitglieder sind Vertreter der Bank deutscher Länder, der Deutschen Bundesbahn, der Arbeitgeberverbände und der wirtschaftswissenschaftlichen Institute vorgesehen, die im Gesetz über die Errichtung eines Statistischen Amtes des Vereinigten Wirtschaftsgebietes nicht berücksichtigt waren, die aber zum Teil schon jetzt in ständiger Praxis zu den Sitzungen des Statistischen Ausschusses hinzugezogen werden.

Absatz 3

Neu ist auch die zusätzliche Festlegung, daß die Landesregierungen zu den Sitzungen des Beirats zu laden sind, und daß ihre Vertreter jederzeit gehört werden müssen. Bisher entsprach dies nur einer Verwaltungsübung. Es erscheint aber richtiger, hieraus eine gesetzliche Verpflichtung zu machen. Die Länder tragen die Kosten der Durchführung der Bundesstatistiken. Sie haben daher ein Interesse daran, daß ihre Ansicht in besonderen grundsätzlichen Fragen, die sich mehr auf die Verwaltung und Finanzierung beziehen, nicht allein von dem statistischen Fachmann, dem Leiter des Statistischen Landesamts, vorgetragen wird, der ständiges Beiratsmitglied ist.

Absatz 5

Einem Wunsche der Praxis entsprechend, können nunmehr auch besondere Arbeitskreise eingesetzt werden, die einzelne Fragen bearbeiten sollen. Diese Möglichkeit bestand bis dahin gesetzlich nicht. Sie dient der Entlastung des Beirats.

Zu § 5

Der Aufgabenbereich des Beirats entspricht dem des bisherigen Statistischen Ausschusses. Durch den Beirat werden nicht nur die Erfahrungen der Fachleute nutzbar gemacht; er gibt vor allem auch die Möglichkeit, schon frühzeitig die Bedürfnisse der Länder und die Wünsche der interessierten Kreise kennenzulernen, zu erörtern und aufeinander abzustimmen.

Zu § 6

Es wird hierzu auf III Ziffer 3a des Allgemeinen Teils der Begründung verwiesen.

Zu § 7

Absatz 1

§ 7 dient dem Rechtsschutzbedürfnis der Befragten. Sie sollen prüfen können, ob und in welchem Umfange sie zur Auskunftserteilung verpflichtet sind. Dabei sind entsprechend der Natur der Statistik die Begriffe »Kreis der Befragten« sowie »die zu erfassenden Tatbestände« dahin zu verstehen, daß nicht jede Einzelheit festgelegt, sondern nur der große Rahmen umschrieben werden soll.

Absatz 2

Bei den »freiwilligen Statistiken« handelt es sich in der Hauptsache um solche Statistiken, bei denen es wegen der besonderen Art der zu erfassenden Materie unzulässig ist, eine Auskunftspflicht zu begründen. Darunter fällt z. B. die Anforderung von laufend geführten Haushaltsbüchern, die als Unterlage für Untersuchungen über die Verbrauchsstruktur dienen. Hier zeitigt die freiwillige Mitarbeit eines kleinen ausgewählten Personenkreises bessere Erfolge als gesetzlicher Zwang.

Zu § 8

Die Kostenregelung entspricht der verfassungsrechtlichen Situation. Nach Artikel 83 GG führen die Länder die Bundesgesetze als eigene Angelegenheiten und daher in eigener Finanzverantwortung durch. Insoweit hat § 8 also nur rechts-erklärende und nicht rechtsbegründende Bedeutung.

Die Frage, ob und in welchem Umfange den Gemeinden und Gemeindeverbänden die Kosten für die bei ihnen anfallenden Arbeiten zur Durchführung einer Bundesstatistik zu erstatten sind, kann nicht durch Bundesgesetz geregelt werden. Die Regelung muß der Landesgesetzgebung überlassen bleiben.

Zu § 9

Absatz 1

Die Bestimmung des Absatzes 1 Satz 1 bringt erstmalig eine Definition des Begriffs »Geschäftsstatistik«. In der zurückliegenden Zeit haben sich Schwierigkeiten daraus ergeben, daß dieser Begriff verschieden ausgelegt wurde. Die für die Geschäftsstatistiken vorgesehene Sonderregelung ist

notwendig, weil diese Statistiken aus Gründen der organisatorischen Zweckmäßigkeit und der Kostenersparnis weitgehend den Ressorts vorbehalten bleiben müssen.

Absatz 2

Ausnahmsweise kann es aus Zweckmäßigkeitsgründen wünschenswert sein, daß die Bundesministerien nicht nur ihre Geschäftsstatistiken, sondern auch andere Statistiken gemäß § 2 bearbeiten, für die nach der grundsätzlichen Regelung das Statistische Bundesamt zuständig wäre. Hierzu bedarf es jedoch einer besonderen Ermächtigung durch die Bundesregierung, damit nicht durch eine zu häufige Durchbrechung des Grundsatzes dem Statistischen Bundesamt die Erfüllung seiner Aufgaben erschwert oder unmöglich gemacht wird.

Zu § 10

Absatz 1

Absatz 1 enthält den Grundsatz, daß natürliche und juristische Personen, Behörden und Einrichtungen der statistischen Auskunftspflicht unterliegen. Sie haben die ordnungsmäßig, d. h. nach den Vorschriften des § 6, angeordneten Fragen zu beantworten.

Sondergesetzliche Bestimmungen, z. B. über Berufsgeheimnisse, Amtsverschwiegenheit usw., werden durch die hier normierte Auskunftspflicht nicht berührt. Durch die selbständig begründete Auskunftspflicht werden die Lücken für alle Bundesstatistiken geschlossen, für die eine Auskunftspflicht nicht aus der Verordnung über Auskunftspflicht vom 13. Juli 1923 (Reichsgesetzbl. I S. 723) abgeleitet werden kann.

Absatz 2

Absatz 2 erläutert den Inhalt der Auskunftspflicht und bestimmt, daß die Auskünfte grundsätzlich unentgeltlich erteilt werden müssen. Da statistische Arbeiten termingebunden sind und verspätet erteilte Auskünfte nicht nur zwecklos sind, sondern auch den Wert des statistischen Ergebnisses in Frage stellen, war es erforderlich, besonders zu bestimmen, daß die Fragen fristgemäß beantwortet werden müssen.

Absatz 3

Die Vorschrift regelt die Form der Auskunftserteilung.

Absatz 4

Im Interesse der Richtigkeit und Vollständigkeit der Beantwortung und damit des statistischen Ergebnisses besteht in der Praxis das dringende Bedürfnis, daß sich die Zähler oder sonst mit der Erhebung betrauten Personen an Ort und Stelle von der Richtigkeit der Angaben der Befragten überzeugen. Sehr häufig ist insbesondere bei repräsentativen Erhebungen das Interesse an der wahrheitsgemäßen und vollständigen Auskunft so groß, daß die Vorschriften über Geldbußen nicht ausreichen, um dieses Interesse zu schützen. Durch eine nachträglich auferlegte Geldbuße kann der oft erhebliche Schaden, der durch unrichtige und unvollständige Auskünfte angerichtet wird, nicht wieder gut gemacht werden. Ebenso häufig werden in der Praxis aus Nachlässigkeit, Unachtsamkeit oder Ungewandtheit im Schreiben und beim Lesen der Erhebungspapiere unrichtige Auskünfte ohne Absicht und Vorsatz gegeben.

In allen Fällen, in denen es auf die Richtigkeit auch weniger Einzelangaben entscheidend ankommt, muß daher durch besondere Vorschrift eine Verpflichtung begründet werden, die Nachprüfung der Richtigkeit der Angaben an Ort und Stelle zu dulden. Eine Verpflichtung, den Zählern und den mit der Erhebung betrauten Personen das Betreten der Wohnung zu gestatten, besteht nicht.

Absatz 5

Die Vorschrift beschränkt die Verpflichtung, die ja einen Eingriff in die private Rechtssphäre darstellt, auf die Fälle, in denen die Rechtsvorschrift, durch die die Statistik angeordnet wird, auf die Vorschrift des Absatzes 4 ausdrücklich Bezug nimmt. Dadurch soll einer überflüssigen Ausweitung der Verpflichtung des Absatzes 4 entgegengewirkt werden.

Zu § 11

Die Vorschrift umreißt den Kreis der Auskunftsberechtigten.

Zu § 12

Absatz 1

Hier wird der Grundsatz festgelegt, daß alle Einzelangaben von allen Auskunftsberechtigten geheimzuhalten sind und insbesondere nicht zu Auskünften und Anzeigen an die Finanzämter benutzt werden dürfen.

Absatz 2

Das Interesse des Auskunftsverpflichteten an der Geheimhaltung erstreckt sich aber nicht nur auf das durch Strafvorschriften sanktionierte Verbot der Veröffentlichung oder Bekanntgabe von Einzelangaben, sondern ebenso auf Art und Umfang der Verwertung von Einzelangaben durch die obersten Bundes- und Landesbehörden, für deren Aufgabengebiete die Statistiken durchgeführt werden. Deshalb bestimmt Absatz 2, daß die Weitergabe von Einzelangaben von der erhebenden Behörde oder Stelle im Wege der dienstlichen Berichterstattung an die fachlich zuständigen obersten Bundes- und Landesbehörden nur zulässig ist, wenn und soweit es den Befragten vorher bekanntgegeben worden ist. Der Rechtsschutz der Befragten erfordert es, daß, wenn schon eine allgemeine statistische Auskunftspflicht begründet wird, die einen Eingriff in die private Rechtssphäre des einzelnen darstellt, dieser auch erfährt, inwieweit und zu welchem Zweck seine Einzelangaben verwertet werden.

Absatz 3

Die Vorschrift gibt eine Definition des Begriffs »Einzelangabe«, vor allem um Unsicherheit in der strafrechtlichen Praxis bei der Verfolgung der unbefugten Weitergabe von Einzelangaben zu vermeiden.

Zu § 13

Die Strafbestimmung gibt die notwendige Sicherung der Interessen der Befragten an der Geheimhaltung ihrer Angaben.

Zu § 14

Während die Verletzung der Geheimhaltungspflicht als Straftat angesehen wird, ist die Verletzung der Auskunftspflicht nur eine Ordnungswidrigkeit. Es ist anzunehmen, daß Geldbußen bis zur Höhe von 10 000 Deutsche Mark ausreichend sein werden, um die Auskunftspflicht in allen Fällen durchzusetzen.

Zu § 15

Es ist nicht möglich gewesen, eine abstrakte allgemein verbindliche Definition des Begriffs »Bundesstatistik« oder »Statistik für Bundeszwecke« zu finden. Es wird daher auch in Zukunft von Fall zu Fall geprüft werden müssen, ob eine geplante Statistik eine Bundesstatistik ist.

Für die bei Inkrafttreten des Gesetzes bereits laufenden Statistiken muß daher bestimmt werden, ob sie als »Bundesstatistiken« gelten sollen. Die Weiterführung als Bundesstatistik ist jedoch nur für die Dauer von zwei Jahren möglich. Innerhalb dieser Zeit müssen die Voraussetzungen der Abschnitte III—IV, insbesondere des § 6 nachgeholt werden.

Änderungen des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes)

Vom 3. September 1953

- I. Auf Grund des § 4 des Gesetzes zur Regelung finanzieller Beziehungen zwischen dem Bund und den Ländern (Viertes Überleitungsgesetz) vom 27. April 1955 (Bundesgesetzbl. I vom 3. Mai 1955 S. 189) erhält § 8 StatGes folgende Fassung:

»§ 8

Die Kosten der Bundesstatistiken werden, soweit sie bei den Bundesbehörden entstehen, vom Bund, im übrigen von den Ländern getragen.«

Diese Änderung ist nach § 11 des o. a. Gesetzes am 4. Mai 1955 in Kraft getreten.

-
- II. Die gemäß § 16 Abs. 1 StatGes am 24. September 1955 abgelaufene Frist wurde durch das nachstehend abgedruckte Gesetz um zwei Jahre verlängert.

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke

Vom 8. August 1955¹⁾

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

In § 16 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) werden die Worte »zwei Jahre« ersetzt durch die Worte »vier Jahre«.

§ 2

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (BGBl. I S. 1) auch im Land Berlin.

¹⁾ BGBl. I vom 15. August 1955 S. 507.

§ 3

Dieses Gesetz tritt am 25. September 1955 in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 8. August 1955

Der Bundespräsident
Theodor Heuss

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Blücher

Der Bundesminister des Innern
Dr. Schröder

Begründung¹⁾

Nach § 16 Abs. 1 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 können laufende Statistiken des Bundes und der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, für die beim Inkrafttreten des Statistischen Gesetzes keine Rechtsgrundlagen nach seinem Abschnitt III vorliegen, zwei Jahre nach Inkrafttreten des Statistischen Gesetzes nicht mehr als Bundesstatistiken durchgeführt werden.

Diese Vorschrift verfolgt den Zweck, daß innerhalb der gesetzlichen Frist der Umfang der gesamten Bundesstatistik überprüft wird. Bei dieser Gelegenheit sollte festgestellt werden, ob und in welchem Umfange Statistiken noch durchgeführt werden, auf die in Zukunft verzichtet werden kann. An diesen Feststellungen sind in erster Linie die Länder

interessiert, die nach Art. 83 GG und nach § 8 des StatGes grundsätzlich die Kosten der Bundesstatistik zu tragen haben. Eine sinnvolle Beteiligung der Länder setzt eine Abstimmung der Ressortauffassungen in den einzelnen Ländern und darüber hinaus eine zusammengefaßte Stellungnahme aller Länder voraus. Dieses Verfahren bedarf allerdings einer längeren Zeit als bei der Abfassung des StatGes vorausgesehen werden konnte.

Da auf die Einschaltung der Länder bei den zu schaffenden neuen Rechtsgrundlagen nicht verzichtet und es den Ländern nicht zugemutet werden kann, in einer den sachlichen Bedürfnissen abträglichen Eile zu den Vorlagen der Bundesregierung Stellung zu nehmen, ist eine Verlängerung der Frist des § 16 Abs. 1 StatGes erforderlich.

III. Die durch das Änderungsgesetz vom 8. August 1955 um zwei Jahre verlängerte Frist gemäß § 16 Abs. 1 StatGes wird durch das nachstehend abgedruckte Gesetz um

zwei weitere Jahre, d. h. bis einschließlich 24. September 1959, verlängert.

Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke Vom 15. Juli 1957²⁾

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

In § 16 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 8. August 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 507) werden die Worte »vier Jahre« ersetzt durch die Worte »sechs Jahre«.

§ 2

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 3

Dieses Gesetz gilt nicht im Saarland.

§ 4

Dieses Gesetz tritt am 25. September 1957 in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 15. Juli 1957

Der Bundespräsident
Theodor Heuss

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Blücher

Der Bundesminister des Innern
Dr. Schröder

Einfügung eines Abschnitts VII a in das Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke

IV. Auf Grund des § 8 des Gesetzes zur Durchführung der Verordnung Nr. 70/66/EWG (Agrarstrukturerhebungsgesetz) vom 23. Dezember 1966 (BGBl. I S. 682), in Kraft getreten am 29. Dezember 1966, wird nach § 15 StatGes folgender Abschnitt VII a eingefügt:

„Abschnitt VII a
Besondere Bestimmungen für Statistiken der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft

§ 15 a

Die §§ 10 bis 15 sind auch auf statistische Erhebungen anzuwenden, die durch eine Verordnung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft oder der Europäischen Atomgemeinschaft angeordnet sind. Dies gilt für die §§ 13 bis 15 auch dann, wenn die Auskunftspflicht oder Geheimhaltungspflicht in einer Verordnung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft oder der Europäischen Atomgemeinschaft oder in einem hierzu erlassenen Durchführungsgesetz bestimmt ist.“

Aufhebung des § 15 und Änderung des § 15 a in § 15 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke

"§ 15

Artikel 35 des Einführungsgesetzes zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (EGOWiG) vom 24. Mai 1968 (BGBl. I S. 503), in Kraft getreten am 1. Oktober 1968, hebt § 15 StatGes auf.

Der bisherige § 15 a wird in folgender Fassung § 15:

Die §§ 10 bis 14 sind auch auf statistische Erhebungen anzuwenden, die durch eine Verordnung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft oder der Europäischen Atomgemeinschaft angeordnet sind. Dies gilt für die §§ 13 und 14 auch dann, wenn die Auskunftspflicht oder Geheimhaltungspflicht in einer Verordnung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft oder der Europäischen Atomgemeinschaft oder in einem hierzu erlassenen Durchführungsgesetz bestimmt ist."

Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Kultur
Gesetz über eine Zählung der Bevölkerung
und der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen im Jahre 1961
sowie über einen Verkehrszensus im Jahre 1962
(Volkszählungsgesetz 1961)

Vom 13. April 1961¹⁾

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

(1) Am 6. Juni 1961 werden eine Volks- und Berufszählung mit Feststellungen über die bewohnten Gebäude sowie eine Zählung der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen (allgemeine Arbeitsstättenzählung) durchgeführt.

(2) Am 30. September 1962 wird ein Verkehrszensus durchgeführt, der alle in § 5 Nr. 1 und 3 bezeichneten Arbeitsstätten und Unternehmen sowie bis zu 15 vom Hundert der in § 5 Nr. 2 bezeichneten Arbeitsstätten und Unternehmen umfaßt.

§ 2

Zu den in § 1 bezeichneten Zählungen können Probebefragungen und Kontrollbefragungen sowie eine Gebäudevorerhebung durchgeführt werden.

§ 3

Bei der Volks- und Berufszählung werden erhoben:

1. Als Merkmale zu Person, Familie und Haushalt
 - a) Angaben zur Person, Stellung zum Haushaltsvorstand, Religionszugehörigkeit, Staatsangehörigkeit, zweiter Wohnsitz; Zuzug in den Geltungsbereich dieses Gesetzes, Angaben über Vertriebene, Sowjetzonenflüchtlinge, ehemalige Kriegsgefangene und Internierte; abgeschlossene Ausbildung an einer Berufsfach-, Fach- oder Hochschule;
 - b) für abwesende Haushaltsmitglieder außerdem Grund der Abwesenheit und Art der Unterkunft am Aufenthaltsort, für besuchsweise Anwesende Grund der Anwesenheit und ständiger Wohnort;
 - c) für bestehende Ehen das Eheschließungsjahr;
 - d) Stellung im Erwerbsleben; Arbeitsstätte, Umfang der Erwerbstätigkeit, ausgeübter Beruf, Stellung im Beruf;
 - e) für Personen mit getrennter Wohn- und Arbeits- bzw. Ausbildungsstätte, außerdem Angaben über den Weg zur Arbeits- bzw. Ausbildungsstätte;
 - f) für Inhaber oder Leiter einer nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätte, außerdem Angaben über die beschäftigten Personen.

2. Für bewohnte Gebäude, Bodenbewirtschaftung und Binnenfischerei
 - a) Baujahr, Art und Ausstattung der Gebäude und ihre räumliche Einteilung;
 - b) Größe der bewirtschafteten Bodenfläche, Beschäftigung familienfremder Arbeitskräfte; bei bewirtschafteten Gesamtflächen unter 0,5 ha Art der Nutzung;
 - c) Bestand und Art von Binnenfischereibetrieben.

§ 4

Bei der allgemeinen Arbeitsstättenzählung werden erhoben:

1. Art der Arbeitsstätten und Unternehmen und der ausgeübten Tätigkeiten;
2. Zahl und Art der Voll- und Teilbeschäftigten;

¹⁾ BGBl. I vom 18. April 1961 S. 437.

3. Rechtsform der Unternehmen;
4. Unternehmen von Vertriebenen und Sowjetzonenflüchtlingen;
5. Art der vorhandenen Transportmittel und Verkehrseinrichtungen sowie Zahl der vorhandenen Kraftfahrzeuge.

§ 5

Bei dem Verkehrszensus 1962 werden erhoben:

1. Bei Arbeitsstätten und Unternehmen des gewerblichen Verkehrs
 - a) Art und Tätigkeiten dieser Arbeitsstätten und Unternehmen;
 - b) Zahl der Voll- und Teilbeschäftigten nach der Art ihrer im Verkehr ausgeübten Funktionen und nach der Stellung im Betrieb sowie die von ihnen in einem Monat geleisteten Arbeitsstunden;
 - c) Zahl, Art und Kapazität der Transportmittel und Verkehrseinrichtungen;
 - d) Umsatzstruktur, Aufwendungen für wichtige Fremdleistungen und für Löhne und Gehälter im Geschäftsjahr 1961;
 - e) Anschaffung und Verkauf von Anlagevermögen in den Geschäftsjahren 1960 und 1961.
2. Bei Arbeitsstätten und Unternehmen mit Werkverkehr
 - a) Art und Tätigkeiten dieser Arbeitsstätten und Unternehmen im Verkehr;
 - b) Zahl der Voll- und Teilbeschäftigten nach der Art ihrer im Verkehr ausgeübten Funktionen sowie die von ihnen in einem Monat geleisteten Arbeitsstunden;
 - c) Zahl, Art und Kapazität der selbst genutzten Transportmittel und Verkehrseinrichtungen.
3. Bei Arbeitsstätten und Unternehmen, die neben anderen Tätigkeiten auch Verkehrsleistungen für fremde Rechnung ausführen, außer den Angaben zu Nummer 2 auch Angaben über die Erlöse für diese Verkehrsleistungen im Geschäftsjahr 1961.

§ 6

Auskunftspflichtig sind

1. für die Volks- und Berufszählung die Haushaltsvorstände und die volljährigen Mitglieder der Haushalte sowie die Grundstücks- bzw. Gebäudeeigentümer oder -verwalter oder deren Vertreter;
2. für die allgemeine Arbeitsstättenzählung sowie für den Verkehrszensus die Inhaber oder Leiter der Arbeitsstätten und Unternehmen.

§ 7

(1) Die Landesregierungen bestimmen die Erhebungsstellen.

(2) Zur Übernahme der ehrenamtlichen Zählertätigkeit ist jeder Deutsche vom 18. Lebensjahr an verpflichtet. Die Zählertätigkeit darf nur aus wichtigem Grunde abgelehnt werden. Jugendliche, die das 16. Lebensjahr vollendet haben, können mit Zustimmung des Erziehungsberechtigten als Zähler eingesetzt werden.

(3) Der Zähler ist berechtigt und verpflichtet, die notwendigen Eintragungen selbst vorzunehmen, soweit dies zur Erfüllung des Zählungszweckes erforderlich und der Auskunftspflichtige hiermit einverstanden ist.

§ 8

(1) Der Bund, die Länder, die Gemeinden, Gemeindeverbände und sonstige Körperschaften des öffentlichen Rechts sind verpflichtet, ihre Bediensteten auf Anforderung der Erhebungsstellen für die Zählertätigkeit zur Verfügung zu stellen.

(2) Lebenswichtige Tätigkeit öffentlicher Dienste darf durch diese Verpflichtung nicht unterbrochen werden.

§ 9

(1) Alle mit den Zählungen und Befragungen nach §§ 1 und 2 sowie mit der Bearbeitung der Zählpapiere befaßten Personen sind zur Verschwiegenheit über alle persönlichen und sachlichen Angaben verpflichtet, die bei der Zählung zu ihrer Kenntnis gelangen. Die Vorschriften des § 12 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) bleiben unberührt.

(2) Die Weiterleitung von Einzelangaben nach §§ 3 und 4 mit Ausnahme der Angaben über Namen und Anschrift der befragten Personen, Arbeitsstätten und Unternehmen für wissenschaftliche Zwecke ist zugelassen, wenn die Geheimhaltung (§ 12 Abs. 1 und 4 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke) gewährleistet ist.

(3) Die Gebäude- und Haushaltslisten der Volks- und Berufszählung können mit entsprechenden Unterlagen der Gemeinden verglichen werden; die Angaben über den Vor- und Zunamen, das Geburtsdatum und die Anschrift können zur Berichtigung der Melderegister benutzt werden.

§ 10

Der Bund gewährt den Ländern zum Ausgleich der Mehrbelastungen, die ihnen und den Gemeinden durch dieses Gesetz und die damit zusammenhängenden ergänzenden Zählungen der Landwirtschaft und des Handels auferlegt werden, eine Finanzausweisung in Höhe von 1,35 DM je Einwohner. Maßgebend ist die Wohnbevölkerung, die das Statistische Bundesamt für den 6. Juni 1961 feststellt. Die Finanzausweisung ist in drei gleichen Teilbeträgen am 1. Juli 1961, 1. Juli 1962 und 1. Juli 1963 zu zahlen.

§ 11

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 12

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 13. April 1961

Der Bundespräsident
Lübke

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Ludwig Erhard

Der Bundesminister des Innern
Dr. Schröder

Begründung¹⁾

A. Allgemeine Begründung

Volkszählungen finden als »Bestandsaufnahmen« der Bevölkerung in allen Ländern in gewissen Zeitabständen statt. Sie erfassen die gesamte Bevölkerung in ihrer Gliederung nach Geschlecht, Alter, Beruf und weiteren Merkmalen. Häufig sind sie mit einer Zählung der Wohnungen oder der Arbeitsstätten verbunden.

Die Ergebnisse der letzten Volkszählung in der Bundesrepublik vom September 1950 sind zum großen Teil nicht mehr verwendbar. Die Bevölkerungszahl im Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) hat sich von rd. 50 Millionen auf etwa 55 Millionen (Stand Ende 1959) erhöht; darunter befinden sich 3,3 Millionen Zugewanderte aus der SBZ und Berlin. Das Saarland ist in den Geltungsbereich des Grundgesetzes eingegliedert worden. Die Hochkonjunktur hat die beruflichen und sozialen Verhältnisse für große Teile der Bevölkerung beträchtlich geändert. Diese Gründe erfordern eine erneute Zählung. Die Ergebnisse der Zählung sollen als Rahmen für die laufende statistische Beobachtung dienen und ein vollständiges Bild der Bevölkerung in ihrer demographischen und sozialen Struktur und in ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit auch in tiefer regionaler Gliederung geben. Außerdem soll die Zählung für die sogenannte Fortschreibung der Bevölkerung eine neue Grundlage und zuverlässiges Ausgangsmaterial liefern. Durch den Ausbau der laufenden Statistiken ist eine Verlängerung des Zeitraumes zwischen zwei Zählungen, der in den beiden letzten Jahrzehnten im Durchschnitt sechs Jahre betrug, und eine entsprechende Kostenreduzierung möglich geworden.

Die Zählung ist auch für die immer mehr zunehmende internationale Zusammenarbeit von Bedeutung. Die Vereinten Nationen haben für die Jahre um 1960 Volkszählungen mit einem bestimmten Mindestprogramm empfohlen. Fast alle Staaten werden dieser Anregung folgen und sich damit, nachdem zuletzt Zählungen für die Jahre um 1950 empfohlen worden waren, einem zehnjährigen Turnus für allgemeine Volkszählungen nähern. Für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft werden die Ergebnisse der Zählung wertvolles Material liefern und den für die Schaffung eines gemeinsamen Marktes und die mit der sozialen Harmonisierung zusammenhängenden Aufgaben erforderlichen Überblick über die Bevölkerung und Wirtschaft im gesamten Bereich der Wirtschaftsgemeinschaft geben.

¹⁾ Bundestagsdrucksache Nr. 2255 vom 30. November 1960 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben).

Das Zählungsprogramm besteht aus

einer Volks- und Berufszählung und

einer allgemeinen Zählung der Arbeitsstätten und Unternehmen (ohne Landwirtschaft).

Die Zählungen sollen gemeinsam im Mai 1961 durchgeführt werden. Mit der Volks- und Berufszählung sollen einige wohnungsstatistische Feststellungen verbunden werden. Für 1962 ist außerdem eine besondere Zählung der Arbeitsstätten und Unternehmen des gewerblichen Verkehrs oder mit Werkverkehr (Verkehrszensus 1962) vorgesehen.

Die gemeinsame Durchführung einer Volks- und Berufszählung mit einer allgemeinen Arbeitsstättenzählung hat organisatorische und sachliche Vorteile. Die für die Volkszählung erforderliche Einteilung aller Gemeinden in Zählbezirke und der Einsatz von rd. 650 000 Zählern mit Befragung jedes Haushaltes werden gleichzeitig als geeignete Erhebungsorganisationen angesehen, um bei der Zählung der Arbeitsstätten die vollständige Erfassung aller Arbeitsstätten zu ermöglichen. Hinsichtlich der Angaben der Personen und der Arbeitsstätten über die Art und Zahl der Beschäftigten ergeben sich dabei günstige Vergleichs- und Abstimmungsmöglichkeiten.

Die Volks- und Berufszählung wird, wie schon 1950, den Hauptteil des ganzen Zählungswerkes bilden. Über das traditionelle Erhebungsprogramm hinaus sind einige Fragen nach dem erreichten Ausbildungsgrad und dem Weg zur Arbeitsstätte vorgesehen. Von besonderer Bedeutung ist es, daß die Berufszählung ein umfassendes Bild der Erwerbstätigkeit der Bevölkerung bringen wird. Die laufenden Statistiken auf diesem Gebiet erbrachten bisher nur Ausschnitte oder nur Zahlen von begrenzter sachlicher und regionaler Tiefe. Das Vorhandensein vollständiger, zuverlässiger und zwischen den Wirtschaftsbereichen vergleichbarer Zahlen über den Beschäftigtenstand ist für eine Fülle wirtschafts- und sozialpolitischer Zwecke von größter Bedeutung.

Als Beispiele seien die mit dem sogenannten Grünen Bericht über die Lage der Landwirtschaft und die mit der Rentenanpassung verbundenen Fragen genannt.

Auf eine Wohnungsstatistik wurde im Gegensatz zu 1950 verzichtet. Es sollen nur einige gebäude- und wohnungsstatistische Feststellungen getroffen werden, die sich vor allem auf Art und Ausstattung der bewohnten Gebäude erstrecken. Sie werden, da

sich die Wohnungsbaupolitik in den kommenden Jahren stärker der Sanierung von Gebäuden und Wohnungen und der Erstellung besser ausgestatteter Wohnbauten zuwendet, als vorerst ausreichend angesehen.

Die allgemeine Arbeitsstättenzählung erstreckt sich auf sämtliche Wirtschaftsbereiche mit Ausnahme der Landwirtschaft, deren Zählung bereits Ende Mai 1960 stattgefunden hat. Durch diese Rahmen-Erhebung soll ein Überblick über die vorhandenen Arbeitsstätten im weitesten Sinne geschaffen werden. Daher werden auch z. B. die freien Berufe, die Behörden und öffentlichen Einrichtungen sowie die privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter erfaßt. Das Programm ist auf die Ermittlung einiger Strukturdaten, wie Zahl und Art der Arbeitsstätten und der in ihnen beschäftigten Personen, beschränkt. Weitergehende Befragungen bleiben wie bisher Sonderzählungen vorbehalten, die auf die Verhältnisse der einzelnen Bereiche abgestimmt sind und von denen z. B. im Herbst 1960 eine Handels- und Gaststättenzählung durchgeführt wurde.

Eine Sonderzählung stellt auch der im Gesetzentwurf für das Jahr 1962 vorgesehene Verkehrszensus dar. Im Verkehrsbereich sind wirtschaftliche Daten über die institutionellen Einheiten kaum vorhanden; unter Verwendung des bei der Landwirtschaftszählung 1960 und der allgemeinen Arbeitsstättenzählung 1961 gewonnenen Anschriftenmaterials sollen alle in Betracht kommenden Arbeitsstätten und Unternehmen nach Zahl, Art und Kapazität der Verkehrseinrichtungen, nach der Gliederung der Beschäftigten und nach dem Umsatz ermittelt werden. Da Verkehrsfunktionen in bedeutendem Umfang auch von Unternehmen ausgeübt werden, deren Schwerpunkt in anderen Wirtschaftsbereichen liegt (Werkverkehr), sollen diese Unternehmen ebenfalls in die Befragung einbezogen werden.

B. Besondere Begründung

Zu § 1

Der vorgesehene Stichtag im Mai 1961 bietet im Verhältnis zu anderen möglichen Terminen für die Durchführung der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung sachlich, organisatorisch und jahreszeitlich die günstigsten Voraussetzungen. Der Beschäftigtenstand entspricht annähernd dem Jahresdurchschnitt. Die Ermittlung der Gesamtbevölkerung, insbesondere die Zuordnung der Personen zu ihrem ständigen Wohnsitz, ist noch nicht durch die Haupturlaubszeit beeinträchtigt. Auch die ohnehin schwierige Zählergewinnung ist im Mai noch nicht zusätzlich durch die Reisesaison erschwert. Für die Erfassung der landwirtschaftlichen Bevölkerung und den Zählereinsatz auf dem Lande ist der Stichtag günstig, weil die Haupterntezeit noch nicht begonnen hat. Die Gemeinden sind ferner noch nicht durch die Vorbereitung der im September 1961 stattfindenden Bundestagswahlen in Anspruch genommen. Für den Verkehrszensus kann ein genauer Stichtag nicht im voraus festgelegt werden, weil für die auf dem Postwege durchzuführende Erhebung erst das oben in Abschnitt A (letzter Absatz) erwähnte Anschriftenmaterial vorliegen muß. Es kann aber damit gerechnet werden, daß die Befragung etwa im Mai 1962 möglich sein wird. Die Unternehmen des gewerblichen Verkehrs (§ 5 Nr. 1) und solche Unternehmen, die neben dem Werkverkehr auch Verkehrsleistungen für fremde Rechnung ausführen (§ 5 Nr. 3), werden wegen ihrer Bedeutung für den Verkehrsmarkt und die Verkehrspolitik vollzählig erfaßt. An die Unternehmen, die nur Werkverkehr ausüben (§ 5 Nr. 2), werden wesentlich weniger Fragen gestellt. Hier genügt eine repräsentative Erhebung, die im Durchschnitt höchstens bis zu 15 v. H. der Arbeitsstätten und Unternehmen dieser Art erfaßt.

Zu § 2

Erfahrungen bei früheren Zählungen haben gezeigt, daß räumlich begrenzte Probeerhebungen erheblich zur Verbesserung der Zählungsvorbereitungen und indirekt des Zählungsergebnisses beitragen. Die Fragebogen können auf ihre Verständlichkeit und die Erhebungsorganisation auf ihre Zweckmäßigkeit überprüft und Mängel rechtzeitig abgestellt werden. Gebäudelisten sichern die lückenlose Erfassung der Bevölkerung sowie die vollständige und richtige Beantwortung der Fragen über die Gebäude. Das Ausfüllen der Gebäudelisten einige Zeit vor dem Zählungstermin — Gebäudevorerhebung — entlastet die Zähler in Fällen, in denen der Eigentümer nicht auf seinem Grundstück wohnt und daher am Zählungstage nicht dort angetroffen werden kann, oder sonstige wenig übersichtliche Verhältnisse herrschen.

Kontrollbefragungen während oder nach der Zählung dienen dazu, die Ergebnisse auf ihre Zuverlässigkeit zu prüfen und zu verbessern.

Zu § 3

Die Volks- und Berufszählung 1961 ermittelt großenteils Tatbestände, die schon seit langem zum Programm der deutschen Volkszählungen gehören, wie Geschlecht, Familienstand, Alter, Stellung zum Haushaltsvorstand, Religionszugehörigkeit, Beruf, Stellung im Beruf und Wirtschaftszweig der Arbeitsstätte der Erwerbstätigen. Andere Fragen wie die nach Vertriebenen- und Flüchtlingseigen-

schaft ergeben sich aus der besonderen Situation der Bevölkerung der Bundesrepublik und sind bereits in der Zählung von 1950 enthalten gewesen. Aus den genannten Angaben sowie aus der Ermittlung der Kinderzahl lassen sich wichtige Erkenntnisse über die Zusammensetzung der Haushalte und Familien und über die künftige Bevölkerungsentwicklung gewinnen. Die Kenntnis der Haushalts- und Familienstruktur ist wegen ihrer allgemeinen Bedeutung für Staat, Gesellschaft und Wirtschaft wichtig; als wirtschaftende Einheiten beeinflussen Haushalte und Familien durch ihre Nachfrage Verbrauch und Produktion.

Die Haushalts- und Familienstatistik wird zentral durch das Statistische Bundesamt aufbereitet, wobei zur Kostenersparnis nur eine Stichprobe von 10 v. H. der Angaben ausgewertet wird. Ebenso wird bei der Aufbereitung der Angaben über Heimkehrer aus Kriegsgefangenschaft und Internierung und über den Weg zur Arbeitsstätte verfahren.

Außerdem werden verschiedene Merkmale erhoben, die auf Grund internationaler Empfehlungen, auf Wunsch der Bundesministerien oder anderer interessierter Stellen aufgenommen wurden. So werden die Feststellungen über den erreichten Ausbildungsgrad (Berufsfach-, Fach- oder Hochschule) den bisher nicht vorhandenen Überblick über Zahl, Art und Altersgliederung der hochqualifizierten Arbeitskräfte erlauben. Diese Gesamtzahlen bilden die Voraussetzung für Spezialuntersuchungen über das Nachwuchsproblem besonders in technischen und wissenschaftlichen Berufen. Die erstmals gestellten Fragen nach dem Weg zur Arbeits- bzw. Ausbildungsstätte gestatten vergleichende Untersuchungen u. a. über die Leistungsfähigkeit des Nahverkehrs, den Grad der Motorisierung im Berufsverkehr sowie über die Dauer der berufsbedingten Abwesenheit.

Die Fragen über Kriegsgefangenschaft und Internierung gehen auf einen Bundestagsbeschluß vom 2. Juli 1953 zurück, in dem Unterlagen für eine Ausweitung des Kriegsgefangenenentschädigungsgesetzes gefordert werden. Sie sollen ferner Unterlagen für eine Schlußbilanz über diese Seite der Kriegsfolge liefern.

Der Verzicht auf eine umfangreiche Wohnungszählung ermöglicht eine Einschränkung des Zählungsprogramms bei nicht unbeträchtlicher Kosteneinsparung. Die wenigen Fragen nach Baujahr, Art und Ausstattung der bewohnten Gebäude sowie nach der Zahl der in den Gebäuden enthaltenen Wohnungen, die von den Grundstücks- bzw. Gebäudeeigentümern oder -verwaltern bzw. deren Vertretern in den als Leitpapier ohnehin benötigten Gebäudelisten zu beantworten sind, dürften für die Wohnungspolitik der nächstfolgenden Jahre ausreichen.

Die Erfassung der bewirtschafteten Bodenflächen und die Art der Nutzung bei bewirtschafteten Gesamtflächen unter 0,5 ha einschließlich der Kleingärten stellt eine Ergänzung der Angaben in der Landwirtschaftszählung 1960 dar, bei der nur die bewirtschafteten Flächen von 0,5 ha aufwärts ermittelt wurden. Die Erfassung der Kleinsflächen erscheint auch vom ernährungswirtschaftlichen Standpunkt erforderlich. Auch soziologisch ist ihre Erfassung im Zusammenhang mit Zahl und Gliederung der an der Bodenbewirtschaftung beteiligten Personen und Haushalte wichtig. Die bei den jährlichen Bodennutzungserhebungen nötigen Schätzungen dieser Flächen müssen außerdem von Zeit zu Zeit durch Totalerhebungen auf den neuesten Stand gebracht werden.

Mit den Fragen nach Vorhandensein und Art von Binnenfischereibetrieben soll das Adressenmaterial für eine später durchzuführende Binnenfischereierhebung beschafft werden.

Zu § 4

Die allgemeine Arbeitsstättenzählung erfaßt lediglich zu vorhandenem Material noch fehlende Angaben über die Zahl und Art der Arbeitsstätten und Unternehmen, die Rechtsform der Unternehmen und Vertriebenen- oder Flüchtlingseigenschaft ihrer Inhaber sowie die Zahl der beschäftigten Personen nach Geschlecht und Stellung im Betrieb. Bei der heutigen Lage des Arbeitsmarktes ist die zusätzliche Erfassung von Voll- und Teilbeschäftigten notwendig.

Eine Anschlußfrage über die Art der vorhandenen Transportmittel und Verkehrseinrichtungen dient der Adressenermittlung für den Verkehrszensus. Bei Kraftfahrzeugen wird außerdem deren Zahl erfragt.

Zu § 5

Der für 1962 vorgesehene Verkehrszensus besteht aus einer tiefergehenden Befragung der Unternehmen der gesamten Verkehrswirtschaft — einschließlich Bundesbahn und Bundespost — und aus einer eingeschränkten Befragung der Arbeitsstätten und Unternehmen mit Werkverkehr. Zur Verkehrswirtschaft gehören alle Unternehmen, bei denen die Verkehrstätigkeit für fremde Rechnung (gewerblicher Verkehr) überwiegt, z. B. Unternehmen des gewerblichen Güterfernverkehrs mit Kraftfahrzeugen, Reedereien der See- und Binnenschifffahrt, private und kommunale Unternehmen des öffentlichen Personenverkehrs, Speditionsunternehmen u. ä. Aus den anderen Bereichen (ohne private Haushalte, Bundeswehr, Bundesgrenzschutz und vergleichbare Institutionen) werden diejenigen Arbeitsstätten

und Unternehmen einbezogen, deren Fahrzeuge Werkverkehr (Verkehr für eigene Rechnung) betreiben oder nebenbei auch Verkehrsleistungen für fremde Rechnung erbringen.

Durch diese Sonderzählung soll ermittelt werden, welche Kapazitäten den Unternehmen in den verschiedenen Zweigen der Verkehrswirtschaft und der übrigen Wirtschaftsbereiche zur Bewältigung des gesamten volkswirtschaftlichen Verkehrsaufkommens zur Verfügung stehen. Deshalb sollen für alle einbezogenen Unternehmen die einzelnen Verkehrsarten und einige spezielle Verkehrsfunktionen wie beispielsweise die hauptsächlich bedienten Verkehrsrelationen und die überwiegend beförderten Gütergruppen erfragt sowie Feststellungen über Voll- und Teilbeschäftigte, darunter das im Personen- und Güterverkehr eingesetzte Fahr- und Begleitpersonal und deren Arbeitsstunden in einem Stichmonat, sowie über Zahl, Art und Kapazität der Transportmittel und Verkehrseinrichtungen getroffen werden. Bei den Unternehmen, die Werkverkehr betreiben und nebenbei auch Verkehrsleistungen für fremde Rechnung ausführen, werden zusätzlich auch die Erlöse für ihre im Personen- und Güterverkehr erbrachten Leistungen für andere ermittelt.

Da den Unternehmen des gewerblichen Verkehrs, deren Hauptzweck die Verkehrstätigkeit bildet, der größte Teil des Verkehrsaufkommens zufällt, soll der Verkehrszensus zusätzlich besondere Einsichten in deren betriebliche Struktur und Betriebsrechnung vermitteln. Bei diesen Verkehrsunternehmen werden daher neben den oben erwähnten Verkehrsarten und -funktionen auch die sonstigen wirtschaftlichen Tätigkeiten der Unternehmen, ihre Umsatzstruktur, die Aufwendungen für Kraft-, Hilfs- und Betriebsstoffe und Handelsware sowie für Löhne und Gehälter und ferner die letztjährigen Investitionen erfragt. Ein Teil dieser Unterlagen soll gleichzeitig die Berechnung eines Nettoleistungswertes in der Verkehrswirtschaft ermöglichen.

Zu § 6

Diese Vorschrift bestimmt den Kreis der Auskunftspflichtigen. Die Verpflichtung sowohl der Haushaltsvorstände als auch der volljährigen Mitglieder der Haushalte zu Auskünften für die Volks- und Berufszählung ist notwendig für Fälle, in denen der Haushaltsvorstand vom Zähler nicht angetroffen wird oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Auskünfte in ausreichendem Maße zu erteilen. Diese Bestimmung trägt den Erfahrungen der statistischen Ämter bei vorausgegangenen Zählungen Rechnung und soll den Zählern ihre Arbeit erleichtern. Bei der Gebäudevorerhebung ist die Auskunftspflicht wegen des Erhebungsgegenstandes auf die Grundstücks- bzw. Gebäudeeigentümer oder -verwalter oder deren Vertreter abgestellt.

Die Auskunftspflicht für Arbeitsstätten und Unternehmen in den §§ 4 und 5 folgt in ihrer Formulierung der in den Rechtsgrundlagen für vergleichbare Erhebungen der letzten Zeit gewählten Form.

Im Hinblick auf die Wichtigkeit der in § 2 aufgeführten Zählungen und Befragungen ist es notwendig, die Auskunftspflicht auch auf diese zu erstrecken.

Zu §§ 7 und 8

Die Erhebung wird von den Gemeinden durch Befragung der Haushalte und Arbeitsstätten möglichst mit ehrenamtlichen Zählern durchgeführt. Um die Schwierigkeiten der Volkszählung 1950 und der Wohnungszählung 1956, eine ausreichende Zahl geeigneter Zähler zu bekommen, auszuschalten, sind eindeutige Bestimmungen für die Übernahme des Zähleramtes und die Verpflichtung der Behörden zur Zählergestellung vorgesehen. Die für die Volkszählung benötigten Zähler werden sich zum größten Teil aus Beamten und Angestellten des Bundes, der Länder und Gemeinden rekrutieren.

§ 8 Abs. 2 bezieht sich auf öffentliche Dienste, deren Betrieb keine, wenn auch noch so kurzfristige Unterbrechung erlaubt; dabei ist vor allem an Bundesbahn und Bundespost gedacht. Durch diese Bestimmung sollen jedoch nur die für den technischen Betrieb unbedingt notwendigen Personen von der Zählertätigkeit freigestellt werden.

Zu § 9

In Absatz 1 wird die Geheimhaltung aller Einzelangaben gemäß den Bestimmungen des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes.) nochmals ausdrücklich festgelegt. Die Angaben, die der Befragte in Beantwortung der durch das Zählungsgesetz vorgeschriebenen Fragen gemacht hat, dürfen nicht für andere als statistische, insbesondere nicht für steuerliche Zwecke verwendet werden.

Damit jedoch das mit hohem Aufwand erhobene Zahlenmaterial der wissenschaftlichen Auswertung in möglichst großem Umfang zugänglich gemacht werden kann, sollen Hochschulen und wissenschaftlichen Forschungsinstituten für spezielle Forschungsaufgaben auch Einzelangaben zur Verfügung gestellt werden können. Dabei müssen die Angaben über Namen und Anschrift der befragten Personen, Arbeitsstätten und Unternehmen unkenntlich gemacht werden. Die Bestimmungen über die Veröffentlichung von Einzelangaben gelten auch für die auf Grund des Zählungsmaterials vorgenommenen Veröffentlichungen durch die Hochschulen und wissen-

schaftlichen Forschungsinstitute. Die beim Verkehrszensus gewonnenen Angaben sind von der Weiterleitung ausgeschlossen, da sie einen weitgehenden Einblick in die Betriebsstruktur gewähren.

Als weitere Ausnahme wird den Gemeinden gestattet, die Gebäude- und Haushaltslisten der Volks- und Berufszählung mit den Einwohnerverzeichnissen zu vergleichen. Damit soll die Möglichkeit gegeben werden, die Ermittlungen der Zähler zu kontrollieren und ggf. zu ergänzen und auch die Angaben der Einwohnerverzeichnisse auf Grund der bei der Zählung durch die Zähler getroffenen Feststellungen zu berichtigen. Die Abstimmung dient damit sowohl der Sicherung richtiger und vollständiger Zählungsergebnisse als auch der Berichtigung von Einwohnerverzeichnissen durch die Zählung. Da der Vergleich auf die Angaben über Wohnung, Vor- und Zunamen sowie Geburtsdatum zu beschränken ist, wird die Geheimhaltung für die sachlichen Angaben gewahrt.

Zu § 10

Die Vorschrift des § 10 regelt auf Grund von Artikel 106 Abs. 5 Satz 2 GG den Ausgleich der Mehrbelastung, die den Ländern durch die Zählungen gemäß §§ 1 und 2 dieses Gesetzentwurfs und die durch besondere Gesetze angeordnete Landwirtschaftszählung 1960 sowie die Handelszählung 1960 auferlegt wird. Die Kosten der ergänzenden Sonderzählungen können wegen des Zusammenhangs mit der allgemeinen Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung berücksichtigt werden.

Die Finanzausweisung von 1,20 DM je Kopf der für den 9. Mai 1961 (Stichtag der Volkszählung) durch das Statistische Bundesamt festzustellenden Wohnbevölkerung beträgt rd. 50 v. H. der vom Statistischen Bundesamt gemeinsam mit den statistischen Landesämtern berechneten Gesamtkosten der Länder für die Durchführung des gesamten Zählungswerkes 1960/62 in Höhe von rd. 134 543 000 DM.

Die Finanzminister und Finanzsenatoren der Bundesländer haben sich auf der 203. Sitzung des Finanzausschusses des Bundesrates (Niederschrift vom 18. Februar 1960 Punkt 10) mit dieser grundsätzlichen Regelung abschließend einverstanden erklärt. Dabei bestand Übereinstimmung darüber, daß die bei den Ländern anfallenden Verwaltungskosten der Statistiken für Bundeszwecke nach § 8 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 13. September 1953 entsprechend dem allgemeinen Lastenverteilungsgrundsatz des Artikels 106 Abs. 4 Nr. 1 GG von den Ländern zu tragen sind. Bei Zählungsvorhaben außergewöhnlichen Ausmaßes, wie die vorliegende, mit erheblichen zusätzlichen Kosten verbundene allgemeine Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung und die damit sachlich zusammenhängenden Ergänzungszählungen, kann jedoch die den Ländern und Gemeinden dadurch entstehende Mehrbelastung zum Teil durch Finanzausweisungen des Bundes nach Artikel 106 Abs. 5 Satz 2 GG ausgeglichen werden.

C. Kosten

Die Kosten der in diesem Gesetzentwurf gemäß §§ 1 und 2 angeordneten

Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1961,
Verkehrszensus 1962,
Probe- und Kontrollbefragungen,
Gebäudevorerhebung

sind mit 117 537 000 DM bei Bund und Ländern (einschließlich Berlin [West]) veranschlagt worden.

Die Finanzausweisung des Bundes an die Länder geht von dem Gesamtkostenaufwand für die Großzählungen im Zeitraum 1960 bis 1962 aus und bezieht die Kosten der durch besondere Gesetze angeordneten

Betriebszählung in der Land- und Forstwirtschaft (Landwirtschaftszählung 1960 — BGBl. I S. 217) und der

Zählung im Handel sowie im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe (Handelszählungsgesetz 1960 — BGBl. I S. 313)

ein.

Die Gesamtkosten der angegebenen Zählungen betragen bei Bund und Ländern 146 116 000 DM.

Von diesem Betrag entfallen auf

den Bund 11 573 000 DM,

die Länder (einschließlich Gemeinden) 134 543 000 DM.

Bei einer Finanzausweisung von 1,20 DM je Kopf der am 9. Mai 1961 festgestellten Wohnbevölkerung würden — bei einer für den Zählungstichtag angenommenen Zahl von 56 075 000 Personen — die Länder vom Bund einen Gesamtbetrag von 67 290 000 DM erhalten.

Der genaue Betrag und seine Aufteilung auf die Länder läßt sich abschließend erst feststellen, wenn das Statistische Bundesamt die endgültige Wohnbevölkerungszahl der Länder ermittelt hat.

Eine Aufteilung der Gesamtkosten auf die einzelnen Zählungen nach Bund und Ländern
und in persönliche und sächliche Kosten zeigt die nachstehende Übersicht:
(Beträge in 1000 DM)

Zählung	Bund			Länder			Gesamtkosten in Bund und Ländern
	persönliche	sächliche	zusammen	persönliche	sächliche	zusammen	
	Kosten	Kosten	Kosten	Kosten	Kosten	Kosten	
Landwirtschaftszählung 1960	497	876	1 373	12 430	5 776	18 206	19 579
Handelszählung 1960	520	480	1 000	6 100	1 900	8 000	9 000
Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1961 *)	6 000	2 900	8 900	62 149	42 188	104 337	117 537
Verkehrszensus 1962			300			4 000	
Zählungswerk 1960/62			11 573			134 543	146 116

*) Einschließlich Feststellungen über bewohnte Gebäude, Bodenbewirtschaftung und Binnenfischerei.

Die Arbeiten werden, da es sich um eine zeitlich begrenzte Beanspruchung handelt, bei Bund und Ländern durch Aushilfskräfte durchgeführt.

Gesetz über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus)

Vom 16. März 1957¹⁾

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Im Geltungsbereich dieses Gesetzes wird in den Jahren 1956 bis einschließlich 1959 eine Statistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens auf repräsentativer Grundlage (Mikrozensus) vierteljährlich als Bundesstatistik durchgeführt, und zwar einmal jährlich mit einem Auswahlsatz von 1 vom Hundert und dreimal jährlich mit einem Auswahlsatz von 0,1 vom Hundert der Bevölkerung.

§ 2

Für diese Statistik werden folgende Tatbestände erfaßt:

1. Anzahl und Namen der zur Haushaltung gehörenden Personen, deren Geschlecht, Alter, Stellung zum Haushaltungsvorstand, Familienstand, Kinderzahl, Staatsangehörigkeit, Vertriebenen- (Flüchtlings-)eigenschaft, Wohnsitz und Wohnsitzveränderungen, Körperbehinderung und ihre Ursachen, landwirtschaftliche Nutzfläche der Haushaltung;
2. Beteiligung oder Nichtbeteiligung am Erwerbs- und Berufsleben, im besonderen Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, Beruf, Arbeitsstätte, beschäftigte Arbeitskräfte, Arbeitszeit und Versicherungsschutz.

§ 3

Auskunftspflichtig sind die volljährigen Mitglieder der Haushaltungen.

§ 4

(1) Die Erhebungen werden durch persönliche oder schriftliche Befragung durchgeführt.

(2) Die Auskunftspflichtigen sind berechtigt, auf besonderen Vordrucken erfragte Angaben in verschlossenem Umschlag an das Statistische Landesamt einzusenden.

(3) Die mit der Befragung zu betrauenden Personen sind von den zuständigen Landesbehörden auszuwählen; sie müssen Gewähr für Zuverlässigkeit und Verschwiegenheit bieten.

§ 5

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 6

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 16. März 1957

Der Bundespräsident
Theodor Heuss

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Blücher

Der Bundesminister des Innern
Dr. Schröder

Begründung²⁾

I. Allgemeiner Teil

Internationale Verpflichtungen

Die bestehenden deutschen Statistiken reichen nach ihrer Anlage und nach den verwendeten Definitionen nicht aus, die von der

Organisation für die wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas (OECE) geforderten Zahlen über das sogenannte Arbeitskraftvolumen und die Beschäftigungs- und Erwerbslosigkeitsverhältnisse zu liefern. Der beste Weg, die Unterlagen zu gewinnen, besteht in der Durchführung von Repräsentativstatistiken, wie sie vom Rat der Organisation für die wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas den Mitgliedsländern empfohlen [196. Sitzung vom 31. Oktober 1952 — C (52) 227 (Final)] und in einer Reihe europäischer Länder (z. B. England, Frankreich, Italien) mit gutem Erfolg eingeführt wurden.

¹⁾ BGBl. I vom 19. März 1957 S. 213. — ²⁾ Bundestagsdrucksache Nr. 2695 vom 19. September 1956 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben).

Die Aufgaben des Mikrozensus

Aus dem Plan, diese internationalen Verpflichtungen zu erfüllen, hat sich das Vorhaben des deutschen Mikrozensus entwickelt, wobei diese ursprünglichen Ziele mit statistischen Aufgaben verbunden werden, die von Regierung, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft der deutschen amtlichen Statistik gestellt werden und die durch die Notwendigkeit bedingt sind, Veränderungen in der wirtschaftlichen Situation schnell zu erkennen. Die Aufgaben des Mikrozensus sind

1. international vergleichbare Zahlen über das Arbeitskraftvolumen gemäß den Empfehlungen der OEEC und des Internationalen Arbeitsamtes zu gewinnen,
2. ein deutsches Berichtswesen zu schaffen, in dem in regelmäßigen kurzen Abständen schnell, billig und zuverlässig die wichtigsten Veränderungen der bevölkerungs- und erwerbsstatistischen Daten ermittelt werden, um damit die vieljährige Lücke zwischen jeweils zwei Volks- und Berufszählungen zu überbrücken und die Ergebnisse auf dem neuesten Stand zu halten,
3. verbesserte bevölkerungs- und wirtschaftsstatistische Erkenntnisse zu gewinnen, die durch das System der persönlichen Befragung gegenüber der weniger zuverlässigen Ausfüllung der Fragebogen durch die Befragten selbst ermöglicht werden.

Durch die bevölkerungsstatistischen Ergebnisse des Mikrozensus wird nicht nur die vieljährige Spanne zwischen zwei Volkszählungen überbrückt, für die international 10 Jahre empfohlen wird, sondern auch Material zur Beurteilung der Frage geschaffen werden, inwieweit bei künftigen Zählungen ein Teil des Frage- und Aufbereitungsprogramms repräsentativ durchgeführt werden kann.

Ferner kann mit der Organisation des Mikrozensus eine Reihe von wichtigen statistischen Aufgaben mit relativ geringen zusätzlichen Kosten gelöst werden, indem andere Erhebungen, die die persönliche Befragung von Einzelpersonen oder Haushaltungen erfordern, mit dieser Erhebungsorganisation durchgeführt werden. Die beim Mikrozensus einmal jährlich vorgesehene Befragung von 1 v.H. aller Haushaltungen liefert in aller Regel auch bei zusätzlichen Fragen hinreichend große Beobachtungszahlen und brauchbare statistische Ergebnisse.

Die Kosten

Die Höhe der Kosten für den Mikrozensus hängt vom Umfang des Tabellenprogramms ab. Für ein vorläufiges Programm, das im einzelnen ständiger Beratung und Weiterentwicklung bedarf, würden insgesamt 1 029 500 DM erforderlich werden. Da die Erhebung und Aufbereitung der Statistik den Landesämtern obliegen, entstehen dort rund 92 v.H., beim Bunde 8 v.H. der Kosten. Sie sind nach § 8 des Statistischen Bundesgesetzes auch in diesem Verhältnis von den Ländern und dem Bund zu tragen.

II. Die einzelnen Vorschriften

Zu § 1

Diese Vorschrift legt den Bereich und die Periodizität der Erhebung fest. Der Mikrozensus wird vierteljährlich im Bundesgebiet durchgeführt.

Der Mikrozensus bedient sich des modernen, Zeit und Kosten sparenden Repräsentativverfahrens. In einer auf repräsentativer Grundlage durchgeführten Statistik werden die Erhebungsmerkmale nicht bei der Gesamtbevölkerung, sondern nur in einer kleineren Stichprobe erhoben. Diese Stichprobe wird nach den mathematischen Grundsätzen der Wahrscheinlichkeitslehre so ausgewählt, daß sie zuverlässig ein verkleinertes Abbild der Gesamtheit darstellt.

Der Kreis der Befragten erstreckt sich auf die gesamte Bevölkerung, aus der bei jeder Erhebung nur ein bestimmter Teil befragt wird. Erst im Laufe vieler Jahre werden fast alle Haushaltungen einmal für diese Erhebung in Anspruch genommen worden sein. Neben der einmal im Jahr mit einem Auswahlatz von 1 v.H. durchzuführenden Erhebung sind noch drei Erhebungen im Jahr mit einem Auswahlatz von je 0,1 v.H. vorgesehen.

Zu § 2

In diesem Paragraphen werden die Tatbestände der Erhebung festgelegt. Dabei handelt es sich um Merkmale der Bevölkerung und des Erwerbslebens, im besonderen um solche, die eine genaue Durchleuchtung der Beschäftigungssituation erlauben sollen. Die Definitionen stimmen mit den internationalen Anforderungen überein.

Mit den Erhebungen kann die Erfassung anderer Tatbestände verbunden werden, sofern deren Erfassung rechtlich geregelt ist.

Zu § 3

Diese Vorschrift regelt die Auskunftspflicht für den Mikrozensus im Sinne des Abschnittes V des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314).

Zu § 4

Im Absatz 1 wird die Befragungsart — in der Regel persönliche Befragung — festgelegt.

Der Absatz 2 räumt dem Befragten die Möglichkeit ein, Angaben, die auf besonderen Vordrucken erfragt werden, auch vor den Ermittlern geheimzuhalten.

Absatz 3 regelt die Zuständigkeit für die Auswahl der Ermittler, deren Zuverlässigkeit und Verschwiegenheit zum Schutz des befragten Staatsbürgers notwendig sind.

Zu §§ 5 und 6

Diese Vorschriften entsprechen der üblichen Fassung.

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus)

Vom 5. Dezember 1960¹⁾

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Das Gesetz über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) vom 16. März 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 213) wird wie folgt geändert:

1. In § 1 wird die Jahreszahl »1959« durch die Zahl »1962« ersetzt.
2. § 2 wird wie folgt ergänzt:
»3. Urlaubs- und Erholungsreisen, Einkommenslage, bei erwerbstätigen Müttern Betreuung der Kinder. Diese Tatbestände werden während der Geltungsdauer dieses Gesetzes nur einmal erhoben.«

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

Begründung²⁾

A. Im allgemeinen

Das Gesetz über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) war zunächst

¹⁾ BGBl. I vom 10. Dezember 1960 S. 873. — ²⁾ Bundestagsdrucksache Nr. 1925 vom 21. Juni 1960 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben).

Artikel 3

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 31. Dezember 1959 in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 5. Dezember 1960

Der Bundespräsident
Lübke

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Ludwig Erhard

Der Bundesminister des Innern
Dr. Schröder

statistischen Methode kurzfristig und kostensparend verwaltungspolitisch wichtige Unterlagen geliefert werden können. Erstmals wurde ein umfassender Überblick über die gesamte Erwerbstätigkeit der Bevölkerung ermöglicht. Es konnten alle Arten und Formen der haupt- und nebenberuflichen Erwerbstätigkeit ermittelt und nach vollbeschäftigten und teilbeschäftigten Personen, nach Arbeitszeiten und großen Wirtschaftsbereichen gegliedert werden. Ein Überblick über Art und Umfang der gesamten Erwerbstätigkeit ist in einer Zeit der Vollbeschäftigung besonders bedeutungsvoll, da hierdurch zunächst einmal das gegenwärtige Arbeitskraftvolumen erfaßt und ein Anhaltspunkt für Möglichkeiten der künftigen Entwicklung gewonnen wird. Mit diesen Informationen über das Arbeitsvolumen ergaben sich z. B. auch neue Daten für wichtige Fragen der Sozialreform sowie bessere Unterlagen für die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (im besonderen für Produktivitätsberechnungen). Außerdem konnten die Kenntnisse über die Haushalte verbessert und Zahlenangaben über Größe und Gliederung der Familien beigebracht werden, die zur Beurteilung von Fragen eines Familienlastenausgleichs von Bedeutung sind. Für die Personenkreise der Vertriebenen und der Körperbehinderten wurden neue Zahlen bereitgestellt.

Diese Aufgaben bestehen auch für die Zukunft. Hinzu kommt, daß mit der weiteren Entwicklung der europäischen Zusammenarbeit die Forderung nach zuverlässigen und international vergleichbaren Zahlenunterlagen an Bedeutung gewinnen wird. Die von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft angestrebte Vereinheitlichung der Statistiken der Erwerbstätigkeit ist nur über einheitliche Stichprobenerhebungen möglich. Darüber hinaus wird der Mikrozensus im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit zur Untersuchung sozialer und ökonomischer Tatsachen und Entwicklungen zu dienen haben.

Das Änderungsgesetz soll die Möglichkeit bieten, den im ersten Abschnitt seiner Anwendung erprobten und bewährten Mikrozensus für weitere 3 Jahre durchzuführen. In diesem Zeitraum wird — neben der Gewinnung weiterer laufender Zahlen über Bevölkerung und Beschäftigung — die methodische Weiterentwicklung und die Verzahnung mit den Ergebnissen der großen Zählungen im Vordergrund stehen. Gleichzeitig kann die Organisation des Mikrozensus für andere Stichprobenerhebungen verwendet werden, wie dies z. B. schon bei der 1 v. H.-Wohnungsstatistik 1956/57 der Fall war. Das Gesetz soll bis einschließlich 1962 befristet werden, da durch die Volkszählung 1961 eine neue Grundlage für die Auswahl von Gemeinden und Haushalten zur Verfügung stehen wird und nach dem Vorliegen von Erfahrungen in weiteren 3 Jahren geprüft werden kann, ob die methodische Entwicklung so weit abgeschlossen ist, daß ein unbefristetes Gesetz erlassen werden kann. Zwischen den künftigen Volks- und Berufszählungen hätte der Mikrozensus dann die durch die Veränderung der Verhältnisse überholten Zahlen zu ersetzen und insbesondere die Änderungen in der Erwerbstätigkeit zu erfassen.

Der Mikrozensus wird zur Rationalisierung der gesamten amtlichen Statistik beitragen, da durch diese laufenden Erhebungen der Zeitraum zwischen den großen Volkszählungen von bisher 5 bis 7 Jahren auf etwa 10 Jahre verlängert werden kann.

Seit Bestehen des Mikrozensus haben sich die Forderungen nach zusätzlichen Informationen vermehrt. Nur ein kleiner Teil wäre im Hinblick auf die im bisherigen Gesetz festgelegten Erhebungsmerkmale zu erfüllen gewesen. Um den Mikrozensus als bewegliches

Instrument zur Ermittlung wichtiger aktueller Tatbestände verwendbar zu halten, mußte im zweiten Abschnitt seiner Durchführung aus den Forderungen und Wünschen, die im folgenden erläuterte begrenzte Auswahl getroffen werden. Die neuen Tatbestände werden während der Geltungsdauer des Gesetzes nur einmal erhoben werden.

B. Im einzelnen

Zunächst sollen Unterlagen über den Urlaubs- und Erholungsreiseverkehr geschaffen werden. Der Urlaubs- und Reiseverkehr hat an Umfang und an wirtschaftlicher Bedeutung stark zugenommen. Über andere Erhebungen kann z. B. nach Zahl der beteiligten Personen und nach Reisezielen im In- und Ausland nicht ermittelt werden. Die Unterlagen sollen Aufschluß über die wirtschaftliche und soziologische Bedeutung der Reisen und über die verwendeten Verkehrsmittel geben. Außerdem werden dadurch Anhaltspunkte gewonnen, um die Daten der Zahlungsbilanz für den Reiseverkehr zu prüfen.

Mit der Frage nach der Einkommenslage ist nur die Feststellung von Einkommensgruppen, nicht jedoch die genaue Ermittlung der Zusammensetzung und der Höhe der Einzeleinkommen beabsichtigt. Die Ergebnisse werden in erster Linie aus methodischen Gründen benötigt, z. B. zur Schichtung und Auswahl von Material für Verbrauchs- und Einkommenserhebungen.

Bei den erwerbstätigen Müttern soll neben der Zahl der Kinder auch nach der Betreuung der Kinder gefragt werden. Die Erwerbstätigkeit der Frauen mit Kindern hat eine Reihe von Auswirkungen, die zu kennen nicht nur für die Beurteilung des Arbeitskräftepotentials wichtig ist, sondern auch für Fragen der Betreuung und Erziehung der Kinder. Es sollen Auskünfte darüber gewonnen werden, unter welchen Umständen und in welchem Ausmaß die Erwerbstätigkeit von Frauen zu einer Doppelbelastung durch Beruf und Haushalt führt und über welche Art von Betreuung die Kinder erwerbstätiger Mütter verfügen.

C. Kosten

Für den Mikrozensus waren im Jahre 1955 jährlich rund 1,1 Mio DM Gesamtkosten bei einer 1 v. H.- und drei 0,1 v. H.-Erhebungen berechnet worden. In den folgenden Rechnungsjahren sind jedoch die Ausgaben bei wichtigen Kostenpositionen gestiegen, und zwar durch Erhöhung der Dienstbezüge, der Maschinenmieten und der Honorare und der Fahrtkosten für die Befrager. Auch die Einbeziehung des Saarlandes und die Vergrößerung der Bevölkerungszahl haben die Kosten erhöht. Diese Kostensteigerungen sind in den Haushalten des Bundes und der Länder bereits berücksichtigt worden.

Das Änderungsgesetz wird voraussichtlich folgende zusätzliche Kosten verursachen:

Für weitere methodische Entwicklungsarbeiten und Analysen, die nach den bisherigen Erfahrungen im größeren Umfang als bisher vom Statistischen Bundesamt durchgeführt werden müssen, entstehen zusätzliche Kosten von rund 70 000 DM jährlich. Bei den Statistischen Landesämtern entstehen für die Bearbeitung der zusätzlichen Tatbestände und durch die Befragung der seit der letzten Erhebung verzogenen Haushalte, die eine methodisch-technisch notwendige Ergänzung darstellt, jährlich rund 280 000 DM zusätzliche Kosten.

Den Gemeinden entstehen keine Kosten.

Gesetz über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus)

Vom 21. Dezember 1962¹⁾

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Über die Bevölkerung und das Erwerbsleben wird in den Jahren bis einschließlich 1968 eine Bundesstatistik auf repräsentativer Grundlage (Mikrozensus) durchgeführt.

§ 2

(1) Die Statistik wird einmal jährlich mit einem Auswahlsatz von 1 % und dreimal jährlich mit einem Auswahlsatz von 0,1 % der Bevölkerung erhoben.

(2) Die Statistik besteht aus einem Grundprogramm, das im Bedarfsfalle durch ein Zusatzprogramm erweitert werden kann.

§ 3

In dem Grundprogramm werden folgende Tatbestände erfaßt:

1. Merkmale der Person, der Familie, des Haushalts, der Staatsangehörigkeit, Vertriebenen-(Flüchtlings-)eigenschaft und Wohnsitz,
2. berufliche, wirtschaftliche und soziale Verhältnisse, insbesondere Erwerbstätigkeit und soziale Sicherheit.

§ 4

(1) In Zusatzprogrammen können sonstige dem § 1 entsprechende Tatbestände erfaßt werden. Für die Anordnung der Zusatzprogramme und die Festlegung der zu erhebenden Tatbestände gilt § 6 Abs. 2 StatGes vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) entsprechend. Die Zusatzprogramme dürfen nur Tatbestände umfassen, deren Erhebung zur Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben erforderlich ist. Sie sind nach Art und Umfang auf das notwendige

¹⁾ BGBl. I vom 29. Dezember 1962 S. 767.

Maß zu beschränken und so zu gestalten, daß die Auskunftspflichtigen möglichst wenig belastet werden.

(2) Zur Vorbereitung der Zusatzprogramme können Probeerhebungen auf freiwilliger Basis mit einem Auswahlatz von nicht mehr als 0,1 % vorgenommen werden.

§ 5

Auskunftspflichtig sind Haushaltsvorstände und volljährige Mitglieder der Haushalte.

§ 6

(1) Die Erhebungen werden durch persönliche oder schriftliche Befragung durchgeführt. Die Abgabe schriftlicher Angaben in verschlossenem Umschlag ist zulässig.

(2) Die mit der Befragung zu betraudenden Personen sind von den zuständigen Landesbehörden auszuwählen; sie müssen Gewähr für Zuverlässigkeit und Verschwiegenheit bieten.

§ 7

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1)

auch im Land Berlin. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

§ 8

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1963 in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 21. Dezember 1962

Der Bundespräsident

Lübke

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers

Ludwig Erhard

Der Bundesminister des Innern

Höcherl

Begründung¹⁾

A. Im allgemeinen

I. Die gesetzliche Entwicklung

1. Das Gesetz über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) vom 16. März 1957 (BGBl. I S. 213) war auf 3 Jahre befristet. Durch das Gesetz vom 5. Dezember 1960 (BGBl. I S. 873) ist die Fortsetzung der Erhebung bis einschließlich 1962 sichergestellt worden.
2. Die Ergebnisse der bisher durchgeführten Repräsentativerhebungen haben bestätigt, daß es mit dieser Befragungsmethode möglich ist, kurzfristig und kostensparend staats- und verwaltungspolitisch wichtige Unterlagen zu beschaffen. Daher ist eine weitere gesetzliche Regelung als Grundlage für die Fortführung der bewährten Erhebungsmethode notwendig.

II. Bedeutung der Erhebungsmethode

1. Die bisher nach den Mikrozensusgesetzen durchgeführten Erhebungen haben einen Überblick über den gesamten Arbeitskräftehaushalt und ein weitgehend aufgeschlüsseltes Bild der Struktur der Erwerbsbevölkerung auch im Zusammenhang mit der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik ergeben. Außerdem ist über den Umfang des sozialen Versicherungsschutzes, über die Vertriebenen, die Flüchtlinge und über die Körperbehinderten laufend neueres Zahlenmaterial bereitgestellt worden.
2. Im Bereich der europäischen Zusammenarbeit war es möglich, mit Hilfe des Mikrozensus im Jahre 1960 die erstmalig für alle Länder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vorgeschriebene gemeinsame Stichprobe über Arbeitskräfte rationell in einer dem deutschen statistischen System entsprechenden Weise durchzuführen.
Im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit wird der Mikrozensus ferner zur Untersuchung sozialer und ökonomischer Tatsachen und Entwicklungen dienen und damit einer bereits im Jahre 1952 gegebenen Empfehlung des Europäischen Wirtschaftsrates (OEEC) entsprechen.
3. Für alle Erhebungen wird angestrebt, die Fragenprogramme so einzurichten, daß sie gleichzeitig für staatliche und supranationale Belange ausgewertet werden können.
4. Der Mikrozensus hat wesentlich zur Rationalisierung der amtlichen Statistik beigetragen. Durch seine Erhebungen konnte der Zeitraum zwischen den großen Volkszählungen von bisher 4 bis 8 Jahren (1925, 1933, 1939, 1946, 1950) auf etwa 10 Jahre verlängert und damit den Empfehlungen der UNO angepaßt werden. Die 1-v.H.-Wohnungsstatistik 1957 und 1960 wurde durch Verwendung der kompletten Mikrozensus-Stichprobe und seiner Erhebungsorganisation vereinfacht und verbilligt. Dasselbe wird bei der Verbrauchs-Einkommens-Stichprobe 1962 der Fall sein.

III. Kosten

Da es sich bei dem Mikrozensus um eine schon seit dem Jahre 1957 laufende statistische Erhebung handelt, sind die hierfür erforderlichen Mittel bereits in den Haushalten des Bundes und der Länder ausgebracht. Nach dem Stand von Anfang 1962 betragen die Kosten der Durchführung der gegenwärtigen Erhebung bei Bund und Ländern 2,897 Mill. DM. Diese Kostenhöhe wird auch für das

Fortsetzungsgesetz in Ansatz gebracht. Die Kosten werden ihrem Entstehen entsprechend gemäß § 8 StatGes zu etwa 90 v.H. von den Ländern, zu 10 v.H. vom Bund getragen.

B. Im einzelnen

Zu § 1

Diese Vorschrift regelt den Umfang und Bereich der auf repräsentativer Grundlage durchgeführten Statistik. Die erfolgreiche Durchführung der Repräsentativerhebungen seit ihrer Einführung im Jahre 1957 rechtfertigt es — in Abweichung zu der bisherigen Regelung — ein Gesetz auf unbefristete Dauer vorzusehen.

Zu § 2

In diesem Paragraphen wird die Periodizität und der Grundaufbau der Erhebung festgelegt.

Der Mikrozensus wird einmal jährlich im Bundesgebiet durchgeführt. Die 1-v. H.-Erhebungen sind erforderlich, um jährlich einmal ein gut differenziertes Bild des Erwerbslebens, insbesondere auch in der Untergliederung nach Ländern zu gewinnen. Gleichzeitig bildet die 1-v. H.-Stichprobe eine wichtige Basis für andere Stichprobenbefragungen. Die dreimal jährlich mit einem Auswahlatz von 0,1 v. H. durchzuführenden Befragungen dienen der kurzfristigen Fortführung der 1-v. H.-Stichprobe mit der zusätzlichen Aufgabe, Umschichtungsvorgänge im Bereich des Erwerbslebens und der Bevölkerung zu beobachten.

Weiterhin wird festgelegt, daß die Erhebung in Form eines Grundprogramms und Zusatzprogrammen erfolgt. Diese Aufteilung war erforderlich, um neben der Festlegung von laufend erhobenen Erhebungstatbeständen die im Mikrozensus liegende Möglichkeit rascher Ermittlung wechselnder aktueller Tatbestände auszunutzen. Daraus ergibt sich die nötige Elastizität.

Zu § 3

Das Grundprogramm enthält nur Merkmale der Bevölkerung und des Erwerbslebens, die für das Gesamtbild von Bedeutung sind, indem sie über Person, Familie, Haushalt, dazu berufliche, wirtschaftliche und soziale Verhältnisse sowie Erwerbstätigkeit und soziale Sicherheit Aufschluß geben.

Zu § 4

Abs. 1 regelt das Zusatzprogramm. Es ermöglicht, Zahlenmaterial z. B. über aktuelle sozial- und wirtschaftspolitische Fragen relativ schnell zu erhalten. Im Interesse einer kontinuierlichen Planung ist vorgesehen, die im Rahmen des Zusatzprogramms zu erhebenden Tatbestände etwa alle 3 Jahre durch jeweils 3 Jahre geltende Rechtsverordnungen festzulegen. Es soll aber auch die Möglichkeit gegeben sein, in besonders eiligen Fällen, z. B. bei Anforderungen der EWG-Kommission, die notwendigen Fragen für das Zusatzprogramm außerhalb des vorgesehenen Turnus von 3 Jahren anzuordnen. Aus methodischen Gründen ist es in manchen Erhebungsfällen erforderlich, Probeerhebungen vorzuschicken. Absatz 2 gibt die Möglichkeit zu eng begrenzten Probeerhebungen zur Vorbereitung und Prüfung der Realisierbarkeit der geforderten Zusatzprogramme.

¹⁾ Bundestagsdrucksache Nr. 612 vom 17. August 1962 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben).

Zu § 5

§ 5 regelt die Auskunftspflicht im Sinne des Abschnitts V des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314) und der Fassung vom 15. Juli 1957 (BGBl. I S. 721).

Zu § 6

In Absatz 1 wird die Befragungsart festgelegt.

Absatz 2 bestimmt die Zuständigkeit für die Auswahl der Ermittler, deren Zuverlässigkeit und Verschwiegenheit zum Schutze des befragten Staatsbürgers notwendig ist.

Zu § 7

Berlin-Klausel

Zu § 8

Diese Bestimmung regelt das Inkrafttreten.

Erste Verordnung über das Zusatzprogramm zum Mikrozensus Vom 16. Dezember 1963¹⁾

Auf Grund des § 4 Abs. 1 des Gesetzes über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) vom 21. Dezember 1962 (Bundesgesetzbl. I S. 767) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

§ 1

Als Zusatzprogramm des Mikrozensus werden im Erhebungszeitraum 1964 und 1965 einmal folgende Tatbestände erfaßt:

I. mittels 1 %-Befragung

1. berufliche Ausbildung,
2. Herkunftsgebiete der Vertriebenen und Flüchtlinge,
3. Wochenendpendler und benutztes Verkehrsmittel,
4. Führerscheininhaber und Ausnutzung der Fahrerlaubnis,
5. Unfälle von Kindern und von Jugendlichen unter 15 Jahren,
6. Umfang der von Arbeitnehmern, getrennt nach Geschlechtern, geleisteten Sonntagsarbeit und Arbeit in Nachschichten;

II. mittels 0,1 %-Befragung

Ausbildung in Erster Hilfe.

§ 2

Folgende Tatbestände werden mit Zustimmung der beteiligten Länder durch das Statistische Bundesamt aufbereitet:

1. Herkunftsgebiete der Vertriebenen und Flüchtlinge,
2. Ausbildung in Erster Hilfe.

§ 3

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 7 des Gesetzes über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) auch im Land Berlin.

§ 4

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1964 in Kraft.

Bonn, den 16. Dezember 1963

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Mende

Der Bundesminister des Innern
Höcherl

Begründung²⁾

A. Allgemeiner Teil

Das Gesetz über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) vom 21. Dezember 1962 sieht neben dem für die laufende Berichterstattung notwendigen Grundprogramm Zusatzprogramme vor. Diese Zusatzprogramme sollen es ermöglichen, Forderungen der Bundesressorts nach Zahlenmaterial über aktuelle sozial- und wirtschaftspolitische Fragen möglichst schnell zu entsprechen.

Mit der vorliegenden Verordnung wird das erste Zusatzprogramm zum Mikrozensus festgelegt. Es erstreckt sich auf zwei Jahre. Um den Fortlauf der Erhebungen zu gewährleisten, wird das Frageprogramm für einzelne, bisher schon gefragte Tatbestände fortgesetzt. Neue Erhebungstatbestände behandeln aktuelle Fragen.

Die Tatbestände § 1 I 1, 2, 3, II 1 sollen im Jahre 1964, die Tatbestände § 1 I 4, 5, II 2 im Jahre 1965 erfragt werden. Damit soll eine Überbeanspruchung der Befragten vermieden und eine annähernd gleichmäßige Verteilung der Arbeitsbelastung in den Statistischen Ämtern erreicht werden.

B. Besonderer Teil

I. Zu § 1 I — 1 %-Befragungen

1. Berufliche Ausbildung

Vorgesehen sind Erhebungen über die berufliche Vorbildung und Ausbildung der Erwerbstätigen (einschließlich betrieblicher Ausbildung). Solche Angaben sind in mehrjährigen Abständen für die Zwecke der Arbeitsmarktpolitik, insbesondere für Berufsberatung, Berufsförderung und Umschulungsmaßnahmen erforderlich. Dies gilt vor allem bei Vollbeschäftigung und in Zeiten eines schnellen technischen Fortschritts (Automation usw.). Unterlagen über die berufliche Ausbildung der Erwerbstätigen sind auch für die Planungen des Bundesministeriums der Verteidigung von großem Wert.

2. Herkunftsländer der Vertriebenen

Die ursprünglich für die Volkszählung 1961 vorgesehene Frage nach Herkunftsgebieten der Vertriebenen und der Flüchtlinge wurde zur Einsparung von Zählungskosten auf den Mikrozensus verlagert. Für die Gewinnung einer Übersicht reicht eine 1 %-Stichprobe aus. Durch Interviewerbefragung ist es zudem leichter möglich, genauere Angaben über die Herkunfts-

gebiete der Vertriebenen und der Flüchtlinge bzw. der Eltern dieser Personen zu bekommen. Die Wiederholung entsprechender, erstmalig 1957 im Mikrozensus erfolgter Ermittlungen ist notwendig, da sich das Gefüge seit 1957 durch die große Anzahl der Flüchtlinge aus der Sowjetzone und der Aussiedler verschoben hat.

3. Wochenendpendler und benutztes Verkehrsmittel

In Ergänzung der Zahlen über die Tagespendler, die bei der Volkszählung 1961 erhoben wurden, werden vom Bundesminister für Verkehr, von der durch das Gesetz über eine Untersuchung von Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden vom 1. August 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 1109) eingesetzten Untersuchungskommission und von der Deutschen Bundesbahn Angaben über die Wochenendpendler benötigt. Dazu bietet sich die Erfassung im Wege des Mikrozensus an, wobei auf eine tiefe regionale Aufgliederung des Erhebungsprogramms verzichtet werden kann.

Die Entwicklung im Straßenverkehr fordert schon jetzt die Planung wirksamer Maßnahmen zur Entlastung der Straßen. Ordnungs- und Baumaßnahmen im Bereich der Straßen sowie Rückfluß bzw. Überleitung des Verkehrs auf die Schiene gehören hierzu.

Die dafür notwendigen Planungen und Investitionen müssen sich auf gesicherte Vorstellungen über Umfang und Struktur des Verkehrs stützen. Hierzu gehören Feststellungen über Wochenendpendler, die im Rahmen des gesamten Wochenendverkehrs einen Teilkomplex darstellen. Die vorgesehene Erhebung soll hierzu die dringend erforderlichen Angaben über die Gesamtzahl der Wochenendpendler und ihre Verteilung auf die Verkehrsmittel liefern.

4. Führerscheininhaber und Ausnutzung der Fahrerlaubnis

In der Bundesrepublik liegen keine Unterlagen über die Zahl der Führerscheininhaber und ihre Zusammensetzung nach Alter, Geschlecht und Beruf vor. Es ist auch nicht bekannt, inwieweit die Fahrerlaubnisse ausgenutzt werden.

Hinreichend zuverlässige Zahlen hierüber werden vom Bundesminister für Verkehr und anderen Bundesressorts für verkehrspolitische Maßnahmen, insbesondere auf dem Gebiet der Unfallbekämpfung und Verkehrserziehung dringend benötigt. Von der Kenntnis solcher Zahlen hängt es mit ab, ob und ggfs. welche Maßnahmen im Bezug auf Erteilung und Gültigkeit der Fahrerlaubnisse getroffen werden sollen und können, wie Beschränkung der Gültigkeitsdauer (Wiederholungs-

¹⁾ BGBl. I vom 21. Dezember 1963 S. 883. — ²⁾ Bundesratsdrucksache Nr. 365 vom 26. August 1963 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben).

prüfungen) und verkehrsmedizinische Untersuchungen, ggfs. mit Beschränkung für ältere Jahrgänge. Daneben liefern die aus der Erhebung gewonnenen Zahlen für die Verkehrspolitik und die Verkehrswirtschaft wertvolle Anhaltspunkte für die Abschätzung der künftigen Entwicklung des Kraftverkehrs. Als Bezugswerte zur Unfallstatistik werden sich die Erkenntnisse aus dieser Statistik wesentlich vertiefen.

5. Unfälle von Kindern und von Jugendlichen unter 15 Jahren

Kinderleben zu erhalten und Invalidität von Kindern und Jugendlichen zu vermeiden, ist eine gesundheitspolitisch dringliche Aufgabe, Straßenverkehrsunfälle waren 1960 für Schulkinder die häufigste Todesursache. Eine ständige Bedrohung ergibt sich ferner durch die Möglichkeit zu unkontrollierter Einnahme von Medikamenten, durch Gifte und andere Unglücksereignisse im Haushalt. Die vorgesehene Erhebung soll für geeignete Schutz- und Vorbeugungsmaßnahmen die erforderlichen Zahlenangaben liefern.

II. Zu § 1 II — 0,1%-Befragung:

1. Umfang des Urlaubs

Die aus den Urlaubsregelungen vorliegenden Angaben über den Urlaubsanspruch vermitteln keine genügende Kenntnis über die quantitativen Auswirkungen dieser Bestimmungen. Solche Informationen sind jedoch notwendig, um die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Urlaubsregelung und ihrer Weiterentwicklung abschätzen zu können. Sie sind auch für den EWG-Bereich erforderlich, da nach Artikel 120 des

Kosten

Die Kosten der Zusatzprogramme betragen:

im Jahre 1964			
	Personal- kosten DM	Sachkosten DM	Zusammen DM
bei den Ländern	168 000	214 000	382 000
beim Bund	80 000	5 000	85 000
zusammen	248 000	219 000	467 000

EWG-Vertrages die »bestehende Gleichwertigkeit der Ordnungen über die bezahlte Freizeit« beizubehalten ist. Für die Erhebung reicht ein Auswahlsatz von 0,1 % aus.

2. Ausbildung in Erster Hilfe

Verletzungen u. a. bei Unfällen im Verkehr, bei der Berufsausübung und im Haushalt nehmen ständig zu. Die Sterblichkeit an Unfällen kann gesenkt werden, wenn Erste Hilfe zweckmäßig geleistet wird. Die Erstversorgung durch Laien mit entsprechender Grundausbildung hat auch bei größeren Unfallereignissen, etwa durch technisch bedingte oder Naturkatastrophen sowie auch im Verteidigungsfalle, besondere Bedeutung. Unterlagen darüber zu gewinnen, wie viele Personen in unserer Bevölkerung eine Ausbildung in Erster Hilfe besitzen, ist deshalb notwendig. Zur Gewinnung erster größenordnungsmäßiger Vorstellungen ist ein Auswahlsatz von 0,1 % ausreichend.

Zu § 2

Die Aufbereitung der in § 2 der Verordnung genannten zwei Mikrozensus-Zusatzprogramme soll, nicht wie im Regelfall durch die Länder, sondern aus Gründen der Arbeitsvereinfachung durch das Statistische Bundesamt erfolgen, da ein Rückgriff auf Merkmale des bei den Stat. Landesämtern aufbereiteten Grundprogramms nur in sehr begrenztem Umfang erforderlich ist. Der Arbeitsschnitt zwischen dem Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern wird aufgrund der jeweiligen technischen Gegebenheiten vereinbart.

im Jahre 1965			
	Personal- kosten DM	Sachkosten DM	Zusammen DM
bei den Ländern	140 000	167 000	307 000
beim Bund	40 000	5 000	45 000
zusammen	180 000	172 000	352 000

Zweite Verordnung über das Zusatzprogramm zum Mikrozensus Vom 19. April 1966¹⁾

Auf Grund des § 4 Abs. 1 des Gesetzes über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) vom 21. Dezember 1962 (Bundesgesetzbl. I S. 767) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

§ 1

Als Zusatzprogramm des Mikrozensus werden im Erhebungsjahr 1966 folgende Tatbestände erfaßt:

- durch Befragung mit einem Auswahlsatz von 0,5 bis 1 % der Bevölkerung
 - Erwerbstätigkeit der 40- bis 65jährigen Frauen von ihrem 15. Lebensjahr an,
 - Religionszugehörigkeit,
- durch Befragung mit einem Auswahlsatz von 0,5 % der Bevölkerung
 - Art, Ursache und Umfang körperlicher und geistiger Behinderung einschließlich Frühinvalidität sowie schulische und berufliche Ausbildung oder Umschulung der Behinderten,
 - Erkrankungen und Unfälle,
- durch Befragung mit einem Auswahlsatz von 0,1 % der Bevölkerung Ziel und Dauer von Urlaubs- und Erholungsreisen.

§ 2

Die Erteilung der Auskunft zu den Erhebungen nach § 1 Nr. 1 Buchstabe b und Nr. 2 Buchstabe b ist freiwillig.

§ 3

Die Aufbereitung der Erhebungen nach § 1 Nr. 2 und 3 erfolgt durch das Statistische Bundesamt, soweit die beteiligten Länder zustimmen.

§ 4

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 7 des Gesetzes über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) auch im Land Berlin.

§ 5

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Bonn, den 19. April 1966

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Dr. Mende

Der Bundesminister des Innern
Lücke

Begründung²⁾

nach Zahlenmaterial über aktuelle sozial- und wirtschaftspolitische Fragen möglichst schnell zu entsprechen.

Die in der vorliegenden Verordnung vorgesehenen Feststellungen sollen namentlich zur Klärung von Problemen dienen, die im Rahmen der Enquete über die Situation der Frauen in Beruf, Familie und Gesellschaft (Beschluß des Bundestages vom 9. Dezember 1964, BT-Drucksache IV/2771) sowie der Berichte der Bundesregierung über die Lage der Familien in der Bundesrepublik (Beschluß des Bundestages vom 23. Juni 1965, BT-Drucksache IV/3474) erforderlich sind.

¹⁾ Bundesanzeiger Nr. 77 vom 23. April 1966 S. 1. — ²⁾ Bundesratsdrucksache Nr. 603/65 vom 4. März 1966 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben).

Zu § 1

Nummer 1 — Befragungen mit einem Auswahlatz von 1% der Bevölkerung:

Buchstabe a) **Erwerbstätigkeit der 40- bis 65jährigen Frauen von ihrem 15. Lebensjahr an**

Durch diese Zusatzbefragung sollen Erkenntnisse darüber gewonnen werden, wie Heirat und Geburt von Kindern den Verlauf des Berufslebens der Frauen beeinflussen, etwa im Hinblick auf die Aufnahme von Teilzeitarbeit oder auf ihre Rückkehr in den Beruf nach einer jahrelangen, durch die Übernahme von Familienpflichten bedingten Pause. Dadurch wird ein wichtiger Beitrag für die Frauen-Enquete geleistet (vgl. BT-Drucksache IV/2771, Abschnitt II, Nrn. 2 und 8 c).

Für die Festlegung der Altersgruppe 40 bis 65 Jahre war die Erfahrung bisheriger Feststellungen maßgebend, daß Frauen eine Erwerbstätigkeit im allgemeinen erst nach dem 40. Lebensjahr wieder aufnehmen.

Buchstabe b) **Religionszugehörigkeit**

Im Zusammenhang mit den Fragen der Veränderung der Beteiligung von Frauen am Erwerbsleben (Buchstabe a)) werden durch die Frage nach der Religionszugehörigkeit neue, auch für die Frauen-Enquete bedeutsame Informationen gewonnen. Die Religionszugehörigkeit ist auch als Gliederungsmerkmal für den Personenkreis körperlich und geistig Behinderter und einseitiger Rehabilitationsmaßnahmen [vgl. Nummer 2 Buchstabe a)] wichtig.

Nummer 2 — Befragungen mit einem Auswahlatz von 0,5% der Bevölkerung:

Buchstabe a) **Art, Ursache und Umfang körperlicher und geistiger Behinderung einschließlich Frühinvalidität sowie schulische und berufliche Ausbildung oder Umschulung der Behinderten**

Fragen über Art, Ursache und Umfang der Körperbehinderung wurden im Grundprogramm des Mikrozensus von 1957 bis 1962 gestellt. Zu der Auswertung dieser Ergebnisse, die nur geringe Veränderungen aufwies, sollen jetzt einige dem aktuellen Bedürfnis entsprechende Fragen treten. Im Zusammenhang mit der Rehabilitation Behinderter sollen Fragen über die schulische und berufliche Ausbildung oder Umschulung gestellt werden.

Buchstabe b) **Erkrankungen und Unfälle**

Die im Juli 1963 erstmals gemäß § 4 Abs. 2 des Mikrozensusgesetzes durchgeführte freiwillige Probebefragung hat mit ihren Ergebnissen gezeigt, daß sich auf diesem Wege für die Gesundheitspolitik wichtige Aufschlüsse über die gesundheitlichen Verhältnisse der Bevölkerung ermitteln lassen. Damit können auch die volkswirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkte

bei Krankheitsfällen und Unfällen aufgeklärt werden. Andere Staaten, z. B. die USA, haben Befragungen dieser Art — sog. Morbiditätserhebungen — seit vielen Jahren mit gutem Erfolg durchgeführt. Die Angaben werden auch für die Frauenenquete benötigt (vgl. BT-Drucksache IV/2771, Abschnitt II, Nr. 7).

Nummer 3 — Befragungen mit einem Auswahlatz von 0,1% der Bevölkerung:

Urlaubs- und Erholungsreisen

Fragen über Urlaubs- und Erholungsreisen wurden erstmals im Oktober 1962 gestellt. Mit der Wiederholung in einer 0,1%-Zusatzbefragung sollen die Veränderungen, die in der Zwischenzeit eingetreten sind, untersucht werden. Wegen der großen wirtschaftlichen Bedeutung, die die starke Zunahme des Reiseverkehrs hat, ist es erforderlich, im Rahmen einer Haushaltsbefragung von den gereisten Personen Angaben über Reiseziele im In- und Ausland und über die benutzten Verkehrsmittel zu ermitteln. Um Material über den Umfang der Familienferienreisen zu erlangen und Rückschlüsse auf die Ausnutzung der Fahrpreismäßigung für kinderreiche Familien auf der Bundesbahn ziehen zu können, soll auch festgestellt werden, inwieweit Eltern mit ihren Kindern gereist sind. Ferner sollen Daten über Reisen Minderjähriger ins Ausland allein, zu mehreren und mit Jugendgruppen oder in Reisegesellschaften erhoben werden. Diese Aufklärung ist aus Gründen des Jugendschutzes, der Jugendförderung und der Unterbringung erforderlich.

Zu § 2

Die Fragen über die Erkrankungen und Unfälle sollen freiwillig beantwortet werden. Nach der Erfahrung 1963 durchgeführter Probeerhebungen bedarf es hierzu keiner Festlegung einer Auskunftspflicht.

Zu § 3

Die Aufbereitung der in § 3 der Verordnung genannten Zusatzprogramme kann mit Zustimmung der Länder durch das Statistische Bundesamt erfolgen, da bei diesen Erhebungen ein Rückgriff auf Merkmale des bei den Statistischen Landesämtern aufbereiteten Grundprogramms nur in sehr begrenztem Umfang erforderlich ist. Der Arbeitsschnitt zwischen dem Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern wird aufgrund der jeweiligen technischen Gegebenheiten vereinbart.

Kosten

Die Kosten des Zusatzprogramms betragen (in DM):

	Personal- kosten	Sachkosten	Zusammen
bei den Ländern	202 000	190 000	392 000
beim Bund	95 000	5 000	100 000
Insgesamt	297 000	195 000	492 000

Gesetz über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes

Vom 4. Juli 1957¹⁾

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Um die Veränderungen in Zahl und Zusammensetzung der Bevölkerung und ihre Ursachen im Geltungsbereich dieses Gesetzes festzustellen, wird eine Bundesstatistik durchgeführt. Sie umfaßt

1. die Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung einschließlich der Todesursachenstatistik,
2. die Statistik der Todeserklärungen,
3. die Statistik der rechtskräftigen Urteile in Ehesachen,
4. die Wanderungsstatistik und
5. die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes.

§ 2

(1) Für die Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung wer-

¹⁾ BGBl. I vom 11. Juli 1957 S. 694.

den bei Eheschließungen, Geburten und Sterbefällen mit Zählkarten laufend folgende Tatbestände erfaßt:

1. Bei Eheschließungen:

- a) Tag der Eheschließung,
- b) Alter, bisheriger Familienstand und Kinder,
- c) rechtliche Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer Kirche, Religionsgesellschaft oder Weltanschauungsgemeinschaft, Staatsangehörigkeit und Vertriebenen-(Flüchtlings-)Eigenschaft;

2. bei Lebend- und Totgeburten:

- a) Geburtstag, Geschlecht, Angabe über Ehelichkeit oder Unehelichkeit des Kindes,
- b) Wohngemeinde und Alter der Eltern,
- c) Beruf, rechtliche Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer Kirche, Religionsgesellschaft oder Weltanschauungsgemeinschaft, Staatsangehörigkeit und Vertriebenen-(Flüchtlings-)Eigenschaft der Eltern,

- d) Mehrlingsgeburt und Anstaltsgeburt,
 - e) bei ehelichen Kindern: Ehedauer der Eltern und Geburtenfolge;
3. bei Sterbefällen:
- a) Sterbetag, Geschlecht, Alter, Familienstand — bei Kindern Angabe über Ehelichkeit oder Unehelichkeit — und Wohngemeinde,
 - b) Beruf, rechtliche Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer Kirche, Religionsgesellschaft oder Weltanschauungsgemeinschaft, Staatsangehörigkeit und Vertriebenen-(Flüchtlings-)Eigenschaft,
 - c) bei Verheirateten: Tag der Eheschließung und Alter des überlebenden Ehegatten,
 - d) Anstaltssterbefall,
 - e) Todesursache, bei Sterbefällen innerhalb der ersten vierundzwanzig Lebensstunden auch Lebensdauer.

(2) Die Zählkarten werden von den Standesbeamten und in den Fällen der §§ 18, 19 und 34 des Personenstandsgesetzes vom 3. November 1937 (Reichsgesetzbl. I S. 1146) in der Fassung des Zweiten Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Personenstandsgesetzes vom 18. Mai 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 518) von den dort genannten Stellen ausgefüllt. In den Ländern, in denen ein Leichenschauschein (Totenschein) eingeführt ist, der die in Absatz 1 Nr. 3 Buchstabe e genannten Tatbestände enthält, brauchen diese Tatbestände nicht in die Zählkarten aufgenommen zu werden. Der Leichenschauschein (Totenschein) tritt insoweit an die Stelle der Zählkarte.

(3) Soweit die Angaben, die zum Ausfüllen der Zählkarten nötig sind, nicht aus den Eintragungen in die Personenstandsbücher oder aus anderen vorgelegten Unterlagen hervorgehen, sind die Anzeigenden oder die Eheschließenden, für die Angabe der Todesursache die nach Landesrecht für die Leichenschau zuständigen Ärzte oder sonstigen Personen auskunftspflichtig.

§ 3

(1) Für die Statistik der Todeserklärungen werden bei Todeserklärungen und Feststellungen der Todeszeit, die durch Gerichte ausgesprochen worden sind, mit Zählkarten laufend folgende Tatbestände erfaßt:

1. Geschlecht, Alter, letzter ständiger Wohnsitz und Familienstand,
2. Beruf, Staatsangehörigkeit und Zugehörigkeit zur Wehrmacht,
3. vermutliche Todesursache und festgestellter Zeitpunkt des Todes.

(2) Die Zählkarten werden vom Standesbeamten des Standesamts I in Berlin (West) ausgefüllt.

§ 4

(1) Für die Statistik der rechtskräftigen Urteile in Ehesachen werden bei gerichtlichen Entscheidungen über Ehescheidungs-, -aufhebungs- oder -nichtigkeitsklagen mit Zählkarten laufend folgende Tatbestände erfaßt:

1. Kläger und Widerkläger,
2. Inhalt der Entscheidung (Nichtigkeitserklärung, Aufhebung, Scheidung, Klageabweisung, Schuldausspruch, zugrunde gelegte gesetzliche Bestimmungen),
3. Alter der Ehegatten, Ehedauer und Kinderzahl,

A. Allgemeiner Teil

I. Aufgaben der Bevölkerungsstatistik

Regierung, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft brauchen für ihre Arbeit Statistiken über Zahl und Zusammensetzung der Bevölkerung. Seit den ersten Anfängen der amtlichen Statistik werden daher in größeren Zeitabständen Bevölkerungszahl und Bevölkerungsgliederung durch Volkszählungen festgestellt. Je stärker jedoch die Bevölkerungsbewegung ist, desto weniger sind in den Zeiträumen zwischen den großen Volkszählungen ihre mit erheblichem Arbeits- und Kostenaufwand gewonnenen Ergebnisse verwertbar.

Der Weg, wenigstens durch jährliche Schätzung der Einwohnerzahl diese Mängel einigermaßen auszugleichen, ist schon lange nicht mehr gangbar. Bei der gegenwärtig besonders starken Bewegung der Bevölkerung müssen monatlich berichtete Bevölkerungszahlen für Bund und Länder verfügbar sein. Darüber hinaus braucht man in vierteljährlichen und jährlichen Abständen Aufschlüsse über die Einwohnerzahl aller Gemeinden und für größere gebietsmäßige Einheiten und darüber, wie die Bevölkerung nach Alter und Geschlecht gegliedert ist. Da die Hauptfälle der Bevölkerungsbewegung — Geburten, Sterbefälle, Zuzüge und Fortzüge — in entsprechender sachlicher und zeitlicher Untergliederung zur Verfügung gestellt werden können, ist die Statistik in der Lage, das Ergebnis der jeweils letz-

4. rechtliche Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer Kirche, Religionsgesellschaft oder Weltanschauungsgemeinschaft und Staatsangehörigkeit der Ehegatten.

(2) Die Zählkarten werden von den Urkundsbeamten der Geschäftsstelle des Gerichts erster Instanz nach Rechtskraft des Urteils auf Grund der Gerichtsakten ausgefüllt.

§ 5

Für die Wanderungsstatistik werden bei der An- und Abmeldung die Zu- und Fortzüge (Wohnungswechsel) nach den Meldescheinen mit folgenden Tatbeständen laufend erfaßt:

1. Tag des Bezugs der neuen oder des Auszugs aus der alten Wohnung, alte und neue Wohngemeinde, Haupt- und Nebenwohnsitz,
2. Geschlecht, Alter und Familienstand,
3. Beruf und rechtliche Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer Kirche, Religionsgesellschaft oder Weltanschauungsgemeinschaft, Staatsangehörigkeit und Vertriebenen-(Flüchtlings-)Eigenschaft.

§ 6

Bei der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes ist auf der Grundlage der jeweils letzten allgemeinen Zählung der Bevölkerung nach den Ergebnissen der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung und der Wanderungsstatistik die Bevölkerung nach Geschlecht, Alter und Vertriebenen-(Flüchtlings-)Eigenschaft festzustellen. Hierbei sind Gebietsveränderungen zu berücksichtigen und anzugeben.

§ 7

(1) Die Zählkarten für Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle (§ 2 Abs. 1) und für rechtskräftige Urteile in Ehesachen (§ 4 Abs. 1) sowie die Leichenschauscheine (§ 2 Abs. 2) und eine Ausfertigung der Meldescheine (§ 5) sind mindestens monatlich an das Statistische Landesamt, die Zählkarten für Todeserklärungen (§ 3 Abs. 1) an das Statistische Bundesamt zu übersenden. Die Leichenschauscheine sind über das Gesundheitsamt zu leiten.

(2) Die Zählkarten für rechtskräftige Todeserklärungen werden durch das Statistische Bundesamt, die übrigen Zählkarten, die Meldescheine und die Leichenschauscheine durch die Statistischen Landesämter aufbereitet.

§ 8

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 9

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 4. Juli 1957

Der Bundespräsident
Theodor Heuss

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Blücher

Der Bundesminister des Innern
Dr. Schröder

Begründung¹⁾

ten Volkszählung fortzuschreiben und damit laufend neue Bevölkerungszahlen auch für die kleinsten Gebietseinheiten zu liefern.

Der Wert der einzelnen Statistiken erschöpft sich jedoch nicht in der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes. Die Statistiken dienen auch dazu, die Bestandteile der Bevölkerungsentwicklung und der Bevölkerungsverchiebungen zu ermitteln.

Die Unterlagen erstrecken sich auch auf Vorgänge wie eheliche und uneheliche Geburten, Säuglingssterblichkeit, Todesursachen, Häufigkeit der Eheschließung, Gründe der Ehescheidungen, Richtung der Binnenwanderung und Zuwanderung aus der sowjetischen Besatzungszone.

Derartige Bevölkerungsstatistiken werden in allen zivilisierten Ländern der Erde durchgeführt. Sie gehören zum klassischen Bestand der amtlichen Statistik. Die Vereinten Nationen und die Weltgesundheitsorganisation haben Empfehlungen über ihren Ausbau und ihre Gestaltung herausgegeben.

II. Bisherige Rechtsgrundlagen

Durch das Gesetz werden weder neue Statistiken eingeführt noch laufende Statistiken erweitert. Statistiken über Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle wurden in Deutschland schon vom Bundesrat des Deutschen Zollvereins im Jahre 1870 beschlossen. Durch Gesetz vom 11. Juni 1920 (Reichsgesetzbl. S. 1209) wurde in das Gesetz über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung

¹⁾ Bundestagsdrucksache Nr. 3005 vom 12. Dezember 1956 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben).

vom 6. Februar 1875 (Reichsgesetzbl. S. 23) ein neuer § 82a eingefügt, nach dem die Standesbeamten »statistische Erhebungen einschließlich solcher über die Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft« vorzunehmen hatten. Das Nähere über den Umfang und die Art der Durchführung enthielt § 3 der Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung vom 6. Juli 1920 (Reichsgesetzbl. S. 1399). Das Personenstandsgesetz vom 3. November 1937 (Reichsgesetzbl. I S. 1146) enthält keine ausdrücklichen Vorschriften für die Statistik. Dagegen ermächtigte § 117 der Ersten Verordnung zur Ausführung des Personenstandsgesetzes vom 19. Mai 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 533) den Reichsminister des Innern, Art und Umfang der von den Standesbeamten wahrzunehmenden Nebengeschäfte, insbesondere ihre Mitwirkung bei statistischen Erhebungen, zu bestimmen.

Auf dieser Verordnung beruhte die Dienstanweisung für die Standesbeamten und ihre Aufsichtsbehörden vom 9. Januar 1939 (RMBl. V S. 81) mit einem besonderen Abschnitt über die Statistik. Die Dienstanweisung gilt noch heute in der Fassung der Allgemeinen Verwaltungsvorschriften über die Änderung und Ergänzung der Dienstanweisung für die Standesbeamten und ihre Aufsichtsbehörden vom 10. Mai 1952 (BANz. Nr. 94 vom 16. Mai 1952 S. 2). Art und Umfang der genannten Statistiken sind also nur durch die Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zur Dienstanweisung geregelt.

Die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes und die Wanderungstatistik, die die notwendige Voraussetzung für die Fortschreibung ist, werden z. Z. auf Grund von § 12 des Volkszählungsgesetzes 1950 vom 27. Juli 1950 (Bundesgesetzbl. S. 335) durchgeführt.

Für die Statistiken der rechtskräftigen Urteile in Ehesachen und der Todeserklärungen ist bisher noch keine Anordnung vorhanden. Sie werden gemäß Vereinbarungen mit den Ländern durchgeführt.

Nach § 6 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) müssen Bundesstatistiken durch Gesetz oder Rechtsverordnung angeordnet sein. Bundesstatistiken, die diesen Voraussetzungen nicht entsprechen, können gemäß § 16 StatGes vier Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes (also ab 25. September 1957) nicht mehr als Bundesstatistiken durchgeführt werden. Um dies zu verhindern, muß das vorliegende Gesetz erlassen werden.

III. Kosten

Die Durchführung der im § 1 des Gesetzes genannten Statistiken kostet nach dem gegenwärtigen Stand der Auszahlungen bei Bund und Ländern einschließlich Berlins (West) jährlich rd. 3,2 Millionen DM. Da es sich um bereits laufende Statistiken handelt, deren Kosten in den Haushaltsplänen schon berücksichtigt sind, und das Auszahlprogramm den Erfordernissen im großen und ganzen genügt, werden keine neuen Mittel benötigt. Die Höhe der Kosten ist in der Hauptsache durch die sehr große Zahl der zu erfassenden Fälle bestimmt. So wurden z. B. für das Bundesgebiet und Berlin (West) im Jahre 1955 in der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung rd. 454 000 Eheschließungen, 50 000 gerichtliche Ehelösungen, 818 000 Geburten und 572 000 Sterbefälle, sowie in der Wanderungstatistik fast 4,3 Millionen Umzüge erfaßt. Eine vollständige Erfassung ist notwendig, um u. a. die gesetzlich vorgeschriebene Fortschreibung der Bevölkerung in den Gemeinden (vgl. II., 4. Absatz) durchführen zu können.

B. Die einzelnen Bestimmungen

Zu § 1

Die Aufzählung enthält die klassischen Bestandteile der amtlichen deutschen Statistik der Bevölkerungsbewegung und des Bevölkerungsstandes, die meist schon seit vielen Jahren in Deutschland und in allen zivilisierten Ländern der Erde erhoben und aufbereitet werden. Sie umfaßt aber nicht das gesamte Gebiet der Bevölkerungsstatistik, da es nicht möglich ist, dieses Gebiet durch ein einheitliches Gesetz abschließend zu regeln. Das Gesetz ordnet nur die Erfassung der wichtigsten Vorgänge der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes an. Die großen Volkszählungen, mit denen wegen der Rationalisierung in der Regel Berufs-, Betriebs- und Wohnungszählungen verbunden werden, müssen jeweils durch ein besonderes Gesetz geregelt werden, weil die Forderung und Bedürfnisse von Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft je nach der besonderen Aufgabenstellung zur Zeit der Erhebung wechseln. Auch andere Erhebungen auf dem Gebiete der Bevölkerungsstatistik, wie z. B. die Ausländerstatistik oder Repräsentativerhebungen über die Bevölkerungszusammensetzung, bedürfen einer besonderen Rechtsgrundlage.

Die Unterscheidung und getrennte Behandlung der vier Grunderhebungen und der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes ist notwendig, da die Tatbestände und die Erhebungswege der vier Grunderhebungen voneinander abweichen.

Zu § 2

Die Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung liefert die wichtigsten Unterlagen, um demographische Vorgänge zu beurteilen. Sie vermittelt z. B. einen Überblick über die bevölkerungspolitische Lage, über die Erfolge der Gesundheitspolitik und der medizinischen Wissenschaft in der Bekämpfung der Sterblichkeit und über die Lebenserwartung eines Menschen. Sie ermöglicht Schätzungen über die zahlenmäßige Entwicklung der Bevölkerung und damit politische und wirtschaftliche Planungen, ferner die Herstellung von Sterbetafeln, die für die öffentlichen und privaten Rentenversicherungen unentbehrlich sind.

Absatz 1: Nach § 7 Abs. 1 StatGes muß ein Gesetz, das eine Statistik anordnet, die zu erfassenden Tatbestände bestimmen. Dabei wird bewußt vermieden, jede mögliche Einzelfrage aufzuzählen, um das Gesetz dadurch nicht überflüssig zu belasten und unübersichtlich zu machen. Die Formulierung und Gliederung der Einzelfragen gehört zu den methodischen und technischen Vorbereitungen (vgl. § 2 Nr. 1 StatGes). Als Beispiel sei hier der Tatbestand »Beruf« erwähnt, der nur dann ausreichend bestimmt werden kann, wenn auch die berufliche Stellung und der Wirtschaftszweig bekannt sind.

Für die angegebenen einzelnen Statistiken wird nur der erforderliche Mindestumfang des Frageprogramms geregelt, das laufend ausgewertet werden soll.

Absatz 2: Nach § 7 Abs. 1 StatGes müssen Gesetze und Rechtsverordnungen, die eine Statistik anordnen, auch den Kreis der Befragten bestimmen. Das geschieht in § 2 Abs. 2 S. 2 des Entwurfs. Neben den Zählkarten, die von den Standesbeamten ausgefüllt werden, werden in der Sterbefallstatistik auch die Leichenschaucheine (Totenscheine), die von den Ärzten auszufüllen sind, benutzt. Werden die Leichenschaucheine unmittelbar verwandt, so erhält man genauere Angaben und kann wirtschaftlicher arbeiten. Es ist daher beabsichtigt, im Geltungsbereich dieses Gesetzes einen einheitlichen Leichenschauchein einzuführen, der bestimmten statistischen Forderungen genügt und dann insoweit die Zählkarte ersetzen kann. Bis dieser einheitliche Schein eingeführt ist, sind die Tatbestände ggf. vom Standesbeamten in die Zählkarte einzutragen; später werden sie aus dem Leichenschauchein unmittelbar entnommen; der Standesbeamte wird dann entlastet werden.

Absatz 3: Für einige der in Absatz 1 genannten Tatbestände, die nicht aus den Personenstandsbüchern oder aus anderen Unterlagen hervorgehen, müssen für statistische Zwecke zusätzliche Fragen an die Anzeigenden gestellt werden. Deshalb wird die Auskunftspflicht der Anzeigenden festgesetzt, zu denen auch die Ärzte gehören, die die Todesursache bescheinigen.

Zu § 3

Die Statistik der Todeserklärungen ist zur Ermittlung der Personenverluste im zweiten Weltkrieg im Augenblick besonders bedeutungsvoll.

Absatz 1 enthält den Katalog der zu erfassenden Tatbestände.

Absatz 2 gibt als alleinigen Befragten den Standesbeamten des Standesamts I in Berlin (West) an, da alle Todeserklärungen und Todesfeststellungen von diesem Standesamt erfaßt werden.

Zu § 4

Die Statistik der rechtskräftigen Urteile in Ehesachen liefert das Zahlenmaterial für die Erforschung der Gründe und Ursachen der Ehezerstörungen.

Absatz 1: Der Katalog der zu erfassenden Tatbestände berücksichtigt besonders die soziale und soziologische Aufgabenstellung der Bevölkerungsstatistik. Die Angaben über Ehedauer, Kinderzahl und rechtliche Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer Kirche, Religionsgesellschaft oder Weltanschauungsgemeinschaft dienen dazu, die Ursachen der Ehezerstörung zu ermitteln.

Absatz 2: Auskunftspflichtig sind die Urkundsbeamten der Geschäftsstelle des erkennenden Gerichts erster Instanz. Damit wird vermieden, die Parteien des Rechtsstreits zu befragen.

Zu § 5

Die Wanderungsstatistik ist eine sogenannte Sekundärstatistik. Hier werden keine besonderen statistischen Zählkarten, sondern die ohnehin vorhandenen Meldescheine aufbereitet. Die Statistik dient der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes und gibt darüber hinaus die notwendigen Einblicke in Art und Umfang der Wanderungsbewegung innerhalb der Bundesrepublik und über ihre Grenzen hinaus. Wegen der starken Bevölkerungsverschiebungen durch Krieg und Kriegsfolgen gewinnt die Wanderungsstatistik besondere Bedeutung für alle Maßnahmen und Planungen mit dem Ziel des Bevölkerungsausgleichs. Die Frage nach dem religiösen Bekenntnis wird z. Z. im Bundesprogramm nicht ausgewertet. Der Tatbestand ist jedoch in dem Gesetz berücksichtigt worden, um den Ländern den Erlass besonderer Rechtsverordnungen zu ersparen.

Zu § 6

Wenn der Bevölkerungsstand auf der Grundlage der jeweils letzten allgemeinen Zählung, z. B. einer Volkszählung oder einer vollständigen Wohnungszählung fortgeschrieben wird, so ist das keine besondere Erhebung, sondern es werden dadurch nur die in diesem Gesetz angeordneten Statistiken der natürlichen Bevölkerungsbewegung und der Wanderung ausgewertet. Bei dem Umfang der angeordneten Auswertungen sind die besonderen Belange der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände berücksichtigt worden. Die gebietsmäßige und zeitliche Gliederung wird sich nach den jeweiligen Erfordernissen bei Bund und Ländern richten müssen.

Zu § 7

Absatz 1: Werden die Unterlagen mindestens monatlich übersandt, so wird dadurch eine stoßweise Arbeitsbelastung der statistischen Ämter vermieden, und der Arbeitsablauf wird wirtschaftlicher.

Absatz 2: Aus Gründen der Rationalisierung wird hier ausnahmsweise vorgeschrieben, daß die Zählkarten für die Todeserklärungen zentral aufbereitet werden. Eine solche Erhebung ist nach § 2 Nr. 2 StatGes zulässig.

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Gesetz über eine Betriebszählung in der Land- und Forstwirtschaft (Landwirtschaftszählung 1960)

Vom 13. April 1960¹⁾

Der Bundestag hat folgendes Gesetz beschlossen:

§ 1

Im Geltungsbereich dieses Gesetzes wird in den Jahren 1960 bis 1962 eine Betriebszählung in der Landwirtschaft einschließlich des Gartenbaus, des Weinbaus und der Binnenfischerei sowie in der Forstwirtschaft als Bundesstatistik durchgeführt.

§ 2

Die Zählung umfaßt folgende Einzelerhebungen:

1. Haupterhebung,
2. Gartenbauerhebung,
3. Forsterhebung,
4. Binnenfischereierhebung,
5. Arbeitskräfteerhebung.

§ 3

(1) Die Haupterhebung findet im Mai und Juni 1960 statt. Sie erfaßt die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe und Gesamtflächen ab 0,5 Hektar, die ganz oder teilweise land- oder forstwirtschaftlich genutzt werden, sowie alle Flächen des Erwerbsgartenbaus, des Erwerbsweinbaus und alle Teiche und Seen der Erwerbsfischerei.

(2) Die Haupterhebung umfaßt folgende Tatbestände:

1. Kennzeichnung des Betriebs und der Besitzverhältnisse,
2. Vertriebenen-(Flüchtlings-)eigenschaft des Inhabers sowie seine Beitragspflicht zur Altershilfe für Landwirte,
3. Hilfs- und Nebenbetriebe sowie nichtlandwirtschaftliche Betriebe des Inhabers,
4. Hauptproduktionsrichtung,
5. Betriebsflächen und deren Nutzung nach Hauptnutzungsarten, Kulturarten, Pflanzenarten und Pflanzengruppen,
6. Personal- und Arbeitsverhältnisse,
7. Viehbestand,
8. Gebäude,
9. Maschinen und sonstige technische Einrichtungen.

§ 4

(1) Die Gartenbauerhebung findet im Juli 1961 statt. Sie erfaßt alle Betriebe, die gartenbauliche Erzeugnisse und Baumschulerzeugnisse zu Erwerbszwecken anbauen.

(2) Die Gartenbauerhebung umfaßt folgende Tatbestände:

1. Kennzeichnung des Betriebs und der Besitzverhältnisse,
2. Absatzverhältnisse,
3. Betriebsflächen und deren Nutzung nach Hauptnutzungsarten, Kulturarten, Pflanzenarten und Pflanzengruppen,
4. Arbeitskräfte,
5. Maschinen und sonstige technische Einrichtungen.

§ 5

(1) Die Forsterhebung erfaßt alle Betriebe mit einer Waldfläche ab 0,5 Hektar und alle Gesamtwaldflächen ab 0,5 Hektar.

(2) Die Forsterhebung umfaßt folgende Tatbestände:

1. Kennzeichnung des Betriebs und der Besitzverhältnisse,
2. Betriebsplanung,
3. Betriebsflächen und deren Nutzung nach Betriebs- und Baumarten,
4. Arbeitskräfte.

(3) Die Bundesregierung bestimmt durch Rechtsverordnung, die der Zustimmung des Bundesrates bedarf, den Zeitraum der Erhebung.

§ 6

(1) Die Binnenfischereierhebung findet im Juni 1962 statt. Sie erfaßt alle Betriebe, die Fluß- oder Seenfischerei, Teichwirtschaft oder Fischzucht zu Erwerbszwecken betreiben.

(2) Die Binnenfischereierhebung umfaßt folgende Tatbestände:

1. Kennzeichnung des Betriebs,
2. Gewässer und deren Bewirtschaftung,
3. Arbeitskräfte,
4. Maschinen und sonstige technische Einrichtungen,
5. Fischereischäden.

§ 7

(1) Die Arbeitskräfteerhebung findet im Geltungsbereich dieses Gesetzes mit Ausnahme der Länder Berlin, Bremen und Hamburg im Anschluß an die Haupterhebung nach § 3 als monatliche Erhebung für die Dauer eines Jahres bis spätestens Oktober 1961 statt. Sie erfaßt im Bundesdurchschnitt bis zu 3 vom Hundert der bei der Haupterhebung erfaßten Betriebe.

(2) Die Arbeitskräfteerhebung umfaßt den Arbeitseinsatz der Arbeitskräfte sowie Veränderungen im Besitz- und Personenbestand während eines Jahres bis spätestens September 1961.

§ 8

Auskunftspflichtig sind die Inhaber der in den §§ 3 bis 7 genannten Betriebe und Flächen.

§ 9

(1) Den mit der Durchführung der Erhebungen beauftragten Personen ist das Betreten der Grundstücke, die Gegenstand der Erhebung sind, zu gestatten.

(2) Ordnungswidrig handelt, wer sich Absatz 1 zuwider weigert, den mit der Durchführung der Erhebungen beauftragten Personen das Betreten der Grundstücke, die Gegenstand der Erhebung sind, zu gestatten. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße geahndet werden.

§ 10

Die Befragung der Inhaber der durch die Haupterhebung und die Gartenbauerhebung nach den §§ 3 und 4 dieses Gesetzes erfaßten Betriebe und Flächen entfällt im Jahre 1960 bei der Bodennutzungshaupterhebung und im Jahre 1961 bei der Gemüsehaupterhebung nach den §§ 4 und 7 des Gesetzes über Bodennutzungserhebung und Ernteberichterstattung vom 3. Dezember 1958 (Bundesgesetzbl. I S. 895).

§ 11

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

§ 12

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 13. April 1960

Der Bundespräsident
Lübke

Für den Bundeskanzler
Der Bundesminister der Justiz
Schäffer

Der Bundesminister für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten
Schwarz

¹⁾ BGBl. I vom 27. April 1960 S. 217.

Begründung¹⁾

I. Allgemeines

Die seit 1882 in mehrjährigen Zeitabständen durchgeführte landwirtschaftliche Betriebszählung ist die wichtigste Informationsquelle über die Produktionsgrundlagen der Land- und Forstwirtschaft. Ihre Ergebnisse, die nach Betriebsgrößen, Bodennutzungssystemen und anderen Strukturmerkmalen gegliedert werden, vermitteln nicht nur einen einmaligen Gesamtüberblick über die Betriebsverhältnisse zur Zeit der Zählung, sondern bilden für einen längeren Zeitraum die umfassende statistische Grundlage für zahlreiche Zwecke der Wirtschaftspolitik, der Verwaltung und der Forschung. Die letzten landwirtschaftlichen Betriebszählungen fanden 1925, 1933, 1939 und 1949 statt. Da der vor dem Krieg übliche Turnus zwischen den Erhebungen nunmehr überschritten ist und die Ergebnisse der Betriebszählung 1949 wegen der inzwischen eingetretenen erheblichen Strukturveränderungen in der Landwirtschaft überholt sind, ist die Durchführung einer neuen Zählung notwendig. Als Erhebungsjahr kommt 1959 in Betracht.

Insbesondere ist die vorgesehene Landwirtschaftszählung 1959 aus folgenden Gründen dringend erforderlich:

1. Der nach § 4 des Landwirtschaftsgesetzes vom 5. September 1955 (BGBl. I S. 565) von der Bundesregierung jährlich vorzulegende Bericht über die Lage der Landwirtschaft (Grüner Bericht) setzt eine genaue Kenntnis der Betriebsstruktur in der Landwirtschaft und zahlreicher Tatbestände in landwirtschaftlichen Betrieben voraus. Um hierfür eine zuverlässige und zeitnahe Grundlage zu gewinnen, ist von Zeit zu Zeit eine allgemeine Betriebsbefragung erforderlich. Hierdurch sollen die langfristigen Veränderungen der Gesamtstruktur der Betriebe neu festgestellt werden. Mittels der bereits bestehenden Agrarstatistiken können dann in den folgenden Jahren die kurzfristigen Veränderungen und Entwicklungserscheinungen im einzelnen beobachtet werden.

Die Kenntnis der Agrarstruktur und der Betriebsverhältnisse sowie ihrer Veränderungen ist besonders wichtig für die nach dem Landwirtschaftsgesetz von der Bundesregierung zu treffenden wirtschafts- und agrarpolitischen Maßnahmen, durch welche die naturbedingten und wirtschaftlichen Nachteile der Landwirtschaft gegenüber anderen Wirtschaftsbereichen ausgeglichen, ihre Produktivität gesteigert und die soziale Lage der in der Landwirtschaft tätigen Menschen verbessert werden sollen.

2. Einer genauen Übersicht über die Agrarstruktur bedarf es darüber hinaus zur Bewältigung der durch die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zu erwartenden landwirtschaftlichen Strukturprobleme. Für die Verhandlungen im Rahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ebenso wie für die Beurteilung der Veränderungen, die sich aus der Entwicklung innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ergeben werden, und für die Maßnahmen, die von der Bundesregierung in diesem Zusammenhang zu treffen sein werden, sind neue statistische Feststellungen und Ergebnisse in möglichst breiter Untergliederung erforderlich.
3. Die Ergebnisse einer allgemeinen Betriebszählung in der Land- und Forstwirtschaft stellen, abgesehen vom Agrarbereich, auch in allgemein volkswirtschaftlicher Sicht unentbehrliches Material dar. Die Land- und Forstwirtschaft muß ebenso wie alle anderen Bereiche in eine Gesamtinventur der Volkswirtschaft, wie sie das Zählungswerk 1960 darstellen soll, einbezogen werden. Wenn im vorliegenden Gesetzentwurf vorgesehen wird, die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe zur Sicherung der vollständigen Erfassung und wegen der Breite der agrarpolitisch wichtigen Fragestellung in einer besonderen Zählung zu erfassen, so ist die Landwirtschaftszählung dennoch insoweit als Teilstück der allgemeinen Arbeitsstättenzählung anzusehen, als sie für die Land- und Forstwirtschaft die Produktionsgrundlagen in entsprechender Weise feststellen soll, wie es durch die Arbeitsstättenzählung und die im Anschluß daran vorgesehenen Zählungen für die anderen Wirtschaftszweige geschieht. Ihre Ergebnisse sollen zusammen mit denen der anderen Wirtschaftszweige zu einem Gesamtbild der Volkswirtschaft führen. Dies setzt voraus, daß die Produktionsgrundlagen ebenso weitgehend erfaßt und die ermittelten Tatbestände nach gleichartigen Darstellungseinheiten geordnet werden, wie in der Arbeitsstättenzählung. Die zeitliche Trennung der Landwirtschaftszählung von der für 1960 vorgesehenen Arbeitsstättenzählung hat sich gegenüber der bis 1949 gemeinsamen Durchführung als technisch vorteilhaft und arbeitsleichternd erwiesen.
4. Die laufenden landwirtschaftlichen Statistiken sind in den letzten Jahren größtenteils auf repräsentative Erhebungen umgestellt worden, wodurch erhebliche Ersparnisse an Arbeit und Kosten erreicht werden. Die Repräsentativstatistiken setzen jedoch voraus, daß in größeren Zeitabständen allgemeine Erhebungen durchgeführt werden, deren Ergebnisse als Grundlage der Schichtung und der Auswahl von Stich-

proben sowie zur Hochrechnung der Ergebnisse auf die Gesamtzahl aller Betriebe dienen. Die Landwirtschaftszählung 1959 soll für die nächsten Jahre die Grundlage für die Weiterführung mehrerer Repräsentativstatistiken nach dem Gesetz über Bodenbenutzungserhebung und Ernteberichterstattung bilden.

5. Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) hat die Durchführung einer Weltzählung in der Landwirtschaft um das Jahr 1960 beschlossen. Das Material hierfür soll für die Bundesrepublik durch die Landwirtschaftszählung 1959 beschafft werden, deren Fragestellung das für die Weltzählung vereinbarte Mindestprogramm erfüllt.

II. Im einzelnen

§ 1 umreißt den Umfang des Gesetzes.

In § 2 werden die Einzelerhebungen der Landwirtschaftszählung aufgeführt.

In den §§ 3 bis 7 sind jeweils die Einzelerhebungen der erfaßten Betriebe sowie Zeit und Gegenstand der Erhebungen angegeben. Um Kosten zu sparen und um eine Überlastung der Zählerorganisation zu vermeiden, sollen die Sonderfragen für die Gartenbau-, Forst- und Binnenfischereibetriebe nicht in der Haupterhebung, sondern im Anschluß an sie durch die Erhebungen nach den §§ 4 bis 6 gestellt werden. Ebenfalls aus Gründen der Zweckmäßigkeit sollen einzelne Tatbestände über Arbeitskräfte durch monatliche repräsentative Erhebungen für ein Wirtschaftsjahr ermittelt werden. Diese Erhebungen ergänzen die Haupterhebung und bilden mit ihr zusammen ein einheitliches Betriebszählungswerk.

Bei der Haupterhebung (§ 3) ist für Betriebe mit weniger als 2 ha Betriebsfläche zur Kosten- und Arbeitsersparnis ein gekürzter Fragebogen vorgesehen. Die Angaben über die Größe und Nutzung der Betriebsflächen (§ 3 Abs. 2 Nr. 5) werden zugleich für die Aufbereitung der Bodenbenutzungshaupterhebung nach dem in Vorbereitung befindlichen Gesetz über Bodenbenutzungserhebung und Ernteberichterstattung verwendet (vgl. § 10). Bei der Haupterhebung werden die den auskunftspflichtigen Betriebsinhabern gehörenden Viehbestände erfaßt. Die repräsentative Viehzwischenzählung nach dem Viehzählungsgesetz vom 18. Juni 1956 (BGBl. I S. 522), die am 3. Juni 1959 stattfindet, erfaßt dagegen nur die Rindvieh-, Schweine- und Schafbestände in etwa 14 v. H. der bestehenden Zählflächen, und zwar nach ihrem Standort und ohne Rücksicht darauf, ob sie zu einem landwirtschaftlichen Betrieb gehören. Soweit die Betriebe zu beiden Zählungen Angaben zu machen haben, kann der Zählereinsatz am Stichtag der Viehzwischenzählung für beide Zwecke zugleich erfolgen.

Die Gartenbauerhebung (§ 4) soll Ergebnisse über die Struktur aller an der Marktproduktion von Obst, Gemüse und sonstigen Gartenbauerzeugnissen beteiligten Betriebe vermitteln, weil ein ausreichender Überblick über die Struktur dieser Betriebe und über die Anbauverhältnisse der gärtnerischen Kulturen sich aus der allgemeinen Erhebung nicht gewinnen läßt. Da diese Betriebe die verschiedenartigsten Strukturen und Größen aufweisen, sind ihre Verhältnisse besonders unübersichtlich; das Marktangebot nach Menge und Güte ist außerdem viel stärkeren Schwankungen unterworfen als in anderen Zweigen der landwirtschaftlichen Erzeugung. Die letzte Gartenbauerhebung fand 1950 im Anschluß an die landwirtschaftliche Betriebszählung 1949 statt. Die Angaben der vorgesehenen Gartenbauerhebung über den Gemüseanbau (§ 4 Abs. 2 Nr. 3) werden gleichzeitig für die Aufbereitung der Gemüsehaupterhebung 1960 verwendet (vgl. § 10). Bei den Feststellungen über Baumschulen handelt es sich um die Ermittlung der zur Anzucht benutzten Flächen, während in der Baumschulerhebung nach § 8 des Gesetzes über Bodenbenutzungserhebung und Ernteberichterstattung die Bestände nach Art, Zahl und Anzuchtmerkmalen erfaßt werden. Eine Doppelerhebung liegt daher nicht vor.

Die Forsterhebung (§ 5) ist aus wirtschafts- und forstpolitischen Gründen erforderlich. Die letzte allgemeine Forsterhebung, die einen Überblick über die gesamten forstlichen Verhältnisse gab, wurde 1937 durchgeführt. Seit dieser Zeit sind infolge einschneidender Verschiebungen der politischen Grenzen und übermäßiger Nutzungen in der Kriegs- und Nachkriegszeit schwerwiegende Änderungen der Waldfläche und des Altersklassengefüges eingetreten, so daß die Ergebnisse dieser Erhebung praktisch unbrauchbar geworden sind. Die 1948 in der britischen und amerikanischen Besatzungszone durchgeführte und 1950 auf die restlichen Bundesländer erweiterte Forsterhebung erfolgte nicht nach einheitlichen Gesichtspunkten und bietet daher keine zuverlässige Grundlage für die Beurteilung der forstlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik. Die Binnenfischereierhebung (§ 6) soll die notwendige Kenntnis der Struktur und Ertragsverhältnisse der Binnenfischerei, Teichwirtschaft und Fischzucht im Bundesgebiet vermitteln. Bisher liegen hierüber keine Unterlagen vor, so daß die im Interesse der Allgemeinheit und der Fischerei dringend erforderlichen produktionsbiologischen und wasserwirtschaftlichen Maßnahmen sehr erschwert sind.

Zur Ermittlung des Bestandes an Arbeitskräften sind als Ergänzung zur Haupterhebung nach § 3 Abs. 2 Nr. 6 repräsentative Monaterhebungen von einjähriger Dauer vorgesehen (§ 7). Diese sind aus folgenden Gründen notwendig:

¹⁾ Bundestagsdrucksache Nr. 687 vom 28. November 1958 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben).

Eine genaue Kenntnis über Zahl und Zusammensetzung des Arbeitskräftebestandes ist für die Beurteilung der Lage der Landwirtschaft und der Einkommensverhältnisse sowie für die Entscheidungen über die Förderungsmaßnahmen nach dem Landwirtschaftsgesetz unerlässlich. Wegen der starken — in den einzelnen Betriebsarten und -gruppen durchaus verschiedenen — jahreszeitlichen Schwankungen im Bestand an landwirtschaftlichen Arbeitskräften können brauchbare Feststellungen über diese Arbeitskräfte nicht durch eine einmalige, auf einen Stichtag bezogene Befragung gewonnen werden. Vielmehr ist hierzu erforderlich, daß die Erhebung sich mindestens auf den Zeitraum eines Jahres bezieht. Erst aus den so gewonnenen Zahlen lassen sich durch Errechnen von Jahresdurchschnittswerten — umgerechnet auf Vollarbeitskräfte — hinreichend aussagefähige Ergebnisse erzielen.

Bei der Ermittlung des Gesamtarbeitskräftebestandes der Landwirtschaft sind monatliche Erhebungen über den Arbeitseinsatz der ständigen und nichtständigen familieneigenen und familienfremden Arbeitskräfte erforderlich, weil im allgemeinen Aufzeichnungen über den Arbeitseinsatz in den landwirtschaftlichen Betrieben fehlen, so daß die Befragten die Angaben über den Arbeitseinsatz im Betrieb aus dem Gedächtnis machen müssen.

Um die Kosten möglichst gering zu halten, sollen die Erhebungen für den Zeitraum eines Jahres repräsentativ durchgeführt werden. Der Auswahlatz von 3 v. H. der landwirtschaftlichen Betriebe ist der niedrigste, mit dem nicht nur zuverlässige Bundes-, sondern auch Landesergebnisse erzielt werden können. Die Monatserhebungen sollen für die Dauer eines Jahres möglichst früh im Anschluß an die Haupterhebung durchgeführt werden, damit die durchschnittlichen Jahresergebnisse über die Arbeitskräfte rechtzeitig zur Vorbereitung des Grünen Berichts 1961 vorliegen. Mit den Monatserhebungen kann erst begonnen werden, nachdem aus dem Material der Haupterhebung die notwendigen Teilaufbereitungen und die Stichprobenauswahl der Betriebe erfolgt sind; sie müssen aber spätestens bis Oktober 1960 abgeschlossen sein. Da die Feststellungen in den Ländern Berlin, Bremen und Hamburg zur Ermittlung der Bundesergebnisse nicht unbedingt erforderlich sind, sollen diese Länder nicht an den Monatserhebungen beteiligt werden.

Bei der Haupterhebung wird zur Kostenersparnis und zur Entlastung der Auskunftspflichtigen in Betrieben mit weniger als 2 ha Betriebsfläche, die meist nur im Nebenerwerb Landwirtschaft betreiben, auf eine Reihe von Angaben verzichtet. Da diese Angaben für die Gesamtdarstellung der Ergebnisse erforderlich sind, ist vorgesehen, die fehlenden Tatbestände bei diesen Betrieben nachträg-

lich in der ersten Monatserhebung repräsentativ zu erfragen. Hierzu muß der Auswahlatz in der Größenklasse unter 2 ha einmalig von 3 v. H. auf 10 v. H. erhöht werden (vgl. § 3 Abs. 3). Durch das dargestellte Erhebungsverfahren wird der Umfang der Fragestellung bei mehr als 500 000 Auskunftspflichtigen erheblich eingeschränkt, wodurch nach Schätzungen des Statistischen Bundesamtes eine Einsparung von etwa 200 000 DM ermöglicht wird.

§ 8 legt den auskunftspflichtigen Personenkreis fest.

§ 9 soll die Möglichkeit geben, die für die Erhebung in Frage kommenden Grundstücke zu betreten und damit zuverlässige Ergebnisse zu gewährleisten. Soweit militärische Grundstücke in Frage stehen, wird es allgemein genügen, wenn die örtlich zuständigen Militärdienststellen die erforderlichen Auskünfte erteilen, weil die besonderen militärischen Sicherheitsbestimmungen ohnehin vorgehen.

Die Angaben der Betriebe zur Haupterhebung und zur Gartenbauerhebung enthalten einen wesentlichen Teil der Tatbestände der Bodenbenutzungshaupterhebung und der Gemüsehaupterhebung nach dem Gesetz über Bodenbenutzungserhebung und Ernteberichterstattung.

Um Doppelbefragungen zu vermeiden, soll daher nach § 10 auf die Befragung der Betriebe im Rahmen der Bodenbenutzungshaupterhebung des Jahres 1959 und der Gemüsehaupterhebung des Jahres 1960 verzichtet werden.

Für die Gemeinden bleibt dagegen die Auskunftspflicht für alle sonstigen Bodenflächen nach § 4 Abs. 2 Nr. 2 des Gesetzes über Bodenbenutzungserhebung und Ernteberichterstattung sowie die Pflicht, ein Gemeindeergebnis der Bodenbenutzungshaupterhebung 1959 festzustellen, bestehen.

Um die vollständige Erfassung der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe mit den bewirtschafteten Gesamtflächen bei der Haupterhebung zu sichern, müssen die Bodenbenutzungsvorerhebung und Bodenbenutzungshaupterhebung nach §§ 3 und 4 des Gesetzes über Bodenbenutzungserhebung und Ernteberichterstattung im Jahre 1959 allgemein durchgeführt werden. Es ist daher der Erlaß einer entsprechenden Verordnung nach § 9 des genannten Gesetzes geplant.

Die Kosten der Erhebungen sind vom Statistischen Bundesamt insgesamt mit 19,6 Millionen DM veranschlagt worden. Sie verteilen sich wie folgt auf den Bund und die Länder sowie auf vier Rechnungsjahre:

	Rechnungsjahr				zusammen in 1000 DM
	1958 in 1000 DM	1959 in 1000 DM	1960 in 1000 DM	1961 in 1000 DM	
Bund	35	213	610	538	1 396
Länder	1 146	9 740	4 420	2 900	18 206
					19 602

Verordnung über die Forsterhebung der Landwirtschaftszählung 1960

Vom 3. März 1961¹⁾

Auf Grund des § 5 Abs. 3 des Gesetzes über eine Betriebszählung in der Land- und Forstwirtschaft (Landwirtschaftszählung 1960) vom 13. April 1960 (Bundesgesetzbl. I S. 217) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

§ 1

Die Forsterhebung nach § 5 des Gesetzes findet in den Monaten April 1961 bis März 1962 statt.

§ 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 11 des Gesetzes über eine Betriebszählung in der Land- und Forstwirtschaft (Landwirtschaftszählung 1960) auch im Land Berlin.

§ 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 3. März 1961

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Ludwig Erhard

Der Bundesminister
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Schwarz

Begründung²⁾

Nach § 1 des Gesetzes über eine Betriebszählung in der Land- und Forstwirtschaft (Landwirtschaftszählung 1960) vom 13. April 1960 (BGBl. I S. 217) sind die Erhebungen der Betriebszählung in der Land- und Forstwirtschaft bis 1962 durchzuführen. Während für die

in § 2 Nr. 1, 2, 4 und 5 des Gesetzes bezeichneten Einzelerhebungen die Erhebungszeiträume im Gesetz bestimmt worden sind, enthält § 5 Abs. 3 eine Ermächtigung an die Bundesregierung, mit Zustimmung des Bundesrates den Zeitraum der Forsterhebung zu bestimmen. Hierdurch soll zur Arbeitersparnis in den Forstbetrieben erreicht werden, daß die Forsterhebung möglichst gleichzeitig mit

¹⁾ Bundesanzeiger Nr. 46 vom 7. März 1961 S. 1. — ²⁾ Bundesratsdrucksache Nr. 3 vom 5. Januar 1961 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben).

den Erhebungen für die Hauptfeststellung der Einheitswerte des forstwirtschaftlichen Vermögens stattfindet, falls diese bis 1962 durchgeführt werden.

Seitens der Bundesregierung ist entgegen ihrer früheren Absicht nicht mehr vorgesehen, einen Gesetzentwurf über die Hauptfeststellung der Einheitswerte noch in dieser Legislaturperiode bei den gesetzgebenden Körperschaften einzubringen. Es kann somit nicht mehr damit gerechnet werden, daß die nächste Hauptfeststellung der Einheitswerte bis 1962 erfolgt. Wegen der in § 1 des Gesetzes

festgelegten Frist muß daher die Forsterhebung unabhängig von der Hauptfeststellung der Einheitswerte durchgeführt werden.

Um die auskunftspflichtigen Betriebe ebenso wie die beteiligten Forstdienststellen und Gemeindeverwaltungen möglichst wenig zu belasten, soll der Erhebungszeitraum ein Jahr betragen. Der in § 1 vorgesehene Zeitraum wird vom Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern unter Berücksichtigung der Arbeitsverteilung in den Ämtern für zweckmäßig gehalten.

Die Kosten der Forsterhebung sind bereits in den Gesamtkosten für die Landwirtschaftszählung 1960 enthalten.

Verordnung über betriebs- und marktwirtschaftliche Meldungen in der Landwirtschaft Vom 19. November 1963¹⁾

Auf Grund des § 6 Abs. 2 und des § 9 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

§ 1

Zur Ergänzung der bestehenden landwirtschaftlichen Statistiken, insbesondere zur Gewinnung zuverlässiger Unterlagen über den periodischen Wirtschaftsablauf in der Landwirtschaft, werden repräsentative Erhebungen über die Betriebswirtschaft und Marktwirtschaft als Bundesstatistik durchgeführt. Die Erhebungen erstrecken sich auf die Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein.

§ 2

Die Erhebungen umfassen Angaben über

1. die Betriebsmerkmale,
2. die Erzeugung, den Bestand, den Absatz und die Verwertung landwirtschaftlicher Erzeugnisse sowie über den Erwerb, den Bestand und die Verwendung von Betriebsmitteln in der Landwirtschaft,
3. die Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Erzeugnisse und die Verbraucherpreise von Betriebsmitteln,
4. die Anbau- und Ertragsentwicklung bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen.

§ 3

- (1) Die Erhebungen nach § 2 Nr. 1 werden jährlich durchgeführt.
- (2) Die Erhebungen nach § 2 Nrn. 2 und 3 werden monatlich, die Erhebungen nach § 2 Nr. 4 zweimal jährlich durchgeführt.
- (3) Soweit es für die Gewinnung zuverlässiger Ergebnisse ausreicht, werden die Erhebungen nach § 2 Nrn. 2 und 3 in größeren als monatlichen Zeitabständen, die Erhebungen nach § 2 Nr. 4 jährlich durchgeführt.

Begründung²⁾

Die auf den geltenden bundesrechtlichen Vorschriften beruhenden landwirtschaftlichen Statistiken geben noch nicht über alle Sachverhalte hinreichend Aufschluß, deren Kenntnis für eine sorgfältige und umfassende Markt- und Wirtschaftsbeobachtung erforderlich ist. Diese amtlichen Statistiken bedürfen noch einer Ergänzung, die die Verfolgung des Wirtschaftsablaufs über das Wirtschaftsjahr oder über längere Zeiträume hinweg gewährleistet.

Bereits 1928 wurden Erhebungen über die Vorräte der Landwirtschaft an Getreide und Kartoffeln eingeführt, die vor allem Vorstellungen über das zu erwartende Marktangebot vermitteln sollten. In Verbindung mit anderen Meldungen gestatteten diese Erhebungen, die Verwertung der Getreidernte und die Dispositionen auf dem Gebiete der Futterwirtschaft laufend zu verfolgen. Im Laufe der Zeit wurden sie auf andere Sachgebiete ausgedehnt und zu einer wichtigen Unterlage für die Marktbeobachtung entwickelt. Der damals eingerichtete Berichterstattungsdienst besteht heute noch: In einer Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe werden freiwillig Meldungen erstattet, und zwar in den norddeutschen Ländern an die Landwirtschaftskammern, in Süddeutschland an die Statistischen Landesämter. Der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Bundesminister) koordiniert diese Arbeiten, stellt die Ergebnisse der Länder und Landwirtschaftskammern zu Bundesergebnissen zusammen und wertet diese aus. Die Fragen erstrecken sich zur Zeit auf folgende Sachverhalte:

¹⁾ BGBl. I vom 26. November 1963 S. 842. — ²⁾ Bundesratsdrucksache Nr. 395 vom 4. Oktober 1963 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben).

§ 4

Die Erhebungen erstrecken sich auf höchstens 0,6% der Betriebe mit mehr als 0,5 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche.

§ 5

- (1) Die Erteilung der Auskünfte durch die Befragten ist freiwillig.
- (2) Einzelangaben dürfen den Landwirtschaftskammern zur statistischen Auswertung überlassen werden.

§ 6

Der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wird ermächtigt, für diese Statistik die Aufgaben des Statistischen Bundesamts nach § 2 Nr. 1 des Gesetzes wahrzunehmen mit Ausnahme der Aufgaben, die Ergebnisse für den Bund zu sammeln und zusammenzustellen.

§ 7

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 17 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke auch im Land Berlin.

§ 8

Diese Verordnung tritt am 1. Dezember 1963 in Kraft und am 30. November 1966 außer Kraft.

Bonn, den 19. November 1963

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Mende

Der Bundesminister für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten
Schwarz

Gegenstand:

Vorräte an Getreide in der Landwirtschaft

Vorräte an Kartoffeln in der Landwirtschaft

Kartoffelverkäufe

Halbbarkeit der Kartoffeln

Verwertung der Kartoffelernte

Einsäuerung von Kartoffeln

Verbrauch an Kartoffelpflanzgut

Gegenstand:

Vorräte an Heu und Stroh

Beabsichtigte und endgültige Herbstaussaaten

Beabsichtigte und endgültige Sommerfruchtflächen

Ernteaussichten bei Hauptfeldfrüchten

Verfütterung von Zuckerrüben

Verfütterung nach Tierarten

Schweinebestandsentwicklung

Lebendgewicht der Hausschlachtungsschweine

Eierzeugung und -verwertung

Berichterstattung über einige wichtige

Erzeugerpreise

Berichterstattung über die Preise wichtiger
Zukaufsfuttermittel

Häufigkeit:

September bis Juni
monatlich

Oktober bis Juni
monatlich

zweimal im Jahr
jährlich

jährlich
zweimal im Jahr

jährlich

Häufigkeit:

zweimal im Jahr
zweimal im Jahr

zweimal im Jahr
zweimal im Jahr

jährlich
jährlich

monatlich

jährlich

monatlich

monatlich

monatlich

Mit Hilfe dieses Berichteratterdienstes konnten wichtige — mit der Erzeugung, dem Absatz und der Verwertung tierischer und pflanzlicher Erzeugnisse im Zusammenhang stehende — Fragen frühzeitig beantwortet werden. Die Angaben über Nutzungsflächen und Erträge werden im Zusammenhang mit den Kalkulationen über künftige Verwertung erfragt. Sie sollen frühzeitig Aufschluß über die allgemeinen Tendenzen geben. Eine Überschneidung der Bodennutzungserhebung und der Erntermittlung liegt nicht vor, weil deren Ergebnisse erst wesentlich später vorliegen.

Die betriebswirtschaftlichen Meldungen bildeten bisher keine Bundesstatistik im Sinne des StatGes, weil die Länder oder Landwirtschaftskammern von sich aus die Betriebe befragten, während der Bundesminister die ohnehin gewonnenen Landesergebnisse für seine Zwecke verwendete. Der Bund hat jedoch an den Ergebnissen ein so großes Interesse, daß es erforderlich ist, die Durchführung der Berichterstattung auch für den Fall sicherzustellen, daß einzelne Länder von sich aus die Erhebung als Landesstatistik nicht weiterführen sollten. Daher soll nach § 6 Abs. 2 StatGes eine Rechtsgrundlage für eine solche Bundesstatistik geschaffen werden.

Die Berichterstattung soll im wesentlichen in der bisherigen Form weitergeführt werden. Wie bisher sollen sich die Erhebungen nicht auf die Stadtstaaten und das Saarland erstrecken. Der Kreis der Befragten soll auf höchstens 0,6% der Betriebe mit über 0,5 ha LN, das sind höchstens 10 000 Betriebe, erhöht werden gegenüber bisher rd. 6200 Betrieben. Damit sollen regional zuverlässige Ergebnisse ermöglicht werden, um die regionalen Auswirkungen der Preispolitik im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik der EWG besser beurteilen zu können. Die Auskünfte sind, wie bisher, freiwillig.

Da die betriebs- und marktwirtschaftlichen Meldungen auf die aktuellen Erfordernisse der Markt- und Wirtschaftsbeobachtung abgestellt sind, ist die möglichst rasche Anpassung der Fragestellung an wechselnde Bedürfnisse innerhalb des in § 2 umschriebenen Umfangs der Erhebung besonders wichtig. Die Möglichkeit, das Fragenprogramm zu ergänzen, muß offenbleiben. Kurzfristig können z. B. zusätzliche Fragen über die Auswirkung außergewöhnlicher Witterungsverhältnisse, über die Futtersituation sowie über Schäden irgendwelcher Art notwendig werden. Auch Erhebungen für Notstandszwecke kommen in Betracht. Die erforderliche Elastizität kann am besten dadurch gewährleistet werden, daß die Stelle, die die Ergebnisse für ihre eigenen Arbeiten benutzt und auswertet, die Fragestellung kurzfristig mit den entsprechenden Stellen in den Ländern abstimmt. Dabei können auch besondere regionale Bedürf-

nisse berücksichtigt werden, sofern dies dem Bundesinteresse entspricht.

In einem Teil der Länder werden die Meldungen in den Landwirtschaftskammern bearbeitet, für die nicht nur die Gesamtergebnisse, sondern auch die Einzelangaben der Berichteratter für Fragen der Marktberichterstattung, Marktbeobachtung und Marktberatung von Bedeutung sind. Sie pflegen als Selbstverwaltungsorgane einen besonders engen Kontakt mit den Berichterstattern als Kammermitgliedern und stellen ihnen als Gegenleistung für die Berichtsarbeit ihre Einrichtungen und Beratungsstellen bevorzugt zur Verfügung. Durch die Übermittlung des Nachrichtenblattes geben sie ihnen ferner die Möglichkeit, die Ergebnisse des Berichteratterdienstes unmittelbar für Entscheidungen in ihrem eigenen Betrieb auszunutzen. Dieser Kontakt ist vor allem im Hinblick auf die Freiwilligkeit der Mitarbeit von großer Bedeutung. In den Ländern, in denen die betriebswirtschaftlichen Meldungen in den Statistischen Landesämtern bearbeitet werden, beschränkt sich die Kontaktpflege auf die Übermittlung der Nachrichtenblätter und auf Schulungsveranstaltungen.

Aufgabe des Bundesministers ist es, die Ergebnisse des Berichteratterdienstes in Verbindung mit anderen Unterlagen für agrarpolitische Zwecke auszuwerten und die entsprechenden Folgerungen zu ziehen. Bisher wurden die innerhalb der Länder aufbereiteten Ergebnisse vom Bundesminister auch zusammengestellt und so ausgewertet, daß sie nicht nur den interessierten Stellen, sondern auch den Berichterstattern unmittelbar nutzbar gemacht werden konnten.

Für die Zukunft ist gemäß § 9 Abs. 2 StatGes vorgesehen, daß der Bundesminister nur einen Teil der Aufgaben nach § 2 Nr. 1 StatGes wahrnimmt, während dem Statistischen Bundesamt die Sammlung und Zusammenstellung der Ergebnisse für den Bund übertragen werden soll. Es ist notwendig, die Herausgabe des Erhebungsplanes einschließlich der Vorarbeiten beim Bundesminister zu belassen, weil nur dieser eine elastische Anpassung des sich unter Umständen kurzfristig ändernden Fragenprogramms an die laufenden Bedürfnisse gewährleisten kann. Er regelt diese Anpassung des Fragenprogramms im Benehmen mit den zuständigen Landesbehörden. Würden auch diese Aufgaben dem Statistischen Bundesamt übertragen, so wären nicht zu verantwortende Verzögerungen unvermeidlich.

Auf Bundesesebene entstehen jährlich rd. 5000 DM Personalkosten und rd. 7000 DM Sachkosten, insgesamt rd. 12000 DM. Die Höhe der in den Ländern entstehenden Kosten wird auf jährlich etwa 450 000 DM geschätzt.

Verordnung über eine Weinbaubetriebserhebung im Jahre 1958

Vom 12. März 1958¹⁾

Auf Grund des § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

§ 1

In den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz wird in den Monaten März bis Mai 1958 eine Weinbaubetriebserhebung durchgeführt.

§ 2

Die Erhebung erstreckt sich

1. bei Bewirtschaftern von Rebflächen auf

- a) den Betriebsinhaber, seinen Haupt- und Nebenerwerb sowie die Betriebsleitung;
- b) die Betriebsflächen einschließlich der landwirtschaftlichen Nutzfläche am 1. Oktober 1957 sowie die Rebfläche und ihre Untergliederung am 1. Oktober 1955 und am 1. Oktober 1957;
- c) die Ernten der Jahre 1955 und 1957 und ihre Verwertung;
- d) die im Jahre 1957 im Weinbau und in der Kellerwirtschaft beschäftigten Arbeitskräfte;
- e) den Zukauf von Humusdünger im Jahre 1957;
- f) die Benutzung von Maschinen im Jahre 1957 sowie ihren Bestand;
- g) die Benutzung von Zugvieh im Jahre 1957;
- h) den Bestand an Einlagerungsbehältnissen;

2. bei Winzergenossenschaften mit Kellerei auf

- a) den Namen und den Sitz der Genossenschaft sowie die Zahl der Genossen;

¹⁾ Bundesanzeiger Nr. 50 vom 13. März 1958 S. 1.

b) den Betriebsort der Kellerei;

c) die in den Jahren 1955 und 1957 angelieferten Erntemengen;

d) den Bestand an Maschinen und Einlagerungsbehältnissen.

§ 3

Auskunftspflichtig nach § 10 des Gesetzes sind alle Personen, die Erwerbsweinbau betreiben oder Gesamtrebflächen ab 20 Ar bewirtschaften, sowie die Vorstände der Winzergenossenschaften.

§ 4

Diese Verordnung gilt nach § 4 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (BGBl. I S. 1) in Verbindung mit § 17 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke auch im Land Berlin.

§ 5

Diese Verordnung gilt nicht im Saarland.

§ 6

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 12. März 1958

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Ludwig Erhard

Der Bundesminister
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Lübke

Begründung¹⁾

Die landwirtschaftlichen Betriebe mit Rebland sind bisher im Rahmen der Landwirtschaftlichen Betriebszählung — zuletzt im Jahre 1949 — festgestellt worden. Die Ergebnisse weisen nur die Zahlen dieser Betriebe mit Rebland und ihre gesamte Rebfläche, untergliedert nach Größenklassen, aus. Eine Weinbaubetriebserhebung, die Einblicke in die Betriebsverhältnisse und Betriebseinrichtungen der Weinbaubetriebe und Winzergenossenschaften ermöglicht, ist bisher nicht durchgeführt worden. Für die Behandlung der laufenden wirtschafts- und handelspolitischen Probleme des Weinbaues ist eine genaue Kenntnis der betriebswirtschaftlichen Verhältnisse im Weinbau erforderlich. Es wird daher eine einmalige eingehendere Betriebserhebung für notwendig erachtet. Die Ergebnisse dieser Erhebung sollen auch als Grundlage dienen für die Beurteilung des Gemeinsamen Europäischen Marktes und für Maßnahmen zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Weinbaues. Sie sind weiter von großer Bedeutung für die Erörterungen über die Lage des Weinbaues im Rahmen des Landwirtschaftsgesetzes und für Meldungen an die internationalen Organisationen.

Die Erhebung soll in den Monaten Februar und März 1958 durchgeführt werden, wobei die Bewirtschafter von 20 Ar und mehr Rebland und alle Erwerbsweinbaubetriebe, auch wenn sie weniger als 20 Ar Rebland bewirtschaften, sowie die Winzergenossenschaften in die Statistik einzubeziehen sind. Bei diesen Betrieben sind die in § 2 Nr. 1 genannten Erhebungsgegenstände zu erfassen. Bei den Bewirtschaftern von Rebflächen sind im wesentlichen folgende Feststellungen zu treffen: Haupt- und Nebenerwerb des Betriebsinhabers, Flächenangaben in bestimmter Untergliederung, Weinmosternten und deren Verwertung, in Weinbau und Kellerwirtschaft beschäftigte Arbeitskräfte, betriebseigene und im Betrieb benutzte

Maschinen und eingesetztes Zugvieh sowie die zur Einlagerung von Weinmost und Wein vorhandenen Behältnisse.

Da das Jahr 1957 infolge der starken Frostschäden im Frühjahr 1956 bezüglich der Größe der ertragfähigen Rebflächen und der Höhe der Erträge von einem Normaljahr noch erheblich abweicht, ist vorgesehen, außer den Rebflächen und Erträgen des Jahres 1957 auch die des Jahres 1955 zu erfassen. Auf Angaben für das Jahr 1956, in dem die Weinmosternte infolge von Frosteinwirkungen nur 34 v. H. der fünfjährigen Durchschnittsernte 1951/55 ausmachte, wird verzichtet. Es sollen aber die im Winter 1955/56 durch Wurzelerfrierungen total vernichteten Rebflächen gesondert erfaßt werden, um einen Überblick über die eingetretenen Schäden zu gewinnen und gleichzeitig beurteilen zu können, wie weit die Rebflächen von 1957 noch von einem Normalstand abweichen.

Außer den Weinbaubetrieben sollen die Winzergenossenschaften, die sich mit der Verwertung der Ernten befassen, nach dem Betriebsort der Kellereien, der Zahl der Genossen, der Maschineneinrichtung, den zur Einlagerung von Weinmost und Wein vorhandenen Behältnissen und den angelieferten Erntemengen befragt werden (§ 2 Nr. 2).

Die Kosten für die Erhebung werden vom Statistischen Bundesamt für die 5 Weinbauländer insgesamt mit 450 000 DM und für den Bund mit 10 000 DM veranschlagt.

Nach Durchführung der Weinbaubetriebserhebung im Jahre 1958 können entsprechende Feststellungen über die Weinbaubetriebe bei der für 1959 geplanten Landwirtschaftlichen Betriebszählung entfallen, so daß hierdurch die Kosten für diese Erhebung vermindert werden.

Verordnung Nr. 70/66/EWG des Rates vom 14. Juni 1966

über die Durchführung einer Grunderhebung im Rahmen eines Erhebungsprogramms zur Untersuchung der Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe²⁾

Der Rat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere auf die Artikel 40, 43, 199 bis 209,
gestützt auf den Vorschlag der Kommission,
gestützt auf die Stellungnahme des Europäischen Parlaments³⁾,
in Erwägung nachstehender Gründe:

Für die weitere Entwicklung der gemeinsamen Agrarpolitik benötigt die Gemeinschaft sobald wie möglich objektive und vergleichbare Unterlagen über die strukturelle Lage der landwirtschaftlichen Betriebe in der gesamten Gemeinschaft.

Derartige Unterlagen fehlen bisher; es ist daher erforderlich, daß die Gemeinschaft in allen Mitgliedstaaten gleichzeitig und nach einheitlichen Methoden und Begriffen ein Erhebungsprogramm ausführt.

Es empfiehlt sich, ein solches Programm in zwei verschiedene Stufen zu staffeln, und zwar:

— erstens eine Grunderhebung, die die wichtigsten Angaben für eine annähernde Kennzeichnung der Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe und für die Ausrichtung der zweiten Stufe erbringen soll;

— zweitens eine Reihe von auf ganz bestimmte Aspekte beschränkte Sondererhebungen, die ausführliche Angaben für eine eingehende Analyse bestimmter Strukturdaten vermitteln sollen.

Die geplante Grunderhebung entspricht einem Gemeinschaftsbedürfnis. Infolgedessen sind die anfallenden Kosten von der Gemeinschaft zu tragen. Die gewählte Finanzierungsmethode stellt jedoch einen Ausnahmefall dar, der in keiner Weise als Präzedenzfall angerufen werden kann.

Die Statistischen Ämter der Mitgliedstaaten sind in der Lage, die gesamte Grunderhebung auf nationaler Ebene durchzuführen.

Zur Sicherstellung einer einheitlichen Aufbereitung und Auswertung der gewonnenen Ergebnisse sowie um die Informationswünsche auf diesem Gebiet befriedigen zu können, ist es erforderlich, daß das gesamte im Verlauf der Grunderhebung gewonnene Material in einer Zentralstelle zusammenläuft und dort ausgewertet wird.

¹⁾ Bundesratsdrucksache Nr. 492/57 vom 18. Dezember 1957 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben). — ²⁾ Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. 112 vom 24. Juni 1966 S. 2065/66. — ³⁾ AB Nr. 20 vom 6. Februar 1965 S. 297/65.

Ein Mitgliedstaat kann ein besonderes Interesse haben, über die Ergebnisse in bezug auf die Lage in seinem Gebiet zu verfügen, und infolgedessen ist die Möglichkeit einer Aufbereitung und von Veröffentlichungen auf nationaler Ebene vorzusehen.

Um der gegenwärtigen Entwicklung bestimmter Erzeugungsformen Rechnung zu tragen, sollen in den Erfassungsbereich der Grunderhebung die Betriebe mit einer Fläche von mindestens 1 ha und die Betriebe einbezogen werden, deren jährlich vermarktete Erzeugung eine bestimmte Schwelle erreicht.

Die von der Erhebung erfaßten Landwirte müssen die Gewißheit haben, daß die sie betreffenden Einzelauskünfte geheimgehalten werden.

Um die Durchführung der geplanten Maßnahmen zu erleichtern, ist eine enge Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und der Kommission herbeizuführen; diese Zusammenarbeit findet im Rahmen des »Ständigen Agrarstrukturausschusses« statt —

hat folgende Verordnung erlassen:

KAPITEL I

Festlegung des Erhebungsprogramms

Artikel 1

(1) Um auf der Ebene der Gemeinschaft für die Bedürfnisse der gemeinsamen Agrarpolitik über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe in der Gemeinschaft Angaben zu erhalten, die im gesamten Gebiet der Mitgliedstaaten nach einem einheitlichen Zeitplan und nach einheitlichen Konzepten, Methoden und Begriffen gesammelt werden, wird ein Programm von Gemeinschaftserhebungen, im folgenden »Programm« genannt, aufgestellt.

(2) Das Programm wird im Laufe der Jahre 1966 bis 1970 von der Kommission und den Mitgliedstaaten ausgeführt.

(3) Es umfaßt eine Grunderhebung und Sondererhebungen.

(4) Zweck der Grunderhebung ist, vergleichbare Angaben über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe in der Gemeinschaft und eine Grundlage für die Durchführung der in Kapitel III vorgesehenen Sondererhebungen zu verschaffen.

Die Grunderhebung soll gestatten, auf der Ebene der in Anhang II aufgezählten Erhebungsbezirke,

— die strukturellen Merkmale der landwirtschaftlichen Betriebe zu bestimmen, die nach Kriterien insbesondere der wirtschaftlichen Ausrichtung, der technischen Organisation und des Umfangs der Betriebe zusammengefaßt sind;

— die Faktoren zu erfassen, welche den Produktionsprozeß der landwirtschaftlichen Betriebe bedingen und kennzeichnen.

(5) Zweck der Sondererhebung ist, in Ergänzung zu den durch die Grunderhebung erhaltenen Angaben ins einzelne gehende Auskünfte über bestimmte strukturelle Aspekte zu verschaffen, die für die Durchführung und Entwicklung der gemeinsamen Agrarpolitik bestimmend sind.

Artikel 2

Im Sinne dieser Verordnung sind:

- a) landwirtschaftlicher Betrieb: eine örtlich begrenzte technisch-wirtschaftliche Einheit, die nur einer Betriebsführung unterliegt und in Anhang I aufgeführte Erzeugnisse hervorbringt;
- b) Betriebsleiter: die natürliche Person, die die laufende und tägliche Führung des landwirtschaftlichen Betriebes innehat;
- c) landwirtschaftliche Erzeugnisse: die in Anhang I aufgeführten Erzeugnisse;
- d) Erhebungsbezirke: das in Anhang II aufgeführte Gebiet oder die darin aufgeführten Teile des Gebietes eines Mitgliedstaats;
- e) landwirtschaftlich genutzte Fläche: Gesamtheit von Ackerland, Dauergrünland, Dauerkulturen und Haus- und Nutzgärten.

KAPITEL II

Grunderhebung

Artikel 3

Der Erfassungsbereich der Grunderhebung umschließt:

- a) landwirtschaftliche Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von 1 ha oder mehr;
- b) landwirtschaftliche Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von weniger als 1 ha, einschließlich der Betriebe ohne landwirtschaftlich genutzte Fläche, deren jährliche vermarktete Erzeugung landwirtschaftlicher Erzeugnisse normalerweise einen Wert von mindestens 250 Rechnungseinheiten erreicht. Um festzustellen, ob ein Betrieb diesen Bedingungen entspricht, wird unmittelbar auf den Wert der vermarkteten Erzeugnisse oder mittelbar über natürliche Erzeugungseinheiten auf diesen Wert Bezug genommen. Die letztgenannten Einheiten werden unter Berücksichtigung der besonderen Lage in jedem Mitgliedstaat festgelegt.

Artikel 4

(1) Die Ergebnisse der Grunderhebung müssen in ihrer Gesamtheit für jeden in Anhang II aufgeführten Erhebungsbezirk repräsentativ sein und für diese Erhebungsbezirke einen vergleichbaren Genauigkeitsgrad aufweisen.

(2) Die Grunderhebung umfaßt eine Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe, die für jeden Mitgliedstaat innerhalb folgender Grenzen liegt:

Deutschland	270 000 — 330 000
Frankreich	320 000 — 400 000
Italien	400 000 — 500 000
Niederlande	45 000 — 55 000
Belgien	40 000 — 50 000
Luxemburg	1 600 — 2 000

(3) Die zu erfassenden Betriebe werden nach der Methode des Zufalls ausgewählt. Die Stichprobensätze für die einzelnen Erhebungsbezirke und Schichten richten sich nach deren Größe und Heterogenität.

Artikel 5

(1) Für jeden erfaßten Betrieb wird ein Erhebungsbogen ausgefüllt.

(2) In jedem Mitgliedstaat darf der verwendete Erhebungsbogen von dem Rahmenerhebungsbogen in Anhang III abweichen hinsichtlich:

- a) der Anordnung der Fragen und der Codes;
- b) der Fragen nach Tatbeständen, die es in dem betreffenden Mitgliedstaat nicht gibt;
- c) der ergänzenden Fragen, die sich aus den besonderen Verhältnissen in einzelnen Mitgliedstaaten ergeben;

d) der notwendigen sprachlichen Anpassungen und Erläuterungen, die eine genauere Beantwortung der Fragen zum Ziel haben.

Artikel 6

(1) Die Person, welche die rechtliche und wirtschaftliche Verantwortung für den jeweiligen erfaßten Betrieb trägt, oder an ihrer Stelle ihr örtlicher Vertreter, besonders der Betriebsleiter, ist verpflichtet, die im Erhebungsbogen verlangten Auskünfte wahrheitsgemäß und vollständig zu erteilen.

(2) Der Erhebungsbogen eines jeden erfaßten Betriebes wird an Ort und Stelle von einem Erheber im Beisein der befragten Person ausgefüllt.

Artikel 7

(1) Die Grunderhebung wird in den landwirtschaftlichen Betrieben in der Zeit vom 1. November 1966 bis zum 31. März 1967 durchgeführt. Sie darf in einem Mitgliedstaat neunzig aufeinanderfolgende Tage nicht überschreiten.

(2) Die Zeitpunkte oder Zeiträume, auf die sich die in der Grunderhebung zu sammelnden Angaben beziehen, sind in dem Erhebungsbogen des Anhangs III aufgeführt.

Artikel 8

(1) Die Mitgliedstaaten treffen zur Durchführung der Grunderhebung in ihrem Gebiet alle geeigneten Maßnahmen, insbesondere

- a) arbeiten sie einen Entwurf für einen Stichprobenplan aus;
- b) bestellen sie die Erheber, weisen diese ein und überwachen sie;
- c) prüfen sie nach, ob die Erhebungsbogen vollständig ausgefüllt und die Antworten wahrscheinlich sind; sie veranlassen erforderlichenfalls Ergänzungen der Erhebungsbogen und Berichtigungen der Angaben;
- d) legen sie die Definitionen und Anleitungen für die zusätzlichen Fragen fest, die gemäß Artikel 5 Absatz (2) in den verwendeten Erhebungsbogen aufgenommen werden;
- e) übertragen sie die in den Erhebungsbogen enthaltenen Angaben nach einem für alle Mitgliedstaaten einheitlichen Schema betriebsweise auf Magnetbänder oder Lochkarten;
- f) überprüfen sie die so übertragenen Angaben, kontrollieren ihre Wahrscheinlichkeit und berichtigen sie erforderlichenfalls;
- g) ergreifen sie alle geeigneten Maßnahmen, um Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen des Artikels 6 Absatz (1) zu ahnden.

(2) Die Mitgliedstaaten unterrichten die Kommission über die von ihnen erlassenen Bestimmungen zur Durchführung der in Absatz (1) genannten Aufgaben.

Artikel 9

(1) Jeder Mitgliedstaat kann unter Berücksichtigung seiner eigenen Situation

- a) die auf Gemeinschaftsebene ausgearbeiteten Rahmenanleitungen den einzelstaatlichen Erfordernissen anpassen;
- b) die in Artikel 5 Absatz (2) genannten Anpassungen des Fragebogens vornehmen;
- c) die Erzeugungseinheiten festlegen, die der in Artikel 3 aufgeführten Schwelle von 250 Rechnungseinheiten entsprechen;
- d) den Zeitpunkt oder den Zeitraum festlegen, auf den sich die im Rahmen der Grunderhebung in bezug auf die Viehhaltung zu sammelnden Angaben beziehen;
- e) bestimmen, wer als die Person anzusehen ist, die nach Artikel 6 Absatz (1) die rechtliche und wirtschaftliche Verantwortung für den erfaßten Betrieb trägt;
- f) die Angaben der Erhebung seines Gebietes aufbereiten und die Ergebnisse veröffentlichen.

(2) Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission rechtzeitig mit, welche Maßnahmen sie nach Absatz (1) zu treffen gedenken.

(3) Hat die Kommission gegen die von einem Mitgliedstaat geplanten, in Absatz (1) Buchstaben a), b) oder c) bezeichneten Maßnahmen etwas einzuwenden, so unterrichtet sie hiervon den betreffenden Mitgliedstaat binnen zwei Wochen vom Tage der Mitteilung an unter Angabe ihrer Gründe und ihrer Änderungsvorschläge.

Sieht sich der betreffende Mitgliedstaat außerstande, diese Änderungsvorschläge zu berücksichtigen, so werden die erforderlichen Maßnahmen nach dem Verfahren des Artikels 18 festgelegt.

Artikel 10

Die Mitgliedstaaten übermitteln dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften die Magnetbänder oder Lochkarten, sobald diese fertiggestellt sind. Die Übermittlung hat spätestens bis zum 31. Dezember 1967 durch Mitgliedstaaten mit weniger als 12 Erhebungsbezirken und bis zum 31. März 1968 durch Mitgliedstaaten mit mehr als 12 Erhebungsbezirken zu erfolgen.

Artikel 11

Der Kommission obliegt in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten

- a) die Ausarbeitung der Definitionen und Rahmenanleitungen für den Rahmenerhebungsbogen in Anhang III;
- b) die Ausarbeitung bestimmter gemeinschaftlicher Tabellenprogramme, die den in Artikel 1 Absatz (4) genannten Zielen entsprechen;
- c) die gemeinschaftliche Aufbereitung der auf den Magnetbändern oder Lochkarten enthaltenen Angaben durch das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften;
- d) die Übermittlung der Erhebungsergebnisse (auf Maschinentabellen) an die Mitgliedstaaten, sobald diese Ergebnisse vorliegen;
- e) die Veröffentlichung der Erhebungsergebnisse.

Artikel 12

Nach dem Verfahren des Artikels 18 werden festgelegt:

- a) die näheren Bestimmungen, nach denen die Mitgliedstaaten den Entwurf ihres Stichprobenplans zu erstellen und der Kommission zu übermitteln haben;
- b) der Stichprobenplan für jeden Mitgliedstaat;
- c) die Einzelheiten für die Durchführung der Veröffentlichung der Erhebungsergebnisse;
- d) das einheitliche Schema und die Durchführungsbestimmungen betreffend die Übertragung der im Erhebungsbogen enthaltenen Angaben auf Magnetbänder oder Lochkarten.

Artikel 13

In Abweichung von den Bestimmungen der Verordnung Nr. 17/64/EWG des Rates über die Bedingungen für die Beteiligung des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft¹⁾ übernehmen die Haushalte der Jahre 1967 und 1968 der Gemeinschaft, Einzelplan Kommission, Kapitel Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Ausrichtung, die Aufwendungen der Mitgliedstaaten für die Grunderhebung zu einem Pauschalsatz von 6 Rechnungseinheiten für jeden ordnungsgemäß ausgefüllten Erhebungsbogen, dessen Angaben auf Magnetband oder Lochkarten ordnungsgemäß übertragen und dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften in dieser Form übermittelt worden sind.

Für die Aufwendungen gemäß diesem Artikel gelten die Bestimmungen der Haushaltsordnung betreffend den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft²⁾.

KAPITEL III

Sondererhebungen

Artikel 14

Der Rat erläßt auf Vorschlag der Kommission mit qualifizierter Mehrheit die erforderlichen Bestimmungen der in Artikel 1 Absatz (5) genannten Sondererhebungen.

Artikel 15

Die Sondererhebungen erstrecken sich auf die in Artikel 1 Absatz (5) erwähnten strukturellen Aspekte, insbesondere auf:

- landwirtschaftliche Arbeitskräfte,
- Finanzierung der Landwirtschaft und Agrarkreditwesen,
- Struktur von Grund und Boden,
- vertragliche Bindungen der landwirtschaftlichen Betriebe und genossenschaftliche Zusammenarbeit,
- Mechanisierung der Landwirtschaft,
- Struktur und Bedingungen der pflanzlichen Erzeugung,
- Struktur und Bedingungen der tierischen Erzeugung.

¹⁾ AB Nr. 34 vom 27. Februar 1964, S. 586/64. — ²⁾ AB Nr. 34 vom 27. Februar 1964, S. 599/64. — ³⁾ AB Nr. 136 vom 17. Dezember 1962, S. 2892/62.

KAPITEL IV

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 16

(1) Die im Rahmen der Grunderhebung und der Sondererhebungen eingeholten Einzelauskünfte dürfen nur für statistische Zwecke verwendet werden. Sie dürfen nur an solche Personen bekanntgegeben werden, die in dem Mitgliedstaat, in dem die Erhebung durchgeführt wird, oder bei dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften mit der Durchführung der Verordnung beauftragt sind. An das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften dürfen die Einzelauskünfte nur in einer solchen Form weitergeleitet werden, daß die Betriebe nicht identifizierbar sind.

Die Mitgliedstaaten können nach ihren innerstaatlichen Verfahren und Bedingungen in Ausnahmefällen die Weitergabe von in ihrem Gebiet eingeholten Einzelauskünften ohne Nennung der Namen der Auskunftspflichtigen für wissenschaftliche oder Verwaltungszwecke zulassen, wenn die Geheimhaltung gewährleistet ist.

(2) Die Mitgliedstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen, um Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen des Absatzes (1) zu ahnden.

Artikel 17

Die Mitgliedstaaten haben der Kommission alle Auskünfte zu erteilen, die diese gegebenenfalls von ihnen in bezug auf die Erfüllung ihrer Aufgaben im Rahmen dieser Verordnung erbittet.

Diese Auskunftersuchen sowie die entsprechenden Antworten werden in schriftlicher Form übermittelt.

Artikel 18

(1) Wird auf das in diesem Artikel festgelegte Verfahren Bezug genommen, so gibt der durch Artikel 1 der Entscheidung des Rates vom 4. Dezember 1962 über die Koordinierung der Agrarstrukturpolitik³⁾ eingesetzte Ständige Agrarstrukturausschuß — nachstehend »Ausschuß« genannt — eine Stellungnahme entsprechend der in Artikel 148 Absatz (2) Unterabsatz 1 des Vertrages vorgesehenen Wägung der Stimmen der Mitgliedstaaten ab. Der Vorsitzende nimmt an der Abstimmung nicht teil.

(2) In diesen Fällen befaßt der Vorsitzende von sich aus oder auf Antrag des Vertreters eines Mitgliedstaats den Ausschuß.

(3) Der Vertreter der Kommission unterbreitet einen Entwurf der zu treffenden Maßnahmen. Der Ausschuß nimmt zu diesen Maßnahmen innerhalb einer Frist Stellung, die der Vorsitzende entsprechend der Dringlichkeit der zu prüfenden Fragen bestimmen kann. Die Stellungnahme kommt mit einer Mehrheit von zwölf Stimmen zustande.

(4) Die Kommission erläßt Maßnahmen, die sofort anwendbar sind. Entsprechen diese Maßnahmen indessen nicht der Stellungnahme des Ausschusses, so werden sie dem Rat von der Kommission alsbald mitgeteilt. In diesem Fall kann die Kommission die Anwendung der von ihr beschlossenen Maßnahmen bis zur Dauer von höchstens einem Monat nach dieser Mitteilung aussetzen.

Der Rat kann mit qualifizierter Mehrheit binnen einem Monat anders entscheiden.

Artikel 19

(1) Der Ausschuß wird zu den in Artikel 11 Buchstaben a) und b) genannten Arbeiten gehört.

(2) Der Ausschuß kann jede andere Frage prüfen, welche die Durchführung dieser Verordnung betrifft und ihm der Vorsitzende von sich aus oder auf Antrag des Vertreters eines Mitgliedstaats vorlegt.

(3) Er wird über den Verlauf der im Rahmen dieser Verordnung vorgesehenen Tätigkeiten regelmäßig unterrichtet.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Brüssel am 14. Juni 1966

Im Namen des Rates
Der Präsident
P. Werner

Anmerkung: Auf den Abdruck der Anhänge wurde aus Raumgründen verzichtet.

Rechtsvorschriften über das Weinbaukataster und über die Weinerzeugungs- und -bestandsstatistik

1. Weinbaukataster

Die Verpflichtung zur Einrichtung des Weinbaukatasters ergibt sich aus Artikel 1 der

Verordnung Nr. 24 des Rates der EWG über die schrittweise Errichtung einer gemeinsamen Markt- organisation für Wein¹⁾,

der folgenden Wortlaut hat:

Artikel 1

Die Mitgliedstaaten richten bis zum 31. Dezember 1964 ein Weinbaukataster ein, das auf dem laufenden gehalten wird.

Dieses Kataster beruht auf der allgemeinen Erfassung des Weinbaugebietes und enthält mindestens folgende Angaben:

- a) die gesamte bepflanzte Rebfläche,
- b) die bepflanzte Rebfläche nach Art der Erzeugung,
- c) die Bewirtschaftungsform der Betriebe,
- d) die Aufteilung der Weinbaubetriebe nach der Anbaufläche,
- e) die Aufteilung der Rebflächen nach dem Alter der Rebstöcke,
- f) die Rebsorten nach Anbaujahren.

Zu Artikel 1 der Verordnung Nr. 24 sind zwei Durchführungsverordnungen der Kommission der EWG erlassen worden, die nähere Vorschriften über die Einrichtung des Weinbaukatasters enthalten.

Es handelt sich einmal um die

Verordnung Nr. 143 der Kommission der EWG mit den ersten Vorschriften zur Einrichtung des Weinbau- katasters²⁾

mit folgenden Bestimmungen:

Artikel 1

Zwecks Einrichtung des in Artikel 1 der Verordnung Nr. 24 des Rates über die schrittweise Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Wein vorgesehenen Weinbaukatasters ist jede natürliche oder juristische Person, die Reben im Freiland anbaut oder anbauen läßt, verpflichtet, bei der von den Mitgliedstaaten bestimmten Behörde eine Erklärung über den Rebbaubetrieb zu unterzeichnen.

Diese Erklärungspflicht besteht jedoch nicht für natürliche oder juristische Personen, die weniger als 10 Ar Rebfläche im Freiland bepflanzen oder bepflanzen lassen, von denen kein Teil der Erzeugung an Trauben, Most oder Wein direkt oder indirekt in den Handel gelangt.

Artikel 2

Die Erklärung gemäß Artikel 1 enthält folgende Angaben:

1. Für den Weinbaubetrieb:

- Name und Anschrift des Betriebsinhabers und Art der Bewirtschaftung, das heißt vom Eigentümer selbst oder für dessen Rechnung, Pacht, sonstige Formen, darunter Halbpacht;
- Name und Anschrift des oder der Grundstückseigentümer;
- Gesamtfläche des Betriebes;
- landwirtschaftliche Nutzfläche;
- gesamte bepflanzte Rebfläche und ihre Aufteilung nach:
 - a) der Art der Erzeugung,
 - b) der Art des Anbaues,
 - c) Rebsorten, je nach dem Alter der Rebstöcke;
- Zahl der zum Betrieb gehörenden Rebgrundstücke, deren Flächengröße und Angaben für ihre genaue Bezeichnung;

¹⁾ Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. 30 vom 20. April 1962 S. 989/62 i. d. F. der Veränderungsverordnung Nr. 92/63 vom 30. Juli 1963 (siehe Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. 125 vom 17. August 1963 S. 2239). — ²⁾ Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. 127 vom 1. Dezember 1962 S. 2789/62 i. d. F. der Verordnung Nr. 26/64 der Kommission der EWG (siehe Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. 48 vom 19. März 1964 S. 753/64).

2. für jedes Rebgrundstück:

- a) Art der Erzeugung,
- b) Art des Anbaues,
- c) die Rebsorten und die von jeder von ihnen beanspruchte Fläche, aufgeteilt nach dem Alter der Rebstöcke,
- d) Anzahl der Rebstöcke pro Ar,
- e) Reihen und Pflanzenabstände,
- f) Art der Lage,
- g) Art der Bewirtschaftung, das heißt vom Eigentümer selbst oder für dessen Rechnung, Pacht, sonstigen Formen, darunter Halbpacht.

Artikel 3

Man versteht unter:

- Art der Erzeugung:
 - a) Keltertrauben,
 - b) Tafeltrauben,
 - c) Erzeugnisse der Rebschulen und Rebmuttergärten für Unterlagen,
- Anbauart: Reinkultur oder Mischkultur,
- Rebteilstücke: einen zusammenhängenden Teil eines mit Reben bepflanzten Grundstücks, der durch dieselbe natürliche oder juristische Person bewirtschaftet wird und eine besondere Einheit darstellt, bezüglich der Art der Erzeugung und der Anbauart.

Artikel 4

Die Angaben bezüglich der Aufteilung der Rebflächen nach dem Alter der Rebstöcke können für mehr als 3 Jahre alte Rebstöcke durch die Angabe eines der nachstehend genannten Zeiträume ersetzt werden:

- 3 bis 6 Jahre
- 6 bis 10 Jahre
- 10 bis 20 Jahre
- 20 bis 30 Jahre
- über 30 Jahre.

Das gleiche gilt auch für das Anbaujahr der Rebsorten.

Artikel 5

(1) Die Mitgliedstaaten erlassen alle erforderlichen Bestimmungen, um die Einreichung und Kontrolle der Erklärungen nach Artikel 1 zu gewährleisten. Sie sorgen für die Zentralisierung der Erklärungen und fassen auf einzelstaatlicher Ebene die in Artikel 2 genannten Angaben zusammen.

Sie stellen mit allen geeigneten Mitteln für die Rebflächen unter Glas die Angaben gemäß Artikel 1 der Verordnung Nr. 24 des Rates zusammen.

(2) Die Rebflächen mit Mischkulturen werden in statistischer Hinsicht umgestellt in Reinkulturen, wobei das Verhältnis zwischen den Durchschnittserträgen beider Anbauformen pro Hektar berücksichtigt wird. Dabei werden Gebiete zugrunde gelegt, die ausreichend einheitlich sind.

Artikel 6

Unberührt von dieser Verordnung bleiben die Bestimmungen der Mitgliedstaaten über eine allgemeine Erfassung des Weinbaugebiets, die außer den in Artikel 2 genannten Angaben zusätzliche Auskünfte vorsehen, die sich insbesondere daraus ergeben, daß der Kreis der Erklärungspflichtigen weiter gezogen ist als in Artikel 1, oder in denen wesentliche Angaben über das Weinbaugebiet und die betroffenen Betriebe ausführlicher spezifiziert werden.

Artikel 7

Die Einzelheiten und die Form der Übermittlung der eingeholten Auskünfte an die Kommission sowie die Maßnahmen über die laufende Vervollständigung dieser Auskünfte werden nach dem in Artikel 7 der Verordnung Nr. 24 des Rates vorgesehenen Verfahren unter Berücksichtigung insbesondere der von den Mitgliedstaaten für die Einführung des Weinbaukatasters angewandten Methoden festgelegt.

Artikel 8

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

sowie um die

**Verordnung Nr. 26/64 der EWG-Kommission
mit zusätzlichen Vorschriften für die Einrichtung des Weinbau-
katasters, seine Auswertung und laufende Vervollständigung¹⁾**

mit folgenden ergänzenden Bestimmungen:

Artikel 2

(1) Sofort nach Einrichtung des Weinbaukatasters, jedoch spätestens zum 30. Juni 1965, geben die Mitgliedstaaten der Kommission folgende Einzelheiten bekannt:

- Anzahl der Weinbaubetriebe,
- Gesamtfläche dieser Betriebe,
- Gesamtrebfläche nach
 - a) der Art der Erzeugung,
 - b) der Art des Anbaues.

(2) Spätestens zum 30. September 1966 geben die Mitgliedstaaten der Kommission die in der Anlage zu dieser Verordnung aufgeführten Einzelheiten in Form vergleichbarer Tabellen bekannt.

Artikel 3

Die laufende Vervollständigung des Weinbaukatasters wird gewährleistet:

— alle 10 Jahre, zum ersten Mal 1976, durch eine vollständige Überholung;

— in der Zwischenzeit durch jährliche statistische Erhebungen nach dem Stichprobeverfahren.

Diese statistischen Erhebungen nach dem Stichprobeverfahren erstrecken sich auf die mit Rebstöcken bepflanzte Fläche, unter Angabe der Neuanpflanzungen und Rodungen unter Berücksichtigung von:

- Art der Lage,
- Art der Erzeugung,
- Sortenbestand,
- Art des Anbaues.

Innerhalb von 8 Monaten nach Durchführung dieser Erhebung geben die Mitgliedstaaten der Kommission die betreffenden Ergebnisse bekannt.

Artikel 4

Für die Rebflächen unter Glas geben die Mitgliedstaaten der Kommission nur folgende Einzelheiten bekannt:

- a) die gesamte bepflanzte Rebfläche,
- b) die bepflanzte Rebfläche nach Art der Erzeugung,
- c) die Bewirtschaftungsform der Betriebe,
- d) die Aufteilung der Weinbaubetriebe nach der Anbaufläche,
- e) die Aufteilung der Rebflächen nach dem Alter der Rebstöcke,
- f) die Rebsorten nach Anbaujahren.

Diese Angaben werden der Kommission vor dem 30. Juni 1965 bekanntgegeben.

Die laufende Vervollständigung dieser Angaben wird gewährleistet:

— alle 10 Jahre und zum ersten Mal 1976 durch eine allgemeine Erhebung der Angaben über die Rebflächen unter Glas;

— in der Zwischenzeit durch statistische Erhebungen nach dem Stichprobeverfahren in zweijährigem Abstand über die gesamte Rebfläche im Verhältnis zum Sortenbestand.

Die betreffenden Ergebnisse sind der Kommission spätestens drei Monate nach Durchführung dieser Erhebungen bekanntzugeben.

Artikel 5

Für die Angaben, welche der Kommission von den Mitgliedstaaten auf Grund von Artikel 2 und 4 zur Verfügung zu stellen sind, werden folgende Verwaltungseinheiten zugrunde gelegt:

- für die Bundesrepublik Deutschland: der Regierungsbezirk,
- für die Französische Republik: das Département,
- für die Italienische Republik: die Provinz,
- für alle übrigen Mitgliedstaaten: das gesamte Hoheitsgebiet.

¹⁾ Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. 48 vom 19. März 1964 S. 753/64. — ²⁾ Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. 30 vom 20. April 1962 S. 989/62 i. d. F. der Veränderungsordnung Nr. 92/63 vom 30. Juli 1963 (siehe Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. 125 vom 17. August 1963 S. 2239). — ³⁾ Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. 111 vom 6. November 1962 S. 2604/62.

Artikel 6

Die Kommission erläßt nach Beratung mit den Mitgliedstaaten die Einzelheiten für die Durchführung der gemäß Artikel 3 und 4 in Aussicht genommenen statistischen Erhebungen nach dem Stichprobeverfahren und legt ferner fest, in welcher Form ihr die Ergebnisse dieser Erhebungen im einzelnen bekanntgegeben werden sollen.

2. Weinerzeugungs- und -bestandsstatistik

Die Verpflichtung zur Durchführung einer Weinbestandsstatistik ergibt sich aus Artikel 2 der

**Verordnung Nr. 24 des Rates der EWG
über die schrittweise Errichtung einer gemeinsamen Markt-
organisation für Wein¹⁾,**

der folgenden Wortlaut hat:

Artikel 2

(1) Jedes Jahr, zum ersten Mal im Jahre 1962, melden

- a) die Traubenmost- und Weinerzeuger die von ihnen in dem betreffenden Jahr erzeugten Mengen;
- b) die Traubenmost- und Weinerzeuger sowie der Handel, mit Ausnahme des Einzelhandels, ihre Most- und Weinbestände, gleichviel ob diese aus der Ernte des laufenden Jahres oder aus vorangegangenen Ernten stammen. Aus dritten Ländern eingeführte Traubenmoste und Weine sind gesondert anzugeben.

(2) Soweit die Entwicklung der gemeinsamen Weinpolitik nicht erfordert, daß die Bestandsmeldungen vor der Ernte zu einem Zeitpunkt abgegeben werden, der nach dem Vorfahren des Artikels 7 festzulegen ist, werden die Ernte- und die Bestandsmeldungen gleichzeitig bis zum 31. Dezember in jedem Mitgliedstaat abgegeben.

(3) Diese Bestimmung schließt nicht aus, daß Mitgliedstaaten zwei verschiedene Zeitpunkte für die Bestands- und die Erntemeldungen beibehalten, sofern die Verwendung der Angaben durch die Gemeinschaft auf Grund einer entsprechenden Ergänzung weiterhin möglich bleibt.

Zur Regelung der Durchführungsmodalitäten ist die

**Verordnung Nr. 134 der EWG-Kommission
über die Ernte- und Bestandsmeldungen für Wein²⁾**

erlassen worden:

Artikel 1

(1) Das Weinjahr beginnt am 1. September und endet am 31. August.

(2) Die Mitgliedstaaten schätzen alljährlich am 31. August die auf ihrem Gebiet gelagerten Mengen von Traubenmost und Wein sowie die voraussehbare Traubenmost- und Weinernte.

Sie teilen die geschätzten Hektoliter-Mengen der Kommission bis zum 20. September mit und führen dabei weiße Moste und Weine sowie rote und rosés Moste und Weine gesondert auf.

In gleicher Weise übermitteln die Mitgliedstaaten der Kommission bis zum 15. Oktober und 10. November berichtigte Schätzungen über die Ernte und die Bestände.

Artikel 2

(1) Die Erzeuger melden den von den Mitgliedstaaten bestimmten Behörden alljährlich gesondert die Mengen:

- a) an Wein, die von ihnen seit Beginn des Weinjahres aus frischen Trauben erzeugt worden sind;
- b) an Most, der aus frischen Trauben bereitet worden ist, sofern er von den Erzeugern zum Zeitpunkt der Meldung nicht schon zu Wein verarbeitet worden ist;
- c) an frischen Trauben, die sich zum Zeitpunkt der Meldung in ihren Lagerräumen befanden und zur Weinbereitung bestimmt waren.

(2) Die natürlichen oder juristischen Personen außer den Privatverbrauchern und Einzelhändlern melden in jedem Jahr den von den Mitgliedstaaten bestimmten Behörden die zu den in Artikel 6 festgesetzten Zeitpunkten bei ihnen lagernden Mengen an für die Weinherstellung bestimmten Trauben, an Most und an Wein.

Artikel 3

Als Erzeuger im Sinne dieser Verordnung gelten alle natürlichen oder juristischen Personen, die über Trauben, Most oder Wein verfügen oder verfügt haben und in den Besitz dieser Erzeugnisse gelangen, indem sie

- a) Reben selbst anbauen oder anbauen lassen, deren Ertrag ganz oder teilweise zu Most oder zu Wein verarbeitet wird, oder
- b) frische Trauben zu Most oder Wein verarbeiten oder verarbeiten lassen.

Nicht als Erzeuger im Sinne dieser Verordnung gelten jedoch die Weinbauern, deren Betrieb weniger als 10 Ar Rebland umfaßt und die weder Trauben noch Most oder Wein unmittelbar oder mittelbar im Weinjahr in den Verkehr gebracht haben oder bringen werden.

Artikel 4

Als Einzelhändler im Sinne dieser Verordnung gelten Personen, die berufsmäßig eine auf den Verkauf von Wein in kleinen Mengen und unmittelbar an Verbraucher gerichtete Handelstätigkeit ausüben, unter Ausschluß von Personen, die Keller benutzen, die für die Lagerung und Behandlung von Weinen in erheblichen Mengen eingerichtet sind.

Artikel 5

(1) In den Meldungen nach Artikel 2 müssen Name und Anschrift des Meldepflichtigen sowie der Ort, wo das angemeldete Erzeugnis sich befindet, angegeben werden. Die Mengen sind für Most oder Wein in Hektolitern, für Trauben in Doppelzentnern anzugeben. Dabei sind die weißen Traubenmoste und Weine sowie die roten oder rosés Traubenmoste und Weine getrennt anzugeben.

(2) In den Meldungen nach Artikel 2 Absatz (2) werden die Erzeugnisse der Mitgliedstaaten einerseits und diejenigen der Drittländer und der assoziierten Länder andererseits getrennt erfaßt. Die Meldungen erstrecken sich ohne Rücksicht auf die Art der Einlagerung auf alle gelagerten Mengen. In diesen Meldungen werden die Schaumweine besonders erwähnt.

Artikel 6

(1) Bis zum Zeitpunkt, zu dem gemäß Artikel 2 Absatz (2) der Verordnung Nr. 24 des Rats über die schrittweise Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Wein und auf Grund des in Artikel 7 dieser Verordnung in Aussicht genommenen Verfahrens entschieden wird, daß die Bestandsmeldungen vor der Ernte abzugeben sind, müssen die in Artikel 2 vorgesehenen Meldungen am 31. Dezember abgegeben werden.

(2) Sobald diese Entscheidung in Kraft tritt:

- a) sind die in Artikel 2 Absatz (1) vorgesehenen Meldungen bis zu folgenden Zeitpunkten anzugeben:
 - bis zum 15. Dezember von der Bundesrepublik Deutschland
 - bis zum 30. November von der Französischen Republik
 - bis zum 30. November von der Italienischen Republik
 - bis zum 30. November von dem Großherzogtum Luxemburg

- b) sind die in Artikel 2 Absatz (2) genannten Meldungen für die am 31. August vorhandenen Bestände¹⁾ bis zum 7. September abzugeben.

Artikel 7

(1) Die in Artikel 2 vorgesehenen Meldungen sind auf einzelstaatlicher Ebene zentral zu erfassen.

(2) Die Übersicht über die Meldungen gemäß Artikel 6 Absatz (1) ist der Kommission in der in Artikel 5 angegebenen Form spätestens am 28. Februar zu übermitteln.

In dieser Übersicht werden die bei den Erzeugern lagernden Mengen einerseits und die bei den natürlichen oder juristischen Personen des Artikels 2 Absatz (2) lagernden Mengen andererseits getrennt erfaßt. Diese Übersicht soll ferner eine Schätzung der verfügbaren Mengen enthalten, die im laufenden Weinjahr von den Erzeugern wahrscheinlich verbraucht werden.

Falls diese Meldungen gemäß Artikel 10 in einem Mitgliedstaat vor dem 31. Dezember abgegeben worden sind, sind die mitgeteilten Angaben von dem betreffenden Mitgliedstaat auf den Stand vom 31. Dezember zu bringen, um ihre Verwendung auf Gemeinschaftsebene zu ermöglichen.

¹⁾ Berichtigung im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. 22 vom 9. Februar 1963 S. 259/63. — ²⁾ BGBl. I vom 5. August 1965 S. 655.

(3) Die in Artikel 2 Absatz (1) vorgesehene Gesamtübersicht über die Meldungen gemäß Artikel 6 Absatz (2) Buchstabe a) ist der Kommission in der in Artikel 5 vorgesehenen Form wie folgt zu übermitteln:

- bis zum 31. Dezember von der Französischen Republik und dem Großherzogtum Luxemburg,
- bis zum 31. Januar von der Italienischen Republik und
- bis zum 15. Februar von der Bundesrepublik Deutschland.

(4) Die in Artikel 2 Absatz (2) vorgesehene Übersicht über die Meldungen gemäß Artikel 6 Absatz (2) Buchstabe b) ist der Kommission in der in Artikel 5 angegebenen Form bis zum 10. Oktober zu übermitteln.

In dieser Übersicht werden die Bestände bei den Erzeugern einerseits und bei den in Artikel 2, Absatz (2) andererseits genannten natürlichen oder juristischen Personen getrennt erfaßt.

Artikel 8

Die Mitgliedstaaten erlassen die erforderlichen Bestimmungen, um die Abgabe und zentrale Erfassung der Meldungen für das ganze Land zu ermöglichen.

Sie treffen ferner geeignete Kontrollmaßnahmen um sicherzustellen, daß die Meldungen den Tatsachen entsprechen.

Sie unterrichten die Kommission über diese Bestimmungen und Maßnahmen.

Artikel 9

Die Mitgliedstaaten unterrichten die Kommission von jedem neuen Sachverhalt von Bedeutung, der dazu ansetzt, die Schätzung der verfügbaren Mengen und der Verwendung, die auf Grund der endgültigen Angaben der Vorjahre durchgeführt worden war, wesentlich zu verändern.

Artikel 10

Die in den Mitgliedstaaten geltenden Bestimmungen über die Abgabe von Ernte- und Bestandsmeldungen, nach denen, insbesondere auf Grund eines umfassenderen als des in den Artikeln 2, 3 und 4 vorgesehenen persönlichen oder sachlichen Geltungsbereichs und gegebenenfalls vor den in Artikel 6 festgesetzten Zeitpunkten vollständige Angaben zu erteilen sind, werden von der vorliegenden Verordnung nicht berührt.

Artikel 11

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Die Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Zu 1. und 2. (Weinbaukataster, Weinerzeugungs- und -bestandsstatistik)

Ergänzende Vorschriften für beide Statistiken enthalten die nachstehend aufgeführten Bestimmungen des deutschen

Gesetzes über Maßnahmen auf dem Gebiete der Weinwirtschaft vom 29. August 1961

in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 30. Juli 1965²⁾

§ 3

Weinbaukataster

Ernte- und Bestandsmeldungen

Der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Bundesminister) erläßt im Einvernehmen mit den Bundesministern für Wirtschaft und der Finanzen durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates die erforderlichen Bestimmungen zur Durchführung der Artikel 1 und 2 der Verordnung Nr. 24 des Rates der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft über die schrittweise Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Wein vom 4. April 1962 (*Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* S. 989) und der zu diesen Artikeln vom Rat oder der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft erlassenen Verordnungen, Entscheidungen oder Richtlinien. In die Regelung können Weinbaubetriebe aller Art einbezogen werden.

§ 6

Auskunftsspflicht

(1) Die nach Landesrecht zuständige Behörde kann zur Durchführung der Aufgaben, die ihr nach diesem Gesetz, den auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen und

den vom Rat oder der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft erlassenen Bestimmungen über die Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Wein obliegen, von Personen und nichtrechtsfähigen Personenvereinigungen die erforderlichen Auskünfte verlangen.

(2) Die von den zuständigen Behörden mit der Einholung von Auskünften beauftragten Personen sind befugt, Grundstücke und Geschäftsräume des Auskunftspflichtigen zu betreten, dort Prüfungen und Besichtigungen vorzunehmen, Proben zu entnehmen und in die geschäftlichen Unterlagen des Auskunftspflichtigen Einsicht zu nehmen. Bei juristischen Personen und nichtrechtsfähigen Personenvereinigungen haben die nach Gesetz, Satzung oder Gesellschaftsvertrag zur Vertretung berufenen Personen die verlangten Auskünfte zu erteilen und Maßnahmen nach Satz 1 zu dulden. Das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 des Grundgesetzes) wird insoweit eingeschränkt.

(3) Der zur Erteilung einer Auskunft Verpflichtete kann die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung ihn selbst oder einen der in § 383 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 der Zivilprozeßordnung bezeichneten Angehörigen der Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung oder eines Verfahrens nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten aussetzen würde.

(4) Die nach den Absätzen 1 und 2 erlangten Kenntnisse und Unterlagen dürfen nicht für ein Besteuerungsverfahren oder ein Strafverfahren verwendet werden. Die Vorschriften der §§ 175, 179, 188 Abs. 1 und des § 189 der Reichsabgabenordnung über Beistands- und Anzeigepflichten gegenüber den Finanzämtern gelten insoweit nicht.

§ 17

Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig handelt, wer ohne die nach § 1 Abs. 1 erforderliche Genehmigung Weinreben anpflanzt.

(2) Ordnungswidrig handelt ferner, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen Artikel 2 der Verordnung Nr. 24 des Rates der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vom 4. April 1962 (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften S. 989), Artikel 2 bis 6 der Verordnung Nr. 134 der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vom 25. Oktober 1962 (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften S. 2604) oder einer Vorschrift einer nach § 3 dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnung, soweit sie für einen bestimmten Tatbestand auf diese Bußgeldvorschrift verweist, die Erzeugung oder die Bestände von Trauben, Traubenmost oder Wein nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig meldet,
2. entgegen Artikel 1 bis 4 der Verordnung Nr. 143 der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vom 23. November 1962 (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften S. 2789), geändert durch die Verordnung Nr. 26/64/EWG der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vom 28. Februar 1964 (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften S. 753) oder einer Vorschrift einer nach § 3 dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnung, soweit sie für einen bestimmten Tatbestand auf diese Bußgeldvorschrift verweist, eine Erklärung über den Rebbaubetrieb nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig abgibt,
3. entgegen § 6 Abs. 1 Auskünfte nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erteilt oder
4. entgegen § 6 Abs. 2 die Duldung von Prüfungen oder Besichtigungen, die Einsicht in geschäftliche Unterlagen oder die Entnahme von Proben verweigert.

(3) Eine Ordnungswidrigkeit nach Absatz 1 kann mit einer Geldbuße bis zu 5 000 Deutsche Mark, eine Ordnungswidrigkeit nach Absatz 2 kann, wenn sie vorsätzlich begangen ist, mit einer Geldbuße bis zu 1 000 Deutsche Mark, wenn sie fahrlässig begangen ist, mit einer Geldbuße bis zu 500 Deutsche Mark geahndet werden.

(4) Die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten im Sinne dieses Gesetzes verjährt in zwei Jahren.

§ 18

Verletzung der Geheimhaltungspflicht

(1) Wer ein fremdes Geheimnis, namentlich ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis, das ihm in seiner Eigenschaft als Angehöriger oder Beauftragter einer mit Aufgaben auf Grund dieses Gesetzes betrauten Verwaltungsbehörde bekanntgeworden ist, unbefugt offenbart, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft.

(2) Handelt der Täter gegen Entgelt oder in der Absicht, sich oder einen anderen zu bereichern oder einen anderen zu schädigen, so ist die Strafe Gefängnis bis zu zwei Jahren; daneben kann auf Geldstrafe erkannt werden. Ebenso wird bestraft, wer ein fremdes Geheimnis, namentlich ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis, das ihm unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 bekanntgeworden ist, unbefugt verwertet.

(3) Die Tat wird nur auf Antrag des Verletzten verfolgt.

Auf Grund von § 3 des Weinwirtschaftsgesetzes ist folgende

Zweite Verordnung zur Durchführung des Weinwirtschaftsgesetzes vom 19. August 1965¹⁾

erlassen worden:

Auf Grund des § 3 des Weinwirtschaftsgesetzes vom 29. August 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 1622), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Maßnahmen auf dem Gebiete der Weinwirtschaft vom 30. Juli 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 655), wird im Einvernehmen mit den Bundesministern für Wirtschaft und der Finanzen mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

§ 1

Die Meldungen über die Erzeugung und die Bestände von Trauben, Traubenmost und Wein nach der Verordnung Nr. 134 der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vom 25. Oktober 1962 (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften S. 2604) sind schriftlich mit Angabe der jeweiligen Betriebsart bis zum 15. Januar der für den Ort des Betriebes nach Landesrecht zuständigen Behörde zu erstatten; dabei sind die jeweils am 31. Dezember vorhandenen Bestände anzugeben.

§ 2

Die Erklärungen über den Rebbaubetrieb nach den Verordnungen der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft Nr. 143 vom 23. November 1962 und Nr. 26/64/EWG (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften 1962 S. 2789 und 1964 S. 753) sind schriftlich bis zum Ablauf des zweiten auf den Tag der Verkündung folgenden Kalendermonats gegenüber der für den Ort des Betriebes nach Landesrecht zuständigen Behörde abzugeben.

§ 3

Die nach Landesrecht zuständigen Behörden stellen die Angaben in den Meldungen nach § 1 und die Angaben in den Erklärungen nach § 2 zusammen und teilen die Ergebnisse dem Statistischen Bundesamt mit.

§ 4

Ordnungswidrig im Sinne des § 17 Abs. 2 des Gesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen § 1 Meldungen über die Erzeugung oder die Bestände von Trauben, Traubenmost oder Wein oder
2. entgegen § 2 Erklärungen über den Rebbaubetrieb nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig abgibt.

§ 5

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzblatt I S. 1) in Verbindung mit § 19 des Gesetzes auch im Land Berlin.

§ 6

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

¹⁾ BGBl. I vom 1. September 1965 S. 999.

Gesetz über eine Statistik der Arbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft

Vom 24. Juni 1964¹⁾

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

(1) Über die Arbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft werden im Geltungsbereich dieses Gesetzes Erhebungen als Bundesstatistik durchgeführt. Die Erhebungen beginnen in der Landwirtschaft mit dem Wirtschaftsjahr 1964/1965, in der Forstwirtschaft mit dem Wirtschaftsjahr 1963/64. Sie finden in der Landwirtschaft bis zum Wirtschaftsjahr 1970/71, in der Forstwirtschaft bis zum Wirtschaftsjahr 1969/70 in jedem zweiten Wirtschaftsjahr, später in jedem dritten Wirtschaftsjahr statt.

(2) Das Wirtschaftsjahr im Sinne dieses Gesetzes läuft in der Landwirtschaft von Juli bis Juni, in der Forstwirtschaft (Forstwirtschaftsjahr) von Oktober bis September. Die Landesregierungen werden ermächtigt, durch Rechtsverordnungen Beginn und Ende des Forstwirtschaftsjahres zur Anpassung an praktische Bedürfnisse abweichend festzulegen.

§ 2

(1) In landwirtschaftlichen Betrieben mit 2 und mehr Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche und in landwirtschaftlichen Betrieben mit 0,5 bis unter 2 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche, die für den Markt erzeugen, werden in den Erhebungsjahren vierteljährlich repräsentative Erhebungen durchgeführt. Sie erfassen bei höchstens 65 000 Betrieben jeweils für einen Monat Angaben über

Kennzeichnung des Betriebs,

Betriebsinhaber und in seinem Haushalt lebende Familienangehörige sowie ihre Beschäftigung,

familienfremde Arbeitskräfte, ihre Stellung im Betrieb und ihre Beschäftigung.

In den Ländern Berlin, Bremen und Hamburg findet abweichend von Satz 1 in jedem zweiten Erhebungsjahr nur eine Erhebung statt.

(2) Auskunftspflichtig sind die Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe.

§ 3

(1) In der Forstwirtschaft werden jeweils in den ersten drei Monaten nach Ablauf eines Forstwirtschaftsjahres Erhebungen für das vorangegangene Forstwirtschaftsjahr durchgeführt.

(2) In Körperschafts-, Gemeinschafts- und Privatforstbetrieben mit 50 und mehr Hektar Waldfläche werden die Erhebungen repräsentativ bei höchstens 3 000 Betrieben durchgeführt. Sie erfassen Angaben über

Kennzeichnung des Betriebs,

Arbeitskräfte des Betriebs, ihre Stellung im Betrieb und ihre Beschäftigung.

Auskunftspflichtig sind die Inhaber forstwirtschaftlicher Betriebe.

Begründung²⁾

Erhebungen über die Arbeitskräfte in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben fanden seit 1945 in unterschiedlichem Umfang bei der landwirtschaftlichen Betriebszählung 1949, in den Jahren 1952 bis 1954 auf Grund jährlich erlassener Verordnungen, in den Jahren 1956 bis 1958 auf Grund der Verordnung vom 18. Juni 1956 (Bundesanzeiger Nr. 117) sowie zuletzt bei der Landwirtschaftszählung 1960 nach dem Gesetz vom 13. April 1960 (BGBl. I S. 217) statt. Die Arbeitskräfteerhebung der Landwirtschaftszählung 1960 wurde auf die Dauer eines Jahres als monatliche Stichprobenerhebung durchgeführt. Die Zahl der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft hat sich seit 1949 stark verringert. Für die ständigen Arbeitskräfte ergibt sich ein Rückgang um rd. 1,8 Millionen Personen vom Wirtschaftsjahr 1950/51 bis 1960/61. Auch in Zukunft wird der Arbeitskräftebestand der Landwirtschaft größeren Veränderungen unterworfen sein. Die Abwanderung in andere Wirtschaftszweige wird weiter anhalten. Außerdem ist zu erwarten, daß sich die beobachtete Abnahme der Kleinbetriebe und Zunahme der größeren bäuerlichen Betriebe fortsetzen und zu einer weiteren Verringerung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte führen wird.

Aus den vorgenannten Gründen ist der Aussagewert der Feststellungen über die Arbeitskräfte in der Landwirtschaft zeitlich sehr begrenzt. Auch für die Zukunft kann daher nicht darauf verzichtet werden, die Entwicklung des Arbeitskräftebestandes in der Landwirtschaft festzustellen.

¹⁾ BGBl. vom 30. Juni 1964 S. 409. — ²⁾ Bundestagsdrucksache Nr. 1794 vom 30. Dezember 1963 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben).

(3) Die für die Forstwirtschaft zuständigen obersten Bundes- und Landesbehörden und die Landwirtschaftskammern melden für die zu ihrem Geschäftsbereich gehörenden Forstämter und staatlichen Forstbetriebe die Arbeitskräfte, ihre Stellung im Amt oder Betrieb und ihre Beschäftigung.

§ 4

Der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates die Zeiten für die Durchführung der Erhebungen abweichend von den §§ 1 bis 3 zu regeln, um die Erhebungen an statistische Vorhaben der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft anzupassen, soweit dadurch nicht die Zahl der Erhebungen erhöht wird.

§ 5

Die Befugnis der Bundesregierung, Rechtsverordnungen nach § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) zu erlassen, bleibt unberührt.

§ 6

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

§ 7

Dieses Gesetz tritt am 1. Juli 1964 in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 24. Juni 1964

Der Bundespräsident

Lübke

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers

Mende

Der Bundesminister für Ernährung,

Landwirtschaft und Forsten

Schwarz

Die bei der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung anfallenden Zahlen über Lohnarbeitskräfte in der Landwirtschaft haben nur einen begrenzten Erkenntniswert, da sie die nichtständig oder nur gelegentlich beschäftigten Lohnarbeitskräfte nicht einschließen, keine Angaben über die Arbeitszeitleistung enthalten und nicht nach Betriebsgrößenklassen gegliedert sind; im übrigen sind die Lohnarbeitskräfte nur mit 13% am Arbeitsaufwand in der Landwirtschaft beteiligt.

Zur Beobachtung der Entwicklung des Arbeitskräftebestandes ist deshalb eine repräsentative Statistik notwendig, für die entsprechend den im § 6 StatGes zum Ausdruck kommenden Grundsätzen ein Gesetz vorgesehen wird; ihre Ergebnisse sind für folgende Zwecke erforderlich:

1. zur Beurteilung der Ertragslage der Landwirtschaft in den jährlichen Grünen Berichten und zur Entscheidung über die nach dem Grünen Plan jeweils zu treffenden agrarpolitischen Maßnahmen,
2. zur Durchführung sonstiger Maßnahmen im Rahmen des Agrarprogramms der Bundesregierung,
3. zu Berechnungen über das Lohnkonto der Landwirtschaft,
4. für Tarifverhandlungen, für die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverfassung und für Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik,

5. für volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen und für die Berechnung des Sozialprodukts,
6. für vergleichende Untersuchungen über die Landarbeitsverhältnisse und deren Einflüsse auf die Ertragslage in anderen Ländern,
7. zur Erfüllung von Anforderungen der EWG.

Die Statistik soll zunächst in jedem zweiten Wirtschaftsjahr und weiter in jedem dritten Wirtschaftsjahr durchgeführt werden. Die Abgrenzung der Wirtschaftsjahre in der Landwirtschaft entspricht allgemeiner Übung. Für das Forstwirtschaftsjahr ist die in den meisten Ländern bestehende Abgrenzung zugrunde gelegt worden. Um das Forstwirtschaftsjahr an eine abweichende Regelung anpassen zu können, ist eine entsprechende Ermächtigung an die Landesregierungen vorgesehen (§ 1).

Als Berichtszeitraum für die Angaben über Arbeitskräfte und deren Arbeitszeiten in landwirtschaftlichen Betrieben (§ 2) ist der Monat zugrunde gelegt worden, weil nach den Erfahrungen bei früheren Erhebungen die Betriebsinhaber höchstens über einen Monat zuverlässig berichten können. Aus den Monatsergebnissen sind der durchschnittliche Arbeitskräftebestand und der betriebliche Arbeitsaufwand im Wirtschaftsjahr zu ermitteln. Nachdem im Rahmen der Landwirtschaftszählung 1960 hintereinander 12 Monatserhebungen über die Arbeitskräfte durchgeführt worden sind, sollen zur Kostenersparnis in Zukunft nur vierteljährliche Erhebungen durchgeführt werden, die sich jeweils auf einen Monat beziehen.

Von den landwirtschaftlichen Betrieben mit 2 und mehr ha und den für den Markt erzeugenden landwirtschaftlichen Betrieben mit 0,5 bis unter 2 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche sollen bei jeder Erhebung insgesamt bis zu 65 000 Betriebe im Bundesgebiet — das sind etwa 5% — befragt werden. Dieser Stichprobenumfang ist zur Erzielung ausreichend genauer Ergebnisse für Länder und in den Hauptmerkmalen auch für Landwirtschaftskammerbezirke erforderlich. Der Stichprobenumfang soll in den einzelnen Bundesländern so abgestuft werden, daß Landesergebnisse mit vergleichbaren Genauigkeiten erzielt werden können. Die für den Markt erzeugenden Betriebe werden nach einem bestimmten Mindestverkaufserlös je Jahr bei der Bodennutzungsvorerhebung festgestellt.

Die Sachverhalte, auf die sich die Erhebungen in den landwirtschaftlichen Betrieben erstrecken, sind etwa die gleichen, wie sie bei der Arbeitskräfteerhebung der Landwirtschaftszählung 1960 erhoben worden sind. In Bremen und Hamburg ist eine geringere Zahl der Erhebungen vorgesehen.

Arbeitskräfte in der Forstwirtschaft (§ 3) wurden in einer amtlichen Erhebung erstmalig gesondert bei der Landwirtschaftszählung

1960 festgestellt. Jährliche Bestandszahlen konnten von den Forstabteilungen der Ministerien nur für die in Staatsforstbetrieben beschäftigten Arbeitskräfte zusammengestellt werden. Über die Arbeitskräfte der privaten Forstbetriebe und der Körperschaftsforsten lagen nur Schätzungen vor.

Durch das Gesetz sollen diese Schätzungen durch repräsentative Ermittlungen ersetzt werden, um zuverlässige Zahlen über den gesamten Arbeitsaufwand in der Forstwirtschaft zu erhalten. In der Forstwirtschaft ist es möglich, mit einer einmaligen Erhebung im Jahr von den Betrieben Angaben über die Arbeitskräfte, ihre Stellung im Betrieb und ihre Beschäftigung für das ganze Forstwirtschaftsjahr zu erhalten. Es ist deshalb in den Erhebungsjahren jeweils nur eine Erhebung in den ersten zwei Monaten nach Ablauf des Forstwirtschaftsjahres vorgesehen.

Für die Forstbetriebe des Bundes und der Länder fallen in den zuständigen Dienststellen die gewünschten Zahlen über die Arbeitskräfte an. In diesen Betrieben sollen deshalb keine Erhebungen stattfinden, vielmehr ist vorgesehen, daß die Forstabteilungen der Ministerien ebenso wie die der Landwirtschaftskammern für ihren Bereich die entsprechenden Zahlen zusammenstellen und die Ergebnisse den zuständigen Statistischen Landesämtern zuleiten. Nur private Forstbetriebe sowie Betriebe von Körperschafts- und Gemeinschaftsforsten sollen unmittelbar befragt werden. Der Stichprobenumfang soll auf 3 000 dieser Betriebe mit 50 und mehr ha Waldfläche — das sind etwa 30% — begrenzt werden.

§ 4 soll klarstellen, daß die Bundesregierung neben den Erhebungen nach diesem Gesetz berechtigt ist, ergänzende Erhebungen durch Rechtsverordnungen nach § 6 Abs. 2 StatGes anzuordnen. Gleichlautende Vorschriften befinden sich in anderen Gesetzen über Agrarstatistik, vgl. z. B. § 7 a des Viehzählungsgesetzes i. d. F. vom 3. Dezember 1958 (BGBl. I S. 897).

Die Kosten eines Erhebungsjahres¹⁾ werden vorläufig wie folgt geschätzt:

	Länder	Bund	Bund und Länder
	Kosten in 1000 DM		
Persönliche Kosten	511	66	577
Sächliche Kosten	194	14	208
Gesamtkosten	705	80	785

Gesetz über Bodennutzungs- und Ernteerhebung

Vom 23. Juni 1964²⁾

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Im Geltungsbereich dieses Gesetzes werden Erhebungen über die Bodenflächen und ihre Nutzung (Bodennutzungserhebung) sowie über Wachstumstand und Ernte von Erzeugnissen der Landwirtschaft einschließlich des Gartenbaus und des Weinbaus (Ernteerhebung) als Bundesstatistik durchgeführt.

Erster Abschnitt

Bodennutzungserhebung

§ 2

Die Bodennutzungserhebung umfaßt folgende Einzelerhebungen:

1. Vorerhebung über die Bodennutzung (Bodennutzungsvorerhebung),
2. Haupterhebung über die Bodennutzung (Bodennutzungshaupteerhebung),
3. Erhebung über den Anbau von Zwischenfrüchten und von Futterpflanzen zur Saatguterzeugung (Bodennutzungsnacherhebung),

¹⁾ Erhebungsjahr ist nach § 1 jedes zweite oder dritte Jahr. Bei der Kalkulation der Kosten wurde davon ausgegangen, daß Ergebnisse für Bund und Länder sowie in zusammengefaßter Form auch für Landwirtschaftskammerbezirke erstellt werden. Falls die Länder auch Ergebnisse für die Regierungsbezirke erstellen, erhöhen sich die Kosten. — ²⁾ BGBl. I vom 30. Juni 1964 S. 405.

4. Vorerhebung über den Anbau von Gemüse und Erdbeeren (Gemüsevorerhebung),
5. Haupterhebung über den Anbau von Gemüse, Erdbeeren und Zierpflanzen (Gemüsehaupterhebung),
6. Erhebung über die Pflanzenbestände in den Baumschulen (Baumschulerhebung),
7. Erhebung über die Bestände an Obstbäumen (Obstbaumzählung),
8. Erhebung zur Nachprüfung der Bodennutzungsvorerhebung und Bodennutzungshaupteerhebung (Nachprüfung).

§ 3

(1) Bei der Bodennutzungsvorerhebung werden jährlich in der Zeit von Januar bis Mai erfaßt

die Bodenflächen, der Rechtsgrund ihres Besitzes und ihre Nutzung nach Hauptnutzungsarten und Kulturarten.

Ferner wird jährlich ermittelt,

ob der Betrieb für den Markt erzeugt,

sowie alle drei Jahre, beginnend 1965,

zu welcher Hauptproduktionsrichtung der Betrieb gehört und ob der Betriebsinhaber Vertriebener, Sowjetzonenflüchtling oder Deutscher aus der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands oder aus dem Sowjetsektor von Berlin ist. Bei einer Betriebsinhaberin, die nicht unter diese Personengruppen fällt, wird auch ermittelt, ob ihr Ehemann hierzu gehört.

(2) Die Erhebung wird allgemein durchgeführt. Die Bodenflächen werden alle sechs Jahre, beginnend 1965, an Hand amtlicher Unterlagen festgestellt, wobei den Katasterunterlagen der Vorrang zu geben ist; in den übrigen Jahren werden nur die Veränderungen der Flächen ermittelt. In den Ländern Berlin, Bremen und Hamburg sowie in den Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern findet die Erhebung nur alle drei Jahre, beginnend 1965, statt.

(3) Auskunftspflichtig sind

1. die Inhaber und Eigentümer von land- oder forstwirtschaftlichen Betrieben und von Gesamtflächen ab 0,5 Hektar, die ganz oder teilweise land- oder forstwirtschaftlich genutzt werden,
2. die Gemeinden für alle sonstigen Bodenflächen.

§ 4

(1) Bei der Bodennutzungshaupterhebung werden jährlich im Monat Mai erfaßt

die Nutzung der Bodenflächen nach Pflanzenarten und Pflanzengruppen und die gegenüber der Bodennutzungsvorerhebung eingetretenen Veränderungen.

(2) Die Erhebung wird alle drei Jahre, beginnend 1965, allgemein und in den übrigen Jahren repräsentativ mit einem Auswahlsatz von höchstens 10 % der Auskunftspflichtigen im Bundesdurchschnitt durchgeführt. In den Ländern Berlin, Bremen und Hamburg sowie in Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern wird sie alle sechs Jahre, beginnend 1965, allgemein und in den übrigen Jahren repräsentativ durchgeführt. In den Ländern Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz wird der Anbau von Hopfen jährlich allgemein erhoben.

(3) Auskunftspflichtig sind

1. die Inhaber von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben und von Gesamtflächen ab 0,5 Hektar, die ganz oder teilweise land- oder forstwirtschaftlich genutzt werden,
2. die Gemeinden für alle sonstigen Bodenflächen.

§ 5

(1) Bei der Bodennutzungsnacherhebung werden jährlich im Monat Oktober erfaßt

der Anbau von landwirtschaftlichen Zwischenfrüchten und von Futterpflanzen zur Saatguterzeugung, aufgegliedert nach Pflanzenarten und Pflanzengruppen.

(2) § 4 Abs. 2 Satz 1 und 2 gelten entsprechend.

(3) Auskunftspflichtig sind die Inhaber von land- oder forstwirtschaftlichen Betrieben und von Gesamtflächen ab 0,5 Hektar, die ganz oder teilweise land- oder forstwirtschaftlich genutzt werden.

§ 6

(1) Bei der Gemüsevorerhebung werden jährlich im Monat Februar erfaßt

der Anbau von Wintergemüse und Erdbeeren und der beabsichtigte Anbau von Gemüse, aufgegliedert nach Pflanzenarten und Pflanzengruppen.

(2) Die Erhebung wird repräsentativ mit einem Auswahlsatz von höchstens 20 % der Gemeinden im Bundesdurchschnitt durchgeführt.

(3) Auskunftspflichtig sind alle Personen, die Gemüse oder Erdbeeren zu Erwerbszwecken anbauen.

§ 7

(1) Bei der Gemüsehaupterhebung werden im Monat Juli erfaßt jährlich

der Anbau von Gemüse und Erdbeeren sowie der beabsichtigte Anbau von Wintergemüse;

alle drei Jahre, beginnend 1966,

der Anbau von Zierpflanzen.

Dabei werden die Flächen nach Pflanzenarten und Pflanzengruppen aufgegliedert.

(2) Die Erhebung wird alle drei Jahre, beginnend 1966, allgemein und in den übrigen Jahren repräsentativ mit einem Auswahlsatz von höchstens 20 % der Gemeinden im Bundesdurchschnitt durchgeführt.

(3) Auskunftspflichtig sind alle Personen, die Gemüse, Erdbeeren oder Zierpflanzen zu Erwerbszwecken anbauen.

§ 8

(1) Bei der Baumschulerhebung werden jährlich in der Zeit von Juli bis August erfaßt

die Baumschulfläche sowie

die Bestände an Obst- und Ziergehölzen sowie an Forstpflanzen nach Art, Zahl und Anzuchtmerkmalen.

(2) Die Erhebung wird allgemein durchgeführt.

(3) Auskunftspflichtig sind alle Personen, die sich mit der Anzucht der in Absatz 1 genannten Baumschulerzeugnisse befassen.

§ 9

(1) Bei der Obstbaumzählung werden in der Zeit vom September bis Oktober 1965 die Obstbäume auf dauerndem Standort an Ort und Stelle gezählt. Bei der Zählung werden Obstart, Baumform, Stand der Ertragsfähigkeit und Standort ermittelt.

(2) Auskunftspflichtig sind die Nutzungsberechtigten der Obstbäume.

§ 10

(1) Die Nachprüfung wird alle drei Jahre, beginnend 1965, durchgeführt.

(2) Die Nachprüfung wird repräsentativ durchgeführt. Der Auswahlsatz darf im Bundesdurchschnitt 0,2 % der Auskunftspflichtigen nach § 4 Abs. 3 Nr. 1 nicht übersteigen. In den Ländern Berlin, Bremen und Hamburg sowie in den Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern findet die Nachprüfung nicht statt.

(3) Auskunftspflichtig sind die Inhaber und Eigentümer von Betrieben und Bodenflächen nach § 3 Abs. 3 Nr. 1.

§ 11

Außer den in §§ 3 bis 10 bezeichneten Tatbeständen werden Angaben zur Kennzeichnung des Betriebs erhoben, die zu einer statistischen Zuordnung der Betriebe erforderlich sind.

§ 12

Der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates die Zeiten für die Durchführung der Erhebungen abweichend von §§ 3 bis 10 zu regeln, um die Erhebungen an statistische Vorhaben der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft anzupassen, soweit dadurch nicht die Zahl der Erhebungen erhöht wird.

Zweiter Abschnitt

Ernteerhebung

§ 13

Die Ernteerhebung gliedert sich in die Ernteberichterstattung und die besondere Erntermittlung.

§ 14

(1) Die Ernteberichterstattung umfaßt jährlich in den Monaten März bis November Angaben

1. über Merkmale des Wachstumsstandes,
2. über die Witterungsverhältnisse und -einflüsse,
3. über Pflanzenkrankheiten und -schädlinge und ihre Bekämpfung,
4. über Pflege- und Erntearbeiten,
5. über die zu erwartende und die tatsächliche Ernte und ihre Verwertung,
6. bei Reben zusätzlich über Mostgewicht, Säuregehalt und Wert des Mostes.

(2) Zur Sicherung und laufenden Verbesserung der Angaben über die tatsächliche Ernte nach Absatz 1 Nr. 5 werden die Erträge repräsentativ festgestellt. Dabei dürfen jährlich nicht mehr als je drei landwirtschaftliche Fruchtarten, Gemüse- und Obstarten, insgesamt jedoch nicht mehr als sechs dieser Arten, sowie Weinmost einbezogen werden. Für jede dieser Arten dürfen nicht mehr als 0,5 % der Betriebe, Bodenflächen oder Obstbäume herangezogen werden.

(3) Die Berichterstattung wird von ehrenamtlichen Berichterstat-tern durchgeführt. Angaben gegenüber den Berichterstat-tern sind freiwillig.

§ 15

(1) Die besondere Erntetermineitlung umfaßt jährlich im Bundesgebiet außer in den Ländern Berlin, Bremen und Hamburg sowie in Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern die Erträge an Getreide und Kartoffeln. Sie wird repräsentativ auf höchstens 12 000 Feldern durchgeführt.

(2) Auskunftspflichtig sind die Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe.

Dritter Abschnitt

Gemeinsame Vorschriften und Schlußvorschriften

§ 16

(1) Den mit der Durchführung der Erhebungen betrauten Personen ist das Betreten der Grundstücke, die Gegenstand der Erhebung sind, zu gestatten.

(2) Ordnungswidrig handelt, wer sich Absatz 1 zuwider weigert, den mit der Durchführung der Erhebungen betrauten Personen das Betreten der Grundstücke, die Gegenstand der Erhebung sind, zu gestatten. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße geahndet werden.

§ 17

Die Weiterleitung von Einzelangaben nach § 12 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) durch die erhebenden Behörden an die für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zuständigen obersten Bundes- und Landesbehörden und die von diesen bestimmten Stellen ohne Nennung des Namens der Befragten ist zugelassen.

§ 18

Die Befugnis der Bundesregierung, Rechtsverordnungen nach § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke zu erlassen, bleibt unberührt.

§ 19

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

§ 20

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft. Gleichzeitig tritt das Gesetz über Bodennutzungserhebung und Ernteberichterstattung vom 3. Dezember 1958 (Bundesgesetzbl. I S. 895) außer Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 23. Juni 1964

Der Bundespräsident

Lübke

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers

Mende

Der Bundesminister für Ernährung,

Landwirtschaft und Forsten

Schwarz

Begründung¹⁾

I. Allgemeines

Die Bodennutzungserhebung und die Ernteberichterstattung gehören zu den ältesten Agrarstatistiken und liefern wichtiges Grundlagenmaterial für die agrarpolitischen Maßnahmen des Bundes und der Länder. Sie beruhen zur Zeit auf dem Gesetz über Bodennutzungserhebung und Ernteberichterstattung vom 3. Dezember 1958 (BGBl. I S. 895). Die Erfahrungen bei der Durchführung des Gesetzes machen es erforderlich, die Rechtsgrundlage für diese Statistik zu überarbeiten. Zugleich soll für die besondere Erntetermineitlung, die seit 1948 auf Grund von Rechtsverordnungen mit höchstens dreijähriger Geltungsdauer durchgeführt wird, eine Dauerregelung geschaffen werden.

Im einzelnen sind folgende bedeutsamen Änderungen vorgesehen:

Das Gesetz soll unmittelbar bestimmen, inwieweit die Einzelerhebungen der Bodennutzungserhebung allgemein oder repräsentativ durchzuführen und wie oft einzelne Erhebungen nachzuprüfen sind. Ein Teil der Erhebungen soll in den zu erfassenden Tatbeständen anders als bisher abgegrenzt werden, vor allem um bei der Bodennutzungsvorerhebung zuverlässige Zahlen über die Betriebsgrößenstruktur zu gewinnen. Die Ernteberichterstattung soll verbessert und die Durchführung der nächsten allgemeinen Obstbaumzählung in diesem Gesetz geregelt werden.

Die Notwendigkeit, an Stelle der Ermächtigung in § 10 Satz 3 des Gesetzes über Bodennutzungserhebung und Ernteberichterstattung im Gesetz unmittelbar einen bestimmten Turnus für die allgemeinen Erhebungen festzulegen, ergibt sich aus den Erfahrungen der Statistischen Ämter bei der Durchführung der repräsentativen Bodennutzungserhebungen seit 1956. Die derzeitige Unsicherheit in der Periodizität der allgemeinen Erhebungen erschwert die Arbeit in den Statistischen Ämtern vor allem dadurch, daß sie eine vorausplanende Arbeitsregelung und die rechtzeitige Bereitstellung der Mittel, insbesondere der Arbeitskräfte, verhindert. Auch methodische Gründe erfordern, wie auch die Statistischen Ämter hervorheben, die Festlegung bestimmter Zeitabstände für die allgemeinen Erhebungen. Aus den repräsentativen Erhebungen in den Zwischenjahren können nämlich nur dann zweckmäßige Ergebnisse erwartet werden, wenn eine sichere Grundlage für die Schichtung und Hochrechnung gegeben ist. Hinzu kommt, daß die von den Landwirtschaftsverwaltungen der Länder in gewissen Zeitabständen angeforderten Ergebnisse für die Kreise nur aus allgemeinen Erhebungen gewonnen werden können.

Der Umfang der Änderungen läßt es zweckmäßig erscheinen, statt eines Änderungsgesetzes ein völlig neu gefaßtes Gesetz vorzusehen.

II. Im einzelnen

§ 1 umreißt den Umfang des Gesetzes. Da die bisherigen Sonderbestimmungen für den Gartenbau und Weinbau entfallen (vgl. § 3 Abs. 3 und § 4 Abs. 3 des Entwurfs), wurde der Begriff der Landwirtschaft entsprechend ausgedehnt.

¹⁾ Bundestagsdrucksache Nr. 1795 vom 30. Dezember 1963 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben).

§ 2 führt die Einzelerhebungen der Bodennutzungserhebung auf. Nach § 3 soll in der Bodennutzungsvorerhebung künftig die Nutzung der Bodenflächen nach Hauptnutzungsarten und Kulturarten erfaßt werden, um die landwirtschaftliche Nutzfläche der Betriebe ermitteln zu können. Diese wird vor allem benötigt, um jährlich die für die Agrarpolitik besonders wichtigen Veränderungen in der Betriebsgrößenstruktur beobachten zu können. Dieser Erweiterung des Fragenkatalogs steht eine entsprechende Einsparung bei der Bodennutzungshaupterhebung (§ 4) gegenüber. Die vorgesehene Änderung in der zeitlichen Feststellung der Flächen bedeutet eine bessere Arbeitsverteilung und damit eine Entlastung für alle mit der Erhebung befaßten Stellen.

Die Bodennutzungsvorerhebung soll in erster Linie sicherstellen, daß die Bodenflächen vollständig erfaßt werden. Dabei muß auch die Nutzung der Bodenflächen erfaßt werden, um Ergebnisse über die landwirtschaftliche Nutzfläche und zugleich über die Betriebsgrößenstruktur zu gewinnen. Die Ergebnisse werden gleichzeitig für die Schichtung und Hochrechnung bei der Statistik der Arbeitskräfte benötigt. Diese sachlichen Anforderungen würden es bei repräsentativer Durchführung erforderlich machen, in zwei verschieden angelegten Stichproben jeweils bis zu 10 % der Betriebe, insgesamt etwa 15 bis 20 %, zu erfassen. Eine der Stichproben wäre auf die Feststellung der Nutzflächen, die andere auf die Feststellung der Betriebsgrößenstruktur auszurichten. Zur vollständigen Erfassung der Flächen müßten bei repräsentativer Durchführung außer den Stichprobenbetrieben auch die Betriebe, an die Flächen abgegeben oder von denen Flächen aufgenommen wurden, in weiteren Zählereinsätzen herangezogen werden. Hinzu käme, daß die nachfolgende allgemeine Bodennutzungsvorerhebung dann jedesmal unter Neufeststellung der Besitzverhältnisse durchgeführt werden müßte; Veränderungsnachweise würden nämlich zu zahlreichen Fehlern führen und die gegenseitige Prüfung der Veränderungen stark erschweren, weil sie sich bei den bisherigen Stichprobenbetrieben nur bis zum Vorjahr, bei allen übrigen Betrieben aber bis zu der zuletzt durchgeführten Totalerhebung erstrecken müßten. Nach den Feststellungen der Statistischen Landesämter wäre der Aufwand an Arbeit und Kosten in den Gemeinden höher, wenn allgemeine und repräsentative Bodennutzungsvorerhebungen wechseln, als wenn die Bodennutzungsvorerhebung nur allgemein durchgeführt wird und lediglich die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr ermittelt werden. Diese Feststellung wurde seitens des Deutschen Gemeindetages bestätigt.

Daher sind für die Zukunft nur allgemeine Bodennutzungsvorerhebungen vorgesehen, wobei alle sechs Jahre Neufeststellung an Hand der Katasterunterlagen erforderlich sind, während in den übrigen Jahren — in den Stadtstaaten nur im dritten Jahr nach einer Neufeststellung — lediglich die eingetretenen Veränderungen erfaßt zu werden brauchen.

Die Feststellung der für den Markt erzeugenden Betriebe, deren Abgrenzung sich nach einem Mindestverkaufserlös je Jahr bestimmt, und die Feststellung der Hauptproduktionsrichtung sind notwendig, um die Stichprobenbetriebe für die repräsentative Arbeitskräfteerhebung (Entwurf eines Gesetzes über eine Statistik der Arbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft) laufend bezüglich

der richtigen Repräsentation zu überprüfen und um richtige Grundzahlen für die Hochrechnung der Ergebnisse der Arbeitskräftestatistik zu erhalten.

Die Vertriebenen und Flüchtlinge als Betriebsinhaber wurden bereits mehrfach bei Bodennutzungserhebungen erfaßt. Auch für die Zukunft kann auf entsprechende Feststellungen noch nicht verzichtet werden, da sie dazu dienen, die besonders schwierige Eingliederung des Landvolks aus Ost- und Mitteldeutschland sowie aus den übrigen Vertreibungsgebieten zu beobachten. Die vorgesehene dreijährliche Feststellung der Vertriebenen und Flüchtlinge sowie der in der Nachkriegszeit zugezogenen »Deutschen aus der Sowjetischen Besatzungszone oder dem Sowjetsektor von Berlin«, die keinen Bundesvertriebenenausweis besitzen, macht besondere Rechtsverordnungen entbehrlich.

Inhaber von Gesamtflächen des Erwerbsgartenbaus und Erwerbsweinbaus mit weniger als 0,5 ha brauchen künftig im Rahmen der Bodennutzungsvorerhebung nicht mehr befragt zu werden. Es genügt, wenn die Gemeinden diese Flächen angeben.

Die Feststellungen über die Nutzung der Bodenflächen werden bei der Bodennutzungshaupterhebung (§ 4) auf Pflanzenarten und Pflanzengruppen eingeschränkt. Es entfällt die Befragung der Inhaber von Flächen des Erwerbsgartenbaus und Erwerbsweinbaus mit weniger als 0,5 ha.

Für die Bodennutzungshaupterhebung — wie auch für die Bodennutzungsnacherhebung (§ 5) — ist ein dreijähriger Turnus der Totalerhebungen vorgesehen. Für die Stadtstaaten und die Großstädte sollen Ausnahmeregelungen gelten. Es erschien nicht vertretbar, diese Länder und Städte von den repräsentativen Erhebungen zu befreien. Zur Entlastung der Stadtverwaltungen in den Großstädten ist jedoch bei der Durchführung der repräsentativen Bodennutzungshaupterhebung und der anderen repräsentativen Erhebungen vorgesehen, daß die Erhebungspapiere vom Statistischen Landesamt unmittelbar an die auskunftspflichtigen Betriebe versandt werden.

Bei der Gemüsevorerhebung (§ 6) genügen in allen Jahren repräsentative Erhebungen.

Bei der Gemüsehaupterhebung (§ 7) ist ein dreijähriger Turnus der allgemeinen Erhebungen vorgesehen. Nur bei diesen Erhebungen soll der Anbau von Zierpflanzen ermittelt werden. Die Heil- und Gewürzpflanzenenerhebung fällt als Einzelerhebung weg, da die Anbauflächen auch im Rahmen der Gemüsehaupterhebung festgestellt werden können.

Bei der Baumschulerhebung (§ 8) können zuverlässige Ergebnisse wegen der geringen Zahl der Baumschulen und ihrer ungleichmäßigen gebietlichen Verteilung nur aus allgemeinen Erhebungen gewonnen werden. Die vorgesehene Ermittlung der Baumschulflächen der Betriebe erhöht wesentlich den Erkenntniswert der Ergebnisse.

Die Obstbaumzählung (§ 9) gehört seit je zu dem Erhebungsprogramm der Agrarstatistik. Ihre Ergebnisse geben einen Überblick über die Anbauentwicklung bei den einzelnen Obstarten und werden auch für Förderungsmaßnahmen im Obstbau sowie für die Berechnung der jährlichen Obsternten benötigt. Die Genauigkeit der Obsterntestatistik hängt in hohem Maße von der Richtigkeit der Zahlen über die Obstbäume ab, da die Ernten der einzelnen Obstarten aus der Zahl der ertragsfähigen Bäume und den Durchschnittserträgen je Baum errechnet werden.

Allgemeine Zählungen sind von Zeit zu Zeit notwendig, um Bestandszahlen der Obstbäume in regionaler Untergliederung zu gewinnen. Sie dienen außerdem als Basis für die Durchführung repräsentativer Zählungen.

Die letzte allgemeine Zählung der Obstbäume und Beerensträucher im Bundesgebiet fand 1951, die letzte repräsentative Obstbaumzählung 1958 statt. Seitdem sind starke Veränderungen eingetreten, insbesondere durch die vom Staat geförderte Rodung unwirtschaftlicher Obstbäume, durch Frosteinwirkung sowie durch Neuanpflanzungen, bei denen an Stelle von Hochstämmen mehr und mehr Niederstämme mit anderen Ertragsverhältnissen getreten sind.

Die nächste allgemeine Obstbaumzählung ist für 1965 vorgesehen. Beerensträucher sollen zur Kostenersparnis nicht einbezogen werden.

Repräsentative Nachprüfungen der Bodennutzungsvor- und -haupterhebung (§ 10) sind bisher auf Grund besonderer Rechtsverord-

nungen, zuletzt in den Jahren 1957 und 1960, durchgeführt worden. Bestimmungen über die Nachprüfungen konnten seinerzeit noch nicht in das Gesetz aufgenommen werden, weil zunächst an Hand der praktischen Erfahrungen zu klären war, ob es notwendig ist, allgemeine und repräsentative Erhebungen im Wechsel nachzuprüfen. Wie sich ergab, können die Bodennutzungsvor- und -haupterhebungen ohne Rücksicht darauf nachgeprüft werden, ob es allgemeine oder repräsentative Erhebungen sind. Deshalb wird vorgesehen, diese Erhebungen alle drei Jahre nach der bisherigen Methode nachzuprüfen. Zur Sicherung der Ergebnisse muß jedoch an Stelle des bisherigen starren Auswahlgesetzes von höchstens 3000 Betrieben die Zahl der Stichproben an die Gesamtzahl der jeweils vorhandenen Betriebe gebunden werden. Sie wird deshalb auf höchstens 0,3% der in Frage kommenden Betriebe festgelegt; das sind nach dem Stand von 1960 etwa 5000 Betriebe. Die Stadtstaaten werden von der Nachprüfung ausgenommen.

§ 11 soll sicherstellen, daß außer den zahlenmäßig zu erfassenden Tatbeständen auch notwendige Angaben über die Betriebsmerkmale erfragt werden können.

§ 12 ermöglicht im Interesse der Rationalisierung die zeitliche Anpassung der Erhebungen nach diesem Gesetz an Anforderungen der EWG.

Die Ernteberichterstattung (§ 14) beruht im wesentlichen auf Schätzungen von Sachverständigen. Es werden die durchschnittlichen Hektarerträge der einzelnen Pflanzenarten für einen aus mehreren Gemeinden bestehenden Berichtsbezirk geschätzt. Diese Schätzungen sind sehr schwierig und führten deshalb oft zu unbefriedigenden Ergebnissen. Um die Berichterstattung zu verbessern, sollen repräsentative Feststellungen der Erträge mehrerer landwirtschaftlicher Fruchtarten, Gemüsearten und Obstarten sowie der Erträge an Weinmost durchgeführt werden. Hierbei werden durch ehrenamtliche Berichtersteller Gewichtsermittlungen oder andere objektive Messungen vorgenommen.

Bei den Fruchtarten, für welche die Erträge auf diese Weise ermittelt werden, können die endgültigen Ertragsschätzungen entfallen, sobald auf diese Weise für das Bundesgebiet vollständige und zuverlässige Ergebnisse vorliegen. Dagegen müssen die üblichen Vorschätzungen über die zu erwartenden Ernten durchgeführt werden. Sie sind besonders wichtig, weil sie bereits vor Beginn der Ernte einen Überblick über die Ernterwartungen geben und dadurch notfalls besondere Maßnahmen ermöglichen. Die Erntevorschätzungen für bestimmte Getreidearten und Spätkartoffeln werden außerdem gebraucht, um eine Unter- oder Überschätzung der Hektarerträge durch die Berichtersteller festzustellen und hiernach die Zahlen der nicht in die besonderen Erntermittlungen einbezogenen Getreidearten und Frühkartoffeln berichtigen zu können.

Um für einzelne besonders wichtige Fruchtarten sichere Erntezahlen zu erhalten, soll jährlich die besondere Erntermittlung durchgeführt werden (§ 15). Solche Ermittlungen, die auf objektiven Erntemessungen beruhen, sind seit 1948 für Winterroggen, Winterweizen und Spätkartoffeln, seit 1953 in einzelnen Ländern auch für Sommergerste, durchgeführt worden und haben sich gut bewährt. Sie sollen wie bisher auf höchstens 12000 Feldern durchgeführt werden.

§ 16 gibt die Möglichkeit, die für die Erhebungen in Betracht kommenden Grundstücke zu betreten, um zuverlässige Ergebnisse zu erhalten.

§ 17 knüpft an § 12 Abs. 2 StatGes an. Bei der Weiterleitung an die von den obersten Bundes- und Landesbehörden bestimmten Stellen ist an die Bedürfnisse der Verwaltung und Forschung gedacht. Im Interesse des Auskunftspflichtigen darf sein Name aus den weitergeleiteten Unterlagen nicht ersichtlich sein.

§ 18 soll — wie bisher § 14 des Gesetzes über Bodennutzungserhebung und Ernteberichterstattung — klarstellen, daß die Bundesregierung neben den Erhebungen nach diesem Gesetz berechtigt ist, ergänzende Erhebungen durch Rechtsverordnung nach § 6 Abs. 2 StatGes anzuordnen.

*

Die voraussichtlichen Kosten der einzelnen Erhebungen und die für die nächsten Jahre zu erwartenden Gesamtkosten sind in folgenden vom Statistischen Bundesamt zusammengestellten Übersichten angegeben:

A. Voraussichtliche Kosten der einzelnen Bodennutzungs- und Ernteerhebungen

nach dem Stand der Gehälter und Preise vom Januar 1963

in 1000 DM

Erhebung Durchführung	Statistische Landesämter			Statistisches Bundesamt			Insgesamt		
	Personelle Kosten	Sächliche Kosten	zu- sammen	Personelle Kosten	Sächliche Kosten	zu- sammen	Personelle Kosten	Sächliche Kosten	Gesamt- kosten
1. Bodennutzungsvorerhebung									
a) Neufeststellung, total ¹⁾	758	104	862	24	6	30	782	110	892
b) Veränderungen, total ¹⁾	653	75	728	24	6	30	677	81	758
c) Veränderungen, total ²⁾	544	66	610	24	6	30	568	72	640

¹⁾ mit Auszählung der Betriebe und LN-Flächen nach Betriebsgrößenklassen. — ²⁾ lediglich mit Auszählung der Betriebe nach Betriebsgrößenklassen.

Erhebung Durchführung	Statistische Landesämter			Statistisches Bundesamt			Insgesamt		
	Personelle Kosten	Sächliche Kosten	zu- sammen	Personelle Kosten	Sächliche Kosten	zu- sammen	Personelle Kosten	Sächliche Kosten	zu- sammen
2. Bodennutzungshaupterhebung									
a) total	390	65	455	64	16	80	454	81	535
b) repräsentativ	335	44	379	77	19	96	412	63	475
3. Bodennutzungsnacherhebung									
a) total	63	9	72	10	3	13	73	12	85
b) repräsentativ	103	9	112	13	3	16	116	12	128
4. Gemüsevorerhebung									
b) repräsentativ	71	10	81	13	3	16	84	13	97
5. Gemüsehaupterhebung ¹⁾									
a) total ²⁾	124	22	146	16	4	20	140	26	166
b) repräsentativ ³⁾	95	23	118	19	5	24	114	28	142
6. Baumschulerhebung									
total	37	4	41	14	3	17	51	7	58
7. Bodennutzungsnachprüfung repräsentativ	50	25	75	19	5	24	69	30	99
8. Obstbaumzählung ⁴⁾									
total im Erhebungsjahr	225	1 705	1 930	35	8	43	260	1 713	1 973
im folgenden Jahr	225	38	263	75	25	100	300	63	363
zusammen	450	1 743	2 193	110	33	143	560	1 776	2 336
darunter für Zähler ⁵⁾	—	1 593	1 593	—	—	—	—	1 593	1 593
9. Ernteberichterstattung									
a) Landwirtschaftliche Feld- früchte und Grünland	348	289	637	114	29	143	462	318	780
b) Gemüse und Erdbeeren	190	107	297	50	13	63	240	120	360
c) Obst	236	258	494	45	11	56	281	269	550
d) Wein	69	41	110	14	3	17	83	44	127
zusammen ...	843	695	1 538	223	56	279	1 066	751	1 817
darunter für Bericht- erstatter ⁶⁾	—	482	482	—	—	—	—	482	482
Repräsentative Ertrags- feststellungen ⁷⁾	156	87	243	29	7	36	185	94	279
10. Besondere Ernteermittlungen ⁸⁾	145	220	365	16	4	20	161	224	385

¹⁾ mit Heil- und Gewürzpflanzen. — ²⁾ mit Zierpflanzen. — ³⁾ ohne Zierpflanzen. — ⁴⁾ ohne Beerensträucher. — ⁵⁾ Vergütungen für die Zähler im Erhebungsjahr. ⁶⁾ Aufwandsentschädigungen für die lfd. Schätzungen der Berichtersteller. — ⁷⁾ für je 2 Feldfrucht-, Gemüse- und Obstarten sowie Weinmost, zusammen 7 Arten, berechnet einschließlich der dazugehörigen Entschädigungen für die Berichtersteller. — ⁸⁾ Landesämter und Länderministerien zusammen, nach Angaben des BML.

B. Voraussichtliche Gesamtkosten der Bodennutzungs- und Ernteerhebungen

nach dem Stand der Gehälter und Preise vom Januar 1963

in 1000 DM

Jahr Erhebungen (Lfd. Nr. nach Tabelle A)	Statistische Landesämter			Statistisches Bundesamt			Insgesamt		
	Personelle Kosten	Sächliche Kosten	zu- sammen	Personelle Kosten	Sächliche Kosten	zu- sammen	Personelle Kosten	Sächliche Kosten	Gesamt- kosten
1964									
1 a, 2 a, 3 a, 4, 5 b, 6, 7, —, 9, 10 ..	2 397	1 118	3 515	396	99	495	2 793	1 217	4 010
1965									
1 c, 2 b, 3 b, 4, 5 a, 6, —, 8, 9, 10 ..	2 353	2 734	5 087	419	103	522	2 772	2 837	5 609
1966									
1 c, 2 b, 3 b, 4, 5 b, 6, —, 8, 9, 10 ..	2 343	1 072	3 415	468	122	590	2 811	1 194	4 005
1967									
1 b, 2 a, 3 a, 4, 5 b, 6, 7, —, 9, 10 ..	2 347	1 126	3 473	402	101	503	2 749	1 227	3 976
1968									
1 c, 2 b, 3 b, 4, 5 a, 6, —, —, 9, 10	2 202	1 070	3 272	396	98	494	2 598	1 168	3 766
1969									
1 c, 2 b, 3 b, 4, 5 b, 6, —, —, 9, 10	2 173	1 071	3 244	399	99	498	2 572	50	3 742
Darunter für repräsentative Ertragsfeststellungen									
1965	82	46	128	17	4	21	99	1 170	149
1964 und 1966	101	50	151	23	5	28	124	55	179
1967 bis 1969	156	87	243	29	7	36	185	94	279

Viehzählungsgesetz

Vom 18. Juni 1956¹⁾

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

(1) Am 3. Dezember jedes Jahres ist eine allgemeine Viehzählung, am 3. der Monate März, Juni und September sind Viehzwischenzählungen. Fällt der Tag auf einen Sonnabend, so wird die Zählung am vorausgehenden Werktag, fällt er auf einen Sonn- oder Feiertag, so wird sie am folgenden Werktag durchgeführt.

(2) Die allgemeine Viehzählung erfaßt die Bestände an Rindvieh, Pferden, Schweinen, Schafen, Ziegen, Federvieh und Bienenvölkern und alle zwei Jahre, zuerst 1957, ihr Verhältnis zur landwirtschaftlichen Nutzfläche.

(3) Bei den Zwischenzählungen werden die Bestände an Schweinen, bei der Zwischenzählung im Juni außerdem die Bestände an Rindvieh und Schafen erfaßt. Die Zwischenzählungen im März und September werden repräsentativ durchgeführt, die Zwischenzählung im Juni kann repräsentativ erfolgen.

(4) In den Ländern Berlin, Bremen und Hamburg sowie in kreisfreien Städten und in Städten über 50 000 Einwohner findet die allgemeine Viehzählung nur alle zwei Jahre, zuerst 1957, statt, Zwischenzählungen fallen weg.

§ 2

Die Ergebnisse der Zählungen im Juni und Dezember werden alle zwei Jahre, zuerst 1956, in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein repräsentativ nachgeprüft. Die Nachprüfungen erstrecken sich auf die Bestände und Bestandsveränderungen an Rindvieh und Schweinen. Wenn die Zählung im Juni nicht repräsentativ durchgeführt worden ist, werden die Ergebnisse der Zählung im September nachgeprüft; diese Nachprüfung erstreckt sich auf die Bestände und Bestandsveränderungen an Schweinen.

§ 3

Bei den Zählungen und Nachprüfungen werden die Bestände aller oder einzelner Tierarten nach Alter, Geschlecht und Nutzungszweck aufgegliedert.

§ 4

(1) Die Zählungen und Nachprüfungen erfassen die Bestände, die sich am Erhebungstag im unmittelbaren Besitz des Viehhalters befinden, ohne Rücksicht auf das Eigentum oder die sonstigen Rechtsgründe des Besitzverhältnisses.

(2) Auskunftspflichtig ist der Viehhalter; ist er verhindert, so sind seine mit der Viehhaltung befaßten Familienmitglieder und Betriebsangehörigen auskunftspflichtig.

§ 5

(1) Den Zählern ist das Betreten von Grundstücken, Ställen und ähnlichen Räumen, in denen Vieh gehalten wird oder gehalten werden kann, zu gestatten.

(2) Anordnungen der Veterinärbehörden, die den Personenverkehr beschränken, gelten auch für die Zähler. Die Auskunftspflichtigen haben die Zähler auf bestehende Anordnungen hinzuweisen.

(3) Den Zählern stehen die mit der Prüfung der Ergebnisse beauftragten Personen gleich.

§ 6

Die Einzelangaben der Viehhalter und die Feststellungen bei der allgemeinen Viehzählung und bei der Zwischenzählung im Juni dürfen für behördliche Maßnahmen zur Durchführung des Tierzuchtgesetzes und des Viehseuchengesetzes, für die Berechnung der Beiträge zu den öffentlichen Viehseuchenentschädigungskassen und für die Berechnung der öffentlichen Dasselbekämpfungsgebühren durch die zuständigen Behörden oder die von ihnen beauftragten Stellen verwendet werden.

§ 7

(1) Ordnungswidrig handelt, wer sich den Vorschriften des § 5 Abs. 1 zuwider weigert, den Zählern oder Prüfern das Betreten der Ställe oder anderer Örtlichkeiten zu gestatten.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße geahndet werden.

§ 8

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (BGBl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 9

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft. Gleichzeitig tritt das Gesetz über Viehzählungen vom 31. Oktober 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 1532) in der Fassung des Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes über Viehzählungen vom 2. August 1951 (BGBl. I S. 481) außer Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 18. Juni 1956

Der Bundespräsident
Theodor Heuss

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Blücher

Der Bundesminister für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten
Lübke

Begründung²⁾

Zu den wichtigsten statistischen Erhebungen auf dem Gebiete der Ernährung und Landwirtschaft gehört seit Jahrzehnten die Viehzählung. Ihre Ergebnisse bilden eine bedeutende Grundlage für agrarpolitische Maßnahmen des Bundes und der Länder. Sie werden vor allem ständig für die folgenden Zwecke benötigt:

Aufstellung des jährlichen Versorgungsplanes für Vieh und Fleisch nach § 2 des Gesetzes über den Verkehr mit Vieh und Fleisch vom 25. April 1951 (BGBl. I S. 272),

Aufstellung von Prognosen über die weitere Entwicklung der Viehbestände und Versorgung des Marktes mit Schlachtvieh,

Feststellung des Einfuhrbedarfs an Futtermitteln,

Erstellung einer Milcherzeugungsstatistik,

Durchführung volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen und Feststellung der Nahrungsmittelproduktion,

Beratung der Landwirtschaft, besonders im Hinblick auf Fragen der Zucht- und Nutzungsrichtung und des Umfangs der Viehhaltung.

Die bisherige Rechtsgrundlage der Viehzählungen bildete das Gesetz über Viehzählungen vom 31. Oktober 1938 (RGBl. I S. 1532),

¹⁾ BGBl. I vom 27. Juni 1956 S. 522. — ²⁾ Bundestagsdrucksache Nr. 2102 vom 15. Februar 1956 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben).

das in seinen Bestimmungen über Auskunftspflicht und Strafen durch das Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes über Viehzählungen vom 2. August 1951 (BGBl. I S. 481) geändert worden ist.

Um das Gesetz dem Grundgesetz anzupassen und einige sachliche Änderungen anzubringen, legte die Bundesregierung den gesetzgebenden Körperschaften im Jahre 1952 den Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes über Viehzählungen vor. Auf die Begründung dieses Entwurfs und die Stellungnahme zu den Änderungsvorschlägen des Bundesrates im ersten Durchgang (Bundestags-Drucksache Nr. 3971 der 1. Wahlperiode) wird Bezug genommen.

Der Bundestag hat das Gesetz in seiner 237. Sitzung am 25. März 1953 mit einer Reihe von Änderungen beschlossen, und der Bundesrat hat dem Gesetz — in der Folge »Gesetzesbeschluß 1953« genannt — in seiner 105. Sitzung am 24. April 1953 zugestimmt.

Der endgültige Wortlaut ist in der BR-Drucks. Nr. 159/53 mit Ergänzung zusammengestellt.

Die Bundesregierung hat dem Gesetzesbeschluß 1953 die nach Art. 113 GG erforderliche Zustimmung wegen der in § 7a (Art. I Nr. 11) vorgesehenen Vorschrift über die Kostentragung versagt (vgl. Bundestags-Drucksache 857 der 2. Wahlperiode).

Das Bedürfnis für eine Reform des geltenden Rechts wird durch das inzwischen ergangene Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314) noch verstärkt, denn Sinn und Zweck dieses Gesetzes ist es unter anderem, für alle Bundesstatistiken gemeinsame Grundvorschriften zu schaffen. Dadurch ist eine wesentliche Vereinfachung gegeben, die auch für die Zukunft eine übersichtlichere Gestaltung des gesamten Rechts der Statistik verspricht.

Durch das StatGes sind eine Reihe von Vorschriften des bisherigen Gesetzes über Viehzählungen, die auch noch im Gesetzesbeschluß 1953 vorgesehen waren, überflüssig geworden. Dies gilt vor allem für die Ermächtigung zum Erlass von ergänzenden Erhebungen, für die Vorbereitung und Durchführung der einzelnen Zählungen, für die Kostenverteilung sowie für die Geheimhaltungen und die Strafvorschriften.

Da nach dem letzten Stand eine Änderung fast aller bisherigen Vorschriften erforderlich wäre, legt die Bundesregierung zur Vereinfachung ein neues Gesetz unter der Überschrift »Viehzählungsgesetz« vor.

Für die einzelnen Bestimmungen des Entwurfs gilt folgendes:

§ 1 legt Zeitpunkt, Art, Umfang und Gegenstand der einzelnen Zählungen fest.

Die Viehzählungen sollen — wie bisher — Anfang Dezember jedes Jahres als allgemeine Viehzählung und am Anfang der Monate März, Juni und September als Viehzwischenzählungen durchgeführt werden.

Die allgemeine Viehzählung wird jetzt auf die Bestände an Rindvieh, Pferden, Schweinen, Schafen, Ziegen, Federvieh und Bienenstöcken beschränkt. Die noch im Gesetzesbeschluß 1953 im vierjährigen Turnus vorgesehenen Zählungen von Maultieren, Mauleseln, Eseln, Kaninchen und Edelpelztieren sind nicht mehr erwähnt, weil die Bundesregierung in einzelnen Jahren durch besondere Rechtsverordnungen auf Grund des § 6 Abs. 2 StatGes ergänzende Erhebungen anordnen kann. Das gleiche gilt für die im Gesetzesbeschluß 1953 vorgesehenen Erhebungen über die Rassen des gezähnten Viehs und über die Ausrüstung viehhaltender Betriebe mit Einrichtungen, die der Viehwirtschaft dienen.

Neben den Beständen der genannten Viehgattungen soll bei der allgemeinen Viehzählung jetzt auch die landwirtschaftliche Nutzfläche der Halter von Schweinen und Hühnern erfragt werden, um eine Abgrenzung der landwirtschaftlichen und der gewerblichen Schweine- und Hühnerhaltung zu ermöglichen und damit die Entwicklung der Erzeugung in den beiden Betriebsformen und ihre Auswirkung auf das Marktgeschehen besser beobachten zu können. Außerdem ist die Trennung dieser beiden Bereiche für die sich aus dem Landwirtschaftsgesetz ergebenden Arbeiten von Bedeutung; sie werden auch eine genauere Berechnung des Anteils der Landwirtschaft am Sozialprodukt ermöglichen.

Die Zwischenzählungen sollen bei Schweinen wie bisher dreimal jährlich und bei Rindvieh und Schafen einmal im Juni durchgeführt werden. Auf die Zwischenzählungen des Rindviehs im März und September kann gegenüber dem Gesetzesbeschluß 1953 verzichtet werden. Dagegen sollen auf Wunsch einiger Länder die Schafe weiterhin auch im Juni gezählt werden. Dies erscheint begründet, weil die Schafe im Sommer vollständiger erfaßt werden können; einmal befinden sich dann die Wanderschafherden an ihren Heimatstandorten, und zum anderen können auch die Mastlämmer einbezogen werden, die nach der letzten allgemeinen Zählung geboren worden sind und vor der nächsten allgemeinen Zählung in der Regel bereits geschlachtet werden.

Die Zwischenzählungen im März und September sollen zur Vereinfachung und zur Entlastung der Gemeindeverwaltungen von vorn-

herein nur nach dem repräsentativen Verfahren durchgeführt werden. Für die Junizählung wird eine gleiche Beschränkung angestrebt, die Vorbereitungen hierzu sind jedoch noch nicht abgeschlossen. Der Entwurf läßt deshalb einen Übergang auf Repräsentativerhebungen offen.

Eine weitere Einschränkung des Umfangs der Viehzählungen bringt der Entwurf in dem Verzicht auf die Durchführung von Zwischenzählungen in den Ländern Berlin, Bremen und Hamburg sowie in kreisfreien Städten und in Städten über 50 000 Einwohner. Hier soll auch die allgemeine Viehzählung nur alle zwei Jahre — erstmals 1957 — stattfinden.

§ 2 sieht in zweijährigen Abständen repräsentative Nachprüfungen der Ergebnisse der Schweine- und Rindviehzählungen in den Monaten Juni und Dezember — erstmals 1956 — in den meisten Bundesländern vor. Solche Nachprüfungen wurden schon früher von einigen Ländern durchgeführt und auf Bundesebene erstmals für die Zählungen im Dezember 1954 sowie im März, Juni und September 1955 durch die Verordnung über Nachkontrollen der Viehzählung vom 18. November 1954 (BAnz. Nr. 224 vom 20. November 1954) angeordnet. Sie sind auch künftig nicht zu entbehren, weil die Zuverlässigkeit der Angaben festgestellt und die Ergebnisse der ständig abweichenden totalen und repräsentativen Zählungen mit Hilfe der Ergebnisse der Nachprüfungen vergleichbar gemacht werden müssen. Solange im Juni totale Zwischenzählungen stattfinden, soll auf die Nachprüfung bei Rindern verzichtet werden; bei Schweinen wird die Nachprüfung in diesem Falle erst bei der — stets repräsentativen — Zwischenzählung im September durchgeführt.

§ 3 sieht eine Aufgliederung der Viehbestände bei den Zählungen und Nachprüfungen nach Alter, Geschlecht und Nutzungszweck bei den einzelnen Tierarten vor.

§ 4 regelt die Auskunftspflicht nach § 10 StatGes. Sie beschränkt sich — wie schon der Gesetzesbeschluß 1953 — auf die Viehhalter und ihre mit der Viehhaltung befaßten Familienmitglieder und Betriebsangehörigen. Klargestellt wird außerdem, daß stets die Bestände zu erfassen sind, welche sich am Erhebungstag tatsächlich beim Viehhalter befinden. Damit kommt es nicht auf das Rechtsverhältnis an, vermöge dessen der Viehhalter das Vieh besitzt. Hierdurch wird die Tätigkeit der Zähler — entsprechend der bisherigen Übung — auf die Feststellung der Tatsachen beschränkt.

§ 5: Wie im Gesetzesbeschluß 1953 ist den Zählern und den mit der Prüfung der Ergebnisse beauftragten Personen das Betreten von Grundstücken und ähnlichen Räumen, in denen Vieh gehalten wird oder gehalten werden kann, zu gestatten. § 5 Abs. 2 entspricht dem bisherigen § 6 Abs. 3.

§ 6 zählt die einzelnen Zwecke auf, für welche die Einzelangaben der Viehhalter bei der allgemeinen Viehzählung verwendet werden dürfen. Gegenüber dem Gesetzesbeschluß 1953 wird auf eine Verwendung der Einzelangaben, die bei den Zwischenzählungen und Nachprüfungen nach § 2 anfallen, verzichtet.

§ 7: Nach § 14 StatGes begehrt eine Ordnungswidrigkeit, wer vorsätzlich oder fahrlässig Auskünfte, zu denen er verpflichtet ist, ganz oder teilweise verweigert oder nicht rechtzeitig erteilt oder unvollständige Angaben macht. Diese Vorschrift bedarf einer Ergänzung für die Fälle, in denen sich der Verpflichtete § 5 Abs. 1 zuwider weigert, den Zählern oder Prüfern das Betreten der Ställe und anderer Örtlichkeiten zu gestatten.

§ 8 enthält die übliche Berlin-Klausel.

§ 9 regelt das Inkrafttreten des Gesetzes und das gleichzeitige Außerkrafttreten der bisherigen Vorschriften.

Der Interministerielle Ausschuß für Koordinierung und Rationalisierung der Statistik hat die Erhebungen entsprechend dem vorliegenden Gesetzentwurf einstimmig gebilligt (Dringlichkeitsstufe I).

Gesetz zur Änderung des Viehzählungsgesetzes

Vom 3. Dezember 1958¹⁾

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Das Viehzählungsgesetz vom 18. Juni 1956 (BGBl. I S. 522) wird wie folgt geändert:

1. § 2 erhält folgende neue Fassung:

»§ 2

Die Ergebnisse der Zählungen im Juni und Dezember werden alle zwei Jahre, zuerst 1956, in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und

¹⁾ BGBl. I vom 10. Dezember 1958 S. 897.

Schleswig-Holstein repräsentativ nachgeprüft. Die Nachprüfungen erstrecken sich auf die Bestände und Bestandsveränderungen an Schweinen, bei der Zählung im Dezember auch an Rindvieh. Wenn die Zählung im Juni nicht repräsentativ durchgeführt worden ist, werden die Ergebnisse der Zählung im September nachgeprüft.«

2. Hinter § 7 wird folgender neuer § 7a eingefügt:

»§ 7a

Die Befugnis der Bundesregierung, Rechtsverordnungen nach § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314) zu erlassen, bleibt unberührt.«

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (BGBl. I S. 1) auch im Land Berlin.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt nicht im Saarland.

Artikel 4

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Bonn, den 3. Dezember 1958

Der Bundespräsident
Theodor Heuss

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Ludwig Erhard

Der Bundesminister für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten
Lübke

Begründung¹⁾

Das Viehzählungsgesetz vom 18. Juni 1956 (BGBl. I S. 522) enthält, wie seine Entstehungsgeschichte — insbesondere die amtliche Begründung des Regierungsentwurfs (Drucksache 2102 der 2. Wahlperiode) — ergibt, ein Mindestprogramm, durch das die im Zeitpunkt der Gesetzgebung als notwendig erkannten Dauererhebungen nach § 6 Abs. 1 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 in der Fassung des Gesetzes vom 15. Juli 1956 (BGBl. I S. 721) angeordnet worden sind. Dabei sollte die Ermächtigung der Bundesregierung unberührt bleiben, ergänzende Erhebungen unter den besonderen Voraussetzungen des § 6 Abs. 2 StatGes auf dem Gebiete der Viehzählung durch Rechtsverordnung anzuordnen. Auf diese Befugnis der Bundesregierung wurde in der amtlichen Begründung zum Viehzählungsgesetz mehrfach hingewiesen, ohne daß hiergegen im Gesetzgebungsverfahren Widersprüche erhoben worden sind.

Inzwischen hat der Bundesrat in seiner 185. Sitzung am 29. November 1957 seine Zustimmung zu einer Verordnung der Bundesregierung über — zeitlich begrenzte — Nachprüfungen der Viehzählung (BR-Drucksache Nr. 303/57) außerhalb der bereits in § 2 des

Viehzählungsgesetzes vorgesehenen Nachprüfungen unter anderem mit der Begründung abgelehnt, im Viehzählungsgesetz sei keine Ermächtigung zur Erweiterung der Nachkontrollen ausgesprochen. Unter diesen Umständen sei es nicht möglich, die Ermächtigung hierzu aus dem StatGes herzuleiten (BR-Drucksache Nr. 303/57 — Beschluß).

Die Bundesregierung bleibt demgegenüber bei ihrer bisherigen Rechtsauffassung. Sie kann auch auf einen Gebrauch der Ermächtigung des § 6 Abs. 2 StatGes neben dem Viehzählungsgesetz nicht verzichten, wenn sie weiterhin die Gesetze über statistische Einzelerhebungen von sog. Vorratsermächtigungen freihalten will. Es erscheint deshalb notwendig, die Rechtslage durch Ergänzung des Viehzählungsgesetzes im Sinne des Artikels 1 klarzustellen.

Artikel 2 enthält die übliche Berlin-Klausel.

Artikel 3 nimmt das Saarland von dem Gesetz aus, da auch das Viehzählungsgesetz noch nicht auf das Saarland erstreckt ist.

Das Gesetz soll am Tage nach seiner Verkündung in Kraft treten (Artikel 4).

Verordnung über eine Geflügelstatistik Vom 31. März 1964²⁾

Auf Grund des § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

§ 1

In Brütereien und in Geflügelschlachtereien werden Erhebungen als Bundesstatistik durchgeführt.

§ 2

(1) Die Erhebung in Brütereien erfaßt

1. monatlich
 - a) die Einlagen an Bruteiern zur Erzeugung von Legehennen und von Masthühnern,
 - b) die geschlüpften Geflügelküken;
2. jährlich
das Fassungsvermögen der Brutanlagen.

(2) Im ersten Erhebungsmonat wird außer der Erhebung nach Absatz 1 Nr. 1 eine einmalige Erhebung über die dort bezeichneten Sachverhalte für das Jahr 1963 durchgeführt.

(3) Auskunftspflichtig sind

1. für die Erhebungen nach Absatz 1 die Inhaber der Brütereien mit einem Fassungsvermögen von mindestens 1 000 Eiern ausschließlich des Schlupfraumes,
2. für die Erhebungen nach Absatz 2 die Inhaber der Brütereien mit einem Fassungsvermögen von mindestens 500 Eiern ausschließlich des Schlupfraumes.

§ 3

(1) Die Erhebung in Geflügelschlachtereien erfaßt

1. monatlich
das geschlachtete Geflügel inländischer Herkunft;
2. jährlich
die Schlachtkapazität.

(2) Im ersten Erhebungsmonat wird außer der Erhebung nach Absatz 1 Nr. 1 eine einmalige Erhebung über den dort bezeichneten Sachverhalt für das Jahr 1963 durchgeführt.

(3) Auskunftspflichtig sind

1. für die Erhebungen nach Absatz 1 die Inhaber der Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mindestens 2 000 Tieren im Monat,
2. für die Erhebungen nach Absatz 2 die Inhaber der Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mindestens 500 Tieren im Monat.

§ 4

Die Weiterleitung von Einzelangaben nach § 12 Abs. 2 StatGes durch die erhebenden Behörden an die für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zuständigen obersten Bundes- und Landesbehörden und die von diesen bestimmten Stellen ohne Nennung des Namens des Befragten ist zugelassen.

§ 5

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (BGBl. I S. 1) in Verbindung mit § 17 StatGes auch im Land Berlin.

§ 6

Diese Verordnung tritt am 1. April 1964 in Kraft und am 31. März 1967 außer Kraft.

Bonn, den 31. März 1964

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Mende

Der Bundesminister für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten
Schwarz

¹⁾ Bundestagsdrucksache Nr. 298 vom 21. März 1958 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben). — ²⁾ Bundesanzeiger Nr. 61 vom 1. April 1964 S. 1.

Begründung¹⁾

Die Geflügelwirtschaft in der Bundesrepublik hat in den letzten Jahren stark an Bedeutung gewonnen. Der Verbrauch an Geflügelfleisch hat sich in den letzten zwölf Jahren schätzungsweise von 59 000 t auf fast 300 000 t erhöht, woran die inländische Erzeugung z. Z. mit etwa 40 % beteiligt ist. Die Statistik erfaßt bisher lediglich einmal jährlich bei der allgemeinen Viehzählung die Bestände an Geflügel der einzelnen Arten und im Rahmen der repräsentativen betriebswirtschaftlichen Meldungen die Hennenbestände, die Erzeugung und den Absatz von Eiern. Über das Geflügelfleisch-aufkommen liegen nur grobe Schätzungen vor. Diese Unterlagen reichen unter den jetzigen Verhältnissen, insbesondere unter der gemeinsamen Marktordnung der EWG nach der Verordnung Nr. 22 des Rats über die schrittweise Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Geflügelfleisch, nicht mehr aus. Die agrarpolitische Notwendigkeit, daß der deutschen Veredlungswirtschaft für Eier und Geflügelfleisch bei dem niedrigen Selbstversorgungsgrad und dem starken Importdruck von Seiten der EWG-Länder ausreichender Raum zur Ausdehnung bleibt, zwingt zu einer Markt- und Preisbeobachtung, die auf Tatsachen beruht und deren Ergebnisse als beweiskräftige Unterlagen für etwaige Schritte bei der EWG-Kommission dienen können. Außerdem haben die nationalen Delegationen der EWG-Länder den Forderungen der Kommission nach monatlicher Berichterstattung über die Erzeugung und nach wöchentlicher Berichterstattung über die Preise zugestimmt. Während für die Preisbeobachtung eine Rechtsgrundlage vorhanden ist, fehlt eine solche für Feststellungen der Erzeugung in Brutereien und Geflügelschlachtereien.

Nach § 2 sollen monatlich in den Brutereien mit einem Fassungsvermögen von mindestens 1 000 Eiern die Einlagen an Bruteiern zur Erzeugung von Legehennen und von Masthühnern im Berichtsmonat und die beabsichtigten Einlagen sowie die geschlüpften zur Aufzucht oder Mast bestimmten Küken erhoben werden. Zur Abgrenzung der auskunftspflichtigen Betriebe soll einmal jährlich auch das Fassungsvermögen der Brutanlagen erfragt werden. Zusätzlich zu der ersten Monatserhebung sollen in Brutereien mit einem Fassungsvermögen

von mindestens 200 Eiern die Eiereinlagen und geschlüpften Küken für das Jahr 1963 festgestellt werden, um einen Gesamtüberblick über die Leistung aller Brutereien zu gewinnen.

Bei Kenntnis der in Brutereien je Monat geschlüpften Küken läßt sich die Entwicklung der künftigen Bestände an Legehennen und damit die voraussichtliche Entwicklungstendenz der Eiererzeugung beurteilen. Weiterhin ergeben sich über die Zahl der vorhandenen Masttiere Anhaltspunkte für die Vorschätzung des Geflügelfleisch-anfalls.

Nach § 3 soll monatlich in Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mindestens 2 000 Tieren der Fleischanfall aus Schlachtungen von Geflügel inländischer Herkunft erfaßt werden. Jährlich einmal soll die monatliche Schlachtkapazität zur Abgrenzung der auskunftspflichtigen Betriebe mit erhoben werden. Zusätzlich zu der ersten Monatserhebung soll in Schlachtereien mit einer monatlichen Schlachtkapazität von 500 Tieren der Geflügelfleisch-anfall im Jahre 1963 erfaßt werden, um einen Überblick über die Gesamtleistung aller Geflügelschlachtereien zu gewinnen. Die Ergebnisse ermöglichen den bisher fehlenden Überblick über das Geflügelfleisch-aufkommen und bilden damit die Grundlage für einen zuverlässigen Überblick über die Geflügelfleischversorgung.

Die Kosten werden vorläufig wie folgt geschätzt:

	Bund DM	Länder DM	Bund und Länder DM
Personalkosten	3 700	89 000	92 700
Sachkosten	1 700	28 000	29 700
Gesamtkosten	5 400	117 000	122 400

Gesetz über eine Schlachtgewichtsstatistik

Vom 21. Juli 1960²⁾

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Über die Lebendgewichte und Schlachtgewichte der Rinder, Kälber, Schweine und Schafe für gewerbliche Schlachtungen wird eine Bundesstatistik (Schlachtgewichtsstatistik) durchgeführt.

§ 2

(1) Lebendgewicht im Sinne dieses Gesetzes ist das nach § 8 des Vieh- und Fleischgesetzes vom 25. April 1951 (BGBl. I S. 272) ermittelte Gewicht.

(2) Schlachtgewicht im Sinne dieses Gesetzes ist das Gewicht des geschlachteten und ausgeweideten Tieres ausschließlich der Haut, des Kopfes vom ersten Halswirbel ab und der im Karpal- oder Tarsalgelenk ausgelösten Gliedmaßen, jedoch einschließlich der Nieren, des Nierenfetts, bei Schweinen auch der Haut, des Kopfes, der Füße und der Flomen.

§ 3

(1) Die Erhebungen über die Lebendgewichte werden auf den Schlachtviehgroßmärkten sowie den Schlachtviehmärkten durchgeführt, für die nach § 15 des Vieh- und Fleischgesetzes die Anwendung der Vorschriften über Marktschlußscheine und über amtliche Notierung angeordnet ist.

(2) Die Erhebungen erfassen monatlich das Gesamtlebendgewicht und die Stückzahl der auf den in Absatz 1 bezeichneten Märkten aufgetriebenen Rinder, Kälber, Schweine und Schafe, aufgegliedert nach Handelsklassen.

§ 4

(1) Die Erhebungen über die Schlachtgewichte werden auf Schlachthöfen durchgeführt, denen ein Großmarkt im Sinne des § 3 des Vieh- und Fleischgesetzes angeschlossen ist. Befinden sich in einem Land mehrere solcher Schlachthöfe, so bestimmt die zuständige Landesbehörde den Schlachthof, auf dem die Erhebung durchgeführt wird.

(2) Die Erhebungen erfassen alle sechs Jahre, beginnend 1960, in drei aufeinanderfolgenden Jahren an einem Schlachttag im Monat September das Lebendgewicht und das Schlachtgewicht der geschlachteten Tiere, und zwar jeweils

- im 1. Jahr bei Rindern,
- im 2. Jahr bei Schweinen,
- im 3. Jahr bei Kälbern und Schafen.

Die Landesregierung kann durch Rechtsverordnung im Benehmen mit dem Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten bestimmen, daß nur ein Teil der geschlachteten Tiere zu erfassen ist, wenn dies für die Erzielung zuverlässiger Ergebnisse ausreicht.

(3) Die Gewichte werden nach Handelsklassen aufgegliedert.

§ 5

(1) Auskunftspflichtig sind die Eigentümer der Schlachttiere zur Zeit der Gewichtsfeststellung sowie die Leiter der Großmärkte, Schlachtviehmärkte und Schlachthöfe.

(2) Die Eigentümer der Schlachttiere sind verpflichtet, den mit der Durchführung der Erhebungen betrauten Personen auf Anforderung die Marktschlußscheine (§ 10 des Vieh- und Fleischgesetzes) vorzulegen.

§ 6

Die Befugnis der Bundesregierung, Rechtsverordnungen nach § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314) zu erlassen, bleibt unberührt.

§ 7

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (BGBl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 8

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 21. Juli 1960

Der Bundespräsident
Lübke

Für den Bundeskanzler
Der Bundesminister für Verkehr
Seeborn

Der Bundesminister für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten
Schwarz

¹⁾ Bundesratsdrucksache Nr. 98 vom 26. Februar 1964 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben). — ²⁾ BGBl. I vom 27. Juli 1960 S. 588.

Begründung¹⁾

I. Allgemeines

Durch die Schlachtgewichtsstatistik werden durchschnittliche Schlachtgewichte von Rindern (Bullen, Ochsen, Kühen, Färsen), Kälbern, Schweinen, Schafen und Pferden ermittelt. Sie werden benötigt zur Berechnung des Fleischanfalls aus inländischer Erzeugung. Dieser ergibt sich aus der Multiplikation der Zahl der geschlachteten Tiere und dem durchschnittlichen Schlachtgewicht je Tier.

Das durchschnittliche Schlachtgewicht wird mit Hilfe feststehender Ausbeutesätze aus dem Lebendgewicht errechnet. Dieses liegt außer bei Pferden bereits auf Grund der nach § 8 des Vieh- und Fleischgesetzes vorgeschriebenen amtlichen Verwiegung vor. Da auch die auf den Schlachtviehmärkten aufgetriebenen Pferde — deren Zahl nur gering ist — üblicherweise verwogen werden, sind für die Schlachtgewichtsstatistik — abgesehen von Verwiegungen zur Überprüfung der Ausbeutesätze (§ 4) — keine besonderen Gewichtsfeststellungen, sondern nur Meldungen erforderlich.

Die für die Berechnung des Fleischanfalls benötigten Zahlen der geschlachteten Tiere werden im Rahmen der Schlachtungsstatistik, einer sogenannten Sekundärstatistik, die bei der Durchführung des Fleischbeschaugesetzes anfällt — vgl. Bekanntmachung vom 2. November 1940 (Reichsministerialbl. S. 433) — festgestellt.

Die Schlachtgewichtsstatistik wird seit 1906 auf Grund freiwilliger Angaben durchgeführt. Für ihre Fortführung bedarf es nach Ablauf der Übergangsfrist gemäß § 16 StatGes in der Fassung des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 15. Juli 1957 (BGBl. I S. 721) einer Rechtsgrundlage.

Die laufende Feststellung des Fleischanfalls ist für verschiedene Zwecke unentbehrlich: Wegen der großen Bedeutung der Schlachtvieherzeugung für die Landwirtschaft und wegen der starken jahreszeitlichen Schwankungen ist eine laufende Beobachtung der Erzeugung notwendig, um jederzeit Maßnahmen zur Sicherung des Absatzes von Schlachtvieh und der Versorgung mit Fleisch treffen zu können. Insbesondere muß die Einfuhr möglichst kurzfristig der Nachfrage angepaßt werden können, um Preisschwankungen für Schlachtvieh und Fleisch in engen Grenzen zu halten. Auch für die Aufstellung des Versorgungsplans nach § 2 des Vieh- und Fleischgesetzes ist es erforderlich, die Entwicklung des Fleischanfalls zu kennen. Nach dieser Vorschrift muß jährlich für das kommende Wirtschaftsjahr im Rahmen einer Versorgungsübersicht veranschlagt werden, welche Mengen Vieh und Fleisch aus der inländischen Erzeugung zur Verfügung stehen und welche aus Einfuhren zur Deckung des Bedarfs benötigt werden. Auch diese Versorgungsübersicht muß laufend entsprechend der Marktentwicklung überprüft und gegebenenfalls berichtigt werden.

Außerdem ist die Kenntnis der Fleischerzeugung notwendig für die Berechnung der Nahrungsmittelproduktion und der Verkaufserlöse der Landwirtschaft. Für die zu den genannten Zwecken erforderlichen kurzfristigen Übersichten über die Entwicklung bedarf es einer monatlichen Feststellung des Fleischanfalls und dazu auch der durchschnittlichen Schlachtgewichte.

Aus Ersparnisgründen wird die Statistik nur bei einer beschränkten Zahl von Schlachtviehmärkten durchgeführt.

II. Im einzelnen

§ 1 gibt den allgemeinen Gegenstand der Statistik an. Die Erhebungen beschränken sich auf gewerbliche Schlachtungen, da für die Ermittlung durchschnittlicher Schlachtgewichte bei Hausschlachtungen kein Bedürfnis besteht.

In § 2 werden die Begriffe »Lebendgewicht« und »Schlachtgewicht« definiert.

Nach § 3 wird der Umfang der Erhebungen über die Lebendgewichte nach Vieharten und Schlachtviehmärkten abgegrenzt. Um möglichst zuverlässige Ergebnisse zu erhalten, werden die Erhebungen nur an solchen Schlachtviehmärkten durchgeführt, bei denen das Schlachtvieh nach Handelsklassen eingereiht wird. Dies sind nach § 13 des Vieh- und Fleischgesetzes die Großmärkte und nach § 15 des Vieh- und Fleischgesetzes in Verbindung mit § 7 der Schlachtvieh-Handelsklassen- und Notierungsverordnung vom 2. Mai

1951 (BAnz. Nr. 90 vom 12. Mai 1951) diejenigen Schlachtviehmärkte, bei denen die oberste Landesbehörde die Anwendung der Vorschriften über die »amtliche Notierung« angeordnet hat.

Die auf den ausgewählten Märkten festgestellten Lebendgewichte werden in den Statistischen Landesämtern nach Ausbeutesätzen auf Schlachtgewicht umgerechnet. Die so für jede Tierart ermittelten durchschnittlichen Schlachtgewichte werden als repräsentativ für sämtliche Schlachtungen in den Ländern und im Bundesgebiet angesehen und für die Berechnung des Fleischanfalls aus inländischer Erzeugung verwendet.

§ 4: Die derzeit angewandten Ausbeutesätze beruhen auf Feststellungen in der Kriegszeit. Sie bildeten während der Bewirtschaftung die Grundlage für die Bewertung der Schlachttiere bei der Abrechnung. An diesen Ausbeutesätzen wurde daher zunächst unverändert festgehalten. Erst nachdem die Märkte längere Zeit voll beliefert waren und sich im Verbrauch allgemein höhere Ansprüche durchgesetzt hatten und dadurch nach und nach in der Bewertung des Schlachtviehs sowie in seiner Einstufung nach Handelsklassen Verschiebungen eingetreten waren, wurde es erforderlich, die Ausbeutesätze im Hinblick auf etwaige Änderungen zu überprüfen. Obwohl ein solches Bedürfnis bereits in den letzten Jahren bestand, wurde die von Sachverständigen angeregte Überprüfung bis zur Vorbereitung der Rechtsgrundlage für die Schlachtgewichtsstatistik zurückgestellt. Die Ausbeutesätze werden sich in Anpassung der Ausmästung der Tiere an die wechselnde Nachfrage der Verbraucher auch weiterhin ändern. Daher ist eine periodische Überprüfung der Ausbeutesätze vorgesehen. Ein dreijähriger Turnus wird für ausreichend gehalten. Er erscheint erforderlich, um auch bei stärkeren Veränderungen in der Bewertung der Schlachttiere zuverlässige Ausbeutesätze zu gewährleisten.

Für diesen Zweck werden neben den Lebendgewichten auch die Schlachtgewichte — bei Rindern, Kälbern, Schweinen und Schafen nach Handelsklassen unterteilt — an einem Schlachttag festgestellt. Die Feststellung beschränkt sich in jedem Land auf einen Schlachthof, dem ein Schlachtviehgroßmarkt angeschlossen ist. Da ein solcher in Schleswig-Holstein und im Saarland nicht besteht, werden die Erhebungen nach § 4 in diesen Ländern nicht durchgeführt.

Zur Arbeiterleichterung und Kostenersparnis ist außerdem vorgesehen, daß die Gewichtsfeststellung jeweils im ersten Jahr bei Rindern, im zweiten Jahr bei Schweinen und im dritten bei Kälbern, Schafen und Pferden erfolgt. Weiterhin können die Länder im Benehmen mit dem Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten die Gewichtsfeststellungen bis zu dem Umfang einschränken, der die Erzielung zuverlässiger Ergebnisse noch gewährleistet.

§ 5 bestimmt den Kreis der Auskunftspflichtigen und den Umfang ihrer Verpflichtungen.

§ 6: Der vorliegende Gesetzentwurf enthält ein Mindestprogramm, das nur die z. Z. als notwendig anerkannten Dauererhebungen nach § 6 Abs. 1 StatGes anordnet. § 6 soll klarstellen, daß die Bundesregierung neben den Erhebungen nach diesem Gesetz berechtigt ist, ergänzende Erhebungen durch Rechtsverordnung nach § 6 Abs. 2 StatGes anzuordnen, wenn die besonderen Voraussetzungen der genannten Ermächtigungsvorschrift erfüllt sind. Z. Z. sind zwar solche ergänzenden Erhebungen nicht in Aussicht genommen. Die vorsorgliche Klarstellung der Rechtslage durch eine besondere Vorschrift ist jedoch notwendig, weil der Bundesrat in seiner 185. Sitzung am 29. November 1957 bei Behandlung der Verordnung über Nachprüfung der Viehzählung (BR-Drucks. Nr. 303/57) im Zusammenhang mit dem Viehzählungsgesetz vom 18. Juni 1956 (BGBl. I S. 522) die Anordnung ergänzender Erhebungen aufgrund von § 6 Abs. 2 StatGes für unzulässig gehalten. Entsprechende Vorschriften über eine Ermächtigung der Bundesregierung zum Erlass ergänzender Rechtsverordnungen sind bereits in das Gesetz über Bodennutzungserhebung und Ernteberichterstattung vom 3. Dezember 1958 (BGBl. I S. 895) und in das Gesetz zur Änderung des Viehzählungsgesetzes vom 3. Dezember 1958 (BGBl. I S. 897) aufgenommen worden.

III. Kosten

Die Schlachtgewichtsstatistik gehört seit langem zum laufenden Arbeitsprogramm des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Landesämter. Die Mittel sind deshalb in den Haushalten von Bund und Ländern bereits enthalten. Zusätzliche Haushaltsmittel werden nicht benötigt.

¹⁾ Bundestagsdrucksache Nr. 1625 vom 16. Februar 1960 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben).

Verordnung über eine Milchstatistik

Vom 5. Januar 1966¹⁾

Auf Grund des § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

§ 1

Über die Erzeugung und Verwendung von Kuhmilch wird eine Bundesstatistik durchgeführt.

§ 2

(1) Die Statistik besteht aus monatlichen Erhebungen und Schätzungen.

(2) Erhoben werden die Erzeugung von Kuhmilch in den den Kontrollverbänden für Milchleistungsprüfungen angeschlossenen Betrieben sowie die Anlieferung von Kuhmilch bei den Milchsammelstellen und Molkereien.

(3) Geschätzt werden die Erzeugung von Kuhmilch und ihre Verwendung durch die Erzeuger, soweit diese Sachverhalte nicht nach Abs. 2 erhoben werden.

§ 3

Auskunftspflichtig sind die Geschäftsführer der Kontrollverbände für Milchleistungsprüfungen sowie die Leiter der Milchsammelstellen

und der Molkereien. Die Auskünfte sind nach Kreisgebieten aufgegliedert und auf Verlangen schriftlich zu geben.

§ 4

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (BGBl. I S. 1) in Verbindung mit § 17 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke auch im Land Berlin.

§ 5

Die Verordnung tritt am 1. Januar 1966 in Kraft und am 31. Dezember 1968 außer Kraft.

Bonn, den 5. Januar 1966

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Mende

Der Bundesminister
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Hermann Höcherl

Begründung²⁾

I. Allgemeines

Die Milchstatistik stellt die Erzeugung und Verwendung von Kuhmilch durch die Erzeuger fest; sie geht auf die Jahre 1928 und 1934 zurück. In der Nachkriegszeit wurde die Milchstatistik von den einzelnen Ländern frühzeitig wieder aufgenommen. Rechtsgrundlage war zunächst die Gemeinsame Anordnung der Verwaltungen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes zur Durchführung von Statistiken vom 1. Juni 1949 (Öffentlicher Anzeiger für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet Nr. 50 vom 25. Juni 1949). Die Statistik wurde dann fortgeführt aufgrund der Übergangsbestimmungen in § 16 StatGes in der Fassung des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 15. Juli 1957 (BGBl. I S. 721). Von Januar 1960 ab wurde die Milchstatistik durch besondere Verordnung geregelt, und zwar zunächst durch die Verordnung über eine Milchstatistik vom 22. Dezember 1959 (Bundesanzeiger Nr. 247) und dann durch die Verordnung über eine Milchstatistik vom 14. März 1963 (BGBl. I S. 158). Da letztere am 31. Dezember 1965 außer Kraft tritt, ist eine neue Rechtsgrundlage erforderlich, um die Statistik weiterführen zu können.

Mit dem Inkrafttreten der Verordnung vom 14. März 1963 ist ein verbessertes Erhebungsverfahren eingeführt worden. In der Begründung zu dieser Verordnung war bereits angekündigt worden, daß die Milchstatistik, da es sich um eine Dauerstatistik handelt, durch Gesetz geregelt werden solle. Wenn sich das neue Erhebungsverfahren im allgemeinen auch bewährt hat, so halten es die fachlich zuständigen Stellen doch für zweckmäßig, zur Zeit die Bestimmungen über die Durchführungsmethode der Milchstatistik noch nicht langfristig festzulegen, sondern den Gesetzentwurf erst nach einer weiteren Erprobungszeit einzubringen. Dementsprechend wird noch einmal der Entwurf einer Verordnung vorgelegt, der keine Änderungen gegenüber der zur Zeit geltenden Verordnung enthält, vielmehr wörtlich mit dieser übereinstimmt.

Die Fortführung der Milchstatistik ist aus agrarpolitischen Gründen notwendig. Die große Bedeutung der Milcherzeugung in der Landwirtschaft geht daraus hervor, daß der Wert der Milchproduktion 6,9 Milliarden DM und ihr Anteil an den Verkaufserlösen der Landwirtschaft fast 30% ausmacht. Der Wichtigkeit für Verbraucher und Erzeuger entsprechend, ist der Markt für Milch und Milcherzeugnisse durch das Milch- und Fettgesetz in der Fassung vom 10. Dezember 1952 (BGBl. I S. 811) geregelt. Die Ergebnisse der Milchstatistik sind auch erforderlich, um die im Rahmen des Grünen Plans ausgeworfenen erheblichen Förderungsmittel zweckmäßig zu verwenden. Sie werden ferner von der EWG benötigt und an diese laufend gemeldet. Für die genannten Zwecke reichen die Ergebnisse der Molkereistatistik — einer Geschäftsstatistik aufgrund des Milch- und Fettgesetzes — über die Anlieferung von Milch an die Molkereien nicht aus.

II. Im einzelnen

§ 1 gibt den Gegenstand der Statistik an.

§ 2: Bei der Statistik sollen für die Kreisgebiete folgende Tatbestände erhoben werden:

1. Die Erzeugung von Kuhmilch in den den Milchkontrollverbänden angeschlossenen Betrieben. Hierbei handelt es sich um

¹⁾ Bundesanzeiger Nr. 5 vom 8. Januar 1966 S. 1. — ²⁾ Bundesratsdrucksache Nr. 563/65 vom 17. Dezember 1965 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben).

Angaben über die erzeugte Milchmenge, den durchschnittlichen Milchertrag je Kuh und die Zahl der Milchkühe. Diese Zahlen fallen bei den Kontrollverbänden laufend an.

2. Die Milchlieferung bei den Molkereien und Milchsammelstellen nach der Molkereistatistik.

Die übrigen Sachverhalte sollen geschätzt werden; das sind die Milcherzeugung in den nicht an einen Kontrollverband angeschlossenen Betrieben und die von den Erzeugern anders als durch Lieferung an Molkereien und Sammelstellen verwendeten Milchmengen, insbesondere die verfütterten, die zu Milcherzeugnissen verarbeitet, die im Haushalt verbraucht und die unmittelbar an Verbraucher abgegebenen Mengen.

Die monatliche Durchführung der Milchstatistik ist notwendig, da die Milcherzeugung je nach Witterungsverlauf, Futteranfall, Relation der Preise für Kraftfutter und Milch, Kalbezeiten und Art der Kuhhaltung (Weide, Stallhaltung) starken Schwankungen unterliegt. Monatliche Ergebnisse über die Höhe der Milcherzeugung werden auch benötigt, um die Auswirkungen der von Bund und Ländern gegebenen Förderungsmittel (vom Bund allein insgesamt rd. 670 Millionen DM im Jahr) zu beobachten und Vorausberechnungen über die Höhe der erforderlichen Mittel für die Prämienzahlungen vornehmen zu können. Für die Beurteilung der Versorgungsentwicklung ist auch die monatliche Feststellung der Erzeugung von Bauernbutter und -käse notwendig.

§ 3 legt den Kreis der Auskunftspflichten fest. Die mit den monatlichen Schätzungen beauftragten Personen oder Stellen benötigen zur Durchführung ihrer Arbeiten bestimmte Grunddaten über die Milcherzeugung und -verwendung, die ihnen von den auskunftspflichtigen Personen zur Verfügung gestellt werden müssen. Diese nach Kreisgebieten aufgegliederten Grunddaten müssen den die Schätzung durchführenden Stellen termingemäß auf Verlangen schriftlich zugeleitet werden, damit sie die kurzfristig nach Ablauf jeden Monats von ihnen geforderten Zahlen nach Kreisen an das Statistische Landesamt oder die sonst zuständige Behörde melden können.

III. Kosten

Die Durchführung der Milchstatistik wird nach einer Kalkulation der Statistischen Landesämter und des Statistischen Bundesamtes folgende Kosten erfordern:

	pers. Kosten	sächl. Kosten	zusammen
Länder	157 000	33 000	190 000
Bund	36 000	6 000	42 000
Bund und Länder ...	193 000	39 000	232 000

Gesetz über eine Fischereistatistik

Vom 21. Juli 1960¹⁾

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Über die Hochsee- und Küstenfischerei sowie über die Fischerei im Bodensee wird eine Bundesstatistik (Fischereistatistik) durchgeführt.

§ 2

(1) Bei Anlandungen deutscher Hochseefischereifahrzeuge innerhalb des Geltungsbereiches dieses Gesetzes werden für jede Fangreise erfaßt

1. Fangfahrzeug,
2. Fanggerät,
3. Fangreise,
4. Fanggebiet,
5. Fangergebnis,
6. Absatzart,
7. Art der Verarbeitung an Bord.

(2) Auskunftspflichtig sind

1. für die Sachverhalte nach Absatz 1 Nr. 1 bis 4 und 7 die Leiter der Fischereibetriebe,
2. für die Sachverhalte nach Absatz 1 Nr. 5 und 6
 - a) die Leiter der Seefischmarktverwaltungen bei Anlandungen auf Seefischmärkten,
 - b) im übrigen die Leiter der Fischereibetriebe.

§ 3

(1) Bei Anlandungen deutscher Küstenfischereifahrzeuge innerhalb des Geltungsbereiches dieses Gesetzes werden monatlich die in § 2 Abs. 1 Nr. 4 bis 6 bezeichneten Sachverhalte sowie das Anlandegebiet erfaßt.

(2) Auskunftspflichtig sind

1. für den Sachverhalt nach § 2 Abs. 1 Nr. 4 und für das Anlandegebiet die Leiter der Fischereibetriebe,
2. für die Sachverhalte nach § 2 Abs. 1 Nr. 5 und 6
 - a) die Leiter der Seefischmarktverwaltungen bei Anlandungen auf Seefischmärkten,
 - b) die Leiter der Fischverwertungsgenossenschaften, Fischgroßhandlungen und Fischverarbeitungsbetriebe für die unmittelbar an diese abgegebenen Fangergebnisse,
 - c) im übrigen die Leiter der Fischereibetriebe.

§ 4

(1) Bei Anlandungen deutscher Hochsee- oder Küstenfischereifahrzeuge außerhalb des Geltungsbereiches dieses Gesetzes werden monatlich die in § 2 Abs. 1 Nr. 1 und 3 bis 5 bezeichneten Sachverhalte sowie der Anlandungsort erfaßt.

(2) Auskunftspflichtig sind die Leiter der Fischereibetriebe.

§ 5

(1) Bei Anlandungen ausländischer Hochsee- oder Küstenfischereifahrzeuge unmittelbar vom Fangplatz aus im Geltungsbereich dieses Gesetzes werden monatlich die in § 2 Abs. 1 Nr. 1, 5 und 6 bezeichneten Sachverhalte erfaßt.

(2) Auskunftspflichtig sind

1. die Leiter der Seefischmarktverwaltungen bei Anlandungen auf Seefischmärkten,
2. im übrigen die Abnehmer der Fangergebnisse.

§ 6

(1) Bei Anlandungen von Fangergebnissen der Bodenseefischerei im Geltungsbereich dieses Gesetzes werden monatlich die in § 2 Abs. 1 Nr. 4 und 5 bezeichneten Sachverhalte erfaßt.

(2) Auskunftspflichtig sind

1. die Leiter der Fischverwertungsgenossenschaften und Fischhandlungen für die unmittelbar an diese abgegebenen Fangergebnisse,
2. im übrigen die Leiter der Fischereibetriebe.

§ 7

Die Fischereistatistik wird vom Statistischen Bundesamt erhoben und aufbereitet.

§ 8

(1) In den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein sind Erhebungsstellen durch die Landesregierungen zu bestimmen, soweit der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten nicht Bundesbehörden mit den Erhebungen beauftragt. Juristische Personen des bürgerlichen Rechts können zu Erhebungsstellen bestimmt werden, wenn diese sich hierzu bereit erklären; sie unterliegen insoweit der staatlichen Aufsicht.

(2) Die Erhebungsstellen haben für rechtzeitige und vollständige Abgabe der Meldungen zu sorgen, die eingegangenen Meldungen auf Richtigkeit und Vollständigkeit zu prüfen und, wenn nötig, ihre Ergänzung und Berichtigung zu veranlassen.

§ 9

Die Befugnis der Bundesregierung, Rechtsverordnungen nach § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314) zu erlassen, bleibt unberührt.

§ 10

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (BGBl. I S. 1) auch im Land Berlin. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

§ 11

(1) Dieses Gesetz tritt am 1. Oktober 1960 in Kraft.

(2) Gleichzeitig treten außer Kraft

1. das Gesetz über die Statistik der Fischereifangergebnisse vom 6. Juli 1938 (RGBl. I S. 798),
2. die Erste Verordnung zur Durchführung und Ergänzung des Gesetzes über die Statistik der Fischereifangergebnisse vom 15. Juli 1938 (RGBl. I S. 997),
3. die Ausführungsanordnung zur Ersten Verordnung zur Durchführung und Ergänzung des Gesetzes über die Statistik der Fischereifangergebnisse vom 30. Januar 1950 (Bundesanzeiger Nr. 33 vom 16. Februar 1950),
4. die Ausführungsbestimmungen und Ausführungsanweisungen zu der Ersten Verordnung zur Durchführung und Ergänzung des Gesetzes über die Statistik der Fischereifangergebnisse.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 21. Juli 1960

Der Bundespräsident

Lübke

Für den Bundeskanzler

Der Bundesminister für Verkehr

Seehofer

Der Bundesminister für Ernährung,

Landwirtschaft und Forsten

Schwarz

Begründung²⁾

I. Allgemeines

Die Fischereistatistik erfaßt die wichtigsten Betriebsergebnisse der Hochsee- und Küstenfischerei sowie der Bodenseefischerei. Sie wird bereits seit 1906 durchgeführt. Als Rechtsgrundlagen bestehen z. Z. das Gesetz über die Statistik der Fischereifangergebnisse vom 6. Juli 1938 (RGBl. I S. 798) und die Erste Verordnung zur Durchfüh-

rung und Ergänzung des Gesetzes über die Statistik der Fischereifangergebnisse vom 15. Juli 1938 (RGBl. I S. 997). Auf Grund dieser Verordnung sind folgende Vorschriften erlassen worden:

Erste Ausführungsanweisung vom 2. Dezember 1938 (Reichsanzeiger Nr. 282 vom 3. Dezember 1938);

Zweite Ausführungsanweisung vom 14. Januar 1939 (Reichsanzeiger Nr. 25 vom 30. Januar 1939);

Dritte Ausführungsanweisung vom 17. März 1941 (Reichsanzeiger Nr. 65 vom 18. März 1941);

¹⁾ BGBl. I vom 27. Juli 1960 S. 589. — ²⁾ Bundestagsdrucksache Nr. 1626 vom 16. Februar 1960 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben).

Ausführungsbestimmungen

vom 27. Januar 1939 (Reichsanzeiger Nr. 25 vom 30. Januar 1939),

vom 6. Juli 1939 (Reichsanzeiger Nr. 163 vom 18. Juli 1939),

vom 19. November 1940 (Reichsanzeiger Nr. 275 vom 22. November 1940);

Ausführungsanordnung vom 30. Januar 1950 (Bundesanzeiger Nr. 33 vom 16. Februar 1950).

Diese Vorschriften sind teilweise aufgehoben oder durch neuere Regelungen ersetzt worden. Ein Teil der dort vorgesehenen Erhebungen, insbesondere die Erhebungen über die Binnenfischerei — mit Ausnahme der Bodenseefischerei —, wird nicht mehr als Bundesstatistik durchgeführt. Soweit die Bestimmungen noch fortgelten, entsprechen sie in mancher Hinsicht nicht mehr den heutigen staatsrechtlichen Anschauungen. Es ist daher erforderlich, die Rechtsgrundlagen für die Fischereistatistik zu erneuern und dabei an das System des StatGes anzupassen.

Die Statistik soll, abgesehen von einigen Vereinfachungen, im derzeitigen Umfang weitergeführt werden. Ihre Notwendigkeit ergibt sich aus der Bedeutung der Fischwirtschaft in der Gesamtwirtschaft der Bundesrepublik und insbesondere der Küstenländer. Unter den Fischereinationen steht die Bundesrepublik in der Welt an 9., in Europa an 3. Stelle. Die internationale Fischereientwicklung ist gekennzeichnet durch eine laufende Ausweitung der Fanggebiete in den Weltmeeren. Hieraus ergibt sich eine ständig zunehmende internationale Verflechtung der Belange aller Fischereinationen.

Die Fischereistatistik auf dem Gebiet der Seefischerei hat demzufolge die Aufgabe, für folgende Zwecke Unterlagen zu liefern:

1. Maßnahmen auf Grund des Fischgesetzes vom 31. August 1955 (BGBl. I S. 567), insbesondere Versorgungsplan, Liefervereinbarungen, Einfuhrbeschränkungen,
2. meeresbiologische Forschung über die Erschließung und Nutzung lohnender Fanggebiete,
3. Interessenabstimmung im internationalen Bereich,
4. Rationalisierung zur Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

Für die unter Nr. 1 bis 3 angegebenen Zwecke ist die monatliche Feststellung der Anlandungen notwendig. Da die Fischerei überwiegend von unberechenbaren Naturfaktoren abhängig ist (z. B. Witterung, wechselnde Standorte und Größe der Fischschwärme), kann weder auf Grund zurückliegender Erfahrungen noch durch die jeweilige Einsatzplanung der Fischereiboote ein Überblick über die zu erwartenden Anlandungen gewonnen werden. Für den angestrebten jahreszeitlichen Mengenausgleich und die Marktstützung im Rahmen des Fischgesetzes, durch welche diese Unsicherheiten und Schwierigkeiten ausgeglichen werden sollen, sind daher kurzfristige Regulierungen notwendig. Sie sind nur möglich, wenn ein genauer Überblick über die jeweils zur Verfügung stehenden Gesamtfänge besteht.

Monatliche Erhebungsergebnisse werden außerdem für verschiedene internationale Organisationen benötigt, an denen die Bundesrepublik beteiligt ist (z. B. Internationales Übereinkommen über die Fischerei im Nordwestatlantik, Internationaler Rat für Meeresforschung). Sie dienen dort als Grundlage für Entscheidungen über Maßnahmen zur Erhaltung der Fischbestände.

Für die Bodenseefischerei bestehen internationale Verpflichtungen für gemeinsame Fischereiförderungsmaßnahmen auf Grund der »Übereinkunft zwischen Baden, Bayern, Liechtenstein, Österreich, der Schweiz und Württemberg betreffend die Anwendung gleichartiger Bestimmungen für die Fischerei im Bodensee vom 5. Juli 1893 — Bregenzer Abkommen —« (veröffentlicht im Badischen Gesetz- und Verordnungsbl. 1894 S. 135). Für die Durchführung dieser Förderungsmaßnahmen ist eine monatliche Fischereistatistik uner-

läßlich. Sie wird daher seit Jahrzehnten in allen Anliegerstaaten durchgeführt.

II. Im einzelnen

§ 1 gibt den allgemeinen Gegenstand der Statistik an.

Zu §§ 2 bis 6

Die §§ 2 und 3 behandeln die Erfassung der Anlandungen der Hochsee- und Küstenfischerei im Bundesgebiet, während § 4 entsprechende Bestimmungen für die Auslandsanlandungen deutscher Fahrzeuge enthält. In § 5 werden die Meldungen der ausländischen Seefischereifahrzeuge über die Anlandungen im Bundesgebiet geregelt. § 6 betrifft die Erfassung der Bodenseefischerei. In allen Paragraphen ist der Umfang der Fischereistatistik durch Angabe der zu erfassenden Tatbestände abgegrenzt und jeweils der Kreis der Auskunftspflichtigen festgelegt.

Zu § 7

Die Fischereistatistik wird aus sachlichen und methodischen Gründen zweckmäßig zentral aufbereitet. Eine Zwischenaufbereitung in den betroffenen Ländern wäre bei der geringen Zahl der Erhebungsstellen je Land wenig rationell. Daher wird die Fischereistatistik bereits seit ihrer Einführung im Jahre 1906 zentral durchgeführt. Diese Art der Durchführung soll beibehalten werden.

Zu § 8

Zur Vereinfachung des Erhebungsverfahrens sollen die Erhebungen dort, wo die Anlandungen über zentrale Absatzeinrichtungen (z. B. Seefischmarktgesellschaften, Fischereigenossenschaften) verkauft werden oder sonstige örtliche Stellen für die Erfassung der Fänge zur Verfügung stehen, auch künftig durch sogenannte Erhebungsstellen erfolgen. Dieses Verfahren hat sich bereits seit langem bewährt. Die für die zentrale Erfassung der Fangergebnisse geeigneten örtlichen Stellen können mit ihrer Zustimmung vom Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten durch Rechtsverordnung zu Erhebungsstellen bestimmt werden.

Zu § 9

Der vorliegende Gesetzentwurf enthält ein Mindestprogramm, das nur die z. Z. als notwendig anerkannten Dauererhebungen nach § 6 Abs. 1 StatGes anordnet. § 9 soll klarstellen, daß die Bundesregierung neben den Erhebungen nach diesem Gesetz berechtigt ist, ergänzende Erhebungen durch Rechtsverordnung nach § 6 Abs. 2 StatGes anzuordnen, wenn die besonderen Voraussetzungen der genannten Ermächtigungsvorschrift erfüllt sind. Zur Zeit sind zwar solche Erhebungen nicht in Aussicht genommen. Die vorsorgliche Klarstellung der Rechtslage durch eine besondere Vorschrift ist jedoch notwendig, weil der Bundesrat in seiner 185. Sitzung am 29. November 1957 bei Behandlung der Verordnung über Nachprüfungen der Viehzählung (BR-Drucks. Nr. 303/57) im Zusammenhang mit dem Viehzählungsgesetz vom 18. Juni 1956 (BGBl. I S. 522) die Anordnung ergänzender Erhebungen aufgrund von § 6 Abs. 2 StatGes für unzulässig gehalten hat. Entsprechende Vorschriften über eine Ermächtigung der Bundesregierung zum Erlass ergänzender Rechtsverordnungen sind bereits in das Gesetz über Bodennutzungserhebung und Ernteberichterstattung vom 3. Dezember 1958 (BGBl. I S. 895) und in das Gesetz zur Änderung des Viehzählungsgesetzes vom 3. Dezember 1958 (BGBl. I S. 897) aufgenommen worden.

III. Kosten

Die Fischereistatistik gehört seit langem zum laufenden Arbeitsprogramm des Statistischen Bundesamtes. Die Mittel sind deshalb im Haushalt bereits enthalten. Zusätzliche Haushaltsmittel werden nicht benötigt.

Verordnung über eine Holzstatistik

Vom 15. Dezember 1964¹⁾

Aufgrund des § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314), zuletzt geändert durch das Zweite Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 15. Juli 1957 (BGBl. I S. 721), verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

§ 1

In der Forst- und Holzwirtschaft werden Erhebungen als Bundesstatistik durchgeführt.

¹⁾ Bundesanzeiger Nr. 235 vom 16. Dezember 1964 S. 1.

§ 2

Die Erhebungen erfassen folgende Sachverhalte:

1. monatlich

den Einschlag und die Veräußerung von Rohholz in Erzeugerbetrieben,

2. vierteljährlich

die Bestände und Bestandsveränderungen an Rohholz und an Erzeugnissen der Holzbearbeitung in Bearbeitungsbetrieben.

§ 3

Auskunftspflichtig sind

1. für die Erhebungen nach § 2 Nr. 1 die Leiter der Betriebe, die Rohholz erzeugen,
2. für die Erhebungen nach § 2 Nr. 2 die Leiter der Holzbearbeitungsbetriebe, wenn bei Sägewerken der jährliche Einschnitt einschließlich Lohnschnitt mindestens 1000 Festmeter, bei den übrigen Betrieben die Zahl der Beschäftigten mindestens zehn beträgt.

§ 4

Bei den Erhebungen nach § 2 Nr. 1 werden bis zu 10 000 Erzeugerbetriebe befragt. Die Ergebnisse der nicht befragten Betriebe werden geschätzt.

§ 5

Die zuständige Landesbehörde leitet die Landesergebnisse der Erhebungen nach § 2 Nr. 1 dem Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zu.

§ 6

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (BGBl. I S. 1) in Verbindung mit § 17 StatGes auch im Land Berlin.

§ 7

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1965 in Kraft und am 31. Dezember 1967 außer Kraft.

Bonn, den 15. Dezember 1964

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Mende

Der Bundesminister für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten
Schwarz

Begründung¹⁾

I. Seit 1949 wird eine Bundesstatistik über die Erzeugung und Vorratshaltung an Rohholz und Holzhalbwaren durchgeführt. In den meisten Ländern haben die Erhebungen bereits 1945 begonnen. Nach Ablauf der Übergangsfrist des § 16 StatGes wurde zur Durchführung der Statistik die Verordnung über eine Holzstatistik vom 22. Dezember 1959 (BAnz. Nr. 247 vom 24. Dezember 1959) erlassen. Diese Verordnung wurde nach Ablauf der dreijährigen Gültigkeitsdauer durch die Verordnung über eine Holzstatistik vom 30. Januar 1963 (BAnz. Nr. 23 vom 2. Februar 1963) ersetzt. Die Holzstatistik soll langfristig durch ein Gesetz geregelt werden, das in der nächsten Legislaturperiode eingebracht werden soll. Da die derzeit geltende Verordnung am 31. Dezember 1964 außer Kraft tritt, muß für die Übergangszeit noch einmal eine Verordnung erlassen werden.

Die Ergebnisse der Holzstatistik sind sowohl für die Behörden des Bundes und der Länder als auch für die Wirtschaft eine unentbehrliche Arbeitsgrundlage zur Beobachtung der Marktentwicklung. Sie dienen insbesondere

1. zur Aufstellung eines jährlichen Programms für den Holzeinschlag,
2. zur Feststellung des Verhältnisses der Erzeugung zur Nachfrage, Vorratshaltung und Einfuhr,
3. zur fachlichen Vorbereitung handelspolitischer Entscheidungen, insbesondere bei Handelsverträgen mit den Ostblockstaaten, die als Holzlieferanten zunehmend an Bedeutung gewinnen (bei Faserholz erreichen die Einfuhren aus diesen Ländern bereits 51% der Gesamteinfuhr, bei Grubenholz 40%, bei Nadelnschnittholz 31%),
4. zur Erfüllung supranationaler und internationaler Verpflichtungen, und zwar gegenüber der EWG, der OECD, der FAO und der ECE.

Auf den Staatswald und den kommunalen Wald entfallen zwei Drittel des gesamten Rohholzangebots inländischer Herkunft. Der Holzeinschlag in den öffentlichen Waldungen und seine Steuerung sind deshalb für die gesamte Holzerzeugung der Bundesrepublik von großer Bedeutung. Da etwa 40% des Holzbedarfs durch Einfuhren gedeckt werden müssen, sind Unterlagen über Erzeugung, Bestände und Bestandsveränderungen an Rohholz und Holzhalbwaren erforderlich, insbesondere für die Planung der nicht liberalisierten Einfuhren. Um die Holzversorgung zu sichern, ist eine möglichst genaue Kenntnis des Wirtschaftsablaufs notwendig. Die besonderen Verhältnisse der Forst- und Holzwirtschaft bedingen in bestimmtem Umfang statistische Erhebungen, um die Bundesregierung in die Lage zu versetzen, den Warenablauf mit den Mitteln der Wirtschaftspolitik (z. B. Handelsverträge, Zollsenkung, Ausfuhrkontrolle) zu beeinflussen, sowie um eine ausreichende Markttransparenz zu schaffen und dadurch den beteiligten Wirtschafts- und Verbraucherkreisen ein marktgerechtes Verhalten zu ermöglichen.

Der Holzeinschlag (§ 2 Nr. 1) ist nicht über das ganze Jahr hinweg kontinuierlich, sondern in den einzelnen Monaten nach der Holzart, der Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte (Mangel

im Frühjahr und Herbst wegen des Kräftebedarfs in der Landwirtschaft) und den Witterungsverhältnissen sehr unterschiedlich. Die häufig auftretenden Katastrophen (z. B. Windwürfe, Schneebrüche, Insektenkalamitäten) führen in den betroffenen Gebieten zu einem massiven Holzanfall, der durch Verminderung des Einschlags in anderen Gebieten ausgeglichen werden muß. Für diese Planungen, die die Länder in Zusammenarbeit mit dem Bund vornehmen, werden stets neue statistische Unterlagen über den erfolgten Einschlag benötigt. Die derzeit laufenden vierteljährlichen Erhebungen haben sich als nicht ausreichend erwiesen; vielmehr sind monatliche Erhebungen notwendig, wie sie auch bis 1959 schon durchgeführt wurden.

Rohholz umfaßt folgende Sorten:

Stammholz (einschließlich Derbstangen und Schwellenholz), Grubenholz (Grubenlangholz und Grubenkurzholz), Schichtnutzholz (geschichtetes Nutzholz in 1 oder 2 m Länge, insbesondere zur Herstellung von Zellstoff, Papier, Holzwolle, Holzspanplatten und Holzfasersplatten) und Brennderholz.

Für die Erhebungen nach § 2 Nr. 2 reichen vierteljährliche Berichtszeiträume aus. Als Bearbeitungsbetriebe werden erfaßt die Hersteller von Leitungsmasten, Holzschwellen, Schnittholz, Furnieren, Sperrholz, Holzfasersplatten und Spanplatten.

Um den Einschlag und die Veräußerungen von Rohholz vollständig zu erfassen, ist die Auskunftspflicht (§ 3 Nr. 1) für die Erhebungen nach § 2 Nr. 1 auf die Leiter aller Betriebe, die Rohholz erzeugen, ausgedehnt worden. Bei den Erhebungen werden jedoch im Bundesgebiet höchstens 10 000 Betriebe befragt; für die übrigen Betriebe wird geschätzt (§ 4).

Um die Kosten der Erhebungen nach § 2 Nr. 2 möglichst niedrig zu halten, wurde eine untere Grenze für die Auskunftspflicht festgesetzt (§ 3 Nr. 2).

Die Zuleitung der Landesergebnisse der Erhebungen nach § 2 Nr. 1 an den Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (§ 5) entspricht der bisherigen Regelung. Die Landesergebnisse der Erhebungen nach § 2 Nr. 2 sollen zukünftig dem Statistischen Bundesamt übermittelt werden.

II. Durch die Erhebungen nach § 2 Nr. 1 entstehen keine Haushaltskosten außer den Bearbeitungskosten, die jedoch unbedeutend sind, weil die Ergebnisse für die Staatsforsten als Geschäftsstatistiken bei den obersten Landesbehörden anfallen und weil die Bearbeitung der Statistik zum überwiegenden Teil ohnehin in den Geschäftsgang gehört.

Die jährlichen Kosten der Erhebungen nach § 2 Nr. 2 werden wie folgt geschätzt:

	persönliche Kosten	sächliche Kosten	zusammen
in den Ländern	58 000 DM	17 000 DM	75 000 DM
im Statistischen Bundesamt	14 000 DM	1 000 DM	15 000 DM
insgesamt	72 000 DM	18 000 DM	90 000 DM

¹⁾ Bundesratsdrucksache Nr. 464 vom 22. Oktober 1964 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben).

Unternehmen und Arbeitsstätten (ohne Landwirtschaft)

Gesetz über Kostenstrukturstatistik (KoStrukStatG)

Vom 12. Mai 1959¹⁾

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

In der gewerblichen Wirtschaft sowie bei sonstigen Arbeitsstätten (mit Ausnahme der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitsstätten) werden beginnend mit dem Jahre 1959 (1. Erhebungsjahr) jährlich Kostenstrukturerhebungen als Bundesstatistik durchgeführt. Die Erhebungen erstrecken sich

1. im ersten Erhebungsjahr auf die Industrie (einschließlich Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung) und das Handwerk;
2. im zweiten Erhebungsjahr auf das Verkehrsgewerbe und die übrigen unter den Nummern 1, 3 und 4 nicht genannten Arbeitsstätten;
3. im dritten Erhebungsjahr auf den Großhandel (einschließlich Verlagswesen) sowie das Handelsvertreter- und Handelsmaklergewerbe;
4. im vierten Erhebungsjahr auf den Einzelhandel sowie das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe.

In den folgenden Jahren wiederholen sich die Erhebungen bei den unter den Nummern 1 bis 4 bezeichneten Bereichen in der gleichen Reihenfolge.

§ 2

Der Bundesminister für Wirtschaft kann zum Zweck einer zeitlichen Anpassung der Kostenstrukturerhebungen an andere statistische Erhebungen durch Rechtsverordnung die Reihenfolge der Erhebungen bei den vier in § 1 bezeichneten Bereichen abändern.

§ 3

(1) Die Kostenstrukturerhebungen nach § 1 erfassen folgende Tatbestände:

1. den Wert
 - a) des steuerlichen und wirtschaftlichen Umsatzes,
 - b) des Warenbestandes,
 - c) der selbst erstellten Anlagen;
2. den Wert des Wareneingangs;
3. die Kosten, untergliedert nach Kostenarten;
4. die beschäftigten Personen.

(2) Bei Gruppen von Unternehmen und sonstigen Arbeitsstätten, bei denen ihrer Art nach die unter Absatz 1 bezeichneten Tatbestände zur Beurteilung des Kostengefüges nicht ausreichen, werden zusätzlich Posten der Jahresbilanz (Anlagen, Außenstände, Schulden) erfragt.

(3) Außer den in Absatz 1 und Absatz 2 bezeichneten Tatbeständen werden Angaben zur Kennzeichnung der Art der Unternehmen und sonstigen Arbeitsstätten erhoben, die zu einer zutreffenden Beurteilung der statistischen Zuordnung erforderlich sind.

§ 4

Die Angaben zu den in § 3 Abs. 1 und 2 bezeichneten Tatbestän-

den beziehen sich jeweils auf ein dem Erhebungsjahr vorangegangenes Kalenderjahr oder Geschäftsjahr.

§ 5

(1) Die Erteilung der Auskunft durch die Befragten zu den Erhebungen nach § 1 ist freiwillig im Sinne des § 7 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314).

(2) Die Erhebungen werden mit dem Ziel durchgeführt, von 5 vom Hundert der Gesamtzahl der Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und sonstigen Arbeitsstätten (§ 1) für die einzelnen Wirtschaftszweige repräsentative Gesamtergebnisse zu erlangen.

§ 6

(1) Der Bundesminister für Wirtschaft kann für den Bereich des Saarlandes zur Gewinnung repräsentativer Landesergebnisse im Benehmen mit der Regierung des Saarlandes durch Rechtsverordnungen den Beginn, die Zeitfolge und den Umfang der Erhebungen abweichend von den Vorschriften der §§ 1 und 5 Abs. 2 regeln.

(2) Absatz 1 gilt für die Dauer von fünf Jahren nach Inkrafttreten dieses Gesetzes im Saarland (§ 9).

§ 7

Die Kostenstrukturstatistik wird vom Statistischen Bundesamt durchgeführt.

§ 8

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (BGBl. I S. 1) auch im Land Berlin. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

§ 9

Dieses Gesetz gilt im Saarland vom Ende der Übergangszeit nach Artikel 3 des Saarvertrages vom 27. Oktober 1956 (BGBl. II S. 1587) an.

§ 10

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 12. Mai 1959

Der Bundespräsident
Theodor Heuss

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Ludwig Erhard

Der Bundesminister für Wirtschaft
Ludwig Erhard

Begründung²⁾

A. Allgemeiner Teil

I. Die Bedeutung der Kostenstrukturstatistik in betrieblicher und volkswirtschaftlicher Sicht

Die amtliche Statistik im Bereich der Wirtschaft ist vornehmlich auf die statistische Messung der Leistungen (Produktion, Umsatz usw.) ausgerichtet. Statistiken, die den dafür erforderlichen Aufwand und dessen strukturelle Entwicklung zum Gegenstand haben, gehören bisher nicht zum festen Bestandteil der für die Beobachtung des Wirtschaftsablaufs in größerem Rahmen durchgeführten amtlichen Statistik. Der Grund dafür ist hauptsächlich darin zu sehen, daß sich der Wirtschaftsverlauf und das Marktgeschehen anhand der Leistungen einfacher ermitteln und schneller überschauen lassen als anhand von Statistiken über den Aufwand. Die Ansicht, daß damit aber nur Teilkenntnisse über die Zusammenhänge des Wirtschaftsablaufs vermittelt werden können und daß die traditionellen Unterrichtungen über Produktion und Umsatz einer Ergänzung durch Kenntnisse über die Entwicklung der Kostenstruktur und der Kostenrelationen bedürfen, um z. B. Maßnahmen der Wirtschafts-

politik und deren Nebenwirkungen in einer hochtechnisierten und komplizierten Wirtschaft richtig erkennen und beurteilen zu können, besteht schon seit längerer Zeit sowohl bei der Verwaltung wie bei der Wirtschaft.

Neben der Kenntnis der Kosten- und Preisrelationen für die einzelnen Erzeugnisse gewinnt die Beobachtung dieser Zusammenhänge im Rahmen von Wirtschaftszweigen und ganzen Wirtschaftsbereichen auch in der Wirtschaft immer mehr an Bedeutung. Ein Überblick über die Kostenstruktur in größerem Zusammenhang der Wirtschaftszweige vermag den Unternehmen Anhaltspunkte über die Entwicklung der Wirtschaftlichkeit im ganzen und für die Bedeutung der einzelnen Kostenfaktoren in der Produktion in Ansehung der technischen Entwicklung zu geben. Die eigenen Betriebsvergleiche der Wirtschaft, die vorzugsweise für kleinere homogene Erzeugnisgruppen aufgestellt werden, gewinnen an Bedeutung, wenn sich ihr Schema aufgrund von Kostenstrukturstatistiken in das Gesamtschema der Branche einfügen läßt. Insbesondere für die mittelständische gewerbliche Wirtschaft dürfte dabei die notwendige Klärung ihrer Situation erleichtert werden, da in diesem Bereich Schwierigkeiten in der Geschäftspolitik zum Teil von dem mangelnden Überblick über die Kostenstruktur herrühren.

¹⁾ BGBl. I vom 16. Mai 1959 S. 245. — ²⁾ Bundestagsdrucksache Nr. 770 vom 5. Januar 1959 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben).

Gesteigerte Bedeutung ist diesen durch Kostenstrukturserhebungen zu vermittelnden Kenntnissen im Hinblick auf die Bildung wirtschaftlicher Zusammenschlüsse (Gemeinsamer Markt, Freihandelszone) zuzumessen für eine zutreffende Beurteilung der Lage der deutschen Wirtschaftszweige im Vergleich zu denjenigen anderer Länder, die z. T. bereits über Unterlagen dieser Art verfügen.

Für die Berechnung der Entstehung des Sozialprodukts und der dafür geleisteten Beiträge der einzelnen Wirtschaftsbereiche bilden Kostenstrukturstatistiken (in Verbindung mit den bestehenden Umsatzstatistiken) die wichtigste Grundlage. Die Beiträge der Wirtschaftsbereiche zum Sozialprodukt müssen durch Differenzbildung ermittelt werden, indem von den addierten Bruttoproduktionswerten (bzw. Gesamtleistungen) aller zu einem Wirtschaftsbereich gehörenden Unternehmen der Wert aller jener Waren und Dienstleistungen abgezogen wird, die die Unternehmen des betreffenden Bereichs für laufende Produktionszwecke von anderen Unternehmen gekauft und im Berichtszeitraum verbraucht haben (»Vorleistungen« im Sinne der Sozialproduktsberechnung). Die verbleibende Differenz umfaßt die »Wertschöpfung« des Bereichs (Löhne und Gehälter einschließlich Sozialleistungen, Fremdkapitalzinsen und Betriebsgewinn), die verbrauchsbedingten Abschreibungen und die indirekten Steuern. Diese drei Bestandteile werden in der Sozialproduktsberechnung getrennt ausgewiesen, da mit ihrer Hilfe die üblichen Sozialproduktgrößen (Nettosozialprodukt zu Faktorkosten oder Volkseinkommen, Nettosozialprodukt zu Marktpreisen, Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen) gebildet werden.

Aus der Summe der Beiträge der Wirtschaftsbereiche ergibt sich ein zusammengefaßtes Bild der Entstehung des Sozialprodukts im Produktionsprozeß. Die Berechnung führt nicht nur zu Angaben über die Höhe und Entwicklung des gesamten Sozialprodukts; sie zeigt vielmehr auch die Bedeutung der einzelnen Wirtschaftsbereiche im Rahmen des Ganzen und die Unterschiede in der Entwicklung dieser Bereiche. Sie bietet ferner gewisse Anhaltspunkte für Fragen der Einkommensverteilung.

Sozialprodukts- bzw. Volkseinkommenszahlen und von ihnen abgeleitete Produktivitätsmeßziffern werden für viele Zwecke der staatlichen Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik gebraucht, so z. B. für die laufende Beobachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung durch das Bundeswirtschaftsministerium, die Bundesbank usw., für die Beurteilung der Auswirkungen finanzpolitischer Maßnahmen auf den Wirtschaftsablauf und als Grundlage für Steuervorausanschätzungen durch das Bundesfinanzministerium, als gesetzlich festgelegte Unterlage für die Anpassung der Renten an die Entwicklung des Volkseinkommens usw. durch das Bundesarbeitsministerium und den Sozialbeirat, als Maßstab für einen Vergleich der Wirtschaftskraft der Bundesländer durch Bundes- und Länderministerien usw. Auch die internationalen Organisationen, wie der Europäische Wirtschaftsrat (OEEC), die Montan-Union (EGKS) und neuerdings die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), brauchen in starkem Maße Sozialprodukts- und Produktivitätszahlen und auf ihnen aufgebaute Vorausanschätzungen als Unterlage für einen Vergleich der wirtschaftlichen Lage und der wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Mitgliedsländer.

II. Aufbau und Anlage der Kostenstrukturstatistik

Für die Sozialproduktsberechnungen muß eine ausreichende Zahl von laufenden Statistiken zur Verfügung stehen, um aktuelle, methodisch vergleichbare und zuverlässige Ergebnisse zu erlangen. Auf die Bedeutung von Kostenstrukturserhebungen ist in diesem Zusammenhang bereits hingewiesen worden. Die erste und bisher einzige Kostenstrukturserhebung in der Nachkriegszeit (durchgeführt aufgrund des Volkszählungsgesetzes 1959, BGBl. S. 335) hat Daten für 1950 erbracht. Der Wert der bisher lediglich durch Fortschreibung gewonnenen Ergebnisse ist inzwischen recht zweifelhaft geworden. Die Kostenrelationen können sich im Laufe der Zeit ändern, weil sich die Zusammensetzung der Produktion (des Sortiments usw.), die Produktionsmethoden, der Kapitaleinsatz usw. ändern und weil sich die Preise für die einzelnen Kostenbestandteile unterschiedlich entwickeln. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf sollen Kostenstrukturserhebungen in regelmäßigem Turnus als dauernder Bestandteil der allgemeinen Wirtschaftsstatistik eingeführt werden. Die Erhebungen sollen, um die Wirtschaft so wenig wie möglich zu belasten, auf repräsentativer Grundlage in der Weise durchgeführt werden, daß der gleiche Bereich in der Regel nur alle 4 Jahre einmal befragt wird. Innerhalb der 4 Jahre sollen die Erhebungen in den Bereichen jeweils nacheinander stattfinden, um eine gleichmäßige Arbeitsverteilung bei der erhebenden Stelle zu erzielen und die Lieferung aktueller Ergebnisse zu ermöglichen (§ 1). Der Gesetzentwurf sieht eine Ermächtigung für den Bundesminister für Wirtschaft vor, die Reihenfolge der Erhebungen bei den einzelnen Bereichen im Bedarfsfall durch Rechtsverordnung den technischen und sachlichen Erfordernissen anzupassen (§ 2).

Die Kostenstrukturserhebungen erstrecken sich auf Nachweisungen über den Wert des steuerlichen und wirtschaftlichen Umsatzes, des Warenbestandes und der selbstgestellten Anlagen, über den Wert des Wareneingangs und über die Kosten, die nach Kostenarten untergliedert werden (§ 3 Abs. 1), also auf Angaben, die sich aus der Buchhaltung entnehmen lassen, sowie auf die beschäftigten Personen. In Bereichen, in denen es notwendig ist, Posten der Jahresbilanz zur Beurteilung der Kostenstruktur heranzuziehen, sollen auch diese erfragt werden (§ 3 Abs. 2).

Die Kostenstrukturserhebungen sollen wie schon im Jahre 1950 nach dem Prinzip der Freiwilligkeit durchgeführt werden. Das leb-

hafte Interesse der Wirtschaft an den Kostenstrukturuntersuchungen läßt eine ausreichende Beteiligung erwarten, um den für notwendig gehaltenen Repräsentationsgrad von etwa 5 vom Hundert der Gesamtzahl der in § 1 bezeichneten Unternehmen und sonstigen Arbeitsstätten zu erreichen (§ 5).

In Anbetracht der kleinen Zahl der jährlich anfallenden Erhebungsbogen und im Hinblick auf die Notwendigkeit einer einheitlichen Klärung von Zweifelsfragen, die wegen der Schwierigkeit der Materie und der Unterschiedlichkeit des betrieblichen Rechnungswesens bei der Prüfung der Erhebungsbogen auftreten können, ist eine zentrale Durchführung der Kostenstrukturstatistik durch das Statistische Bundesamt vorgesehen (§ 6).

B. Besonderer Teil

Zu § 1

In § 1 wird die Statistik angeordnet; dabei werden die Bereiche in ihrer fachlichen Abgrenzung und in der Reihenfolge festgelegt, in der die Kostenstrukturserhebungen durchgeführt werden. Im Regelfall wird der jeweilige Bereich nur alle 4 Jahre zu den Erhebungen herangezogen. Die 4 Bereiche setzen sich so zusammen, daß von Jahr zu Jahr eine möglichst gleichmäßige Arbeitsverteilung bei der erhebenden Stelle (§ 6) erzielt wird.

Im ersten 4-Jahres-Turnus werden nur diejenigen Teile des Verkehrsgewerbes (§ 1 Nr. 2) zur Kostenstrukturstatistik herangezogen, die nicht durch die für 1959 vorgesehene besondere »Statistik der Kosten und Leistungen im Güterverkehr mit Kraftfahrzeugen, mit Binnenschiffen und mit Eisenbahnen« erfaßt werden.

Zu § 3

In § 3 werden die durch die Kostenstrukturserhebungen zu erfassenden statistischen Tatbestände in der bei statistischen Gesetzen üblichen Weise im Rahmen festgelegt.

Die Angaben über den steuerlichen Umsatz (§ 3 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe a) werden gebraucht, um die Ergebnisse der auf schmäler repräsentativer Basis beruhenden Kostenstrukturstatistiken mit Hilfe der jährlichen totalen Umsatzsteuerstatistiken auf Gesamtergebnisse heraufschätzen zu können.

Die Angaben über den wirtschaftlichen Umsatz, über die Veränderungen der Bestände an eigenen Erzeugnissen und über die selbstgestellten Anlagen (§ 3 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe a bis c) dienen dazu, den Bruttoproduktionswert (bzw. die Gesamtleistung) zu errechnen. Der wirtschaftliche Umsatz wird den Verhältnissen des jeweiligen Wirtschaftsbereichs entsprechend aufgliedert, da sich hieraus wichtige Aufschlüsse für die Kostenstruktur ergeben.

Der Wareneingang (§ 3 Abs. 1 Nr. 2) wird im allgemeinen nur in den Bereichen erhoben, in denen der Materialverbrauch bzw. Wareneinsatz nicht direkt erfragt werden kann, sondern aus Wareneingang und Veränderungen der Bestände an Rohstoffen usw. und Handelsware ermittelt werden muß.

Die Kosten (§ 3 Abs. 1 Nr. 3) werden nach Kostenarten gegliedert, z. B. nach Stoffverbrauch und umgesetzter Handelsware, Verbrauch von Brenn- und Treibstoffen, Energie u. dgl., Instandhaltungskosten, Mieten, Pachten, Personalkosten, Steuern (soweit sie Kosten sind), Abschreibungen usw. Wo es im Hinblick auf den Verwendungszweck der Ergebnisse oder aus erhebungstechnischen Gründen (z. B. zum Zwecke der Prüfung der Angaben) erforderlich ist, werden die aufgeführten Kostenarten noch weiter unterteilt, so z. B. die Personalkosten in Löhne, Gehälter, gesetzliche Sozialkosten, übrige Sozialkosten. Bei der Gliederung nach Kostenarten wird auf die Eigenart der Wirtschaftsbereiche und die Besonderheiten des betrieblichen Rechnungswesens Rücksicht genommen.

Angaben über die beschäftigten Personen (§ 3 Abs. 1 Nr. 4) werden zur Beurteilung der Personalkosten und für die Bildung wichtiger Beziehungszahlen (Produktivitätszahlen, Umsatz je Beschäftigten usw.) benötigt.

Posten der Jahresbilanz (§ 3 Abs. 2), bei denen es sich im wesentlichen um Angaben über Anlagen, Außenstände und Schulden handelt, werden nur bei solchen Wirtschaftsbereichen erfragt, bei denen es für eine zutreffende Beurteilung der Kostenstruktur notwendig ist.

Zu § 5

Der Repräsentationsgrad von durchschnittlich 5 vom Hundert der Gesamtzahl aller in § 1 bezeichneten Unternehmen und sonstigen Arbeitsstätten ist je nach den sachlichen Erfordernissen in den einzelnen Wirtschaftszweigen und Umsatzgrößenklassen unterschiedlich. So müssen z. B. in Bereichen mit uneinheitlicher Kostenstruktur verhältnismäßig mehr Unternehmen erfaßt werden als in Bereichen mit überwiegend einheitlicher Kostengestaltung. Um die notwendige Zahl brauchbar beantworteter Fragebogen zu erhalten — bei der Freiwilligkeit der Erhebungen (§ 5 Abs. 2) und der unterschiedlichen Qualität des betrieblichen Rechnungswesens ist erfahrungsgemäß mit größeren Ausfällen zu rechnen —, soll im Bedarfsfall eine größere Zahl von Unternehmen (höchstens 15 vom Hundert der Gesamtzahl) zur Teilnahme an der Erhebung aufgefordert werden.

C. Kostenberechnung

An neuen Ausgaben entstehen für die Kostenstrukturstatistik nach Berechnung des Statistischen Bundesamts einmalige Aufwendungen in Höhe von 160 000 DM und laufende Aufwendungen in Höhe von jährlich 100 000 DM. Die Kosten trägt der Bund.

Industrie und Handwerk

Gesetz über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe

Vom 15. Juli 1957¹⁾

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

In der Industrie und im Bauhauptgewerbe werden statistische Erhebungen als Bundesstatistik durchgeführt.

§ 2

Auskunftspflichtig sind:

1. Gruppe 1

Alle Betriebe der Industrie und des Bergbaus mit Ausnahme der Betriebe der Bauindustrie und der Unternehmen der öffentlichen Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung.

2. Gruppe 2

Alle Betriebe des Bauhauptgewerbes.

§ 3

(1) Bei höchstens 70 000 der nach § 2 Nr. 1 auskunftspflichtigen Betriebe erfassen die Erhebungen folgende Tatbestände:

I. monatlich

1. die Beschäftigten,
2. die Arbeitsstunden,
3. die Brutto Lohn- und Bruttogehaltssummen,
4. den Umsatz,
5. den Verbrauch, den Zugang und den Bestand an Brennstoffen,
6. die Erzeugung, die Gewinnung, den Bezug, die Abgabe und den Verbrauch von Elektrizität und von Gas,
7. die Produktion nach einer für die Industriegruppen repräsentativen Auswahl von höchstens 700 Waren oder Warengruppen;

II. vierteljährlich

1. die Gesamtproduktion nach Waren,
2. die Reparatur-, Montage- und Lohnveredelungsarbeiten;

III. alle zwei Jahre

1. die Gewinnung, den Anfall, den Bezug, die Abgabe, den Gebrauch und den Verbrauch von Wasser,
2. den Anfall, die Behandlung und den Verbleib des Abwassers.

(2) Bei den übrigen nach § 2 Nr. 1 auskunftspflichtigen Betrieben erfassen die Erhebungen jährlich folgende Tatbestände:

1. die Beschäftigten,
2. den Umsatz.

§ 4

(1) Bei höchstens 20 000 der nach § 2 Nr. 2 auskunftspflichtigen Betriebe erfassen die Erhebungen folgende Tatbestände:

I. monatlich

1. die Beschäftigten,
2. die Arbeitsstunden,
3. die Brutto Lohn- und Bruttogehaltssummen,
4. den Umsatz;

II. jährlich

1. die Geräteausstattung,
2. die Forderungen aus betrieblichen Leistungen und Lieferungen.

(2) Bei den übrigen nach § 2 Nr. 2 auskunftspflichtigen Betrieben erfassen die Erhebungen einmal jährlich die in Absatz 1 Ziff. I und II bezeichneten Tatbestände.

§ 5

Außer den in §§ 3 und 4 bezeichneten Tatbeständen werden Angaben zur Kennzeichnung des Betriebes erhoben, die zu einer zutreffenden Beurteilung der Meldepflicht und der statistischen Zuordnung der Betriebe erforderlich sind.

§ 6

Die Erhebungsvordrucke sind der erhebenden Stelle zu den auf den Vordrucken bezeichneten Berichtsterminen einzureichen.

§ 7

(1) Die Weiterleitung von Einzelangaben nach § 12 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) durch die erhebenden Behörden an die für die Wirtschaft zuständige oberste Bundes- und Landesbehörde ohne Nennung des Namens des Auskunftspflichtigen ist zugelassen.

(2) Die Weiterleitung von Einzelangaben unter Nennung des Namens des Auskunftspflichtigen an die in Absatz 1 bezeichnete Behörde ist auf Anforderung in Einzelfällen zulässig. Bei der Anforderung sind die Tatbestände nach §§ 3 und 4, über die Auskunft gefordert wird, zu bezeichnen. Der betroffene Auskunftspflichtige ist unverzüglich von der Weiterleitung der Einzelangaben unter Angabe des Zwecks der Anforderung zu unterrichten.

(3) Abweichend von den Vorschriften der Absätze 1 und 2 gilt für das Land Berlin folgende Regelung:

Die Weiterleitung von Einzelangaben nach § 12 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke an die fachlich zuständige oberste Bundes- und Landesbehörde ist zugelassen.

§ 8

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 9

Dieses Gesetz gilt im Saarland vom Ende der Übergangszeit nach Artikel 3 des Saarvertrages vom 27. Oktober 1956 (Bundesgesetzbl. II S. 1587) an.

§ 10

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft. Die Bestimmung in § 4 Abs. 1 Ziff. II Nr. 2 tritt drei Jahre nach Inkrafttreten dieses Gesetzes außer Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 15. Juli 1957

Der Bundespräsident
Theodor Heuss

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Blücher

Der Bundesminister für Wirtschaft
Ludwig Erhard

¹⁾ BGBl. I vom 18. Juli 1957 S. 720.

Begründung¹⁾

I. Rechtsgrundlage

Die nach dem Jahre 1945 zunächst in den einzelnen Besatzungsgebieten wieder aufgenommenen vielgestaltigen Statistiken in der Industrie und im Bauhauptgewerbe sind in der Bundesrepublik zu einem einheitlichen und rationalen Erhebungssystem zusammengefaßt worden, das der allgemeinen und fachlichen Unterrichtung über die konjunkturelle, saisonale und strukturelle Entwicklung der Industrie- und Bauwirtschaft dient.

In seinen Ursprüngen geht das industrie- und baustatistische Erhebungssystem auf Statistiken zurück, die in weniger einheitlicher Form schon seit der Jahrhundertwende im ehemaligen Reichsgebiet für Zwecke der Wirtschaftsbeobachtung und — besonders was die Produktionsstatistiken anbelangt — für die fachlichen Aufgaben der Handelspolitik (Vorbereitung der Handelsvertragsverhandlungen usw.) entwickelt wurden.

Eine einheitliche Rechtsgrundlage erhielt die Industrie- und Baustatistik erst in der Nachkriegszeit durch die auf Grund des Gesetzes über die Errichtung eines Statistischen Amtes des Vereinigten Wirtschaftsgebietes vom 21. Januar 1948 (WiGBI. S. 19) in der Fassung des Gesetzes vom 19. Januar 1949 (WiGBI. S. 9) erlassene »Gemeinsame Anordnung der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes zur Durchführung von Statistiken« vom 1. Juni 1949 (Öffentlicher Anzeiger für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet Nr. 50 vom 25. Juni 1949). Durch die Verordnung über die Erstreckung von Recht der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes auf dem Gebiet der Statistik auf die Länder Baden, Rheinland-Pfalz, Württemberg-Hohenzollern und den bayerischen Kreis Lindau vom 31. März 1950 (Bundesgesetzbl. S. 81) haben das genannte Gesetz sowie die »Gemeinsame Anordnung« Geltung für das gesamte Gebiet der Bundesrepublik erhalten.

Nach § 16 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) in der Fassung vom 8. August 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 507) muß für die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe bis zum 25. September 1957 eine den Vorschriften des genannten Gesetzes entsprechende neue gesetzliche Grundlage geschaffen werden. Der vorliegende Gesetzentwurf soll demgemäß den im wesentlichen unveränderten Fortbestand dieser Statistik ermöglichen. Dabei geht der Entwurf von der Absicht aus, die Statistik durch dieses Gesetz in einem Umfang zu regeln, der auf lange Sicht als Standard der allgemeinen statistischen Beobachtung der wirtschaftlichen Entwicklung im Industrie- und Bausektor gilt. Spezialstatistiken über andere Tatbestände bleiben ebenso wie weitergehend spezialisierte Fachstatistiken auf einzelnen Teilgebieten der Industrie einer Regelung durch besondere Rechtsvorschriften vorbehalten. Zur Unterscheidung von solchen Spezialstatistiken wird das im vorliegenden Gesetz geregelte wirtschaftsstatistische Erhebungsprogramm als Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe bezeichnet.

II. Bedeutung und Umfang der Allgemeinen Industrie- und Baustatistik

Der Aufbau der Allgemeinen Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe entspricht einem Gesamtplan, der in diesem größten Bereich innerhalb der deutschen Wirtschaft, auf den nahezu 45 v. H. der in der Wirtschaft beschäftigten Arbeitskräfte entfallen und der etwa 52 v. H. des Nettosozialprodukts der Bundesrepublik aufbringt, ein einheitlich ausgerichtetes Instrumentarium der Wirtschaftsbeobachtung schafft, das unter geringstmöglichem Kostenaufwand bei der Verwaltung und bei der Wirtschaft die Entwicklung dieses Bereiches sowohl in den großen Zusammenhängen im Rahmen der Volkswirtschaft wie auch in seinen Teilbereichen bis zu den einzelnen Produktionszweigen erkennen läßt.

Die Verwaltung erhält damit die Unterlagen, die es ihr ermöglichen, den Wirtschaftsablauf in der Industrie und im Bauhauptgewerbe laufend zu verfolgen, Störungen oder Diskrepanzen in der Entwicklung frühzeitig zu erkennen und die Wirtschafts- und Handelspolitik den Erfordernissen der sozialen Marktwirtschaft anzupassen. Die Unternehmungen selber können an Hand der Ergebnisse dieser Statistik den Stand ihrer eigenen Entwicklung im Rahmen ihrer Branche und in größeren Zusammenhängen erkennen, ihre Produktionsgestaltung nach der Marktlage ausrichten und Erkenntnisse für die Förderung ihrer Produktivität schöpfen.

Für die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit liefert die Statistik wichtige Arbeitsunterlagen.

Diesen vielseitigen Aufgaben entsprechend setzt sich die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe aus einem System monatlicher und vierteljährlicher Erhebungen zusammen, die durch Jahreserhebungen ergänzt werden.

1. Monatlich erfassen die Industriestatistik (Industriebericht) und die Baustatistik (Baubericht) die Bewegung der Arbeitskräfte, die gezahlten Lohn- und Gehaltssummen, die aufgewendeten Arbeitsstunden und den Umsatz. Besonderes Augenmerk richtet sie ferner auf eine monatliche Unterrichtung über die Brennstoff-, Elektrizitäts- und Gasversorgung der Industriebetriebe, die im größeren Zusammenhang wichtige Anhaltspunkte für die Weiterentwicklung der verschiedenen Energieträger liefert und bei festen Brennstoffen zu-

gleich den Anforderungen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl für die Beobachtung des gemeinsamen Marktes Rechnung trägt.

2. Monatlich ermittelt die Industriestatistik ferner in Form einer Eilmeldung zum Industriebericht (Produktions-Eilbericht) für eine repräsentative Auswahl wichtiger Industrieerzeugnisse (z. Z. etwa 600 Waren oder Gruppen von Waren) frühzeitige Angaben über den Produktionsausstoß. Diese dienen in erster Linie zur Berechnung des Index der industriellen Produktion und ermöglichen eine schnelle globale Unterrichtung über die Entwicklungstendenzen der industriellen Produktion.

3. Vierteljährlich unterrichtet die industrielle Produktionsstatistik (vierteljährlicher Produktionsbericht) in einer durch die fachlichen Bedürfnisse der Handelspolitik bestimmten vollständigen warenmäßigen Gliederung über die industrielle Produktion nach mengen- und wertmäßigen Größen. Ursprünglich mit dem monatlichen Industriebericht verbunden, ist diese Produktionsstatistik erst nach der Währungsreform aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung auf die vierteljährliche Periodizität umgestellt worden, die sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen und auch auf weitere Sicht als zweckmäßig erwiesen hat. Sie dient, wie schon die um die Jahrhundertwende im Deutschen Reich eingerichteten amtlichen Produktionserhebungen, der fachlichen Unterrichtung der Wirtschaftsverwaltung über die produktionswirtschaftlichen Zusammenhänge für handelspolitische Zwecke (Vorbereitung von Handelsvertragsverhandlungen, Zollpolitik usw.) und bildet gleichzeitig für die Industriewirtschaft, sowohl bei den Organisationen wie bei den einzelnen Unternehmungen, eine besonders wichtige Unterrichtsquelle für die Gestaltung ihrer Produktionspolitik und ihrer Marktbeobachtung.

Die vorstehend beschriebene Monats- und Vierteljahresstatistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe bildet das Kernstück der laufenden Wirtschaftsbeobachtung in diesen Bereichen. Im Interesse einer schnellen Unterrichtung und aus Gründen der Kostenersparnis werden z. Z. Klein- und Kleinstbetriebe von der Monats- und Vierteljahresstatistik ausgenommen mit dem Ergebnis, daß die laufende Statistik auf etwa 55 000 Industriebetriebe (ohne Bauindustrie) und etwa 17 000 Betriebe des Bauhauptgewerbes im Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) beschränkt wird. Das sind etwa 55 v. H. der insgesamt z. Z. vorhandenen Industriebetriebe und rd. 25 v. H. aller Betriebe des Bauhauptgewerbes.

Um jedoch den Gesamtüberblick über die Entwicklung der Industrie und des Bauhauptgewerbes sowie die Kontrolle über den Erfassungsgrad der laufenden Statistik zu behalten, werden die kurzfristigen Statistiken durch jährlich einmal durchzuführende Erhebungen in zwei Richtungen ergänzt:

1. Bei den der Monatsberichterstattung unterliegenden Betrieben werden jährlich einmal Tatbestände erfragt, deren Erfassung zur Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung zwar wichtig ist, auf deren monatliche Feststellung aber aus Gründen der Vereinfachung verzichtet werden kann.

Neben Angaben zur Evidenzhaltung der Erhebungskarteien (allgemeine Betriebsmerkmale) handelt es sich dabei in der Industrie um Feststellungen über die Zusammensetzung der Belegschaften (für sozialpolitische Zwecke) und um Unterlagen über die Wasserversorgung der Betriebe, deren Kenntnis im Zusammenhang mit den allgemeinen Problemen der Wasserwirtschaft ein dringendes Anliegen der Bundesverwaltung und der Länderverwaltungen auf lange Sicht darstellt, im Bauhauptgewerbe um Angaben über die Geräteausrüstung, die über die Kapazitätsentwicklung dieses Wirtschaftszweiges für die wirtschaftspolitischen Zielsetzungen langfristig bedeutungsvolle Aufschlüsse vermitteln.

2. Über die Masse der durch die Monatsstatistik nicht erfaßten Klein- und Kleinstbetriebe der Industrie und des Bauhauptgewerbes erbringt eine jährlich einmal durchgeführte Erhebung einfacher Art lediglich Angaben über die Beschäftigtenzahl und den Umsatz; bei den bauhauptgewerblichen Betrieben erstreckt sie sich auch auf die geleisteten Arbeiterstunden, die Lohn- und Gehaltssummen und die Baugeräteausstattung.

III. Aufbau des Gesetzes

In den §§ 1 und 2 wird der Gesamtumfang der Allgemeinen Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe im Hinblick auf den Kreis der dafür Auskunftspflichtigen in seinem Rahmen festgelegt.

Als Betriebe des Bauhauptgewerbes im Sinne des § 2 Nr. 2 gelten ohne Rücksicht auf ihre Betriebsgröße sowie auf ihre Zugehörigkeit zur Industrie oder zum Handwerk:

1. die Betriebe des Hoch-, Tief- und Ingenieurbaus, der Zimmerei und Dachdeckerrei;
2. die Spezialbetriebe für Brunnen- und Pumpenbau, Tiefbohrungen, Schornstein-, Feuerungs-, Industrieofen- und Isolierbau sowie für Abbruch;
3. die Betriebe des Verputzer-, Stukkateur- und Gipsergewerbes.

Als Betriebe im Sinne des § 2 Nr. 2 gelten auch Arbeitsgemeinschaften. Die Teilung des § 2 in die Nr. 1 und 2 ist notwendig, da bei einheitlicher Grundkonzeption der gesamten in diesem Gesetz geregelten Statistik die in den folgenden §§ 3 und 4 zu treffenden

¹⁾ Bundestagsdrucksache Nr. 3056 vom 4. Januar 1957 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben).

Regelungen im einzelnen für Industriebetriebe (§ 3) und für Betriebe des Bauhauptgewerbes (§ 4) aus sachlichen Gründen sowohl nach der Periodizität der Erhebungen wie nach der Art der Fragestellung zum Teil voneinander abweichen.

In den §§ 3 und 4 werden die durch die Statistik zu erfassenden Tatbestände bestimmt und der Kreis der Befragten im einzelnen festgelegt.

Den in der Begründung zu § 7 StatGes dargelegten Grundsätzen entsprechend werden die zu erfassenden Tatbestände im Rahmen festgelegt, um dem Rechtsschutzbedürfnis der Auskunftspflichtigen zu genügen.

Die §§ 5 und 6 enthalten ergänzende Vorschriften zu den Regelungen in den §§ 3 und 4.

Die Vorschrift in § 5 soll es ermöglichen, außer den in den §§ 3 und 4 bezeichneten zahlenmäßig zu erfassenden Tatbeständen auch Betriebsmerkmale in den Erhebungen zu erfragen, wie die Zugehörigkeit zu wirtschaftlichen Organisationen, die Charakterisierung des Betriebs als Vertriebenbetrieb und die Art des Produktionsprogramms bei solchen Betrieben, deren Produktion nicht nach Art und Menge erfaßt wird (vgl. § 3 Abs. 2).

Die Vorschrift in § 6 ermöglicht es, die für die einzelnen Teilgebiete der Industrie- und Baustatistik unterschiedlichen Einsendefristen der Erhebungsvordrucke den Erfordernissen der amtlichen Unterrichtung und den Auskunftsmöglichkeiten der Befragten in terminlicher Hinsicht anzupassen.

Der § 7 regelt im Hinblick auf die Vorschriften in § 12 StatGes die Handhabung der Geheimhaltungsbestimmungen für die Industrie- und Baustatistik.

Die Vorschrift in Absatz 1 soll die schon bisher für den Dienstgebrauch uneingeschränkt zulässige Weiterleitung der tabellarischen Ergebnisse der Produktionsstatistik an das BMW ermöglichen, auch wenn die Tabellen infolge der weitergehenden Aufspaltung der Tabellenpositionen in gewissen Fällen Zahlenangaben enthalten, die sich nur auf eine Firma beziehen, ohne daß dabei der Name des Auskunftspflichtigen sichtbar gemacht wird.

Mit der Vorschrift in Absatz 2 wird das bei der Industrie- und Baustatistik bisher auf der Verordnung über Auskunftspflicht vom 13. Juli 1923 (Reichsgesetzbl. I S. 723) beruhende Auskunftsrecht der fachlich zuständigen obersten Bundes- und Landesbehörden abgelöst und nach Maßgabe der Vorschrift in § 12 Abs. 2 StatGes geregelt. Die Vorschrift sieht eine Einschränkung auf besondere Einzelfälle vor, wobei die Tatbestände, über die Auskunft gefordert wird, außerdem ausdrücklich bezeichnet werden sollen.

Die Unterrichtung über Angaben einzelner Betriebe hinsichtlich Beschäftigung, Produktion, Inland- und Auslandumsatz, Energieverbrauch usw. dient den obersten Wirtschaftsbehörden zur Erfüllung der ihnen obliegenden Aufgaben bei der Förderung der Wirtschaft. Derartige Unterlagen bilden für diese Behörden die einzige Unterrichtsquelle über fachliche und regionale Auswirkungen der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung auf die industriellen Unternehmungen, die vor allem für die Beurteilung der Entwicklung der Kapazitäten oder Produktionsprogramme, bei der Außenhandelsbetreuung, bei Maßnahmen für Notstands- und Grenzgebiete Bedeutung hat.

IV. Kosten der Statistik

Die Kosten der in diesem Gesetz geregelten Statistik ergeben sich nach dem Stande des Jahres 1955 in Annäherungswerten aus der nachfolgenden Übersicht:

Erhebung gemäß:	Länderkosten im Rechnungsjahr 1954/55 in 1000 DM	Bundeskosten im Rechnungsjahr 1954/55 in 1000 DM	Insgesamt in 1000 DM
§ 3 Abs. 1—I. 1. bis 6.	2 440	157	2 597
§ 3 Abs. 1—I. 7.	680	317	997
§ 3 Abs. 1—II.	550	240	790
§ 3 Abs. 1—III. *)	190	21	211
§ 3 Abs. 2	220	7	227
§ 4 Abs. 1—I.	460	45	505
§ 4 Abs. 1—II. und § 4 Abs. 2	290	22	312
	4 830	809	5 639

*) In Verbindung mit jährlich einmaligen weiter untergliederten Fragestellungen gemäß § 3 Abs. 1 Ziff. I Nr. 1.

Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe
Vom 26. April 1961¹⁾

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Das Gesetz über die allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe vom 15. Juli 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 720) wird wie folgt ergänzt:

Dem § 7 wird folgender Absatz 4 angefügt:

- »(4) Einzelangaben über die Zahl der Beschäftigten (§ 3 Abs. 1 I. Nr. 1) können ohne Nennung des Namens des Auskunftspflichtigen weitergeleitet werden an
1. Dienststellen des Bundes und der Länder,
 2. sonstige zur Erfüllung einer Verwaltungsaufgabe herangezogene Stellen und Personen,
- die von der für die Wirtschaft zuständigen obersten Bundes- oder Landesbehörde bestimmt werden. Eine Weiterleitung an die in Nummer 2 bezeichneten Stellen und Personen ist nur zulässig, wenn die Geheimhaltung nach § 12 Abs. 1 und 4 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke gewährleistet ist.«

Zur Erfüllung von Verwaltungsaufgaben, insbesondere auch für Raumforschung und Landesplanung, besteht ein dringendes Erfordernis, die Beschäftigtenzahl von Industriebetrieben in weitgehender regionaler Gliederung (Kreise, Gemeinden) den in Betracht kommenden Stellen und Personen zur Verfügung stellen zu können.

¹⁾ BGBl. I vom 4. Mai 1961 S. 477. — ²⁾ Bundestagsdrucksache Nr. 2202 vom 8. November 1960 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben).

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

Artikel 3

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt. Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 26. April 1961

Der Bundespräsident
Lübke

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Ludwig Erhard

Der Bundesminister für Wirtschaft
Ludwig Erhard

Begründung²⁾

Obwohl es sich bei den Beschäftigtenzahlen um einen Tatbestand handelt, der mehr oder weniger offenkundig ist, konnten nach § 7 Abs. 1 und 2 des Gesetzes solche Unterlagen bisher nicht an alle in Betracht kommenden Stellen weitergeleitet werden. Mit der Einfügung des neuen Absatzes 4 soll diesem Anliegen Rechnung getragen werden, das sich im Rahmen des Grundgedankens des § 12 Abs. 2 StatGes hält.

Zweites Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe

Vom 24. April 1963¹⁾

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Das Gesetz über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe vom 15. Juli 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 720), geändert durch das Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe vom 26. April 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 477), wird wie folgt geändert:

1. Nach § 1 wird folgender § 1 a eingefügt:

»§ 1 a

(1) Die Erhebungen erstrecken sich auf

1. a) die Unternehmen der Industrie und des Bergbaus und ihre einzelnen Betriebe mit Ausnahme der Unternehmen der Bauindustrie (§§ 3 und 3 a),
- b) die industriellen und bergbaulichen Betriebe in anderen Unternehmen (§§ 3 und 3 a Abs. 2);
2. a) die Unternehmen des Bauhauptgewerbes und ihre einzelnen Betriebe (§§ 4 und 4 a),
- b) die Betriebe des Bauhauptgewerbes in anderen Unternehmen (§ 4).

(2) Die Erhebungen erstrecken sich nicht auf Unternehmen der öffentlichen Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung.»

2. § 2 erhält folgende Fassung:

»§ 2

Auskunftspflichtig sind die Inhaber der in § 1 a Abs. 1 bezeichneten Unternehmen.»

3. § 3 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 erhält der Eingangssatz folgende Fassung:
»Die Erhebungen erfassen bei höchstens 70 000 industriellen und bergbaulichen Betrieben (§ 1 a Abs. 1 Nr. 1) folgende Tatbestände:«.
- b) In Absatz 2 erhält der Eingangssatz folgende Fassung:
»Die Erhebungen erfassen bei den übrigen industriellen und bergbaulichen Betrieben (§ 1 a Abs. 1 Nr. 1) jährlich folgende Tatbestände:«.

4. Nach § 3 wird folgender § 3 a eingefügt:

»§ 3 a

(1) Die Erhebungen erfassen bei höchstens 55 000 Unternehmen der Industrie und des Bergbaus (§ 1 a Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe a) jährlich folgende Tatbestände:

1. die Beschäftigten an fünf Stichtagen,
2. den Umsatz,
3. den Wert der Lieferungen und Leistungen an örtlich getrennte Betriebe des gleichen Unternehmens.

(2) Die Erhebungen erfassen bei höchstens 57 000 Unternehmen der Industrie und des Bergbaus sowie anderen Unternehmen mit industriellen und bergbaulichen Betrieben für die Unternehmen der Industrie und des Bergbaus (§ 1 a Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe a), für die einzelnen Betriebe der Unternehmen der Industrie und des Bergbaus (§ 1 a Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe a), für die industriellen und bergbaulichen Betriebe in anderen Unternehmen (§ 1 a Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe b) im Jahre 1963 für das vorangegangene Kalenderjahr oder Geschäftsjahr folgende Tatbestände:

1. die Brutto Lohn- und Bruttogehaltssummen,
2. den Wert der eingegangenen und der verbrauchten Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe einschließlich fertig bezogener Einbauteile, Energie und Handelsware einschließlich der Bezüge von örtlich getrennten Betrieben des gleichen Unternehmens,
3. den Wert der Bestände an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen einschließlich fertig bezogener Einbauteile und Handelsware sowie an selbsthergestellten fertigen und halbfertigen Erzeugnissen am Anfang und am Ende des Berichtsjahres,
4. den mengenmäßigen Bezug und Verbrauch an Treibstoffen,
5. den Wert der von anderen Unternehmen und Betrieben ausgeführten Lohnarbeiten,

6. den Wert der neu und gebraucht erworbenen, der von anderen Betrieben des gleichen Unternehmens bezogenen und der selbsterstellten Sachanlagen,

7. den Wert der verkauften Sachanlagen.

(3) Die Bundesregierung kann mit Zustimmung des Bundesrates in drei- bis fünfjährigen Abständen durch Rechtsverordnung eine Wiederholung der Erhebungen nach Absatz 2 anordnen.»

5. § 4 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 erhält der Eingangssatz folgende Fassung:

»Die Erhebungen erfassen bei höchstens 20 000 Betrieben des Bauhauptgewerbes (§ 1 a Abs. 1 Nr. 2) folgende Tatbestände:«.

b) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

»(2) Die Erhebungen erfassen bei den übrigen Betrieben des Bauhauptgewerbes (§ 1 a Abs. 1 Nr. 2) jährlich die in Absatz 1 genannten Tatbestände.«

6. Nach § 4 wird folgender § 4 a eingefügt:

»§ 4 a

(1) Die Erhebungen erfassen bei höchstens 18 000 Unternehmen des Bauhauptgewerbes (§ 1 a Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe a) für die Unternehmen folgender Tatbestände:

I. jährlich

1. die Beschäftigten an fünf Stichtagen,
2. den Umsatz;

II. im Jahre 1963 für das vorangegangene Kalenderjahr oder Geschäftsjahr

1. die Brutto Lohn- und Bruttogehaltssummen,
2. den Wert der eingegangenen Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe einschließlich fertig bezogener Einbauteile, Energie und Handelsware,
3. den mengenmäßigen Bezug an Energie und Treibstoffen,
4. den Wert der von anderen Unternehmen und Betrieben ausgeführten Lohnarbeiten,
5. den Wert der neu und gebraucht erworbenen und der selbsterstellten Sachanlagen,
6. den Wert der verkauften Sachanlagen.

(2) Die Bundesregierung kann mit Zustimmung des Bundesrates in drei- bis fünfjährigen Abständen durch Rechtsverordnung eine Wiederholung der Erhebungen nach Absatz 1 Ziff. II anordnen.»

7. § 5 erhält folgende Fassung:

»§ 5

Außer den in §§ 3, 3 a, 4 und 4 a bezeichneten Tatbeständen werden Angaben zur Kennzeichnung der Unternehmen und Betriebe erhoben, die für die Prüfung der Auskunftspflicht und der statistischen Zuordnung erforderlich sind.»

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

Artikel 3

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 24. April 1963

Der Bundespräsident
Lübke

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Ludwig Erhard

Der Bundesminister für Wirtschaft
Ludwig Erhard

¹⁾ BGBl. I vom 27. April 1963 S. 202.

Begründung¹⁾

I. Allgemeines

Die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe bezieht sich z. Z. auf die industriellen Betriebe als eigentliche Produktionsstätten. Im Laufe der Zeit hat sich jedoch gezeigt, daß für bestimmte wirtschaftspolitische Probleme — insbesondere für Untersuchungen über die Konzentrationsvorgänge in der Wirtschaft und für Mittelstandsfragen — Zahlenunterlagen auch für industrielle Unternehmen benötigt werden. Deshalb sollen sich die Erhebungen nach dem Gesetz über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe in Zukunft auch auf die Unternehmen als solche erstrecken und sich nicht wie bisher auf die Betriebe im Sinne von örtlich getrennt liegenden industriellen Produktionsstätten beschränken. Es ist vorgesehen, für die industriellen Unternehmen über das bisherige Fragebogenprogramm der Statistik hinaus jährlich einmal die Umsätze und für 5 Stichtage die Zahl der Beschäftigten zu erfassen.

Das Schwergewicht der Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe liegt zur Zeit auf der Seite der Produktion bzw. des Umsatzes, während Fragen nach dem Materialaufwand auf die Energie beschränkt sind. Zur Ermittlung der eigenen Nettoleistung (Nettoproduktionswert) der Industrieunternehmen und -betriebe müssen von den laufend erfaßten Produktions- bzw. Umsatzwerten die Materialaufwendungen, die von anderer Seite bezogen worden sind, abgesetzt werden. Entsprechende Fragen wurden bisher in der Industrie für 1950 und 1954 erhoben. Die Nettoproduktionswerte sind für bestimmte Untersuchungen, insbesondere im Zusammenhang mit einer eventuellen Umsatzsteuerreform, der Konzentration usw. bedeutsam. Außerdem werden diese Angaben zur Ermittlung und Überprüfung der Gewichtung des Produktionsindex benötigt. Sie dienen ebenfalls als Unterlage bei Berechnungen im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Da sich das Verhältnis zwischen Produktion und Materialaufwand kurzfristig nur wenig verändert, erscheint eine Erfassung der Materialaufwendungen in Abständen von 3 bis 5 Jahren ausreichend, wie es im vorliegenden Entwurf vorgesehen ist.

Die Investitionen in der Industrie sind für das weitere Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik von ausschlaggebender Bedeutung. Zusammen mit der Erfassung der Materialaufwendungen sollen daher alle 3 bis 5 Jahre ebenfalls die Investitionen in der Industrie und im Bauhauptgewerbe erfragt werden, da bisher eine amtliche Statistik hierüber noch nicht vorhanden ist. Mit diesen Unterlagen wird erstmalig ein umfassender Überblick über die Struktur der Investitionen in der Industrie und im Bauhauptgewerbe gewonnen. Darüber hinaus dienen die Ergebnisse zur Verbesserung der Berechnung der Investitionen im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

Mit dem Entwurf des Ergänzungsgesetzes werden gleichzeitig die Anforderungen der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft hinsichtlich eines einheitlichen industriellen Zensus für das Jahr 1962 abgedeckt. Eine vergleichbare Erhebung über die Struktur der Industrien der Mitgliedsländer der EWG ist dringend notwendig, um die Probleme der weiteren Integration der Wirtschaften der Mitgliedsländer übersehen zu können. Das Anforderungsschreiben des Präsidenten der Kommission der EWG bezieht sich zunächst nur auf die Erhebung für 1962, obgleich die EWG bereits plant, diese Statistik in etwa fünfjährigem Turnus zu wiederholen. Im vorliegenden Entwurf ist auch aus diesem Grunde vorgesehen, den Drei- bis Fünf-Jahres-Turnus der Erhebung ggf. einer späteren Anforderung seitens der EWG anpassen zu können.

II. Begründung im einzelnen

Zu § 1 a

Die Einfügung dieser Vorschrift ist erforderlich, da Angaben sowohl für die Gesamtunternehmen als auch für die einzelnen örtlich getrennt liegenden Produktionsstätten (Betriebe) erfragt werden sollen.

Zu § 3

In der Einleitung zu § 3 wird klargestellt, daß sich die hier geregelte Erhebung wie bisher nur auf die einzelnen industriellen und

bergbaulichen Betriebe erstreckt und nicht auf die Gesamtunternehmen der Industrie und des Bergbaus.

Zu § 3 a Abs. 1

Dieser Absatz regelt die jährliche Befragung der Tatbestände für die Gesamtunternehmen der Industrie und des Bergbaus.

Die direkte Erfassung der Tatbestände für das Gesamtunternehmen ist arbeitsmäßig einfacher und kostenmäßig billiger als eine Zusammenstellung der nach § 3 erfaßten Teilergebnisse für einzelne örtlich getrennt liegende Produktionsstätten und ihre Ergänzung um die Angaben nichtindustrieller Teile der Unternehmen.

Sonstige Unternehmen mit industriellen Betrieben werden für das Gesamtunternehmen nicht befragt.

Zu § 3 a Abs. 2

Die Erfassung der hier angeordneten Tatbestände soll sowohl für die Gesamtunternehmen der Industrie und des Bergbaus erfolgen als auch für die einzelnen industriellen und bergbaulichen Betriebe im Sinne von örtlich getrennt liegenden Produktionsstätten. Unternehmen der Industrie und des Bergbaus sollen sowohl Angaben für das Gesamtunternehmen liefern als auch für die einzelnen industriellen und bergbaulichen Betriebe. Bei sonstigen Unternehmen mit industriellen und bergbaulichen Betrieben werden nur Angaben für die industriellen und bergbaulichen Betriebe gefordert.

Zu § 4

In der Einleitung zu § 4 wird klargestellt, daß sich diese Erhebung wie bisher nur auf die Betriebe des Bauhauptgewerbes erstreckt und nicht auf die Gesamtunternehmen.

Zu § 4 a

Bei der Erfassung der hier angeordneten Tatbestände sollen die Angaben nur für das Gesamtunternehmen erfaßt werden, nicht aber für die einzelnen Betriebe.

III.

Die Durchführung des oben genannten Gesetzes wird nach einer Schätzung des Statistischen Bundesamtes für die sich auf das Jahr 1962 beziehenden Erhebungen folgende Kosten erfordern:

	Industrie ohne Bauindustrie	Bauindustrie	Industrie einschließlich Bauindustrie
	in Millionen DM		
Länder			
persönliche Kosten ..	2,0	0,2	2,2
sächliche Kosten	0,7	0,1	0,8
insgesamt	2,7	0,3	3,0
Bund			
persönliche Kosten ..	1,2	0,05	1,25
sächliche Kosten	0,3	0,02	0,32
insgesamt	1,5	0,07	1,57
Bund und Länder			
persönliche Kosten ..	3,2	0,25	3,45
sächliche Kosten	1,0	0,12	1,12
insgesamt	4,2	0,37	4,57

Gesetz über die Allgemeine Statistik in der Elektrizitäts- und Gaswirtschaft und die Durchführung des Europäischen Industriezensus in der Versorgungswirtschaft

Vom 24. April 1963²⁾

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

In der Elektrizitäts- und Gaswirtschaft, bei Unternehmen der öffentlichen Wasserversorgung sowie bei Fernheizwerken wird eine

¹⁾ Bundestagsdrucksache Nr. 878 vom 8. Januar 1963 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben). — ²⁾ BGBl. I vom 27. April 1963 S. 204.

Bundesstatistik durchgeführt. Die Statistik erstreckt sich auch auf die Unternehmen, die nur teilweise oder im Nebenbetrieb Elektrizität, Gas, Wasser oder Wärme erzeugen, gewinnen, umwandeln oder abgeben.

§ 2

Auskunftspflichtig sind die Inhaber von Unternehmen, die Anlagen zur Erzeugung oder zur Abgabe von Elektrizität oder zur Er-

zeugung, Gewinnung, Umwandlung, Speicherung oder Abgabe von Gas oder zur Gewinnung, Speicherung oder Abgabe von Wasser oder zur Abgabe von Wärme besitzen.

§ 3

(1) Bei Unternehmen der öffentlichen Elektrizitätsversorgung erfaßt die Statistik folgende Tatbestände:

I. monatlich

1. die Erzeugung, den Bezug und die Abgabe von Elektrizität,
2. die Ein- und Ausfuhr von Elektrizität,
3. die Leistung und die Belastung der Anlagen zur Erzeugung, zum Bezug und zur Abgabe von Elektrizität und von Wärme,
4. den Bezug und den Verbrauch von Brennstoffen und deren Bestand,
5. die Vorräte an Speicherwasser für die Erzeugung von Elektrizität;

II. jährlich

1. den Umsatz,
2. die Abgabe von Elektrizität,
3. den Wert der ein- und ausgeführten Elektrizität,
4. die Abgabe von Wärme,
5. die Beschäftigten, die Arbeitsstunden, die Bruttolohn- und Bruttogehaltssummen,
6. den Wert der Investitionen.

(2) Bei den übrigen Unternehmen, die Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität besitzen, erfaßt die Statistik folgende Tatbestände:

jährlich

1. den Umsatz,
2. die Erzeugung, den Bezug und die Abgabe von Elektrizität,
3. die Leistung und die Belastung der Anlagen zur Erzeugung, zum Bezug und zur Abgabe von Elektrizität,
4. den Verbrauch von und den Bestand an Brennstoffen für die Erzeugung von Elektrizität,
5. die Beschäftigten in den unter Nummer 3 bezeichneten Anlagen,
6. den Wert der Investitionen.

§ 4

Bei Unternehmen, in denen brennbare Gase durch Erzeugung, Gewinnung oder auf andere Weise anfallen, umgewandelt oder gespeichert werden, und bei Unternehmen, von denen brennbare Gase abgegeben werden, erfaßt die Statistik folgende Tatbestände:

I. monatlich

1. das Aufkommen, die Umwandlung, die Speicherung, die Verwendung und die Abgabe von Gas,
2. die Ein- und Ausfuhr von Gas,
3. das Aufkommen, die Verwendung und die Abgabe von Koks und Nebenprodukten sowie deren Bestände,
4. den Bezug und die Verwendung von Einsatzstoffen zur Erzeugung und Umwandlung von Gas sowie deren Bestände;

II. jährlich

1. den Umsatz,
2. die Abgabe von Gas,
3. die Leistung der Anlagen zur Erzeugung, Gewinnung, Umwandlung und Speicherung von Gas,
4. die nachgewiesenen gewinnbaren Vorräte an Erdgas und Erdölgas,
5. die Beschäftigten, die Arbeitsstunden, die Bruttolohn- und Bruttogehaltssummen,
6. den Wert der Investitionen.

§ 5

(1) Bei den Unternehmen nach §§ 3 und 4 werden im Jahre 1963 für das vorangegangene Kalenderjahr oder Geschäftsjahr außerdem folgende Tatbestände erfaßt:

1. der Wert der eingegangenen und der verbrauchten Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Energie und Handelsware,

2. der Wert der Bestände an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen und Handelsware sowie an selbsthergestellten fertigen und halbfertigen Erzeugnissen am Anfang und am Ende des Berichtsjahres,
3. der Wert der verkauften Sachanlagen.

(2) Die Bundesregierung kann mit Zustimmung des Bundesrates in drei- bis fünfjährigen Abständen durch Rechtsverordnung eine Wiederholung der Erhebungen nach Absatz 1 anordnen.

§ 6

(1) Bei höchstens 1200 Unternehmen der öffentlichen Wasserversorgung und bei den Fernheizwerken werden im Jahre 1963 für das vorangegangene Kalenderjahr oder Geschäftsjahr folgende Tatbestände erfaßt:

1. der Umsatz,
2. der Wert der eingegangenen und der verbrauchten Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Energie und Handelsware,
3. der Wert der Bestände an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen und Handelsware sowie an selbsthergestellten fertigen und halbfertigen Erzeugnissen am Anfang und am Ende des Berichtsjahres,
4. der mengenmäßige Verbrauch von Treibstoffen,
5. der Verbrauch von Elektrizität,
6. die Beschäftigten, die Bruttolohn- und Bruttogehaltssummen,
7. der Wert der Investitionen,
8. der Wert der verkauften Sachanlagen.

(2) Die Bundesregierung kann mit Zustimmung des Bundesrates in drei- bis fünfjährigen Abständen durch Rechtsverordnung eine Wiederholung der Erhebungen nach Absatz 1 anordnen.

§ 7

(1) Die Auskünfte zu den Erhebungen nach §§ 3 bis 6 sind auf Verlangen gesondert für die einzelnen Betriebsteile der Unternehmen zu erteilen:

(2) Die Meldungen nach §§ 3 und 4 sind der für die Elektrizitäts- und Gaswirtschaft zuständigen obersten Landesbehörde oder der von der Landesregierung bestimmten Stellen einzureichen.

§ 8

Außer den in §§ 3 bis 6 bezeichneten Tatbeständen werden Angaben zur Kennzeichnung der Unternehmen erhoben, die für die Prüfung der Auskunftspflicht und der statistischen Zuordnung erforderlich sind.

§ 9

Der Bundesminister für Wirtschaft wird ermächtigt, bei den Erhebungen nach §§ 3 und 4 durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates die Berichtszeiträume zu verlängern und die Tatbestände zu begrenzen.

§ 10

Soweit die nach diesem Gesetz zu erfassenden Tatbestände bereits auf Grund des Gesetzes über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe vom 15. Juli 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 720), zuletzt geändert durch das Zweite Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe vom 24. April 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 202), oder auf Grund des Gesetzes über Statistiken der Rohstoff- und Produktionswirtschaft einzelner Wirtschaftszweige vom 11. November 1960 (Bundesgesetzbl. I S. 842) erhoben werden, entfällt die Erhebung nach diesem Gesetz.

§ 11

Die Statistiken nach § 3 Abs. 2 und § 4 werden vom Statistischen Bundesamt aufbereitet. § 9 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314), zuletzt geändert durch das Zweite Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 15. Juli 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 721), bleibt unberührt.

§ 12

Die Weiterleitung von Einzelangaben nach § 12 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke durch die erhebenden Behörden an den Bundesminister für Wirtschaft und an die für die Elektrizitäts- und Gaswirtschaft sowie für die öffentliche Wasserversorgung zuständigen obersten Landesbehörden ist zugelassen.

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung über die Statistik in der Elektrizitäts- und Gaswirtschaft vom 6. November 1962 (Bundesanzeiger Nr. 215 vom 13. November 1962) außer Kraft.

Begründung¹⁾

I.

Die Statistik der Elektrizitäts- und Gaswirtschaft dient der Beschaffung von Unterlagen über das Ausmaß der elektrizitäts- und gaswirtschaftlichen Versorgung sowie über ihre Entwicklung im Rahmen der Gesamtwirtschaft. Sie ermöglicht in entscheidendem Maße den Aufsichtsbehörden in Bund und Ländern die Durchführung ihrer Aufgaben. Auch ist ohne diese Unterlagen eine laufende Mitarbeit der Bundesregierung bei den internationalen Einrichtungen nicht denkbar.

Art und Umfang der Statistik wurden bei der Durchführung der Verordnung über die Statistik in der Elektrizitäts- und Gaswirtschaft vom 10. Dezember 1959 (Bundesanzeiger Nr. 241 vom 16. Dezember 1959) geklärt. Diese Statistik muß jetzt auf eine endgültige Rechtsgrundlage gestellt werden.

Die Tatbestände, die in der genannten Verordnung aufgeführt sind, können im wesentlichen übernommen werden.

Ferner mußte bei der Aufstellung der Tatbestände den statistischen Anforderungen für die Durchführung von elektrizitäts- oder gasstatistischen Arbeiten, die von den internationalen Organisationen — Montanunion, ECE, OECD usw. — gestellt wurden, Rechnung getragen werden.

Durch die neu hinzugefügte Vorschrift in § 9 soll die Möglichkeit gegeben werden, je nach den wirtschaftlichen Erfordernissen für die Erhebung einzelner Tatbestände auch längere Erfassungszeiträume festzusetzen oder die Erhebung einzelner Tatbestände auf bestimmte Unternehmen zu begrenzen.

Zur Vermeidung von Doppelerhebungen ist in § 10 vorgesehen, daß die Erhebung nach diesem Gesetz entfällt, soweit die zu erfassenden Tatbestände bereits auf Grund des Gesetzes über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe oder auf Grund des Gesetzes über Statistiken der Rohstoff- und Produktionswirtschaft einzelner Wirtschaftszweige erhoben werden.

Für die Gaswirtschaft machten es die Anforderungen, die seitens der internationalen Gremien an die Gasstatistik gestellt werden, erforderlich, die Erfassung der Tatbestände auf alle brennbaren Gase auszudehnen. Durch den Zusatz des Wortes »brennbare« soll ausdrücklich dokumentiert werden, daß andere Gasarten nicht zu dem Erfassungsbereich gehören. Dabei sollen jedoch nur diejenigen brennbaren Gase erfaßt werden, die hinsichtlich der Gasmenge oder der Zahl der versorgten Abnehmer von energiewirtschaftlicher Bedeutung sind. Die Trennung in »öffentliche« und in »sonstige« Gaswirtschaft, die die genannte Verordnung vorsieht, ist fallengelassen worden. Sie ist nicht notwendig und irreführend, da

- a) eine einwandfreie Definition der Unternehmen, die zur sogenannten öffentlichen Gaswirtschaft gehören, in der Praxis große Schwierigkeiten bereitete,

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 24. April 1963

Der Bundespräsident

Lübke

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers

Ludwig Erhard

Der Bundesminister für Wirtschaft

Ludwig Erhard

- b) die Terminologie der öffentlichen Gaswirtschaft in der internationalen und supranationalen Statistik nicht verwendet wird; es wird hier nur nach Gasarten unterschieden.

Im Hinblick auf eine in Krisenzeiten notwendige Unterrichtung über die Bevorratung der Unternehmen wurde die Frage nach dem Bezug und dem Bestand an Einsatzstoffen auf alle zur Gaserzeugung verwendeten Einsatzstoffe ausgedehnt.

§ 11 Satz 2 dient zur Klarstellung.

Mit dem Gesetzentwurf werden gleichzeitig die Anforderungen der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für einen umfassenden einheitlichen Industriezensus 1962 abgedeckt, da der Bereich der Energie- und Wasserversorgung nach der Abgrenzung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zur Industrie zählt. Hierbei handelt es sich im wesentlichen um Angaben, die zur Ermittlung des Nettoproduktionswertes der Unternehmen notwendig sind. In Angleichung an den Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Ergänzung des Gesetzes über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe sollen diese Fragen in einem drei- bis fünfjährigen Turnus erhoben werden. Da die EWG plant, den Industriezensus in fünfjährigem Turnus zu wiederholen, ist im vorliegenden Gesetzentwurf vorgesehen, daß der Drei- bis Fünf-Jahres-Turnus der Erhebung gegebenenfalls einer späteren Anforderung seitens der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft angepaßt werden kann.

II.

Die Durchführung des obengenannten Gesetzes wird nach einer Schätzung des Statistischen Bundesamtes folgende Kosten in Millionen DM erfordern:

Länder

persönliche Kosten	0,216
sächliche Kosten	0,108
insgesamt	0,324

Bund

persönliche Kosten	0,066
sächliche Kosten	0,028
insgesamt	0,094

Bund und Länder

persönliche Kosten	0,282
sächliche Kosten	0,136
insgesamt	0,418

Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Allgemeine Statistik in der Elektrizitäts- und Gaswirtschaft und die Durchführung des Europäischen Industriezensus in der Versorgungswirtschaft

Vom 30. April 1964²⁾

Auf Grund des § 9 des Gesetzes über die Allgemeine Statistik in der Elektrizitäts- und Gaswirtschaft und die Durchführung des Europäischen Industriezensus in der Versorgungswirtschaft vom 24. April 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 204) wird mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

§ 1

Folgende Statistiken nach § 4 I des Gesetzes werden einmal jährlich durchgeführt:

1. die Statistik nach § 4 I Nr. 1 für Klärgas mit Ausnahme des von den Gasversorgungsunternehmen bezogenen Klärgases;

2. die Statistik nach § 4 I Nrn. 1 und 4 für industriell erzeugtes Generatorgas, soweit es nicht in Kokereien und Gaswerken sowie bei Ferngasgesellschaften anfällt.

§ 2

Folgende Statistiken nach § 4 des Gesetzes werden nicht durchgeführt:

1. die Statistik nach § 4 I Nr. 2 für Klärgas, Gichtgas, Grubengas und Generatorgas;
2. die Statistik nach § 4 I Nr. 3 für Generatorgas;
3. die Statistik nach § 4 I Nrn. 3 und 4 für Erdgas, Erdölgas, Flüssiggas, Raffinerierestgas, Klärgas, Gichtgas und Grubengas;

¹⁾ Bundestagsdrucksache Nr. 877 vom 8. Januar 1963 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben). — ²⁾ Bundesanzeiger Nr. 85 vom 9. Mai 1964 S. 1.

4. die Statistik nach § 4 II Nrn. 3, 5 und 6 für Erdölgas, Flüssiggas, Raffinerierestgas, Klärgas, Gichtgas und Grubengas.

§ 3

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 13 des Gesetzes über die Allgemeine Statistik in der Elektrizitäts- und Gaswirtschaft und die Durchführung des Europäischen Industriezensus in der Versorgungswirtschaft auch im Land Berlin.

§ 4

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 30. April 1964

Der Bundesminister für Wirtschaft
Schmücker

Begründung¹⁾

Zu § 1 Nr. 1:

Klärgas ist größenordnungsmäßig für die Gaswirtschaft von untergeordneter Bedeutung, so daß eine jährliche Meldung der Klärwerke genügt.

Zu § 1 Nr. 2:

Für industriell erzeugtes Generatorgas, soweit es nicht in Kokeereien und Gaswerken sowie bei Ferngasgesellschaften anfällt, ist eine jährliche Erhebung ausreichend, da dieses Gas die Sicherstellung der allgemeinen Gasversorgung nicht beeinflußt.

Zu § 2 Nr. 1:

Bei Klärgas, Gichtgas, Grubengas und Generatorgas entfällt die Ein- und Ausfuhr.

Zu § 2 Nr. 2:

Bei Generatorgas fallen Nebenprodukte nicht an.

Zu § 2 Nr. 3:

Auf Grund von § 4 I Nr. 3 des Gesetzes wird u. a. nach dem Aufkommen, der Verwendung und der Abgabe von Nebenprodukten gefragt. Soweit bei der Gewinnung und Erzeugung von Erdgas, Erdölgas, Flüssiggas, Raffinerierestgas, Klärgas, Gichtgas und Grubengas Nebenprodukte anfallen, stehen sie in keiner Verbindung zur Gaswirtschaft und sind daher nicht zu erfassen.

Zu § 2 Nr. 4:

Bei Erdölgas, Flüssiggas, Raffinerierestgas, Klärgas, Gichtgas und Grubengas handelt es sich um zwangsläufig anfallende Produkte, daher können für diese Gase über die nach § 4 II Nrn. 3, 5 und 6 des Gesetzes zu erfragenden Tatbestände von der Industrie keine exakten Angaben gemacht werden. Spaltgas, d. h. in besonderen Spaltanlagen der Raffinerien aus Erdöl, Erdölprodukten oder Schmelteer speziell erzeugtes normgerechtes Mischgas, fällt einschließlich der Karburierung nicht unter diese Ausnahmeregelung.

Verordnung über die Durchführung einer Statistik über die Investitionen in der Industrie und im Bergbau Vom 11. Mai 1965²⁾

Auf Grund des § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314), zuletzt geändert durch das Zweite Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 15. Juli 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 721), verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

§ 1

In der Industrie und im Bergbau wird zur Ermittlung der Investitionen (Sachanlagen) und der Lagerbestände jährlich eine Bundesstatistik durchgeführt.

§ 2

Die Statistik erfaßt für das dem Erhebungsjahr vorangegangene Geschäftsjahr

1. den Wert der neu und der gebraucht erworbenen, der selbst erstellten und der verkauften Sachanlagen,
2. den Wert der Lagerbestände am Anfang und am Ende des Geschäftsjahres.

Die Statistik wird erstmalig für das Berichtsjahr 1964 durchgeführt.

§ 3

Die Statistik erstreckt sich auf

1. die Unternehmen der Industrie und des Bergbaus und ihre einzelnen Betriebe mit Ausnahme der Unternehmen der Bauindustrie,
2. die industriellen und bergbaulichen Betriebe in anderen Unternehmen.

§ 4

Auskunftspflichtig nach § 10 StatGes sind die Inhaber der in § 3 bezeichneten Unternehmen. Die Statistik wird bei höchstens 49 000 Unternehmen und Betrieben durchgeführt.

§ 5

Die Weiterleitung von Einzelangaben nach § 12 Abs. 2 StatGes an die fachlich zuständige oberste Bundes- und Landesbehörde ist zugelassen.

§ 6

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 17 StatGes auch im Land Berlin.

§ 7

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft. Sie tritt drei Jahre nach ihrer Verkündung außer Kraft.

Bonn, den 11. Mai 1965

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Mende

Der Bundesminister für Wirtschaft
Kurt Schmücker

Begründung³⁾

Am 30. Juli 1964 wurde die Richtlinie des Rates der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zur Durchführung koordinierter jährlicher Erhebungen über Investitionen im produzierenden Gewerbe (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften vom 13. August 1964) erlassen. Die Kommission benötigt zur Erfüllung der ihr durch den Vertrag übertragenen Aufgaben diese jährlichen statistischen Informationen.

¹⁾ Bundesratsdrucksache Nr. 156 vom 1. April 1964 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben). — ²⁾ Bundesanzeiger Nr. 90 vom 14. Mai 1965 S. 1. — ³⁾ Bundesratsdrucksache Nr. 116 vom 12. März 1965 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben).

In der Bundesrepublik ist z. Z. die Erfassung der Investitionen in der Industrie und im Bergbau gemäß § 3 a des Gesetzes über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe vom 15. Juli 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 720), zuletzt geändert durch das Zweite Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe vom 24. April 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 202), nur in drei- bis fünfjährigen Abständen auf Grund von Rechtsverordnungen der Bundesregierung vorgesehen. Bisher wurden lediglich nichtamtliche Befragungen jährlich durchgeführt, die aber weder in fachlicher noch in regionaler Gliederung den Anforderungen der Richtlinie entsprechen können.

Die durch die Richtlinie des Rates gesetzten Vorschriften machen eine auf Grund des Statistischen Gesetzes für Bundeszwecke anzuordnende Rechtsvorschrift erforderlich. Nach Artikel 1 der Richtlinie muß die erste Erhebung bereits im Jahre 1965 für das Berichtsjahr 1964 durchgeführt werden.

Die auf Grund der Richtlinie durchzuführende Statistik ist aber nicht allein für die Zwecke der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft von Bedeutung, sondern sie besitzt auch für die Beobachtung der Wirtschaftsentwicklung im Bund und den Ländern ihren besonderen Wert. Die Bundesländer benötigen die Ergebnisse vor allem bei regionalen Strukturuntersuchungen. Unter Berücksichtigung der vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften in Brüssel vorgesehenen Modalitäten und der für Bundeszwecke als notwendig erachteten fachlichen und regionalen Gliederung der Unterlagen aus der Investitionserhebung wurde ein Repräsentationsgrad bei den zu erfassenden Unternehmen der Industrie vorgesehen, der die Befragung von 49 000 Unternehmen als ausreichend erscheinen läßt. Damit wird auch die bei Rechtsverordnungen festgelegte Kostenbegrenzung nach § 6 Abs. 2 Nr. 3 StatGes eingehalten. Bei kleineren Betrieben wird auf die Erfassung verzichtet. Über die in der Richtlinie geforderten Tatbestände der Investitionen hinausgehend, sieht die Verordnung auch die Fragestellung nach dem Wert der Lagerbestände vor. Nach Erlaß dieser Rechtsvorschrift wird im Zuge der Einschränkung der nichtamtlichen repräsentativen Investitions-

befragung auch die darin enthaltene Ermittlung der Lagerbestände bei den Industrieunternehmen aufgegeben, so daß ein fühlbarer Mangel an allgemeiner Unterrichtung über diesen so wesentlichen Tatbestand entstehen würde.

Kosten:

Die Durchführung der Verordnung wird nach einer Schätzung des Statistischen Bundesamtes jährlich folgende Kosten verursachen:

	Kosten insgesamt DM	davon	
		persönliche	sächliche
Statistische Landesämter	391 300	313 100	78 200
Statistisches Bundesamt	108 700	99 300	9 400
zusammen	500 000	412 400	87 600

Verordnung über die Durchführung einer Statistik über die Investitionen im Bauhauptgewerbe und im produzierenden Handwerk
Vom 11. Mai 1965¹⁾

Auf Grund des § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314), zuletzt geändert durch das Zweite Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 15. Juli 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 721), verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

§ 1

Im Bauhauptgewerbe und im produzierenden Handwerk wird zur Ermittlung der Investitionen (Sachanlagen) jährlich eine Bundesstatistik durchgeführt.

§ 2

Die Statistik erfaßt für das dem Erhebungsjahr vorangegangene Geschäftsjahr den Wert der neu und der gebraucht erworbenen, der selbst erstellten und der verkauften Sachanlagen. Die Statistik wird erstmalig für das Berichtsjahr 1964 durchgeführt.

§ 3

- (1) Auskunftspflichtig nach § 10 StatGes sind die Inhaber von Unternehmen des Bauhauptgewerbes sowie von Handwerksbetrieben.
- (2) Die Statistik wird bei höchstens 20 000 Unternehmen des Bau-

hauptgewerbes und bei höchstens 20 000 Handwerksbetrieben durchgeführt.

§ 4

Die Weiterleitung von Einzelangaben nach § 12 Abs. 2 StatGes an die fachlich zuständige oberste Bundes- und Landesbehörde ist zugelassen.

§ 5

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 17 StatGes auch im Land Berlin.

§ 6

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft. Sie tritt drei Jahre nach ihrer Verkündung außer Kraft.

Bonn, den 11. Mai 1965

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Mende

Der Bundesminister für Wirtschaft
Kurt Schmücker

Begründung²⁾

Am 30. Juli 1964 wurde die Richtlinie des Rates der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zur Durchführung koordinierter jährlicher Erhebungen über Investitionen im produzierenden Gewerbe (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften vom 13. August 1964) erlassen. Die Kommission benötigt zur Erfüllung der ihr durch den Vertrag übertragenen Aufgaben diese jährlichen statistischen Informationen.

Zum produzierenden Gewerbe gehören gemäß Artikel 2 der Richtlinie neben den Unternehmen des Bergbaus und der Industrie auch Betriebe des Hauptgewerbes und des Handwerks. In der Bundesrepublik ist z. Z. die Erfassung der Investitionen nur im Bauhauptgewerbe gemäß § 4a des Gesetzes über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe vom 15. Juli 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 720), zuletzt geändert durch das Zweite Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe vom 24. April 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 202), in drei- bis fünfjährigen Abständen aufgrund von Rechtsverordnungen der Bundesregierung vorgesehen. Für das produzierende Handwerk wurden letztlich durch das Gesetz über die Handwerkszählung 1963 vom 30. März 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 177) die Zugänge an Sachanlagen im Kalenderjahr 1962 erfaßt.

Um den durch die Richtlinie gesetzten Vorschriften entsprechen zu können, ist eine aufgrund des Statistischen Gesetzes für Bundeszwecke angeordnete Rechtsvorschrift notwendig. Nach Artikel 1 der Richtlinie muß die erste Erhebung bereits im Jahre 1965 für das Berichtsjahr 1964 durchgeführt werden.

In Verbindung mit der gleichzeitig durchzuführenden Erhebung bei den Unternehmen in der Industrie und im Bergbau ist die vor-

gesehene Statistik im Bauhauptgewerbe und im Handwerk nicht allein für die Zwecke der EWG von Bedeutung, sondern sie liefert auch für die Beobachtung der Wirtschaftsentwicklung in Bund und Bundesländern wertvolle Unterlagen. Die Bundesländer benötigen die Ergebnisse vor allem für regionale Strukturuntersuchungen. Entsprechend den vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften vorgesehenen Modalitäten und der für Bundeszwecke als notwendig erachteten fachlichen und regionalen Gliederung der Investitionserhebung ist für eine ausreichende Repräsentation die Erfassung von je 20 000 Unternehmen und Betrieben im Bauhauptgewerbe und im Handwerk vorgesehen.

Kosten:

Die Durchführung der Verordnung wird nach einer Schätzung des Statistischen Bundesamtes jährlich folgende Kosten verursachen:

	Kosten insgesamt DM	davon	
		persönliche	sächliche
Statistische Landesämter	441 400	346 500	94 900
Statistisches Bundesamt	58 200	58 200	—
zusammen	499 600	404 700	94 900

¹⁾ Bundesanzeiger Nr. 90 vom 14. Mai 1965 S. 1. — ²⁾ Bundesratsdrucksache Nr. 117 vom 12. März 1965 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben).

Verordnung über die Durchführung einer Statistik über den Auftragseingang in der Industrie

Vom 9. Dezember 1963¹⁾

Auf Grund des § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314), zuletzt geändert durch das Zweite Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 15. Juli 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 721), verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

§ 1

Über die Entwicklung des Auftragseingangs in der Industrie wird eine Bundesstatistik durchgeführt.

§ 2

Die Statistik erfaßt monatlich

1. die angenommenen Aufträge aus dem Inland und aus dem Ausland;
2. die stornierten Aufträge aus dem Inland und aus dem Ausland.

Als angenommene Aufträge gelten auch unmittelbare Verkäufe vom Lager einschließlich auszuführender Reparaturen, Lohnarbeiten und Montagen.

§ 3

(1) Auskunftspflichtig nach § 10 StatGes sind die Inhaber von Industriebetrieben.

(2) Die Statistik ist auf eine repräsentative Zahl von höchstens 15 000 Betrieben der in der Anlage bezeichneten Industriezweige zu beschränken. Im Lande Berlin erstreckt sich die Statistik auf höchstens 1 000 Betriebe aller Industriezweige.

Anlage

zur Verordnung über die Durchführung einer Statistik über den Auftragseingang in der Industrie

Industriezweige gemäß § 3 Abs. 2 der Verordnung

Natursteinindustrie
Zementindustrie
Kalkindustrie
Gips- und Kreide-Industrie
Ziegelindustrie
Feuerfeste Industrie
Betonsteinindustrie
Kalksandsteinindustrie
Isolier- und Leichtbauplattenindustrie
Ziehereien und Kaltwalzwerke
Stahlverformung
Stahlhoch-, Stahlbrücken- und Stahlwasserbau (einschließlich Leichtmetallbau)
Waggonbau
Dampfkessel-, Behälter- und Rohrleitungsbau
Herstellung von Personenkraftwagen, Kleinomnibussen und Kombinationskraftwagen (einschließlich Herstellung von Motoren und Fahrgestellen)
Herstellung von Liefer- und Lastkraftwagen, Kommunalfahrzeugen, Omnibussen, Obussen und Straßenzugmaschinen (einschließlich Herstellung von Motoren und Fahrgestellen)
Krafttradindustrie (einschließlich Herstellung von Motoren und Mopeds)
Herstellung von Aufbauten (z. B. Karosserien) und Anhängern
Fahrrad- und Kinderwagenindustrie (einschließlich Herstellung von Krankenfahrstühlen)
Schiffbau
Luftfahrzeugbau
Elektrotechnische Industrie
Heiz- und Kochgeräte-Industrie
Stahlblechverarbeitung
Stahlrohrmöbelindustrie
NE-Metallblechwarenindustrie
Feinblechpackungsindustrie
Schloß- und Beschlagindustrie
Herstellung von Fahrradteilen und Krafttradeinzelteilen und -zubehör

§ 4

(1) Die Weiterleitung von Einzelangaben nach § 12 Abs. 2 StatGes an die für die Wirtschaft zuständige oberste Landesbehörde ohne Nennung des Namens des Auskunftspflichtigen ist zugelassen.

(2) Abweichend von der Vorschrift des Absatzes 1 gilt für das Land Berlin folgende Regelung:

Die Weiterleitung von Einzelangaben nach § 12 Abs. 2 StatGes an die fachlich zuständige oberste Landesbehörde ist zugelassen.

§ 5

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 17 StatGes auch im Land Berlin.

§ 6

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1964 in Kraft. Sie tritt mit Ablauf des 31. Dezember 1966 außer Kraft.

Bonn, den 9. Dezember 1963

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers

Mende

Der Bundesminister für Wirtschaft

Schmücker

Herstellung von Kraftwagenzubehör
Schneidwaren- und Besteckindustrie
Metallwarenindustrie (ohne Füllhalter- und Kugelschreiberindustrie)
Metallkurzwarenindustrie
Füllhalter- und Kugelschreiberindustrie
Werkzeugindustrie
Chemiefaserindustrie
Porzellanindustrie
Steingut- und Feinsteinzeugindustrie
Ton- und Töpferwarenindustrie
Sanitärkeramische Industrie
Herstellung von technischer und chemisch-technischer Keramik
Baukeramische Industrie
Schleifmittelindustrie
Flachglaserzeugende Industrie
Hohlglaserzeugende Industrie
Holzmöbel- und Polstermöbelindustrie
Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe erzeugende Industrie
Tapetenindustrie
Herstellung von Schreibwaren und Bürobedarf aus Papier und Pappe (einschließlich Buchbinderei)
Herstellung von Spezialpapieren und Verpackungsmitteln aus Papier und Pappe
Sonstige Papier und Pappe verarbeitende Industrie
Kunststoffverarbeitende Industrie
Ledererzeugende Industrie
Schuhindustrie
Kammgarnspinnereien
Streichgarnspinnereien
Zwei-, Drei-, Vierzylinder- und Vigognespinnereien
Flachspinnereien
Hanfspinnereien
Hartfaserspinnereien
Tuch- und Kleiderstoffwebereien (auch mit eigener Spinnerei)
Baumwollwebereien (auch mit eigener Spinnerei)
Teppichwebereien
Möbelstoff- und Dekorationsstoffwebereien
Seiden- und Samtwebereien
Leinenwebereien
Jutewebereien (auch mit eigener Spinnerei)
Schwerwebereien
Wirkereien und Strickereien (ohne Flachstrumpfabteilungen)
Flachstrumpfwirkereien (einschließlich Flachstrumpfabteilungen)
Herren- und Knabenoberbekleidungsindustrie
Damen-, Mädchen- und Kinderoberbekleidungsindustrie
Wäsche-Industrie (einschließlich Herstellung von Haus-, Bett- und Tischwäsche)

¹⁾ Bundesanzeiger Nr. 231 vom 12. Dezember 1963 S. 1.

Begründung¹⁾

I. Rechtsgrundlage der Statistik

Die Verordnung über die Durchführung einer Statistik über den Auftragseingang in der Industrie vom 30. November 1960 (Bundesanzeiger Nr. 235 vom 6. Dezember 1960) tritt mit Ablauf des 31. Dezember 1963 außer Kraft. Die Statistik über den Auftragseingang gilt weiterhin als eines der wichtigsten Hilfsmittel für die konjunkturelle Beobachtung, so daß die Weiterführung dieser Erhebung unbedingt erforderlich ist. Die Verordnung hält sich an den materiellen Inhalt der bisher geltenden Rechtsverordnung.

II. Zweck und Bedeutung der Statistik

Da der Bestelleingang frühzeitiger als Produktion und Umsatz auf Veränderungen der Wirtschaftslagen reagiert, sieht die Verordnung vor, die statistische Erfassung von Produktion und Umsatz auf Grund des Gesetzes über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe vom 15. Juli 1957 durch die Ermittlung der Gesamtnachfrage nach industriellen Erzeugnissen zu ergänzen.

Die Auswahl der Industriezweige, in denen die Statistik gemäß § 3 durchgeführt wird (vgl. Anlage zum Verordnungsentwurf), ist unter dem Gesichtspunkt erfolgt, nur solche Industriezweige heranzuziehen, bei denen die Beobachtung der Auftragseingangsentwicklung besonders wertvolle Erkenntnisse für die Marktbeobachtung liefert.

Bei Branchen, die durch ihre Wirtschaftsorganisationen brauchbare statistische Unterlagen zur Verfügung stellen können, ist auch künftig nicht beabsichtigt, diese in die amtliche Erhebung einzubeziehen. Der Berichtskreis muß auf 15 000 Betriebe erweitert werden, um sowohl die in der bisherigen Rechtsverordnung nicht enthaltenen Betriebszahlen für Berlin und das Saarland einzubeziehen als auch die durch die Verordnung zur Änderung der Verordnung über die

Durchführung einer Statistik über den Auftragseingang in der Industrie vom 17. November 1959 (Bundesanzeiger Nr. 226 vom 25. November 1959) zusätzlich aufgenommenen Betriebe der kunststoffverarbeitenden Industrie zu berücksichtigen. Aus grundsätzlichen Erwägungen wurden in der Verordnung die Meldetermine nicht festgelegt. Ebenso entfallen die Bestimmungen, daß die Länderergebnisse an den Bundesminister für Wirtschaft zu liefern sind und daß die Weiterleitung von Einzelangaben nach § 12 Abs. 2 des Gesetzes an die für die Wirtschaft zuständige oberste Bundesbehörde zulässig ist.

III. Kosten

Die Kosten der Auftragseingangsstatistik ergeben sich z. Z. jährlich aus nachfolgender Übersicht:

	Kosten insgesamt DM	davon	
		persönliche	sächliche
Statistische Landes- ämter (einschl. Berlin)	163 000	141 000	22 000
Statistisches Bundesamt	4 000	1 000	3 000
zusammen	167 000	142 000	25 000

Gesetz über Statistiken der Rohstoff- und Produktionswirtschaft einzelner Wirtschaftszweige Vom 11. November 1960²⁾

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

In folgenden Wirtschaftsbereichen werden Erhebungen als Bundesstatistik durchgeführt:

1. in der Eisen- und Stahlwirtschaft (§ 2),
2. in der Nichteisen- und Edelmetallwirtschaft (§ 3),
3. in der Mineralölwirtschaft (§ 4),
4. in der Textilwirtschaft (§ 5),
5. in der Lederwirtschaft (§ 6),
6. in der Tabakwirtschaft (§ 7).

§ 2

(1) Die Erhebung in der Eisen- und Stahlwirtschaft (§ 1 Nr. 1) erfaßt monatlich folgende Tatbestände:

1. Erzeugung, Zugang, Abgang und Bestand an hergestellten und gehandelten Erzeugnissen;
2. Auftragseingang und Auftragsbestand;
3. Zugang, Abgang und Bestand an Roh- und Hilfsstoffen;
4. Erzeugung, Zugang, Abgang und Bestand an Brennstoffen und Energie;
5. Beschäftigte, Arbeitszeit, Bruttolohn- und Bruttogehaltssummen;
6. Anzahl und Zustand der Schmelzeinheiten in Hochofen- und Stahlwerksbetrieben.

(2) Auskunftspflichtig sind die Betriebe

1. des Eisenerzbergbaus,
2. der Eisenschaffenden Industrie,
3. mit Erzeugung von Eisen-, Stahl- und Temperguß,
4. mit Erzeugung von Legierungsmitteln,
5. des Schrotthandels,
6. des Eisen- und Stahlhandels.

§ 3

(1) Die Erhebung in der Nichteisen- und Edelmetallwirtschaft (§ 1 Nr. 2) erfaßt folgende Tatbestände:

1. monatlich
 - a) Erzeugung an Erzen, Konzentraten, Rohmaterial und Halbmaterial,

¹⁾ Bundesratsdrucksache Nr. 481 vom 8. November 1963 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben). — ²⁾ BGBl. I vom 18. November 1960 S. 842.

b) Abgabe von Edelmetallen in Form von Roh- und Halbmaterial und von chemischen Verbindungen an edelmetallverarbeitende Betriebe bei den Betrieben der Metallgewinnung,

c) Auftragseingang und Lieferungen bei Betrieben der ersten Verarbeitungsstufe (Betriebe, die Nichteisenmetalle in Form von Vormaterial, Rohmaterial oder Abfallmaterial für andere Zwecke als die der Metallgewinnung verarbeiten),

d) Bestand an Rohmaterial bei Betrieben der Metallgewinnung;

2. vierteljährlich

a) Verbrauch an Vor-, Roh- und Abfallmaterial,

b) Bestand an Vor- und Abfallmaterial,

c) Bestand an Rohmaterial bei Betrieben der ersten Verarbeitungsstufe und des Metallhandels;

3. jährlich

Abgabe von Roh- und Halbmaterial an Abnehmer im Inland.

(2) Auskunftspflichtig zu der Erhebung nach Absatz 1 sind die Betriebe des Metallerzbergbaus, der Metallgewinnung, der ersten Verarbeitungsstufe und des Metallhandels.

§ 4

(1) Die Erhebung in der Mineralölwirtschaft (§ 1 Nr. 3) erfaßt monatlich Zugang, Lieferung und Bestand an Mineralölprodukten.

(2) Auskunftspflichtig sind alle Betriebe, die Mineralölprodukte herstellen oder im Verkehr mit einem Gebiet außerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes beziehen oder liefern.

§ 5

(1) Die Erhebung in der Textilwirtschaft (§ 1 Nr. 4) erfaßt folgende Tatbestände:

1. bei Betrieben der Textilindustrie und der Chemiefasererzeugung

a) monatlich

Zugang, Abgang und Bestand an Textilrohstoffen, Erzeugung, Versand und Bestand an Textilerzeugnissen, Spindel- und Webstuhlstunden bei Spinnereien und Webereien,

- b) jährlich
Beschäftigte,
Bestand an Textilmaschinen;
- 2. bei Betrieben des Woll- und Baumwollhandels
vierteljährlich
Abgang und Bestand an Rohstoffen.
- (2) Auskunftspflichtig sind
 - 1. zu Absatz 1 Nr. 1 die Betriebe
 - a) der Chemiefasererzeugung,
 - b) der Spinnstoffaufbereitung,
 - c) der Spinnstoffverarbeitung,
 - d) der Gespinnstverarbeitung,
 - e) der Textilveredelung;
 - 2. zu Absatz 1 Nr. 2 die Betriebe des Woll- und Baumwollhandels.

§ 6

- (1) Die Erhebung in der Lederwirtschaft (§ 1 Nr. 5) erfaßt monatlich folgende Tatbestände:
 - 1. Zugang, Einarbeitung und Bestand an Häuten und Fellen;
 - 2. Erzeugung, Absatz und Bestand an Leder.
- (2) Auskunftspflichtig sind die Betriebe, die Leder erzeugen.

§ 7

- (1) Die Erhebung in der Tabakwirtschaft (§ 1 Nr. 6) erfaßt vierteljährlich
Zugang, Abgang und Bestand an Rohtabak sowie die Mengen an Rohtabak, über die Einfuhrverträge abgeschlossen sind.
- (2) Auskunftspflichtig zu der Erhebung nach Absatz 1 sind die Betriebe, die
 - 1. Rohtabak be- oder verarbeiten;
 - 2. mit Rohtabak handeln.
- (3) Die Erhebung nach Absatz 1 wird durchgeführt
 - 1. bei den in Absatz 2 Nr. 1 bezeichneten Betrieben, die auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe vom 15. Juli 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 720) zu Erhebungen herangezogen werden;

- 2. bei den unter Absatz 2 Nr. 2 bezeichneten Betrieben, bei denen der Jahresumsatz an Rohtabak mindestens 50 Zentner beträgt.

§ 8

Die Statistiken nach §§ 2, 3, 4 und 7 werden vom Statistischen Bundesamt erhoben und aufbereitet; die Vorschrift des § 9 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) bleibt unberührt.

§ 9

Die Weiterleitung von Einzelangaben nach § 12 Abs. 2 StatGes durch die erhebenden Behörden an den Bundesminister für Wirtschaft oder die von ihm bestimmte Stelle sowie an die für die Wirtschaft zuständige oberste Landesbehörde ist zugelassen.

§ 10

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 11

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Oktober 1960 in Kraft. Gleichzeitig treten außer Kraft

- 1. die Verordnung über die Statistik in der Textilwirtschaft vom 29. August 1959 (Bundesanzeiger Nr. 169 vom 4. September 1959),
- 2. die Verordnung über die Durchführung einer Eisen- und Stahlstatistik vom 4. August 1960 (Bundesanzeiger Nr. 154 vom 12. August 1960).

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 11. November 1960

Der Bundespräsident
Lübke

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Ludwig Erhard

Der Bundesminister für Wirtschaft
Ludwig Erhard

Begründung¹⁾

I. Rechtsgrundlagen der Statistik

Mit dem vorliegenden Gesetz werden Bundesstatistiken geregelt, die in einigen Industriezweigen in Ergänzung der auf Grund des Gesetzes über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe vom 15. Juli 1957 (BGBl. I S. 720) in der gesamten Industrie durchgeführten Statistik schon seit längerer Zeit notwendig sind und die bisher auf Rechtsverordnungen nach § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314) beruhen. Diese Rechtsverordnungen, die nach § 6 Abs. 2 StatGes nur mit einer auf 3 Jahre begrenzten Geltungsdauer erlassen werden können, sind im Laufe der Jahre seit Inkrafttreten des StatGes schon mehrfach erneuert worden, da sich die unveränderte Fortführung dieser Statistiken aus wirtschaftspolitischen Gründen als unerlässlich erwiesen hat. Vier der z. Z. geltenden Rechtsverordnungen verlieren ihre Gültigkeit mit Ablauf des 30. September 1960. Es entspricht dem § 6 Abs. 1 StatGes, daß langfristig benötigte Bundesstatistiken durch Gesetz angeordnet werden. In dem vorliegenden Gesetzentwurf werden daher die Rechtsvorschriften über die Anordnung der Statistiken im Bereich der

Eisen- und Stahlwirtschaft
Nichteisen- und Edelmetallwirtschaft
Mineralölwirtschaft
Textilwirtschaft
Lederwirtschaft
Tabakwirtschaft

zusammengefaßt. Dieses Gesetz tritt an Stelle der nachstehend aufgeführten Rechtsverordnungen, die gleichzeitig mit Verkündung des Gesetzes außer Kraft gesetzt werden (§ 11), soweit nicht schon vor diesem Zeitpunkt ihre Geltungsdauer abgelaufen ist:

- 1. die Verordnung über die Durchführung einer Eisen- und Stahlstatistik vom 1. August 1957 (Bundesanzeiger Nr. 148 vom 6. August 1957)
- 2. die Verordnung über die Durchführung einer Nichteisen- und Edelmetallstatistik vom 1. August 1957 (Bundesanzeiger Nr. 148 vom 6. August 1957)

¹⁾ Bundestagsdrucksache Nr. 1808 vom 28. April 1960 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben).

- 3. die Verordnung über die Durchführung einer Lederstatistik vom 24. September 1957 (Bundesanzeiger Nr. 186 vom 27. September 1957)
- 4. die Verordnung über die Durchführung einer Rohtabakstatistik vom 1. August 1957 (Bundesanzeiger Nr. 148 vom 6. August 1957)
- 5. die Verordnung über die Statistik in der Textilwirtschaft vom 29. August 1959 (Bundesanzeiger Nr. 169 vom 4. September 1959).

Um die unveränderte Weiterführung dieser Statistiken zu sichern, soll das Gesetz mit Wirkung vom 1. Oktober 1960 in Kraft treten. Lediglich auf dem Gebiet der Mineralölwirtschaft sieht das Gesetz die Neuschaffung einer Rechtsgrundlage vor, da für die schon seit langer Zeit gestellte Mineralölversorgungsbilanz über die bereits auf Grund anderweitiger Gesetzgebung verfügbaren Angaben über Produktion und Außenhandel hinaus auch Angaben zur Vorratsbewegung benötigt werden. Diese Angaben werden zwar schon bisher von privater Seite zur Verfügung gestellt, jedoch sollen in Anbetracht der besonderen wirtschaftspolitischen Bedeutung der Mineralölbilanz auch die diesbezüglichen Auskünfte auf eine Rechtsgrundlage gestützt werden.

II. Zweck und Bedeutung der Statistik

Die besondere Lage der Wirtschaftszweige, auf welche sich dieses Gesetz bezieht und die sich auch aus der besonders engen rechtlichen und wirtschaftlichen internationalen Integration ergibt, zwingt dazu, über die auf Grund des Industriestatistischen Gesetzes in der gesamten Industrie einheitlichen Tatbestandsmerkmale hinaus Vorgänge im Wirtschaftsablauf dieser Zweige statistisch zu durchleuchten, um der Verwaltung und der Wirtschaft die für die laufenden internationalen Verhandlungen notwendigen Unterrichtungen und Überblicke zu verschaffen. Dabei ist in bezug auf die einzelnen unter dieses Gesetz fallenden Wirtschaftsbereiche folgendes zu bemerken:

Die wirtschaftlichen Vorgänge in der deutschen Eisen- und Stahlindustrie sind für die Gesamtwirtschaft der Bundesrepublik von besonderer Bedeutung, da diese Industrie eine ihrer wesentlichen und in hohem Grade konjunkturrempfindlichen Schlüsselindustrien ist. Die amtlichen Stellen müssen daher durch eine amtlich geführte Statistik über den Wirtschaftsablauf in der Eisen- und Stahlindustrie unterrichtet sein.

Die Unterlagen werden ferner benötigt, um die wirtschaftliche Entwicklung der Eisen- und Stahlindustrie der Bundesrepublik im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl ausreichend verfolgen und der Hohen Behörde die erforderlichen Unterlagen zur Verfügung stellen zu können. Darüber hinaus dient die Fachstatistik zur Erfüllung zwischenstaatlicher Verpflichtungen im Rahmen der OEEC und der ECE.

Die Bundesrepublik ist bei dem geringen Umfang ihrer eigenen Erzvorkommen in der Versorgung mit Nichteisenmetallen und Edelmetallen weitgehend von der Einfuhr abhängig. Diese Lage bedingt eine kurzfristige, spezifizierte Unterrichtung des Bundesministeriums für Wirtschaft über Erzeugung, Verbrauch und Bestand von Nichteisenmetallen und über die Abgabe von Edelmetallen an die Verbraucher, um den Strukturwandel auf dem Nichteisengebiet zu beobachten und Marktstörungen zu vermeiden. Sie wird außerdem benötigt zur Erfüllung eingegangener internationaler Vereinbarungen über den Austausch statistischer Informationen auf dem Gebiet der Metallwirtschaft.

Die Erhebung in der Mineralölwirtschaft soll Verbrauchs- und Bestandszahlen feststellen und dadurch zusammen mit den aus Produktions- und Außenhandelsstatistiken bereits verfügbaren Daten ein Gesamtbild der Mineralölwirtschaft liefern. Die Bundesregierung benötigt diese Unterlagen, um sich jederzeit einen zahlenmäßig verlässlichen Überblick über die Entwicklung des Mineralölmarktes in der Bundesrepublik, insbesondere des Heizölmarktes in seiner Verbindung zum Gesamtenergiemarkt verschaffen zu können. Ein solcher Überblick ist auch als Unterlage für die Verhandlungen im Rahmen der EWG und zur Erfüllung der internationalen Auskunftsverbindungen unerlässlich.

Die Textilwirtschaft ist in besonders starkem Maße von der Einfuhr ihrer Rohstoffe abhängig. Im Jahre 1959 wurden an textilen Rohstoffen für annähernd 1,8 Milliarden DM eingeführt, das sind rd. 23 v. H. der Gesamteinfuhr an gewerblichen Rohstoffen und etwa 90 v. H. des textilen Rohstoffbedarfs (ohne Chemiefaser). Die Einfuhrabhängigkeit unterwirft die deutsche Textilwirtschaft in empfindlicher Weise den Schwankungen der internationalen Rohstoffmärkte, die wiederum den Zufälligkeiten des Aufkommens in Übersee ausgesetzt sind. In den internationalen Verhandlungen im Rahmen der OEEC, des GATT und insbesondere der EWG müssen die Vertreter der Bundesregierung mit neuestem statistischem Zahlenmaterial ausgestattet sein, um ihre Stellungnahme entsprechend begründen zu können und um nicht von vornherein gegenüber den anderen Mitgliedsländern entscheidend im Nachteil zu sein. In diesem Zusammenhang wird auf die sehr spezifizierten, stets auf dem neuesten Stand befindlichen Textilstatistiken der anderen EWG-Mitgliedsländer hingewiesen.

Die genannten Gründe machen die monatliche Beobachtung der Rohstoffbewegung in der Gliederung nach Zu- und Abgang und Bestand in den verschiedenen Zweigen und Stufen der Textilindustrie und die vierteljährliche Beobachtung der Textilrohstoffe nach Abgang und Bestand beim Woll- und Baumwollhandel notwendig. Die Veränderungen und Spannungen in der heimischen Versorgung mit Rohmaterialien schlagen sich aber sehr schnell auch in der Produktion nieder, bei der sich zudem noch der in der Textilindustrie typische saisonale Rhythmus entscheidend auswirkt. Deshalb ist die monatliche Unterrichtung über die Produktionsentwicklung und ihre fabrikatorischen Zusammenhänge in den einzelnen Teilbereichen der Textilindustrie geboten.

Monatliche Angaben über Spindel- und Webstuhlstunden (§ 5 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe a) bilden die Grundlage für die Beobachtung der Kapazitätsausnutzung, die sich ihrerseits auf eine jährliche Feststellung des Bestandes an Spindeln und Webstühlen (§ 5 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe b) stützt. Vergleiche mit den textilen Produktionskapazitäten der Textilwirtschaften wichtiger Nachbar- und Entwicklungsländer machen im Hinblick auf die Schaffung eines europäischen Marktes und den wachsenden Wettbewerb überseeischer Gebiete Kapazitätsunterlagen unentbehrlich.

Die ledererzeugende Industrie ist in ihrer Rohstoffversorgung bei Großviehhäuten bis zu 50 v. H. und bei Kleintierfellen bis zu 90 v. H. einfuhrabhängig.

Die Lieferungen aus den Haupterzeugerländern sind infolge von — vielfach politisch bedingten — Preis- und Kursmanipulationen erheblichen Schwankungen unterworfen, die unter Umständen den weitgehenden Ausfall eines Lieferlandes zur Folge haben. Die amtlichen Stellen müssen aus handelspolitischen Gründen über Zugang, Verarbeitung und Bestand (letzterer einschließlich der Umlaufmenge) laufend unterrichtet sein, um im Bedarfsfalle durch Erschließung zusätzlicher Einfuhrquellen eine gleichmäßige Versorgung zu ermöglichen. Des weiteren wird auch für die Arbeiten im Rahmen eines gemeinsamen europäischen Hautemarktes Zahlenmaterial über die Rohstoffversorgung benötigt.

Der in der Bundesrepublik verarbeitete Rohtabak ist zu etwa 80 v. H. ausländischen und zu etwa 20 v. H. inländischen Ursprungs.

Der inländische Tabakanbau erzeugt zwei verschiedene Arten Tabak, und zwar die für die Herstellung von Zigarren verwendeten Zigarrenguttabake und die bei der Herstellung von Rauchtabak und schwarzen Zigaretten Verwendung findenden sogenannten Schneidguttabake. Für bestimmte steuerlich begünstigte Preisklassen des Rauchtabaks und der schwarzen Zigaretten enthält das Tabaksteuergesetz hinsichtlich der zu verwendenden Mindestmengen von Inlandtabak besondere Vorschriften. Da nur durch Kenntnis der Bevorratung richtige Dispositionen sowohl von Pflanzern als auch von Industrie und Handel getroffen werden können, sind zuverlässige Angaben über die Rohtabakbestände bei Industrie und Handel erforderlich.

Der ausländische Rohtabak wird aus mehr als 35 Ländern bezogen. Er ist handels- und wirtschaftspolitisch ein bedeutsamer Faktor. Daher ist eine umfassende Unterrichtung über die Bestandsbewegung bei ausländischen Rohtabaken auch in sortenmäßiger Hinsicht und auch Provenienzen bei Handelsvertragsverhandlungen zwischen den Erzeugerländern und der Bundesrepublik von Wichtigkeit; sie bildet die Voraussetzung für Entscheidungen, die beim Aushandeln von Wert und Menge der Einfuhr und neuerdings auch bei Hilfsstellung gegenüber den unterentwickelten Ländern zu treffen sind. So wäre es z. B. ohne Kenntnis der vorhandenen Rohtabakbestände nicht möglich, Abnahme- oder Unterstützungszusagen gegenüber Lieferländern zu geben oder nicht erfüllbaren Forderungen in dieser Hinsicht entgegenzutreten. Eine wichtige Unterlage bildet die Rohtabakstatistik im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit, dies besonders innerhalb der EWG und bei den GATT-Verhandlungen. Da Tabak, der im Staatshaushalt eines jeden Landes eine große Rolle spielt, immer ein schwieriges Problem darstellt, muß die Bundesrepublik in der Lage sein, in gleicher Weise wie die Länder mit Monopol oder staatlich gelenkter Wirtschaft gewünschte Angaben machen zu können.

III. Durchführung der Statistik

Von den Ländern werden die Statistiken nach §§ 5 und 6 wie bisher erhoben und aufbereitet. Die Statistiken nach §§ 2, 3, 4 und 7 werden vom Bund zentral durchgeführt. Es ist vorgesehen, daß die Statistik nach § 2 wie bisher vom Statistischen Bundesamt und die Statistiken nach §§ 3, 4 und 7 nach Maßgabe des § 9 Abs. 2 StatGes vom Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft erhoben und aufbereitet werden.

Die Weiterleitung von Einzelangaben (§ 9), die bereits in den entsprechenden Verordnungen vorgesehen war, ist aus sachlichen Gründen notwendig, um den binnenwirtschaftlichen Erfordernissen und im Falle der Stahlstatistik (§ 2) den Anforderungen der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl gemäß Artikel 47 des Montanvertrages entsprechen zu können.

IV. Kosten der Statistik

Zusätzliche Kosten entstehen nicht, da die Erhebungen von den beauftragten Verwaltungsstellen nur in dem bisherigen Umfang weitergeführt werden.

Bekanntmachung

zum Gesetz über Statistiken der Rohstoff- und Produktionswirtschaft einzelner Wirtschaftszweige

Vom 7. Dezember 1960¹⁾

1. Mit der Wahrnehmung der Aufgaben gemäß §§ 3, 4 und 7 des Gesetzes über Statistiken der Rohstoff- und Produktionswirtschaft einzelner Wirtschaftszweige vom 11. November 1960 (Bundesgesetzbl. I S. 842) habe ich das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft in Frankfurt a. M. beauftragt.
2. Die gemäß §§ 3, 4 und 7 des Gesetzes einzureichenden Meldungen sind jeweils innerhalb von 10 Tagen nach Ablauf des Meldezeitraumes unter Verwendung der amtlichen Erhebungs-

vordrucke in je einer Ausfertigung dem Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft und der fachlich zuständigen obersten Landesbehörde einzureichen.

Bonn, den 7. Dezember 1960

Der Bundesminister für Wirtschaft
In Vertretung
Westrick

¹⁾ Bundesanzeiger Nr. 240 vom 13. Dezember 1960.

Verordnung über eine Düngemittelstatistik Vom 24. März 1964¹⁾

Auf Grund des § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

§ 1

Über den Absatz von Düngemitteln wird eine Bundesstatistik durchgeführt.

§ 2

(1) Die Statistik erfaßt monatlich den Absatz von mineralischen Düngemitteln zum Verbrauch innerhalb des Geltungsbereiches des Gesetzes.

(2) Auskunftspflichtig sind die Leiter der Unternehmen, die Düngemittel erstmalig in den Verkehr bringen.

§ 3

(1) Die Statistik wird mit Zustimmung der beteiligten Länder vom Statistischen Bundesamt erhoben und aufbereitet.

(2) Die Weiterleitung von Einzelangaben an die fachlich zuständige oberste Bundes- und Landesbehörde ist zugelassen.

§ 4

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 17 StatGes auch im Land Berlin.

§ 5

Diese Verordnung tritt am 1. April 1964 in Kraft und am 31. März 1967 außer Kraft.

Bonn, den 24. März 1964

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Mende

Der Bundesminister
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Schwarz

Begründung²⁾

1. Die Durchführung einer Düngemittelstatistik war bis 1960 durch Verordnung geregelt, zuletzt durch die Verordnung über die Durchführung einer Düngemittelstatistik vom 1. August 1957 (BANz. Nr. 148 vom 6. August 1957). Diese Verordnung erfaßte für bestimmte Düngemittel und Rohstoffe die Erzeugung, die Ein- und Ausfuhr, den Bestand, die Lieferung an Verarbeiter sowie den Zu- und Abgang. Nach Ablauf ihrer Geltungsdauer konnten für den Bereich der Herstellung von Düngemitteln ausreichende Erkenntnisse auf Grund des Gesetzes über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe vom 15. Juli 1957 (BGBl. I S. 720) und des AHStatGes vom 1. Mai 1957 (BGBl. I S. 413) gewonnen werden. Dagegen war für Erhebungen über den Absatz von Düngemitteln und damit für den Verbrauch im Bundesgebiet, gegliedert nach Sorten und räumlichen Gebieten, keine Rechtsgrundlage mehr vorhanden. Aus agrarpolitischen Gründen kann auf Feststellungen über den Absatz von Düngemitteln aus inländischer Herstellung und aus Einfuhren nicht verzichtet werden.
2. Düngemittel gehören zu den wichtigsten Betriebsmitteln für die Landwirtschaft. Ihre Anwendung ist verschiedenartigen, vielfach kurzfristig wechselnden wirtschaftlichen und natürlichen Einflüssen unterworfen. Bei agrarpolitischen Entscheidungen der Bundes- und der Länderregierungen sind häufig die Versorgungsmöglichkeiten und die Verbrauchsentwicklung bei Düngemitteln von besonderem Gewicht. Wegen der bestehenden Verkaufszusammenschlüsse und der gesetzlich begründeten Bindung von Düngemittelpreisen — die in der Regel die Frachtkosten einschließen — bildet der Überblick über die gebietsweise Belieferung mit den einzelnen Düngemittelarten eine wesentliche Beurteilungsgrundlage. Insbesondere be-

nötigen die obersten Landesbehörden für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und die Wirtschaftsberatungsstellen der Länder eine objektive Unterrichtung über den Bezug von Düngemitteln, um daraus für die Beratung der Landwirtschaft Schlüsse zu ziehen. Auch für die Transportraumplanung ist ein solcher Überblick von Nutzen, zumal alljährlich Engpässe in der Bereitstellung von Transportraum für Düngemittel auftreten. Nicht zuletzt ist die Bundesregierung auch aus ihrer Zugehörigkeit zu internationalen Organisationen wie der EWG, FAO und der OECD auf Angaben über den zeit- und sortenmäßigen Bezug von Düngemitteln angewiesen, um ihren Verpflichtungen zu den erforderlichen Angaben für internationale Verbrauchsstatistiken nachkommen zu können. Diese Zusammenstellungen bilden für die Bundesregierung eine wertvolle Arbeitsunterlage bei internationalen Verhandlungen.

3. Es erscheint geboten, daß die Statistik mit Zustimmung der beteiligten Länder vom Statistischen Bundesamt durchgeführt wird (§ 3 Abs. 1), da die Zahl der Meldepflichtigen mit weniger als hundert sehr gering ist und diese die Düngemittel im gesamten Bundesgebiet absetzen. Zudem werden durch eine zentrale Erhebung und Aufbereitung der Statistik Doppelmeldungen und andere Fehlerquellen vermieden. Die Weiterleitung von Einzelangaben, die bereits nach den früheren Verordnungen zugelassen war, ist aus sachlichen Gründen notwendig, um den agrar- und wirtschaftspolitischen Erfordernissen entsprechen zu können (§ 3 Abs. 2).
4. Die Kosten der Düngemittelstatistik werden für den Bund auf jährlich 12 000 DM geschätzt. Den Ländern erwachsen keine Kosten.

Gesetz über die Handwerkszählung 1963 (Handwerkszählungsgesetz 1963) Vom 30. März 1963³⁾

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

(1) Im Kalenderjahr 1963 wird eine Handwerkszählung als Bundesstatistik durchgeführt. Sie umfaßt

1. eine allgemeine Zählung (§ 4);
2. eine repräsentative Ergänzungserhebung (§ 5).

(2) Die Handwerkszählung erstreckt sich auf Handwerksbetriebe.

§ 2

Auskunftspflichtig sind die in die Handwerksrolle eingetragenen natürlichen und juristischen Personen.

§ 3

(1) Die Handwerkskammern stellen den für die Durchführung der Zählung zuständigen Landesbehörden die Anschriften der nach § 2 auskunftspflichtigen Personen auf Anforderung zur Verfügung.

¹⁾ Bundesanzeiger Nr. 60 vom 26. März 1964 S. 1. — ²⁾ Bundesratsdrucksache Nr. 101 vom 28. Februar 1964 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben). — ³⁾ BGBl. I vom 4. April 1963 S. 177.

(2) Soweit bei der Durchführung der Zählung Handwerkskammern und Kreishandwerkerschaften zur Mitwirkung herangezogen werden, unterliegen sie den Vorschriften des § 12 Abs. 1 und des § 13 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314).

§ 4

(1) Die allgemeine Zählung erfaßt folgende Tatbestände:

1. a) die Art der ausgeübten Tätigkeiten,
b) das Vorhandensein eines Ladengeschäftes und von Zweigniederlassungen,
c) die Eintragung im Handelsregister;
2. a) das Lebensalter und die Staatsangehörigkeit des Inhabers,
b) den Zeitpunkt und die Art der Gründung oder Übernahme des Betriebes durch den Inhaber,
c) die Vertriebenen-(Flüchtlings-)Eigenschaft des Inhabers,
d) die Befugnis des Inhabers zur Anleitung von Handwerkslehrlingen;

3. die beschäftigten Personen am Jahresende 1961, am Ende jedes Vierteljahres 1962 sowie am 31. Mai 1963;
4. den Umsatz im Kalenderjahr 1962;
5. die Rechtsverhältnisse an den Räumen, die dem Betriebe des Handwerks dienen.

(2) Außer den in Absatz 1 bezeichneten Tatbeständen werden Angaben zur Kennzeichnung der Betriebe erhoben, die für die Prüfung der Auskunftspflicht und der statistischen Zuordnung der Betriebe erforderlich sind.

§ 5

Die Ergänzungserhebung erfaßt bei höchstens 150 000 Betrieben folgende Tatbestände:

1. die Löhne, Gehälter und Sozialaufwendungen im Kalenderjahr 1962;
2. a) den Material- und Wareneingang, den Elektrizitätsverbrauch und den Wert der vergebenen Lohnarbeiten im Kalenderjahr 1962,
b) den Material- und Warenbestand am Ende der Kalenderjahre 1961 und 1962;
3. die Zusammensetzung des Umsatzes und die Absatzrichtung im Kalenderjahr 1962;
4. die Antriebsmaschinen und stromverbrauchenden Geräte am 31. Dezember 1962;
5. die Zugänge an Sachanlagen im Kalenderjahr 1962.

§ 6

Die Weiterleitung von Einzelangaben nach § 12 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke durch die erhebenden Behörden an die für die Wirtschaft zuständige oberste Bundes- und Landesbehörde ohne Nennung des Namens des Auskunftspflichtigen ist zugelassen.

§ 7

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 8

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 30. März 1963

Der Bundespräsident
Lübke

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Ludwig Erhard

Der Bundesminister für Wirtschaft
Ludwig Erhard

Begründung¹⁾

I.

Das Handwerk zählt über 700 000 Betriebe, die mit rund 3,8 Millionen Beschäftigten gegenwärtig einen Jahresumsatz von über 86 Mrd. DM erzielen. Sein Anteil am Sozialprodukt beträgt über 10 v. H. Damit stellt das Handwerk einen überaus wichtigen Wirtschaftsbereich in der Gesamtwirtschaft der Bundesrepublik dar. Die in über 100 Fachzweigen ausgeübte handwerkliche Tätigkeit reicht von der Zulieferung für die industrielle Fertigung über die Erzeugung von Konsumgütern für den unmittelbaren Verbrauch in den Haushalten bis zu den Dienst- und Reparaturleistungen, wobei letztere fast ausschließlich vom Handwerk erbracht werden.

Die Vielfalt handwerklichen Wirkens hat unter dem Einfluß technischer und marktwirtschaftlicher Veränderungen eine wachsend unterschiedliche Entwicklung in den einzelnen Handwerkszweigen zur Folge.

Mit dem sehr hohen Anteil an Klein- und Mittelbetrieben ist das Handwerk die typische Gruppe des gewerblichen Mittelstandes, in der eine breite Schicht von mitarbeitenden Inhabern Initiative und unternehmerische Fähigkeiten zu entfalten vermag und unerwünschten Folgen einer Entwicklung zur reinen Industriegesellschaft entgegenwirkt. Das Handwerk bildet den überwiegenden Teil der gewerblichen Lehrlinge aus und sichert der deutschen Wirtschaft einen fachlich hochqualifizierten Nachwuchs.

Sowohl für die Bundesregierung und die Länderregierungen als auch für die breitere Öffentlichkeit ist daher die Beobachtung der wirtschaftlichen, aber auch der soziologischen Entwicklung dieses Wirtschaftsbereiches unerlässlich. Bereits in den Jahren 1949 und 1956 haben Handwerkszählungen stattgefunden. Die Abnahme der Zahl der Betriebe bei gleichzeitiger Steigerung des Umsatzes läßt auf weiterhin gewichtige Veränderungen im Handwerk schließen. Die Bundesregierung hält daher eine neue Zählung für erforderlich, denn nur umfangreichere Zählwerke liefern Unterlagen, die die Lage der Mittelschichten näher darstellen können. Ferner dient das statistische Material als Grundlage für die Fortschreibung der amtlich durchgeführten Handwerksberichterstattung, die vierteljährlich repräsentativ durchgeführt wird und auf Grund der Daten über Beschäftigte und Umsatz eine kurzfristige Beobachtung des Handwerks ermöglicht.

Für die Wahl des Zählungsjahres war mitbestimmend, daß im Jahre 1963 auf Empfehlung der Organisation der Vereinten Nationen im Zusammenwirken mit den Mitgliedstaaten der Europäischen

Wirtschaftsgemeinschaft ein industrieller Zensus in weltweitem Rahmen durchgeführt wird, in den nach internationalem Gliederungsprinzip auch das produzierende Handwerk einzubeziehen ist. In ihrem Erhebungsprogramm trägt die Handwerkszählung den Anforderungen der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft Rechnung, soweit es im Rahmen einer Befragung von überwiegend kleinen und mittleren Betrieben möglich ist.

Der Gesamtumfang der Erhebung entspricht im wesentlichen der im Jahre 1956 durchgeführten Zählung. Unter Berücksichtigung der Erfahrungen aus der letzten Erhebung werden die Tatbestände, wie Löhne und Gehälter, Wareneingang und -bestand, usw. (§ 5) nur bei repräsentativ ausgewählten Betrieben erhoben.

Wie bei den vorangegangenen Zählungen sind die Handwerkskammern verpflichtet, auf Anforderung die Anschriften der Handwerksbetriebe zur Verfügung zu stellen.

Die Weiterleitung der Einzelangaben durch die erhebenden Stellen an die für die Wirtschaft zuständigen obersten Bundes- und Landesbehörden ist vorgesehen, um sicherzustellen, daß diesen Behörden Unterlagen in tiefer gegliederter Form geliefert werden können.

II.

Die Durchführung des obengenannten Gesetzes wird nach einer Schätzung des Statistischen Bundesamtes folgende Kosten in Millionen DM erfordern:

Länder

persönliche Kosten	5,7
sächliche Kosten	1,4
insgesamt	7,1

Bund

persönliche Kosten	0,5
sächliche Kosten	0,1
insgesamt	0,6

Bund und Länder

persönliche Kosten	6,2
sächliche Kosten	1,5
insgesamt	7,7

Gesetz über die Durchführung laufender Statistiken im Handwerk sowie im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe (HwGaStatG) Vom 12. August 1960²⁾

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Über die Geschäftstätigkeit und den Wirtschaftsablauf im Handwerk und im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe werden lau-

fende Repräsentativ-Erhebungen als Bundesstatistik durchgeführt. Die Erhebungen umfassen

1. eine Umsatz-Schnellstatistik in wichtigen Zweigen des Handwerks (Handwerksstatistik),
2. eine Umsatz-Schnellstatistik im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe (Gaststättenstatistik).

¹⁾ Bundestagsdrucksache Nr. 876 vom 8. Januar 1963 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben). — ²⁾ BGBl. I vom 17. August 1960 S. 689.

§ 2

(1) Die Handwerksstatistik (§ 1 Nr. 1) erfaßt

1. vierteljährlich den Umsatz sowie die Zahl der Beschäftigten,
2. in den Jahren 1962 und 1965 für die Erhebungsjahre 1961 und 1964, in der Folge in Zeitabständen von 4 Jahren, die Wareneingänge und die Warenvorräte.

(2) Auskunftspflichtig sind die nach § 6 des Gesetzes zur Ordnung des Handwerks (Handwerksordnung) vom 17. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1411) in der Handwerksrolle eingetragenen Betriebe.

(3) Die Handwerksstatistik wird bei höchstens 35 000 der in Absatz 2 bezeichneten Betriebe durchgeführt.

§ 3

(1) Die Gaststättenstatistik (§ 1 Nr. 2) erfaßt monatlich den Umsatz sowie die Zahl der Beschäftigten.

(2) Auskunftspflichtig sind die Unternehmen des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes. Bei Unternehmen mit mehreren Niederlassungen sind auch die einzelnen Niederlassungen auskunftspflichtig.

(3) Die Gaststättenstatistik wird bei höchstens 15 000 der in Absatz 2 bezeichneten Unternehmen durchgeführt.

§ 4

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 5

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 12. August 1960

Der Bundespräsident
Lübke

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Ludwig Erhard

Der Bundesminister für Wirtschaft
Ludwig Erhard

Begründung¹⁾

I. Notwendigkeit und Bedeutung der Berichterstattung im Rahmen der Wirtschaftsstatistik

Bei den Wirtschaftsbereichen der Industrie, des Groß- und Einzelhandels werden bereits seit geraumer Zeit für die kurzfristige Beobachtung der strukturellen, konjunkturellen und saisonalen Entwicklung gesetzlich angeordnete Statistiken durchgeführt. Für das vornehmlich mittelständisch strukturierte Handwerk und Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe dagegen fehlt es an entsprechenden statistischen Unterlagen völlig, obwohl beide Bereiche nahezu 1 Million Betriebe zählen, die jährlich über 70 Milliarden DM umsetzen.

Im Handwerk wurden in den Jahren 1949 und 1956 Zählungen durchgeführt, die alle Handwerksbetriebe erfaßten und einen tiefgegliederten Einblick in die langfristigen Entwicklungstendenzen ermöglichten. In der dynamischen Wirtschaft ergeben sich jedoch ständig Veränderungen erheblichen Umfanges, auf deren Beobachtung nicht verzichtet werden kann, wenn die sich vollziehenden Umschichtungen mit ihren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rückwirkungen möglichst frühzeitig erkannt werden sollen. Im Gegensatz zu den umfangreichen Frageprogrammen der Zählungen genügt für die kurzfristige Orientierung eine repräsentative und damit kostensparende Erfassung von ausgewählten Handwerksbetrieben. Der Zentralverband des Deutschen Handwerks hat bereits im Laufe der letzten 10 Jahre freiwillige Befragungen in einigen Bundesländern durchgeführt. Es gelang aber nicht, in allen Ländern eine für Bundeszwecke ausreichende Statistik zu entwickeln, wenn auch für einzelne regionale Gebiete Ergebnisse von allgemein anerkanntem Werte erzielt wurden. Unter dem Gesichtspunkt der zunehmenden Bedeutung von wirtschaftspolitischen Maßnahmen auf dem Gebiete der mittelständischen Bereiche wird eine amtlich erhobene und durchgeführte Handwerksberichterstattung dringlich, die sich jedoch auf diejenigen Zweige beschränken soll, die in stärkerem Maße konjunkturellen und saisonalen Einflüssen unterliegen oder wegen ihrer Bedeutung oder wegen ihrer Strukturveränderungen sorgfältig beobachtet werden müssen. Die Handwerksberichterstattung hat eine monatliche Beobachtung der Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung dieser Handwerkszweige zum Hauptgegenstand. Darüber hinaus ist vorgesehen, in Abständen von 4 Jahren den Wareneingang und die Warenbestände zu erfassen. Für die Ermittlung des Beitrages des gesamten Handwerks zum Sozialprodukt ist eine fachliche Gliederung nach Handwerkszweigen erforderlich, um zwischen den Kostenstrukturerhebungen Anhaltspunkte für eine Schätzung des Materialverbrauchs und der Gesamt-vorräte des Handwerks zu gewinnen. Für die repräsentative Erfassung des gesamten Handwerks mit rd. 750 000 Betrieben wird eine Stichproben-Auswahl von höchstens 35 000 Betrieben der verschiedenen Größenklassen ausreichen, um die Entwicklung des Handwerks in regionaler und fachlicher Gliederung darstellen zu können.

Ebenso wie im Handwerk fehlt es auch im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe an jeglichem amtlichen statistischen Material, das kurzfristige Analysen auf diesem Gebiete zuläßt. Das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe erfuhr im letzten Jahrzehnt beachtliche Wandlungen. Auf Kosten des Warenverkehrs sind die Dienstleistungen in den Vordergrund getreten, bei denen vornehmlich die Leistungen für den Reiseverkehr von Jahr zu Jahr zugenommen haben, die ihren Niederschlag in den Umsätzen der Gast-

stätten und Hotels fanden. Die vorgesehene Statistik soll somit einen Indikator liefern, der die in jüngster Zeit zunehmende Verlagerung des Verbrauchs auf Grund der Veränderung von Beschäftigung und Umsatz im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe anzeigen würde, zumal die statistischen Unterlagen über die Verwendung der Einkommen kurzfristig wenig Aufschluß über diese Tendenzen geben. Die in der Fremdenverkehrsstatistik nachgewiesenen Beherbergungen reichen für die Darlegung dieses Sachverhalts nicht aus. Die Berichtspflicht für mittels Stichprobe ausgewählte 15 000 von insgesamt 165 000 Unternehmen des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes dürfte sicherstellen, daß auch ein zureichender Repräsentationsgrad für die Ergebnisse nach Ländern sichergestellt ist.

II. Kostenberechnung

Die Durchführung des o. g. Gesetzes wird nach den Schätzungen der Statistischen Landesämter und des Statistischen Bundesamtes folgende neue Kosten erfordern:

Lediglich im 1. Anlaufjahr der Statistik würden sich die Kosten der Statistischen Landesämter um insgesamt rd. 65 000 DM erhöhen.

A. Handwerksstatistik (§ 1 Nr. 1)

	insgesamt DM	davon	
		persönliche Kosten DM	sächliche Kosten DM
1. Kosten der Statistischen Landesämter	566 000	395 000	171 000
2. Kosten des Statistischen Bundesamtes	65 000	32 000	33 000
3. insgesamt	631 000	427 000	204 000

B. Gaststättenstatistik (§ 1 Nr. 2)

	insgesamt DM	davon	
		persönliche Kosten DM	sächliche Kosten DM
Kosten der Statistischen Landesämter	140 000	100 000	40 000

Beim Statistischen Bundesamt werden zusätzliche Haushaltsmittel nicht benötigt.

¹⁾ Bundestagsdrucksache Nr. 1547 vom 18. Januar 1960 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben).

Verordnung

über die Statistik in der öffentlichen Wasserversorgung und im öffentlichen Abwasserwesen

Vom 12. März 1964¹⁾

Auf Grund des § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314), zuletzt geändert durch das Zweite Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 15. Juli 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 721), verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

§ 1

In der öffentlichen Wasserversorgung und im öffentlichen Abwasserwesen werden im Jahre 1964 Erhebungen als Bundesstatistik durchgeführt.

§ 2

Die Statistik erfaßt für das dem Erhebungsjahr vorangegangene Kalenderjahr folgende Tatbestände:

I. In der öffentlichen Wasserversorgung:

1. Gewinnung und Bezug von Grundwasser, Quellwasser und Oberflächenwasser,
2. Abgabe von Wasser,
3. Zahl der versorgten Einwohner.

II. Im öffentlichen Abwasserwesen:

1. Abwasseranfall,
2. Fortleitung und Reinigung des Abwassers,
3. Zahl der an die öffentliche Kanalisation angeschlossenen Einwohner.

§ 3

(1) Auskunftspflichtig nach § 10 des Gesetzes sind Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen und andere Einrichtungen, die Anlagen der öffentlichen Wasserversorgung und des öffentlichen Abwasserwesens betreiben.

(2) Die Meldungen nach § 2 sind unter Verwendung der amtlichen Erhebungsvordrucke zu den auf diesen angegebenen Meldeterminen der nach Landesrecht bestimmten, fachlich zuständigen Stelle einzureichen.

(3) Besitzt ein Auskunftspflichtiger an getrennten Orten Betriebe mit selbständigen Wasserversorgungs- oder Entwässerungsgebieten, so ist für die einzelnen Betriebe jeweils gesondert zu berichten.

(4) Die Auskünfte sind auf Anfordern gesondert für die einzelnen Gemeinden zu machen.

§ 4

Die Weiterleitung von Einzelangaben nach § 12 Abs. 2 des Gesetzes an die für die Wasserversorgung und das Abwasserwesen zuständigen obersten Bundes- und Landesbehörden oder die von diesen bestimmten Stellen ist zugelassen.

§ 5

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 17 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke auch im Land Berlin.

§ 6

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 12. März 1964

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Mende

Der Bundesminister für Gesundheitswesen
Schwarzhaupt

Begründung²⁾

Amtliche statistische Erhebungen in der öffentlichen Wasserversorgung und im öffentlichen Abwasserwesen sind nach 1945 erstmalig auf Grund der Verordnung vom 3. April 1958 (Bundesanzeiger vom 11. April 1958, Jahrgang 10, Nr. 69) für das Stichjahr 1957 durchgeführt worden. Damit ist bereits die Notwendigkeit einer amtlichen Wasserstatistik neben der seit 1952 periodisch durchgeführten Statistik über die Wasserversorgung in der Industrie anerkannt worden. Darüber hinaus haben die Erkenntnisse aus der ersten amtlichen Wasserstatistik gezeigt, daß sie eine wichtige Ergänzung der industriellen Wasserstatistik darstellt und daß die Einbeziehung des öffentlichen Bereiches in die amtliche statistische Beobachtung zur Vervollständigung des wasserwirtschaftlichen Gesamtbildes unerlässlich ist.

¹⁾ Bundesanzeiger Nr. 56 vom 20. März 1964 S. 1. — ²⁾ Bundesratsdrucksache Nr. 510 vom 29. November 1963 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben).

Inzwischen sind 5 Jahre vergangen. In dieser Zeit sind auf den Gebieten der öffentlichen Wasserversorgung und des öffentlichen Abwasserwesens beachtliche Fortschritte erzielt worden. Die Ergebnisse und Erkenntnisse aus der amtlichen Wasserstatistik bedürfen daher einer Ergänzung durch eine neue Erhebung. Sie soll es ermöglichen, aktuelle Angaben über die heutige Situation zu erhalten und die seit 1957 eingetretenen Veränderungen zahlenmäßig auszuwerten und zu beurteilen. Die allgemeine Auffassung geht dahin, daß sie spätestens für das Jahr 1963 benötigt wird. Dabei geben die Erfahrungen aus der amtlichen Wasserstatistik 1958 Veranlassung, die vorgesehene neue amtliche Wasserstatistik wiederum auf Grund einer Rechtsverordnung durchzuführen. Die in § 6 Abs. 2 Stat. Ges. genannten Voraussetzungen für diese Rechtsverordnung sind gegeben. Die Kosten für die Erhebung werden für die Länder auf etwa 235 000 DM geschätzt. Für den Bund entstehen keine zusätzlichen Kosten.

Bauhauptgewerbe, Bautätigkeit, Wohnungen

Gesetz über die Durchführung von Statistiken der Bautätigkeit (BauStatG)

Vom 20. August 1960¹⁾

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Im Geltungsbereich dieses Gesetzes werden laufend Statistiken

1. der Bautätigkeit im Hochbau (Hochbaustatistik) und im Tiefbau (Tiefbaustatistik) sowie
2. der erstmaligen Wohnraumvergaben (Wohnraumvergabestatistik) durchgeführt.

§ 2

(1) Die Hochbaustatistik erfaßt die genehmigungs- oder zustimmungspflichtigen und die anzeigepflichtigen Baumaßnahmen, bei denen Wohnraum oder anderer Nutzraum durch Bautätigkeit zu- oder abgeht, baulich verändert oder einem anderen Verwendungszweck zugeführt wird oder durch baupolizeiliche Maßnahmen, Schadensfälle oder Abbruch verlorengeht.

(2) Sie erstreckt sich auf Feststellungen über die genehmigten, begonnenen und fertiggestellten Bauvorhaben und auf den Bauzustand am Jahresende. Sie erfaßt dabei Lage, Art, Größe, Ausstattung, Baukosten und Bauherren der Gebäude, Wohnungen und Wohnräume sowie die Art der Baumaßnahme.

(3) Bei Baumaßnahmen des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaues erstreckt sie sich außerdem auf Feststellungen über die Bewilligungen öffentlicher Mittel und die Art ihres Einsatzes, über die Gesamtkosten in der Aufgliederung nach § 5 der Zweiten Berechnungsverordnung vom 17. Oktober 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 1719), die Finanzierung, die Grundstücksgröße und die Rechtsform der Nutzung sowie über die Zweckbindung der geförderten Wohnungen und die genehmigten Durchschnittsmieten.

§ 3

Die Tiefbaustatistik erfaßt die vergebenen Tiefbauaufträge mit einem Auftragswert von 25 000 Deutsche Mark und mehr nach Bauherren, Art der Baumaßnahme, Auftragswert und voraussichtlicher Abwicklungsdauer.

§ 4

Die Wohnraumvergabestatistik erfaßt die erstmaligen Vergaben neugeschaffener Wohnungen und Wohnräume des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaues sowie eine Aufgliederung der Vergaben nach Personengruppen.

§ 5

Auskunftspflichtig sind

1. für die Hochbaustatistik die Bauherren, die Bauaufsichtsbehörden, die Bewilligungsstellen und für die Feststellung des Bauzustandes am Jahresende auch die Gemeinden,
2. für die Tiefbaustatistik die auftragvergebenden Stellen des Bundes, der Länder, der Gemeinden mit 5 000 und mehr Einwohnern, der Gemeindeverbände, der sonstigen juristischen Personen des öffentlichen Rechts und der juristischen Personen des privaten Rechts, an denen die öffentliche Hand maßgeblich beteiligt ist,
3. für die Wohnraumvergabestatistik die für die Wohnraumvergaben zuständigen Behörden.

§ 6

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 7

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft, mit Ausnahme des § 3 und des § 5 Nr. 2, die am 1. Januar 1960 in Kraft treten.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 20. August 1960

Der Bundespräsident
Lübke

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Ludwig Erhard

Der Bundesminister für Wohnungsbau
Lücke

Der Bundesminister für Wirtschaft
Ludwig Erhard

Begründung²⁾

A. Allgemeiner Teil

1. Die Bautätigkeitsstatistik gehört zu den Dauerstatistiken, die schon seit dem ersten Weltkriege durchgeführt werden. In der Nachkriegszeit lebte die Bautätigkeitsstatistik (Hochbau) zunächst in den einzelnen Bundesländern wieder auf. Durch die Verordnung über die Durchführung einer Statistik der Bautätigkeit und der Wohnraumvergaben vom 24. März 1953 (BGBl. I S. 78) wurde für die Bautätigkeitsstatistik eine bundeseinheitliche Rechtsgrundlage geschaffen und damit zugleich die Wohnraumvergabestatistik angeordnet.

Seit dem Auslaufen dieser Verordnung — am 31. Dezember 1955 — werden sie auf Grund der

- a) Verordnung über die Durchführung der Statistik der Bautätigkeit vom 3. Oktober 1956 (BANz. Nr. 196 vom 9. Oktober 1956) und
- b) Verordnung über die Durchführung der Statistik der Wohnraumvergaben vom 22. Dezember 1956 (BANz. Nr. 250 vom 28. Dezember 1956)

fortgeführt, die mit Ablauf des 9. Oktober bzw. 28. Dezember 1959 außer Kraft treten.

2. Auf die Bautätigkeitsstatistik kann nicht verzichtet werden, weil es sich hierbei um eines der wichtigsten Instrumente der Wirtschafts- und Konjunkturbeobachtung handelt, das gerade auch in dem Wirtschaftssystem einer sozialen Marktwirtschaft zur Beeinflussung der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung und der Baukonjunktur im besonderen von größtem Wert und damit staatspolitisch

unabdingbar ist. Die Überprüfung der Erhebungsprogramme auf Einsparungsmöglichkeiten hat ergeben, daß der im Gesetzentwurf vorgesehene Umfang der Erhebungen zur laufenden Beobachtung der Baukonjunktur unbedingt erforderlich und eine Beschränkung der Erhebungen nur auf eine repräsentative Auswahl nicht möglich ist. Die Ergebnisse der Bautätigkeitsstatistik dienen insbesondere der laufenden Unterrichtung des Bundestages und des Bundesrates sowie der Bundesregierung über die allgemeine Bautätigkeit und die Wohnungsbautätigkeit im besonderen. Sie bilden außerdem eine unentbehrliche Grundlage für die zu treffenden Dispositionen der einschlägigen Fachministerien des Bundes (insbesondere BMWi, BMWo, BMV, BMA, BMF) sowie auch für die kreditpolitischen Entscheidungen der Deutschen Bundesbank. Ein sehr großes Interesse an den Ergebnissen der Bautätigkeitsstatistik besteht außerdem bei den Bundesländern, den Städten und Gemeinden und den einschlägigen Organisationen.

3. Die Bautätigkeitsstatistik ist unter konjunktur- und baupolitischen Gesichtspunkten in ihrer bisherigen Form nicht ausreichend, weil in der zeitlichen Beobachtung des Ablaufs der Bauvorhaben zwischen der Erteilung der Baugenehmigung und der Baufertigstellung eine Lücke klafft. Nicht alle genehmigten Bauvorhaben werden ausgeführt, und auch bei den in Angriff genommenen Vorhaben liegen zwischen Genehmigung und Beginn der Bauarbeiten unterschiedlich lange Zeiträume. Die tatsächliche Inanspruchnahme der Baukapazität und deren voraussichtliche Beanspruchung in den nächstfolgenden Monaten kann aus der derzeitigen Bautätigkeitsstatistik nicht abgeleitet werden. Für wirtschafts-, konjunktur- und baupolitische Zwecke ist das aber unerlässlich, vor allem im Hinblick auf die Bemühungen um einen möglichst kontinuierlichen Ablauf

¹⁾ BGBl. I vom 25. August 1960 S. 704. — ²⁾ Bundestagsdrucksache Nr. 1491 vom 15. Dezember 1959 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben).

der Bautätigkeit (Winterbau) und damit der gesamten Wirtschaftstätigkeit. Deshalb soll die im Reichsgebiet schon vor dem letzten Kriege durchgeführte statistische Erfassung der Baubeginne — wie nach dem Kriege in verschiedenen Bundesländern — allgemein wieder aufgenommen und in einer möglichst einfachen Form durchgeführt werden. Eine Statistik der Baubeginne wird auch in der Mehrzahl der westeuropäischen Länder geführt.

4. Auf die Durchführung einer Tiefbaustatistik wurde bisher verzichtet, weil die Bautätigkeit zum weitaus überwiegenden Teil auf Hochbaumaßnahmen entfiel. In den letzten Jahren ist hier aber eine Änderung eingetreten, da der Tiefbau, und hier insbesondere der Straßenbau, sehr stark an Gewicht gewonnen hat. Es ist damit zu rechnen, daß dies in den kommenden Jahren noch mehr der Fall sein wird, wenn nach Überwindung der Wohnungsnot die Wohnungsbautätigkeit sich auf die Deckung des laufend entstehenden Neubedarfs an Wohnraum sowie die Sanierung des Altwohnungsbestandes und die anstehenden städtebaulichen Maßnahmen beschränken kann. Die statistische Erfassung des Tiefbaues ist vor allem aus Gründen der Konjunkturpolitik geboten, um eine vollständige Transparenz des Baumarktes zu erlangen. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß hinsichtlich einer dämpfenden oder fördernden Beeinflussung der Bau- und damit der gesamten Konjunktur gerade die Tiefbautätigkeit in ihrer laufenden Entwicklung übersehbar sein muß, und zwar deshalb, weil über die Tiefbautätigkeit, die fast ausschließlich eine Sache der öffentlichen Hand ist, der saisonale und konjunkturelle Ablauf der Bautätigkeit in starkem Maße beeinflusst werden kann. Hierzu wird vor allem auf die verstärkten Bemühungen von Bundesregierung und Bundestag zur Einschränkung der winterlichen Arbeitslosigkeit im Baugewerbe hingewiesen. (Große Anfrage der Fraktion der SPD betr. Verhältnisse in der Bauwirtschaft vom 30. Juni 1958 — Drucksache 495 — und Beschluß des Bundestages vom 27. November 1958.)

5. An der Statistik der Wohnraumvergaben besteht sowohl für die Wohnungspolitik des Bundes als auch für die der Länder ein begründetes Interesse; hierbei sind die Erstvergaben der Wohnungen des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaues an die Vertriebenen, Flüchtlinge, Kriegssachgeschädigten (Evakuierten) und die Nichtgeschädigten von besonderer Bedeutung. Nach dem II. WoBauG und nach dem LAG haben Bund und Länder die erforderlichen Maßnahmen zur beschleunigten und gerechten Unterbringung der noch nicht oder nur unzureichend mit Wohnraum versorgten Haushalte zu treffen. Hierfür muß Klarheit darüber bestehen, wie die für diese Zwecke zur Verfügung gestellten Wohnbauförderungsmittel zu verteilen sind und welche Bevölkerungsgruppen in erster Linie mit Wohnraum versorgt werden müssen. Die Länder können nach dem Lastenausgleichsgesetz auch vom Präsidenten des Bundesausgleichsamtes verpflichtet werden, die Förderung des sozialen Wohnungsbaues mit LAG-Mitteln nachzuweisen und dabei die den einzelnen Geschädigtengruppen zugewiesenen Wohnungen anzugeben. Im Hinblick auf die Ergebnisse der Wohnraumvergabestatistik ist seit dem Jahre 1956 auf eine derartige, gesonderte Berichterstattung der Länder verzichtet worden; sie müßte aber — mit größerem Arbeits- und Mittelaufwand — wiederaufleben, wenn die Wohnraumvergabestatistik nicht mehr fortgeführt werden sollte. Die Beibehaltung der mit niedrigen Kosten verbundenen Wohnraumvergabestatistik dürfte daher der einfachste und billigste Weg sein, um die benötigten Unterlagen, insbesondere für das BAA zur Berechnung des Wohnungsfehlbestandes der Geschädigten und des Verteilungsschlüssels für die Aufbaudarlehen Wohnungsbau, ermitteln zu können.

6. Die Bautätigkeitsstatistik, einschließlich der Erfassung der Baubeginne und der Auftragsvergaben im Tiefbau, soll gemäß § 6 Abs. 1 StatGes durch Gesetz angeordnet werden, weil es sich einerseits um sachlich zusammenhängende Dauerstatistiken handelt, deren Erhebungsprogramm zum größten Teil feststeht und sich bewährt hat, und weil andererseits die Kosten die in § 6 Abs. 2 Nr. 3 des Statistischen Gesetzes (StatGes) vom 3. September 1953 bestimmte Grenze (von 500 000 DM) überschreiten. Da nach Beseitigung des gegenwärtig noch bestehenden Wohnungsmangels die Wohnraumbewirtschaftung entbehrlich und die öffentliche Förderung des sozialen Wohnungsbaues allmählich auslaufen wird, ist beabsichtigt, die in dem Gesetzentwurf enthaltenen Vorschriften über die Wohnraumvergabestatistik sowie über die Bewilligungsstatistik außer Kraft zu setzen, wenn die Vorschriften über die Bewilligung öffentlicher Mittel zur Förderung des sozialen Wohnungsbaues und über die Zuteilung öffentlich geförderter Wohnungen keine Anwendung mehr finden.

B. Besonderer Teil

Zu § 1

Die genannten Statistiken umfassen

1. die Hochbaustatistik mit folgenden Einzelerhebungen:
 - a) Baugenehmigungen, Baubeginne, Baufertigstellungen und Bauüberhang am Jahresende (gemäß § 2 Abs. 2),
 - b) Bewilligungen im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau (gemäß § 2 Abs. 3);
2. die Statistik der Auftragsvergaben im Tiefbau (Tiefbaustatistik gemäß § 3);
3. die Statistik der erstmaligen Wohnraumvergaben (Wohnraumvergabestatistik gemäß § 4).

Zu § 2

Hier sind die zu erfassenden Tatbestandsmerkmale für die Hochbaustatistik geregelt. Genaue Rückschlüsse auf den Umfang und die Entwicklung des Baugeschehens im Hochbau sind nur dann möglich, wenn die Hochbautätigkeit nach ihren wichtigsten Merkmalen und nach den die Bautätigkeit bestimmenden Phasen erfaßt wird. Die Hochbaustatistik wird deshalb in die in den Erläuterungen zu § 1 angeführten Einzelerhebungen gegliedert, die wie folgt aufeinander abgestimmt sind:

Mit den Baugenehmigungen werden die Bauabsichten der Bauherren nach genehmigungs-, zustimmungs- oder anzeigepflichtigen Baumaßnahmen im Hochbau erfaßt und die Zahl der Gebäude und Wohnungen nach ihrer Lage, Art (z. B. Wohngebäude, Bürogebäude usw.), Größe, nach dem umbauten Raum, der Wohnfläche, den veranschlagten reinen Baukosten und der Art der Baumaßnahme (Neubau, Wiederaufbau usw.), wie in § 2 festgelegt, ermittelt. Da die Bekundung des Bauwillens nicht in allen Fällen in die Tat umgesetzt wird und die Bauausführung oftmals erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgt, sind die Baugenehmigungen zwar ein wichtiger Maßstab für die Entwicklung der Bauabsichten, aber zur Beurteilung der Inanspruchnahme der Bauwirtschaft allein nicht ausreichend. Die Erfassung der Baubeginne schaltet demgegenüber die Scheingenehmigungen aus und zeigt, in welchem Maße der in der Baugenehmigung bekundete Wille zu der tatsächlichen Inanspruchnahme von Baukapazitäten führt. Ein Vergleich der Entwicklung der Baugenehmigungen und Baubeginne ist insbesondere zur konjunkturellen Beobachtung und Beurteilung des Baumarktes unerlässlich.

Die Baufertigstellungen zeigen das Ergebnis der Bautätigkeit (die abgeschlossenen Baumaßnahmen) auf. Da die Bauämter die »Baubahnabnahme« nicht laufend und oft nicht sofort nach Beendigung des Baues durchführen können, ist zum Nachweis der effektiven Jahresbauleistung die Bauüberhangserhebung erforderlich. Sie ergänzt die Baufertigstellungsmeldungen durch die Erfassung der tatsächlichen Baufertigstellungen am Jahresende, und zwar auch unter Berücksichtigung der von den Bauämtern noch nicht abgenommenen fertiggestellten Gebäude, und ermöglicht außerdem die Feststellung der am Jahresende im Bau befindlichen, aber noch nicht fertiggestellten Bauten. Ihre Ergebnisse vermitteln einen Überblick über den Vorrat an Bauleistungen, der im abgelaufenen Baujahr neben den Fertigstellungen entstanden ist und im neuen Baujahr zur Fertigstellung ansteht.

Durch die in Absatz 3 angeordnete Bewilligungsstatistik werden diejenigen Baumaßnahmen besonders erfaßt, für die öffentliche Mittel in den verschiedensten Subventionsformen — als reine Kapitalhilfen oder reine Lastenhilfen bzw. in gemischter Form — im Rahmen des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaues bewilligt werden. Sie vermittelt außerdem einen Überblick über das Ausmaß der bewilligten Mittel einschließlich der gewährten individuellen Miet-(Lasten-)beihilfen, den Erfolg ihres Einsatzes in Gestalt von Wohnbauten und Wohnungen, insbesondere hinsichtlich des Familienheimbaues und der Wohnungsversorgung der sog. Leistungsschwachen, die Rechtsform der Nutzung, die Zusammensetzung der Kosten sowie die Finanzierung dieser Baumaßnahmen und die genehmigten Mieten sowie die Zweckbestimmung der geförderten Wohnungen.

Die Erhebungen der Baugenehmigungen, der Baubeginne und der Baufertigstellungen erfolgen mittels einer Zählkarte (im Durchschreibeverfahren in dreifacher Ausfertigung). Die erste Ausfertigung wird nach Erteilung der Baugenehmigung von den Baubehörden, die zweite Ausfertigung nach Inangriffnahme des Bauvorhabens — mit Datum des Baubeginns versehen — von den Bauherren und die dritte Ausfertigung nach vollzogener Baubahnabnahme bzw. Fertigstellungsmeldung von den Baubehörden den Statistischen Landesämtern übersandt.

Zu § 3

Die Tiefbaustatistik erfaßt die Vergaben öffentlicher Tiefbauvorhaben (Aufträge) mit einem Auftragswert von 25 000 DM und mehr. Die Auftragsvergaben sollen laufend erfaßt und unter Verwendung einer einfachen Zählkarte monatlich den Statistischen Landesämtern gemeldet werden, um einen Überblick über die laufende Entwicklung zu gewinnen. Die zu erfassenden Tiefbaumaßnahmen sollen gegliedert werden nach

- a) Straßenbauten,
- b) Tiefbauten an Bundeswasserstraßen,
- c) wasserwirtschaftlichen Baumaßnahmen,
- d) Kultur- und Flurbereinigungsmaßnahmen und
- e) sonstigen Tiefbaumaßnahmen.

Da die voraussichtliche Abwicklungsdauer (vorgesehene Bauzeit) der Tiefbauaufträge für Feststellungen über die Beanspruchung der Baukapazität von entscheidender Bedeutung ist, sollen die vergebenen Aufträge in 4 Gruppen (bis 3 Monate, 3 bis 6 Monate, 6 bis 12 Monate, 12 Monate und länger) erfaßt werden.

Zu § 4

In die Wohnraumvergabestatistik sollen — wie bisher — ausschließlich die Erstvergaben neugeschaffener Wohnungen und Wohnräume des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaues einbezogen werden.

Nach den Erfahrungen der letzten Jahre sind bei der Erfassung dieser Wohnungen (Haushalte) und Wohnräume keine Schwierigkeiten entstanden, zumal die Vergaben der neuen Sozialwohnungen an die einzelnen Bevölkerungsgruppen ohnehin von den zuständigen Behörden registriert werden. Zur Erstellung der Wohnraumvergabe-statistik bedarf es also nur der Zusammenfassung der Erstvergaben auf einem Formblatt, auf dem sie nach den einzelnen Bevölkerungsgruppen wie folgt aufgeteilt werden:

1. Vertriebene,
2. Zugewanderte,
3. Sachgeschädigte (ohne zurückgeführte Evakuierte),

4. zurückgeführte Evakuierte und
5. sonstige.

Die an die kinderreichen Familien dieser Bevölkerungsgruppen vergebenen Wohnungen sollen — wie bisher — gesondert ausgewiesen werden.

C. Kostenberechnung

Bei der Durchführung des Gesetzes entstehen in recht geringem Umfang zusätzliche Aufwendungen nur bei der statistischen Erfassung der Baubeginne und der Auftragsvergaben im Tiefbau. Die jährlichen voraussichtlichen Kosten für diese Statistiken verteilen sich wie folgt auf Bund und Länder:

	Tiefbau			Baubeginn		
	persönlich	sächlich	zusammen	persönlich	sächlich	zusammen
	1000 DM					
Kosten des Bundes	0,5	1,5	2,0	14,4	4,4	18,8
Kosten der Länder	54,0	7,0	61,0	102,5	12,0	114,5
insgesamt	54,5	8,5	63,0	116,9	16,4	133,3

Für die übrigen im Gesetzentwurf aufgeführten Statistiken, die seit den Jahren 1949 bzw. 1952 zum ständigen Arbeitsprogramm

der amtlichen Statistik gehören, sind die erforderlichen Mittel in den Haushalten des Bundes und der Länder enthalten.

Gesetz über eine Statistik der Wohn- und Mietverhältnisse und des Wohnungsbedarfs (Wohnungsstatistik 1956/57) Vom 17. Mai 1956¹⁾

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

(1) Im Geltungsbereich dieses Gesetzes wird eine Statistik der Wohn- und Mietverhältnisse und des Wohnungsbedarfs (Wohnungsstatistik 1956/57) durchgeführt.

(2) Die Wohnungsstatistik 1956/57 besteht aus einer allgemeinen Erhebung, einer repräsentativen Erhebung und einer repräsentativen Zusatzerhebung.

(3) Die allgemeine Erhebung und die repräsentative Erhebung werden im September 1956, die repräsentative Zusatzerhebung wird erstmalig in den Monaten März bis Mai 1957 durchgeführt. Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnungen mit Zustimmung des Bundesrates repräsentative Zusatzerhebungen für die Jahre 1958, 1960 und 1962 anzuordnen.

§ 2

Bei der allgemeinen Erhebung sind die folgenden Tatbestände zu erfassen:

1. hinsichtlich der Wohnungen
 - a) die Art der Wohnungen,
 - b) die Größe der Wohnungen nach ihrer Raumzahl und die Wohnungsmiete;
2. hinsichtlich der Wohnparteien
 - a) die Haushaltsmitglieder nach Alter, Geschlecht, Familienstand, Stellung zum Haushaltungsvorstand und Zugehörigkeit zu einer Geschädigtengruppe sowie Arbeitsort und Wohnsitz,
 - b) die gegenwärtige Unterbringung nach Wohnform und Mietverhältnis;
3. hinsichtlich der Anstalten

die Anstaltsinsassen und das Personal nach Alter, Geschlecht, Familienstand und Zugehörigkeit zu einer Geschädigtengruppe.

§ 3

Bei der repräsentativen Erhebung sind über die Feststellungen nach § 2 hinaus die folgenden Tatbestände zu erfassen:

1. für eine Auswahl von 10 vom Hundert der Wohnungen die Belegung der Wohnungen mit Wohnparteien und Personen;

¹⁾ BGBl. I vom 23. Mai 1956 S. 427.

2. für die in den gemäß Nummer 1 ausgewählten Wohnungen lebenden Wohnparteien
 - a) die soziale Stellung des Haushaltungsvorstandes,
 - b) die vorwiegende Einkommensquelle der Haushaltung,
 - c) die Zahl der von der Haushaltung bewohnten Räume.

§ 4

Bei der repräsentativen Zusatzerhebung sind über die Feststellungen nach §§ 2 und 3 hinaus die folgenden Tatbestände zu erfassen:

1. für eine Auswahl von 10 vom Hundert der bei der repräsentativen Erhebung erfaßten Wohnungen
 - a) die Ausstattung der Wohnungen,
 - b) die Wohnfläche nach qm;
2. für die in den gemäß Nummer 1 ausgewählten Wohnungen lebenden Wohnparteien
 - a) die Einkommen,
 - b) die Wohnwünsche nach Größe, Lage und Ausstattung der Wohnungen und nach der Wohnform,
 - c) die Finanzierungsmöglichkeiten und die Mietzahlungsbereitschaft,
 - c) die Untermiete.

§ 5

(1) Auskunftspflichtig nach § 10 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) sind die Haushaltungsvorstände, Wohnungsinhaber und Grundstückseigentümer oder -verwalter oder deren Vertreter. Die Auskünfte nach § 4 Nr. 2 Buchstabe a sind freiwillig.

(2) Die zu erfassenden Tatbestände werden für die allgemeine Erhebung und die repräsentative Erhebung mittels Erhebungsvordrucken, für die repräsentative Zusatzerhebung im Wege der mündlichen Befragung erhoben.

§ 6

Die repräsentative Zusatzerhebung für das Jahr 1957 wird durch das Statistische Bundesamt aufbereitet.

§ 7

Zur Durchführung der Erhebungen werden ehrenamtliche Zähler bestellt.

§ 8

(1) Die Behörden des Bundes, der Länder, der Gemeinden und der Gemeindeverbände sowie die sonstigen Körperschaften des öffent-

lichen Rechts sind verpflichtet, ihren Beamten, Angestellten und Arbeitern in dem von den Erhebungsstellen angeforderten Umfang Gelegenheit zur Ausübung der Zählertätigkeit unter Fortzahlung der Bezüge zu geben.

(2) Lebenswichtige öffentliche Betriebe dürfen durch die Verpflichtung nach Absatz 1 in ihrer Tätigkeit nicht unterbrochen werden.

§ 9

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

Begründung¹⁾

I. Allgemeiner Teil

Durch die intensive Wohnungsbautätigkeit der vergangenen Jahre ist es zwar gelungen, die durch Kriegszerstörungen und Vertreibung entstandene beispiellose Wohnungsnot zu mildern und die unerträgliche Beengung der Wohnungsverhältnisse aufzulockern. Unbeschadet dessen stehen aber vor allem für die kommenden 5 bis 7 Jahre noch große Aufgaben an, wenn die Wohnungsnot bis dahin annähernd beseitigt, das Mietenproblem gelöst und die Wohnungswirtschaft im ganzen Schritt für Schritt in den Bereich der sozialen Marktwirtschaft eingegliedert werden soll. Im übrigen haben sich im vergangenen Jahr fünf durch die wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen, durch die Wanderungsbewegung, die gesetzliche Umsiedlung u. a. m. erhebliche räumliche Verschiebungen in den Wohnungsverhältnissen vollzogen, wie sich auch die Unterversorgung mit Wohnungen innerhalb der einzelnen Bevölkerungsgruppen in unterschiedlichem Maße verändert und verbessert hat. Es ist eine Erfahrungstatsache aus der Wohnungspolitik des Bundes, der Länder und der Wohnungswirtschaft selbst, daß das empirische Rüstzeug, das aus der Wohnungszählung vom 13. September 1950 sowie aus den Fortschreibungen und den laufenden Statistiken gewonnen werden kann, nicht ausreicht, die wohnungspolitischen Maßnahmen im Hinblick auf die veränderten Verhältnisse zielbezogener als bisher und mit noch größerer Aussicht auf Erfolg zu treffen. Im Rahmen der wohnungspolitischen Zielsetzung spielt der allmähliche Abbau der hohen generellen Subventionen für den Wohnungsbau eine besondere Rolle.

Die der Erhebung der Wohn- und Mietverhältnisse und des Wohnungsbedarfs im einzelnen gestellten Aufgaben sind folgende:

1. Die seit Jahren fortgeschriebenen und z. T. geschätzten Unterlagen für die Verteilung der Wohnbauförderungsmittel des Bundes auf die Länder und für die Aufschlüsselung der Förderungsmittel innerhalb der Länder reichen nach allseitiger Auffassung für eine sachlich vertretbare Aufschlüsselung nicht mehr aus. Es ist notwendig, aus einer neuen Feststellung der Wohnparteien und der Wohnungen neue und zuverlässige Unterlagen über die Höhe des meßbaren Wohnungsdefizits zu gewinnen. Nach den Vorbereitungsarbeiten für die Erhebung sollen diese Feststellungen als Vorergebnis bereits einige Monate nach Durchführung der Erhebung, im Spätsommer nächsten Jahres, vorliegen.
2. Bei den wohnungspolitischen Maßnahmen der vergangenen Jahre konnte bisher nicht genügend darauf Bedacht genommen werden, auch den vorhandenen Wohnungsbestand möglichst weitgehend für die Wohnungsverversorgung, insbesondere der einkommensschwachen Bevölkerungskreise, nutzbar zu machen. Maßnahmen in dieser Richtung müssen davon ausgehen, festzustellen, wie sich die Wohnparteien und Haushaltungen in der Bundesrepublik gegenwärtig auf den vorhandenen Wohnungsbestand verteilen, wie es um das Zusammenwohnen mehrerer Familien in einer Wohnung steht, wie hoch die Wohndichte im einzelnen ist u. a. m. Aus diesen Feststellungen und aus Ermittlungen über die künftigen Absichten der Haushaltungen können Schlüsse darüber abgeleitet werden, in welchem Umfange und welche Art von Wohnraum mit fortschreitender Bautätigkeit am Markt als Angebot in Erscheinung treten kann.
3. Die Bemühungen der Wohnungspolitik um eine Förderung der individuellen Eigentumsbildung in der Wohnungswirtschaft werden wesentlich gefördert werden können, wenn ermittelt wird, inwieweit gegenwärtig in den einzelnen Bevölkerungsschichten und Gebietsteilen die Familien schon als Eigentümer wohnen oder zur Miete oder Untermiete und inwieweit konkrete Absichten auf Eigentumsbildung bestehen.
4. Die weiteren mietpolitischen Entscheidungen können organisch nur von einem zahlenmäßig fundierten Bild des gegenwärtigen Mietgefüges und der Mietabstufung im einzelnen ausgehen. Dabei kommt den Feststellungen über die Auswirkung des Ersten Bundesmietengesetzes vom 27. Juli 1955 (BGBl. I S. 458) eine besondere Bedeutung zu.

¹⁾ Bundestagsdrucksache Nr. 2145 vom 29. Februar 1956 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben).

§ 10

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 17. Mai 1956

Für den Bundespräsidenten
Der Präsident des Bundesrates
von Hassel

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Blücher

Der Bundesminister für Wohnungsbau
Dr. Preusker

5. Die aus den gegebenen Einkommensverhältnissen und der Miethöhe resultierende Mietbelastung der Haushaltungen und Familien ist Ausgangspunkt für Überlegungen und Entscheidungen, wie die ermittelte angestrebte Verbesserung der individuellen Wohnverhältnisse hinsichtlich Art, Größe und Ausstattung der Wohnungen und der geäußerten Mietzahlungsbereitschaft verwirklicht werden kann.
6. Auch gegenwärtig leben noch größere Teile der Bevölkerung in Notwohnungen und sonstigen Notunterkünften. Wenn diese unzureichenden Behausungen baldmöglichst beseitigt werden sollen, muß erst festgestellt werden, welchen Umfang sie haben, wo sie liegen und wer darin wohnt.
7. Die wesentlichen Unterschiede in der gegenwärtigen Wohnungsverversorgung der einzelnen Bevölkerungsgruppen stellen die Aufgabe, daß untersucht wird, inwieweit insbesondere die Vertriebenen, die durch Wohnungsverlust Kriegssachgeschädigten und die aus der sowjetischen Besatzungszone Geflüchteten gegenwärtig noch unzureichend untergebracht sind. Bei der besonderen Bedeutung, die der Lastenausgleichsfonds für die Förderung des Wohnungsbaues der Lastenausgleichsberechtigten hat, ist die Feststellung der wohnlichen Unterbringung der Lastenausgleichsberechtigten ein besonderes Anliegen.
8. Neben diesen aus der Wohnungspolitik kommenden Aufgaben berücksichtigt der Gesetzentwurf auch Anforderungen, welche anderen Aufgaben dienen. Seitens der Länder wurde die Feststellung neuer Bevölkerungszahlen für die Gemeinden für erforderlich gehalten, um Unterlagen für Fragen des Finanzausgleichs und Schlüsselberechnung zu gewinnen. Außerdem soll die Fortschreibung der Bevölkerungszahlen in Bund, Ländern und Gemeinden auf eine neue Grundlage gestellt werden. Damit in Zusammenhang steht die Forderung nach Feststellung der Zahl der Personen nach einzelnen Geschädigtengruppen des letzten Krieges im Rahmen der Bevölkerungszahlen. Schließlich werden für die vom Bundesrat auf seiner Sitzung vom 3. Dezember 1954 — BR-Drucksache 374/54 — (Beschluß vom 4. Dezember 1954) angeregte Überarbeitung des Ortsklassenverzeichnisses Unterlagen über die Wohnungsmieten benötigt, welche von Angehörigen des öffentlichen Dienstes in den einzelnen Gemeinden gezahlt werden. Da auch hierfür die Unterlagen aus der Wohnungszählung 1950 nicht ausreichen, soll die Gelegenheit der Durchführung von Erhebungen in allen Wohnungen für Zwecke der Wohnungsstatistik auch dazu benutzt werden, um die für diesen letzten Zweck erforderlichen Unterlagen zu beschaffen.

Einzelheiten über die vorgesehenen Regelungen sind im Besonderen Teil dieser Begründung näher erläutert. Die Gesamtkosten der Statistik belaufen sich nach Voranschlägen, die unter Verwendung von Stellungnahmen der Länder und des Deutschen Städtetages vom Statistischen Bundesamt aufgestellt wurden, auf rund 17 Millionen DM. Soweit schon jetzt übersehbar, würde die öffentliche Wohnungsbauförderung bei Fortführung der bisherigen Maßnahmen in den kommenden 5 bis 7 Jahren insgesamt etwa 15 bis 20 Milliarden DM öffentliche Mittel von Bund, Ländern und Gemeinden sowie aus dem Lastenausgleich erfordern. Wenn die Ergebnisse der neuen Erhebung nur die Wirkung haben, daß in den kommenden Jahren 1 Milliarde DM der sonst erforderlichen öffentlichen Mittel eingespart werden könnte, so sind die Kosten der Erhebung mit 1,7 v. H. dieses Betrages schon um ein Vielfaches aufgewogen.

II. Besonderer Teil

Zu § 1

Die Wohnungsstatistik 1956 wird aus Gründen der Kostenersparnis dreiteilig durchgeführt. Das Hauptgewicht der Feststellungen über die Wohnverhältnisse und über den Wohnungsbedarf liegt bei der repräsentativen Auswertung, in die 10 v. H. der Wohnungen und Wohnparteien einbezogen werden. Weil aus erhebungstechnischen Gründen bestimmte wichtige Angaben über den eventuellen Wohnungsbedarf im Rahmen dieser 10 v. H.-Erhebung nicht erfaßt werden können, ist außerdem eine repräsentative Zusatz-erhebung vorgesehen, welche sich der Interviewbefragung bedient.

Beide Erhebungen sind so angelegt, daß die Ergebnisse der repräsentativen Zusatzerhebung auf die Ergebnisse der 10 v. H.-Erhebung übertragen werden können.

Den von Bundesdienststellen und vor allem von Dienststellen der Länder und Gemeinden angemeldeten Anforderungen auf regionale, weitgehend aufgegliederte Zahlen wird durch Vorschaltung einer Totalerhebung vor die genannten Repräsentativerhebungen entsprochen. Diese Totalerhebung ist auf die Grundtatbestände erstreckt, die für die verschiedenen Zwecke benötigt werden und wird — aus Gründen der Kostenersparnis — nur in Form eines einfachen Auswertungsprogramms aufbereitet. Im übrigen dienen die gleichen Feststellungen zusammen mit den zusätzlichen Feststellungen der Teilerhebungen den bereits erwähnten ausführlichen Repräsentativaufbereitungen. Darüber hinaus ermöglicht die Totalerhebung auch eine den wissenschaftlichen Anforderungen voll entsprechende Auswahltechnik für die Repräsentativerhebungen und kommt insofern auch deren Ergebnissen zugute.

Aus diesem Grunde werden die Totalerhebung und die Repräsentativerhebung auch in einem Zuge durchgeführt. Der Erhebungsstichtag im Monat Mai ist vorgesehen, weil die Hauptergebnisse der Totalerhebung bereits bei den Beratungen über die Verteilung der Förderungsmittel im Spätsommer 1956 verwendet werden sollen. Die repräsentative Zusatzerhebung wird dagegen nachträglich durchgeführt, weil das Erhebungsmaterial der 10 v. H.-Stichprobe die Grundlage für die Auswahl der zu besuchenden Haushaltungen in der Zusatzerhebung bildet. Bei der Wahl des Erhebungszeitraumes für die repräsentative Zusatzerhebung mußte berücksichtigt werden, daß die Erhebung nicht während der Hauptreisezeit angesetzt wird, aber auch nicht in zu großem Abstand von den vorhergehenden Erhebungen stattfindet.

§ 1 Abs. 3 sieht auch eine Ermächtigung der Bundesregierung vor, die repräsentative Zusatzerhebung in zweijährigem Turnus bis 1962 zu wiederholen. Durch diese Wiederholung sollen jeweils diejenigen Tatbestände für die aktuelle Ausrichtung der Wohnungspolitik erfragt werden, die einem kurzfristigen Wandel unterliegen oder eventuell in Zukunft neu in den Blickpunkt der Wohnungspolitik treten. Die Ermächtigung der Bundesregierung in diesem Gesetz ist notwendig, weil die repräsentativen Zusatzerhebungen voraussichtlich nicht im Rahmen der Bestimmungen des § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) durchgeführt werden können.

Zu § 2

Hier werden die Tatbestände festgelegt, welche für die Erstellung der Grundzahlen in feiner regionaler Gliederung (gemeindeweise) erforderlich sind. Diese dienen wohnungspolitischen Zwecken durch die Ermittlungen des Wohnungsdefizits und der Notunterkünfte unter besonderer Berücksichtigung der Vertriebenen und Zugewanderten wie der Lastenausgleichsberechtigten. Außerdem ist bei den festgelegten Tatbeständen berücksichtigt, daß von den Ländern und Gemeinden eine neue Feststellung der Wohnbevölkerungszahl für notwendig erklärt wurde. Die Feststellung über die Wohnungsmieten soll die heutige Mietpreissituation nach den beiden inzwischen erfolgten Mietpreismaßnahmen darstellen und die Möglichkeit bieten, für die Überprüfung des Ortsklassenverzeichnisses die von den im öffentlichen Dienst beschäftigten Personen gezahlten Wohnungsmieten gemeindeweise nachzuweisen.

Zu § 3

Die hier festgelegten Tatbestände bilden mit den im § 2 festgelegten Angaben zusammen die Grundlage, um diese persönlichen und wohnungsmäßigen Verhältnisse der Wohnparteien genau feststellen und den echten Wohnungsbedarf aus den Ergebnissen der Aufbereitung ablesen zu können.

Durch die 10 v. H.-Erhebungen werden etwa 1,7 Millionen Haushaltungen in 1,3 Millionen Wohnungen befragt. Diese Auswahlquote ist so bemessen, daß noch ausreichend gesicherte statistische Zahlen entsprechend dem vorgesehenen Auswertungsprogramm in regio-

ner Gliederung (teilweise bis auf Stadtkreise und Landkreise hinab) erwartet werden können. Das Auswahlverfahren ist so angelegt, daß Berechnungen der entsprechenden Zahlen für die gesamte Bevölkerung möglich sind.

Zu § 4

Für die richtige Beurteilung der Wohnverhältnisse und des Wohnungsbedarfs sind über die in §§ 2 und 3 erfaßten Tatbestände hinaus auch verschiedene Angaben notwendig, welche nur auf dem Wege der mündlichen Befragung gewonnen werden können. Die hierfür in Frage kommenden Tatbestände sind in § 4 im einzelnen festgelegt. Der Umstand, daß diese Feststellungen nur auf dem Wege der Befragung erfolgen können, macht eine Verringerung des Umfangs der Auswahlmasse erforderlich. Es werden deshalb nur 10 v. H. der nach § 3 erfaßten Repräsentativauswahl (d. s. 1 v. H. der insgesamt vorhandenen Wohnungen und Wohnparteien) mündlich befragt. Es sind dies rund 170 000 Wohnparteien in rund 130 000 Wohnungen.

Zu § 5

Der Kreis der zu befragenden Personen wurde entsprechend den zu erhebenden Tatbeständen und den Erfahrungen aus der Zählung 1950 festgelegt. Die Befragten sollen gemäß § 10 des Statistischen Gesetzes auskunftspflichtig sein. Auf den Zwang zur Auskunftserteilung soll lediglich bei den Einkommensfeststellungen verzichtet werden, um einen Druck auf die Befragten, der bei diesem Fragenkomplex zu falschen Angaben führen könnte, zu vermeiden.

Zu § 6

Für die zusammengefaßte Aufbereitung der Unterlagen aus der repräsentativen Zusatzerhebung für 1956 spricht die Erfahrung, daß das schwierige Gebiet der Wohnungswünsche und der Einkommen nicht voraussehbare und daher nicht vorher durch Richtlinien für eine dezentrale Aufbereitung regelbare Fragen aufwerfen wird. Aus der ersten Erhebung werden jedoch ausreichende Erfahrungen gesammelt werden können, um zu beurteilen, ob sich bei künftigen Erhebungen die Aufbereitung entsprechend den allgemeinen Grundsätzen der Arbeitsteilung regeln läßt. Deshalb ist die Regelung auf die Erhebung des Jahres 1956 beschränkt. Es ist vorgesehen, die entsprechenden Arbeiten bei der Zweigstelle des Statistischen Bundesamts in Berlin durchführen zu lassen.

Zu §§ 7 und 8

Wie bei der Zählung von 1950 sollen die Erhebungen für die Wohnungss Statistik 1956 durch ehrenamtlich bestellte Zähler durchgeführt werden. Dies gilt auch für die Ermittler bei der mündlichen Befragung, schließt aber den Spesenersatz nicht aus. Nach allgemeiner Erfahrung ist es schwierig, ehrenamtliche Mitarbeiter aus privaten Bevölkerungskreisen zu gewinnen. Aus diesem Grunde ist durch den § 8 den Erhebungsstellen die Möglichkeit geboten, auf das Personal der Behörden des Bundes, der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und der sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts zurückzugreifen.

Zu § 9

Die Erhebungen sollen außer auf die neun Länder des Bundesgebiets auch auf West-Berlin ausgedehnt werden. Dabei ist berücksichtigt, daß die Wohnverhältnisse und der Wohnungsbedarf in Berlin getrennt von denen des Bundesgebiets beurteilt werden.

Zu § 10

Das Gesetz soll möglichst zum Beginn des Jahres 1956 in Kraft treten, damit die Vorbereitungsarbeiten für die Erhebung — die (mit Ausnahme der Interview-Feststellungen) mit Stichtag 14. Mai 1956 durchgeführt werden soll — rechtzeitig eingeleitet und durchgeführt werden können.

Verordnung über eine Zusatzerhebung zur Wohnungsstatistik 1956/57

Vom 23. Dezember 1959¹⁾

Auf Grund des § 1 Abs. 3 des Gesetzes über eine Statistik der Wohn- und Mietverhältnisse und des Wohnungsbedarfs (Wohnungsstatistik 1956/57) vom 17. Mai 1956 (Bundesgesetzbl. I S. 427) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

§ 1

Im Geltungsbereich des Gesetzes über die Wohnungsstatistik 1956/57 wird im Jahre 1960 eine repräsentative Zusatzerhebung zur Wohnungsstatistik 1956/57 durchgeführt.

§ 2

Bei der repräsentativen Zusatzerhebung sind die im § 4 in Verbindung mit den §§ 2 und 3 des Gesetzes über die Wohnungsstatistik 1956/57 angeführten Tatbestände zu erfassen.

¹⁾ Bundesanzeiger Nr. 1 vom 5. Januar 1960 S. 1.

§ 3

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 9 des Gesetzes über die Wohnungsstatistik 1956/57 auch im Land Berlin.

§ 4

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 23. Dezember 1959

Für den Bundeskanzler
Der Bundesminister für Verkehr
Seehofer

Der Bundesminister für Wohnungsbau
Lücke

Begründung¹⁾

A. Allgemeines

Der Wohnungspolitik ist für die kommenden Jahre durch das Zweite Wohnungsbaugesetz (Wohnungsbau- und Familienheimgesetz) vom 27. Juni 1956 (Bundesgesetzbl. I S. 523) die Aufgabe gestellt, die Wohnungsnot zu beseitigen und hierbei zugleich durch Förderung des Familienheimbaues weite Kreise der Bevölkerung mit dem Grund und Boden zu verbinden. Nach der Erklärung der Bundesregierung vom 29. Oktober 1957 tritt als weitere wohnungspolitische Aufgabe hinzu, in dem Maße, in dem die noch vorhandene Wohnungsnot beseitigt wird, die Wohnungswirtschaft nach vier Jahrzehnten Wohnungszwangswirtschaft schrittweise in die soziale Marktwirtschaft einzugliedern. Die zur Erfüllung dieser schwierigen Aufgaben notwendigen Einzelmaßnahmen müssen, nicht zuletzt wegen ihrer sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen unter allgemeinen staatspolitischen Gesichtspunkten gesehen, mit besonderer Sorgfalt vorbereitet und auf ihre mutmaßlichen Auswirkungen genauestens überwacht werden.

Wichtige Grundlagen für die Wohnungs- und Mietenpolitik der kommenden Jahre wurden durch die allgemeine Wohnungserhebung und die repräsentative Erhebung (10% der Erhebungsfälle) vom September 1956 gewonnen, die durch das Gesetz über eine Statistik der Wohn- und Mietverhältnisse und des Wohnungsbedarfs (Wohnungsschichtstatistik 1956/57) vom 17. Mai 1956 (Bundesgesetzbl. I S. 427) angeordnet wurden. Die weiterhin auf Grund dieses Gesetzes durchgeführte repräsentative Zusatzerhebung, die sog. Interviewerhebung, vom Frühjahr 1957 hat es erstmalig ermöglicht, die Wohnungsversorgung und den echten ungedeckten Wohnungsbedarf unter Berücksichtigung der Einkommensverhältnisse, der soziologischen Struktur der einzelnen Bevölkerungsschichten u. a. m. genauer zu ermitteln. Die dargelegten Aufgaben der Wohnungspolitik der kommenden Jahre, in Sonderheit die Überführung der Wohnungswirtschaft in die soziale Marktwirtschaft, können nur in einzelnen Stufen und Etappen gelöst werden. Hierzu ist es u. a. notwendig, daß in bestimmten Zeitabständen, die bereits im Gesetz über die Wohnungsschichtstatistik 1956/57 festgelegt sind, der Zugang an Wohnparteien, die Veränderungen des Wohnungsmangels, die Zusammensetzung der Wohnungssuchenden u. a. m. laufend exakt erfaßt werden. Eine Wiederholung der repräsentativen Zusatzerhebung (Interviewerhebung) soll im Jahre 1960 stattfinden, sie ist aus sachlichen wie aus allgemeinen staatspolitischen Gründen unabdingbar. Die Befragung von 1 v. H. aller Haushaltungen im Interviewwege ist der geeignetste, schnellste und billigste Weg zur Erlangung der erforderlichen Ergebnisse.

Die Anordnung der Wiederholung dieser Interviewerhebung kann durch Rechtsverordnung der Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates auf Grund des Gesetzes über die Wohnungsschichtstatistik 1956/57 vorgenommen werden.

B. Einzelbegründung

Zu § 1

Nach § 1 Abs. 3 des Gesetzes über die Wohnungsschichtstatistik 1956/57 wird die Bundesregierung ermächtigt, durch Rechtsverordnungen mit Zustimmung des Bundesrates repräsentative Zusatzerhebungen (bei 1 v. H. aller Haushaltungen) für die Jahre 1958, 1960 und 1962 anzuordnen. Es hat sich jedoch bei der Durchführung der Interviewerhebung vom Frühjahr 1957 herausgestellt, daß es notwendig ist, zunächst deren Ergebnisse abzuwarten und weitere Erkenntnisse

daraus zu gewinnen und eine erste Wiederholung erst im Jahre 1960 vorzunehmen. Durch die erstmalige Wiederholung der Interviewerhebung im Jahre 1960 wird einmal die Erhebung im Jahre 1958 und außerdem eine allgemeine Wohnungserhebung größeren Umfangs im Zusammenhang mit den kommenden Großzählungen vermieden und dadurch eine erhebliche Kostenersparnis erreicht.

Zu § 2

Auch bei der Interviewerhebung im Jahre 1960 sollen die im § 4 des Gesetzes über die Wohnungsschichtstatistik 1956/57 angeführten und im Frühjahr 1957 erstmals erhobenen Tatbestände in erster Linie maßgebend sein.

Zu § 3

Die Interviewerhebung 1960 soll ebenso wie im Frühjahr 1957 auch in Berlin (West) durchgeführt werden.

C. Kostenberechnung

Die voraussichtlichen zusätzlichen Aufwendungen für die Erhebung werden vom Statistischen Bundesamt wie folgt veranschlagt (in 1 000 DM):

	Kosten ins- gesamt	davon im Rechnungsjahr		
		1959	1960	1961
Statistisches Bundesamt				
persönliche Kosten	1 037	15	715	307
sächliche Kosten	323	25	210	88
zusammen	1 360	40	925	395
Statistische Landesämter *)				
persönliche Kosten	273	30	243	—
sächliche Kosten	790	40	750	—
zusammen	1 063	70	993	—
Insgesamt				
sächliche Kosten	1 310	45	958	307
persönliche Kosten	1 113	65	960	88
zusammen	2 423	110	1 918	395

*) Ohne Saarland (vergleichbare Kostenangaben erst nach Währungs-umstellung möglich).

Zur Frage der Personalkosten wird bemerkt, daß im Rahmen der für die einzelnen Rechnungsjahre nachgewiesenen Personalmittel nur Zeitangestellte beschäftigt werden sollen, eine fortdauernde Vermehrung des Personalstandes der öffentlichen Verwaltung bei Bund und Ländern also nicht eintritt.

Gesetz über die Durchführung einer Repräsentativstatistik auf dem Gebiete des Wohnungswesens (Wohnungsschichtprobengesetz 1965)

Vom 18. August 1965²⁾

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Im Geltungsbereich dieses Gesetzes wird eine repräsentative Bundesstatistik über die Gebäude und Wohnungen, die Wohnungsversorgung, die Miet- und Einkommensverhältnisse und den Wohnungsbedarf (Wohnungsschichtprobe) nach den Verhältnissen im September 1965 durchgeführt.

§ 2

Die Wohnungsschichtprobe erstreckt sich im Bundesdurchschnitt auf höchstens 1 vom Hundert der bewohnten Gebäude.

§ 3

Bei der Wohnungsschichtprobe sind folgende Sachverhalte zu erfassen:

¹⁾ Bundesratsdrucksache Nr. 268 vom 27. Juli 1959 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben). — ²⁾ BGBl. I vom 25. August 1965 S. 893.

1. hinsichtlich der Gebäude und Wohnungen:

Eigentümer und dessen soziale Stellung, Art, Größe, Alter, Förderung mit öffentlichen Mitteln, Erschließungsanlagen und Ausstattung, Beheizungsart, bauliche Beschaffenheit und baulicher Zustand, Zugehörigkeit zu einem Sanierungsgebiet, Änderung bei der Ausstattung;

2. hinsichtlich der Gebäude außerdem:

Ursachen für Änderungen des Wohnungsbestandes gegenüber 1961;

3. hinsichtlich der Wohnungen außerdem:

Benutzung der Räume und deren Untervermietung sowie bei Mietwohnungen Wohnungsmiete, Vertragsänderungen und -auflösungen;

4. hinsichtlich der Wohnparteien:

a) Haushaltsmitglieder nach Alter, Geschlecht, Familienstand, Stellung zum Haushaltsvorstand, soziale Stellung, Pflicht-

mitgliedschaft in der sozialen Rentenversicherung und Krankenversicherung, Einkommen und Einkommensquellen, Haus- und Grundeigentum, Arbeitsort und Wohnsitz sowie Haushaltsvorstände danach, ob sie Vertriebene, Sowjetzonenflüchtlinge oder Deutsche aus der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands oder aus dem Sowjetsektor von Berlin sind;

- b) Bezugsstermin der Wohnung, Gründe für den Wohnungswechsel, vorherige und gegenwärtige Unterbringung nach Wohnform, Wohnungsgröße, Rechtsverhältnisse und Miethöhe, Abstellung eigener Kraftfahrzeuge;
- c) beabsichtigte Wohnungswechsel nach Gründen, angestrebten Wohnverhältnissen, Art und Umfang der eigenen Bemühungen, Finanzierungsmöglichkeiten und Zahlungsbereitschaft zur Verwirklichung;
- d) Haushaltsmitglieder danach, ob sie im Geltungsbereich dieses Gesetzes über eine selbständige zweite Wohnung (ausgenommen Notwohnungen) zu ihrem eigenen Gebrauch verfügen.

§ 4

(1) Auskunftspflichtig sind die Haushaltsvorstände, die Wohnungsinhaber, die volljährigen Haushaltsmitglieder, die Gebäudeeigentümer und Gebäudeverwalter oder deren Vertreter und die Gemeindeverwaltungen.

(2) Die Auskünfte bezüglich der Einkommen sind freiwillig.

(3) Die Auskünfte werden durch mündliche Befragung eingeholt. Wohnt der Gebäudeeigentümer nicht in seinem Gebäude, oder wird eine Gemeindeverwaltung befragt, so können die Auskünfte schriftlich eingeholt werden.

Begründung¹⁾

I. Allgemeiner Teil

Bund, Länder und Gemeinden sind seit mehr als einem Jahrzehnt bemüht, die Wohnungsversorgung der Bevölkerung entscheidend zu verbessern. Ein umfangreiches Gesetzgebungswerk war notwendig, um dieses Ziel im Rahmen der jeweils gegebenen finanziellen und bawirtschaftlichen Möglichkeiten zu erreichen. Mit der zunehmenden Beseitigung der quantitativen Unterversorgung mit Wohnraum wandelten sich die Zielsetzungen der Wohnungspolitik. Seit dem Jahre 1960 ist die schrittweise Überführung der Wohnungswirtschaft in die soziale Marktwirtschaft gesetzlich angeordnet. Auf Grund der Mitte 1963 verabschiedeten Ergänzungsgesetze zum Abbaugesetz sind ab November 1963 bzw. ab August/September 1964 in bereits 462 Stadt- und Landkreisen die zwangswirtschaftlichen Bindungen aufgehoben worden. Die weiteren Kreise werden in einem festgelegten Stufenplan folgen. Diese schrittweise Freigabe der Wohnungsmärkte wird sowohl auf der Seite des Angebots als auch der Nachfrage Kräfte freisetzen, die voraussichtlich weitreichende wohnungswirtschaftliche und soziale Auswirkungen haben werden. Der Gesetzgeber muß frühzeitig erkennen können, welches diese Auswirkungen sind, besonders wann und wo der Staat auf Grund seiner sozialen Verpflichtungen gegebenenfalls vorsorgend eingreifen muß. Die natürliche Bevölkerungsentwicklung, Wanderungsbewegungen und soziale Umschichtungen verändern ständig Bedarf und Nachfrage nach Wohnraum und bilden neue regionale Schwerpunkte. Änderungen bei den Einkommen und der Kaufkraft treten hinzu. Das Wohnungsangebot vermag solchen Änderungen immer nur langsam zu folgen. Die Wohnungspolitik muß sich deshalb ihrerseits den jeweiligen Verhältnissen elastisch anpassen können.

Eine erweiterte Aufgabenstellung ergibt sich für die kommenden Jahre und Jahrzehnte aus den beabsichtigten Maßnahmen zur Erneuerung der Städte und Dörfer und dem Einfügen der Wohnungspolitik in übergeordnete Zielsetzungen und Maßnahmen der Raumordnung. Neubau, Sanierung und Modernisierung müssen im Sinne einer besseren regionalen Verteilung von Arbeits- und Wohnstätten aufeinander abgestimmt werden und bei der Durchführung miteinander in Einklang stehen. Die genannten Aufgaben lassen sich nur dann wahrnehmen, wenn die für die Wohnungspolitik verantwortlichen Stellen rechtzeitig und ausreichend über die sich wandelnden Verhältnisse unterrichtet werden. Es genügt nicht, wenn dies nur in großen zeitlichen Abständen geschieht, sondern die Entwicklung sollte nach Möglichkeit in Abständen von wenigen Jahren beobachtet werden.

Bisher dienten die auf Grund des Gesetzes über eine Statistik der Wohn- und Mietverhältnisse und des Wohnungsbedarfs (Wohnungssstatistik 1956/57) vom 17. Mai 1956 (BGBl. I S. 427) durchgeführten Zusatzerhebungen bei 1 vom Hundert der Wohnungen dieser Aufgabe. Wegen der sehr umfassenden Fragestellung und intensiven Auswertung bei den 1957 und 1960 durchgeführten Zusatzerhebungen konnte es die Bundesregierung vertreten, die Ermächtigung, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates

¹⁾ Bundestagsdrucksache Nr. 3198 vom 16. März 1965 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben).

§ 5

Die Angaben über Miete, Einkommen und Haushaltsstruktur werden vom Statistischen Bundesamt aufbereitet.

§ 6

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 7

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 18. August 1965

Für den Bundespräsidenten
Der Präsident des Bundesrates
Zinn

Für den Bundeskanzler
Der Bundesminister für Wohnungswesen,
Städtebau und Raumordnung
Lücke

Der Bundesminister für Wohnungswesen,
Städtebau und Raumordnung
Lücke

derartige Stichproben anzuordnen, nicht voll auszuschöpfen. Die gesetzliche Ermächtigung ist inzwischen durch Zeitablauf erloschen. Da aus den eingangs erwähnten Gründen jedoch auf ein derartiges Instrument nicht verzichtet werden kann, wird eine neue gesetzliche Grundlage erforderlich. Hierbei können die inzwischen gewonnenen methodischen und sachlichen Erkenntnisse berücksichtigt werden.

Die mit dem Wohnungsstichprobengesetz 1965 angeordnete Repräsentativstatistik soll, außer den oben dargelegten wichtigen Sonderfeststellungen der Auswirkungen der Abbaugesetzgebung, im einzelnen

1. den Bestand an Gebäuden und Wohnungen in seiner qualitativen Abstufung erfassen,
2. Vorstellungen über die Größenordnung des Modernisierungsbedarfs und möglichst auch des Sanierungsbedarfs vermitteln,
3. die Wohnungsversorgung der Bevölkerung unter Berücksichtigung ihrer Einkommensverhältnisse, der Zusammensetzung der Haushalte und Familien, der Unterbringung in öffentlich geförderten Sozialwohnungen sowie anderer sozialer Sachverhalte darstellen,
4. die Zusammenhänge zwischen Miete und Einkommen und die Veränderungen des Mietengefüges aufzeigen,
5. den Wohnungsbedarf der Haushalte nach Umfang und Richtung erkennen lassen,
6. zusätzlich auf jene Gruppen der Bevölkerung aufmerksam machen, die, obgleich unzulänglich untergebracht, an den Wohnungsmärkten nicht als Nachfragende in Erscheinung treten,
7. Unterlagen beschaffen, die eine Vorausschätzung des künftigen Wohnungsbedarfs gestatten,
8. Unterlagen über Einkommensschichtung und Einkommensquellen der Haushalte und der Einzelpersonen liefern und
9. die Häufigkeit des Wohnungswechsels und die Gründe hierfür nachweisen.

Da die genannten Sachverhalte ohne Berücksichtigung der Einkommensverhältnisse der Bevölkerung nicht geklärt werden können, sich jeder Teil einer Mehrzweckerhebung aber auch für sich auswerten läßt, fallen mit der Wohnungsstichprobe auch dringend benötigte Unterlagen über die Einkommensverhältnisse der Bevölkerung an.

Die Erfahrungen der amtlichen Statistik haben gezeigt, daß die zu den oben genannten Punkten festzustellenden Sachverhalte nur im Wege der persönlichen Befragung durch eigens hierfür ausgebildete Kräfte zu beschaffen sind. Hierbei können die Auffassungen der Bevölkerung den tatsächlichen Befunden gegenübergestellt werden. Das Interviewverfahren ist verhältnismäßig aufwendig. Es muß daher von vornherein auf eine geringe Zahl verallgemeinerungsfähiger Fälle beschränkt bleiben. Die Aufgaben der Erhebung und das sich hieraus zwangsläufig ergebende Verfahren zwingen damit

zur Repräsentativstatistik. Repräsentativerhebungen begrenzen den Erhebungsumfang auf ein überschaubares Maß, vermeiden die Belastung der Gesamtbevölkerung mit Einzelfragen, beschleunigen die Aufbereitung (Feststellung der tabellarischen Ergebnisse) und gestatten infolge der Sicherheit der getroffenen Feststellungen eine weitaus intensivere Auswertung in sachlicher Hinsicht als dies etwa im Zuge einer allgemeinen Erhebung über derart schwierige Sachverhalte möglich wäre. Sie stellen das rationellste und billigste Verfahren dar, die genannten Sachverhalte zu klären.

Da bei einem Teil der künftig zu lösenden Aufgaben die Verhältnisse bestimmter regionaler Einheiten stark in den Vordergrund des Interesses treten werden, muß der Umfang der Wohnungsstichprobe so angesetzt werden, daß sich die wichtigsten regionalen Strukturelemente herausarbeiten lassen.

Nach den bisher gewonnenen Erfahrungen kann dies im Rahmen einer Stichprobe, die auf höchstens 1 vom Hundert des jeweiligen Bestandes an bewohnten Gebäuden (mit ihren Wohnungen und den in ihnen lebenden Haushalten und Personen) begrenzt ist, noch geschehen. Hierbei lassen sich für das Bundesgebiet insgesamt tiefgegliederte Unterlagen bereitstellen und für Zusammenfassungen

regionaler Einheiten etwa nach Gemeindegrößenklassen und wirtschaftlichen Strukturzonen (Ballungsräume, Industriezonen, Mischzonen, Agrarzonen) oder für Zusammenfassungen von Ländern die wichtigsten Elemente der Wohnungsmärkte aufzeigen. Für die einzelnen Länder können bestimmte sachliche Schwerpunkte und Zusammenhänge aus den Unterlagen abgeleitet und Vorstellungen über Größenordnungen gewonnen werden, die anderweitig nicht zu beschaffen sind.

Die Wohnungsstichprobe soll im Herbst 1965 durchgeführt werden, das sind 5½ Jahre nach der letzten Stichprobe vom Frühjahr 1960.

Kosten

Die voraussichtlichen zusätzlichen Kosten der im Jahre 1965 durchzuführenden Erhebung werden mit insgesamt 5,1 Mill. DM veranschlagt. Hiervon entfallen 2,1 Mill. DM auf das Statistische Bundesamt und 3 Mill. DM auf die Statistischen Landesämter. Wenn die Erhebung im Herbst 1965 stattfindet, verteilen sich die Kosten auf den Bund und die Länder sowie auf die Rechnungsjahre 1965, 1966 und 1967 wie folgt:

	Kosten insgesamt	davon im Rechnungsjahr		
		1965	1966	1967
Statistisches Bundesamt				
persönliche Kosten	1 695 100	188 600	1 212 500	294 000
sächliche Kosten	438 000	65 500	298 800	73 700
zusammen	2 133 100	254 100	1 511 300	367 700
Statistische Landesämter				
persönliche Kosten	1 278 000	852 000	426 000	---
sächliche Kosten	1 670 000	1 252 500	417 500	---
zusammen	2 948 000	2 104 500	843 500	---
Insgesamt				
persönliche Kosten	2 973 100	1 040 600	1 638 500	294 000
sächliche Kosten	2 108 000	1 318 000	716 300	73 700
zusammen	5 081 100	2 358 600	2 354 800	367 700

II. Besonderer Teil

Zu § 1

In § 1 wird eine Repräsentativstatistik auf dem Gebiete des Wohnungswesens angeordnet, die im Herbst 1965 als Bundesstatistik durchgeführt werden soll. Die Angaben sind auf die Verhältnisse im Monat September 1965 zu beziehen, soweit dies sachlich möglich ist. Ein bestimmter Stichtag kann deshalb nicht festgelegt werden, weil einige Angaben (Miete, Einkommen u. ä.) Zeiträume umfassen und z. T. auch, wie bei der Erfassung der Veränderung bestimmter Tatbestände, nach den Verhältnissen in zurückliegenden Zeiträumen gefragt werden muß. Bei den Einkommensangaben der Selbständigen kann ebenfalls nur der letzte Veranlagungszeitraum zugrunde gelegt werden.

Zu § 2

Die Erhebung wird aus Ersparnisgründen als Repräsentativstatistik (Wohnungsstichprobe) durchgeführt. Der Auswahlatz ist auf höchstens 1 v. H. der jeweiligen Zahl der bewohnten Gebäude festgesetzt. Die Einsparung durch die Anwendung des Stichprobenverfahrens ist beträchtlich, da die Erhebung (die Verhältnisse Ende des Jahres 1963 als Beispiel zugrunde gelegt) nur in 180 000 Wohnungen an Stelle von 18 Millionen bei einer Totalerhebung durchzuführen ist. Der Auswahlatz von 1 vom Hundert reicht aus, die geforderten Ergebnisse mit der notwendigen Genauigkeit zu erarbeiten.

Zu § 3

In § 3 werden die Sachverhalte festgelegt, für welche die Ausgangsdaten erhoben werden sollen. Sie sind im wesentlichen auch bei den bisherigen Wohnungsstichproben ermittelt worden. Ergänzend müssen jedoch Unterlagen für Fragen der Stadt- und Dorferneuerung und der Sanierung bereitgestellt werden. Von besonderer Bedeutung sind ferner Angaben über bereits vollzogene oder beabsichtigte Maßnahmen zur qualitativen Verbesserung. Diese Daten lassen sich dadurch beschaffen, daß die Stichprobe dieses Mal, im Gegensatz zu der letzten Stichprobe 1960, auf die bewohnten Gebäude abgestellt ist und damit die erforderlichen Merkmalsgruppen für die Gebäude, die ausdrücklich aufgeführt sind, erfragt werden können. Die Merkmalsgruppen für die Gebäude knüpfen an jene an, die bei den gebäudestatistischen Feststellungen 1961 erhoben worden sind. Die Aussagekraft der Ergebnisse wird dadurch erhöht, daß auf Grund von Auskünften der Gemeinden auch bestimmte An-

gaben über Umwelteinflüsse (z. B. benachbarte Gewerbegebiete, Geruchs- und Lärmbelästigung, Bebauungsdichte) einbezogen werden können. Die Gemeinden werden hierzu auf Unterlagen zurückgreifen können, die sie im Rahmen der Bauleit- und Flächennutzungspläne des Bundesbaugesetzes ohnehin erarbeiten müssen. Die Anknüpfung an die Gebäude gestattet ferner eine genauere Abgrenzung der erfaßten Wohnungen und Haushalte als bisher. Auch lassen sich auf diese Weise eine Verbindung mit den Angaben aus der Gebäudezählung von 1961 herstellen und u. a. Veränderungen des Wohnungsbestandes im Zeitablauf feststellen, die als Zu- und Abgänge in der laufenden Bautätigkeitsstatistik deshalb nicht in Erscheinung treten, weil für sie keine Genehmigungspflicht besteht oder eine Genehmigung nicht eingeholt wurde. Wenn sich die Zahl der Wohnungen bei einem Gebäude gegenüber den Angaben für die Gebäudezählung von 1961 geändert hat, sollen auch die Gründe für die Abweichung erfaßt werden.

Die für die ausgewählten Gebäude und in ihnen liegenden Wohnungen zu erhebenden Sachverhalte sind gegenüber früheren Wohnungsstichproben um das Merkmal der Förderung mit öffentlichen Mitteln ergänzt worden, um z. B. die Frage nach der Fehlbelegung gerade dieser Wohnungen besser beantworten zu können. Ferner sind Angaben über den baulichen Zustand der Gebäude und Wohnungen erforderlich. Der bauliche Zustand der Wohnungen wird teilweise auf Grund von Angaben über den Zustand des Gebäudes beurteilt werden können; doch sind ergänzende Angaben über die Wohnungen selbst nicht zu entbehren. Mit der Aufhebung der zwangswirtschaftlichen Bindungen treten außerdem Angaben über die Änderung oder Auflösung von Mietverträgen in den Vordergrund des Interesses.

Die für die Wohnparteien zu erhebenden Sachverhalte entsprechen weitgehend jenen, die bei den Wohnungsstichproben 1957 und 1960 ermittelt worden sind. Sie schließen auch Angaben über die Einkommen ein. Angaben über den Wohnungswechsel geben erstmalig Auskunft über die Vorgänge am Wohnungsmarkt.

Zu § 4

In § 4 wird die Auskunftspflicht festgelegt. Für die Beschaffung von Unterlagen über Sanierungsfragen ist die Auskunftspflicht auch auf die jeweiligen Gemeindeverwaltungen ausgedehnt worden, die hierzu auf das bei ihnen vorhandene Material zurückgreifen kön-

nen. Sie werden Auskunft über die Sanierungsbedürftigkeit der in die Erhebung einbezogenen Gebäude sowie über besondere Umwelteinflüsse geben, die den Wohnwert der Gebäude und der darin liegenden Wohnungen beeinträchtigen.

Die sachliche Dreiteilung der Auskunftspflicht (Wohnungsinhaber, Gebäudeeigentümer, Gemeindeverwaltungen) entspricht auch dem in anderen europäischen Ländern üblichen Verfahren. Im einzelnen sind neben den Haushaltsvorständen auch die übrigen volljährigen Haushaltsmitglieder zur Auskunft verpflichtet, um dem Haushaltsvorstand unbekannte Angaben direkt von den übrigen Haushaltsangehörigen erfragen zu können.

Die Auskünfte über die Höhe der Einkommen sind freiwillig, weil ein Zwang auf diesem Gebiet nur zu unwarhen Angaben führen würde. Es hat sich gezeigt, daß die Auskunftsbereitschaft der Bevölkerung über ihr Einkommen gut ist, so daß zuverlässige Angaben beigebracht werden können.

Von dem Grundsatz der mündlichen Befragung wird bei den Gebäudeeigentümern dann abgesehen, wenn sie nicht auf ihrem Grund-

stück wohnen. Auch die von den Gemeindeverwaltungen zu erteilenden Auskünfte können schriftlich eingeholt werden.

Zu § 5

Die bei der Wohnungsstichprobe erhobenen Angaben werden überwiegend durch die Statistischen Landesämter ausgewertet. Bei den schwierigen Merkmalen der Miete, der Haushaltsstruktur und des Einkommens ist aber eine methodisch einheitliche und in den Ergebnissen gesicherte Aufbereitung in dem Umfange, wie es für Bundeszwecke notwendig ist, nur durch zentrale Aufbereitung der Stichprobe im Statistischen Bundesamt möglich. Auch die Tatsache, daß eine tiefergehende Tabellierung bei dieser Stichprobe für die Länder keine zuverlässigen Ergebnisse mehr erbringen und damit eine unnötige Belastung darstellen würde, spricht für eine teilweise Zentralisierung der Aufbereitung.

Zu § 6

Die Erhebungen sollen in den Ländern des Bundesgebietes einschließlich Berlin (West) durchgeführt werden.

Auszugsweiser Abdruck:

Gesetz zur Änderung von Fristen des Gesetzes über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Miet- und Wohnrecht

Vom 29. Juli 1963¹⁾

Artikel II

Änderung des Wohnraumbewirtschaftungsgesetzes

1. Das Wohnraumbewirtschaftungsgesetz vom 23. Juni 1960 (Bundesgesetzbl. I S. 389, 418) wird wie folgt geändert:

- a)
- b)
- c) Nach § 3 d ist folgender neuer § 3 dd einzufügen:

»§ 3 dd

Gebietsweise Aufhebung der Wohnraumbewirtschaftung ab 1. Juli 1963

(1) Die Wohnraumbewirtschaftung soll vom 1. Juli 1963 und sodann vom 1. Juli jedes weiteren Jahres an durch Rechtsverordnung der Landesregierung in den kreisfreien Städten und Landkreisen aufgehoben werden, in denen die Zahl der Wohnparteien die Zahl der vorhandenen Wohnungen am 31. Dezember des vorhergegangenen Jahres um weniger als 3 vom Hundert überschritten hat. Vom 1. Juli 1964 an soll die Wohnraumbewirtschaftung nur aufgehoben werden, wenn die gesetzlichen Vorschriften in Kraft getreten sind, die an die Stelle der in § 54 Abs. 2 Satz 2 des Mieterschutzgesetzes in der Fassung des Artikels II Nr. 3 des Ersten Gesetzes zur Änderung mietrechtlicher Vorschriften vom 29. Juli 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 505) bezeichneten Vorschriften des Mieterschutzgesetzes und der den Vollstreckungsschutz betreffenden Vorschriften des Wohnraumbewirtschaftungsgesetzes in der Fassung des Artikels II Nr. 4 des Ersten Gesetzes zur Änderung mietrechtlicher Vorschriften treten. Die §§ 21, 22, 35 bleiben unberührt.

(2) Für die Zahl der vorhandenen Wohnungen ist von dem Wohnungsbestand auszugehen, der auf Grund des Volkszählungsgesetzes 1961 vom 13. April 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 437) ermittelt worden ist. Von diesem Wohnungsbestand sind die Wohnungen abzuziehen, die sich nach den gebäudestatistischen Feststellungen auf Grund des Volkszählungsgesetzes 1961 in nur zeitweise bewohnten Ein- und Zweifamilienhäusern befinden oder von den Angehörigen ausländischer Streitkräfte gemietet sind. Der verbleibende Wohnungsbestand ist nach der amtlichen Bautätigkeitsstatistik auf Grund des Gesetzes über die Durch-

führung von Statistiken der Bautätigkeit vom 20. August 1960 (Bundesgesetzbl. I S. 704) entsprechend den Zu- und Abgängen fortzuschreiben. Zu- und Abgänge, die sich aus Veränderungen der von den ausländischen Streitkräften in Anspruch genommenen Wohnungen ergeben, sind ebenfalls zu berücksichtigen.

(3) Als Wohnparteien zählen die Mehrpersonenhaushalte und die Hälfte der Einpersonenhaushalte, in Gemeinden mit 100 000 und mehr Einwohnern 60 vom Hundert der Einpersonenhaushalte. Die Zahl der Wohnparteien ist aus der Statistik auf Grund des Volkszählungsgesetzes 1961 zu ermitteln und fortzuschreiben. Die Fortschreibung geschieht in der Weise, daß das Verhältnis der Wohnparteien zur Einwohnerzahl aus der Statistik auf Grund des Volkszählungsgesetzes 1961 auf die nach der amtlichen Bevölkerungssstatistik auf Grund des Gesetzes über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes vom 4. Juli 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 694) fortgeschriebene Einwohnerzahl übertragen wird.

(4) In der Rechtsverordnung nach Absatz 1 soll die Wohnraumbewirtschaftung in den in Absatz 1 bezeichneten Landkreisen für Gemeinden auf deren Antrag aufrechterhalten werden, wenn die wohnungswirtschaftlichen Verhältnisse es erfordern und wenn

- a) die Zahl der Einwohner über 10 000 beträgt und die Zahl der Wohnparteien die Zahl der vorhandenen Wohnungen am 31. Dezember des vorhergegangenen Jahres um 5 vom Hundert überschritten hat oder
- b) die Zahl der Wohnparteien die Zahl der vorhandenen Wohnungen am 31. Dezember des vorhergegangenen Jahres um 3 vom Hundert überschritten hat, die Zahl der Einwohner über 2 000 beträgt und sich in den letzten 3 Jahren vor dem 1. Januar 1963 oder dem 1. Januar jedes weiteren Jahres um mehr als 10 vom Hundert erhöht hat.

(5) Die Wohnraumbewirtschaftung in den in Absatz 4 bezeichneten Gemeinden sowie in den in § 3 c Abs. 3 und § 3 d Abs. 2 bezeichneten Gemeinden, in denen die Wohnraumbewirtschaftung bis zum 30. Juni 1963 noch nicht aufgehoben ist, soll durch Rechtsverordnung der Landesregierung vom 1. Juli 1963 oder vom 1. Juli jedes weiteren Jahres an aufgehoben werden, wenn am 31. Dezember des vorhergegangenen Jahres die Zahl der Wohnparteien die Zahl der vorhandenen Wohnungen um weniger als 3 vom Hundert überschritten hat.«

¹⁾ BGBl. I vom 31. Juli 1963 S. 524.

Auszugsweiser Abdruck:
Wohngeldgesetz in der Fassung vom 1. April 1965¹⁾

§ 45

Wohngeld-Statistik

(1) Über die Auswirkungen dieses Gesetzes ist eine halbjährliche Statistik durchzuführen.

(2) Die Statistik umfaßt folgende den für die Gewährung von Wohngeld zuständigen Stellen bekannte Angaben über

1. Zahl der Beantragungen, Bewilligungen und Versagungen von Wohngeld,
2. Art und Höhe des gezahlten Wohngeldes,
3. Haushaltsstruktur sowie Wohn- und Einkommensverhältnisse der Wohngeldempfänger und der zum Haushalt rechnenden Familienmitglieder.

(3) Die für die Gewährung von Wohngeld zuständigen Stellen sind nach Maßgabe des Absatzes 2 auskunftspflichtig.

¹⁾ BGBl. I vom 1. April 1965 S. 178.

Handel

Gesetz über eine Zählung im Handel sowie im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe (Handelszählungsgesetz 1960)

Vom 27. Mai 1960¹⁾

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Erster Abschnitt

Allgemeine Vorschriften

§ 1

Im Handel und im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe wird eine Zählung als Bundesstatistik durchgeführt. Sie umfaßt

1. eine allgemeine Zählung (Handels- und Gaststättenzählung; §§ 2 bis 5);
2. eine repräsentative Ergänzungserhebung zur Handels- und Gaststättenzählung (Ergänzungserhebung; §§ 6 und 7).

Zweiter Abschnitt

Handels- und Gaststättenzählung

§ 2

Die Handels- und Gaststättenzählung (§ 1 Nr. 1) wird im Handel mit Stichtag 30. September 1960, im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe mit Stichtag 31. August 1960 durchgeführt.

§ 3

(1) Die Handels- und Gaststättenzählung erfaßt folgende Tatbestände:

1. die beschäftigten Personen und die geleisteten Arbeitsstunden der Teilbeschäftigten am Stichtag der Zählung oder in dem Monat, in dem der Stichtag der Zählung liegt;
2. a) den Umsatz,
b) den Wareneingang,
c) die Löhne, Gehälter und Sozialaufwendungen in dem Kalenderjahr oder Geschäftsjahr, das dem Stichtag der Zählung vorausgegangen ist;
3. a) den Waren- und Materialbestand,
b) die Außenstände am Anfang und am Ende des Kalenderjahres oder Geschäftsjahres, das dem Stichtag der Zählung vorausgegangen ist;
4. die Beherbergungskapazität (nur in Beherbergungsbetrieben) am Ende des Kalenderjahres oder Geschäftsjahres, das dem Stichtag der Zählung vorausgegangen ist.

(2) Außer den in Absatz 1 bezeichneten Tatbeständen werden Angaben zur Kennzeichnung der Unternehmen und Betriebe erhoben, die zu einer zutreffenden Beurteilung der statistischen Zuordnung der Unternehmen und Betriebe erforderlich sind.

§ 4

(1) Auskunftspflichtig für die Handels- und Gaststättenzählung sind

1. die Unternehmen des Einzelhandels (einschließlich Versand- und Markthandel, Warenhandel außerhalb einer festen Betriebsstätte sowie Apotheken),
2. die Unternehmen des Großhandels und des Außenhandels (einschließlich Einkaufs- und Verkaufsvereinigungen und Verlagsbuchhandel),
3. die Unternehmen des Handelsvertreter- und Handelsmaklergewerbes, soweit sie den An- und Verkauf von Waren vermitteln,
4. die Unternehmen des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes.

(2) Auskunftspflichtig sind auch die in die Handwerksrolle eingetragenen Inhaber von Handwerksbetrieben, die Handel mit

fremden Erzeugnissen, Handelsvermittlung oder Gaststätten betreiben. Die Zählung erstreckt sich auf höchstens 60 000 dieser Betriebe.

(3) Die Zählung erstreckt sich auch auf industrielle Unternehmen, die durch eigene, rechtlich unselbständige offene Verkaufsstellen eigene Erzeugnisse unmittelbar an Letztverbraucher liefern. Sie erfaßt bei diesen Unternehmen nur die in Satz 1 bezeichneten Verkaufsstellen und die in § 3 Abs. 1 Nr. 1 und 2 Buchstabe a und Abs. 2 bezeichneten Tatbestände.

(4) Bei Unternehmen mit Zweigniederlassungen, Verkaufsfilialen und sonstigen von der Hauptniederlassung räumlich getrennt liegenden Betriebsstätten sind die Auskünfte auch getrennt für die einzelnen Niederlassungen zu erteilen.

§ 5

Die Finanzämter teilen den erhebenden Stellen Anschrift und Gewerkekennziffer aller Unternehmen im Sinne des Umsatzsteuergesetzes mit. Zur Feststellung der Anschriften der nach § 4 Abs. 3 zu befragenden Unternehmen wird im Jahre 1960 eine einmalige Befragung im Rahmen der durch das Gesetz über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe vom 15. Juli 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 720) angeordneten Statistik durchgeführt.

Dritter Abschnitt

Ergänzungserhebung zur Handels- und Gaststättenzählung (Ergänzungserhebung)

§ 6

Die Ergänzungserhebung erfaßt folgende Tatbestände:

1. a) die Umsatzstruktur,
b) die Struktur des Wareneingangs,
c) die Aufwendungen für Lohnaufträge beim Groß-, Außen- und Einzelhandel sowie die Heimarbeiterentgelte beim Einzelhandel in dem Kalenderjahr oder Geschäftsjahr, das dem Stichtag der Zählung vorausgegangen ist;
2. die Aktiva und Passiva (soweit sie zur Ermittlung der Vermögens- und Kapitalstruktur erforderlich sind) nach der Einkommen- und Körperschaftsteuerbilanz am Anfang und am Ende des Kalenderjahres oder Geschäftsjahres, das dem Stichtag der Zählung vorausgegangen ist;
3. die Anschaffung und den Verkauf von Anlagevermögen in den Kalenderjahren 1958 und 1959 oder in den beiden dem Stichtag der Zählung vorausgegangen Geschäftsjahren;
4. in Unternehmen des Außenhandels
a) Angaben über das Warenlager im Inland und im Ausland,
b) Angaben über die im Ausland gegründeten oder erworbenen rechtlich selbständigen Unternehmen, über die im Ausland errichteten Zweigniederlassungen und über die Beteiligungen an Unternehmen im Ausland.

§ 7

Auskunftspflichtig für die Ergänzungserhebung sind die in § 4 Abs. 1 bezeichneten Unternehmen. Die Erhebung wird bei höchstens 15 vom Hundert dieser Unternehmen durchgeführt.

Vierter Abschnitt

Übergangs- und Schlußvorschriften

§ 8

Zur Erzielung vergleichbarer Ergebnisse kann der Bundesminister für Wirtschaft im Benehmen mit der Regierung des Saarlandes durch Rechtsverordnung, welche nicht der Zustimmung des Bundes-

¹⁾ BGBl. I vom 2. Juni 1960 S. 313.

rates bedarf, für das Saarland die Stichtage, das Erhebungsjahr und die Berichtszeiträume der Handels- und Gaststättenzählung abweichend von den Vorschriften der §§ 2, 5 und 6 Nr. 3 geregelt.

§ 9

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 10

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 27. Mai 1960

Der Bundespräsident

Lübke

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers

Ludwig Erhard

Der Bundesminister für Wirtschaft

Ludwig Erhard

Begründung¹⁾

A. Allgemeiner Teil

I. Zweck und Bedeutung einer Zählung im Handel sowie im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe

Der Umfang und die Bedeutung des Handels und des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes, die unter Einschluß der Handelsvertreter und Handelsmakler im Jahre 1950 (letzte Arbeitsstättenzählung) zusammen über 850 000 Betriebe mit nahezu 2,7 Millionen Beschäftigten zählten, werden durch die Tatsache gekennzeichnet, daß diese Wirtschaftsbereiche nach dem damaligen Stand etwa 40 v. H. aller in der Bundesrepublik bestehenden gewerblichen Arbeitsstätten auf sich vereinigten, in denen etwa 20 v. H. aller in nicht-landwirtschaftlichen Gewerben erwerbstätigen Personen ihren Arbeitsplatz fanden. Im Jahre 1956 betrug die Wertschöpfung allein beim Groß- und Einzelhandel nach den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes etwa 20 Milliarden DM womit der die Verteilungswirtschaft repräsentierende Bereich im Rahmen der Gesamtaufbringung des Sozialprodukts der Bundesrepublik nach der Industrie an zweiter Stelle steht.

Während den an der Gestaltung der Wirtschafts- und Sozialpolitik auf Bundes- und Landesebene beteiligten Stellen für die Industrie und das Handwerk — also für die Gebiete der Gütererzeugung — umfassendes und hinreichend zeitnahes statistisches Unterrichtungsmaterial vorliegt, das weitgehende Einblicke in die Strukturverhältnisse dieser Bereiche bietet, werden auf dem Gebiet der Absatzwirtschaft bisher nur wenige Repräsentativerhebungen in einzelnen Zweigen durchgeführt, die vornehmlich einer kurzfristigen Beobachtung des konjunkturellen und saisonalen Geschäftsablaufs dienen. Nachdem zuletzt im Jahre 1950 im Rahmen der Arbeitsstättenzählung für die Verteilungswirtschaft die Zahl der Betriebe, die Beschäftigten und der Umsatz ermittelt worden sind, fehlt es seitdem völlig an einer ausführlicheren Darstellung der Strukturverhältnisse in diesen Wirtschaftsbereichen. Der Handel ist seitdem nicht nur in seine ihm naturgemäße wirtschaftliche Betätigung hineingewachsen, sondern darüber hinaus in Nachholung des Vorsprungs, den die Handelsunternehmen in den anderen Ländern errungen haben, zu neuen Methoden gekommen, die seine Struktur im gesamten grundsätzlich geändert haben. Freiwillige Ketten, Werbegemeinschaften, Einkaufsverbände und Rationalisierungssysteme, Selbstverkäuflichkeit der Ware und Neuorientierung der Sortimente im Einzelhandel bringen auch für statistische Erhebungen hinsichtlich der Umsatzgrößen, der Verschiebung der Umsatzgrößenklassen, der Zahl der Betriebe und der Beschäftigten sowie in vielen anderen Beziehungen völlig neue Verhältnisse, die für eine richtige Orientierung von grundsätzlicher Bedeutung sind. Die Bundesregierung und die gesetzgebenden Körperschaften schenken der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Mittelstandes ihre besondere Aufmerksamkeit. Daher ist es notwendig, gegenwartsnahe Unterlagen über die Bedeutung und den strukturellen Aufbau der Verteilungswirtschaft, die sich in besonders hohem Maße aus mittelständischen Unternehmen zusammensetzt, zu schaffen, um sowohl den obersten Bundes- und Landesbehörden als auch der beteiligten Wirtschaft und der Wirtschaftsforschung die dringend benötigte Unterrichtung zu ermöglichen.

Diese Unterrichtung kann nur mit Hilfe einer einmaligen Gesamterhebung aller Unternehmen des Handels und des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes gewonnen werden, wie sie der vorliegende Gesetzentwurf vorsieht, da für repräsentative Erhebungen über die Struktur dieses Wirtschaftsbereichs die notwendige Ausgangsgrundlage fehlt. Dem Gesetzentwurf zufolge wird die bei allen Unternehmen durchzuführende Hauptzählung (Totalzählung) im Gesamtbereich der Verteilungswirtschaft (§ 1 Nr. 1) mit einer noch tiefer eindringenden repräsentativen Ergänzungserhebung (§ 1 Nr. 2) verbunden, bei der einzelne statistische Merkmale aus der Hauptzählung weiter untergliedert und einzelne zusätzliche Merkmale erhoben werden, um das Gesamtbild des Aufbaus und der Struktur der Verteilungswirtschaft abzurunden.

Die Handels- und Gaststättenzählung 1959 steht im Rahmen der von den Vereinten Nationen für die Zeit um 1960 empfohlenen Großzählungen (Volkszählungen, Arbeitsstättenzählungen), die im allgemeinen in etwa 10jährigen Abständen (die letzte Arbeitsstättenzählung hat 1950 stattgefunden) durchgeführt werden. Nach der Konzeption des Zählungswerks soll die Arbeitsstättenzählung eine Rahmenerhebung sein, die sich auf eine Bestandsaufnahme

aller Arbeitsstätten beschränkt. Die ausführlichere Feststellung der Strukturverhältnisse in den einzelnen Wirtschaftsbereichen soll durch Bereichszählungen erfolgen, die in ihrer Fragestellung auf die besonderen Verhältnisse des einzelnen Bereichs abgestellt und im Interesse einer möglichst gleichmäßigen Auslastung der Statistischen Ämter über mehrere Jahre verteilt werden sollen. In gleicher Weise wie die Handwerkszählung 1956 (vgl. Handwerkszählungsgesetz vom 12. Juni 1956 — Bundesgesetzbl. I S. 945) entspricht auch die auf Grund des vorliegenden Gesetzentwurfs vorgesehene Handels- und Gaststättenzählung 1959 dieser Gesamtkonzeption.

Die Zählung bedarf nach § 6 Abs. 1 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 der Anordnung durch ein Bundesgesetz.

II. Aufbau des Gesetzes

Das Gesetz gliedert sich in vier Abschnitte. Der Erste Abschnitt (§ 1) umschreibt in der bei statistischen Gesetzen üblichen Weise das gesamte durch dieses Gesetz angeordnete statistische Erhebungsprogramm, das sich — wie bereits erwähnt — aus einer allgemeinen Handels- und Gaststättenzählung (§ 1 Nr. 1) und aus einer repräsentativen Ergänzungserhebung (§ 1 Nr. 2) zusammensetzt.

Zweiter und Dritter Abschnitt enthalten entsprechend den Vorschriften in § 7 StatGes die für die allgemeine Zählung (Zweiter Abschnitt) und für die repräsentative Ergänzungserhebung (Dritter Abschnitt) notwendigen Anordnungen hinsichtlich der zu erfassenden statistischen Tatbestände, des Kreises der Befragten (Auskunftspflichtige) und der Erhebungszeiten sowie sonstige besondere für die Durchführung der Zählung notwendigen Vorschriften.

Der Vierte Abschnitt enthält allgemeine Vorschriften und Übergangsvorschriften (Berlin-Klausel, Saar-Klausel).

Im übrigen gelten für die Zählung im Handel sowie im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe die allgemeinen Vorschriften des Statistischen Gesetzes vom 3. September 1953.

B. Besonderer Teil

Erster Abschnitt

siehe Allgemeiner Teil

Zweiter Abschnitt

(Handels- und Gaststättenzählung)

Zu § 2

Der Zählungsstichtag für das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe wurde auf den 31. August 1959 vorverlegt, da besonders in Fremdenverkehrsgebieten zu dem späteren Termin schon die Saison beendet ist und die Zählungsergebnisse zweifelhaft werden müßten.

Zu § 3

Der § 2 zählt die zu erfassenden Grundtatbestände auf, die in den Fragebogen noch im einzelnen aufgegliedert werden. So werden die beschäftigten Personen sowohl nach der Stellung im Betrieb, wie Inhaber, mithelfende Familienangehörige, Angestellte, Facharbeiter usw., als auch nach Voll- und Teilbeschäftigten gesondert ermittelt, wobei letztere in ihrer Arbeitsleistung durch die geleisteten Arbeitsstunden gemessen werden. Zugleich wird das Alter der Beschäftigten anzugeben sein, um das Ausmaß der Überalterung bei den Inhabern und die Nachwuchsprobleme in der Verteilungswirtschaft übersehen zu können. Der Umsatz enthält neben den Verkaufserlösen aus fertig bezogenen Waren auch den Wert der selbsthergestellten Waren und der sonstigen Leistungen sowie die Einnahmen aus Provisionen. Beim Wareneingang ist die Art der Lieferanten gekennzeichnet. Der Warenbestand und die Außenstände werden am Anfang und Ende des Geschäftsjahres ermittelt. Die Tatbestände Nr. 2 bis Nr. 3 sind nur in DM-Werten anzugeben. In den verschiedenen Zweigen der Wirtschaftsbereiche werden je nach den besonderen Verhältnissen die Grundtatbestände in entsprechender Anpassung aufgegliedert.

Um die befragten Unternehmen und Unternehmensteile (Betriebe) fachlich einordnen zu können, bestimmt Absatz 2, daß die dazu notwendigen Angaben, wie genaue Bezeichnung und Rechtsform des Unternehmens, Kennzeichnung des Wirtschaftszweigs, Bezeichnung

¹⁾ Bundestagsdrucksache Nr. 1104 vom 15. September 1959 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben).

der hauptsächlich gehandelten Waren, wirtschaftliche Nebentätigkeiten, Vertriebenen- oder Flüchtlingeigenschaft usw. zu machen sind.

Zu § 4

In § 4 wird der Kreis der Auskunftspflichtigen festgelegt. Unternehmen des Markt- und ambulanten Handels (Absatz 1 Nr. 1) sollen durch die Zählung nur insoweit erfaßt werden, als sie sich mit dem Verkauf von Waren befassen. Das dem Dienstleistungsbereich zuzurechnende sonstige ambulante Gewerbe (z. B. Schaustellungsgewerbe) unterliegt der Zählung nicht. Als Unternehmen des Großhandels (Absatz 1 Nr. 2) sind auch die Unternehmen des Ein- und Ausfuhr Großhandels zu verstehen. Neben den Bereichen des Handels und des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes werden auch industrielle Unternehmen mit offenen an Letztverbraucher liefernde Verkaufsstellen in die Auskunftspflicht einbezogen (Absatz 2). Die Verkaufsstellen industrieller Unternehmen mit Lieferungen an den Letztverbraucher sind in einigen Handelsbereichen in größerer Zahl vorhanden, so daß sich ihre Einbeziehung in die Zählung als notwendig erweist, um lückenhafte Ergebnisse zu vermeiden. Es ist hierbei vorgesehen, nur die Verkaufsstellen zu zählen, die regelmäßig wie Einzelhandelsunternehmen Waren an den Letztverbraucher abgeben. Gelegentliche Verkäufe in Räumen mit Zugang für Letztverbraucher sollen bei der Zählung nicht als Verkaufsstellen im Sinne des Zählungsgesetzes gelten.

Wegen der regionalen Darstellung der Zählungsergebnisse ist Erteilung der Auskunft für jede einzelne örtlich vom Hauptunternehmen getrennte Zweigniederlassung vorgesehen (Absatz 3).

Zu § 5

Die Ermittlung der Anschriften der Auskunftspflichtigen, die bei Großzählungen meist durch einen großen Stab von Zählern erreicht wird, bereitet für die Teilzählungen — wie im Falle des vorliegenden Zählungswerkes — beträchtliche Schwierigkeiten. Eine befriedigende Lösung bietet sich an, wenn die Anschriften aus den bei den Finanzämtern vorhandenen Karteien der Umsatzsteuerpflichtigen als Anschriftengrundlage für Zwecke der Zählung zur Verfügung gestellt werden. Da die Durchführung der Zählung von der Verfügbarkeit dieses Anschriftenmaterials abhängt, ist eine ausdrückliche gesetzliche Festlegung dieser Regelung notwendig.

Die Anschriften der industriellen Unternehmen mit offenen Verkaufsstellen können nur auf dem Wege einer Umfrage im Rahmen der amtlichen Industriestatistik ermittelt werden.

Dritter Abschnitt (Ergänzungserhebung)

Zu § 6

Die in § 3 für die Handels- und Gaststättenzählung aufgeführten Tatbestände sind in ihrem Umfang und Inhalt darauf abgestimmt,

daß sie von allen Auskunftspflichtigen aus den betrieblichen und steuerlichen Unterlagen für die Beantwortung der Fragebogen entnommen werden können. Da aber für die gesamtwirtschaftliche Strukturanalyse der von der Zählung erfaßten Wirtschaftszweige darüber hinausgehende Unterlagen erforderlich sind, ist eine Ergänzungserhebung vorgesehen, die von repräsentativ ausgewählten Unternehmen weitere Angaben verlangt. So wird im Einzelhandel der bei der Zählung nur summarisch erfaßte Umsatz von Handelsware (Nr. 1 Buchstabe a) getrennt ausgewiesen nach Barumsatz, Teilzahlungsverkäufen und sonstigen Kreditverkäufen; ferner wird die Richtung des Absatzes an private Verbraucher und andere Abnehmer ermittelt. Für die weitere Analyse der Betriebsstruktur dient die Ausweisung nach den Einzelposten der Aktiva und Passiva (Nr. 2), die ergänzende Unterlagen erbringen soll, wie sie für Kapitalgesellschaften der Industrie vorliegen. Um die Zufälligkeiten eines Berichtsjahres auszuschalten, werden bei den Aufwendungen beim Anlagevermögen (Nr. 3) die Angaben für 2 Geschäftsjahre verlangt. Die Angaben über Aufwendungen für Lohnaufträge (Nr. 1 Buchstabe c) werden nur beim Groß- und Einzelhandel, die Angaben über Heimarbeiterentgelte (Nr. 1 Buchstabe c) nur beim Einzelhandel erhoben.

Zu § 7

Die Ergänzungserhebung wird nur bei einer Auswahl von höchstens 15 v. H. der Auskunftspflichtigen durchgeführt, um sowohl die Kosten des Zählungswerkes in vertretbaren Grenzen zu halten als auch die Vielzahl der kleinen und mittleren Betriebe nicht mit dem Frageprogramm zu belasten. Der Repräsentationsgrad ist mit Rücksicht auf brauchbare Länderergebnisse gewählt worden.

C. Kostenberechnung

Die voraussichtlichen Kosten (zusätzliche Ausgaben) der in diesem Gesetz geregelten allgemeinen Zählung im Handel sowie im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe (§ 1 Nr. 1) und der repräsentativen Ergänzungserhebung (§ 1 Nr. 2) werden vom Statistischen Bundesamt wie folgt schätzungsweise veranschlagt (in 1000 DM):

insgesamt		davon	
Bund:	1 000	persönliche	520
Länder:	8 000	sächliche	480
zusammen:		persönliche	6 100
		sächliche	1 900
zusammen:		persönliche	6 620
		sächliche	2 380

An Hilfskräften sind beim Bund erforderlich

- 4 Zeitangestellte für jeweils 36 Monate,
- 11 Zeitangestellte für jeweils 18 Monate,
- 20 Zeitangestellte für jeweils 15 Monate.

Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über eine Zählung im Handel sowie im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe (Handelszählungsgesetz) im Saarland Vom 13. Juli 1961¹⁾

Auf Grund des § 8 des Gesetzes über eine Zählung im Handel sowie im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe (Handelszählungsgesetz 1960) vom 27. Mai 1960 (Bundesgesetzbl. I S. 313) wird im Einvernehmen mit der Regierung des Saarlandes verordnet:

§ 1

Abweichend von den Vorschriften der §§ 2, 5 und 6 Nr. 3 des Gesetzes werden im Saarland

1. die Handels- und Gaststättenzählung im Handel mit Stichtag 30. September 1961, im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe mit Stichtag 31. August 1961 durchgeführt;
2. die einmalige Befragung der Unternehmen der Industrie (§ 5) im Jahre 1961 durchgeführt;

§ 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 13. Juli 1961

Der Bundesminister für Wirtschaft
In Vertretung
Westrick

Gesetz über die Durchführung laufender Statistiken im Handel sowie über die Statistik des Fremdenverkehrs in Beherbergungsstätten (HFVStatG) Vom 12. Januar 1960²⁾

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Über die Geschäftstätigkeit und den Wirtschaftsablauf im Handel sowie über den Fremdenverkehr in Beherbergungsstätten werden

¹⁾ Bundesanzeiger Nr. 134 vom 15. Juli 1961 S. 1. — ²⁾ BGBl. I vom 16. Januar 1960 S. 6.

laufende Repräsentativ-Erhebungen als Bundesstatistik durchgeführt. Die Erhebungen umfassen

1. eine Umsatzstatistik im Groß- und Außenhandel (Großhandelsstatistik),
2. eine Umsatzstatistik im Einzelhandel (Einzelhandelsstatistik),

3. eine Statistik über den Fremdenverkehr in Beherbergungsstätten (Fremdenverkehrsstatistik).

§ 2

(1) Die Großhandelsstatistik (§ 1 Nr. 1) erfaßt folgende Tatbestände:

1. Monatlich den Wert des Umsatzes in eigenem Namen und in fremdem Namen sowie die Zahl der Beschäftigten;
2. jährlich den Wert der Einkäufe im Kalenderjahr oder Geschäftsjahr sowie den Wert der Lagerbestände am Ende des Kalenderjahres oder Geschäftsjahres.

(2) Auskunftspflichtig sind die Unternehmen des Groß- und Außenhandels einschließlich der Ein- und Verkaufsvereinigungen.

(3) Die Großhandelsstatistik wird bei höchstens 10 000 der in Absatz 2 bezeichneten Unternehmen durchgeführt.

(4) Die Großhandelsstatistik wird vom Statistischen Bundesamt erhoben und aufbereitet.

§ 3

(1) Die Einzelhandelsstatistik (§ 1 Nr. 2) erfaßt folgende Tatbestände:

1. Monatlich den Wert des Umsatzes sowie die Zahl der Beschäftigten;
2. jährlich den Wert der Einkäufe im Kalenderjahr oder Geschäftsjahr sowie den Wert der Lagerbestände am Ende des Kalenderjahres oder Geschäftsjahres.

(2) Auskunftspflichtig sind die Unternehmen des Einzelhandels. Bei Unternehmen mit mehreren Niederlassungen sind auch die einzelnen Niederlassungen auskunftspflichtig.

(3) Die Einzelhandelsstatistik wird bei höchstens 40 000 der in Absatz 2 bezeichneten Unternehmen durchgeführt.

§ 4

(1) Die Fremdenverkehrsstatistik (§ 1 Nr. 3) erfaßt folgende Tatbestände:

1. Monatlich die Zahl der Fremdenmeldungen und -übernachtungen, bei Fremden mit ständigem Wohnsitz im Ausland außerdem das Herkunftsland des Fremden;

2. jährlich am 1. April die Zahl der Fremdenzimmer und Fremdenbetten, die in dem am 1. April beginnenden Berichtsjahr ständig oder zeitweise für den Fremdenverkehr verfügbar oder die zweckentfremdet sind.

(2) Auskunftspflichtig sind die Betriebe des Beherbergungsgewerbes. Auskunftspflichtig sind ferner die Inhaber oder geschäftsführenden Personen von Sanatorien, Heilstätten, Kuranstalten, Erholungsheimen, Kinderheimen, Jugendherbergen und Campingplätzen sowie von sonstigen Unterkunftsstätten, in denen zum vorübergehenden Aufenthalt gegen Entgelt Personen Unterkunft gewährt wird.

(3) Die Fremdenverkehrsstatistik wird in höchstens 3 000 Gemeinden durchgeführt.

§ 5

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 6

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft. Gleichzeitig treten außer Kraft

1. die Verordnung über die Großhandelsstatistik vom 27. Juni 1957 (Bundesanzeiger Nr. 122 vom 29. Juni 1957),
2. die Verordnung über die Statistik des Fremdenverkehrs in Beherbergungsstätten vom 20. Januar 1958 (Bundesanzeiger Nr. 18 vom 28. Januar 1958).

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 12. Januar 1960

Der Bundespräsident

Lübke

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers

Ludwig Erhard

Der Bundesminister für Wirtschaft

Ludwig Erhard

Begründung¹⁾

I. Allgemeine Begründung

1. Rechtsgrundlage

Nach Auffassung der Bundesregierung sollen die bisher auf Grund der Verordnung über eine Statistik im Einzelhandel vom 24. November 1956 (Bundesanzeiger Nr. 232 vom 29. November 1956),

der Verordnung über die Großhandelsstatistik vom 27. Juni 1957 (Bundesanzeiger Nr. 122 vom 29. Juni 1957) und

der Verordnung über die Statistik des Fremdenverkehrs in Beherbergungsstätten vom 20. Januar 1958 (Bundesanzeiger Nr. 18 vom 28. Januar 1958)

durchgeführten Statistiken im Sinne des § 6 Abs. 1 StatGes durch ein Sammelgesetz angeordnet werden, weil die Weiterführung dieser Statistiken auf längere Sicht für Zwecke der Wirtschaftsbeobachtung und Konjunkturpolitik unerlässlich ist. Der Erlaß einer neuen Rechtsvorschrift ist dringlich, weil die Geltungsdauer der Verordnung über eine Statistik im Einzelhandel bereits am 29. November 1959 endet.

2. Bedeutung der Statistik

Die auf Grund der Großhandels- und Einzelhandelsumsatzstatistik vom Statistischen Bundesamt ermittelten Meßziffern über die Umsatztätigkeit des Handels und seiner verschiedenen Zweige bilden ein besonders wichtiges Hilfsmittel für die Beurteilung der konjunkturellen Entwicklung. Sie sind damit eine unentbehrliche und zuverlässige Unterrichtsquelle für die zuständigen obersten Bundes- und Landesbehörden, die Deutsche Bundesbank, die wirtschaftswissenschaftlichen Institute und für die Wirtschaft, die sie zur Beurteilung der konjunkturellen Veränderungen der Wirtschaftslage regelmäßig heranziehen und eingehend analysieren (vgl. Lagebericht des BWM und der DBK).

Die Einzelhandelsstatistik dient im besonderen auch zur Beobachtung der Entwicklung des privaten Verbrauchs, der zu einem großen Teil von der Bevölkerung durch Käufe beim Einzelhandel

¹⁾ Bundestagsdrucksache Nr. 1232 vom 6. August 1959 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben).

gedeckt wird. Sie bildet damit zugleich ein wichtiges Hilfsmittel für die Fortschreibung der amtlichen Sozialproduktsberechnung.

Die Fremdenverkehrsstatistik ist erforderlich, um eine einheitliche Darstellung der Entwicklung des Fremdenverkehrs in Beherbergungsstätten für das gesamte Gebiet der Bundesrepublik zu ermöglichen.

Die Bedeutung des Fremdenverkehrs für die Volkswirtschaft wird dadurch gekennzeichnet, daß allein im Jahre 1957 in den gewerblichen Beherbergungsstätten rd. 105 Millionen Übernachtungen gezählt und aus dem Reiseverkehr ausländischer Gäste etwa 1,9 Mrd. DM an Devisen eingenommen wurden.

Für regionale Untersuchungen liefert die Fremdenverkehrsstatistik Unterlagen über den Umfang und die Struktur des Fremdenverkehrs in Bezirken, die wirtschaftlich vom Fremdenverkehr abhängen. Der Nachweis über das Herkunftsland der Auslandsgäste gibt wertvolle Hinweise für eine zweckmäßige Werbung. Die Angaben über die Beherbergungskapazität und deren Ausnutzung können einer sinnvollen Entwicklung der Investitionstätigkeit in diesem Wirtschaftszweig dienen.

Die Aufnahme einer Saar-Klausel ist entbehrlich, da die hier geregelten Statistiken baldmöglichst im Saarland eingeführt werden sollen.

II. Begründung im einzelnen

Zu § 2 Abs. 1 Nr. 1

Die Zahl der Beschäftigten soll mit diesem Gesetz auch beim Großhandel erfaßt werden, um in gleicher Weise wie schon bisher beim Einzelhandel die Veränderungen der Beschäftigtenzahlen unter dem Einfluß der konjunkturellen und saisonalen Bedingungen beobachten zu können.

Zu § 2 Abs. 1 Nr. 2

Die jährlich einmalige Erfragung des Wertes der Einkäufe und der Lagerbestände dient ebenfalls der Beobachtung der wirtschaftlichen Entwicklung. Sie erscheint besonders wichtig, da sich in der Einkaufstätigkeit und in der Lagerhaltung u. a. die Erwartungen der Unternehmen niederschlagen. Auch für die Aufstellung von Volks-

wirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist eine jährliche Beobachtung der Einkäufe und der Lagerbestände unentbehrlich.

Zu § 2 Abs. 3

Da von vielen Seiten die Aufstellung eines Index der Umsätze im Großhandel für dringend erforderlich gehalten wird, ist die Einbeziehung weiterer wichtiger Fachzweige in die Großhandelsstatistik unumgänglich notwendig. Aus diesem Grunde und zur allgemeinen Verbesserung der Repräsentation sollen an der Berichterstattung an Stelle von bisher 4000 künftig bis zu höchstens 10000 Unternehmen beteiligt werden, deren Auswahl durch das Statistische Bundesamt im Benehmen mit Sachverständigen der Wirtschaft vorgenommen wird. In dieser erhöhten Zahl sind auch Höchstzahlen für Berlin (West) und das Saarland einbegriffen. Da bei jeder Repräsentativerhebung der Grad der Repräsentation den Erkenntnis- und Aussagewert der Ergebnisse bestimmt, muß für jeden ausgesuchten Großhandelszweig eine ausreichende Beteiligung und eine hinsichtlich der Betriebstypen den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Zusammensetzung des Berichtsfirmenkreises sichergestellt sein.

Zu § 2 Abs. 4

Die Notwendigkeit einer zentralen Aufbereitung der Großhandelsstatistik für das Bundesgebiet mit Ausnahme des Landes Berlin ergibt sich aus der meist überregionalen Struktur der Großhandelsunternehmen. Dem Bedürfnis der Länder auf laufende Unterrichtung wird dadurch Rechnung getragen, daß in den Großhandelszweigen, in denen eine regionale Untergliederung der Ergebnisse möglich erscheint, auch Ländereergebnisse erstellt werden.

Zu § 3 Abs. 1 Nr. 2

wie zu § 2 Abs. 1 Nr. 2

Zu § 3 Abs. 3

Es hat sich als erforderlich erwiesen, die Repräsentation der Einzelhandelsstatistik in einer Zahl von Zweigen zu verbessern und einige weitere Zweige in die Statistik einzubeziehen. Zu diesem Zweck soll die Zahl der befragten Unternehmen von bisher 30000 auf 40000 heraufgesetzt werden, da sich herausgestellt hat, daß mit einer Erfassung von nur 30000 Unternehmen die Umsatzentwicklung der einzelnen Einzelhandelszweige nicht mit genügender Zuverlässigkeit dargestellt werden kann. In dieser erhöhten Zahl sind auch Höchstzahlen für Berlin (West) und das Saarland einbegriffen.

Zu § 4 Abs. 3

Die Fremdenverkehrsstatistik wird nur in solchen Gemeinden durchgeführt, in denen der Fremdenverkehr besondere Bedeutung hat.

III. Kosten

Die in diesem Gesetz geregelten Statistiken gehören zum laufenden Arbeitsprogramm und werden seit längerem vom Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern durchgeführt. Die Mittel dafür sind deshalb in den Haushalten von Bund und Ländern bereits enthalten. Zusätzliche Haushaltsmittel werden nicht benötigt.

Verordnung über die statistische Erfassung der in den Geltungsbereich dieser Verordnung verbrachten festen Brennstoffe Vom 28. Juni 1965¹⁾

Auf Grund des § 6 Abs. 2 und des § 9 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314), zuletzt geändert durch das Zweite Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 15. Juli 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 721), verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

§ 1

Über die in den Geltungsbereich dieser Verordnung verbrachten festen Brennstoffe wird eine Bundesstatistik durchgeführt.

§ 2

Die Statistik erfaßt für die in den Geltungsbereich dieser Verordnung verbrachten festen Brennstoffe die folgenden Tatbestände:

1. Arten und Mengen der Bezüge von Verbrauchern, die diese Brennstoffe selbst in den Geltungsbereich dieser Verordnung verbracht haben;
2. Arten und Mengen der Lieferungen, gegliedert nach Abnehmergruppen und Ländern der Bundesrepublik;
3. Arten und Mengen der Bestände.

§ 3

(1) Auskunftspflichtig nach § 10 StatGes sind Unternehmen, die feste Brennstoffe in den Geltungsbereich dieser Verordnung verbracht haben und selbst verbrauchen, sowie Unternehmen, die in den Geltungsbereich dieser Verordnung verbrachte feste Brennstoffe an Verbraucher, an Kohlenegroßhändler oder an Kohleneinzelhändler liefern.

(2) Die Meldungen nach § 2 Nr. 1 und 2 sind jeweils innerhalb von 15 Tagen nach dem Bezug oder der Lieferung, die Meldungen nach § 2 Nr. 3 sind bis zum 15. des auf den Berichtsmonat folgenden Monats durch den Auskunftspflichtigen unter Verwendung der amtlichen Erhebungsvordrucke dem Bundesminister für Wirtschaft oder der von ihm bestimmten Stelle einzureichen.

§ 4

Der Bundesminister für Wirtschaft oder die von ihm bestimmte Stelle wird ermächtigt, die Aufgaben des Statistischen Bundesamtes nach § 2 Nr. 2 StatGes für diese Statistik wahrzunehmen, nachdem die beteiligten Länder die Zustimmung gemäß § 2 Nr. 2 StatGes erteilt haben.

§ 5

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 17 StatGes auch im Land Berlin.

§ 6

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft. Sie tritt 3 Jahre nach ihrer Verkündung außer Kraft.

Bonn, den 28. Juni 1965

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers

Mende

Der Bundesminister für Wirtschaft

Schmücker

Begründung²⁾

1. Die Verordnung über die statistische Erfassung der Lieferungen und der Bestände der in den Geltungsbereich dieser Verordnung verbrachten festen Brennstoffe vom 4. Juli 1962 (Bundesanzeiger Nr. 131 vom 14. Juli 1962) tritt mit Ablauf des 14. Juli 1965 außer Kraft. Die Fortführung dieser seit dem Jahre 1951 erhobenen Statistik ist notwendig, um auch weiterhin den gesamten Kohlenabsatz und die gesamten Kohlenbestände im Bundesgebiet überblicken zu können. Ferner ist diese Statistik mit Rücksicht auf die anhaltenden Absatzschwie-

rigkeiten im deutschen Steinkohlenbergbau von Bedeutung, weil sie der Bundesregierung wichtige Unterlagen für Maßnahmen auf dem Gebiet der Kohleneinfuhr — u. a. für die Durchführung des Gesetzes über das Zollkontingent für feste Brennstoffe 1965, 1966 und 1967 — vermittelt.

Schließlich ist diese Statistik für die gegenüber der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl periodisch abzugebenden Meldungen erforderlich.

Mit der vorliegenden Verordnung soll daher zur Gewinnung des zeitlichen Anschlusses die erforderliche Rechtsgrundlage geschaffen werden.

¹⁾ Bundesanzeiger Nr. 128 vom 14. Juli 1965 S. 1. — ²⁾ Bundesratsdrucksache Nr. 215 vom 4. Mai 1965 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben).

2. Künftig werden alle in den Geltungsbereich der Verordnung verbrachten festen Brennstoffe erfaßt, somit auch solche, die von Verbrauchern unmittelbar, d. h. ohne Einschaltung eines Importeurs bezogen werden, da derartige, bisher nicht erfaßte Verbraucherbezüge vornehmlich aus dem Gebiet der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl einen erheblichen Umfang angenommen haben. Die Überschrift sowie die §§ 1, 2 und 3 sind entsprechend geändert.

In § 3 Abs. 2 sind die Fristen von 10 auf 15 Tage erweitert worden, weil sich eine solche Fristverlängerung im Interesse der Auskunftspflichtigen als notwendig erwiesen hat.

3. Zusätzliche Kosten entstehen nicht. Die Statistik wird wie bisher im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft durch das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft im Rahmen der ihm obliegenden Aufgaben und der ihm hierfür zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel durchgeführt.

Gesetz über die Statistik des grenzüberschreitenden Warenverkehrs (Außenhandelsstatistik-AHStatGes)

Vom 1. Mai 1957¹⁾

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Über den grenzüberschreitenden Warenverkehr wird eine Bundesstatistik durchgeführt.

§ 2

(1) Anzumelden ist der Warenverkehr über die Grenze des Erhebungsgebietes. Anzumelden sind ferner der übrige Warenverkehr der Freihäfen, der Zollgewahrsams- und der Zollvormerkverkehr sowie der Erwerb und die Veräußerung von Seeschiffen.

(2) Das Erhebungsgebiet umfaßt den Geltungsbereich dieses Gesetzes ohne die badischen Zollausschlüsse. Die Zollanschlüsse gehören zum Erhebungsgebiet.

(3) Waren im Sinne dieses Gesetzes sind alle beweglichen Sachen.

§ 3

Bei der Anmeldung werden folgende Tatbestände erfaßt:

1. Anschrift der Auskunftspflichtigen nach § 4; Name des Schiffes oder Zulassungszeichen des Luftfahrzeuges; Ankunfts- oder Verladetag; Ein-, Um- oder Ausladehafen; im Freihafenverkehr das Lager oder der Betrieb; Anlaß der Warenbewegung; Verkehrsart;
2. Benennung der Ware; Art der Veredelungsarbeit; Menge; Wert; Wertstellung; für den Warenverkehr maßgebende Währung; Herstellungs- oder Verbrauchsland, Versendungs- oder Empfangsland, Einkaufs- oder Käuferland; Zielort oder Herstellungsort im Erhebungsgebiet; Verpackungsart und -merkmale oder das Beförderungsmittel; Anzahl und Merkzeichen der Güter;
3. ferner
 - a) bei Einfuhr aus Zollvormerklager: Zolltarifnummer mit Absatz und Unterabsatz, Zollsatz, Grund der Zollbefreiung oder -ermäßigung, Zollbetrag;
 - b) bei Schiffsbedarf: Nationalität des Fahrzeuges, für das die Waren bestimmt sind;
 - c) bei Zwischenauslandsverkehr: das Land, durch dessen Gebiet die Waren gesandt werden, und bei Beförderung über See der Seeweg.

§ 4

(1) Zur Anmeldung ist verpflichtet

1. für die in das Zollgebiet eingehenden Waren derjenige, der den Zolланtrag stellt;
2. in den übrigen Fällen derjenige, der die Waren in dem nach § 6 maßgebenden Zeitpunkt besitzt.

(2) Zur Ausstellung sowie zur Ergänzung des Anmeldepapiers ist verpflichtet

1. für die eingehenden Waren der Einführer;
2. für die ausgehenden Waren der Ausführer;
3. in den übrigen Fällen der Anmeldepflichtige.

(3) Durch Rechtsverordnung kann zur Erleichterung des Anmeldeverfahrens oder zur Regelung von Sonderfällen des Verkehrsablaufs bestimmt werden, daß andere am Warenverkehr beteiligte Personen zur Anmeldung sowie zur Ausstellung oder Ergänzung des Anmeldepapiers verpflichtet sind.

§ 5

(1) Anmeldestellen sind die Zollstellen.

(2) Durch Rechtsverordnung können zur Vereinfachung des Anmeldeverfahrens der Kreis der Zollstellen näher bestimmt und begrenzt sowie andere Dienststellen zu Anmeldestellen erklärt werden.

§ 6

(1) Die Anmeldung ist durch Übergabe der amtlich vorgesehenen, ordnungsmäßig ausgefüllten Anmeldepapiere durch den Anmeldepflichtigen an die Anmeldestelle zu bewirken.

(2) Das Anmeldepapier ist der Anmeldestelle zu übergeben

1. beim Eingang von Waren in das Erhebungsgebiet, soweit eine Zollabfertigung stattfindet, zugleich mit dem Zolланtrag;
2. beim Ausgang von Waren aus dem Erhebungsgebiet unverzüglich, sobald die Waren am Ort der Anmeldestelle eingetroffen oder dort zur Ausfuhr aufgeliefert worden sind.

(3) Durch Rechtsverordnung kann ein anderer Zeitpunkt der Anmeldung (Absatz 2) festgelegt werden

1. für die übrigen sowie für besondere Fälle des Wareneingangs oder Warenausgangs;
2. soweit andere Rechtsvorschriften über die Wareneinfuhr und die Warenausfuhr dies aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung erfordern.

§ 7

(1) Die Frachtführer im Land- und Luftverkehr haben im Falle der Ausfuhr bei der Übergabe der Anmeldepapiere an die Anmeldestelle schriftlich zu erklären, daß in ihnen alle der Anmeldepflicht unterliegenden Frachtstücke aufgeführt sind.

(2) Für jedes von See in einen Freihafen beladen eingehende und für jedes seewärts oder auf einem Binnengewässer beladen ausgehende Schiff ist vom Verfrachter oder Frachtführer oder, wenn kein Frachtgeschäft vorliegt, vom Besitzer der Ladung der Anmeldestelle ein Ladungsverzeichnis einzureichen. Bei aus Freihäfen nach See ausgehenden Schiffen kann von der Anmeldestelle, soweit Schiffszettel oder sonstige Verlade- oder Übergabepapiere eingeführt sind, eine Ausfertigung eines dieser Papiere vom Verlader verlangt werden.

(3) Die Ladungsverzeichnisse nach Absatz 2 müssen folgende Angaben enthalten: Anzahl, Verpackungsart und Merkzeichen der Packstücke sowie in deutscher Sprache Benennung und Menge der geladenen Waren, und zwar in Übereinstimmung mit den Konnossementen oder sonstigen Ladungspapieren, ferner die Namen der Auskunftspflichtigen nach § 4. Die Angaben über die Waren sind in den Ladungsverzeichnissen nach Einlade- oder Ausladehäfen zu ordnen. Beim Ausgang sind die Sendungen in laufender Nummernfolge in die Ladungsverzeichnisse einzutragen. Auf den Konnossementen sind diese Nummern anzugeben. Die Ladungsverzeichnisse müssen die Erklärung des Verfrachters oder Frachtführers enthalten, daß in ihnen alle in den Schiffen verladene Waren verzeichnet sind. Bei unbeladenen Schiffen ist vom Schiffsführer schriftlich zu erklären, daß das Schiff unbeladen ist. Die Ladungsverzeichnisse der von See in einen Freihafen zum Löschen eingehenden Schiffe sind innerhalb acht Tagen nach der Ankunft der Schiffe einzureichen. Für die aus den Freihäfen nach See ausgehenden Schiffe sind die Ladungsverzeichnisse binnen acht Tagen, für die aus anderen Seehäfen nach See ausgehenden Schiffe binnen drei Tagen nach der Abfahrt der Schiffe einzureichen, falls der Verfrachter eine Niederlassung oder eine ständige Vertretung (Makler, Agentur) im Aus-

¹⁾ BGBl. I vom 8. Mai 1957 S. 413.

gangshafen hat. In anderen Fällen ist das Ladungsverzeichnis der ausgehenden Schiffe sogleich nach Beendigung der Verladung einzureichen. Auf Anfordern sind den Meldestellen auch über die Sendung vorhandene Konnossemente, Frachtkarten und Lagelisten zur Einsicht vorzulegen.

(4) Im Zoll- und Freihafenverkehr können zur Sicherung der Anmeldung auch weitere am Warenverkehr und Transport beteiligte Personen durch Rechtsverordnung verpflichtet werden, Angaben über Waren, deren Herkunft, Bestimmung und Verbleib zu machen; örtliche Schiffsmeldestellen können verpflichtet werden, den Ein- und Ausgang der Schiffe der Anmeldestelle anzuzeigen.

(5) Bei der Ausfuhr von Waren des Zoll- oder Verbrauchsteuerverkehrs hat der Zoll- oder Steuerbeteiligte das Anmeldepapier der Zollstelle vorzulegen, die die Zoll- und Steuerpapiere ausfertigt. Entsprechendes gilt, wenn ein Nämlichkeitsschein oder Musterpaß für Freigut ausfertigt wird.

§ 8

In Ausnahmefällen können zur Vermeidung unbilliger Härten oder aus Gründen einer erhebungstechnischen Vereinfachung durch Rechtsverordnung Erleichterungen im Anmeldeverfahren oder Befreiungen von der Anmeldung oder Ausnahmen von den Vorschriften des § 7 gewährt werden, soweit es mit dem Zweck der Außenhandelsstatistik vereinbar ist. In besonders gelagerten Einzelfällen können derartige Erleichterungen und Befreiungen auch durch den Präsidenten des Statistischen Bundesamtes verfügt werden.

§ 9

(1) Zur Auskunft verpflichtet nach § 10 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) sind Personen, die verpflichtet sind

1. nach § 4 Abs. 1 zur Anmeldung;
2. nach § 4 Abs. 2 zur Ausstellung sowie zur Ergänzung des Anmeldepapiers;
3. nach einer auf Grund des § 4 Abs. 3 und des § 13 Nr. 1 erlassenen Rechtsverordnung zur Anmeldung, zur Ausstellung oder Ergänzung des Anmeldepapiers;
4. nach § 7 Abs. 1 und 3 zur Abgabe der dort bezeichneten Erklärungen;
5. nach § 7 Abs. 2 zur Ausfüllung der dort bezeichneten Papiere;
6. nach einer auf Grund des § 7 Abs. 4 und des § 13 Nr. 1 erlassenen Rechtsverordnungen zu Erklärungen und Anzeigen.

(2) Die Anmeldestellen können im Zeitpunkt der Anmeldung (§ 6) durch Vergleich der Beförderungspapiere oder sonstiger Begleitpapiere mit den Anmeldepapieren oder durch Beschau der Waren nachprüfen, ob die nach Absatz 1 zur Auskunft verpflichteten Personen ihrer Auskunftsverpflichtung entsprochen haben.

§ 10

(1) Die Außenhandelsstatistik ist vom Statistischen Bundesamt nach § 2 Nr. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke zu erheben und aufzubereiten.

(2) Das Statistische Bundesamt kann den Statistischen Ämtern in Hamburg, Bremen und Lübeck die für deren statistische Zwecke erforderlichen Unterlagen zur selbständigen Bearbeitung zur Verfügung stellen.

Begründung¹⁾

A. Allgemeine Begründung

I. Rechtsgrundlage

Die Außenhandelsstatistik wurde durch den Deutschen Zollverein bereits 1834 eingeführt. Nach der Reichsgründung erhielt sie ihre gesetzliche Grundlage durch die Reichsgesetze vom 20. Juli 1879 und vom 7. Februar 1906. Nach 1906 ist die Gesetzgebung des Reichs über die Außenhandelsstatistik, der Entwicklung folgend, wiederholt geändert worden; zuletzt durch das Gesetz über die Statistik des Warenverkehrs mit dem Ausland (Außenhandelsstatistik — HStatG —) vom 31. März 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 645). Dieses Gesetz wurde durch die Verordnung über die Statistik des Warenverkehrs mit dem Ausland (Außenhandelsstatistik) vom 4. April 1944 (Reichsgesetzbl. I S. 93) bis auf § 1 Abs. 1 und die §§ 18 und 19 Abs. 1 außer Kraft gesetzt.

Die Außenhandelsstatistik war eine der ersten Statistiken, die bald nach dem Zusammenbruch wieder aufgenommen wurden.

¹⁾ Bundestagsdrucksache Nr. 2658 vom 8. August 1956 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben).

§ 11

(1) Die Weiterleitung von Einzelangaben für den Dienstgebrauch der fachlich zuständigen obersten Bundes- und Landesbehörden ist zugelassen, wenn der Name der Auskunftspflichtigen nicht bekanntgegeben wird.

(2) Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik können nach Waren, nach fremden Ländern und nach Bundesländern gegliedert veröffentlicht werden, wenn der Name der Auskunftspflichtigen nicht bekanntgegeben wird.

§ 12

Abkommen mit fremden Staaten bleiben unberührt.

§ 13

Der Bundesminister für Wirtschaft und der Bundesminister der Finanzen werden ermächtigt, im Einvernehmen miteinander

1. die in § 4 Abs. 3, § 5 Abs. 2, § 6 Abs. 3, § 7 Abs. 4 und § 8 vorgesehenen Rechtsverordnungen zu erlassen;
2. durch Rechtsverordnung die in §§ 3 und 4 verwendeten Begriffe näher zu bestimmen und Durchführungsbestimmungen für das Anmeldeverfahren zu erlassen.

§ 14

Dieses Gesetz gilt nicht für den Warenverkehr mit den Währungsgebieten der Deutschen Mark der Deutschen Notenbank (DM-Ost).

§ 15

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

§ 16

(1) § 13 tritt am Tage nach der Verkündung dieses Gesetzes in Kraft. Im übrigen tritt dieses Gesetz einen Monat nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Gleichzeitig treten § 1 Abs. 1, §§ 18 und 19 Abs. 1 des Gesetzes über die Statistik des Warenverkehrs mit dem Ausland vom 31. März 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 645) außer Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 1. Mai 1957

Der Bundespräsident
Theodor Heuss

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Blücher

Der Bundesminister für Wirtschaft
Ludwig Erhard

Der Bundesminister der Finanzen
Schäffer

Die »Gemeinsame Anordnung der Verwaltungen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes zur Durchführung von Statistiken« vom 1. Juni 1949 — lfd. Nr. 30 der Anlage — (Öffentlicher Anzeiger für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet Nr. 50 S. 1) bildete in Verbindung mit den noch in Kraft gebliebenen Vorschriften des »Gesetzes über die Statistik des Warenverkehrs mit dem Ausland« vom 31. März 1939 ihre gesetzliche Grundlage in der Nachkriegszeit. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf soll die den Vorschriften des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) entsprechende Rechtsgrundlage geschaffen werden.

II. Bedeutung der Außenhandelsstatistik

Die Außenhandelsstatistik dient den obersten Verwaltungsbehörden als unentbehrliches Hilfsmittel für die Erfüllung ihrer wirtschafts-, handels- und zollpolitischen Aufgaben. Sie bildet eine wichtige Unterlage für den Abschluß von Handels- und Zolltarifverträgen mit fremden Staaten, für die Aufstellung der Handels- und Zahlungsbilanz der Bundesrepublik, für die Aufstellung und Weiterbildung des Zolltarifs. Angesichts der engen Verflechtung

der Bundesrepublik mit der Weltwirtschaft ist eine genaue Kenntnis der Warenströme über die Grenzen zwingend erforderlich.

In gleicher Weise ist die Außenhandelsstatistik unentbehrlich für die laufenden Einzeldispositionen der Unternehmen, sei es, daß diese unmittelbar oder mittelbar mit der Außenwirtschaft verbunden sind.

Außerdem wird die Außenhandelsstatistik auch benötigt, um die im Rahmen multilateraler Vereinbarungen (OEEC, Internationaler Währungsfonds, GATT, Weltbank, Montan-Union usw.) auftretenden Anforderungen an statistischen Unterlagen über die Außenhandelsituation der Bundesrepublik erfüllen zu können.

Entsprechend der zunehmenden Verflechtung der einzelnen Volkswirtschaften untereinander sowie der Vertiefung der Erkenntnisse volkswirtschaftlicher Zusammenhänge sind die Anforderungen, die heute an die Außenhandelsstatistik von allen Beteiligten gestellt werden müssen, größer als früher.

III. Grundzüge des Gesetzes

Das vorliegende Gesetz soll — in Übereinstimmung mit der internationalen Handhabung der Außenhandelsstatistik — die statistische Erfassung des die Grenze überschreitenden Warenverkehrs, auch soweit er nicht kommerzieller Art ist, regeln. Ausgenommen ist der grenzüberschreitende Warenverkehr, der auf Grund des Völkerrechts oder auf Grund zwischenstaatlicher Vereinbarungen einer Erfassung durch deutsche Dienststellen entzogen ist. Außenhandelsgeschäfte, bei denen das Kriterium des Grenzübergangs fehlt — also Geschäfte eines Ausländers im Inland oder eines Inländers im Ausland —, werden dagegen grundsätzlich nicht durch das Gesetz erfaßt.

Die frühere Bezeichnung »Gesetz über die Statistik des Warenverkehrs mit dem Ausland« wurde nicht übernommen, um den gegenwärtigen politischen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Als Kurzbezeichnung läßt sich der international übliche Ausdruck »Außenhandelsstatistik« jedoch vertreten.

Die am grenzüberschreitenden Warenverkehr beteiligten Personen werden durch das Gesetz zur Anmeldung und zur Ausstellung von Anmeldepapieren verpflichtet. Da die zur Anmeldung Verpflichteten oft nicht in der Lage sind, die geforderten Angaben ordnungsgemäß zu liefern, wurde für diese Fälle weiteren Personengruppen, vor allem Importeuren, Exporteuren und Frachtführern (Verfrachtern) die Pflicht zur Ausstellung von Anmeldepapieren auferlegt.

Anmeldestellen sind im allgemeinen die Zollstellen, denen ohnehin die Überwachung des Warenverkehrs über die Grenze obliegt. Zur Vereinfachung der Verwaltung und Entlastung der Anmeldepflichtigen erfolgt die statistische Anmeldung in der Regel in Verbindung mit anderen unentbehrlichen Verwaltungsvorgängen beim Grenzübergang oder bei der Zollabfertigung vor (bei der Ausfuhr) oder nach dem Grenzübergang (bei der Einfuhr).

Die Außenhandelsstatistik kann technisch und methodisch einwandfrei nur von einer Stelle durchgeführt werden. Sie wurde deshalb seit ihrem Bestehen stets zentral geführt.

Die in dem Gesetz vorgesehenen Ermächtigungen zum Erlaß von Durchführungsverordnungen (vgl. § 13) sollen es ermöglichen, zur Erleichterung für die Anmeldepflichtigen, zur Vermeidung von Härten und zur Vereinfachung der Verwaltung in besonders gelagerten Fällen des Warenverkehrs das Anmeldeverfahren oder den Zeitpunkt der Anmeldung abweichend von den allgemeinen Vorschriften des Gesetzes regeln zu können.

B. Begründung im einzelnen

Zu § 2

Die Bestimmungen behandeln den Gegenstand der statistischen Erhebungen sowie den räumlichen Geltungsbereich des Gesetzes. Der Begriff des »Erhebungsgebietes« wurde eingeführt, da das für die Zwecke der Außenhandelsstatistik zu umschreibende räumliche Gebiet nicht mit dem politischen Staatsgebiet (Geltungsbereich des Grundgesetzes) oder dem Zollgebiet übereinstimmt. Näheres ergibt sich aus Absatz 2. Der Erwerb und die Veräußerungen von Seeschiffen (Absatz 1) müssen besonders angemeldet werden, gleichgültig ob diese im Inland oder im Ausland erfolgen, weil Seeschiffe im allgemeinen nicht als Ware, sondern als Transportmittel die Grenze überschreiten. Im übrigen wird die Schiffsbestandsstatistik durch dieses Gesetz nicht berührt (Bestimmungen über die Statistik der Seeschifffahrt vom 27. Juni 1907, Zentralblatt für das Deutsche Reich 1907 S. 371, in Verbindung mit § 16 Abs. 1 StatGes).

Zu § 3

Die zu erfassenden Tatbestände entsprechen Mindestanforderungen, die von der Verwaltung an die Außenhandelsstatistik gestellt werden müssen. Die Erfassung dieser Tatbestände ermöglicht die Darstellung der bedeutsamen zwischenstaatlichen Güterströme sowie der daraus resultierenden Geldströme in der notwendigen Feingliederung.

Als Anlaß der Warenbewegung (Nummer 1) sind u. a. anzusehen: Kauf, Verkauf, Konsignation, Kommission usw.

Als Verkehrsarten (Nummer 1) sind zu unterscheiden Einfuhr, Ausfuhr, Schiffsbedarf, Durchfuhr (einschl. des See- und Luftumschlagverkehrs) und Zwischenauslandverkehr. Angaben über

Menge und Wert (Nummer 2) sind erforderlich, weil diese Maßstäbe bei den verschiedenen Warenarten von unterschiedlicher Bedeutung und beide zusammen für die Beurteilung des Außenhandels notwendig sind; Entsprechendes gilt für Angaben über die Währung. Ebenso ist die Kenntnis der Art der Veredelungsarbeiten für die wirtschaftspolitische Beurteilung wesentlich. Mit der Unterscheidung nach Herstellungs-, Versendungs- und Einkaufsland sowie nach Verbrauchs-, Empfangs- und Käuferland wird dem Internationalen Abkommen über Wirtschaftsstatistik (Genf) vom 14. Dezember 1928 entsprochen. Das Herstellungs- bzw. Verbrauchsland kennzeichnet diejenigen Länder, mit denen letztlich ein Warenaustausch stattfindet.

Das Versendungs- bzw. Empfangsland kennzeichnet die Länder, mit denen im Rahmen des grenzüberschreitenden Warenverkehrs Verkehrsbeziehungen bestehen.

Das Einkaufs- bzw. Käuferland kennzeichnet die Länder, mit denen Außenhandelsgeschäfte abgeschlossen werden und in denen die Vertragspartner ihr Geschäft betreiben.

Praktisch kann das gleiche Land bei der Einfuhr Herstellungs-, Versendungs- und Einkaufsland bzw. bei der Ausfuhr Verbrauchs-, Empfangs- und Käuferland sein. Es gibt hiervon aber ins Gewicht fallende Abweichungen, deren Kenntnis volkswirtschaftlich und handelspolitisch von Bedeutung ist und die festzustellen die Außenhandelsstatistik ermöglichen soll.

Durch die Angabe des Zielortes im Erhebungsgebiet lassen sich die Beziehungen der großen Hafenstädte zu ihrem Hinterland erkennen machen.

Die Angabe des Herstellungsortes ermöglicht die Darstellung der Ausfuhr in einer Aufgliederung nach Bundesländern.

Angaben über Verpackungsart und -merkmale oder das Beförderungsmittel und dgl. dienen technischen Erfordernissen einer Kontrolle sowie der Beobachtung des Warenverkehrs unter verkehrspolitischen Gesichtspunkten.

Zu § 4

Begrifflich ist zu unterscheiden zwischen den zur Anmeldung Verpflichteten (Absatz 1) und den zur Ausstellung oder Ergänzung des Anmeldepapiers Verpflichteten (Abs. 2). Wer zur Ausstellung der Anmeldepapiere verpflichtet ist, trägt die Verantwortung für deren Inhalt. Wer zur Anmeldung verpflichtet ist, trägt die Verantwortung für die Übergabe der Meldepapiere an die Meldestelle. Anmeldepflichtiger ist im allgemeinen der Besitzer der Waren, der bei der Einfuhr im allgemeinen mit demjenigen identisch ist, der den Zollantrag stellt. Bei dem zur Anmeldung Verpflichteten und dem zur Ausstellung der Anmeldepapiere Verpflichteten kann es sich um dieselbe Person handeln.

Absatz 3 sieht eine Ermächtigung vor zum Erlaß von Durchführungsbestimmungen in Form einer Rechtsverordnung, durch die der zur Anmeldung verpflichtete Personenkreis zur Erleichterung für die Verpflichteten oder für die Verwaltung in besonders gelagerten Fällen (z. B. Freihafenverkehr, Seeschiffs- und Luftverkehr) so bestimmt werden kann, daß sich die allgemeinen Vorschriften dieses Gesetzes den besonderen Verhältnissen anpassen.

Zu § 5

Zu Absatz 1: Siehe Allgemeine Begründung Ziffer III (Grundzüge des Gesetzes).

Die Ermächtigung zum Erlaß von Rechtsverordnungen gemäß Absatz 2 läßt die Möglichkeit offen, andere Dienststellen zu Anmeldestellen zu erklären, falls, wie z. B. im Freihafen Hamburg, die Überwachung des Warenverkehrs nicht in die Zuständigkeit der Zollverwaltung gehört.

Zu § 6

Zu Absatz 1: Ein besonderes Anmeldepapier ist notwendig, da keines der beim Grenzübergang verlangten Papiere, wie Zollanmeldung oder Transportbegleitpapiere, die für die Erstellung der Außenhandelsstatistik erforderlichen Angaben vollständig enthält.

Zu Absatz 2: Diese Vorschriften stimmen den Zeitpunkt der Anmeldung soweit wie möglich mit anderen Vorgängen der Ein- und Ausfuhr ab.

Die in Absatz 3 vorgesehene Ermächtigung zum Erlaß einer Rechtsverordnung ermöglicht es, zur Entlastung des Gesetzes von Einzelheiten in besonders gelagerten Fällen (z. B. Warenverkehr in Freihäfen, Seeumschlagverkehr, Zollvormerklagerverkehr) den Zeitpunkt der Anmeldung zu bestimmen.

Zu § 7

Die verschiedenen hier enthaltenen Vorschriften für am Warenverkehr beteiligte Personen sowie Schiffsanmeldestellen sichern die ordnungsgemäße und rechtzeitige Anmeldung der Ein- und Ausfuhrwaren und sollen die Vollständigkeit der Statistik gewährleisten.

Die Ermächtigung zum Erlaß von Durchführungsbestimmungen in Form einer Rechtsverordnung (Absatz 4) trägt den besonderen Verhältnissen des Zoll- und Freihafenverkehrs Rechnung, ohne das Gesetz durch Regelung von Einzelheiten unübersichtlich zu machen.

Zu § 8

Die Gewährung von Erleichterungen im Anmeldeverfahren oder Befreiung von der Anmeldepflicht auf Grund einer zu erlassenden Rechtsverordnung entspricht der bisherigen Handhabung und dient z. B. für die Zulassung der mündlichen Anmeldung bei der Ein- und Ausfuhr zollfreier Waren im kleinen Grenzverkehr, für die Befreiung von der Anmeldung des persönlichen Reisezeuges oder für Erzeugnisse aus der Bewirtschaftung von Grenzgrundstücken u. a. m.

Zu § 10

Diese Vorschriften entsprechen den Aufgaben, die das Statistische Bundesamt im Rahmen der Vorschriften des § 2 StatGes wahrnehmen kann.

Auf die Notwendigkeit der Durchführung der Außenhandelsstatistik durch den Bund wurde bereits in der Allgemeinen Begründung (Ziffer III) hingewiesen.

Mit der Vorschrift in Absatz 2 wird dem in Hamburg, Bremen und Lübeck bestehenden besonderen Interesse an der Erhaltung ihrer Statistik über den Verkehr im Seehafen Rechnung getragen. Unter »Statistischen Ämtern« sind diejenigen Behörden zu verstehen, die von den Landesregierungen jeweils bestimmt werden.

Zu § 11

Die für die Wirtschaft zuständigen Bundes- und Landesbehörden benötigen in vielen Fällen für ihre Arbeit Einzelangaben, ohne daß es hierbei einer Kenntnis des Namens des Auskunftspflichtigen bedarf. Mit der Vorschrift in Absatz 1 wird die Rechtsvoraussetzung für die Zulässigkeit der Weiterleitung der Einzelangaben in diesem Umfange in Übereinstimmung mit den Bestimmungen in § 12 Abs. 2 StatGes geschaffen.

Mit der Vorschrift in Absatz 2 wird es ermöglicht, die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in dem seit Einführung dieser Statistik stets üblichen und notwendigen Umfange zu veröffentlichen.

Zu § 12

Der grenzüberschreitende Warenverkehr ist in bestimmtem Umfang auf Grund des Völkerrechts oder auf Grund zwischenstaatlicher Vereinbarungen einer Erfassung durch deutsche Dienststellen entzogen. Insbesondere bezieht sich das auf das Gut von Personen und Einrichtungen, deren Exterritorialität anerkannt wurde (z. B. Gesandtschafts- und Konsulargut). Es bedarf daher einer Klarstellung, daß die Vorschriften des Gesetzes über die Außenhandelsstatistik in diesen Fällen keine Geltung haben.

Verkehr
Gesetz über die Statistik
der Kosten und Leistungen im Güterverkehr mit Kraftfahrzeugen,
mit Binnenschiffen und mit Eisenbahnen im Jahre 1959 (GüVerkStatG 1959)
Vom 21. Dezember 1958¹⁾

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Im Jahre 1959 wird im Güterverkehr mit Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern, mit Binnenschiffen und mit Eisenbahnen eine Bundesstatistik durchgeführt.

§ 2

Die Statistik umfaßt

1. eine Erhebung von Kosten und Leistungen von Fahrzeugen (Fahrzeugerhebung),
2. eine Erhebung der Kosten und der Umsätze von Unternehmen, die gewerblich Güter befördern, und der Deutschen Bundesbahn (Unternehmenserhebung).

§ 3

Es werden einbezogen

1. in die Fahrzeugerhebung
bis zu 90 000 Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger,
bis zu 1 800 Binnenschiffe und
die Güterwagen auf dem Netz der Deutschen Bundesbahn und
bis zu 100 anderer Eisenbahnen,
2. in die Unternehmenserhebung
bis zu 3 500 Unternehmen des Güterkraftverkehrs,
bis zu 1 200 Unternehmen der Binnenschifffahrt und
die Deutsche Bundesbahn sowie bis zu 100 andere Eisenbahnen.

§ 4

- (1) Die Fahrzeugerhebung erstreckt sich
für Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger
auf eine Woche im Kalenderjahr 1959 mit ergänzenden Angaben für einen Monat,
für Binnenschiffe
auf ein Vierteljahr im Kalenderjahr 1959 und
für Güterwagen der Eisenbahnen
auf das Kalenderjahr 1959.
- (2) Die Unternehmenserhebung erstreckt sich
für Unternehmen des Güterkraftverkehrs
auf das Kalenderjahr 1959 mit ergänzenden Angaben für einen Monat,
für Unternehmen der Binnenschifffahrt und für Eisenbahnen
auf das Kalenderjahr 1959.

Bei Unternehmen, deren Geschäftsjahr nicht das Kalenderjahr ist, tritt an die Stelle des Kalenderjahres das nach dem 31. Dezember 1959 abschließende Geschäftsjahr.

§ 5

- (1) Erfast werden in der Fahrzeugerhebung
 1. bei Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern
 - a) Angaben über den Fahrzeughalter, soweit sie seine Eigenschaft als Halter betreffen,
 - b) Angaben zur Kennzeichnung des Fahrzeuges und seiner Art,
 - c) die Fernverkehrsgenehmigung oder die Nahverkehrserlaubnis,
 - d) Angaben über Leistungen nach Art und Menge, über die unmittelbar zurechenbaren Kosten des Kraftstoffverbrauchs und des Personaleinsatzes, die Beförderungssteuer, soweit unmittelbar zurechenbar die Umsatzsteuer, die Kraftfahrzeugsteuer und die Kraftfahrzeugversicherung;

2. bei Binnenschiffen
 - a) Angaben über den Eigentümer, Charterer oder Ausrüster, soweit sie seine Eigenschaft als Eigentümer, Charterer oder Ausrüster betreffen,
 - b) Angaben zur Kennzeichnung des Fahrzeuges und seiner Art,
 - c) Heimort,
 - d) Angaben über Leistungen nach Art und Menge, über die unmittelbar zurechenbaren Kosten des Verbrauchs von Kohle und Kraftstoff und des Personaleinsatzes sowie die Schleplöhne, Schifffahrtabgaben, Hafengebühren und die Schiffsversicherung;

3. bei Güterwagen der Eisenbahnen
 - a) Angaben zur Kennzeichnung der Eisenbahnverwaltung,
 - b) Angaben über Leistungen nach Art und Menge, über die Beförderungssteuer sowie über die anteilig zuzurechnenden Kosten des Personaleinsatzes, des Energieverbrauchs und der Schadensrisiken, jeweils unterteilt nach Fahrzeugarten, Güterarten und Entfernungen.

- (2) Erfast werden in der Unternehmenserhebung

1. Angaben zur Kennzeichnung des Unternehmens,
2. Fahrzeugpark und Schiffspark für den Güterverkehr und deren Verkehrsleistungen,
3. Zahl und Art der Beschäftigten,
4. Umsatz,
5. Kosten nach Kostenarten,
6. Posten des Jahresabschlusses,
7. Wert der selbstgestellten Anlagen,
8. Zugang und Abgang von Anlagevermögen,
9. durchlaufende Posten.

Bei den Nummern 3 bis 6 sowie 8 und 9 sind von Betrieben, die auch andere Tätigkeiten als Güterverkehr ausüben, besondere Angaben für den Güterverkehr zu machen.

§ 6

Auskunftspflichtig nach § 10 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) sind

1. für die Fahrzeugerhebung
die Halter der Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger, die Eigentümer, Charterer oder Ausrüster der Binnenschiffe und die Eisenbahnen,
2. für die Unternehmenserhebung
die Unternehmen des Güterkraftverkehrs und der Binnenschifffahrt und die Eisenbahnen.

§ 7

Die Statistik wird vom Statistischen Bundesamt durchgeführt.

§ 8

- (1) Das Statistische Bundesamt leitet die Ergebnisse der Statistik an die Bundesregierung und die von ihr bestimmten Stellen weiter.
- (2) Veröffentlichungen von Ergebnissen der Statistik sind im Rahmen allgemeiner Darstellungen der Kostenstruktur der Wirtschaft zulässig. Darüber hinaus dürfen Ergebnisse nur in einem von der Bundesregierung zu bestimmenden Umfang veröffentlicht werden.
- (3) Die Ergebnisse der Statistik, die nach Absatz 1 weitergeleitet oder nach Absatz 2 Satz 2 veröffentlicht werden, dürfen Einzelangaben über die Deutsche Bundesbahn enthalten.

¹⁾ BGBl. I vom 24. Dezember 1958 S. 988.

§ 9

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 10

Dieses Gesetz gilt nicht im Saarland.

§ 11

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn/Lörrach, den 21. Dezember 1958

Der Bundespräsident

Theodor Heuss

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers

Ludwig Erhard

Der Bundesminister für Verkehr

Seehofer

Begründung¹⁾

A. Allgemeines

I. Volkswirtschaftliche und verkehrspolitische Notwendigkeit

1. Der Bundestag hat schon im Jahre 1949 auf die Notwendigkeit von Kostenuntersuchungen im Verkehr hingewiesen und zuletzt in einer einstimmig gefaßten Entschließung vom 12. Februar 1958 gefordert, daß ein »Selbstkostenvergleich zwischen der Bundesbahn, dem gewerblichen Güterkraftverkehr und der Binnenschifffahrt zu erstellen und bis zum 31. März 1959 vorzulegen« sei (vgl. Protokoll der 10. Sitzung des Deutschen Bundestages am 12. Februar 1958, S. 455, 478, 480).
2. Die Forderung nach Leistungs- und Kostenuntersuchungen im Binnenverkehr ist auch von parlamentarischen Gremien und anderen Stellen erhoben worden. In der zweiten Legislaturperiode hat ein Unterausschuß des Bundestagsausschusses für Verkehr (Bleiß-Ausschuß) auf die Notwendigkeit solcher Untersuchungen hingewiesen. Auch in dem Bericht eines auf Initiative der Länderverkehrsminister durch den Bundesminister für Verkehr eingesetzten Sachverständigen-Ausschusses über »Die betriebsfremden Lasten und gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen der Deutschen Bundesbahn« (Wetzler-Gutachten) wird das Fehlen vergleichbarer Kostenunterlagen als wesentlicher Mangel bezeichnet. Ferner wird in dem auf Anregung des Bundesministers für Verkehr gegründeten Sachverständigen-Ausschuß für die Neugestaltung des Gütertarifs (Beyer-Ausschuß) und schließlich auch in zahlreichen Verlautbarungen der Presse darauf hingewiesen, daß Unterlagen über die Höhe von Kosten und Leistungen der Verkehrsträger dringend benötigt werden.
3. Auch international werden solche Untersuchungen immer wieder gefordert. Beim Binnenverkehrsausschuß der Wirtschaftskommission für Europa (ECE) sind die Probleme der Kostenrechnung im Verkehr gründlich untersucht worden. Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) hat erst kürzlich einen Bericht ihres Ausschusses für Verkehrsträger über die Koordinierung des europäischen Verkehrs (Kapteyn-Bericht) vorgelegt. In diesem wird ausführlich dargelegt, daß eine Koordinierung und Harmonisierung des europäischen Verkehrs nur dann sinnvoll und rationell durchgeführt werden kann, wenn dafür Sorge getragen wird, daß die von den Volkswirtschaften benötigten Verkehrsleistungen jeweils von dem Verkehrsmittel erbracht werden, das sie mit den geringsten volkswirtschaftlichen Kosten darbieten kann. Insbesondere hat auch die Ständige Konferenz Europäischer Verkehrsminister (CEMT) auf die Bedeutung richtiger Kostenanalysen und Kostenvergleiche hingewiesen.
4. Gleiche Überlegungen haben den Bundesminister für Verkehr veranlaßt, bereits seit Anfang 1950 in seinem Selbstkosten-Ausschuß (SKA), der aus Vertretern von Praxis und Verwaltung gebildet wurde, Grundsätze zu entwickeln, nach denen Selbstkostenvergleiche zwischen den Verkehrsträgern sinnvoll durchzuführen sind.
5. Die Forderungen und die bereits eingeleiteten Maßnahmen gehen von der Erkenntnis aus, daß viele verkehrspolitische und tarifarische Entscheidungen erst dann in befriedigender Weise getroffen werden können, wenn ausreichend breit fundierte repräsentative Unterlagen für einen Kostenvergleich zwischen den Verkehrszweigen und über die wechselseitigen Zusammenhänge zwischen Kosten, Leistungen und Umsätzen zur Verfügung stehen werden.
6. Gerade bei der Behandlung von tarifpolitischen Maßnahmen für die Verkehrsgewerbe haben sich wegen des Mangels an beweiskräftigem Zahlenmaterial oft außerordentliche Schwierigkeiten ergeben, die Angemessenheit von Tarifmaßnahmen zu beurteilen. Diese Beurteilungsmöglichkeit wird erheblich verbessert, wenn ausreichend repräsentative Unterlagen über die Leistungen und Kosten des Verkehrs zur Verfügung stehen.
7. Die Ergebnisse der vorgesehenen statistischen Erhebung werden auch den Verkehrsunternehmen selbst wertvolle Unterlagen für Maßnahmen zur Rationalisierung ihrer Betriebe liefern und auch den Fachverbänden von Nutzen sein.

8. Die Ergebnisse der Statistik sollen ferner eine wesentliche Lücke in den Grundlagen zur Erstellung der wirtschafts- und verkehrspolitisch wichtigen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung schließen. Bisher müssen die Beiträge des Verkehrs zum Sozialprodukt zum Teil noch auf Grund wenig zureichender statistischer Unterlagen geschätzt werden.

II. Statistische Erhebung

1. Vor mehr als einem Jahr wurden beim Bundesminister für Verkehr zusammen mit dem Statistischen Bundesamt Vorarbeiten begonnen, um auf breiter Basis Untersuchungen der Kosten und Leistungen mit statistischen Mitteln durchzuführen. Diese statistischen Erhebungen können aus den nachstehend dargestellten Gründen nicht früher als für das Jahr 1959 durchgeführt werden. Die Ergebnisse werden zu dem vom Bundestag geforderten Termin noch nicht vorliegen.
2. Der Entschluß zur Anwendung der statistischen Methode und zur Wahl des Erhebungsjahres 1959 wurde aus folgenden Gründen gefaßt:
 - a) Die Ergebnisse aller in den vergangenen Jahren durchgeführten Kostenuntersuchungen in den verschiedenen Verkehrszweigen hatten neben vielen Vorzügen den Nachteil, daß ihnen entweder keine beweisbare Repräsentationskraft innewohnte oder daß sie nicht genügend detailliert waren. Zahlenmaterial, das verkehrspolitischen Entscheidungen zugrunde gelegt werden soll, muß aber unbedingt auf ausreichend breiter Basis repräsentativ gesichert sein und die Zusammenhänge zwischen Leistungen und Kosten genügend tief gegliedert erkennen lassen.
 - b) Der Verkehr besitzt keinen einheitlichen Kontenrahmen. Die Ergebnisse des Rechnungswesens der verschiedenen Verkehrszweige sind untereinander nicht vergleichbar. Sehr viele Klein- und Mittelbetriebe besitzen keine ausreichende Buchhaltung und Statistik. Eine gesetzlich angeordnete Statistik bietet die Möglichkeit, die berichtspflichtigen Firmen — sofern sie rechtzeitig, d. h. vor Beginn der Berichtsperiode unterrichtet werden — zu veranlassen, innerhalb oder neben ihrer Buchhaltung die erforderlichen Aufschreibungen einheitlich vorzunehmen.
 - c) Das Statistische Bundesamt, das die geplante Statistik durchführen soll, besitzt bereits gute Erfahrungen auf diesem Gebiet. Es hat im Jahre 1952 eine Fahrzeugerhebung über die Leistungen im Güterverkehr auf Straßen erfolgreich durchgeführt; durch Unternehmenserhebungen hat es die Kostenstruktur fast aller wichtigen Wirtschaftszweige für 1950 untersucht.
3. Die Ergebnisse einer statistischen Ermittlung würden sehr wenig aussagen, wenn sie nur globale Feststellungen über die Höhe der Kosten und Leistungen im Güterverkehr der einzelnen Verkehrszweige treffen würden. Die summarischen Ergebnisse wären zudem untereinander nicht vergleichbar. Vielmehr ist ein sinnvoller Vergleich zwischen den Verkehrszweigen nur möglich, wenn Kosten gleichartiger Leistungen verglichen werden. Um diesen zu erhalten, wäre es notwendig, den Rechnungswerken oder den Statistiken der Unternehmen fertig berechnete Angaben über die Kosten der verschiedenen Leistungsarten zu entnehmen. Die meisten Verkehrsbetriebe sind aber kaum in der Lage, derartige Berechnungen durchzuführen; keinesfalls würden diese Rechnungen einheitlich sein. Durch die Statistik, die eine Unternehmenserhebung und eine Fahrzeugerhebung umfaßt, werden einheitliche Aufschreibungen vorgeschrieben. Die Unternehmenserhebung wird es dem Statistischen Bundesamt ermöglichen, die Kosten und Leistungen des Güterverkehrs weitgehend isoliert von allen übrigen Tätigkeiten der Unternehmen zu errechnen, sehr viel detaillierter als für 1950. Die Fahrzeugerhebung bietet die Möglichkeit, wichtige direkte Kosten den einzelnen Leistungsarten zuzurechnen. Diese Erhebungsweise bietet sich im Güterkraftverkehr und in der Binnenschifffahrt an, weil hier ein verhältnismäßig großer Teil der Gesamtkosten unmittelbar einzelnen Fahrten zugerechnet werden kann.

¹⁾ Bundestagsdrucksache Nr. 586 vom 25. Oktober 1958 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben).

- Bei den Eisenbahnen hingegen können nur wenige Kosten unmittelbar der Fahrt eines Güterwagens zugerechnet werden. Im Grunde genommen kann nur die Beförderungssteuer unmittelbar auf die einzelne Fahrt verrechnet werden. Kostenarten hingegen, wie große Teile der Personalkosten, die Energiekosten, gewisse Versicherungskosten und bestimmte Gebühren, die in der Binnenschifffahrt und im Güterkraftverkehr in direktem Zusammenhang mit den einzelnen Fahrten entstehen, treten bei Eisenbahnen in anderer Form auf. Im Eisenbahnverkehr fehlt der eindeutige Zusammenhang zwischen den Fahrten der Güterwagen einerseits und den Personalkosten sowie den Zugförderungskosten andererseits. Es ist daher notwendig, daß, nach vorhergehender methodischer Abstimmung mit dem Statistischen Bundesamt, die Zurechnung der Kosten für Fahrzeugarten, Güterarten und Entfernungsleistungen von den Eisenbahnverwaltungen unmittelbar vorgenommen wird.

III. Durchführung und Ergänzung der Arbeiten

- Die statistische Erhebung wird ein extensives, repräsentativ gesichertes Bild der Leistungen und Kosten im Güterverkehr ergeben, das allgemeine Gesetzmäßigkeiten erkennbar machen wird. Sie wird, um der Forderung des Deutschen Bundestages nach einem Selbstkostenvergleich weitestgehend zu entsprechen und den Verkehrsverwaltungen für verkehrspolitische Zwecke benötigte Unterlagen zu liefern, ergänzt werden müssen durch intensive betriebswirtschaftliche Untersuchungen, die nach dem Plan des Bundesministers für Verkehr, ausgehend von den durch den Selbstkostenausschuß entwickelten Methoden, durchgeführt werden sollen. Schließlich müssen die dem Güterverkehr anteilig zuzurechnenden Wegekosten ermittelt werden; diese Arbeiten wurden bereits begonnen.
- Statistische Erhebungen der beabsichtigten Art werden wegen der starken Belastung der Wirtschaft durch die Befragung und wegen der hohen Kosten der Aufbereitung nur in großen Zeitabständen durchgeführt werden können. Aus verkehrspolitischen Gründen erscheint es aber erforderlich, auch in der Zwischenzeit die Entwicklung der Kosten und Leistungen zu verfolgen. Dazu sollen vor allem die vorgesehenen betriebswirtschaftlichen Untersuchungen dienen. Ferner werden von der Bundesregierung geplante, in vierjährigen Abständen bei allen wichtigen Wirtschaftszweigen durchzuführende statistische Untersuchungen der Kostenstruktur hierzu beitragen. Durch bereits laufende Monatsstatistiken für den Fernverkehr auf Straßen, für die Binnenschifffahrt und für die Eisenbahnen steht weiteres Material über die Entwicklung der Leistungen zur Verfügung.

B. Einzelne Bestimmungen

Zu § 1

Die Statistik wird für das Jahr und für Teile des Jahres 1959 durchgeführt. Die Befragten werden vor Beginn der jeweiligen Berichtszeiträume aufgefordert, die erforderlichen Aufzeichnungen zu machen [siehe auch A. II. 2. b].

Zu § 2

- Die Unterlagen für die Statistik werden auf zwei Wegen gewonnen, durch eine Fahrzeugerhebung und durch eine Unternehmenserhebung (siehe auch A. II. 3.).
- Durch Zusammenführung der Angaben über die Fahrzeuge und der Angaben über die Unternehmen wird es möglich sein, Einblick in die allgemeine Gesetzmäßigkeit der Zusammenhänge zwischen Kosten, Leistungen und Umsätzen im Güterverkehr der drei Verkehrszweige zu gewinnen.

Die Ergebnisse werden Aufschluß geben über

- die Höhe der Kosten und Kostenarten bei verschiedenartigen Beförderungsleistungen,
- das Zusammenwirken der verschiedenen Beförderungsleistungen und sonstiger Leistungen zum betriebswirtschaftlichen Erfolg, Gewinn oder Verlust, der Unternehmen.

Zu § 3

In die Statistik wird eine repräsentative Auswahl von Unternehmen und von Fahrzeugen einbezogen. Die Auswahlssätze richten sich danach, in welcher Tiefe das Material ausgewertet werden soll. Es sollen Feststellungen für Fahrzeugarten, für Fahrten verschiedener Länge, für Haus-Haus-Fahrten, für Zu- und Ablauf-Fahrten, ferner für Güterarten und für Gewerbezweige getroffen werden. Aus der Unternehmenserhebung sollen ferner unentbehrliche Unterlagen für die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung gewonnen werden. Die Auswahlssätze sind nach mathematisch-statistischen Methoden errechnet worden.

Zu § 4

- Für die Fahrzeugerhebung sind im Güterverkehr mit Kraftfahrzeugen Aufzeichnungen für eine Woche und ergänzende Angaben für einen Monat vorgesehen. Es ist damit zu rechnen, daß Kraftfahrzeuge bei normaler Beschäftigung im Verlauf einer Woche, selbst bei Fernfahrten, mindestens zwei volle Umläufe abgeschlossen haben. Es ist nicht beabsichtigt, Angaben für alle in die Erhebung einbezogenen Fahrzeuge für die

gleiche Woche zu erfragen. Vielmehr soll für gleichmäßig über das Jahr verteilte Wochen berichtet werden, wobei die Gesamtzahl der erfaßten Fahrzeuge entsprechend aufgeteilt wird. Durch dieses Verfahren sollen saisonale Schwankungen ausreichend berücksichtigt und Einflüsse besonderer wirtschaftlicher und außerwirtschaftlicher Zufälle, z. B. Betriebsferien, Streiks u. ä. ausgeschaltet werden. Bei bestimmten Kostenarten, die normalerweise monatlich anfallen, werden monatliche Angaben verlangt.

- Im Güterverkehr mit Binnenschiffen, in dem die Umlaufzeiten sehr viel länger sind als im Güterverkehr mit Kraftfahrzeugen, ist als Anschreibezzeit ein Vierteljahr angesetzt. Die Anschreibezzeiten werden über das Kalenderjahr verteilt. Dadurch wird auch dem Umstand Rechnung getragen, daß die Leistungen der Binnenschifffahrt im besonderen Maße von jahreszeitlichen Bedingungen abhängig sind.
- Bei den Eisenbahnen und insbesondere bei der Deutschen Bundesbahn werden entsprechende statistische Feststellungen schon seit jeher laufend für Kalenderjahre und für Jahresdurchschnitte getroffen.
- Die Unternehmenserhebung erstreckt sich auf ein Jahr, und zwar im allgemeinen auf das Kalenderjahr 1959. Nur in den gerade im Verkehr seltenen Fällen, in denen das Geschäftsjahr vom Kalenderjahr abweicht, tritt an die Stelle des Kalenderjahres das Geschäftsjahr. Die Unternehmen des Güterkraftverkehrs, die in der Fahrzeugerhebung nur Angaben für eine Woche und ergänzende Angaben für einen Monat liefern, müssen in der Unternehmenserhebung einige zusätzliche Fragen für den Berichtsmonat der Fahrzeugerhebung beantworten, damit die Ergebnisse beider Erhebungen gemeinsam ausgewertet werden können.

Zu § 5

- Für die einzelnen in die Erhebung einbezogenen Fahrzeuge des Güterverkehrs auf Straßen und der Binnenschifffahrt sollen neben Angaben zur Kennzeichnung der Art des Fahrzeuges und über seinen Inhaber auch genaue Angaben über Leistungen, unmittelbar zurechenbare Kosten und Personaleinsatz in den Berichtszeiten gewonnen werden. Es sind für jede Fahrt Aufzeichnungen über Art und Umfang der Fahrleistungen und der Beförderungsleistungen der Fahrzeuge zu machen. Die Fahr- und die Stillstandszeiten sind festzuhalten. Als zuzurechnende Kosten sind vor allem die Kosten des unmittelbaren Personaleinsatzes, des Verbrauchs von Kraftstoff und Kohle sowie die Beförderungssteuer und die Umsatzsteuer für die Beförderungen in der Berichtszeit zu ermitteln. Die Vorschriften des § 5 Abs. 1 Nr. 1 und 2 gelten als erfüllt, wenn Firmen Angaben über den gesamten Fahrzeugpark nach dem Schema des bei der Auswertung vorgesehenen Tabellenprogramms methodisch gleichartig aus eigenen statistischen und buchhalterischen Leistungs- und Kostenaufzeichnungen liefern können. Voraussetzung für dieses für die betreffenden Auskunftspflichtigen kostensparende Erhebungsverfahren ist allerdings, daß das Statistische Bundesamt sich vor Beginn der Berichtszeit davon überzeugt, daß die Aufzeichnungen der betreffenden Auskunftspflichtigen methodisch den Anforderungen der Statistik entsprechen.
- Bei den Eisenbahnen können, wie in A. II. 4. ausgeführt, die meisten Kosten nicht unmittelbar den Fahrten eines Güterwagens zugerechnet werden, vielmehr ist es erforderlich, die wichtigsten Kostenarten, wie die Personalkosten, Energiekosten usw., anteilig zuzurechnen. Diese Umlegung der Kosten kann nicht auf Grund von Angaben, wie sie im Fahrzeugfragebogen für die beiden anderen Verkehrsträger enthalten sind, durch eine aufbereitende Stelle außerhalb der Unternehmen durchgeführt werden. Es kann von den Eisenbahnen verlangt werden, daß sie diese Berechnungen, die größtenteils ohnehin in der Betriebsrechnung anfallen, durch ihre eigenen Verwaltungen durchführen lassen. Es wird aber in Zusammenarbeit zwischen dem Statistischen Bundesamt und den Eisenbahnverwaltungen dafür Sorge getragen werden, daß methodisch nach den gleichen Grundsätzen vorgegangen wird wie im Güterverkehr auf Straßen und mit Binnenschiffen. Insbesondere muß bei der Bewertung der Kosten, wie z. B. bei den Abschreibungen, den Grundsätzen kaufmännischer Kalkulation Rechnung getragen werden. Bei einer Aufbereitung durch das Statistische Bundesamt von den Grunddaten her würde Doppelarbeit entstehen.
- Die Notwendigkeit, methodisch gleiche Wertansätze bei allen Verkehrszweigen zu wählen, gilt auch für die Unternehmenserhebung. In dieser Erhebung soll durch Aufteilung aller wichtigen Kostenarten in Kosten des Güterverkehrs einerseits und in Kosten sonstiger wirtschaftlicher Tätigkeiten andererseits erreicht werden, daß in die Berechnung der Kosten des Güterverkehrs nach Fahrzeugarten, Güterarten usw. nicht nur die unmittelbar zuzurechnenden Kosten, sondern auch die übrigen Kosten einbezogen werden können.

Zu § 6

Zur Auskunftserteilung werden in der Fahrzeugerhebung diejenigen Personen verpflichtet, die während des Berichtszeitraumes über das Fahrzeug Auskunft zu geben vermögen. Die Angaben zur Unternehmenserhebung liefert der Unternehmer.

Zu § 7

Die Statistik soll zentral durchgeführt werden. Grundlagen der Erhebung sind die zentralen Karteien des Kraftfahrzeugbestandes beim Kraftfahrt-Bundesamt und des Binnenschiffsbestandes beim Bundesminister für Verkehr. Die nichtbundeseigenen Eisenbahnen können repräsentativ nur für das gesamte Bundesgebiet ausgewählt werden. Eine zentrale Aufbereitung der Statistik ist deswegen vorgesehen, weil nur beim Statistischen Bundesamt entsprechende Erfahrungen vorliegen. Die Auswahlsätze sind aus Gründen der Kostenersparnis zu eng gehalten, als daß Sonderfeststellungen in der notwendigen sachlichen Untergliederung auch für sämtliche Bundesländer getroffen werden könnten.

Zu § 8

1. Die Erhebungen zu der durch das Gesetz angeordneten Statistik fordern von den Auskunftspflichtigen Angaben über die Kosten und Leistungen, die in erheblich weitergehendem Maße eine Offenlegung innerbetrieblicher Verhältnisse erbringen, als dies bei statistischen Untersuchungen in anderen Wirtschaftszweigen bisher der Fall ist. Durch eine vollständige Veröffentlichung aller Ergebnisse der Statistik über die Leistungen und insbesondere über die Kosten würden wichtige Kalkulationsgrundlagen der deutschen Verkehrszweige jedermann offengelegt werden. Andererseits können der Zweck der Statistik und das Anliegen der Entschließung des Bundestages nur erreicht werden, wenn insbesondere der Bundesregierung und den federführenden Ausschüssen des Bundestages und des Bundesrates die Ergebnisse der Statistik ohne Einschränkungen zur Kenntnis kommen. Aus diesen Gründen ist vorgesehen, daß
 - a) alle Ergebnisse der Statistik der Bundesregierung und den von ihr bestimmten Stellen zugeleitet werden und

- b) die Ergebnisse, die über das bei anderen Wirtschaftszweigen übliche Maß hinaus die Verhältnisse in den untersuchten Zweigen der Verkehrswirtschaft offenlegen, nur insoweit veröffentlicht werden, als die Bundesregierung zu der Auffassung gelangt, daß der deutschen Verkehrswirtschaft und ihren Zweigen aus der Veröffentlichung keine ernststen wirtschaftlichen Schäden erwachsen.

2. Im Hinblick auf den Zweck der Statistik ist wegen der Vorschriften des § 12 StatGes die Bestimmung des Absatzes 3 notwendig; die Ergebnisse der Statistik für Eisenbahnen werden nämlich weitgehend durch die Angaben eines Auskunftspflichtigen, der Deutschen Bundesbahn, bestimmt.

Zu § 10

Das Saarland soll in die Statistik nicht einbezogen werden, weil die Kosten voraussichtlich auch noch 1959 vor allem wegen der abweichenden Steuer- und Sozialgesetzgebung und der Zugehörigkeit des Saarlandes zum französischen Währungs- und Wirtschaftsgebiet mit den Kosten der Verkehrszweige in den übrigen Teilen der Bundesrepublik nicht vergleichbar sind.

C. Kostenberechnung

Die Kosten der Statistik werden sich auf 840 000 DM belaufen. Diese Kosten erwachsen ausschließlich beim Bund. Sie setzen sich zusammen aus Personalkosten für 12 Angestellte für zwei Jahre und für 31 Angestellte für ein Jahr in Höhe von insgesamt 529 000 DM und aus Sachkosten in Höhe von insgesamt 311 000 DM. Davon entfallen auf das Rechnungsjahr 1959/60 Personalkosten für 43 Angestellte in Höhe von 376 000 DM und Sachkosten in Höhe von 174 000 DM.

Bei den Ländern entstehen keine Kosten.

Verordnung über eine Eisenbahnstatistik

Vom 8. August 1965¹⁾

Auf Grund des § 3 Abs. 1 und 2 des Allgemeinen Eisenbahngesetzes vom 29. März 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 225) in Verbindung mit § 1 der Verordnung über die Ermächtigung des Bundesministers für Verkehr zum Erlass von Rechtsverordnungen auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens vom 28. September 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 654) verordnet der Bundesminister für Verkehr mit Zustimmung des Bundesrates:

§ 1

Über die dem öffentlichen Verkehr dienenden Eisenbahnen im Sinne des § 2 des Allgemeinen Eisenbahngesetzes wird eine Eisenbahnstatistik als Bundesstatistik durchgeführt. Sie umfaßt

1. eine Bestandsstatistik,
2. eine Betriebsstatistik,
3. eine Verkehrsstatistik.

§ 2

Die Eisenbahnstatistik wird, soweit diese Verordnung nichts anderes bestimmt oder zuläßt, vom Statistischen Bundesamt erhoben und aufbereitet.

§ 3

Die Bestandsstatistik erfaßt

1. Strecken- und Gleislängen nach Art und Einrichtung,
2. Fahrzeug- und Behälterbestände nach ihrer Art,
3. Bahnhöfe, Haltepunkte und -stellen, Gleisanschlüsse und Bahnübergänge,
4. Personalbestand nach Beschäftigungsverhältnis und betrieblichem Einsatz.

§ 4

Die Betriebsstatistik erfaßt

1. Triebfahrzeug-, Zug- und Tonnenkilometer nach Zuggattungen und Antriebsarten sowie Wagenachskilometer,
2. Güterwagen- und Behälterstellung nach Wagen- oder Behälterarten,
3. von Eisenbahnverwaltungen außerhalb des Bundesgebietes beladen eingegangene Güterwagen,
4. Treibstoff- oder Energieverbrauch der Triebfahrzeuge,

¹⁾ BGBl. I vom 12. August 1965 S. 749.

5. Bahnbetriebsunfälle nach Art der Unfälle sowie die Zahl der Verletzten oder Getöteten Personen.

§ 5

Die Verkehrsstatistik erfaßt

1. im Personen- und Gepäckverkehr
 - a) die beförderten Personen und die Personenkilometer nach Art der Fahrausweise,
 - b) die Beförderungsmenge im Gepäckverkehr;
2. im Güterverkehr
 - a) die Menge und die Tariftonnenkilometer des frachtpflichtigen Wagenladungsverkehrs in der Verflechtung nach Ein- und Ausladeverkehrsbezirken und Gütergruppen,
 - b) die Menge des frachtpflichtigen Stückgutverkehrs nach Versandverkehrsbezirken sowie die Tariftonnenkilometer, außerdem die Menge und die Tariftonnenkilometer des Expresgutverkehrs,
 - c) die Be- und Entladung auf Gleisanschlüssen nach Wagen und Tonnen,
 - d) die Menge des Dienstgutverkehrs nach ausgewählten Gütergruppen sowie die Tariftonnenkilometer,
 - e) die Menge und die Tariftonnenkilometer des frachtpflichtigen Wagenladungsverkehrs nach Entfernungsstufen und wichtigen Gütergruppen,
 - f) die Menge des Versandes und Empfanges wichtiger Knotenpunkte;
3. die Einnahmen
 - a) aus dem Personen- und Gepäckverkehr,
 - b) aus dem Güterverkehr.

§ 6

Auskunftspflichtig sind die Unternehmen, welche dem öffentlichen Verkehr dienende Eisenbahnen (§ 1) betreiben.

§ 7

- (1) Es sind anzumelden

1. die Angaben für die Bestandsstatistik nach Ablauf jedes Kalenderjahres auf amtlichen Erhebungsvordrucken,

2. die Angaben für die Betriebsstatistik monatlich auf amtlichen Erhebungsvordrucken,
3. die Angaben für den Personenverkehr und die Einnahmen aus dem Personen- und Güterverkehr monatlich auf amtlichen Erhebungsvordrucken,
4. die Angaben für den Güterverkehr monatlich mit Sammelmeldung, Lochkarten oder Magnetbändern.

(2) Die Auskunft wird erteilt

1. durch die Deutsche Bundesbahn unmittelbar an das Statistische Bundesamt,
2. durch die Unternehmen der nichtbundeseigenen Eisenbahnen im Falle der §§ 3, 4 und 5 Nr. 1 und 3 an die zuständigen Landesbehörden zur Weiterleitung an das Statistische Bundesamt. Die Angaben zu § 5 Nr. 2 sind unmittelbar beim Statistischen Bundesamt anzumelden; diese Anmeldung entfällt, wenn die gleichen Angaben von den

Unternehmen der nichtbundeseigenen Eisenbahnen der Deutschen Bundesbahn geliefert werden. In diesem Falle faßt die Deutsche Bundesbahn diese Angaben mit ihren eigenen Angaben zusammen und leitet sie an das Statistische Bundesamt weiter.

§ 8

Einzelangaben zur Eisenbahnstatistik dürfen an die fachlich zuständige oberste Behörde des Bundes und, soweit die nichtbundeseigenen Eisenbahnen betroffen sind, an die fachlich zuständigen obersten Behörden der Länder weitergeleitet werden.

§ 9

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1966 in Kraft.

Bonn, den 8. August 1965

Der Bundesminister für Verkehr
Seehofer

Begründung¹⁾

I. Allgemeine Begründung

Nach § 3 Abs. 1 des Allgemeinen Eisenbahngesetzes vom 29. März 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 225) ist die Bundesregierung ermächtigt, mit Zustimmung des Bundesrats für die dem öffentlichen Verkehr dienenden Eisenbahnen Rechtsverordnungen über die Eisenbahnstatistik zu erlassen, welche Art und Umfang dieser Statistik einheitlich regeln. Auf Grund des § 3 Abs. 2 dieses Gesetzes hat die Bundesregierung durch Rechtsverordnung vom 28. September 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 654) diese Ermächtigung auf den Bundesminister für Verkehr übertragen.

Die Ergebnisse der vorgesehenen Bundesstatistik werden Grundlage für verkehrspolitische, tarifliche und allgemeine wirtschaftspolitische Entscheidungen des Bundes und der Länder sein. Sie werden die in der Nachkriegszeit auf freiwilliger Basis von der Deutschen Bundesbahn und den Unternehmen der nichtbundeseigenen Eisenbahnen bereitgestellten Angaben vervollständigen, koordinieren und zu erheblichem Teil ersetzen. Eine einheitliche, vom Statistischen Bundesamt in Angleichung an die Methoden der anderen Verkehrsstatisiken technisch und methodisch vorbereitete Bundesstatistik ist auch in Anbetracht der Verpflichtung der Bundesregierung erforderlich, vergleichbares statistisches Material über den Eisenbahnverkehr an internationale Organisationen zu liefern. Unter anderem benötigt die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft die Ergebnisse dieser Statistik für die von ihr zu treffenden Entscheidungen. Innerhalb der Bundesrepublik wird das anfallende Material für verkehrspolitische und wirtschaftliche Entscheidungen sowie für verkehrswissenschaftliche Untersuchungen benötigt. Die Eisenbahnunternehmen selbst werden Unterlagen und Erkenntnisse für ihre Betriebsführung und Rationalisierungsmaßnahmen gewinnen. Schließlich wird mit dieser Bundesstatistik dem Ersuchen des Bundestages an die Bundesregierung vom 7. Dezember 1962 (Drucksache IV/767) nachgekommen, grundsätzlich alle Erhebungen nach § 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesgesetzbl. I S. 1314) durch das Statistische Bundesamt durchführen zu lassen.

Die Durchführung der Eisenbahnstatistik wird jährliche Kosten in Höhe von 428 000 DM verursachen. Davon entstehen beim Statistischen Bundesamt unmittelbare Kosten in Höhe von 198 000 DM. Zur Einsparung von Bundesmitteln werden Teile für die Aufstellung der Güterverkehrsstatistik von der Deutschen Bundesbahn vorbereitet. Die der Deutschen Bundesbahn für Fremdarbeiten zu erstattenden Kosten belaufen sich auf rd. 230 000 DM. Sie fallen ausschließlich auf den im wirtschafts- und verkehrspolitischen Interesse des Bundes zu erstellenden Teil der Güterverkehrs-(Güterbewegungs-) Statistik, während für die Bestands- und Betriebsstatistik der Eisenbahnen zu erstattende Kosten nicht entstehen. Die Kosten für die Eisenbahnstatistik sind weitaus niedriger als bei anderen vergleichbaren Verkehrsstatisiken, was nur durch Anwendung der integrierten Datenverarbeitung und ein optimal abgestimmtes Zusammenwirken von Statistischem Bundesamt und Deutscher Bundesbahn zu erreichen war.

II. Begründung im einzelnen

Zu § 1

Die Vorschrift erklärt die Eisenbahnstatistik zur Bundesstatistik und führt die unter dieser Bezeichnung zusammengefaßten Einzelstatistiken auf. Der Erhebungsumfang erstreckt sich gemäß § 2 des Allgemeinen Eisenbahngesetzes nur auf den Schienenverkehr der dem öffentlichen Verkehr dienenden Eisenbahnen.

Zu § 2

Die Vorschrift erklärt die Erhebung und Aufbereitung der Eisenbahnstatistik grundsätzlich zur Aufgabe des Statistischen Bundesamtes und ordnet damit eine zentrale Durchführung an, wie es auch vor dem Krieg der Fall war. Diese Art der Durchführung bietet sich

auch deswegen an, weil ein wesentlicher Teil der Angaben dem zentralen Rechnungswerk der Deutschen Bundesbahn entnommen werden kann.

Zu § 3

Die Bestimmung führt die Erhebungsmerkmale der Eisenbahnbestandsstatistik auf. Neben den festen Anlagen, dem Fahrzeug- und Behälterbestand soll der Personalbestand kontinuierlich erfaßt werden.

Zu § 4

Hier sind die Erhebungsmerkmale der Eisenbahnbetriebsstatistik aufgeführt. Außerdem wird in dieser Vorschrift die Erfassung der Betriebsunfälle angeordnet, bei denen es sich hier um solche im Sinne der Statistik für Bahnbetriebsunfälle nach der einschlägigen Dienstvorschrift der Deutschen Bundesbahn handelt.

Zu § 5

Diese Vorschrift enthält die Erhebungsmerkmale der Eisenbahnverkehrsstatistik. Die Auswertung der Tatbestände über den Personenverkehr soll Auskunft über Umfang und Struktur dieser Verkehrsart geben, über den Güterverkehr eine umfassende Darstellung der Güterströme und der Transportverflechtungen ermöglichen. In Anlehnung an andere Verkehrsstatisiken soll auch eine Umschlagstatistik eingerichtet werden. Da sich wegen der großen Zahl der Bahnhöfe eine Umschlagstatistik je Bahnhof nicht verwirklichen läßt, soll der Umschlag wichtiger Knotenpunkte erfaßt und dargestellt werden. Als wichtige Knotenpunkte gelten nur »Stadt-Verkehrsbezirke«. Außerdem sollen nach dieser Vorschrift die Erträge aus dem Personen- und Güterverkehr erhoben werden.

Zu § 6

Die Vorschrift legt den Kreis der Auskunftspflichtigen entsprechend der Ermächtigung des § 3 des Allgemeinen Eisenbahngesetzes fest, nach der der Erlass von Rechtsverordnungen nur für die dem öffentlichen Verkehr dienenden Eisenbahnen vorgesehen ist.

Zu § 7

Die Vorschrift regelt in Abschnitt 1 die Periodizität der abzugebenden Meldungen und in Abschnitt 2 den einzuhaltenden Meldeweg. Während die Deutsche Bundesbahn die Auskunft unmittelbar an das Statistische Bundesamt erteilen soll, übersenden die Unternehmen der nichtbundeseigenen Eisenbahnen ihre Meldungen für die Bestandsstatistik, Betriebsstatistik und Verkehrsstatistik — mit Ausnahme des Güterverkehrs — an das Statistische Bundesamt über die zuständigen Landesbehörden, weil diese, auf Grund der in § 5 des Allgemeinen Eisenbahngesetzes und der Ländereisenbahngesetze festgelegten Eisenbahnaufsicht über die in ihrem Gebiet liegenden Eisenbahnen, statistische Unterlagen für die von ihnen ausübende Dienstaufsicht benötigen.

Aus erhebungstechnischen Gründen sollen die Angaben über den Güterverkehr für diese Statistik von den einzelnen Auskunftspflichtigen unmittelbar an das Statistische Bundesamt gemeldet werden. Aus Gründen der Rationalisierung der Güterverkehrsstatistik und zur Einsparung von Bundesmitteln ist entsprechend der gegenwärtigen Praxis auch die Möglichkeit vorgesehen, daß die nichtbundeseigenen Eisenbahnen ihren Güterverkehr auf freiwilliger Basis der Deutschen Bundesbahn mitteilen, die diese Angaben mit den eigenen zusammenführt und dem Statistischen Bundesamt zuleitet.

Zu § 8

§ 8 regelt im Hinblick auf § 12 Abs. 2 StatGes, inwieweit die Weiterleitung von Einzelangaben zulässig ist, wobei der Rahmen der Bestimmungen des StatGes nicht überschritten wird. Der Zweck der Eisenbahnstatistik kann nur erreicht werden, wenn ihre Ergebnisse den örtlich und sachlich zuständigen obersten Verkehrsbehörden des Bundes und der Länder uneingeschränkt zur Kenntnis kommen.

¹⁾ Bundesratsdrucksache Nr. 348 vom 22. Juni 1965 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben).

**Verordnung über die Durchführung einer Statistik der Gemeindestraßen
nach dem Stande vom 1. Januar 1961
Vom 16. Dezember 1960¹⁾**

Auf Grund des § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

§ 1

(1) Im Geltungsbereich dieser Verordnung wird eine Bundesstatistik der Gemeindestraßen nach dem Stand vom 1. Januar 1961 durchgeführt.

(2) Gemeindestraßen im Sinne dieser Verordnung sind die dem öffentlichen Verkehr mit Kraftfahrzeugen dienenden Straßen mit Ausnahme der klassifizierten Straßen in der Baulast des Bundes, der Länder und von Gemeindeverwaltungen.

§ 2

Erfaßt werden

1. in allen Gemeinden und gemeindefreien Gebieten die Längen und Fahrbahnbreiten der Gemeindestraßen, getrennt nach Straßenarten und Deckenarten;
2. außerdem in Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern die Anzahl und die Gesamtfläche der öffentlichen Parkplätze.

A. Allgemein

I.

Auf Grund der Verordnung vom 15. September 1957 (BAnz. Nr. 180 vom 19. September 1957, S. 1) über die Durchführung einer Statistik der Gemeindestraßen nach dem Stande vom 31. März 1956 wurden zu diesem Termin zum ersten Male in der Bundesrepublik die Längen der befestigten, dem Verkehr mit Kraftfahrzeugen dienenden Gemeindestraßen, getrennt nach Straßenarten und Deckenbauweisen, erhoben. Das Ergebnis zeigte, daß die Gemeindestraßen in ihrer Gesamtheit um mehr als 100 000 km länger sind, als vorher ohne geeignete Grundlage geschätzt worden war. Die Notwendigkeit dieser Erhebung hat sich dadurch erwiesen.

Bei der Beurteilung der Leistungsfähigkeit einer Straße kommt es jedoch auch auf die Kenntnis des Faktors der zweiten Dimension, der Breite, an. Ohne diese ist es nicht möglich, den verfügbaren Verkehrsraum zu ermitteln.

Auf die Erfassung der Fahrbahnbreiten der Gemeindestraßen mußte in den Beratungen über den Erlaß der Verordnung vom 15. September 1957 notgedrungen verzichtet werden, weil die Gemeinden, vor allem die Großstädte, noch nicht über ausreichende Unterlagen verfügten. Nach dem Ergebnis der neuerlichen Erörterungen mit den kommunalen Spitzenverbänden ist es jetzt — 5 Jahre nach dem Stichtag der ersten Erhebung, vermindert um $\frac{1}{4}$ Jahr durch die Vorverlegung des Endes des Rechnungsjahres 1960 auf den 31. Dezember 1960 — an der Zeit und möglich, die zweite Bestandsaufnahme, diesmal mit Erfassung der Fahrbahnbreiten, durchzuführen.

Der Zeitpunkt hierfür ist vor allem deswegen als gegeben anzusehen, weil wiederum zum gleichen Tage die Bestandsaufnahme der klassifizierten Straßen als Geschäftstatistik der Straßenbauverwaltungen der Länder vorgesehen ist, auf deren letzten Stichtag, den 31. März 1956, auch die erste Gemeindestraßenstatistik, sogar rückwirkend, bezogen wurde. Es soll damit für beide Statistiken, deren Ergebnisse sich ergänzen und erst zusammen einen Überblick über den Bestand an Straßen in der Bundesrepublik ermöglichen, ein gleicher Rhythmus erreicht werden. Überschneidungen, Doppelzählungen, Fehlerquellen werden dadurch vermieden. Da außerdem in diesem Jahre ein Jahrzehnt abschließt, ist es zweckmäßig, dessen Abschlußtermin als Stichtag zu wählen, um in Zukunft auch die Gemeindestraßen, wenn nicht alle 5 Jahre, so doch in Zehnjahresabschnitten der Dekadenjahre wieder erfassen zu können.

II.

Das Bedürfnis nach genauen und ausführlichen Angaben nicht nur über die klassifizierten, sondern auch über alle anderen, dem Kraftverkehr dienenden Straßen, die im wesentlichen Gemeindestraßen sind, ist seit Erlaß und Durchführung der Verordnung vom 15. September 1957 nicht geringer geworden. Die parlamentarische Erörterung über das im März d. J. verabschiedete Straßenbaufinanzierungsgesetz hat deutlich gezeigt, welche Bedeutung auch den Ge-

§ 3

Auskunftspflichtig sind die Träger der Straßenbaulast.

§ 4

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 17 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke auch im Land Berlin.

§ 5

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 16. Dezember 1960

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers

Ludwig Erhard

Der Bundesminister für Verkehr

Seebohm

Begründung²⁾

meindestraßen im Zusammenhang mit der Erfüllung der Straßenbauaufgaben des Bundes zukommt. Die sachgerechte Verwendung der zweckgebundenen Straßenbaumittel des Bundes für die ständig anwachsenden Aufgaben im Straßenbau und die Anpassung des Netzes der klassifizierten Straßen an die Verkehrsentwicklung durch Umstufungen erfordern in möglichst gleichen Zeitabschnitten eine Überprüfung der bereits vorliegenden Daten als Grundlage für notwendige verkehrs- und finanzpolitische Entscheidungen. Dazu kommt, daß die wichtige fehlende Größe der Breiten unserer Gemeindestraßen jetzt festgestellt werden kann.

Eine derartige Ergänzung der Unterlagen ist auch aus verkehrswirtschaftlichen Gründen dringend erforderlich. Die Bundesregierung hat den Grundsatz der Eigenwirtschaftlichkeit der öffentlichen Verkehrswege zu einem wichtigen Bestandteil ihrer Verkehrspolitik erhoben. In diesem Zusammenhang kommt der Ermittlung der Wegekosten und der Höhe des in den Verkehrswegen investierten Kapitals eine grundlegende Bedeutung zu. Dafür reichen Längenangaben allein nicht aus. Ist schon die frühere Schätzung der Längen sehr unsicher gewesen und — wie unter I. erwähnt — durch die erste Gemeindestraßenstatistik stark korrigiert worden, könnten Berechnungen des Straßenwertes auf Grund nur angenommener, geschätzter Breiten noch immer erhebliche Fehler ergeben.

Ebenso dringend werden diese statistischen Unterlagen über die Merkmale der Gemeindestraßen für die Entwicklung des Straßenverkehrsrechts benötigt. Bei dem ständigen Anwachsen des Bestandes an Kraftfahrzeugen gewinnen die Fragen der Verkehrslenkung, der Verkehrssicherung sowie der Bewältigung der Parkraumnot, vor allem innerhalb geschlossener Ortschaften, eine immer noch zunehmende Bedeutung. Die Entscheidung, ob und welche allgemeinen verkehrsrechtlichen Maßnahmen notwendig und geeignet sind, die Verkehrsschwierigkeiten in den Gemeinden zu verringern, erfordert nicht nur eine genaue Kenntnis der Verkehrsstärke, sondern mindestens ebenso und gleichrangig auch die der verfügbaren Verkehrsfläche für den fließenden und ruhenden Verkehr. Dazu gehören z. B. Entscheidungen über die Einführung des Richtungsverkehrs, über die Durchleitung des Güterverkehrs durch Ortschaften usw. In gleicher Weise muß bei der Weiterentwicklung der Vorschriften über den Fahrzeugbau auf der Kenntnis der Straßenverhältnisse in den Gemeinden aufgebaut werden, da dort die größten Verkehrszusammenballungen bestehen.

Die erwarteten statistischen Angaben werden ferner als Bezugsgrößen für Berechnungen über die Verkehrsdichte und zur Auswertung der Straßenverkehrsunfallstatistik benötigt.

Schließlich wird die Bundesregierung nach der erweiterten neuen Bestandsaufnahme, die zugleich einen Entwicklungsvergleich gegenüber dem ersten Termin vom 31. 3. 1956 erlaubt, in der Lage sein, bei den verschiedenartigen internationalen Verhandlungen auf dem Gebiete des Straßenbaues, des Straßenverkehrs, der Verkehrsschwerstatistik usw. im Rahmen der ECE, CEMT und EWG die deutschen Interessen an Hand sicherer Unterlagen zu vertreten und sich am internationalen Erfahrungsaustausch mit so vollständigen Beiträgen zu beteiligen, wie sie von allen Partnern erwartet und von den wichtigsten Ländern bereits heute zur Verfügung gestellt werden.

Die vorgesehene statistische Erhebung ist somit im allgemeinen Staatsinteresse notwendig, um die vorgenannten, im Zeitpunkt der Erhebung festliegenden Bundeszwecke zu erfüllen. Sie erfaßt keinen

¹⁾ Bundesanzeiger Nr. 247 vom 22. Dezember 1960 S. 1. — ²⁾ Bundesratsdrucksache Nr. 274 vom 27. September 1960 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben).

unbeschränkten Personenkreis, sondern wendet sich nur an die Gemeindeverwaltungen und bezüglich der verhältnismäßig wenigen Privatstraßen an deren Eigentümer.

Die voraussichtlichen Kosten der Statistik werden sich — ohne die Kosten der befragten Gemeinden — auf etwa 350 000 DM belaufen. Davon entfallen ungefähr 20 000,— DM auf den Bund und etwa 330 000,— DM auf die Länder. Von dem Gesamtbetrag werden etwa 210 000,— DM für Personalkosten und ungefähr 140 000,— DM für Sachkosten aufgewendet werden.

Demnach sind die Voraussetzungen nach § 6 Abs. 2 StatGes für den Erlaß einer Rechtsverordnung gegeben.

B. Im Besonderen

Zu § 1 Abs. 1:

Als Stichtag ist der 31. Dezember 1960 gewählt worden, weil — nach Vorverlegung des Rechnungsjahrschlusses auf das Ende des Kalenderjahres — zum gleichen Stichtag mit gleichfalls fünfjährigem Turnus wieder eine Bestandsaufnahme der klassifizierten Straßen des Bundesgebietes durchgeführt wird und die zeitliche und sachliche Koordinierung beider Erhebungen geboten erscheint, um auf diese Weise ein einheitliches, sich erst dann sinnvoll ergänzendes Zahlenwerk über die wichtigsten metrischen und technischen Daten des Gesamtstraßennetzes, das verkehrlich eine Einheit bildet, zu schaffen.

Da der Ausbauzustand der Straßen sich nicht kurzfristig ändert, genügt es, derartige Erhebungen mit mehrjährigem Abstand, der von Fall zu Fall festgelegt wird, durchzuführen. Die vorliegende Verordnung sieht daher eine einmalige Statistik nach dem Stand vom 31. Dezember 1960 vor, d. h. 4 ³/₄ oder rd. 5 Jahre nach der vorhergehenden.

Zu § 1 Abs. 2:

Wie bei der Gemeindestraßenstatistik nach dem Stand vom 31. März 1956 sollen nur die dem öffentlichen Kraftverkehr dienenden Straßen erfaßt werden, mit Ausnahme der freien Strecken der klassifizierten Straßen, deren Bestand zum gleichen Zeitpunkt durch eine Geschäftsstatistik der Straßenbauverwaltungen der Länder erhoben wird. Zu den Gemeindestraßen im Sinne der Verordnung zählen demnach auch die Ortsdurchfahrten der klassifizierten Straßen in der Baulast der Gemeinden sowie die verhältnismäßig wenigen, nicht zum klassifizierten Straßennetz gehörenden Verkehrsstraßen von Gemeindeverbänden (insbes. Kreisstraßen, die nicht in die Straßenverzeichnisse der Landstraßen II. Ordnung eingetragen worden sind.) Es gehören ferner Privatstraßen dazu, soweit sie tatsächlich dem allgemeinen Kraftverkehr offenstehen (z. B. Unternehmerstraßen in Wohnsiedlungen), weil sie für den Verkehrsablauf innerhalb der Bebauungsgebiete von wesentlicher Bedeutung sein können.

Zu § 2:

In Weiterführung der ersten Bestandsaufnahme zum 31. März 1956 sollen in allen Gemeinden (rd. 24 500 nach dem Stande vom 30. Juni 1959 einschließlich Saarland) außer den Längen auch die Fahrbahnbreiten der Gemeindestraßen erfaßt werden (vgl. dazu die Begründung unter A I Abs. 3 und II Abs. 2). Eine Wiederholung der zum 31. März 1956 erhobenen Angaben über Schienenbahnen innerhalb des Verkehrsraumes der Gemeindestraßen erscheint nicht erforderlich. Dagegen ist zur Feststellung der Weiterentwicklung auf diesem verkehrlich wichtigen Gebiet die neuerliche Erhebung der Parkflächen bedeutungsvoll. Betroffen sind davon jedoch nur die größeren Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern (etwa 250).

Gesetz über die Statistik der Straßen in den Gemeinden 1966

Vom 24. August 1965¹⁾

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

(1) Im Geltungsbereich dieses Gesetzes wird eine Bundesstatistik der Straßen nach dem Stande vom 1. Januar 1966 durchgeführt.

(2) Straßen im Sinne dieses Gesetzes sind die dem öffentlichen Verkehr mit Kraftfahrzeugen dienenden Straßen mit Ausnahme der Bundesfernstraßen, der Landstraßen I. Ordnung (Staats-, Land- oder Landesstraßen) und Landstraßen II. Ordnung (Kreisstraßen).

§ 2

Erfaßt werden

1. die Längen und Fahrbahnbreiten der Straßen, getrennt nach Straßen- und Deckenarten;
2. die Brücken im Zuge der Straßen, getrennt nach Straßenarten, mit Angaben der Bauart und der lichten Weite sowie der Baukosten der seit dem 1. Januar 1950 neu erbauten oder nach Kriegszerstörung wieder aufgebauten Brücken; Baukosten für die Fahrbahn und die Rampen sind gesondert anzugeben;
3. in Gemeinden mit 20 000 und mehr Einwohnern die öffentlichen Parkeinrichtungen nach Art, Gesamtfläche und Zahl der Stellplätze.

§ 3

Auskunftspflichtig zu § 2 Nr. 1 und 2 sind die Träger der Straßenbaulast oder die sonstigen Unterhaltungspflichtigen, zu § 2 Nr. 3 die Gemeinden.

§ 4

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 5

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 24. August 1965

Für den Bundespräsidenten
Der Präsident des Bundesrates
Zinn

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Mende
Der Bundesminister für Verkehr
Seehofer

Begründung²⁾

A: Allgemeines

Seit Bestehen der Bundesrepublik sind zwei Statistiken der Gemeindestraßen in den Jahren 1956 und 1961 veranstaltet worden. Sie erbrachten den Nachweis über den Umfang der Gemeindestraßen und ermöglichten einen wertvollen Überblick über die Veränderung der Netzlängen und des Ausbauzustandes in der abgelaufenen Zeit. Für die einzelnen Gemeinden, aber auch die Kreise, die Länder und den Bund sowie für die Straßenbaupolitik im allgemeinen sind die Daten der beiden Statistiken von großer Bedeutung gewesen. Rechtsgrundlage für die Erhebungen waren die nach § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom

3. September 1953 (BGBl. I S. 1314) ergangenen Verordnungen der Bundesregierung vom 15. September 1957 (BAnz. Nr. 180 vom 19. September 1957) und vom 16. Dezember 1960 (BAnz. Nr. 247 vom 22. Dezember 1960).

Der Gesetzentwurf sieht vor, daß wiederum 5 Jahre nach der letzten Erhebung eine neue Statistik der Straßen der Gemeinden zum 1. Januar 1966 durchgeführt wird.

Die Statistik wird für Bundeszwecke benötigt. Im Hinblick auf die zu lösenden wichtigen Verkehrsprobleme ist es notwendig, einheitliche Angaben über den Stand und die Entwicklung aller Straßen in der Bundesrepublik zu erhalten. Die Bedeutung einer Verbesserung der gemeindlichen Verkehrsverhältnisse kommt besonders in dem Bericht der Kommission zur Untersuchung von Maßnahmen

¹⁾ BGBl. I vom 28. August 1965 S. 975. — ²⁾ Bundestagsdrucksache Nr. 3315 vom 21. April 1965 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben).

zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden nach dem Gesetz vom 1. August 1961 (BGBl. I S. 1109) zum Ausdruck (BT-Drucksache IV/2661). Für die auf Grund dieses Berichtes anzustellenden weiteren Überlegungen müssen auch genaue Zahlen neuen Datums über die Straßen in den Gemeinden zur Hand sein. Exakte Unterlagen sind bei den zunehmenden Veränderungen in dem Straßenbestand infolge des erheblichen Neu- und Ausbaues in den letzten Jahren nur durch eine statistische Gesamterhebung zu gewinnen. Stichproben und nur regional ermittelte Angaben können wegen der damit verbundenen Fehlerquellen keine zutreffenden Daten und damit kein genaues Gesamtbild liefern. Die Angaben über das überörtliche Straßennetz (Bundesfernstraßen, Landstraßen I. O. und II. O.) werden zum gleichen Zeitpunkt im Wege der Geschäftsstatistik ermittelt. Damit entsteht ein Gesamtüberblick über alle Straßen.

Über dieses bedeutende innerdeutsche Interesse hinaus ist die Statistik zum 1. Januar 1966 im Hinblick auf die Entscheidung des Rates der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vom 22. Juni 1964 über die Durchführung einer Enquête über die Wegekosten (Nr. 64/389/EWG, Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften vom 29. Juni 1964, S. 1598/64) notwendig geworden.

Nach Artikel 2 Abs. 1 a) der genannten Entscheidung sind »die gesamten Kosten der Verkehrswege« zu ermitteln. Dazu müssen mindestens die äußeren Daten über die Verkehrswege und ihre dazugehörigen Anlagen bekannt sein. Nach Artikel 2 Abs. 2 bezieht sich die Enquête auf die Daten für das Jahr 1966. Nach Artikel 5 erlassen die Mitgliedstaaten rechtzeitig alle für die Vorbereitung und Durchführung der Enquête erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften. Die mehrjährigen Erörterungen und Beschlüsse in den Arbeitsgruppen der von den Regierungen der Mitgliedstaaten entsandten Sachverständigen haben ergeben, daß in allen sechs Ländern der EWG eine Bestandsaufnahme sämtlicher dem Kraftverkehr dienenden Straßen und zugehörigen Anlagen notwendig ist.

Die Bundesregierung wird nach der neuen Bestandsaufnahme wiederum in der Lage sein, bei den verschiedenartigen internationalen Verhandlungen auf dem Gebiete des Straßenbaues, des Straßenverkehrs, der Verkehrsstatistik und im Kreise der Europäischen Wirtschaftskommission (ECE), der Konferenz der Europäischen Verkehrsminister (CEMT) und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) die deutschen Interessen an Hand einwandfreier Unterlagen zu vertreten und sich am internationalen Erfahrungsaustausch mit so vollständigen Beiträgen zu beteiligen, wie sie von allen Partnern erwartet und von den maßgeblichen Ländern bereits erbracht werden. Es wäre vor allem nicht vertretbar, eine Wegekostenrechnung für 1966 auf Grund bereits veralteter, seit dem 1. Januar 1961 erheblich veränderter Daten durchzuführen. Die Verwendung der Statistik für diesen Zweck macht auch eine gewisse Erweiterung der statistischen Erhebung nötig. Es ist vorgesehen, zum 1. Januar 1966 aus Anlaß der Wegekostenrechnung auch die Brücken im Zuge der Gemeindestraßen zu erfragen. Die Erfassung der im Entwurf vorgesehenen Anlagen ist das Mindestanforderungs der Wegekostenrechnung. Ohne sie wäre die vom Rat der EWG beschlossene Enquête nicht zu verwirklichen.

Die Statistik der Straßen in den Gemeinden ist somit zur Erfüllung von Bundeszwecken notwendig. Sie erfaßt keinen unbeschränkten Personenkreis, sondern wendet sich nur an die Träger der Straßenbaulast, die sonstigen Unterhaltungspflichtigen und die Gemeinden.

Als Stichtag für die Statistik ist der 1. Januar 1966 gewählt worden. Dieser Zeitpunkt, 5 Jahre nach der letzten Gemeindestraßenstatistik, ist notwendig, weil Vergleiche von Zahlenreihen nur dann zu genauen Erkenntnissen führen, wenn die Erhebungen in gleichen Zeitabständen vorgenommen werden. Da die Geschäftsstatistik für die überörtlichen Straßen zum gleichen Zeitpunkt durchgeführt wird, werden durch die Gleichzeitigkeit beider Erhebungen Überschneidungen, Doppelzählungen und sonstige Fehlerquellen vermieden. Dieser Termin gewährleistet auch, daß die Ergebnisse der Statistik für die von der EWG veranlaßte Enquête über die Wegekosten zur

Verfügung stehen. Das Ergebnis der Enquête ist nach Artikel 6 der obengenannten Entscheidung des Rates bis spätestens zum 31. Dezember 1967 der Kommission mitzuteilen. Für die Aufarbeitung und Auswertung des gewonnenen statistischen Materials und für die Berechnung der daraus abzuleitenden Wegekosten werden mit Sicherheit die Jahre 1966 und 1967 benötigt werden.

Die voraussichtlichen Kosten der Statistik werden sich auf etwa 590 000 DM belaufen. Davon entfallen ungefähr 42 000 DM auf den Bund und etwa 548 000 DM auf die Länder. Von dem Gesamtbetrag werden etwa 500 000 DM für Personalkosten und ungefähr 90 000 DM für Sachkosten aufgewendet werden.

B: Im Besonderen

Zu § 1 Abs. 1:

Als Stichtag ist der 1. Januar 1966 gewählt worden. Die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit dieses Stichtages wurde bereits im allgemeinen Teil der Begründung dargelegt.

Zu § 1 Abs. 2:

Wie in den Gemeindestraßenstatistiken von 1956 und 1961 sollen nur die dem öffentlichen Kraftfahrzeugverkehr dienenden Straßen in den Gemeinden und gemeindefreien Gebieten erfaßt werden. Zu den Straßen im Sinne dieses Gesetzes rechnen auch die verhältnismäßig wenigen, nicht zum überörtlichen Straßennetz gehörenden Straßen von Gemeindeverbänden (insbesondere Kreisstraßen, die nicht in die Straßenverzeichnisse der Landstraßen II. Ordnung eingetragen sind) und ferner die Privatstraßen, soweit sie dem öffentlichen Verkehr mit Kraftfahrzeugen offenstehen. Über die bei den Gemeindestraßenstatistiken 1956 und 1961 erfaßten Ortsdurchfahrten von Bundesstraßen, Landstraßen I. Ordnung (Landesstraßen) und Landstraßen II. Ordnung (Kreisstraßen) werden keine Angaben mehr verlangt, da sie in den Geschäftsstatistiken der Straßenbauverwaltungen erhoben werden.

Zu § 2 Nr. 1:

Der Umfang der Statistik ist der gleiche wie in der Verordnung vom 16. Dezember 1960.

Zu § 2 Nr. 2:

Neu ist die Erhebung von Daten über die Brücken, die mit Rücksicht auf ihren hohen Anlagewert erfaßt werden müssen. Sie dürfen deswegen in der Kostenrechnung nicht übergangen werden. Über Zahl, Art und Größe gemeindlicher Brücken bestehen zur Zeit keine Vorstellungen. Um eine Bewertungsgrundlage zu erhalten, ist es für die Kostenrechnung vorteilhaft, auch die Baukosten der seit dem 1. 1. 1950 gebauten Brücken zu erfragen. Die entsprechenden Unterlagen sind in den Gemeinden vorhanden, wie die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände bestätigt hat.

Zu § 2 Nr. 3:

Ein wichtiges Verkehrsproblem in den Gemeinden ist die Unterbringung des ruhenden Verkehrs. Es ist daher sehr wichtig, in den Gemeinden mit 20 000 und mehr Einwohnern erneut die Zahl und Gesamtfläche der öffentlichen Parkanlagen nach derzeitigem Stande festzustellen. Betroffen sind davon nur die rd. 250 größeren und großen Gemeinden. Maßgebend ist die zum 1. 1. 1966 fortgeschriebene Einwohnerzahl. Unter Parkanlagen sind nicht nur Parkflächen im Freien zu verstehen, sondern auch Parkbauten. »Öffentlich« im Sinne dieser Bestimmung sind sowohl die Parkanlagen der öffentlichen Hand als auch diejenigen privater Unternehmer, sofern sie der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen.

Zu § 3:

Unter § 1 Abs. 2 fallen auch die Privatstraßen, für die es keine Träger der Straßenbaulast im öffentlich-rechtlichen Sinne gibt. Deshalb sollen nach § 3 auch die Unterhaltungspflichtigen dieser Straßen auskunftspflichtig sein.

Verordnung zur Durchführung einer Statistik der Beförderung von Personen zu Lande Vom 30. Dezember 1965¹⁾

Auf Grund des § 6 Abs. 2 und des § 9 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

§ 1

Über die dem Personenbeförderungsgesetz (PBefG) vom 21. März 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 241), geändert durch das Gesetz zur Änderung des Personenbeförderungsgesetzes vom 24. August 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 906), unterliegenden Beförderungen von Personen mit Straßenbahnen, mit Obussen und mit Kraftfahrzeugen wird eine Bundesstatistik durchgeführt.

¹⁾ Bundesanzeiger Nr. 246 vom 31. Dezember 1965 S. 1.

§ 2

Es werden erfaßt:

1. im Verkehr mit Straßenbahnen und Obussen

a) monatlich:

- Zahl der beförderten Personen nach der Art der Fahrausweise,
- Höhe der Einnahmen nach der Art der Fahrausweise,
- Wagen-Kilometer, getrennt nach Triebwagen und Anhängern,
- Personen-Kilometer,
- mittlere Reiseweite;

b) jährlich:

Zahl und Länge der betriebenen Linien und Länge der Strecken,
Zahl, Art und Fassungsvermögen der Fahrzeuge;

2. im Linienverkehr mit Kraftomnibussen und Personenkraftwagen

a) monatlich nach Verkehrsart und -form:

Zahl der beförderten Personen nach der Art der Fahrausweise,
Höhe der Einnahmen nach der Art der Fahrausweise,
Wagen-Kilometer,
Personen-Kilometer,
mittlere Reiseweite;

b) jährlich nach Verkehrsart und -form:

Zahl und Länge der betriebenen Linien, im Berufsverkehr unter Angabe, ob dieser auf Grund einer Betriebsübertragung im Sinne des § 2 Abs. 2 PBefG oder mit Auftragsfahrern ausgeführt wird,
verfügbarer Bestand, Art und Fassungsvermögen der Fahrzeuge;

3. im Gelegenheitsverkehr mit Kraftomnibussen sowie mit Personenkraftwagen, soweit diese 8 Fahrgastplätze haben,

a) monatlich nach Verkehrsform:

Zahl der beförderten Personen,
Höhe der Einnahmen,
Wagen-Kilometer nach der Fahrgastbesetzung,
Personen-Kilometer,
mittlere Reiseweite;

b) jährlich:

verfügbarer Bestand, Art und Fassungsvermögen der Fahrzeuge.

§ 3

Auskunftspflichtig im Sinne des § 10 StatGes sind die Inhaber oder die verantwortlichen Leiter der Unternehmen mit Betriebssitz im Inland, die genehmigungspflichtigen Verkehr nach dem PBefG betreiben.

§ 4

Die Zuleitung einer Abschrift des ausgefüllten Erhebungsvordruckes an die zuständige oberste Landesbehörde oder an die von ihr bestimmten Stellen (§ 12 Abs. 2 StatGes) ist zulässig.

§ 5

Das Kraftfahrt-Bundesamt nimmt die Aufgaben des § 2 Nr. 1 StatGes im Einvernehmen mit dem Statistischen Bundesamt wahr.

§ 6

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 17 StatGes auch im Land Berlin.

§ 7

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1966 in Kraft. Sie tritt am 31. Dezember 1968 außer Kraft.

Bonn, den 30. Dezember 1965

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Mende

Der Bundesminister für Verkehr
Seehofer

Begründung¹⁾

I. Allgemeine Begründung

Über Fahrzeugbestand, Betriebs- und Verkehrsleistungen sowie über Einnahmen der Straßenbahnen und Obusse sowie Kraftomnibusunternehmen wurden schon vor dem Krieg amtliche Statistiken durch das Reichsverkehrsministerium und das Statistische Reichsamt sowie nichtamtliche Erhebungen durch den Verein der Straßenbahnen und die Bezirksgruppe West der früheren Reichsverkehrsgruppe Schienenbahnen durchgeführt. Hinzu kamen die sogenannte Leipziger Statistik und die gemeindlichen Statistiken. Nach dem Kriege kamen ferner hinzu die an die Besatzungsmacht zu liefernden Übersichten (»Returns«). Im Jahre 1948 trat an die Stelle dieser verschiedenen Anschreibungen eine einheitliche Statistik, die 1951 verbessert und 1954 den gegenwärtigen Anforderungen angepaßt wurde. Grundlage für die statistischen Erhebungen war § 37 des Gesetzes über die Beförderung von Personen zu Lande (PBefG) vom 4. Dezember 1934 (RGBl. I S. 1217); hiernach war die Verwaltung berechtigt, sich bei den Verkehrsträgern jederzeit über die Art und den Umfang der zugelassenen Personenbeförderungen zu unterrichten. Mit Wirkung vom 1. September 1957 erhielt die Statistik durch die Verordnung zur Durchführung einer Statistik der Beförderung von Personen zu Lande vom 7. August 1957 (Bundesanzeiger Nr. 153) eine neue Rechtsgrundlage. Die z. Z. laufende Statistik der Beförderung von Personen zu Lande auf Grund der Verordnung vom 25. Januar 1963 (Bundesanzeiger Nr. 21) endet am 31. Dezember 1965.

Die Ergebnisse der in der Verordnung vorgesehenen Erhebungen sind Grundlage für eine Vielzahl der vom Bundesminister für Verkehr zu treffenden Maßnahmen und daher unentbehrlich. So obliegt u. a. dem Bundesminister für Verkehr die grundsätzliche Aufgabe, mit dem Ziel bester Förderung des Verkehrs darauf hinzuwirken, daß die Interessen der verschiedenen Verkehrsträger ausgeglichen und ihre Leistungen und Entgelte aufeinander abgestimmt werden. Diese Bundesaufgabe ist nur zu erfüllen, wenn die ermittelten Leistungs- und Bestandszahlen der einzelnen Verkehrsarten des Straßenpersonenverkehrs untereinander, aber auch mit anderen konkurrierenden Verkehrsträgern, z. B. den Eisenbahnen, vergleichbar sind. Verlagerungen des Verkehrs von der Schiene auf die Straße oder innerhalb der einzelnen Straßenverkehrsmittel sowie der Träger des entgeltlichen Straßenverkehrs können nur festgestellt und entsprechende verkehrspolitische Maßnahmen des Bundes nur getroffen werden, wenn ausreichendes statistisches Material vorhanden ist. Die Behandlung des Verkehrsfinanzgesetzes 1955 (BGBl. I S. 166) durch die gesetzgebenden Körperschaften war weit-

¹⁾ Bundesratsdrucksache Nr. 548 vom 23. November 1965 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben).

gehend von der Vorlage des statistischen Materials abhängig. Dies gilt auch für das Straßenbaufinanzierungsgesetz vom 28. März 1960 (BGBl. I S. 201) und das Personenbeförderungsgesetz vom 21. März 1961 (BGBl. I S. 241); auch hier ist die Bundesregierung verpflichtet worden, den Ausschüssen des Bundestages statistische Unterlagen vorzulegen, die ein genaues Bild über die Entwicklung des Verkehrs und die Beteiligung der Verkehrsträger an den einzelnen Verkehrsarten geben. Von besonderer Bedeutung sind die statistischen Ergebnisse im Zusammenhang mit dem Gesetz über eine Untersuchung von Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden vom 1. August 1961 (BGBl. I S. 1109), dem Bericht der Sachverständigenkommission nach diesem Gesetz (BT-Drucksache IV/2661 vom 29. Oktober 1964) sowie der Stellungnahme der Bundesregierung zum Bericht der Sachverständigenkommission. Die Angaben werden ferner für internationale Vergleiche im Rahmen der Statistiken der Europäischen Wirtschaftskommission (ECE) und für das verkehrsstatistische Programm der EWG benötigt.

Als Rechtsgrundlage genügt eine neue Verordnung, da die Voraussetzungen des § 6 Abs. 2 StatGes erfüllt sind:

1. Die Führung der Statistik ist erforderlich, um Unterlagen für verkehrspolitische Maßnahmen des Bundes, insbesondere auf dem Gebiet der Verkehrskoordinierung zu gewinnen.
2. Die Erhebung erfaßt nicht einen unbeschränkten Personenkreis, sondern nur die Unternehmen, die einen dem Personenbeförderungsgesetz vom 21. März 1961 unterliegenden Verkehr betreiben.
3. Die voraussichtlichen Kosten der Erhebung werden jährlich 216 000 DM bei den Ländern und 22 000 DM beim Bund betragen.

Die in dieser Verordnung für die Statistik der Beförderung von Personen zu Lande getroffene Regelung entspricht in materieller Hinsicht der Regelung der Verordnung vom 25. Januar 1963.

II. Besondere Begründung:

Zu § 2:

Die zu erfassenden Angaben sind so gewählt, daß sie das für verkehrspolitische Maßnahmen des Bundes notwendige Gesamtbild der Verkehrseinrichtungen und Verkehrsleistungen liefern, soweit sie sich auf die Personenbeförderung mit Straßenbahnen, Obussen und Kraftomnibussen beziehen. Es wird unterschieden zwischen Angaben, die monatlich erhoben werden sollen, und solchen, die nur

einmal im Jahr gemeldet werden müssen. Bei den letzteren handelt es sich um Tatbestände, die erfahrungsgemäß von Monat zu Monat keinen allzu großen Schwankungen unterliegen.

Neu aufgenommen sind die getrennte Erfassung der Wagen-Kilometer nach Triebwagen und Anhängern sowie die Erhebung der mittleren Reiseweite. In der Praxis wird bereits so verfahren. Gegen eine solche Erhebung sind jedoch rechtliche Bedenken vorgebracht worden. Eine Untergliederung der Wagen-Kilometer in Triebwagen- und Anhänger-Kilometer ist danach nur möglich, wenn dies ausdrücklich in der Verordnung bestimmt wird. Das trifft sinngemäß auch für die »mittlere Reiseweite« zu. Aus gleichen Überlegungen ist das Wort »Zahl« in »verfügbarer Bestand« geändert worden. Diese Ergänzungen stellen keine materielle Ausweitung der Verordnung dar. Die Angabe bei der Zahl und Länge der betriebenen Linien im Berufsverkehr, ob dieser mit Auftragsfahrern ausgeführt wird, dient der Klarstellung.

Zu § 3:

Die Auskunftspflicht ist den Unternehmen auferlegt worden, da bei ihnen das Rechnungswerk geführt wird, aus dem die gestellten Fragen beantwortet werden können. Unternehmen mit Betriebsitz

im Ausland, die grenzüberschreitenden Personenverkehr nach dem Bundesgebiet betreiben, sind von der Berichtspflicht ausgenommen.

Zu § 4:

Die Landesbehörden sind in Ausübung ihrer Aufsichtspflicht nicht nur an zusammenfassenden Übersichten, sondern auch an der Einzelmeldung interessiert.

Zu § 5:

Vom Kraftfahrt-Bundesamt wurde schon bislang die Aufgabe wahrgenommen, im Einvernehmen mit dem Statistischen Bundesamt die angeforderten Erhebungen für Bundeszwecke technisch und methodisch vorzubereiten sowie ihre Ergebnisse für den Bund zu sammeln, zusammenzustellen und für allgemeine Zwecke darzulegen.

Sollte sich nach einem Gutachten des Bundesbeauftragten für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung über das Kraftfahrt-Bundesamt ergeben, daß die Verkehrswirtschafts-Statistiken in Zukunft vom Statistischen Bundesamt zu bearbeiten sind, so soll die Verlagerung der Zuständigkeit vom Kraftfahrt-Bundesamt auf das Statistische Bundesamt durch eine Sammelverordnung für alle Verkehrswirtschafts-Statistiken geregelt werden, ohne daß der fristgemäße Ablauf der einzelnen Verordnungen abgewartet werden braucht.

Verordnung über eine Statistik des Güterverkehrs mit Kraftfahrzeugen

Vom 8. Januar 1964¹⁾

Auf Grund des § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

§ 1

Über den Güterverkehr mit Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern wird im Jahre 1965 eine Bundesstatistik durchgeführt.

§ 2

(1) Die Statistik erfaßt Lastkraftfahrzeuge von einer Tonne und mehr Nutzlast und Kraftfahrzeuganhänger, ferner Zugmaschinen, soweit diese nicht in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben eingesetzt werden.

(2) Die Erhebung erstreckt sich auf höchstens 60 000 Kraftfahrzeuge und für jedes dieser Kraftfahrzeuge einschließlich der mitgeführten Anhänger auf eine Woche im Kalenderjahr.

§ 3

Es werden erfaßt:

1. Angaben über den Fahrzeughalter, soweit sie seine Eigenschaft als Unternehmer betreffen,
2. Angaben zur Kennzeichnung der Fahrzeuge und deren Art,
3. Angaben über die Beförderungsleistungen und deren Abrechnung.

I. Allgemeine Begründung

Seit Jahrzehnten werden in Deutschland Verkehrsstatistiken aller Verkehrswege erhoben. Aus der Zusammenfassung dieser Statistiken wird die Güterverflechtungsstatistik gewonnen, der über den Verkehr hinaus erhebliche volkswirtschaftliche Bedeutung zukommt. Während dieses System der Verkehrsstatistiken für die Bereiche des Eisenbahnverkehrs, des Binnenschiffsverkehrs, des Seeverkehrs und des Luftverkehrs in sich geschlossen ist, besteht im Straßen-güterverkehr noch eine Lücke. Auf Grund laufender amtlicher Statistiken fallen nämlich bisher Angaben nur für den gewerblichen Güterfernverkehr, den Werkfernverkehr sowie für den grenzüberschreitenden Güterverkehr mit Kraftfahrzeugen an. Statistische Unterlagen über den gewerblichen Güternahverkehr und den Werk-nahverkehr, denen im Rahmen der gesamten Straßentransporte eine erhebliche Bedeutung zukommt, werden indessen nicht regelmäßig erhoben. Mit Ausnahme von Repräsentativerhebungen in den Jahren 1950 und 1952 und der Erhebung im Rahmen der Statistik der Kosten und Leistungen im Güterverkehr 1959 sind Unterlagen über den Güternahverkehr bisher nicht angefallen.

Die Gewinnung zuverlässiger Unterlagen über den Güternahverkehr ist jedoch ebenfalls ein wichtiges Anliegen der inländischen Verkehrspolitik. Statistische Aufzeichnungen über den Güternahverkehr sind u. a. von besonderer Bedeutung für die Abgrenzung zwischen Güternah- und Güterfernverkehr durch die Nahzone, für die Feststellung von Umfang und Gewicht der einzelnen Einsatz-zweige von Nutzfahrzeugen im Nahverkehr, für die Erlangung von Angaben über den Umfang der Einschaltung des Güternahverkehrs im Vor- und Nachlauf zu Seeschifffahrt, Binnenschifffahrt, Eisen-

§ 4

Auskunftspflichtig sind die Halter der Kraftfahrzeuge.

§ 5

Die Statistik wird mit Zustimmung der beteiligten Länder vom Statistischen Bundesamt durchgeführt.

§ 6

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 17 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke auch im Land Berlin.

§ 7

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1964 in Kraft. Sie tritt am 31. Dezember 1966 außer Kraft.

Bonn, den 8. Januar 1964

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Mende

Der Bundesminister für Verkehr
Seeborn

Begründung²⁾

bahnen und Güterfernverkehr und nicht zuletzt für die Wahrnehmung der den Bundesministern für Verkehr und für Wirtschaft sowie dem Gewerbe selbst bei Festsetzung und Erlaß der Tarife übertragene Aufgaben.

Aber nicht nur im Rahmen der inländischen Verkehrspolitik, sondern auch für internationale Zwecke, insbesondere für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und für die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, werden zuverlässige Unterlagen über die Gütertransporte in der Nahzone dringend benötigt. Bereits im Jahre 1961 hat sich der aus Regierungsvertretern bestehende Ausschuß für Verkehrsstatistik beim Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften auf ein Erhebungsprogramm für den gesamten Straßengüterverkehr unter Einbeziehung des Nahverkehrs geeinigt, das in den anderen Mitgliedstaaten schon für das Jahr 1962 durchgeführt wird (vgl. Sitzung des Ausschusses für Verkehrsstatistik am 14. und 15. November 1961 in Brüssel — STATRA 1 —). Um dieser Forderung auch in der Bundesrepublik nachkommen zu können, muß die Statistik des Güterfernverkehrs um eine solche des Güternahverkehrs ergänzt werden.

Diese in der Bundesrepublik derzeit noch bestehende Lücke im statistischen Gesamtbild des Güterverkehrs mit Kraftfahrzeugen soll durch die in der vorliegenden Verordnung vorgesehene statistische Erfassung des Güternahverkehrs geschlossen werden. Die Verordnung sieht zu diesem Zweck zunächst eine einmalige Erhebung für das Jahr 1964 vor, die jedoch anschließend in mehrjährigem Turnus wiederholt werden soll. An Hand der bei der Auswertung der Erhebung gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen wird zu einem späteren Zeitpunkt unter Berücksichtigung der hierfür maßgeblichen Gesichtspunkte eine Entscheidung über den noch festzulegenden Jahresrhythmus und die Form der Anordnung dieser Anschlußerhebungen getroffen werden.

¹⁾ Bundesanzeiger Nr. 7 vom 11. Januar 1964. — ²⁾ Bundesratsdrucksache Nr. 380 vom 23. August 1963 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben).

Da aus den Unterlagen in der Kraftfahrzeugkartei des Kraftfahrt-Bundesamtes in Flensburg nicht hervorgeht, ob ein Lastkraftfahrzeug im Güternahverkehr oder im Güterfernverkehr eingesetzt ist, und da Lastkraftfahrzeuge des Güterfernverkehrs im Bereich ihrer Nahzone auch im Güternahverkehr eingesetzt werden können, müssen sich Auswahl und Befragung auf sämtliche Kategorien von Lastkraftfahrzeugen erstrecken. Nur so besteht die Gewähr, daß die Bereiche des Nahverkehrs und Fernverkehrs genau, das heißt ohne Auslassungen und Doppelzählungen, gegeneinander abgegrenzt werden. Da außerdem für die Zwecke der Europäischen Gemeinschaften, deren andere Mitgliedstaaten einen den Vorschriften des Güterkraftverkehrsgesetzes entsprechenden rechtlichen Begriff der Nahverkehrszone und des Güternahverkehrs nicht kennen, sämtliche Kurzstreckentransporte erfaßt werden sollen, muß der Güterfernverkehr auch aus diesem Grunde von der Erhebung erfaßt werden.

Die auf den Vorschriften des § 52 Abs. 3 und des § 57 Abs. 1 des Güterkraftverkehrsgesetzes beruhenden, weitergehenden statistischen Erhebungen im Güterfernverkehr (Verordnung über die Durchführung einer Statistik der Beförderungsleistungen im Güterfernverkehr vom 20. April 1956, Bundesanzeiger Nr. 83 vom 28. April 1956; Verordnung über Beförderungs- und Begleitpapiere, Fahrtennachweisbücher und die statistische Erfassung der Beförderungsleistung im Werkfernverkehr vom 29. September 1953 (Bundesgesetzblatt I S. 1464) bleiben von dieser Erhebung unberührt.

Die Statistik soll als Repräsentativstatistik geführt werden, um einmal ihre Kosten möglichst niedrig zu halten und um zum anderen einen möglichst geringen Teil der Güterverkehr betreibenden Wirtschaft mit Aufzeichnungen zu belasten.

Als Rechtsgrundlage genügt eine Verordnung, da die Voraussetzungen des § 6 Abs. 2 StatGes erfüllt sind:

1. Die Ergebnisse der Erhebung sind für Maßnahmen des Bundes auf dem Gebiet der Verkehrspolitik sowie für internationale Zwecke erforderlich.
2. Die Erhebung erfaßt nicht einen unbeschränkten Personenkreis, sondern nur die Halter bestimmter Kraftfahrzeuge.
3. Die voraussichtlichen Kosten der Erhebung ohne die Kosten für die Veröffentlichung belaufen sich auf 480 000,— DM und werden 500 000,— DM nicht übersteigen. Das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften wird zu den Kosten dieser Erhebung einen Zuschuß leisten, der jedoch in seiner Höhe noch nicht bekannt ist.

Durch den Vollzug der Verordnung entstehen für die Länder weder Kosten noch statistische Arbeiten.

II. Besondere Begründung

Zu § 1:

Diese Bestimmung ordnet eine einmalige Jahreserhebung an und legt diese auf das Jahr 1964 fest.

Zu § 2:

Absatz 1 begrenzt den Anwendungsbereich der Verordnung. Die Beschränkung bei den Lastkraftfahrzeugen auf solche mit einer Nutzlast von einer Tonne und mehr ist aus mehreren Gründen vorgesehen:

- a) Die Verkehrsleistungen der Lastkraftfahrzeuge unter einer Tonne sind von geringerem Interesse.

- b) Auch für Zwecke der Europäischen Gemeinschaften werden Angaben über die Verkehrsleistungen der Lastkraftfahrzeuge mit weniger als einer Tonne Nutzlast nicht benötigt.
- c) Die Weglassung dieser Fahrzeuge bei der Erhebung — ihr zahlenmäßiger Anteil am Lastkraftfahrzeugbestand betrug am 1. Juli 1961 rund 38 % — hat den Vorteil, daß der Umfang der Stichprobe relativ klein und die Kosten der Erhebung dadurch gering gehalten werden können.

Absatz 2 legt den Umfang der Erhebung fest und bezieht lediglich eine repräsentative Zahl von Fahrzeugen in die Statistik ein. Bei der Feststellung dieser Zahl wurde die vermutliche Entwicklung des Bestandes an Lastkraftfahrzeugen der hier in Frage kommenden Arten in den Jahren 1963 bis 1965 berücksichtigt. Der Höchstumfang der Stichprobe ist auf 60 000 Fahrzeuge festgelegt. Als Auswahlgrundlage für die Stichprobe steht die zentrale Kartei aller Kraftfahrzeuge beim Kraftfahrt-Bundesamt zur Verfügung. Die Auswahlsätze für die einzelnen Kategorien von Fahrzeugen werden nach mathematischen Grundsätzen errechnet. Um die Auskunftspflichten so wenig wie möglich mit Aufzeichnungen zu belasten, ist außerdem über jedes ausgewählte Fahrzeug nur für eine Woche im Jahr zu berichten. Trotzdem werden die jahreszeitlichen Einflüsse auf Umfang und Zusammensetzung der Gütertransporte hinreichend berücksichtigt werden können, da die Berichtswochen über das gesamte Kalenderjahr verteilt werden.

Zu § 3:

Die zu erfassenden Angaben sind so umrissen, daß aus ihnen ein Gesamtbild des Einsatzes der Lastkraftfahrzeuge nach Zeit und Ort, nach gewerblichem und Werkverkehr, nach Fern- und Nahverkehr und anderen verkehrspolitisch wichtigen Kriterien gewonnen werden kann. Insbesondere soll von der Erhebung erfaßt werden Art und Menge des beförderten Gutes, zurückgelegte Kilometer, die Unterscheidung zwischen reinem Strecken- und Vor- oder Nachlauftransport sowie die Art der tariflichen Abrechnung.

Zu § 4:

Die Auskunftspflicht wird den Haltern der ausgewählten Fahrzeuge auferlegt, da sie am ehesten in der Lage sind, über das Fahrzeug und die in der Meldewoche erbrachten Leistungen zu berichten.

Zu § 5:

Das Statistische Bundesamt, Wiesbaden, hat in den letzten Jahren — z. B. 1959 und 1962 — statistische Erhebungen auf dem Gebiet des Güterkraftverkehrs durchgeführt. Entsprechend einer interministeriellen Absprache vom 8. Oktober 1962, auf Grund deren die bisherigen Zuständigkeiten auf diesem Gebiet vorerst unverändert bleiben sollen, sieht § 5 zunächst vor, daß die Verordnung vom Statistischen Bundesamt vollzogen wird. Einer späteren abweichenden Regelung — etwa nach Maßgabe der angestrebten Grundsatzentscheidung über die Zuständigkeit für die Verkehrswirtschaftsstatistiken — soll dadurch nicht vorgegriffen werden.

Zu § 6:

Berlinklausel.

Zu § 7:

Die Geltungsdauer von drei Jahren wird durch § 6 Abs. 2 StatGes ermöglicht. Die Erstreckung der Geltungsdauer über das Jahr der Erhebung hinaus ist erforderlich, um auch nach Abschluß der Erhebung noch zweckdienliche Rückfragen an die auskunftspflichtigen Halter richten zu können.

Verordnung über eine Statistik der Kraftfahrzeugfahrleistungen des Jahres 1959

Vom 11. April 1959¹⁾

Auf Grund des § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

§ 1

(1) Über die Fahrleistungen der im Geltungsbereich dieser Verordnung zugelassenen Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger sowie der Fahrräder mit Hilfsmotor wird für das Jahr 1959 eine Bundesstatistik durchgeführt. Die Statistik erstreckt sich nicht auf Kraftomnibusse und deren Anhänger sowie auf Zugmaschinen und deren Anhänger in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben.

(2) In die Erhebungen werden im Gesamtdurchschnitt höchstens 5 v. H. der Gesamtzahl der Fahrzeuge einbezogen.

§ 2

Es werden erfaßt:

1. das Datum, an dem das Fahrzeug von dem Halter erworben wurde;

¹⁾ Bundesanzeiger Nr. 78 vom 24. April 1959 S. 1.

2. die mit dem Fahrzeug im Jahre 1959 zurückgelegten Kilometer, bei Lastkraftwagen und Anhänger unterschieden nach Verkehrsarten;
3. die Zeit, während der das Fahrzeug im Jahre 1959 vorübergehend abgemeldet war;
4. das Verhältnis der privaten zur beruflichen Benutzung des Fahrzeugs während des Jahres 1959.

§ 3

Befragte im Sinne des Gesetzes sind die Halter der Fahrzeuge im Zeitpunkt der Erhebung. Die Beantwortung der Fragen ist freiwillig.

§ 4

Die Statistik wird vom Kraftfahrt-Bundesamt erhoben und aufbereitet.

§ 5

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 17 StatGes auch im Land Berlin.

Diese Verordnung gilt nicht im Saarland.

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft. Sie tritt 3 Jahre nach der Verkündung außer Kraft.

Bonn, den 11. April 1959

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers

Ludwig Erhard

Der Bundesminister für Verkehr

Seehoß

Begründung¹⁾

I. Allgemeine Begründung:

Die Kenntnis der jährlich von den einzelnen Kraftfahrzeugarten und der Gesamtheit der Kraftfahrzeuge im Durchschnitt gefahrenen Kilometer ist für Überlegungen und Maßnahmen auf den Gebieten der Verkehrspolitik, der Verkehrssicherheit und der Verkehrswirtschaft wesentlich.

Das gilt zunächst für die Bekämpfung der Straßenverkehrsunfälle. Nur mit Hilfe der Zahlen über die Kilometerleistungen können aus der Unfallstatistik für die einzelnen Fahrzeugarten Erkenntnisse über die Fahrtsicherheit und über die relative Unfallhäufigkeit gewonnen werden, Unterlagen also, die für Maßnahmen auf dem Gebiete des Verkehrsrechts, der Fahrzeugtechnik und der Exekutive, insbesondere des polizeilichen Vollzugsdienstes, benötigt werden. Eine Gegenüberstellung der Unfallstatistik mit der Bestandsstatistik für Kraftfahrzeuge genügt für diese Zwecke nicht, weil die Bestandszahlen allein nichts über die tatsächliche Beteiligung der einzelnen Kraftfahrzeugarten im Verkehr aussagen.

Auch eine Beurteilung der Verkehrsdichte und ihre Schätzung für die Zukunft bedingen, daß nicht nur die Entwicklung der Kraftfahrzeugbestände verfolgt wird, sondern daß auch entsprechende Zahlen über die Fahrleistungen zur Verfügung stehen. Angaben über die Verkehrsdichte und ihre Vorausschätzung sind — abgesehen von dem Interesse der Kraftfahrzeugindustrie, der Mineralölwirtschaft usw. — insbesondere für den Straßenbau wichtig, und zwar sowohl für den Einsatz der Mittel, die für den Ausbau, die Unterhaltung und die Erneuerung der Straßen jeweils zur Verfügung stehen als auch für die Planungen auf lange Sicht.

Nur mit Hilfe statistischen Materials über die jährlichen Kilometerleistungen der Kraftfahrzeuge können ferner die Selbstkosten, die steuerliche Belastung der Kraftfahrzeuge und des Kraftfahrzeugbetriebes, die Auswirkungen tarifarischer Maßnahmen usw. richtig gewertet werden.

Die Ergebnisse der Statistik über die Fahrleistungen der Kraftfahrzeuge werden weiterhin für Fragen der militärischen und zivilen Verteidigung von Interesse sein.

Schließlich sind die Fahrleistungen des Kraftfahrzeugparks auch für Vergleiche mit dem Ausland wesentlich. Bisher konnten, insbesondere auf dem Gebiet der Verkehrssicherheit, aus derartigen Gegenüberstellungen nur sehr bedingte Schlüsse gezogen werden, weil vergleichbare Bezugsgrößen nicht zur Verfügung standen.

Wegen der Bedeutung, die der Kenntnis der Fahrleistungen der Kraftfahrzeuge beizumessen ist, wurde in den letzten Jahren des öfteren versucht, auf Länderebene oder von privater Seite Ermittlungen dieser Art anzustellen. Die Methoden waren verschieden; bevorzugt wurde die repräsentative Befragung von Kraftfahrzeughaltern oder -führern. Für die geschilderten Zwecke genügen die Ergebnisse dieser Untersuchungen jedoch nicht. In den meisten Fällen ist die Repräsentation nicht ausreichend oder nicht angemessen. Es läßt sich vor allem kein Gesamtbild gewinnen, denn entweder fehlen die Angaben für einzelne Fahrzeugarten oder für große Teile des Bundesgebietes, oder die Berichtszeiten fallen auseinander oder überschneiden sich. Auch haben die unterschiedlichen Methoden zu erheblichen Abweichungen in den Ergebnissen geführt.

Wenn einwandfreie, vollständige und vergleichbare Angaben über die Fahrleistungen von Kraftfahrzeugen beschafft werden müssen, kann dies nur mittels einer Erhebung im ganzen Bundesgebiet für alle Fahrzeugarten auf ausreichend breiter, repräsentativer Basis nach einer einheitlichen Methode erreicht werden.

Bei allen genannten Aufgaben handelt es sich um Sachgebiete, auf denen der Bund im Rahmen der Gesetzgebung oder seiner Verwaltungszuständigkeit tätig wird. Die Ergebnisse der geplanten Erhebung sind für die genannten Bundeszwecke nicht länger zu entbehren. Auch auf internationaler Ebene (ECE, CEMT, NATO) werden Zahlen über die Fahrleistungen der Kraftfahrzeuge dringend gefordert.

Das Bedürfnis nach brauchbaren statistischen Unterlagen über die Fahrleistungen der Kraftfahrzeuge ist auch von den Ländern mehrfach anerkannt worden, vor allem von der Verkehrsministerkonferenz auf ihrer 31. Sitzung am 7. September 1955 in Kiel. Die vorgesehene Repräsentationsbasis wird es erlauben, die wichtigsten Ergebnisse der Statistik für die einzelnen Bundesländer darzustellen.

¹⁾ Bundesratsdrucksache Nr. 218 vom 19. Dezember 1958 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben).

Nach der Verordnung soll eine Erhebung über die Fahrleistungen der Kraftfahrzeuge erstmalig im Jahre 1959 für das Jahr 1958 durchgeführt werden; es wird notwendig sein, die Erhebung in Abständen von etwa 5 Jahren zu wiederholen. In den dazwischenliegenden Jahren können Anhaltspunkte für die allgemeine Entwicklung im Bundesgebiet an Hand von Teilerhebungen auf regionaler Ebene gewonnen werden. Die Gesamtkosten der einmaligen Erhebung werden sich auf etwa 225 000,— DM belaufen.

Die Beantwortung der im Rahmen der Erhebung an die Kraftfahrzeughalter gerichteten Fragen ist freiwillig. Gleichwohl bedarf diese Bundesstatistik nach § 6 StatGes einer Rechtsgrundlage in Form dieser Verordnung.

II. Besondere Begründung:

Zu § 1:

Die Zahlen über die Fahrleistungen werden von den Fahrzeughaltern für den Zeitraum des Jahres 1958 erfragt. Die Erhebung erfaßt alle Arten zugelassener Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger mit Ausnahme der Kraftomnibusse und deren Anhänger sowie der Zugmaschinen und deren Anhänger in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben. Auf die Erfassung der Fahrleistungen von Kraftomnibussen kann verzichtet werden, weil für den größten Teil der Kraftomnibusse die erforderlichen Angaben aus anderen Statistiken zur Verfügung stehen. Land- und forstwirtschaftlich genutzte Zugmaschinen und ihre Anhänger sind aus der Erhebung herausgelassen worden, weil diese Fahrzeuge in großem und nicht zu ermittelndem Umfang nicht auf öffentlichen Straßen fahren. Aus dem im allgemeinen Teil genannten Gründen erscheint es zweckmäßig, die Erhebung auch auf die Fahrräder mit Hilfsmotor zu erstrecken. Angesichts der in den letzten Jahren sprunghaft gestiegenen Bestände an solchen Fahrzeugen und ihres dementsprechend wachsenden Anteils am Straßenverkehr bliebe die Statistik unvollständig, wenn sie die Fahrleistungen dieser Fahrzeugkategorie unberücksichtigt ließe.

Insgesamt sollen nicht mehr als 5 v. H. der Kraftfahrzeuge und Anhänger in die Erhebung einbezogen werden. Diese Zahl bezieht sich auf den Gesamtdurchschnitt; bei schwach vertretenen Fahrzeuggruppen wird mit höheren Auswahlsätzen gearbeitet werden müssen, um zutreffende Ergebnisse sicherzustellen.

Zu § 2:

Die Vorschrift zählt die Merkmale auf, für die der Kraftfahrzeughalter Angaben machen soll. Das Erhebungspapier wird einfach gehalten werden; es wird als Doppelpostkarte verschickt werden, deren anhängender Teil für die Antwort benutzt werden kann.

Weitere Merkmale, die für die Auswertung der Angaben über die Jahresfahrleistung von 1958 von Bedeutung sind, können, ohne daß es einer Befragung der Fahrzeughalter bedarf, unmittelbar aus der Kartei des Kraftfahrt-Bundesamtes entnommen werden.

Zu § 3:

Die Erhebung soll auf freiwillige Auskünfte gestützt werden. Ein besonderer Zwang für die Beantwortung, insbesondere der nach § 2 Nr. 2 und 4 zu stellenden Fragen, erschien nicht angängig, weil der Befragte insoweit u. U. allein von seinem Gedächtnis und einer nach bestem Wissen vorgenommenen Schätzung abhängig ist.

Zu § 4:

Das Kraftfahrt-Bundesamt soll die Statistik erheben und aufbereiten, weil die erforderlichen Arbeiten nur unter Benutzung der Kartei dieser Behörde durchgeführt werden können. Die Aufgaben des Statistischen Bundesamtes nach § 2 Nr. 1 StatGes bleiben unberührt.

Zu § 6:

Da das Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 noch nicht im Saarland gilt, kann auch die auf dieses Gesetz gestützte Verordnung zunächst nicht im Saarland gelten.

Zu § 7:

Die Verordnung muß so rechtzeitig in Kraft treten, daß die Fragekarten noch im Jahre 1958 versandt werden können.

Die zeitliche Beschränkung der Geltungsdauer der Verordnung ergibt sich aus § 6 Abs. 2 StatGes.

Gesetz zur Durchführung einer Straßenverkehrsunfallstatistik (StVUnfG)

Vom 18. Mai 1961¹⁾

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Über Unfälle, bei denen infolge des Fahrverkehrs auf öffentlichen Wegen und Plätzen Personen getötet oder verletzt oder Sachschäden verursacht worden sind, wird eine Bundesstatistik (Straßenverkehrsunfallstatistik) geführt.

§ 2

Für diese Statistik werden folgende Tatbestände erfaßt:

1. bei Unfällen, bei denen Personen getötet oder verletzt oder Sachschäden von 500 Deutsche Mark und mehr je Unfall verursacht worden sind,
 - a) Art, Ort und Zeit des Unfalls,
 - b) die am Unfall beteiligten Verkehrsteilnehmer und Verkehrsmittel,
 - c) die polizeilich festgestellten unmittelbaren Unfallursachen und die Unfallumstände,
 - d) die Unfallfolgen;
2. bei allen anderen Unfällen
 - a) Ort des Unfalls,
 - b) die am Unfall beteiligten Verkehrsteilnehmer und Verkehrsmittel,
 - c) die Höhe des entstandenen Sachschadens.

§ 3

Auskunftspflichtig sind die Polizeidienststellen, deren Beamte den Unfall aufgenommen haben.

§ 4

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 5

Dieses Gesetz tritt am 1. August 1961 in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 18. Mai 1961

Der Bundespräsident
Lübke

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Ludwig Erhard

Der Bundesminister für Verkehr
Seehofer

Begründung²⁾

I. Allgemeines

Die bereits vor dem zweiten Weltkrieg auf Grund der Erlasse des Reichsverkehrsministers vom 8. August 1935 (Az.: K 54540) und vom 2. Dezember 1935 (Az.: K 59659) durchgeführte Statistik der Straßenverkehrsunfälle wird seit dem Jahre 1948 auf Grund eines Erlasses der Verwaltung für Verkehr des Vereinigten Wirtschaftsgebietes vom 16. August 1948 (Az.: St. B. 20—8490) wieder geführt. Entsprechend den Vorschriften des § 16 Abs. 1 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) erhielt sie ihre Rechtsgrundlage durch die »Verordnung zur Durchführung einer Straßenverkehrsunfallstatistik« vom 8. August 1955 (Bundesanzeiger Nr. 153 vom 11. August 1955). Derzeitig wird sie auf Grund der »Verordnung zur Durchführung einer Straßenverkehrsunfallstatistik« vom 11. April 1959 (Bundesanzeiger Nr. 78 vom 24. April 1959) geführt. Diese Verordnung tritt am 31. Juli 1961 außer Kraft.

Das vorliegende Gesetz soll die ununterbrochene, unveränderte Fortführung der Straßenverkehrsunfallstatistik sichern.

Die Straßenverkehrsunfallstatistik ist notwendig, um Unterlagen für Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit und zur Bekämpfung der Straßenverkehrsunfälle zu gewinnen. Diese Unterlagen können auf andere Weise nicht geschaffen werden (vgl. II. zu § 3).

Die Statistik der Straßenverkehrsunfälle hat in den letzten Jahren ständig an Bedeutung zugenommen. Die von Jahr zu Jahr gestiegenen und noch weiter anwachsenden Kraftfahrzeugbestände und die damit einhergehende Zunahme der Unfallgefahr, sowie die zu beobachtende langsame Umschichtung in der Verkehrsstruktur (Übergang vom Zweirad auf Vierradfahrzeuge) zwingen auch in Zukunft dazu, die Ursachen und die Begleitumstände laufend statistisch zu erfassen und auszuwerten, um alle denkbaren, geeigneten Gegenmaßnahmen treffen zu können. Allein im Jahre 1959 waren im Bundesgebiet (ohne Berlin [West]) mehr als 1,5 Mio Verkehrsteilnehmer an Straßenverkehrsunfällen mit Personen- oder Sachschäden beteiligt (darunter rund 1,2 Mio Kraftfahrzeuge, rund 180 000 Mopeds und Fahrräder und rund 84 000 Fußgänger).

Bei diesen Unfällen wurden 13 539 Menschen getötet, 143 000 schwer und 261 000 leicht verletzt.

Nachdem die in der Nachkriegszeit gewonnenen Erfahrungen mit der Erhebungsmethode für die Straßenverkehrsunfallstatistik sich über einen ausreichend langen Zeitraum erstrecken, kann nunmehr im Interesse der Verwaltungsvereinfachung eine gesetzliche Grundlage für diese Statistik vorgesehen werden. Der Erlaß einer neuen Rechtsverordnung auf Grund des § 6 Abs. 2 StatGes scheidet aber auch aus, weil nach den Ermittlungen des Statistischen Bundesamtes die voraussichtlichen Kosten der Erhebung ohne die Kosten für die Veröffentlichung den im StatGes als Höchstgrenze für den Erlaß

einer Rechtsverordnung vorgesehenen Betrag von jährlich 500 000 DM überschreitet.

Die in dem Gesetz vorgesehene Regelung entspricht in materieller Hinsicht der derzeitigen Rechtsverordnung. Die abweichenden Formulierungen, insbesondere im § 2 Nr. 2, dienen lediglich der Klarstellung.

Die Durchführung der Straßenverkehrsunfallstatistik kostet nach dem gegenwärtigen Stand bei Bund und Länder einschließlich Berlins (West) jährlich 934 000 DM. Davon entfallen auf den Bund 112 000 DM, auf die Länder 822 000 DM. Die Länderkosten setzen sich aus 667 000 DM Personalkosten und 155 000 DM Sachkosten zusammen. Da es sich um eine bereits laufende Statistik handelt, deren Kosten in den Haushaltsplänen schon berücksichtigt sind, werden keine neuen Mittel benötigt.

II. Besonderes

Zu § 1

Diese Vorschrift begrenzt den Anwendungsbereich des Gesetzes und gibt eine Begriffsbestimmung der statistisch zu erfassenden Unfälle.

Zu § 2

Es ist vorgesehen, die Zahl der zu erfassenden Tatbestandsmerkmale auf die dringend notwendigen Angaben zu beschränken, die eine hinreichende Analyse der Unfallvorgänge ermöglichen. Eingehend müssen in erster Linie die schweren Unfälle erfaßt werden, während für die Darstellung der Bagatelunfälle eine zahlenmäßige Erfassung der am Unfall beteiligten Verkehrsteilnehmer und Verkehrsmittel — jeweils mit Angabe der Ortslage und der Höhe des entstandenen Sachschadens — ausreichend ist.

Zu § 3

Die von der Statistik zu erfassenden Unfälle und die Tatbestandsmerkmale der Unfälle sollen wie bisher von den Polizeidienststellen ermittelt und gemeldet werden. Es ist sichergestellt, daß den Polizeidienststellen durch die statistische Erfassung keine Mehrarbeit entsteht. Während früher für jeden Unfall ein besonderes statistisches Meldeblatt ausgefüllt werden mußte, werden jetzt die statistischen Angaben in allen Bundesländern aus den Durchschlägen der polizeilichen Unfallanzeigen und -meldungen entnommen.

Zu § 4

Die Straßenverkehrsunfallstatistik soll wie bisher auch im Land Berlin durchgeführt werden.

Zu § 5

Das Gesetz muß am 1. August 1961 in Kraft treten, um eine ununterbrochene statistische Erfassung der Straßenverkehrsunfälle auch nach Ablauf der Geltungsdauer der Rechtsgrundlage vom 11. April 1959 am 31. Juli 1961 zu ermöglichen.

¹⁾ BGBl. I vom 31. Mai 1961 S. 606. — ²⁾ Bundestagsdrucksache Nr. 2310 vom 10. Dezember 1960 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben).

Gesetz
zur Änderung des Gesetzes zur Durchführung einer Straßenverkehrsunfallstatistik¹⁾
Vom 20. September 1965²⁾

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Das Gesetz zur Durchführung einer Straßenverkehrsunfallstatistik vom 18. Mai 1961 (Bundesgesetzblatt I S. 606) wird wie folgt geändert:

1. § 2 erhält folgende Fassung:

»§ 2

Für diese Statistik werden folgende Tatbestände erfaßt:

1. bei Unfällen, bei denen Personen getötet oder verletzt oder Sachschäden von 1 000 Deutsche Mark und mehr bei mindestens einem der Beteiligten verursacht worden sind,

- a) Art, Ort und Zeit des Unfalls,
- b) die am Unfall beteiligten Verkehrsteilnehmer und Verkehrsmittel,
- c) die polizeilich festgestellten unmittelbaren Unfallursachen und die Unfallumstände,
- d) die Unfallfolgen;

2. bei allen anderen Unfällen,

- a) Ort des Unfalls,
- b) die am Unfall beteiligten Verkehrsteilnehmer und Verkehrsmittel,
- c) die Höhe des entstandenen Sachschadens.«

2. Nach § 2 wird folgender § 2 a eingefügt:

»§ 2 a

Soweit nach den örtlichen Gegebenheiten kein Bedürfnis besteht, die Unfälle nach § 2 Nr. 2 mit den Tatbeständen nach

den Buchstaben a bis c zu erfassen, können die Landesregierungen oder die von ihnen bestimmten Stellen durch Rechtsverordnung für den Bereich ihres Landes oder für Teile davon anordnen, daß diese Unfälle nur zahlenmäßig erfaßt werden oder daß bei der zahlenmäßigen Erfassung die Angaben nach den Buchstaben a bis c teilweise entfallen können.«

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

Artikel 3

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.
Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 20. September 1965

Der Bundespräsident

Lübke

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers

Mende

Der Bundesminister für Verkehr

Seehofer

Begründung³⁾

I. Allgemeines

Die Statistik der Straßenverkehrsunfälle wird z. Z. auf Grund des »Gesetzes zur Durchführung einer Straßenverkehrsunfallstatistik (StVUnfG)« vom 18. Mai 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 606) geführt. Eine Straßenverkehrsunfallstatistik ist notwendig, um Unterlagen für Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit und zur Bekämpfung der Straßenverkehrsunfälle zu gewinnen. Diese Unterlagen können auf andere Weise nicht geschaffen werden. Die durch die Zunahme des Straßenverkehrs bedingte Überlastung der Polizei zwingt jedoch dazu, nach Mitteln und Wegen zu suchen, um die bei der Aufnahme der Straßenverkehrsunfälle tätigen Beamten möglichst weitgehend zu entlasten. Die Sechste Gemeinsame Verkehrssicherheitskonferenz hatte daher am 4. Mai 1961 beschlossen: »Die Polizei sollte durch vom Straßenverkehrsausschuß vorzuschlagende einheitliche Richtlinien bei der Erfassung von Bagatellunfällen entlastet werden.« Dieser Zielsetzung dient dieses Gesetz.

Es handelt sich um eine laufende Statistik. Die Kosten sind in den Haushaltsplänen des Bundes und der Länder bereits berücksichtigt.

II. Besonderes

Zu Artikel 1 Nr. 1

Die neue Fassung des § 2 Nr. 1 schränkt die Anwendung dieser Vorschrift auf solche Fälle ein, bei denen der Sachschaden bei mindestens einem der Beteiligten 1 000,— DM (statt bisher 500,— DM bei allen Unfallbeteiligten gemeinsam) erreicht. Dadurch wird die

Zahl der Unfälle, bei denen die vollständigen Angaben nach § 2 Nr. 1 zu erfassen sind, sehr wesentlich eingeschränkt.

Zu Artikel 1 Nr. 2

Der neu in das Gesetz einzuführende § 2 a ermächtigt die Länder, darüber hinaus die Anwendung des § 2 Nr. 2 auf Sachschadensunfälle unterhalb der angegebenen Grenze ganz oder teilweise auszuschließen; die zahlenmäßige Erfassung dieser Unfälle soll jedoch in jedem Falle gewahrt bleiben. Die Regelung in § 2 a läßt also die Möglichkeit offen, daß die Länder, die — über die allgemeinen Bedürfnisse der Bundesstatistik hinaus — nach wie vor auf möglichst genaue Kenntnis über Umstände und Ursachen aller Sachschadensunfälle Wert legen, die Angaben nach § 2 Nr. 2 erhalten können. Dieses Anliegen erscheint berechtigt, da ein Teil der Länder mit Recht darauf hinweist, daß — je nach der örtlichen Lage — der Aussagewert der auf Ebene der Länder, Städte und Gemeinden erstellten Unfallstatistiken und die Durchführung der örtlichen Erfassung der Straßenverkehrsunfälle nach den Richtlinien vom 4. Mai 1957 (vgl. Verkehrsblatt S. 231) gefährdet werden könnte, wenn eine sehr beträchtliche Zahl von Sachschadensunfällen nicht mehr erfaßt wird.

Zu Artikel 2

Die Änderung des Gesetzes soll auch die bisher schon im Land Berlin nach Maßgabe des Gesetzes geführte Straßenverkehrsunfallstatistik erfassen.

Zu Artikel 3

Das Gesetz soll möglichst bald in Kraft treten, da die Entlastung der Verkehrspolizei dringlich ist.

¹⁾ Ändert BGBl. III 9280-1. — ²⁾ BGBl. I vom 29. September 1961 S. 1437. — ³⁾ Bundestagsdrucksache Nr. 3293 vom 12. April 1965 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben).

Gesetz über die Statistik des Schiffs- und Güterverkehrs auf den Binnenwasserstraßen und die Fortschreibung des Schiffsbestandes der Binnenflotte

Vom 26. Juli 1957¹⁾

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Abschnitt I

Die Statistik des Schiffs- und Güterverkehrs auf den Binnenwasserstraßen

§ 1

Über den Schiffs- und Güterverkehr auf den Binnenwasserstraßen wird eine Bundesstatistik durchgeführt.

§ 2

(1) Die Statistik des Schiffs- und Güterverkehrs auf den Binnenwasserstraßen erfaßt

1. an den Grenzzollstellen und an den Übergangsstellen zur sowjetischen Besatzungszone den Ein- und Ausgang von Schiffen sowie die von ihnen beförderten Güter,
2. in Häfen und an sonstigen Lade- und Löschplätzen die Ankunft und Abfahrt von Schiffen sowie die von ihnen ein-, aus- und umgeladenen Güter,
3. außerhalb der Lade- und Löschplätze die Ankunft und Abfahrt von Schiffen, die Güter ein-, aus- oder umladen, sowie die von ihnen umgeschlagenen Güter,
4. an Schleusen die Durchfahrt von Schiffen und die von ihnen beförderten Güter.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für den Floßverkehr.

(3) Von der Erfassung nach den Absätzen 1 und 2 sind ausgenommen

1. die Schiffe und Güter, die ankommen und abgehen
 - a) in den Häfen Lübeck, Hamburg, Bremen und Haren,
 - b) in den Häfen und sonstigen Lade- und Löschplätzen seewärts der Linie, welche die im Buchstaben a genannten Orte verbindet,sofern sie auf ihrer Fahrt die Grenzen der Seefahrt im Sinne des § 1 der Dritten Durchführungsverordnung zum Flaggenrechtsgesetz vom 3. August 1951 (Bundesgesetzbl. II S. 155) überschreiten;
2. Leichterungen;
3. die Ankunft, Abfahrt und Durchfahrt von Schiffen, die ausschließlich als Schleppkraft oder anderen Zwecken als denen des Güterverkehrs dienen;
4. die Ankunft und Abfahrt von Schiffen und Flößen in Häfen, wenn diese ausschließlich als Schutz- und Sicherheitshäfen angelaufen werden.

§ 3

(1) Die in § 2 aufgeführten Tatbestände werden nach folgenden Merkmalen erfaßt:

1. Für das Schiff
nach
Namen und Wohnort des Schiffsführers,
Bezeichnung des Schiffes,
Register- oder Heimatstaat des Schiffes,
Schiffsgattung,
Eichtonnen,
Maschinenleistung in effektiven Pferdestärken;
2. für die Fahrt
nach
Verkehrsrichtung,
benutzten Schifffahrtswegen,
Ankunfts-, Abgangs- oder Durchgangstag;
3. für die Güter
nach
Art,
Bruttogewicht,
Ein-, Aus- oder Umladeort, an den Auslandsgrenzen auch nach Herkunfts- oder Bestimmungsländern,
Art des Antransports bei der Einladung,
Art des Abtransports bei der Ausladung.

(2) Der Floßverkehr (§ 2 Abs. 2) wird nach den in Absatz 1 Nr. 2 genannten sowie folgenden Merkmalen erfaßt:

Namen und Wohnort des Floßführers,
Gewicht des Floßes,
Ort der Zusammensetzung oder der Auflösung des Floßes,
an den Auslandsgrenzen auch nach Herkunfts- oder Bestimmungsländern.

§ 4

Auskunftspflichtig nach § 10 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) sind die Schiffs- oder Floßführer sowie die Frachtführer oder Verfrachter.

§ 5

(1) Statistische Meldestellen sind für die Erfassung

1. der in § 2 Abs. 1 Nr. 1 genannten Tatbestände
 - a) an den Auslandsgrenzen die Zollstellen,
 - b) an den Übergangsstellen von Berlin (West) zur sowjetischen Besatzungszone die zuständigen Behörden der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung in Verbindung mit den Grenzkontrollstellen (W),
 - c) an den sonstigen Übergangsstellen zur sowjetischen Besatzungszone die Behörden der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes;
2. der in § 2 Abs. 1 Nr. 2 genannten Tatbestände
 - a) in öffentlichen Häfen und an sonstigen öffentlichen Lade- und Löschplätzen die örtlich zuständigen Verwaltungsbehörden,
 - b) in privaten Häfen und an sonstigen privaten Lade- und Löschplätzen die Besitzer;
3. der in § 2 Abs. 1 Nr. 3 genannten Tatbestände
 - a) die Behörden der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes oder die entsprechenden Behörden der Länder, sofern ihre Genehmigung zum Laden, Löschen oder Umladen außerhalb eines Lade- oder Löschplatzes erforderlich ist,
 - b) die für die Umschlagstelle zuständige Gemeindebehörde, sofern eine Genehmigung nach Buchstabe a nicht erforderlich ist;
4. der in § 2 Abs. 1 Nr. 4 genannten Tatbestände
die Behörden der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes.

(2) Die Meldestellen sollen die Erhebungsvordrucke auf ihre vollständige Ausfüllung überprüfen.

§ 6

Die Angaben über den Versand und Empfang der einzelnen Verkehrsbezirke, die tonnenkilometrischen Leistungen und den Schiffsverkehr werden vom Statistischen Bundesamt aufbereitet.

Abschnitt II

Die Fortschreibung des Schiffsbestandes der Binnenflotte

§ 7

Der auf Grund statistischer Erhebungen jeweils ermittelte Schiffsbestand wird laufend durch Fortschreibung berichtigt und ergänzt. Die Fortschreibung wird vom Bundesminister für Verkehr oder von den von ihm bestimmten Stellen durchgeführt.

§ 8

Für die Fortschreibung werden die dem Erwerb dienenden Binnenschiffe (einschließlich der Werkschiffe, Hafenschiffe und Fähren),

1. deren Tragfähigkeit mehr als 10 t beträgt oder
2. die eine eigene Antriebsanlage von wenigstens 50 effektiven Pferdestärken Maschinenleistung haben oder
3. die Fahrgastschiffe, Tankschiffe, Schlepper oder Stoßboote sind, nach Eigentums-, Art-, Verwendungs- und Baumerkmalen erfaßt.

§ 9

(1) Auskunftspflichtig nach § 10 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke sind die Schiffeigentümer und ihre nach § 4

¹⁾ BGBl. II vom 7. August 1957 S. 742.

Abs. 3 der Schiffsregisterordnung in der Fassung vom 26. Mai 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 360) bestellten Vertreter.

(2) Die Auskunftspflichtigen haben dem Bundesminister für Verkehr oder den von ihm bestimmten Stellen durch Ausfüllung amtlicher Vordrucke ohne besondere Aufforderung Angaben über die in § 8 genannten Merkmale der dort erfaßten Binnenschiffe zu machen,

1. wenn die Merkmale sich ändern,
2. wenn ein neu erbautes Binnenschiff in Dienst gestellt wird, wenn ein Binnenschiff untergeht und als endgültig verloren anzusehen ist oder wenn es ausbesserungsunfähig wird,
3. wenn ein Binnenschiff seinen Heimatort verändert oder wenn es diesen im Geltungsbereich dieses Gesetzes erhält oder aufgibt.

§ 10

Die Amtsgerichte, bei denen ein Binnenschiffsregister geführt wird, haben Tatsachen, die nach § 12 und § 17 Abs. 1 und 4 der Schiffsregisterordnung zum Binnenschiffsregister angemeldet werden, dem Bundesminister für Verkehr mitzuteilen, soweit diese Tatsachen nach § 8 erfaßt werden.

Begründung¹⁾

Nach § 16 Abs. 1 StatGes können die laufenden Statistiken des Bundes vier Jahre nach Inkrafttreten des StatGes, d. h. nach dem 25. September 1957, nicht mehr als Bundesstatistiken durchgeführt werden, wenn nicht bis zu diesem Zeitpunkt neue Rechtsgrundlagen geschaffen worden sind. Die Binnenschiffahrtsstatistiken werden z. Z. erhoben auf Grund der Bekanntmachungen des Bundesrates vom 5. Dezember 1907 (Zentralblatt für das Deutsche Reich S. 590) und vom 25. Juni 1908 (Zentralblatt für das Deutsche Reich S. 269). Auf die Weiterführung der bisherigen Binnenschiffahrtsstatistiken kann nicht verzichtet werden. Sie vermitteln einen Überblick über die Verkehrsbedeutung der einzelnen Häfen, der Schleusen und der Grenzstellen, den Ablauf und den Umfang des Güterverkehrs auf den Binnenwasserstraßen nach den Verkehrsbeziehungen, den Anteil der deutschen und fremden Schiffe am jeweiligen Verkehrsaufkommen, die tonnenkilometrischen Leistungen sowie die Umladungen von und zu den Binnenwasserstraßen und schließlich die Struktur des Schiffsbestandes der Binnenflotte.

Die Ergebnisse der Statistik sind die Grundlage für verkehrspolitische Entscheidungen des Bundes und der Länder, wie z. B. den Neubau und Ausbau von Wasserstraßen und Häfen, die Bildung von Tarifen für die Binnenschiffahrt und die mit ihr im Wettbewerb stehenden Verkehrsträger, die Festsetzung der Schiffsabgaben auf den abgabepflichtigen Wasserstraßen, die Steuerung des Neu- und Umbaus von Binnenschiffen durch Kredite aus öffentlichen Mitteln und durch steuerliche Maßnahmen. Zuverlässige statistische Unterlagen über alle wichtigen Verkehrsvorgänge sind weiter die Voraussetzung für erfolgreiche Verhandlungen auf internationaler Ebene, wie z. B. im Rahmen der europäischen Verkehrsministerkonferenz, der Montanunion, der Wirtschaftskommission für Europa, der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt und von Handelsvertragsverhandlungen. Darüber hinaus ist die Bundesrepublik — ebenso wie andere schiffahrttreibende Staaten — als Mitglied internationaler Organisationen verpflichtet, diesen statistische Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

Aber nicht nur die für die Verkehrspolitik verantwortlichen Behörden, sondern auch die Unternehmen und Verbände der Binnenschiffahrt sowie die Schiffswerften sind auf die Ergebnisse der Binnenschiffahrtstatistiken für ihre wirtschaftlichen und finanziellen Überlegungen angewiesen.

Aus diesen Gründen müssen die Binnenschiffahrtstatistiken im bisherigen Umfang fortgeführt und ihre Rechtsgrundlagen dem StatGes angepaßt werden. Hierfür reicht eine Rechtsverordnung nach § 6 Abs. 2 StatGes nicht aus, weil die jährlichen Kosten dieser Statistiken 500 000 DM überschreiten und die Geltungsdauer einer solchen Rechtsverordnung mit 3 Jahren zu kurz ist. Es ist daher das vorliegende Gesetz erforderlich.

Zum ersten Abschnitt

Zu § 1

Die Vorschrift ordnet gemäß § 6 Abs. 1 StatGes die Erhebung einer Bundesstatistik über den Schiffs- und Güterverkehr auf Binnenwasserstraßen an.

Zu § 2

Die Bestimmung hat ihr Vorbild in § 1 der Bekanntmachung des Bundesrates vom 25. Juni 1908 (mit späteren Änderungen). Absatz 1 führt die einzelnen Tatbestände der Schiffs- und Güterbewegungen auf, die von der Statistik zu erfassen sind. Hierbei ist es gleichgültig,

¹⁾ Bundestagsdrucksache Nr. 2924 vom 28. November 1956 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben).

Abschnitt III

Schlußbestimmungen

§ 11

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 12

Dieses Gesetz gilt nicht im Saarland.

§ 13

Dieses Gesetz tritt am 1. September 1957 in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 26. Juli 1957

Der Bundespräsident

Theodor Heuss

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers

Blücher

Der Bundesminister für Verkehr

Seeböhm

tig, ob es sich um gewerblichen Verkehr oder um Werkverkehr handelt. Im Verwaltungswege wird bestimmt, in welchen Häfen, an welchen sonstigen Lade- und Löschplätzen und an welchen Schleusen die Schiffs- und Güterbewegungen zu erfassen sind.

Der Floßverkehr ist wegen seiner besonderen Natur in Absatz 2 besonders erwähnt.

Absatz 3 enthält diejenigen Tatbestände, die von der Erfassung nach Absatz 1 und 2 auszunehmen sind. Es handelt sich in Nr. 1 um die Abgrenzung gegenüber dem Seeverkehr, die ebenso wie in der Bekanntmachung des Bundesrates vom 25. Juni 1908 in Verbindung mit der Bekanntmachung vom 27. Juni 1907 (Zentralblatt für das Deutsche Reich S. 371) geregelt wird. In Nr. 2 werden wie bisher Leichterungen ausgenommen. Nach Nr. 3 bleiben die Bewegungen bestimmter Schiffe unberücksichtigt, von denen die ausschließlich als Schleppkraft verwendeten besonders genannt sind. Zu den Schiffen, die anderen Zwecken als denen der Güterbeförderung dienen, gehören Fahrgastschiffe, Hoheitsfahrzeuge, Sport- und Fischerfahrzeuge. Nr. 4 enthält eine Ausnahme für Schutz- und Sicherheitshäfen.

Zu § 3

Die Bestimmung führt die Einzelmerkmale auf, in welche die nach § 2 Abs. 1 und 2 zu erfassenden Tatbestände zu untergliedern sind.

Zu § 4

Die Vorschrift bestimmt im Hinblick auf § 7 Abs. 1 StatGes den Kreis der befragten Personen. Die Auskunft wird durch Ausfüllung amtlicher Fragebogen nach § 10 Abs. 2 StatGes erteilt. Die Erfüllung der Auskunftspflicht durch eine der genannten Personen befreit auch die übrigen. Die Verletzung der Auskunftspflicht wird nach den §§ 14 und 15 StatGes geahndet.

Zu § 5

Die Vorschrift bestimmt gemäß § 11 StatGes die Stellen, welche die Erhebung durchzuführen haben (statistische Meldestellen — Absatz 1). Die statistischen Meldestellen sind nicht selbst auskunftspflichtig im Sinne des § 10 StatGes; ihre Mitwirkung beschränkt sich nach Absatz 2 auf die Sorge für die vollständige Ausfüllung der Vordrucke. Hierzu gehören die Aushändigung der Erhebungsvordrucke an die Befragten und die Durchsicht der ausgefüllten Vordrucke mit dem Ziel, die Befragten zu sachgemäßen Antworten zu veranlassen. Statistische Meldestellen können Bundesbehörden (Grenzstellen, Behörden der bundeseigenen Wasser- und Schiffsverkehrsverwaltung), Behörden der Länder einschließlich des Landes Berlin (an den nicht bundeseigenen Wasserstraßen sowie an den Übergangsstellen zwischen Berlin [West] und der sowjetischen Besatzungszone), Kommunalbehörden (Hafenverwaltungen, Gemeinden) oder private Besitzer von Häfen oder sonstigen Lade- und Löschplätzen sein.

Zu § 6

Im Hinblick auf § 2 Nr. 2 StatGes wird bestimmt, welche Angaben das Statistische Bundesamt aufzubereiten hat. Die nicht genannten Angaben werden von den Statistischen Landesämtern aufbereitet.

Zum zweiten Abschnitt

Der zweite Abschnitt behandelt die Statistik des Schiffsbestandes der Binnenflotte, ohne indessen die nach der Bekanntmachung des Bundesrates vom 5. Dezember 1907 vorgesehene Haupterhebung in

Abständen von 5 Jahren zu übernehmen. Der Entwurf geht vielmehr von dem bereits bekannten und beim Bundesminister für Verkehr karteimäßig erfaßten Schiffsbestand aus, der lediglich durch Fortschreibung auf dem laufenden zu halten ist. Haupterhebungen in regelmäßigen Abständen werden hierdurch voraussichtlich erübrigt. Sie können im Bedarfsfalle durch eine Rechtsverordnung nach § 6 Abs. 2 StatGes angeordnet werden. Die Fortschreibung hingegen muß gesetzlich geregelt werden, weil sie nicht an die 3jährige Geltungsdauer einer Verordnung nach § 6 Abs. 2 StatGes gebunden werden kann. Im Gegensatz zur Statistik des Schiffs- und Güterverkehrs wird die Bestandsstatistik als Ressortstatistik im Sinne des § 9 Abs. 2 StatGes geführt.

Zu § 7

Satz 1 weist auf die Gesamtzählung der Binnenschiffe hin, die die Grundlage der Fortschreibung bildet. Die gesetzliche Anordnung der Fortschreibung als Ressortstatistik in Satz 2 macht das Verfahren nach § 9 Abs. 2 StatGes überflüssig.

Zu § 8

Die Vorschrift bestimmt, welche Binnenschiffe bei der Fortschreibung erfaßt werden und nach welchen Merkmalen die Fortschreibung erfolgt. Als untere Grenze ist in Nr. 1 und 2 die Eintragungsfähigkeit nach der Schiffsregisterordnung gewählt.

Zu § 9

Die Vorschrift bestimmt den Kreis der auskunftspflichtigen Personen (Absatz 1) und die Tatbestände, die die Auskunftspflicht begründen (Absatz 2).

Zu § 10

Die Schiffsregistergerichte teilen schon jetzt die Neueintragen nach § 12 der Schiffsregisterordnung und der nach § 17 Abs. 1 und 4 der Schiffsregisterordnung eingetragenen Veränderungen dem Bundesminister für Verkehr mit. Dieses Verfahren wird nunmehr gesetzlich festgelegt.

Gesetz über die Statistik der Seeschifffahrt

Vom 26. Juli 1957¹⁾

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Erster Abschnitt

Allgemeines

§ 1

Die Statistik der Seeschifffahrt wird als Bundesstatistik durchgeführt. Sie umfaßt

1. die Seeschiffsbestandsstatistik,
2. die Seemannsstatistik,
3. die Seeverkehrsstatistik,
4. die Seeunfallstatistik.

§ 2

Die Erhebung und Aufbereitung der Statistik der Seeschifffahrt sind, soweit nicht dieses Gesetz etwas anderes bestimmt oder zuläßt, Aufgaben des Statistischen Bundesamtes; die Vorschrift des § 9 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) bleibt unberührt.

Zweiter Abschnitt

Seeschiffsbestandsstatistik

§ 3

Die Seeschiffsbestandsstatistik erfaßt Seeschiffe und Seeschiffsbauwerke mit einem Raumgehalt von mehr als 50 cbm (17,65 BRT) nach Eigentums-, Unterscheidungs-, Verwendungs- und Baumerkmalen unter folgenden Voraussetzungen:

1. die Seeschiffe, die nach Maßgabe des Flaggenrechtsgesetzes vom 8. Februar 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 79) die Bundesflagge führen,
2. die Seeschiffsbauwerke, deren Besteller ihren Wohnsitz oder Sitz im Geltungsbereich dieses Gesetzes haben.

Bei Seeschiffsbauwerken sind als Unterscheidungsmerkmale die Bauwerft und die Baunummer anzugeben.

§ 4

(1) Auskunftspflichtig nach § 10 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke sind

1. für die Erfassung der Seeschiffe die Eigentümer sowie die nach § 4 Abs. 3 der Schiffsregisterordnung in der Fassung vom 26. Mai 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 360) bestimmten Vertreter,
2. für die Erfassung der Seeschiffsbauwerke die Besteller.

(2) Dem Bundesminister für Verkehr haben ohne besondere Anforderung zu melden

1. die Auskunftspflichtigen nach Absatz 1 Nr. 1, sobald der Bestand an fahrfähigen Seeschiffen oder die Merkmale eines Seeschiffs im Sinne des § 3 sich ändern,

2. die Auskunftspflichtigen nach Absatz 1 Nr. 2, sobald ein Bauauftrag erteilt worden ist.

§ 5

Die Amtsgerichte, bei denen ein Seeschiffsregister geführt wird, haben Tatsachen, die nach §§ 11 und 17 der Schiffsregisterordnung zum Seeschiffsregister angemeldet werden, dem Bundesminister für Verkehr mitzuteilen, soweit diese Tatsachen nach § 3 erfaßt werden.

§ 6

(1) Einzelangaben zur Seeschiffsbestandsstatistik dürfen an die fachlich zuständigen obersten Behörden des Bundes sowie des Landes, in welchem der Heimathafen oder Bauort liegt, weitergeleitet werden.

(2) Einzelangaben über die erfaßten Seeschiffe dürfen in dem vom Bundesminister für Verkehr herausgegebenen Handbuch für die deutsche Handelsschifffahrt sowie in der »Amtlichen Liste der Schiffe mit Unterscheidungssignalen der Bundesrepublik Deutschland« veröffentlicht werden.

Dritter Abschnitt

Seemannsstatistik

§ 7

Die Seemannsstatistik erfaßt die Besatzungsmitglieder der Seeschiffe unter der Bundesflagge sowie die sonstigen an Bord tätigen Personen nach ihren Personenstands-, Berufs- und Tätigkeitsmerkmalen.

§ 8

(1) Die Erhebung der Seemannsstatistik obliegt den Seemannsämtern. Die Aufbereitung obliegt der See-Berufsgenossenschaft in Hamburg.

(2) Die See-Berufsgenossenschaft ist berechtigt, Einzelangaben für ihre eigenen Aufgaben zu verwenden.

§ 9

Auskunftspflichtig nach § 10 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke sind die in § 7 bezeichneten Personen. Die Seemannsämter füllen gelegentlich der Musterungsverhandlungen die Erhebungsvordrucke aus und übersenden sie an die See-Berufsgenossenschaft.

Vierter Abschnitt

Seeverkehrsstatistik

§ 10

(1) Die Seefahrtsstatistik erfaßt

1. in den Häfen Lübeck, Hamburg, Bremen und Haren sowie in den Häfen, Lade- und Löschplätzen seewärts der diese Häfen verbindenden Linie
 - a) die angekommenen und abgegangenen Handelsschiffe, wenn sie auf der vorangegangenen oder nachfolgenden

¹⁾ BGBl. II vom 7. August 1957 S. 739.

Fahrt die Grenze der Seefahrt (§ 1 der Dritten Durchführungsverordnung zum Flaggenrechtsgesetz vom 3. August 1951 — Bundesgesetzbl. II S. 155) überschritten haben oder überschreiten werden,

- b) deren Fahrtweg,
 - c) deren ein- oder ausgeschifftene Fahrgäste, soweit sie nicht im Trajektverkehr oder im innerdeutschen Personenverkehr über See befördert worden sind,
 - d) deren ein- oder ausgeladene Güter;
2. am Nord-Ostsee-Kanal
die den Kanal befahrenden Fahrzeuge, deren Fahrtweg sowie die von ihnen beförderten Güter;
3. vom Seeverkehr zwischen Häfen außerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes
- a) die von Verfrachtern, welche ihren Wohnsitz oder Sitz im Geltungsbereich dieses Gesetzes haben, verwendeten Handelsschiffe sowie die mit ihnen beförderten Personen und Güter,
 - b) die Handelsschiffe, welche die Bundesflagge führen und an Verfrachter mit Sitz oder Wohnsitz außerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes verchartert worden sind.

(2) Handelsschiffe im Sinne des Absatzes 1 sind die dem Erwerb durch Seefahrt dienenden Schiffe mit Ausnahme der Fischerei-, Bagger-, Montage- und Bergungsfahrzeuge sowie der Schiffe ohne festes Deck mit einem Raumgehalt von weniger als 10 BRT.

§ 11

- (1) Bei einem Tatbestand nach § 10 Abs. 1 Nr. 1 werden erfaßt
- 1. das Handelsschiff
nach Namen, Heimathafen, Unterscheidungssignal, Flagge, Hauptmerkmalen, Namen des Reeders oder Ausrüsters, Einsatzart;
 - 2. der Fahrtweg
nach Herkunfts- und Bestimmungshafen, angelaufenen Zwischenhäfen;
 - 3. die Fahrgäste
nach Namen, Geburtstag, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Land des letzten Aufenthalts, Reiseziel, Einschiffungs- und Ausschiffungshafen;
 - 4. die Güter
nach Art, Bruttogewicht, Verpackung, Ein- und Ausladehafen.
- (2) Bei einem Tatbestand nach § 10 Abs. 1 Nr. 2 werden erfaßt
- 1. das Fahrzeug
nach Namen, Heimathafen, Unterscheidungssignal, Flagge, Hauptmerkmalen, Tiefgang, Namen des Reeders oder Ausrüsters, Einsatzart;
 - 2. der Fahrtweg
nach Herkunfts- und Bestimmungshafen;
 - 3. die Güter
nach Art und Bruttogewicht.
- (3) Bei einem Tatbestand nach § 10 Abs. 1 Nr. 3 werden erfaßt
- 1. das Handelsschiff
nach Namen, Heimathafen, Unterscheidungssignal, Flagge, Namen des Reeders oder Ausrüsters, Einsatzart;
 - 2. im Falle des § 10 Abs. 1 Nr. 3 Buchstabe a
 - a) die Fahrgäste
nach Zahl der beförderten Personen sowie deren Einschiffungs- und Ausschiffungshafen,
 - b) die Güter
nach Gütergruppen, Bruttogewicht, Ein- und Ausladeverkehrsbezirk;
 - 3. im Falle des § 10 Abs. 1 Nr. 3 Buchstabe b
das Land, in dem der Charterer seinen Sitz oder Wohnsitz hat, die Dauer der Vercharterung sowie das vereinbarte Fahrtgebiet.

§ 12

Auskunftspflichtig nach § 10 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke sind

- 1. in den Fällen des § 10 Abs. 1 Nr. 1 die Verfrachter, deren Vertreter und die Schiffsführer; sie haben für jede Fahrt das Einlaufen eines Schiffes unverzüglich, das Auslaufen rechtzeitig vorher der Meldestelle zu melden und dabei die Fahrgastliste und das Ladungsverzeichnis abzugeben;

- 2. in den Fällen des § 10 Abs. 1 Nr. 2 die Fahrzeugführer; sie haben die erforderlichen Angaben für jede Fahrt bei der Meldestelle zu machen;
- 3. in den Fällen des § 10 Abs. 1 Nr. 3 Buchstabe a die Verfrachter, in den Fällen des § 10 Abs. 1 Nr. 3 Buchstabe b die Reeder oder Ausrüster; sie haben die erforderlichen Angaben monatlich ohne besondere Aufforderung mitzuteilen.

§ 13

(1) Einzelangaben zur Seeverkehrsstatistik dürfen an die fachlich zuständigen obersten Behörden des Bundes und der Länder weitergeleitet werden.

(2) Die Länder können die ihre Häfen betreffenden Angaben zur Statistik nach § 10 Abs. 1 Nr. 1 für ihre eigenen statistischen Zwecke aufbereiten. Sie können im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Verkehr für ihre Häfen die Erhebung übernehmen.

§ 14

(1) Der Bundesminister für Verkehr ist ermächtigt, durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, für die Erfassungen nach § 10 Meldestellen festzusetzen oder im Falle des § 13 Abs. 2 Satz 2 die von den Ländern festgesetzten Meldestellen bekanntzumachen.

(2) Die Meldestellen haben für rechtzeitige und vollständige Ausfüllung der Erhebungsvordrucke zu sorgen.

Fünfter Abschnitt

Seeunfallstatistik

§ 15

Die Seeunfallstatistik erfaßt die Seeunfälle, soweit sie nach Maßgabe des Gesetzes über die Untersuchung von Seeunfällen vom 28. September 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 1183) seeamtlich untersucht werden.

§ 16

Auskunftspflichtig nach § 10 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke sind die Seeämter. Sie genügen ihrer Auskunftspflicht, indem sie die Sprüche, die bei der Untersuchung von Seeunfällen ergehen, dem Bundesminister für Verkehr übersenden.

Sechster Abschnitt

Schlußvorschriften

§ 17

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

§ 18

Dieses Gesetz gilt nicht im Saarland.

§ 19

Dieses Gesetz tritt einen Monat nach seiner Verkündung in Kraft. Gleichzeitig treten die Bestimmungen über die Statistik der Seeschiffahrt vom 27. Juni 1907 (Zentralblatt für das Deutsche Reich S. 371) in der Fassung der Änderungsverordnungen vom 21. Juni 1912 (Zentralblatt für das Deutsche Reich S. 547), 6. März 1914 (Zentralblatt für das Deutsche Reich S. 220), 30. Dezember 1920 (Zentralblatt für das Deutsche Reich S. 6), 29. Juni 1922 (Zentralblatt für das Deutsche Reich S. 415), 19. Oktober 1928 (Reichsministerialblatt S. 585) und 17. März 1930 (Reichsministerialblatt S. 69) außer Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 26. Juli 1957

Der Bundespräsident
Theodor Heuss

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Blücher

Der Bundesminister für Verkehr
Seeböhm

Begründung¹⁾

Erster Abschnitt

Die Seeschiffsstatistiken, die bisher im wesentlichen nach den mehrfach geänderten Bundesratsbestimmungen vom 27. Juni 1907 (vgl. § 18 des Entwurfs) erhoben wurden, können nach § 16 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) nur dann als Bundesstatistiken weiter durchgeführt werden, wenn sie eine neue, den Erfordernissen des genannten Gesetzes entsprechende Rechtsgrundlage erhalten. Eine Rechtsverordnung nach § 6 Abs. 2 StatGes kommt nicht in Betracht, da die Statistik der Seeschifffahrt ständig erforderlich ist und die für eine Rechtsverordnung nach § 6 a. a. O. vorgesehene Geltungsdauer von drei Jahren nicht ausreicht. Als Rechtsgrundlage kommt daher nur ein Bundesgesetz in Betracht.

Das vorliegende Gesetz verfolgt den Zweck, dem Bund das statistische Material zu verschaffen, dessen er zur Erfüllung seiner mannigfaltigen Aufgaben auf dem Gebiete der Seeschifffahrt bedarf. Dem Bund obliegen nach Artikel 89 Abs. 2 Satz 2 GG in Verbindung mit § 1 Abs. 1 des Gesetzes über die Aufgaben des Bundes auf dem Gebiete der Seeschifffahrt vom 22. November 1950 (Bundesgesetzbl. S. 767) die Förderung der Handelsflotte im allgemeinen deutschen Interesse und neben den beteiligten Ländern die Vorsorge für die Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Seehäfen. Neben diesen umfassenden Aufgaben sind dem Bund durch besondere Gesetzesbestimmungen auf dem Gebiete der Seeschifffahrt eine Reihe von Einzelaufgaben übertragen worden. Zu erwähnen sind hier namentlich die Förderung des Wiederaufbaues der deutschen Handelsflotte (Gesetz über Darlehen zum Bau und Erwerb von Handelsschiffen vom 27. September 1950 — Bundesgesetzbl. S. 684), Einzelaufgaben auf dem Gebiete des Flaggenrechts (§§ 9 bis 13 des Flaggenrechtsgesetzes vom 8. Februar 1951 — Bundesgesetzbl. I S. 79), die Aufsicht über die Durchführung der Schiffssicherheitsvorschriften (§ 4 des Gesetzes vom 22. November 1950 — Bundesgesetzbl. S. 767), die Weiterentwicklung dieser Vorschriften auf Grund der bei Seeunfalluntersuchungen gesammelten Erfahrungen (Artikel 3 des Gesetzes über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Internationalen Schiffssicherheitsvertrag, London 1948 vom 22. Dezember 1953 — Bundesgesetzbl. II S. 603, Gesetz über die Untersuchung von Seeunfällen vom 28. September 1935 — Reichsgesetzbl. I S. 1183). Der Erste Abschnitt enthält die allgemeinen Vorschriften insbesondere über die Zuständigkeit für die Erhebung und Aufbereitung der Statistik. Vorschriften über die dabei entstehenden Kosten waren im Hinblick auf § 8 StatGes und Artikel 106 Abs. 4 Nr. 1 GG entbehrlich.

Zu § 1

Die Vorschrift erklärt die gesamte Statistik der Seeschifffahrt zur Bundesstatistik und führt die unter dieser Bezeichnung zusammengefaßten Einzelstatistiken auf.

Zu § 2

Die Vorschrift soll ermöglichen, das bestehende, auf praktischen Erfahrungen beruhende System der Erhebung und Aufbereitung der Seeschiffsstatistiken beizubehalten. Bei der Seeschiffsstatistik, Seemanns- und Seeunfallstatistik ist die Erhebung und Aufbereitung auch bisher eine Aufgabe des Bundes gewesen, der sie unter ständiger Kontrolle des Bundesrechnungshofes z. Z. durch die Abteilung Seeverkehr des Bundesverkehrsministeriums, bei der Seemannsstatistik durch die See-Berufsgenossenschaft in Hamburg, erfüllt. Auch zwei Teilstatistiken der Seeverkehrsstatistik, nämlich die Statistik des Verkehrs auf dem Nord-Ostsee-Kanal und die Statistik des deutschen Seeverkehrs zwischen ausländischen Häfen (§ 10 Abs. 1 Nr. 2 und 3) sind bisher allein vom Bund durchgeführt worden.

Bei der Statistik des Seeverkehrs der deutschen Häfen (§ 10 Abs. 1 Nr. 1) wird die Erhebung und Aufbereitung für die große Zahl der niedersächsischen und schleswig-holsteinischen Häfen (mit Ausnahme von Lübeck) zur Zeit ebenfalls vom Bund zentral durchgeführt. Die Länder Bremen und Hamburg sowie seit einiger Zeit auch die Hansestadt Lübeck haben, da ihre Häfen für ihre eigene Gesamtwirtschaft von entscheidender Bedeutung sind, die Erhebung selbst durchgeführt. Von Seiten des Bundes bestehen gegen die Fortführung keinerlei Bedenken, da ihm das benötigte Material termingerecht zur Verfügung gestellt wird.

Die Vorschrift des § 2 trägt den dargelegten Gegebenheiten Rechnung. Sie erklärt die Erhebung und Aufbereitung der Seeschiffsstatistik, der durch § 2 Nr. 2 StatGes vorgezeichneten Linie folgend, grundsätzlich zur Aufgabe des Statistischen Bundesamtes. § 2 läßt aber für abweichende Regelungen, die sich nach den Erfahrungen der Praxis empfehlen, genügend Raum, indem er

1. die grundsätzliche Regelung dort zurücktreten läßt, wo das Gesetz etwas anderes bestimmt (so in § 8 für die Seemannsstatistik) oder zuläßt (so in § 13 Abs. 2 Satz 2 für die Erhebung der Seeverkehrsstatistik der Häfen),
2. klarstellt, daß die Regelung des ersten Halbsatzes Beschlüsse der Bundesregierung nach § 9 Abs. 2 StatGes nicht ausschließt, so daß die Übertragung der Erhebung und Aufbereitung für

die Seeschiffsbestands-, Seeverkehrs- und Seeunfallstatistik an den Bundesminister für Verkehr möglich bleibt.

Zweiter Abschnitt

Einwandfreies statistisches Material über den Bestand an Seeschiffen ist für den Wiederaufbau der Handelsflotte, für die Bereitstellung ausreichenden seemännischen Personals, für Anforderungszwecke in Krisenzeiten sowie für Handelsvertragsverhandlungen unbedingt erforderlich.

Zu § 3

In § 3 werden zwei Bestandsstatistiken zusammengefaßt, und zwar die eigentliche Seeschiffsbestandsstatistik, die bisher auf Grund der Bundesratsbestimmungen vom 27. Juni 1907 erhoben wurde und die Statistik über die Seeschiffsbauwerke, die auf Grund der Durchführungsverordnung Nr. 7 (Schiff- und Schiffbauinstitute) zum AHK-Gesetz Nr. 24 (Neufassung) — Amtsbl. AHK S. 1075 — entstand, seit der Aufhebung dieser Verordnung durch Artikel 2 des AHK-Gesetzes A — 38 vom 5. Mai 1955 (Amtsbl. AHK S. 3271) aber ohne Rechtsgrundlage ist.

Zu § 4

Die Vorschrift bestimmt im Hinblick auf § 7 Abs. 1 StatGes den Kreis der Auskunftspflichtigen. Die Auskunft wird durch Ausfüllung amtlicher Fragebogen nach § 10 Abs. 2 StatGes erteilt. Für die Ahndung bei Verletzung der Auskunftspflicht gelten die Vorschriften der §§ 14, 15 StatGes.

Da die Erfassungsbehörde die erfassungsbedürftigen Tatbestände nicht immer kennen kann, begründet Absatz 2 für die in Absatz 1 genannten Auskunftspflichtigen weiterhin die Verpflichtung, bestimmte Tatsachen ohne Aufforderung zu melden. Die Benennung des Empfängers dieser Meldung ist rechtlich notwendig, da die Regelung des § 11 StatGes für die Meldungen, die den Erhebungsvorgang erst einleiten, nicht ausreicht. Als Empfänger ist der Bundesminister für Verkehr vorgesehen, da er diese Meldungen, ebenso wie die Meldungen nach § 5, auch unabhängig von der Erhebungstätigkeit für die bei ihm geführte Seeschiffsbestandskartei dringend benötigt.

Zu § 5

Die Schiffsregistergerichte teilen schon heute die Neueintragen im Seeschiffsregister sowie die Veränderungen dem BMV mit. Zum Teil beruhen diese Mitteilungen auf AVn des RJM vom 6. Mai 1939 (DJ S. 798) und 23. April 1941 (DJ S. 525). Es empfiehlt sich jedoch, die Mitteilungsverpflichtung in diesem Zusammenhang gesetzlich zu verankern.

Zu § 6

Absatz 1 regelt im Hinblick auf § 12 Abs. 2 StatGes, inwieweit die Weiterleitung von Einzelangaben zulässig ist.

Im amtlichen Handbuch für die deutsche Handelsschifffahrt und in der als Anhang II des internationalen Signalbuches herausgegebenen »Amtlichen Liste der Schiffe mit Unterscheidungssignalen der Bundesrepublik Deutschland« werden Einzelangaben über die deutschen Seeschiffe veröffentlicht. Diese Angaben sind international üblich und für alle am Seeverkehr interessierten Kreise von großem Wert.

Absatz 2 ermöglicht — in bewußter Abweichung von § 12 Abs. 4 StatGes — die Veröffentlichung der genannten Einzelangaben auch in Zukunft.

Dritter Abschnitt

Die Seemannsstatistik ist eine unentbehrliche Grundlage für alle Maßnahmen zur Bereitstellung des erforderlichen seemännischen Personals, insbesondere zur Förderung des seemännischen Nachwuchses.

Zu § 7

Die Vorschrift umreißt den zu erfassenden Tatbestand, soweit dies nach § 7 Abs. 1 StatGes erforderlich ist.

Zu § 8

§ 8 regelt die Zuständigkeit für die Durchführung der Statistik sowie die Verwendung der Einzelangaben. In Anpassung an die bisherige bewährte Praxis soll die Erhebung bei den Seemannsämtern (Landesbehörden), die Aufbereitung jedoch bei der See-Berufsgenossenschaft in Hamburg (bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts) liegen.

Zu § 9

§ 9 bestimmt den Kreis der Auskunftspflichtigen und regelt den Erhebungsvorgang. Um den letzteren so einfach wie möglich zu gestalten, ist — ebenfalls in Fortsetzung der bisherigen Praxis — vorgesehen, daß die Erhebungsvordrucke von den Seemannsämtern gelegentlich der Musterungsverhandlungen ausgefüllt und anschließend zur Aufbereitung an die See-Berufsgenossenschaft übersandt werden.

¹⁾ Bundestagsdrucksache Nr. 3162 vom 4. Februar 1957 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben).

Vierter Abschnitt

Die unter der Bezeichnung »Seeverkehrsstatistik« zusammengefaßten Einzelstatistiken sind erforderlich, um der Bundesregierung und allen sonstigen an der Seeverkehrspolitik beteiligten Stellen einen ausreichenden Überblick über den Umfang, die Richtung und die Struktur des deutschen Seeverkehrs sowie die Bedeutung der einzelnen deutschen Seehäfen und des Nord-Ostsee-Kanals zu geben.

Zu § 10

§ 10 führt die im Rahmen der Seeverkehrsstatistik erfaßten Tatbestände auf. Die in Nr. 1 und 3 genannten Statistiken sind bisher im wesentlichen auf Grund der Bundesratsbestimmungen vom 27. Juni 1907 durchgeführt worden. Eine Erweiterung stellt bei diesen Statistiken die Erfassung der beförderten Personen, bei der Statistik nach Nr. 3 auch die Erfassung der beförderten Güter dar. Die statistische Erfassung des Personenverkehrs über die Häfen der Bundesrepublik ist gerade in einer Zeit, in welcher die Bedeutung der Passagierschifffahrt wegen des Ausbaues anderer Verkehrsträger (Luftverkehr über See) und wegen der damit aufgeworfenen Rentabilitätsfragen von großem Wert. Die Angaben über den Güter- und Personenverkehr zwischen Häfen außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes geben wertvolle Hinweise für Transportbedürfnisse des Auslandes und sind namentlich für Verhandlungen über Schiffsverkehrsverträge von erheblicher Bedeutung.

Die Statistik über den Schiffs- und Güterverkehr auf dem Nord-Ostsee-Kanal (Nr. 2) ist ein unentbehrliches Hilfsmittel für die Tarifgestaltung nach dem Gesetz über die Abgaben auf dem Kaiser-Wilhelm-Kanal in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. November 1922 (Reichsgesetzbl. II S. 783). Da sie bisher ohne besondere Rechtsgrundlage durchgeführt worden ist, muß eine solche Rechtsgrundlage vordringlich geschaffen werden.

Zu § 11

§ 11 gibt die Merkmale an, nach denen die einzelnen Tatbestände des § 10 zu erfassen sind. Ein Teil der insbesondere für die Schiffe und die Fahrgäste geforderten Angaben dienen lediglich der für die richtige Aufbereitung notwendigen Kontrolle.

Zu § 12

Die Vorschrift bestimmt den Kreis der Auskunftspflichtigen und begründet dort, wo mit bloßen Auskunftsverpflichtungen nicht auszukommen ist, die weitergehende Verpflichtung, ohne besondere Aufforderung bestimmte Meldungen zu erstatten.

Zu § 13

Die Angaben zur Seeverkehrsstatistik sind für die örtlich und sachlich zuständigen obersten Verkehrsbehörden des Bundes und der Länder von erheblichem Interesse. Die Vorschrift des § 13 läßt die Weiterleitung von Einzelangaben an diese Behörden ausdrück-

lich zu, wobei der Rahmen des § 12 Abs. 2 StatGes nicht überschritten wird.

Absatz 2 läßt bei der Statistik des Seeverkehrs der deutschen Häfen (§ 10 Abs. 1 Nr. 1) für die Erhebung eine von dem Grundsatz des § 2 abweichende Regelung zu, um insbesondere die bewährte bisherige Regelung in Bremen, Hamburg und Lübeck beibehalten zu können. Die Vorschrift gestattet den Ländern weiterhin, die an sie weitergeleiteten oder von ihnen selbst erhobenen Angaben für ihre eigenen Hafenstatistiken auszuwerten. Da das bearbeitete Material nach diesem Gesetz für Bundeszwecke erhoben wird, ist auch in diesen Fällen die Weiterleitung und Veröffentlichung von Einzelangaben nach § 12 StatGes unstatthaft.

Zu § 14

Für die Erfassungen nach § 10 ist es üblich und aus praktischen Gründen unumgänglich, daß Meldestellen für die Abgabe der Erhebungsvordrucke zur Verfügung gestellt werden. Im Hinblick auf die Strafvorschrift des § 14 StatGes müssen die Stellen, bei denen die Erhebungsvordrucke und Meldungen abzugeben sind, rechtsverbindlich bekanntgemacht werden.

Absatz 2 ermächtigt den BMV zum Erlass der erforderlichen Rechtsverordnung. Die Verordnung soll, da sie bei den von den Ländern festgesetzten Meldestellen lediglich eine Bekanntmachung darstellt und häufige Änderungen zu erwarten sind, nicht an die Zustimmung des Bundesrates gebunden sein.

Absatz 2 begründet für die nach Absatz 1 bekanntgemachten Meldestellen die Verpflichtung, auch von sich aus für rechtzeitige und vollständige Ausfüllung der Erhebungsvordrucke Sorge zu tragen.

Fünfter Abschnitt

Die Statistik der Seeunfälle war bisher in den Abschnitten D (Schiffsunfälle an der deutschen Küste) und E (Unfälle deutscher Schiffe außerhalb des deutschen Hoheitsgebiets) der Bundesratsbestimmungen vom 27. Juni 1907 geregelt. Eine Neuordnung dieser Statistik ergibt sich aus der Notwendigkeit, den neuzeitlichen Schiffssicherheitsvorschriften und der Gleichwertigkeit mit anderen deutschen und ausländischen Verkehrsunfallstatistiken Rechnung zu tragen. Da allein die Sprüche der Seeämter eine genügend klare Grundlage für die Feststellung der Unfalltatbestände ergeben, ist die Seeunfallstatistik durch § 15 auf die seeamtlich untersuchten Unfälle beschränkt worden. § 16 begründet eine Auskunftspflicht für die in den einzelnen Küstenländern bestehenden Seeämter und das Bundesoberseeamt.

Sechster Abschnitt

Die Schlußbestimmungen enthalten in § 17 die übliche Berlin-Klausel und in § 18 die nach Artikel 82 Abs. 2 Satz 1 GG erforderliche Bestimmung über das Inkrafttreten des Gesetzes. Die durch das Gesetz gegenstandslos werdenden Bestimmungen des Bundesrates vom 27. Juni 1907 werden mit allen dazu ergangenen Änderungen aufgehoben.

Verordnung zur Durchführung einer Luftfahrtstatistik

Vom 30. Oktober 1964¹⁾

Auf Grund des § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

§ 1

Über den Umfang und die Entwicklung der zivilen Luftfahrt wird eine Bundesstatistik (Luftfahrtstatistik) durchgeführt.

§ 2

(1) Bei Flugzeugen, Drehflüglern und Luftschiffen des gewerblichen Luftverkehrs werden erfaßt:

1. Luftfahrzeugbewegungen
 - a) Start und Landung,
 - b) Art, Datum und Nummer des Fluges,
 - c) Halter des Luftfahrzeugs,
 - d) Muster und Kennzeichen des Luftfahrzeugs,
 - e) angebotene Sitzplatz- und Nutzlastkapazität,
 - f) Flugweg.
2. Flugplatzumschlag
 - a) Zahl der ein- und aussteigenden sowie der durchreisenden Fluggäste,
 - b) Bruttogewicht der ein- und ausgeladenen sowie der durchgehenden Fracht- und Postgüter.

3. Beförderungsleistung

- a) Herkunfts- und Zielflugplätze der beförderten Fluggäste,
- b) Art der versandten und empfangenen Frachtgüter sowie die Herkunfts- und Zielflugplätze.

4. Ausfälle im Fluglinienverkehr.

(2) Bei Flugzeugen, Drehflüglern und Luftschiffen des Werkverkehrs und des nichtgewerblichen Verkehrs werden erfaßt:

1. Start und Landung,
2. Art und Datum des Fluges.

§ 3

Auskunftspflichtig nach § 10 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke sind:

1. für die Erfassung der Tatbestände nach § 2 Abs. 1 Nrn. 1 bis 3
 - a) die Luftfahrtunternehmen,
 - b) die Führer der Luftfahrzeuge, wenn Luftfahrtunternehmen nicht bestehen oder diese eine ständige Vertretung auf dem Flugplatz nicht unterhalten,
2. für die Erfassung der Tatbestände nach § 2 Abs. 1 Nr. 4 die Flughafenennehmer,
3. für die Erfassung der Tatbestände nach § 2 Abs. 2 auf Flughäfen die Flughafenennehmer, auf sonstigen Flugplätzen die Flugleiter und die Führer der Luftfahrzeuge.

¹⁾ Bundesanzeiger Nr. 206 vom 3. November 1964 S. 1.

§ 4

(1) Die Tatbestände nach § 2 Abs. 1 Nrn. 1 bis 3 werden mit amtlichen Erhebungsvordrucken erfaßt.

(2) Die Erhebungsvordrucke zu § 2 Abs. 1 Nrn. 1 bis 3 sind von den Auskunftspflichtigen auszufüllen und spätestens am Tage nach dem Start oder der Landung auf Flughäfen den Flughafenunternehmern, auf sonstigen Flugplätzen den Flugleitern zur Weiterleitung an das Statistische Bundesamt auszuhändigen.

(3) Ausfälle im Fluglinienverkehr nach § 2 Abs. 1 Nr. 4 teilen die Flughafenunternehmer dem Statistischen Bundesamt mit.

(4) Für die Erfassung der Tatbestände nach § 2 Abs. 2 sind monatliche Sammelvordrucke auf den Flughäfen von den Flughafenunternehmern, auf sonstigen Flugplätzen von den Flugleitern auszufüllen und dem Statistischen Bundesamt zu übersenden.

§ 5

Die in § 4 Abs. 2 und 4 bezeichneten Anmeldestellen sind berechtigt, auf die vollständige und richtige Ausfüllung der Erhebungsvordrucke hinzuwirken.

§ 6

Die Weitergabe von Einzelangaben nach § 12 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke ist zulässig.

§ 7

Die Statistik wird mit Zustimmung der beteiligten Länder vom Statistischen Bundesamt durchgeführt.

§ 8

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 17 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke auch im Land Berlin.

§ 9

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. November 1964 in Kraft und mit Ablauf des 31. Oktober 1967 außer Kraft.

Bonn, den 30. Oktober 1964

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Mende

Der Bundesminister für Verkehr
Seehofer

Begründung¹⁾

I. Allgemeines

Die Verordnung zur Durchführung einer Luftfahrtstatistik vom 30. Oktober 1961 (Bundesanzeiger Nr. 210) tritt nach ihrem § 8 mit Ablauf des 31. Oktober 1964 außer Kraft. Um auch nach diesem Zeitpunkt brauchbare Unterlagen für die zukünftige Luftverkehrspolitik der Bundesregierung bereitzustellen, ist es notwendig, das Aufkommen des Luftverkehrs weiterhin statistisch zu erfassen. Als Rechtsgrundlage soll die vorstehende neue Verordnung durch die Bundesregierung erlassen werden. Von der Vorlage eines besonderen Gesetzes über die Luftfahrtstatistik wurde nochmals abgesehen, weil die Entwicklung auf dem Gebiete des Luftverkehrs und der Luftfahrtstatistik weiterhin im Fluß ist und der künftigen Entwicklung durch eine Rechtsverordnung leichter Rechnung getragen werden kann. Die nach § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) notwendigen Voraussetzungen für den Erlaß dieser Rechtsverordnung liegen vor.

Entsprechend der bisherigen Regelung ist es das Ziel der neuen Verordnung, die statistische Erfassung des gesamten Luftverkehrs zu ermöglichen. Um eine unnötige Belastung der beteiligten Stellen zu vermeiden, ist vorgesehen, insbesondere das Erhebungsverfahren so weit wie möglich zu vereinfachen. So soll unter anderem der Werkverkehr, abweichend von der bisherigen Verordnung, zusammen mit dem nichtgewerblichen Luftverkehr erfaßt werden. Dabei wird auch auf die Feststellung der Beförderungsergebnisse des Werkverkehrs verzichtet.

Während nach § 4 Abs. 3 der Verordnung vom 30. Oktober 1961 der grenzüberschreitende Güterverkehr mit Luftfahrzeugen von den Flughafen Zollstellen durch Abgabe einer Ausfertigung der Frachtmanifeste anzumelden war, wird dieser Verkehr nach der neuen Verordnung in der gleichen Form wie der inländische Güterverkehr erfaßt. Mit dieser Neuregelung wird erreicht, daß die Zollstellen und die Auskunftspflichtigen Luftfahrtunternehmen entlastet werden. Dadurch wird auch die Aufbereitung der Ergebnisse über den Güterverkehr vereinfacht.

Die Kosten der Luftfahrtstatistik werden von dem Inkrafttreten der Verordnung ab etwa 480 000,— DM jährlich betragen. Davon entfallen auf die personellen Kosten 357 000,— DM und auf die sächlichen Kosten 123 000,— DM. Gegenüber dem Kostenanschlag von 1961 (470 000,— DM) tritt bei etwa gleichem Erhebungsumfang trotz

¹⁾ Bundesratsdrucksache Nr. 367 vom 4. August 1964 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben).

der verwaltungsmäßigen Vereinfachung eine geringe Erhöhung ein, weil eine Erhöhung der Angestelltentarife berücksichtigt werden muß, die bis zum Inkrafttreten der neuen Verordnung zu erwarten ist.

II. Besonderes

Zu § 2:

Die Neuformulierung und Gliederung des Absatzes 1 in Luftfahrzeugbewegungen, Flughafenumschlag, Beförderungsleistung und Ausfälle im Fluglinienverkehr dient einer größeren Übersichtlichkeit. Der Erhebungsumfang wird dadurch gegenüber der Verordnung vom 30. Oktober 1961 nicht erweitert.

Die Praxis hat ergeben, daß sich der Werkverkehr in vielen Fällen nicht vom sonstigen nichtgewerblichen Verkehr, d. h. insbesondere vom Sportflugverkehr, unterscheiden läßt. Der Werkverkehr soll daher zusammen mit dem sonstigen nichtgewerblichen Verkehr erfaßt werden, indem der Werkverkehr nunmehr auf dem Vordruck für den nichtgewerblichen Verkehr aufgeführt ist. Die Zahl der beförderten Fluggäste und das Bruttogewicht der beförderten Frachtgüter sollen zukünftig nicht mehr erfaßt werden.

Zu § 3:

Entsprechend der Änderung in § 2 Abs. 2, nach welcher der Werkverkehr nicht mehr gesondert erfaßt wird, bedarf es nicht mehr der besonderen Festlegung einer Auskunftspflicht für diese Verkehrsart. Der derzeitige § 3 Nr. 3 kann daher entfallen.

Zu § 4:

Zur Zeit ist der gewerbliche Luftverkehr mit amtlichen Erhebungsvordrucken zu erfassen. Darüber hinaus ist bei Frachtbeförderungen im grenzüberschreitenden Verkehr eine der beiden Ausfertigungen des Frachtmanifestes von den Flughafen Zollstellen an das Statistische Bundesamt einzusenden. Diese zweigleisige Erfassung (Erfassung des Inlandsverkehrs über die Flughafenverwaltungen und Erfassung des Auslandsverkehrs über die Zollstellen) hat sich bei der Aufbereitung der Luftfahrtstatistik als nicht zweckmäßig erwiesen. Außerdem steht die bisherige Regelung im Widerspruch zu den Erleichterungsbestrebungen der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation. Die Angaben in dem Erhebungsvordruck zu Absatz 4 sollen Unterlagen über Starts und Landungen im Werkverkehr, über Starts und Landungen bei Überlandflügen im nichtgewerblichen Verkehr und über die Anzahl der Platzflüge im nichtgewerblichen Verkehr erbringen.

Geld und Kredit

Auszugsweiser Abdruck:

Hypothekendarlehenbankgesetz in der Fassung vom 5. Februar 1963¹⁾

§ 23

(1) Die Bank ist verpflichtet, vierteljährlich, und zwar bis zum 15. des auf das jeweilige Kalendervierteljahr folgenden Monats, den Gesamtbetrag der Hypothekendarlehenpfandbriefe, die am letzten Tage des vergangenen Vierteljahres im Umlauf waren, den nach Abzug aller Rückzahlungen oder sonstigen Minderungen sich ergebenden Gesamtbetrag der am letzten Tage des vergangenen Vierteljahres in das Hypothekendarlehenregister eingetragenen Hypothekendarlehen sowie den Gesamtbetrag der an diesem Tage in das Register eingetragenen son-

stigen ordentlichen Deckungswerte und der Ersatzdeckungswerte an das Statistische Bundesamt zu melden.

(2) Sind in dem Register Hypothekendarlehen oder andere Werte eingetragen, die nicht ihrem vollen Betrage nach zur Deckung von Hypothekendarlehenpfandbriefen geeignet sind, so ist in der Meldung anzugeben, mit welchem Betrage diese Werte als Deckung nicht in Ansatz kommen.

(3) Das Statistische Bundesamt hat die gemeldeten Ergebnisse unter namentlicher Angabe der Institute vierteljährlich im Bundesanzeiger zu veröffentlichen.

Auszugsweiser Abdruck:

Gesetz über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich rechtlicher Kreditanstalten in der Fassung vom 8. Mai 1963²⁾

§ 7

(1) Die Kreditanstalt ist verpflichtet, vierteljährlich, und zwar bis zum 15. des auf das jeweilige Kalendervierteljahr folgenden Monats, den Gesamtbetrag der Pfandbriefe, die am letzten Tage des vergangenen Vierteljahres im Umlauf waren, den nach Abzug aller Rückzahlungen oder sonstigen Minderungen sich ergebenden Gesamtbetrag der am letzten Tage des vergangenen Vierteljahres in das Hypothekendarlehenregister eingetragenen Hypothekendarlehen sowie den Gesamtbetrag der an diesem Tage in das Hypothekendarlehenregister ein-

getragenen sonstigen ordentlichen Deckungswerte und der Ersatzdeckungswerte an das Statistische Bundesamt zu melden.

(2) Sind in dem Hypothekendarlehenregister Werte eingetragen, die nicht ihrem vollen Betrage nach zur Deckung von Pfandbriefen geeignet sind, so ist in der Meldung anzugeben, mit welchem Betrage diese Werte als Deckung nicht in Ansatz kommen.

(3) Das Statistische Bundesamt hat die gemeldeten Ergebnisse unter namentlicher Angabe der Kreditanstalt vierteljährlich im Bundesanzeiger zu veröffentlichen.

Auszugsweiser Abdruck:

Gesetz über Schiffspfandbriefbanken (Schiffsbankgesetz) in der Fassung vom 8. Mai 1963³⁾

§ 21

(1) Die Bank ist verpflichtet, vierteljährlich, und zwar bis zum 15. des auf das jeweilige Kalendervierteljahr folgenden Monats, den Gesamtbetrag der Schiffspfandbriefe, die am letzten Tage des vergangenen Vierteljahres im Umlauf waren, den nach Abzug aller Rückzahlungen oder sonstigen Minderungen sich ergebenden Gesamtbetrag der am letzten Tage des vergangenen Vierteljahres in das Deckungsregister eingetragenen durch Schiffshypotheken gesicherten Darlehensforderungen und den Gesamtbetrag der an diesem Tage in das Register eingetragenen sonstigen ordentlichen

Deckungswerte und der Ersatzdeckungswerte an das Statistische Bundesamt zu melden.

(2) Sind in dem Register durch Schiffshypotheken gesicherte Darlehensforderungen oder andere Werte eingetragen, die nicht ihrem vollen Betrage nach zur Deckung von Schiffspfandbriefen geeignet sind, so ist in der Meldung anzugeben, mit welchem Betrage diese Werte als Deckung nicht in Ansatz kommen.

(3) Das Statistische Bundesamt hat die gemeldeten Ergebnisse unter Angabe der einzelnen Institute vierteljährlich im Bundesanzeiger zu veröffentlichen.

¹⁾ BGBl. I vom 13. Februar 1963 S. 81. — ²⁾ BGBl. I vom 14. Mai 1963 S. 312. — ³⁾ BGBl. I vom 14. Mai 1963 S. 302.

Öffentliche Sozialleistungen
Gesetz über die Durchführung von Statistiken
auf dem Gebiet der Sozialhilfe, der Kriegsopferfürsorge und der Jugendhilfe
Vom 15. Januar 1963¹⁾

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

(1) Auf den Gebieten der Sozialhilfe, der Kriegsopferfürsorge und der Jugendhilfe wird je eine Jahresstatistik als Bundesstatistik durchgeführt.

(2) Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Zusatzstatistiken über Sonderfragen auf diesen Gebieten anzuordnen. Zusatzstatistiken dürfen

- a) auf dem Gebiet der Sozialhilfe höchstens einmal jährlich,
- b) auf dem Gebiet der Kriegsopferfürsorge höchstens einmal in zwei Jahren,
- c) auf dem Gebiet der Jugendhilfe höchstens einmal in vier Jahren

durchgeführt werden.

§ 2

In der Jahresstatistik der Sozialhilfe werden erfragt

1. bei der Hilfe außerhalb von Anstalten, Heimen oder gleichartigen Einrichtungen
die Zahl der Empfänger der Hilfe und die Aufwendungen im Berichtsjahr, aufgegliedert nach Empfängergruppen und Hilfearten,
2. bei der Hilfe in Anstalten, Heimen oder gleichartigen Einrichtungen
die Zahl der Empfänger der Hilfe, die Zahl der Verpflegungstage und die Aufwendungen im Berichtsjahr, aufgegliedert nach Empfängergruppen, Hilfearten und Anstaltsarten,
3. bei der gesamten Sozialhilfe
die Einnahmen im Berichtsjahr.

§ 3

In der Jahresstatistik der Kriegsopferfürsorge werden erfragt

1. die Zahl der Empfänger der Kriegsopferfürsorge und die Aufwendungen im Berichtsjahr, aufgegliedert nach Empfängergruppen und Leistungsarten,
2. die Einnahmen im Berichtsjahr.

§ 4

In der Jahresstatistik der Jugendhilfe werden erfragt

1. bei erzieherischen Einzelhilfen
 - a) außerhalb von Heimen oder sonstigen Einrichtungen
die Zahl der Empfänger der Hilfe und die Aufwendungen im Berichtsjahr, aufgegliedert nach Empfängergruppen und Hilfearten,
 - b) in Heimen oder sonstigen Einrichtungen
die Zahl der Empfänger der Hilfe, die Zahl der Verpflegungstage und die Aufwendungen im Berichtsjahr, aufgegliedert nach Empfängergruppen, Hilfearten, Einrichtungsarten und Trägergruppen;

2. bei Gruppen- und Pauschalhilfen
die Aufwendungen im Berichtsjahr, aufgegliedert nach Hilfearten und Trägergruppen;
3. bei Hilfen in Nummern 1 und 2
die Einnahmen im Berichtsjahr;
4. der Bestand an Heimen und sonstigen baulichen Einrichtungen im Berichtsjahr, aufgegliedert nach Einrichtungsarten, Trägergruppen und verfügbaren Plätzen.

§ 5

(1) Auskunftspflichtig sind

1. für die Angaben nach § 2
die Träger der Sozialhilfe,
2. für die Angaben nach § 3
die für die Durchführung der Kriegsopferfürsorge sachlich zuständigen Stellen,
3. für die Angaben nach § 4
die Jugendwohlfahrtsbehörden.

(2) Die Zusatzstatistiken nach § 1 Abs. 2 werden repräsentativ für bis zu 20 v. H. der Empfänger dieser Hilfen durchgeführt. Werden die Zusatzstatistiken auf einen Teilbereich dieser Hilfen beschränkt, kann von dem bezeichneten Auswahlkreis abgewichen werden, wenn dies für die Gewinnung zuverlässiger Ergebnisse notwendig ist.

§ 6

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

§ 7

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1963 in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 15. Januar 1963

Der Bundespräsident

Lübke

Für den Bundeskanzler

Der Bundesminister

für Arbeit und Sozialordnung

Blank

Der Bundesminister des Innern

Höcherl

Der Bundesminister

für Familien- und Jugendfragen

Dr. Heck

Begründung²⁾

I. Allgemeiner Teil

Am 1. Juni bzw. 1. Juli dieses Jahres treten das Bundessozialhilfegesetz vom 30. Juni 1961 (BGBl. I S. 815) und das Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes vom 11. August 1961 (BGBl. I S. 1193) in Kraft. Auch die nunmehr »Kriegsopferfürsorge« genannte soziale Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene ist durch das Erste Neuordnungs-

gesetz zum Bundesversorgungsgesetz vom 27. Juni 1960 (BGBl. I S. 453) neu gestaltet worden. Der vorliegende Entwurf regelt auf diesen Rechtsgebieten Bundesstatistiken, deren Durchführung künftig notwendig ist. Solche Statistiken werden bereits seit 1950 bundeseinheitlich als »Fürsorge- und Jugendhilfestatistik« geführt, wurden aber bisher jeweils durch Rechtsverordnung nach § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistiken für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314) angeordnet. Die Geltungsdauer der Verordnung vom 24. März 1960 (BANz. Nr. 60 S. 1) läuft mit dem 31. Dezember 1962 ab. Da auf diese Statistiken nicht verzichtet werden kann, ist es nach § 6 Abs. 1 des StatGes nötig, sie für die Zu-

¹⁾ BGBl. I vom 23. Januar 1963 S. 49. — ²⁾ Bundestagsdrucksache Nr. 615 vom 20. August 1962 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben).

kunft durch ein Gesetz anzuordnen, das, um die Weiterführung nicht zu unterbrechen, mit Wirkung vom 1. Januar 1963 in Kraft treten muß.

Aufgabe der in Frage kommenden Statistiken ist es, Feststellungen über den Umfang der Leistungen der Sozialhilfe, der Kriegsopferfürsorge und der Jugendhilfe sowie über den Personenkreis der Empfänger dieser Hilfen zu treffen. Nur einwandfreie statistische Feststellungen über die in den genannten Gesetzen neu normierten Tatbestände ermöglichen es dem Bund und den Ländern, die notwendigen Unterlagen für die weitere Planung sowie für den Erlass von Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften auf diesen Gebieten zu gewinnen und die finanziellen Auswirkungen von Maßnahmen auf den Gebieten der Sozialhilfe, der Kriegsopferfürsorge oder der Jugendhilfe zu schätzen. Sie sind auch weiterhin neben den Angaben für Versicherungs- und Versorgungsleistungen zur Erstellung von Gesamtübersichten über die sozialen Leistungen in der Bundesrepublik erforderlich, nicht zuletzt um internationale Leistungsvergleiche zu ermöglichen und als Unterlage bei Verhandlungen in den supranationalen Gremien zu dienen. Eine Weiterführung dieser Statistiken liegt daher im staatspolitischen Interesse.

Gleichzeitig dienen die nachgewiesenen Zahlen über die Aufwendungen, die auf Grund der Kassenbücher ermittelt werden, als Abrechnungsunterlagen für mit dem Bund verrechnungsfähige Kosten der Tuberkulosehilfe, der Hilfe für Zugewanderte u. a. sowie der Kriegsopferfürsorge.

Die Jugendhilfestatistik, insbesondere die hier vorgesehene Zusatzstatistik, ist auch notwendig, um die nach § 25 Abs. 2 JWG der Bundesregierung auferlegte Verpflichtung, alle vier Jahre dem Bundestag und dem Bundesrat einen Bericht über die Lage der Jugend und über die Bestrebungen auf dem Gebiet der Jugendhilfe vorzulegen, zu untermauern. Bei der Vielfalt der Jugendhilfemaßnahmen ist es geboten, einmal in vier Jahren Maßnahmen von besonderer Bedeutung gezielter zu erfassen, als es in der Jahresstatistik möglich ist.

II. Besonderer Teil

Zu § 1

Die hier genannten Statistiken als Jahresstatistiken durchzuführen, entspricht der seit 1. April 1958 eingeführten Regelung; damals wurde in der Fürsorge die Vierteljahresstatistik auf eine Jahresstatistik umgestellt. Die auf repräsentativer Grundlage durchzuführende Zusatzstatistik wird seit 1. April 1956 auf dem Gebiete der Fürsorge und der sozialen Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene jährlich einmal durchgeführt. Die Erfahrungen der Praxis haben gezeigt, daß für die angeordneten Statistiken die Erhebungszeiträume mit Ausnahme der Zusatzstatistik auf dem Gebiet der Kriegsopferfürsorge beibehalten werden müssen.

Zu § 2

Für die Jahresstatistik der Sozialhilfe soll die bisher als »offene und geschlossene« Fürsorge bezeichnete, der Sache nach vom Bundessozialhilfegesetz beibehaltene Zweiteilung (»Hilfe außerhalb von Anstalten, Heimen oder gleichartigen Einrichtungen« und »Hilfe in Anstalten, Heimen oder gleichartigen Einrichtungen«) aufrechterhalten werden. Die Angaben sind nach Empfängergruppen und nach dem im Bundessozialhilfegesetz vorgesehenen Hilfearten (Hilfe zum Lebensunterhalt und Hilfe in besonderen Lebenslagen, z. B. Krankenhilfe, Eingliederungshilfe für Behinderte, Tuberkulosehilfe, Blindenhilfe, Ausbildungshilfe) zu gliedern, um den Umfang der einzelnen Notstände zu ermitteln und Schwerpunktverlagerungen rechtzeitig zu erkennen.

Da im Bereich der Sozialhilfe häufig Leistungen vorkommen, die mit anderen Sozialleistungsträgern zu verrechnen sind, ist es notwendig, auch die Einnahmen zu erfassen. Hier sind auch die Kostenbeiträge und der Kostenersatz der Hilfeempfänger und der Unterhaltspflichtigen nachzuweisen.

Über die Jahresstatistiken hinaus sollen jährlich einmal Zusatzstatistiken über Sonderfragen der Sozialhilfe durchgeführt werden, die für die Durchführung sozialpolitischer Maßnahmen von besonderer Bedeutung sind. Die zu erhebenden Tatbestände sollen im Benehmen mit den beteiligten Bundesministerien und den zuständigen obersten Landessozialbehörden festgelegt werden. Das Verfahren hat sich in den vergangenen sechs Jahren bewährt. Bei Einführung der Zusatzstatistik am 1. April 1956 konnten die Nachweisungen in den Jahresstatistiken der Fürsorge und der sozialen Fürsorge für Kriegsopfer stark eingeschränkt werden.

Durch die Zusatzstatistik soll in einem gewissen Turnus auch ermittelt werden, wie viele Empfänger von Sozialhilfe noch andere Sozialleistungen beziehen.

Soweit bei Zusatzstatistiken von Empfängergruppen gesprochen wird, gehören hierzu auch Vertriebene, Flüchtlinge und Zugewanderte.

Zu § 3

Diese Statistiken erfassen die Leistungen der Kriegsopferfürsorge, und zwar sowohl die Leistungsempfänger wie die Aufwendungen. Auch hier ist vorgesehen, die Leistungen nach den im Gesetz aufgeführten Arten und nach Empfängergruppen zu erheben. Nur so sind Unterlagen für die Durchführung weiterer Maßnahmen zu er-

halten, die auch zur Ergänzung der Statistiken sowohl im Bereich der Versorgung wie im Gesamtbereich der Rehabilitation erforderlich sind. Auf diesen Nachweis kann auch bei internationalen Vergleichen nicht verzichtet werden; sein Fehlen hat sich in der Vergangenheit schon mehrfach in unerwünschter Weise bemerkbar gemacht.

Für die Einnahmen gilt das bei § 2 über Einnahmen Gesagte auch hier.

Die Zusatzstatistik soll der Erforschung von Teilgebieten oder Einzelfragen der Kriegsopferfürsorge dienen. Das zu § 2 unter Absatz 3 Gesagte gilt auch hier.

Zu § 4

Die Statistik der Jugendhilfe soll die Zahlenangaben enthalten, die für die Gewinnung einer Übersicht über die Größenordnung und Struktur der Jugendarbeit, über die Maßnahmen der Jugendwohlfahrtsbehörden und über den von den einzelnen Maßnahmen erfaßten Personenkreis notwendig sind. Der Umfang der Jugendhilfestatistik wird bestimmt durch die Aufgaben der Jugendämter, der Landesjugendämter und der obersten Landesbehörden nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz vom 11. August 1961, soweit ihre statistische Erfassung möglich und notwendig ist. Die Angaben sind nach den im Jugendwohlfahrtsgesetz festgelegten Arten der Jugendhilfe zu gliedern.

Die Empfänger von erzieherischen Einzelhilfen wurden auch in der bisherigen Jugendhilfestatistik erfaßt. Die Aufwendungen dafür waren in der Fürsorgestatistik unaufgegliedert enthalten, da sie bisher auf Grund der Fürsorgepflichtverordnung und der Reichsgrundsätze über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge (§ 6 Abs. 1 Buchstabe d) zu erbringen waren. Die Aufwendungen sind nunmehr nach Abschnitt VIII des JWG durch die Träger der öffentlichen Jugendhilfe zu gewähren und im Rahmen der Haushalte der Jugendämter, Landesjugendämter und obersten Landesbehörden aufzuführen. Auf Grund der gesetzlichen Übertragung der erzieherischen Einzelhilfen auf die Jugendwohlfahrtsbehörden sind diese statistischen Angaben in die Jugendhilfestatistik zu übernehmen, wenn nicht eine Anpassung des Haushaltsgliederungsplanes für die öffentliche Finanzstatistik, insbesondere für die Kommunalfinanzstatistik an das Jugendwohlfahrtsgesetz in der Fassung vom 18. August 1961 erfolgt; eine solche Anpassung wird vorbereitet. Unter der Voraussetzung, daß die Haushaltsstatistik danach hinreichend differenzierte Angaben über die Ausgaben der öffentlichen Hand für die verschiedenen Aufgabengebiete und für die Einrichtungen der Jugendhilfe — unter Einbeziehung der neuen Aufgaben, z. B. in der Jugendfreizeithilfe, der Jugenderholung, in der außerschulischen Jugendbildung und in der Jugendberufshilfe — enthält, wird auf eine gesonderte Erfassung der Gesamtaufwendungen für die Jugendarbeit in der Jugendhilfestatistik verzichtet werden können.

Wie bisher soll jedoch die Jugendhilfestatistik die für die Träger der Jugendhilfe wichtigen Kosten der Freiwilligen Erziehungshilfe und der Fürsorgeerziehung in differenzierter Form gesondert ausweisen, als es in der Haushaltsstatistik angebracht ist. Neu aufgenommen werden außerdem die Kosten für Pflegekinder im Sinne des Jugendwohlfahrtsgesetzes, die sich in Familienpflege befinden und für die den Pflegekindern gleichgestellten Minderjährigen unter 16 Jahren in Heimen und Einrichtungen.

Für die Einnahmen gilt das in § 2 Gesagte.

In der Jahresstatistik der baulichen Einrichtungen der Jugendhilfe sollen Stätten der Jugendarbeit, wie bisher aufgeteilt in Einrichtungsarten und Trägergruppen (Einrichtungen der öffentlichen Jugendhilfe, der freien gemeinnützigen Jugendhilfe und privater gewerblicher Träger), erfaßt werden. Wegfallen soll die Beschränkung auf halboffene und geschlossene Einrichtungen, die schon bisher durch Erfassung einiger offener Einrichtungen, insbesondere der Jugendfreizeitstätten, durchbrochen wurde. Wie bisher soll in den Einrichtungen, bei denen eine solche Ermittlung möglich ist, die Zahl der bei Normalbelegung verfügbaren Plätze erfaßt werden. Die Belegungsstärke wird nicht mehr erfaßt; auf ihre Feststellung kann verzichtet werden, weil die normale Belegungskapazität der Einrichtungen in der Regel voll ausgenutzt wird.

Für die Zusatzstatistik über Sonderfragen der Jugendhilfe gilt das zu §§ 1 und 2 Gesagte.

Zu § 5

Berichtspflichtig sind diejenigen Stellen, die die gesetzlichen Bestimmungen durchzuführen haben.

Wünschen der Praxis entsprechend empfiehlt es sich, den für die Zusatzstatistik möglichen Auswahlssatz etwas höher als bisher anzusetzen, damit zuverlässige und aussagefähige Ergebnisse gesichert werden. Ein durch das Gesetz niedrig angesetzter Auswahlssatz würde dazu zwingen, Zusatzstatistiken nur in größeren Teilbereichen durchzuführen und macht es unmöglich, Strukturuntersuchungen auch auf kleinere Arbeitsgebiete zu beschränken. Solche Untersuchungen durchzuführen ist dringend geboten; überdies sind für sie die Kosten geringer als für Erhebungen, die sich über Gesamtbereiche erstrecken.

Zu § 6

Der Paragraph enthält die übliche Berlin-Klausel.

III. Kosten

Die im Gesetz genannten Statistiken gehören seit langem zum laufenden Arbeitsprogramm der Statistischen Ämter. Auf Grund der in den Gesetzen neu geregelten Tatbestände, die erfaßt werden müssen, dürften sich folgende Mehrkosten ergeben:

- a) für die Statistiken auf den Gebieten der Sozialhilfe und der Kriegsofopferfürsorge von jährlich rund 60 000 DM; davon ent-

fallen auf den Bund rund 18 000 DM und auf die Länder rund 42 000 DM;

- b) für die Statistiken auf dem Gebiet der Jugendhilfe von jährlich rund 85 000 DM, davon entfallen auf den Bund rund 15 000 DM und auf die Länder rund 70 000.

Diese Mehrkosten gliedern sich bei der zur Zeit noch für diese Statistiken üblichen manuellen Aufbereitung in rund 90 v. H. Personal- und 10 v. H. Sachaufwand.

Verordnung

zur Durchführung einer Zusatzstatistik auf dem Gebiet der Sozialhilfe über die Eingliederungshilfe für Behinderte

Vom 18. Februar 1966¹⁾

Auf Grund des § 1 Abs. 2 Buchstabe a des Gesetzes über die Durchführung von Statistiken auf dem Gebiet der Sozialhilfe, der Kriegsofopferfürsorge und der Jugendhilfe vom 15. Januar 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 49) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

§ 1

Auf dem Gebiet der Sozialhilfe wird eine Zusatzstatistik über die Eingliederungshilfe für Behinderte im Jahre 1966 als Bundesstatistik durchgeführt.

§ 2

In der Zusatzstatistik wird erfragt: die Zahl der Empfänger von Eingliederungshilfe für Behinderte — aufgegliedert nach Empfängergruppen und nach Maßnahmen der Eingliederungshilfe —, ferner sonstige Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz, welche Empfänger von Eingliederungshilfe für Behinderte erhalten, und die Kostenträger der Maßnahmen der Eingliederungshilfe.

§ 3

(1) Die Zusatzstatistik wird nach § 1 repräsentativ mit einem Auswahlatz von 50 vom Hundert der Empfänger von Eingliederungshilfe für Behinderte durchgeführt.

(2) Auskunftspflichtig für die Angaben nach § 2 sind die Träger der Sozialhilfe.

§ 4

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 6 des Gesetzes über die Durchführung von Statistiken auf dem Gebiet der Sozialhilfe, der Kriegsofopferfürsorge und der Jugendhilfe auch im Land Berlin.

§ 5

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1966 in Kraft.

Bonn, den 18. Februar 1966

Für den Bundeskanzler

Der Bundesminister des Innern

Lücke

Der Bundesminister des Innern

Lücke

Begründung²⁾

I. Nach der Neuordnung des Fürsorgerechts durch das Bundessozialhilfegesetz (BSHG) vom 30. Juni 1961 (BGBl. I S. 815) wurde die Rechtsgrundlage für die Sozialhilfe-Statistik durch das Gesetz über die Durchführung von Statistiken auf dem Gebiet der Sozialhilfe, der Kriegsofopferfürsorge und der Jugendhilfe vom 15. Januar 1963 (BGBl. I S. 49) neu geregelt. Die Bundesregierung kann nach § 1 Abs. 2 Buchst. a durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates jährlich einmal eine Zusatzstatistik über Sonderfragen auf dem Gebiet der Sozialhilfe anordnen. Sie hat in den letzten zwei Jahren von dieser Ermächtigung keinen Gebrauch gemacht, um die mit der Umstellung vom bisherigen Fürsorgerecht auf das Bundessozialhilfegesetz bei den durchführenden Stellen anfallende Arbeit nicht noch durch statistische Sondererhebungen zu vermehren.

Zusatzstatistiken dieser Art sind seit 1956 durchgeführt worden. Sie sollen die Vielschichtigkeit der Hilfe und die soziologische Struktur des Kreises der Hilfeempfänger sichtbar machen, die Kenntnisse darüber vertiefen und die Unterlagen für notwendige Maßnahmen liefern. Das Bundessozialhilfegesetz führt als besondere Hilfeart innerhalb der Hilfe in besonderen Lebenslagen die »Eingliederungshilfe für Behinderte« auf. Sie bildet mit ihren Maßnahmen, die vor allem der Rehabilitation dienen, einen besonders wichtigen Teil der Sozialhilfeleistungen. Für die weitere gesetzgeberische Arbeit sowie für Planungen, z. B. von Rehabilitationseinrichtungen, sind Statistiken unerlässlich, die Aufschlüsse darüber geben, welche Personengruppen einzelne Leistungen erhalten, zumal zu erwarten ist, daß diese Hilfe zunehmend an Bedeutung gewinnt. Die für das Jahr 1966 vorgesehene Zusatzstatistik soll deshalb die »Eingliederungshilfe für Behinderte« statistisch durchleuchten. Von besonderer Bedeutung ist dabei zu erfahren, inwieweit die Bestimmungen des § 39 Abs. 1 Nr. 5 und Abs. 2 BSHG wirksam geworden sind. Die gesetzgebenden Körper-

schaften haben bewußt von einer weiteren Fassung des § 39 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 BSHG Abstand genommen und für die Behinderten nach § 39 Abs. 2 BSHG Ermessensleistungen vorgesehen, jedoch gleichzeitig zu erkennen gegeben, daß sie beabsichtigen, diese Bestimmungen in naher Zukunft anhand praktischer Erfahrungen daraufhin zu prüfen, ob sie der Zielsetzung der Eingliederungshilfe gerecht werden. Für diese Nachprüfung und zur Erstellung von Gesamtübersichten über Rehabilitationsmaßnahmen in der Bundesrepublik Deutschland sind die statistischen Angaben notwendig. Auch für internationale Leistungsvergleiche sowie als Unterlagen bei internationalen Verhandlungen sind sie unerlässlich. Die Durchführung der Erhebung liegt im staatspolitischen Interesse.

II. Die 1966 durchzuführende Zusatzstatistik beschränkt sich auf die Empfänger von Eingliederungshilfe für Behinderte nach §§ 39 bis 47 des Bundessozialhilfegesetzes und den dazu ergangenen Rechtsverordnungen. Es sollen erfaßt werden: die Angaben zur Person des Behinderten, u. a. Alter, Geschlecht, Stellung zum Haushaltsvorstand, Zugewanderteneigenschaft, Teilnahme am Erwerbsleben, sowie die Art der Behinderung und die bewilligten Hilfeleistungen, getrennt nach Leistungen in oder außerhalb einer Anstalt, eines Heimes oder einer gleichartigen Einrichtung. Ferner soll — ohne Angabe des Beitragsverhältnisses oder einzelner Beträge — ermittelt werden, wer die Kosten für die Eingliederungsmaßnahmen trägt (Sozialhilfeträger, andere Sozialleistungsträger, Personen gemäß § 28 BSHG) und inwieweit Empfänger von Eingliederungshilfe für Behinderte noch andere Hilfeleistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz erhalten; insbesondere interessiert die Verbindung der Eingliederungshilfe für Behinderte mit der Hilfe zur Pflege.

Die Jahresstatistik der Sozialhilfe 1963 wies als Empfänger von Eingliederungshilfe für Behinderte rund 58 000 Personen aus. Soll eine repräsentative Zusatzstatistik über diesen Personenkreis einwandfreie und zuverlässige Ergebnisse über einzelne Behindertengruppen und die ihnen gewährten

¹⁾ Bundesanzeiger Nr. 38 vom 24. Februar 1966 S. 1. — ²⁾ Bundesratsdrucksache Nr. 7 vom 11. Februar 1966 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben).

Leistungen erbringen, so ist ein Auswahlssatz von 50 v. H. der Empfänger der Eingliederungshilfe für Behinderte notwendig (§ 5 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes über die Durchführung von Statistiken auf dem Gebiet der Sozialhilfe, der Kriegsopferfürsorge und der Jugendhilfe). Auskunftspflichtig sind die Träger der Sozialhilfe.

III. Die Durchführung der Verordnung wird nach vorläufiger Schätzung Kosten im Betrag von 340 000 DM (280 000 DM Personal- und 60 000 DM Sachkosten) verursachen. Davon entfallen auf den Bund 120 000 DM (105 000 DM Personal- und 15 000 DM Sachkosten), auf die Länder 220 000 DM (176 000 DM Personal- und 44 000 DM Sachkosten).

Berichtigung
der Verordnung zur Durchführung einer Zusatzstatistik auf dem Gebiet der Sozialhilfe über die
Eingliederungshilfe für Behinderte
Vom 25. Februar 1966¹⁾

Die Verordnung zur Durchführung einer Zusatzstatistik auf dem Gebiet der Sozialhilfe über die Eingliederungshilfe für Behinderte vom 18. Februar 1966 (Bundesanzeiger Nr. 38 vom 24. Februar 1966) wird wie folgt berichtigt:

1. In den Einleitungsworten ist hinter »§ 1 Abs. 2 Buchstabe a« einzufügen »in Verbindung mit § 5 Abs. 2«.
2. § 2 lautet wie folgt:

»§ 2

In der Zusatzstatistik werden erfragt:

1. die Zahl der Empfänger von Eingliederungshilfe für Behinderte, aufgegliedert nach Empfängergruppen und nach den einzelnen Maßnahmen der Eingliederungshilfe,
2. sonstige Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz, welche Empfänger von Eingliederungshilfe für Behinderte erhalten,

3. die Kostenträger der Maßnahmen der Eingliederungshilfe.«

3. In § 3 Abs. 1 sind die Worte »nach § 1«, in § 3 Abs. 2 die Worte »nach § 2« zu streichen.
4. In § 5 ist das Wort »am« durch die Worte »mit Wirkung vom« zu ersetzen.

Bonn, den 25. Februar 1966

Der Bundesminister des Innern

Im Auftrag

Bangert

¹⁾ Bundesanzeiger Nr. 44 vom 25. Februar 1966 S. 1.

Finanzen und Steuern

Gesetz über die Finanzstatistik

Vom 8. Juni 1960¹⁾

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Im Geltungsbereich dieses Gesetzes wird eine Statistik der öffentlichen Finanzwirtschaft (Finanzstatistik) als Bundesstatistik durchgeführt.

§ 2

Die Statistik erstreckt sich auf

1. die Einnahmen und Ausgaben des Bundes, der Länder, der Gemeinden und der Gemeindeverbände;
2. das Steueraufkommen, die Finanzzuweisungen und Umlagen des Bundes, der Länder, der Gemeinden und der Gemeindeverbände;
3. das Vermögen des Bundes, der Länder, der Gemeinden und der Gemeindeverbände;
4. die Schulden des Bundes, der Länder, der Gemeinden und der Gemeindeverbände;
5. das Personal des Bundes, der Länder, der Gemeinden und der Gemeindeverbände;
6. die Finanzen der staatlichen und kommunalen Einrichtungen und wirtschaftlichen Unternehmen, die als Eigenbetriebe oder in rechtlich selbständiger Form betrieben werden.

§ 3

Die Statistiken über die Einnahmen und Ausgaben (§ 2 Nr. 1) erfassen

1. die rechnungsmäßigen Einnahmen und Ausgaben des Bundes, der Länder, der Gemeinden und der Gemeindeverbände im Rahmen des finanzstatistischen Kennziffernplans, gegliedert nach Aufgabenbereichen (Verwaltungszweigen) und gruppiert nach Einnahme- und Ausgabearten, jährlich;
2. die Haushaltsansätze des Bundes, der Länder, der Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern und der Gemeindeverbände im Rahmen von Haushaltsquerschnitten jährlich;
3. die Einnahmen und Ausgaben des Bundes und der Länder nach Gruppen vierteljährlich;
4. die Ausgaben der Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern und der Gemeindeverbände für Investitionen vierteljährlich;
5. die Gesamteinnahmen und -ausgaben sowie die Kassenlage des Bundes und der Länder monatlich.

§ 4

Die Statistiken über das Steueraufkommen, die Finanzzuweisungen und Umlagen (§ 2 Nr. 2) erfassen

1. die Einnahmen des Bundes und der Länder aus Steuern und Zöllen nach Arten monatlich;
2. die Einnahmen aus Steuern, Finanzzuweisungen und die Umlagen
 - a) der Gemeinden mit 1000 und mehr Einwohnern und der Gemeindeverbände vierteljährlich,
 - b) der Gemeinden mit weniger als 1000 Einwohnern halbjährlich;
3. das Aufkommen aus Realsteuern mit Angaben der Bemessungsgrundlagen und der Hebesätze jährlich.

Begründung²⁾

A. Allgemeiner Teil

1. Aufgabe und Umfang der Finanzstatistik

Die Finanzstatistik hat in erster Linie die Aufgabe, einen Überblick über die öffentliche Wirtschaft, d. h. über Ausmaß und Zusammensetzung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben zu schaffen. Zur Lösung dieser Aufgabe gehört es auch, den Über-

weisungsverkehr zwischen den Trägern öffentlicher Aufgaben (unter Ausschaltung von Doppelzählungen) und die Wirkung der öffentlichen Haushalte auf die Wirtschaft sichtbar zu machen.

Sie erstreckt sich auf den Bund, die Länder, die Gemeinden und die Gemeindeverbände, außerdem auf die Sondervermögen des Bundes und die Vermögen der übrigen Selbstverwaltungskörperschaften (teilweise — z. B. bei den Trägern der Sozialversicherung — unter ausschließlicher Benutzung der von diesen für eigene Zwecke erstellten Aufzeichnungen); sie erstreckt sich nicht auf Zweckverbände, Kirchen, karitative Einrichtungen u. dgl.

§ 5

Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Gegenstand, Umfang und Art der Vermögensstatistik, den Zeitpunkt des Beginns und der Wiederholungen zu bestimmen sowie Vorschriften zur einheitlichen Bewertung des statistisch zu erfassenden Vermögens zu erlassen.

§ 6

Die Statistiken über die Schulden (§ 2 Nr. 4) erfassen

1. den Stand der Schulden des Bundes, der Länder, der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Arten und Bedingungen sowie die Bürgschaften am 31. Dezember jedes Jahres;
2. die Schulden des Bundes, der Länder, der Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern und der Gemeindeverbände vierteljährlich.

§ 7

Die Statistiken über das Personal des Bundes, der Länder, der Gemeinden und der Gemeindeverbände (§ 2 Nr. 5) erfassen nach dem Stand am 2. Oktober

1. den Personalstand gegliedert nach Aufgabenbereichen, Geschlecht, Dienstverhältnis, Laufbahngruppen und Vertriebenen- (Flüchtling-)eigenschaft in jedem dritten Jahr;
2. den Personalstand gegliedert nach dem Dienstverhältnis jeweils zwischen den in Nummer 1 genannten Erhebungen.

§ 8

(1) Die Statistik über die Finanzen der staatlichen und kommunalen Einrichtungen und wirtschaftlichen Unternehmen, die als Eigenbetriebe oder in rechtlich selbständiger Form betrieben werden (§ 2 Nr. 6), erfaßt Bilanzen sowie Gewinn- und Verlustrechnungen jährlich.

(2) Als staatliche und kommunale Unternehmen in rechtlich selbständiger Form gelten Unternehmen, an denen der Bund, die Länder, die Gemeinden oder die Gemeindeverbände unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50 vom Hundert des Nennkapitals oder des Stimmrechts beteiligt sind.

§ 9

Dieses Gesetz gilt nach § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

§ 10

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt. Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 8. Juni 1960

Der Bundespräsident
Lübke

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Ludwig Erhard

Der Bundesminister der Finanzen
Eitzel

¹⁾ BGBl. I vom 22. Juni 1960 S. 322. — ²⁾ Bundestagsdrucksache Nr. 1367 vom 9. November 1959 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben).

Bund, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände — und darüber hinaus alle Träger öffentlicher Aufgaben — sind durch die Verteilung der Aufgaben und Zuständigkeiten einerseits sowie der Einnahmen andererseits zu einer inneren Einheit verknüpft. Die Finanzstatistik muß sich daher die vollständige Erfassung der finanzwirtschaftlichen Vorgänge bei allen Gliedern der öffentlichen Hand in einem abgerundeten Bild zur Aufgabe setzen. Ein Urteil über die Zweckmäßigkeit finanzwirtschaftlicher Maßnahmen, beispielsweise des Bundes, läßt sich nicht gewinnen, ohne Stand und Entwicklung der Finanzen bei Ländern und Gemeinden mit zu überprüfen. Eine für Bundeszwecke zu erstellende Finanzstatistik muß sich daher aus Gründen, die im Wesen der Sache liegen, auf die Finanzvorgänge bei allen Gliedern der öffentlichen Hand erstrecken; gleiches gilt für eine Finanzstatistik für Länderzwecke usw.

Wie die Finanzstatistik sich auf alle Träger öffentlicher Aufgaben zu erstrecken hat, so muß sie auch alle finanzwirtschaftlich bedeutsamen Vorgänge bei den Trägern öffentlicher Aufgaben erfassen. Daher kann sich die Finanzstatistik nicht auf die Erfassung der Einnahmen und Ausgaben beschränken, sondern muß auch das öffentliche Vermögen einbeziehen und dabei unterscheiden zwischen dem Finanzvermögen einerseits, das die marktwirtschaftliche Leistungsfähigkeit seiner Träger erhöht, und dem Verwaltungsvermögen andererseits, das zwar die volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit erhöht, aber vom Standpunkt der einzelnen öffentlichen Körperschaft in erster Linie eine Steigerung der Lasten bewirkt. Ebenso wie das öffentliche Vermögen müssen auch die öffentlichen Schulden einen Bestandteil der Finanzstatistik bilden. Die Entwicklung und Zusammensetzung des Personalbestandes öffentlicher Dienststellen bedarf ebenfalls der Beobachtung.

Der als Rückgrat der Finanzstatistik unentbehrliche Grundsatz der möglichst lückenlosen Einbeziehung aller Glieder der öffentlichen Hand in die Finanzstatistik macht es notwendig, den Erhebungsbereich auf die öffentlichen Unternehmen in privater Rechtsform sowie auf Eigenbetriebe auszudehnen, zumal die Umwandlung öffentlicher Unternehmungen in Gesellschaften des privaten Rechts (Aktiengesellschaften und Gesellschaften mbH) oder in selbständige Eigenbetriebe in neuerer Zeit einen großen Umfang angenommen hat.

Eine wichtige Forderung, die man bei der gegenwärtigen schnellen Entwicklung in der Wirtschaft und im sozialen Bereich an die Finanzstatistik richten muß, ist die nach gegenwartsnahen Ergebnissen. Da die Haushaltsstatistiken erst nach Ablauf des Rechnungsjahres und nach Fertigstellung des Rechnungsabschlusses aufgestellt werden — und somit erst spät vorliegen können —, müssen die monatlichen und vierteljährlichen Zwischenstatistiken stärker in den Vordergrund gerückt werden. Außerdem sieht der Gesetzentwurf zum Zwecke der Bereitstellung zeitnaher statistischer Unterlagen die statistische Erfassung der Haushaltsansätze vor. Diese Statistik begegnet vom Standpunkte der finanzwirtschaftlichen Exaktheit wegen der Unterschiedlichkeit von Soll und Ist manchen Bedenken. Sie ist aber wichtig, um Einblicke in die finanzwirtschaftlichen Planungen zu gewinnen und vorausschauend die aus dem öffentlichen Sektor zu erwartenden Einflüsse auf die Wirtschaftsentwicklung beurteilen zu können. Im privatwirtschaftlichen Bereich werden zur Ermittlung der für die zukünftige Wirtschaftsgestaltung wesentlichen Planungen in steigendem Umfange Testbefragungen durchgeführt.

Die Finanzstatistik unterrichtet mithin über

- a) den Umfang der öffentlichen Finanzwirtschaft, indem sie die Einzeldaten der verschiedenen Träger öffentlicher Aufgaben zusammenstellt und so ein »Gesamtbudget« für den öffentlichen Bereich erarbeitet,
- b) die Bedeutung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben im Rahmen der Volkswirtschaft, indem sie das erforderliche Zahlenmaterial für die Darstellung des Bereiches »Staat« für die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bereitstellt,
- c) die Verteilung der Einnahmen einerseits sowie der Ausgaben und Lasten andererseits zwischen Bund, Ländern und Gemeinden (Gv.), indem sie neben den Ausgaben und Einnahmen der einzelnen Körperschaften auch den Überweisungsverkehr zwischen den Körperschaften und das Funktionieren des horizontalen und vertikalen Finanzausgleichs und seine Entwicklungsmöglichkeiten darstellt.

Bei der stetig steigenden Bedeutung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben — der Anteil der Steuereinnahmen betrug gemessen am Bruttosozialprodukt im Jahre 1958 rd. 23 v. H. — ist eine fortlaufende und genaue Durchleuchtung der öffentlichen Finanzwirtschaft unentbehrlich.

2. Überblick über die Entwicklung der Rechtsgrundlagen

Abgesehen von verschiedenen Einzelstatistiken, insbesondere auf dem Gebiet der kommunalen Finanzwirtschaft, und wertvollen Vorarbeiten des Deutschen Städtetages, wurde reichseinheitlich erstmals eine Finanzstatistik mit dem Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichs vom 10. August 1925 (Finanzausgleichsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. April 1926 — RGBl. I S. 203) angeordnet. Ergänzungen sind durch die Verordnungen über Finanzstatistik vom 23. Juni 1928 (RGBl. I S. 205) und vom 28. Februar 1931 (RGBl. I S. 32) vorgenommen worden.

Nach dem Kriege wurde die Wiederaufnahme einer einheitlichen Finanzstatistik zunächst durch Vereinbarungen oder Anordnungen in den einzelnen Besatzungszonen und dann durch das Gesetz über die Errichtung eines Statistischen Amtes des Vereinigten Wirtschaftsgebietes vom 21. Januar 1948 (WiGBl. S. 19) in Verbindung mit der Gemeinsamen Anordnung der Verwaltungen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes zur Durchführung von Statistiken vom 1. Juni 1949 (Off. Anz. f. d. VWG Nr. 50 S. 1) sowie die Verordnung über die Erstreckung von Recht der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes auf dem Gebiet der Statistik auf die Länder der französischen Besatzungszone vom 31. März 1950 (BGBl. S. 81) in die Wege geleitet.

Teile der Finanzstatistik, z. B. die Personalstandsstatistik, sind durch besondere Vereinbarungen mit den Ländern geregelt worden.

Da die jetzigen Regelungen nicht den Erfordernissen des Abschnitts III des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314) entsprechen, muß nach § 16 Abs. 1 StatGes eine neue Rechtsgrundlage geschaffen werden. Die im Gesetzentwurf vorgesehenen Änderungen gegenüber der bisherigen Regelung werden unter B. der Begründung erläutert.

In methodischer und systematischer Hinsicht gelten für die Finanzstatistik weiterhin die zeitgemäß fortentwickelten Grundsätze der Vorkriegsstatistik. Die Zuständigkeit in methodischen und systematischen Fragen braucht dieses Gesetz nicht zu regeln, da sie sich bereits aus dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke ergibt.

B. Begründung im einzelnen

Zu § 2

Dieser Paragraph legt den Umfang der Finanzstatistik in seinen Grundzügen fest. Er unterscheidet 6 Gruppen von Statistiken, deren Durchführung anschließend in den §§ 3 bis 8 im einzelnen geregelt ist. Das finanzstatistische Gesetz bezieht sich auf statistische Erhebungen, die laufend benötigt werden. Es ist beabsichtigt, daneben je nach Bedarf Sonderstatistiken zur einmaligen Klärung bestimmter Tatbestände durch Rechtsverordnung nach § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314) anzuordnen. Eine solche einmalige Sonderstatistik wird beispielsweise bei den Zweckverbänden für notwendig gehalten.

Zu § 3

Die Statistiken über Einnahmen und Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden (Gv.) sind nach der Häufigkeit ihrer Durchführung in 2 Gruppen unterschieden, und zwar

- a) in Jahresstatistiken und
- b) in kürzerfristig zu wiederholende Statistiken.

Nr. 1

Die Jahresstatistiken erfassen die Einnahmen und Ausgaben des Bundes, der Länder (einschließlich Berlin und Hansestädte) und der Gemeinden (Gv.). Durch die bereits laufende Rechnungsstatistik werden alle Ist-Einnahmen und Ist-Ausgaben entsprechend den Haushaltsrechnungen der verschiedenen öffentlichen Körperschaften erhoben. Der Rahmen des Erhebungsschemas, d. h. die einheitliche systematische Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Verwaltungszweigen und nach Arten, ist durch den finanzstatistischen Kennziffernplan festgelegt. Dieser vom Statistischen Bundesamt in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft der Innenministerien der Bundesländer, den Statistischen Landesämtern und den kommunalen Spitzenverbänden entwickelte Kennziffernplan ist für die kommunalen Körperschaften in allen Bundesländern mit Wirkung vom 1. April 1951 an verbindlich vorgeschrieben; er dient allgemein als Grundlage für ihre Haushaltsgliederung und -gruppierung.

Die Kombination Gliederung/Gruppierung, das sogenannte »Schachbrettmuster« der Finanzstatistik, wird auch für die finanzstatistische Erfassung der Jahresrechnungen des Bundes und der Länder verwendet — mit gewissen Modifikationen, die sich aus der anderen Aufgabenstellung im staatlichen Bereich ergeben. Diese einheitliche Gestaltung der Erhebungsbogen auch für die staatlichen Einnahmen und Ausgaben — unabhängig von der länderweise unterschiedlichen Einteilung der Haushaltspläne nach Ressorts — ermöglicht die für finanzwirtschaftliche Betrachtungen unentbehrliche Zusammenfassung der Zahlen aus dem staatlichen und kommunalen Bereich unter Ausschaltung von Doppelzählungen.

An der Erfassung der Einnahmen und Ausgaben für das betreffende Rechnungsjahr — also einschließlich der Auslaufperiode — soll festgehalten werden unter Inkaufnahme der dadurch bedingten relativ späten Fertigstellung der Finanzstatistik, deren Unterlagen von den öffentlichen Körperschaften erst nach Abschluß der Rechnung geliefert werden können.

Aus Vereinfachungsgründen war zunächst daran gedacht, die jährliche Rechnungsstatistik auf die Haushalte des Bundes, der Länder, der Gemeinden mit 1000 und mehr Einwohnern und auf die Gemeindeverbände zu beschränken. Die Länder und die kommunalen Spitzenverbände halten aber auch für diese Gemeinden eine jährliche Wiederholung der Statistik — wenn auch in eingeschränktem Umfange — für erforderlich.

Nr. 2

Neben den rechnungsmäßigen Einnahmen und Ausgaben sollen künftig im Rahmen kurzer Haushaltsquerschnitte auch Haushaltsansätze finanzstatistisch erfaßt werden. Gegenwartsnahe Zahlen über die Zukunftserwartungen und die Vorhaben der öffentlichen Körperschaften werden für Bundeszwecke zur Fundierung der von NATO und OEEC geforderten Vorausschätzungen, zur Konjunkturbeobachtung für konjunkturpolitische Maßnahmen und zur Vorbereitung von Gesetzen immer unentbehrlicher, zumal der öffentlichen Finanzwirtschaft im Rahmen der Gesamtwirtschaft eine ständig steigende Bedeutung zukommt. Die Zweckmäßigkeit einer derartigen Querschnittsstatistik der Haushaltsansätze könnte mit dem Hinweis angezweifelt werden, daß die tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben oft stark von den Sollzahlen abweichen. Dem ist aber entgegenzuhalten, daß

- a) auch nicht realisierte Vorhaben die Preise und den Konjunkturablauf beeinflussen;
- b) es in der Konjunkturpolitik und in den Haushaltsberatungen (ebenso wie in der Kommunalaufsicht) gerade darauf ankommt, an Hand zusammengefaßter Haushaltsquerschnitte die Gefahr übermäßiger Beanspruchung der Wirtschaft oder depressiver Auswirkungen infolge unangebrachter Zurückhaltung in der Auftragserteilung frühzeitig zu erkennen, um konjunkturgerechte Gegenmaßnahmen ergreifen zu können.

Es ist beabsichtigt, die Haushaltsquerschnitte bei Bund und Ländern auf Grund statistischer Kennziffern zu erstellen, welche die Haushaltspläne durch — untereinander vergleichbare — »Funktionshaushalte« ergänzen.

Bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden ist für Bundeszwecke nur an die Zusammenfassung weniger Zahlensummen als Unterlage für die Erstellung des öffentlichen Gesamthaushalts gedacht. Diese Zahlen können den »Haushaltsquerschnitten« entnommen werden, die in den meisten Bundesländern als Anlage zum Haushaltsplan vorgeschrieben sind. Dabei bedeutet der Verzicht auf die Erfassung der Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern eine Beschränkung auf etwa 500 Erhebungseinheiten (von insgesamt rd. 24 200).

Nr. 3 bis 5

Die vierteljährlichen und monatlichen Statistiken dienen der schnellen Unterrichtung der Verwaltung, der kommunalen Spitzenverbände und der Öffentlichkeit über die wichtigsten staatlichen und kommunalen Einnahmen und Ausgaben.

Die in der Vierteljahresstatistik der Gemeindefinanzen enthaltene Erhebung über die vierteljährliche Schuldenbewegung der Gemeinden und der Gemeindeverbände ist aus Gründen der Systematik in § 6 Nr. 2 aufgeführt.

Die Aufgliederung der zu erhebenden Tatbestände in den vierteljährlichen und monatlichen Statistiken muß auf die wechselnden Bedürfnisse je nach der Aktualität der im Vordergrund stehenden Fragen ausgerichtet werden. Die gegenseitige Abstimmung der Erhebungsrichtlinien ermöglicht — zumindest summarisch — eine Zusammenfassung der Vierteljahresstatistiken und eine Vergleichbarkeit mit den Jahresstatistiken.

Die monatlichen Berichte über die Kassenlage des Bundes und der Länder beschränken sich auf die Ermittlung des Kassenbestandes und seiner Zusammensetzung, wie er sich in den Abschlußnachweisungen der Bundes- und Landeshaupt-(Zentral-)kassen, aus den kumulativen Mehr- oder Minderausgaben, dem Saldo der rechnungsmäßig nicht verbuchten Zahlungen und den Kassenkrediten errechnet.

Zu § 4

Die Statistiken über das Steueraufkommen und über die Umlagen gliedern sich in monatliche, vierteljährliche, halbjährliche und jährliche. Die Einnahmen des Bundes und der Länder aus Steuern und Zöllen umfassen nach der Vorschau auf das Rechnungsjahr 1959 = 46 Mrd DM; sie werden in der Gliederung nach Steuerarten monatlich erhoben. Die Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände aus Steuern belaufen sich z. Z. auf etwa 7,5 Mrd DM jährlich, die Einnahmen aus Finanzzuweisungen (Doppelzahlungen im Rahmen des öffentlichen Gesamthaushalts) auf etwa 3 Mrd DM jährlich. Sie werden zusammen mit den Umlagen, die z. Z. etwa 0,9 Mrd DM jährlich ausmachen (Doppelzahlungen im Rahmen des öffentlichen Gesamthaushalts), vierteljährlich ermittelt. Für Gemeinden mit weniger als 1000 Einwohner genügt eine halbjährliche Erfassung. Außerdem wird jährlich einmal — der bisherigen Übung entsprechend — das Aufkommen aus Realsteuern zusammen mit Angaben über die Bemessungsgrundlagen und über die Hebesätze festgestellt. Die laufende Beobachtung

der Entwicklung der Steuereinnahmen nach Arten im allgemeinen und der Anspannung der Realsteuern im besonderen ist zur Überprüfung der Lastenwirkung und der allmählich sich vollziehenden Wandlungen des Steuersystems unentbehrlich.

Zu § 5

Die neu einzuführende Vermögenstatistik soll im Rahmen der Finanzstatistik entsprechend deren Gesamtzielsetzung der Ordnung der finanzwirtschaftlichen Vorgänge, der Verbesserung der Kon-

trollmöglichkeiten und der Verbreiterung der Publizität dienen. Der Ausbau dieser Funktionen ist wesentlich, da sie im öffentlichen Bereich großenteils die Wirkungen ersetzen müssen, die im privaten Bereich das Gewinnstreben auslöst. Die Beobachtung des Vermögensbestandes und der Vermögensveränderungen bildet den erstrebenswerten und organischen Abschluß jeder Buchführung und auch der Rechnungslegung der öffentlichen Finanzverwaltungen, die verpflichtet sind, ihre Vermögenssubstanz zu erhalten. Das öffentliche Vermögen stellt einen nicht unbedeutenden Teil des Volksvermögens dar. Die aus der Vermögenssteuerstatistik und der Einheitswertstatistik vorliegenden Angaben über den Stand und die Veränderung des privaten Vermögens bedürfen der Ergänzung durch eine Statistik des Vermögens der öffentlichen Hand. Da viele Gebietskörperschaften schon Nachweise über ihr Vermögen aufstellen (so der Bund, einige Länder und zahlreiche Gemeinden), werden einheitliche Methoden und Maßstäbe aufzustellen sein, mit deren Hilfe ein Vermögensvergleich zwischen den Gebietskörperschaften möglich ist.

Absatz 1

Eine Statistik des Vermögens der öffentlichen Hand muß den Stand des Vermögens und die Vermögensveränderungen erfassen. Da sich der Vermögensstand, wenn er einmal ermittelt ist, anhand der Vermögenszugänge und Vermögensabgänge fortzuschreiben läßt, ist es nicht erforderlich, die Bestände jährlich zu erheben. Es genügt, wenn die Fortschreibungsergebnisse in jedem fünften Jahre durch eine Bestandserhebung kontrolliert werden. Durch diese Handhabung wird die Verwaltung — im Vergleich zum sonst unvermeidlichen Arbeitsaufwand — wesentlich entlastet.

Die Vermögenszugänge und Vermögensabgänge müssen jährlich ermittelt werden. Die Unterlagen über die Vermögensveränderungen lassen sich ohne besondere zusätzliche Arbeitsbelastung in Zusammenhang mit der Rechnungsstatistik nach § 3 Nr. 1 gewinnen. Sofern die Vermögenszu- und -abgänge nur in der Vermögensrechnung erscheinen (die Zahl solcher Vorgänge ist verhältnismäßig gering), werden sie besonders festzuhalten und in einer Sonderübersicht jährlich nachzuweisen sein.

Die Vermögenstatistik sollte sich auf das gesamte öffentliche Vermögen erstrecken. Dabei wird nach dem Verwendungszweck zu unterscheiden sein zwischen dem Verwaltungsvermögen im engeren Sinne (Verwaltungsgebäude, Schulen u. dgl.), den Sachen im Gemeingebrauch (z. B. Straßen, Wege, Plätze, Kanäle) und den Anstalten und den Einrichtungen sowie dem Finanzvermögen (wirtschaftliche Unternehmen, Beteiligungen, Allgemeines Kapital- und Sachvermögen) und den Sondervermögen (z. B. Bundesbahn, Bundespost, Stiftungsvermögen, Treuhandvermögen).

Feststellungen haben ergeben, daß bei Bund, Ländern und Gemeinden (Gv.) Aufzeichnungen über den Vermögensbestand in Form von Vermögensverzeichnissen, Vermögenskarteien usw. vorhanden sind. Für die Zwecke der Vermögenstatistik müssen diese Vermögensverzeichnisse nach einheitlichen Gesichtspunkten aufgestellt werden.

Das öffentliche Vermögen erhöht — abweichend vom privatwirtschaftlichen Vermögen — nur zu einem verhältnismäßig geringen Teil die markt- und finanzwirtschaftliche Leistungskraft des Trägers (wie z. B. die wirtschaftlichen Unternehmen, die Kapitalbeteiligungen, das nicht für Verwaltungszwecke benutzte Grundvermögen usw.). Der überwiegende Teil des öffentlichen Vermögens erhöht zwar die Leistungsfähigkeit des Gemeinwesens und der Volkswirtschaft, verursacht aber, betriebswirtschaftlich oder kameralistisch betrachtet, dem Vermögensträger nur zusätzliche Belastungen (insbesondere das Verwaltungsvermögen mit den Sachen im Gemeingebrauch).

Absatz 2

Bevor die Statistik des öffentlichen Vermögens durchgeführt werden kann, müssen noch zahlreiche Fragen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden geklärt werden, um einheitliche Ausgangspunkte für die Durchführung der Statistik zu gewinnen. Das gilt insbesondere für die einheitliche Gestaltung der Vermögensverzeichnisse und für die einheitliche Festlegung der Bewertungsgrundsätze sowie für die einheitliche Festlegung der Termine, zu denen die Vermögenstatistik für die einzelnen Vermögensgattungen entweder für Bund, Länder und Gemeinden gemeinsam oder auch nur für jene Gebietskörperschaften, die dazu bereits in der Lage sind, eingeführt werden kann.

Da diese Entscheidungen nur gemeinsam vorbereitet werden können, ist im Gesetz zunächst nur der Grundsatz der Einführung einer Vermögenstatistik verankert worden, um auf diese Weise eine Basis zur systematischen Durchführung der noch erforderlichen Vorarbeiten zu schaffen. Der Umfang der Vermögenstatistik und der Zeitpunkt ihres Beginns sollen zugleich mit den Vorschriften zur einheitlichen Bewertung des statistisch erfaßten Vermögens durch eine Rechtsverordnung bestimmt werden, die der Zustimmung des Bundesrates bedarf.

Zu § 6

Nr. 1 bis 2

Bei der Erfassung der Schulden des Bundes, der Länder und der Gemeinden (Gv.) sind, ebenso wie bei jener der Einnahmen und Ausgaben, Jahresstatistiken und Vierteljahresübersichten zu unter-

scheiden. Die jährliche Schuldenstatistik als »Strukturuntersuchung« erfaßt den Stand der Schulden und ihre Gliederung insbesondere nach Laufzeiten, Fälligkeiten, Zinsbedingungen und Arten der Verwendung. Da die Ergebnisse der Jahresstatistik verhältnismäßig spät vorliegen, ist zur Ergänzung der kurzfristigen Statistik über die Ausgaben (vgl. § 3 Nr. 3 und 4) auch eine kurzfristige Statistik über die Gesamtentwicklung der Verschuldung im Zusammenhang mit der Kassenlage notwendig. Sie liefert Unterlagen zu der Frage, inwieweit öffentliche Mittel oder Kreditmarktmittel zur Finanzierung der Investitionen verwendet worden sind. Die Statistik beschränkt sich auf den Bund, die Länder, die Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern und die Gemeindeverbände und ist deshalb wenig kostspielig. Die vierteljährlichen Übersichten über die Verschuldung der kommunalen Gebietskörperschaften sind aus erhebungstechnischen Gründen mit der Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben gekoppelt.

Zu § 7

Die Statistiken über den Personalstand sollen aus Vereinfachungsgründen in jedem zweiten und dritten Jahr in Form von Kurzerhebungen durchgeführt werden. Da unter den öffentlichen Ausgaben der Personalaufwand eine wichtige Rolle spielt, ist ein Überblick über die Entstehung und Zusammensetzung dieses Ausgabepostens z. B. für Zwecke der Ortsklasseneinteilung und zur Beurteilung von Maßnahmen auf dem Gebiete des Besoldungsrechts und der Rechtsverhältnisse der öffentlichen Bediensteten unerlässlich.

Zu § 8

In der Jahresrechnungsstatistik sind bis jetzt Angaben über die wirtschaftlichen Unternehmen nur insoweit erfragt worden, als sie aus den Haushaltsrechnungen entnommen werden konnten. Für den großen Komplex der Eigenbetriebe, d. h. der wirtschaftlichen Unternehmen, die nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung vom 21. November 1938 geführt werden, und für die in rechtlich selbständiger Form geführten Unternehmen liegen nur Angaben vor über die Ablieferungen an den staatlichen oder kommunalen Haushalt oder umgekehrt über die Zuschüsse, die an solche Betriebe gegeben wurden. Diese »Nettozahlen« sagen über das Finanzvolumen der wirtschaftlichen Unternehmen und über deren Finanzwirtschaft im einzelnen nichts aus. Fundierte finanzstatistische Zahlen für diesen Teil der öffentlichen Wirtschaft sind aber für volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen und gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen, wie sie u. a. für die OEEC zu erstellen sind, unentbehrlich.

Unbeschadet des Rechts der Eigenbetriebe, aus Gründen der Arbeitersparnis die nach der Eigenbetriebsverordnung ohnehin zu fertigenden Aufstellungen einzureichen, soll sich die statistische Erfassung dabei im allgemeinen nur auf diejenigen Angaben beschränken, welche auf Grund aktienrechtlicher Vorschriften oder darüber hinaus freiwillig von rechtlich selbständigen Unternehmen des betreffenden Wirtschaftszweiges geliefert werden. Wesentlich ist hierbei die Möglichkeit einer Zusammenfassung mit den Ergebnissen der Bilanzstatistik der Aktiengesellschaften, soweit diese Statistik »Eigengesellschaften« erfaßt, d. h. in privater Rechtsform betriebene Unternehmen, die ganz in der Hand einer Gebietskörperschaft sind, oder Gesellschaften, an denen Gebietskörperschaften unmittelbar oder mittelbar (d. h. durch ihre Unternehmen in privatrechtlicher Form) mit mehr als der Hälfte des Nennkapitals oder des Stimmrechts beteiligt sind.

Im Gegensatz zu anderen Teilen der Finanzstatistik, bei denen auch Einzelergebnisse z. B. für eine Gemeinde oder für einen Kreis veröffentlicht werden, muß sich die Finanzstatistik der wirtschaftlichen Unternehmen darauf beschränken, gewisse Gruppen zusammenzufassen, so daß Einzelergebnisse für einen Betrieb aus den Veröffentlichungen dieser Statistik nicht entnommen werden können.

Die Gemeindeordnung von Nordrhein-Westfalen sieht vor, daß auch kommunale Einrichtungen, die keine wirtschaftlichen Unternehmen sind, nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung geführt werden können (z. B. Krankenhäuser, Schlachthöfe u. dgl.). Ähnliche Gedanken mögen auch den Verfassern der Gemeindeordnungen für Schleswig-Holstein (§ 82 Abs. 2) und Hessen (§ 98 Abs. 2)

vorgeschwebt haben. Diese sehen vor, daß öffentliche Einrichtungen entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden können. Zahlenmäßig spielen diese in die Eigenbetriebsform überführten kommunalen Einrichtungen zwar noch keine bedeutende Rolle; da aber die weitere Entwicklung noch nicht abzusehen ist, mußte im Gesetz die Möglichkeit berücksichtigt werden, auch diese Einrichtungen, die an sich Teile der Gebietskörperschaften sind, aber in deren Rechnung — ebenso wie die wirtschaftlichen Unternehmen — nur mit saldierten Abschlußzahlen erscheinen, in die finanzstatistische Erhebung einzubeziehen.

Zu § 9

Enthält die übliche Berlin-Klausel.

Zu § 10

Enthält die nach Artikel 82 Abs. 2 Satz 1 GG erforderliche Bestimmung über das Inkrafttreten des Gesetzes.

C. Kosten der Statistik

Die in diesem Gesetz geregelten Statistiken gehören mit Ausnahme der Statistik zu § 3 Nr. 2 (Statistik der Haushaltsquerschnitte) und der Statistik zu § 5 (Vermögensstatistik) zum laufenden Arbeitsprogramm und werden seit längerem vom Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern durchgeführt. Die Mittel dafür sind in den Haushalten von Bund und Ländern bereits veranschlagt, zusätzliche Ausgaben entstehen mithin insoweit nicht. Die Statistik der Haushaltsquerschnitte (§ 3 Nr. 2) ist wenig umfangreich, weil Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern nicht erfaßt und die Erhebungsmerkmale auf die wichtigsten Tatbestände beschränkt werden. Bei der Statistik über die rechnermäßigen Einnahmen und Ausgaben (§ 3 Nr. 1) soll für Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern künftighin ein vereinfachtes Erhebungs- und Aufbereitungsverfahren Anwendung finden. Die Kosten für die Durchführung dieser Statistik verringern sich infolgedessen. Die so eingesparten Mittel übersteigen die Kosten für die neu eingeführte Statistik zu § 3 Nr. 2. Zusätzliche Haushaltsmittel werden somit für die Statistik der Haushaltsquerschnitte nicht benötigt.

Die Vermögensstatistik wird erst zu einem späteren Zeitpunkt eingeführt werden. Da ihr Umfang noch nicht feststeht, ist eine Berechnung der mit dieser Statistik verbundenen zusätzlichen Kosten nur überschlägig möglich. Es kann mit folgenden zusätzlichen Kosten gerechnet werden:

	persönliche Kosten	sächliche Kosten	Kosten zusammen
	DM	DM	DM
1. Jährliche Erhebungen über die Vermögensveränderungen			
Kosten des Bundes	24 000	16 000	40 000
Kosten der Länder	8 000	6 000	14 000
Jährliche Belastung	32 000	22 000	54 000
2. Erhebungen über den Vermögensbestand im Abstand von 5 Jahren			
Kosten des Bundes	55 000	27 000	82 000
Kosten der Länder	18 000	10 000	28 000
Zusätzliche Belastung in jedem fünften Jahr	73 000	37 000	110 000

Verordnung

über die Statistik der Ausgaben für Landstraßen I. Ordnung und Landstraßen II. Ordnung im Jahre 1966 Vom 20. Mai 1966¹⁾

Auf Grund des § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314), zuletzt geändert durch das Zweite Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 15. Juli 1957 (BGBl. I S. 721), verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

§ 1

Über die Ausgaben der Länder und Gemeindeverbände für Landstraßen I. Ordnung (Staats-, Land- oder Landesstraßen)

¹⁾ Bundesanzeiger Nr. 99 vom 27. Mai 1966 S. 1.

und Landstraßen II. Ordnung (Kreisstraßen) im Rechnungsjahr 1966 wird eine Bundesstatistik durchgeführt.

§ 2

Erfaßt werden die Ausgaben für

1. den Neubau und Ausbau,
2. die Wiederherstellung und Erneuerung,
3. die Unterhaltung,
4. den Betrieb und die Verwaltung

der in § 1 genannten Straßen, getrennt nach den Ausgaben für

Grundstücke, Erd- und Felsarbeiten, Fahrbahnen und Nebenanlagen, Kunstbauten, Bahnübergänge, Verkehrssicherungsanlagen, Fernmeldeanlagen, Beleuchtungsanlagen, Dienstgebäude und Dienstwohnungen sowie sonstige Zwecke.

§ 3

Auskunftspflichtig sind die Träger der Straßenbaulast sowie die für die Verwaltung der in § 1 genannten Straßen zuständigen Behörden.

§ 4

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (BGBl. I S. 1) in Verbindung mit § 17

des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke auch im Land Berlin.

§ 5

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1966 in Kraft.

Bonn, den 20. Mai 1966

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Mende

Der Bundesminister für Verkehr
Seehofer

Begründung¹⁾

A. Allgemein

Nach der Entscheidung des Rates der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vom 22. Juni 1964 (Nr. 64/389/EWG, Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften vom 29. 6. 1964, S. 1598/64) ist eine Enquete über die Wegekosten des Eisenbahn-, Straßen- und Binnenschiffsverkehrs durchzuführen. Zu ihrer Vorbereitung haben die Mitgliedstaaten nach Artikel 2 der Entscheidung des Rates der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (Nr. 65/270/EWG, Amtsblatt vom 24. 5. 1965, S. 1473/65) eine Erhebung über die Ausgaben des Jahres 1966 für die Verkehrswege durchzuführen und die Ergebnisse bis zum 31. 12. 1967 der Kommission zu übermitteln.

Einer Bundesstatistik gemäß § 6 StatGes bedarf die Ermittlung der Ausgaben der Länder und Gemeindeverbände für die Landstraßen I. Ordnung und Landstraßen II. Ordnung. Die Ausgaben für Straßen, für die die Gemeinden zuständig sind, können nach Art. 2 Abs. 3 der genannten Entscheidung des Rates global festgestellt werden. Die Ausgaben für die Bundesfernstraßen werden im Wege der Geschäftsstatistik erhoben. Ebenso können die Ausgaben für die Verkehrswege der Eisenbahn und Binnenschifffahrt durch die Bundesbehörden zusammengestellt werden.

Die Statistik wird für Bundeszwecke benötigt, da der Bund als Mitgliedstaat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft verpflichtet ist, die in Art. 2 der Entscheidung des Rates angeordnete Erhebung über die Ausgaben der Verkehrswege durchzuführen. Mit dieser Erhebung werden gleichzeitig Unterlagen für eine nationale Wegekostenrechnung geschaffen, die nur deshalb nicht gesondert stattfindet, weil die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft unter Mitwirkung der Bundesrepublik eine koordinierte Erhebung dieser Art vorsieht. Die nationale Wegekostenrechnung ist Voraussetzung für die Angleichung der Wettbewerbsbedingungen der drei binnländischen Verkehrsträger.

Die Statistik erfaßt keinen unbeschränkten Personenkreis, sondern wendet sich nur an die für die Verwaltung der Straßen zuständigen Landes- und Kommunalbehörden. Die voraussichtlichen Kosten der Statistik werden etwa 23 000 DM betragen. Davon entfallen ungefähr 5 000 DM auf den Bund und etwa 18 000 DM auf die

Länder. Von dem Gesamtbetrag werden etwa 20 400 DM für Personalkosten und etwa 2 600 DM für Sachkosten aufgewendet werden.

B. Im Besonderen

Zu § 1

Die Vorschrift bestimmt den Gegenstand der Statistik. Ausgaben für die Ortsdurchfahrten der Landstraßen I. Ordnung und Landstraßen II. Ordnung in der Baulast der Gemeinden werden nicht erfaßt, da sie zu den global zu erhebenden Ausgaben der Gemeinden gehören.

Zu § 2

Die Einteilung der Ausgaben in die vorgesehenen 4 Positionen entspricht der in Art. 2 der Entscheidung des Rates gegebenen Gliederung. Lassen sich die Ausgaben für den Ausbau von denen für die gleichzeitig durchgeführte Wiederherstellung und Erneuerung einer Straße nicht trennen, so sollten auch die Ausgaben für den Ausbau unter der Position Wiederherstellung und Erneuerung erfaßt werden. Einzelheiten wird das für die Durchführung der Statistik herausgegebene Merkblatt enthalten.

Die Trennung der Ausgaben nach bestimmten Kategorien entspricht im wesentlichen dem Gliederungsschema der Anlage 1 der Entscheidung des Rates. Die Ausgaben für die Beleuchtungsanlagen sind nur dann zu erfassen, wenn der Träger der Straßenbaulast die Beleuchtungsanlagen auf seine Kosten erbaut oder unterhält. Ausgaben für »sonstige Zwecke« sind solche Straßenausgaben, die nicht in den anderen Posten erfaßt sind. Für einen erheblichen Teil der verlangten Angaben wird es möglich sein, die Unterlagen zu verwenden, die für die jährliche Finanzstatistik zusammengestellt werden müssen.

Zu § 3

Die Träger der Straßenbaulast werden deshalb nicht zur Auskunft verpflichtet, weil sie Landstraßen II. Ordnung nach Landesrecht nicht in allen Fällen selbst verwalten. Die für die Verwaltung der Straßen zuständigen Behörden können die Auskünfte am besten erteilen, weil sie die dazu notwendigen Unterlagen besitzen.

Auszugsweiser Abdruck:

Gesetz zur Änderung des Bewertungsgesetzes (ÄndG-BewG 1963)

Vom 10. August 1963²⁾

Artikel 8

In Verbindung mit der Vermögensteuer-Hauptveranlagung und der Hauptfeststellung der Einheitswerte der gewerblichen Betriebe zum 1. Januar 1963 wird eine Vermögensteuer- und Einheitswert-

statistik als Bundesstatistik durchgeführt. Als Zählpapiere dienen die Durchschriften der Vermögensteuerbescheide und der Einheitswertbescheide. Die Zählpapiere dürfen den Namen und die Anschrift des Steuerpflichtigen nicht enthalten.

Auszugsweiser Abdruck:

Gesetz zur Änderung des Bewertungsgesetzes

Vom 13. August 1965³⁾

Artikel 7

In Verbindung mit der Hauptfeststellung der Einheitswerte des Grundbesitzes auf den 1. Januar 1964 wird eine Einheitswert-

statistik als Bundesstatistik durchgeführt. Als Zählpapiere dienen die Durchschriften der Einheitswertbescheide. Die Zählpapiere dürfen den Namen und die Anschriften der Steuerpflichtigen nicht enthalten.

¹⁾ Bundesratsdrucksache Nr. 114 vom 14. März 1966 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben). — ²⁾ BGBl. I vom 17. August 1963 S. 676. — ³⁾ BGBl. I vom 20. August 1965 S. 851.

Gesetz über die Umsatzsteuerstatistik für das Kalenderjahr 1964

Vom 25. Mai 1965¹⁾

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Im Geltungsbereich dieses Gesetzes wird eine Statistik der Umsatzsteuer für das Kalenderjahr 1964 durchgeführt.

§ 2

Aus den Unterlagen der Finanzämter werden für jeden Steuerpflichtigen folgende Tatbestände erfaßt:

1. Aus der Adreßplatten-Kartei:
Die Steuernummer und die Gewerkekennziffer mit Zusatzschlüsseln.
2. Aus dem Umsatzsteuer-Überwachungsbogen:
 - a) Gesamtumsatz im Kalenderjahr 1964 und im Vorjahr;
 - b) mit eins vom Hundert besteuerte Umsätze im Kalenderjahr 1964;
 - c) Umsatzsteuervorauszahlungen für das Kalenderjahr 1964.

§ 3

Die Vorschriften der §§ 22, 412 der Reichsabgabenordnung sind auf die Personen, die in statistischen Behörden mit der Durchführung der Umsatzsteuerstatistik betraut sind, entsprechend anzuwenden.

§ 4

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 5

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 25. Mai 1965

Der Bundespräsident

Lübke

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers

Mende

Der Bundesminister der Finanzen

Dr. Dahlgrün

Begründung²⁾

I. Allgemeiner Teil

Die Umsatzsteuerstatistik ist von 1954 bis 1962 jährlich durchgeführt worden, und zwar 1954 und 1962 in erweitertem, in den übrigen Jahren in eingeschränktem Umfang. Für das Jahr 1963 wurde erstmals auf eine Umsatzsteuerstatistik verzichtet. Hiermit sollte der Versuch unternommen werden, für die Umsatzsteuerstatistik aus Kostenersparnisgründen von dem jährlichen Erhebungsturnus mit Rücksicht darauf abzugehen, daß gewisse Angaben über die Umsatzentwicklung aus — teilweise neu eingeführten — monatlichen Statistiken gewonnen werden können (repräsentative Statistiken über die Umsätze des Groß- und Einzelhandels, des Handwerks und des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes; Umsatzerfassung im Rahmen der Industrieberichterstattung). Der Versuch hat gezeigt, daß einerseits eine jährliche Wiederholung der Umsatzsteuerstatistik im Hinblick auf die genannten anderen Umsatzstatistiken — bei Anlegung eines strengen Maßstabes — nicht mehr unbedingt notwendig ist, andererseits aber die Umsatzsteuerstatistik höchstens in jedem zweiten Jahr ausgesetzt werden kann. Im Rahmen des Gesamtprogramms der Umsatzstatistiken erfüllen die monatlichen repräsentativen Statistiken und die Umsatzerfassung durch die Industrieberichterstattung die Aufgabe einer aktuellen Unterrichtung über die kurzfristige Umsatzentwicklung, wie sie insbesondere auch zur Beurteilung der jeweiligen konjunkturellen Lage der durch die Statistik erfaßten Wirtschaftsbereiche benötigt wird. Diese Statistiken können aber nur Teilausschnitte der Umsatzentwicklung liefern. Ein umfassendes Bild der Umsatzbewegungen — wie es für Zwecke der Sozialproduktberechnung, für die Beurteilung der Entwicklung des Mittelstandes, für regionale Untersuchungen u. a. m. erforderlich ist — kann dagegen nur die nahezu alle Wirtschaftsbereiche voll erfassende Umsatzsteuerstatistik vermitteln. Sie ist daher zur Ergänzung und Absicherung der Ergebnisse der auf teilweise schmalere repräsentativer Grundlage beruhenden monatlichen Umsatzstatistiken in zweijährigem Erhebungsturnus unentbehrlich. Auf Grund dieser Überlegungen soll die zuletzt 1962 durchgeführte Umsatzsteuerstatistik für das Jahr 1964 — allerdings in einem gegenüber 1962 eingeschränkten Umfang — wiederholt werden. Von einer Anordnung der Statistik für die späteren Jahre — bei einem zweijährigen Erhebungsturnus handelt es sich um die Jahre 1966, 1968 usw. — wird in dem Gesetzentwurf abgesehen, da auch die künftigen Umsatzsteuerstatistiken durch ein später vorzulegendes steuerstatistisches Gesetz geregelt werden sollen, das Umfang und Periodizität aller Steuerstatistiken (mit Ausnahme der Statistiken über die Verbrauchsteuern und Zölle) festlegen soll.

II. Besonderer Teil

Zu § 1

Es handelt sich bei der vorgesehenen Umsatzsteuerstatistik für 1964 nicht um eine neue Statistik, sondern um die Fortführung der von 1954 bis 1962 alljährlich wiederholten Erhebungen. Durch den Verzicht auf eine Umsatzsteuerstatistik für 1963 wird eine ins Gewicht fallende Kostenersparnis sowie auch eine erhebliche Arbeitsersparnis bei den Finanzämtern und der amtlichen Statistik erreicht.

¹⁾ BGBl. I vom 5. Juni 1965 S. 441. — ²⁾ Bundestagsdrucksache Nr. 2847 vom 15. Dezember 1964 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben).

Zu § 2

Die Erhebung soll in der stark vereinfachten Form durchgeführt werden wie die Umsatzsteuerstatistiken für die Kalenderjahre 1955 bis 1961 (bei den Umsatzsteuerstatistiken für die Kalenderjahre 1954 und 1962 handelt es sich dagegen um umfassende Erhebungen). Das Erhebungsverfahren ist das gleiche wie in den Vorjahren. Die Finanzämter leiten den Statistischen Landesämtern für jeden Steuerpflichtigen ein sogenanntes Adremablatt zu. In diesem Blatt werden mit Hilfe der Adreßplatten die Steuernummer und die Gewerkekennziffer mit Zusatzschlüssel eingedruckt. Aus den Umsatzsteuer-Überwachungsbogen werden sodann handschriftlich folgende Merkmale übertragen

- a) Gesamtumsatz im Kalenderjahr 1964 und im Vorjahr;
- b) mit eins vom Hundert besteuerte Umsätze im Kalenderjahr 1964;
- c) Umsatzsteuervorauszahlungen für das Kalenderjahr 1964.

Die Erfassung der mit 1 v. H. besteuerten Umsätze ermöglicht — mit gewissen Einschränkungen — eine Trennung der Umsätze nach gewerblichen und nichtgewerblichen Abnehmern und bildet damit u. a. ein Hilfsmittel für die Ermittlung des privaten Verbrauchs. Bei mit 1 v. H. besteuerten Umsätzen handelt es sich in der Hauptsache um die nach § 7 Abs. 3 des Umsatzsteuergesetzes besteuerten Großhandelslieferungen.

Die Statistik beschränkt sich auf rd. 1,7 Millionen Steuerpflichtige, da die landwirtschaftlichen Unternehmen und die Steuerpflichtigen mit Jahresumsätzen unter 12 000 DM (bei freien Berufen und Handelsvertretern unter 20 000 DM) von der Umsatzsteuer befreit sind.

Dem sekundär-statistischen Charakter der Umsatzsteuerstatistik entsprechend werden die Steuerpflichtigen selbst durch die Erhebung nicht berührt.

Zu § 3

Diese Bestimmung dient der Klarstellung, daß die Vorschriften der Abgabenordnung über die Unverletzlichkeit des Steuergeheimnisses auch für den statistischen Aufbereitungsgang und für die mit der Durchführung der Statistik befaßten Personen in statistischen Behörden gelten.

Zu § 4

Enthält die übliche Berlin-Klausel.

III. Kosten der Statistik

Die Kosten der Statistik werden für die Länder auf insgesamt 1 052 000 DM veranschlagt; davon entfallen rd. 805 000 DM auf persönliche und rd. 247 000 DM auf sächliche Kosten. Für den Bund entstehen keine zusätzlichen Kosten. In dem Betrag von 1 052 000 DM sind auch die Ausgaben für eine Nachweisung der Umsätze nach Landkreisen und kreisfreien Städten enthalten, die von den Ländern für notwendig gehalten wird.

Gesetz über eine Gewerbesteuerstatistik für das Kalenderjahr 1958

Vom 23. Dezember 1960¹⁾

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Im Geltungsbereich dieses Gesetzes, mit Ausnahme des Saarlandes, wird eine Statistik der Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag und dem Gewerbekapital, eine Statistik der Zerlegungsanteile sowie eine Statistik der Lohnsummensteuer für das Kalenderjahr 1958 durchgeführt.

§ 2

(1) Die Statistik der Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag und dem Gewerbekapital erfaßt die im Gewerbesteuermeßbescheid 1958 enthaltenen Tatbestände; die Statistik der Zerlegungsanteile erfaßt die im Zerlegungsbescheid 1958 enthaltenen Tatbestände. Als Zählpapiere dienen die Durchschriften der Gewerbesteuermeßbescheide und der Zerlegungsbescheide.

(2) Bei der Statistik der Lohnsummensteuer sind für das Kalenderjahr 1958 oder das Rechnungsjahr 1958 von den Gemeinden, die eine Lohnsummensteuer erheben, aus den Steuerakten folgende Tatbestände über die steuerpflichtigen Unternehmen in ein Statistisches Blatt zu übertragen:

Steuernummer und Gewerbezug,
Zweigstelle nach § 17 GewStG,
Betrag der Lohnsumme nach § 24 GewStG,
Freibetrag nach § 23 Abs. 2 GewStG,
steuerpflichtige Lohnsumme,
Steuersollbetrag für das Kalenderjahr 1958,
Hebesätze für die Lohnsummensteuer.

Begründung²⁾

I. Allgemeiner Teil

Die Gewerbesteuer ist heute die wichtigste Steuerquelle der Gemeinden. Ihr Anteil an den gemeindlichen Steuereinnahmen ist von rd. 30 vom Hundert in der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg über 47 vom Hundert im Rechnungsjahr 1950 auf 73 vom Hundert im Rechnungsjahr 1958 gestiegen. Das kassenmäßige Ist-Aufkommen aus der Gewerbesteuer hat sich von 1,3 Mrd DM im Rechnungsjahr 1950 auf 5,6 Mrd DM im Rechnungsjahr 1958, also um mehr als das Vierfache, erhöht. Das Verhältnis zwischen den kassenmäßigen Einnahmen aus der Gewerbesteuer einerseits und aus der veranlagten Einkommen- und Körperschaftsteuer andererseits hat sich von 1:2,7 im Jahre 1950 auf 1:2 im Jahre 1958 verschoben. Diese Aufkommensentwicklung bringt zum Ausdruck, daß die Steuereinnahmen der Gemeinden sich in zunehmendem Maße auf die Ertragskraft der gewerblichen Wirtschaft stützen.

In dieser Entwicklung liegt eine wesentliche Ursache für die Bestrebungen nach einer grundlegenden Reform des gemeindlichen Steuersystems im allgemeinen und einer Reform der Gewerbesteuer im besonderen.

Reformmaßnahmen bei der Gewerbesteuer setzen eine Orientierung über die Ertrags- und Kapitalverhältnisse der gewerblichen Wirtschaft nach Ertragsgruppen und Wirtschaftszweigen, über die Zusammenhänge zwischen Gewinn und Betriebsvermögen und über die Auswirkungen des Systems der Hinzurechnungen und der Kürzungen voraus. Aus der laufend durchgeführten Finanzstatistik liegen nur Unterlagen über die Ist-Einnahmen aus der Gewerbe- und Lohnsummensteuer und über die Hebesätze vor. Es fehlen Zahlen über das Steuersoll und über den Anteil der Vorauszahlungen und der Abschlußzahlungen an den Ist-Einnahmen.

Bisher ist nur in den Jahren 1937 und 1938 eine Gewerbesteuerstatistik durchgeführt worden. Ihre Ergebnisse liegen 20 Jahre zurück und sind völlig überholt. Die reichsrechtliche Regelung der Gewerbesteuer durch das Realsteuereinführungsgesetz und das Gewerbesteuerengesetz vom 1. Dezember 1936 bot damals erstmalig die Möglichkeit zu einer einheitlichen Gewerbesteuerstatistik für das ganze Reichsgebiet. Als Unterlagen für die Statistik der Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag und nach dem Gewerbekapital dienten die Durchschriften der Gewerbesteuermeß- und Zerlegungsbescheide; die Statistik der Lohnsummensteuer beruhte auf einem von den Reichsministern des Innern und der Finanzen vorgeschriebenen einheitlichen Muster (Lohnsummensteuer-Sollbuch), das im Ministerialblatt des Reichs- und Preussischen Ministeriums des Innern 1937 S. 1241 veröffentlicht ist. Ziel der Statistik war, die Wirkungen des neuen Gewerbesteuergesetzes zahlenmäßig zu untersuchen, einen Überblick über die Höhe und Zusammensetzung der Besteuerungsgrundlagen in den einzelnen Reichsteilen und den verschiedenen Gewerbebezügen zu erlangen und für Zwecke des Finanzausgleichs Unterlagen über die Gewerbesteuermeßbeträge in den einzelnen Gemeinden zu gewinnen. Die Ergebnisse der Statistik sind in »Statistik des Deutschen Reichs« Bd. 537 I und II veröffentlicht.

¹⁾ BGBl. I vom 29. Dezember 1960 S. 1071. — ²⁾ Bundestagsdrucksache Nr. 1624 vom 16. Februar 1960 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben).

§ 3

Die mit der Durchführung der Gewerbesteuerstatistik befaßten Personen in statistischen Behörden sind Amtsträger im Sinne des § 22 der Reichsabgabenordnung vom 22. Mai 1931 (Reichsgesetzbl. I S. 161) in der zur Zeit geltenden Fassung.

§ 4

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 5

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.
Bonn, den 23. Dezember 1960

Der Bundespräsident
Lübke

Für den Bundeskanzler
Der Bundesminister für Verkehr
Seehofer

Der Bundesminister der Finanzen
Eitel

Die Ergebnisse der Gewerbesteuerstatistik sind jedoch nicht nur für finanz- und steuerpolitische Überlegungen von Bedeutung. Gewerbeertrag und Gewerbekapital stellen wichtige volkswirtschaftliche Meßgrößen dar. Die aus anderen Steuerstatistiken (so insbesondere aus den Statistiken der Steuern vom Einkommen) vorhandenen Materialien werden insoweit durch die Gewerbesteuerstatistik für allgemeine Zwecke der Wirtschafts- und Sozialstatistik sinnvoll ergänzt.

Die alsbaldige Durchführung einer neuen Gewerbesteuerstatistik ist aus staatspolitischen Gründen unaufschiebbar. Als Erhebungsjahr ist das Kalenderjahr 1958 vorgesehen. Die Gewerbesteuerstatistik soll u. a. auch das Grundmaterial zur Prüfung der Frage liefern, ob und inwieweit eine Gewerbesteuerreform durchgeführt werden muß. Sie soll deshalb insbesondere Aufschluß über folgende Fragen geben:

1. inwieweit der einheitliche Steuermeßbetrag aus dem Gewerbeertrag oder aus dem Gewerbekapital stammt,
2. wie sich die verschiedenen Hinzurechnungen und Kürzungen auswirken, die nach den §§ 8, 9 und 12 GewStG vorzunehmen sind, um aus dem Gewinn den Gewerbeertrag und aus dem Einheitswert des gewerblichen Betriebes das Gewerbekapital zu ermitteln,
3. wie sich die Steuermeßbeträge, die Besteuerungsgrundlagen sowie die Hinzurechnungen und Kürzungen auf natürliche und juristische Personen, auf die verschiedenen Gewerbeertragsgruppen und auf die einzelnen Gewerbebezüge verteilen.

Die statistische Erfassung der Lohnsummensteuer, die neben der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital erhoben wird, soll das aus der Gewerbesteuerstatistik zu gewinnende Bild über die Steuerbelastung der Wirtschaft vervollständigen. Die Statistik soll insbesondere die Verteilung der Lohnsummensteuer auf die einzelnen Gewerbebezüge und auf die Betriebsgrößen nachweisen. Erfaßt werden nur die steuerpflichtigen Unternehmen mit einer Lohnsumme von mehr als 3600 DM in den rd. 1000 Lohnsummensteuer erhebenden Gemeinden.

II. Besonderer Teil

Zu § 1

Die Gewerbesteuerstatistik soll im Bundesgebiet und in Berlin (West) als einmalige Erhebung für das Kalenderjahr 1958 durchgeführt werden. Sie erstreckt sich auf eine Statistik der Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag und dem Gewerbekapital sowie auf eine Statistik der Lohnsummensteuer. Da es sich um die erste Statistik dieser Art seit 20 Jahren handelt, muß sie möglichst umfassend gestaltet werden. Das Repräsentativverfahren ist wegen der verhältnismäßig tiefen Gliederung der Ergebnisse, insbesondere auch in fachlicher (Gliederung nach Wirtschaftszweigen) und in regionaler Hinsicht nicht anwendbar. Zudem fehlen zuverlässige Unterlagen für die Stichprobenplanung.

Zu § 2 Abs. 1

Die Gewerbesteuerstatistik greift als Sekundärstatistik auf die bei den Finanzverwaltungen im Veranlagungsprozeß anfallenden Unter-

lagen zurück. Aus diesen Zählpapieren werden die Angaben über den Gewinn und den Einheitswert, über die Hinzurechnungen und Kürzungen nach Arten, über den Gewerbeertrag und das Gewerbekapital sowie über den einheitlichen Steuermeßbetrag ausgewertet. Die Statistik wird so auf die für Bundeszwecke unverzichtbare Erfassung der im Gewerbesteuermeßbescheid enthaltenen Merkmale beschränkt. Eine gemeindeweise Erfassung der Zerlegungsanteile nach den Zerlegungsbescheiden (Zerlegung des einheitlichen Meßbetrages auf die Gemeinden, wenn gewerbliche Betriebsstätten in mehreren Gemeinden unterhalten werden) ist nicht vorgesehen. Eine derartige Ausweitung der Statistik würde bei den Finanzverwaltungen zu einer starken Mehrarbeit führen und die Kosten der Statistik erheblich erhöhen. Der zusätzliche Erkenntniswert ist demgegenüber verhältnismäßig gering. Über die Gewerbesteuerkraft der Gemeinden gibt bereits die Finanzstatistik hinlänglich Auskunft, so daß insbesondere für Zwecke des Finanzausgleichs weitere Unterlagen nicht benötigt werden. Nicht erkennbar wird bei einem Verzicht auf eine Zerlegungsstatistik die tatsächliche Gewerbesteuerbelastung von Unternehmen, die in mehreren Gemeinden Betriebsstätten unterhalten. Die Zahl dieser Unternehmen ist, gemessen an der Gesamtzahl der gewerblichen Betriebe, verhältnismäßig gering. Für die Mehrzahl der Unternehmen, insbesondere für die Klein- und Mittelbetriebe, die nur über eine örtliche Betriebsstätte verfügen, wird die tatsächliche Gewerbesteuerbelastung aber erkennbar.

Zu § 2 Abs. 2

Für die Statistik der Lohnsummensteuer müssen die Gemeinden aus den Steuerakten die für die Statistik erforderlichen Merkmale in ein Statistisches Blatt übertragen, weil hier Steuerbescheide in der Regel nicht zur Verfügung stehen.

Zu § 3

Diese Bestimmung dient der Klarstellung, daß die Vorschriften der Abgabenordnung über die Unverletzlichkeit des Steuergeheimnisses auch für den statistischen Aufbereitungsgang und für die mit der Durchführung der Statistik befaßten Personen an statistischen Behörden gelten.

Zu § 4

Enthält die übliche Berlin-Klausel.

III. Kosten der Statistik

Die Kosten der Statistik werden bei den Ländern auf 1,9 Mio DM veranschlagt, davon entfallen 1,4 Mio DM auf persönliche und 0,5 Mio DM auf sächliche Ausgaben. Dem Bund entstehen nur Veröffentlichungskosten, die aus laufenden Haushaltsmitteln gedeckt werden.

Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen

Gesetz über die Preisstatistik

Vom 9. August 1958¹⁾

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Im Geltungsbereich dieses Gesetzes wird eine Preisstatistik als Bundesstatistik durchgeführt.

§ 2

Die Statistik erstreckt sich auf

1. Preise für land- und forstwirtschaftliche und gewerbliche Güter auf der Stufe der Erzeugung oder Gewinnung, der Be- und Verarbeitung, des Großhandels, des Einzelhandels und des Außenhandels,
2. Preise und Entgelte für Werk- und Dienstleistungen, soweit nicht in Nummer 3 genannt,
3. Preise und Entgelte für Verkehrsleistungen sowie Entgelte für die Vercharterung von Schiffen,
4. Mieten und Pachten für Räume und Grundstücke,
5. Preise für Grundstücke.

§ 3

(1) Die Statistik nach § 2 Nr. 1 erfaßt die Preise für nach Art, Sorte, Qualität und Handelsbedingungen bezeichnete Güter.

(2) Auskunftspflichtig sind die landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und gewerblichen Unternehmen, Behörden und Einrichtungen. Die Erhebungen werden bei höchstens 25 000 Auskunftspflichtigen durchgeführt.

§ 4

(1) Die Statistik nach § 2 Nr. 2 erfaßt die Preise und Entgelte für nach Arten und Merkmalen bezeichnete Werk- und Dienstleistungen.

(2) Auskunftspflichtig sind die Unternehmen und selbständig tätigen Personen des Werk- und Dienstleistungsbereichs sowie Behörden und Einrichtungen. Die Erhebungen werden bei höchstens 10 000 Auskunftspflichtigen durchgeführt.

§ 5

(1) Die Statistik nach § 2 Nr. 3 erfaßt die Preise und Entgelte für nach Arten und Merkmalen bezeichnete Leistungen und Nebenleistungen im Verkehr sowie die Entgelte für die Vercharterung von nach Arten bezeichneten Schiffen.

(2) Auskunftspflichtig sind die Unternehmen und selbständig tätigen Personen, die Verkehrsleistungen erbringen oder vermitteln oder — in Fällen der Einfuhr von Gütern — in Anspruch nehmen, Schiffsmieten bezahlen oder erhalten sowie Behörden und Einrichtungen des Verkehrswesens.

§ 6

(1) Die Statistik nach § 2 Nr. 4 erfaßt

1. die Mieten und Pachten einschließlich Umlagen und Zuschläge für nach Arten und Merkmalen bezeichneten Wohnraum und Gewerberaum,
2. die Mieten und Pachten für nach Arten und Merkmalen bezeichnete Grundstücke.

(2) Auskunftspflichtig sind die Vertragsparteien. Die Erhebungen werden bei höchstens 25 000 Auskunftspflichtigen durchgeführt.

§ 7

(1) Die Statistik nach § 2 Nr. 5 erfaßt die Preise für nach Arten und Merkmalen bezeichnete Grundstücke.

(2) Auskunftspflichtig sind die Finanzämter.

§ 8

(1) Die Erhebungen nach §§ 3 bis 7 finden monatlich statt.

(2) Bei lebenswichtigen Gütern oder Dienstleistungen können die Erhebungen in kürzeren Zeitabständen durchgeführt werden, soweit wirtschaftspolitische Gründe es zwingend erfordern.

(3) Bei Gütern oder Dienstleistungen, bei denen Preisveränderungen nur in längeren Zeitabständen aufzutreten pflegen, können die Erhebungen in größeren Zeitabständen durchgeführt werden.

(4) Die Bundesregierung bestimmt durch Rechtsverordnung, welche nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, die Durchführung der Erhebungen nach den Absätzen 2 und 3.

§ 9

(1) Die Statistik wird hinsichtlich der Preise für Leistungen des Post- und Fernmeldewesens, für Verkehrsleistungen der Eisenbahnen und der Preise und Entgelte für Seeverkehrsleistungen sowie hinsichtlich der Entgelte für die Vercharterung von Schiffen vom Statistischen Bundesamt erhoben und aufbereitet, soweit nicht die Bundesregierung gemäß § 9 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) etwas anderes bestimmt.

(2) Absatz 1 gilt hinsichtlich der Preise für Verkehrsleistungen der Eisenbahn nicht im Land Berlin.

§ 10

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

§ 11

Dieses Gesetz gilt im Saarland von dem Zeitpunkt an, zu dem das Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) im Saarland in Kraft tritt.

§ 12

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 9. August 1958

Der Bundespräsident
Theodor Heuss

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Ludwig Erhard

Der Bundesminister für Wirtschaft
Ludwig Erhard

Begründung²⁾

A. Allgemeiner Teil

I. Historische Entwicklung der Preisstatistik und ihrer Rechtsgrundlagen

Mit der Wiederaufnahme der statistischen Arbeiten nach dem Kriege wurde auch die früher durch das Statistische Reichsamt durchgeführte Preisstatistik wiederaufgebaut. Entsprechend dem

föderalistischen Aufbau des Nachkriegsdeutschlands und seiner Aufgliederung in Besatzungszonen waren es im Gebiet der Bundesrepublik die Statistischen Landesämter der amerikanischen und die Zonenämter der britischen und französischen Besatzungszonen, in deren Händen zunächst die Preisstatistiken lagen. Mit der Vereinigung der amerikanischen und der britischen Besatzungszone und der Errichtung eines Statistischen Amtes des Vereinigten Wirtschaftsgebiets mit Gesetz vom 21. Januar 1948 (WiGBI. S. 19) wurde eine Vereinheitlichung auf dem Gebiete der Preisstatistik für diesen regionalen Bereich herbeigeführt. Nach Gründung der Bundesrepublik

¹⁾ BGBl. I vom 21. August 1958 S. 605. — ²⁾ Bundestagsdrucksache Nr. 44 vom 30. November 1957 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben).

wurde durch Verordnung vom 31. März 1950 (VO über die Erstreckung von Recht der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebiets auf dem Gebiet der Statistik auf die Länder Baden, Rheinland-Pfalz, Württemberg-Hohenzollern und den bayerischen Kreis Lindau — BGBl. 1950 S. 81) auch die französische Besatzungszone in den Geltungsbereich dieses Gesetzes und in den Wirkungsbereich der Gemeinsamen Anordnung der Verwaltungen des Vereinigten Wirtschaftsgebiets zur Durchführung von Statistiken vom 1. Juni 1949 (Öffentlicher Anzeiger für das VWG Nr. 50 vom 25. Juni 1949) einbezogen. Diese Anordnung hat die Durchführungen der Preisstatistiken rechtlich verankert. Sie galt bis zum Erlaß des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314) als rechtliche Grundlage für die amtlichen Preiserhebungen. Von da ab wurden die Preisstatistiken auf Grund des § 16 StatGes in ihrem derzeitigen Umfange als Bundesstatistiken durchgeführt mit der Maßgabe, daß sie spätestens zwei Jahre nach Inkrafttreten des Statistischen Gesetzes durch besonderes Gesetz anzuordnen sind. Die Frist von zwei Jahren wurde durch Gesetz vom 8. August 1955 (BGBl. I S. 507) um weitere zwei Jahre verlängert. Diese Anordnungen machen den Erlaß eines Gesetzes über die Preisstatistik erforderlich.

II. Zweck und Bedeutung der Preisstatistik

Eine marktwirtschaftlich ausgerichtete Volkswirtschaft ist in besonderem Maße auf zuverlässige, regelmäßig dargebotene und umfassende Orientierungsmöglichkeiten über Preise und Preisbewegungen, d. h. auf eine Preisstatistik, angewiesen, die gewissen, durch das allgemeine Interesse bestimmten Ordnungsprinzipien in fachlicher und regionaler Hinsicht unterliegt. Sie ist als eine nach übergeordneten Gesichtspunkten fortlaufend und systematisch vorgenommene Erhebung unentbehrlich für die Durchführung von Wirtschaftsanalysen sowie die Verfolgung wirtschafts- und sozialpolitischer Zwecke; sie dient einer großen Zahl von amtlichen Stellen, Verbänden, Betrieben, Instituten und Privatpersonen als Arbeitsunterlage. Unberührt bleiben Maßnahmen der Preisverwaltung, die sich auf Preisbildung und Preisüberwachung beziehen.

III. Erhebungsprogramm der Preisstatistik

Entsprechend der Vielfältigkeit der Marktvorgänge ist auch die Preisstatistik in ein vielgestaltiges System von Preiserhebungen gegliedert, da nur die Kenntnis der Preisvorgänge bei den verschiedenen Güterarten und Leistungen und auf den verschiedenen Marktstufen die zur Beurteilung der Preisverhältnisse und Preisbewegungen notwendigen Aufschlüsse vermittelt. Die Gliederung entspricht den Erfordernissen einer Beobachtung des Preisgefüges und der Preisentwicklung innerhalb des volkswirtschaftlichen Güter- und Leistungskreislaufs. Sie unterscheidet die zu erhebenden Preise in Preiserhebungen für Güter, Preiserhebungen für Leistungen und Preiserhebungen für Grundstücke.

Die Güterpreise (§ 2 Nr. 1) werden in verschiedenen Wirtschaftsbereichen und verschiedenen Marktstufen erhoben. Die Wirtschaftsbereiche umfassen:

Land- und Forstwirtschaft,
Gütererzeugende Gewerbe (einschließlich Handwerk),
Ein- und Ausfuhrwesen sowie Binnengroßhandel (einschließlich Gemeinschaftsein- und -verkauf und Verlagswesen),
Einzelhandel,
Öffentlicher Dienst.

Die Marktstufen werden unterschieden nach Erzeugerstufe, Ein- und Ausfuhrstufe, Großhandelsstufe und Einzelhandelsstufe.

Die Leistungspreise (§ 2 Nr. 2 bis 4) beziehen sich auf

- a) Werk- und Dienstleistungen der gütererzeugenden Gewerbe und des Baugewerbes einschließlich Reparaturhandwerk, des privaten Dienstleistungsgewerbes und des öffentlichen Dienstes,
- b) Werk- und Dienstleistungen der Verkehrswirtschaft,
- c) die Gebrauchsüberlassung von Räumen und Grundstücken.

Die Grundstückspreise (§ 2 Nr. 5) beziehen sich auf die bei Veräußerung und Erwerb von Grundstücken vertraglich vereinbarten Preise.

Infolge der Mannigfaltigkeit des Güter- und Leistungsaustausches können die Preiserhebungen naturgemäß nur auf repräsentativer Grundlage durchgeführt werden. Die Repräsentation erfolgt durch eine Auswahl von Auskunftspflichtigen (Preisberichtsstellen) unter gleichzeitiger Beschränkung auf ausgewählte Artikel oder Leistungen aus dem Tätigkeitsbereich der Berichtsstellen. Bei der Auswahl der Preisberichtsstellen muß der regionalen Standortverteilung der einzelnen Wirtschaftszweige und der Marktbedeutung der Betriebe Rechnung getragen werden. Im Bereich der güterproduzierenden Gewerbe verlangt die stark arbeitsteilige Organisation der deutschen Wirtschaft eine breite Streuung der Berichtsstellen, was gleichzeitig mit sich bringt, daß jede Berichtsstelle nur hinsichtlich der Preise für einige Güter oder Dienstleistungen in Anspruch genommen werden kann. Für die einzelnen Waren oder Leistungen muß jedoch eine gewisse Mindestzahl von Preisangaben vorliegen, um eine richtige Preiserfassung im Durchschnitt des Erhebungsgebietes zu gewährleisten.

Die Organisation der Statistik folgt im allgemeinen dem festgelegten Arbeitsschnitt zwischen Bund und Ländern. Danach sind — mit Ausnahme nach § 9 Abs. 1 — die Länder mit den Erhebungen der Preise befaßt, die vielfach als Einzelpreise an das Statistische Bundesamt weitergegeben werden. Soweit aus Zweckmäßigkeitsgründen in Einzelfällen von der allgemeinen Regelung abgewichen wird (z. B. bei zentral festgelegten Tarifen etc.), geschieht das im Einvernehmen mit den zuständigen Länderbehörden. Die Auswertung der Erhebungsunterlagen für Bundeszwecke in Form der Berechnung von Bundesdurchschnittspreisen und Indexzahlen erfolgt im Statistischen Bundesamt.

Im einzelnen umfaßt das Erhebungsprogramm der in diesem Gesetz im Rahmen angeordneten Preisstatistik nach dem gegenwärtigen Stand folgende Preiserhebungen:

Güter- und Leistungspreise (gemäß § 2 Nr. 1 und 2)

1. Statistik der Erzeugerpreise im Inland zur Erfassung von Erzeugerabsatz- bzw. Großhandelseinkaufspreisen für rd. 90 land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse sowie rd. 1200 Rohstoffe, Halb- und Fertigwaren der gewerblichen Wirtschaft einschließlich Gas und Wasser sowie Elektrizität in rd. 2500 ausgewählten Betrieben, Genossenschaften, Preisnotierungskommissionen, Marktverwaltungen u. dgl.
2. Statistik der Ausführpreise von rd. 1000 Waren hauptsächlich industrieller Herkunft in 400 ausgewählten Betrieben.
3. Statistik der Einfuhrpreise von rd. 400 Waren, hauptsächlich von Rohstoffen und Halbwaren, in rd. 300 ausgewählten Betrieben.
4. Statistik der Großhandelspreise zur Feststellung von Großhandelsverkaufspreisen von rd. 500 Waren in rd. 1000 Betrieben.
5. Statistik der Verbraucherpreise sämtlicher Betriebsmittel der Landwirtschaft für rd. 100 landwirtschaftliche Betriebsmittel und Leistungen in rd. 7900 Genossenschaften, Einzelhandelsgeschäften, Handwerksbetrieben und Innungen.
6. Statistik der Preise wichtiger Baustoffe und Bauleistungen einschließlich Baunebenleistungen und Bauarbeiterlöhnen in Bauämtern bzw. 5000 Betrieben.
7. Statistik der Einzelhandelspreise und sonstiger Preise für die Lebenshaltung für rd. 520 Waren und Leistungen in 15000 ausgewählten Betrieben des Einzelhandels, des Handwerks, der Dienstleistungsgewerbe und der öffentlichen Versorgung.

Preise und Entgelte für Verkehrsleistungen (gemäß § 2 Nr. 3)

8. Statistik der Verkehrspreise zur Erfassung von Personenfahrgeldern und Frachtsätzen im Eisenbahnverkehr, Preisen und Entgelten im gewerbmäßigen Straßenpersonen- und -güterverkehr, Entgelten der Binnenschifffahrt, Frachtraten für die im Seeverkehr wichtigen Beförderungsgüter und Verkehrswege sowie zur Erfassung von Luftverkehrspreisen. Berichtsstellen sind z. B. die Deutsche Bundesbahn, der Verband der nicht-bundeseigenen Eisenbahnen, die Unternehmungen, Verbände und Genossenschaften des gewerbmäßigen Straßenpersonen- und -güterverkehrs sowie der Binnenschifffahrt, die Reeder, Ausrüster, Schiffsagents und Befrachtungsmakler bzw. deren Verbände, Fluggesellschaften.

Mieten und Pachten (gemäß § 2 Nr. 4)

9. Statistik der Mieten für rd. 5000 Wohnungen.

Die in dieser Aufstellung genannten Zahlen an Gütern, Leistungen und Berichtsstellen entsprechen dem derzeitigen Stande. Um jedoch etwas Spielraum für eventuell erforderlich werdende Änderungen im Aufbau der Statistiken vorzusehen, ist in den Zahlen der §§ 3, 4 und 6 ein Aufschlag enthalten. Diese Zahlen sind damit als Höchstzahlen anzusehen.

Für die Erhebungen ist in der Regel die schriftliche Befragungsvorgang vorgesehen; für besondere Gebiete, z. B. Einzelhandel mit Bekleidung und Hausrat, empfiehlt sich die Preiserhebung im Wege der persönlichen Befragung.

B. Besonderer Teil

Zu § 2

§ 2 umschreibt den allgemeinen Umfang der Preisstatistik, der in den §§ 3 bis 7 materiell noch im einzelnen näher festgelegt und begrenzt wird.

Zu § 3

§ 3 umreißt die Tatbestände, die im Rahmen der Preiserhebungen für Güter regelmäßig benötigt werden. Dabei wird neben dem eigentlichen Preis auch auf die Erfassung etwa gewährter Rabatte Wert gelegt.

Zu § 4

§ 4 behandelt die Erhebung von Preisen und Entgelten für Werk- und Dienstleistungen der verschiedensten Art, die von Betrieben des gütererzeugenden Gewerbes einschließlich Reparaturhandwerk, des privaten Dienstleistungsgewerbes und des öffentlichen Dienstes erbracht werden. Insbesondere handelt es sich hier auch um die

Erfassung der Leistungen der Bauwirtschaft im Hoch- und Tiefbau; neben den Preisen für Reparaturen, Friseurarbeiten usw. der produzierenden und handwerklichen Gewerbe kommen hier ferner Preise für Kinokarten und dgl. in Betracht.

Für die Leistungen der öffentlichen Versorgung gelten meist öffentliche Tarife. Dies erleichtert die Preisfeststellung wesentlich und läßt die Inanspruchnahme von verhältnismäßig wenigen Berichtsstellen zu.

Die Abweichung in der Bezeichnung der Auskunftspflichtigen gegenüber § 3 Abs. 2 beruht darauf, daß freie Berufe keine gewerblichen Unternehmen sind.

Zu § 5

§ 5 regelt die Erhebung von Preisen und Entgelten für Verkehrsleistungen der öffentlichen und privaten Verkehrsunternehmen. Im Eisenbahnverkehr, Güterfernverkehr mit Kraftfahrzeugen und Binnenschiffsverkehr werden ganz oder z. T. Festpreise angewandt; dadurch wird die Preisfeststellung bei diesen Verkehrsträgern wesentlich erleichtert.

Zu § 6

§ 6 regelt die Durchführung von Erhebungen kleineren Umfanges zur laufenden Beobachtung der Mietenentwicklung. Umfassende Erhebungen, wie sie im Zusammenhang mit der Wohnungszählung von 1950 durchgeführt wurden und für 1956/57 in ähnlicher Weise vorgesehen sind, werden auch künftig Gegenstand besonderer gesetzlicher Regelung bleiben. An dieser Stelle handelt es sich hingegen lediglich um eine laufende Erfassung der Wohnungsmieten, die mit der zunehmenden Lockerung auf wohnungswirtschaftlichem Gebiet notwendig geworden und im Rahmen der Entwicklung der Lebenshaltungskosten von besonderer Bedeutung ist. Hierbei ist eine Aufteilung der Mieten nach reinen Mieten und nach Gebühren und Zuschlägen vorgesehen, um die Ursache der Veränderung der Gesamtmiete erkennen zu können.

Die mietrechtliche Freigabe der gewerblich genutzten Räume und die daraus zu erwartende Entwicklung läßt es angezeigt erscheinen, auch eine Möglichkeit zu Preiserhebungen auf diesem Gebiet zu schaffen. Ferner sieht das Gesetz die dringend notwendig gewordene Erstreckung der Preisstatistik auf die Mieten und Pachten für Grundstücke vor, deren Miterfassung im Rahmen der in Absatz 2 genannten Höchstzahl auskunftspflichtiger Berichtsstellen möglich ist.

Zu § 8

Die Periodizität der Erhebungen wird in dieser Vorschrift für alle Preisstatistiken gemeinsam grundsätzlich auf monatliche Befragung festgesetzt. Eine Möglichkeit zur häufigeren Erhebung muß jedoch für die Waren offengehalten werden, die wegen ihrer wirtschaftlichen Bedeutung oder infolge besonderer Empfindlichkeit gegenüber saisonalen oder außenwirtschaftlichen Einflüssen (Kartoffeln, Gemüse, Obst und einige wichtige Einfuhr Güter, wie z. B. NE-Metalle) sehr starken Preisschwankungen unterliegen. Bei den kurzfristigen Preiserhebungen handelt es sich mit Ausnahme von Erhebungen für 30 wichtige Nahrungsmittel und andere Bedarfsartikel, für welche laufend wöchentlich erhoben wird, um vorübergehende, auf kurze Zeitabschnitte (z. B. in der Saison oder während rapider Preisentwicklung) beschränkte Feststellungen. Zum Zwecke der Entlastung der Berichtsstellen genügt andererseits bei manchen Gütern, vor allem in Zeiten ruhiger Preisbewegung, oder soweit Unterlagen z. B. über Tarife bei behördlichen Stellen vorliegen, eine Erhebung in längeren Zeitabständen.

Zu § 9

Eine zentrale Bearbeitung dieser Statistik durch den Bund ist notwendig, weil bei der Post, bei den Eisenbahnen und bei der Seeschifffahrt eine Begrenzung der Verkehrsleistungen auf die einzelnen Bundesländer im allgemeinen nicht möglich ist und sich verkehrswirtschaftliche und verkehrspolitische Maßnahmen zum überwiegen- den Teil auf das gesamte Bundesgebiet beziehen.

Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Preisstatistik

Vom 29. Mai 1959¹⁾

Auf Grund des § 8 Abs. 4 des Gesetzes über die Preisstatistik vom 9. August 1958 (Bundesgesetzbl. I S. 605) verordnet die Bundesregierung:

§ 1

(1) Die Statistik nach § 2 Nr. 1 des Gesetzes wird hinsichtlich der Erzeuger- und Großhandelspreise für Speisekartoffeln, Gemüse und Obst,
der Preise für Schlacht-, Nutz- und Zuchtvieh an den Viehmärkten,
der Preise für Seefische einschließlich Heringe auf allen Handelsstufen,
der Notierungen für Nichteisenmetalle an den Metallmärkten
an allen Tagen, an denen Umsätze stattfinden (Markttagen), durchgeführt.

(2) Die Statistik nach § 2 Nr. 1 des Gesetzes wird hinsichtlich der Großhandels- und Verbraucherpreise für höchstens 30 Nahrungsmittel wöchentlich durchgeführt.

(3) Die Statistik nach § 2 Nr. 1 des Gesetzes wird hinsichtlich der Erzeugerpreise für Getreide,
der Erzeuger- und Großhandelspreise für Eier,
der Verbraucherpreise für Kartoffeln, Gemüse und Obst in den Monaten Mai bis Oktober
zweimal monatlich durchgeführt.

§ 2

(1) Die Statistik nach § 2 Nr. 1 des Gesetzes wird hinsichtlich der Saatgutpreise auf allen Handelsstufen,
der Erzeugerpreise für Erzeugnisse des Stahlbaus,
der Verbraucherpreise für Pflanzenschutzmittel
viermal jährlich durchgeführt.

(2) Die Statistik nach § 2 Nr. 1 des Gesetzes wird hinsichtlich der Düngemittelpreise im Inlandsverkehr auf allen Handelsstufen, ausgenommen Düngekalk,
der Erzeugerpreise für Zuckerrüben und inländischen Tabak
einmal jährlich durchgeführt.

(3) Die Statistik nach § 2 Nr. 2 des Gesetzes wird hinsichtlich der Preise für Bauleistungen vierteljährlich durchgeführt.

(4) Die Statistik nach § 2 Nr. 4 des Gesetzes wird hinsichtlich der Wohnungsmieten vierteljährlich durchgeführt.

§ 3

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 10 des Gesetzes über die Preisstatistik auch im Land Berlin.

§ 4

Diese Verordnung gilt im Saarland von dem Zeitpunkt an, zu dem das Gesetz über die Preisstatistik im Saarland in Kraft tritt.

§ 5

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 29. Mai 1959

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Ludwig Erhard

Der Bundesminister für Wirtschaft
Ludwig Erhard

¹⁾ Bundesanzeiger Nr. 104 vom 4. Juni 1959 S. 1.

Verordnung
zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Preisstatistik
Vom 19. August 1960¹⁾

Auf Grund des § 8 Abs. 4 des Gesetzes über die Preisstatistik vom 9. August 1958 (Bundesgesetzbl. I S. 605) verordnet die Bundesregierung:

Artikel 1

Die Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Preisstatistik vom 29. Mai 1959 (Bundesanzeiger Nr. 104 vom 4. Juni 1959) wird wie folgt geändert:

§ 2 Abs. 4 wird gestrichen.

Artikel 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 10 des Gesetzes über die Preisstatistik auch im Land Berlin.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. August 1960 in Kraft.

Bonn, den 19. August 1960

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Ludwig Erhard

Der Bundesminister für Wirtschaft
Ludwig Erhard

Vierte Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Preisstatistik
Vom 9. März 1964²⁾

Auf Grund des § 8 Abs. 4 des Gesetzes über die Preisstatistik vom 9. August 1958 (Bundesgesetzbl. I S. 605) verordnet die Bundesregierung:

Artikel 1

Die Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Preisstatistik vom 29. Mai 1959 (Bundesanzeiger Nr. 104 vom 4. Juni 1959), geändert durch die Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Preisstatistik vom 19. August 1960 (Bundesanzeiger Nr. 160 vom 20. August 1960), wird wie folgt geändert:

In § 2 Abs. 2 werden die Worte »der Düngemittelpreise im Inlandsverkehr auf allen Handelsstufen, ausgenommen Düngemittelkalk« gestrichen.

Artikel 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 10 des Gesetzes über die Preisstatistik auch im Land Berlin.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am ersten Tage des auf die Verkündung folgenden Kalendermonats in Kraft.

Bonn, den 9. März 1964

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Mende

Der Bundesminister für Wirtschaft
Schmücker

Gesetz über die Lohnstatistik
Vom 18. Mai 1956³⁾

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Erster Abschnitt
Allgemeine Bestimmungen

§ 1

(1) Im Geltungsbereich dieses Gesetzes wird eine Lohnstatistik als Bundesstatistik durchgeführt. Sie umfaßt

1. eine laufende Statistik über die Arbeitsverdienste und Arbeitszeiten in der Landwirtschaft,
2. eine laufende Statistik über die Arbeitsverdienste und Arbeitszeiten in anderen Wirtschaftsbereichen,
3. Sondererhebungen über Arbeitsverdienste und Arbeitszeiten.

(2) Die Statistik nach Absatz 1 Nr. 1 wird nicht in den Ländern Freie und Hansestadt Hamburg und Freie Hansestadt Bremen sowie im Land Berlin durchgeführt.

§ 2

Auskunftspflichtig für die Statistiken nach § 1 sind die Arbeitgeber.

Zweiter Abschnitt
Laufende Statistiken über Arbeitsverdienste und Arbeitszeiten in der Landwirtschaft

§ 3

(1) Die Statistik nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 erstreckt sich auf

1. in die Hausgemeinschaft aufgenommene, ständig beschäftigte männliche und weibliche landwirtschaftliche Arbeiter im Monatslohn,

¹⁾ Bundesanzeiger Nr. 160 vom 20. August 1960 S. 1. — ²⁾ Bundesanzeiger Nr. 51 vom 13. März 1964 S. 1. — ³⁾ BGBl. I vom 23. Mai 1956 S. 429.

2. nicht in die Hausgemeinschaft aufgenommene männliche landwirtschaftliche Arbeiter im Stundenlohn.

(2) Für die Statistik ist eine repräsentative Auswahl von landwirtschaftlichen Betrieben heranzuziehen; dabei ist die Repräsentation so zu bemessen, daß im Durchschnitt bis zu 10 vom Hundert der im Absatz 1 bezeichneten Arbeiter erfaßt werden.

(3) Die Statistik ist bis zum Jahre 1958 einschließlich in halbjährlichen, vom Jahre 1959 an in jährlichen Abständen durchzuführen, sofern nicht die Bundesregierung durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates bestimmt, daß die Statistik auch nach 1958 weiter in halbjährlichen Abständen aufgestellt wird.

§ 4

(1) Durch die Statistik nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 sind die Barverdienste, für die landwirtschaftlichen Arbeiter im Stundenlohn außerdem die Arbeitsstunden zu erfassen, gegliedert nach Größenklassen der Betriebe sowie nach der Tätigkeit und dem Geschlecht der Arbeiter.

(2) Die Angaben nach Absatz 1 sind auf Fragebogen für jeweils einen Monat oder vier zusammenhängende Wochen zu machen.

Dritter Abschnitt

Laufende Statistiken der Arbeitsverdienste und Arbeitszeiten in anderen Wirtschaftsbereichen

§ 5

(1) Die Statistik nach § 1 Abs. 1 Nr. 2 erstreckt sich auf

1. die Arbeiter in den folgenden Wirtschaftsabteilungen nach dem Systematischen Verzeichnis der Arbeitsstätten:
Bergbau, Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Energiewirtschaft,

Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung,
Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallver-
arbeitung),
Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe;

2. die Angestellten in den unter Nummer 1 genannten Wirt-
schaftsbereichen sowie in der Wirtschaftsabteilung »Handel,
Geld- und Versicherungswesen«.

(2) Für die Statistik ist eine repräsentative Auswahl von Be-
trieben heranzuziehen.

(3) Die Statistik ist in vierteljährlichen Abständen, für die er-
faßten Handwerkszweige mit Ausnahme der handwerklichen Be-
triebe des Hoch-, Tief- und Ingenieurbaues in halbjährlichen
Abständen durchzuführen.

§ 6

- (1) Durch die Statistik nach § 1 Abs. 1 Nr. 2 sind zu erfassen

1. gegliedert nach dem Geschlecht und der Tätigkeit
 - a) die Zahl der Arbeiter und der Angestellten,
 - b) die Zahl der Arbeitsstunden der Arbeiter unter beson-
derer Angabe der zuschlagpflichtigen Über-, Sonn- und
Feiertagsstunden,
 - c) die Arbeitsverdienste der Arbeiter und der Angestellten;
2. die Art des Betriebes, die tarifliche Ortsklasse und die Zahl
der Arbeitstage.

(2) In Abständen von drei Jahren, beginnend mit dem Jahre 1956,
sind für einen Erhebungsmonat die in Absatz 1 Nr. 1 genannten
Tatbestände untergliedert nach dem Alter zu erfassen.

(3) Die Angaben nach den Absätzen 1 und 2 sind auf Fragebogen
für jeweils einen Monat oder vier zusammenhängende Wochen zu
machen, und zwar für Betriebe mit zehn und mehr Arbeitern und
Angestellten nicht über die einzelnen Arbeitnehmer, sondern über
die Arbeitnehmergruppen (Lohnsummenverfahren).

Vierter Abschnitt

Sondererhebungen über Arbeitsverdienste und Arbeitszeiten

§ 7

In Abständen von drei bis fünf Jahren sind durch die Sonder-
erhebungen nach § 1 Abs. 1 Nr. 3 die Arbeitszeiten und Arbeitsver-
dienste der einzelnen Arbeiter und Angestellten zu erfassen (Indivi-
dualverfahren). Dabei ist insbesondere ihre Gliederung nach der
Art der Tätigkeit sowie nach Alter und Geschlecht der Arbeit-
nehmer zu berücksichtigen. Für die Arbeiter sind ferner Arbeitszeit
und Arbeitsverdienste getrennt nach Zeit- und Leistungslohn zu
ermitteln. Diese Sondererhebungen erstrecken sich nicht auf den
öffentlichen Dienst.

§ 8

(1) Die Bundesregierung bestimmt durch Rechtsverordnung mit
Zustimmung des Bundesrates, in welchen Wirtschaftsabteilungen
nach dem Systematischen Verzeichnis der Arbeitsstätten die Sonder-
erhebungen nach § 1 Abs. 1 Nr. 3 jeweils durchgeführt werden.

Begründung ¹⁾

A. Im allgemeinen

Die Lohnstatistiken wurden bisher auf Grund verschiedener
Rechtsvorschriften durchgeführt. Die laufenden vierteljährlichen
Lohnsummenerhebungen in der Industrie und im Baugewerbe be-
ruhen auf der »Gemeinsamen Anordnung der Verwaltungen des
Vereinigten Wirtschaftsgebietes zur Durchführung von Statistiken«
vom 1. Juni 1949 (Öffentlicher Anzeiger Jahrgang 2 Nr. 50 S. 1), die
auf Grund des »Gesetzes über die Errichtung eines Statistischen
Amtes des Vereinigten Wirtschaftsgebietes« vom 21. Januar 1948
(WiGBI. S. 19) erlassen wurde. Die Sondererhebungen zur Lohn-
statistik sind dagegen durch Verordnungen nach § 2 des »Gesetzes
über Lohnstatistik« vom 22. August 1949 (WiGBI. S. 265) angeordnet
worden. Die erwähnten Gesetze und die Gemeinsame Anordnung,
die ursprünglich nur für das ehemalige Vereinigte Wirtschaftsgebiet
galten, waren durch die Erstreckungsverordnung vom 31. März 1950
(Bundesgesetzbl. S. 81) auf das ganze Bundesgebiet ausgedehnt
worden. Später hat aber das »Gesetz über die Statistik für Bundes-
zwecke« vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) sowohl
das »Gesetz über die Errichtung eines Statistischen Amtes des Verei-
nigten Wirtschaftsgebietes« als auch die genannte Erstreckungs-
verordnung aufgehoben. Damit hat die laufende Lohnsummen-
statistik zum Teil ihre ursprüngliche Rechtsgrundlage verloren, und
der Geltungsbereich des Gesetzes über Lohnstatistik ist wieder auf
das ehemalige Vereinigte Wirtschaftsgebiet beschränkt worden. Die
derzeitige Lohnstatistik beruht als Bundesstatistik nur noch auf der
Übergangsvorschrift in § 16 des »Gesetzes über die Statistik für
Bundeszwecke«, die besagt, daß laufende Statistiken des Bundes
und der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, für die

(2) Die Rechtsverordnung kann die Sondererhebungen auch auf
die sozialen Nebenleistungen der Betriebe erstrecken. Soziale
Nebenleistungen, die einem einzelnen Arbeitnehmer nicht zugerech-
net werden können, sind im ganzen zu erfassen.

Fünfter Abschnitt

Schlußbestimmungen

§ 9

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Über-
leitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im
Land Berlin. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes
erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Über-
leitungsgesetzes.

§ 10

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
Zum gleichen Zeitpunkt treten außer Kraft

das Gesetz über Lohnstatistik vom 22. August 1949 (WiGBI.
S. 265),

lfd. Nr. 39 des Anhangs der Gemeinsamen Anordnung der
Verwaltungen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes zur Durch-
führung von Statistiken vom 1. Juni 1949 (Öffentlicher An-
zeiger für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet Nr. 50 vom
25. Juni 1949),

die Verordnung zur Durchführung einer Statistik der Gehalts-
und Lohnverhältnisse vom 22. Dezember 1951 (Bundesanzeiger
Nr. 249 vom 28. Dezember 1951),

das Gesetz über Lohnstatistik vom 10. Januar 1952 (Gesetz-
und Verordnungsblatt für Berlin S. 76).

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 18. Mai 1956

Für den Bundespräsidenten
Der Präsident des Bundesrates
von Hassel

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Blücher

Der Bundesminister für Arbeit
Anton Storch

eine spezielle gesetzliche Grundlage nicht gegeben ist, zunächst
noch als Bundesstatistiken durchgeführt werden dürfen. Damit ist
eine gesetzliche Neuregelung der Lohnstatistik unumgänglich ge-
worden, zumal es auch zweifelhaft sein kann, ob die in dem »Gesetz
über Lohnstatistik« von 1949 enthaltenen Ermächtigungen mit
Art. 80 GG vereinbar sind.

Für eine baldige Neuregelung spricht der Umstand, daß die
Bundesrepublik Deutschland mit der Ratifizierung des »Überein-
kommens der Internationalen Arbeitsorganisation vom 20. Juni 1938
über Statistiken der Löhne und der Arbeitszeit in den hauptsäch-
lichsten Zweigen des Bergbaus und des verarbeitenden Gewerbes
einschließlich des Baugewerbes sowie in der Landwirtschaft (Nr. 63)«
Verpflichtungen übernommen hat, die eine gewisse Erweiterung der
bisherigen Lohnstatistik notwendig machen (vgl. die Begründung
zum Ratifikationsgesetz, Bundestags-Drucksache 126 vom 4. Dezem-
ber 1953 sowie Bundesrats-Drucksache Nr. 479/53 vom 6. und 7. No-
vember 1953).

Das vorliegende Gesetz ist ein Spezialgesetz zum »Gesetz über
die Statistik für Bundeszwecke«. Gegenstände, die dort allgemein
für alle Statistiken geregelt sind, wie z. B. die Auskunftspflicht der
Befragten, die Sicherung statistischer Angaben gegen mißbräuch-
liche Benutzung, organisatorische Fragen, die Kostenregelung,
brauchen hier nicht nochmals behandelt zu werden.

Über die finanzielle Auswirkung des Gesetzes kann folgendes
gesagt werden: Die Kosten für die laufende Lohnsummenstatistik
in der Industrie und im Baugewerbe haben sich bisher beim Stati-
stischen Bundesamt auf 52 000 DM, bei den Statistischen Landes-
ämtern auf 306 000 DM jährlich belaufen. Diese Beträge werden sich
durch die Einbeziehung einiger Handwerkszweige um 5 000 DM bzw.

¹⁾ Bundestagsdrucksache Nr. 1994 vom 30. Dezember 1955 (siehe Vor-
bemerkung auf S. 145 oben).

43 000 DM erhöhen. Die neu einzuführende laufende Lohnstatistik in der Landwirtschaft wird bis zum Jahre 1958 einschließlich beim Statistischen Bundesamt etwa 4 000 DM, bei den Statistischen Landesämtern etwa 37 000 DM jährlich erfordern, vom Jahre 1959 ab etwa die Hälfte dieser Beträge. Für die erste Einrichtung der neuen Statistiken sind einmalig etwa 50 000 DM erforderlich. Die jährlichen Kosten der Sondererhebungen werden voraussichtlich die in den Jahren 1950 bis 1954 für solche Erhebungen im Durchschnitt aufgewendeten Jahresbeträge nicht übersteigen.

B. Im einzelnen

Zu § 1

§ 1 bringt eine Übersicht der als Bundesstatistiken zu führenden Lohnstatistiken. Es handelt sich dabei um

1. eine laufende Statistik über die Barverdienste und die Arbeitszeit der ständigen Arbeiter in der Landwirtschaft,
2. eine laufende Statistik über die Verdienste und die Arbeitszeit in anderen Wirtschaftsbereichen,
3. die in größeren Zeitabständen durchzuführenden sogenannten Lohn- und Gehaltsstrukturerhebungen.

Die im Gesetz geregelte Lohnstatistik hat die Aufgabe, Stand und Bewegung der effektiven Arbeitsverdienste und der tatsächlichen Arbeitszeit möglichst weitgehend zu erfassen. Eine genaue Beobachtung dieser Vorgänge ist vor allem für die Sozialpolitik einschließlich der Arbeitsmarktpolitik, die Wirtschafts- und Konjunkturpolitik sowie die Finanzpolitik wesentlich. An den Ergebnissen der Lohnstatistik sind neben den für die genannten Sachgebiete zuständigen behördlichen und sonstigen Stellen besonders die Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer interessiert. Im einzelnen gilt folgendes:

Zu Nr. 1

In der Landwirtschaft sind bisher nur in größeren Zeitabständen Lohnerhebungen veranstaltet worden. Es hat sich aber gezeigt, daß ohne eine laufende Statistik ein genügend aktuelles und wirklichkeitsgetreues Bild über die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der Landwirtschaft nicht zu gewinnen ist, das für zahlreiche sozial-, wirtschafts- und finanzpolitische Maßnahmen unerlässlich ist. Im übrigen wird eine laufende Lohnstatistik in der Landwirtschaft auch durch das Übereinkommen Nr. 63 gefordert.

Zu Nr. 2

Diese Statistik (die sogenannte Industrielohnsummenstatistik) bezweckt eine ständige, schnelle Unterrichtung über die Entwicklung der tatsächlichen Arbeitszeit und der effektiven Verdienste in den wichtigsten Bereichen der gewerblichen Wirtschaft. Sie wird für die Arbeiter der Industrie (einschließlich des Bergbaus) und des Baugewerbes seit 1946 wieder durchgeführt. Das Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation Nr. 63 macht es erforderlich, in Zukunft auch die bedeutendsten Zweige des verarbeitenden Handwerks einzubeziehen.

Zu Nr. 3

Die Statistiken nach Nr. 1 und 2 vermögen — allein schon um der Aktualität willen — nur ein verhältnismäßig grobes Bild der Verdienstenwicklung zu geben. Sie beschränken sich auf einen Ausschnitt der Gesamtwirtschaft und können wegen des Lohnsummenverfahrens auch nur Durchschnittsangaben für ziemlich große Gruppen von Arbeitnehmern erbringen. Die laufenden Statistiken bedürfen daher einer Ergänzung durch Strukturuntersuchungen. Diese gehen von den einzelnen Arbeitern und Angestellten, nicht von Arbeitnehmergruppen aus, wodurch die notwendigen differenzierten Feststellungen ermöglicht werden. Auf diese Weise kann man insbesondere die Schichtung der Verdienste nach ihrer Höhe ermitteln, deren Kenntnis zur Beurteilung der sozialen Verhältnisse unerlässlich ist. Ferner ist der Einfluß bestimmter Faktoren auf die Höhe der Verdienste, wie Größe des Betriebes und der Gemeinde, Art der Entlohnung, Familienstand und Kinderzahl, feststellbar. Wesentlich ist weiter, daß bei diesen Erhebungen auch die gesetzlichen Abzüge und damit die Nettoverdienste untersucht werden können. Eine besondere Bedeutung gewinnen die Sondererhebungen noch dadurch, daß sie sich nicht nur auf die Arbeiter, sondern darüber hinaus auf die Angestellten erstrecken und je nach den Erfordernissen auch Wirtschaftszweige einbeziehen, die den laufenden Statistiken nicht unterliegen.

Sondererhebungen dieser Art wurden in der Nachkriegszeit regelmäßig durchgeführt, und zwar im Mai 1949 über die Angestellten in der Industrie, im Handel sowie im Bank- und Versicherungswesen, 1949/50 über die Arbeiter in der Land- und Forstwirtschaft, im September 1950 über die Arbeiter, Angestellten und Beamten im öffentlichen Dienst, im November 1951 über die Arbeiter und Angestellten in nahezu allen Bereichen der gewerblichen Wirtschaft, 1952/53 erneut in der Forstwirtschaft und 1953/54 in der Landwirtschaft.

Der Verzicht auf eine laufende Lohnstatistik für die Landwirtschaft in Hamburg, Bremen und Berlin (§ 1 Abs. 2) erklärt sich aus der geringen Bedeutung der Landwirtschaft in diesen Ländern.

Zu § 2

Diese Vorschrift stellt klar, daß nicht die Arbeitnehmer, sondern die Arbeitgeber befragt werden.

Zu § 3

Die laufende Lohnstatistik in der Landwirtschaft soll nur auf die wichtigsten Kategorien der landwirtschaftlichen Arbeiter erstreckt werden. Die Einbeziehung der Aushilfskräfte, deren Zahl und Bedeutung in der Landwirtschaft sehr erheblich ist, erscheint wegen der hohen Kosten nicht möglich. Es spricht aber manches dafür, daß auf längere Sicht die Entwicklung bei den ständigen Arbeitern für die Gesamtheit der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte im großen und ganzen charakteristisch ist.

Um Kosten sowohl für die Auskunftspflichtigen als auch für die Statistischen Ämter zu sparen und um eine beschleunigte Durchführung der Erhebungen zu ermöglichen, wird das auf dem Gebiet der Lohnstatistik schon allgemein angewandte Repräsentativverfahren auch für die laufenden Statistiken in der Landwirtschaft zwingend vorgeschrieben.

Für die bis einschließlich 1958 zweimal jährlich durchzuführende Befragung sind die Monate März und September vorgesehen. Vom Jahre 1959 an soll die Erhebung nur noch einmal jährlich erfolgen, da anzunehmen ist, daß das ausreicht, um die Verdienstenwicklung in der Landwirtschaft zu erkennen. Sollte das nicht der Fall sein, so ist die Bundesregierung ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates zu bestimmen, daß der halbjährliche Turnus beibehalten wird.

Zu § 4

Hiernach sind nur die Barverdienste zu ermitteln. Naturalverdienste spielen zwar in der Landwirtschaft immer noch eine große Rolle, ihre statistische Erfassung ist aber methodisch außerordentlich schwierig und auch sehr kostspielig; sie ist daher allein bei den Lohnstrukturerhebungen vorgesehen, wodurch wenigstens in größeren Zeitabständen die Entwicklung der Naturalverdienste beobachtet werden kann. Eine weitere Beschränkung der Statistik liegt darin, daß sie die Arbeitszeit nur für die landwirtschaftlichen Arbeiter im Stundenlohn erhebt. Die Erfassung der Arbeitsstunden wäre an sich auch bei den landwirtschaftlichen Arbeitern im Monatslohn wichtig; frühere Versuche dazu haben aber zu keinen brauchbaren Ergebnissen geführt.

Die Aufteilung der Ergebnisse nach Betriebsgrößenklassen ist notwendig, da in der Landwirtschaft die Höhe der Verdienste in ziemlich starkem Maße nach der Größe der Betriebe schwankt.

Zu § 5

Die im Absatz 1 genannten Wirtschaftsbereiche werden, soweit es sich um industrielle Betriebe und die handwerklichen Betriebe des Hoch-, Tief- und Ingenieurbaues handelt, in der laufenden Lohnsummenstatistik seit jeher erfaßt. Aus dem verarbeitenden Handwerk sollen in Zukunft folgende Handwerkszweige neu einbezogen werden: Kraftfahrzeugreparatur, Schlosserei, Bau- und Möbeltischlerei, Herren- und Damenschneiderei, Bäckerei und Konditorei, Fleischerei, Zimmerei und Holztreppebau, Klempnerei, Gas- und Wasserinstallation, Elektroinstallation, Malerei und Anstreichererei. Das bisher bei den Lohnsummenerhebungen allgemein angewandte Repräsentativverfahren wird aus den zu § 3 genannten Gründen weiterhin vorgeschrieben.

Die Arbeitgeber der Industrie und des Baugewerbes sind auch bisher vierteljährlich befragt worden, was sich als ausreichend, aber auch als notwendig erwiesen hat. Daß demgegenüber die neu einzubeziehenden Handwerkszweige nur halbjährlich erfaßt werden sollen, geschieht hauptsächlich zur Kosten- und Arbeitersparnis, zumal es sich hierbei um eine ziemlich große Zahl von Betrieben handelt.

Zu § 6

Die Erhebungsmerkmale des Absatzes 1 entsprechen dem derzeitigen Programm der Lohnsummenstatistik. Dabei werden die Arbeiter bisher unterschieden in männliche Facharbeiter, männliche angelernte Arbeiter, männliche Hilfsarbeiter, weibliche Fach- und angelernte Arbeiter, weibliche Hilfsarbeiter. Die Formulierung »Tätigkeit der Arbeiter« läßt es zu, eine andere Aufteilung, z. B. nach Berufen, einzuführen, wenn das — auch mit Rücksicht auf die internationale Vergleichbarkeit der Lohnstatistik — notwendig werden sollte. Die nach Absatz 2 in Abständen von drei Jahren vorzunehmende Gliederung der Arbeiter nach Altersgruppen ist nach Artikel 10 des Übereinkommens Nr. 63 der Internationalen Arbeitsorganisation erforderlich.

Zu § 7

Wegen des Programms und des Verfahrens der Sondererhebungen wird auf die Begründung des § 1 Abs. 1 Nr. 3 hingewiesen. Der öffentliche Dienst ist aus diesen Erhebungen deswegen ausgeschlossen, weil für die Erfassung der Verdienste in diesem Bereich mit dem Finanzstatistischen Gesetz eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden soll. Der Entwurf des Gesetzes über die Finanzstatistik sieht u. a. vor, daß in Verbindung mit den Personalstrukturerhebungen auch Erhebungen über die Löhne und Gehälter der im öffentlichen Dienst Beschäftigten durchgeführt werden.

Zu § 8

Bei der Auswahl der bei den Sondererhebungen zu erfassenden Wirtschaftsabteilungen sollen sowohl die bei den Statistischen Ämtern gegebenen Möglichkeiten als auch die jeweiligen aktuellen sozialpolitischen Erfordernisse berücksichtigt werden. Die Notwendigkeit, von Zeit zu Zeit auch die sozialen Nebenleistungen der Betriebe zu erfassen, ergibt sich daraus, daß diese Aufwendungen in den letzten Jahren einen bedeutenden Umfang angenommen haben, ohne daß über ihr Ausmaß umfassende Angaben vorliegen.

Diese Frage spielt auch in der internationalen Diskussion der Wettbewerbsverhältnisse eine große Rolle.

Zu § 9

Die Erstreckung des vorliegenden Gesetzes auf Berlin ist erforderlich, weil durch das »Achte Gesetz über die Anwendung von Bundesgesetzen über internationale Abkommen der Bundesrepublik« vom 1. Juli 1954 (Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin S. 378) das Übereinkommen Nr. 63 auch für das Land Berlin bindend geworden ist.

Zweite Verordnung über die Durchführung einer Sondererhebung zur Lohnstatistik

Vom 8. August 1961¹⁾

Auf Grund des § 1 Abs. 1 Nr. 3 und des § 8 des Gesetzes über die Lohnstatistik vom 18. Mai 1956 (Bundesgesetzbl. I S. 429) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

§ 1

Erfaßte Wirtschaftsbereiche

(1) Im Geltungsbereich des Gesetzes über die Lohnstatistik wird eine Sondererhebung über Arbeitsverdienste und Arbeitszeiten gemäß § 7 des Gesetzes über die Lohnstatistik in folgenden Wirtschaftsbereichen nach der Systematik der Wirtschaftszweige (herausgegeben vom Statistischen Bundesamt im Jahre 1961) durchgeführt:

1. in der Gruppe 000 »Allgemeine Landwirtschaft«;
2. in der Untergruppe 0010 »Gartenbau«;
3. in der Gruppe 005 »Forstwirtschaft«;
4. in den Abteilungen 1 »Energie- und Wasserwirtschaft, Bergbau«, 2 »Verarbeitenden Gewerbe (ohne Baugewerbe)«, 3 »Baugewerbe«;
5. in der Unterabteilung 40/41 »Großhandel«;
6. in den Unterabteilungen 42 »Handelsvermittlung« und 43 »Einzelhandel«;
7. in den Untergruppen 5017 »Güterbeförderung mit Kraftfahrzeugen (ohne Möbeltransport)«, 5018 »Möbeltransport mit Kraftfahrzeugen«;
8. in den Gruppen 502 »Binnenschifffahrt, -wasserstraßen und -häfen« und 503 »See- und Küstenschifffahrt, Seehäfen«;
9. in der Abteilung 6 »Banken und Versicherungsgewerbe«;
10. in den Gruppen 700 »Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe«, 701 »Wäscherei und Reinigung«;
11. in den Untergruppen 7100 »Freiberufliches Gesundheitswesen« und 7110 »Freiberufliches Veterinärwesen« sowie in der Gruppe 712 »Rechtsberatung, Wirtschaftsberatung und -prüfung«.

(2) Die Erhebungen nach Absatz 1 Nrn. 1 und 3 finden in den Ländern Hamburg, Bremen und Berlin nicht statt.

§ 2

Berichtszeiten

Berichtszeiten sind

1. für die Erhebung nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 das Jahr 1962,
2. für die Erhebung nach § 1 Abs. 1 Nr. 2 der Monat Mai 1962,
3. für die Erhebung nach § 1 Abs. 1 Nr. 3 das Forstwirtschaftsjahr 1962 (1. Oktober 1961 bis 30. September 1962),
4. für die Erhebungen nach § 1 Abs. 1 Nrn. 4 bis 11 der Monat Oktober 1962.

§ 3

Berlinklausel

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 9 des Gesetzes über die Lohnstatistik auch im Land Berlin.

§ 4

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 8. August 1961

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Ludwig Erhard

Der Bundesminister für Arbeit
und Sozialordnung
Blank

Begründung²⁾

I. Allgemeines

Nach § 7 des Gesetzes über die Lohnstatistik sind in Abständen von drei bis fünf Jahren durch Sondererhebungen die Arbeitszeiten und Arbeitsverdienste der Arbeiter und Angestellten im einzelnen (also nicht im sog. Lohnsummenverfahren wie bei den laufenden Statistiken) zu erfassen; dabei sind insbesondere die Gliederung der Arbeitszeiten und Arbeitsverdienste nach der Art der Tätigkeit sowie nach Alter und Geschlecht der Arbeitnehmer festzustellen. § 8 des Gesetzes ermächtigt die Bundesregierung, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates zu bestimmen, in welchen Wirtschaftsbereichen die Sondererhebungen jeweils durchzuführen sind. Die Sondererhebungen haben den Zweck, die Ergebnisse der laufenden Statistiken über Arbeitszeiten und Arbeitsverdienste sowohl hinsichtlich der erhobenen Tatbestände und Merkmale als auch hinsichtlich der erfaßten Wirtschaftsbereiche zu ergänzen.

Die letzte Sondererhebung hat im Oktober 1957 stattgefunden; sie erstreckte sich auf die Industrie einschließlich des gesamten Baugewerbes, auf den Handel, das Bank- und Versicherungswesen sowie die Arbeitsstätten einiger freier Berufe. Die Verdienstverhältnisse in der Landwirtschaft sind im Jahre 1953 zum letzten Mal eingehend ermittelt worden, die in der Forstwirtschaft im Forstwirtschaftsjahr 1953. Seitdem sind bis Ende 1960 die Durchschnittsverdienste der Arbeiter in der Industrie um etwa 25 v. H., in der Landwirtschaft um etwa 80 v. H. gestiegen. Somit steht fest, daß die Ergebnisse der früheren Sondererhebungen hinsichtlich der Höhe der Verdienste (aber auch hinsichtlich der Dauer der Arbeits-

zeit) veraltet sind. Darüber hinaus ist anzunehmen, daß sich inzwischen auch die Struktur der Verdienste erheblich geändert hat, z. B. ihre Schichtung nach Größenklassen.

Durch die mit der vorliegenden Rechtsverordnung angeordnete Sondererhebung sollen aktuelle Daten über Arbeitszeiten und Arbeitsverdienste der Arbeiter und Angestellten beschafft werden. Die Ergebnisse der Erhebung sind für die Maßnahmen der Bundesregierung und der Länderregierungen besonders auf den Gebieten der Sozial-, Wirtschafts- und Finanzpolitik, für internationale Verhandlungen sowie für die Tarifpolitik der Sozialpartner unentbehrlich.

Wie die früheren Sondererhebungen soll auch diese repräsentativ durchgeführt werden. Es sollen erfaßt werden in der Landwirtschaft je nach Betriebsgrößenklasse 15 bis 30 v. H., in der Forstwirtschaft etwa 25 v. H., in der Gärtnerei bis zu 50 v. H., in den übrigen Bereichen im Durchschnitt etwa 7,5 v. H. der jeweils einbezogenen Arbeitnehmergruppen. Nach den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Landesämter wird die Sondererhebung insgesamt rd. 4 700 000 DM an Personalkosten und rd. 900 000 DM an Sachkosten erfordern; von der Gesamtsumme fallen 5 300 000 DM den Statistischen Landesämtern, 300 000 DM dem Statistischen Bundesamt zur Last. Der Kostenberechnung sind die oben genannten Auswahlätze zu Grunde gelegt worden. In der Forstwirtschaft sind die gleichen Auswahlätze wie bei der vorhergehenden Erhebung vorgesehen, in der Landwirtschaft müssen sie wegen der Verringerung der Beschäftigtenzahlen und der starken Fluktuation der Arbeitskräfte voraussichtlich etwas höher als 1953 bemessen werden. In den übrigen Bereichen (abgesehen vom Gartenbau) soll dagegen der Auswahlatz nur halb so hoch wie bei

¹⁾ Bundesanzeiger Nr. 153 vom 11. August 1961 S. 1. — ²⁾ Bundesratsdrucksache Nr. 243 vom 13. Juni 1961 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben).

der Erhebung von 1957 sein. Dabei sind, wie die Berechnungen bei der Aufstellung des Stichprobenplanes ergeben haben, hinreichend genaue Bundesergebnisse der Erhebung zu erwarten. Dagegen muß bei den Ergebnissen für einzelne Länder zum Teil mit merklichen Ungenauigkeiten gerechnet werden, besonders hinsichtlich der Angaben für kleine und mittelgroße Wirtschaftsbereiche. Wenn man die Anforderungen an die Genauigkeit der Länderergebnisse erhöhen will, müßte der Auswahlatz bedeutend vergrößert werden. Dies hätte allerdings auch eine erhebliche Steigerung der Kosten zur Folge. Die Entscheidung über die Höhe des Auswahlsatzes bleibt den Ländern bei der Durchführung der Verordnung überlassen, da der Auswahlatz mangels einer entsprechenden Ermächtigung im Gesetz über die Lohnstatistik in der Verordnung nicht festgelegt werden kann.

II. Im einzelnen

Zu § 1

Während früher die Erhebungen in der Landwirtschaft, in der Forstwirtschaft und in der gewerblichen Wirtschaft zeitlich ziemlich weit auseinander lagen, sollen sie nunmehr weitgehend zusammengefaßt werden. Dieses Verfahren bietet nicht nur technische Vorteile, sondern verbessert auch die Auswertung der Ergebnisse; so werden z. B. Vergleiche zwischen der Landwirtschaft und der übrigen Wirtschaft, die für den Grünen Plan eine große Rolle spielen, erleichtert.

Bei der gegenwärtigen Situation, die durch starke Lohnbewegungen gekennzeichnet ist, erscheint es unerläßlich, alle wichtigen Bereiche der Wirtschaft durch die Sondererhebung zu erfassen. Um jedoch die Kosten in angemessenen Grenzen zu halten, sollen aus den Wirtschaftsabteilungen 5 »Verkehr und Nachrichtenübermittlung« und 7 »Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht« je nur einige wenige Teilbereiche für die Erhebung herangezogen werden. Ganz außer Betracht bleiben die Wirtschaftsabteilungen 8 »Organisationen ohne Erwerbscharakter und

private Haushalte« sowie 9 »Gebietskörperschaften und Sozialversicherung«, wobei zu beachten ist, daß Sondererhebungen nach dem lohnstatistischen Gesetz in dem großen Bereich des öffentlichen Dienstes überhaupt nicht zulässig sind.

Die Sondererhebung soll die Arbeitszeiten der Arbeiter und die Arbeitsverdienste der Arbeiter und Angestellten (Brutto- und Nettoverdienste) im wesentlichen in der Gliederung nach Wirtschaftsbereichen und Betriebsgrößenklassen sowie nach Geschlecht, Alter und Beschäftigungsart der Arbeitnehmer erfassen, für die Arbeiter in den meisten Wirtschaftsbereichen außerdem nach Zeit- und Leistungslohn.

In einigen Bereichen, in denen die Zahl der Arbeiter gering ist, wie z. B. im Einzelhandel, bei den Banken und im Versicherungsgewerbe, sollen nur die Verdienste der Angestellten ermittelt werden, in anderen Bereichen, die kaum Angestellte aufweisen, wird die Erhebung auf die Arbeiter beschränkt. Zumeist sind jedoch beide Kategorien einzubeziehen, so vor allem in der Landwirtschaft und in der Industrie (einschließlich des Baugewerbes).

Zu § 2

Dieser Paragraph regelt die Berichtszeiten für die Erhebungen. Sie sind auf die arbeits- und erhebungstechnischen Erfordernisse abgestimmt worden. Im allgemeinen bezieht sich die Statistik auf den Zeitraum eines Monats. Lediglich in der Landwirtschaft und in der Forstwirtschaft muß man wegen der saisonmäßigen Schwankungen der Arbeitszeit und der Arbeitsverdienste sowie wegen der ungleichmäßigen zeitlichen Verteilung der Deputate ein ganzes Jahr zugrunde legen; aber auch in diesen Bereichen soll zur Kosten- und Arbeitsersparnis die ganzjährige Erfassung der Arbeitszeiten und Arbeitsverdienste nur für die im Stundenlohn stehenden Arbeiter durchgeführt werden, nicht für die Monatslöhner und die Angestellten.

III. Kosten der Erhebung

Wegen der Kosten wird auf die Ausführungen unter I. verwiesen.

Dritte Verordnung über die Durchführung einer Sondererhebung zur Lohnstatistik

Vom 20. Mai 1966¹⁾

Auf Grund des § 1 Abs. 1 Nr. 3 und des § 8 des Gesetzes über die Lohnstatistik vom 18. Mai 1956 (Bundesgesetzbl. I S. 429) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

§ 1

Erfasste Wirtschaftsbereiche

Im Geltungsbereich des Gesetzes über die Lohnstatistik wird eine repräsentative Sondererhebung über Arbeitsverdienste und Arbeitszeiten gemäß § 7 des Gesetzes über die Lohnstatistik in folgenden Wirtschaftsbereichen nach der Systematik der Wirtschaftszweige (herausgegeben vom Statistischen Bundesamt im Juli 1961) durchgeführt:

1. in den Abteilungen 1 »Energie- und Wasserwirtschaft, Bergbau«, 2 »Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)«, 3 »Baugewerbe«;
2. in der Unterabteilung 40/41 »Großhandel«;
3. in den Unterabteilungen 42 »Handelsvermittlung« und 43 »Einzelhandel«;
4. in der Untergruppe 5017 »Güterbeförderung mit Kraftfahrzeugen (ohne Möbeltransport)«;
5. in den Gruppen 502 »Binnenschifffahrt, -wasserstraßen und -häfen« und 503 »See- und Küstenschifffahrt, Seehäfen«;
6. in der Abteilung 6 »Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe«;
7. in den Untergruppen 7100 »Freiberufliches Gesundheitswesen« und 7110 »Freiberufliches Veterinärwesen« sowie in der Gruppe 712 »Rechtsberatung, Wirtschaftsberatung und -prüfung«.

I. Allgemeines

Nach § 7 des Gesetzes über die Lohnstatistik sind in Abständen von drei bis fünf Jahren durch Sondererhebungen die Arbeitszeiten und die Arbeitsverdienste der Arbeiter und der Angestellten im einzelnen (also nicht im sog. Lohnsummenverfahren wie bei den laufenden Statistiken) zu erfassen. § 8 des Gesetzes ermächtigt die Bundesregierung, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates zu bestimmen, in welchen Wirtschaftsbereichen die Sondererhebungen jeweils durchzuführen sind. Die Sondererhebungen

¹⁾ Bundesanzeiger Nr. 98 vom 26. Mai 1966 S. 1. — ²⁾ Bundesratsdrucksache Nr. 105 vom 1. April 1966 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben).

§ 2

Berichtszeiten

Berichtszeiten sind der Monat Oktober 1966 und für die Jahresverdienste das Kalenderjahr 1966.

§ 3

Berlinklausel

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 9 des Gesetzes über die Lohnstatistik auch im Land Berlin.

§ 4

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 20. Mai 1966

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers

Mende

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung
Hans Katzer

Begründung²⁾

haben den Zweck, die Ergebnisse der laufenden Statistiken über Arbeitszeiten und Arbeitsverdienste sowohl hinsichtlich der erhobenen Tatbestände und Merkmale als auch der erfaßten Wirtschaftsbereiche zu ergänzen.

Die letzte Sondererhebung hat im Oktober 1962 aufgrund der Zweiten Verordnung über die Durchführung einer Sondererhebung zur Lohnstatistik vom 8. August 1961 (Bundesanzeiger Nr. 153 vom 11. August 1961) stattgefunden. Die nächste Erhebung wäre in einem der Jahre 1965 bis 1967 durchzuführen. Die Wahl fiel auf den Oktober 1966, weil für diesen Monat eine Strukturerhebung vom Rat der EWG in allen Mitgliedstaaten angeordnet worden ist (Verord-

nung des Rates Nr. 188/64 vom 12. Dezember 1964, veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften vom 24. Dezember 1964, S. 3634).

Bei den Beratungen zur Vorbereitung der EWG-Erhebung haben die deutschen Sachverständigen angestrebt, daß für die internationale Erhebung die gleichen Grundsätze gelten wie für die deutsche Sondererhebung, zumal diese als Vorbild diene. Das ist weitgehend gelungen, so daß bei allen an der Erhebung Beteiligten so gut wie keine Mehrarbeit und keine zusätzlichen Kosten durch die gleichzeitige Durchführung der beiden Erhebungen entstehen.

Im Gegensatz zu der ersten EWG-Erhebung dieser Art, die sich zunächst nur auf die Arbeiter in der Industrie und im Handwerk bezieht, ist die deutsche Erhebung jedoch umfassender. So werden neben den Arbeitern auch die Angestellten erfaßt. Außerdem ist die Zahl der zu untersuchenden Wirtschaftszweige und der Erhebungsmerkmale größer als im Rahmen der EWG.

Die mit der vorliegenden Rechtsverordnung angeordnete Sondererhebung ist so angelegt, daß sie gleichzeitig den nationalen wie auch den internationalen Bedürfnissen entspricht. Im nationalen Rahmen sind die Ergebnisse der Erhebung für die Maßnahmen der Bundesregierung und der Länderregierungen besonders auf den Gebieten der Sozial-, Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie für die Tarifpolitik der Sozialpartner unentbehrlich.

Wie die früheren Sondererhebungen soll auch diese repräsentativ durchgeführt werden. Nach dem Stichprobenplan werden die Auswahlätze in den einzelnen Wirtschaftszweigen unterschiedlich sein. Im Gesamtdurchschnitt werden etwa 15 v. H. der beschäftigten Arbeitnehmer erfaßt.

II. Im einzelnen

Zu § 1

Im § 1 sind die Wirtschaftsbereiche genannt, die erfaßt werden sollen. Gegenüber der Sondererhebung für Oktober 1962 wird diesmal auf die Einbeziehung der Landwirtschaft, des Gartenbaues und der Forstwirtschaft verzichtet, und zwar vor allem, um die mit der Erhebung verbundenen Belastungen in angemessenen Grenzen zu halten. Auch das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe wird nicht wieder einbezogen, da die Erhebung von 1962 gezeigt hat, daß Ergebnisse für diesen Bereich wegen der abweichenden Entlohnungsform und Arbeitszeitregelung nur unter großen Schwierigkeiten zu erhalten sind. Neben diesen Einschränkungen ist eine Erweiterung des fachlichen Bereichs notwendig, und zwar insofern, als die Verordnung Nr. 188/64 des Rates der EWG die Einbeziehung des produzierenden Handwerks innerhalb der Wirtschaftsabteilung 2 vorschreibt.

Die Sondererhebung soll die Arbeitszeiten der Arbeiter und die Arbeitsverdienste der Arbeiter und der Angestellten (Brutto- und Nettoverdienste) vor allem in der Gliederung nach Wirtschaftsbereichen und Betriebsgrößenklassen sowie nach Geschlecht, Alter und Beschäftigungsart der Arbeitnehmer erfassen, für die Arbeiter in den meisten Wirtschaftsbereichen außerdem nach Zeit- und Leistungslohn.

In einigen Bereichen, in denen die Zahl der Arbeiter gering ist, wie z. B. im Einzelhandel, bei den Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe, sollen nur die Verdienste der Angestellten ermittelt werden; in anderen Bereichen, die kaum Angestellte aufweisen, wird die Erhebung auf die Arbeiter beschränkt. Zumeist sind jedoch beide Kategorien einzubeziehen, so vor allem in den Wirtschaftsabteilungen 1, 2 und 3.

Zu § 2

Die Sondererhebung wird für den Monat Oktober 1966 durchgeführt. Lediglich für die Angabe des Bruttojahresverdienstes gilt das ganze Jahr 1966 als Berichtszeit.

Die Frage nach dem Jahresverdienst erscheint notwendig, weil zu dem regelmäßig gezahlten Arbeitsverdienst in immer stärkerem Maße einmalige oder unregelmäßige Zahlungen hinzukommen (z. B. Jahresabschlußprämien, Gewinnbeteiligungen, zusätzliche Monatsgehälter, Weihnachtsgratifikationen, Urlaubsgelder), so daß die Ergebnisse nur eines Monats heute bei weitem kein vollständiges Bild des gesamten Arbeitsverdienstes mehr vermitteln. An sich wäre es wünschenswert, die nicht regelmäßig gezahlten Sonderzuwendungen getrennt zu erfassen, um ein genaues Bild über ihren Umfang zu erhalten. Doch muß davon abgesehen werden, weil dies für die Auskunftspflichtigen sehr schwierig wäre. Dagegen läßt sich der gesamte Jahresverdienst einschließlich Sonderzuwendungen aufgrund der Lohnkonten verhältnismäßig leicht ermitteln. Aus der Höhe des Jahresverdienstes lassen sich dann immerhin gewisse Schlüsse über das Ausmaß der Sonderzuwendungen ziehen.

III. Kosten der Erhebung

Soweit das Programm der Erhebung mit dem der EWG identisch ist, vermindern sich die von der Bundesrepublik Deutschland zu tragenden Kosten um die Beträge, die aus den Haushaltsmitteln der Europäischen Gemeinschaften gezahlt werden. Das gesamte Erhebungsprogramm wird nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Landesämter insgesamt rd. 7 046 000 DM erfordern. Die Kosten, die in der Hauptsache erst in den Jahren 1967 und 1968 entstehen, setzen sich wie folgt zusammen:

	Statistische Landesämter	Statistisches Bundesamt	insgesamt
Personalkosten ...	5 724 000 DM	208 000 DM	5 932 000 DM
Sachkosten	850 000 DM	264 000 DM	1 114 000 DM

Verordnung Nr. 151 des Rats zur Durchführung von drei Lohnerhebungen im verarbeitenden Gewerbe¹⁾

Der Rat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere auf Artikel 213;

in Erwägung folgender Gründe:

Die Kommission muß zur Erfüllung der ihr nach dem Vertrag, insbesondere nach den Artikeln 2, 3, 117, 118, 120 und 122 obliegenden Aufgaben über die Lohnverhältnisse und die Lohnentwicklung in den sechs Ländern der Gemeinschaft, und zwar sowohl über die Arbeitskosten als auch über die Arbeitnehmerinkommen, unterrichtet sein.

Die in den sechs Ländern verfügbaren statistischen Werte stellen keine brauchbare Vergleichsbasis dar; infolgedessen müssen Erhebungen anhand einheitlicher Begriffsbestimmungen und auch einer einheitlichen Methode durchgeführt werden.

Eine periodische Wiederholung der ersten drei, in Anwendung der Verordnungen Nr. 10, 14 und 28 des Rats auf der Grundlage des statistischen Materials der Jahre 1959, 1960 und 1961 durchgeführten Erhebungen ist das beste Mittel, die Lohnverhältnisse und die Lohnentwicklung im verarbeitenden Gewerbe kennenzulernen; diese drei Erhebungen haben den größten Teil des verarbeitenden Gewerbes in den sechs Staaten der Gemeinschaft erfaßt.

Es ist zweckmäßig, die Möglichkeit offen zu lassen, in Zukunft den Anwendungsbereich der Erhebungen zu ändern, sofern dies aus technischen Gründen notwendig erscheint —

hat folgende Verordnung erlassen:

Artikel 1

Im Rahmen ihrer regelmäßigen Erhebungen über die Arbeitskosten und das Einkommen der Arbeiter im verarbeitenden Gewerbe führt die Kommission in den Jahren 1963, 1964 und 1965 auf der Grundlage des statistischen Materials des jeweils vorangegangenen Jahres Erhebungen über die in den Anhängen I bis III aufgeführten Zweige des verarbeitenden Gewerbes durch.

Artikel 2

Die Arbeitgeber der in den Anhängen I, II und III zu dieser Verordnung aufgeführten Zweige des verarbeitenden Gewerbes sind verpflichtet, auf der Grundlage des Zahlenmaterials der Buchhaltung für jeweils das volle Jahr in dreijährigen Abständen gemäß Artikel 1 die für die Ermittlung der Arbeitskosten (Arbeiter und Angestellte) und des Einkommens der Arbeiter erforderlichen Auskünfte zu erteilen; das Nähere regeln die nachstehenden Bestimmungen.

Falls es technische Gründe notwendig erscheinen lassen, ändert die Kommission unter Mitwirkung der statistischen Ämter der Mit-

¹⁾ Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. 133 vom 13. Dezember 1962 S. 2841.

gliedstaaten und im Einvernehmen mit ihnen das Verzeichnis der in den Anhängen aufgeführten Industriezweige.

Die Erhebungen erstrecken sich auf alle Unternehmen oder Niederlassungen, die im Durchschnitt des jeweiligen Jahres in Belgien, in der Bundesrepublik Deutschland, in Frankreich, in Italien und in den Niederlanden mindestens fünfzig Arbeitnehmer und in Luxemburg mindestens zwanzig Arbeitnehmer beschäftigt haben.

Artikel 3

Es sind zu erfassen:

1. die Lohnkosten und die Lohnnebenkosten, insbesondere die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialen Sicherheit, die sonstigen sozialen Leistungen einschließlich der freiwillig gewährten Sozialleistungen sowie die Aufwendung im Zusammenhang mit der Berufsausbildung von Arbeitnehmern;
2. die Pflichtbeiträge der Arbeitnehmer zur Sozialen Sicherheit einschließlich der von den Arbeitgebern freiwillig übernommenen Beitragsanteile der Arbeitnehmer;
3. die Zahl der in den Unternehmen oder Niederlassungen im Jahresdurchschnitt beschäftigten Arbeitnehmer;
4. die geleistete Arbeitszeit der Arbeitnehmer und die dafür gewährte Bezahlung.

Artikel 4

Die Auskünfte werden durch Fragebogen eingeholt, die von der Kommission unter Mitwirkung der statistischen Ämter der Mitgliedstaaten aufgestellt werden.

Die Kommission bestimmt unter Mitwirkung der statistischen Ämter der Mitgliedstaaten die technischen Einzelheiten der Erhebungen. Sie setzt ferner in der gleichen Weise die Zeitpunkte für Beginn und Abschluß der Erhebungen sowie die Fristen für die Beantwortung der Fragebogen fest.

Die Auskunftspflichtigen haben die Fragen wahrheitsgemäß, vollständig und fristgerecht zu beantworten.

Artikel 5

Die Kommission ersucht die statistischen Ämter der Mitgliedstaaten, die Auskünfte einzuholen und aufzubereiten. Die nach Industriezweigen geordneten Gesamtergebnisse der Erhebungen werden der Kommission, unter Ausschluß aller Einzelauskünfte, übermittelt.

Artikel 6

Die im Rahmen der Erhebungen erteilten Einzelauskünfte dürfen nur für statistische Zwecke verwendet werden. Ihre Verwendung für steuerliche Zwecke und ihre Weitergabe an Dritte ist untersagt.

Für die Verfolgung von Zuwiderhandlungen gegen Absatz 1, insbesondere die Verletzung von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen, gelten die Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für innerstaatliche Erhebungen.

Artikel 7

Soweit diese Verordnung nichts anderes bestimmt, gelten für die Durchführung der Erhebungen die Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für innerstaatliche Erhebungen.

Artikel 8

Die in den Mitgliedstaaten durch die Erhebungen entstehenden Kosten gehen zu Lasten der in den Haushaltsplänen der europäischen Gemeinschaften für diesen Zweck bereitgestellten Mittel.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Brüssel am 3. Dezember 1962

Im Namen des Rats

Der Präsident

E. Colombo

ANHANG I

Industriezweige	Nummern des systematischen Verzeichnisses der Industrien in den europäischen Gemeinschaften (NICE)
1. Zuckerindustrie	207
2. Brauerei und Mälzerei	213
3. Wollspinnerei und -weberei	Teil von 232
4. Baumwollspinnerei und -weberei	Teil von 233
5. Chemiefasererzeugung	303
6. Herstellung von Holzschliff und Zellstoff, Papier und Pappe	271
7. Chemische Industrie (ohne die Herstellung pharmazeutischer Erzeugnisse)	Teil von 31
8. Herstellung pharmazeutischer Erzeugnisse	Teil von 31
9. Gummiverarbeitung	Teile von 301 und 31
10. Herstellung von Zement	Teil von 334
11. Herstellung von Steinzeug, Feinkeramik	Teil von 333
12. Herstellung von Werkzeugmaschinen	Teil von 369
13. Elektrotechnische Industrie	37
14. Schiffbau, Schiffreparatur und -instandhaltung	381
15. Herstellung von Personen- und Lastkraftwagen	Teil von 383

ANHANG II

Industriezweige	Nummern des systematischen Verzeichnisses der Industrien in den europäischen Gemeinschaften (NICE)
1. Schokoladen-, Konfekt- und Keksindustrie	208 und Teil von 206
2. Herstellung von Obst- und Gemüsekonserven	203
3. Nahrungsmittelherstellung	Teil von 209
4. Herstellung von Lederschuhen	Teil von 241
5. Furnier-, Sperrholz- und Holzfaserverwerke	252
6. Herstellung von Holzmöbeln	26
7. Herstellung von Glas und Glaswaren	332
8. Feinmechanik und Optik	392, 393 sowie Teile von 369 und 391

Industriezweige	Nummern des systematischen Verzeichnisses der Industrien in den europäischen Gemeinschaften (NICE)
1. Fleischverarbeitung und Herstellung von Fleischkonserven	Teil von 201
2. Fischverarbeitung und Herstellung von Fischkonserven	Teil von 204
3. Wirkerei und Strickerei	237
4. Bekleidungsindustrie (Männer, Frauen, Knaben, Mädchen)	Teil von 243
5. Papierverarbeitung; Herstellung von Artikeln aus Holzschliff und Zellstoff, Papier und Pappe	272
6. Druckereigewerbe	Teil von 280
7. Herstellung, Zurichtung und Veredelung von Leder	291
8. Kunststoffverarbeitung	302
9. Herstellung von Ziegeleierzeugnissen	331
10. NE-Metallerzeugung und -bearbeitung	344
11. Herstellung von Metallerzeugnissen	Teil von 35
12. Herstellung von landwirtschaftlichen Maschinen und Ackerschleppern	361
13. Luftfahrzeugbau und -reparatur	386

Verordnung Nr. 188/64/EWG des Rates

zur Durchführung einer Erhebung über Struktur und Verteilung der Löhne in Industrie und Handwerk¹⁾

Der Rat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft —
gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere auf Artikel 213,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die Kommission muß zur Erfüllung der ihr nach dem Vertrag obliegenden Aufgaben über die Lohnstruktur sowie über die Verteilung der Arbeitnehmerschaft nach der Lohnhöhe unterrichtet sein.

Außerdem sieht Ziffer 6 der Entschließung der Konferenz der Mitgliedstaaten vom 30. Dezember 1961 über die Durchführung des Grundsatzes des gleichen Entgelts für Männer und Frauen eine statistische Erhebung über die Lohnstruktur vor.

Die in Anwendung der Verordnungen Nr. 10²⁾, 14³⁾, 28⁴⁾ und 151⁵⁾ des Rates der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft auf der Grundlage der statistischen Daten für die Jahre 1959 bis 1964 durchgeführten Lohnerhebungen konnten nur Mittelwerte erbringen, die auf sehr globalen Angaben beruhen; dagegen konnten sie weder die Zusammenhänge, die zwischen den Löhnen und den individuellen Merkmalen der betreffenden Arbeitnehmer bestehen (Alter, Geschlecht, Qualifikation, Beruf, Dauer der Unternehmenszugehörigkeit usw.), noch die Streuung der Löhne um den Mittelwert erkennen lassen.

Die nur in einigen Mitgliedstaaten auf diesem Gebiet vorhandenen statistischen Angaben erlauben keine brauchbaren Vergleiche zwischen allen Mitgliedstaaten; infolgedessen müssen Erhebungen über Struktur und Verteilung der Löhne anhand einheitlicher Begriffsbestimmungen und auch einer einheitlichen Methode durchgeführt werden —

hat folgende Verordnung erlassen:

Artikel 1

Die Kommission führt auf der Grundlage des statistischen Materials für den Monat Oktober 1966 eine Erhebung über Struktur und Verteilung der Löhne der Arbeiter in Industrie und Handwerk durch.

Artikel 2

Die Erhebung erstreckt sich auf alle Zweige von Industrie und Handwerk. Die statistische Einheit bildet der Betrieb, unabhängig von seiner Rechtsform, soweit er mindestens 10 Arbeitnehmer beschäftigt. Die Erhebung wird auf der Grundlage eines Stichprobenverfahrens durchgeführt.

Die Arbeitgeber der Betriebe, die in die Stichprobe gelangen, sind gemäß den nachstehenden Bestimmungen verpflichtet, die für die Ermittlung der Struktur und der Verteilung der Löhne erforderlichen Auskünfte zu erteilen.

¹⁾ Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. 214 vom 24. Dezember 1964 S. 3634. — ²⁾ AB Nr. 56 vom 31. August 1960 S. 1199/60. — ³⁾ AB Nr. 55 vom 16. August 1961 S. 1054/61. — ⁴⁾ AB Nr. 41 vom 28. Mai 1962 S. 1277/62. — ⁵⁾ AB Nr. 133 vom 13. Dezember 1962 S. 2841/62.

Artikel 3

In der Erhebung werden folgende Einzelangaben erfaßt:

1. Bruttoverdienst des Arbeiters, einschließlich der verschiedenen regelmäßig gezahlten Prämien und der Zuschläge für Überstunden, Nacharbeit, Sonn- und Feiertagsarbeit und Schichtarbeit sowie der tariflichen oder freiwilligen Familienzulagen.
2. Pflichtbeiträge des Arbeiters zur sozialen Sicherheit sowie Lohnsteuerabzüge vom Verdienst des Arbeiters.
3. Geschlecht, Alter, Familienstand, Zahl der unterhaltungsberechtigten Kinder oder Personen, berufliche Qualifikation, Dauer der Unternehmenszugehörigkeit sowie Entlohnungsform der Arbeiter und Art des Lohnes.
4. Arbeitszeit der Arbeiter.

Artikel 4

Die Auskünfte werden von den statistischen Ämtern der Mitgliedstaaten durch Fragebogen eingeholt, die von der Kommission unter Mitwirkung dieser Ämter aufgestellt werden.

Die Kommission bestimmt unter Mitwirkung der statistischen Ämter der Mitgliedstaaten die technischen Einzelheiten der Erhebung, insbesondere den Stichprobenplan. Sie setzt ferner in der gleichen Weise den Beginn und den Abschluß der Erhebung, die Fristen für die Beantwortung der Fragebogen sowie die Einzelheiten für die Übermittlung der Ergebnisse an die Kommission fest.

Die Auskunftspflichtigen haben die Fragen wahrheitsgemäß, vollständig und fristgerecht zu beantworten.

Artikel 5

Die im Rahmen der Erhebung erteilten Einzelauskünfte werden der Kommission ohne namentliche Angabe der Auskunftspflichtigen übermittelt. Diese Auskünfte dürfen nur für statistische Zwecke verwendet werden. Ihre Verwendung für steuerliche Zwecke und ihre Weitergabe an Dritte ist untersagt.

Für die Verfolgung von Zuwiderhandlungen gegen Absatz 1, insbesondere die Verletzung von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen, gelten die Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für innerstaatliche Erhebungen.

Artikel 6

Soweit diese Verordnung nichts anderes bestimmt, gelten für die Durchführung der Erhebung die Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für innerstaatliche statistische Erhebungen.

Artikel 7

Die den Mitgliedstaaten durch die Erhebung entstehenden Kosten gehen zu Lasten der in den Haushaltsplänen der Europäischen Gemeinschaften für diesen Zweck bereitgestellten Mittel.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Brüssel am 12. Dezember 1964

Im Namen des Rates
Der Präsident
K. Schmücker

Verordnung zur Durchführung einer Erhebung über die Anwendung des Gesetzes zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer Vom 22. April 1964¹⁾

Auf Grund des § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

§ 1

Über die Anwendung des Gesetzes zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer vom 12. Juli 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 909) wird im Jahre 1964 eine Erhebung als Bundesstatistik durchgeführt.

§ 2

(1) In die Erhebung werden die Unternehmen folgender Wirtschaftsbereiche nach der Systematik der Wirtschaftszweige (herausgegeben vom Statistischen Bundesamt im Juli 1961) einbezogen:

Abteilung 1 »Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau«;

Abteilung 2 »Verarbeitendes Gewerbe« (ohne Unterabteilung 22 »Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden; Feinkeramik und Glasgewerbe«);

Abteilung 3 »Baugewerbe«;

Unterabteilung 43 »Einzelhandel«;

Gruppe 501 »Straßenverkehr«;

Untergruppe 5020 »Binnenschifffahrt«;

Abteilung 6 »Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe« (ohne Gruppe 619 »Vermittlung von Versicherungen«).

(2) Die Erhebung wird repräsentativ durchgeführt. Sie erfaßt:

1. in den Wirtschaftsabteilungen 1, 2, 3 und 6 im Durchschnitt höchstens jedes zehnte Unternehmen mit 2 bis 9 Beschäftigten und jedes dritte mit 10 und mehr Beschäftigten,
2. in der Unterabteilung 43 jedes dritte Unternehmen mit 50 und mehr Beschäftigten,
3. in der Gruppe 501 jedes dritte Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten,
4. in der Untergruppe 5020 jedes Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten.

§ 3

Bei der Erhebung wird erfragt:

1. für die Kalenderjahre 1961 und 1962:
ob vermögenswirksame Leistungen im Sinne des Gesetzes zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer erbracht wurden;

2. für das Kalenderjahr 1963:

- a) ob vermögenswirksame Leistungen angeboten und erbracht wurden,
- b) ob die vermögenswirksamen Leistungen durch Umwandlung bereits gewährter anderer Leistungen oder zusätzlich erbracht wurden,
- c) ob es sich um allgemeine vermögenswirksame Leistungen oder um vermögenswirksame Leistungen auf Grund einer Ergebnisbeteiligung handelte,
- d) ob die vermögenswirksamen Leistungen in einer Betriebsvereinbarung oder in Einzelverträgen vereinbart wurden,
- e) welchen Arbeitnehmern, gegliedert in Arbeiter und Angestellte, der Arbeitgeber die vermögenswirksamen Leistungen angeboten hat,
- f) welche Anlagearten gewählt und in welcher Höhe vermögenswirksame Leistungen gewährt wurden,
- g) wieviel Arbeitnehmer, gegliedert in Arbeiter und Angestellte, beschäftigt waren und wieviel vermögenswirksame Leistungen erhalten haben.

§ 4

Auskunftspflichtig nach § 10 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke sind die Unternehmen in den Wirtschaftsbereichen nach § 2 Abs. 1.

§ 5

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 17 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke auch im Land Berlin.

§ 6

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 22. April 1964

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers

Mende

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung

Blank

Begründung²⁾

I.

Das Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer fördert Zuwendungen der Arbeitgeber, die als »vermögenswirksame Leistungen« (§ 2) anzusehen sind, wenn sie auf einer Vereinbarung mit dem Arbeitnehmer oder einer Betriebsvereinbarung beruhen.

Solche Leistungen unterliegen bis zu einer Höhe von 312 DM einer pauschalierten Lohnsteuer, die vom Arbeitgeber zu tragen ist (§ 10). Sie werden auch, soweit der genannte Betrag nicht bereits durch sonstige Aufwendungen des Arbeitgebers für die Zukunftssicherung der Arbeitnehmer ausgeschöpft ist, nicht als Entgelt im Sinne der Sozialversicherung angesehen (§ 11).

Die Vermögensbildung der Arbeitnehmer soll weiter gefördert werden. Zu diesem Zweck soll u. a. geprüft werden, wie das oben genannte Gesetz ergänzt und verbessert werden kann. Das setzt nähere Kenntnisse über die Anwendung des Gesetzes voraus. Da ausreichende Unterlagen weder vorhanden sind, noch aus den ver-

fügbaren Statistiken gewonnen werden können, ist eine besondere Erhebung erforderlich.

II.

Die Verordnung beruht auf der Ermächtigung in § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke. Ihre Voraussetzungen liegen vor:

1. Der Bundeszweck ergibt sich aus den Ausführungen unter I.
2. Der Personenkreis ist in doppelter Hinsicht begrenzt: die Erhebung erfaßt nur bestimmte Wirtschaftsbereiche (§ 2 Abs. 1) und betrifft dort nur einen Bruchteil der Unternehmen (§ 2 Abs. 2). Insgesamt werden maximal etwa 74 500 Unternehmen erfaßt. Das Erhebungsprogramm ist auf die unumgänglich notwendigen Fragen beschränkt (§ 3).
3. Die voraussichtlichen Kosten liegen unter 500 000 DM; sie werden bei den Statistischen Landesämtern rd. 364 000 DM betragen (299 000 DM Personalkosten und 65 000 DM Sachkosten) und beim Statistischen Bundesamt rd. 17 000 DM (14 000 DM Personalkosten und 3 000 DM Sachkosten), insgesamt also rd. 381 000 DM.

¹⁾ Bundesanzeiger Nr. 80 vom 28. April 1964 S. 1. — ²⁾ Bundesratsdrucksache Nr. 67 vom 17. Februar 1964 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben).

Gesetz über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte

Vom 11. Januar 1961¹⁾

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Im Geltungsbereich dieses Gesetzes werden bei privaten Haushalten folgende repräsentative Erhebungen über Wirtschaftsrechnungen als Bundesstatistik durchgeführt:

1. monatliche Erhebungen bei Haushalten von Arbeitnehmern, Pensions-, Fürsorge- und Rentenempfängern;
2. Erhebungen, die sich jeweils auf ein Jahr beziehen, bei Haushalten aller Bevölkerungskreise. Die Erhebungen beginnen im Jahre 1962; sie sind in drei- bis fünfjährigen Abständen zu wiederholen; die Bundesregierung bestimmt durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates jeweils den Zeitpunkt der Erhebungen.

§ 2

(1) Die Erhebungen nach § 1 erfassen folgende Tatbestände:

1. die Einnahmen der Haushalte nach Quellen;
2. die Verwendung der Einnahmen für
 - a) den privaten Verbrauch (nach Art, Menge und Betrag),
 - b) Steuern und Abgaben,
 - c) Beiträge zur Sozialversicherung und zu privaten Versicherungen, soweit sie nicht unter Buchstabe e fallen,
 - d) Rückzahlung von Schulden,
 - e) Vermögensbildung,
 - f) sonstige Zwecke.

(2) Außer den in Absatz 1 bezeichneten Tatbeständen erfassen die Erhebungen Angaben über die Zusammensetzung der Haushalte und ihre wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse sowie über die Ausrüstung der Haushalte mit technischen Gebrauchsgütern, soweit diese Angaben für die statistische Zuordnung der Haushalte und für die Darstellung der Ergebnisse erforderlich sind.

§ 3

(1) Die Erhebungen nach § 1 Nr. 1 erstrecken sich auf höchstens 1 000 Haushalte in jedem Monat.

(2) Die Erhebungen nach § 1 Nr. 2 erstrecken sich auf höchstens 0,3 vom Hundert aller Haushalte.

§ 4

Die Erteilung der Auskunft durch die Haushalte zu den Erhebungen nach § 1 ist freiwillig.

§ 5

Die Aufbereitung der Erhebungen nach § 1 Nr. 2 obliegt dem Statistischen Bundesamt.

§ 6

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

§ 7

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 11. Januar 1961

Der Bundespräsident
Lübke

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Ludwig Erhard

Der Bundesminister für Wirtschaft
Ludwig Erhard

Begründung²⁾

A. Allgemeiner Teil

I. Zweck und Bedeutung der Erhebung von Wirtschaftsrechnungen

Amtliche Erhebungen über »Wirtschaftsrechnungen« privater Haushalte werden in der Bundesrepublik seit 1949 laufend durchgeführt. Sie beschränken sich jedoch auf die soziale Gruppe der Arbeitnehmer (hauptsächlich Industriearbeiter), auf einen bestimmten Haushaltstyp (nämlich 4 Personen, bestehend aus einem Ehepaar und 2 Kindern, davon eins unter 14 Jahren) und nur einem Verdienster in der Familie. Ferner werden bestimmte Einkommensgrenzen eingehalten, die etwa dem Durchschnittsverdienst der Industriearbeiter folgen. Zusätzlich werden die Wirtschaftsrechnungen in Rentnerhaushalten mit 2 und 3 Personen unterhalb bestimmter Einkommensgrenzen, und einmalig wurden auch die Wirtschaftsrechnungen von Landarbeitern und Bauern statistisch beobachtet.

Trotz dieser Beschränkung auf die genannten Bevölkerungskreise und trotz der geringen Zahl der Beobachtungen (nur wenige hundert Haushalte werden laufend erfaßt) bieten die bisherigen Ergebnisse wichtige Einblicke in die Verbrauchsstruktur dieser Haushaltstypen. Mit ihrer Hilfe wird das Verbrauchsschema für den Preisindex der Lebenshaltung aufgebaut und laufend kontrolliert. Sie zeigen, für welche Zwecke die Einkommen verwendet werden sind, d. h. welcher Teil der Ausgaben dieser Haushaltstypen auf die Ernährung, die Bekleidung, die Wohnungsmieten und auf andere Bedarfsgruppen entfällt. Die Ergebnisse liefern dem Sozialpolitiker Grundlagen für die Festsetzung und Änderung von Renten und Unterstützungssätzen und erlauben es, die Auswirkungen von Reformen auf diesen Gebieten zu beobachten. Sie dienen ferner als Grundlage für ernährungswissenschaftliche Untersuchungen und ermöglichen in bescheidenem Umfang auch einen Einblick in die Veränderungen der Verbrauchsgewohnheiten bei steigendem Einkommen.

Die sehr schmale Grundlage der bisherigen Erhebungen und die damit notwendigerweise verbundene Beschränkung auf ausgewählte Haushaltstypen (nach Größe, Zusammensetzung und Einkommenshöhe) müssen in Kauf genommen werden, wenn Erhebungen laufend mit einem tragbaren Aufwand an Arbeitskraft und Kosten durchgeführt werden sollen; sie lassen es jedoch nicht zu, die für diese ausgewählten Gruppen gewonnenen Ergebnisse zu verallgemeinern.

Schlüsse auf die allgemeine Entwicklung der Lebenshaltung in allen Bevölkerungsschichten, also ein Bild der Nachfrage der Gesamtheit aller privaten Haushalte, können auf dieser Basis nicht gewonnen werden. Hierzu ist es erforderlich, alle Bevölkerungsgruppen in repräsentativer Form in diese Statistik einzubeziehen und von Zeit zu Zeit Stichprobenerhebungen über Einkommen und Verbrauch in privaten Haushalten durchzuführen. Diesem Ziel dient der vorliegende Gesetzentwurf neben der Legalisierung der laufenden monatlichen Wirtschaftsrechnungen.

Es sei daran erinnert, daß die amtliche Statistik bisher und seit jeher stark auf die statistische Durchleuchtung der Produktion im weitesten Sinne und damit der Angebotsseite in einer Marktwirtschaft ausgerichtet ist. In der Marktwirtschaft entscheidet aber sehr weitgehend die Nachfrage und damit der Verbraucher über Ausmaß und Richtung der wirtschaftlichen Expansion. Die Transparenz der Märkte, ohne die eine Wettbewerbswirtschaft kaum funktionieren kann, verlangt also auch eine ausreichende statistische Darstellung des privaten Verbrauchs. Vom gesamten Sozialprodukt sind in den letzten Jahren fast zwei Drittel unmittelbar von den privaten Haushalten aufgenommen worden, ohne daß es bisher möglich ist, diesen Verbrauch auch nur unter einigen wesentlichen Gesichtspunkten ausreichend zu gliedern. Das Material der vorgesehenen Wirtschaftsrechnungen wird eine Gliederung nach Gütearten, also nach der Art der verbrauchten Waren und Dienstleistungen, erlauben, wobei dem Problem der sogenannten langlebigen Gebrauchsgüter, den Herkunftsbereichen der Güter und dem letzten Verwendungszweck der Güter Beachtung geschenkt werden kann. Der wesentliche Fortschritt liegt aber darin, daß der private Verbrauch auch nach Käufergruppen unterschieden werden kann, was bei keinem anderen statistischen Verfahren zur Erfassung des privaten Verbrauchs möglich ist. Die Haushalte können zunächst nach der Familiengröße und nach der Zahl der Verdienster gegliedert werden; das ist deshalb wichtig, weil der Beitrag mehrerer Mitglieder zum Familieneinkommen vielfach eine entscheidende Voraussetzung für einen erhöhten Lebensstandard und für den Absatz langlebiger Gebrauchsgüter ist. Auch die zusätzliche Gliederung nach der Einkommenshöhe ist entscheidend, denn die z. Z. beobachtete Einkommensgruppe stellt selbst unter den Industriearbeitern nur einen sehr kleinen Teil aus der weit gestreuten Masse der Einkommen dar.

Auch eine Gliederung nach sozialen und beruflichen Merkmalen wird möglich sein. Die Ergebnisse werden also Unterlagen über die unterschiedliche Zusammensetzung des Verbrauchs in den einzelnen Gruppen bringen und damit u. a. erlauben, die wahrscheinliche

¹⁾ BGBl. I vom 17. Januar 1961 S. 18. — ²⁾ Bundestagsdrucksache Nr. 1623 vom 16. Februar 1960 (siehe Vorbemerkung auf S. 145 oben).

Richtung von Verbrauchsveränderungen bei steigendem Einkommen abzuschätzen, was nicht zuletzt auch für die Produktions- und Absatzplanung der Unternehmen von Bedeutung ist. Diese statistischen Aufschlüsse sind von größter Bedeutung für die Marktbeobachtung und -analyse sowie für die Diagnose der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung und damit für die Wirtschafts-, Sozial-, Steuer- und Familienpolitik. Sie bilden darüber hinaus auch eine wichtige Grundlage für eine Gliederung der Verwendungsseite der Sozialproduktberechnungen.

Die vorgesehenen Wirtschaftsrechnungen können aber — obwohl die Ausgabenseite im Vordergrund steht — auch wichtige und bisher fehlende Unterlagen über die Einnahmenseite, also insbesondere über die Einkommen der privaten Haushalte, liefern. Die häufigen Änderungen des Steuerrechts, die auf den Einkommensbegriff zurückwirken, und vor allen Dingen die Herausnahme oder pauschale Behandlung immer größerer Bevölkerungsgruppen bei der Einkommensbesteuerung erlaubten es nicht mehr, volkswirtschaftlich gültige Aussagen über die Einkommen auf Grund der Einkommensteuerstatistik zu machen. Eine vollständige Information über die Einkommen aus den verschiedenen Quellen und darüber hinaus über ihren Zusammenfluß zu Familieneinkommen ist daher dringend erforderlich. Die Wirtschaftsrechnungen werden daher auch eine bessere Darstellung der Einkommensströme im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen erlauben. Auch die tatsächliche Belastung der Einkommen, z. B. durch Miet- und Preisveränderungen, läßt sich mit Hilfe der Wirtschaftsrechnungen durchleuchten. Die Wirtschaftsrechnungen lassen fernerhin einige Auskünfte über die Höhe der Ersparnisse und die Art der Vermögensbildung (z. B. Ankauf von Volksaktien, Eigenheimen usw.) erhoffen. Die hierfür wichtige Gliederung der Personen und Haushalte nach den wiederholt genannten Merkmalen (berufliche und soziale Stellung, Einkommenshöhe, Familiengröße usw.) kann noch am ehesten im Zusammenhang mit den Wirtschaftsrechnungen erfolgen.

Die allgemeinen Verbrauchs- und Einkommensstichproben können wegen des umfangreichen Arbeitsaufwands und der damit verbundenen Kosten nicht jährlich, sondern nur in Abständen von mehreren Jahren durchgeführt werden. Die Entwicklung der Verbrauchsverhältnisse der privaten Haushalte in den Jahren zwischen den umfassenden Stichproben soll deshalb an Hand laufender monatlicher Wirtschaftsrechnungserhebungen in einer relativ kleinen Zahl von Haushalten aus entsprechend ausgewählten Bevölkerungskreisen beobachtet werden.

II. Die Rechtsgrundlagen der Statistik der Wirtschaftsrechnungen

Die zur Zeit laufenden Erhebungen über die Wirtschaftsrechnungen gehen in ihrer rechtlichen Grundlage zurück auf die Gemeinsame Anordnung der Verwaltungen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes zur Durchführung von Statistiken vom 1. Juni 1949 (Öffentlicher Anzeiger für das VWG Nr. 50 vom 25. Juni 1949 S. 1), welche auch auf die Länder der ehemals französisch besetzten Zone durch Verordnung vom 31. März 1950 erstreckt wurde. Diese Rechtsgrundlage wurde abgelöst durch das Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314), wonach gemäß § 16 die Erhebungen über Wirtschaftsrechnungen als Bundesstatistiken durchgeführt werden mit der Maßgabe, daß sie spätestens 2 Jahre nach Inkrafttreten des Statistischen Gesetzes durch besonderes Gesetz anzuordnen sind. Die Frist von 2 Jahren wurde durch die Gesetze vom 8. August 1955 (BGBl. I S. 507) und vom 15. Juli 1957 (BGBl. I S. 721) um weitere 4 Jahre bis einschließlich 24. September 1959 verlängert.

B. Besonderer Teil

Zu § 1

Die in 3- bis 5jährigen Abständen vorgesehenen Jahreserhebungen müssen hinsichtlich des Zeitpunktes der Durchführung sowohl der wirtschaftlichen Entwicklung als auch der Arbeitslage in den Statistischen Ämtern angepaßt werden. Deshalb sieht das Gesetz eine Festlegung nur hinsichtlich des Beginns der Laufzeit der Erhebungen (ab 1961) und eine Rahmen-Anordnung über deren Periodizität (alle 3 bis 5 Jahre) vor.

Zu § 2

Bei Ermittlung der Einnahmen nach Absatz 1 Nr. 1 wird eine Aufgliederung nach Quellen und eine möglichst große Vollständigkeit angestrebt. So ist z. B. nach dem Einkommen aus Erwerbstätigkeit, Renten, Pensionen oder eigenem Vermögen sowie nach Vermögensauflösungen (Abhebung von Sparkonten, Verkauf von Wertpapieren, Verkauf von Sachvermögen, Verminderung der Barbestände u. ä.) nach Schuldenaufnahme usw. zu fragen.

Unter Absatz 1 Nr. 2 werden die zu erfragenden Tatbestände der Ausgabenseite festgelegt. Erfaßt werden soll hier die Verwendung aller Einkommen und sonstigen Einnahmen (einschließlich Sacheinkünfte). Bei der Nachweisung der Aufwendung für den privaten Verbrauch sollen soweit wie möglich Art und Menge der Güter und Leistungen festgehalten werden. Daneben werden auch z. B. die von den Haushalten gezahlten Steuern, die Beiträge zur Sozialversicherung und zu privaten Versicherungen sowie die Vermögensbildung (Spareinlagen bei Banken, Käufe von Wertpapieren, Käufe von Grundstücken und Gebäuden, Erhöhung der Bargeldbestände, Gewährung von Darlehen usw.) berücksichtigt.

Unter Absatz 2 sind Tatbestände zusammengefaßt, die den Haushalt insgesamt betreffen, z. B. die Zahl der Haushaltsmitglieder und ihre Stellung im Haushalt, Alter und Geschlecht, die Zahl der Verdienner, ihr Beruf und ihre soziale Stellung, die Wohnverhältnisse der Haushalte und die Ausrüstung der Haushalte mit technischen Gebrauchsgütern, ferner die Beteiligung der Haushaltsmitglieder und Haushaltsspenden am Haushaltsverbrauch. Diese Angaben werden für den Nachweis der Ergebnisse in der Gliederung der Haushalte nach wirtschaftlichen und sozialen Gruppen benötigt.

Zu § 3

In die Erhebungen nach § 1 Nr. 1 werden bis zu 1000 Haushalte einbezogen, um statistisch einigermaßen gesicherte Ergebnisse über die Entwicklung des Verbrauchs zwischen den umfassenden Jahreserhebungen an Hand der in § 1 Nr. 1 genannten Bevölkerungsgruppen zu gewinnen.

Bei den Erhebungen nach § 1 Nr. 2 soll durch Anwendung des Stichprobenverfahrens eine repräsentative Auswahl der Haushalte sichergestellt werden. Bei der Festlegung der Höchstzahl von 0,3 vom Hundert aller Haushalte im Bundesgebiet wurde einerseits auf die statistische Zuverlässigkeit der Ergebnisse, andererseits auf die praktische Durchführbarkeit der Erhebungen und auf die Kosten Rücksicht genommen. Die Erhebungen müssen sich wegen der saisonalen Einkommens- und Verbrauchsschwankungen bei allen Haushalten grundsätzlich jeweils auf ein volles Jahr erstrecken. Gleichzeitig ist ein volles Jahr der mindeste Zeitraum für eine repräsentative Erfassung der seltener gekauften Gebrauchsgüter.

Zu § 4

Die Statistik der Wirtschaftsrechnungen stellt an die erfaßten Haushalte wegen Art und Umfang der erbetenen Angaben erhebliche Anforderungen. Es erscheint deshalb zweckmäßig, nur solche Haushalte zur Erhebung heranzuziehen, die freiwillig zur Mitarbeit bereit sind. Es ist zu erwarten, daß Haushalte in ausreichender Zahl zur freiwilligen Mitarbeit gewonnen werden können. Deshalb wird bei diesen Erhebungen auf eine Auskunftspflicht der Befragten (§ 10 StatGes) verzichtet.

Zu § 5

Bei den Erhebungen zu § 1 Nr. 2 ist eine zentrale Aufbereitung der von den Statistischen Landesämtern erhobenen und vorbereiteten Unterlagen durch das Statistische Bundesamt angebracht, weil wegen der sehr komplizierten und vielseitigen Einkommens- und Verbrauchsvorgänge in den Haushalten nicht von vornherein generelle Richtlinien aufgestellt werden können, wie sie für eine dezentrale Bearbeitung benötigt werden.

C. Kostenberechnung

- a) Für die monatlichen Erhebungen (§ 1 Nr. 1) sind die jährlichen Kosten wie folgt veranschlagt worden:

	Bund DM	Länder DM	Insgesamt DM
Personalkosten	169 000	636 000	805 000
Sachkosten	61 000	234 000	295 000
Insgesamt	230 000	870 000	1 100 000

Hiervon sind in den Haushalten von Bund und Ländern für den gegenwärtigen Stand der Erhebungen bereits 199 000 DM beim Bund und 645 000 DM bei den Ländern veranschlagt. Die Erhöhung um 256 000 DM ergibt sich durch die Notwendigkeit, die Zahl der zu befragenden Haushalte auf bis zu 1000 zu erhöhen. Der zusätzliche Bedarf konnte durch Rationalisierungsmaßnahmen beim Aufbereitungsverfahren und Auswertungsprogramm in bescheidenen Grenzen gehalten werden.

- b) Für die ab 1961 in mehrjährigen Abständen durchzuführenden Erhebungen (§ 1 Nr. 2) ist nach überschläglichen Schätzungen des Statistischen Bundesamtes je Erhebung mit insgesamt rd. 8 Mio DM zu rechnen. Dieser Betrag verteilt sich je nach Dichte der Erhebungsfolge auf 2 oder 3 Haushaltsjahre. Er setzt sich wie folgt zusammen:

	Bund DM	Länder DM	Insgesamt DM
Personalkosten	3 177 000	1 326 000	4 503 000
Sachkosten	833 000	2 650 000	3 483 000
Insgesamt	4 010 000	3 976 000	7 986 000

Bei diesen Beträgen handelt es sich um zusätzliche Kosten. Von den Sachkosten in den Ländern entfallen rd. 2,2 Mio DM auf Interviewerkosten.

Anhang

STATISTISCHE ÄMTER IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

ZEICHENERKLÄRUNG

- Statistisches Bundesamt
- Außen- bzw. Zweigstelle des Stat. Bundesamtes
- ▲ Statistisches Landesamt
- ▲ Statistisches Landesamt zugleich Städtestatistisches Amt
- Städtestatistisches Amt

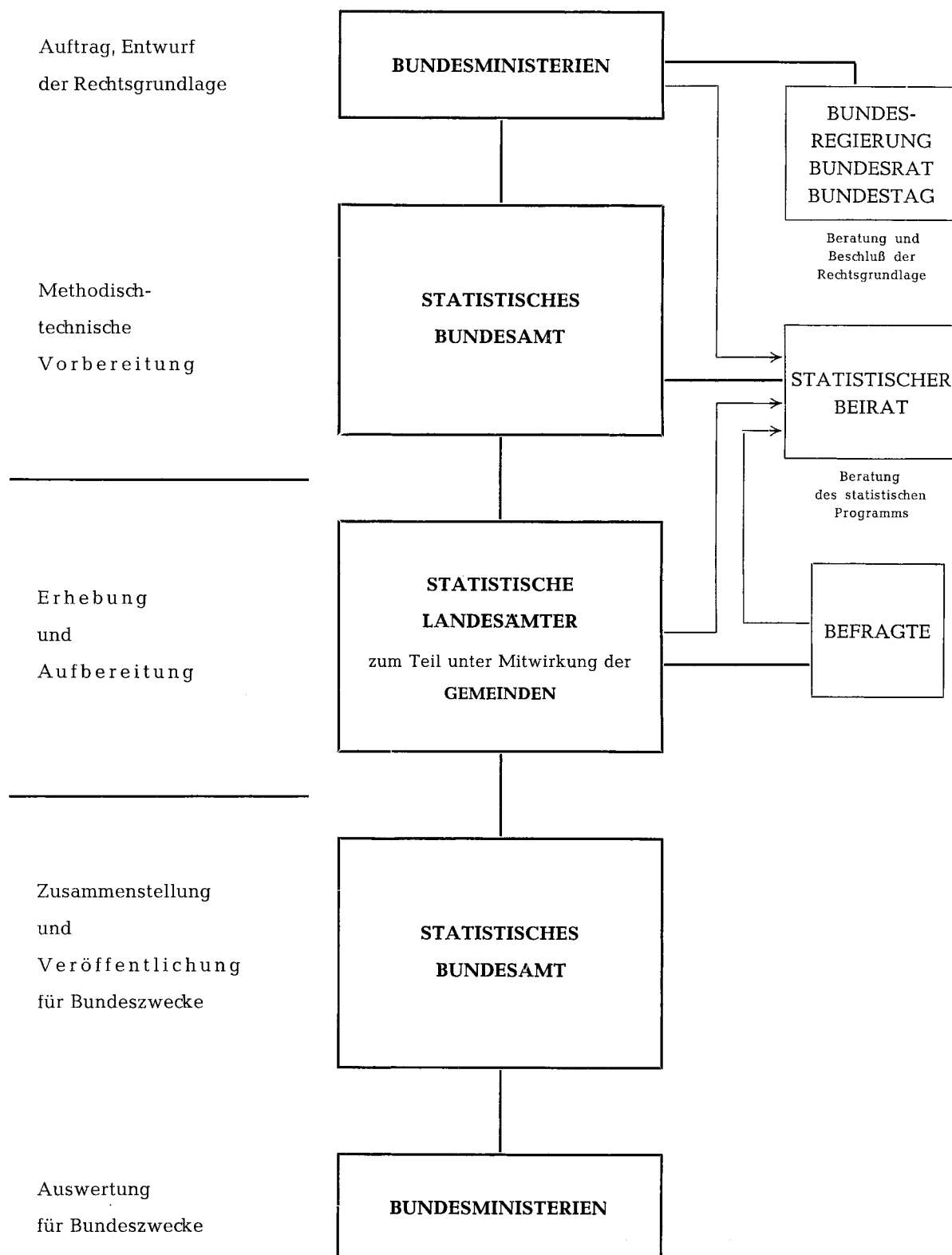


Anschriften

Statistisches Bundesamt	62	Wiesbaden	Gustav-Stresemann-Ring 11, Postfach 828	Tel. 7 78 51
Zweigstelle Berlin	1	Berlin W 30	Kurfürstenstraße 87	Tel. 13 14 31
Außenstelle Düsseldorf (Eisen- und Stahlstatistik)	4	Düsseldorf	Jahnstraße 1	Tel. 1 03 41
Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein	23	Kiel	Mühlenweg 166	Tel. 4 36 02
Statistisches Landesamt Hamburg	2	Hamburg 11	Steckelhörn 12	Tel. 36 11 21
Niedersächsisches Landes- verwaltungsamt — Statistik —	3	Hannover	Auestraße 14, Postfach	Tel. 44 45 61
Statistisches Landesamt Bremen	28	Bremen	An der Weide 14-16	Tel. 3 61
Statistisches Landesamt Nordrhein-Westfalen	4	Düsseldorf	Ludwig-Beck-Straße 23	Tel. 62 62 21
Hessisches Statistisches Landesamt	62	Wiesbaden	Rheinstraße 35/37	Tel. 38 81
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz	5427	Bad Ems	Mainzer Straße 15-16	Tel. 28 01
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg	7	Stuttgart	Kienestraße 41	Tel. 29 90 71
Bayerisches Statistisches Landesamt	8	München 2	Neuhauser Straße 51	Tel. 22 86 71
Statistisches Amt des Saarlandes	66	Saarbrücken	Hardenbergstraße 3 — NB —	Tel. 6 49 11
Statistisches Landesamt Berlin	1	Berlin 62	Salzburger Straße 21-25	Tel. 7 80 11

Die Statistischen Ämter der Städte sind unter der Bezeichnung
»Statistisches Amt der Stadt« zu erreichen.

Schematische Darstellung der Durchführung von Bundesstatistiken



Anmerkung:

Die Darstellung bezieht sich auf den »Normalfall«, in dem die Vorbereitung von Bundesstatistiken und die abschließende Zusammenfassung und Veröffentlichung der Ergebnisse für Bundeszwecke Aufgaben des Statistischen Bundesamtes sind, während die Erhebung und die Aufbereitung in Händen der Statistischen Landesämter liegen. Auch wurden bei der stark vereinfachten schematischen Darstellung aus Gründen der Übersichtlichkeit nicht sämtliche beteiligten Stellen und nicht alle Verzahnungen innerhalb der einzelnen Phasen wiedergegeben (im einzelnen siehe hierzu die textliche Darstellung auf S. 19 ff.). Ebenso wurde die Zusammenarbeit des Statistischen Bundesamtes mit den inter- und supranationalen Organisationen nicht berücksichtigt.

Übersicht über die

(ohne internationale

Bezeichnung	Ausgabe/ Fassung	Zahl der Positionen in der Gliederungsstufe					Anwendungsgebiete	Bemerkungen
		1.	2.	3.	4.	5.		
Unternehmens- und Betriebsystematiken								
Systematik der Wirtschaftszweige (Grundsystematik) ¹⁾ ²⁾	1961	10 Abteilungen	29 Unter- abteilungen	206 Gruppen	669 Unter- gruppen	1397 Klassen	Kostenstrukturstatistik ³⁾ ⁴⁾ Statistik der Kapitalgesellschaften Bilanzstatistik der Aktiengesellschaften Handwerkszählung 1963 ⁵⁾ Industriezensus 1963 Bauberichterstattung (Totalerhebung) Jährliche Investitionserhebung in der Industrie Jährliche Investitionserhebung im Bauhauptgewerbe Unternehmenserhebung in der Industrie Unternehmenserhebung im Bauhauptgewerbe Handels- und Gaststättenzählung 1960 ³⁾ Großhandelsstatistik ³⁾ Einzelhandelsstatistik ³⁾ Verkehrszensus 1962 ³⁾ Statistik der Konkurse und Vergleichsverfahren Statistik des Werkfernverkehrs mit Kraftfahrzeugen Verdiensterhebung in der Landwirtschaft ³⁾ Verdiensterhebung in Industrie und Handel ³⁾ Gehalts- und Lohnstruktur-erhebung in der gewerblichen Wirtschaft und im Dienstleistungsbereich 1962 ³⁾ Statistik der Vermögensbildung der Arbeitnehmer Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen ³⁾	¹⁾ Grundsystematik für den Nachweis von Institutionen nach der Art ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit, soweit nicht das »Systematische Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht« verwendet wird. Drei spezielle Fassungen der Grundsystematik sind anschließend aufgeführt. ²⁾ Hierzu auch »Alphabetisches Verzeichnis der Betriebs- u. ä. Benennungen zur Systematik der Wirtschaftszweige« als gesonderte Veröffentlichung. ³⁾ Nur die betreffenden Teile der Systematik. ⁴⁾ Vom dritten Erhebungsjahr ab. ⁵⁾ Nur für interne Zwecke.
Systematik der Wirtschaftszweige für die Arbeitsstättenzählung 1961 ⁶⁾	1961	10 Abteilungen	25 Unter- abteilungen	165 Gruppen	436 Unter- gruppen	594 Klassen	Arbeitsstättenzählung 1961	⁶⁾ Das »Alphabetische Verzeichnis der Betriebs- u. ä. Benennungen zur Systematik der Wirtschaftszweige« wird auch hier verwendet.
Systematik der Wirtschaftszweige für die Berufszählung 1961 ⁶⁾	1961	10 Abteilungen	38 Unter- abteilungen	118 Gruppen			Berufszählung 1961 Mikrozensus ⁷⁾	⁷⁾ Nach 4 Wirtschaftsbereichen.
Systematik der Wirtschaftszweige für die Umsatzsteuerstatistik ⁸⁾	1962	10 Abteilungen	25 Unter- abteilungen	166 Gruppen	435 Unter- gruppen	635 Klassen	Einkommensteuerstatistik ⁹⁾ Körperschaftsteuerstatistik ⁹⁾ Einheitswertstatistik der gewerblichen Betriebe ⁹⁾ Umsatzsteuerstatistik	⁸⁾ Wird für die ab 1962 aufzubereitenden Steuerstatistiken sowie voraussichtlich ab 1967 für die Statistik der Effektenkurse anstelle des »Systematischen Verzeichnisses der Unternehmen (für die Steuerstatistiken)« verwendet. Die Zahl der Gruppen, Untergruppen und Klassen erhöht sich, wenn anstelle des Produzierenden Gewerbes die Industrie, das Produzierende Handwerk und das Sonstige Produzierende Gewerbe dargestellt werden. ⁹⁾ Mit verschiedener Gliederungstiefe.
Systematisches Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht hauptbeteiligt aufzubereiten	1966	32 ¹⁰⁾ Industrie- gruppen	103 ¹⁰⁾ Industrie- zweige				Monatlicher Industriebericht Industriebericht für Kleinbetriebe Zusatzerhebung zum Industriebericht	¹⁰⁾ Zur Zeit noch zuzüglich einer Position für den getrennten Nachweis der Kohlenwertstoffindustrie.
beteiligt aufzubereiten		32 ¹⁰⁾ Industrie- gruppen	140 ¹⁰⁾ Industrie- zweige				Erhebung über Stromerzeugungsanlagen in der Industrie	
Verzeichnis der handwerklichen Tätigkeiten	1958	7 Gruppen	140 Zweige	184 Tätigkeiten			Handwerkszählung 1963 Jährliche Investitionserhebung im Produzierenden Handwerk	
Verzeichnis der Handwerkszweige	1958	7 Gruppen	140 Zweige				Handwerksberichterstattung ³⁾ Verdiensterhebung im Handwerk ³⁾	

wichtigsten Systematiken

Systematiken)

Bezeichnung	Ausgabe/ Fassung	Zahl der Positionen in der ... Gliederungsstufe					Anwendungsgebiete	Bemerkungen
		1.	2.	3.	4.	5.		
Systematiken der öffentlichen Finanzwirtschaft und der Privaten Haushalte								
Aufbereitungsschlüssel für die Zusammenfassung der Staats- und Gemeindefinanzstatistik							Alle Nachweisungen der öffentlichen Finanzwirtschaft, einschließlich Schuldenstand und Personalstand	
nach Aufgabenbereichen	1966	22 Hauptaufgabengebiete	13 Aufgabenbereiche					
nach Ausgabe- und Einnahmearten	1966							
Ausgaben		3 Ausgabearten	15 Ausgabearten					
Einnahmen		3 Einnahmearten	14 Einnahmearten					
Systematik d. Einnahm. u. Ausgaben der Privaten Haushalte	1963						Laufende Wirtschaftsrechnungen	11) Ohne Ausgaben für den Privaten Verbrauch; die Positionen hierfür sind im »Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch« unter den Warensystematiken genannt.
Einnahmen		6 Zweisteller	16 Dreisteller	34 Viersteller	51 Fünfsteller		Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63	
Ausgaben ¹¹⁾		5 Zweisteller	12 Dreisteller	26 Viersteller	39 Fünfsteller			
Warensystematiken								
Systematisches Warenverzeichnis für die Industriestatistik ¹²⁾	1966 ¹³⁾	32 Warengruppen	187 Warenzweige	868 Warenklassen	5557 Warenarten		Vierteljährliche Produktionserhebung Berlin- und Interzonenhandelsstatistik Außenhandelsstatistik	12) Zahl der Positionen in den Gliederungsstufen gemäß Fassung 1966 der Ausgabe 1963. 13) Hierzu auch »Alphabetisches Warenverzeichnis für die Industriestatistik« als gesonderte Veröffentlichung.
Nomenklatur zum Produktions-Eilbericht	1966	26 Warengruppen	529 Eilberichtsnummern				Produktions-Eilbericht	
Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik ¹⁴⁾	1966	21 Abschnitte	99 Kapitel	1115 Tarifnummern	6561 Warenarten		Außenhandelsstatistik	14) Enthält ein alphabetisches Stichwortverzeichnis.
Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik ¹⁵⁾ ¹⁶⁾	1962	10 Abteilungen	43 Hauptgruppen	169 ¹⁷⁾ Gruppen			Eisenbahnstatistik (Güterverkehr) Statistik des gewerblichen Güterfernverkehrs mit Kraftfahrzeugen Statistik des Werkfernverkehrs mit Kraftfahrzeugen Statistik des grenzüberschreitenden Güterverkehrs mit Kraftfahrzeugen Binnenschiffahrtsstatistik Seeschiffahrtsstatistik Luftfahrtstatistik	15) Wird ab Berichtsjahr 1962 anstelle des bisherigen »Güterverzeichnisses für die Verkehrsstatistiken« verwendet. 16) Hierzu auch »Alphabetisches Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik« als gesonderte Veröffentlichung.
Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch ¹⁴⁾	1963	9 Hauptgruppen	46 Gruppen	88 Untergruppen			Nachweisung des Privaten Verbrauchs in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63 Preisindizes für die Lebenshaltung Laufende Wirtschaftsrechnungen	17) Zusätzlich 6 Positionen für EGKS-Güter.
Erzeugnisgliederung für die Land-, Forst-, Jagdwirtschaft und Fischerei	1959	6 Gruppen	11 Untergruppen	66 Klassen	927 Erzeugnisse		Textilstatistik*) Berlin- und Interzonenhandelsstatistik	
Personensystematiken								
Klassifizierung der Berufe ¹⁸⁾	1961 ¹⁹⁾	8 Berufsabteilungen	41 Berufsgruppen	150 Berufsordnungen	437 Berufsklassen		Berufszählung 1961 Arbeitsmarktstatistiken	18) Enthält ein »Alphabetisches Verzeichnis der Berufsbenennungen«.
Internationales und Deutsches Verzeichnis der Krankheiten (Band I: Systematik der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen) ²⁰⁾	1958	10 Obergruppen	96 Hauptgruppen	380 Untergruppen			Todesursachenstatistik	19) Ergänzt durch Nachtrag 1964.
Verzeichnis der Religionsbenennungen	1961	11 Einsteller	42 Zweisteller				Volks- und Berufszählung 1961	20) Hierzu »Alphabetregister« als Band II veröffentlicht.
Regionalsystematiken								
Amtliches Gemeindeverzeichnis ²¹⁾	1961	11 Länder	33 Regierungs- und Verwaltungsbezirke	139 ²²⁾ kreisfreie Städte	425 Landkreise	24 503 Gemeinden		21) Enthält ein »Alphabetisches Gemeindeverzeichnis«.
Länderverzeichnis für die Außenhandelsstatistik	1966	6 Erdteile	152 Länder				Außenhandelsstatistik	22) Ohne Hamburg und Berlin.

Auszüge aus wichtigen Systematiken

Systematik der Wirtschaftszweige (Ausgabe 1961)

Abteilungen, Unterabteilungen, Gruppen

Unter- abteilung	Gruppe	Bezeichnung	Unter- abteilung	Gruppe	Bezeichnung
		Abteilung 0: Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei			Abteilung 2: Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)
00		Land- und Forstwirtschaft	20		Chemische Industrie (einschl. Kohlenwertstoffindustrie) und Mineralölverarbeitung
	00 0	Allgemeine Landwirtschaft		20 0	Chemische Industrie (einschl. Kohlenwertstoffindustrie)
	00 1	Garten- und Weinbau		20 5	Mineralölverarbeitung, Braunkohlenteer- und Torfteerdestillation sowie Ölschiefer-schwelerei
	00 2	Landwirtschaftliche Tierhaltung und -zucht ¹⁾			
	00 5	Forstwirtschaft			
	00 9	Dienstleistungen auf der land- und forstwirtschaftlichen Erzeugerstufe			
05		Fischerei und Fischzucht, gewerbliche Gärtnerei und gewerbliche Tierhaltung	21		Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung
	05 0	Hochsee- und Küstenfischerei		21 0	Kunststoffverarbeitung
	05 1	Binnenfischerei und Fischzucht		21 5	Gummi- und Asbestverarbeitung
	05 5	Gewerbliche Gärtnerei, gewerbliche Tierhaltung, -zucht und -pflege			
		Abteilung 1: Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	22		Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden; Feinkeramik und Glasgewerbe
10		Energiewirtschaft und Wasserversorgung		22 0	Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden
	10 0	Allgemeine Energiewirtschaft ²⁾		22 4	Feinkeramik
	10 1	Elektrizitätserzeugung und -verteilung		22 7	Herstellung und Verarbeitung von Glas
	10 3	Gaserzeugung und -verteilung			
	10 5	Fernheizung	23		Eisen- und NE-Metallerzeugung, Gießerei und Stahlverformung
	10 7	Wassergewinnung und -verteilung		23 0	Eisen- und Stahlerzeugung (einschl. -halbzeugwerke)
11		Bergbau		23 2	NE-Metallerzeugung (einschl. -halbzeugwerke)
	11 0	Steinkohlenbergbau (einschl. -brikett-herstellung) und Kokerei		23 4	Eisen-, Stahl- und Tempergießerei
	11 1	Braun- und Pechkohlenbergbau (einschl. -brikett-herstellung) und Braunkohlenschwelerei		23 6	NE-Metallgießerei
	11 3	Erzbergbau		23 8	Ziehereien und Kaltwalzwerke, Stahlverformung, Oberflächenveredlung und Härtung
	11 5	Kali- und Steinsalzbergbau sowie Salinen		23 9	Schlosserei, Schweißerei, Schleiferei und Schmiederei (anderweitig nicht genannt)
	11 6	Gewinnung von Erdöl, Erdgas und bituminösen Gesteinen			
	11 8	Sonstiger Bergbau (einschl. Torfgewinnung)	24		Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau
	11 9	Bergbauliche Tiefbohrung, Aufschließung und Schachtbau (ohne Erdölbohrung)		24 0	Stahl- und Leichtmetallbau
				24 2	Maschinenbau
				24 4	Straßenfahrzeugbau
				24 6	Schiffbau
				24 8	Luftfahrzeugbau

¹⁾ Ohne bzw. mit nur geringer Futtergrundlage aus eigener landwirtschaftlicher Erzeugung. — ²⁾ Ohne ausgeprägten Schwerpunkt.

Unter- abteilung	Gruppe	Bezeichnung
25		Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik; Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- und Schmuckwaren
	25 0	Elektrotechnik
	25 2	Feinmechanik und Optik
	25 4	Herstellung und Reparatur von Uhren
	25 6	Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren
	25 8	Herstellung von Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- und Schmuckwaren
26		Holz-, Papier- und Druckgewerbe
	26 0	Säge- und Holzbearbeitungswerke
	26 1	Holzverarbeitung
	26 4	Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappe- erzeugung
	26 5	Papier- und Pappeverarbeitung
	26 8	Druckerei und Vervielfältigung
27		Leder-, Textil- und Bekleidungs- gewerbe
	27 0	Herstellung, Zurichtung und Veredlung von Leder
	27 1	Lederverarbeitung (ohne Herstellung von Schuhen)
	27 2	Herstellung und Reparatur von Schuhen aus Leder und Textilien
	27 5	Textilgewerbe
	27 6	Bekleidungsgewerbe
	27 9	Polsterei und Dekorateurgewerbe
28/29		Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
	28 0	Herstellung von Nahrungs- und Genuß- mitteln verschiedener Art ²⁾
	28 1	Mahl- und Schälmaschinen (ohne Ölmöhlen)
	28 2	Stärkegewinnung und -verarbeitung, Verarbeitung von Kartoffeln (ohne Brennerei und Futtermittelherstellung)
	28 3	Herstellung von Nährmitteln
	28 4	Herstellung von Backwaren
	28 5	Zuckerindustrie
	28 6	Obst- und Gemüseverarbeitung
	28 7	Herstellung von Süßwaren
	28 8	Milchverwertung
	28 9	Herstellung von Speiseöl und Speisefett
	29 1	Schlachtereien und Fleischverarbeitung
	29 2	Fischverarbeitung
	29 3	Brauerei und Mälzerei
	29 4	Alkoholbrennerei, Herstellung von Spirituosen, Weinherstellung und -verarbeitung
	29 5	Gewinnung von Mineralbrunnen, Herstel- lung von Mineralwasser und Limonaden
	29 7	Tabakverarbeitung
	29 8	Sonstiges Nahrungs- und Genußmittel- gewerbe (ohne Herstellung von Futter- mitteln)
	29 9	Herstellung von Futtermitteln

Unter- abteilung	Gruppe	Bezeichnung
		Abteilung 3: Baugewerbe
30		Bauhauptgewerbe
	30 0	Hoch- und Tiefbau
	30 2	Spezialbau
	30 5	Stukkateurgewerbe, Gipserei und Verputzerei
	30 8	Zimmerei und Dachdeckerei
31		Ausbau- und Bauhilfsgewerbe
	31 0	Bauinstallation
	31 2	Glaser- und Malergewerbe, Tapeten- kleberei
	31 5	Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, Ofen- und Herdsetzerei
	31 8	Bauhilfsgewerbe
		Abteilung 4: Handel
40/41		Großhandel
	40 0	Großhandel mit Waren verschiedener Art ²⁾
	40 1	Großhandel mit Getreide, Saaten, Pflanzen, Futter- und Düngemitteln sowie mit lebenden Tieren
	40 2	Großhandel mit textilen Rohstoffen und Halbwaren, Häuten und Fellen
	40 4	Großhandel mit technischen Chemikalien und Rohdrogen, Kautschuk und Kunst- gummi
	40 5	Großhandel mit Kohle, sonstigen festen Brennstoffen und Mineralölerzeugnissen
	40 6	Großhandel mit Erzen, Eisen, NE-Metallen und Halbzeug
	40 7	Großhandel mit Holz, Holzhalbwaren, Baustoffen und Installationsbedarf
	40 8	Großhandel mit Schrott und sonstigen Abfallstoffen
	41 1	Großhandel mit Nahrungs- und Genuß- mitteln
	41 2	Großhandel mit Bekleidung, Wäsche, Ausstattungs- und Sportartikeln sowie mit Schuhen
	41 3	Großhandel mit Eisen- und Metallwaren sowie mit Fertigwaren aus Kunststoffen, Glas, Feinkeramik und Holz (anderweitig nicht genannt)
	41 4	Großhandel mit elektrotechnischen, fein- mechanischen und optischen Erzeugnissen, Schmuck-, Leder-, Galanterie- und Spiel- waren sowie mit Musikinstrumenten
	41 6	Großhandel mit Fahrzeugen und Maschinen (ohne Großhandel mit Spezial- maschinen der Untergruppe 41 76)
	41 7	Großhandel mit technischem Bedarf und Spezialbedarf verschiedener Wirtschaftszweige
	41 8	Großhandel mit pharmazeutischen und kosmetischen Erzeugnissen, Dental-, Labor-, Krankenpflege- und Friseurbedarf
	41 9	Großhandel mit Papier, Papierwaren und Druckerzeugnissen

²⁾ Ohne ausgeprägten Schwerpunkt.

Unter- abteilung	Gruppe	Bezeichnung	Unter- abteilung	Gruppe	Bezeichnung
42		Handelsvermittlung		50 3	See- und Küstenschifffahrt, Seehäfen
	42 0	Vermittlung von Waren verschiedener Art ²⁾		50 4	Luftfahrt, Flugplätze
	42 1	Vermittlung von Getreide, Saaten, Pflanzen, Futter- und Düngemitteln sowie von lebenden Tieren		50 5	Transport in Rohrleitungen
	42 2	Vermittlung von Rohstoffen und Halbwaren (ohne solche der Ernährungs-wirtschaft) sowie von Brennstoffen und Mineralölerzeugnissen		50 7	Deutsche Bundespost
	42 3	Vermittlung von Nahrungs- und Genuß-mitteln		50 9	Spedition, Lagerei und Verkehrs-vermittlung
	42 4	Vermittlung von Bekleidung, Wäsche, Ausstattungs- und Sportartikeln sowie von Schuhen	60		Abteilung 6: Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe
	42 5	Vermittlung von Eisen- und Metallwaren sowie von Fertigwaren aus Kunststoffen, Glas, Feinkeramik und Holz (anderweitig nicht genannt)			Kredit- und sonstige Finanzierungs-institute
	42 6	Vermittlung von elektrotechnischen, fein-mechanischen und optischen Erzeugnissen, Schmuck-, Leder-, Galanterie- und Spiel-waren sowie von Musikinstrumenten		60 0	Deutsche Bundesbank
	42 7	Vermittlung von Fahrzeugen, Maschinen, technischem Bedarf und Spezialbedarf verschiedener Wirtschaftszweige		60 1	Kreditbanken
	42 8	Vermittlung von sonstigen Waren		60 2	Institute des Sparkassenwesens (ohne Post- und Bausparkassen)
	42 9	Versandhandelsvertretung		60 3	Genossenschaftliche Kreditinstitute
43		Einzelhandel		60 4	Hypothekenbanken und öffentlich-recht-liche Grundkreditanstalten
	43 0	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art		60 5	Kreditinstitute mit Sonderaufgaben
	43 1	Einzelhandel mit Nahrungs- und Genuß-mitteln		60 6	Postscheck- und Postsparkassenämter
	43 2	Einzelhandel mit Bekleidung, Wäsche, Ausstattungs- und Sportartikeln sowie mit Schuhen		60 7	Sonstige Kreditinstitute
	43 3	Einzelhandel mit Eisen- und Metallwaren sowie mit Hausrat und Wohnbedarf aus Kunststoffen, Glas, Feinkeramik und Holz (anderweitig nicht genannt)		60 8	Bausparkassen
	43 4	Einzelhandel mit elektrotechnischen, fein-mechanischen und optischen Erzeugnissen, Schmuck-, Leder-, Galanterie- und Spiel-waren sowie mit Musikinstrumenten		60 9	Effektenbörsen, Vermittlung von Bank-und Effektengeschäften
	43 5	Einzelhandel mit Papierwaren und Druck-erzeugnissen	61		Versicherungsgewerbe
	43 6	Einzelhandel mit pharmazeutischen, orthopädischen, medizinischen und kos-metischen Artikeln sowie mit Putz- und Reinigungsmitteln		61 0	Lebensversicherung, Pensions- und Sterbekassen
	43 7	Einzelhandel mit Kohle, sonstigen festen Brennstoffen und Mineralölerzeugnissen		61 2	Krankenversicherung
	43 8	Einzelhandel mit Fahrzeugen, Maschinen und Büroeinrichtungen		61 4	Schaden- und Unfallversicherung
	43 9	Einzelhandel mit sonstigen Waren		61 6	Rückversicherung
50		Abteilung 5: Verkehr und Nachrichtenübermittlung		61 9	Vermittlung von Versicherungen
		Verkehr und Nachrichtenübermittlung	70/71		Abteilung 7: Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und Freien Berufen erbracht
	50 0	Eisenbahnen			Dienstleistungen, soweit von Unter-nehmen und Freien Berufen erbracht
	50 1	Straßenverkehr		70 0	Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe
	50 2	Binnenschifffahrt, -wasserstraßen und -häfen		70 1	Wäscherei und Reinigung (einschl. Schornsteinfegergewerbe)
				70 2	Friseur- und sonstige Körperpflege-gewerbe
				70 6	Wissenschaft, Bildung, Erziehung und Sport
				70 7	Kunst, Theater, Film, Rundfunk und Fernsehen
				70 8	Verlags-, Literatur- und Pressewesen
				71 0	Gesundheitswesen
				71 1	Veterinärwesen
				71 2	Rechtsberatung, Wirtschaftsberatung und -prüfung
				71 3	Architektur- und Ingenieurbüros, Laboratorien und ähnliche Institute
				71 4	Wirtschaftswerbung (ohne Ausstellungs-und Messewesen)
				71 7	Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermögensverwaltung
				71 8	Sonstige Dienstleistungen

²⁾ Ohne ausgeprägten Schwerpunkt.

Unter- abteilung	Gruppe	Bezeichnung
		Abteilung 8: Organisationen ohne Erwerbscharakter und Private Haushalte
80		Organisationen ohne Erwerbscharakter
	80 0	Christliche Kirchen, Orden, religiöse und weltanschauliche Vereinigungen
	80 1	Organisationen der freien Wohlfahrts- pflege
	80 2	Organisationen der Erziehung, Wissen- schaft und Kultur
	80 3	Organisationen der Sport- und Jugend- pflege
	80 4	Gewerkschaften und Arbeitgeber- verbände
	80 5	Berufsorganisationen und Wirtschafts- verbände (ohne öffentlich-rechtliche Wirt- schafts- und Berufsvertretungen)
	80 6	Öffentlich-rechtliche Wirtschafts- und Berufsvertretungen
	80 7	Politische Parteien und sonstige Organi- sationen ohne Erwerbscharakter
85		Private Haushalte
	85 0	Private Haushalte
		Abteilung 9: Gebietskörperschaften und Sozialversicherung
9. 3)		Gebietskörperschaften
	9. 0	Politische Führung und zentrale Verwaltung
	9. 1	Verteidigung (ohne Dienststellen der Stationierungsstreitkräfte)

3) In die zweite Stelle sind je nach Bedarf folgende Ziffern einzusetzen:
0 = Gebietskörperschaften insgesamt (einschl. Vertretungen fremder
Staaten in der Bundesrepublik; inter- und supranationale Orga-
nisationen mit Behördencharakter)

1 = Bund

2 = Länder

3 = Gemeinden, Gemeinde- und Zweckverbände.

Unter- abteilung	Gruppe	Bezeichnung
	9. 2	Öffentliche Sicherheit und Ordnung
	9. 3	Rechtsschutz
	9. 4	Unterricht, Wissenschaft, Kultur, Sport- und Jugendpflege
	9. 5	Soziale Sicherung und Wiedergutmachung
	9. 6	Gesundheitswesen
	9. 7	Wirtschaftsförderung, -ordnung und -aufsicht
	9. 8	Verschiedene (kommunale) Anstalten und Einrichtungen
	9. 9	Vertretungen fremder Staaten in der Bundesrepublik; inter- und supranationale Organisationen (mit Behördencharakter)
96		Sozialversicherung
	96 0	Soziale Rentenversicherung (ohne knapp- schaftliche Rentenversicherung) sowie Zusatzversorgung für Angehörige des öffentlichen Dienstes
	96 2	Soziale Krankenversicherung (ohne knappschaftliche KV)
	96 4	Knappschaftsversicherung
	96 6	Gesetzliche Unfallversicherung, landwirt- schaftliche Alterskassen und Familien- ausgleichskassen
	96 9	Arbeitsvermittlung und Arbeitslosen- versicherung

Systematisches Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht

(Ausgabe 1966)

Industriegruppen

Industrie- gruppe	Bezeichnung
21	Bergbau
22	Mineralölverarbeitung
25	Industrie der Steine und Erden
27	Eisenschaffende Industrie
28	NE-Metallindustrie
29	Gießerei-Industrie
30	Ziehereien und Kaltwalzwerke, Stahlverformung
31	Stahl- und Leichtmetallbau
32	Maschinenbau
33	Straßenfahrzeugbau
34	Schiffbau
35	Luftfahrzeugbau
36	Elektrotechnische Industrie
37	Feinmechanische und optische sowie Uhrenindustrie
38	Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie
39	Musikinstrumenten-, Spiel-, Schmuckwaren- und Sport- geräte-Industrie

Industrie- gruppe	Bezeichnung
40	Chemische Industrie (ohne Kohlenwertstoffindustrie)
42	Kohlenwertstoffindustrie (vorläufig)
51	Feinkeramische Industrie
52	Glasindustrie
53	Sägewerke und holzbearbeitende Industrie
54	Holzverarbeitende Industrie
55	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe erzeugende Industrie
56	Papier- und pappeverarbeitende Industrie
57	Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie
58	Kunststoffverarbeitende Industrie
59	Gummi- und asbestverarbeitende Industrie
61	Ledererzeugende Industrie
62	Lederverarbeitende und Schuhindustrie
63	Textilindustrie
64	Bekleidungsindustrie
68	Ernährungsindustrie
69	Tabakverarbeitende Industrie

Bereichsgliederung des Sozialprodukts

(Ausgabe 1964)

Bereiche

Bereich	Bezeichnung	Bereich	Bezeichnung
A	UNTERNEHMEN	5	Verkehr und Nachrichtenübermittlung
0	Land- und Forstwirtschaft ¹⁾	a	Eisenbahnen
a	Landwirtschaft ²⁾	b	Schifffahrt, Wasserstraßen und Häfen
b	Forstwirtschaft	c	Übriger Verkehr
c	Fischerei, gewerbliche Gärtnerei und Tierhaltung	d	Nachrichtenübermittlung (Deutsche Bundespost)
1	Energiewirtschaft und Bergbau ³⁾	6	Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe
a	Energiewirtschaft ³⁾	7	Wohnungsvermietung ⁷⁾
b	Bergbau	8	Sonstige Dienstleistungen ⁸⁾
2	Verarbeitendes Gewerbe ⁴⁾	a	Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe
a	Chemische Industrie, Mineralölverarbeitung usw. ⁵⁾	b	Wissenschaft, Bildung, Kunst und Publizistik
b	Gewerbe der Steine und Erden, Feinkeramik, Glasgewerbe	c	Gesundheits- und Veterinärwesen
c	Eisen- und NE-Metallerzeugung und -bearbeitung	d	Übrige Dienstleistungen ⁸⁾
d	Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau	B	STAAT ¹⁰⁾
e	Elektrotechnik, Feinmechanik, Herstellung von EBM-Waren usw. ⁶⁾	a	Bund
f	Holz-, Papier- und Druckgewerbe	b	Länder
g	Textilgewerbe	c	Gemeinden, Gemeinde- und Zweckverbände
h	Leder- und Bekleidungsgewerbe	d	Sozialversicherung
i	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	C	PRIVATE HAUSHALTE UND PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSCHARAKTER
3	Baugewerbe	a	Private Haushalte (Häusliche Dienste)
4	Handel	b	Private Organisationen ohne Erwerbscharakter
a	Großhandel und Handelsvermittlung		
b	Einzelhandel		

¹⁾ Einschl. Tierhaltung und Fischerei. — ²⁾ Einschl. Dienstleistungen auf der land- und forstwirtschaftlichen Erzeugerstufe. — ³⁾ Einschl. Wasserversorgung. — ⁴⁾ Ohne Baugewerbe. — ⁵⁾ Einschl. Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung. — ⁶⁾ Einschl. Optik, Herstellung von Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- und Schmuckwaren. — ⁷⁾ Einschl. Nutzung von Eigentümerwohnungen; einbezogen ist ferner die Nutzung von Gebäuden

durch Private Organisationen ohne Erwerbscharakter. — ⁸⁾ Soweit von Unternehmen und Freien Berufen erbracht. — ⁹⁾ Einschl. Arbeitgeberverbände, Berufsorganisationen und Wirtschaftsverbände und der von ihnen betriebenen Schulen, Krankenhäuser u. ä. Anstalten und Einrichtungen. — ¹⁰⁾ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

Internationale Systematik der Wirtschaftszweige
International Standard Industrial Classification of All Economic Activities (ISIC)
(Ausgabe 1958)

Abteilungen und Hauptgruppen

Abteilung	Hauptgruppe	Bezeichnung	Abteilung	Hauptgruppe	Bezeichnung
0		Land- und Forstwirtschaft, Jagd und Fischerei		35	Herstellung von Metallwaren (ohne Maschinen- und Fahrzeugbau)
	01	Landwirtschaft und Tierzucht		36	Maschinenbau (ohne Elektromaschinenbau)
	02	Forstwirtschaft und Waldnutzung		37	Herstellung von Elektromaschinen, -apparaten, -geräten und -zubehör
	03	Jagd, Fallenstellerei und Wildhege		38	Fahrzeugbau
	04	Fischerei		39	Sonstiges verarbeitendes Gewerbe
1		Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden	4		Baugewerbe
	11	Kohlenbergbau		40	Baugewerbe
	12	Erzbergbau	5		Energiewirtschaft, Wasserversorgung und sanitäre Dienste
	13	Erdöl- und Erdgasgewinnung		51	Energiewirtschaft
	14	Steinbrüche, Ton- und Sandgruben		52	Wasserversorgung und sanitäre Dienste
	19	Übriger Bergbau und sonstige Gewinnung von Steinen und Erden	6		Handel, Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe
2/3		Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)		61	Groß- und Einzelhandel
	20	Nahrungsmittelgewerbe (ohne Getränkeherstellung)		62	Banken und andere Finanzinstitute
	21	Getränkeherstellung		63	Versicherungsgewerbe
	22	Tabakwarengewerbe		64	Immobilien-geschäfte
	23	Textilwarenerstellung	7		Verkehrswesen, Lagerung und Nachrichtenwesen
	24	Schuhherstellung, Bekleidungs- und Textilfertigwarengewerbe und Textilausrüstung		71	Verkehrswesen
	25	Be- und Verarbeitung von Holz und Kork (ohne Möbelherstellung)		72	Lagerei, Speicherei
	26	Herstellung von Möbeln und Inneneinrichtungen		73	Nachrichtenwesen
	27	Herstellung von Papier und Papierwaren	8		Dienstleistungen
	28	Druck, Verlag und verwandte Gewerbe		81	Öffentlicher Dienst
	29	Leder-, Lederwaren-, Pelzwarenherstellung (ohne Herstellung von Schuhwerk und anderen Lederbekleidungsgegenständen)		82	Dienstleistungen im öffentlichen Interesse
	30	Gummiwarenherstellung		83	Dienstleistungen für das Geschäfts- und Rechtsleben
	31	Herstellung von Chemikalien und chemischen Erzeugnissen		84	Dienste für die Freizeitgestaltung
	32	Herstellung von Erdöl-erzeugnissen und Kohlenverarbeitung		85	Persönliche Dienstleistungen
	33	Verarbeitung von Steinen und Erden	9		Nicht ausreichend beschriebene Tätigkeiten
	34	Eisen- und NE-Metallerzeugung		90	Nicht ausreichend beschriebene Tätigkeiten

Systematik der Zweige des Produzierenden Gewerbes in den Europäischen Gemeinschaften

Nomenclature des Industries établies dans les Communautés Européennes (NICE)

(Ausgabe 1963)

Zweige und Klassen

Zweig	Klasse	Bezeichnung	Zweig	Klasse	Bezeichnung
1		Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden		29	Herstellung von Leder und Lederwaren
	11	Gewinnung und Bearbeitung fester Brennstoffe		30	Gummi- und Kunststoffverarbeitung, Chemiefaserindustrie, Stärkeindustrie
	12	Erzbergbau		31	Herstellung chemischer Erzeugnisse
	13	Erdöl- und Erdgasgewinnung		32	Mineralölverarbeitung
	14	Gewinnung von Baumaterial und feuerfesten und keramischen Erden		33	Herstellung von Erzeugnissen aus Steinen und Erden; Herstellung und Verarbeitung von Glas
	19	Gewinnung von sonstigen Mineralien und von Torf		34	Eisen- und Metallerzeugung und -bearbeitung
2 und 3		Verarbeitendes Gewerbe		35	Herstellung von Metallerzeugnissen (außer Maschinen und Fahrzeugen)
	20 A	Herstellung von Ölen und Fetten tierischer und pflanzlicher Herkunft		36	Maschinenbau
	20 B	Nahrungsmittelgewerbe		37	Elektrotechnische Industrie
	21	Getränkeherstellung		38	Fahrzeugbau
	22	Tabakverarbeitung		39	Feinmechanik und Optik sowie sonstige verarbeitende Gewerbe
	23	Textilgewerbe			
	24	Herstellung von Schuhen, Bekleidung und Bettwaren	4		Baugewerbe
	25	Holz- und Korkverarbeitung (außer Holz-möbelherstellung)	5		Energiewirtschaft und Wasserversorgung
	26	Herstellung von Holzmöbeln		50	Gemischte Energiewirtschaft und Wasserversorgung
	27	Papier- und Pappenerzeugung und -verarbeitung		51	Energiewirtschaft
	28	Druckerei, Verlags- und verwandte Gewerbe		52	Öffentliche Wasserversorgung

Nomenklatur des Handels in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft

Nomenclature du Commerce dans la Communauté Européenne (NCE)

(Ausgabe 1965)

Klassen und Gruppen

Klasse	Gruppe	Bezeichnung	Klasse	Gruppe	Bezeichnung
61		Großhandel		61.9	Sonstiger Fachgroßhandel und Großhandel mit Waren verschiedener Art
	61.1	Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen, lebenden Tieren, textilen Rohstoffen und Halbwaren	62		Einzelhandel
	61.2	Großhandel mit Brennstoffen, Erzen und chemischen Produkten für technische und industrielle Zwecke		62.1	Einzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren
	61.3	Großhandel mit Holz und Baustoffen		62.2	Einzelhandel mit pharmazeutischen, medizinischen, kosmetischen und Reinigungsartikeln
	61.4	Großhandel mit Maschinen und technischem Bedarf für Industrie, Handel, Landwirtschaft; Fahrzeugen		62.3	Einzelhandel mit Bekleidung, Wäsche, Schuhen und Lederwaren
	61.5	Großhandel mit Möbeln, Einrichtungs- und Haushaltsgegenständen, Eisen- und Metallwaren		62.4	Einzelhandel mit Einrichtungsgegenständen und Haushaltsartikeln
	61.6	Großhandel mit Bekleidung, Wäsche, Schuhen und Lederwaren		62.6	Einzelhandel mit Kraftwagen und Motorrädern; Tankstellen
	61.7	Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren		62.7	Einzelhandel mit Büchern, Wochenzeitungen, Papierwaren, Bürobedarf, Büromaschinen, Büromöbeln, Sammelbriefmarken
	61.8	Großhandel mit pharmazeutischen, medizinischen, kosmetischen und Reinigungsartikeln		62.8	Einzelhandel mit sonstigen Waren
				62.9	Sortimentseinzelhandel mit Waren verschiedener Art

Klasse	Gruppe	Bezeichnung
63		Handelsvermittlung
	63.1	Handelsvermittlung von Waren verschiedener Art
	63.2	Handelsvermittlung von landwirtschaftlichen Grundstoffen, lebenden Tieren, textilen Rohstoffen und Halbwaren
	63.3	Handelsvermittlung von Brennstoffen, Erzen und chemischen Produkten für technische und industrielle Zwecke
	63.4	Handelsvermittlung von Holz und Baustoffen
	63.5	Handelsvermittlung von Maschinen und technischem Bedarf für Industrie, Handel, Landwirtschaft; Fahrzeugen

Klasse	Gruppe	Bezeichnung
	63.6	Handelsvermittlung von Möbeln, Einrichtungs- und Haushaltsgegenständen; Glas- und Keramik; Kleiseisen- und Metallwaren
	63.7	Handelsvermittlung von Textilwaren, Bekleidung, Wäsche, Schuhen und Lederwaren
	63.8	Handelsvermittlung von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren
	63.9	Handelsvermittlung von pharmazeutischen, kosmetischen und Reinigungsartikeln; Papier und Papierwaren, fotografischen und optischen Artikeln, Uhren, Spielwaren und sonstigen Artikeln

Aufbereitungsschlüssel für die Zusammenfassung der Staats- und Gemeindefinanzstatistik

1. Hauptaufgabenbereiche und Aufgabenbereiche

Oberste Staatsorgane

Auswärtige Angelegenheiten

Verteidigung

Öffentliche Sicherheit und Ordnung

Polizei, sonstige öffentliche Ordnungsaufgaben
Wehrdienstpflichtigenerfassung
Zivilschutz (Länder)

Rechtsschutz

Verfassungs-, Arbeits-, Sozial-, Finanz- und Verwaltungsgerichte, allgemeine Rechtsschutzaufgaben
Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften, Strafvollzugsanstalten

Innere Verwaltung und allgemeine Staatsaufgaben

Finanzverwaltung

Unterricht

Schulverwaltung und übriges Unterrichtswesen
Volks- und Sonderschulen
Realschulen (Mittelschulen)
Gymnasien (Höhere Schulen)
Berufsbildende Schulen

Wissenschaft

Wissenschaftliche Hochschulen
Sonstige Hochschulen und Lehrerbildung
Hochschulkliniken
Wissenschaftliche Institute des Bundes und der Länder
Atomforschung, wissenschaftliche Bibliotheken, Museen und Archive, übrige Wissenschaft

Kunst, Volksbildung, Heimatpflege, kirchliche Angelegenheiten

Theater und Konzerte, übrige Kunst- und Kulturpflege
Kirchliche Angelegenheiten

Soziale Angelegenheiten

Arbeitsschutz und Arbeitsbeschaffung
Sozialversicherung
Sozialverwaltung (ohne Versorgungsämter)
Sozialhilfe

Einrichtungen der Sozialhilfe

Jugendhilfe

Einrichtungen der Jugendhilfe

Versorgungsämter (ohne Einrichtungen)

Leistungen und Einrichtungen der Kriegsoferversorgung

Sozialausgaben des Lastenausgleichsfonds und Zuschüsse

an den LAF

Förderung der freien Wohlfahrtspflege und Jugendhilfe, Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz

Wohnbeihilfen und Kindergeld

Übrige Soziale Maßnahmen

Gesundheit, Sport und Leibesübungen

Krankenhäuser usw., Anstalten für Nerven- und Geistesranke, Gesundheitsdienst und übrige Einrichtungen des Gesundheitsdienstes

Sport und Leibesübungen

Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Verwaltungsstellen der Ernährung und Landwirtschaft, Forstverwaltung

Ernährung, allgemeine Förderung der Landwirtschaft, landeseigene Einrichtungen

Ländliche Siedlung

Flurbereinigung, Umliegungen

Tierzucht, Tiergesundheit, Tierhaltung

Übriges aus Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Wasserwirtschaft und Kulturbau

Talsperren, Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung

Übriger Wasser- und Kulturbau

Förderung der gewerblichen Wirtschaft

Wirtschaftsförderung im Inland

Wirtschaftsförderung im Ausland

Übrige Angelegenheiten der gewerblichen Wirtschaft

Gemeindliche Anstalten und Einrichtungen

Verkehr

Straßenbaubehörden

Wasserstraßenbehörden

Straßenverkehrsbehörden

Bundesautobahnen (einschl. Brücken)

Bundesstraßen (einschl. Brücken)

Landesstraßen (einschl. Brücken) — Landstraßen 1. Ordnung —

Kreisstraßen (einschl. Brücken) — Landstraßen 2. Ordnung —

Übrige Straßen, Gemeindestraßen

Sonstiger Verkehr

Bauverwaltung und Wohnungswirtschaft

Allgemeine Bauverwaltung, Vermessung und Planung
Förderung des Wohnungsbaues
Wohnraumbewirtschaftung, übrige Bauangelegenheiten

Wiedergutmachung

Besondere Kriegsfolgeaufgaben

Wirtschaftsunternehmen

Allgemeine Finanzen

Steuern; allgemeine Finanzausweisungen und Umlagen

Übrige Finanzmittel

Allgemeines Vermögen

Schulden

Ausgleichsforderungen
Schulden für Förderung des Wohnungsbaues
Schulden für ländliche Siedlung
Schulden für Entwicklungshilfe
Auslandsschulden
Schulden und Schuldendienst für sonstige Aufgabenbereiche

Versorgung

Allgemeine Rücklagen

Spezielle Rücklagen

Übrige Einnahmen und Ausgaben für den Gesamthaushalt

2. Ausgabe- und Einnahmearten

AUSGABEN

Verwaltungs- und Zweckausgaben

Personalausgaben

Beamtenbezüge
Angestelltenvergütungen
Arbeiterlöhne
Sonstige Personalausgaben, Versorgung
Nicht aufgeteilte Personalausgaben

Unterhaltung und Instandsetzung von unbeweglichem Vermögen
Zinsen
Zuweisungen an Zweckverbände und sonstigen Körperschaften
Übrige Verwaltungs- und Zweckausgaben

Ausgaben der Vermögensbewegung

Bauten und große Instandsetzungen
Neuanschaffung von beweglichem Vermögen
Erwerb von Grundvermögen
Gewährung von Darlehen
Erwerb von Beteiligungen
Tilgungen
Zuführung an Rücklagen und an Kapitalvermögen

Zahlungen an Gebietskörperschaften¹⁾

Zuweisungen
Darlehen
Tilgungen

EINNAHMEN

Steuern, Verwaltungs- und Betriebseinnahmen

Steuern und steuerähnliche Einnahmen
Gebühren, Entgelte, Strafen
Mieten, Pachten
Zinseinnahmen
Zuweisungen von Zweckverbänden und sonstigen Körperschaften
Übrige Verwaltungs- und Betriebseinnahmen

Einnahmen der Vermögensbewegung

Schuldenaufnahme
Entnahme aus Rücklagen und aus Kapitalvermögen
Erlöse aus Veräußerungen von Grundvermögen
Erlöse aus Veräußerungen von sonstigen Sachvermögen
Darlehnsrückflüsse von Dritten

Zahlungen von Gebietskörperschaften¹⁾

Zuweisungen
Darlehnsrückflüsse
Schuldenaufnahmen

¹⁾ Zusatzgliederung der Gebietskörperschaften: Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen; Länder; Gemeinden und Gemeindeverbände.

Systematik der Einnahmen und Ausgaben der Privaten Haushalte

(Ausgabe 1963)

(Gliederung bis zu den dreistellig gekennzeichneten Positionen)

Zweisteller	Dreisteller	Bezeichnung	Zweisteller	Dreisteller	Bezeichnung
		1: Einnahmen			
1 1		Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen	1 3		Einmalige und unregelmäßige Einnahmen aus Übertragungen
	1 11	Einkommen aus unselbständiger Arbeit (brutto) ¹⁾			Einnahmen aus Untervermietung, aus dem Verkauf von Waren und aus der Erstattung von Ausgaben für geschäftliche Zwecke
	1 12	Einkommen aus Unternehmertätigkeit (brutto)	1 31		Einnahmen aus Untervermietung
	1 13	Einkommen aus Vermögen (brutto)	1 32		Einnahmen aus dem Verkauf im Haushalt erzeugter Waren
1 2		Einnahmen aus Übertragungen (Geldleistungen)	1 33		Einnahmen aus dem Verkauf gebrauchter Waren
	1 21	Laufende Einnahmen aus Übertragungen	1 34		Einnahmen (netto) aus der Erstattung von Ausgaben für geschäftliche (dienstliche) Zwecke (Spesen, Tagegelder) u. ä.

¹⁾ Ohne Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung.

Zwei-steller	Drei-steller	Bezeichnung	Zwei-steller	Drei-steller	Bezeichnung
1 4		Einnahmen aus der Auflösung bzw. Umwandlung von Vermögen und Kreditaufnahme	3 2		Geleistete Übertragungen (Geldleistungen)
	1 41	Verminderung des Sachvermögens bzw. Betriebsvermögens		3 21	Steuern
	1 42	Verminderung des Geldvermögens		3 22	Beiträge zur Sozialversicherung
	1 43	Kreditaufnahme		3 23	Prämien für private Kranken-, Unfall- und Schadenversicherung und an Pensionskassen
				3 24	Sonstige geleistete Übertragungen
1 5		Einnahmen, die einer der vorstehend genannten Positionen nicht zugeordnet werden können	3 3		Ausgaben für die Bildung bzw. Umwandlung von Vermögen und Rückzahlung von Krediten
	1 50	Einnahmen, die einer der vorstehend genannten Positionen nicht zugeordnet werden können		3 31	Bildung von Sachvermögen bzw. Betriebsvermögen
1 6		Nachrichtlich:		3 32	Bildung von Geldvermögen
	1 61	Einnahmen aus Vermietung (ohne Untervermietung)		3 33	Rückzahlung von Krediten
	1 62	Reisekostenerstattungen, Tagegelder, Auslösungen, Trennungsschädigungen usw.	3 4		Ausgaben, die einer der vorstehend genannten Positionen nicht zugeordnet werden können
	1 63	Barbestand am Anfang des Monats		3 40	Ausgaben, die einer der vorstehend genannten Positionen nicht zugeordnet werden können
		2: Ausgaben für den Privaten Verbrauch			
		(abgeleitet aus dem »Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch«, Ausgabe 1963; siehe dort)	3 5		Nachrichtlich:
		3: Sonstige Ausgaben		3 51	Aufwendungen für die Unterhaltung von Grundstücken und Gebäuden, Schönheitsreparaturen in Eigentümerwohnungen u. ä.
3 1		Zinsen auf Konsumentenkredite		3 52	Ausgaben für geschäftliche (dienstliche) Zwecke, soweit vom Unternehmer erstattet oder auf Geschäftskosten verbucht
	3 10	Zinsen auf Konsumentenkredite		3 53	Barbestand am Ende des Monats

Systematisches Warenverzeichnis für die Industriestatistik

(Ausgabe 1963)

Warengruppen

Waren-gruppe	Bezeichnung	Waren-gruppe	Bezeichnung
21	Bergbauliche Erzeugnisse	38	Eisen-, Blech- und Metallwaren
22	Mineralölerzeugnisse	39	Musikinstrumente, Spielwaren, Turn- und Sportgeräte, Schmuckwaren, bearbeitete Edelsteine
25	Steine und Erden	40	Chemische Erzeugnisse
27	Eisen und Stahl (Erzeugnisse der Hochofen-, Stahl- und Warmwalzwerke sowie der Schmiede-, Preß- und Hammerwerke)	51	Feinkeramische Erzeugnisse
28	NE-Metalle und -Metallhalbzeug (einschl. Edelmetalle und deren Halbzeug)	52	Glas und Glaswaren
29	Gießereierzeugnisse	53	Schnittholz, Sperrholz und sonstiges bearbeitetes Holz
30	Erzeugnisse der Ziehereien und Kaltwalzwerke und der Stahlverformung	54	Holzwaren (einschl. Erzeugnisse aus natürlichen Schnitz- und Formstoffen)
31	Stahlbauerzeugnisse	55	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe
32	Maschinenbauerzeugnisse (einschl. Lokomotiven und Ackerschlepper)	56	Papier- und Pappwaren
33	Landfahrzeuge (ohne Schienenfahrzeuge, Ackerschlepper und Elektrofahrzeuge)	57	Druckereierzeugnisse, Lichtpaus- und verwandte Waren
34	Wasserfahrzeuge	58	Kunststofferzeugnisse
35	Luftfahrzeuge (einschl. Flugbetriebs-, Rettungs-, Sicherheits- und Bodengeräte)	59	Gummi- und Asbestwaren
36	Elektrotechnische Erzeugnisse	61	Leder
37	Feinmechanische und optische Erzeugnisse; Uhren	62	Lederwaren und Schuhe
		63	Textilien
		64	Bekleidung
		68	Erzeugnisse der Ernährungsindustrie
		69	Tabakwaren

Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik

(Ausgabe 1966)

Abschnitte und Kapitel

Abschnitt	Kapitel	Bezeichnung	Abschnitt	Kapitel	Bezeichnung
I		Lebende Tiere und Waren tierischen Ursprungs	V		Mineralische Stoffe
	1	Lebende Tiere		25	Salz; Schwefel; Steine und Erden; Gips, Kalk und Zement
	2	Fleisch und genießbarer Schlachtabfall		26	Metallurgische Erze sowie Schlacken und Aschen
	3	Fische, Krebstiere und Weichtiere		27	Mineralische Brennstoffe; Mineralöle und Erzeugnisse ihrer Destillation; bituminöse Stoffe; Mineralwachse
	4	Milch und Milcherzeugnisse; Vogeleier; natürlicher Honig	VI		Erzeugnisse der chemischen Industrie und verwandter Industrien
II	5	Andere Waren tierischen Ursprungs, anderweitig weder genannt noch inbegriffen		28	Anorganische chemische Erzeugnisse; anorganische oder organische Verbindungen von Edelmetallen, radioaktiven Elementen, Metallen der seltenen Erden und Isotopen
		Waren pflanzlichen Ursprungs		29	Organische chemische Erzeugnisse
	6	Lebende Pflanzen und Waren des Blumenhandels		30	Pharmazeutische Erzeugnisse
	7	Gemüse, Pflanzen, Wurzeln und Knollen, die zu Ernährungszwecken verwendet werden		31	Düngemittel
	8	Genießbare Früchte; Schalen von Zitrusfrüchten oder von Melonen		32	Gerb- und Farbstoffauszüge; Tannine und ihre Derivate; Farbstoffe, Farben, Anstrichfarben, Lacke und Färbemittel; Kitten; Tinten
	9	Kaffee, Tee, Mate und Gewürze		33	Ätherische Öle und Resinoide; Riech-, Körperpflege- und Schönheitsmittel
	10	Getreide		34	Seifen, organische grenzflächenaktive Stoffe, zubereitete Waschmittel und Waschhilfsmittel, zubereitete Schmiermittel, künstliche Wachse, zubereitete Wachse, Schuhcreme, Scheuerpulver und dergleichen, Kerzen und ähnliche Erzeugnisse, Modelliermassen und Dentalwachs
	11	Müllereierzeugnisse; Malz; Stärke; Kleber; Inulin		35	Eiweißstoffe und Klebstoffe
	12	Olisaaten und ölhaltige Früchte; verschiedene Samen und Früchte; Pflanzen zum Gewerbe- oder Heilgebrauch; Stroh und Futter		36	Pulver und Sprengstoffe; Feuerwerksartikel; Zündhölzer; Zündmetalllegierungen; leicht entzündliche Stoffe
	13	Pflanzliche Rohstoffe zum Färben oder Gerben; Gummen, Harze und andere pflanzliche Säfte und Auszüge		37	Erzeugnisse zu photographischen und kinematographischen Zwecken
	14	Flechtstoffe, Schnitzstoffe und andere Waren pflanzlichen Ursprungs, anderweitig weder genannt noch inbegriffen		38	Verschiedene Erzeugnisse der chemischen Industrie
III		Tierische und pflanzliche Fette und Öle; Erzeugnisse ihrer Spaltung; genießbare verarbeitete Fette; Wachse tierischen und pflanzlichen Ursprungs	VII		Kunststoffe, Zelluloseäther und -ester und Waren daraus; Kautschuk (Naturkautschuk, synthetischer Kautschuk und Faktis) und Kautschukwaren
	15	Tierische und pflanzliche Fette und Öle; Erzeugnisse ihrer Spaltung; genießbare verarbeitete Fette; Wachse tierischen und pflanzlichen Ursprungs		39	Kunststoffe, Zelluloseäther und -ester und Waren daraus
IV		Waren der Lebensmittelindustrie; Getränke, alkoholische Flüssigkeiten und Essig; Tabak		40	Kautschuk (Naturkautschuk, synthetischer Kautschuk und Faktis) und Kautschukwaren
	16	Zubereitungen von Fleisch, Fischen, Krebstieren und Weichtieren	VIII		Häute, Felle, Leder, Pelzfelle und Waren daraus; Sattlerwaren; Reiseartikel; Täschnerwaren; Waren aus Därmen
	17	Zucker und Zuckerwaren		41	Häute und Felle; Leder
	18	Kakao und Zubereitungen aus Kakao		42	Lederwaren; Sattlerwaren; Reiseartikel; Täschnerwaren; Waren aus Därmen
	19	Zubereitungen auf der Grundlage von Getreide, Mehl oder Stärke; Backwaren		43	Pelzfelle und künstliches Pelzwerk; Waren daraus
	20	Zubereitungen von Gemüse, Küchenkräutern, Früchten und anderen Pflanzen oder Pflanzenteilen	IX		Holz, Holzkohle und Holzwaren; Kork und Korkwaren; Flechtwaren und Korbmacherwaren
	21	Verschiedene Lebensmittelzubereitungen		44	Holz, Holzkohle und Holzwaren
	22	Getränke, alkoholische Flüssigkeiten und Essig		45	Kork und Korkwaren
	23	Rückstände und Abfälle der Lebensmittelindustrie; zubereitetes Futter		46	Flechtwaren und Korbmacherwaren
	24	Tabak			

Abschnitt	Kapitel	Bezeichnung
X		Ausgangsstoffe für die Papierherstellung; Papier, Pappe und Waren daraus
	47	Ausgangsstoffe für die Papierherstellung
	48	Papier und Pappe; Waren aus Papierhalbstoff, Papier und Pappe
	49	Waren des Buchhandels und Erzeugnisse des graphischen Gewerbes
XI		Spinnstoffe und Waren daraus
	50	Seide, Schappeseide und Bourreteseide
	51	Synthetische und künstliche Spinnfäden
	52	Metallgarne
	53	Wolle, feine und grobe Tierhaare, Roßhaar
	54	Flachs und Ramie
	55	Baumwolle
	56	Synthetische und künstliche Spinnfasern
	57	Andere pflanzliche Spinnstoffe; Papiergarne und Gewebe aus Papiergarnen
	58	Teppiche und Tapiserien; Samt, Plüsch, Schlingengewebe und Chenillegewebe; Bänder; Posamentierwaren; Tülle, geknüpfte Netzstoffe; Spitzen; Stickereien
	59	Watte und Filze; Tauwerk und andere Seilerwaren; Spezialgewebe, getränkte oder bestrichene Gewebe; Gegenstände des technischen Bedarfs, aus Spinnstoffen
	60	Gewirke
	61	Bekleidung und Bekleidungszubehör, aus Spinnstoffen
	62	Andere fertiggestellte Waren aus Spinnstoffen
	63	Altwaren; Lumpen
XII		Schuhe; Kopfbedeckungen; Regen- und Sonnenschirme; zugerichtete Federn und Waren aus Federn; künstliche Blumen; Waren aus Menschenhaaren; Fächer
	64	Schuhe, Gamaschen und ähnliche Waren; Teile davon
	65	Kopfbedeckungen und Teile davon
	66	Regenschirme, Sonnenschirme, Gehstöcke, Peitschen, Reitpeitschen und Teile davon
	67	Zugerichtete Federn und Daunen und Waren aus Federn oder Daunen; künstliche Blumen; Waren aus Menschenhaaren; Fächer
XIII		Waren aus Steinen, Gips, Zement, Asbest, Glimmer oder ähnlichen Stoffen; keramische Waren; Glas und Glaswaren
	68	Waren aus Steinen, Gips, Zement, Asbest, Glimmer oder ähnlichen Stoffen
	69	Keramische Waren
	70	Glas und Glaswaren
XIV		Echte Perlen, Edelsteine, Schmucksteine und dergleichen, Edelmetalle, Edelmetallplattierungen, Waren daraus; Phantasieschmuck; Münzen
	71	Echte Perlen, Edelsteine, Schmucksteine und dergleichen, Edelmetalle, Edelmetallplattierungen, Waren daraus; Phantasieschmuck
	72	Münzen
XV		Unedle Metalle und Waren daraus
	73	Eisen und Stahl
	74	Kupfer
	75	Nickel

Abschnitt	Kapitel	Bezeichnung
	76	Aluminium
	77	Magnesium, Beryllium (Glucinium)
	78	Blei
	79	Zink
	80	Zinn
	81	Andere unedle Metalle
	82	Werkzeuge; Messerschmiedewaren und Eßbestecke, aus unedlen Metallen
	83	Verschiedene Waren aus unedlen Metallen
XVI		Maschinen, Apparate und mechanische Geräte; elektrotechnische Waren
	84	Kessel, Maschinen, Apparate und mechanische Geräte
	85	Elektrische Maschinen, Apparate und Geräte sowie andere elektrotechnische Waren
XVII		Beförderungsmittel
	86	Schienenfahrzeuge; ortsfestes Gleismaterial; nichtelektrische mechanische Signalvorrichtungen für Verkehrswege
	87	Zugmaschinen, Kraftwagen, Krafträder, Fahrräder und andere nicht schienengebundene Landfahrzeuge
	88	Luftfahrzeuge
XVIII	89	Wasserfahrzeuge und schwimmende Vorrichtungen
		Optische, photographische und kinematographische Instrumente, Apparate und Geräte; Meß-, Prüf- und Präzisionsinstrumente, -apparate und -geräte; medizinische und chirurgische Instrumente, Apparate und Geräte; Uhrmacherwaren; Musikinstrumente; Tonaufnahme- und Tonwiedergabegeräte; magnetisch arbeitende Bild- und Tonaufzeichnungs- und -wiedergabegeräte für das Fernsehen
	90	Optische, photographische und kinematographische Instrumente, Apparate und Geräte; Meß-, Prüf- und Präzisionsinstrumente, -apparate und -geräte; medizinische und chirurgische Instrumente, Apparate und Geräte
	91	Uhrmacherwaren
XIX	92	Musikinstrumente; Tonaufnahme- und Tonwiedergabegeräte; magnetisch arbeitende Bild- und Tonaufzeichnungs- und -wiedergabegeräte für das Fernsehen; Teile und Zubehör für diese Instrumente und Geräte
		Waffen und Munition; Teile davon
	93	Waffen und Munition; Teile davon
XX		Verschiedene Waren
	94	Möbel; medizinisch-chirurgische Möbel; Betausstattungen und ähnliche Waren
	95	Bearbeitete Schnitz- und Formstoffe; Waren aus Schnitz- und Formstoffen
	96	Besen, Bürsten, Pinsel, Staubwedel, Puderquasten und Siebwaren
	97	Spielzeug, Spiele, Scherzartikel und Sportgeräte
	98	Verschiedene Waren
XXI		Kunstgegenstände, Sammlungsstücke und Antiquitäten
	99	Kunstgegenstände, Sammlungsstücke und Antiquitäten

Internationales Warenverzeichnis für den Außenhandel

Classification Statistique et Tarifaire (CST)

(Ausgabe 1961)

Teile und Abschnitte

Teil	Abschnitt	Bezeichnung	Teil	Abschnitt	Bezeichnung
0		Nahrungsmittel		54	Medizinische und pharmazeutische Erzeugnisse
	00	Lebende Tiere		55	Riechstoffe, Körperpflege-, Putz-, Wasch- und Reinigungsmittel
	01	Fleisch und Fleischwaren		56	Chemische Düngemittel
	02	Molkereierzeugnisse und Eier		57	Sprengstoffe
	03	Fisch und Fischwaren		58	Kunststoffe, regenerierte Zellulose und Kunstharze
	04	Getreide und Getreideerzeugnisse		59	Chemische Erzeugnisse, anderweitig nicht genannt
	05	Obst und Gemüse			
	06	Zucker und Zuckerwaren			
	07	Kaffee, Tee, Kakao, Gewürze und Waren daraus			
	08	Futtermittel, frisch, getrocknet, zerkleinert oder gemahlen, Abfälle			
	09	Verschiedene Nahrungsmittelzubereitungen	6		Bearbeitete Waren nach Beschaffenheit gegliedert
1		Getränke und Tabak		61	Leder, Lederwaren und zugerichtete Pelzfelle
	11	Getränke		62	Kautschukwaren, anderweitig nicht genannt
	12	Tabak und Tabakwaren		63	Holz- und Korkwaren, ausgenommen Möbel
2		Rohstoffe, ausgenommen mineralische Brennstoffe		64	Papier, Pappe und Waren daraus
	21	Häute, Felle und Pelzfelle, roh		65	Garne, Gewebe, Textilfertigwaren und verwandte Erzeugnisse
	22	Olisaaten und Ölfrüchte		66	Waren aus mineralischen Stoffen, anderweitig nicht genannt
	23	Rohkautschuk, natürlich, synthetisch oder regeneriert		67	Eisen und Stahl
	24	Holz und Kork		68	NE-Metalle
	25	Zellstoff und Papierabfälle		69	Metallwaren
	26	Spinnstoffe und Abfälle von Spinnstoffen			
	27	Mineralische Rohstoffe, ausgenommen Erze, Brennstoffe und Schmucksteine	7		Maschinen und Fahrzeuge
	28	Erze und Metallabfälle		71	Nichtelektrische Maschinen
	29	Tierische und pflanzliche Rohstoffe, anderweitig nicht genannt		72	Elektrische Maschinen und Apparate
3		Mineralische Brennstoffe, Schmiermittel und verwandte Erzeugnisse		73	Fahrzeuge
	32	Kohle, Koks und Briketts	8		Verschiedene bearbeitete Waren
	33	Erdöl und Erdöldestillationserzeugnisse		81	Sanitäre und hygienische Artikel, Heizkessel usw. für Zentralheizungen und Beleuchtungskörper
	34	Erdgas und Industriegase		82	Möbel
	35	Elektrischer Strom		83	Reiseartikel, Täschnerwaren und dergleichen
4		Tierische und pflanzliche Fette und Öle		84	Bekleidung
	41	Tierische Fette und Öle		85	Schuhe
	42	Pflanzliche Öle		86	Feinmechanische, optische und photochemische Erzeugnisse, Uhren
	43	Öle und Fette, verarbeitet und Wachse tierischen oder pflanzlichen Ursprungs		89	Bearbeitete Waren, anderweitig nicht genannt
5		Chemische Erzeugnisse	9		Waren und Vorgänge, nicht nach Beschaffenheit gegliedert
	51	Chemische Grundstoffe und Verbindungen		91	Postpakete, anderweitig nicht zugeordnet
	52	Mineralteere und rohe chemische Erzeugnisse aus Kohle, Erdöl und Naturgas		93	Rückwaren und besondere Ein- und Ausfuhren
	53	Farb- und Gerbstoffe		94	Zootiere, Hunde, Katzen und dergleichen
				95	Kriegswaffen und Munition
				96	Nicht in Umlauf befindliche Münzen, ausgenommen Goldmünzen

Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik

(Ausgabe 1962)

Abteilungen und Hauptgruppen

Abteilung	Hauptgruppe	Bezeichnung	Abteilung	Hauptgruppe	Bezeichnung
0		Nahrungs- und Genußmittel (einschl. Rohstoffe)		45	Rohes Erdöl
	00	Getreide		47	Kraft- und Leuchtstoffe, Heizöl
	01	Kartoffeln		48	Sonstige Mineralölerzeugnisse anderweitig nicht genannt, Natur-, Raffinerie- und verwandte Gase
	02	Frische Früchte, frisches und gefrorenes Gemüse		49	Benzol, Teer und ähnliche Destillationserzeugnisse
	03	Zuckerrüben			
	04	Getreide-, Obst- und Gemüseerzeugnisse, Hopfen			
	05	Zucker			
	06	Lebende Tiere	5		Chemische Erzeugnisse, Düngemittel
	07	Fleisch, Fische, Fleisch- und Fischwaren, Eier, Milch und Milcherzeugnisse, Speisefette		51	Chemische Grundstoffe
	08	Getränke		55	Andere chemische Erzeugnisse (einschl. Stärke)
	09	Andere Nahrungs- und Genußmittel		59	Düngemittel
1		Futtermittel, pflanzliche und tierische Öle und Fette	6		Kalk, Zement, keramische und ähnliche mineralische Erzeugnisse
	11	Futtermittel		61	Kalk und Zement
	15	Olisaaten, Ölfrüchte, pflanzliche und tierische Öle und Fette (ausgenommen Speisefette)		65	Glas, Baustoffe und ähnliche mineralische Halb- und Fertigwaren
2		Andere pflanzliche, tierische und verwandte Rohstoffe	7		Eisen, Stahl und NE-Metalle (einschl. Halbzeug)
	21	Grubenholz		71	Roheisen, Ferrolegierungen, Rohstahl
	22	Holz (ausgenommen Grubenholz) und Kork		72/73	Walzwerks-, Zieherei- und Gießerei-erzeugnisse, Schmiedestücke aus Eisen und Stahl
	25	Zellstoff und Altpapier		75	NE-Metalle und NE-Metallhalbzeug
	29	Textile und ähnliche pflanzliche, tierische und verwandte Rohstoffe			
3		Steine und Erden, Salz, Erze und Schrott	8		Metallwaren, Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse, Fahrzeuge
	31	Sand, Kies, Bims, Ton, Schlacken		81	Eisen-, Blech- und Metallwaren und Baukonstruktionen aus Metall
	33	Sonstige Steine, Erden und verwandte Rohmineralien		83	Maschinen und elektrotechnische Erzeugnisse
	34	Stein- und Salinensalz		85	Fahrzeuge
	36	Eisenerze			
	37	Eisen- und Stahlabfälle und -schrott			
	38	NE-Metallerze, -abfälle und -schrott	9		Sonstige Halb- und Fertigwaren sowie besondere Transportgüter
				91	Sonstige Halb- und Fertigwaren
4		Kohle, Mineralöl und Destillationserzeugnisse		95	Gebrauchte Verpackungen
	41	Steinkohle, Steinkohlenbriketts und -koks		97	Umzugsgut, Baugeräte, Zirkusgut u. ä.
	42	Braunkohle, Braunkohlenbriketts und -koks, Torf		99	Sammel- und Stückgut, sonstige Transportgüter

Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch

(Ausgabe 1963)

Hauptgruppen und Gruppen
(in der Gliederung nach dem Verwendungszweck)

Hauptgruppe	Gruppe	Bezeichnung	Hauptgruppe	Gruppe	Bezeichnung
0/1		Nahrungs- und Genußmittel (einschl. Verzehr in Gaststätten)		53	Heiz- und Kochgeräte, Beleuchtungskörper
	01	Fleisch und Fleischwaren, Fische und Fischwaren		54	Haushaltsmaschinen und -geräte (ohne Heiz- und Kochgeräte)
	02	Eier		55	Tapeten, Farben, Baustoffe, Wohnungsreparaturen u. ä.
	03	Milch, Käse, Butter		56	Häusliche Dienste
	04	Speisefette und -öle (ohne Butter)		57	Wäscherei und Reinigung
	05	Brot und Backwaren		58	Sonstige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung
	06	Mehl, Nahrungsmittel, Kartoffelerzeugnisse			
	07	Kartoffeln			
	08	Gemüse und Obst	6		Waren und Dienstleistungen für Verkehrszwecke, Nachrichtenübermittlung
	09	Zucker, Süßwaren		61	Kraftfahrzeuge und Fahrräder
	11	Gewürze und ähnliche Back- und Speisewzutaten		62	Kraftstoffe
	12	Alkoholfreie Getränke		63	Sonstige Waren und Dienstleistungen für eigene Kraftfahrzeuge u. ä.
	13	Genußmittel		64	Fremde Verkehrsleistungen
	14	Fertige Mahlzeiten; Verzehr in Gaststätten		65	Nachrichtenübermittlung
2		Kleidung, Schuhe	7		Waren und Dienstleistungen für die Körper- und Gesundheitspflege (soweit nicht in 3 bis 5 enthalten)
	21	Oberbekleidung		71	Waren und Dienstleistungen für die Körperpflege
	22	Sonstige Bekleidung		72	Waren und Dienstleistungen für die Gesundheitspflege
3		Wohnungsmieten u. ä.	8		Waren und Dienstleistungen für Bildungs- und Unterhaltungszwecke (soweit nicht in 0/1, 6 und sonstigen Hauptgruppen enthalten)
	31	Mieten und Pachten (ohne Mietwert der Eigentümerwohnungen u. ä.)		81	Rundfunk-, Fernseh- und Phonogeräte und deren Zubehörteile
	32	Mietwert der Eigentümerwohnungen u. ä.		82	Foto- und Kinoapparate und deren Zubehörteile
4	33	Untermieten		83	Bücher, Zeitungen, Zeitschriften
		Elektrizität, Gas, Brennstoffe u. ä.		84	Kosten für Theater, Kino und Sportveranstaltungen
	41	Elektrizität		85	Sonstige Waren und Dienstleistungen für Bildungs- und Unterhaltungszwecke
5	42	Gas	9		Persönliche Ausstattung; sonstige Waren und Dienstleistungen
	43	Kohlen und sonstige feste Brennstoffe		91	Persönliche Ausstattung
	44	Flüssige Brennstoffe (ohne Kraftstoffe)		92	Sonstige Waren und Dienstleistungen
	45	Zentralheizung und Warmwasser			
		Übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung (soweit nicht in sonstigen Hauptgruppen enthalten)			
	51	Möbel			
	52	Heimtextilien, Haushaltswäsche (auch Kunststoffwaren)			

Klassifizierung der Berufe
Systematisches Verzeichnis der Berufsbenennungen
(Ausgabe 1961)

Berufsabteilungen und Berufsgruppen

Berufs- abteilung	Berufs- gruppe	Bezeichnung	Berufs- abteilung	Berufs- gruppe	Bezeichnung
1		Berufe des Pflanzenbaues und der Tierwirtschaft	5		Handels- und Verkehrsberufe
	11	Ackerbauer, Tierzüchter, Gartenbauer		51	Handelsberufe
	12	Forst-, Jagd- und Fischereiberufe	6	52	Verkehrsberufe
	13	Mithelfende Familienangehörige in der Wirtschaftsabteilung Land- und Forstwirtschaft			Berufe des Gaststättenwesens und der privaten Dienstleistung
2/3		Industrielle und handwerkliche Berufe		61	Gaststättenberufe
	21	Bergleute, Mineralgewinner, Mineralaufbereiter		62	Hauswirtschaftliche Berufe
	22	Steinbearbeiter, Keramiker, Glasmacher		63	Reinigungsberufe
	24	Bauberufe		65	Körperpfleger
	25	Metallerzeuger und Metallbearbeiter		67	Dienst- und Wachberufe
	26	Schmiede, Schlosser, Mechaniker und verwandte Berufe	7		Berufe der Verwaltung, des Rechtswesens und der Sozialpflege
	27	Elektriker		71	Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe
	28	Chemiewerker		72	Rechtswahrer
	29	Kunststoffverarbeiter		73	Ordnungs- und Sicherheitswahrer
	30	Holzverarbeiter und zugehörige Berufe		75	Wehrberufe
	32	Papierhersteller und -verarbeiter		77	Sozialpflegeberufe
	33	Lichtbildner, Drucker und verwandte Berufe	8		Berufe des Gesundheitswesens, Geistes- und Kunstlebens
	34/35	Textilhersteller, Textilverarbeiter, Handschuhmacher		81	Gesundheitsdienstberufe
	36	Lederhersteller, Leder- und Fellverarbeiter		82	Erziehungs- und Lehrberufe
	37	Nahrungs- und Genußmittelhersteller		83	Seelsorger
	38	Warennachseher, Versandfertigmacher und Lagerverwalter		84	Übrige Berufe der Wissenschaft und des Geisteslebens
	39	Ungelernte Hilfskräfte, soweit nicht an anderer Stelle eingeordnet (Handlanger)		85	Künstlerische Berufe
4		Technische Berufe	9		Arbeitskräfte mit unbestimmtem Beruf
	41	Ingenieure, Techniker und verwandte Berufe		91	Mithelfende Familienangehörige außerhalb der Wirtschaftsabteilung Land- und Forstwirtschaft
	42	Technische Sonderfachkräfte		92	Arbeitskräfte mit nicht bestimmtem Beruf
	43	Maschinenisten und zugehörige Berufe			

Die methodischen Grundzüge

Die Hinweise im Kopf der Spalten geben die

	Volkszählung 1961 Repräsentative Haus- halts- und Familienstatistik (vgl. I A 1)	Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) (vgl. I A 2 und I B 2)		
		1%-Erhebungen		0,1%-Erhebungen
Grundlagen der Statistik				
Vorgesehene Ergebnisse	Totalwerte, Anteilswerte, Mittelwerte	Totalwerte, Anteilswerte		Totalwerte, Anteilswerte
Einsatzstelle	Aufbereitung	Erhebung		Erhebung
Erhebungseinheit	Haushalt	Haushalt		Haushalt
Erhebungsvordruck	Fragebogen	Fragebogen		Fragebogen
Erhebungsverfahren	Selbstaussfüllung	Interview		Interview
Aufbereitungseinheit	Haushalt bzw. Familie	meist: Person		Person
Auswahlverfahren				
Stufen	einstufig	einstufig		einstufig
Phasen	einphasig	zweiphasig		dreiphasig
		1. Phase	2. Phase	1. Phase 2. Phase 3. Phase
Auswahleinheit	Zählbezirk	Zählbezirk (entspricht der 10%- Stichprobe für die Haushalts- und Fa- milienstatistik im Rahmen der Volks- und Berufszählung 1961)	Zählbezirk	Zählbezirk (entspricht der 10%- Stichprobe für die Haushalts- und Familienstatistik im Rahmen der Volks- und Berufszählung 1961)
Anzahl der Auswahleinheiten	592 000	59 200	59 200	1970
Auswahlunterlagen	Liste der Zählbezirke der Volks- und Berufszählung 1961	Kartei der Zähl- bezirke in der 10%- Stichprobe		Liste der Zähl- bezirke in der 1%-Stichprobe
Schichtungsmerkmale (Anzahl der Gruppen)	Bundesland (11)	Bundesland (11), Gemeinde- größenklasse (10), Anzahl der Zählbezirke je Gemeinde (22)		Bundesland (11), Gemeinde- größenklasse (10)
Anzahl der Schichten ¹⁾	—	202		10
Auswahlsätze in den Schichten	10 %	10 %		30 %
Anordnung(smerkmale)	Kreise, Zahl der Zähl- bezirke je Gemeinde	regional, je Gemeinde nach der Zahl der Gebäude im Zähl- bezirk		entspricht der Anordnung in der 1%-Stichprobe
Anzahl der Anordnungs- gruppen ²⁾	—	—		—
Auswahltechnik	systematisch	systematisch		systematisch
Durchschnittlicher Auswahl- satz ³⁾	10 %	1 % ⁴⁾		0,1 % ⁴⁾
Stichprobenumfang ⁵⁾	59 200 Zählbezirke	5 920 Zählbezirke		592 Zählbezirke
Hochrechnungsverfahren	freie Hochrechnung bzw. unmittelbare Auswertung	Geschlechtsspezifische Anpassung an die Bevölkerungsfortschreibung je Bundesland durch Zufallsdopplung, anschließend freie Hochrechnung		Anpassung an Strukturzahlen der vorangehenden 1%-Erhebung
Anmerkungen	—	<p>Plan für die jährliche Erhebung ab 1962; Berichtswoche im Oktober, ab 1964 im April. — Sonderregelung für Zählbezirke mit Anstalten und für 1961 unbewohnte Flächen. — Berücksichtigung der Zählbezirksgröße durch systematischen Austausch von Zählbezirken bei Gemeinden mit 2 bis 20 Zählbezirken. — Systematische Aufteilung der geordneten Stichprobe in Drittel zur Vorbereitung der Rotation von Zählbezirken. Jährlich wird ein Drittel der 1%-Stichprobe ausgetauscht, so daß jedes Stichprobendrittel (und damit jeder ausgewählte Haushalt) maximal drei Jahre in der Erhebung bleibt.</p> <p>Für Zusatzprogramme werden außer der vollen 1%-Stichprobe auch noch Unterstichproben mit den Auswahlätzen 0,5% und 0,1% herangezogen. Als 0,1%-Stichprobe dient die Stichprobe der 0,1%-Erhebung, 0,5%-Unterstichproben werden durch systematisches Teilen der vollen 1%-Stichprobe gebildet.</p>		Plan für die vierteljährlichen Erhebungen ab 1963; Berichtswoche ab 1964 im Januar, Juli und Oktober.

¹⁾ Je Bundesland. — ²⁾ Anzahl innerhalb der einzelnen Schichten. — ³⁾ Gemäß Stichprobenplan. — ⁴⁾ Gesamtauswahlsatz. — ⁵⁾ Gleicher Stichprobenplan für Haupt- und

der Stichprobenstatistiken

laufende Nummer der Statistik im Katalogteil an

Repräsentative Bundestagswahlstatistik 1965 (vgl. I F 1)	EWG-Strukturerhebung in der Landwirtschaft 1966 (vgl. II A 2)	Arbeitskräfteerhebung in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben 1960/61 — Nacherhebung zur Landwirtschaftszählung 1960 — (vgl. II A 4 a)	Statistik der Arbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft 1966/67 (vgl. II A 4 b)	Bodennutzungserhebungen 1966 und 1967 ^{a)} (vgl. II B 1)
Anteilswerte	Totalwerte, Verhältniszahlen	Totalwerte, Anteilswerte	Totalwerte, Anteilswerte	Totalwerte
Erhebung	Erhebung	Erhebung	Erhebung	Erhebung
Wahlberechtigter bzw. Wähler	landwirtschaftlicher Betrieb	landwirtschaftlicher Betrieb	landwirtschaftlicher Betrieb	landwirtschaftlicher Betrieb
Wählerlisten bzw. Stimmzettel	Fragebogen	Betriebsheft	Betriebsheft	Fragebogen
Ausfüllung durch Wahlbehörden bzw. durch Wähler	Ermittlung durch Interviewer	Selbstaussfüllung	Selbstaussfüllung	Selbstaussfüllung
Wahlberechtigte bzw. Stimmzettel	landw. Betrieb, Person, Tier, Maschine	Person	Person	landwirtschaftlicher Betrieb
einstufig	einstufig	einstufig	einstufig	einstufig
einphasig	einphasig	einphasig	einphasig	einphasig
Wahlbezirk	landwirtschaftl. Betrieb	Betrieb	Betrieb	landwirtschaftlicher Betrieb
53 000	1 400 000	1 760 000	1 150 000	1 500 000
Ergebnisse der Bundestagswahlen 1961 und Strukturangaben aus der Volkszählung 1961	Bodennutzungsvor- und -haupterhebung 1965, Viehzählung 1965, Weinbaukataster 1964 u. a.	Betriebsbogen der Landwirtschaftszählung 1960	Betriebsbogen der Bodennutzungsvorerhebung 1965	Hilfslisten der Bodennutzungshaupterhebung 1965
Bundesland (10), Gemeindegrößenklasse (7), SPD-Anteil (7), FDP-Anteil (3), Evangelischen-Anteil (3)	Bundesland (11), Regierungsbezirk (bis 8), Betriebsgruppe (3), landw. Nutzfläche (8 bzw. 3)	Bundesland (8), Hauptbetriebsarten (3), landwirtschaftliche Nutzfläche (9) bzw. Waldfläche (4 oder 5), Bodennutzungssysteme (14), familienfremde Arbeitskräfte (2)	Bundesland (8), Hauptbetriebsarten (2), landwirtschaftliche Nutzfläche (8)	Bundesland (11), Ackerfläche (4 oder 7) ^{a)}
bis 310	12 bis 96	77 oder 78	bis 16	4 oder 7 ^{a)}
1 bis 4 %	10 bis 100 %	2 bis 100 %	2,5 bis 100 %	2,5 bis 100 %
	regional	regional nach Ablage der Zählpapiere	regional nach Ablage der Zählpapiere	regional nach Ablage der Zählpapiere
	—	—	—	—
Zufallsauswahl in Zonen	systematisch	systematisch	systematisch	systematisch
etwa 2 %	20 %	3 %	5,5 %	etwa 8 %
1 163 Wahlbezirke	300 000 Betriebe	50 000 Betriebe	65 000 Betriebe	etwa 120 000 Betriebe
Verhältnisschätzung, gebunden an die Zahl der Wahlberechtigten bzw. an die Zahl der Wähler	freie Hochrechnung	freie Hochrechnung, für einige Merkmale Verhältnisschätzung; Glättung der Monatergebnisse	freie Hochrechnung	freie Hochrechnung
Wahlbezirke mit weniger als 300 Wahlberechtigten konnten wegen Wahrung des Wahlgeheimnisses nicht in die Stichprobe einbezogen werden. Die Auswahlätze wurden in den betreffenden Schichten so modifiziert, daß die Stichprobe innerhalb eines Landes selbstgewichtigend blieb.	Stichprobenplan noch in Arbeit. Es ist vorgesehen, mehrere Ergänzungserhebungen in Unterstichproben durchzuführen.	Monatlich von November 1960 bis Oktober 1961 durchgeführt. Zwei Stichproben zu je 3 % monatlich alternierend.	Vierteljährlich von Juli 1966 bis April 1967 durchgeführt. — Gleiche Stichprobe viermal erfaßt. — Besonderer Stichprobenplan zur Erfassung von 3000 Forstbetrieben mit Angaben über das Fwj. 1965/66.	In Süddeutschland zwei Gemeindeschichten nach den Anbauflächen von 6 seltenen Fruchtarten. Für Gemeindeschicht mit starkem Anbau drei Betriebsschichten nach den Anbauflächen dieser Fruchtarten.

Nacherhebungen. — ^{a)} Vgl. Anmerkungen.

noch: Die methodischen Grundzüge
Die Hinweise im Kopf der Spalten geben die laufende

	Gemüse-Vorerhebung (vgl. II B 1d)	Gemüse-Haupterhebung (vgl. II B 1e)
Grundlagen der Statistik		
Vorgesehene Ergebnisse	Totalwerte	Totalwerte
Einsatzstelle	Erhebung	Erhebung
Erhebungseinheit	landwirtschaftlicher Betrieb	landwirtschaftlicher Betrieb
Erhebungsvordruck	Betriebsbogen oder Zählliste	Betriebsbogen oder Zählliste
Erhebungsverfahren	Selbstaussfüllung oder Ausfüllung durch Gemeindebeauftragte	Selbstaussfüllung oder Ausfüllung durch Gemeindebeauftragte
Aufbereitungseinheit	landwirtschaftlicher Betrieb	landwirtschaftlicher Betrieb
Auswahlverfahren		
Stufen	einstufig	einstufig
Phasen	einphasig	einphasig
Auswahleinheit	Gemeinde	Gemeinde
Anzahl der Auswahleinheiten	24 500	24 500
Auswahlunterlagen	bereinigte Erhebungs- und Aufbereitungspapiere der Gemüsehaupterhebung 1961	bereinigte Erhebungs- und Aufbereitungspapiere der Gemüsehaupterhebung 1961
Schichtungsmerkmale (Anzahl der Gruppen)	Anbauflächen von Gemüse und Erdbeeren	Anbauflächen von Gemüse, Erdbeeren und Zierpflanzen
Anzahl der Schichten ¹⁾	4	4
Auswahlsätze in den Schichten	5 bis 100 ‰	5 bis 100 ‰
Anordnungsmerkmale	Anbaugebiete und innerhalb dieser die Größe der Gemüsefläche	Anbaugebiete und innerhalb dieser die Größe der Gemüsefläche
Anzahl der Anordnungsgruppen ²⁾	—	—
Auswahltechnik	systematisch	systematisch
Durchschnittlicher Auswahl-satz ³⁾	13 ‰	13 ‰
Stichprobenumfang ⁴⁾	3 300 Gemeinden	3 300 Gemeinden
Hochrechnungsverfahren	Verhältnisschätzung bzw. freie Hochrechnung	Verhältnisschätzung bzw. freie Hochrechnung
Anmerkungen	In den Jahren 1962 bis 1966 durchgeführt. Für die Jahre 1967 bis 1969 neuer Stichprobenplan in Vorbereitung.	In den Jahren 1962 bis 1965 durchgeführt. Für die Jahre 1967 und 1968 neuer Stichprobenplan in Vorbereitung.

¹⁾ Je Bundesland. — ²⁾ Anzahl innerhalb der einzelnen Schichten. — ³⁾ Gemäß Stichprobenplan. — ⁴⁾ Gesteuert auf proportionale Erfassung von Betrieben in 3 Größenklassen jeweiligen Fruchtart. — ⁵⁾ Je Fruchtart.

der Stichprobenstatistiken
Nummer der Statistik im Katalogteil an

Erhebung zur Nachprüfung der Bodennutzungserhebungen (vgl. II B 1g)		Besondere Erntermittlung (vgl. II B 3e)			
		Probescschnitte und Proberodungen			
Berichtigungsfaktoren		Verhältniswerte (Erntemenge/Fläche in dz/ha)			
Erhebung		Erhebung			
landwirtschaftlicher Betrieb		Probestück			
Betriebsbogen		Berichtsbogen			
Ausfüllung durch Kommission		Probenahme durch Kommission			
landwirtschaftlicher Betrieb		Feld			
zweistufig		vierstufig			
1. Stufe	2. Stufe	1. Stufe	2. Stufe	3. Stufe	4. Stufe
einphasig	einphasig	einphasig	einphasig	einphasig	einphasig
Gemeinde	landwirtschaftl. Betrieb	Gemeinde mit Anbau der Fruchtart	landwirtschaftlicher Betrieb	Feld mit Anbau der Fruchtart	Probestück
24 000	1 500 000	bis 24 000	1 100 000	—	—
Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 1960	Bodennutzungsvorerhebung im Berichtsjahr	Gemeindebogen der jeweils letzten totalen Bodennutzungshaupterhebung	Hilfslisten der jeweils letzten totalen Bodennutzungshaupterhebung	Auskunft des Betriebsinhabers	—
Bundesland (7), Landkreise (20 bis 140)	—	Bundesland (7) ^{a)}	—	—	—
20 bis 140	1	1	1	1	1
2 bis 9 ‰	1 bis 20 ‰	rund 5 ‰	—	—	—
—	—	regional	Reihenfolge auf Hilfslisten	—	—
—	—	—	—	—	—
zufällig	zufällig ⁴⁾	systematisch ⁷⁾	systematisch ⁷⁾	zufällig ⁷⁾	systematisch
4 ‰	0,2 ‰ ⁴⁾	—	—	—	0,0001 ‰ der Fläche ⁴⁾ ⁵⁾
960 Gemeinden	2 600 Betriebe	900 bis 1 200 Gemeinden ⁶⁾	1 800 bis 2 400 Betriebe ⁶⁾	1 800 bis 2 400 Felder ⁶⁾	9 000 bis 12 000 Probestücke ⁶⁾
Kombinierte Verhältnisschätzung von Flächendifferenzen, gebunden an Ackerfläche im Berichtsjahr. Ausgleichung durch Regressionsansatz für die jeweils letzten sechs Erhebungsjahre		Berechnung der durchschnittlichen Hektarerträge als ungewichteter Mittelwert der auf den Probestücken ermittelten Erträge			
Für die Jahre 1949, 1952 und 1954 bis 1957 sowie für 1960 durchgeführt. Ab 1965 in dreijährigem Turnus.		Jährlich durchgeführt seit 1948. — Ermittlungen für Winterroggen, Winterweizen und Spätkartoffeln sowie — seit 1953 in Süddeutschland, seit 1966 im übrigen Bundesgebiet — für Sommergerste.			

der Nutzfläche. — ⁵⁾ Gesamtauswahlsatz. — ⁶⁾ Im Saarland nach einem anderen Stichprobenplan durchgeführt. — ⁷⁾ Mit Wahrscheinlichkeiten proportional zur Anbaufläche der

noch: Die methodischen Grundzüge
Die Hinweise im Kopf der Spalten geben die laufende

	<div>Besondere Ernteermittlung (vgl. II B 3e)</div> <div>Vollrutsche und Nachrodungen</div>	<div>Viehzwischenzählungen (vgl. II D 1b)</div>
<div>Grundlagen der Statistik</div> <div>Vorgesehene Ergebnisse</div> <div>Einsatzstelle</div> <div>Erhebungseinheit</div> <div>Erhebungsvordruck</div> <div>Erhebungsverfahren</div> <div>Aufbereitungseinheit</div>	<div>Verhältnismerte von Erträgen</div> <div>Erhebung</div> <div>Feld bzw. Probestück⁴⁾</div> <div>Berichtsbogen</div> <div>Ermittlung durch Kommission</div> <div>Feld</div>	<div>Totalwerte</div> <div>Erhebung</div> <div>Viehhaltung</div> <div>Zählflächenliste</div> <div>Ermittlung durch Zähler</div> <div>Tier, Tierhaltung</div>
<div>Auswahlverfahren</div> <div>Stufen</div> <div>Phasen</div> <div>Auswahleinheit</div> <div>Anzahl der Auswahleinheiten</div> <div>Auswahlunterlagen</div> <div>Schichtungsmerkmale (Anzahl der Gruppen)</div> <div>Anzahl der Schichten¹⁾</div> <div>AuswahlsätzeindenSchichten</div> <div>Anordnung(smerkmale)</div> <div>Anzahl der Anordnungs- gruppen²⁾</div> <div>Auswahltechnik</div> <div>Durchschnittlicher Auswahl- satz³⁾</div> <div>Stichprobenumfang³⁾</div>	<div>einstufig (bzw. zweistufig⁴⁾)</div> <div>zweiphasig</div> <div>1. Phase</div> <div>2. Phase</div> <div>Feld mit Anbau der Fruchtart</div> <div>Feld mit Anbau der Fruchtart und Probestück⁴⁾</div> <div>(entspricht der Auswahl von Feldern für die Probeschnitte und Proberodungen)</div> <div>1800 bis 2400</div> <div>Anschriftenlisten für Probeschnitte und Proberodungen</div> <div>Bundesland (7)⁵⁾</div> <div>1</div> <div>regional</div> <div>—</div> <div>systematisch</div> <div>(0,03 bzw. 0,00002³⁾ %⁴⁾ der Fläche⁶⁾7)</div> <div>300 bis 400 Felder⁶⁾ bzw. 1700 Probestück⁴⁾</div>	<div>einstufig</div> <div>einphasig</div> <div>Zählfläche</div> <div>90000</div> <div>Liste oder Kartei der Zählflächen</div> <div>Bundesland (7), Zahl der Zuchtsauen (3 oder 4), Zahl der Kühe (4 oder 5)⁸⁾, Zahl der Schafe (5)⁹⁾</div> <div>3 bis 15</div> <div>3 bis 100%</div> <div>regional</div> <div>—</div> <div>systematisch</div> <div>15%</div> <div>13000 Zählflächen</div>
<div>Hochrechnungsverfahren</div>	<div>Berechnung von »Korrektiven« (Verhältnismerte zur Umrechnung der mit Probeschnitten bzw. Proberodungen ermittelten Ertragswerte auf geerntete Erträge)</div>	<div>Schweine, Schafe: freie Hochrech- nung; Rindvieh: freie Hochrech- nung¹⁰⁾ bzw. separate Verhältnis- schätzung, gebunden an Rinder- zahlen aus der vorangegangenen Zählung im Dezember</div>
<div>Anmerkungen</div>	<div>Vgl. Anmerkung zu Probeschnitten und Proberodungen. An Stelle der Nachrodungen für Kartoffeln wurden bis 1965 Vollrodungen durchgeführt.</div>	<div>Laufend durchgeführt im März und September seit 1954, seit 1956 auch im Juni.</div>

¹⁾ Je Bundesland. — ²⁾ Anzahl innerhalb der einzelnen Schichten. — ³⁾ Gemäß Stichprobenplan. — ⁴⁾ Bei Kartoffeln. — ⁵⁾ Im Saarland nach einem anderen Stichprobenplan bezirk mit besonderem Startpunkt.

der Stichprobenstatistiken
Nummer der Statistik im Katalogteil an

Nachprüfung der Viehzählungen			Handwerkszählung 1963 — Stichprobenerhebung — (vgl. IV C 1)	Handwerks- berichterstattung (vgl. IV C 2)	Wohnungsstatistik 1956/57
im Dezember (vgl. II D 1a)	im Juni (vgl. II D 1b)				Repräsentative (10%) Erhebung 1956 (vgl. V C 2)
Systematische Fehler der Erhebung			Totalwerte	Verhältnismerte, Totalwerte	Totalwerte
Erhebung			Erhebung	Erhebung	Erhebung
Viehhaltung			Unternehmen	Unternehmen	Wohnpartei
Zählflächenliste			Fragebogen	Fragebogen	Haushaltsliste
Ermittlung durch Prüfer			Selbstauffüllung	Selbstauffüllung	Selbstauffüllung
Tier			Unternehmen	Unternehmen	meist: Wohnpartei
einstufig	einstufig		einstufig	einstufig	einstufig
einphasig	zweiphasig		einphasig	einphasig	einphasig
	1. Phase	2. Phase			
Zählfläche	Zählfläche (entspricht der Auswahl von Zählflächen für die geprüfte Erhebung)	Zählfläche	Unternehmen	Unternehmen	Wohnung
90 000		13 000	692 000	542 000	14 000 000
Liste oder Kartei der Zähl- flächen		Liste oder Kartei der Zählflächen für geprüfte Erhebung	Fragebogen der Grund- erhebung zur Handwerkszählung 1963	Lochkarten der Grund- erhebung zur Handwerkszählung 1963, Handwerksrollen	Leitlisten der Totalzählung
Bundesland (8), Zahl der Zuchtsauen (1 oder 3)		Bundesland (8), Zahl der Zuchtsauen (1 oder 3)	Bundesland (11), Handwerkszweige (154), Zahl der Beschäftigten (4)	Bundesland (11), Handwerkszweige (36), Zahl der Beschäftigten (bis 7), Neugründungen (1)	Bundesland (10)
1 oder 3		1 oder 3	bis 460	bis 230	1
0,3 bis 0,8%		1 bis 15%	0,25 bis 100%	0,4 bis 100%	10%
regional		regional	Reihenfolge der Ablage der Fragebogen	Reihenfolge der Ablage der Lochkarten	regional nach den Leit- listen der Totalzählung
—		—	—	—	—
systematisch		systematisch	systematisch	Zufallsauswahl in Zonen	systematisch ¹⁰⁾
0,4%		0,4% ⁷⁾	etwa 20%	etwa 6%	10%
400 Zählflächen		400 Zählflächen	142 000 Unternehmen	33 500 Unternehmen	1 400 000 Wohnungen
Kombinierte Verhältnisschätzung, gebunden an Viehzahlen der geprüf- ten Erhebung			unterschiedlich nach Merk- malen: freie Hochrechnung und Verhältnisschätzung	Verhältnismerte: freie Hochrechnung von Zähler und Nenner, Totalwerte: meist kombinierte Verhältnis- schätzung, gebunden an die Totalwerte der Grunderhebung 1963	Bildung von Hoch- rechnungsgruppen, Angleichen je Gruppe an die Ergebnisse der Totalzählung durch Umsetzen auf Zufallsbasis
Seit 1956 in jedem zweiten Jahr durchgeführt.			Die Stichprobenerhebung wurde auf die totale Grund- erhebung aufgestockt.	Ab 1966 mit neuem Berichtskreis durch- geführt.	Erhebung erfolgte im Rahmen der Totalzählung.

durchgeführt. — *) Je Fruchtart. — 7) Gesamtauswahlsatz. — 8) In Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Baden-Württemberg. — 9) In Niedersachsen. — 10) Je Zähl-

noch: Die methodischen Grundzüge
Die Hinweise im Kopf der Spalten geben die laufende

	1%-Wohnungs		
	Repräsentative Zusatzerhebung 1957 (vgl. V C 3a)		
Grundlagen der Statistik			
Vorgesehene Ergebnisse	Totalwerte		
Einsatzstelle	Erhebung		
Erhebungseinheit	Wohnpartei		
Erhebungsvordruck	Fragebogen		
Erhebungsverfahren	Interview		
Aufbereitungseinheit	meist: Wohnpartei		
Auswahlverfahren			
Stufen	zweistufig		
	1. Stufe	2. Stufe	
Phasen		zweiphasig	
		1. Phase	2. Phase
Auswahleinheit	Gemeinde	Wohnung (gleich der Stichprobe für die 10 %-Erhebung der Wohnungszählung 1956/57)	Wohnung
Anzahl der Auswahleinheiten	24 000		1 400 000
Auswahlunterlagen	Lochkartei nach den Ergebnissen der Volks- und Berufszählung 1950		Leitlisten der Totalzählung
Schichtungsmerkmale (Anzahl der Gruppen)	Bundesland (11), Gemeindegrößenklasse (10)		Bundesland (10)
Anzahl der Schichten ¹⁾	10		1
Auswahlsätze in den Schichten	3 bis 100 %		10 %
Anordnung(smerkmale)	11 Merkmale der Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur in den Gemeinden; in den Gruppen regional		regional nach den Leitlisten der Totalzählung
Anzahl der Anordnungs- gruppen ²⁾	3 bis 50		—
Auswahltechnik	systematisch		nach Schlußziffern
Durchschnittlicher Auswahl- satz ³⁾	11 %		1 %
Stichprobenumfang ⁴⁾	2700 Gemeinden		140 000 Wohnungen
Hochrechnungsverfahren	unmittelbare Auswertung des Materials ohne Angleichung		
Anmerkungen	Der Stichprobenplan wurde ursprünglich für die Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) entwickelt. Gleiche Stichprobe wie für die 1%-Mikrozensus-erhebung im Oktober 1957.		

¹⁾ Je Bundesland. — ²⁾ Anzahl innerhalb der einzelnen Schichten. — ³⁾ Gemäß Stichprobenplan. — ⁴⁾ Proportional zur Bevölkerung der Gemeinden 1950. — ⁵⁾ Stichprobe ist

der Stichprobenstatistiken
Nummer der Statistik im Katalogteil an

erhebungen

Repräsentative Zusatzerhebung 1960 (vgl. V C 3b)			Wohnungsstichprobe 1965 (vgl. V C 3c)		
Totalwerte, Gliederung der erfaßten Fälle			Totalwerte, Gliederung der erfaßten Fälle		
Erhebung			Erhebung		
Wohnpartei			Wohnpartei		
Fragebogen			Fragebogen		
Interview			Interview		
Wohnpartei, Haushalt			Wohnpartei, Haushalt		
zweistufig			zweistufig		
1. Stufe	2. Stufe		1. Stufe	2. Stufe	
einphasig	einphasig		einphasig	einphasig	
Gemeinde	Wohnung		Gemeinde	Gebäude	
24 000	16 000 000		24 500	5 000 000	
Lochkartei nach den Ergebnissen der Volks- und Berufszählung 1950	Zählpapiere der Wohnungsstatistik 1956/57 und der Statistik der Baufertigstellungen		(entspricht der mittelbaren Auswahl von Gemeinden für die 1%-Mikrozensusstichprobe Oktober 1962; ab 5000 und mehr Einwohnern alle Gemeinden)	Lochkarten der Gebäudezählung 1961, Baufertigstellungsmeldungen 1961 bis 1964	
Bundesland (11), Gemeindegrößenklasse (10)	—			Land (11), Gemeindegrößenklasse (2), Gebäudeart (bis 15) ⁶⁾ , Gemeinden nach der Anzahl der VZ-Zählbezirke (bis 50) ⁷⁾	
10	1			bis 65	
3 bis 100 %	1 bis 30 %			1 bis 100 %	
11 Merkmale der Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur der Gemeinden; in den Gruppen regional	regional nach Ablage der Leitlisten der Wohnungszählung 1956			Gemeinde ⁶⁾	
3 bis 50	—			—	
systematisch ⁴⁾	systematisch ⁴⁾			Zufallsauswahl in Zonen	
11 %	1 %			1 % ⁸⁾	
2700 Gemeinden	160 000 Wohnungen			etwa 90 000 Gebäude und Unterkünfte	
unmittelbare Auswertung des Materials ohne Angleichung			Ergänzung echter Antwortausfälle durch Zufallsdopplung, anschließend freie Hochrechnung		
Die Stichprobe für die Repräsentative Zusatzerhebung 1960 wurde aus zwei systematisch gezogenen 0,5%-Unterstichproben der Mikrozensusserhebungen 1958 und 1959 gebildet.					

selbstgewichtigend. — ⁶⁾ In der Gemeindegrößenklasse 5000 und mehr Einwohner. — ⁷⁾ In der Gemeindegrößenklasse unter 5000 Einwohnern. — ⁸⁾ Gesamtauswahlsatz.

noch: Die methodischen Grundzüge
Die Hinweise im Kopf der Spalten geben die laufende

	Handels- und Gaststättenzählung 1960 — Repräsentative Ergänzungserhebung — (vgl. VI A 1)	Großhandelsstatistik (vgl. VI A 2)
Grundlagen der Statistik		
Vorgesehene Ergebnisse	Totalwerte	Verhältnisswerte
Einsatzstelle	Erhebung	Erhebung
Erhebungseinheit	Unternehmen	Unternehmen
Erhebungsvordruck	Fragebogen	Meldebogen
Erhebungsverfahren	Selbstaussfüllung	Selbstaussfüllung
Aufbereitungseinheit	Unternehmen	Unternehmen
Auswahlverfahren		
Stufen	einstufig	einstufig
Phasen	einphasig	einphasig
Auswahleinheit	Unternehmen	Unternehmen
Anzahl der Auswahleinheiten	850 000	61 500
Auswahlunterlagen	Material der totalen Grunderhebung	Unterlagen der Handels- und Gaststättenzählung 1960; Gewerbeanmeldungen
Schichtungsmerkmale (Anzahl der Gruppen)	Bundesland (10), Wirtschaftsklassen (217), Umsatzgrößenklassen (4 oder 5)	Bundesland (10), Wirtschaftsklassen (48), Umsatzgrößenklassen (6), Neugründungen
Anzahl der Schichten ¹⁾	965	bis 288
Auswahlsätze in den Schichten	1 bis 100%	1 bis 100%
Anordnungsmerkmale		
Anzahl der Anordnungsgruppen ²⁾	—	
Auswahltechnik	systematisch	systematisch
Durchschnittlicher Auswahl- satz ³⁾	12,5%	15%
Stichprobenumfang ⁴⁾	105 000 Unternehmen	9 000 Unternehmen
Hochrechnungsverfahren	freie Hochrechnung	freie Hochrechnung
Anmerkungen		Seit Januar 1963 monatlich nach diesem Plan durchgeführt.

¹⁾ Je Bundesland. — ²⁾ Anzahl innerhalb der einzelnen Schichten. — ³⁾ Gemäß Stichprobenplan. — ⁴⁾ Im Jahr 1965. — ⁵⁾ Vgl. Hochrechnungsverfahren.

der Stichprobenstatistiken

Nummer der Statistik im Katalogteil an

Einzelhandelsstatistik (vgl. VI A 3)	Gastgewerbestatistik (vgl. VI A 4)	Außenhandelsstatistik (vgl. VI B 1)	
		Ausfuhr	Einfuhr
Verhältniswerte	Verhältniswerte	Totalwerte	Totalwerte
Erhebung	Erhebung	Aufbereitung	Aufbereitung
Unternehmen	Betrieb	—	—
Meldebogen	Meldekarte	Ausfuhrmeldung	Einfuhrmeldung
Selbstaussfüllung	Selbstaussfüllung	Selbstaussfüllung	Selbstaussfüllung
Unternehmen	Betrieb	Außenhandelsfall	Außenhandelsfall
einstufig	einstufig	einstufig	einstufig
einphasig	einphasig	einphasig	einphasig
Unternehmen	Unternehmen	Ausfuhrmeldung	Einfuhrmeldung
482 000	170 000	etwa 13 000 000 ⁴⁾	etwa 6 000 000 ⁴⁾
Unterlagen der Handels- und Gaststättenzählung 1960; Gewerbeanmeldungen	Unterlagen der Handels- und Gaststättenzählung 1960; Gewerbeanmeldungen	—	—
Bundesland (11), Wirtschaftsklassen (61), Umsatzgrößeklassen (8), Neugründungen	Bundesland (11), Betriebsarten (9), Umsatzgrößeklassen (4 bis 7), Neugründungen (4)	Ausfuhrwert (3)	Einfuhrwert (3)
bis 488	54	3	3
0,25 bis 100‰	0,5 bis 100‰	0 ⁵⁾ und 100‰	0 ⁵⁾ und 100‰
	Zahl der Beschäftigten (2), Regierungsbezirk (bis 8), Stadt- oder Landkreis (2)	—	—
	bis 32	—	—
systematisch	systematisch	—	—
8‰	9‰	etwa 64‰ ⁵⁾	etwa 80‰ ⁵⁾
40 000 Unternehmen	15 000 Unternehmen	7 300 000 ⁴⁾ Ausfuhrmeldungen	4 800 000 ⁴⁾ Einfuhrmeldungen
freie Hochrechnung	freie Hochrechnung von Zähler und Nenner der Verhältniswerte	Fälle unter 300 DM werden weggelassen, dafür Fälle von 300 bis 499 DM mehr- fach einbezogen (die Faktoren werden empirisch bestimmt)	
Seit Januar 1962 monatlich nach diesem Plan durchgeführt.	Erster Erhebungsmonat Januar 1962; im Saarland bereits ab Januar 1961.	Das »Vervielfachungsverfahren« wird seit Januar 1964 monatlich angewandt.	Das »Vervielfachungsverfahren« wird seit Januar 1965 monatlich angewandt.

noch: Die methodischen Grundzüge
Die Hinweise im Kopf der Spalten geben die laufende

	Verkehrszensus (Werkverkehr) (vgl. VII A 1)	Statistik des gewerblichen Güterfernverkehrs mit Kraftfahrzeugen (vgl. VII C 6b)	Statistik des Werkfernverkehrs mit Kraftfahrzeugen (vgl. VII C 6c)
Grundlagen der Statistik			
Vorgesehene Ergebnisse	Totalwerte	Totalwerte	Totalwerte
Einsatzstelle	Erhebung	Aufbereitung	Aufbereitung
Erhebungseinheit	Unternehmen	Beförderungsfall	Beförderungsfall
Erhebungsvordruck	Fragebogen	Frachtbrief	Nachweis über Beförderungsleistung
Erhebungsverfahren	Selbstaussfüllung	Selbstaussfüllung	Selbstaussfüllung
Aufbereitungseinheit	Unternehmen	Beförderungsfall	Beförderungsfall
Auswahlverfahren			
Stufen	einstufig	einstufig	einstufig
Phasen	einphasig	einphasig	einphasig
Auswahleinheit	Arbeitsstätten	Frachtbrief	Beförderungsfall
Anzahl der Auswahleinheiten	1 200 000	etwa 11 500 000 ⁴⁾	etwa 10 000 000 ⁴⁾
Auswahlunterlagen	Unterlagen der Landwirtschafts- zählung 1960 und der Arbeitsstättenzählung 1961	Eingesandte Frachtbriefe	Eingesandte Nachweise über Beförderungsleistungen
Schichtungsmerkmale (Anzahl der Gruppen)	Bundesland (11), Wirtschaftsabteilung bzw. -unterabteilung (21), Zahl der Fahrzeuge (3)	Frachtenprüfstellen	—
Anzahl der Schichten	63 ³⁾	27 ³⁾	1 ⁶⁾
Auswahlsätze in den Schichten	5 bis 100 %	33 % ⁶⁾	20 % ⁷⁾
Anordnung(smerkmale)	Wirtschaftsgruppe (bis 15), Zahl der Beschäftigten (4), Zahl der Fahrzeuge (8)	Reihenfolge des Eingangs der Frachtbriefe	Reihenfolge des Eingangs der Nachweisungen, weiter nach Anordnung auf den Nachweisungen
Anzahl der Anordnungs- gruppen ¹⁾	bis 480	—	—
Auswahltechnik	systematisch	systematisch	systematisch
Durchschnittlicher Auswahl- satz ²⁾	etwa 12 %	33 % ⁴⁾	20 % ⁷⁾
Stichprobenumfang ²⁾	145 000 Arbeitsstätten	3 500 000 Beförderungsfälle	2 000 000 Beförderungsfälle
Hochrechnungsverfahren	freie Hochrechnung	freie Hochrechnung	freie Hochrechnung
Anmerkungen	—	seit Januar 1954 monatlich durchgeführt.	seit Januar 1954 monatlich durchgeführt.

¹⁾ Anzahl innerhalb der einzelnen Schichten. — ²⁾ Gemäß Stichprobenplan. — ³⁾ Je Bundesland. — ⁴⁾ Im Jahr 1965. — ⁵⁾ Im Bundesgebiet einschließlich Saarland und

der Stichprobenstatistiken
Nummer der Statistik im Katalogteil an

Statistik des Güterverkehrs mit Kraftfahrzeugen 1965 (vgl. VII C 6d)	Statistik der Kraftfahrzeugfahrleistungen (vgl. VII C 9)		
	Erhebung 1959	Erhebungen 1966/67	
		Grunderhebung	Ergänzungserhebung
Totalwerte	Totalwerte	Totalwerte	Totalwerte
Erhebung	Erhebung	Erhebung	Erhebung
Güterfahrzeug	Fahrzeug	Fahrzeug	Güterfahrzeug
Fragebogen	Fragekarte	Fragekarte	Fragebogen
Selbstaussfüllung	Selbstaussfüllung	Selbstaussfüllung	Selbstaussfüllung
Güterfahrzeug	Fahrzeug	Fahrzeug	Güterfahrzeug
einstufig	einstufig	einstufig	einstufig
einphasig	einphasig	einphasig	einphasig
Güterfahrzeug	Fahrzeug	Fahrzeug	Güterfahrzeug
638 400	9 600 000	12 500 000	603 000
Fahrzeugbestandskartei	Fahrzeugbestandskartei, Fahrgestellkartei	Fahrzeugbestandskartei, Fahrgestellkartei	Fahrzeugbestandskartei, Fahrgestellkartei
Haltergruppen (8), Aufbauart (bis 7), Nutzlastklassen (3)	Fahrzeuggruppe (24), Beruf bzw. Gewerbe des Fahrzeughalters (12)	Fahrzeuggruppe (28), Beruf bzw. Gewerbe des Fahrzeughalters (9)	Fahrzeuggruppe (17), Beruf bzw. Gewerbe des Fahrzeughalters (6)
59 ⁵⁾	277 ⁵⁾	215 ⁶⁾	102 ⁵⁾
1 bis 100 %	0,25 bis 100 %	0,25 bis 100 %	2,2 bis 100 %
Länder	Baujahrsgruppe, Standort, Antriebsart, weiter nach Anordnung der Kartei	Länder	Länder
9	55 bis 110	11	11
systematisch	systematisch	systematisch	systematisch
7,1 % ⁸⁾	2,1 %	0,8 %	6,3 %
rund 60 000 Güterfahrzeuge	225 000 Fahrzeuge	etwa 100 000 Fahrzeuge	38 000 Güterfahrzeuge
Doppeln der echten Ausfälle, freie Hochrechnung	Doppeln der echten Ausfälle, freie Hochrechnung	freie Hochrechnung	freie Hochrechnung
Die Erhebung wurde in 26 Berichts- wochen durchgeführt. Dafür wurde die Stichprobe in 26 Unterstichproben auf- geteilt.	—	Stichprobenplan noch in Arbeit.	Die Ergänzungserhebung wird in 26 Be- richtswochen durchgeführt. Dafür wird die Stichprobe in 26 Unterstichproben aufgeteilt.

Berlin (West). — ⁶⁾ Seit Januar 1964. — ⁷⁾ Seit Januar 1962. — ⁸⁾ In Hamburg und Nordrhein-Westfalen wurden abweichende Auswahlätze angewendet.

noch: Die methodischen Grundzüge
Die Hinweise im Kopf der Spalten geben die laufende

	Statistik der Sozialhilfe Repräsentative Zusatzstatistik 1966 auf dem Gebiet der Sozialhilfe über die Eingliederungshilfe für Behinderte (vgl. X C 1)	Lohnsteuerstatistik 1965 (vgl. XI B 3)	Statistik der Einheitswerte des Grundbesitzes (vgl. XI B 5b)
Grundlagen der Statistik			
Vorgesehene Ergebnisse	Totalwerte, Gliederung der erfaßten Fälle	Totalwerte	Totalwerte, Verhältniswerte
Einsatzstelle	Erhebung	Aufbereitung	Erhebung
Erhebungseinheit	Hilfsempfänger	Lohnsteuerpflichtiger	bebautes Grundstück
Erhebungsvordruck	Erhebungsbogen	Lohnsteuerkarte	Einheitswertbescheide
Erhebungsverfahren	Aktenauszug	Ausfüllung durch Behörden und Arbeitgeber	Ermittlung durch Bewerter
Aufbereitungseinheit	Hilfsempfänger	Lohnsteuerpflichtiger	bebautes Grundstück
Auswahlverfahren			
Stufen	einstufig	einstufig	einstufig
Phasen	einphasig	einphasig	einphasig
Auswahleinheit	Hilfsempfänger	Lohnsteuerkarte	Zählbezirk (entspricht der 10%-Stichprobe für die Haushalts- und Familienstatistik im Rahmen der Volks- und Berufs- zählung 1961)
Anzahl der Auswahleinheiten	75 000	etwa 22 000 000	
Auswahlunterlagen	Unterlagen der Sozialhilfeträger	eingesandte Lohnsteuerkarten	
Schichtungsmerkmale (Anzahl der Gruppen)	—	Bundesland (11), Bruttolohn- gruppen (14), Steuerklassen (17)	
Anzahl der Schichten ¹⁾	1	238	
Auswahlsätze in den Schichten	50 %	0,5 bis 100 %	
Anordnung(smerkmale)	—	Kreise, weiter nach der Reihenfolge des Materials bei Einsendung	
Anzahl der Anordnungs- gruppen ²⁾	—	bis 70	
Auswahltechnik	nach Namensanfang	systematisch	
Durchschnittlicher Auswahl- satz ³⁾	50 %	etwa 2 % ⁴⁾	
Stichprobenumfang ⁵⁾	37 500 Hilfsempfänger	etwa 400 000 Lohnsteuerkarten	
Hochrechnungsverfahren	Anpassung an die laufende Jahres- statistik der Sozialhilfe	freie Hochrechnung auf die Menge der erfaßten Lohnsteuerkarten	freie Hochrechnung
Anmerkungen	Bei der Aufbereitung werden die Hilfe- empfänger von verschiedenen Sozial- hilfeträgern zusammengeführt.	Stichprobenplan noch in Arbeit.	Die Stichprobenerhebung soll Vorwegergebnisse liefern.

¹⁾ Je Bundesland. — ²⁾ Anzahl innerhalb der einzelnen Schichten. — ³⁾ Gemäß Stichprobenplan. — ⁴⁾ 1961: etwa 1,5 %. — ⁵⁾ Wiederausgewählte alte Berichtsbetriebe wurden
schafft. — ⁶⁾ In der Forstwirtschaft. — ⁷⁾ Im Erwerbsgartenbau. — ¹⁰⁾ Haumeister total.

der Stichprobenstatistiken

Nummer der Statistik im Katalogteil an

Laufende Verdiensterhebungen			Gehalts- und Lohnstrukturerhebung in der Landwirtschaft, in der Forstwirtschaft und im Erwerbsgartenbau 1962 (vgl. XII B 3a, b, c)	
in der Landwirtschaft (vgl. XII B 1a)	in Industrie und Handel (vgl. XII B 1b)	im Handwerk (vgl. XII B 1c)		
Verhältnismerte	Verhältnismerte	Verhältnismerte	Gliederung der erfaßten Fälle	
Erhebung	Erhebung	Erhebung	Erhebung	
Landwirtschaftlicher Betrieb	Betrieb (bzw. Arbeitsstätte)	Betrieb	landwirtschaftlicher Betrieb ^{*)}	
Betriebsbogen	Betriebsbogen	Betriebsbogen	Fragebogen	
Selbstaussfüllung	Selbstaussfüllung	Selbstaussfüllung	Selbstaussfüllung	
Betrieb	Betrieb	Betrieb	Arbeitnehmer (Tätigkeitsfall)	
einstufig	einstufig	einstufig	zweistufig	
einphasig	einphasig	einphasig	1. Stufe	2. Stufe
landwirtschaftlicher Betrieb	Betrieb (bzw. Arbeitsstätte)	Betrieb	einphasig	einphasig
			Betrieb ^{*)}	Arbeitnehmer
138 000	252 000	174 000	8 500	—
Landwirtschaftszählung 1960	Arbeitsstättenzählung 1961, Industriebericht 1961 bzw. 1962, Baubericht 1962	Handwerkszählung 1963	Unterlagen aus der Landwirtschafts- zählung 1960	Unterlagen der Betriebe
Bundesland (7), Betriebsgrößenklasse (3)	Bundesland (11), Wirtschaftszweige (60), Beschäftigtengrößenklasse (6)	Bundesland (11), Handwerkszweige (10), Beschäftigtengrößenklasse (5)	Bundesland (7 ^{*)} bzw. 8 ^{*)} bzw. 11 ^{*)} , Be- triebsarten (3), land- wirtschaftliche Nutz- fläche (2 ^{*)})	—
3	bis 360	bis 50	4	1
5 bis 25 %	2 bis 100 %	2 bis 100 %	15 % bzw. 30 % ^{*)} , 50 % ^{*)} , 100 % ^{*)}	15 bis 50 %
regional nach Betriebsgrößenklassen	Untergruppen einzelner Wirtschaftszweige	—	nach Ablage der Unterlagen	—
—	bis 21	—	—	—
systematisch ^{*)}	systematisch ^{*)}	Zufallsauswahl in Zonen	systematisch	nach Namensanfang ^{*)}
6 %	11 %	13,5 %	15 % bzw. 30 % ^{*)} , 25 % ^{*)} , 50 % ^{*)}	15 % bzw. 30 % ^{*)} , 25 % ^{*)} , 50 % ^{*)}
8 100 Betriebe	27 200 Betriebe	23 800 Betriebe	25 000 Betriebe ^{*)}	49 000 Arbeitnehmer
freie Hochrechnung (auf 10 %-Niveau) von Zähler und Nenner der Verhältnismerte	freie Hochrechnung von Zähler und Nenner der Verhältnismerte	freie Hochrechnung von Zähler und Nenner der Verhältnismerte	unmittelbare Auswertung ohne Hochrechnung; nur in einigen Tabellen Umrechnungen wegen unterschied- licher Auswahlätze erforderlich	
Nach diesem Plan wurde der neue Berichtskreis für die Erhebungen ab September 1964 ausgewählt. — Die Erhebung wird jährlich für den Monat September durchgeführt.	Nach diesem Plan wurde der neue Berichtskreis für die Erhebungen ab Januar 1964 ausgewählt. — Die Erhebung wird vierteljährlich für die Monate Januar, April, Juli und Oktober durchgeführt.	Nach diesem Plan wurde der neue Berichtskreis für die Erhebungen ab Mai 1966 ausgewählt. — Die Erhebung wird halbjährlich für die Monate Mai und November durchgeführt.	—	

gegen neue ausgetauscht, soweit es der Auswahlabstand erlaubte. — ^{*)} Im Erwerbsgartenbau: Gartenbaubetrieb, in der Forstwirtschaft: Forstbetrieb. — ^{*)} In der Landwirt-

noch: Die methodischen Grundzüge
Die Hinweise im Kopf der Spalten geben die laufende

	Gehalts- und Lohnstrukturerhebung in der gewerblichen Wirtschaft und im Dienstleistungsbereich ⁴⁾ (vgl. XII B 3d)			
	1962		1966	
Grundlagen der Statistik				
Vorgesehene Ergebnisse	Gliederung der erfaßten Fälle		Gliederung der erfaßten Fälle	
Einsatzstelle	Erhebung		Erhebung	
Erhebungseinheit	gewerblicher Betrieb ⁵⁾		gewerblicher Betrieb ⁵⁾	
Erhebungsvordruck	Fragebogen		Fragebogen	
Erhebungsverfahren	Selbstaussfüllung		Selbstaussfüllung	
Aufbereitungseinheit	Arbeitnehmer (Tätigkeitsfall)		Arbeitnehmer (Tätigkeitsfall)	
Auswahlverfahren				
Stufen	zweistufig		zweistufig	
	1. Stufe	2. Stufe	1. Stufe	2. Stufe
Phasen	einphasig	einphasig	einphasig	einphasig
Auswahleinheit	Betrieb	Arbeitnehmer	Betrieb	Arbeitnehmer
Anzahl der Auswahleinheiten	Unterlagen aus Arbeitsstättenzählung 1961,	etwa 20 000 000	etwa 450 000	etwa 14 000 000
Auswahlunterlagen	Industriebericht 1961 und Baubericht 1961	Unterlagen der Betriebe	Unterlagen aus Arbeitsstätten- zählung 1961, Industriebericht 1965 und Baubericht 1965	Unterlagen der Betriebe
Schichtungsmerkmale (Anzahl der Gruppen)	Bundesland (11), Wirtschaftsgruppen und -klassen (57)	—	Bundesland (11), Wirtschaftsgruppen und -klassen (63)	—
Anzahl der Schichten ¹⁾	57	1	63	1
Auswahlsätze in den Schichten	7,5 bis 100 %	7,5 bis 100 %	5 bis 100 %	5 bis 50 %
Anordnung(smerkmale)	nach Ablage der Unterlagen	—	nach Ablage der Unterlagen	—
Anzahl der Anordnungs- gruppen ²⁾	—	—	—	—
Auswahltechnik	systematisch	nach Namensanfang	systematisch	nach Namensanfang
Durchschnittlicher Auswahl- satz ³⁾	—	etwa 15 %	—	maximal 15 % ⁶⁾
Stichprobenumfang ³⁾	—	1 700 000 Arbeitnehmer	—	ca. 1 700 000 Arbeitnehmer
Hochrechnungsverfahren				
	Umrechnung auf 15 % der Gesamtheit		freie Hochrechnung	
Anmerkungen				
	Auswahl ist noch nicht abgeschlossen.			

¹⁾ Je Bundesland. — ²⁾ Anzahl innerhalb der einzelnen Schichten. — ³⁾ Gemäß Stichprobenplan. — ⁴⁾ Ohne öffentlichen Dienst. — ⁵⁾ Im Dienstleistungsbereich: Dienst
⁶⁾ 100 % nur in der Wirtschaftsgruppe 5020.

der Stichprobenstatistiken

Nummer der Statistik im Katalogteil an

Statistik der Vermögensbildung der Arbeitnehmer (vgl. XII B 5)	Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63 (vgl. XII C 2)		
Totalwerte	Mittelwerte, Totalwerte		
Erhebung	Erhebung		
Unternehmen	Haushalt		
Fragebogen	Fragebogen, Haushaltsbuch		
Selbstaussfüllung	Interview, Selbstaussfüllung		
Unternehmen, Arbeitnehmer	Haushalt		
einstufig	dreistufig		
	1. Stufe	2. Stufe	3. Stufe
einphasig	einphasig	einphasig	einphasig
Unternehmen	Gemeinde	Wohnung	Haushalt
450 000	24 000	16 000 000 ^{a)}	170 000
Unterlagen aus der Arbeitsstättenzählung 1961	Lochkartei nach den Ergebnissen der Volks- und Berufszählung 1950	Zählpapiere der Wohnungsstatistik 1956/57 und der Statistik der Baufertig- stellungen	
Bundesland (11), Wirtschaftszweige (14), Unternehmensgrößenklassen (2)	Bundesland (11), Gemeindegrößen- klasse (10)	—	{ Bundesland (11), soziale Stellung des Haushaltsvorstandes (9), Anzahl der Personen im Haushalt (5), Nettoeinkommen des Haushalts (5)
28	10	1	103
10, 33 1/3 und 100 % ¹⁰⁾	3 bis 100 %	1 bis 30 %	25 % bzw. 55 %
nach Ablage der Unterlagen	11 Merkmale der Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur der Gemeinden; in den Gruppen regional	regional nach Ablage der Leitlisten der Wohnungszählung vom 25. 9. 1956	Gemeindegröße
—	3 bis 50	—	—
systematisch	systematisch ⁷⁾	systematisch ⁹⁾	systematisch
16 %	11 %	1 % ⁸⁾	etwa 0,3 % ⁸⁾
etwa 72 500 Unternehmen	2 700 Gemeinden	160 000 ⁸⁾ Wohnungen	50 000 Haushalte
freie Hochrechnung	Gewichtetes Zusammenfassen der Ergebnisse		
—	<p>Ein Teil der ausgewählten Haushalte war nicht bereit, an der Erhebung mitzuarbeiten. Solche Haushalte wurden — je Schicht gesondert — gegen bereitwillige Mikrozensus-Haushalte ausgetauscht; soweit das nicht möglich war, wurden Haushalte aus anderen Unterlagen ausgewählt und in die Stichprobe einbezogen. —</p> <p>Aufteilung der Stichprobe in 12 Unterstichproben für die monatliche Rotation der Feinanschriften.</p>		

leistungsbetrieb. — ⁶⁾ Gesamtauswahlsatz. — ⁷⁾ Proportional zur Bevölkerungszahl der Gemeinden 1950. — ⁸⁾ Stand Oktober 1960. — ⁹⁾ Stichprobe ist selbstgewichtend. —

Übersicht über die vom Statistischen Bundesamt berechneten Indices bzw. Meßzahlen

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Periodizität	Basisjahr	Gliederung	Reihen	Gewichtung	Berechnungsmethode in	Bemerkungen
INDUSTRIE								
1	Index der industriellen Nettoproduktion	monatlich	1958 = 100	Hauptgruppen sowie 61 Industriegruppen bzw. -zweige	476	Nettoproduktionswerte des Jahres 1958	WiSta 65/3	Neuberechnung auf Basis 1962 = 100 vorgesehen
2	Index der industriellen Bruttoproduktion für Investitionsgüter und für Verbrauchsgüter	monatlich	1958 = 100	5 Warengruppen für Investitionsgüter und 6 Warengruppen für Verbrauchsgüter	111 für Inv.-Güter 108 für Verbrauchsgüter	Bruttoproduktionswerte des Jahres 1958	WiSta 65/4	Neuberechnung auf Basis 1962 = 100 vorgesehen
3	Index des Produktionsergebnisses je Beschäftigten, je Beschäftigtenstunde, je Arbeiter und je Arbeiterstunde in der Industrie	jährlich	1958 = 100	Hauptgruppen sowie 45 Industriegruppen bzw. -zweige	Gegenüberstellung des Produktionsergebnisses (gemessen am Index der industriellen Nettoproduktion) zu den verschiedenen Daten des Arbeitsaufwandes		WiSta 65/5	Für gesamte Industrie vierteljährlich. Neuberechnung auf Basis 1962 = 100 vorgesehen
4	Index des Auftragseingangs in der Industrie	monatlich	1954 = 100	Hauptgruppen sowie 33 Industriegruppen bzw. -zweige	70	Umsatz des Jahres 1954	ASta 52/4	Neuberechnung auf Basis 1962 = 100 vorgesehen
HANDEL								
5	Meßzahlen des Umsatzes, der Beschäftigten, des Wareneingangs und der Lagerbestände im Großhandel	monatlich bzw. jährlich	1962 = 100	5 Bereiche und 48 Zweige des Großhandels	ca. 10 000 Unternehmen	—	WiSta 66/4	Wareneingang und Lagerbestände nur jährlich
6	Meßzahlen des Umsatzes, der Beschäftigten, des Wareneingangs und der Lagerbestände im Einzelhandel	monatlich bzw. jährlich	1962 = 100	4 Bereiche, 10 Gruppen, 56 Zweige sowie Betriebsformen usw. des Einzelhandels	ca. 40 000 Unternehmen	—	—	Wareneingang und Lagerbestände nur jährlich
7	Meßzahlen des Umsatzes und der Beschäftigten im Gastgewerbe	monatlich	1962 = 100	7 Wirtschaftsklassen des Gastgewerbes	ca. 15 000 Unternehmen	—	WiSta 66/6	
8	Indices der Ein- und Ausfuhr a) Index der tatsächlichen Werte b) Index des Volumens c) Index der Durchschnittswerte	monatlich	1962 = 100	8 Warengruppen und 214 nur zum Teil veröffentlichte -untergruppen der Außenhandelsstatistik, 10 Teile des Internationalen Warenverzeichnisses für den Außenhandel (SITC), 40 Warengruppen und -zweige der Produktionsstatistik, 10 Investitions- und 8 Verbrauchsgütergruppen	ca. 8 000 Waren	Durchschnittswerte des Jahres 1962, Mengen der Berichtsmonate bzw. -jahre	WiSta 66/10 (vorgesehen)	
VERKEHR								
9	Meßzahlen des Personen- und Güterverkehrs	monatlich	1962 = 100	Personenverkehr: Eisenbahn, Straßenbahn, Omnibus, Luftverkehr; Güterverkehr: Eisenbahn, Fernverkehr mit Lastkraftfahrzeugen, Binnenschifffahrt, Seeschifffahrt, Luftverkehr, Rohrfernleitungen	34	—	WiSta 51/4	
GELD UND KREDIT								
10	Index der Aktienkurse	wöchentlich	31. 12. 1953 = 100	4 Hauptgruppen und 33 Wirtschaftsprüfungsgesellschaften	430 ausgewählte Stammaktien	Nominalkapital aller börsennotierten Aktiengesellschaften Ende 1953	WiSta 56/4	Neuberechnung auf Basis 31. 12. 1965 vorgesehen; dabei auch börsentägliche Berechnung nach 4 Wirtschaftsabteilungen

Übersicht über die vom Statistischen Bundesamt berechneten Indices bzw. Meßzahlen (Fortsetzung)

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Periodizität	Basisjahr	Gliederung	Reihen	Gewichtung	Berechnungsmethode in	Bemerkungen
PREISE								
11	Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte	monatlich	1962 = 100	31 Warengruppen in weiterer Unterteilung nach Warenzweigen und -klassen	8 656 Preisreihen für 1 977 Erzeugnisse	Umsatzwerte der Industrie im Jahre 1962	WiSta 65/2	
12	Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte	monatlich	Wj. 1961/62 bis 1962/63 = 100	14 Warengruppen pflanzlicher und tierischer Produkte	1 120 Preisreihen für 73 Erzeugnisse	Durchschnittliche Verkaufserlöse der Landwirtschaft der Wj. 1961/62 und 1962/63	WiSta 65/5	
13	Index der Erzeugerpreise für Schnittblumen und Topfpflanzen	monatlich	Wj. 1961/62 bis 1962/63 = 100	6 Arten Schnittblumen und 4 Arten Topfpflanzen	228 Preisreihen für 10 Erzeugnisse	Durchschnittliche Umsatzwerte der Wj. 1961/62 und 1962/63	WiSta 66/2	
14	Index der Erzeugerpreise forstwirtschaftlicher Produkte	monatlich	Fwj. 1962 = 100	4 Sorten Rohholz innerhalb der Staats- und Privatforsten	1 497 Preisreihen für 34 Erzeugnisse	Verkaufserlöse der Forstwirtschaft im Fwj. 1962	WiSta 66/5	
15	Preisindex ausgewählter Grundstoffe	monatlich	1958 = 100	landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche und industrielle Produkte, getrennt nach in- und ausländischer Herkunft	2 289 Preisreihen für 102 Erzeugnisse	Verkaufserlöse der Landwirtschaft, Bruttoproduktion der Industrie, Einfuhrwerte des Jahres 1958	WiSta 62/12	
16	Index der Verkaufspreise des Großhandels	monatlich	1962 = 100	15 Gruppen sowie 71 Zweige des Großhandels, getrennt nach einzelwirtschaftlichem und genossenschaftlichem Großhandel	6 700 Preisreihen für 900 Erzeugnisse	Umsatzwerte des Großhandels im Jahre 1962	—	Vorgesehen (bisher nur Meßzahlen)
17	Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel	monatlich	Wj. 1962/63 = 100	10 Bedarfsgruppen	10 777 Preisreihen für 104 Erzeugnisse	Betriebsausgaben der Landwirtschaft im Wj. 1962/63	WiSta 65/5	
18	Index der Einkaufspreise für Auslandsgüter	monatlich	1958 = 100	35 Warengruppen nach dem produktionstechnischen Zusammenhang sowie 11 Warengruppen der Außenhandelsstatistik in weiterer Unterteilung	1 673 Preisreihen für 1 105 Erzeugnisse	Einfuhrwerte des Jahres 1958	WiSta 62/10	Umstellung auf Basisjahr 1962 = 100 vorgesehen
19	Index der Verkaufspreise für Ausfuhrsgüter	monatlich	1958 = 100		1 656 Preisreihen für 1 088 Erzeugnisse	Ausfuhrwerte des Jahres 1958	WiSta 62/10	
20	Meßziffern für Bauleistungspreise	vierteljährlich	1962 = 100	für Neubau: 40 Bauarbeiten; für Instandhaltung: 16 Bauarbeiten	30 000 Preisreihen für 300 Bauleistungen	—	WiSta 66/8 (vorgesehen)	
21	Preisindices für Bauwerke	vierteljährlich	1962 = 100	Neubau von Wohn- und Nichtwohngebäuden, Straßen-, Brücken- und Wasserbau; Instandhaltung von Wohngebäuden	30 000 Preisreihen	Anteile der Herstellungskosten	WiSta 66/8 (vorgesehen)	
22	Index der Einzelhandelspreise	monatlich	1950 = 100	19 Hauptbranchen und Branchen des Einzelhandels sowie 37 Warengruppen	Rund 99 000 Preisreihen für 444 Erzeugnisse	Umsatzwerte des Einzelhandels im Jahre 1950	WiSta 52/9	Umstellung auf Basisjahr 1962 = 100 vorgesehen
23	Preisindices für die Lebenshaltung							
	a) Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes (4-Personen-Haushalte)	monatlich	1962 = 100	9 Hauptgruppen sowie Gruppen und Untergruppen der Verwendung sowie nach Dauerhaftigkeit und Wert der Güter	Rund 140 000 Preisreihen für 431 Waren und Leistungen	Verbrauchsstruktur des Jahres 1962	WiSta 64/8	
	b) Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern (2-Personen-Haushalte)	monatlich	1962 = 100	9 Bedarfsgruppen	Rund 126 000 Preisreihen für 369 Waren und Leistungen	Verbrauchsstruktur des Jahres 1962	WiSta 65/3	
	c) Einfache Lebenshaltung eines Kindes	monatlich	1958 = 100	8 Bedarfsgruppen	Rund 82 000 Preisreihen für 180 Waren und Leistungen	Bedarfsschema 1958	WiSta 62/3	Zu Grunde gelegt ist der Bedarf eines siebenjährigen Kindes
24	Preisindices der Inlandspostgebühren	bei Änderung	1958 = 100	3 Leistungsbereiche in weiterer Unterteilung nach Teilbereichen und Einzelleistungen	264 Preisreihen für 84 Leistungen	Gebühreneinnahmen der Deutschen Bundespost des Jahres 1958	—	Umstellung auf Basisjahr 1962 = 100 vorgesehen
LÖHNE								
25	Index der durchschnittlich bezahlten Wochenstunden und der durchschnittlichen Bruttostunden- und -wochenverdienste der Arbeiter in der Industrie	vierteljährlich	1962 = 100	7 Wirtschaftsbereiche, 36 Wirtschaftsgruppen, jeweils getrennt für Männer und Frauen, für »alle Bereiche zusammen« zusätzlich nach Leistungsgruppen	5 142	Beschäftigtenzahlen	WiSta 59/4; 61/12; 66/1	
26	Index der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Industrie und Handel	vierteljährlich	1962 = 100	9 Wirtschaftsbereiche, 40 Wirtschaftsgruppen, jeweils getrennt nach Beschäftigungsart und Geschlecht, für »alle Bereiche zusammen« zusätzlich nach Leistungsgruppen	4 102	Beschäftigtenzahlen	WiSta 62/2; 66/1	

Übersicht über die vom Statistischen Bundesamt berechneten Indices bzw. Meßzahlen (Fortsetzung)

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Periodizität	Basisjahr	Gliederung	Reihen	Gewichtung	Berechnungsmethode in	Bemerkungen
noch: LÖHNE								
27	Index der tariflichen Wochenarbeitszeiten und der Tariflöhne und -gehälter in der gewerblichen Wirtschaft sowie bei Gebietskörperschaften							
	a) Tarifliche Wochenarbeitszeiten der Arbeiter und Angestellten	viertel-jährlich	1962 = 100	11 Wirtschaftsbereiche, 44 Wirtschaftsgruppen bei männlichen und 32 bei weiblichen Arbeitern; 10 Wirtschaftsbereiche, 48 Wirtschaftsgruppen bei männlichen und 45 bei weiblichen Angestellten	454 Tarife für männliche und 306 Tarife für weibl. Arbeiter. 236 Tarife für männliche und 215 Tarife für weibliche Angestellte	Beschäftigtenzahlen	WiSta 60/8; 66/1	
	b) Tarifliche Stundenlöhne und Wochenlöhne der Arbeiter	viertel-jährlich	1962 = 100	11 Wirtschaftsbereiche, 44 Wirtschaftsgruppen bei männlichen und 32 bei weiblichen Arbeitern	1727 Lohnreihen aus 454 Lohn-tarifen für männliche und 738 Lohnreihen aus 306 Tarifen für weibl. Arbeiter	Beschäftigtenzahlen	WiSta 60/8; 61/12; 66/1	
	c) Tarifliche Monatsgehälter der Angestellten	viertel-jährlich	1962 = 100	10 Wirtschaftsbereiche, 48 Wirtschaftsgruppen bei männlichen und 45 bei weiblichen Angestellten	1148 Gehalts-reihen aus 236 Tarifver-trägen für männliche und 657 Gehalts-reihen aus 215 Tarifen für weibliche An-gestellte	Beschäftigtenzahlen	WiSta 62/1; 66/1	
28	Index der Tariflöhne in der Landwirtschaft	viertel-jährlich	1962 = 100	7 Gruppen, unterschieden nach Qualifikation und Entlohnungsform	153 Lohnreihen für 11 Tarife	Beschäftigtenzahlen	WiSta 64/12	
VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN								
29	Bruttosozialprodukt in Preisen von 1954	jährlich	1950 bzw. 1960 = 100	darunter Privater Verbrauch, Staatsverbrauch, Anlage-investitionen sowie Aus-fuhr und Einfuhr	—	entsprechend den Preisrelationen des Jahres 1954	WiSta 57/11	
30	Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1954	jährlich	1950 bzw. 1960 = 100	3 Sektoren sowie 9 Unter-nehmensbereiche	—			
31	Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1954 je durch-schnittlich Erwerbstätigen (Produktivität)	jährlich	1950 bzw. 1960 = 100		—			
32	Preisindices in der Sozial-produktsberechnung	jährlich	1950 bzw. 1960 = 100	Bruttosozialprodukt, dar-unter 4 Verwendungsarten sowie Ein- und Ausfuhr	—	Warenkorb des je-weiligen Berichts-jahres	WiSta 63/1	

Übersicht über die vom Statistischen Bundesamt herausgegebenen Veröffentlichungen

I. Zusammenfassende Veröffentlichungen

Die Zusammenfassenden Veröffentlichungen enthalten Ergebnisse aus mehreren oder allen Arbeitsgebieten des Statistischen Bundesamtes. Vom Inhalt her lassen sie sich in die nachstehend aufgeführten Untergruppen einteilen, von denen die erste die am meisten verbreiteten Standardveröffentlichungen mit Informationen über die Statistiken aus allen Bereichen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens enthält.

A. Allgemeine zusammenfassende Veröffentlichungen

Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland

Umfassendes Nachschlagewerk über alle Sachgebiete, 1952 erstmalig nach dem Kriege erschienen. Enthält neben den Ergebnissen über Bevölkerung und Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) einen Hauptabschnitt »Internationale Übersichten« und, beginnend mit dem Jahrgang 1953, Abschnitte über die deutschen Gebiete außerhalb der Bundesrepublik Deutschland (Sowjetische Besatzungszone und Sowjetsektor von Berlin und die Deutschen Ostgebiete, zur Zeit unter fremder Verwaltung).

Statistisches Taschenbuch für die Bundesrepublik Deutschland

Erscheint im Abstand von drei Jahren und enthält ausgewählte Zahlen aus allen Bereichen der amtlichen Statistik, jedoch in stark zusammengefaßter Form. Letzte Ausgabe 1964 (Ausgabe 1967 in Vorbereitung). Eine englische Fassung hiervon wird unter dem Titel »Handbook of Statistics« und eine französische Fassung unter dem Titel »Mémento des Statistiques« herausgegeben.

Wirtschaft und Statistik

Monatszeitschrift mit grundlegenden Aufsätzen über methodische Fragen sowie mit textlichen Darstellungen von Ergebnissen neuer und wichtiger laufender Statistiken unter Verwendung von zahlreichen graphischen Darstellungen. Außerdem Tabellenteil mit regelmäßig wiederkehrenden und einmaligen Übersichten sowie mit Ergänzungen zu Aufsätzen im Textteil.

Ausgewählte methodische Aufsätze dieser Zeitschrift in englischer Sprache als »Studies on Statistics« in unregelmäßiger Erscheinungsfolge.

Statistischer Wochendienst

Ausgewählte aktuelle Ergebnisse aus allen Gebieten der amtlichen Statistik in Form von Entwicklungsreihen mit kurzem Text über die wichtigsten Ergebnisse.

Wirtschaftskalender

Vierteljährlich und jährlich erscheinende Veröffentlichung, in der die für die Beurteilung der statistischen Ergebnisse wichtigen Daten aus dem wirtschaftspolitischen Geschehen zusammengestellt sind.

B. Organisation der Statistik, allgemeine Methodenfragen

Das Arbeitsgebiet der Bundesstatistik

Zusammenfassende Darstellung der organisatorischen, methodischen und rechtlichen Grundlagen der Bundesstatistik mit einem Katalog der einzelnen Statistiken. Hierzu englische Ausgabe »Survey of German Federal Statistics«.

Quellennachweis regionalstatistischer Ergebnisse

Fundstellenverzeichnis über die regional gegliederten Angaben in den Veröffentlichungen bei Bund und Ländern. (Stand Mitte 1965, erschienen 1966.)

Die Arbeiten des Statistischen Bundesamtes

Jahresbericht für den Statistischen Beirat. Gibt einen Überblick über die gesamte Amtsarbeit, wobei methodisch wichtige Fragen und Probleme besonders herausgestellt werden. Enthält u. a. auch eine zusammenfassende Darstellung der Beteiligung des Amtes an der internationalen statistischen Arbeit. (Letzte Ausgabe 1965/66.)

Die statistische Erfassung der Produktionsgrundlagen, -vorgänge und -ergebnisse in den Bereichen der Wirtschaft

Systematisch gegliederte Zusammenstellung in Katalogform, aus der zu ersehen ist, für welche Tatbestände innerhalb der einzelnen Wirtschaftsbereiche statistische Angaben vorliegen und wo sie zu finden sind. (Erschienen 1959 als Band 233 »Statistik der Bundesrepublik Deutschland«.)

Organisation und Technik des Volkszählungswerkes 1950

Beschreibung der organisatorischen Voraussetzungen und der methodisch-technischen Durchführung des Zählungswerkes 1950. (Erschienen als Band 31 »Statistik der Bundesrepublik Deutschland«, vergriffen. — Eine entsprechende Darstellung für das Zählungswerk 1961 ist vorgesehen.)

Bibliographie zum Volkszählungswerk 1950

Zusammenfassende Übersicht über die Veröffentlichungen von Bund und Ländern in sachlicher und regionaler Gliederung. (Erschienen als Band 50 »Statistik der Bundesrepublik Deutschland«.)

Stichproben in der amtlichen Statistik

Umfassende Darstellung der theoretischen und praktischen Grundlagen des Stichprobenverfahrens mit allgemeinverständlicher Einführung und ausführlicher Schilderung der wichtigsten Anwendungsgebiete in der amtlichen Statistik sowie einer mathematischen Formelsammlung für den Stichprobenspezialisten. (Erschienen 1960.) Ausgewählte Abschnitte aus dieser Veröffentlichung in englischer Sprache als »Studies on Statistics«.

Die Statistik in den internationalen Organisationen

Zusammenfassende Textdarstellungen über die Entwicklung der Statistik und über die statistisch-methodischen Arbeiten in bedeutenden weltweiten und regionalen Organisationen.

Die Statistik in den internationalen Organisationen:

Heft 1: Weltorganisationen (Stand: Mitte 1955),

Heft 2: Regionale Organisationen (Stand: Juli 1956),

Heft 3: Die Arbeiten der Konferenz Europäischer Statistiker 1953 bis 1959.

Ein Standardsystem Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen

Deutsche Übersetzung des im Jahre 1952 von der OEEC herausgegebenen »Standardised System of National Accounts«, das der Vereinheitlichung und Weiterentwicklung der nationalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen dienen soll. (Vergriffen.)

C. Strukturuntersuchungen,

Wirtschaftsbeobachtung

Wirtschaftskunde der Bundesrepublik Deutschland

Zusammenfassende und gemeinverständliche Darstellung der wichtigsten Ergebnisse der amtlichen Statistik mit Text und Zahlen und zahlreichen graphischen Darstellungen. (Erschienen 1955.)

Die deutschen Vertreibungsverluste

Bevölkerungsbilanzen (1939/50) mit umfangreichem Zahlenmaterial über die Höhe der Kriegs- und Vertreibungsverluste der deutschen Bevölkerung sowie mit Angaben über die Zahl der Vertriebenen in den Aufnahmegebieten und über die in der Heimat zurückgebliebene und zurückgehaltene Bevölkerung. (Erschienen 1958.)

Statistisches Taschenbuch über die Heimatvertriebenen

Erste zusammenfassende Darstellung der wichtigsten statistischen Ergebnisse über die Heimatvertriebenen. Englische Fassung unter dem Titel »Statistical Pocket-Book on Expellees«. (Erschienen 1953.)

Bevölkerungsstruktur und Wirtschaftskraft der Bundesländer

Jährlich erscheinende Veröffentlichung mit Entwicklungsreihen über wichtige Bevölkerungs- und Wirtschaftsdaten, die insbesondere im Hinblick auf die öffentlichen Haushalte von Bedeutung sind. (Letzte Ausgabe 1965.)

Die Frau im wirtschaftlichen und sozialen Leben der Bundesrepublik

Zahlenmaterial über die Stellung der Frau im öffentlichen Leben mit einführenden textlichen Erläuterungen. (Letzte Ausgabe 1956 als Statistischer Bericht II/2 Nr. 3.)

Die Jugend im wirtschaftlichen und sozialen Leben der Bundesrepublik

Zusammenstellung der in den verschiedenen Statistiken vorhandenen Angaben über die Jugendlichen, erläutert durch Text und Schaubilder. (Erschienen 1959 als Band 220 »Statistik der Bundesrepublik Deutschland«.)

Bevölkerung und Wirtschaft/Langfristige Reihen 1871 bis 1957 für das Deutsche Reich und die Bundesrepublik Deutschland

Entwicklungsreihen aus allen Bereichen der amtlichen Statistik, in denen »historische« Daten vorhanden sind. (Erschienen 1958 als Band 199 »Statistik der Bundesrepublik Deutschland«.)

D. Allgemeine Statistik des Auslandes

Internationale Monatszahlen

Ländervergleiche für ausgewählte Tatbestände, die für die außenwirtschaftlichen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland von besonderer Bedeutung sind.

Länderberichte

Zusammenfassung des jeweils neuesten Zahlenmaterials über wichtige wirtschaftliche und gesellschaftliche Tatbestände in einzelnen Ländern oder bestimmten Ländergruppen.

II. Fachveröffentlichungen (Fachserien)

Die größte Gruppe von Amtsveröffentlichungen bilden die Veröffentlichungen mit Ergebnissen aus den einzelnen Fachgebieten. Die verschiedenen »Fachserien« sind durch Kennbuchstaben, Titel und Farbe des Randstreifens auf dem festen Umschlag gekennzeichnet. Der Titel der einzelnen Fachserien gibt, in Anlehnung an den organisatorischen Aufbau des Statistischen Bundesamtes, jeweils das Hauptsachgebiet an, aus dem die Veröffentlichungen stammen.

Jede Fachserie wird in eine bestimmte Anzahl von Veröffentlichungsreihen gegliedert, in denen die periodisch anfallenden Ergebnisse einer Statistik sowie die in unregelmäßigen Zeitabständen herausgegebenen Sonderbeiträge zu dieser Statistik enthalten sind. Die Reihentitel bezeichnen im allgemeinen das engere Aufgabengebiet der Statistik. Verschiedene Reihen sind noch in (mit römischen Ziffern numerierte) »Einzeltitel« bzw. »Untertitel« aufgeteilt. Die Ergebnisse von einmalig oder in unregelmäßigen größeren Zeitabständen durchgeführten Großzählungen erscheinen innerhalb der jeweiligen Fachserie als Einzelveröffentlichungen. An die Stelle des Reihentitels tritt in diesen Fällen die Bezeichnung der Zählung.

Die zur Zeit bestehenden Fachserien werden in folgende Veröffentlichungsreihen und Einzelveröffentlichungen gegliedert:

Fachserie A: Bevölkerung und Kultur

Veröffentlichungsreihen:

- Reihe 1: Bevölkerungsstand und -entwicklung
- Reihe 2: Natürliche Bevölkerungsbewegung
- Reihe 3: Wanderungen
- Reihe 4: Vertriebene und Flüchtlinge
- Reihe 5: Haushalte und Familien
- Reihe 6: Erwerbstätigkeit
- Reihe 7: Gesundheitswesen
- Reihe 8: Wahl zum Deutschen Bundestag
- Reihe 9: Rechtspflege
- Reihe 10: Bildungswesen
- Reihe 11: Bevölkerung des Auslandes (vorgesehen)

Einzelveröffentlichungen:

Volks- und Berufszählung vom 6. Juni 1961

Fachserie B: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Veröffentlichungsreihen:

- Reihe 1: Bodennutzung und Ernte
- Reihe 2: Gartenbau und Weinwirtschaft
- Reihe 3: Viehwirtschaft
- Reihe 4: Fischerei
- Reihe 5: Betriebe, Arbeitskräfte und technische Betriebsmittel

Einzelveröffentlichungen:

Landwirtschaftszählung vom 31. Mai 1960 (Haupterhebung)

Nacherhebungen zur Landwirtschaftszählung 1960:

- Arbeitskräfteerhebung 1960/61 in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben
- Gartenbauerhebung 1961
- Forsterhebung 1961
- Binnenfischereierhebung 1962

Erhebung der bewirtschafteten Kleinfächen unter 0,5 Hektar Gesamtfläche (im Rahmen der Volks- und Berufszählung 1961 und des Mikrozensus vom Oktober 1962)

Fachserie C: Unternehmen und Arbeitsstätten

Veröffentlichungsreihen:

- Reihe 1: Die Kostenstruktur in der Wirtschaft
- Reihe 2: Kapitalgesellschaften
- Reihe 3: Öffentliche Unternehmen

Einzelveröffentlichungen:

Arbeitsstättenzählung vom 6. Juni 1961

Fachserie D: Industrie und Handwerk

Veröffentlichungsreihen:

- Reihe 1: Betriebe und Unternehmen der Industrie
- Reihe 2: Produktion ausgewählter industrieller Erzeugnisse, Index der industriellen Produktion
- Reihe 3: Industrielle Produktion
- Reihe 4: Sonderbeiträge zur Industriestatistik
- Reihe 5: Energie- und Wasserversorgung
- Reihe 6: Auftragseingang in wichtigen Industriezweigen
- Reihe 7: Handwerk
- Reihe 8: Industrie des Auslandes
- Reihe 9: Fachstatistiken

Einzelveröffentlichungen:

Zensus im Produzierenden Gewerbe 1962
Handwerkszählung 1963

Fachserie E: Bauwirtschaft, Bautätigkeit, Wohnungen

Veröffentlichungsreihen:

- Reihe 1: Ausgewählte Zahlen für die Bauwirtschaft
- Reihe 2: Betriebe und Unternehmen des Bauhauptgewerbes
- Reihe 3: Bautätigkeit
- Reihe 4: Bewilligungen im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau
- Reihe 5: Rechnerisches Wohnungsdefizit in den Kreisen
- Reihe 6: Bestand an Wohnungen
- Reihe 7: Wohngeld

Einzelveröffentlichungen:

1 %-Wohnungserhebung 1960
Gebäudezählung vom 6. Juni 1961

Fachserie F: Groß- und Einzelhandel, Gastgewerbe, Fremdenverkehr

Veröffentlichungsreihen:

- Reihe 1: Großhandel
- Reihe 2: Ein- und Verkaufsvereinigungen (Umsatzentwicklung)
(ab Berichtsmonat Januar 1965 eingestellt)
- Reihe 3: Einzelhandel
- Reihe 4: Handelsvermittlung (vorgesehen)
- Reihe 5: Warenverkehr zwischen Berlin (West) und dem übrigen Bundesgebiet
- Reihe 6: Warenverkehr zwischen den Währungsgebieten der DM-West und der DM-Ost
- Reihe 7: Gastgewerbe
- Reihe 8: Fremdenverkehr

Einzelveröffentlichungen:

- Handels- und Gaststättenzählung 1960

Fachserie G: Außenhandel

Veröffentlichungsreihen:

- Reihe 1: Zusammenfassende Übersichten
- Reihe 2: Spezialhandel nach Waren und Ländern
- Reihe 3: Spezialhandel nach Ländern und Warengruppen
- Reihe 4: Generalhandel
- Reihe 5: Special Trade according to the Classification for Statistics and Tariffs (CST)
- Reihe 6: Durchfuhr
- Reihe 7: Sonderbeiträge
- Reihe 8: Außenhandel des Auslandes

Fachserie H: Verkehr

Veröffentlichungsreihen:

- Reihe 1: Binnenschifffahrt
- Reihe 2: Seeschifffahrt
- Reihe 3: Luftverkehr
- Reihe 4: Eisenbahnverkehr
- Reihe 5: Straßenverkehr
- Reihe 6: Straßenverkehrsunfälle
- Reihe 7: Grenzüberschreitender Reiseverkehr
- Reihe 8: Nachrichtenwesen
- Reihe 9: Güterverkehr der Verkehrszweige

Einzelveröffentlichungen:

- Verkehrszensus 1962

Fachserie I: Geld und Kredit

Veröffentlichungsreihen:

- Reihe 1: Boden- und Kommunalkreditinstitute
- Reihe 2: Aktienkurse
- Reihe 3: Zahlungsschwierigkeiten

Fachserie K: Öffentliche Sozialleistungen

Veröffentlichungsreihen:

- Reihe 1: Sozialhilfe, Kriegsopferfürsorge
- Reihe 2: Öffentliche Jugendhilfe

Fachserie L: Finanzen und Steuern

Veröffentlichungsreihen:

- Reihe 1: Haushaltswirtschaft von Bund, Ländern und Gemeinden
- Reihe 2: Steuerhaushalt von Bund, Ländern und Gemeinden
- Reihe 3: Schulden und Vermögen von Bund, Ländern und Gemeinden
- Reihe 4: Personal von Bund, Ländern und Gemeinden
- Reihe 5: Sonderbeiträge zur Finanzstatistik
- Reihe 6: Einkommen- und Vermögensteuern
- Reihe 7: Umsatzsteuer
- Reihe 8: Verbrauchsteuern
- Reihe 9: Realsteuern

Fachserie M: Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen

Veröffentlichungsreihen:

- Reihe 1: Preise und Preisindizes für Außenhandelsgüter
- Reihe 2: Preise und Preisindex ausgewählter Grundstoffe
- Reihe 3: Preise und Preisindizes für industrielle Produkte (Erzeugerpreise)
- Reihe 4: Preise und Preisindizes für die Land- und Forstwirtschaft
- Reihe 5: Preise und Preisindizes für Bauwerke und Bauland
- Reihe 6: Einzelhandelspreise und Indizes der Verbraucherpreise
- Reihe 7: Preise für Verkehrsleistungen
- Reihe 8: Verkaufspreise des Großhandels
- Reihe 9: Preise im Ausland
- Reihe 10: Internationaler Vergleich der Preise für die Lebenshaltung
- Reihe 11: Tariflöhne und Tarifgehälter
- Reihe 12: Verdienste und Löhne im Ausland
- Reihe 13: Wirtschaftsrechnungen
- Reihe 14: Arbeiterverdienste in der Landwirtschaft
- Reihe 15: Arbeitnehmerverdienste in Industrie und Handel
- Reihe 16: Arbeiterverdienste im Handwerk
- Reihe 17: Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen
- Reihe 18: Einkommens- und Verbrauchsstichproben

Fachserie N: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Bisher sind noch keine Veröffentlichungen innerhalb dieser Fachserie erschienen.

III. Systematische Verzeichnisse

Unter diesem Sammeltitle erscheinen alle Systematiken, die bei der Bearbeitung von Statistiken verwendet werden. Abgesehen vom »Amtlichen Gemeindeverzeichnis«, das auch Bevölkerungszahlen enthält, handelt es sich bei den systematischen Verzeichnissen nicht um Veröffentlichungen mit statistischen Ergebnissen, sondern um Hilfsmittel, die für die Erstellung bestimmter statistischer Unterlagen benötigt werden. Entsprechend der Art der klassifizierten Tatbestände wird zwischen Unternehmens- und Betriebs-, Waren-, Personen-, Regional- und sonstigen Systematiken unterschieden.

A. Unternehmens- und Betriebssystematiken

Systematik der Wirtschaftszweige (Ausgabe 1961)

Grundsystematik mit Erläuterungen

Enthält gründliche Ausführungen über den Aufbau der Systematik und für alle Positionen nähere Hinweise auf Inhalt und Abgrenzung.

Systematik mit Betriebs- u. ä. Benennungen

Zeigt u. a. alle Betriebs-, Waren-, Dienstleistungs- u. ä. Benennungen jeweils bei der Klasse der Grundsystematik, zu der sie gehören. Für alle Positionen werden die Nummern der Grundsystematik und der Signierschlüssel für die Arbeitsstätten- und Berufszählung angegeben. Die Veröffentlichung stellt gleichzeitig die Verbindung zwischen den abgeleiteten Systematiken für die Arbeitsstätten- und Berufszählung 1961 und der Grundsystematik und untereinander her.

Alphabetisches Verzeichnis der Betriebs- u. ä. Benennungen

Ordnet alle Benennungen alphabetisch und gibt für jede Benennung die Nummer der Grundsystematik sowie die Signierkennziffern für die Arbeitsstätten- und Berufszählung 1961 an.

B. Warensystematiken

Erzeugnisgliederung für die Land-, Forst-, Jagdwirtschaft und Fischerei (Ausgabe 1959)

Wird in erster Linie für Zwecke des Berlin- und Interzonenhandels verwendet und umfaßt 6 zweistellige Gruppen, 11 dreistellige Untergruppen, 66 vierstellige Klassen und 927 sechstellige Erzeugnisarten.

Warenverzeichnis für die Industriestatistik

Systematisches Verzeichnis

(Ausgabe 1963 mit Berichtigungen.) Nach 32 zweistelligen Warengruppen, 167 dreistelligen Warenzweigen, 807 vierstelligen Warenklassen und 5 407 sechstelligen Warenarten systematisch gegliedertes Warenverzeichnis.

Ergänzend hierzu: »Kommentar zur Warengruppe 36« (Elektrotechnische Erzeugnisse) und Verzeichnis der Veränderungen im Warenverzeichnis für die Industriestatistik von 1952 bis 1965.

Alphabetisches Verzeichnis

(Ausgabe 1958 mit Berichtigungen) hat die Aufgabe, das Auffinden der einzelnen im systematischen Verzeichnis enthaltenen Waren und ihre Zuordnung zu den entsprechenden Warengruppen, -zweigen und -klassen zu erleichtern.

Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik

(Ausgabe 1966)

Umfaßt 21 Abschnitte, 99 zweistellige Kapitel, 1152 vierstellige Tarifnummern und 8017 Warennummern (Warenarten). Abschnitte, Kapitel und 1096 Tarifnummern sind aus dem Deutschen Gebrauchs-Zolltarif übernommen und stim-

men in dieser Form mit dem Brüsseler Zollltarifschema 1955 und dem Gemeinsamen Zollltarif der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft überein. Weitere 56 — nicht im Zollltarif enthaltene — »Tarifnummern« dienen nur statistischen Zwecken; sie sind am Schluß ihrer Kapitel aufgeführt. Ein alphabetisches Stichwortverzeichnis im Anhang erleichtert das Auffinden der gesuchten Warenarten.

Gegenüberstellung der Abschnitte, Kapitel und Tarifnummern des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik (WA) und der Meldenummern des Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) (Stand 1964)

Die Gegenüberstellung zeigt, welche (sechsstelligen) Warenarten des Warenverzeichnisses für die Industriestatistik — Stand 1964 — in den Abschnitten, besonders aber in den (zweistelligen) Kapiteln und (vierstelligen) Tarifnummern des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik — Ausgabe 1964 — enthalten sind.

Internationales Warenverzeichnis für den Außenhandel (rev. SITC 1961)

Deutsche Übersetzung der ausführlichen Texte der revidierten SITC.

Gegenüberstellung der Teile, Abschnitte und Gruppen der Standard International Trade Classification (SITC) bzw. der Classification Statistique et Tarifaire pour le commerce international (CST) und der Meldenummern des Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) und der Warennummern des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik (WA) (Stand 1964)

In dieser Gegenüberstellung wird gezeigt, welche Warenarten des WI und des WA in den (dreistelligen) Gruppen der revidierten SITC bzw. in der CST enthalten sind. Dadurch wird gleichzeitig ein zusätzlicher Vergleich der Positionen des WI und des WA, allerdings in relativ groben Zusammenfassungen, ermöglicht.

Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik (Ausgabe 1962)

Systematisches Verzeichnis der Güterbenennungen mit 10 Abteilungen, 43 Hauptgruppen und 175 Gruppen. Es ist mit dem Internationalen Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik und dem Brüsseler Zollltarifschema 1955 vergleichbar.

Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch (Ausgabe 1963)

Rahmenverzeichnis für die Gliederung des Privaten Verbrauchs in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, den laufenden Wirtschaftsrechnungen, dem Preisindex für die Lebenshaltung usw. Das Güterverzeichnis umfaßt 9 Hauptgruppen, 46 Gruppen und 88 Untergruppen.

C. Personensystematiken

Klassifizierung der Berufe (Ausgabe 1961)

Systematisches Verzeichnis der Berufsbenennungen, gliedert nach 8 Berufsabteilungen, 41 Berufsgruppen, 150 Berufsordnungen und 437 Berufsklassen. Alphabetisches Verzeichnis mit Angabe der jeweiligen Berufsklasse. Dient der einheitlichen beruflichen Zuordnung auf allen Gebieten des Erwerbslebens.

Internationale Standardklassifikation der Berufe

Deutsche Übersetzung der 1958 vom Internationalen Arbeitsamt herausgegebenen »International Standard Classification of Occupations«. (Erschienen 1960.)

Diese Übersicht wird durch das »Verzeichnis der Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes — Stand Januar 1966 —« ergänzt.

Weiterhin kann der Quellenachweis im »Statistischen Jahrbuch« herangezogen werden, in dem u. a. auch Textbeiträge aus der Zeitschrift »Wirtschaft und Statistik« verzeichnet sind.

Handbuch der Internationalen Statistischen Klassifikation der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen (Ausgabe 1958)

Deutsche Ausgabe der 7. Bearbeitung des »Internationalen Verzeichnisses der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen«. Systematik, die hauptsächlich für die Statistik der Todesursachen verwendet wird. Band I enthält die Internationale und Deutsche Systematik, Band II das Alphabetische Register. (Vergriffen.)

Verzeichnis der Krankheiten, Gesundheitsschädigungen und Todesursachen für die Statistik der Sozialversicherungsträger (Ausgabe 1962)

Für die Zwecke der Statistik der Sozialversicherungsträger aus dem »Internationalen Verzeichnis der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen« abgeleitet.

Verzeichnis der Religionsbenennungen (Ausgabe 1961)

Dient der Gruppierung der Bevölkerung nach der Religionszugehörigkeit in der Statistik.

D. Regionalsystematiken

Amtliches Gemeindeverzeichnis für die Bundesrepublik Deutschland (Ausgabe 1961)

Alphabetisches und systematisches Verzeichnis der Gemeinden mit Bevölkerungszahlen 1950 und 1961 sowie Angaben über Fläche, bewohnte Gebäude, Haushalte und land- und forstwirtschaftliche Bevölkerung, statistische Kennziffer und Postleitzahl. Für jede Gemeinde werden die Ortsklassen, zuständiges Amts-, Arbeits-, Sozial- und Verwaltungsgericht, Arbeits-, Finanz- und Zollamt, die Handwerkskammer, die Industrie- und Handelskammer und die Oberpostdirektion sowie das Standesamt nachgewiesen.

Statistische Kennziffern der Gemeinden und Verwaltungsbezirke in der Bundesrepublik Deutschland (Ausgabe 1961 mit Ergänzungen)

Enthält in systematischer und alphabetischer Ordnung die Verwaltungsbezirke und Gemeinden. Außerdem weist es die Gliederung nach Naturräumen nach. Für jede Gemeinde werden die statistische Kennziffer, die Naturraumkennziffer und der Koordinatenschlüssel nachgewiesen.

Alphabetisches Länderverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (Ausgabe 1966)

Enthält sämtliche Positionen des systematischen Länderverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik und die dazu gehörenden Teilgebiete in alphabetischer Folge.

Bezirks- und Hafenverzeichnis für die Binnenschiffahrtsstatistik und die Statistik des Schiffs- und Güterverkehrs über See (Ausgabe 1964)

Alphabetisches Hafenverzeichnis für das In- und Ausland sowie Kilometrierungstabellen für die Binnenschifffahrt nach Wasserstraßen.

Verzeichnis der Häfen des Auslandes für die Verkehrsstatistik (Ausgabe 1961)

Alphabetisches und geographisches Verzeichnis der ausländischen Hafenplätze mit Verzeichnis der Küstenstrecken.

E. Sonstige Systematiken

Verzeichnis der Höheren Schulen, Mittelschulen und Sonderschulen (Ausgabe 1960)

Nach Bundesländern gegliedert mit Angaben der Adressen, des Schulträgers, Schultyps, Zahl der Schüler und Lehrkräfte usw.

**Alphabetisches Sachregister
zum
Katalog der Statistiken**

Sachregister

Vorbemerkung: Das alphabetische Sachregister bezieht sich auf die im Katalog aufgeführten Statistiken. Die Stichwörter des Registers weisen den Weg zu den einzelnen Statistiken sowohl über deren Bezeichnungen als auch über ihre wichtigsten dargestellten Tatbestände und Begriffe. Um die für ein Sachregister erforderliche Knappheit und Betonung des Charakteristischen zu erreichen, wurden die Bezeichnungen der Statistiken nur dann in ihrem vollen Wortlaut gebracht, wenn Verwechslungen vermieden werden mußten. Die Seitenzahl weist jeweils auf die Bezeichnung der Statistik hin, unter der das genannte Stichwort zu finden ist.

A

Abendgymnasien, Abendrealschulen	55
Abgaben	
— Kosten und Leistungen im Güterverkehr	95
Abgeurteilte	60
Abiturienten	55
Abnehmerkreise (Einzel-, Großhandel)	91
Absatz s. a. Umsatz	
— Verbrauchsteuerstatistiken	125
— Wertpapiere und Aktien	109
Absatzgebiete (Großhandel)	91
Absatzverhältnisse (Gartenbauerhebung 1961)	63
Absatzwege (Weinbaubetriebserhebung 1958)	64
Abschlußzeugnisse, berufsbildende Schulen s. a. Prüfungen	56
Abschreibungen	
— Kosten und Leistungen im Güterverkehr	95
— Kostenstrukturstatistik	75
— Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	135
Absetzungen	
— Einkommensteuer	122
— Körperschaftsteuer	122
— Umsatzsteuer	124
Abwasserbeseitigung	
— Gebäudezählung 1961	87
— Wohnungsstichprobe 1965	88
Abwasserwesen, öffentliches	84
Abzüge	
— Einheitswertstatistik	123
— Körperschaftsteuerstatistik	122
— Vermögensteuerstatistik	123
Abzugsbeträge, steuerfreie s. a. Freibeträge	
— Lohnsteuer	123
Ackerfrüchte, Wachstumstand und Ernte	63
s. a. Bodennutzung	
Ackerland	
— Bodenflächen unter 0,5 ha	63
— Bodennutzungshaupterhebung	67
— Bodennutzungsvorerhebung	66
— Landwirtschaftszählung 1960	63
Ärzte s. a. Freie Berufe	
— Heil- und Heilhilfspersonen	54
— Krankenhausstatistik	54
— Personal von Bund, Ländern und Gemeinden	121
Aktien s. a. Wertpapiere	
— Börsenumsatzstatistik	110
— Emissionsstatistik	109
— Index der Aktienkurse	110
— Statistik der Effektenkurse	110
— in Wertpapier-Kundendepots	108
Aktiengesellschaften s. a. Rechtsformen der Unternehmen	
— Arbeitsstättenzählung 1961	75
— Bilanzstatistik	76
— Gewerbesteuerstatistik	126
— Statistik der Kapitalgesellschaften	76
— Umsatzsteuerstatistik	124
Aktivgeschäft	
— Boden- und Kommunalkreditinstitute	109
Allgemeinbildende Schulen s. Schulen	
Alter, Altersgruppen, Altersjahre, Altersklassen, Alters-	
stufen (jeweils für Personen) s. a. Geburtsjahre	
— Anstaltsbevölkerung	47
— Arbeitskräfte in land- und forstwirtschaftlichen Be-	
trieben	65
— Arbeitslose	53
— Ausländer	47
— Berufspendler	51
— Berufszählung 1961	51
— Beschäftigte (Handels- und Gaststättenzählung 1960)	91
— Bevölkerung (Mikrozensus)	47

noch:

Alter, Altersgruppen, Altersklassen, Altersjahre, Alters-	
stufen (jeweils für Personen)	
— Bevölkerungsbewegung, natürliche	49
— Bevölkerungsstand (Fortschreibung)	48
— Deutsche aus der SBZ	47
— Eheschließende	49
— Einkommenslage der Wohnbevölkerung	133
— Erkrankte an Tuberkulose	53
— in Erster Hilfe Ausgebildete	54
— Erwerbspersonen	51
— erwerbstätige Frauen und Mütter	51
— Familienvorstände	47
— Führerscheininhaber	98
— Gehalts- und Lohnstrukturhebungen	131
— Geschiedene	50
— Gestorbene	49
— Haushaltsvorstände	47, 88
— Hochschul- und Fachschulabsolventen	51
— Kinder	47
— Kriegssterbefälle, standesamtlich beurkundete	49
— landwirtschaftliche Betriebsinhaber und Familienan-	
gehörige	63
— Lehrkräfte	55, 56
— Lohnstrukturhebungen (Erwerbsgartenbau, Forst-	
wirtschaft)	131
— Mikrozensus	51
— Mitglieder von Turn- und Sportvereinen	58
— Mütter	49
— Nichterwerbspersonen	51
— Schüler und Studierende	47
— Strafverfolgungsstatistik	60
— Strafvollzugsstatistik	60
— Straßenverkehrsunfallstatistik	101
— Sowjetzonenflüchtlinge	47
— Täter (Polizeiliche Kriminalstatistik)	59
— Todeserklärungen, gerichtliche	49
— Todesursachenstatistik	53
— Urlaubsreisende	92
— Vertriebene	47
— Verurteilte	60
— Volkszählung 1961	47
— Wahlstatistik	60
— Wanderungen	50
— Wohnbevölkerung	47
Altershilfe für Landwirte s. a. Rentenversicherungen	115
Altspargengesetz, Entschädigungen	116
Altverschuldung s. Schulden	
Amtsgerichte, Amtsgerichtsbezirke (Gemeindeverzeich-	
nis)	48
Anbau, Anbauflächen s. a. Bodennutzung	
— Betriebswirtschaftliche Meldungen	69
— Bodennutzungshaupterhebung	67
— Bodennutzungsnacherhebung	67
— Bodennutzungsvorerhebung	66
— Gartenbauerhebung 1961	63
— Gemüse-Haupterhebung	67
— Gemüse-Vorerhebung	67
— Saatgutvermehrungsflächen	69
Angestellte	
s. a. Arbeitnehmer, Arbeitskräfte, Beschäftigte, Erwerbstätige,	
Personal, Stellung im Betrieb	
— Aufwendungen für Löhne und Lohnnebenkosten	130
— Berufszählung 1961	51
— Bundesbahn	96
— Bundespost	104
— Einkommens- und Verbrauchsstichprobe	133
— Eisenbahnen	96
— Erwerbsgartenbau	131
— Forstwirtschaft	65

noch:

Angestellte		Arbeitsgerichtsbarkeit	59
— Landwirtschaft (Gehalts- und Lohnstruktur)	131	Arbeitskräfte	
— Rentenversicherungsanstalten	115	s. a. Angestellte, Arbeiter, Arbeitnehmer, Beschäftigte, Erwerbstätige, Personal	
— Verdienste	130	— Arbeitskräfteerhebungen (Land- und Forstwirtschaft, Gartenbau)	65
— Wirtschaftsrechnungen	133	— Arbeitsvermittlung	52
Angestelltenversicherung s. Rentenversicherungen		— Binnenfischereierhebung 1962	64
Anhänger s. Kraftfahrzeuge		— EWG-Strukturerhebung in der Landwirtschaft	64
Anlagen s. a. Finanzanlagen, Sachanlagen, Vermögensanlagen		— Forsterhebung 1961	64
— Kostenstrukturstatistik	75	— Gartenbauerhebung 1961	63
— Versicherungsunternehmen	113	— Landwirtschaftszählung 1960	63
— Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	135	— Mikrozensus	51
— Wirtschaftsunternehmen, öffentliche	76	— Nichtdeutsche	52
Anlageinvestitionen		— Verdienste in der Landwirtschaft	129, 131
— Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	135	— Weinbaubetriebserhebung 1958	64
Anlagevermögen		Arbeitslose	52
— Einheitswerte der gewerblichen Betriebe	123	Arbeitslosengeld	115
— Handels- und Gaststättenzählung 1960	91	Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe	115
Anlandeplätze (See- und Küstenfischerei)	73	Arbeitsmarktstatistiken	52
Anstalten		Arbeitsmaschinen (Landwirtschaftszählung 1960)	63
— Anstaltsarten	47	Arbeitsstätten s. a. Betriebe, Unternehmen	
— Anstaltsbevölkerung	47	— Arbeitsstättenzählung 1961	75
— Anstaltsgeburten	49, 54	— Verkehrszensus 1962	95
— Anstaltsseminare	57	Arbeitsstunden s. a. Arbeiterstunden, Arbeitszeit	
— lehrerbildende	57	— Baugewerbe	85
— Personal	47	— Industrie (EWG-Lohnerhebungen)	130
— Sozialhilfe	117	— Mikrozensus	51
Anstaltsgebäude s. Gebäudearten		Arbeitsuchende	52
Antriebsmaschinen s. a. Kraftfahrzeuge		Arbeitsunfähigkeit	115
— Landwirtschaftszählung 1960	63	Arbeitsunfälle	
— Stromerzeugungsanlagen, industrielle	83	— Gewerbeaufsicht	76
Apotheken, Apotheker	54	— Unfallversicherung, gesetzliche	115
Approbationen (Apotheker, Ärzte, Zahnärzte)	54	Arbeitsvermittlung	52
Arbeiter, Arbeitergruppen		Arbeitsweg, Zeitaufwand für s. Weg zur Arbeitsstätte	
s. a. Arbeitnehmer, Arbeitskräfte, Beschäftigte, Erwerbstätige, Personal, Stellung im Betrieb		Arbeitszeit	
— Arbeitszeit	130	s. a. Arbeiterstunden, Arbeitseinsatz (Land- und Forstwirtschaft), Arbeitsstunden	
— Aufwendungen der Arbeitgeber für Löhne und Lohnnebenkosten	130	— Ausländer	51
— Berufszählung 1961	51	— Berufszählung 1961	51
— Bundesbahn	96	— Forstwirtschaft (Lohnstruktur)	131
— Bundespost	104	— Gewerbliche Wirtschaft und Dienstleistungsbereich (Gehalts- und Lohnstruktur)	131
— Einkommens- und Verbrauchsstichprobe	133	— Handwerk (Verdiensterhebung)	130
— Eisenbahnen	96	— Industrie und Handel (Verdiensterhebung)	130
— Erwerbsgartenbau (Lohnstruktur)	131	— landwirtschaftliche Betriebsinhaber und Familienangehörige	63
— Forstwirtschaft (Lohnstruktur)	131	— Mikrozensus (erwerbstätige Frauen und Mütter)	51
— Kurzarbeiter	52	— Tariftlöhne und -gehälter	132
— Landwirtschaft (Gehalts- und Lohnstruktur)	131	— Volkszählung (erwerbstätige Mütter)	47
— Notstandsarbeiter	115	Aufbaudarlehen (Lastenausgleich)	116
— Rentenversicherungsanstalten	115	Aufbauklassen, -schulen, -züge	55
— Unfallversicherung, gesetzliche	115	Aufgabenbereiche	
— Verdienste	130	— Bauinvestitionen (Gemeinden)	120
Arbeiterstunden s. a. Arbeitsstunden, Arbeitszeit		— Haushaltsansatzstatistik	119
— Eisen- und Stahlstatistik	80	— Jahresrechnungsstatistik	119
— Elektrizitätsversorgungsunternehmen	83	— Personal von Bund, Ländern und Gemeinden	121
— Gasversorgungsunternehmen	83	— Vierteljahresstatistik der Finanzwirtschaft	120
— Industriebericht, monatlicher	79	Auftragseingänge	
— Mikrozensus	51, 52	— Eisen- und Stahlstatistik	80
Arbeiterverdienste s. Verdienste		— Industrie	79
Arbeitgeber		— Nichteisen- und Edelmetallstatistik	81
— Aufwendungen für Löhne und Lohnnebenkosten	130	Auftriebe (Schlachtvieh)	72
Arbeitgeberbeiträge (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen)	135	Aufwand, Aufwendungen s. a. Ausgaben, öffentliche; Kosten	
Arbeitnehmer		— der Arbeitgeber für Löhne und Lohnnebenkosten	130
s. a. Angestellte, Arbeiter, Arbeitskräfte, Beschäftigte, Erwerbstätige, Personal		— Einkommensteuer	122
— beschäftigte Nichtdeutsche	52	— Jugendhilfe, öffentliche	118
— Gewerbeaufsicht, Statistik der	76	— Körperschaftsteuer	122
— Grenzarbeitnehmer	52	— Kriegsofopferfürsorge	118
— Vermögensbildung	132	— Sozialhilfe	117
Arbeitnehmerbeiträge (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen)	135	Ausbildung s. a. Berufsausbildung, Schulbildung	
Arbeitnehmerhaushalte		— ausländische Erwerbspersonen	51
— Einkommens- und Verbrauchsstichprobe	133	— berufsbildende Schulen	47, 56
— Lebenshaltung, Preisindex	128	— Berufszählung 1961	51
— Wirtschaftsrechnungen	133	— Erwerbstätige (Mikrozensus)	51
Arbeitsämter, Arbeitsamtsbezirke (Gemeindeverzeichnis)	48	— Hochschulen	47, 57, 58
Arbeitsausfälle		— Ingenieurschulen, Technikerschulen	56
— Baugewerbe	115	— landwirtschaftliche Ausbildung und Wirtschaftsberatung	66
— Mikrozensus	51	— landwirtschaftliche Betriebsleiter	64
Arbeitseinsatz (Land- und Forstwirtschaft)	65	— Lehrkräfte	55, 56
Arbeitsurlaubnisse	52	— Pädagogische Hochschulen	57
Arbeitsgemeinschaften		— Studienseminare	57
— Bauhauptgewerbe	85		
— Umsatzsteuerstatistik	124		

Ausbildungsbeihilfen (Lastenausgleich)	116, 117
Ausbildungsstellen (Berufsberatung)	52
Ausbildungszulage (Anträge, Empfänger)	118
Ausfuhr	
— Ausführpreise	127
— Außenhandelsstatistik	93
— Düngemittelstatistik	82
— Gasversorgungsunternehmen, öffentliche	83
— Verbrauchsteuerstatistik	125
Ausgaben, öffentliche s. a. Aufwand, Kosten	
— Haushaltsansätze	119
— Jahresrechnungsstatistik	119
— Krankenversicherung, gesetzliche	115
— Kriegsopferversorgung	116
— für Landstraßen I. und II. Ordnung	120
— Lastenausgleich	116
— Monatsstatistik der Finanzwirtschaft	120
— Rentenversicherung	115
— Statistik über den Finanzausgleich	120
— Unfallversicherung, gesetzliche	115
— Vierteljahresstatistik der Finanzwirtschaft	120
Ausgaben, private s. a. Kosten	
— Einkommens- und Verbrauchsstichprobe	133
— Landwirtschaft, Garten- und Weinbau (Buchführungsstatistik)	66
— Urlaubsreisen	92
— Wirtschaftsrechnungen	133
Ausgleichsforderungen	
— Bausparkassen, private	109
— Statistik der Ausgleichsforderungen	111
Ausländer s. a. Staatenlose, Staatsangehörigkeit	
— Berufszählung 1961	51
— Fachschüler	56
— Fremdenverkehr	92
— Kriegstodesfälle	49
— nichtdeutsche Arbeitnehmer	52
— Studierende	56, 57, 58
— Todeserklärungen, gerichtliche	49
— Volkszählung 1961	47
— Wanderungsstatistik	50
Auslandsgüter s. a. Außenhandel	
— Einkaufspreise, Index	127
Auslandsschulden s. Schulden	
Auslandsreisen	92
Auslandsstatistik	
— Allgemeine Auslandsstatistik	139
— Auslandsstatistische Fachgebiete	139
— Außenhandel	139
— Erzeuger- und Großhandelspreise	140
— Industriestatistik	139
— Internationale Übersichten	139
— Länderberichte, Länderkurzberichte	139
— Preise für die Lebenshaltung (internationaler Vergleich)	140
— Straßenverkehrsunfälle	139
— Streiks und Aussperrungen	140
— Tariflöhne und -gehälter	140
— Verbraucherpreise	140
— Verdienste	140
— Verkehrspreise	140
— Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	140
— Währungen der Welt	110
— Zahlungsbilanzen	140
Auslandsumsatz (Industriebericht)	79
Ausleihungen	
— Boden- und Kommunalkreditinstitute	109
— Versicherungsunternehmen	113
Auslieferungsstatistik	60
Auspendler	
— Berufszählung 1961	51
— Wohnungsstatistik 1956/57	87
Ausreise s. Reiseverkehr	
Ausrüstungen (Anlageinvestitionen)	
— Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	135
Aussperrungen	
— Ausland	140
— Inland	53
Ausstattung der Haushalte	
— Einkommens- und Verbrauchsstichprobe	133
— Wirtschaftsrechnungen	133
Auswinterung	68
Außenbeitrag	135

Außenhandel s. a. Ausfuhr, Einfuhr	
— des Auslandes	139
— der Bundesrepublik	93
— Handels- und Gaststättenzählung 1960	91
— Indices	93
Außenstände (Handels- und Gaststättenzählung 1960) ..	91
Außenwanderung s. Wanderungsstatistik	
Autobahnen s. Bundesautobahnen	
Autos s. Kraftfahrzeuge	

B

Bahnbetriebsunfälle s. Unfälle	
Bahnhöfe	96
Bankeinlagen s. a. Spareinlagen	107
Banken s. Kreditinstitute	
Bankenliquidität	107
Bankkredite s. a. Aufwand, Kosten	
Bargeldumlauf	107
Baualter, Baualtersgruppen	
— Einheitswertstatistik	124
— Gebäudezählung 1961	87
— Wohnungsstatistik 1956/57, 1960	87, 88
— Wohnungsstichprobe 1965	88
Bauarbeiterlöhne s. Verdienste	
Bauausgaben, öffentliche	
— Haushaltsansatzstatistik	119
— Jahresrechnungsstatistik	119
Bauberichterstattung	85
Baudarlehen (Bausparkassen, private)	109
Baufertigstellungen	86
Baugenehmigungen	
— erloschene	86
— erteilte	85
Baugewerbe, Bauhauptgewerbe s. a. Bautätigkeitsstatistik	
— Arbeitsausfälle	115
— Monatsberichterstattung für das Bauhauptgewerbe ..	85
— Totalerhebung im Bauhauptgewerbe	85
— Unternehmenserhebung	85
— Zensus 1963	77
Bauhandwerk s. a. Baugewerbe	
Bauherren	
— Baufertigstellungen	86
— Baugenehmigungen	85
— Bauüberhang	86
— sozialer Wohnungsbau	87
— Tiefbau	86
Bauindustrie s. a. Baugewerbe	
Bauinvestitionen	120
Baukosten s. a. Baupreise	
— Baufertigstellungen	86
— Baugenehmigungen	85
— sozialer Wohnungsbau	87
Baulandpreise	128
Baulastträger	
— klassifizierte Straßen	97
— Statistik der Gemeindestraßen	97
Bauleistung	
— Bauleistungspreise (Meßziffer)	128
— Zensus im Baugewerbe	77
Baumarten	64
Baumaßnahmen (Neubau, Wiederaufbau usw.)	
— Baufertigstellungen	86
— Baugenehmigungen	85
— Bauüberhang	86
— sozialer Wohnungsbau	87
— Tiefbau	86
Baumformen	63
Baumschulen	
— Kulturen	63
— Pflanzenbestände	67
Baupreise s. a. Baukosten	128
Bausparkassen, private	109
Bautätigkeitsstatistik	85
Bauten (Anlageinvestitionen)	
— Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	135
Bauüberhang	86
Bauwerke, Preisindices	128
Bauzustand	86
Beamte	
— s. a. Arbeitnehmer, Beschäftigte, Erwerbstätige, Personal	
— Berufszählung 1961	51
— Bundesbahn	96

noch:		noch:	
Beamte		Beschäftigte	
— Bundespost	104	— Industriebericht für Kleinbetriebe	79
— Einkommens- und Verbrauchsstichprobe	133	— Industriebericht, monatlicher	79
— Eisenbahnen	96	— Kostenstrukturstatistik	75
— Forstwirtschaft	65	— Textilstatistik	81
— Wirtschaftsrechnungen	133	— Unternehmenserhebung (Industrie, Bauhauptgewerbe)	82, 85
Bedienungsform (Einzelhandel)	91	— Verkehrszensus	95
Beförderung s. Güterverkehr, Personenverkehr		— Vermögensbildung der Arbeitnehmer	132
Beherbergung		— Zensus im produzierenden Gewerbe	77
— Handels- und Gaststättenzählung 1961	91	— Zusatzerhebung zum Industriebericht	79
— Fremdenverkehrsstatistik	92	Beschäftigungsarten	
— Kostenstrukturstatistik	75	— Angestelltenverdienste in Industrie und Handel	130
Beihilfen		— Gehalts- und Lohnstrukturerhebung (gewerbliche Wirtschaft und Dienstleistungsbereich)	131
— für ehemalige Kriegsgefangene und ehemalige politische Häftlinge	116	Beschäftigungsdauer (Lohnsteuerstatistik)	123
— Lastenausgleich	116	Beschäftigungsverhältnis (Eisenbahnpersonal)	96
— sonstige Geschädigtengruppen	117	Besitzumschreibungen s. Kraftfahrzeuge	
Beiträge s. a. Einnahmen, private; Einnahmen, öffentliche		Besitzverhältnisse s. a. Eigentumsverhältnisse	
— Krankenversicherung, private	113	— EWG-Strukturerhebung in der Landwirtschaft	64
— Lebensversicherung	113	— Forsterhebung 1961	64
— Pensions- und Sterbekassen	113	— Gartenbauerhebung 1961	63
— Rückversicherung	114	— Landwirtschaftszählung 1960	63
— Schaden- und Unfallversicherung	114	— Weinbaukataster	64
— Versicherungsvereine, kleinere	114	— Wohnungsstatistik (Zusatzerhebung 1960)	88
Beitragszahler, Beitragsbefreite (Arbeitslosenversicherung) s. a. Mitglieder, Versicherte	115	— Wohnungsstichprobe 1965	88
Bergbau		Beteiligung am Erwerbsleben s. a. Stellung zum Erwerbsleben	
s. Eisenerzbergbau, Industriebericht, Produktion, Verdienste		— Berufszählung 1961	51
Berlinhandel	93	— Führerscheininhaber	98
Berlinhilfe		Beteiligungen	
— Ausgaben	120	— im Ausland (Handels- und Gaststättenzählung 1960) ..	91
— Vergünstigungen (Umsatzsteuer)	124	— Bausparkassen, private	109
Berlinverkehr, interzonaler Straßenverkehr	100	— Versicherungsunternehmen	113
Beruf, Berufsgruppen usw.		Betriebe s. a. Unternehmen, Arbeitsstätten	
— Arbeitsvermittlung	52	— Bauhauptgewerbe	85
— Ausländer	51	— Beherbergungsgewerbe	92
— Berufsberatung	52	— Binnenfischereierhebung 1962	64
— Berufszählung 1961	51	— Einheitswerte der gewerblichen Betriebe	123
— Binnenfischerei	64	— Flurbereinigung	66
— Empfänger von Aufbaudarlehen	116	— Forsterhebung 1961	64
— Erwerbspersonen	51	— forstwirtschaftliche (Landwirtschaftszählung 1961) ...	63
— Heil- und Heilhilfspersonen	54	— Fremdenverkehr	92
— Mikrozensus	51	— Gartenbauerhebung 1961	63
— nichtdeutsche Arbeitnehmer	52	— Gewerbeaufsicht	76
— Schüler an berufsbildenden Schulen	56	— Industriebericht für Kleinbetriebe	79
— Schüler an Ingenieurschulen	56	— Industriebericht, monatlicher	79
— Seemannsstatistik	102	— Industriebetriebe mit Stromerzeugungsanlagen	83
— Teilnehmer am Zweiten Bildungsweg	55	— Industriezensus 1963	77
— verurteilte Jugendliche	60	— Investitionserhebung in der Industrie	78
— Wahlstatistik	60	— mit Kurzarbeit	52
Berufsaufbauschulen	56	— Landwirtschaftszählung 1960	63
Berufsausbildung s. a. Ausbildung		— Streiks und Aussperrungen	53
— landwirtschaftliche	66	— Verbrauchsteuerstatistik	125
— Studierende an Ingenieurschulen	56	— Weinbaubetriebserhebung 1958	64
— Teilnehmer an Technikerlehrgängen	56	Betrieblicher Einsatz (Eisenbahnpersonal)	96
Berufsberatung	52	Betriebsarten	
Berufsfachschulen, -schüler	56	— Fremdenverkehr	92
Berufskrankheiten	115	— Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe	91
Berufspendler	51	Betriebsfläche s. a. Wirtschaftsfläche	
Berufsschulen, -schüler	56	— Landwirtschaftszählung 1960	63
Berufswünsche	52	— Weinbaubetriebserhebung 1958	64
Berufszählung 1961	51	Betriebsform (Einzelhandel)	91
Berufsziel (Studierende an wissenschaftlichen Hochschulen)	57	Betriebsgrößenklasse	
Beschädigungen (Kriegsopferversorgung)	116	s. a. Größenklassen, Umsatzgrößenklassen, Unternehmensgrößenklassen	
Beschäftigte		— Aufwendungen der Arbeitgeber für Löhne und Lohnnebenkosten	130
s. a. Angestellte, Arbeiter, Arbeitnehmer, Arbeitskräfte, Beamte, Erwerbstätige, Personal		— Bauhauptgewerbe, Totalerhebung	85
— Arbeitsstättenzählung 1961	75	— EWG-Strukturerhebung in der Landwirtschaft	64
— Bauhauptgewerbe	85	— Flurbereinigung	66
— Binnenfischerei	64	— Gehalts- und Lohnstrukturerhebung (gewerbliche Wirtschaft und Dienstleistungsbereich)	131
— Einzelhandel (Meßzahlen)	92	— Handwerkszählung 1963	82
— Eisen- und Stahlstatistik	80	— Industriebericht	79
— Elektrizitätsversorgung, öffentliche	83	— Investitionserhebung	78
— Forsterhebung 1961	64	— Landwirtschaftszählung 1960	63
— Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe (Meßzahlen) ..	92	— Unternehmenserhebung (Industrie, Bauhauptgewerbe)	82, 85
— Gasversorgungsunternehmen, öffentliche	83	— Weinbaubetriebserhebung 1958	64
— Großhandel (Meßzahlen)	91	— Zensus im produzierenden Gewerbe	77
— Güterverkehr (Kosten und Leistungen)	95	Betriebsinhaber	
— Handels- und Gaststättenzählung 1960	91	— Binnenfischereierhebung 1962	64
— Handwerksberichterstattung	82	— Land- und Forstwirtschaft	63
— Handwerkszählung 1963	82		
— Heil- und Heilhilfspersonen	54		

Ehepartner		Einnahmen, private s. a. Beiträge	
— Ausbildung	47	— Kostenstrukturstatistik	75
— Heiratsalter	47	— Landwirtschaft, Garten- und Weinbau	66
Ehescheidungen	50	— Wirtschaftsrechnungen	133
Eheschließungen	49	Einpendler s. a. Pendelwanderung, Pendler	51
Eheschließungsjahre	47, 50, 51	Einreise s. Reisen, Reiseverkehr	
Eiererzeugung und Verwertung	69	Einstandswert (Kostenstrukturstatistik)	75
Eigenbetriebe		Einwohner s. Bevölkerung	
— gesetzliche Krankenversicherung	115	Einzelhandel	
— öffentliche Wirtschaftsunternehmen	76	— Einzelhandelspreise	128
Eigentumsverhältnisse		— Einzelhandelsstatistik	92
— Gebäudezählung 1961	87	— Handels- und Gaststättenzählung 1960	91
— öffentlich geförderter sozialer Wohnungsbau	87	— Kostenstruktur	75
— Volkszählung 1961	47	Eisenbahn s. a. Bundesbahn	
— Wohnungsstichprobe 1965	88	— Eisenbahnstatistik	96
Einbürgerungen	51	— Kosten und Leistungen im Güterverkehr	95
Einfamilienhäuser s. Gebäudearten		— Tarife (Ausland)	140
Einfuhr		— Tarife (Inland)	129
— Außenhandelsstatistik	93	Eisenerzbergbau	80
— Brennstoffe, feste	94	Eisengießereien	80
— Düngemittel	82	Eisenschaffende Industrie	80
— Ein- und Ausfuhrpreise	127	Eisen- und Stahlstatistik	80
— Gasversorgungsunternehmen, öffentliche	83	Elektrizität s. a. Strom	
— Verbrauchsteuerstatistik	125	— Bezug, Abgabe, Verbrauch (Industrie)	83
— Zahlungsbilanzstatistik	136	— Kostenstruktur der Versorgungsunternehmen	75
Eingliederungshilfe für Behinderte	117	— Stromerzeugungsanlagen in der Industrie	83
Einheitswerte		— Versorgung, öffentliche	83
— gewerbliche Betriebe	123	Emissionsstatistik s. a. Wertpapiere	109
— Grundbesitz	124	Empfang von Gütern s. Güterverkehr	
— Vermögensteuer	123	Energiewirtschaft s. a. Elektrizität, Gas, Strom	
Einkaufsgewohnheiten	133	— Auslandsstatistik	139
Einkaufspreise s. a. Preise		— Eisen- und Stahlindustrie	80
— Großhandelspreise	127	— Kostenstruktur	75
— der Landwirtschaft	127	— Zensus 1963 (Energieversorgung)	77
Einkommen		Entfernungsstufen	
— Einkommenslage der Wohnbevölkerung	133	— gewerblicher Güterfernverkehr	99
— Einkommensquelle der Haushalte (Wohnungsstatistik 1956/57)	87	— Güterverkehr mit Kraftfahrzeugen	99
— Einkommens- und Verbrauchsstichproben	133	— Werkfernverkehr	99
— Einkommensteuerstatistik	122	— Wochenendpendler	96
— Einkommensverhältnisse der Landwirtschaft, des Garten- und des Weinbaues	66	Entschädigungen	
— erwerbstätige Frauen und Mütter	51	— Lastenausgleich	116
— Familieneinkommen (Wohngeldstatistik)	89	— sonstige	117
— Haushalte (Wohnungsstichprobe 1965)	88	Entstehung des Sozialprodukts	135
— Körperschaftsteuerstatistik	122	Erbschaftsteuerstatistik	124
— Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	135	Erfolgsrechnung	
— Wirtschaftsrechnungen	133	— Bilanzstatistik der Unternehmen	76
— Wohnungsstatistik (Zusatzerhebungen 1957, 1960)	87, 88	— Wirtschaftsunternehmen, öffentliche	76
Einkommensbezieher (Volkszählung 1961)	47	Ergebnisrechnung, betriebswirtschaftliche	
Einkommensentstehung	135	— Bundespost	104
Einkommensteuerstatistik	122	Erholungsreisen	92
Einkommensumverteilung	135	Erkrankte s. Kranke	
Einkommens- und Verbrauchsstichproben	133	Erlöse, Gasversorgungsunternehmen	83
Einkommensverteilung	135	Ernährungsgüter, Ein- und Ausfuhrpreise	127
Einkommensverwendung	135	Ernährungswirtschaft s. a. Landwirtschaft	70
Einkünfte		Ernte	
— Einkommensteuerstatistik	122	— Ernteterminnung, besondere	69
— Körperschaftsteuerstatistik	122	— Feldfrüchte und Grünland	68
— Lohnsteuerstatistik	123	— Gemüse und Erdbeeren	68
Einlagen		— Obst	68
— Auslandsforderungen und -verpflichtungen	109	— repräsentative Ertragsfeststellungen	68
— Bankeinlagen	107	— Weinmost	69
— Bausparkassen, private	109	ERP-Sondervermögen (Schuldenstatistik)	121
— Einlagenstatistik	108	Ersparnis (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen)	135
— Postsparkassen	104	Erst-Ehen	49
— Zentralbankeinlagen	107	Erste Hilfe	54
Einnahmen, öffentliche		Erträge (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen)	135
— Eisenbahnen	96	Ertragsklassen (Forsterhebung 1961)	64
— Haushaltsansätze (Bund, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände)	119	Ertragswerte, land- und forstwirtschaftliche Vermögen	124
— Jahresrechnungsstatistik	119	Erwerb, Erbschaftsteuer	124
— kassenmäßige Einnahmen aus Steuern	120	Erwerbseinkommen (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen)	135
— Krankenversicherung, gesetzliche	115	Erwerbsgartenbau s. Gartenbau	
— Monatsstatistik der Finanzwirtschaft	120	Erwerbsleben	
— öffentliche Straßenverkehrsmittel	98	s. Beteiligung am Erwerbsleben, Stellung zum Erwerbsleben	
— Organe der Jugendhilfe	118	Erwerbslose s. a. Arbeitslose	51
— Rentenversicherungen	115	Erwerbspersonen	
— Sozialhilfeträger	117	— Ausländer	51
— Statistik über den Finanzausgleich	120	— Berufszählung 1961	51
— Träger der Kriegspferfürsorge	118	— Mikrozensus	51
— Unfallversicherung, gesetzliche	115	— Volkszählung 1961	47
— Verbrauchsteuerstatistik	125	— Wanderungsstatistik	50
— Vierteljahresstatistik der Finanzwirtschaft	120	Erwerbstätige	
		s. a. Angestellte, Arbeiter, Arbeitnehmer, Beschäftigte, Personal	
		— Berufszählung 1961	51

noch:

Erwerbstätige	
— Einkommenslage	133
— Mikrozensus	51, 52
— Volkszählung 1961	47
Erzeugerpreise s. Preise	
Erzeugung	
s. Bautätigkeitsstatistik, Ernährungswirtschaft, Handwerk, Industrie, Landwirtschaft, Produktion, Verbrauchsteuerstatistiken	
Essigsäuresteuer	125
Export s. Ausfuhr	

F

Facharztanerkennung, -tätigkeit	54
Fachschulen, Fachschüler s. a. Ausbildung	56
Fahrbahnen, klassifizierte Straßen	97
Fahrerlaubnisse	
— Führerscheininhaber und Ausnutzung der Fahrerlaubnisse	98
— Prüfung, Erteilung, Versagung, Entziehung	98
Fahrlehrerlaubnisse, Prüfung, Erteilung	98
Fahrleistungen (Kraftfahrzeuge)	101
Fahrzeuge s. a. Kraftfahrzeuge	
— Binnenfischereifahrzeuge	64
— Binnenschiffe	101
— Bundesbahn	96
— Bundespost	104
— Eisenbahnen	96
— Für den Güterfernverkehr meldepflichtige	99
— Internationaler Straßenverkehr mit Berlin und der sowjetischen Besatzungszone	100
— Luftfahrzeuge	103
— meldepflichtige des Werkfernverkehrs	99
— Seefischereifahrzeuge	102
— Seeschiffe	102
— Straßenverkehrsmittel, öffentliche	98
— Verkehrszählungen	97
Faktorkosten s. Sozialprodukt	
Familien, Volkszählung 1961	47
Familienangehörige	
— Arbeitskräfte (Binnenfischerei)	64
— Arbeitskräfte (Forstwirtschaft)	64, 65
— Arbeitskräfte (Gartenbau)	63, 65
— Arbeitskräfte (Landwirtschaft)	63, 65
Familienangehörige, mithelfende (Land- und Forstwirtschaft)	63
Familieneinkommen s. a. Einkommen	
— Wohngeldstatistik	89
Familienstand	
— Anstaltsbevölkerung	47
— Ausländer	47
— Berufszählung 1961	51
— Deutsche aus der SBZ	47
— Eheschließende	49
— Erwerbspersonen	51
— Gehalts- und Lohnstrukturerhebung (Landwirtschaft)	131
— Gestorbene	49
— Haushaltsvorstände (Volkszählung 1961)	47
— Hochschullehrer und wissenschaftliches Personal	58
— Kriegssterbefälle	49
— Lehrer	55, 56
— Lohnstrukturerhebung (Erwerbsgartenbau, Forstwirtschaft)	131
— Mikrozensus	47
— Nichterwerbspersonen	51
— Sowjetzonenflüchtlinge	47
— Strafvollzugsstatistik	60
— Studierende (Hochschulen)	57
— Studierende (Ingenieurschulen)	56
— Studierende (Pädagogische Hochschulen)	57
— Vertriebene	47
— Volkszählung 1961	47
— Wanderungsstatistik	50
— Wohnbevölkerung	47
Familienstatistik	47
Familientyp	
— Einkommens- und Verbrauchsstichprobe	133
— Volkszählung 1961	47
Fangergebnisse	
— Binnenfischerei	64
— See-, Küsten-, Bodenseefischerei	73
Fernmeldegebühren	129
Fernmeldewesen s. Bundespost	
Fernsehrundfunkgenehmigungen	104

Fertigwaren s. a. Handwerk, Industrie, Produktion	
— Industrielle (Ein- und Ausführpreise)	127
— Industrielle (Erzeuger- und Großhandelspreise, Inland)	127
Fettwirtschaft	70
Finanzämter, Finanzamtsbezirke (Gemeindeverzeichnis)	48
Finanzanlagen (Einheitswertstatistik)	123
Finanzausgleich	120
Finanzen, öffentliche	
— Bund, Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände	119, 120
— Bundesbahn	96
— Bundespost	104
— Finanzausgleich	120
— Haushaltsansätze	119
— Jahresrechnungsstatistik	119
— Monatsstatistik der Finanzwirtschaft	120
— Vierteljahresstatistik der Finanzwirtschaft	120
— Wirtschaftsunternehmen, öffentliche	76
Finanzierung (Wohnungsbau)	
— Finanzierungsmöglichkeiten	87
— Finanzierungsquellen	87
— Kapitalsammelstellen	86
Finanzierungsquellen (Bilanzstatistik)	76
Finanzierungsrechnung für die Bundesrepublik	136
Finanzierungssaldo (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen)	135
Finanzwirtschaft s. Finanzen, öffentliche	
Finanzzuweisungen	120
Fischwirtschaft	
— Binnenfischereierhebung 1962	64
— Fischereifahrzeuge	64
— Fischereifangergebnisse (Binnenfischerei)	64
— Fischereifangergebnisse (See-, Küsten-, Bodenseefischerei)	73
— Fischzucht	64
— Seefischereifahrzeuge	102
Fleischbeschaustatistik	72
Fleischwirtschaft	72
Flüchtlinge, Flüchtlingseigenschaft	
s. a. Deutsche aus der SBZ, Sowjetzonenflüchtlinge Vertriebene, (Vertriebenen- und Flüchtlingseigenschaft), Zugewanderte	
— Haushaltsvorstände (Wohnungsstatistik, Zusatzerhebung 1960)	88
— Haushaltsvorstände (Wohnungss Stichprobe 1965)	88
— Siedlungswesen	66
— Statistik der Vertriebenen, Flüchtlinge und der Deutschen aus der SBZ	50
— Unternehmen (Handels- und Gaststättenzählung 1960)	91
Flüge, Flughäfen, Fluggäste, Flugzeuge	103
s. a. Reisen, Reiseverkehr	
Flurbereinigung	66
Flußfischerei	64
Förderung des Wohnungsbaus	
— Baufertigstellungen	86
— Berichterstattung	86
— Bewilligungen	87
— Wohnungss Stichprobe 1965	88
Forderungen	
— Ausgleichsforderungen	111
— Auslandsforderungen der Kreditinstitute	109
— Kapitalverkehr mit dem Ausland	137
— Konkurse und Vergleichsverfahren	111
— Veränderungen (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen)	135
Forstwirtschaft	
— Arbeitskräfte	65
— Einheitswerte des Grundbesitzes	124
— Forsterhebung 1961	64
— Verdienste	131
— Vermögen (Einheitswertstatistik)	124
— Vermögensschäden (Lastenausgleich)	116
Fracht s. Güterverkehr	
Frachtraten	
— Ausland	140
— Inland	129
Frauen, erwerbstätige s. a. Mütter	51
Frauenoberschulen	55
Freibeträge, Vermögensteuer	123
Freie Berufe, Kostenstruktur	75
Freie Waldorfschulen	55
Fremdenverkehr	
— Beherbergungskapazität	92
— Fremdenmeldungen und -übernachtungen	92
— Urlaubs- und Erholungsreisen	92

Fremdkapital, Zinsen (Kostenstrukturstatistik)	75
Fremdsprachenunterricht, Beteiligung	55, 56
Fruchtarten	
— Bodennutzungshaupterhebung	67
— Landwirtschaftszählung 1960	63
Fruchtbarkeitstafeln	49
Führerscheine s. Fahrerlaubnisse	
Fusionen (Umsatzsteuerstatistik)	124
Fußgänger, Straßenverkehrsunfälle	101
Futterpflanzen	
— Bodennutzungshaupterhebung	67
— Saatguterzeugung	67
Futtermittelverbrauch	69

G

Gartenbau	
— Arbeitskräfte	65
— Gartenbauerhebung 1961	63
— Gartengewächse (Bodennutzungshaupterhebung)	67
— Lohnstrukturhebung	131
Gartenland	63
Gas s. a. Energiewirtschaft	
— Gasgeneratoren, industrielle	84
— Gasverbrauch (Industrie)	79
— Gasversorgung	83
— Kostenstruktur der Versorgungsunternehmen	75
Gasthörer	58
Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe s. a. Fremdenverkehr	
— Gastgewerbestatistik	92
— Handels- und Gaststättenzählung 1960	91
— Kostenstruktur	75
Gebäude s. a. Wohnbauten, Wohngebäude; Wohnungsbau	
— Baufertigstellungen	86
— Baugenehmigungen	85
— Bauüberhang	86
— Bundespost	104
— Gebäudezählung 1961	87
— Landwirtschaftszählung 1960	63
— mit öffentlichen Mitteln geförderte	86
— sozialer Wohnungsbau	86, 87
— Wohnungsstichprobe 1965	88
Gebäudearten	
— Baufertigstellungen	86
— Baugenehmigungen	85
— Gebäudezählung 1961	87
— Preisindices für Bauwerke	128
— sozialer Wohnungsbau	87
— Wohnungsstatistik (Zusatzerhebung 1960)	88
— Wohnungsstichprobe 1965	88
Gebäudetyp (Gebäudezählung 1961)	87
Gebietskörperschaften	
— Haushaltsansatzstatistik	119
— jährliche Schuldenstatistik	121
— Jahresrechnungstatistik	119
Gebietsstand, Feststellung	48
Geborene	49
Geburtenfolge	49
Geburtsjahre s. a. Alter	
— Abiturienten	55
— Bevölkerungsbewegung	49
— Bevölkerungsstand (Fortschreibung)	48
— Deutsche aus der SBZ	47
— Eheschließende	49
— Geschiedene	50
— Hochschullehrer und wissenschaftliches Personal	58
— Lehrernachwuchs (Studienseminare)	57
— Schüler	55, 56
— Sowjetzonenflüchtlinge	47
— Studierende	56, 57
— Vertriebene	47
— Volkszählung 1961	47
— Wanderungsstatistik	50
Gefange (Strafvollzugsstatistik)	60
Geflügelstatistik s. a. Viehhaltung, -bestand	71
Gehälter (Gehaltssummen) s. a. Verdienste	
— Bauberichterstattung	85
— Bruttogehaltssummen (Volkswirtschaftliche Gesamt-rechnungen)	135
— Eisen- und Stahlindustrie	80
— Elektrizitätsversorgungsunternehmen	83

noch:	
Gehälter (Gehaltssummen)	
— Gasversorgungsunternehmen	83
— Handels- und Gaststättenzählung 1960	91
— Handwerkszählung 1963	82
— Industriebericht	79
— Kostenstrukturstatistik	75
— Zensus im produzierenden Gewerbe	77
Gehalts- und Lohnstrukturhebungen	
— Dienstleistungsbereich	131
— Erwerbsgartenbau	131
— Forstwirtschaft (Lohnstrukturhebung)	131
— gewerbliche Wirtschaft	131
— Landwirtschaft	131
Geldbestände, Rücklagen	120
Geld- und Versicherungswesen, Verdienste	130
Geld- und Zinssätze	110
Geldversorgung	107
Geldvolumen	107
Gemeindefinanzen s. Finanzen, öffentliche	
Gemeinden (Bevölkerungsstand, Gebietsstand)	48
Gemeindestraßen	97
Gemüse	
— Anbau (Gartenbauerhebung)	63
— Anbau (Haupterhebung)	67
— Anbau (Vorerhebung)	67
Generalhandel	93
Genossenschaften, landwirtschaftliche	64
Gepäckverkehr s. Eisenbahn	
Geräte	
— Bauhauptgewerbe	85
— Gartenbauerhebung 1961	63
— Landwirtschaftszählung 1960	63
Gerichte	
— Arbeitsgerichte	59
— ordentliche (Justizstatistik)	59
— Sozialgerichte	59
— Verwaltungsgerichte	59
Gerichtliche Todeserklärungen	49
Gesamtwirtschaftliches Tariflohn- und Gehaltsniveau ..	132
Geschädigte s. Lastenausgleichsstatistik	
Geschädigtengruppen (Wohnungsstatistik 1956/57)	87
Geschäftsergebnisse, gesetzliche Krankenversicherung ..	115
Geschiedene	50
Geschlechtskrankenfürsorge	117
Gesellschaften mit beschränkter Haftung	76
s. a. Aktiengesellschaften, Kapitalgesellschaften	
Gestorbene s. a. Sterbefälle, Unfälle	49
Gesundheitsämter, Personal	54
Getränkepreise	129
Getreide s. a. Anbau, Ernte	
— Bodennutzungshaupterhebung	67
— Getreidewirtschaft	70
— Vorräte	69
Gewerbe, produzierendes	77
Gewerbeaufsicht	76
Gewerbebereiche, Fahrzeuge des Werkfernverkehrs	99
Gewerbebetriebe landwirtschaftlicher Betriebsinhaber ..	63
Gewerbliche Bauten (Bauberichterstattung)	85
Gewerbesteuerstatistik	126
Gewinne (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen)	135
Gewinn- und Verlustrechnung	
— Bausparkassen, private	109
— Bundespost	104
Grenzdurchgangsstellen, Binnenschifffahrt	102
Grenzüberschreitender Verkehr s. a. Außenhandel	
— Güterverkehr	99
— Personenverkehr mit Kraftfahrzeugen	100
— Warenverkehr (Außenhandelsstatistik)	93
— Werkfernverkehr	99
Grenzverkehr	95
Größenklassen	
s. a. Betriebsgrößenklassen, Unternehmensgrößenklassen ..	
— Aufbaudaten für landwirtschaftliche Betriebe	116
— Betriebsfläche, landwirtschaftliche Nutzfläche, Wald-fläche (Landwirtschaftszählung 1960)	63
— Bierausstoß	125
— Bodenflächen unter 0,5 ha	63
— Einkommen (Einkommensteuer, Körperschaftsteuer) ..	122
— Einkünfte (Einkommensteuer, Körperschaftsteuer)	122
— Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit	123
— Handels- und Seefischereifahrzeuge	102
— Kraftfahrzeuge	97, 99, 100, 101
— landwirtschaftliche Betriebsfläche (Einheitswerte) ...	124

noch:	
Großenklassen	
— landwirtschaftliche Nutzfläche	65, 124
— Nettoproduktionswert (Handwerk)	82
— Nettoproduktionswert (produzierendes Gewerbe)	77
— Nominalkapital der Kapitalgesellschaften	76
— Stromerzeuger	83
— Waldflächen	65
— Wasseraufkommen der Wasserversorgungsunternehmen	84
Großhandel	
— Großhandelsstatistik	91
— Handels- und Gaststättenzählung 1960	91
— Kostenstruktur	75
— Preise (Ausland)	140
— Preise (Inland)	127
Grüner Plan, Ausgaben	120
Grünland	
— Bodennutzungsvorerhebung	66
— Wachstumstand und Ernte	68
Grundschuldforderungen	
— Bausparkassen, private	109
— Versicherungsunternehmen	113
Grundstoffpreise (Index)	127
Grundstücke	
— Baulandpreise	128
— Bausparkassen, private (Vermögensanlagen)	109
— Bundespost	104
— Einheitswerte	124
— Flurbereinigung	66
— Versicherungsunternehmen (Vermögensanlagen)	113
Grundvermögen	
— Einheitswertstatistik	124
— Vertriebs- und Ostsäden	116
Güterbewegung s. Güterverkehr, Güterfernverkehr	
Güterfernverkehr s. a. Güterverkehr, Warenverkehr, Werkverkehr	
— Fahrzeuge	99
— gewerblicher, mit Kraftfahrzeugen	99
— grenzüberschreitender, ausländischer Lastkraftfahrzeuge	99
Güterumschlag, Binnenhäfen	102
Güterverkehr	
s. a. Fracht, Güterfernverkehr, Warenverkehr, Werkverkehr	
— Binnenwasserstraßen	102
— Eisenbahnen	96
— gewerblicher Güterfernverkehr	99
— internationaler Straßenverkehr	100
— Kosten und Leistungen	95
— mit Kraftfahrzeugen (Fahrzeugstatistik)	99
— mit Kraftfahrzeugen, grenzüberschreitender	100
— mit Kraftfahrzeugen (Stichprobenerhebung)	100
— Preise (Ausland)	140
— Preise (Inland)	129
— über See	102
— Werkfernverkehr	99
Gutachten, Lastenausgleich	116
Guthaben, Gutschriften	
— Einlagenstatistik	108
— Postscheckdienst, Postsparkassendienst	104
— Währungsausgleich Vertriebenen	116
Gymnasien	55

H

Habilitationen	58
Hackfrüchte	67, 68
Häftlinge, Beihilfen und Darlehen	116
Hälteranlagen	64
Halbwaren s. a. Handwerk, Industrie, Produktion	
— Ein- und Ausfuhrpreise	127
— Erzeuger- und Großhandelspreise	127
— Nichteisen- und Edelmetallstatistik	81
Handel	
s. Außenhandel, Berlin- und Interzonenhandel, Einzelhandel, Großhandel, Kostenstrukturstatistik, Verdienste	
Handelsregister, Eintragungen	
— Handels- und Gaststättenzählung 1960	91
— Handwerkszählung 1963	82
Handelsschiffe s. Seeschifffahrt	
Handelsumsatz s. Umsatz	
Handelsvertreter- und Handelsmaklergewerbe	
— Handels- und Gaststättenzählung 1960	91
— Kostenstruktur	75

Handels- und Gaststättenzählung 1960	91
Handwerk	
— Beschäftigte	75, 82, 85
— Betriebe	75, 82, 85
— Handwerksrolle, Eintragung in	75, 91
— Jahreserhebung der Wareneingänge und Warenvorräte	83
— Kostenstruktur	75
— Löhne und Gehälter	82, 85
— Rechtsform der Unternehmen	82
— Umsatz	75, 82, 85
— Verdienste	130
— Zensus 1963	77
Handwerksberichterstattung	82
Handwerkskammerbezirke (Gemeindeverzeichnis)	48
Handwerkszählung 1963	82
Hauptentschädigung, Lastenausgleich	116
Hausgeburten	49
Hausgewerbetreibende	75
Haushalte	
— Ausländer	47
— Bodenflächen unter 0,5 ha	63
— Einkommens- und Verbrauchsstichprobe	133
— Mikrozensus	47
— Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	135
— Volkszählung 1961	47
— Wirtschaftsrechnungen	133
— Wohnungsstatistik 1956/57	87, 88
— Wohnungsstichprobe 1965	88
Haushaltsansatzstatistik (Bund, Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände)	119
Haushaltsbudget (Wirtschaftsrechnungen)	133
Haushaltseinnahmen s. Einnahmen, öffentliche	
Haushaltsgröße (Wohngeldstatistik)	89
Haushaltspläne s. Haushaltsansatzstatistik	
Haushalts- und Familienstatistik	47
Haushaltstyp	
— Mikrozensus	47
— Volkszählung 1961	47
— Wohnungsstichprobe 1965	88
Haushaltsvorstand	
— Volkszählung 1961	47
— Wohnungsstatistik 1956/57	87, 88
— Wohnungsstichprobe 1965	88
Haushaltswirtschaft (Bund, Länder, Gemeinden)	119
Hausratbeschaffung, Beihilfen	116, 117
Hebesätze, Realsteuervergleich	125
Heilbäder	92
Heil- und Heilhilfspersonen	54
Heimarbeiter	
— Arbeitsmarktstatistik	52
— Arbeitsstättenzählung 1961	75
Heimatauskunftsstellen, Lastenausgleich	116
Heimatvertriebene s. Vertriebene	
Heime, Sozialhilfe	117
Heiratsalter	47
Heiratstafeln	49
Heizölverbrauch und -bestand, Industrie	79
Heizung (Wohnungen)	88
Heranwachsende	
— Kriminalstatistik, polizeiliche	59
— Strafverfolgungsstatistik	60
Herbstaussaat	69
Herkunftsländer	
— Auslands Gäste	92
— grenzüberschreitender Reiseverkehr	95
— Personenverkehr über See	102
— Wanderungen	50
Hochbau s. a. Bautätigkeitsstatistik	85
Hochöfenwerke	80
Hochschulen	
— Habilitationen	58
— Hochschulabsolventen (Volkszählung 1961)	47
— Hochschulbesuch (Kleine Hochschulstatistik)	58
— Hochschullehrer und wissenschaftliches Personal	58
— Hochschulprüfungen	58
— Pädagogische Hochschulen	57
— Studierende (Große Hochschulstatistik)	57
Hoheitsverwaltungen s. Finanzen, öffentliche; Personal, Schulden	
Holzstatistik (Rohholz, Holzhalbwaren)	81
Holzwirtschaft (Holzeinschlag und -verkauf)	73
Hühnerbestand, -haltung	63

Hypotheken		Kapitalrechnung, Bundespost	104
— Hypothekarkredite	108	Kapitalsammelstellen, Finanzierung des Wohnungsbaues	86
— Hypothekenbewegung	111	Kapitalverkehr mit dem Ausland	137
— Hypothekenforderungen (Bausparkassen)	109	Kassenbestand, Kassenlage (Monatsstatistik der Finanzwirtschaft)	120
— Hypothekenforderungen (Versicherungsunternehmen)	113	Kassenobligationen	108
I		Kinder s. a. Kinderzahl; Schulen, Schüler	
Impfungen, Pockenschutz	55	— Kriminalstatistik, polizeiliche	59
Importlager	91	— Lebenshaltung eines Kindes	128
Indices s. Übersicht über die Indices und Meßzahlen S. 326 ff.		— in Schulkindergärten	55
Industrie		Kindergeld und Ausbildungszulage	118
— Arbeiterstunden	79	Kinderheime, Übernachtungen	92
— Arbeitsstunden (Bauhauptgewerbe)	85	Kinderzahl s. a. Kinder	
— Auslandsstatistik	139	— Ehelösungen, gerichtliche	50
— Beschäftigte	77, 78, 79, 80, 81, 82, 85	— Einkommensteuer	122
— Betriebe bzw. Unternehmen	77, 78, 79, 82, 83, 85	— Frauen und Mütter, erwerbstätige	51
— industrielle Bauten	85	— Gehalts- und Lohnstrukturerhebung (Landwirtschaft)	131
— Investitionen	78	— Hochschullehrer	58
— Kostenstruktur	75	— Lohnstrukturerhebung (Erwerbsgartenbau, Forstwirtschaft)	131
— Löhne und Gehälter (Bruttosummen)	77, 79, 85	— Mikrozensus	47
— Löhne und Gehälter (Verdienststatistiken)	130, 131	— Volkszählung 1961	47
— Produktion	80, 81, 82	Kirchen- und Kirchenlohnsteuer	122
— Tariflöhne	132	Kläranlagen	84
— Umsatz	77, 79, 82, 85	Klassen, Klassenräume usw.	
— Verkaufsstellen, offene (Handels- und Gaststättenzählung)	91	— Schulen, allgemeinbildende	55
— Zensus 1963	77	— Schulen, berufsbildende	56
Industriebericht		Kleinbetriebe, industrielle	79
— für Kleinbetriebe	79	Kleinflächen, bewirtschaftete	63
— monatlicher	79	Knappschaftliche Rentenversicherung	
— Zuzahlung	79	s. Rentenversicherungen	
Industrie- und Handelskammerbezirke (Gemeindeverzeichnis)	48	Körperschaftsteuerstatistik s. a. Kapitalgesellschaften	122
Industriezensus 1963	77	Kohle	
Ingenieurprüfung	56	s. a. Brennstoffe, Energiewirtschaft, Industriebericht, Produktion	
Ingenieurschulen	56	— Kohleverbrauch und Bestand (Industrie)	79
Inhaber, tätige Inhaber s. Betriebsinhaber		Koks (Bezug, Erzeugung, Verbrauch)	80, 83
Inlandschulden s. Schulden		Kollegs (2. Bildungsweg)	55
Instandhaltung		Kommunalkreditinstitute	109
— Kosten und Leistungen im Güterverkehr	95	Konfession s. Religionszugehörigkeit	
— Kostenstrukturstatistik	75	Konkurse und Vergleichsverfahren	111
Internate	55	Konsumentenkredite	108
Internationale Übersichten (Auslandsstatistik)	139	Konten (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen)	135
Interzonaler Straßenverkehr	100	Kosten s. a. Aufwand, Ausgaben	
Interzonenhandel	93	— Güterverkehr	95
Interzonenvorkehr (Personenverkehr)	95	— Kostenstrukturstatistik	75
Invalidenversicherung s. Rentenversicherung		— Krankenversicherungsunternehmen	113
Investitionen		— Pensions- und Sterbekassen	113
— Bundespost	104	Kosten und Leistungen im Güterverkehr	95
— Index der industriellen Bruttoproduktion	80	Kostenstrukturstatistik	75
— Industriezensus 1963	77	Kraftfahrzeuge s. a. Fahrzeuge	
— Investitionserhebung, jährliche	78	— Anhängerbestand	97
— Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	135	— ausländische (grenzüberschreitender Güterfernverkehr)	99
Investmentstatistik	109	— Beförderung von Personen mit öffentlichen Straßenverkehrsmitteln	98
J		— Besitzumschreibungen	97
Jahresabschlüsse		— Bestand	97
— Bilanzstatistik der Aktiengesellschaften	76	— Binnenfischerei	64
— Bundespost	104	— Bundespost	104
— Kosten und Leistungen im Güterverkehr	95	— Fahr- und Fahrlehrerlaubnisse	98
— Kostenstrukturstatistik	75	— Fahrleistungen	101
— Wirtschaftsunternehmen, öffentliche	76	— Fernverkehr	99
Jahresrechnungsstatistik (Bund, Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände)	119	— Führerscheininhaber und Ausnutzung der Fahrerlaubnisse	98
Jahresverdienste s. Verdienste		— Güterfernverkehr	99
Jugendherbergen, Übernachtungen	92	— Güterverkehr, grenzüberschreitender	100
Jugendhilfe, öffentliche	118	— Güterverkehr (Kosten und Leistungen)	95
Jugendliche		— interzonaler Straßenverkehr	100
— Kriminalstatistik, polizeiliche	59	— Löschungen der Zulassungen	97
— Strafverfolgungsstatistik	60	— Personenverkehr, grenzüberschreitender	100
Justizstatistik	59	— Prüfungen (technische Prüfstelle)	98
K		— Straßenverkehrsunfälle	101
Kämmereiverwaltungen		— Zulassungen	97
s. Finanzen, öffentliche; Personal, Schulden		Kranke	
Käufe (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen)	135	— Krankenhausstatistik	54
Kanalisation, öffentliches Abwasserwesen	84	— Krankenversicherung, soziale	115
Kapital der Aktiengesellschaften, Eigentum	76	— Krankheiten, meldepflichtige	53
Kapital-Lebensversicherungen	113	— Tuberkulose	53
Kapitalanlagen, Auslandsverkehr	137	Krankenhausstand (Krankenversicherung, gesetzliche)	115
Kapitalgesellschaften		Krankenhausstatistik	54
s. a. Aktiengesellschaften, Körperschaftsteuerstatistik, Arbeitsstättenzählung		Krankenversicherung	
— Bestand und Veränderungen	76	— gesetzliche	115
Kapitalleistungen, Zahlungsbilanzen	136	— Krankenversicherungsschutz (Mikrozensus)	47, 51
		— private	111

Krankenversorgung (Sozialhilfe, öffentliche)	117
Krankheiten s. a. Todesursachenstatistik	
— Berufskrankheiten (gesetzliche Unfallversicherung) ..	115
— Krankheitsarten (gesetzliche Krankenversicherung) ..	115
— meldepflichtige	53
— Milzbranderkrankungen beim Menschen	55
— Tuberkulosestatistik	53
Kredit s. a. Kreditinstitute, Darlehen	
— Kreditstatistik	108
— Wohnungsbau	86
— Zentralbankkredite	107
Kreditinstitute s. a. Bausparkassen, private; Kredit	
— Auslandsforderungen und -verpflichtungen	109
— Bausparkassen, private	109
— Bilanz, zusammengefaßte statistische	107
— Boden- und Kommunalkreditinstitute	109
— Einlagenstatistik	108
— Kreditstatistik	108
— Reservehaltung	107
— Wertpapierbestände	108
— Wertpapier-Kundendepots	108
— Zwischenbilanzstatistik	108
Kreditstatistik	108
Kriegsbeschädigte s. a. Kriegsoferversorgung, Kriegsopferfürsorge	
— orthopädische Versorgung	116
Kriegsgefangene	
— Beihilfen und Darlehen	116
— Volkszählung 1961	47
Kriegsopferfürsorge	118
Kriegsoferversorgung	116
Kriegssachschäden (Lastenausgleich)	116
Kriegsschadenrente	116
Kriegssterbefälle, standesamtlich beurkundete	49
Kriminalstatistik, polizeiliche	59
Kühlanlagen, Binnenfischerei	64
Kuhmilch, Erzeugung und Verwendung	72
Kulturarten	
— Bodennutzungsvorerhebung	66
— Forsterhebung 1961	64
— Landwirtschaftszählung 1960	63
Kurse, Kurswerte	
— Aktienkurse, Indexziffern	110
— Börsenumsatzstatistik	110
— Devisenkurse	110
— Effektenkurse	110
— Emissionsstatistik	109
— Währungen der Welt	110
Kurzarbeit	52

L

Länderberichte, Länderkurzberichte	139
Länderfinanzen s. Finanzen, öffentliche	
Lagerbestände	
— Einzelhandel (Meßzahlen)	92
— Großhandel (Meßzahlen)	91
Lagerräume (Gartenbauerhebung 1961)	63
Lagerverkehr (Außenhandelsstatistik)	93
Landstraßen s. Straßen	
Landwirte, Altershilfe	115
Landwirtschaft	
s. a. Anbau, Anbauflächen, Bodennutzung, Ernährungswirtschaft, Ernte, Preise, Vieh- und Fleischwirtschaft, Wachstumsstand	
— Arbeitskräfte	64, 65
— Aufbaudarlehen (Lastenausgleich)	116
— Beratung	64
— Besitzverhältnisse	63, 64
— Betriebe, Betriebsinhaber	63, 64, 65
— betriebs- und marktwirtschaftliche Meldungen	69
— Buchführung	64, 66
— Einheitswerte des Grundbesitzes	124
— Flurbereinigung	66
— Gehalts- und Lohnstruktur	131
— Genossenschaften, Mitgliedschaft	64
— landwirtschaftliche Ausbildung und Wirtschaftsberatung	66
— Landwirtschaftszählung 1960	63
— Schlepperbenutzung	64
— Siedlung	66
— Strukturhebung (EWG-) 1966/67	64
— Tariflöhne	132
— Verdienste	129, 131
— Vermögen (Einheitswertstatistik)	124
— Vermögensschäden (Lastenausgleich)	116

Landwirtschaftszählung 1960	63, 64
Lastenausgleichsfonds	
— jährliche Schuldenstatistik	121
— Vierteljahresstatistik der Finanzwirtschaft	120
Lastenausgleichsstatistik	116
Lastfahrzeuge, Lastkraftfahrzeuge s. Fahrzeuge, Kraftfahrzeuge	
Lastschriften	
— Einlagenstatistik	108
— Postscheckdienst	104
Laufbahngruppen (Personal von Bund, Ländern und Gemeinden)	121
Lebendgeborene	49
Lebensalter s. Alter	
Lebenshaltung	
— Einkommens- und Verbrauchsstichprobe	133
— internationaler Vergleich	140
— eines Kindes (Index)	129
— Preisindex	128
— Wirtschaftsrechnungen	133
Lebensversicherung	
— Statistik der Lebensversicherung	113
— Vermögensanlagen	113
Lederstatistik	81
Lehramt, Lehramtsprüfungen (Studierende)	57
Lehrer, Lehrpersonen	
— allgemeinbildende Schulen	55
— berufsbildende Schulen	56
— Hochschullehrer und wissenschaftliches Personal	58
— Ingenieurschulen	56
— lehrerbildende Einrichtungen	57
— Pädagogische Hochschulen	57
— Personal von Bund, Ländern und Gemeinden	121
— Studienseminare	57
— Technikerschulen	56
Lehrerbildende Einrichtungen	57
Lehrlinge s. a. Beschäftigte	
— Ausbildungsbeihilfen	116
— Berufsschüler	56
Leistungsgruppen	
— Arbeiterverdienste in Industrie und Handel	130
— Gehalts- und Lohnstrukturerhebung	131
Leuchtmittelsteuer	125
Linien-schiffahrt, Frachtraten	129
Liquidität, Kreditinstitute	107
Löhne s. a. Gehälter, Lohnsteuer, Verdienste	
— Bauberichterstattung	85
— Brutto-Lohnsumme (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen)	135
— Eisen- und Stahlindustrie	80
— Elektrizitätsversorgungsunternehmen	83
— Gasversorgungsunternehmen	83
— Handels und Gaststättenzählung 1960	91
— Handwerkszählung 1963	82
— Industrie (EWG-Erhebungen)	130
— Industriebericht	79
— Kostenstrukturstatistik	75
— Zensus im produzierenden Gewerbe	77
Löhne und Lohnnebenkosten (Aufwendungen der Arbeitgeber)	130
Lohnarbeitskräfte, Forstwirtschaft	65
Lohnformen	
— Erwerbsgartenbau	131
— gewerbliche Wirtschaft und Dienstleistungsbereich ..	131
— Landwirtschaft	131
Lohnindices s. Übersicht über die Indices und Meßzahlen S. 326 ff.	
Lohnstatistik	
— Ausland	140
— Inland	129
Lohnsteuer	
— Jahresausgleich	123
— Lohnsteuerstatistik	123
— Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	135
Lohnstrukturerhebungen s. Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen	
Lohnsummensteuerstatistik (Gewerbesteuerstatistik) ...	126
Lombardsatz	110
Luftkurorte	92
Luftverkehr	
— Luftfahrtstatistik	103
— Preise (Ausland)	140
— Preise (Inland)	129
— Unfälle	104

M

Magisterprüfungen	58
Maschinen, landwirtschaftliche	
— EWG-Strukturerhebung	64
— Gartenbauerhebung 1961	63
— Landwirtschaftszählung 1960	63
Materialbestand s. a. Rohstoffe, Rohstoffverbrauch	
— Investitionserhebung in der Industrie	78
— Zensus im produzierenden Gewerbe	77
Materialbezüge, Materialeingang s. a. Warenbestand	
— Handwerkszählung 1963	82
— Kostenstrukturstatistik	75
— Zensus im produzierenden Gewerbe	77
Materialverbrauch s. a. Rohstoffe, Rohstoffverbrauch	
— Zensus in der öffentlichen Energie- und Wasserversorgung	77
Mechanisierung, Landwirtschaft	63
Mehrfamilienhäuser s. Gebäudearten	
Mehrlingsgeburten	49
Meßzahlen s. Übersicht über die Indices und Meßzahlen S. 326 ff.	
Mieten, Mietbelastung der Haushalte	
— Kosten und Leistungen im Güterverkehr	95
— Kostenstrukturstatistik	75
— sozialer Wohnungsbau	87
— Wohngeldstatistik	89
— Wohnungsstatistik 1956/57	87
— Wohnungsstatistik (Zusatzerhebung 1960)	88
— Wohnungsstichprobe 1965	88
Mietverhältnisse s. a. Wohnverhältnisse	
— Volkszählung 1961	47
— Wohnungsstatistik 1956/57	87
Mietverträge (Wohnungsstichprobe 1965)	88
Mietwohnungen s. Wohnungen	
Mietzahlungsbereitschaft	87
Mikrozensus (Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens) s. a. Zusatzerhebungen 47, 48, 51, 52	
Milcherzeugungs- und Verwendungsstatistik	72
s. a. Molkereiwirtschaft	
Milzbranderkrankungen beim Menschen	55
Mindestreservenstatistik	107
Mineralölstatistik	81
Mineralölsteuer	125
Mitglieder s. a. Beitragszahler, Versicherte	
— gesetzliche Krankenversicherung	115
— kleinere Versicherungsvereine	114
— Pensions- und Sterbekassen	113
Möbelfernverkehr, gewerblicher	99
Molkereiwirtschaft (Milchanlieferung, -verarbeitung, -absatz, Erzeugerpreise)	72
s. Milcherzeugungs- und -verwendungsstatistik	
Monatslöhner s. Lohnformen	
Monatsverdienste s. Verdienste	
Monetäre Entwicklung	107
Münzumlauf	107
Münzwesen, Einnahmen	120
Mütter, erwerbstätige s. a. Frauen	
— Mikrozensus	47, 51, 52
— Volkszählung 1961	47
Müttersterblichkeit	53

N

Nachlasse, Erbschaftsteuer	124
Nachtarbeit	52
Nahrungsfette, Fettwirtschaft	70
Nationalität s. Staatsangehörigkeit	
Natürliche Bevölkerungsbewegung	49
Nebenbetriebe, Land- und Forstwirtschaft	63
Nettoausgaben s. Ausgaben, öffentliche	
Nettoinlandsprodukt	135
Nettoproduktion, industrielle (Index)	80
Nettoproduktionswert	
— Handwerkszählung 1963	82
— Kostenstrukturstatistik	75
— Zensus im produzierenden Gewerbe	77
Neubau s. Baumaßnahmen	
Neuverschuldung s. Schulden	
Nichteisen- und Edelmetallstatistik	81
Nichterwerbspersonen	51
Nichtigkeit der Ehen	50
Nichtsteuerbelastete s. a. Steuerbefreite	
— Einkommensteuer	122
Nichtwohngebäude s. Gebäudearten	

Niederlassungen

— Arbeitsstättenzählung 1961	75
— Handels- und Gaststättenzählung 1960	91
— Handwerkszählung 1963	82
Nominalkapital (Statistik der Kapitalgesellschaften)	76
Normalwohngebäude s. Wohnbauten, Wohngebäude	
Normalwohnungen s. Wohnungen	
Noten- und Münzumlauf	107
Notstandsarbeit, Arbeitslosenhilfe	115
Nutzfläche (Gebäude)	
— Baufertigstellungen	86
— Baugenehmigungen	85
Nutzfläche, landwirtschaftliche	
— Bodenfläche unter 5,0 ha	63
— Bodennutzungsvorerhebung	66
— Landwirtschaftszählung 1960	63
— Weinbaubetriebserhebung 1958	64
Nutzungsarten s. Bodennutzung	

O

Obst

— Gartenbauerhebung 1961	63
— Obstbaumzählung	68
— Pflanzenbestände in den Baumschulen	67
— Wachstumstand und Erträge	68
Obstbaumbestände	63, 68
Öffentlicher Dienst, Personalstand	121
Ölfrüchte (Bodennutzungshaupterhebung)	67
Organgesellschaften, Körperschaftsteuer	122
Organisationen, private, ohne Erwerbscharakter	135
Organkreise, Umsatzsteuer	124
Orthopädische Versorgung der Kriegsbeschädigten	116
Ortsdurchfahrten	97
Ortsnamenänderungen	48

P

Pacht

— Kostenstrukturstatistik	75
— Landwirtschaftszählung 1960	63
Pachtland, Landwirtschaftszählung 1960	63
Pädagogische Hochschulen s. a. Hochschulen	57
Paritäten (Währungs-, Gold-), errechnete	110
Parkplätze	97
Passivgeschäft, Boden- und Kommunalkreditinstitute ...	109
Pendelwanderung, Pendler s. a. Auspendler, Einpendler	
— Berufszählung 1961	51
— Grenzarbeitnehmer	52
— Wohnungsstatistik (Zusatzerhebung 1960)	88
Pensionäre, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe ...	133
Pensions- und Sterbekassen	113
Personal	

s. a. Angestellte, Arbeiter, Arbeitnehmer, Arbeitskräfte, Beamte, Beschäftigte, Erwerbstätige

— allgemeinbildende Schulen	55
— Anstalten	47, 51
— Apotheken	54
— Bundesbahn	96
— Bundespost	104
— Eisenbahnen	96
— Gerichte (ordentliche), Staatsanwaltschaften	59
— Gesundheitsämter	54
— Krankenhäuser	54
— Krankenversicherung, gesetzliche	115
— Landwirtschaftszählung 1960	63
— Personalstand von Bund, Ländern und Gemeinden ..	121
— Rentenversicherungen, gesetzliche	115
— Technikerschulen	56
— Unfallversicherung, gesetzliche	115
— Verwaltungsgerichte	59
Personalausgaben (Jahresrechnungsstatistik)	119
Personalkosten	
— Güterverkehr	95
— Industrie (Aufwendungen der Arbeitgeber)	130
— Kostenstrukturstatistik	75
Personenkraftwagen s. Kraftfahrzeuge	
Personenkreise	
s. Deutsche aus der SBZ, Flüchtlinge, Sowjetzonenflüchtlinge, Vertriebene, Zugewanderte	
Personenschaden s. Schaden, Unfälle	
Personenverkehr	
s. Binnenschifffahrt, Bundespost, Eisenbahnen, Fahrzeuge, Kraftfahrzeuge, Luftfahrtstatistik, Seeschifffahrt, Straßenverkehr	
Pferdehaltung, -bestand	
— allgemeine Viehzählung	70
— Landwirtschaftszählung 1960	63
Pflegepersonen	54

Pockenschutzimpfungen	55	noch:	
Post- und Fernmeldewesen s. Bundespost		Rechtsformen der Unternehmen bzw. Betriebe	
Postleitzahlen (Gemeindeverzeichnis)	48	— Vermögensteuerstatistik	123
Preise		— Wasserversorgung, öffentliche	84
s. a. Mieten sowie die Übersicht über die Indices und Maßzahlen		— Zensus im produzierenden Gewerbe	77
S. 326 ff.		Rechtspflege	59
— im Ausland	140	Reisen, Reiseverkehr	
— Baulandpreise	128	— grenzüberschreitender Reiseverkehr	95
— Baupreise	128	— Urlaubs- und Erholungsreisen	92
— Beherbergungsgewerbe	129	Religionsunterricht, Teilnahme	
— Ein- und Ausführpreise	127	— Schüler an berufsbildenden Schulen	56
— Einkaufspreise der Landwirtschaft	127	— Teilnehmer am Zweiten Bildungsweg	55
— Erzeuger- und Großhandelspreise (Ausland)	140	Religionszugehörigkeit	
— Erzeuger- und Großhandelsverkaufspreise (Inland) ..	127	— Abiturienten	55
— Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ...	69, 127	— Ausländer	47
— Gaststättengewerbe (Leistungen)	129	— Berufszählung 1961	51
— Lebewiehepreise (Großmärkte)	72	— Deutsche aus der SBZ	47
— Lebenshaltung (internationaler Vergleich)	140	— Ehepartner	47
— Verbraucherpreise (Ausland)	140	— Eheschließende	49
— Verbraucherpreise (Inland)	128	— Eltern	49
— Verkehrspreise (Ausland)	140	— Gefangene	60
— Verkehrspreise (Inland)	129	— Geschiedene	50
Preisentwicklung des Sozialprodukts	135	— Gestorbene	47
Preisindices s. Übersicht über die Indices und Maßzahlen S. 326 ff.		— Hochschul- und Fachschulabsolventen	51
Privater Verbrauch		— Kinder	47
— Einkommens- und Verbrauchsstichproben	133	— Kirchen- und Kirchenlohnsteuer	122
— Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	135	— Lehrer	55, 56
— Wirtschaftsrechnungen	133	— Lohnsteuerstatistik	123
Produktion		— Schüler (allgemeinbildende Schulen)	55
s. a. Bautätigkeitsstatistik, Ernährungswirtschaft, Handwerk, In-		— Strafvollzugsstatistik	60
dustrie, Landwirtschaft, Verbrauchsteuerstatistiken		— Studierende (Ingenieurschulen)	56
— Industrie	80	— Studierende (Pädagogische Hochschulen)	57
— Kostenstrukturstatistik	75	— Vertriebene	47
— Produktions-Eilbericht	80	— Volkszählung 1961	47
— Produktionserhebung, vierteljährliche	80	Renditen	
— Sonderstatistiken für einzelne Industriezweige	80	— Renditenstatistik	110
Produktionsindices		— Statistik der Effektenkurse	110
s. Übersicht über die Indices und Maßzahlen S. 326 ff.		Rentalitätsverhältnisse (Landwirtschaft, Garten- und	
Produktionskonten (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen)	135	Weinbau)	66
Produktionswert (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen)	135	Rentenansprüche, -bestand	115
Produzierendes Gewerbe	77	Rentenempfänger	
Prüfungen s. a. Abschluszeugnisse		— Kriegsopferversorgung	116
— Fahr- und Fahrlehrerlaubnisse	98	— Lastenausgleich	116
— Hochschulprüfungen	58	— Preisindices für die Lebenshaltung	128
— Ingenieurprüfungen	56	— Unfallversicherung, gesetzliche	115
— Kraftfahrzeuge und -anhänger	98	Rentenschuldforderungen	
— pädagogische Prüfungen	57	— Bausparkassen, private	109
— Technikerprüfungen	57	— Versicherungsunternehmen	113
— Zweiter Bildungsweg	55	Rentenversicherte s. Versicherte	
		Rentenversicherungen (Arbeiter, Angestellte, knapp-	
R		schaftliche Rentenversicherung, Altershilfe für Land-	
Ratenkredite	108	wirte)	
Raum, umbauter		— Mitgliedschaft (Mikrozensus)	47, 51
— Baufertigstellungen	86	— Statistik der Rentenversicherungen	115
— Baugenehmigungen	85	Rentner	
— Bauüberhang	86	— Einkommens- und Verbrauchsstichprobe	133
— sozialer Wohnungsbau	87	— Wirtschaftsrechnungen	133
Realschulen, -schüler	55	Reparaturen (Kosten und Leistungen im Güterverkehr)	95
Realsteuervergleich	125	Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Er-	
Reben, Wachstumsstand	69	werbslebens (Mikrozensus)	47, 51
Rebflächen, -grundstücke, -land		Richter	59
— Bodenflächen unter 0,5 ha	63	Rindviehhaltung, -bestand s. a. Schlachtungen	
— Bodennutzungsvorerhebung	66	— allgemeine Viehzählungen	70
— Weinbaubetriebserhebung 1958	64	— Landwirtschaftszählung 1960	63
— Weinbaukataster	64	— repräsentative Nachprüfungen	70
Rebsorten (Weinbaukataster)	64	— Viehwirtschaftszählungen	71
Rechnungsabschluß		Rohrertrag	
— Bausparkassen, private	109	— Anteil am wirtschaftlichen Umsatz	91, 92
— Krankenversicherungsunternehmen	113	— Handels- und Gaststättenzählung 1960	91
— Versicherungsunternehmen	113	— Kostenstrukturstatistik	75
Rechnungsposten (Jahresrechnungsstatistik)	119	Rohstoffe, Rohstoffverbrauch	
Rechnungs- und Geschäftsergebnisse, gesetzliche Kran-		— Eisen- und Stahlstatistik	80
kenversicherung	115	— Erzeuger- und Großhandelspreise (Inland)	127
Rechnungsstatistik, jährliche (Bund, Länder, Gemeinden,		— Nichteisen- und Edelmetallstatistik	81
Gemeindeverbände)	119	— Textilstatistik	81
Rechtsformen der Unternehmen bzw. Betriebe		Rohvermögen	
— Arbeitsstättenzählung 1961	75	— Einheitswertstatistik	123
— Bausparkassen, private	109	— Vermögensteuerstatistik	123
— Einheitswertstatistik	123	Rücklagen (Monatsstatistik der Finanzwirtschaft)	120
— Gewerbesteuerstatistik	126	Rückstellungen (Einheitswertstatistik)	123
— Handels- und Gaststättenzählung 1960	91	Rückversicherung	114
— Handwerkszählung 1963	82	Rückwanderer (Wanderungsstatistik)	50
— Konkurse und Vergleichsverfahren	111	Rückzahlungen, Postsparkassendienst	104
— Umsatzsteuerstatistik	124	Rundfunk s. Tonrundfunkgenehmigungen	

S

Saatenanerkennung, Saatgutvermehrung	69	noch:	
Sachanlagen		Seeschiffahrt	
— Bilanzstatistik der Aktiengesellschaften	76	— Schiffs- und Güterverkehr (Nord-Ostsee-Kanal)	102
— Einheitswertstatistik	123	— Schiffs- und Güterverkehr über See	102
— Handwerkszählung 1963	82	— Seefrachtraten (Indices)	129
— Investitionserhebung	78	— Seehäfen	102
— Zensus im produzierenden Gewerbe	77	— Seeunfälle	103
Sachschaden s. Schaden		— Seeverkehr der Häfen des Binnenlandes	102
Sachvermögen, Veränderungen (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen)	135	Seeverkehrsstatistik	102
Säuglingssterblichkeit	53	Sektionen	54
Salzsteuer	125	Sektoren (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen)	135
Schaden		Sektsteuer s. Schaumweinsteuer	
— Schadenquoten (Unfallversicherung)	114	Selbstverwaltungsorgane (Rentenversicherung, Unfallversicherung)	115
— Schadensfeststellung (Lastenausgleich)	116	Sichteinlagen	107, 108
— Straßenverkehrsunfälle	101	Siedlung	
Schaden- und Unfallversicherung	114	— Ausgaben (Monatsstatistik der Finanzwirtschaft)	120
Schadenursachen in der Tierlebensversicherung	114	— Berichterstattung über ländliche Siedlung	66
Schafhaltung, -bestand s. a. Schlachtungen		Sommerfruchtanbau	69
— allgemeine Viehzählung	70	Sommerzwischenfrüchte	67
— Landwirtschaftszählung 1960	63	Sonderausgaben, -vergünstigungen (Einkommensteuer) 122	
— Viehzwischenzählungen	71	Sonderkulturen (Landwirtschaftszählung 1960)	
Schatzanweisungen, Schatzwechsel	108	Sonntagsarbeit	52
Schaumweinsteuer	125	Sowjetzonenflüchtlinge	
Scheckproteste	111	— s. a. Deutsche aus der SBZ, Vertriebene, Zugewanderte	
Schichtarbeit	51	— Erwerbstätige	51
Schiffahrt, Schiffe, Schiffsverkehr		— Haushalte (Volkszählung 1961)	47
— s. Binnenschiffahrt, Seeschiffahrt		— Mikrozensus	47
Schlachtungen		— Statistik der Vertriebenen, Flüchtlinge und der Deutschen aus der SBZ	50
— Schlachtgewichtsstatistik	71	— Unternehmen (Arbeitsstättenzählung 1961)	75
— Schlachtier- und Fleischbeschaustatistik	72	— Volkszählung 1961	47
— Schlachtungsstatistik	71	Soziale Krankenversicherung s. Krankenversicherung	
Schlechtwettergeld, Anträge	115	Soziale Stellung	
Schlepper, landwirtschaftliche		— Erwerbspersonen (Berufszählung 1961)	51
— EWG-Strukturerhebung	64	— Haushaltsvorstände (Volkszählung 1961)	47
— Landwirtschaftszählung 1960	63	— Haushaltsvorstände (Wohnungsstatistik 1956/57) ..	87, 88
Schleusen	102	— Haushaltsvorstände (Wohnungsschichtprobe 1965)	88
Schmiede-, Preß- und Hammerwerke	80	— Wohngeldbezieher	89
Schnittblumen, Erzeugerpreise (Index)	127	Sozialer Wohnungsbau s. Wohnungen, Wohnungsbau	
Schrottverkäufe	135	Sozialgerichte, Sozialgerichtsbarkeit	59
Schrottwirtschaft	80	Sozialhilfeempfänger	
Schulbildung s. Ausbildung		— Preisindices für die Lebenshaltung	128
Schuldbuchforderungen, Versicherungsunternehmen	113	— Sozialhilfestatistik	117
Schulden		— Wirtschaftsrechnungen	133
— Einheitswertstatistik	123	Sozialkosten (Kostenstrukturstatistik)	75
— jährliche Schuldenstatistik	121	Sozialleistungen s. a. Sozialhilfeempfänger, Sozialversicherung	
— Jahresrechnungsstatistik	119	— Ausgaben (Monatsstatistik der Finanzwirtschaft)	120
— Landwirtschaft, Garten- und Weinbau	66	Sozialprodukt	135
— Monatsstatistik der Finanzwirtschaft	120	Sozialversicherung	
— vierteljährliche Schuldenstatistik	121	— Arbeitslosenversicherung	115
— Vierteljahresstatistik der Finanzwirtschaft	120	— Krankenversicherung	115
— Vermögensteuerstatistik	123	— Rentenversicherung	115
Schuldscheinforderungen		— Unfallversicherung	115
— Bausparkassen, private	109	Sozialversicherungsbeiträge (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen)	135
— Versicherungsunternehmen	113	Spareinlagen	
Schuldverschreibungen, Boden- und Kommunalkreditinstitute	109	— Bundespost	104
Schulen, Schüler		— Einlagenstatistik	108
— allgemeinbildende Schulen	55	— Währungsausgleich für Sparguthaben Vertriebener ..	116
— Ausbildungshilfen (Lastenausgleich)	116	Sparen (Wirtschaftsrechnungen)	133
— Ausländer	47	Sparverkehr (Einlagenstatistik)	108
— berufsbildende Schulen	56	Spesenabzug	
— Beteiligung am Erwerbsleben	51	— Einkommensteuer	122
— Ingenieurschulen	56	— Körperschaftsteuer	122
— Sonderschulen	55	Spezialhandel (Außenhandelstatistik)	93
— Technikerschulen	56	Spielkartensteuer	125
Schweinehaltung, -bestand s. a. Schlachtungen		Sportstätten, Bestandserhebung	58
— allgemeine Viehzählung	70	Staat (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen)	135
— Landwirtschaftszählung 1960	63	Staatenlose s. a. Ausländer, Staatsangehörigkeit	50
— repräsentative Nachprüfungen	70, 71	Staatsangehörigkeit s. a. Ausländer, Staatenlose	
— Viehzwischenzählungen	71	— Arbeitnehmer, nichtdeutsche	52
Seebäder	92	— Auslieferungsstatistik	60
Seenfischerei s. a. Fischwirtschaft	64	— Berufszählung 1961	51
Seefrachtraten (Indices)	129	— Eheschließende	49
Seehäfen		— Eltern	49
— grenzüberschreitender Reiseverkehr	95	— Fachschüler	56
— Seeverkehrsstatistik	102	— Gestorbene	49
Seemannsstatistik	102	— Kriegstodesfälle	49
Seeschiffahrt		— Reisende (grenzüberschreitender Reiseverkehr)	95
— Besatzungsmitglieder	102	— Staatsangehörigkeitsstatistik	51
— Personenverkehr über See mit dem Ausland	102	— Strafvollzugsstatistik	60
— Schiffsbestände	102	— Studierende (Hochschulen)	57
		— Studierende (Ingenieur- und Technikerschulen)	56

noch:		
Staatsangehörigkeit		
— Volkszählung 1961	47	
— Wanderungsstatistik	50	
Staatsanwaltschaften	59	
Staatsprüfungen, akademische	58	
Staatsverbrauch (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen)	135	
Stahlgießereien	80	
Stahlwerke	80	
Stellen, offene (Arbeitsvermittlung)	52	
Stellung im Beruf		
— Ausländer	51	
— Berufszählung 1951	51	
— Binnenfischerei	64	
— Einkommenslage der Wohnbevölkerung	133	
— Führerscheininhaber	98	
— Mikrozensus	48, 51	
— Urlaubsreisende	92	
— Volkszählung 1961	47	
— Wochenendpendler	96	
Stellung im Betrieb		
— Arbeitsstättenzählung 1961	75	
— Bauhauptgewerbe, Totalerhebung	85	
— Handels- und Gaststättenzählung 1960	91	
— Handwerkszählung 1963	82	
— Industriebericht, monatlicher	79	
— Landwirtschaftszählung 1960	63	
— Zensus im produzierenden Gewerbe	77	
— Zusatzerhebung zum Industriebericht	79	
Stellung zum Erwerbsleben s. a. Beteiligung am Erwerbsleben		
— Landwirtschaftszählung 1960	63	
— Mikrozensus	48	
— Urlaubsreisende	92	
— Volkszählung 1961	47	
Sterbefälle		
— Bevölkerungsbewegung, natürliche	49	
— Todesursachenstatistik	53	
Sterbekassen s. Pensions- und Sterbekassen		
— Sterbetafeln	49	
Steuerbefreite s. a. Nichtsteuerbelastete		
— Vermögensteuer	123	
Steuerbelastete		
— Einkommensteuer	122	
— Vermögensteuer	123	
Steuerklassen		
— Einkommensteuer	122	
— Erbschaftsteuer	124	
— Lohnsteuer	123	
Steuermessbeträge, Gewerbesteuer	126	
Steuern		
s. a. Einnahmen, öffentliche; einzelne Steuerstatistiken (Abschnitt XI B); Kostenstrukturstatistik, Realsteuervergleich, Sozialprodukt		
— Haushaltswirtschaft (Bund, Länder, Gemeinden)	119	
— Kosten und Leistungen im Güterverkehr	95	
— Kostenstrukturstatistik	75	
— Steuerhaushalt (Bund, Länder, Gemeinden)	120	
— Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	135	
Steuereinnahmen s. Einnahmen, öffentliche		
Steuerhaushalt (Bund, Länder, Gemeinden)	120	
Steuerpflichtige		
— Einkommensteuer	122	
— Erbschaftsteuer	124	
— Gewerbesteuer	126	
— Körperschaftsteuer	122	
— Lohnsteuer	123	
— Umsatzsteuer	124	
— Vermögensteuer	123	
Steuersätze		
— Körperschaftsteuer	122	
— Verbrauchsteuer	125	
— Umsatzsteuer	124	
Steuerschuld		
— Einkommensteuer	122	
— Erbschaftsteuer	124	
— Körperschaftsteuer	122	
— Vermögensteuer	123	
Steuersollbeträge, Verbrauchsteuer	125	
Stoffverbrauch (Kostenstrukturstatistik)	75	
Strafen		
— Strafverfolgungsstatistik	60	
— Strafvollzugsstatistik	60	
Straftaten, strafbare Handlungen		
— Auslieferungsstatistik	60	
— Kriminalstatistik, polizeiliche	59	
— Strafverfolgungsstatistik	60	
Strafverfolgungsstatistik	60	
Strafvollzugsstatistik	60	
Straßen		
— Ausgaben für Landstraßen	120	
— Gemeindestraßen	97	
— Klassifizierte (Bestand, Längen, Verkehr)	97	
Straßenbahnen, Verkehr	98	
Straßenbau		
— Bauberichterstattung	85	
— Preisindizes für Bauwerke	128	
Straßenverkehr	97	
Streiks und Aussperrungen		
— Ausland	140	
— Inland	53	
Strom		
— Abgabe	79, 83	
— Ausfuhr	83	
— Bezug	79, 83	
— Einfuhr	83	
— Erzeugung	79, 83	
— Stromerzeugungsanlagen, industrielle	83	
— Verbrauch	83	
Studienassessoren	55	
Studierende		
— Ausbildungshilfen (Lastenausgleich)	116	
— Ausländer	56, 57, 58	
— Beteiligung am Erwerbsleben	51	
— Hochschulen	57, 58	
— Ingenieurschulen	56	
— Pädagogische Hochschulen und lehrerbildende Einrichtungen	57	
— Volkszählung 1961	47	
Studienseminare	57	
Studienverlauf	57	
Stundenlöhner s. Lohnformen		
Stundenverdienste s. Verdienste		
Subventionen		
— Monatsstatistik der Finanzwirtschaft	120	
— Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	135	

T

Tabak		
— Anbau (Landwirtschaftszählung 1960)	63	
— Tabaksteuer	125	
Tankerfahrt, Frachtraten (Index)	129	
Tarife		
— Eisenbahn (Ausland)	140	
— Eisenbahn (Inland)	129	
— gewerblicher Güterfernverkehr mit Kraftfahrzeugen	99	
— Werkfernverkehr mit Kraftfahrzeugen	99	
Tariflöhne und -gehälter s. a. Gehälter, Löhne, Verdienste		
— Ausland	140	
— Gehalts- und Lohnstruktur (gewerbliche Wirtschaft)	131	
— Statistik für Tariflöhne und -gehälter	132	
— Tariflohn- und Gehaltsniveau, gesamtwirtschaftliches	132	
Technikerprüfungen	56	
Technikerschulen, Lehrgänge	56	
Technische Prüfstellen für den Kraftfahrzeugverkehr	98	
Teichwirtschaft	64	
Teilbeschäftigte		
— Arbeitsstättenzählung 1961	75	
— Handels- und Gaststättenzählung 1960	91	
Teilzahlungskredite	108	
Telegraphie s. Bundespost		
Termineinlagen	108	
Textilstatistik	81	
Tiefbau	85, 86	
Tierarten s. Schlachtungen; Viehhaltung, -bestand		
Tierseuchen, anzeigepflichtige	72	
Tierversicherung	114	
Tilgungen		
— Bausparkassen	109	
— Emissionsstatistik	109	
— Jahresrechnungsstatistik	119	
— vierteljährliche Schuldenstatistik	121	
Todeserklärungen, gerichtliche	49	
Todesfälle s. a. Gestorbene, Sterbefälle, Unfälle		
— meldepflichtige Krankheiten	53	
Todesursachenstatistik s. a. Krankheiten	53	
Tonrundfunkgenehmigungen	104	
Topfpflanzen, Erzeugerpreise (Index)	127	
Totgeborene	49	

Trampschiffahrt, Frachtraten	
— Ausland	140
— Inland	129
Transithandel, Zahlungen	136
Trauben	69
Treibstoffe, Verbrauch (Güterverkehr)	95
Tuberkulosestatistik	53
Turn- und Sportstätten	58

U

Übernachtungspreise s. a. Fremdenverkehr	129
Überstundenzuschläge, Tarifföhne und -gehälter	132
Übertragungen	
— Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	135
— Wirtschaftsrechnungen	133
— Zahlungsbilanzen	136
Umlagen (Statistik über den Finanzausgleich)	120
Umsatz s. a. Absatz	
— Bauhauptgewerbe	85
— Einzelhandel	92
— Elektrizitätsversorgungsunternehmen	83
— Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe	92
— Großhandel	91
— Güterverkehr (Kosten und Leistungen)	95
— Handels- und Gaststättenzählung 1960	91
— Handwerk	82
— Industrie	77, 79, 82
— Kostenstrukturstatistik	75
— Sparverkehr (Einlagenstatistik)	108
— Umsatzsteuerstatistik	124
— Unternehmenserhebung (Industrie, Bauhauptgewerbe)	82, 85
— Zensus im produzierenden Gewerbe	77
Umsatzgrößenklassen	
— Bauhauptgewerbe	85
— Handels- und Gaststättenzählung 1960	91
— Handwerkszählung 1963	82
— Investitionserhebung	78
— Schaumwein	125
— Umsatzsteuerstatistik	124
— Unternehmenserhebung (Industrie)	82
— Zensus im produzierenden Gewerbe	77
Umsatzsteuerstatistik	124
Umsatzstruktur (Verkehrszensus)	95
Unehelich Lebendgeborene	49
Unfälle	
— Arbeitsunfälle	76, 115
— Binnenschiffahrt	102
— Eisenbahnen	96
— Luftverkehr	104
— Seeunfälle	103
— Straßenverkehrsunfälle	101
Unfallversicherung, gesetzliche	115
Universitäten s. Hochschulen	
Unterbringung der Haushalte	
— Wohnungsstatistik, Zusatzerhebung 1960	88
— Wohnungsstichprobe 1965	88
Unterglasanlagen	
— Gartenbauerhebung 1961	63
— Gemüse-Haupterhebung	67
Unterhaltshilfe, Lastenausgleich	116, 117
Unterhaltsquellen	
— Landwirtschaftszählung 1960	63
— Volkszählung 1961	47
Unterkünfte, Unterkunftsarten	
— Urlaubsreisen	92
— Wohnungsstatistik 1956/57	87
— Wohnungsstichprobe 1965	88
Untermiete, Wohnungsstatistik (Zusatzerhebung 1957)	88
Unternehmen	
s. a. Arbeitsstätten, Betriebe, Kapitalgesellschaften, Rechtsformen	
— Arbeitsstättenzählung 1961	75
— Bauhauptgewerbe	85
— Güterverkehr (Kosten und Leistungen)	95
— Handels- und Gaststättenzählung 1960	91
— Handwerkszählung 1963	82
— Industrie	82
— Investitionen	78
— Straßen-Personenverkehr	98
— Verkehrszensus	95
— vermögenswirksame Leistungen an Arbeitnehmer	132
— Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	135
— Wirtschaftsunternehmen, öffentliche	76
— Zensus im produzierenden Gewerbe	77

Unternehmenserhebungen	
— Bauhauptgewerbe	85
— Industrie	82
Unternehmensgrößenklassen	
s. a. Betriebsgrößenklassen, Umsatzgrößenklassen	
— Arbeitsstättenzählung 1961	75
— Bauhauptgewerbe	85
— Erhebungen über die Aufwendungen für Löhne und Lohnnebenkosten	130
— Handels- und Gaststättenzählung 1960	91
Unterstützungsempfänger (Einkommens- und Verbrauchsstichprobe)	133
Urlaub	
— Tarifföhne und -gehälter	132
— Urlaubs- und Erholungsreisen	92
Urteile in Ehesachen	50

V

Verbindlichkeiten (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen)	135
Verbrauch	
— Brenn- und Treibstoffe	75
— Energie	75
— letzter Verbrauch	135
— privater Verbrauch	133, 135
Verbrauchergeldparitäten	140
Verbraucherpreise s. a. Preise	
— Ausland	140
— Index der Einzelhandelspreise	128
— Inland	128
Verbrauchsgüter, Index der industriellen Bruttoproduktion	80
Verbrauchssteuerstatistiken	125
Verdienste	
s. a. Gehälter (Gehaltssummen), Löhne (Lohnsummen), Tarifföhne, Vermögensbildung	
— Ausland	140
— Erwerbsgartenbau (Lohnstrukturserhebung)	131
— Forstwirtschaft (Lohnstrukturserhebung)	131
— Geld- und Versicherungswesen	130
— gewerbliche Wirtschaft und Dienstleistungsbereich	131
— Handwerk	130
— Indices	130, 132
— Industrie und Handel	130
— Landwirtschaft	129, 131
— Tarifföhne und -gehälter	132
Veredelungsverkehr, Außenhandel	93
Vergleichsverfahren	111
Vergünstigungen (Einkommensteuer, Körperschaftsteuer)	122
Verkäufe (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen)	135
Verkaufspreise, Großhandel	127
Verkaufsstellen, offene, der Industrie	91
Verkehr	
s. Binnenschiffahrt, Bundesbahn, Bundespost, Eisenbahn, Fahrzeuge, Güterverkehr, Kraftfahrzeuge, Luftfahrtstatistik, Seeschiffahrt, Straßenverkehr	
Verkehrsbezirke	
— grenzüberschreitender Güterverkehr mit Kraftfahrzeugen	100
— Güterbewegung auf Eisenbahnen	96
— Güterfernverkehr, gewerblicher	99
— Güterverkehr mit Kraftfahrzeugen	100
— Schiffs- und Güterverkehr auf Binnenwasserstraßen	102
— Schiffs- und Güterverkehr über See	103
— Werkfernverkehr	99
Verkehrsausgaben (Monatsstatistik der Finanzwirtschaft)	120
Verkehrsbauten	85
Verkehrseinrichtungen (Verkehrszensus)	95
Verkehrsgewerbe, Kostenstruktur	75
Verkehrsleistungen	
s. Binnenschiffahrt, Bundesbahn, Bundespost, Eisenbahn, Fahrzeuge, Kraftfahrzeuge, Luftfahrtstatistik, Seeschiffahrt, Straßenverkehr	
Verkehrsmittel s. a. die einzelnen Verkehrsträger	
— Straßenverkehrsmittel, öffentliche	98
— Urlaubsreisen	92
— Verkehrszensus 1962	95
— von Wochenendpendlern benutzte	96
Verkehrspreise	
— Ausland	140
— Inland	129
Verkehrsunfälle s. Unfälle	
Verkehrswege, Berlinhandel	93
Verkehrszählungen auf klassifizierten Straßen	97
Verkehrszensus 1962	95

Verlagsbuchhandel (Handels- und Gaststättenzählung 1960)	91
Verlagswesen, Kostenstruktur	75
Verlaufsstatistik s. Studienverlauf	
Verluste, ausgeglichene (Einkommensteuer)	122
Vermögen s. a. Vermögensanlagen	
— Einheitswertstatistik	123, 124
— gewerbliche Betriebe	123
— Grundbesitz	124
— Krankenversicherung, gesetzliche	115
— Land- und Forstwirtschaft	124
— Pensions- und Sterbekassen	113
— Rentenversicherungen, gesetzliche	115
— Sondervermögen (Monatsstatistik der Finanzwirtschaft)	120
— Unfallversicherung, gesetzliche	115
— Unterhaltung (Jahresrechnungsstatistik)	119
— Vermögensbewegungen (Jahresrechnungsstatistik) ..	119
— Vermögenseinkommen (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen)	135
— Vermögensschäden (Lastenausgleich)	116
— Vermögensteuerstatistik	123
— Vermögensveränderungskonto (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen)	135
— Versicherungsunternehmen, private	113
— Versicherungsvereine, kleinere	114
Vermögensanlagen s. a. Vermögen	
— Bausparkassen, private	109
— Krankenversicherungsunternehmen	113
— Lebensversicherungsunternehmen	113
— Rentenversicherungen, gesetzliche	115
— Schaden- und Unfallversicherungsunternehmen	114
— Versicherungsunternehmen, private	113
Vermögensbildung der Arbeitnehmer	132
Vermögenseinkommen	
— Einkommens- und Verbrauchsstichprobe	133
— Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	135
Vermögenserträge	
— Pensions- und Sterbekassen	113
— private Krankenversicherung	113
— Versicherungsvereine, kleinere	114
Vermögensteuerstatistik	123
Vermögensübertragungen (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen)	135
Verpflichtungen	
— Auslandsverpflichtungen der Kreditinstitute	109
— Kapitalverkehr mit dem Ausland	137
Versand von Gütern s. Güterverkehr	
Versicherte s. a. Beitragszahler, Mitglieder	
— Rentenversicherungen, knappschaftliche	115
— Unfallversicherung, gesetzliche	115
Versicherungen, private	
s. a. Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherungen, Rentenversicherung, Unfallversicherung	
— Krankenversicherung	113, 114
— Lebensversicherung	113
— Pensions- und Sterbekassen	113, 114
— Rückversicherung	113, 114
— Schaden- und Unfallversicherung	113, 114
— Tierversicherung	114
— Versicherungsvereine	114
Versicherungsbeiträge s. Beiträge	
Versicherungsleistungen	
s. Ausgaben, öffentliche; Versicherungen, private	
Versorgung (gemäß Bundesversorgungsgesetz), Kriegsopferversorgung	116
Verteidigungsaufwand	
— Monatsstatistik der Finanzwirtschaft	120
— Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	135
Verteilung des Volkseinkommens	135
Vertriebene, Vertriebenen- und Flüchtlingseigenschaft	
s. a. Deutsche aus der SBZ, Sowjetzonenflüchtlinge, Zugewanderte	
— Anstaltsbevölkerung	47
— Ausweisart	48
— Berufspendler	51
— Berufszählung 1961	51
— Betriebsinhaber (Landwirtschaftszählung 1960)	63
— Bevölkerung	47, 48
— Bewirtschafter von Bodenflächen unter 0,5 ha	47
— Erwerbspersonen	51
— Erwerbstätige	51
— Haushalte (Volkszählung 1961)	47
— Haushaltsvorstände (Wohnungsstichprobe 1965)	88
— Herkunftsgebiete	48
— Hochschul- und Fachschulabsolventen	51

noch:

Vertriebene, Vertriebenen- und Flüchtlingseigenschaft	
— Hochschullehrer	58
— industrielle Kleinbetriebe	79
— Lastenausgleichsstatistik	116
— Konkurse und Vergleichsverfahren	111
— Mikrozensus	47, 51
— Nichterwerbspersonen	51
— Personal von Bund, Ländern und Gemeinden	121
— Religionszugehörigkeit	48
— Unternehmen (Arbeitsstättenzählung 1961)	75
— Unternehmen (Handels- und Gaststättenzählung 1960) ..	91
— Volkszählung 1961	47
— Wohnbevölkerung	47
— Wohnungsstatistik 1956/57	87
Verunglückte s. Unfälle	
Verurteilte (Strafverfolgungsstatistik)	60
Verwahrte (Strafvollzugsstatistik)	60
Verwahrungen (Monatsstatistik der Finanzwirtschaft) ..	120
Verwaltungsgerichte	59
Verwendung des Sozialprodukts	135
Viehhaltung, -bestand s. a. Schlachtungen	
— allgemeine Viehzählung	70
— EWG-Strukturerhebung	64
— Landwirtschaftszählung 1960	63
— repräsentative Nachprüfungen	70, 71
— Viehwischnenzählungen	71
Vieh- und Fleischwirtschaft, Berichterstattung	72
Volkseinkommen	135
Volksschulen, Schüler	55
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	
— Ausland	140
— Bundesrepublik	135
Volkszählung 1961	47
Vorausschätzung der Bevölkerung	48
Vorbildung, Studierende (Ingenieurschulen, Technikerschulen)	56
Vorleistungen (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen) ..	135
Vorräte (landwirtschaftliche Erzeugnisse)	69
Vorratshaltung (Monatsstatistik der Finanzwirtschaft) ..	120
Vorratsveränderungen (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen)	135
Vorschüsse (Monatsstatistik der Finanzwirtschaft)	120
Vorstrafen	60

W

Wachstumstand und Ernte s. a. Ernte	
— Feldfrüchte und Grünland	68
— Gemüse und Erdbeeren	68
— Obst	68
— Reben	69
Währung	
— Währungen der Welt	110
— Währungsparitäten	110
— Währungsreserven	110
Währungsausgleich (Lastenausgleich)	116
Wahlstatistik	60
Wald, Waldflächen	
— Bodenflächen unter 0,5 ha	63
— Bodennutzungsvorerhebung	66
— Forsterhebung 1961	64
— Landwirtschaftszählung 1960	63
Walzwerke	80
Wanderungsstatistik	50
Warenbestand	
s. a. Materialbestand sowie die einzelnen Verbrauchsteuern	
— Handels- und Gaststättenzählung 1960	91
— Handwerkszählung 1963	82
— Investitionserhebung in der Industrie	78
— Zensus im produzierenden Gewerbe	77
Wareneingang, -bezüge, -einkauf	
— Einzelhandel	92
— Großhandel	91
— Handels- und Gaststättenzählung 1960	91
— Handwerksberichterstattung	83
— Handwerkszählung 1963	82
— Kostenstrukturstatistik	75
— Wirtschaftsrechnungen	133
Warenhandelsbilanz	136
Warenverkehr s. a. Güterfernverkehr, Güterverkehr	
— Außenhandel	93
— Berlin- und Interzonenhandel	93
Warenvorräte (Handwerksberichterstattung)	83

Wasserstraßenabschnitte, -gebiete (Binnenschifffahrt) 101, 102		Wohnraum s. a. Wohnungen	
Wasserversorgung		— Abgang	86
— Gartenbauerhebung 1961	63	— Baufertigstellungen	86
— Gebäudezählung 1961	87	— Bestand (Wohnungsstatistik 1956/57)	87, 88
— Kostenstruktur der Versorgungsunternehmen	75	— mit öffentlichen Mitteln geförderte	86
— öffentliche und öffentliches Abwasserwesen	84	Wohn- und Mietverhältnisse (Wohnungsstatistik 1956/57)	87
— Wohnungsstichprobe 1965	88	Wohnungen s. a. Wohnraum, Wohnungsbau	
— Zensus 1963	77	— Abgang	86
— Zusatzerhebung zum Industriebericht	79	— Aufbaudarlehen (Lastenausgleich)	116
Wechsel- und Scheckproteste	111	— Baufertigstellungen	86
Weg zur Arbeitsstätte, Zeitaufwand		— Baugenehmigungen	85
— Volkszählung 1961	47	— Bauzustand (Bauüberhang)	86
— Wohnungsstatistik (Zusatzerhebung 1960)	88	— Bestand (Fortschreibung)	88
Wein		— Bestand (Wohnungsstatistik 1956/57)	87
— Bodennutzungsvorerhebungen (Rebland)	66	— Gebäudezählung 1961	87
— Wachstumstand der Reben, Weinmosternte	69	— Mieten (sozialer Wohnungsbau)	87
— Weinbaubetriebserhebung 1958	64	— Mieten (Wohnungsstatistik 1956/57)	87
— Weinbaukataster	64	— Mieten (Wohnungsstichprobe 1965)	88
— Weinerzeugungs- und Weinbestandsstatistik	70	— mit öffentlichen Mitteln geförderte	86, 87
Welthandel	139	— repräsentative Zusatzerhebungen 1957, 1960	87, 88
Werbungskosten, Einkommensteuer	122	— sozialer Wohnungsbau	87
Werkberufsschulen	56	— Wohnungsstichprobe 1965	88
Werkverkehr		Wohnungsausstattung	
— meldepflichtige Fahrzeuge	99	— Gebäudezählung 1961	87
— Werkfernverkehr, eingesetzte Fahrzeuge	99	— Wohnungsstatistik (Zusatzerhebung 1957, 1960) ..	87, 88
— Werkfernverkehr, inländischer und grenzüberschreitender	99	— Wohnungsstichprobe 1965	88
Werkwohnungen (Landwirtschaftszählung 1960)	63	Wohnungsbau s. a. Baupreise, Gebäude, Wohnungen	
Wertpapiere		— Ausgaben (Monatsstatistik der Finanzwirtschaft)	120
— Bausparkassen, private	109	— Auszahlungen von Krediten	86
— Börsenumsatzstatistik	110	— Auszahlungen öffentlicher Mittel	86
— Effektenkurse	110	— Bautätigkeitsstatistik	85, 86
— Einlagenstatistik	108	— Bewilligungen öffentlicher Mittel	86, 87
— Emissionsstatistik	109	— Finanzierung durch Kapitalsammelstellen	86
— Investmentstatistik	109	— sozialer	86
— Kreditinstitute (Bestände)	108	Wohnungsbedarf, Wohnungsstatistik (Zusatzerhebung 1957)	87
— Kundendepots	108	Wohnungsbestand (Fortschreibung)	88
— Renditenstatistik	110	Wohnungsdefizitberechnungen	88
— Versicherungen, private	113	Wohnerhebungen, 1 %-	
Wetterdienst	104	— repräsentative Zusatzerhebungen 1957, 1960	87, 88
Wiederaufbau s. Baumaßnahmen		— Wohnungsstichprobe 1965	88
Wiederverheiratung	49	Wohnungsnutzung, angestrebte	88
Winterzwischenfrüchte	67	Wohnungsstatistik 1956/57	87
Wirtschaftsberatung	66	Wohnverhältnisse s. a. Mietverhältnisse	
Wirtschaftsfläche s. a. Betriebsfläche		— Wirtschaftsrechnungen	133
— Bodennutzungsvorerhebung	66	— Wohnungsstatistik 1956/57	87, 88
Wirtschaftsgebäude (Landwirtschaftszählung 1960)	63	— Wohnungsstichprobe 1965	88
Wirtschaftsrechnungen		Wohnwünsche	87
— Einkommenslage der Wohnbevölkerung	133		
— Einkommens- und Verbrauchsstichproben	133		
— laufende Wirtschaftsrechnungen	133		
Wirtschaftsunternehmen, öffentliche			
— Einnahmen (Monatsstatistik der Finanzwirtschaft) ...	120		
— Finanzen	76		
— Personal	121		
Wochenarbeitsverdienste s. Verdienste			
Wochenarbeitszeit s. Arbeitszeit			
Wochenendpendler	96		
Wohnbauten, Wohngebäude s. a. Gebäude			
— Abgang infolge Abbruch, Brand usw.	86		
— Bauberichterstattung	85		
— Baufertigstellungen	86		
— Baugenehmigungen	85		
— Gebäudezählung 1961	87		
— Landwirtschaftszählung 1960	63		
— Preisindices für Bauwerke	128		
— Wohnungsstichprobe 1965	88		
Wohnbevölkerung s. a. Bevölkerung			
— Berufszählung 1961	51		
— Fortschreibung des Standes	48		
— Mikrozensus	47		
— Volkszählung 1961	47		
Wohnfläche			
— Baufertigstellungen	86		
— Baugenehmigungen	85		
— sozialer Wohnungsbau	87		
— Wohngeldstatistik	89		
— Wohnungsstatistik (Zusatzerhebungen 1957, 1960) ..	87, 88		
— Wohnungsstichprobe 1965	88		
Wohngeldstatistik	89		
Wohnparteien			
— Gebäudezählung 1961	87		
— Wohnungsstatistik 1956/57	87		

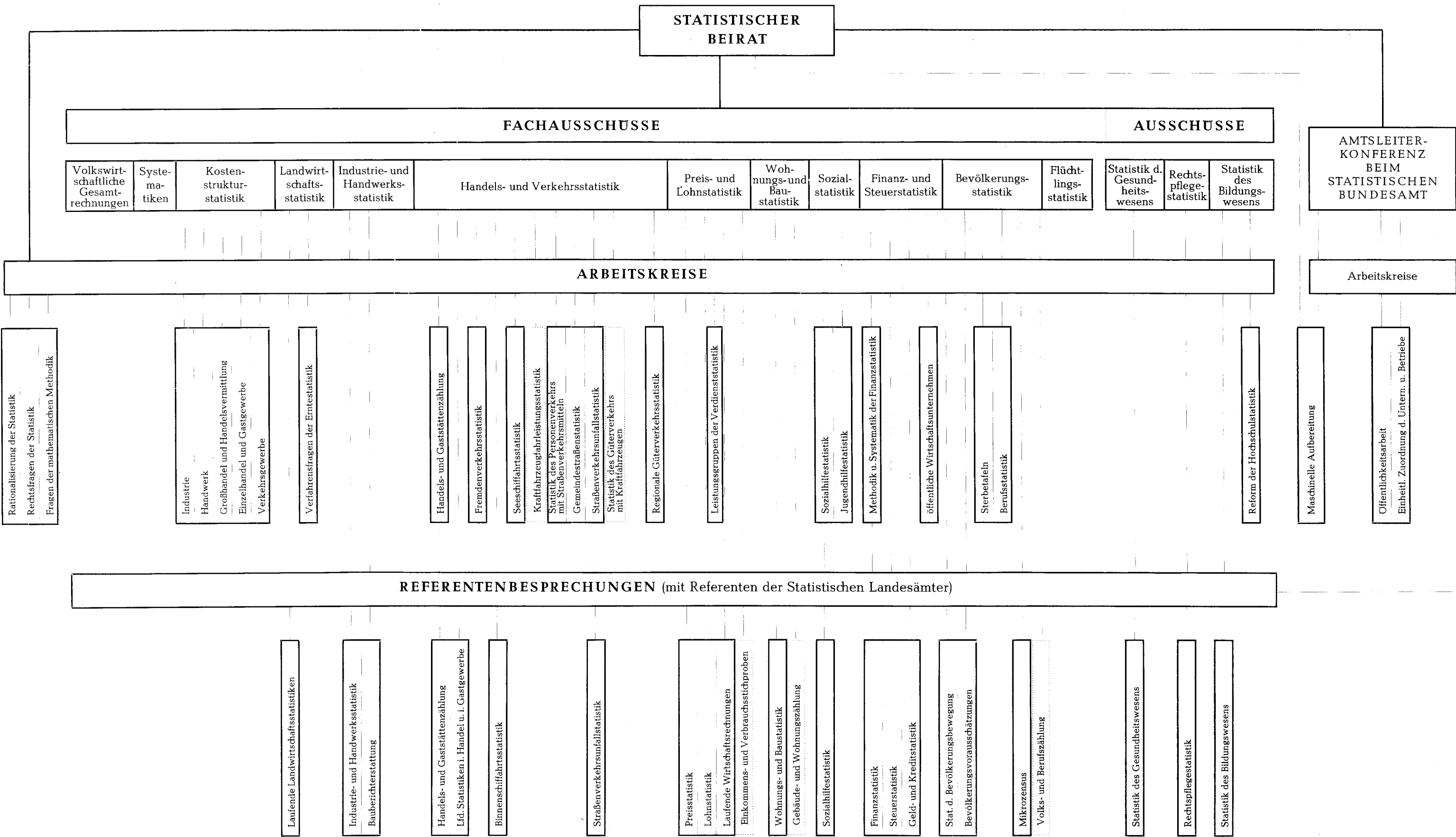
Z

Zahlungen für Versicherungsfälle s. Versicherungsleistungen	
Zahlungsbilanzen	
— Ausland	140
— Bundesrepublik	136
Zahlungsschwierigkeiten	111
Zahlungsverkehr zwischen Gebietskörperschaften	
— Haushaltsansatzstatistik	119
— Jahresrechnungstatistik	119
— Vierteljahresstatistik der Finanzwirtschaft	120
Zeitaufwand für Arbeitsweg s. Weg zur Arbeitsstätte	
Zensus s. a. Mikrozensus, Volkszählung 1961	
— im produzierenden Gewerbe	77
Zentralbankstatistik	107
Zerlegungsanteile (Gewerbesteuerstatistik)	126
Zertifikate in Wertpapier-Kundendepots	108
Zierpflanzenanbau	63, 67
Zins	
— Bauspareinlagen, Baudarlehen	109
— Effektenkurse (Zinstypen)	110
— Einlagenstatistik	108
— Emissionsstatistik (Zinssätze)	109
— Jahresrechnungstatistik	119
— Kostenstrukturstatistik	75
— Statistik der Geld- und Zinssätze	110
— Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	135
Zivilinternierte, -verschleppte	47
Zölle s. a. Einnahmen, öffentliche	
— Zollsollerträge (Außenhandelsstatistik)	93
Zollamtsbezirke (Gemeindeverzeichnis)	48
Zuckersteuer	125
Zuckerwirtschaft	70

Zündwarensteuer	125	noch:	
Zugewanderte, Zugewanderteneigenschaft		Zusatzerhebungen des Mikrozensus	
s. a. Deutsche aus der SBZ, Sowjetzonenflüchtlinge, Vertriebene		— Religionszugehörigkeit der Bevölkerung	48
— Bewirtschafter von Bodenflächen unter 0,5 ha	63	— Sonntags- und Nachtarbeit	52
— industrielle Kleinbetriebe	79	— Unfälle von Kindern	54
— Konkurse und Vergleichsverfahren	111	— Vertriebene (Herkunftsgebiete)	48
Zugmaschinen (Landwirtschaftszählung 1960)	63	Zusatzsteuer, Umsatzsteuer	124
Zulassungen von Kraftfahrzeugen und Anhängern	97	Zuschußbedarf (Jahresrechnungsstatistik)	119
Zusatzerhebung zum Industriebericht	79	Zu- und fortgezogene Personen	50
Zusatzerhebungen des Mikrozensus s. a. Mikrozensus		Zuwendungen, Erbschaftsteuer	124
— Ausbildung in erster Hilfe	54	Zweigniederlassungen (Handels- und Gaststättenzählung	
— berufliche Ausbildung	52	1960)	91
— Betreuung von Kindern erwerbstätiger Mütter	52	Zweiter Bildungsweg	55
— Erkrankungen und Unfälle	54	Zweitstimmen (Wahlstatistik)	60
— Erwerbstätigkeit der 40- bis 65jährigen Frauen	52	Zwischenbilanzstatistik	108
— körperliche und geistige Behinderungen	54	Zwischenfruchtanbau	67

Fotos:
Seite 10, 18, 37, 38, 39 Herbert Bicking, Wiesbaden
Seite 17 Hans Gottschalk, Berlin

Schematische Übersicht über die Gremien des Statistischen Beirats
Stand: August 1966



„ständige“ Gremien
z. Z. für vorübergehende Aufgaben bestehende Gremien

Statistisches Bundesamt
62 Wiesbaden

Gustav-Stresemann-Ring 11 — Postfach: 828 — Fernschreiber: 04 186 511
Fernsprecher: 778 51 (Hausanschuß-Nr. rechts in den einzelnen Feldern)
Zweigstelle Berlin, 1 Berlin 30, Kurfürstenstraße 87 131431
Außenstelle Düsseldorf, 4 Düsseldorf, Jahnstraße 1 10341

Allgemeine Verbindung zum Sachverständigenrat
zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
1. Lt. Reg.-Direktorin Dr. Bartels 2120
Geschäftsführer: RDir Dr. Hanisch 2510
Vertreter: RR Dr. Reeb 2494

Präsident
Dipl.-Kfm. P. Schmidt
2100

Bundeshilfleiter: Präsident P. Schmidt 2100
Stellvertreter: Reg.-Direktor Dr. Schwarz 2342

Organisationsplan
(1. Mai 1966)
(Unter Berücksichtigung der bis zum 5. August 1966
eingetretenen Änderungen)

Ständiger Vertreter in
Verwaltungsangelegenheiten
Vizepräsident Dr. Schuchl
2190

Ständiger Vertreter in allgemeinen
fachlichen Fragen der Statistik
1. Lt. Reg.-Direktorin Dr. Bartels
2120

Ständiger Vertreter in allgemeinen
organisatorisch-technischen Fragen der Statistik
1. Lt. Reg.-Direktor Dr. Szameitat
2110

Abteilung Z
Verwaltung
Dr. Schuchl
Vizepräsident
2190

Abteilung I
Allgemeine Organisation der Stati-
stik, Allgemeine Auslandsstatistik
Dr. Szameitat
1. Lt. Reg.-Direktor
2110

Abteilung II
Allgemeine fachliche Fragen der
Statistik, Volkswirtschaftliche
Gesamtrechnungen
Dr. Bartels
1. Lt. Reg.-Direktorin
2120

Abteilung III
Ernährungs- und Landwirtschafts-
statistik
Dr. Tetzlaff
1. Lt. Reg.-Direktor
2130

Abteilung IV
Industrie- und Handwerksstatistik
Sobotschinski
1. Lt. Reg.-Direktor
2140

Abteilung V
Handels- und Verkehrsstatistik
m. d. W. b.: Schlüter
Oberregierungsrat
2150

Abteilung VI
Statistik der Preise, Löhne und Wirt-
schaftsrechnungen, des Wohnungs-
und Sozialwesens
Kunz
1. Lt. Reg.-Direktor
2160

Abteilung VII
Finanz- und Steuerstatistik
Mengerl
1. Lt. Reg.-Direktor
2170

Abteilung VIII
Bevölkerungs- und Kulturstatistik
Dr. Schubnell
1. Lt. Reg.-Direktor
2180

HPT.-REF. A
Organisation, Haushalt, Druck-
angelegenheiten
RDir Dr. Hüttner
2177
1 Organisation des Amtes,
Wohnungsangelegenheiten
RAss Würzberger
2175
2 Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen
RDir Dr. Hüttner
2177
3 Druckangelegenheiten, Vervielfältigung
ROA Pomeranke
2107

HPT.-REF. B
Personalangelegenheiten
ORR Mauritz
2167
4 Allgemeine Personalfragen,
Personalangelegenheiten der Beamten
RR Dipper
2176
5 Personalangelegenheiten der Angestellten
und Arbeiter
RR Walbröl
2439
6 Dienstbezüge, Umzugskosten, Beihilfen
und andere Sozialleistungen
RR Hammerbacher
2331

7 Innerer Dienst
ROA Holdmann
2201

8 Rechtsfragen der Verwaltung
RR Dr. Ruhs
2156

9 Bibliothek, Archivangelegenheiten
OArchRn Dr. Kaiser
2412

Amtskasse
(zuständig auch für Bundesdienststellen
im Raume Wiesbaden)
RA Reuwardt
2186

Vorprüfungsstelle
(zuständig auch für andere Bundesdienststellen
im Raume Wiesbaden, Frankfurt und Nürnberg)
ROA Förster
2285

HPT.-REF. A
Organisations- und Rechtsfragen
der Statistik, Redaktion der Veröffent-
lichungen, Übersetzungsbüro
ORR Gerhardt
2508
1 Organisation der Bundesstatistik,
Statistischer Beirat
Naering
2333
2 Rechtsfragen der Statistik
ORR Dr. Schübeler
2443
3 Redaktion der Veröffentlichungen,
Öffentlichkeitsarbeit, Graph. Büro
ORRn Dr. Disselkamp
2505

HPT.-REF. B
Mathematisch-statistische Methoden
ORR Dr. Schäffer
2224
4 Math.-stat. Methoden bei Abt. V und VII
m. d. W. b.: Fr. Dipl.-Math. Konapicky
2589
5 Math.-stat. Methoden bei Abt. II und IV
m. d. W. b.: Dipl.-Math. Schmiedehausen
2680
6 Math.-stat. Methoden bei Abt. III
RR Nourney
2226
7 Math.-stat. Methoden bei Abt. VI und VIII
Dipl.-Math. Schulz
2364

HPT.-REF. C
Allgemeine Auslandsstatistik
ORR Dr. Goerke
2576
8 Europäische Länder
RR Dr. Kasperkowitz
2442
9 Amerikanische und afrikanische Länder,
Internationale Übersichten
ORR Dr. Mackamul
2504
10 Asiatische Länder und Australien
z. Z. wahrgen. d. ORR Dr. Goerke
2576
11 Osteuropa, Sowjetunion, China
Dr. Dr. Braeutigam
2434

HPT.-REF. D
Allgemeine Fragen der Erhebungs-
und Aufbereitungstechnik, Koordinierung
dezentraler maschineller Arbeiten
ORR Thiel
2248
12 Allgemeine Fragen statistischer Erhebungs-
und Aufbereitungstechnik,
Organisation der Zählungswerke
RR Dr. Grüner
2332
13 Zeitpläne, Kostenfragen, Koordinierung
dezentraler maschineller Arbeiten
z. Z. wahrgen. d. ORR Thiel
2248

HPT.-REF. E
Maschinelle Aufbereitung
RDir Zindler
2359
14 Programmierung und Durchführung
der Aufbereitungsarbeiten
RDir Zindler
2359
15 Allgemeine Planung und Koordinierung der
Aufbereitungsarbeiten, Programmierkurse
RR Hartner
2381

16 Untersuchungen über maschinelle
Rationalisierungsmöglichkeiten
und methodische Sonderfragen
Dipl.-Math. Deininger
2398

HPT.-REF. A
Abstimmung der Statistik auf die
volkswirtschaftlichen Erfordernisse
RDir Dr. Hanisch
2510
1 Allgemeine Fragen der Weiterentwicklung des
statistischen Gesamtbildes: Unternehmens-
bereich
z. Z. wahrgen. d. Dipl.-Volksw. Pohl
2530
2 Allgemeine Fragen der Weiterentwicklung
des statistischen Gesamtbildes: Einkommen,
Verbrauch und Vermögen
Dipl.-Volksw. Pohl
2530
3 Allgemeine Verbindung zu internationalen
Organisationen
ORR Dr. Jacobi
2511

HPT.-REF. B
Systematiken und Untersuchungen
der Wirtschaftsstruktur
ORRn Grallert
2509
4 Allgemeine Fragen der Systematiken,
Warensystematiken
Skiebe
2325
5 Unternehmens- und Betriebssystematiken
Dipl.-Volksw. Röpke
2235
6 Untersuchungen der Wirtschaftsstruktur
und allgemeiner Auskunftsdienst
z. Z. wahrgen. d. ORRn Grallert
2509

GENERALREFERAT
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
ORR Dr. Hamer
2270
HPT.-REF. C
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen:
Entstehung und Verteilung des Sozial-
produkts, Außenwirtschaft
ORRn Engelmann
2462
7 Produktion, Entstehung des Sozialprodukts
RR Dr. Strahe
2694
8 Verteilung des Volkseinkommens,
Private Haushalte
ORR Richter
2522
9 Banken und Versicherungen, Außenwirtschaft,
ausländische Volkswirtschaftliche Gesamt-
rechnungen und Zahlungsbilanzen
RR Hipler
2357

HPT.-REF. D
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen:
Verbrauch, Investitionen,
Marktverflechtungen
ORR Lauckner
2517
10 Privater Verbrauch
Müller-Nagell
2519
11 Investitionen
Dr. Scheuten
2458
12 Marktverflechtungen
z. Z. wahrgen. d. ORR Lauckner
2517
13 Staat
ORRn Dr. Sievers
2529
14 Vermögensbildung und -verteilung,
Sonderaufgaben
Dr. Dorow
2521

HPT.-REF. E
Kostenstrukturstatistik
Dipl.-Ing. Lange
2516
15 Industrie, Großhandel, Gastgewerbe und
Freie Berufe
Dipl.-Kfm. Bieck
2311
16 Handwerk, Einzelhandel und
Verkehrsgewerbe
Dr. Schulmeyer
2562

HPT.-REF. A
Bodennutzung und Ernte
ORR Dr. Ehrhart
2372
1 Bodennutzung
ORLR Dr. Forstreuter
2367
2 Wachstumsstand und Ernte der landwirtschaft-
lichen Feldfrüchte und des Grünlandes
Dipl.-Landw. Prodt
2369

HPT.-REF. B
Gartenbau und Weinwirtschaft
ORR Günther
2486
3 Obstbau, Baumschulen, Gartenbauherhebung
RR Dr. Massante
2385
4a Gemüsebau, Zierpflanzen
z. Z. wahrgen. d. RR Dr. Massante
2385
4b Weinwirtschaft
z. Z. wahrgen. d. Dr. Schubring
2386

5 Vieh-, Fleisch- und Milchwirtschaft
Graf zu Eulenburg
2388

6 Forstwirtschaft und Fischerei
Fm Sommer
2375

HPT.-REF. C
Betriebe der Landwirtschaft
ORLR Schmidt
2376
7 Betriebsstruktur, Agrarstrukturherhebungen
z. Z. wahrg. d. ORLR Schmidt
2376
8 Arbeitskräfte, Eigentums- und Besitzverhält-
nisse, Mechanisierung der Landwirtschaft
RR Dr. Haßkamp
2368
9 Agrarstrukturherhebung 1966/67
Dr. Hoffer
2223

10 Landwirtschaft des Auslandes
Dr. Schubring
2386

HPT.-REF. A
Industrie- und Bauberichterstattung,
Handwerk, Arbeitsstätten
ORR Dr. Bernsdn
2566
1 Industrieberichterstattung
ORR Dr. Pfaff
2194
2 Handwerksberichterstattung,
Handwerkszählungen
RR Dr. K. Schmidt
2300
3 Bauberichterstattung, Erhebungen bei Unter-
nehmen des Bauhauptgewerbes
RR Dr. v. Lucadou
2192
4 Allgemeine Arbeitsstättenstatistik,
Arbeitsstättenzählung 1961
Dr. Anton
2298

HPT.-REF. B
Industrielle Produktion
ORR Reichenbach
2198
5 Grundstoffindustrien
Fr. Dr. Schöbel-Krüger
2193
6 Eisen- und metallverarbeitende Industrien
Dipl.-Volksw. Ehtner
2234
7 Chemische und verwandte Industrien,
Mineralölindustrie
Dr. A. Schmidt
2188
8 Verbrauchsgüterindustrien (einschl. Nahrungs-
und Genußmittelindustrie)
Dr. Petermichl
2314

9 Eisen- und Stahlstatistik
(Außenstelle Düsseldorf)
ORR Dr. Jacobs-Woltering
2429

HPT.-REF. C
Produktions- und Auftragseingangs-
indices, Erhebungen bei Industrie-
unternehmen
ORR Rüdiger
2304
10 Produktions- und Auftragseingangsindices,
Produktivitätsberechnungen
Dipl.-Volksw. Meier
2550
11 Jahreserhebungen bei Industrieunternehmen
Frick
2303
12 Struktur des Produzierenden Gewerbes,
Industriezensus
RR Kupka
2302

13 Industrie des Auslandes
ORR Dr. Dobransky
2313

HPT.-REF. A
Außenhandel
RR Jung
2453
1 Methode der Außenhandelsstatistik,
Organisation der Erhebung
Krahl
2232
2/4 Aufbereitung, Zusammenstellung und Dar-
stellung der Ergebnisse der Außenhandels-
statistik
z. Z. wahrgen. d. RR Jung
2453
3 Außenhandel des Auslandes
RR Hoelke
2500

5 Berlin- und Interzonenhandel
(s. auch Ref. I/18)
Dr. Mustroph
2427

HPT.-REF. B
Groß- und Einzelhandel, Gastgewerbe,
Fremdenverkehr
ORR Dr. Schulz
2527
6 Berichterstattung über Großhandel und Ein-
zelhandelsvereinigungen, Messwesen
Dipl.-Volksw. Walter
2424
7 Berichterstattung über Einzelhandel
Dipl.-Volksw. Heinrich
2428
8 Berichterstattung über Gastgewerbe und
Fremdenverkehr
Dr. Stark
2279
9 Betriebe und Unternehmen des Handels
und Gastgewerbes, Handels- und Gast-
stättenzählungen
RR Engelter
2429

HPT.-REF. C
Verkehr
RR Pauli
2468
10 Binnenschifffahrt, Seeschifffahrt
z. Z. wahrgen. d. RR Pauli
2468
11 Straßenverkehr
RR Legat
2115
12 Luftfahrt, Eisenbahn- und Nachrichtenwesen
Dipl.-Volksw. Möller
2125
13 Verkehrsunfälle
Dipl.-Volksw. Möckel
2145
14 Betriebe und Unternehmen des Verkehrs-
gewerbes, zusammenfassende Verkehrs-
statistiken, Verkehrszensus 1962
z. Z. wahrgen. d. Dipl.-Volksw. Möller
2125

HPT.-REF. A
Preise
m. d. W. b.: ORR Guckes
2237
1 Erzeuger- und Großhandelsverkaufspreise des
Inlandes, Einkaufspreise landwirtschaftlicher
Betriebsmittel
ORRn Dr. Brandner
2586
2 Großhandelspreise im Ausland, Preise der
Ein- und Ausfuhrwaren, Verkehrspreise
ORR Dr. Gossel
2444
3 Einzelhandelspreise und Lebenshaltungsinde-
x
Dipl.-Volksw. Rostin
2446
4 Baupreise, Grundstückspreise
RBR Dr. Seidelbach
2441

HPT.-REF. B
Löhne und Gehälter
Dipl.-Volksw. v. d. Decken
2449
5 Gehalts- und Lohnstruktur sowie Personal-
kosten in der gewerblichen Wirtschaft
und bei den freien Berufen
RR Kloss
2448
6 Arbeitnehmerverdienste sowie Gehalts-
und Lohnstruktur in der Land- und Forstwirtschaft;
Tariflöhne und -gehälter; Streiks und Aus-
sperrungen
RRn Schulz
2584
7 Arbeitnehmerverdienste in der gewerblichen
Wirtschaft und bei den freien Berufen;
Verdienste und Löhne im Ausland
m. d. W. b.: Dipl.-Kfm. Baltes
2688

HPT.-REF. C
Gebäude, Wohnungen, Wohn-
verhältnisse
ORR Dr. Loyal
2437
8 Baugenehmigungen und -fertigstellungen
Dr. Vitali
2593
9 Wohnungsbestand; Gebäude- und
Wohnungszählungen; Wohnungsgeld
RR Dr. Rauch
2230
10 1%-Wohnungserhebungen
RR Heep
2598

HPT.-REF. D
Wirtschaftsrechnungen
ORR Dr. Denukat
2404
11 Laufende Wirtschaftsrechnungen;
Sondererhebungen
RRn Reddies
2592
12 Einkommens- und Verbrauchsstichproben
RR Euler
2200

13 Sozialhilfe, sonstige öffentliche Sozial-
leistungen, Jugendhilfe
ORRn Kleemann
2514

HPT.-REF. A
Öffentliche Finanzen
ORR Weyershäuser
2535
1 Allgemeine Finanzwirtschaft
ORR Dr. Freund
2552
2 Staatsfinanzen
ORR Schuhmacher
2555
3 Kommunalfinanzen
ORRn Kunert
2538
4 Schulden und Vermögen
Dipl.-Volksw. Jung
2536
5 Personal
ORR Strack
2392

HPT.-REF. B
Steuern
RDir Hansen
2565
6 Allgemeine Steuerwirtschaft;
Gemeindesteuern
RRn Dr. Werle
2543
7 Einkommensteuern
Dr. Bürgin
2545
8 Vermögensteuern
RR Dr. Kilschler
2561
9 Umsatzsteuer
RR Dr. Lotz
2575
10 Verbrauchsteuern
Dr. Konrad
2574

HPT.-REF. C
Geld und Kredit, Bilanzen der Unter-
nehmen
ORR Dr. Spellerberg
2553
11 Kapitalmarkt
RR Dr. Schneider
2548
12 Kapitalgesellschaften
RR Fuss
2573
13 Öffentliche Wirtschaftsunternehmen
Dipl.-Betriebsw. Bretlinger
2546

HPT.-REF. D
Bildungswesen
Dr. Kullmer
2337
12 Allgemeinbildende und berufsbildende
Schulen
Fr. Dipl.-Volksw. Fischer
2340
13 Hochschulen; Sonstige Kulturstatistiken
(Theater, Film, Sport)
m. d. W. b.: Fr. Dipl.-Volksw. Krämer
2319

HPT.-REF. E
Gesundheitswesen
ORR Dr. Christian
2503
14 Krankheiten und Todesursachen
RMedR Dr. Leutner
2106
15 Berufe des Gesundheitswesens,
Krankenhäuser, Sonderaufgaben
z. Z. wahrgen. d. ORR Dr. Christian
2503

HPT.-REF. A
Bevölkerungsstand und Bevölkerungs-
bewegung, Rechtspflege, Wahlen
RDir Dr. Schwarz
2342
1 Bevölkerungs- und Gebietsstand,
Bevölkerungsvoraussetzungen
z. Z. wahrgen. d. RDir Dr. Schwarz
2342
2 Natürliche Bevölkerungsbewegung
Wanderungen
RR Dr. Witt
2395
3 Vertriebene, Flüchtlinge, Ausländer
m. d. W. b.: Dr. Fleischer
2116
4 Wahlen, Rechtspflege
Rangol
2343

HPT.-REF. B
Haushalte und Familien, Erwerbs-
fähigkeit, Bevölkerungszählungen
ORR Herberger
2135
5 Haushalte und Familien
Dipl.-Volksw. Adams
2124
6 Erwerbstätigkeit
z. Z. wahrgen. d. RR Linke
2400
7 Mikrozensus
RR Linke
2400
8 Volks- und Berufszählungen
RR Schwenk
2353
9 Bevölkerung des Auslandes
RR Schwenk
2353

HPT.-REF. C
Soziale Schichtung, Beruf und Berufs-
nachwuchs
ORR Dr. Sperling
2348
10 Soziale Schichtung, berufliche Gliederung
Weltmann
2352
11 Berufsnachwuchs, Berufsbilanzen
ORR Dr. Sperling
2348

HPT.-REF. D
Bildungswesen
Dr. Kullmer
2337
12 Allgemeinbildende und berufsbildende
Schulen
Fr. Dipl.-Volksw. Fischer
2340
13 Hochschulen; Sonstige Kulturstatistiken
(Theater, Film, Sport)
m. d. W. b.: Fr. Dipl.-Volksw. Krämer
2319

HPT.-REF. E
Gesundheitswesen
ORR Dr. Christian
2503
14 Krankheiten und Todesursachen
RMedR Dr. Leutner
2106
15 Berufe des Gesundheitswesens,
Krankenhäuser, Sonderaufgaben
z. Z. wahrgen. d. ORR Dr. Christian
2503

zu Abteilung I:
Zweigstelle Berlin
Dipl.-Kfm. Raopke
17 Verbindung zur Statistik in Berlin,
Sonderarbeiten (fachliche Aufsicht
bei Fachabteilungen)
m. d. W. b.: Schröder
18 Berlin- und Interzonenhandel,
Aufbereitung (fachliche Aufsicht
bei Abteilung V)
Rühle